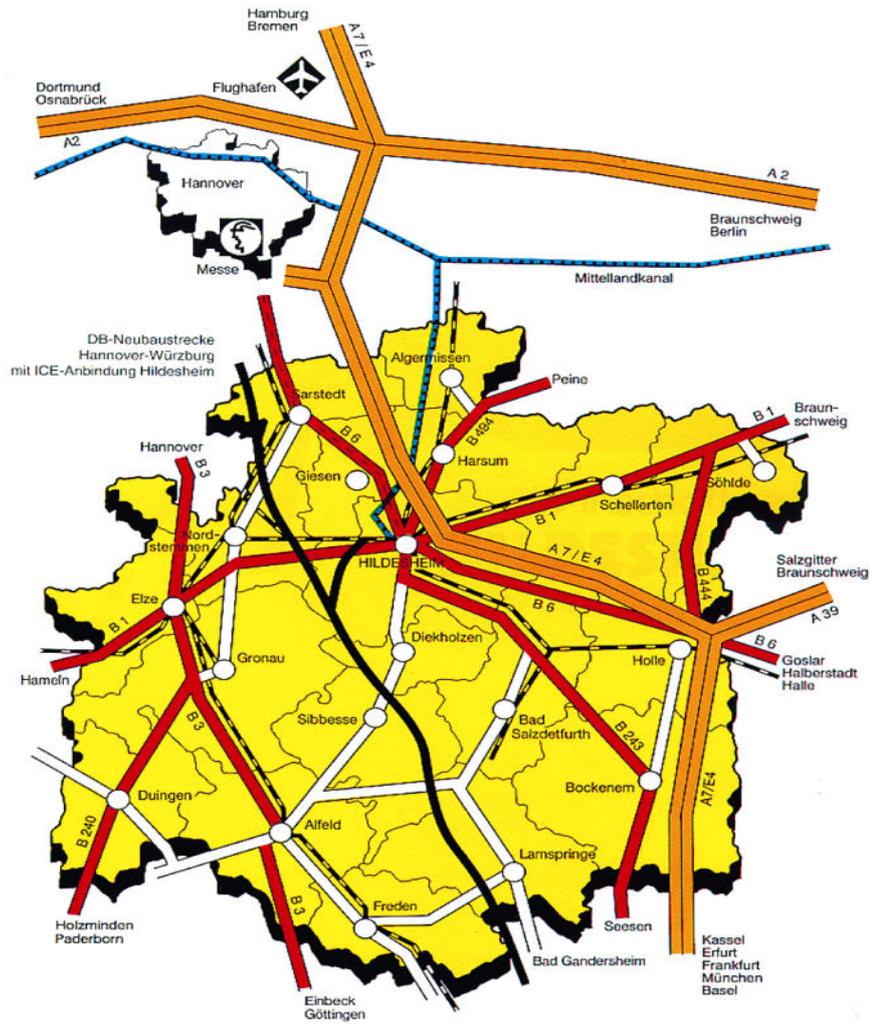


Landkreis Hildesheim



Haushaltsplan 2024

Infrastrukturdaten Landkreis Hildesheim



Entwicklung der Einwohnerzahlen

Stand	Landkreis Hildesheim gesamt	Veränderung	davon Stadt Hildesheim	Veränderung
31.12.2004	291.620		102.941	
31.12.2005	290.643	- 0,34%	102.575	- 0,36%
31.12.2006	289.984	- 0,23%	103.249	+ 0,66%
31.12.2007	288.623	- 0,47%	103.593	+ 0,33%
31.12.2008	286.663	- 0,68%	103.288	- 0,29%
31.12.2009	284.551	- 0,74%	102.903	- 0,37%
31.12.2010	282.856	- 0,60%	102.794	- 0,11%
31.12.2011	281.066	- 0,63%	102.584	- 0,20%
31.12.2012	279.920	- 0,41%	102.487	- 0,09%
31.12.2013	274.519	- 1,93%	99.390	- 3,02%
31.12.2014	274.554	+ 0,01%	99.979	+ 0,59%
31.12.2015	277.055	+ 0,91%	101.667	+ 1,69%
31.12.2016	277.300	+ 0,09%	101.687	+ 0,02%
31.12.2017	276.640	- 0,24%	101.744	+ 0,06%
31.12.2018	276.594	- 0,02%	101.990	+ 0,24%
31.12.2019	275.817	- 0,28%	101.693	- 0,29%
31.12.2020	275.464	- 0,13%	101.055	- 0,63%
31.12.2021	274.773	- 0,25%	100.319	- 0,73%
31.12.2022	278.371	+ 1,31%	101.858	+ 1,53%

Gesamtfläche

Landkreis Hildesheim gesamt	1.208,34 qkm
davon Stadt Hildesheim	92,29 qkm

Inhaltsverzeichnis

I. Haushaltssatzung, Vorbericht, Übersichten	
Haushaltssatzung	Seite 1 - 2
Vorbericht	Seite 3 - 25
Übersichten	Seite 26 - 33
- Ergebnishaushalt nach Teilhaushalten	
- Wesentliche Haushaltspositionen	
- Entwicklung der Sozial- und Jugendhilfe	
- Haushaltsreste aus Vorjahr	
Dezernatsverteilungsplan	Seite 34
Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Seite 35 - 39
Ergebnishaushalt nach Produktbereichen	Seite 40
Produktstruktur - Übersicht über die Produktgruppen	Seite 41 - 45
Wesentliche Produkte	Seite 46
Produkte aller Teilhaushalte	Seite 47 - 50
Budgetübersicht / Haushaltsvermerke	Seite 51 - 101
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	Seite 102
Stand der Schulden	Seite 103
Haushaltssperren	Seite 104 - 105
Erläuterungen zu Positionen des Ergebnishaushaltes	Seite 106 - 107
Verwahr- und Vorschusskonten	Seite 108 - 111
II. Gesamtplan	
Gesamtergebnisplan	Seite 112- 113
Gesamtfinanzplan	Seite 114
Gesamtübersicht Investitionstätigkeit	Seite 115 - 131
Übersicht Ergebnishaushalt	Seite 132
Übersicht Finanzhaushalt	Seite 133 - 135
III. Teilhaushalte	
Teilhaushalt I Landrat, Politik und Organisationseinheiten	Seite 136 - 199
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	
Teilhaushalt II Erste Kreisrätin (Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz)	Seite 200 - 288
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	
Teilhaushalt Dezernat 1 (Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste)	Seite 289 - 382
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	

Teilhaushalt Dezernat 3 (Bildung, Kultur und Bau)	Seite 383 - 441
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	
Teilhaushalt Dezernat 4 (Jugend, Soziales und Integration)	Seite 442 - 614
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	
Teilhaushalt Zentralhaushalt	Seite 615 - 645
- Erläuterung Teilhaushalt	
- Teilergebnisplan	
- Teilfinanzplan	
- Investitionen	
- Übersicht Produkte	
- Produktbeschreibungen	
- Teilergebnisplan Produkte	
- Investitionen Produkte	
IV. Bilanz	Seite 646 - 650
V. Stellenplan	Seite 651 - 675
VI. Beteiligungsbericht	Seite 676 - 830
VII. Haushalts-, Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse gem. § 1 Abs. 2 Nr. 9 KomHKVO	Seite 831 - 1379
VIII. Haushaltssicherungskonzept	Seite 1380 - 1431

Haushaltssatzung des Landkreises Hildesheim für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Kreistag in seiner Sitzung am 07.12.2023 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

1. im Ergebnishaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	669.679.000 Euro
1.2 der ordentliche Aufwendungen auf	701.562.900 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4 der außerordentliche Aufwendungen auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	659.934.700 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	678.646.200 Euro
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	11.829.200 Euro
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	53.476.600 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	41.826.400 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	10.000.000 Euro

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	713.590.300 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	742.122.800 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 41.826.400 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 30.585.100 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2024 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 80.000.000 Euro festgesetzt.

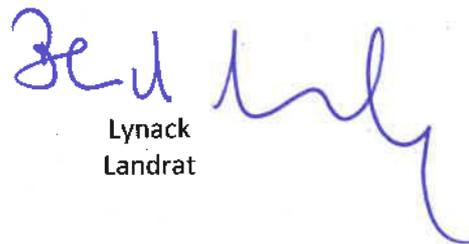
§ 5

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 auf 65,3 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz (NFAG) festgesetzt.

Für Gemeinden, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung abgeschlossen haben, wird der Hebesatz auf 56,65 v.H. der Umlagegrundlagen nach den NFAG festgesetzt.

Hildesheim, 10.01.2024

Landkreis Hildesheim


Lynack
Landrat

Vorbericht Haushaltsplan 2024 Landkreis Hildesheim

Die Haushaltssatzung 2024 einschließlich Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim wurde vom Kreistag in seiner Sitzung am 07.12.2023 beschlossen. Der Haushaltsplan stellt das Haushaltsvolumen der Jahre 2023 bis 2027 dar und beinhaltet die voraussichtlich zu erwartenden Erträgen und Aufwendungen sowie die voraussichtlich kassenwirksam werdenden Ein- und Auszahlungen. Die bisherigen Rahmenvorgaben für die Mittelveranschlagung, die zentralen Budgetregelungen des Landkreises sowie die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gelten auch für den Haushalt 2024. Bei der Haushaltsplanung 2024 wurden insbesondere die prägenden Entwicklungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, die weiteren Auswirkungen des Ukrainekrieges, sowie den Folgen der hohen Inflation berücksichtigt.

Im Ergebnishaushalt 2024 werden ordentliche Erträge in Höhe von 669.679.000 Euro erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um 10.752.800 Euro. Dem stehen nach der Planung gegenüber dem Vorjahr um 14.752.000 Euro erhöhte ordentliche Aufwendungen in Höhe von 701.562.900 Euro entgegen. Der Ergebnishaushalt 2024 schließt demnach mit einem Fehlbetrag von 31.883.900 Euro ab.

Allerdings bestehen insbesondere in den Bereichen SGB II und Asyl, Gesundheit, Soziales und Jugend, Bevölkerungsschutz und Personal sowie Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen große Unsicherheiten. Es wird davon ausgegangen, dass es im Verlauf des Jahres zu großen finanziellen Schwankungen kommen wird.

In der Finanzplanung 2023 wurde für das Jahr 2024 von einem Fehlbetrag von rund 26,9 Mio. Euro ausgegangen.

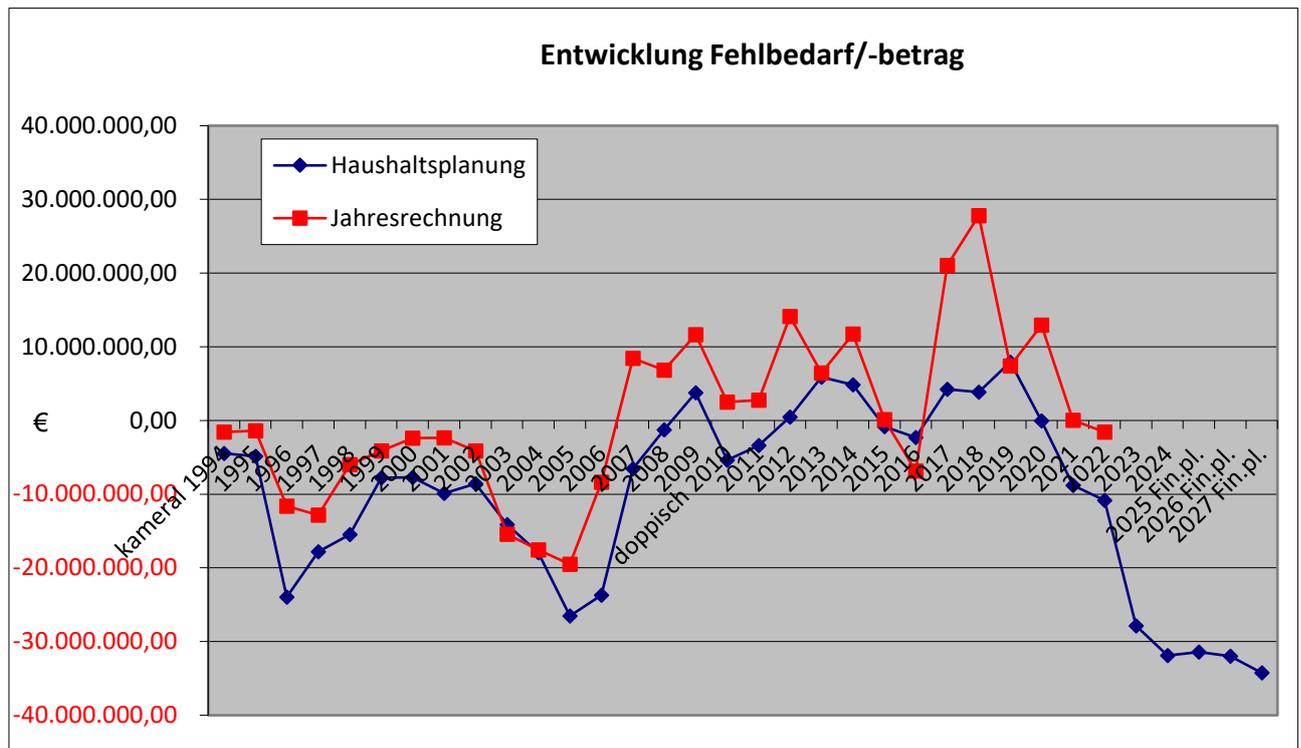
Der Jahresabschluss des Jahres 2019 schloss mit einem Überschuss von ca. 7,4 Mio. € ab. Mit diesem Jahresergebnis wurden die letzten doppischen Fehlbeträge in Höhe von ca. 0,7 Mio. € abgebaut. Der darüberhinausgehende Überschuss in Höhe von ca. 6,7 Mio. € wurde der Überschussrücklage zugeführt. Die vorläufigen Jahresergebnisse 2020 und 2021 mit Überschüssen von rund 12,9 Mio. € und rund 20.000 €. werden ebenfalls in die Überschussrücklage eingestellt. Das vorläufige Jahresergebnis 2022 war zwar besser als geplant, aber mit einem Fehlbetrag von rund 1,6 Mio. € immer noch defizitär. Für das Jahr 2023 bestehen momentan nur Hochrechnungen, die ebenfalls von einer Verbesserung gegenüber dem Plan ausgehen, jedoch rund 20 Mio. Euro Defizit erwarten lassen. Insgesamt wird der Bestand der bisherigen Überschussrücklage damit aufgezehrt.

Nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung werden für die Jahre 2025 bis 2027 ebenfalls Fehlbeträge zwischen 27,8 und 32,3 Mio. € erwartet. Sollten sich diese Prognosen tatsächlich bestätigen, könnten sich bis zum Ende des Jahres 2027 Gesamtdefizite auf über 150 Mio. Euro aufsummieren.

Die Verbesserungen im Finanzplanungszeitraum bei den Erträgen resultieren in erster Linie auf den Ansatzserhöhungen der vom Land erwarteten FAG-Zahlungen, insbesondere den Schlüsselzuweisungen, und der Erhöhung der von den Kommunen zu leistenden Kreisumlage. Die Berechnung der Beträge erfolgte mittels der aktuellen Orientierungsdaten für den Planungszeitraum 2022 bis 2026 des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport. Ob diese sich so realisieren, bleibt abzuwarten. Mit Aufwandssteigerungen im Finanzplanungszeitraum ist u.a. in den Bereichen der

Personalaufwendungen, der Gewährung von sozialen Leistungen durch kostenintensive Einzelfälle und die allgemeinen Steigerungsraten, der an die Stadt Hildesheim u.a. im Rahmen des Finanzvertrages zu leistenden (weiterzuleitenden) Erstattungen sowie der Schülerbeförderung und des ÖPNV zu rechnen.

Sollten die Planungen so eintreten, würde die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises, die insbesondere im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit der beantragten Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen eine besondere Bedeutung hat, erheblich eingeschränkt und der Landkreis ist zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet.



Das Haushaltssicherungskonzept 2024 basiert auf der Fortschreibung auf Grundlage des Haushaltssicherungskonzeptes 2000 verbunden mit dem Runderlass „Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten und -berichten“. Auf die Inanspruchnahme der Sonderregelung des § 182 Abs. 4 Nr. 3 bzw. Abs. 5 NKomVG, in dem betreffenden Haushaltsjahr kein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wurde verzichtet. Aktuelle Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes sind die Erhöhung der Kreisumlage um 2%-Punkte und Einsparvorgaben im Bereich der Budgets 10 (bedingt beeinflussbare Pflichtaufgaben) und 50 (Sachkosten).

Im Rahmen des Investitionsprogrammes plant der Landkreis für das Jahr 2024 Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 53.476.600 Euro. Es wird mit Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 11.829.200 Euro gerechnet.

Zur Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen ist eine Aufnahme von Krediten in Höhe von 41.826.400 Euro geplant. Eine Deckung der geplanten Tilgungsleistungen von 10 Mio. Euro im Jahr 2024 aus Überschüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist nach den aktuellen Planungen nicht möglich. Gleiches gilt für den Zeitraum der Finanzplanung. Das heißt, dass die Finanzierung sämtlicher Tilgungsleistungen aus liquiden Mitteln bzw. durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten erfolgen muss. In den vergangenen Jahren war seitens des Landkreises die Aufnahme von Liquiditätskrediten

nicht notwendig. Für das Jahr 2024 wurde der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, auf 80,0 Mio. Euro festgesetzt, da es naturgemäß im Laufe eines Jahres zu erheblichen Schwankungen im Kassenbestand kommen kann und auch deren Spitzen aufgefangen werden müssen.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen beträgt für das Jahr 2024 30.585.100 Euro. Davon entfallen allein 8.425.100 Euro auf die Investitionskostenzuschüsse im Rahmen des Kita-Vertrages und 16.000.000 Euro auf den Erweiterungsbau der Michelsenschule (bereits in 2023 veranschlagt). Die weiteren Verpflichtungsermächtigungen sind in dem Bereichen Brand- und Katastrophenschutz veranschlagt.

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde für das Haushaltsjahr 2024 um 2 %-Punkte angehoben auf 65,3 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem Niedersächsischen Finanzausgleichgesetz (NFAG) festgesetzt.

Für Gemeinden, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung abgeschlossen haben, wird der Hebesatz ebenfalls um 2 %-Punkte auf 56,65 v.H. angehoben.

Derzeit sind alle kreisangehörigen Kommunen dem Kita-Vertrag beigetreten.

Ergebnishaushalt

1. Die ordentlichen Erträge stellen sich im Jahr 2024 wie folgt dar:

1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
4.336.564,82 €	6.124.200 €	145.000 €	145.000 €	145.000 €	145.000 €

Als einzige direkte Steuereinnahme des Landkreises findet sich hier die Jagdsteuer. Sie nimmt allerdings eine untergeordnete Rolle mit einem Ansatz für das Jahr 2024 von 145.000 Euro ein.

Wesentliche Position der Vorjahre war der Landeszuschuss zum Mehrbelastungsausgleich gem. § 5 des Niedersächsischen Gesetztes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuches (Ansatz 2023 gut 5,9 Mio. Euro), welcher aber ab 2024 eingestellt wurde.

1.2 Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
350.946.046,13 €	372.685.900 €	390.026.200 €	400.821.200 €	418.541.700 €	432.625.200 €
davon Schlüsselzuweisungen					
91.356.760,00 €	89.592.600 €	91.385.000 €	93.030.000 €	96.007.000 €	97.927.200 €
davon Kreisumlage					
195.682.608,00 €	213.083.900 €	235.838.600 €	243.010.500 €	255.641.400 €	265.653.800 €

Die größte Einnahmeposition des Kreishaushaltes stellt die **Kreisumlage** dar. Sie ist mit einem Hebesatz von 56,65 v.H. für alle kreisangehörigen Gemeinden eingeplant, da sich sämtliche Kommunen der Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung (Kita-Vertrag)

angeschlossen haben. Bei Kündigungen wäre der Hebesatz auf 65,3 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem NFAG festzusetzen.

Die Berechnung der Kreisumlage erfolgte unter Berücksichtigung der vorläufigen Berechnungsgrundlagen des kommunalen Finanzausgleichs sowie der aktuellen Orientierungsdaten des Landes. Auch für die Finanzplanung wurde die Kreisumlage mit jährlichen Steigerungsraten auf Basis der Orientierungsdaten berechnet.

Bei der Höhe der Kreisumlage ist zudem zu berücksichtigen, dass sich der Landkreis an den gemeindlichen Aufwendungen für die Kindertagesbetreuung im Rahmen des Kita-Vertrages beteiligt. Für das Jahr 2024 sind hierfür 45,9 Mio. Euro veranschlagt. In den folgenden Jahren sind Zuschüsse in ähnlicher Höhe eingeplant. Dies entspricht ca. 11 %-Punkten Kreisumlage. Von den ungedeckten Kosten im Bereich der Kindertagesbetreuung übernimmt der Landkreis den überwiegenden Teil. Zusätzlich beteiligt sich der Landkreis im Rahmen des Kita-Vertrages prozentual auch an den Kosten für Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung. Der Landkreis trägt 55 % (bzw. 57 % bei fehlenden Landeszuschüssen) von dem Anteil der zuwendungsfähigen Kosten, welcher nach Abzug aller Landes- und sonstigen Drittmittel verbleibt. Hierfür sind im Haushaltsjahr 2024 insgesamt Mittel i.H.v. rund 8,6 Mio. Euro eingeplant, welche sich mit den Planansätzen bis zum Jahr 2027 auf rund 39 Mio. Euro aufsummieren werden. Die Regelungen zum Kita-Vertrag werden derzeit im Rahmen von Verhandlungen zwischen Landkreis und kreisangehörigen Kommunen überprüft.

Die **Finanzausgleichszuweisungen** nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) wurden ebenfalls anhand der vorläufigen Berechnungsgrundlagen des Landesamtes für Statistik und der aktuellen Steuerschätzungen veranschlagt. Für das Jahr 2023 werden Schlüsselzuweisungen mit einem Volumen von knapp 91,4 Mio. Euro erwartet.

Bei den Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wird mit Einnahmen (8,9 Mio. Euro) etwas über dem Niveau der Festsetzung des Vorjahres gerechnet.

Im Rahmen der laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung wird mit einer Kostenbeteiligung des Bundes von rund 32,4 Mio. Euro gerechnet. Das bedeutet eine Senkung gegenüber dem Vorjahresansatz um rund 8,9 Mio. Euro.

1.3 Auflösungserträge aus Sonderposten

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
6.493.438,31 €	8.023.200 €	7.854.300 €	8.164.400 €	8.409.400 €	8.577.800 €

Die Erträge aus der Auflösung der erhaltenen Zuweisungen für Investitionen sind über die Jahre leicht angestiegen.

Hierin enthalten sind investive Zuweisungen aus der Vergangenheit, die aufgrund ihres allgemeinen Charakters mit einer Nutzungsdauer von 30 Jahren aufgelöst werden. So führen insbesondere die jährlichen investiv zweckgebundenen FAG-Leistungen des Landes zu einem Ertrag im Jahr 2023 i.H.v. rund 2,6 Mio. Euro.

Weitere maßgebliche Positionen stellen die Auflösungserträge der Landeszuweisungen für den Bau von Radwegen und Kreisstraßen, dem Schulbau sowie die Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur dar.

Den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten stehen die Aufwendungen für Abschreibungen gegenüber.

1.4 Sonstige Transfererträge

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
9.792.280,23 €	9.960.400 €	10.371.000 €	10.722.600 €	11.050.600 €	11.369.400 €

Hierzu gehören alle Kostenersatz (inkl. Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz, Ersatzleistung), die in den Sozialleistungsgesetzen vorgesehen sind, soweit sie den vollen oder teilweisen Ersatz einer sozialen Leistung darstellen und von privaten Personen stammen, also von der Hilfe empfangenden Person selbst, von deren unterhaltspflichtigen Angehörigen oder sonstigen Verpflichteten. Hierzu zählen auch Kostenersatz von Sozialleistungsträgern, die rechtlich den Versicherten zustehen, auch in solchen Fällen, in denen diese Ersätze lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen als Kostenbeiträge direkt an den Sozialhilfeträger überwiesen werden.

Die signifikantesten Erträge werden bei den folgenden Produkten erwartet:

- Assistenzleistungen § 113 I Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX (Amt 402) rund 1,4 Mio. Euro,
- Unterhaltsvorschuss (Amt 407) rund 4,0 Mio. Euro,
- Hilfen zur Erziehung (Amt 406) rund 1,9 Mio. Euro,
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Amt 913) rund 1,1 Mio. Euro
- Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) 0,7 Mio. Euro.

1.5 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
17.425.688,51 €	17.457.200 €	17.572.100 €	17.874.100 €	18.159.700 €	18.371.300 €

Hierbei handelt es sich um Gebühren oder ähnliche Entgelte für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen.

Mit rund 10,6 Mio. Euro stellen die Entgelte für den Krankentransport für Notfallrettung und die Rettungsleitstelle, die von den Versicherungsträgern geleistet werden, die wesentlichste Position dar. Allerdings ist dieser Posten kostendeckend mit den Aufwendungen für die Durchführung des Rettungsdienstes, die bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2.3) eingeplant wurden.

Als weitere wesentliche Gebührenpositionen sind die Verwaltungsgebühren des Straßenverkehrsamtes mit gut 3,4 Mio. Euro sowie die Baugenehmigungs- und sonstigen Gebühren des Bauordnungsamtes mit unverändert knapp 1,6 Mio. Euro eingeplant.

Ohne Berücksichtigung des Bereiches Rettungsdienst nimmt das Gebührenaufkommen des Landkreises mit knapp 7,1 Mio. Euro im Vergleich zum Gesamtertragsvolumen mit knapp 1,1 % eine untergeordnete Rolle ein. Die Grundlagen für die Gebührenerhebung ergeben sich insbesondere aus den spezialgesetzlichen Regelungen zum übertragenen Wirkungskreis. Zudem ist die Höhe der Gebührenerträge auch von der Entwicklung der Fallzahlen abhängig.

1.6 Privatrechtliche Entgelte

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
1.540.891,91 €	1.213.700 €	1.095.800 €	1.099.100 €	1.103.400 €	1.106.700 €

Hier fallen insbesondere Mieteinnahmen (gut 0,6 Mio. Euro) sowie Verkaufserlöse (gut 0,1 Mio. Euro) und Leistungsentgelte (knapp 0,3 Mio. Euro) an.

Aufgrund einer laufend stattfindenden Anpassung an die Kostensteigerungen wird ab dem Jahr 2024 wieder mit einer geringen jährlichen Steigerung bei den Verkaufserlösen, Mieten und Pachten gerechnet.

1.7 Kostenerstattungen und Umlagen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
196.682.538,36 €	236.463.800 €	235.366.500 €	245.637.400 €	255.303.200 €	265.276.000 €

Erstattungen sind der Ersatz für Aufwendungen, die der Landkreis für die Durchführung von Aufgaben für eine andere Stelle (Bund, Land etc.) aufgrund von spezialgesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen erhält.

Insbesondere fallen hierunter:

- Erstattung des Landes im Rahmen des SGB IX (knapp 95,8 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes im Rahmen des SGB XII (rd. 23,5 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (rd. 42,3 Mio. Euro),
- Erstattung der Agentur für Arbeit („Jobcenter“) für abgeordnetes Personal (rd. 4,2 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für Hilfen zur Erziehung, insbesondere Heim- und Vollzeitpflege (rd. 3 Mio. Euro),
- Erstattung von Städten und Gemeinden Hilfen zur Erziehung, insbesondere Heim- und Vollzeitpflege (rd. 2,2 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für die Leistung von Unterhaltsvorschüssen (rd. 8,0 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für die Gewährung von Wohngeld (rd. 10,1 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (rd. 2,9 Mio. Euro),
- Erstattung des Landes für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (rd. 23,3 Mio. Euro)
- Erstattungen für die Unterbringung von Geflüchteten (rd. 11,7 Mio. €).

Die Höhe der Erstattungen korreliert mit den entsprechenden Aufwendungen in den Aufgabenbereichen.

1.8 Zinsen und ähnliche Erträge

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
415.826,86 €	624.900 €	413.200 €	605.900 €	598.500 €	590.900 €

An dieser Stelle fallen insbesondere die Gewinnausschüttung der Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine, die Dividende der Kreiswohnbauengesellschaft (KWG) sowie die Zinsen aus einem Gesellschafterdarlehen für das Krankenhaus Alfeld an.

1.9 Aktivierete Eigenleistungen – keine Planansätze, deshalb nicht erläutert.

1.10 Bestandsveränderungen – keine Planansätze, deshalb nicht erfasst.

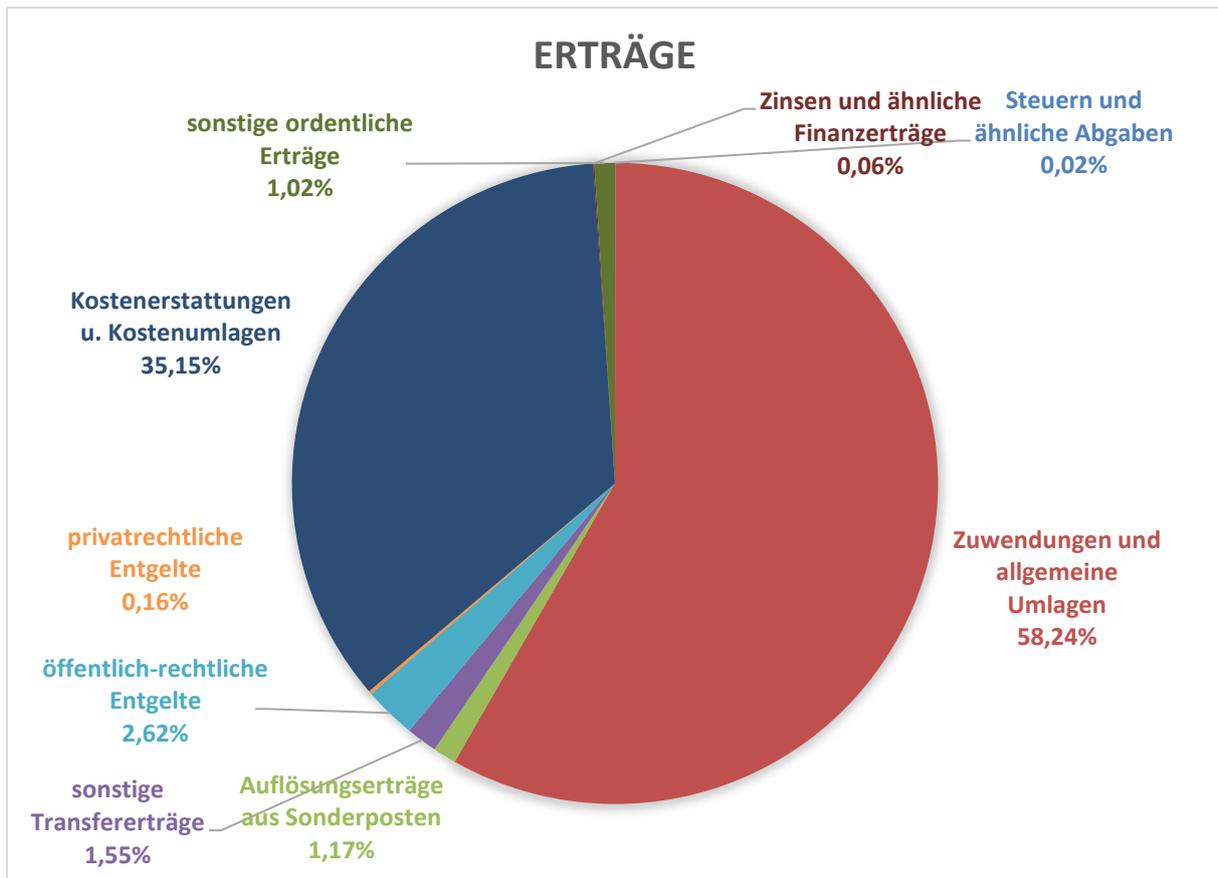
1.11 Sonstige ordentliche Erträge

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
8.453.533,57 €	6.372.900 €	6.834.900 €	6.904.300 €	6.995.800 €	7.063.500 €

Bei rund 94 % der Erträge handelt es sich um Bußgelder im Rahmen von Ordnungswidrigkeiten. Weiterhin sind im Jahr 2024 rd. 1,9 Mio. Euro an Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen zu erwarten.

Summe ordentliche Erträge

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
596.086.808,70 €	658.926.200 €	669.679.000 €	691.974.000 €	720.307.300 €	745.125.800 €



2. Die ordentlichen Aufwendungen stellen sich im Jahr 2024 wie folgt dar:

2.1 Aufwendungen für aktives Personal

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
77.964.262,25 €	80.912.500 €	86.389.300 €	89.169.800 €	91.418.500 €	93.922.700 €

Unter dieser Position werden insbesondere die Gehälter und die Personalnebenkosten der Beschäftigten des Landkreises geführt.

Der Tarifvertrag der Tariflich Beschäftigten – vereinbart in der Tarifrunde 2023 – sieht folgende Tarifierhöhungen vor:

- im Januar und Februar 2024: je 220 € steuerfreies Inflationsausgleichsgeld
- für Auszubildende und PraktikantInnen: je 110 €
- zum 01.03.2024: plus 200 € und anschließend plus 5,5%, insgesamt mindestens 340 €
- für Auszubildende und PraktikantInnen: plus 150 € monatlich

Der Tarifvertrag endet zum 31.12.2024.

Unabhängig davon gab es im Mai 2022 eine Tarifeinigung im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Ab dem Jahr 2022 erhalten alle Beschäftigten zwei Regenerationstage sowie ab

01.07.2022 eine monatliche SuE-Zulage in Höhe von 130 € (S2 – 11a) bzw. 180 € (S11b – 12, S14 und S15). Diese Zulage kann auf Wunsch der Beschäftigten zum Teil in Freizeit umgewandelt werden. Für die Kalkulation 2024 wurde die Auszahlung der kompletten Zulage einkalkuliert.

Die Laufzeit der letzten Anpassung der Besoldung und der endete am 30.09.2023.

Für 2024 wird angenommen, dass der oben genannte Tarifabschluss zeitversetzt für die BeamtInnen übernommen wird –ähnlich wie in den letzten Jahren-. Für 2024 wurde die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie i.H.v. insgesamt 3.000 € (Einmalzahlung plus monatliche Raten) und eine an die Tarifrunde 2023 angelehnte Besoldungserhöhung einkalkuliert.

Für den Bereich der Beamtenversorgung (Umlage und Beihilfe) wurde die Kalkulation unter Berücksichtigung der für das Jahr 2024 von der NVK erhobenen Abschlagszahlungen durchgeführt.

Maßgebliche Grundlage der Kalkulation bilden die Personal-IST-Bestände sowie der Sollstellenplan 2024. Erfahrungswerte der Vorjahre sowie alle zum Zeitpunkt der Kalkulation bekannten personellen Entwicklungen bzw. Veränderungen wie z.B. Erhöhung der Anzahl der Nachwuchskräfte, Neueinstellungen aufgrund von Aufgabenzuwächsen und Besetzung vakanter Stellen.

Das Personalkostenbudget steigt damit gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 5,5 Mio. Euro (rd. 6,8 %).

Die Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen sind entsprechend der Berechnungen der Niedersächsischen Versorgungskasse eingeplant. Bei der Ermittlung der zukünftigen Werte wurden die zu erwartenden Pensionierungen sowie die externen Einstellungen von durchschnittlich jährlich drei Beamtinnen/Beamten berücksichtigt.

Durch die ab 2021 anzuwendende Veranschlagung der Aufwendungen für passive Bedienstete erfolgt eine haushaltsneutrale Verschiebung von Aufwendungen für Versorgung (02.02).

2.2 Aufwendungen für Versorgung

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
26.276,48 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Durch die ab 2021 anzuwendende Veranschlagung der Aufwendungen für passive Bedienstete unter Aufwendungen für aktives Personal (02.01) erfolgt eine haushaltsneutrale Verschiebung.

Die Aufwendungen für Personalrückstellungen sind entsprechend der Berechnungen der Niedersächsischen Versorgungskasse eingeplant.

2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
56.079.444,90 €	76.098.300 €	63.407.500 €	63.397.400 €	65.376.200 €	64.447.100 €

Aufwandsart	rd. Mio. Euro	Details
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9,5	Insbesondere Verhütung und Behebung von Bauschäden durch Reparaturen und Sanierungen der Gebäude des Landkreises, Energiesparmaßnahmen. Gem. KT-Beschluss wird ab dem Jahr 2020 für die Bauunterhaltung 1,2% des Wiederbeschaffungswertes der Gebäude zur Verfügung gestellt.
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1,5	Unterhaltung der Kreisstraßen (1,5 Mio. Euro)
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	0,5	Laufende Unterhaltung einschl. Materialausgaben der Maschinen, technischen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung für schulische Zwecke, EDV-Ausstattung und Sonstiges
Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	0,5	<ul style="list-style-type: none"> - schulische Zwecke (0,3 Mio. Euro) - Sonstige (0,2 Mio. Euro)
Mieten und Pachten	2,3	<ul style="list-style-type: none"> - für Gebäude und Grundstücke (2,1 Mio. Euro) - Geräte (0,2 Mio. Euro)
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10,8	<p>Versorgung der Gebäude, u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strom - Wasser - Heizung - Reinigung - Müllentsorgung
Haltung von Fahrzeugen	0,2	Laufende Kosten der Dienstfahrzeuge
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1,1	Insbesondere Aus- und Fortbildung (1,0 Mio. Euro)
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	6,8	Diverse spezielle Verwaltungsausgaben, z.B. Förderung des ÖPNV nach dem NNVG (1,2 Mio. Euro), Einsatz des Deutschlandtickets in der Schülerbeförderung (1,0 Mio. Euro) oder Pauschale Lehrmittel an den Schulen (0,5 Mio. Euro)
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	28,2	<ul style="list-style-type: none"> - Aufwendungen für die Durchführung des Rettungsdienstes (10,6 Mio. Euro) - neutral, s. 1.5. öffentlich-rechtliche Entgelte - EDV-Systembetreuung an den Schulen (0,5 Mio. Euro).

		<ul style="list-style-type: none"> - Aufwendungen für Prüfung statischer Berechnungen im Bereich der technischen Bauaufsicht (0,5 Mio. Euro) - Digitalisierung an Schulen (0,5 Mio. Euro) - Sicherheitsdienst (0,3 Mio. Euro) - Unterkünfte für Flüchtlinge (13,9 Mio. Euro) - Sonstiges
--	--	---

2.4 Abschreibungen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
13.834.591,52 €	17.973.800 €	17.841.100 €	18.665.900 €	19.454.000 €	20.278.100 €

Hierbei handelt es sich um die Darstellung des Wertverlustes des Vermögens durch Abnutzung. Insbesondere im Einzelnen:

	ca. Mio. Euro
Schulgebäude	6,0
Gebäude FTZ	0,1
Verwaltungsgebäude	0,4
Straßen, Radwege	3,1
Brücken und Tunnel	0,1
DV-Software	0,3
Maschinen und technische Anlagen	0,3
Fahrzeuge	0,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2,7
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	6,2

Die Abschreibungen entwickeln sich entsprechend der Zu- und Abgänge des Anlagevermögens. Insbesondere die Abschreibungen für Schulgebäude, Betriebs- und Geschäftsaufwendungen sowie für geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse u.a. im Rahmen des Finanzvertrages und des Kita-Vertrages sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Den Aufwendungen für Abschreibungen stehen die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber.

2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
3.004.181,33 €	4.025.000 €	5.125.000 €	8.635.000 €	10.785.000 €	12.951.300 €

In den Zinsaufwendungen sind rund 125.000 Euro haushaltsneutrale Zinsen für das Gewährträgerdarlehen an das Krankenhaus Alfeld enthalten.

Bei der Ermittlung der **Zinsbelastung aus investiven Krediten** (5,0 Mio. Euro) wurde erneut die seit einigen Jahren deutlich spätere Inanspruchnahme von Krediten durch eine verzögerte Fertigstellung von Investitionsmaßnahmen berücksichtigt. Zudem wurde der Anstieg des Zinsniveaus beachtet. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Ansatz für die Zinsaufwendungen aufgrund der beabsichtigten Investitionstätigkeiten daher entsprechend angehoben. Aufgrund der geplanten hohen Investitionstätigkeit des Landkreises wird auch in den kommenden Jahren mit einem stetigen Anstieg der Zinsbelastung gerechnet.

Die **Zinsbelastung für Liquiditätskredite** (0,1 Mio. Euro) bleibt aufgrund der positiven Haushaltsergebnisse der letzten Jahre, des Ausbaus des Liquiditätsmanagements und trotz eines Anstiegs des Zinsniveaus konstant.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2024 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 80,0 Mio. Euro festgesetzt.

Derzeit ist der Landkreis Hildesheim nicht auf die Aufnahme von Liquiditätskrediten angewiesen.

2.6 Transferaufwendungen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
257.665.295,08 €	288.024.900 €	299.837.900 €	307.748.600 €	319.440.400 €	331.308.500 €

Zu den Transferaufwendungen zählen insbesondere Aufwendungen für Sozialleistungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe sowie Zuweisungen und Zuschüsse.

Die Transferaufwendungen verteilen sich insbesondere auf die folgenden Aufgaben (Produkte):

Produkt	Produkt-Name	Ansatz 2024 in Euro
363-003	Hilfen zur Erziehung	51.739.100
365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	46.186.000
314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	27.121.200
313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	18.505.700
311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	18.454.000
547-002	Regionalverkehr Hildesheim	15.000.000
314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	14.388.800
363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	13.964.500
314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	11.244.500
341-001	Unterhaltsvorschuss	10.925.200
314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	10.362.500
346-001	Wohngeld	10.000.000
314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	8.781.600
363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	7.057.400
311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)	7.004.900
261-001	Theater	4.350.000
547-001	Nahverkehrsplanung	3.577.400
315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	3.524.000
311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	1.641.400

111-027	Integration und Demokratie	1.160.800
361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	1.134.600
418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth	1.122.000
321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	1.015.600
363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	892.300
314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	883.400
315-302	Förderzentrum im Bockfeld	810.000
522-101	Wohnraumförderung	750.000
363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	714.100
611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	587.000
345-001	Landesblindengeld	568.000
412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	473.100
243-001	Sonstige schulische Aufgaben	466.800
547-003	Mobilitätszentrale	456.800
311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	430.000
571-001	Wirtschaftsförderung	422.200
347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	420.000
311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	338.300
367-001	Erziehungsberatung	319.700
126-003	Brandschutz (Amt 205)	302.000
311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	298.700
281-001	Kulturbüro	265.800
511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	250.000
573-002	Klimaschutzagentur	215.000
362-001	Jugendarbeit	210.800
128-001	Katastrophenschutz	200.000
366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	199.500
421-001	Sportförderung	157.800
344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	105.000
537-101	Tierkörperbeseitigung	100.000

Die prognostizierten Steigerungen für die Transferaufwendungen bei dem Produkt „Hilfen zur Erziehung“ begründen sich aus allgemeinen Fallzahlsteigerungen, diversen, sehr kostenintensiven Einzelfällen und aus einem Anstieg der Kosten der Leistungserbringer.

Die Zahlungen an die Städte, Gemeinden und Samtgemeinde zur Förderung der Aufgaben im Bereich der Kindertagesbetreuung ergeben sich auf Grundlage des seit dem Jahr 2019 geltenden Kita-Vertrages und auf Grundlage der aktuell vorliegenden Daten.

Die in der Produktgruppe 314-* Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) erwarteten Kostensteigerungen beruhen u.a. auf einer Erhöhung der Fallkosten.

Die Steigerungen im Bereich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ergeben sich aufgrund eines weiteren prognostizierten Fallzahlenanstieges und dadurch begründet eine weiter zunehmende Belegung von Gemeinschaftsunterkünften.

2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

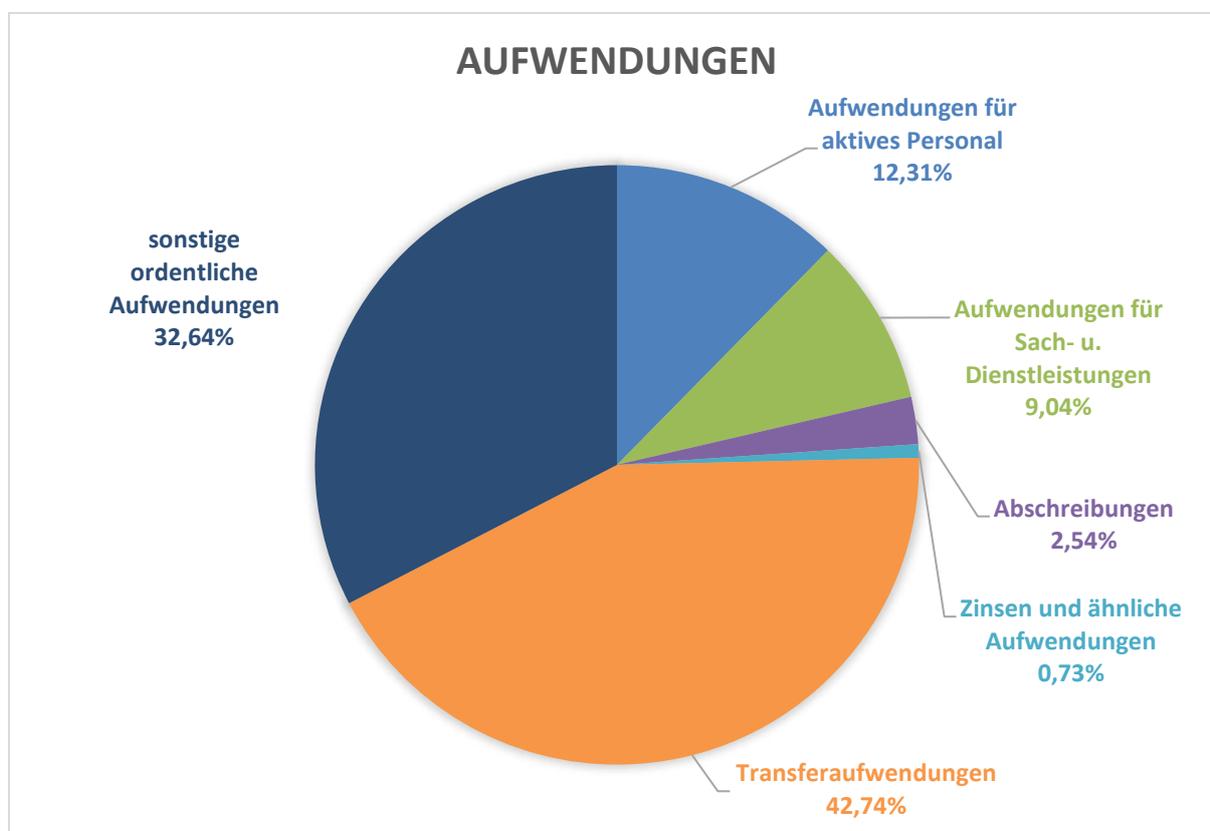
Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
193.700.928,69 €	219.776.400 €	228.962.100 €	235.793.800 €	245.828.300 €	256.472.200 €

Hierunter fallen **Erstattungen** für die Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit auf Grund gesetzlicher Vorschriften, öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen oder sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen, die entsprechend weiter zu leiten sind. Insbesondere an die Stadt Hildesheim werden hiervon rund 131,7 Mio. Euro (Vorjahr: 111,1 Mio. Euro) und allein davon ca. 41,3 Mio. Euro (30,8 Mio. Euro) im Rahmen des Finanzvertrages weitergegeben.

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zählen zudem die Beteiligung des Landkreises an den Leistungen für Unterkunft und Heizung mit rund 54,3 Mio. Euro (68,5 Mio. Euro) und die Leistungen für die Schülerbeförderung von etwa 18,2 Mio. Euro (17,4 Mio. Euro) an die Transportunternehmen.

Summe ordentliche Aufwendungen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
602.274.980,25 €	686.810.900 €	701.562.900 €	723.410.500 €	752.302.400 €	779.379.900 €



3. Ordentliches Ergebnis = Erträge ./ Aufwendungen

Überschuss / Zuschussbedarf (-)

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
-6.188.171,55 €	-27.884.700 €	-31.883.900 €	-31.436.500 €	-31.995.100 €	-34.254.100 €

Die dargestellten Fehlbedarfe zeigen die prekäre Finanzlage des Landkreises mit steigenden Defiziten und geben keinen Hinweis auf positive Entwicklungen.

4. Aufgaben (Produkte) von wesentlicher finanzwirtschaftlicher Bedeutung

Diese fünf Produkte stellen die Aufgaben mit dem höchsten Zuschussbedarf dar:

363-003	Hilfen zur Erziehung	54.819.500 Euro
365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung	45.384.300 Euro
314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	25.719.200 Euro
312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)	21.136.800 Euro
241-001	Schülerbeförderung	19.298.900 Euro

Der Rückgang um 0,7 Mio. Euro bei den Ausgaben für die **Hilfen zur Erziehung** auf 54,8 Mio. Euro ergibt sich aus der Einsparvorgabe im Budget 10. Damit diese möglichst eingehalten werden, soll eine externe Untersuchung zur Prozessoptimierung erfolgen.

Die **Sicherstellung der Kindertagesbetreuung** resultiert insbesondere aus der Kostenbeteiligung des Landkreises im Rahmen des Kindergartenvertrages an den Aufwendungen der Städte und Gemeinden, die die Aufgabe vor Ort durchführen. Geregelt wird die Kostenbeteiligung u.a. durch die 2019 abgeschlossene gemeinsame Vereinbarung (Kita-Vertrag). Gegenüber dem Jahr 2023 bedeutet dies eine leichte Senkung des Zuschussbedarfes auf rund 45,4 Mio. Euro. Der, erstmals für das Jahr 2023 eingeplante Bauunterhaltungszuschuss von 800.000 Euro ist im Haushalt 2024 wieder eingeplant, wobei eine Erhöhung auf 2,0 Mio. € derzeit in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen verhandelt wird. Sollte eine derartige Einigung zustande kommen, wären die erforderlichen zusätzlichen Mittel möglichst aus dem laufenden Haushalt bzw. über einen Nachtragshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die finanziellen Belastungen im Rahmen der Kindertagesbetreuung für die kreisangehörigen Kommunen trotz der Ertragsverbesserungen aus dem Kita-Vertrag weiterhin hoch sind, zeigt, dass diese Aufgabe im Landkreis Hildesheim wie auch bei allen anderen Aufgabenträgern in Niedersachsen dramatisch unterfinanziert ist.

Sowohl auf der gemeindlichen Ebene als auch beim Landkreis selbst führt die Erfüllung dieser Aufgabe, die in den vergangenen Jahren einen signifikanten Kostenanstieg erfahren hat, zu einer starken Einschränkung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Hier ist das Land Niedersachsen gefordert, die Aufgabenerfüllung auch nach Ausweitung von Rechtsansprüchen, Standards und erhöhter Inanspruchnahme der Betreuungsangebote und der Einführung der Gebührenfreiheit durch eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten.

Das Produkt „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ wurde im Jahr 2020 durch eine Gruppe von Produkten 314-* „Eingliederungshilfe“ ersetzt. Der Zuschussbedarf innerhalb dieser Produktgruppe steigt gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Mio. Euro auf aktuell knapp 75,8 Mio. Euro. Allein der Zuschussbedarf für das Produkt 314-501 **Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX** beträgt 25,7 Mio. Euro. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von 1,0 Mio. Euro ist der Anpassung an die aktuelle Kostenentwicklung und den entsprechenden Vorgabewerten geschuldet.

Der Zuschussbedarf im Bereich **Leistungen für Unterkunft und Heizung** nach dem SGB II sinkt nach der aktuellen Entwicklung gegenüber dem Vorjahr um rund 5,5 Mio. Euro auf etwa 21,1 Mio. Euro. Grund hierfür ist u.a. eine Verringerung der Bedarfsgemeinschaften sowie mit Ablauf der Karenzzeit, durch die Einführung des Bürgergeldes zum 01.01.2023, wird das Jobcenter in 2024 wieder starten, Angemessenheitsprüfungen zu den Kosten der Unterkunft vorzunehmen. Zudem wird mit einer Entspannung auf dem Energiemarkt gerechnet.

Das finanzielle Volumen für den Aufgabenbereich **Schülerbeförderung** steigt gegenüber dem Vorjahr um knapp 0,9 Mio. Euro auf rund 19,3 Mio. Euro aufgrund der allgemein starken Preissteigerung sowie der zu erwartenden Tarifierhöhungen.

Finanzhaushalt

5. Für den Finanzhaushalt 2024 ergeben sich folgende Daten, Zahlen und Fakten:

5.1 Laufende Verwaltungstätigkeit

An dieser Stelle werden grundsätzlich die Werte des Ergebnishaushaltes gespiegelt mit Ausnahme der zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen wie Abschreibungen, Auflösung der Sonderposten oder Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die lediglich im Ergebnishaushalt dargestellt werden.

Zudem können zeitliche Abgrenzungen zu betraglichen Unterschieden führen. Für die aktuelle Planung waren allerdings keine wesentlichen Abweichungen bekannt.

5.2 Investitionen und Finanzierungstätigkeit

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
22.388.329,50 €	48.378.600 €	53.476.600 €	108.977.000 €	73.107.000 €	55.355.000 €

Der größte Anteil des Investitionsvolumens entfällt wie in den Vorjahren auf Fortsetzungsmaßnahmen sowie die Erfüllung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen in den Bereichen Schulen und Kreisstraßen. Der im Vorjahr vom Kreistag im Rahmen des Haushaltsbeschlusses eingeführte Investitionskorridor für Hochbaumaßnahmen für die nächsten 10 Jahre soll grundsätzlich fortgeführt werden. Mit dem starken Anstieg im Jahr 2025 wird der besondere Investitionsaufwand für den Erwerb des Gymnasiums Sarstedt (Kaufpreis in Höhe von ca. 42,4 Mio. €) dargestellt. Darüber hinaus zeichnet sich allerdings bereits jetzt ab, dass eine aktuelle Bestandsaufnahme der notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den kreiseigenen Liegenschaften einen Umfang ausweisen wird, der weit über den bisherigen Annahmen liegt. Entsprechend gilt es, den finanziellen Bedarf für die einzelnen Projekte zu ermitteln und im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung einzustellen.

Hinzuweisen ist auch auf die Zuweisungen und Zuschüsse für Kindertagesstätten an Gemeinden bzw. freie Träger im Rahmen des Kita-Vertrages. Zudem wurde für diesen Bereich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 8,4 Mio. Euro gebildet. Insgesamt sind für das Jahr 2024 Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 30.525.100 Euro vorgesehen. Allein davon entfallen auf den Erweiterungsbau der Michelsenschule 16,0 Mio. Euro, die bereits im letzten Jahr Bestandteil des Haushaltsplanes waren, hier ändert sich jedoch der Zeitpunkt der Inanspruchnahme, da die Gesamtmaßnahme nach einem Zukauf eines angrenzenden Grundstücks neu geplant werden kann. Generell wurde aufgrund der wirtschaftlichen Lage des Landkreises angestrebt, so weit möglich, die Investitionen nochmal zu strecken und weiter zu priorisieren.

Die Auszahlungen sind insbesondere für die folgenden Maßnahmen/Bereiche geplant:

- Investitionen im Schulbereich (Gebäudewirtschaft) (2024: 8,3 Mio. Euro/2023: 12,2 Mio. Euro)
- investive Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben, insbesondere Baukostenzuschüsse für Kitas (8,5 Mio. Euro/8,5 Mio. Euro)
- Kreisstraßen- und Radwegbau (9,3 Mio. Euro/8,6 Mio. Euro)
- Maßnahmen in den Bereichen Feuer- und Katastrophenschutz (1,7 Mio. Euro/ 2,5 Mio. Euro)

- an das Land jährlich abzuführende Krankenhausumlage (4,8 Mio. Euro/4,8 Mio. Euro)
- Investitionszuschüsse an die Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen (7,5 Mio. Euro/2,5 Mio. Euro)
- Digitalisierung Schulen (2,0 Mio. Euro/2,0 Mio. Euro)

Die Übernahme des fertig gestellten Neubaus des Gymnasiums Sarstedt ist für das Jahr 2025 geplant. Derzeit wird von Auszahlungen für diese Maßnahme von rd. 43,9 Mio. Euro ausgegangen. Der Kauf ist nach jetzigem Kenntnisstand zu 100 % über die Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Neben dem Neubau des Gymnasiums Sarstedt sind weitere Investitionen für das Jahr 2025 insbesondere im Bereich der Gebäudewirtschaft sowie dem Straßen- und Radwegebau vorgesehen.

Die Investitionen teilen sich wie folgt auf:

Gesetzlich/sonstig	Kategorie	Auszahlung	Einzahlung	Gesamtergebnis
Gesetzlich	Auflösung Versorgungsrücklage	14.000	-147.700	-133.700
	Beschaffung für Schulen	1.124.200		1.124.200
	Beschaffungen für das Gesundheitsamt	6.000		6.000
	Beschaffungen für Kreisfeuerwehr/Katastrophenschutz/Rettungsdienst	1.678.800	-305.000	1.373.800
	Errichtung kreiseigener Betriebskrippe	1.079.000		1.079.000
	Investitionen an Dienstgebäuden	250.000		250.000
	Investitionen an Schulen	8.330.000	-2.928.000	5.402.000
	Investitionen für die Digitalisierung der Schulen	2.000.000		2.000.000
	Investitionen im IT-Bereich	110.500		110.500
	Investitionen in Infrastruktur zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit	9.336.000	-2.238.500	7.097.500
	Investitionen/Zuweisungen für Hochwasserschutz und Sanierung der Deponien	5.190.000	-4.920.000	270.000
	Investitionszuschuss an Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen	7.500.000		7.500.000
	Krankenhausumlage	4.800.000		4.800.000
	Maßnahmen zur Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest	121.000		121.000
	Verkehrüberwachungsanlagen	96.000		96.000
	Zuweisungen/Zuschüsse für die Errichtung von KiTa-Plätzen	8.500.000		8.500.000
Gesetzlich Ergebnis		50.135.500	-10.539.200	39.596.300
Sonstig	Beschaffungen für das Gesundheitsamt	40.000		40.000
	Digitalisierung Verwaltung	1.000.000		1.000.000
	Investitionen an Dienstgebäuden	370.000		370.000
	Investitionen an Schulen / Dienstgebäuden	448.300		448.300
	Investitionen im IT-Bereich	799.600		799.600
	Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	250.000		250.000
	Jugendheimförderung	60.000		60.000
	Rückflüsse von Darlehen		-190.000	-190.000
	Schulbiologisches Zentrum	200.000		200.000
	Sportförderung	72.000		72.000
	Verkauf von Grundstücken		-1.100.000	-1.100.000
	Zuschuss Michaelis-Hospiz	50.000		50.000
	Zuweisung an Theater für Niedersachsen	51.200		51.200
Sonstig Ergebnis		3.341.100	-1.290.000	2.051.100
Gesamtergebnis		53.476.600	-11.829.200	41.647.400

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
4.322.103,45 €	6.398.200 €	11.829.200 €	17.119.000 €	12.968.000 €	9.476.000 €

Es werden insbesondere Zuweisungen im Rahmen von GVFG-Mitteln für den Straßen- und Radwegebau sowie Zuweisungen im Rahmen vom KIP II für Schulbaumaßnahmen und Zuweisungen für Hochwasserschutzmaßnahmen erwartet. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ergibt aus dem Verkauf eines Grundstückes (1,1 Mio. €), sowie Steigerungen in den Bereichen KIP II (Steigerung um +1,2 Mio. € auf 2,9 Mio. €) und des Hochwasserschutzes (Steigerung um 3,8 Mio. € auf 4,2 Mio. €) entsprechend der Entwicklung der jeweiligen Auszahlungen. In 2025 ergeben sich wiederum

Steigerungen im Bereich Hochwasserschutz (+ 5,4 Mio. €), GVFG-Mitteln für den Straßen- und Radewegebau (+ 1,5 Mio. €) und im Bereich Katastrophenschutz (+ rd. 2,5 Mio. €). Auch hier entsprechen die Entwicklungen der Einzahlungen den Entwicklungen der dazugehörigen Auszahlungen.

Aufnahme von Krediten und Darlehen für Investitionen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
25.000.000 €	42.153.400 €	41.826.400 €	92.045.000 €	60.333.000 €	46.081.000 €

Die Deckung der verbleibenden Finanzierungslücke des Investitionshaushaltes in Höhe von gut 42,1 Mio. Euro erfolgt über **Kredite**. Gegenüber dem Vorjahresansatz bedeutet dies eine leichte Senkung um knapp 0,3 Mio. Euro. Im Haushaltsjahr 2023 wurden Kredite in Höhe von 6,0 Mio. Euro aufgenommen. Es liegen zum jetzigen Zeitpunkt aber noch Kreditermächtigungen aus Vorjahren in Höhe von rd. 74,3 Mio. Euro vor. Der starke Anstieg im Jahr 2025 resultiert im Wesentlichen aus der Finanzierung des Gymnasiums Sarstedt.

Tilgung von Krediten und Darlehen für Investitionen

Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
7.679.914,20 €	9.500.000 €	10.000.000 €	12.500.000 €	14.200.000 €	16.030.000 €

In den Tilgungsleistungen sind rund 175.000 Euro haushaltsneutrale Tilgungen des Gewährträgerdarlehens an das Krankenhaus Alfeld enthalten.

Zum 31.12.2023 lag die Verschuldung des Landkreises bei rd. 172,7 Mio. Euro. Bei Inanspruchnahme sämtlicher Kreditermächtigungen und unter der Voraussetzung der Genehmigung der für das Jahr 2024 beantragten Kreditsumme könnte die Verschuldung um 106,1 Mio. Euro auf etwa 278,8 Mio. Euro zum Ende des Haushaltsjahres 2024 ansteigen (ohne haushaltsneutrales Gewährträgerdarlehen an Krankenhaus Alfeld und abzüglich der geplanten Tilgungsleistung des Jahres 2024).

6. Demographischer Wandel

Als Folge des allgemeinen demografischen Wandels erlebt der Landkreis Hildesheim wie die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang und eine zunehmende Alterung der Bevölkerung. Während der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, steigen wird, wird der Teil der Bevölkerung, der durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaftet, schrumpfen. Diese Ungleichverteilung wird die Finanzsysteme immer stärker belasten und auch den Landkreis Hildesheim vor neue Herausforderungen stellen.

Der demografische Wandel als klassisches Querschnittsthema umfasst nahezu alle Politik- und sämtliche Verwaltungsbereiche. Entsprechend ist es erforderlich, die Auswirkungen des demografischen Wandels aktiv vor Ort zu gestalten.

Anhand der folgenden Übersichten soll ein kurzer Überblick über die Situation des Landkreises verschafft werden:

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur im Landkreis Hildesheim

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Einwohner	276.640	276.594	275.817	275.464	274.773	278.371
Kinder und Jugendliche (0-18 Jahre)	43.242	43.076	43.194	43.355	43.528	44.827
Senior*innen (über 65 Jahre)	64.251	64.507	64.805	65.134	65.521	66.061

Daten: Landesamt für Statistik Niedersachsen Tabelle Z100001K (Stand: 30.08.2023)

Der kontinuierliche Rückgang der Einwohnerzahlen im Landkreis Hildesheim ist in diesem letzten Jahr gestoppt. Es ist festzustellen, dass mehr Senior*innen als Kinder und Jugendliche im Kreisgebiet leben. Dieser Trend setzt sich fort und die Zahlen werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter auseinanderentwickeln. Durch die steigende Lebenserwartung, wächst auch die Zahl der Hochbetagten (über 80 Jahre) deutlich an.

Geburten- und Sterbefallentwicklung

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Geborene	2.186	2.382	2.339	2.317	2.453	2219
Sterbefälle	3.768	3.659	3.649	3.694	3.821	4029
Geburtenüberschuss oder -defizit	-1.582	-1.277	-1.310	-1.377	-1.368	-1810

Daten: Landesamt für Statistik Niedersachsen Tabelle Z1100001 (Stand: 30.08.2023)

Einflussfaktor auf die Einwohnerzahl ist u.a. das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen. In den letzten Jahren bestand jeweils ein Geburtendefizit, was sich negativ auf die Einwohnerzahl auswirkt. Aufgrund dieser Entwicklung der Einwohnerzahlen wird es unerlässlich sein, die Angebote an die zunehmend alternde Gesellschaft anzupassen. Die Mobilität der älteren Bevölkerungsgruppe fördern und die Gewährleistung der Pflege für Pflegebedürftige sind notwendige Voraussetzungen.

Bereits im Jahr 2008 wurde beim Landkreis Hildesheim für den Bereich Seniorenservice eine Stelle eingerichtet. Seit dem Jahr 2014 gibt es den Senioren- und Pflegestützpunkt in seiner heutigen Form.

Auch in den Schulen wird sich der langsame aber kontinuierliche Rückgang der Geburtenzahlen bemerkbar machen. Weniger Kinder bedeuten, dass die Zahl der Schüler*innen sinken wird. Das könnte vor allem Schulen im ländlichen Bereich vor Probleme stellen.

Der Landkreis Hildesheim hat mit der Schließung einzelner Schulen und der Rückgabe bzw. dem Verkauf der Gebäude auf diese Entwicklung reagiert. Zudem findet dieser Umstand Beachtung beim Neubau des Gymnasiums Sarstedt sowie den weiteren geplanten Schulbaumaßnahmen. Abzuwarten bleibt, ob es sich beim absoluten Anstieg der Anzahl der Kinder und Jugendliche bei sinkender Geburtenzahl um eine dauerhafte Wirkung des Zuzugs aus Fluchtbewegungen handelt.

Anteile von Ausländer*innen und Eingebürgerten

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Ausländer*innen	22.775	24.090	24.995	25.525	26.280	31.840
Anteil an der Einwohnerzahl	8,2%	8,7%	9,1%	9,3%	9,6%	11,4%
Einbürgerungen	239	303	355	398	439	416

Daten: Landesamt für Statistik Niedersachsen (Stand: 30.08.2023)

Aus den Zahlen lässt sich erkennen, dass der Anteil an Ausländer*innen im Landkreis Hildesheim stetig steigt.

Die Integration ist und bleibt auch aufgrund der steigenden Ausländerzahl ein wichtiger kommunaler Auftrag. Beim Landkreis Hildesheim wurde im Jahr 2017 das Amt für Migration und Integration neu gebildet, um auf die diversen Handlungsbedarfe reagieren zu können. U.a. wurden im August 2021 Ziele und Maßnahmen im Integrations- und Teilhabekonzept des Landkreises Hildesheim aufgestellt und definiert.

Der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung wurde durch die Aufgabenerweiterung des Amtes um den Bereich Demographie Sorge getragen. Ebenso ist nun ein Fachausschuss für das Thema Bevölkerungsentwicklung zuständig. Um einen Anstieg der Ausländer*innen um rund 21 % innerhalb eines Jahres zu schaffen, mussten Kapazitäten und Prioritäten verschoben werden. Erkennbar an der leichten Senkung der Einbürgerungen aber auch am Anstieg der Ausgaben für diesen Bereich im Haushalt.

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

	Juni 2017	Juni 2018	Juni 2019	Juni 2020	Juni 2021	Juni 2022	Juni 2023
Arbeitslose	9.201	8.749	8.549	10.166	9.675	9.357	10.098
Arbeitslosenquote	6,3%	5,9%	5,8%	6,8%	6,5%	6,3%	6,8 %

Daten: Bundesagentur für Arbeit Statistik (Stand: 30.08.2023)

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird hier auf die Zahl der Arbeitslosen beschränkt. Im Vergleich zum Juni 2022 ist die Arbeitslosenquote um 0,5 % angestiegen.

Darüber hinaus ergibt sich auch eine Schnittmenge zu einer weiteren Herausforderung: dem Fachkräftemangel. Nicht nur im Landkreis Hildesheim, sondern in ganz Deutschland fehlt es an Fachkräften. Besonders im Handwerk und in der Pflege sind die Auswirkungen schon jetzt deutlich zu spüren. Auch unter diesen Gesichtspunkten ist es wichtig, die Integration von Ausländer*innen aktiv voranzutreiben und zu unterstützen. Durch sie könnte es zumindest teilweise gelingen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

7. Ausblick / Fazit

Eine verlässliche Aussicht auf die weitere Entwicklung der Haushalts- und Finanzlage des Landkreises ist äußerst schwierig.

Es ist kaum abzuschätzen, in welcher Art und in welchem Umfang sowie über welchen Zeitraum die Auswirkungen des Ukrainekrieges, die allgemein gestiegenen Kosten, die Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarkts Folgen haben werden. Ebenso schwer zu beziffern sind die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Kommunen im Allgemeinen und insbesondere auf die Haushaltslage des Landkreises Hildesheim. Besonders die Finanzausgleichszahlungen, die Höhe der Erträge aus der Kreisumlage und die Aufwendungen im Bereich SGB II bzw. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) aber auch die Aufwendungen im Gesundheits- sowie im Jugend- und Sozialbereich können kaum verlässlich geplant werden.

Ferner ist nicht absehbar, wie lange die Wirtschaft brauchen wird, sich von diesen Folgen zu erholen und das Niveau vor diesen Ereignissen zu erreichen, welche Hilfspakete seitens des Bundes oder des Landes zur Verfügung gestellt werden oder welche Förderprogramme aufgelegt bzw. initiiert werden. Auch die immer wiederkehrende Hochwasserlagen benötigen noch mehr finanziellen Einsatz seitens des Landkreises.

Zudem müssen durch gesetzliche Vorgaben und Änderungen immer neue zusätzliche Aufgaben erfüllt werden bzw. werden Aufgaben arbeits- und kostenintensiver. Nicht immer erfolgt die vollständige Übernahme der Kosten im Rahmen des Konnexitätsprinzips. Diesbezüglich stellt die Finanzierbarkeit der Aufgabe Kindertagesbetreuung eine große Herausforderung dar, da die Zuschüsse des Landes für diese Aufgabe deutlich geringer als prognostiziert ausfallen bzw. signifikant unter dem tatsächlichen Aufwand liegen.

Hierzu ist festzuhalten, dass laut dem Nds. Landkreistag alle niedersächsischen Landkreise und die Region Hannover in ihren Haushaltsentwürfen 2024 mit Fehlbeträgen rechnen.

Im Bereich des Jugendamtes ist zu prüfen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen der „Kostenexplosion“ der letzten Jahre entgegengewirkt bzw. Einhalt geboten werden kann. Hierzu wird im Bereich der Hilfen zur Erziehung eine externe Untersuchung erfolgen, für die Mittel im Haushalt eingestellt wurden. Auch stellt der geltende Kita-Vertrag, im Rahmen dessen sich der Landkreis an den Kosten der Gemeinden für Kindertagesstätten, Krippen, Horte und an der Kindertagespflege beteiligt, aufgrund stetig steigender Beträge, bspw. durch die Steigerung des Betreuungsbedarfes u.a. in Folge der Zuwanderung, eine hohe finanzielle Belastung für den Landkreis dar.

Die aufgrund des Kita-Vertrages zu tätigen Zuweisungen und Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben führen zudem zu einem Anstieg des Investitionsvolumens.

Gleiches gilt für den geplanten Neubau des Gymnasiums Sarstedt und den geplanten Neu- bzw. Umbau des Gymnasiums Michelsenschule. Mit diesen Maßnahmen wird auch hier dem demographischen Wandel Rechnung getragen.

Hinzu kommen diverse weitere umfangreiche, notwendige Investitionsmaßnahmen im Bereich (der Digitalisierung) der Schulen und der Kreisstraßen.

Eine Finanzierung dieser Maßnahmen aus Eigenmitteln kann trotz Inanspruchnahme diverser Fördermaßnahmen nicht in Gänze geleistet werden, daher ist die Aufnahme von Investitionskrediten unumgänglich.

Der zu leistende Schuldendienst führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen. Da eine Deckung der Tilgungsleistungen aus Mitteln laufender Verwaltungstätigkeit nicht möglich ist, muss die Finanzierung

des Schuldendienstes durch liquide Mittel und, sollte dies ebenfalls nicht möglich sein, durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten erfolgen.

Aktuell ist der Landkreis nicht auf die Aufnahme von Liquiditätskrediten angewiesen. Sollten sich die derzeitigen Planungen jedoch bestätigen, wird wieder eine (dauerhafte) Aufnahme von Liquiditätskrediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises notwendig sein.

D.h. neben einem Anstieg der Höhe der Investitionskredite muss dann auch mit einem Anstieg der Höhe der Liquiditätskredite gerechnet werden. Das Erlangen der dauernden Leistungsfähigkeit gem. § 23 KomHKVO rückt dementsprechend wieder in weite Ferne.

Im Jahr 2022 endete die Vertragslaufzeit des mit der Stadt Hildesheim unterzeichneten Finanzvertrags. Es wurde sich aber mit der Stadt Hildesheim darauf geeinigt, die Laufzeit des Vertrages um zwei Jahre zu verlängern. Dieser Zeitraum soll genutzt werden, den aktuellen Status zu überprüfen bzw. die besondere Aufgaben- und Finanzstruktur der Stadt Hildesheim zu berücksichtigen, um sodann zu einem für beide Seiten zufriedenstellenden Vertragsabschluss zu gelangen.

Weiterhin Bestand hat die mit den kreisangehörigen Kommunen geschlossene Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung (Kita-Vertrag). Neu ab dem Jahr 2023 hinzugekommen ist die zusätzliche Finanzierung von Zuschüssen für die Bauunterhaltung von jährlich 800.000 Euro. Wie bereits oben genannt besteht die Absicht diese finanzielle Unterstützung auf 2,0 Mio. € aufzustocken.

Des Weiteren stellt die zukünftige Zinsentwicklung sowohl für den Ergebnis- als auch für den Finanzhaushalt ein Risiko dar.

Weitere Risiken ergeben sich aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen, der weiteren Entwicklung der Energiekosten und Inflation sowie aus dem Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Hierfür sind klare Maßnahmen erforderlich, um handlungsfähig zu bleiben.

Das Ziel, einen Anstieg der (strukturellen) Fehlbeträge zu verhindern, bekommt eine zunehmende Bedeutung. Entsprechend wichtig wird ist die laufende Prozessoptimierung, auf deren Grundlage die Verwaltungsorganisation sowie die personelle und finanzielle Ausstattung in den einzelnen Aufgabenbereichen bedarfsgerecht auszurichten ist.

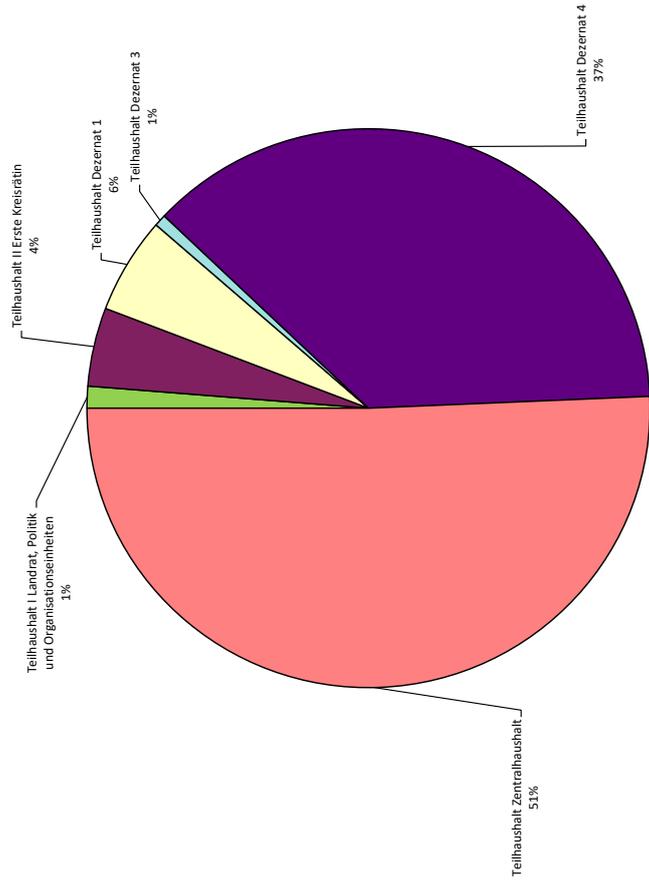
Es bleibt festzustellen, dass die Finanzausstattung des Landkreises in vielen Bereichen nach wie vor unzureichend ist.

Übersichten

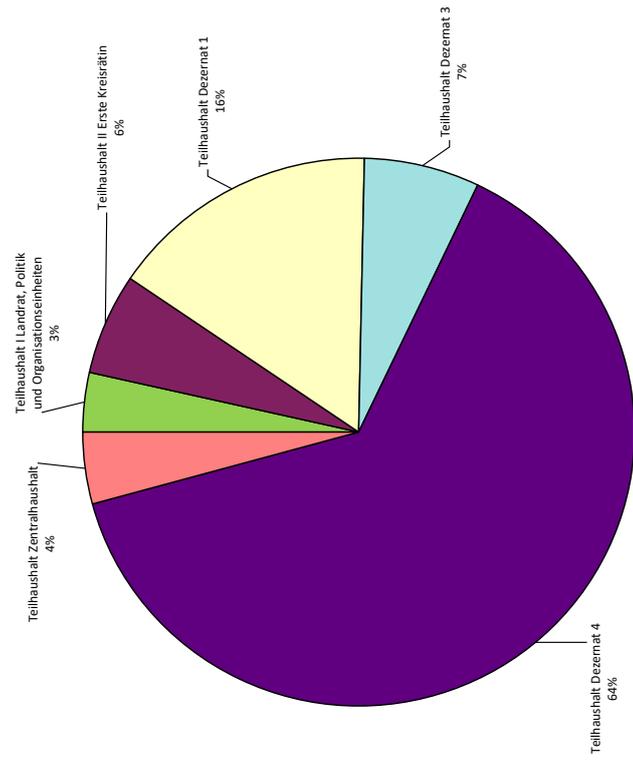
Gesamtergebnishaushalt nach Teilhaushalten

Ergebnishaushalt	Ordentliche Erträge		Ordentliche Aufwendungen		Ordentliches Ergebnis		Außerord. Erträge		Außerord. Aufwendungen		Außerord. Ergebnis		Erträge interne Leistungsbez.		Aufwend. interne Leistungsbez.		Saldo interne Leistungsbez.		Jahres-ergebnis		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Teilhaushalt I Landrat, Politik und Organisationseinheiten	8.470.700	24.567.200	-16.096.500	0	0	0	0	504.000	-504.000												
Teilhaushalt II Erste Kreisrätin	30.453.100	41.908.000	-11.454.900	0	0	0	0	832.300	-832.300												
Teilhaushalt Dezernat 1	37.346.400	111.251.400	-73.905.000	0	0	0	3.719.100	351.400	3.367.700												
Teilhaushalt Dezernat 3	4.602.400	47.485.800	-42.883.400	0	0	0	0	691.500	-691.500												
Teilhaushalt Dezernat 4	249.460.900	446.671.500	-197.210.600	0	0	0	0	1.339.900	-1.339.900												
Teilhaushalt Zentralhaushalt	339.345.500	29.679.000	309.666.500	0	0	0	0	0	0												
Summe	669.679.000	701.562.900	-31.883.900	0	0	0	3.719.100	3.719.100	0	0	0	0	0	3.719.100	3.719.100	0	0	0	0	0	-31.883.900

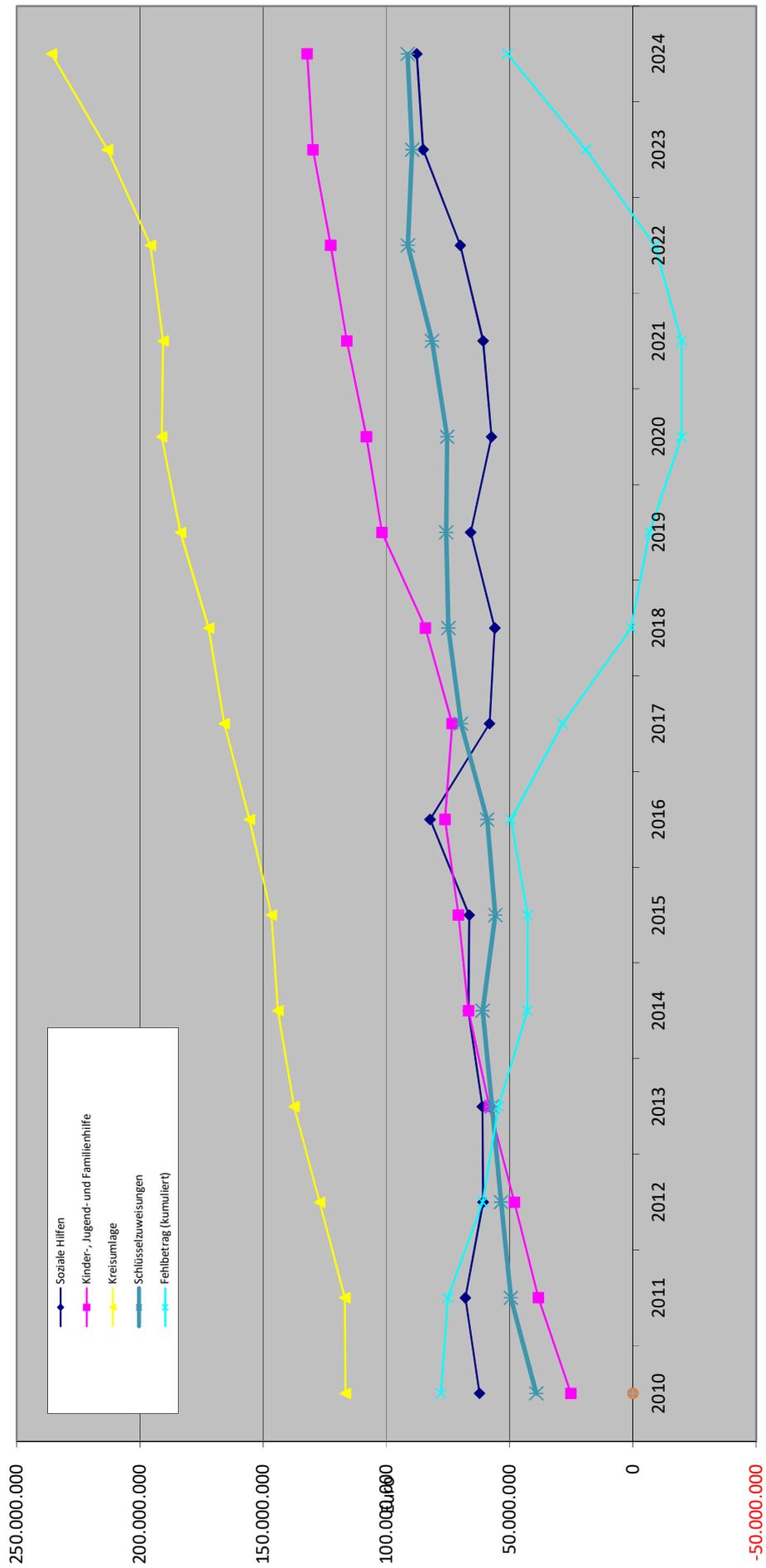
Ordentliche Erträge



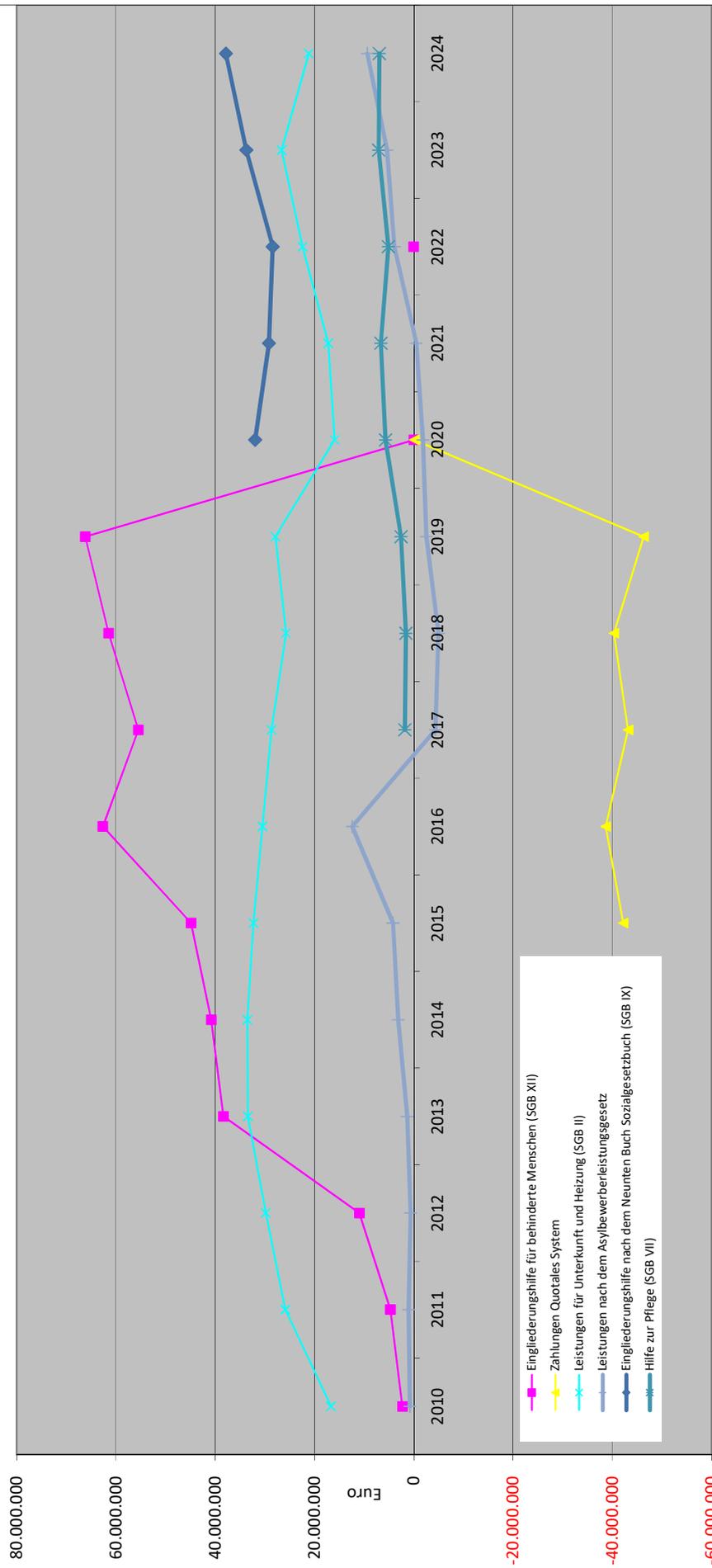
Ordentliche Aufwendungen



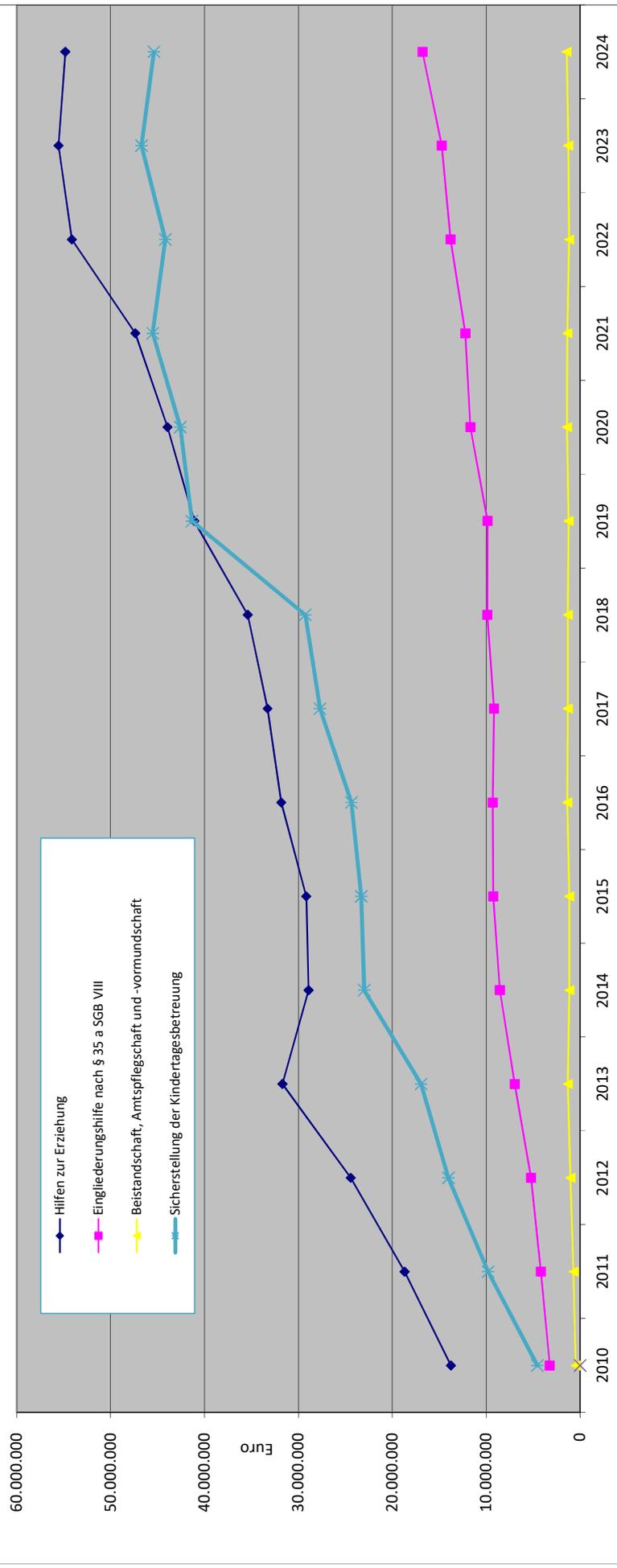
Zuschussentwicklung der wesentlichen Haushaltspositionen



Zuschussbedarf der wesentlichen Produkte der Sozialhilfe



Zuschussbedarf der wesentlichen Produkte der Jugendhilfe



Kostenstelle	Budget 50			Budget 20		
	Aufwands- Hh.ansätze	gebildete Haush.reste		Aufwands- Hh.ansätze	gebildete Haush.reste	
	€	€	%	€	€	%
1-01	160.800	39.777,91	24,74	1.800	0,00	0,00
4-09	227.700	533.180,25	234,16	499.600	0,00	0,00
8-00	5.800	2.276,44	39,25	582.900	0,00	0,00
9-00	23.100	9.989,81	43,25	25.700	0,00	0,00
9-02	18.200	6.956,01	38,22	20.500	0,00	0,00
9-04	67.000	56.578,05	84,44	53.600	0,00	0,00
9-06	29.800	47.806,22	160,42	0	0,00	0,00
9-10	4.200	0,00	0,00	0	0,00	0,00
Summe THH I	536.600	696.564,69	129,81	1.184.100	0,00	0,00
2-03	60.400	117.685,01	194,84	1.100	0,00	0,00
2-04	507.900	211.715,64	41,68	0	0,00	0,00
2-05	679.800	244.141,04	35,91	212.700	0,00	0,00
2-06	225.700	20.699,82	9,17	31.500	0,00	0,00
2-08	129.800	122.055,33	94,03	1.377.600	346.791,84	25,17
9-09	12.100	10.194,45	84,25	244.000	1.403.261,08	575,11
9-20	12.500	9.566,21	76,53	0	0,00	0,00
Summe THH II	1.628.200	736.057,50	45,21	1.866.900	1.750.052,92	93,74
1-00	2.700	2.455,09	90,93	0	0,00	0,00
1-03	114.600	139.247,22	121,51	10.000	19.172,62	191,73
1-06	116.600	24.237,45	20,79	0	0,00	0,00
9-08	10.500	8.628,87	82,18	0	0,00	0,00
Summe THH 1	244.400	174.568,63	71,43	10.000	19.172,62	191,73
3-00	7.700	8.098,26	105,17	0	0,00	0,00
3-01 -ohne Schulen, s.u.-	188.700	0,00	0,00	1.026.200	0,00	0,00
3-02	116.600	109.267,71	93,71	21.600	23.238,43	107,59
3-04	11.022.300	863.712,77	7,84	0	0,00	0,00
9-12	14.200	4.423,56	31,15	334.800	32.976,71	9,85
Summe THH 3	11.349.500	985.502,30	8,68	1.382.600	56.215,14	4,07
4-00	49.300	57.431,60	116,49	132.500	0,00	0,00
4-02	112.800	9.776,46	8,67	39.100	0,00	0,00
4-03	88.100	18.206,46	20,67	322.400	0,00	0,00
4-06	393.400	141.967,01	36,09	242.600	0,00	0,00
4-07	175.800	0,00	0,00	6.250.000	0,00	0,00
9-13	110.900	2.167,72	1,95	703.900	0,00	0,00
Summe Dez. 4	930.300	229.549,25	24,67	7.690.500	0,00	0,00
ZHH	0	0,00	0,00	12.307.900	907.311,69	7,37
Schulen	1.660.300	1.020.705,24	61,48	0	0,00	0,00
Zwischensumme	16.349.300	3.842.947,61	23,51	24.442.000	2.732.752,37	11,18
Heizung und Beleuchtung -Schulen-	3.565.800	0,00*	0,00	---	---	---
Heizung und Beleuchtung -FD 304-	562.500	0,00*	0,00	---	---	---
Zwischensumme	4.128.300	0,00	0,00	---	---	---
Gesamtsumme	20.477.600	3.842.947,61	18,77	24.442.000	2.732.752,37	11,18

Summe Haushaltsreste für Budget 20 + 50	44.919.600	6.575.699,98	14,64
--	-------------------	---------------------	--------------

* Ein Haushaltsrest konnte nicht gebildet werden, da zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch nicht alle Abrechnungen vorlagen. Es wurde stattdessen eine Rückstellung gebildet.

Übertragung üpl. / apl. Aufwand
--

Konto	Name	Kst.	Kostenträger	Betrag
4332-0024	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. - Ukraine	9-13	313-001	100.000,00
4291-0020	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 20)	9-13	122-010/315-502	200.000,00
Summe Haushaltsreste üpl. / apl. Aufwand				300.000,00

Gesamtsumme Haushaltsreste -Ergebnishaushalt-	6.875.699,98
--	---------------------

Haushaltsreste 2022 nach 2023 - Finanzhaushalt -

Einzahlungen

Kosten-Stelle	Investitions-Nummer	Investitionsbeschreibung	Haushalts-Einnahmerest 2022 nach 2023
2-08	I17208-005	Zuweisung vom Land für Hochwasserschutzmaßnahme	-2.658.385,03 €
2-08	I17208-005	Zuw.v.Dritten (Innersteverband) f. Hochwasserschut	-1.829.300,00 €
3-01	I20301-006	inv. Zuschuss Bund/Land Digital. Schule -Ausstattu	-3.284.383,81 €
3-04	I21304-004	Lüftungsanlagen zur Pandemiebekämpfung Einnahme	-7.092.000,00 €
3-04	I19304-008	Digitalisierung Schulen	-1.953.180,37 €
3-04	I10304-453	GVFG für Radwegebauprogramm	-1.168.200,00 €
3-04	I14304-205	K 321 OD Westfeld - L 482	-110.000,00 €
9-09	I21909-001	Zuw.Bund Breitbandausbau(50%)	-7.500.000,00 €
9-09	I21909-001	Zuw.Gem.Breitbandausbau(20%)	-3.000.000,00 €
9-09	I21909-001	Zuw.Land Breitbandausbau(10%)	-1.500.000,00 €
Gesamtsumme Haushalts-Einnahmereste			-30.095.449,21 €

Auszahlungen

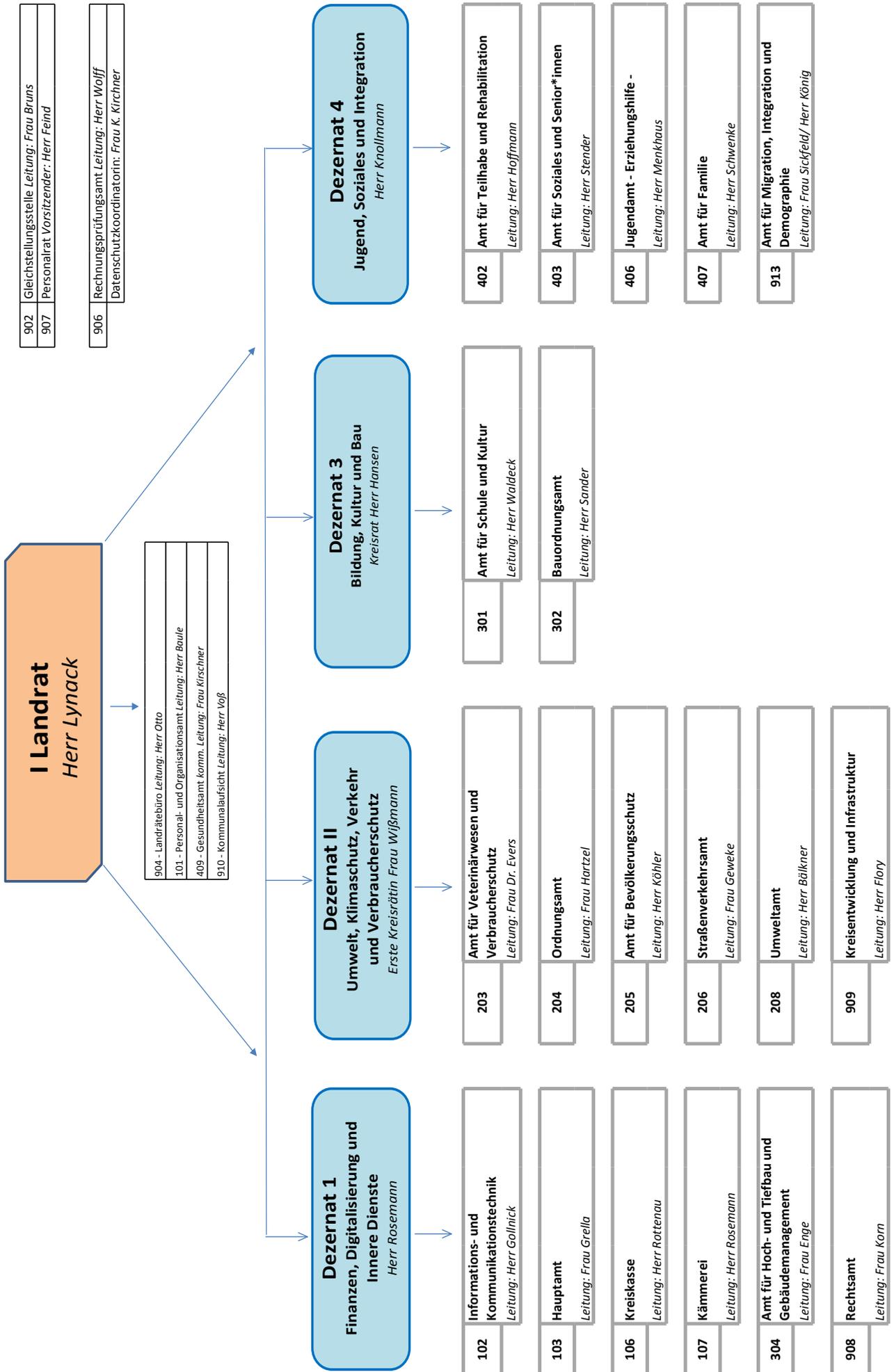
Kosten-Stelle	Investitions-Nummer	Investitionsbeschreibung	Haushalts-Ausgabereist 2022 nach 2023
1-01	I20101-001	Software Komboss - Stellenplan -	500,00 €
1-01	I20101-001	Software Komboss - Stellenbewertung -	3.000,00 €
1-02	I10102-001	EDV-Ausstattung (PC's, NTB, Server, Drucker)	103.851,85 €
1-02	I10102-004	Software	111.130,02 €
2-03	I18203-001	Einrichtung einer Wildsammelstelle	25.000,00 €
2-03	I21203-002	ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschwein	40.000,00 €
2-03	I21203-001	ASP Schutzzaun	56.000,00 €
2-04	I22204-002	Software Ordnungswidrigkeiten	5.485,14 €
2-04	I15204-003	Mobile Geschwindigkeitsmessanlage	59.670,24 €
2-05	I10205-003	Ausstattung FTZ	3.348,04 €
2-05	I10205-006	Einrichtung Digitalfunk neu	17.587,16 €
2-05	I22205-006	Gutachten Prospekt.kreisw.Sirenenala	25.000,00 €
2-05	I21205-003	Kreisanteil Neubeschaffung Norumat	30.000,00 €
2-05	I22205-009	Lautsprecher (4)/Warneinricht.a.Fahrzeug montiert	30.000,00 €
2-05	I10205-004	Ausstattung Kats	35.444,39 €
2-05	I10205-007	Sonderprogramm Notstromversorgung (Dau)	50.000,00 €
2-05	I22205-010	Telenotfallmedizin	52.970,96 €
2-05	I22205-012	Software Überwachung Atemschutzübungsstrecke	64.000,00 €
2-05	I16205-003	Sonderpogramm Atemschutzverbund	90.000,00 €
2-05	I19205-003	Sandsackfüllm. mit Abrollbehälter	108.265,03 €
2-05	I20205-001	Abrollbehälter Pumpe mit Beladung	200.000,00 €
2-05	I19205-002	Wechselladerfahrz. mit Ladekran+Abroll	250.000,00 €
2-05	I18205-001	SoProgramm Ersatzbesch. ABC-Zug	404.769,91 €
2-06	I21206-001	Kassenautomaten Zulassungsstellen	130.430,93 €
2-08	I22208-001	Schalldruckpegelmessgerät	8.000,00 €
2-08	I21208-002	Phosphorrückgewinnung/Karbonisierung	100.000,00 €
2-08	I17208-005	Hochwasserschutzmaßnahme	877.968,40 €
2-08	I17208-005	Zuw.an Dritte f. Hochwasserschutzm.	1.778.796,20 €
3-01	I12301-952	Ausstattung OBS Sarstedt	3.116,22 €
3-01	I10301-962	Ausstattung FöS Bad Salzetfurth	3.700,00 €
3-01	I10301-968	Ausstattung OBS Söhlde	4.382,00 €
3-01	I12301-951	Ausstattung OBS Lamspringe	5.574,26 €
3-01	I16301-001	Ausstattung Inklusive Schulen	10.000,00 €
3-01	I10301-960	Ausstattung FöS Sarstedt	11.230,08 €
3-01	I10301-963	Ausstattung FöS Alfeld	11.930,08 €
3-01	I10301-978	Ausstattung RS Alfeld	12.015,04 €

Kosten-Stelle	Investitions-Nummer	Investitionsbeschreibung	Haushalts-Ausgabereist 2022 nach 2023
3-01	I10301-971	Ausstattung OBS Harsum	13.017,26 €
3-01	I10301-970	Ausstattung OBS Nordstemmen	13.470,17 €
3-01	I10301-958	Ausstattung KGS Gronau	14.719,23 €
3-01	I10301-956	Ausstattung KMZ	18.800,00 €
3-01	I10301-969	Ausstattung OBS Ottbergen	23.924,16 €
3-01	I22301-001	Schulbiologisches Zentrum (1/2 LK + Stadt)	25.000,00 €
3-01	I19301-001	Schulmensen - Ausstattung	27.498,86 €
3-01	I12301-950	Ausstattung OBS Bockenem	28.000,00 €
3-01	I10301-965	Ausstattung Michelsenschule	29.030,08 €
3-01	I10301-966	Ausstattung Gym. Himmelsthür	30.331,38 €
3-01	I10301-959	Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth	34.622,44 €
3-01	I10301-964	Ausstattung Gym. Sarstedt	38.465,43 €
3-01	I10301-967	Ausstattung Gym. Alfeld	50.117,54 €
3-01	I10301-957	Ausstattung Hermann-Nohl-Schule	61.523,71 €
3-01	I10301-005	Ausstattung Friedrich-List-Schule	65.246,83 €
3-01	I10301-006	Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim	76.848,06 €
3-01	I10301-004	Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim	80.130,08 €
3-01	I10301-002	Ausstattung BBS Alfeld	84.530,08 €
3-01	I17301-002	Inventar KGS Gronau Sporthalle II	118.731,03 €
3-01	I20301-004	BBS W-v-S -Elektrotechnik-	124.064,56 €
3-01	I20301-001	Walter-Gropius-Schule - Erneuerung Masch.u.Einrich	150.000,00 €
3-01	I16301-002	Ausstattung NTW-Fachräume	165.000,00 €
3-01	I13301-001	Bad Salzdetfurth IGS - Inventar -	219.878,02 €
3-01	I20301-006	Digitalisierung Schulen - Ausstattung -	2.440.762,90 €
3-04	I10304-999	Ausstattung Reinigung	24.347,41 €
3-04	I22304-003	HAR 21-22 HI, Umgestaltung BBS	82.107,28 €
3-04	I14304-205	K 321 OD Westfeld - L 482	150.000,00 €
3-04	I19304-007	Sarstedt Rettungswache -Verkehrsfläche	154.688,99 €
3-04	I15304-005	Gronau, KGS - Sporthalle II	250.000,00 €
3-04	I22304-002	Sarstedt FÖS Modernisierung Schulgebäude	250.000,00 €
3-04	I18304-005	Sarstedt, Gymnasium	591.606,62 €
3-04	I14304-003	Hi, BBS Steuerwald, Umsetzung Brandschutz	751.954,54 €
3-04	I10304-695	Um- und Ausbau der Kreisstraßen	1.000.392,96 €
3-04	I19304-006	HI Michelsenschule - Erweiterung	1.252.586,01 €
3-04	I11304-005	Alfeld BBS, Umsetz.Brandschutzk.3.-7.BA	1.366.853,92 €
3-04	I10304-453	Bau von Radwegen GVFG	1.446.796,19 €
3-04	I10304-016	Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	2.151.066,14 €
3-04	I16304-019	Inv.-zuschuss an Stadt Hi.f.weiterf.Schule	2.500.000,00 €
3-04	I18304-008	Harsum OBS - Sporthalle - Kernsan. Nebenräume	2.627.134,95 €
3-04	I21304-004	Lüftungsanlagen zur Pandemiebekämpfung Ausgabe	9.011.836,63 €
4-02	I22402-001	Schnittst.LÄMMkom LISSA-DMS enaio-407,403,402,913	47.500,00 €
4-07	I15407-003	2 Lizenzen für KDO-Software (Vormundschaften)	3.600,00 €
4-07	I17407-005	Zuschuss für Sportförderung an freie Träger	10.983,04 €
4-07	I17407-004	Zuweisung für Sportförderung an Gemeinden	23.365,12 €
4-07	I15407-002	Beratungs-/Implement.kosten Beschaff. Neue Softwar	40.768,01 €
4-07	I17407-007	Zuweisung für Kita an Gemeinden (Ausstattung)	273.131,31 €
4-07	I17407-008	Zuschuss für KiTa an freie Träger (Ausstattung)	1.331.882,01 €
4-07	I17407-001	Zuweisung für Kita an Gemeinden	2.416.290,57 €
4-07	I17407-002	Zuschuss für Kita an freie Träger	11.895.029,49 €
9-09	I13909-001	Investive Förderung regionaler Projekte	35.000,00 €
9-09	I21909-001	Breitbandausbau	16.200.000,00 €
9-13	I21913-001	Software Amt 913 - NEU -	4.974,51 €
Gesamtsumme Haushalts-Ausgabereiste			64.550.773,47 €



Dezernatsverteilungsplan der Kreisverwaltung Hildesheim

Stand: 07.07.2023



Investitionstätigkeit:

Die Struktur sowie die Höhe der Auszahlungen bzw. der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit sind aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlich:

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.- Stelle
	HA 2024 €	VE 2024 €	2025 T€	2026 T€	2027 T€	
Auszahlungen						
1. Fortsetzungsmaßnahmen						
Brandschutz						
Aufbau/Ausbau des digitalen Alarmierungssystems	15.000		15	15	15	205
Digitalfunk für Tetra-Endgeräte	5.000		5	5	5	205
Tetra-Technik für Leitstelle	10.000		10	10	10	205
Ersatz LKW mit Ladebordwand für den Schlauchverband		200.000	200			205
Ersatz Rüstwagen 2 der FTZ		500.000	500			205
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Zweiter Wechsellader für die FTZ			350			205
Sonderprogramm Atemschutzbund	50.000		50	50	50	205
Ersatz Kombi FTZ	45.000					205
Rettungsdienst						
Telenotfallmedizin	5.000		5	5	5	205
Gerätewagen Sanität	30.000					205
Katastrophenschutz						
Sonderprogramm Beschaffung ABC-Zug	170.000					205
Zuweisung für Sirenenertüchtigung an Gemeinden		750.000	750			205
Einrichten von notstromversorgten Tankstellen im Kreisgebiet	30.000					205
Gerätewagen Mess (Gefahrgutkonzept)		220.000	220			205
Drei Gerätewagen Gefahrgut oder Drei Abrollbehälter (Gefahrgutkonzept)		2.250.000	2.250			205
Toilettenanhänger	20.000					205
Zwei Drohnen	30.000					205
Multi Carrier-Anhänger	50.000					205
Umweltschutz						
Sanierung der Deponien (Altlasten) (haushaltsneutral)	20.000		20	20	20	208
Wasserwirtschaft						
Zuweisungen an Dritte für Hochwasserschutzmaßnahmen	270.000		270	270	270	208
Hochwasserschutzmaßnahmen (haushaltsneutral)	4.900.000		10.250	8.750	3.500	208
Schulamt						
Inklusive Schule - Ausstattung	10.000		10	10	10	301
Schulmensen - Ausstattung	15.000		15	15	15	301
Erneuerung NTW-Fachräume	160.000		160	160		301
Digitalisierung Schulen - Eigenmittel	2.000.000		2.000	2.000	2.000	301
Erstausrüstung Schulcontainer/Schulräume	20.000		20	20	20	301
Gebäudewirtschaft						
Kreishaus - Erstausrüstung und Neubesch. Besprechungs- u. Fraktionsräume	20.000		20	20		304
Alfeld Kreishaus - Herstellung Barrierefreiheit, Modernisierung, Energetische Sanierung			1.500	1.500	1.500	304
Groß Düngen FTZ - Grundwasserbrunnen/Speicherbecken	150.000					304
Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau/Umbau Fahrzeughalle	100.000					304
Photovoltaikanlagen	250.000		250	250	250	304
Maßnahmenübergreifende Planungsmittel	150.000		150	150	150	304
KIP II Harsum OBS - Sporthalle - Kernsan. Nebenräume	90.000					304
Harsum OBS - Neubau Mensa			1.194	1.000		304
Nordstemmen OBS - Umsetz. Brandschutzk.	300.000		1.166			304
Hildesheim Michelsenschule - Erweiterung		16.000.000		16.000		304
Hildesheim GYM Himmelsthür - Maßn. Vorbeug. Brandschutz			1.258	400		304
Sarstedt, Gymnasium - Neubau	100.000		43.914			304
KIP II Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	800.000					304
Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	900.000					304
Hildesheim Umgestaltung BBS	4.000.000		5.500	7.000	12.000	304
Alfeld BBS Umsetz.Brandschutzk. 3.-7.BA			1.500	1.300	900	304
Hildesheim vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen	1.500.000					304
Hildesheim FS Holztechnik Energetische Sanierung	300.000		2.200	2.500	2.000	304
Ausstattung IGS - Inventar	90.000					304
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
K 215 Dingelbe - Nettlingen	600.000		100			304
K 323 OD Eyershausen	750.000		100			304
K 402 Alfeld - Föhrste	800.000		200			304
K 516 Knotenpunkt Sarstedt Breslauer Str. / Görlitzer Str.	100.000					304
Radwegebauprogramm	620.000		1.420	1.950	3.300	304

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.- Stelle
	HA 2024 €	VE 2024 €	2025 T€	2026 T€	2027 T€	
Zuweisungen für externe Straßenbaumaßnahmen						
(nicht Straßenbauprogramm / 55% Zuweisung)						
K 515 Bahnübergang Stadt Sarstedt (ohne GVFG Einnahme)	300.000		400			304
Kreisstraßen						
Deckenprogramm (Eigenmittel)	1.500.000		1.500	1.500	1.500	304
Um- und Ausbau (Eigenmittel)	1.820.000		1.820	1.820	1.820	304
Planungskosten (Eigenmittel)	680.000		680	680	680	304
Grunderwerb (Eigenmittel)	20.000		20	20	20	304
Radwege						
Planungskosten (Eigenmittel)	300.000		300	300	300	304
Sonstige Maßnahmen						
CMIS Schnittstelle Kommboss - DMS enaio	6.500					101
Software Kommboss - Stellenplan	6.300					101
Software Kommboss - Stellenbewertung und -beschreibung	18.600					101
Komdruck IDP (Ink-Dokument-Printer)	2.000		2	2		913
Schulbiologisches Zentrum (1/2 Anteil LK + Stadt)	200.000					304
Gesamtsumme der Fortsetzungsmaßnahmen:	24.328.400	19.920.000	82.294	47.722	30.340	
2. Gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen, neutrale Auszahlungen						
Versorgungsrücklage						
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. aktive Beamte	6.000		5	4	4	101
Zuführung (Zinsen) Versorgungsrücklage f. passive Beamte	8.000		7	6	6	101
Finanzvertrag Stadt Hildesheim						
Investitionszuschuss an Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen	7.500.000		2.500	2.500	2.500	304
Feuerschutz						
Zuweisungen aus Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
Zuweisung an Stadt Hildesheim für gemeinsame Leitstelle	5.000		5	5	5	205
TfN						
Investitionszuweisung	51.200		51	51	51	ZHH
Krankenhäuser						
Umlage nach KHG	4.800.000		4.800	4.800	4.800	ZHH
Gesamtsumme gesetzliche/vertragliche Verpflichtungen, neutrale Auszahl.	12.675.200	0	7.673	7.671	7.671	
3. Erwerb von beweglichem Vermögen						
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 205)	175.800	0	176	176	176	205
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 304)	48.300	0	48	48	48	304
Summe Aufstellung Erwerb von bewegl. Anlagevermögen (Amt 102)	725.700	0	400	400	400	102
Summe Aufstellung Beschaffungen für Schulen	603.200	0	603	603	603	301
Gesamtsumme Erwerb bewegliches Vermögen	1.553.000	0	1.227	1.227	1.227	
4. Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben						
Aufstellung Zuweisungen u. Zuschüsse f. gemeindliche Aufgaben	8.632.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	407
Gesamtsumme Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben	8.632.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	
5. Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen						
Allgemeines Grundvermögen	0	0	0	0	0	304
Gesamtsumme Grunderwerb, soweit nicht bei Maßnahmen	0	0	0	0	0	
6. Neue Maßnahmen						
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz						
Einrichtung einer Wildsammelstelle	25.000					203
ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschweine	40.000					203
ASP Schutzzaun	56.000					203
EDV-Ausstattung - Lebensmittelüberwachung	24.500					203
Ordnungsamt						
Eine stationären Geschwindigkeitsmessanlage	96.000					204
Brandschutz						
Komandowagen (Kdow) für Brandabschnittsleiter (BAL)	150.000	210.000	210			205

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.- Stelle
	HA 2024 €	VE 2024 €	2025 T€	2026 T€	2027 T€	
Feuerwehrtechnische Zentrale						
Ersatz Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz		350.000	350			205
Ersatz AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50		500.000	500			205
Umrüstsatz für GW-L Unimog incl. Material - Vegetationsbrandbekämpfung	150.000					205
Ersatz Einsatzleitwagen (ELW) 2		850.000		850		205
Rettungsdienst						
Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	90.000		90	15	15	205
Katastrophenschutz						
Neue Stabssoftware		30.000	30			205
Gerätewagen Verpflegung (GW-V)		300.000	300			205
Führungskraftwagen (FüKW) / Mannschaftstransportwagen (MTW) ABC-Zug	120.000					205
Optimierung Funkausstattung TEL	38.000					205
Austauschkassette für Schlauchwagen	15.000					205
Mannschaftszelte beheizbar - 10Stück - Versorgungszug	170.000					205
Erstausrüstung neuer Stabsraum	150.000		15			205
Schulamt						
BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum	36.000					301
BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine	280.000					301
Gebäudewirtschaft						
Groß Düngen FTZ Energetische Sanierung	200.000					304
Alfeld, RS Erweiterung	250.000		1.000	1.000	250	304
GVFG - Maßnahmen (55 % Zuweisung)						
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			3.060	4.490	5.720	304
GVFG - K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	1.846.000		1.846			304
Amt für Familie						
Hildesheim Kreishaus - Errichtung Betriebskrippe	1.079.000					407
7 Lizenzen ElterngeldDigital und Krankenkassenmodul elina	17.000					407
2 Lizenzen KDO-Software für Beistandschaften und Vormundschaften	4.000					407
Gesundheitsamt						
Beschaffung eines Sehtestgeräts	6.000					409
Ersatzbeschaffung Zahnarztstuhl	40.000					409
Sonstige Maßnahmen						
Software Vollstreckungsbehörde - eAkte	18.000					106
Lizenz Dezernat 4 - JUBB Datenblatt	4.500					400
Schnittstelle Lämmkomm - Lissa	25.000					402
Schnittstelleneinrichtung Lämmkomm - Lissa - enaio	20.000					402
Software - OZG Aufenthaltstitel Efa Nachnutzung	30.000					913
Lizenzen Software Xausländer	8.000					913
Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	250.000		200			203
Digitalisierung der Verwaltung	1.000.000					1-1Proj
Zuschuss Michaelis-Hospiz	50.000		50			403
Gesamtsumme Neue Maßnahmen	6.288.000	2.240.000	7.651	6.355	5.985	
7. Zusammenstellung der Auszahlungen						
Gesamtsumme 1 (Fortsetzungsmaßnahmen)	24.328.400	19.920.000	82.294	47.722	30.340	
Gesamtsumme 2 (Gesetzl. / vertragl. Verpflicht., neutrale Auszahl.)	12.675.200	0	7.673	7.671	7.671	
Gesamtsumme 3 (Erwerb von beweglichem Vermögen)	1.553.000	0	1.227	1.227	1.227	
Gesamtsumme 4 (Zuweisungen für gemeindliche Aufgaben)	8.632.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	
Gesamtsumme 5 (Gründerwerb, soweit nicht bei Maßnahmen)	0	0	0	0	0	
Gesamtsumme 6 (Neue Maßnahmen)	6.288.000	2.240.000	7.651	6.355	5.985	
Summe der Auszahlungen:	53.476.600	30.585.100	108.977	73.107	55.355	

	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.- Stelle
	HA 2024	VE 2024	2025	2026	2027	
	€	€	T€	T€	T€	
Einzahlungen						
<u>Darlehensrückflüsse</u>						
Rückfluss Wohnungsbaudarlehen	11.000		11	11	11	302
Gesellschafterdarlehen an Krankenhaus Alfeld GmbH	179.000		187	194	202	ZHH
<u>Auflösung Versorgungsrücklage</u>						
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. aktive Beamte	61.200		61	61	61	101
Auflösung Versorgungsrücklage NVK f. passive Beamte	86.500		86	86	86	101
<u>Brandschutz</u>						
Feuerschutzsteuer (haushaltsneutral)	300.000		300	300	300	205
Zuweisung für Erwerb Gerätewagen Gefahrgut (haushaltsneutral)	5.000		5	5	5	205
<u>Katastrophenschutz</u>						
Gerätewagen Mess (Gefahrgutkonzept)			220			205
Drei Gerätewagen Gefahrgut / Drei Abrollbehälter (Gefahrgutkonzept)			2.250			205
<u>Wasserwirtschaft</u>						
Zuweisung vom Land für Hochwasserschutzmaßnahmen (haushaltsneutral)	3.430.000		7.175	6.125	2.450	208
Zuweisung von Dritten für Hochwasserschutzmaßnahme (haushaltsneutral)	1.470.000		3.075	2.625	1.050	208
Zuweisung vom ZAH aus der Altlastenrücklage (haushaltsneutral)	20.000		20	20	20	208
<u>Gebäudewirtschaft</u>						
Verkauf Grundstück ehemalige RS Gronau	1.100.000					304
KIP II Harsum OBS - Sporthalle - Kernsan. Nebenräume	1.428.000					304
KIP II Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	1.500.000					304
<u>GVFG - Zuweisungen</u>						
GVFG - K 215 Dingelbe - Nettlingen	330.000		55			304
GVFG - K 321 OD Westfeld - L 482	110.000					304
GVFG - K 323 OD Eyershausen	412.500		550			304
GVFG - K 402 Alfeld - Föhrste	440.000		110			304
GVFG - K 516 Knotenpunkt Sarstedt Breslauer Str. / Görlitzer Str.	55.000					304
GVFG - K 522 Kanalbrücke Löhnde - Wätzum (Stichkanal)	550.000		550			304
GVFG - Radwegebauprogramm	341.000		781	1.072	1.815	304
GVFG - weitere neue Maßnahmen Straßenbau - Finanzplanung			1.683	2.469	3.476	304
Summe der Einzahlungen:	11.829.200	0	17.119	12.968	9.476	

Saldo aus Investitionstätigkeit:	-41.647.400	-30.585.100	-91.858	-60.139	-45.879	
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:	0	0	0	0	0	
Finanzmittelfehlbetrag:	41.647.400		91.858	60.139	45.879	
Tilgungsbezogene Einzahlungen (Tilgung Gesellschafterdarlehen Krankenhaus Alfeld GmbH)	179.000		187	194	202	
Bereinigter Finanzmittelfehlbetrag:	41.826.400		92.045	60.333	46.081	
Finanzierungstätigkeit:						
Kreditaufnahme	41.826.400		92.045	60.333	46.081	
Tilgung von Krediten	10.000.000		12.500	14.200	16.030	
Saldo aus Finanzierungstätigkeit:	31.826.400		79.545	46.133	30.051	
Voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	-9.821.000		-12.313	-14.006	-15.828	

Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (ohne Schulen)

Einrichtung	HA 2024 gemäß HSK €	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2024	VE 2024	2025	2026	2027	
		€	€	T€	T€	T€	
Ausstattung Brandschutz		20.000	0	20	20	20	205
Ausstattung Feuerwehrtechnische Zentrale	175.800	40.000	0	40	40	40	205
Ausstattung Katastrophenschutz		115.800	0	116	116	116	205
Zwischensumme Amt 205:	175.800	175.800	0	176	176	176	
Technische Ausstattung Hausmeister	48.300	33.300	0	33	33	33	304
Ausstattung Gebäudereinigung		15.000	0	15	15	15	304
Zwischensumme Amt 304:	48.300	48.300	0	48	48	48	
luK (Haushaltskons.) (Die Beschaffungen führen zu entsprechenden Einsparungen und sind insofern durch das Haushaltssicherungskonzept gedeckt.)		725.700	0	400	400	400	102
Zwischensumme Amt 102:		725.700	0	400	400	400	
Gesamtsumme:		949.800	0	624	624	624	

Beschaffungen für Schulen

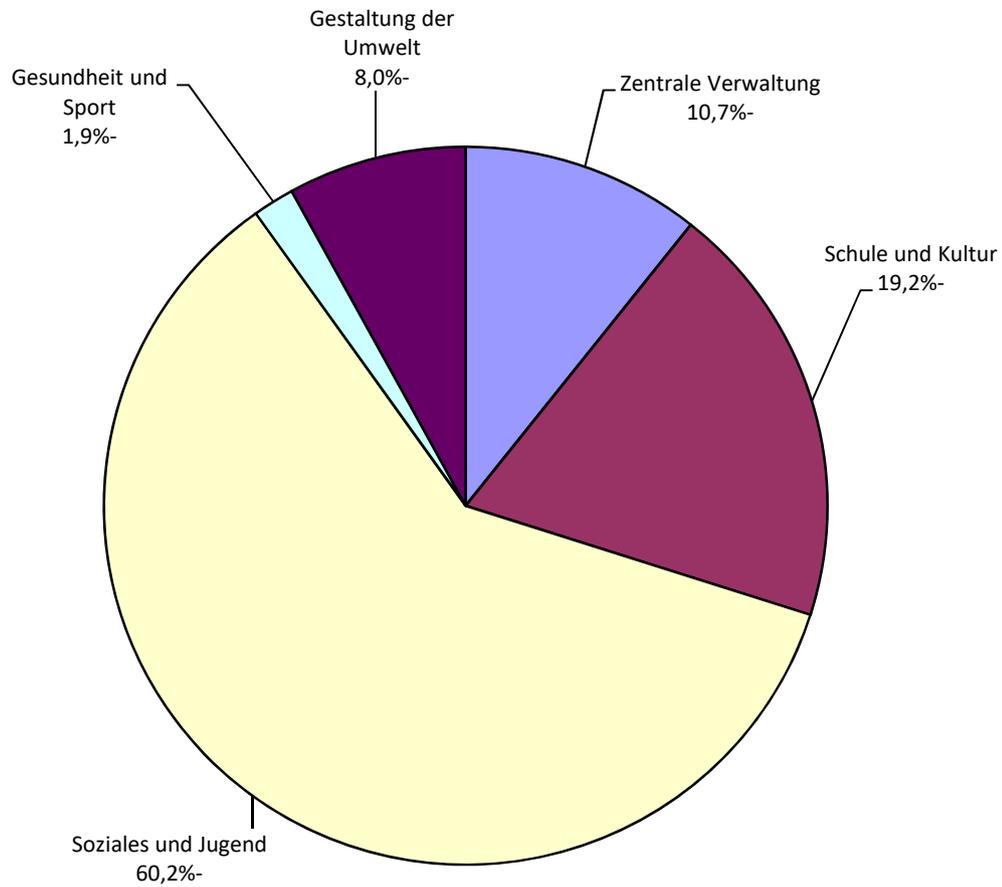
Einrichtung	HA 2024 gemäß HSK €	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2024	VE 2024	2025	2026	2027	
		€	€	T€	T€	T€	
Hauptschulen		5.100	0	5	5	5	301
Realschulen		8.500	0	9	9	9	301
Oberschulen		49.400	0	48	48	48	301
Gymnasien		67.100	0	69	69	69	301
Förderschulen		11.600	0	10	10	10	301
Gesamtschulen		32.200	0	33	33	33	301
Zwischensumme Allgemeinbildendes Schulwesen		173.900	0	174	174	174	
Berufsschulen		410.500	0	410	410	410	301
Kreismedienzentrum		18.800	0	19	19	19	301
Zwischensumme Berufsschulen und KMZ		429.300	0	429	429	429	
Gesamtsumme:	603.200 *	603.200	0	603	603	603	

* Durch Anhebung der Wertgrenze auf 1.000 € (plus MwSt.) für die Beschaffungen im Finanzhaushalt wird der max. Ansatz lt. HSK von 618.200 € auf 603.200 € reduziert. Die Mittel in Höhe von 15.000 € werden ab 2019 im Ergebnishaushalt eingeplant.

Zuweisungen und Zuschüsse für gemeindliche Aufgaben

Bezeichnung	HA 2024 gemäß HSK €	Haushaltsplan		IP / Finanzplanung			Bew.-stelle
		HA 2024	VE 2024	2025	2026	2027	
		€	€	T€	T€	T€	
Zuweisungen für Jugendheime an Gemeinden		51.000	0	51	51	51	407
Zuschüsse f. Jugendarbeit u. -heime an freie Träger		9.000	0	9	9	9	407
Zwischensumme Jugendarbeit / Jugendheime	60.000	60.000	0	60	60	60	
Zuweisungen für Kindertagesstätten an Gemeinden		6.245.000	6.525.100	7.745	7.745	7.745	407
Zuschüsse für Kindertagesstätten an freie Träger		2.255.000	1.900.000	2.255	2.255	2.255	407
Zwischensumme KITA		8.500.000	8.425.100	10.000	10.000	10.000	
Zuweisungen für Sportförderung an Gemeinden		60.000	0	60	60	60	407
Zuschüsse für Sportförderung an freie Träger		12.000	0	12	12	12	407
Zwischensumme Sportförderung	72.300	72.000	0	72	72	72	
Gesamtsumme:		8.632.000	8.425.100	10.132	10.132	10.132	

Ergebnishaushalt nach Produktbereichen



Zentrale Verwaltung	-39.034.600,00 €
Schule und Kultur	-70.140.000,00 €
Soziales und Jugend	-219.805.600,00 €
Gesundheit und Sport	-6.769.000,00 €
Gestaltung der Umwelt	-29.174.400,00 €
Summe (entspricht 100%)	-364.923.600,00 €
Zentrale Finanzleistungen	+333.039.700,00 €
Jahresergebnis (+ Überschuss / - Zuschuss)	-31.883.900,00 €

Produktstruktur Landkreis Hildesheim
Produktgruppenübersicht

Prod-Nr.	Bezeichnung	organisatorisch	
Produktgruppe 111 Verwaltungssteuerung und -service			
	111-001 Projekte im Dezernat 1	1-02	Dez1
x	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen	1-01	LR
	111-003 Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	1-03	Dez1
	111-004 Buchungsposten Personalkosten	1-01	LR
x	111-005 IuK	1-02	Dez1
	111-006 Kassenwesen	1-06	Dez1
	111-007 Finanzen	1-07	Dez1
	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und sonstige	3-04	Dez1
	111-015 Kreistag und seine Ausschüsse	8-00	Pol
	111-016 Fraktionen	8-00	Pol
	111-017 Verwaltungsführung LR	9-00	LR
	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau	9-02	LR
	111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	9-04	LR
	111-020 Prüfung und Beratung	9-06	LR
	111-021 Personalvertretung	9-07	LR
	111-022 Recht	9-08	Dez1
	111-023 Kommunalaufsicht	9-10	DezII
	111-024 Kreistagsangelegenheiten	9-04	LR
	111-025 Organisation	1-01	LR
	111-026 Bürgerschaftliches Engagement	4-03	Dez4
	111-027 Integration und Demokratie	9-13	Dez4
	111-028 Verwaltungsführung EKR	9-20	DezII
	111-029 Projekte im Dezernat II	9-20	DezII
	111-030 Steuerung der Digitalisierung	1-00	Dez1
	111-031 Betriebskrippe	4-07	Dez4
	111-032 Sozialplanung	4-00	Dez4
	111-033 Kommunalförderung	1-00	Dez1
Produktgruppe 121 Statistik und Wahlen			
	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung	9-04	LR
	121-002 Zensus	Dez1	Dez1
Produktgruppe 122 Ordnungsangelegenheiten			
	122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	2-04	DezII
	122-002 Ordnungswidrigkeiten	2-04	DezII
	122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	9-13	Dez4
x	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz	2-03	DezII
	122-005 KFZ-Zulassungen	2-06	DezII
	122-006 Verkehrssicherung- und Lenkung	2-06	DezII
	122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	2-06	DezII
	122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	4-09	LR
	122-009 Wasserwirtschaft	2-08	DezII
Produktgruppe 126 Brandschutz			
	126-002 Gebäudewirtschaft FTZ	3-04	Dez3
x	126-003 Brandschutz (Amt 205)	2-05	DezII
	126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale	2-05	DezII
	126-005 Brandschutz (Amt 302)	3-02	Dez3
Produktgruppe 127 Rettungsdienst			
x	127-001 Rettungsdienst	2-05	DezII
	127-002 Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	3-04	Dez1
Produktgruppe 128 Katastrophenschutz			
	128-001 Katastrophenschutz	2-05	DezII
Produktgruppe 212 Hauptschulen			
x	212-001 Schulverwaltung Hauptschulen	3-01	Dez3

Produktstruktur Landkreis Hildesheim
Produktgruppenübersicht

	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 215 Realschulen			
x	215-001	Schulverwaltung Realschulen	3-01	Dez3
	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 216 Kombinierte Haupt- und Realschulen			
x	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	3-01	Dez3
	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 217 Gymnasien, Kollegs			
x	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	3-01	Dez3
	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	3-04	Dez1
	Produktgruppe 218 Gesamtschulen			
x	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	3-01	Dez3
	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 221 Förderschulen			
x	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	3-01	Dez3
	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 231 Berufliche Schulen			
x	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	3-01	Dez3
	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	3-04	Dez1
	Produktgruppe 241 Schülerbeförderung			
x	241-001	Schülerbeförderung	3-01	Dez3
	Produktgruppe 242 Fördermaßnahmen für Schüler			
	242-001	Ausbildungsförderung	3-01	Dez3
	Produktgruppe 243 Sonstige schulische Aufgaben			
	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	3-01	Dez3
	Produktgruppe 251 Wissenschaft und Forschung			
	251-001	Kreisarchiv	3-01	Dez3
	Produktgruppe 261 Theater			
	261-001	Theater	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 281 Heimat- und sonstige Kulturpflege			
	281-001	Kulturbüro	3-01	Dez3
	Produktgruppe 311 Grundversorgung und Hilfen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)			
	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	4-03	Dez4
	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	4-02	Dez4
	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	4-07	Dez4
	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	4-03	Dez4
	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	4-03	Dez4
	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4-03	Dez4
x	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	4-03	Dez4
	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	4-03	Dez4
	311-902	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)	4-02	Dez4
	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	4-07	Dez4
	Produktgruppe 312 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)			
x	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)	9-08	Dez1
	312-201	Eingliederungsleistungen	9-08	Dez1
	312-301	Einmalige Leistungen	9-08	Dez1
	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	4-07	Dez4
	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)	9-08	Dez1
	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	4-07	Dez4
	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	1-01	LR
	Produktgruppe 313 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	9-13	Dez4

Produktstruktur Landkreis Hildesheim
Produktgruppenübersicht

x	Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)		
	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX	4-02 Dez4
	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	4-02 Dez4
	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	4-02 Dez4
	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	4-02 Dez4
	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	4-02 Dez4
	314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	4-02 Dez4
	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	4-02 Dez4
	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	4-02 Dez4
	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	4-02 Dez4
	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	4-02 Dez4
	Produktgruppe 315 Soziale Einrichtungen		
	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	4-03 Dez4
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	ZHH ZHH
	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge	9-13 Dez4
	315-601	Andere Soziale Einrichtungen	4-03 Dez4
	Produktgruppe 321 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz		
	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	4-02 Dez4
	Produktgruppe 341 Unterhaltsvorschussleistungen		
	341-001	Unterhaltsvorschuss	4-07 Dez4
	Produktgruppe 343 Betreuungsleistungen		
	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht	4-02 Dez4
	Produktgruppe 344 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge		
	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	4-02 Dez4
	Produktgruppe 345 Landesblindengeld		
	345-001	Landesblindengeld	4-03 Dez4
	Produktgruppe 346 Wohngeld		
	346-001	Wohngeld	4-07 Dez4
	Produktgruppe 347 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz		
	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	4-07 Dez4
	Produktgruppe 351 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen		
	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	4-03 Dez4
	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	4-02 Dez4
	Produktgruppe 361 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (SGB VIII)		
	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	4-07 Dez4
	Produktgruppe 362 Jugendarbeit (SGB VIII)		
	362-001	Jugendarbeit	4-07 Dez4
	Produktgruppe 363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (SGB VIII)		
	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	4-07 Dez4
	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	4-06 Dez4
x	363-003	Hilfen zur Erziehung	4-06 Dez4
	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	4-06 Dez4
x	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	4-06 Dez4
	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	4-06 Dez4
	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	4-07 Dez4
	363-008	Elterngeld	4-07 Dez4
	Produktgruppe 365 Tageseinrichtungen für Kinder		
x	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung	4-07 Dez4
	Produktgruppe 366 Einrichtungen der Jugendarbeit		
	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	4-07 Dez4
	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	3-04 Dez3
	Produktgruppe 367 Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
	367-001	Erziehungsberatung	4-07 Dez4
	Produktgruppe 411 Krankenhäuser		

Produktstruktur Landkreis Hildesheim
Produktgruppenübersicht

	411-001	Krankenhäuser	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 412 Gesundheitseinrichtungen			
	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	4-09	LR
	Produktgruppe 414 Maßnahmen der Gesundheitspflege			
	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	2-03	DezII
	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	4-09	LR
	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	4-09	LR
	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	4-09	LR
	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	4-09	LR
	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	4-09	LR
	Produktgruppe 418 Kur- und Badeeinrichtungen			
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 421 Förderung des Sports			
	421-001	Sportförderung	4-07	Dez4
	Produktgruppe 511 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen			
	511-001	Bauleitplanung	3-02	Dez3
	511-002	Raumplanung	9-09	DezII
	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	9-09	DezII
	Produktgruppe 521 Bau- und Grundstücksordnung			
x	521-001	Bauliche Anlagen	3-02	Dez3
	Produktgruppe 522 Wohnbauförderung			
	522-101	Wohnraumförderung	3-02	Dez3
	Produktgruppe 523 Denkmalschutz und -pflege			
	523-001	Denkmalschutz und -pflege	3-02	Dez3
	Produktgruppe 536 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur			
	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur	9-09	DezII
	Produktgruppe 537 Abfallwirtschaft			
	537-101	Tierkörperbeseitigung	2-03	DezII
	537-201	Abfallwirtschaft	2-08	DezII
	Produktgruppe 538 Abwasserbeseitigung			
	538-201	Abwasser	2-08	DezII
	Produktgruppe 542 Kreisstraßen			
x	542-001	Kreisstraßen und Radwege	3-04	Dez3
	Produktgruppe 547 ÖPNV			
	547-001	Nahverkehrsplanung	9-09	DezII
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	ZHH	ZHH
	547-003	Mobilitätszentrale	9-09	DezII
	Produktgruppe 554 Naturschutz und Landschaftspflege			
	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	2-08	DezII
	Produktgruppe 555 Land- und Forstwirtschaft			
	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	2-08	DezII
	Produktgruppe 561 Umweltschutzmaßnahmen			
	561-001	Bodenschutz	2-08	DezII
	561-002	Umweltschutz	2-08	DezII
	561-003	Klimaschutz	2-08	DezII
	Produktgruppe 571 Wirtschaftsförderung			
	571-001	Wirtschaftsförderung	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 573 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen			
	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi	ZHH	ZHH
	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi	ZHH	ZHH
	Produktgruppe 575 Tourismus			
	575-001	Kulturtourismus	3-01	Dez3
	575-001	Tourismus	9-09	DezII
	Produktgruppe 611 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen			

Produktstruktur Landkreis Hildesheim
Produktgruppenübersicht

611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	ZHH	ZHH
611-002	Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II	9-08	Dez1
611-003	Bedarfszuweisungen	9-10	DezII
Produktgruppe 612 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			
612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	ZHH	ZHH

x = wesentliche Produkte

160 Produkte, davon

20 wesentliche Produkte

1 wesentliche Produktgruppe

Haushaltsplan 2024**Übersicht - Wesentliche Produkte aller Ämter und Organisationseinheiten**

Der Produkthaushalt des Landkreises Hildesheim umfasst 160 Produkte, von denen 20 als wesentliche Produkte und 1 wesentliche Produktgruppe gemäß § 4 Abs.7 KomHKVO festgelegt wurden.

Produkt-Nr.	Bezeichnung	Amt
Dezernat I		
1 wesentliche Produkte		
111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	Amt 101
Dezernat II		
3 wesentliches Produkt		
122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Amt 203
126-003	Brandschutz	Amt 205
127-001	Rettungsdienst	Amt 205
Dezernat 1		
3 wesentliche Produkte		
111-005	IuK	Amt 102
312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Amt 908
542-001	Kreisstraßen und Radwege	Amt 304
Dezernat 3		
9 wesentliche Produkte		
212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	Amt 301
215-001	Schulverwaltung Realschulen	Amt 301
216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	Amt 301
217-001	Schulverwaltung Gymnasien	Amt 301
218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	Amt 301
221-001	Schulverwaltung Förderschulen	Amt 301
231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	Amt 301
241-001	Schülerbeförderung	Amt 301
521-001	Bauliche Anlagen	Amt 302
Dezernat 4		
4 wesentliche Produkte, 1 wesentliche Produktgruppe		
311-801	Hilfe zur Pflege (PSG II)	Amt 403
314	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX	Amt 402
363-003	Hilfen zur Erziehung	Amt 406
363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	Amt 406
365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung	Amt 407

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Amt/OE	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €

Teilhaushalt I

Landrat, Politik und Organisationseinheiten					
9-00	111-017	Verwaltungsführung LR	4.600	508.200	-503.600
9-04	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	0	402.500	-402.500
9-04	111-024	Kreistagsangelegenheiten	0	172.200	-172.200
9-04	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	150.000	343.700	-193.700
Politik					
8-00	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	0	448.900	-448.900
8-00	111-016	Fraktionen	0	759.100	-759.100
Amt / OE					
1-01	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	92.900	2.985.900	-2.893.000
1-01	111-004	Buchungsposten Personalkosten	2.122.500	5.040.700	-2.918.200
1-01	111-025	Organisation	0	1.128.200	-1.128.200
1-01	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	4.200.000	4.940.800	-740.800
4-09	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	0	97.900	-97.900
4-09	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	0	1.382.200	-1.382.200
4-09	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	1.546.600	1.391.400	155.200
4-09	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	167.100	674.100	-507.000
4-09	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	30.000	962.000	-932.000
4-09	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	33.100	304.200	-271.100
4-09	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	0	712.500	-712.500
9-02	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	11.400	269.800	-258.400
9-06	111-020	Prüfung und Beratung	104.000	1.548.900	-1.444.900
9-07	111-021	Personalvertretung	0	485.500	-485.500
9-10	111-023	Kommunalaufsicht	8.500	512.500	-504.000
Ergebnis Teilhaushalt I			8.470.700	25.071.200	-16.600.500

Teilhaushalt Dezernat II

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
2-03	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	143.300	2.883.200	-2.739.900
2-03	414-001	Schlachtier- u. Fleischuntersuchungen	158.200	229.800	-71.600
2-03	537-101	Tierkörperbeseitigung	0	100.000	-100.000
2-04	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	346.700	1.193.200	-846.500
2-04	122-002	Ordnungswidrigkeiten	4.704.100	2.637.600	2.066.500
2-05	126-003	Brandschutz (Amt 205)	686.500	1.632.500	-946.000
2-05	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	829.300	1.749.500	-920.200
2-05	127-001	Rettungsdienst	11.286.300	11.759.500	-473.200
2-05	128-001	Katastrophenschutz	19.300	1.549.300	-1.530.000
2-06	122-005	KFZ-Zulassungen	2.194.700	2.261.200	-66.500
2-06	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	651.700	708.200	-56.500
2-06	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	700.400	1.400.800	-700.400
2-08	122-009	Wasserwirtschaft	1.491.000	3.422.800	-1.931.800
2-08	537-201	Abfallwirtschaft	5.800	411.000	-405.200
2-08	538-201	Abwasser	35.000	372.400	-337.400
2-08	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	267.800	1.627.200	-1.359.400
2-08	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	0	105.300	-105.300
2-08	561-001	Bodenschutz	489.500	809.500	-320.000
2-08	561-002	Umweltschutz	95.600	152.000	-56.400
9-09	511-002	Raumplanung	79.100	474.500	-395.400
9-09	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	0	275.500	-275.500
9-09	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur	428.600	604.200	-175.600
9-09	547-001	Nahverkehrsplanung	5.383.400	5.592.100	-208.700
9-09	547-003	Mobilitätszentrale	456.800	456.800	0
9-09	575-002	Tourismus	0	139.600	-139.600
9-20	111-028	Verwaltungsführung EKR	0	192.600	-192.600
Ergebnis Teilhaushalt II			30.453.100	42.740.300	-12.287.200

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 1

Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-) Überschuss €
			Erträge €	Aufwendungen €	
1-00	111-030	Steuerung der Digitalisierung	0	37.600	-37.600
1-00	111-033	Kommunalförderung	0	30.200	-30.200
1-02	111-005	IuK	3.904.400	3.852.900	51.500
1-03	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	108.800	2.303.500	-2.194.700
1-06	111-006	Kassenwesen	280.100	1.881.000	-1.600.900
1-06	111-007	Finanzen	0	461.500	-461.500
1-1PRO	111-001	Projekte im Dezernat 1	0	2.144.200	-2.144.200
3-04	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	607.100	5.035.600	-4.428.500
3-04	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	221.300	569.900	-348.600
3-04	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	0	500	-500
3-04	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	17.900	713.400	-695.500
3-04	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	2.200	575.800	-573.600
3-04	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	700.800	7.125.700	-6.424.900
3-04	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	327.000	5.684.600	-5.357.600
3-04	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	328.800	3.214.400	-2.885.600
3-04	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	12.100	1.529.300	-1.517.200
3-04	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	206.200	7.353.100	-7.146.900
3-04	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	0	900	-900
3-04	542-001	Kreisstraßen und Radwege	1.150.100	8.431.300	-7.281.200
9-08	111-022	Recht	500	377.800	-377.300
9-08	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	33.138.200	54.275.000	-21.136.800
9-08	312-201	Eingliederungsleistungen	20.000	90.000	-70.000
9-08	312-301	Einmalige Leistungen	5.000	2.000.000	-1.995.000
9-08	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)	35.000	3.914.600	-3.879.600
Ergebnis Teilhaushalt 1			41.065.500	111.602.800	-70.537.300

Teilhaushalt Dezernat 3

Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-) Überschuss €
			Erträge €	Aufwendungen €	
3-01	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	21.900	249.200	-227.300
3-01	215-001	Schulverwaltung Realschulen	20.300	262.700	-242.400
3-01	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	163.100	2.100.300	-1.937.200
3-01	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	179.100	1.660.100	-1.481.000
3-01	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	77.900	1.083.000	-1.005.100
3-01	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	24.000	843.000	-819.000
3-01	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	884.600	3.419.900	-2.535.300
3-01	241-001	Schülerbeförderung	111.700	19.410.600	-19.298.900
3-01	242-001	Ausbildungsförderung	0	48.600	-48.600
3-01	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	1.097.000	13.922.000	-12.825.000
3-01	251-001	Kreisarchiv	500	153.200	-152.700
3-01	281-001	Kulturbüro	0	591.500	-591.500
3-01	575-001	Kulturtourismus	0	35.000	-35.000
3-02	126-005	Brandschutz (Amt 302)	230.000	0	230.000
3-02	511-001	Bauleitplanung	70.500	469.400	-398.900
3-02	521-001	Bauliche Anlagen	1.582.000	2.802.500	-1.220.500
3-02	522-101	Wohnraumförderung	128.600	893.700	-765.100
3-02	523-001	Denkmalschutz und -pflege	11.200	232.600	-221.400
Ergebnis Teilhaushalt 3			4.602.400	48.177.300	-43.574.900

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 4

Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
4-00	111-032	Sozialplanung	13.000	28.400	-15.400
4-02	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	215.000	430.000	-215.000
4-02	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII	95.811.100	57.879.700	37.931.400
4-02	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	0	2.000	-2.000
4-02	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	15.000	14.388.800	-14.373.800
4-02	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	129.000	11.244.500	-11.115.500
4-02	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	0	45.000	-45.000
4-02	314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	1.402.000	27.121.200	-25.719.200
4-02	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	110.000	10.362.500	-10.252.500
4-02	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	0	8.781.600	-8.781.600
4-02	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	163.800	943.400	-779.600
4-02	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	1.316.000	6.052.500	-4.736.500
4-02	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	1.012.500	1.050.500	-38.000
4-02	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht	2.000	1.213.400	-1.211.400
4-02	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	105.000	137.400	-32.400
4-02	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	10.000	17.400	-7.400
4-03	111-026	Bürgerschaftliches Engagement	0	210.900	-210.900
4-03	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	23.505.200	16.108.100	7.397.100
4-03	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	19.400	1.641.400	-1.622.000
4-03	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	0	10.000	-10.000
4-03	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	0	1.500.100	-1.500.100
4-03	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	0	338.300	-338.300
4-03	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	42.441.500	42.192.800	248.700
4-03	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	42.600	7.004.900	-6.962.300
4-03	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	19.200	5.519.400	-5.500.200
4-03	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	3.691.600	3.863.400	-171.800
4-03	315-601	Anderere Soziale Einrichtungen	0	99.200	-99.200
4-03	345-001	Landesblindengeld	568.000	593.400	-25.400
4-03	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	32.300	74.800	-42.500
4-06	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	920.200	8.126.000	-7.205.800
4-06	363-003	Hilfen zur Erziehung	7.111.900	61.931.400	-54.819.500
4-06	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	50.000	546.700	-496.700
4-06	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	574.200	17.355.100	-16.780.900
4-06	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	0	1.577.700	-1.577.700
4-07	111-031	Betriebskrippe	0	14.300	-14.300
4-07	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	0	15.000	-15.000
4-07	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	0	47.800	-47.800
4-07	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	2.120.000	2.600.000	-480.000
4-07	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	400.000	719.700	-319.700
4-07	341-001	Unterhaltsvorschuss	11.943.900	12.521.800	-577.900
4-07	346-001	Wohngeld	10.166.700	10.770.400	-603.700
4-07	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	1.180.000	1.127.600	52.400
4-07	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	683.400	1.962.900	-1.279.500
4-07	362-001	Jugendarbeit	45.800	369.200	-323.400
4-07	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	123.500	900.000	-776.500
4-07	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	0	1.416.500	-1.416.500
4-07	363-008	Elterngeld	304.300	712.900	-408.600
4-07	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	6.918.500	52.302.800	-45.384.300
4-07	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	0	215.400	-215.400
4-07	367-001	Erziehungsberatung	0	1.410.200	-1.410.200
4-07	421-001	Sportförderung	7.700	240.800	-233.100
9-13	111-027	Integration und Demokratie	35.000	5.000.500	-4.965.500
9-13	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	152.900	2.091.700	-1.938.800
9-13	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	24.395.700	33.745.900	-9.350.200
9-13	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge	11.703.000	11.434.100	268.900
Ergebnis Teilhaushalt 4			249.460.900	448.011.400	-198.550.500

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Zentralhaushalt

Zentralhaushalt					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-) Überschuss €
			Erträge €	Aufwendungen €	
	261-001	Theater	0	4.374.700	-4.374.700
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	0	810.000	-810.000
	411-001	Krankenhäuser	125.000	1.817.700	-1.692.700
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth	0	1.122.000	-1.122.000
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	0	15.000.000	-15.000.000
	571-001	Wirtschaftsförderung	0	426.400	-426.400
	573-001	Sparkasse, Kreiswohnbaugesellschaft	272.600	5.000	267.600
	573-002	Klimaschutzagentur	0	215.000	-215.000
	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	338.947.900	587.000	338.360.900
	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0	5.321.200	-5.321.200
Ergebnis Teilhaushalt Zentralhaushalt			339.345.500	29.679.000	309.666.500

Ergebnis Gesamthaushalt			673.398.100	705.282.000	-31.883.900
--------------------------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

Budgetübersicht / Haushaltsvermerke

I. Budgets

Zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung von Haushaltsansätzen wird gem. § 4 Abs. 3 KomHKVO ein Budget für jeden Teilhaushalt gebildet.

Budgetübersicht (§ 1 Abs. 2 Nr. 12 KomHKVO)

Budget	Budgetverantwortung
Teilhaushalt I Landrat, Politik, OE	Landrat
Teilhaushalt II Erste Kreisrätin	Erste Kreisrätin
Teilhaushalt Dezernat 1	Dezernat 1
Teilhaushalt Dezernat 3	Dezernat 3
Teilhaushalt Dezernat 4	Dezernat 4
Teilhaushalt Zentralhaushalt	Dezernat 1

Budgetkennziffern

Der Landkreis Hildesheim hat im Ergebnishaushalt sämtliche Kombinationen von Konten und Produkten/Leistungen mit einer internen Budgetkennziffer versehen, mit deren Hilfe die Haushaltsplanung, die dezentralen Entscheidungsspielräume bzw. Verantwortlichkeiten und die Haushaltskonsolidierung gesteuert werden.

Die Budgetkennziffern sind nachfolgend erläutert:

10 = Nicht beeinflussbare und grundsätzlich nicht beeinflussbare, sowie haushaltsneutrale Erträge und Aufwendungen

20 =

- Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, bei denen bei Art und/oder Umfang der Erfüllung Ermessen besteht;
- freiwillige Aufwendungen, für die vertragliche und ähnliche Verpflichtungen bestehen;
- Aufwendungen, für die keine gesetzlichen, vertraglichen und ähnlichen Verpflichtungen bestehen;
- mit den entsprechenden Erträgen

40 = Personalaufwendungen mit den entsprechenden Erträgen

50 = Budgetierte Sachaufwendungen mit den entsprechenden Erträgen

60 = Nicht budgetierte Sachkosten/ähnliche Aufwendungen mit den entsprechenden Erträgen

90 = Zentralhaushalt (insbesondere allgemeine Deckungsmittel)

Aufgrund dieser Kennziffern wurden die gem. § 4 Abs. 3 KomHKVO gebildeten Budgets untergliedert.

Ingesamt ergeben sich für die Budgetkennziffern folgende Haushaltsansätze:

Budget- kennziffer	Ertrag €	Aufwand €	Zuschuss- bedarf €
10	299.220.300	488.097.300	188.877.000
20	18.044.200	49.182.500	31.138.300
40	6.960.000	88.272.600	81.312.600
50	1.441.900	23.459.200	22.017.300
60	3.142.200	32.517.300	29.375.100
90	336.735.200	5.912.000	-330.823.200
Zwischensumme	665.543.800	687.440.900	21.897.100
<i>nachrichtlich</i>			0
Auflösung Sonderposten	7.854.300	0	-7.854.300
Abschreibungen	0	17.841.100	17.841.100
außerordentl. Ertrag/Aufwand	0	0	0
Summe	673.398.100	705.282.000	31.883.900

Deckungsfähigkeit

Die Ansätze des Ergebnishaushaltes für Aufwendungen einschließlich der Haushaltsreste sowie der damit verbundenen Auszahlungen innerhalb eines Budgets sind gem. § 19 Abs. 1 KomHKVO gegenseitig deckungsfähig, sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt wird.

Im Finanzhaushalt gilt dies für Auszahlungsansätze und Verpflichtungsermächtigungen gem. § 19 Abs. 3 KomHKVO entsprechend.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit wird auch durch die Budgetregeln eingeschränkt.

Die Deckungsfähigkeit ermöglicht es, Minderaufwendungen bzw. -auszahlungen bei einem Konto für Mehraufwendungen bzw. -auszahlungen bei einem anderen Konto zu verwenden.

Einschränkungen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit

A. Ergebnishaushalt:

A.1 Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist in jedem Budget (Teilhaushalt) nur innerhalb der gleichen Budgetkennziffer zugelassen. Die so gebildeten Deckungskreise sind wiederum unterteilt nach Ämtern (Kostenstellen) in einer nachfolgenden Übersicht (Anlage 1) aufgeführt.

Die Aufwandskonten der Budgetkennziffer 20 werden innerhalb eines Teilhaushaltes im Rahmen der Budgetregeln als gegenseitig deckungsfähig mit den Aufwandskonten der Budgetkennziffer 50 erklärt.

A.2 Von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb eines Budgets werden die nachfolgend unter „II. Deckungsfähigkeit gem. § 19 Abs. 2 KomHKVO“ genannten Ansätze ausgenommen.

B. Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit):

B.1 Die gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb eines Budgets (Teilhaushalt) wird auf das Konto 0025-0100 „Zugang DV-Software“ sowie die Kontengruppen 06 „Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge“ und 07 „Betriebs- und Geschäftsausstattung“ beschränkt.

B.2 Des Weiteren wird die gegenseitige Deckungsfähigkeit auf die in der Anlage 2 dargestellten Deckungskreise beschränkt.

II. Deckungsfähigkeit gem. § 19 Abs. 2 KomHKVO

A. Ergebnishaushalt:

Folgende Aufwandsermächtigungen, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, werden gemäß § 19 Abs. 2 KomHKVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

- a) Die Personalaufwendungen der Konten
- | | |
|-----------|---|
| 4011-0000 | Dienstaufw. Beamte |
| 4012-0000 | Dienstaufw. Arbeitnehmer |
| 4012-0001 | Leistungsentgelte § 18 TVöD |
| 4018-0000 | Dienstaufw. ABM-Kräfte |
| 4019-0000 | Dienstaufw. Sonstige Beschäftigte |
| 4021-0000 | Beiträge zu Versorgungskassen Beamte |
| 4022-0000 | Beiträge zu Versorgungskassen Arbeitnehmer |
| 4022-0001 | Nachzahlung Versorgungskasse (VBL) |
| 4032-0000 | Beiträge zur gesetzlichen Sozialvers. Arbeitnehmer |
| 4032-0001 | Nachzahlung Soz.vers.beiträge, GUV Arbeitnehmer |
| 4041-0000 | Beihilfen, Unterstützungsleist. Beamte, Arbeitnehm. |
| 4041-0001 | Mutterschutzumlage (U2-Verfahren) |
| 4051-0000 | Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer |
| 4061-0000 | Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer |
| 4071-0000 | Zuführung Urlaubsrückstellung |
| 4072-0000 | Zuführung Überstundenrückstellung |
| 4073-0000 | Zuführung Rückstellung Altersteilzeit |
| 4111-0000 | Versorgungsaufw. Beamte |
| 4112-0000 | Versorgungsaufw. Arbeitnehmer |
| 4132-0000 | Beitr. gesetzl. Sozialvers. (Vers. empf.) Arbeitnehm. |
| 4141-0000 | Beihilfen und Unterst.leist. für Versorgungsempf. |
| 4151-0000 | Zuführung Pensionsrückst. für Versorgungsempfänger |
| 4161-0000 | Zuführung Pensionsrückst. für Versorgungsempfänger |
| 4152-0000 | Zuführung an Versorgungsrücklage für Vers. empf. |
| 4411-0000 | Sonstige Personal- und Versorgungsaufw. |
| 4411-0001 | Prämien Verbesserungsvorschläge |
| 4411-0002 | Jobticket |
| 4411-0003 | Firmenfitness |
| 4421-0000 | Aufw. für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit |
| 4421-0001 | Beiträge zur Feuerwehrunfallkasse |

- b) Heizung und Beleuchtung (Konto 4241-0001)
- c) Gerichts- und ähnlichen Konten (Konto 4431-0001)
- d) Standard-IuK (Konto 4811-0001)
- e) Die Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung (Konto 4241-0001/Budgetkennziffer 50) werden darüber hinaus für gegenseitig deckungsfähig mit den übrigen Aufwendungen der Budgetkennziffer 50 des Teilhaushaltes 3 erklärt.
- f) Die Personalaufwendungen des Produktes 111-005 -IuK- werden eingeschränkt für einseitig deckungsfähig zugunsten der übrigen Aufwandskonten des Produktes 111-005 -IuK- erklärt. Die Inanspruchnahme für Mehraufwendungen bedarf der Zustimmung des Amtes 107 -Kämmerei-.
- g) Die Aufwendungen für das Regionale Entwicklungskonzept (Konto 4312-0010 / Kostenstelle 9-09 / Kostenträger 511-003) werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von Aufwendungen innerhalb des Teilhaushaltes II sowie in anderen Teilhaushalten, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, erklärt.
- h) Die Aufwendungen des schulstandortbezogenen Radverkehrskonzeptes (Konto 4312-0010 / Kostenstelle 9-09 / Kostenträger 511-002-0003) werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von Aufwendungen innerhalb des Teilhaushaltes II sowie in anderen Teilhaushalten, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, erklärt.

B. Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit):

Die Haushaltsmittel aus dem Budget B1-03-001 / Sachkonto 0720-0100 / Kostenstelle 1-03 / Kostenträger 111-003-0010 / Investitions-Nr.: I23103-001 - Defibrillatoren-Verwaltungsgebäude - werden mit den Haushaltsmitteln aus dem Budget B3-01-035 / Sachkonto 0720-0100 / Kostenstelle 3-01 / Kostenträger 243-001/ Investitions-Nr.: I23301-006 - Defibrillatoren-Schulgebäude - für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

III. Deckungsfähigkeit gem. § 19 Abs. 4 KomHKVO

- a) Die Aufwandsansätze mit der Budgetkennziffer 50 werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen Auszahlungen für Investitions- oder Finanzierungstätigkeit innerhalb des Budgets erklärt. Als unerheblich gelten Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 € je Amt / Organisationseinheit / Schule.
- b) Die Aufwandsansätze des Personalrates (OE 907) mit der Budgetkennziffer 60 werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen Auszahlungen für Investitions- oder Finanzierungstätigkeit innerhalb des Budgets erklärt. Als unerheblich gelten Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 €.
- c) Im Amt 407 werden bei den Kostenträgern

362-001 „Jugendarbeit“

421-001 „Sportförderung“

die Aufwandsansätze der Konten

4312-0011 „Zuw. f. d. Unterhaltung u. Sanierung (Gemeinden)“ und
4318-0031 „Zusch. f. d. Unterh. u. Sanierung (Freie Träger)“

für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 € für Investitions- oder Finanzierungstätigkeit bei den Konten
0042-0100 „Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden“
0048-0100 „Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche“

erklärt.

- d) Folgender zahlungswirksamer Mehrertrag aus laufender Verwaltungstätigkeit kann gemäß § 19 Abs. 4 KomHKVO für unerhebliche Auszahlungen innerhalb des Budgets für Investitionstätigkeit verwendet werden:

Mehrerträge 3111-0000 „Schlüsselzuweisungen vom Land“
Mehraufwendungen 7811-0000 (0041-0100) „Zuweisungen für Investitionen an Land“ (KHG)

Als unerhebliche Auszahlung gilt eine entstehende Mittelüberschreitung des Haushaltsansatzes von 5%.

- e) Für die Förderung zur Umsetzung von Maßnahmen des regionalen Radverkehrskonzeptes wird bei Kostenstelle 9-09, Kostenträger 511-002-0003 "Radverkehr" der Aufwandsansatz des Kontos

4312-0010 „Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)“

für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen und sachlich zusammenhängenden Auszahlungen für Investitions- und Finanzierungstätigkeit des Budgets B9-09-002 (Inv.-Förderung regionaler Projekte) sowie innerhalb des Teilhaushaltes II und in anderen Teilhaushalten erklärt.

Als unerhebliche Auszahlung gilt ein Betrag von 10% des Aufwandsansatzes.

Im Rahmen der unerheblichen und sachlich zusammenhängenden Auszahlungen darf insgesamt maximal ein Betrag in Höhe von 10 % des Aufwandansatzes für Investitions- und Finanzierungstätigkeit verwendet werden.

- f) Für Maßnahmen aus dem Regionalen Entwicklungskonzept und den Neuen Zusammenhalt (i.S.d Antrags 128/XVIII, Kreistagsitzung 07.12.2017) wird bei Kostenstelle 9-09, Kostenträger 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt“ der Aufwandsansatz des Kontos

4312-0010 „Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)“

für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen und sachlich zusammenhängenden Auszahlungen für Investitions- und Finanzierungstätigkeit des Budgets B9-09-007 (Regionales Entwicklungskonzept) sowie innerhalb des Teilhaushaltes II und in anderen Teilhaushalten erklärt.

Als unerhebliche Auszahlung gilt ein Betrag von 10% des Aufwandsansatzes.

Im Rahmen der unerheblichen und sachlich zusammenhängenden Auszahlungen darf insgesamt maximal ein Betrag in Höhe von 10 % des Aufwandansatzes für Investitions- und Finanzierungstätigkeit verwendet werden.

- g) Die Aufwendungen für das Regionale Entwicklungskonzept (Konto 4312-0010 „Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)“ / Kostenstelle 9-09 / Kostenträger 511-003 „Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt“) werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen und sachlich zusammenhängenden Auszahlungen innerhalb des Teilhaushaltes II sowie in anderen Teilhaushalten erklärt.

Als unerhebliche Auszahlung gilt ein Betrag von 10% des Aufwandsansatzes.

- h) Die Aufwendungen des Förderprogramms für steckerfertige Balkon PV-Module (Konto 4318-0000 „Zuschüsse an übrige Bereiche“ / Kostenstelle 2-08 / Kostenträger 561-003 „Klimaschutz“) werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen Auszahlungen für Investitions- und Finanzierungstätigkeit beim Konto 0048-0100 „Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche“, Kostenstelle 2-08 und Kostenträger 561-003 „Klimaschutz“ erklärt.

Als unerhebliche Auszahlung gilt ein Betrag von 10% des Aufwandsansatzes.

- i) Die Aufwendungen für die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Konto 4271-0001 „Aufw. Für Spezial-IuK (Budget 50) / Kostenstelle 4-09 / Kostenträger 414-002 „Infektions- und Strahlenschutz“) werden für einseitig deckungsfähig zugunsten von unerheblichen Auszahlungen für Investitions- und Finanzierungstätigkeit bei den Konten 0025-0100 „Zugang DV-Software“ und 0720-0100 „Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung“, Kostenstelle 4-09 und Kostenträger 414-002 „Infektions- und Strahlenschutz“ erklärt.

Als unerhebliche Auszahlung gilt ein Betrag von 10% des Aufwandsansatzes.

IV. Zweckbindung

A. Ergebnishaushalt:

Mehrerträge bei den in der folgenden Übersicht über die Budgetuntergliederungen (nach Budgetkennziffern / Anlage 1) aufgeführten Ertragskonten werden für zweckgebunden nach § 18 Abs. 1 Satz 2 KomHK-VO erklärt und dürfen für Mehraufwendungen innerhalb der jeweiligen Budgetkennziffer des Teilhaushaltes verwendet werden, wenn entsprechende Einzahlungen vorhanden sind.

Es gelten folgende besondere Regelungen:

- a) Erträge Budgetkennziffer 20
Managementbedingte Mehrerträge können für Mehraufwendungen verwendet werden.
Abweichende Regelungen sind möglich, sofern dies von den Budgetregeln des Landkreises vorgesehen ist.
- b) Mit Zustimmung des Amtes 107 -Kämmerei-:
- | | | |
|------------------|-----------------|---|
| Mehrerträge | 3461-0000 | „Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ |
| | 3811-0001 | „Erst. f. IuK aus anderen UA - Standard-Software“ |
| | 3811-0002 | „Erst. f. IuK aus anderen UA - Spezial-Software“ |
| Mehraufwendungen | Produkt 111-005 | |
- c) Nur im Rahmen der Budgetregeln mit Zustimmung des Amtes 107 -Kämmerei-:

Mehrerträge	3421-0002 „Erlöse auf Fz-Plaketten“	KSt. 206	Leistung 122-005-0002
Mehraufwendungen	Budgetuntergliederung 50	KSt. 206	
d) Mehrerträge	3182-0001 „Kreisumlage“		KSt.ZHH Produkt 611-001
Mehraufwendungen	4312-0005 „Förderung von Kindertagesstätten“	KSt. 405	Produkt 365-001
Mehraufwendungen	4312-0006 „Förderung Krippen“	KSt. 405	Produkt 365-001
Mehraufwendungen	4352-0000 „Zuweisungen an Gemeinden“	KSt. 910	Produkt 611-003

B. Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit):

Die in der Anlage 2 dargestellten Deckungskreise beinhalten teilweise im Haushaltsplan veranschlagte Einzahlungen. Diese sind aufgrund rechtlicher Verpflichtung auf die Verwendung für bestimmte Auszahlungen beschränkt. Gem. § 18 Abs. 1 und 2 KomHKVO dürfen zweckgebundene Mehreinzahlungen zugunsten entsprechender Mehrauszahlungen verwendet werden.

V. **Übertragbarkeit gemäß § 20 KomHKVO**

A. Ergebnishaushalt:

Da alle Aufwandskonten (mit Ausnahme der Auflösung der Sonderposten und der Abschreibungen) einem Budget zugewiesen wurden, sind nach § 20 Abs. 2 KomHKVO die Aufwandsermächtigungen und die damit verbundenen Auszahlungen zeitlich übertragbar.

Einschränkungen der zeitlichen Übertragbarkeit

- a) Die managementbedingt nicht in Anspruch genommenen Aufwandsermächtigungen der Konten der Budgetkennziffer 20 sind - bezogen auf die Summe des jeweiligen Teilhaushaltes - in der erforderlichen Höhe gem. den Budgetregeln der Budgetkennziffer 20 übertragbar.
- b) Die nicht in Anspruch genommenen Aufwandsermächtigungen der Konten der Budgetkennziffer 50 bleiben - bezogen auf die Summe des jeweiligen Teilhaushaltes - in der erforderlichen Höhe gem. den Budgetregeln der Budgetkennziffer 50 bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar.
- c) Die nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen bleiben bei lfd. Nr. IV b-d) entsprechend der dortigen Regelung übertragbar.
- d) Die Aufwandskonten der Budgetkennziffern 10, 40, 60 und 90, welche nicht für zweckgebunden erklärt wurden, werden von der zeitlichen Übertragbarkeit ausgenommen.

B. Finanzhaushalt (Investitionstätigkeit):

Gem. § 20 Abs. 1 S. 1 KomHKVO bleibt die Ermächtigung für eine Auszahlung für eine Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme bis zur Abwicklung der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, wenn mit der Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres nach ihrer erstmaligen Veranschlagung begonnen wurde.

Dementsprechend sind Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von Fortsetzungsmaßnahmen bis zur Beendigung der Maßnahme, für die sie veranschlagt wurden, verfügbar.

Einschränkungen der zeitlichen Übertragbarkeit

- a) Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen, die pauschal veranschlagt wurden, können auf Antrag maximal in Höhe des Ansatzes des Vorjahres übertragen werden.
- b) Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen, deren Übertragung nicht fristgerecht beantragt wurde, verfallen ersatzlos.

Budgetuntergliederungen

Anlage 1

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung		Gliederungsebene	Gliederungscode	
Budget	Budgetbezeichnung				
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
1-10-102	Budget 10 - 102				
10-102	Teilbudget 102 - 10		Kostenstelle	1-02	
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte		-184.600
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		184.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		18.000
		4231-0002	Mieten f.EDV-Anlage und Geräte		59.800
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		6.000
		4261-0001	Fortbildung		30.000
		4271-0014	Laufende Softwareaufw.		721.100
		4291-0000	Aufw. für sonstige Dienstleistungen		15.000
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge		200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		15.200
		4431-0012	Leitungsaufw.		216.800
		4431-0013	Fernmeldegebühren, Miete und Wartung Telefonanlage		165.000
1-10-103	Budget 10 - 103				
10-103	Teilbudget 103 - 10		Kostenstelle	1-03	
		4312-0002	Zuweisung nach dem NBGG vom Land an Gemeinden		25.000
1-10-106	Budget 10 - 106				
10-106	Teilbudget 106-50		Kostenstelle	1-06	
		4429-0004	Deckung von Kassenfehlbeträgen		500
1-10-304	Budget 10 - 304				
10-304	Teilbudget 304 - 10		Kostenstelle	3-04	
		4212-0003	Leistungen bei Straßenschäden		217.600
		4231-0004	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume		2.011.800
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge		5.700
		4451-0005	Erst.an Land f.techn Verw.d.Kreisstr.		400.000
		4452-0009	Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)		294.200
1-10-908	Budget 10 - 908				
10-908	Teilbudget 908 - 10		Kostenstelle	9-08	
		3052-0000	Leist. Land 4.Ges.mod. Dienst.leist. am Arb.markt		0
		3191-0000	Leist.beteiligung Umsetzung Grundsich. Arbeitsuch.		-32.448.200
		3215-0000	Rückzahlung gewährter Hilfen		-695.000
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		-20.000
		3486-0000	Erstattung von sonst. öffentl. Sonderrechnungen		-35.500
		4339-0000	Sonstige soziale Leistungen		90.000
		4456-0001	Erstattung an gemeinsame Einrichtung		3.400.000
		4461-0000	Leist.beteiligung Umsetz. der Grd.sich. Arb.such.		56.275.000
1-20-100	Budget 20 - 100				
20-100	Teilbudget 100 - 20		Kostenstelle	1-00	
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		23.600

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
1-20-103	Budget 20 - 103				
20-103	Teilbudget 103 - 20			Kostenstelle	1-03
		4271-0007	Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen		0
1-40-106	Budget 40 - 106				
40-106	Teilbudget 40 - 106			Kostenstelle	1-06
		4452-0000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		92.400
1-50-100	Budget 50 - 100				
50-100	Teilbudget 100 - 50			Kostenstelle	1-00
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		800
		4231-0001	Mieten für Geräte		
		4261-0001	Fortbildung		
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		1.300
1-50-103	Budget 50 - 103				
50-103	Teilbudget 103 - 50			Kostenstelle	1-03
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		-400
		3461-0001	Regressansprüche, Ersatz für Schadensfälle		-2.000
		3482-0013	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 50)		-35.000
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		3.000
		4231-0001	Mieten für Geräte		1.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		8.500
		4261-0001	Fortbildung		8.300
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		25.400
		4291-0018	Serviceleistungen von Softwarefirmen (Budget 50)		57.800
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		10.000
		4431-0014	Bücher und Fachzeitschriften -allg.-		2.000
		4441-0004	Leistungen für Schadensfälle		4.000
1-50-106	Budget 50 - 106				
50-106	Teilbudget 106 - 50			Kostenstelle	1-06
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte		-100
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		2.600
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		1.800
		4231-0001	Mieten für Geräte		10.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		0
		4261-0001	Fortbildung		2.500
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		10.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		53.900
		4431-0007	Auslagen im Verw.zwangsverfahren		1.700
		4431-0008	Kontogebühren		15.000
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)		1.700
1-50-107	Budget 50 - 107				
50-107	Teilbudget 107 - 50			Kostenstelle	1-07

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	400
		4231-0001	Mieten für Geräte	4.500
		4261-0001	Fortbildung	1.800
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	3.400
		4811-0002	Erst. IuK für Spezialverfahren (Budget 50)	0

1-50-304	Budget 50 - 304			
----------	-----------------	--	--	--

50-304	Teilbudget 304 - 50	Kostenstelle		3-04
		3311-0008	Verwaltungsgebühren Kreisstraßen	-1.000
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	-17.800
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung	-76.700
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	-500
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-1.000
		3482-0006	Erstattung von Stadt Hildesheim	-3.000
		3482-0013	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 50)	-2.400
		3485-0000	Erst. von verb. Untern., Sonderverm.,Beteiligungen	-10.000
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	4.800
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	18.000
		4231-0001	Mieten für Geräte	3.700
		4241-0000	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	68.200
		4241-0004	Reinigungsgeräte, Reinigungsmittel	86.500
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	95.000
		4241-0008	Hausmeisterbedarf	54.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	6.000
		4261-0001	Fortbildung	21.000
		4261-0002	Dienst- und Schutzausrüstung (Budget 50)	29.200
		4271-0001	Aufw. für Spezial-IuK (Budget 50)	54.200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	46.000
		4431-0002	Bekanntmachungen	2.300
		4811-0002	Erst. IuK für Spezialverfahren (Budget 50)	700

1-50-304-4211	Budget 50 - Bauunterhaltung - 304			
---------------	-----------------------------------	--	--	--

50-304-4211_0	Teilbudget 304 - 50 - Bauunterhaltung	Kostenstelle		3-04
		4211-0000	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	9.526.500
50-304-4211_7	Teilbudget 304 - 50 - Bauunterh. sonstiges	Kostenstelle		3-04
		4211-0009	Umbau Mietobjekte	700.000
50-304-SCHADEN	Teilbudget 304 - 50 - Schadensfälle	Kostenstelle		3-04
		3461-0001	Regressansprüche, Ersatz für Schadensfälle	-70.000
		4211-0001	Leist. f.Schadensfälle bei Grdst. u. baul. Anlagen	3.000

1-50-304-4212	Budget 50 - Unterh. Kreisstraßen, Radwege - 304			
---------------	---	--	--	--

50-304-4212	Teilbudget 304-50-Unterh.Kreisstraßen, Radwege	Kostenstelle		3-04
		4212-0000	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1.504.600

1-50-908	Budget 50 - 908			
----------	-----------------	--	--	--

50-908	Teilbudget 908 - 50	Kostenstelle		9-08
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	200

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	1.400
		4231-0001	Mieten für Geräte	800
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	100
		4261-0001	Fortbildung	900
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	700
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	4.400
1-60-100	Budget 60 - 100			
60-100	Teilbudget 100 - 60		Kostenstelle	1-00
		4431-0009	Aufw. für Projektarbeit	60.000
		4431-0011	Beratungs- und Moderationsaufw.	67.400
1-60-103	Budget 60 - 103			
60-103	Teilbudget 103 - 60		Kostenstelle	1-03
		4261-0011	Dienst- und Schutzausrüstung (Budget 60)	10.000
		4291-0007	Aufw. Betriebsarzt u. Sicherh.fachkraft	141.000
		4291-0010	Sicherheitsdienst	260.000
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge	200.000
		4431-0002	Bekanntmachungen	1.000
		4431-0009	Aufw. für Projektarbeit	3.900
		4431-0011	Beratungs- und Moderationsaufw.	2.400
		4441-0001	Umlage an Schadenausgl.kassen und Versicherungen	240.000
		4451-0008	Erstattung an das Land (Budget 60)	1.000
1-60-106	Budget 60 - 106			
60-106	Teilbudget 106 - 60		Kostenstelle	1-06
		4291-0009	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)	34.000
		4431-0041	Portokosten Kreiskasse	28.300
		4431-0051	Transaktionskosten E-Payment	15.000
1-60-1-1PROJ	Budget 60 -1-1PROJ			
60-1-1PROJ	Teilbudget 1-1PROJ - 60		Kostenstelle	1-1PROJ
		4431-0009	Aufw. für Projektarbeit	1.339.400
1-60-1-ZENS	Budget 60 - Projekt Zensus			
60-1-ZENS	Teilbudget Projekt Zensus - 60		Kostenstelle	1-ZENS
		3141-0006	Zuweisungen vom Land (Budget 60)	0
		4431-0046	Geschäftsaufwendungen (Budget 60)	
1-60-304	Budget 60 -304			
60-304	Teilbudget 304 - 60		Kostenstelle	3-04
		4241-0007	Aufw. für Fremdleistungen Hausmeisterdienst	250.000
		4291-0010	Sicherheitsdienst	37.400
		4431-0004	Externe Beratungsaufw.	30.000
60-304-4241_2	Teilbudget 304 - 60 - Vers. und Abgaben		Kostenstelle	3-04
		4241-0002	Versicherungen und Abgaben	425.400

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
60-304-4241_3	Teilbudget 304 - 60 - Fremreinigung			Kostenstelle	3-04
		4241-0003	Aufw. für Fremdreinigung		3.112.000
1-60-908	Budget 60 - 908				
60-908	Teilbudget 908 - 60			Kostenstelle	9-08
		4291-0009	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)		6.100
		4431-0021	Aufw. für Unters. u. Gutachten (Budget 60)		1.000
3-10-301	Budget 10 - 301				
10-301	Teilbudget 301 - 10			Kostenstelle	3-01
		4441-0002	Unfallversicherung		1.000.000
		4452-0003	Gastschulbeiträge		885.000
		4452-0009	Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)		12.381.900
		4452-0010	Erst. Stadt Hi. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)		155.000
3-10-301 SYSTEM	Budget 10 - 301 Systembetreuung				
10-301-SYSTEM	Teilbudget 301 - 10 - Systembetreuung			Kostenstelle	3-01
		3141-0001	Zuweisung vom Land für Systembetreuung		-202.200
		4291-0001	Systembetreuung		460.000
3-20-301	Budget 20 - 301				
20-301	Teilbudget 301 - 20			Kostenstelle	3-01
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		0
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		
		4271-0040	Kulturentwicklungsplanung		65.000
		4271-0064	Aufw. für Spezial-luk (Budget 20)		30.000
		4271-0071	Aufw. für Projekte (Budget 20)		1.050.000
		4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)		152.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		250.800
		4318-0006	Zuweis.f. Schullandheimaufenth		1.200
		4318-0007	Internationale Schulbegegnung		12.000
		4318-0009	Zuschuss für Biol. Schulgärten		24.000
		4429-0011	Mitgliedsbeiträge (Budget 20)		12.000
3-20-302	Budget 20 - 302				
20-302	Teilbudget 302 - 20			Kostenstelle	3-02
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		765.000
3-50-212-001-0001	Budget 50 - HS Alfeld				
50-212-001-0001	Teilbudget HS Alfeld - 50			Kostenträger	212-001-0001
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		5.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		5.100
		4231-0001	Mieten für Geräte		200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		4.300
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		14.800

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	800
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	8.400
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.800
3-50-215-001-0001 Budget 50 - RS Alfeld				
50-215-001-0001	Teilbudget RS Alfeld - 50		Kostenträger	215-001-0001
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	8.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	3.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	9.900
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	2.400
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	15.000
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.700
3-50-216-001-0003 Budget 50 - Oberschule Harsum				
50-216-001-0003	Teilbudget Oberschule Harsum - 50		Kostenträger	216-001-0003
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	11.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	11.100
		4231-0001	Mieten für Geräte	400
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	8.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	17.500
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	5.300
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	18.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.300
3-50-216-001-0004 Budget 50 - Oberschule Nordstemmen				
50-216-001-0004	Teilbudget Oberschule Nordstemmen - 50		Kostenträger	216-001-0004
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	5.700
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	5.600
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	2.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	13.400
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	400
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	8.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.100
3-50-216-001-0005 Budget 50 - Oberschule Schellerten				
50-216-001-0005	Teilbudget Oberschule Schellerten - 50		Kostenträger	216-001-0005
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	5.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	5.100
		4231-0001	Mieten für Geräte	1.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	4.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	6.000
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	6.900
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	10.100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.500
3-50-216-001-0006 Budget 50 - Oberschule Söhlde				
50-216-001-0006	Teilbudget Oberschule Söhlde - 50		Kostenträger	216-001-0006
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	6.800
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	4.800
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	11.200
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	7.400
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	11.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.000
3-50-216-001-0007 Budget 50 - Oberschule Delligsen-Duingen				
50-216-001-0007	Teilbudget Oberschule Delligsen-Duingen - 50		Kostenträger	216-001-0007
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	4.100
3-50-216-001-0008 Budget 50 - Oberschule Lamspringe				
50-216-001-0008	Teilbudget Oberschule Lamspringe - 50		Kostenträger	216-001-0008
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	5.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	2.400
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	8.800
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	2.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	8.100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.400
3-50-216-001-0009 Budget 50 - Oberschule Sarstedt				
50-216-001-0009	Teilbudget Oberschule Sarstedt - 50		Kostenträger	216-001-0009
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	6.900
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	6.800
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	7.200
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	9.800
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	4.200
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	10.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.200
3-50-216-001-0010 Budget 50 - Oberschule Bockenem				

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
50-216-001-0010	Teilbudget Oberschule Bockenem - 50		Kostenträger	216-001-0010	
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		8.400
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		8.300
		4231-0001	Mieten für Geräte		700
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		7.500
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		12.000
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		2.300
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		12.300
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.200
3-50-217-001-0001	Budget 50 - Gymnasium Alfeld				
50-217-001-0001	Teilbudget Gymnasium Alfeld - 50		Kostenträger	217-001-0001	
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		13.400
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		
		4231-0001	Mieten für Geräte		600
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		9.200
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		17.400
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		6.600
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		21.300
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.900
3-50-217-001-0002	Budget 50 - Gymnasium Himmelsthür				
50-217-001-0002	Teilbudget Gymnasium Himmelsthür - 50		Kostenträger	217-001-0002	
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		13.600
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		13.500
		4231-0001	Mieten für Geräte		400
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		6.700
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		25.700
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		1.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		21.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.900
3-50-217-001-0003	Budget 50 - Michelsenschule				
50-217-001-0003	Teilbudget Michelsenschulen - 50		Kostenträger	217-001-0003	
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		20.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		20.200
		4231-0001	Mieten für Geräte		700
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		7.200
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		16.600
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		1.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		27.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		6.900

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
3-50-217-001-0004	Budget 50 - Gymnasium Sarstedt				
50-217-001-0004	Teilbudget Gymnasium Sarstedt - 50			Kostenträger	217-001-0004
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		12.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		
		4231-0001	Mieten für Geräte		600
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		9.000
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		26.300
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		8.900
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		19.900
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		900
3-50-218-001-0001	Budget 50 - IGS Bad Salzdetfurth				
50-218-001-0001	Teilbudget IGS Bad Salzdetfurth - 50			Kostenträger	218-001-0001
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		11.400
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		
		4231-0001	Mieten für Geräte		400
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		8.500
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		17.000
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		1.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		16.900
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.700
3-50-218-001-0002	Budget 50 - KGS Gronau				
50-218-001-0002	Teilbudget KGS Gronau - 50			Kostenträger	218-001-0002
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		15.800
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		
		4231-0001	Mieten für Geräte		800
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		9.900
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		18.900
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		1.700
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		23.200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.100
3-50-221-001-0001	Budget 50 - Förderschule Alfeld				
50-221-001-0001	Teilbudget Förderschule Alfeld - 50			Kostenträger	221-001-0001
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)		0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		2.100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		2.000
		4231-0001	Mieten für Geräte		100
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		1.200
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		3.100
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht		4.500
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		4.200

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.000
3-50-221-001-0002 Budget 50 - Förderschule Bad Salzdetfurth				
50-221-001-0002	Teilbudget Förderschule Bad Salzdetfurth - 50		Kostenträger	221-001-0002
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	4.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	1.100
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	100
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	2.300
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	3.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.000
3-50-221-001-0004 Budget 50 - Förderschule Sarstedt				
50-221-001-0004	Teilbudget Förderschule Sarstedt -50		Kostenträger	221-001-0004
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	3.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	2.000
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	5.700
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	1.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	3.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.500
3-50-231-001-0001 Budget 50 - Berufsbildende Schulen Alfeld				
50-231-001-0001	Teilbudget BBS Alfeld - 50		Kostenträger	231-001-0001
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	15.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	500
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	8.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	27.200
		4271-0004	Aufw. Schwimm- und Sportunterricht	4.300
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	35.100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	8.400
3-50-231-001-0002 Budget 50 - Werner-von-Siemens-Schule				
50-231-001-0002	Teilbudget Werner-von-Siemens-Schule - 50		Kostenträger	231-001-0002
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	12.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	5.900
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	18.700
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	39.200

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	3.200
3-50-231-001-0003 Budget 50 - Walter-Gropius-Schule				
50-231-001-0003	Teilbudget Walter-Gropius-Schule - 50		Kostenträger	231-001-0003
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	15.100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	15.000
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	6.000
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	25.400
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	72.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.700
3-50-231-001-0004 Budget 50 - Friedrich-List-Schule				
50-231-001-0004	Teilbudget Friedrich-List-Schule - 50		Kostenträger	231-001-0004
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	20.500
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	5.400
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	20.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	26.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	3.200
3-50-231-001-0005 Budget 50 - Herman-Nohl-Schule				
50-231-001-0005	Teilbudget Herman-Nohl-Schule - 50		Kostenträger	231-001-0005
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		3481-0016	Erstattungen vom Land (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	15.900
		4231-0001	Mieten für Geräte	300
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	6.600
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	28.000
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	47.900
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.500
3-50-231-001-0006 Budget 50 - Fachschule Holztechnik und Gestaltung				
50-231-001-0006	Teilbudget FS Holztechnik und Gestaltung -50		Kostenträger	231-001-0006
		3141-0010	Zuweisungen vom Land (Budget 50)	0
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	3.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	2.900
		4231-0001	Mieten für Geräte	100
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben	1.300
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren	6.300
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel	31.300
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
3-50-300	Budget 50 - 300				
50-300	Teilbudget 300 - 50			Kostenstelle	3-00
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		800
		4231-0001	Mieten für Geräte		600
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		0
		4261-0001	Fortbildung		700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		3.500
3-50-301	Budget 50 - 301				
50-301-212-001	Teilbudget 301 - 50 - 212-001			Kostenträger	212-001
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
50-301-212-001-0001	Teilbudget 301 - 50 - 212-001-0001			Kostenträger	212-001-0001
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-10.000
50-301-215-001	Teilbudget 301 - 50 - 215-001			Kostenträger	215-001
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
50-301-215-001-0001	Teilbudget 301 - 50 - 215-001-0001			Kostenträger	215-001-0001
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-7.000
50-301-216-001	Teilbudget 301 - 50 - 216-001			Kostenträger	216-001
		4261-0005	PC-Fortbildung Schulen		1.400
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		11.000
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)		7.000
50-301-216-001-0003	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0003			Kostenträger	216-001-0003
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-16.400
50-301-216-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0004			Kostenträger	216-001-0004
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-11.000
50-301-216-001-0006	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0006			Kostenträger	216-001-0006
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-12.000
50-301-216-001-0007	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0007			Kostenträger	216-001-0007
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-6.000
50-301-216-001-0008	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0008			Kostenträger	216-001-0008
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-12.000
50-301-216-001-0009	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0009			Kostenträger	216-001-0009
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		0
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-14.000
50-301-216-001-0010	Teilbudget 301 - 50 - 216-001-0010			Kostenträger	216-001-0010
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-15.000
50-301-217-001	Teilbudget 301 - 50 - 217-001			Kostenträger	217-001
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
50-301-217-001-0001	Teilbudget 301 - 50 - 217-001-0001		Kostenträger	217-001-0001	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-6.400
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-12.000
50-301-217-001-0002	Teilbudget 301 - 50 - 217-001-0002		Kostenträger	217-001-0002	
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-16.000
50-301-217-001-0003	Teilbudget 301 - 50 - 217-001-0003		Kostenträger	217-001-0003	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		0
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-6.000
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-50.000
50-301-217-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 217-001-0004		Kostenträger	217-001-0004	
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-8.000
50-301-218-001	Teilbudget 301 - 50 - 218-001		Kostenträger	218-001	
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
50-301-218-001-0001	Teilbudget 301 - 50 - 218-001-0001		Kostenträger	218-001-0001	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		0
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-14.000
50-301-221-001	Teilbudget 301 - 50 - 221-001		Kostenträger	221-001	
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
50-301-221-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 221-001-0004		Kostenträger	221-001-0004	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-400
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-8.900
50-301-231-001	Teilbudget 301 - 50 - 231-001		Kostenträger	231-001	
		4241-0006	Wasser, Kanal, Müllgebühren		12.600
		4261-0005	PC-Fortbildung Schulen		2.300
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		10.200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		5.400
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)		2.000
50-301-231-001-0001	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0001		Kostenträger	231-001-0001	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-12.000
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-18.000
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-6.000
50-301-231-001-0002	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0002		Kostenträger	231-001-0002	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-6.400
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-31.900
50-301-231-001-0003	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0003		Kostenträger	231-001-0003	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-8.000
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-15.000
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-54.700
		4271-0039	Aufw. Fachpraxis		7.700
50-301-231-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0004		Kostenträger	231-001-0004	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-8.000
		3321-0001	Entgelte für Sporthallenbenutzung		-5.000
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
50-301-231-001-0005	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0005			Kostenträger	231-001-0005
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-10.000
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-32.000
50-301-231-001-0006	Teilbudget 301 - 50 - 231-001-0006			Kostenträger	231-001-0006
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-15.700
		3482-0001	Gastschülerbeiträge		-95.900
50-301-241-001	Teilbudget 301 - 50 - 241-001			Kostenträger	241-001
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		7.800
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)		700
50-301-241-001-0003	Teilbudget 301 - 50 - 241-001-0003			Kostenträger	241-001-0003
		3311-0000	Verwaltungsgebühren		-900
50-301-241-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 241-001-0004			Kostenträger	241-001-0004
		3311-0000	Verwaltungsgebühren		-800
50-301-242-001	Teilbudget 301 - 50 - 242-001			Kostenträger	242-001
		4271-0056	Benutzungsaufw. EDV-Anlage		1.600
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		0
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)		1.400
50-301-243-001	Teilbudget 301 - 50 - 243-001			Kostenträger	243-001
		3311-0000	Verwaltungsgebühren		-300
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		12.900
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		4.900
		4231-0001	Mieten für Geräte		2.400
		4241-0005	Sonstige Betriebsausgaben		16.200
		4261-0001	Fortbildung		4.900
		4271-0005	Pauschale Lehrmittel		0
		4271-0077	Schuljubiläen		4.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		1.400
50-301-243-001-0003	Teilbudget 301 - 50 - 243-001-0003			Kostenträger	243-001-0003
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-5.100
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		30.000
		4231-0001	Mieten für Geräte		700
		4261-0001	Fortbildung		400
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		1.400
		4441-0005	Transportversicherung		3.800
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)		400
50-301-243-001-0004	Teilbudget 301 - 50 - 243-001-0004			Kostenträger	243-001-0004
		3461-0001	Regressansprüche, Ersatz für Schadensfälle		-15.300
		4271-0038	Kreiseltern- und Kreisschülerrat		1.500
		4441-0004	Leistungen für Schadensfälle		15.300
50-301-251-001	Teilbudget 301 - 50 - 251-001			KTR-Gruppe 3	251-001
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		2.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		2.000
		4231-0001	Mieten für Geräte		200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		4.500

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	800
50-301-281-001	Teilbudget 301 - 50 - 281-001		KTR-Gruppe 3	281-001
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	700
		4231-0001	Mieten für Geräte	900
		4261-0001	Fortbildung	300
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.400
3-50-302	Budget 50 - 302			
50-302	Teilbudget 302 - 50		Kostenstelle	3-02
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.000
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	4.500
		4231-0001	Mieten für Geräte	4.000
		4232-0001	Leasing (Budget 50)	0
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	2.000
		4261-0001	Fortbildung	9.800
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luK (Budget 50)	60.400
		4429-0009	Mitgliedsbeiträge (Budget 50)	0
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	6.600
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	15.400
50-302-522-001-0003	Teilbudget 302 - 50 - 522-001-0003		Kostenträger	522-101-0003
		3311-0000	Verwaltungsgebühren	-200
3-60-301	Budget 60 - 301			
60-301	Teilbudget 301 - 60		Kostenstelle	3-01
		4221-0006	Prüfpflichtige Maschinen und Geräte Schulen	177.000
		4291-0014	Digitalisierung Schulen Breitband-Anbindung	400.000
		4291-0015	Digitalisierung Schulen Betrieb Rechenzentrum	30.000
		4291-0016	Digitalisierung Schulen Fortbildung Anwender	20.000
		4291-0021	Aufwendungen für Gebärdendolmetscher	2.000
		4318-0008	Mittagsverpflegung Ganztagschulen	327.600
		4429-0002	Schülerbeförderung	14.627.600
		4431-0004	Externe Beratungsaufw.	30.000
		4431-0053	Digitalisierung Schulen - Externe Beeratungskosten	240.000
		4441-0003	Haftpflichtvers.	5.000
		4452-0000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	148.200
		4458-0000	Erstattungen an übrige Bereiche	817.500
3-60-302	Budget 60 - 302			
60-302	Teilbudget 302 - 60		Kostenstelle	3-02
		3311-0009	Ersatz von besonderen Auslagen	-540.000
		3311-0010	Erstattung aus Ersatzvornahmen	-40.000
		4271-0025	Ersatzvornahmen	40.000
		4291-0004	Aufw. für Prüfung stat. Berechnungen	500.000
		4431-0021	Aufw. für Unters. u.Gutachten (Budget 60)	10.000
		4451-0004	Baugebührenzuschläge	40.000
40-101-4*51_4*61	Budget 40 - 101 4*51_4*61			

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		
40-THH 1-4051_4151	Teilbudget THH 1 - 40 - 4051_4151			KST-Gruppe 3	THH 1
		4051-0000	Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer		480.300
40-THH 1-4061_4161	Teilbudget THH 1 - 40 - 4061_4161			KST-Gruppe 3	THH 1
		4061-0000	Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer		105.000
40-THH 3-4051_4151	Teilbudget THH 3 - 40 - 4051_4151			KST-Gruppe 3	THH 3
		4051-0000	Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer		263.000
40-THH 3-4061_4161	Teilbudget THH 3 - 40 - 4061_4161			KST-Gruppe 3	THH 3
		4061-0000	Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer		59.400
40-THH 4-4051_4151	Teilbudget THH 4 - 40 - 4051_4151			KST-Gruppe 3	THH 4
		4051-0000	Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer		1.147.200
40-THH 4-4061_4161	Teilbudget THH 4 - 40 - 4061_4161			KST-Gruppe 3	THH 4
		4061-0000	Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer		256.000
40-THH I-4051_4151	Teilbudget THH I - 40 - 4051_4151			KST-Gruppe 3	THH I
		4051-0000	Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer		998.100
40-THH I-4061_4161	Teilbudget THH I - 40 - 4061_4161			KST-Gruppe 3	THH I
		4061-0000	Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer		229.800
40-THH II-4051_4151	Teilbudget THH II - 40 - 4051_4151			KST-Gruppe 3	THH II
		4051-0000	Zuführung Pensionsrückst. für Beamte, Arbeitnehmer		888.700
40-THH II-4061_4161	Teilbudget THH II - 40 - 4061_4161			KST-Gruppe 3	THH II
		4061-0000	Zuführung Beihilferückst. für Beamte, Arbeitnehmer		198.100
4-10-400	Budget 10 - 400				
10-400	Teilbudget 400 - 10			Kostenstelle	4-00
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		0
		4331-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.		161.100
4-10-402	Budget 10 - 402				
10-402	Teilbudget 402 - 10			Kostenstelle	4-02
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		-163.800
		3481-0000	Erstattungen vom Land		-97.226.100
		3481-0011	Erstattung vom Land ö.Tr. BVG/ZDG		-12.000
		3481-0012	Erstattung vom Land üö.Tr. BVG/ZDG		-719.800
		3481-0013	Erstattung vom Land OEG		-240.500
		4331-0001	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -ö.Tr.-		0
		4332-0001	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. -ö.Tr.-		430.000
		4339-0000	Sonstige soziale Leistungen		105.000
		4339-0001	Sonstige soziale Leistungen -ö.Tr.-		22.114.000
		4339-0002	Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.-		50.715.000
		4339-0007	Sonstige soziale Leistungen -BVG ö. Tr.-		15.000
		4339-0008	Sonstige soziale Leistungen -BVG üö.Tr.-		750.000
		4339-0009	Sonstige soziale Leistungen -ZDG ö.Tr.-		100
		4339-0010	Sonstige soziale Leistungen -ZDG üö.Tr.-		10.000
		4339-0011	Sonstige soziale Leistungen -OEG Geldl.-		
		4339-0012	Sonstige soziale Leistungen -OEG Sachl.-		230.500

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4339-0013	Sonstige soziale Leistungen -ö.Tr.- SodEG	0
		4339-0014	Sonstige soziale Leistungen -üö.Tr.- SodEG	
		4451-0000	Erstattungen an das Land	
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim	42.177.100
		4452-0009	Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	15.762.600
		4452-0010	Erst. Stadt Hi. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)	2.256.600
		4454-0004	Erstattung an Sozialversicherungsträger üö.Tr.	9.500
		4454-0005	Erst. an Sozialversicherungsträger VwKosten üö.Tr.	500

4-10-403	Budget 10 - 403			
----------	-----------------	--	--	--

10-403	Teilbudget 403 - 10	Kostenstelle		4-03
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	-3.564.000
		3211-0000	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz	0
		3215-0000	Rückzahlung gewährter Hilfen	-133.000
		3215-0003	Rückzahlung gewährter Hilfen -üö.Tr.-	-15.000
		3481-0000	Erstattungen vom Land	-24.073.200
		3481-0007	Erstattung vom Land üö.Tr.	-42.307.700
		3484-0000	Erstattungen von gesetzlichen Sozialversicherungen	-97.600
		4317-0002	Förd. d. Pflegeeinr. § 10 Kurzzeitpfl. -Private-	24.000
		4317-0003	Bew.bez. Aufw.zusch. § 13 -Private-	0
		4317-0004	Förd. d. Pflegeeinr. § 9 ambulante Pfl. -Private-	1.500.000
		4318-0010	Förd. d. Pflegeeinr. § 10 Kurzzeitpfl. -übrige-	0
		4318-0011	Förd. d. Pflegeeinr. § 10 teilst. Tagespfl.-übrige-	1.250.000
		4318-0014	Förd. d. Pflegeeinr. § 9 ambulante Pflege -übrige-	750.000
		4331-0001	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -ö.Tr.-	195.000
		4331-0002	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üö.Tr.-	19.919.200
		4332-0001	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. -ö.Tr.-	0
		4332-0002	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. -üö.Tr.-	7.331.500
		4339-0000	Sonstige soziale Leistungen	568.000
		4431-0025	Honorar für Pflegefachkräfte	10.000
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim	14.165.300
		4452-0009	Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)	1.942.800
		4452-0010	Erst. Stadt Hi. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)	2.143.500
		4452-0013	Erstattung an Stadt Hildesheim (üö.Tr.)	23.738.800
		4454-0002	Erstattung an Sozialversicherungsträger ö.Tr.	0
		4454-0004	Erstattung an Sozialversicherungsträger üö.Tr.	1.425.000
		4454-0005	Erst. an Sozialversicherungsträger VwKosten üö.Tr.	75.000
		4454-0006	Gebühren SozHiDAV	1.000

4-10-406	Budget 10 - 406			
----------	-----------------	--	--	--

10-406	Teilbudget 406 - 10	Kostenstelle		4-06
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	-227.500
		3211-0000	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz	-44.000
		3211-0003	Kostenbeitr., Aufw.ersatz, Kosteners.-junge Vollj.	0
		3221-0000	Kostenbeitr. und Aufw.ersatz, Kostenersatz i.E.	-1.750.000
		3221-0003	Kostenbeitr., Aufw.ersatz, Kosteners.-junge Vollj.	-594.900
		3481-0000	Erstattungen vom Land	-80.700
		3481-0018	Erstattungen vom Land (406) (Budget 10)	-3.384.700
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-502.500
		3482-0011	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. - junge Vollj	0
		3482-0018	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverb. (406)	-1.893.900
		4331-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	752.300
		4331-0005	Förderung -LeFiS-	78.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung		Gliederungsebene	Gliederungscode	Ansatz
Budget	Budgetbezeichnung				
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		
		4331-0006	Soziale Leist. an nat. Personen a.E.-junge Vollj.		0
		4331-0008	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Nord		3.378.900
		4331-0009	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - HIN		5.128.700
		4331-0010	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Ost		3.154.300
		4331-0011	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Süd		3.075.700
		4331-0012	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - HIS		4.221.300
		4331-0013	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - West		3.198.500
		4331-0014	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - Nord		73.500
		4331-0015	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - HIN		276.000
		4331-0016	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - Ost		117.100
		4331-0017	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - Süd		57.100
		4331-0018	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - HIS		226.200
		4331-0019	Soz. Leist. an nat. Pers. a.E.-junge Vollj. - West		172.600
		4331-0020	Soziale Leistungen f. UMA a.E.		161.900
		4331-0021	Soziale Leistungen f. ehemalige UMA (vollj.) a.E.		41.200
		4331-0022	Einzelfallunabhängige Leistungsgewährung		64.200
		4331-0023	Soziale Leist. an nat. Personen a.E. -SodEG-		0
		4332-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E.		3.213.900
		4332-0008	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Nord		4.619.400
		4332-0009	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIN		10.467.400
		4332-0010	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Ost		4.469.800
		4332-0011	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Süd		6.372.600
		4332-0012	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIS		5.707.300
		4332-0013	Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - West		3.111.300
		4332-0014	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - Nord		767.000
		4332-0015	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - HIN		2.150.600
		4332-0016	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - Ost		783.700
		4332-0017	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - Süd		799.200
		4332-0018	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - HIS		2.522.100
		4332-0019	Soz. Leist. an nat. Pers. i.E.-junge Vollj. - West		711.100
		4332-0020	Soziale Leistungen f. UMA i.E.		2.012.800
		4332-0021	Soziale Leistungen f. ehemalige UMA (vollj.) i.E.		1.249.500
		4452-0000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		1.885.200
		4452-0011	Erst. an Gemeinden u. Gemeindeverb. - junge Vollj.		281.800

4-10-407	Budget 10 - 407				
10-407	Teilbudget 407 - 10		Kostenstelle	4-07	
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		0
		3141-0003	Zuweisung vom Land für PACE		-120.000
		3191-0000	Leist.beteiligung Umsetzung Grundsich. Arbeitsuch.		-3.100.000
		3212-0000	Unterh.anspr. gg. priv.rechtl. Unterh.verpfl.		-3.800.000
		3215-0000	Rückzahlung gewährter Hilfen		-230.400
		3481-0000	Erstattungen vom Land		-10.979.400
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		-120.100
		4312-0000	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		482.000
		4312-0005	Förderung von Kindertagesstätten		40.693.800
		4312-0006	Förderung Krippen		0
		4312-0007	Förderung Horte		
		4312-0009	Förd. KiTa, Krippen, Horte Stadt Hi (Finanzvertr.)		
		4312-0015	Förderung Bauunterhaltung Kita		800.000
		4318-0029	Zuschüsse an übrige Bereiche (Budget 10)		1.875.200
		4331-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.		69.800
		4332-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E.		0
		4339-0000	Sonstige soziale Leistungen		21.345.200

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
		4451-0003	Erstattung Miet-und Lastenzuschüsse an das Land		110.000
		4452-0000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim		112.000
		4452-0005	Erstattung an Stadt Hildesheim (Bundeszuschuss)		600.000
		4452-0012	Erstattung gemeindefremder Kinder		100.000
		4452-0015	Erstattung für Kindertagespflege		4.100.000
		4456-0001	Erstattung an gemeinsame Einrichtung		3.230.000
10-407-346-001	Teilbudget 407 - 10 - 346-001		KTR-Gruppe 3	346-001	
		3215-0002	Rückzahlung gewährter Hilfen aus Vorjahren		-32.000
		3481-0002	Erstattungen vom Land Heizkostenzuschuss		0
		3481-0003	Erstattungen vom Land Miet- und Lastenzuschüsse		-10.000.000
4-10-913	Budget 10 - 913				
10-913	Teilbudget 913 - 10		Kostenstelle	9-13	
		3215-0000	Rückzahlung gewährter Hilfen		-1.040.000
		3480-0002	Erstattungen vom Bund (Budget 10)		0
		3481-0000	Erstattungen vom Land		-25.285.000
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden		0
		4331-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.		13.116.200
		4331-0024	Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. - Ukraine		0
		4332-0000	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E.		5.389.500
		4332-0024	Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. - Ukraine		0
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim		7.847.500
		4452-0009	Erst. Stadt Hi. Transferleist. (Finanzvertrag)		5.168.300
		4452-0010	Erst. Stadt Hi. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)		1.173.000
		4454-0002	Erstattung an Sozialversicherungsträger ö.Tr.		657.000
		4454-0003	Erst. an Sozialversicherungsträger VwKosten ö.Tr.		32.900
4-20-400	Budget 20 - 400				
20-400	Teilbudget 400 - 20		Kostenstelle	4-00	
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		-134.000
		4271-0045	Projekt "Willkommen im Leben"		75.000
		4271-0069	Sachaufw. Koordinierungsstelle KKG		10.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		20.000
		4318-0021	Zuschuss für soziale Projekte		3.000
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge		0
		4429-0011	Mitgliedsbeiträge (Budget 20)		4.500
		4431-0045	Geschäftsaufwendungen (Budget 20)		15.000
4-20-402	Budget 20 - 402				
20-402	Teilbudget 402 - 20		Kostenstelle	4-02	
		4271-0078	Sachaufw. Fachstelle Inklusion		8.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		26.500
4-20-403	Budget 20 - 403				
20-403	Teilbudget 403 - 20		Kostenstelle	4-03	
		3144-0000	Zuw. lfd. Zwecke von gesetzl. Sozialversicherungen		-30.000
		4221-0004	Unterhaltung des beweglichen Vermögens (Budget 20)		3.000
		4222-0004	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst. (Budget 20)		5.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung		Gliederungsebene	Gliederungscode	
Budget	Budgetbezeichnung				
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
		4231-0005	Mieten für Geräte (Budget 20)		300
		4261-0008	Fortbildung (Budget 20)		2.000
		4271-0060	Sachkosten Zusammenarbeit ehrenamtlich Tätigen		
		4271-0071	Aufw. für Projekte (Budget 20)		30.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		90.500
		4318-0013	Zuschüsse Frauen- u. Kinderschutzhaus		99.200
		4318-0022	Zuschüsse z.Förd. v. soz.Einrichtungen		17.600
		4318-0023	Zusch. z. Förd. v. Schuldnerberat.st.		181.200
		4318-0033	Ehrenamtskarte		7.000
		4431-0045	Geschäftsaufwendungen (Budget 20)		5.000
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		10.000

4-20-406	Budget 20 - 406				
20-406	Teilbudget 406 - 20		Kostenstelle	4-06	
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		242.000
		4318-0020	Hilfe/Berat. "Gewalt gegen Kinder"		115.000

4-20-407	Budget 20 - 407				
20-407	Teilbudget 407 - 20		Kostenstelle	4-07	
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		-3.882.300
		3148-0001	Zuschüsse für lfd. Zwecke übrige Bereiche (20)		0
		3211-0004	Kostenbeitr., Aufw.ersatz, Kosteners. (Budget 20)		-7.000
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-3.000
		3481-0006	Erst. aus Landesprogramm Familien mit Zukunft		-483.200
		3481-0014	Erstattungen vom Land (Budget 20)		0
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)		-7.700
		3488-0004	Erstattungen von übrigen Bereichen (Budget 20)		0
		4271-0042	Veranstalt.im Rahmen der Mädchenarb.		7.300
		4271-0066	Besondere Verw.- und Betriebsaufw. (Budget 20)		28.500
		4271-0071	Aufw. für Projekte (Budget 20)		30.000
		4291-0012	Qualifizierung (Budget 20)		230.100
		4312-0008	Zuweisungen an Gemeinden (Familienservicebüro)		30.000
		4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)		990.000
		4312-0011	Zuw. f. d. Unterhaltung u . Sanierung (Gemeinden)		75.300
		4316-0002	Zuschuss Volkshochschule Hildesheim		0
		4317-0006	Zuschuss Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen		199.500
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		3.469.800
		4318-0016	Leist. an freie und kommunale Träger		101.700
		4318-0017	Leist.an Jugend- u.Wohlfahrtsverb.		67.400
		4318-0028	Zuschüsse an Kreissportbund		70.500
		4318-0031	Zusch. f. d. Unterh. u . Sanierung (Freie Träger)		28.700
		4421-0003	Aufw. ehrenamtl. und sonst. Tätigkeit (Budget 20)		3.800
		4431-0028	Fortbildung Sprachförderung		10.000
		4441-0002	Unfallversicherung		7.900
		4458-0000	Erstattungen an übrige Bereiche		55.000

4-20-913	Budget 20 - 913				
20-913	Teilbudget 913 - 20		Kostenstelle	9-13	
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		-35.000
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)		-7.303.000
		3486-0000	Erstattung von sonst. öffentl. Sonderrechnungen		-2.400.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		3591-0002	Andere sonstige ordentliche Erträge (Budget 20)	0
		4291-0020	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 20)	13.927.500
		4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	410.800
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche	750.000
		4452-0016	Erst. an Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	0
4-50-400	Budget 50 - 400			
50-400	Teilbudget 400 - 50		Kostenstelle	4-00
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	500
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	800
		4231-0001	Mieten für Geräte	3.800
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	300
		4261-0001	Fortbildung	5.700
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	32.600
4-50-402	Budget 50 - 402			
50-402-311-902	Teilbudget 402 - 50 - 311-902		Kostenstelle	4-02
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	0
50-402-314-901	Teilbudget 402 - 50 - 314-901		Kostenstelle	4-02
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-100
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	1.000
		4231-0001	Mieten für Geräte	3.700
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	9.000
		4261-0001	Fortbildung	
		4261-0003	Supervision	1.100
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	30.000
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	14.000
		4431-0005	Anwaltskosten Ersatzansprüche	500
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	5.900
50-402-321-001	Teilbudget 402 - 50 - 321-001		Kostenstelle	4-02
		4231-0001	Mieten für Geräte	100
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	0
		4261-0001	Fortbildung	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	200
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	300
50-402-343-001	Teilbudget 402 - 50 - 343-001		Kostenstelle	4-02
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	500
		4231-0001	Mieten für Geräte	1.100
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	3.500
		4261-0001	Fortbildung	1.000
		4261-0003	Supervision	
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	5.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	8.000
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	3.300
50-402-344-001	Teilbudget 402 - 50 - 344-001		Kostenstelle	4-02
		4231-0001	Mieten für Geräte	100

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	0
		4261-0001	Fortbildung	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	200
50-402-351-005	Teilbudget 402 - 50 - 351-005		Kostenstelle	4-02
		4231-0001	Mieten für Geräte	100
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	0
		4261-0001	Fortbildung	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	300
4-50-403	Budget 50 - 403			
50-403-111-026	Teilbudget 403 - 50 - 111-026		Kostenstelle	4-03
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	100
		4231-0001	Mieten für Geräte	500
		4261-0001	Fortbildung	100
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	1.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	2.500
50-403-311-901	Teilbudget 403 - 50 - 311-901		Kostenstelle	4-03
		3140-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	0
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-100
		3481-0016	Erstattungen vom Land (Budget 50)	0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	5.900
		4231-0001	Mieten für Geräte	5.600
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	300
		4261-0001	Fortbildung	7.900
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	26.400
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	15.800
		4431-0005	Anwaltskosten Ersatzansprüche	1.500
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	4.300
50-403-315-201	Teilbudget 403 - 50 - 315-201		Kostenstelle	4-03
		4231-0001	Mieten für Geräte	600
		4261-0001	Fortbildung	400
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.800
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	1.000
50-403-345-001	Teilbudget 403 - 50 - 345-001		Kostenstelle	4-03
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4261-0001	Fortbildung	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	400
50-403-351-001	Teilbudget 403 - 50 - 351-001		Kostenstelle	4-03
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	100
		4231-0001	Mieten für Geräte	200
		4261-0001	Fortbildung	100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	500
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	400
4-50-406	Budget 50 - 406			
50-406	Teilbudget 406 - 50		Kostenstelle	4-06
		3482-0009	Erstattung von Gemeinden -Sachkosten-	-4.800

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	33.900
		4231-0001	Mieten für Geräte	10.000
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	9.100
		4261-0001	Fortbildung	46.500
		4261-0003	Supervision	21.700
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	0
		4291-0006	Dolmetschergebühren	500
		4291-0018	Serviceleistungen von Softwarefirmen (Budget 50)	188.700
		4429-0009	Mitgliedsbeiträge (Budget 50)	0
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	72.900
		4811-0002	Erst. lUK für Spezialverfahren (Budget 50)	7.800

4-50-407	Budget 50 - 407			
----------	-----------------	--	--	--

50-407	Teilbudget 407 - 50	Kostenstelle		4-07
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	0
		3482-0009	Erstattung von Gemeinden -Sachkosten-	-7.500
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	13.300
		4231-0001	Mieten für Geräte	7.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	1.600
		4261-0001	Fortbildung	9.400
		4261-0003	Supervision	6.000
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	1.600
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	35.400
		4271-0054	Aus- und Fortbildung -fremd-	3.000
		4331-0007	Maßnahmen d. vorbeugenden Jugenschutz u. Prävent.	3.800
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	43.600
		4811-0002	Erst. lUK für Spezialverfahren (Budget 50)	36.200

4-50-913	Budget 50 - 913			
----------	-----------------	--	--	--

50-913	Teilbudget 913 - 50	Kostenstelle		9-13
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	3.700
		4231-0001	Mieten für Geräte	10.900
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	2.100
		4261-0001	Fortbildung	7.800
		4261-0003	Supervision	400
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	37.600
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	17.200
		4811-0002	Erst. lUK für Spezialverfahren (Budget 50)	21.100

4-60-400	Budget 60 - 400			
----------	-----------------	--	--	--

60-400	Teilbudget 400 - 60	Kostenstelle		4-00
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-3.500
		4271-0044	Sachaufw. Koordinierungsstelle Familienhebammen	5.000
		4431-0027	Aufw. Hilfeplanungen	27.300

4-60-402	Budget 60 - 402			
----------	-----------------	--	--	--

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode	Ansatz
Budget	Budgetbezeichnung				
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		
60-402-314-901	Teilbudget 402 - 60 - 314-901		Kostenstelle	4-02	
		4271-0010	Aufw. NBGG-Beirat		5.000
4-60-406	Budget 60 - 406				
60-406	Teilbudget 406 - 60		Kostenstelle	4-06	
		4431-0040	Aufbau Entwicklung Jugendhilfestationen Nord, Ost		10.000
4-60-407	Budget 60 - 407				
60-407	Teilbudget 407 - 60		Kostenstelle	4-07	
		4221-0005	Unterhaltung des beweglichen Vermögens (Budget 60)		100
		4222-0005	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst. (Budget 60)		700
		4261-0009	Fortbildung (Budget 60)		1.200
		4318-0015	Zuschüsse für Förderung des Ehrenamtes		5.000
		4431-0046	Geschäftsaufwendungen (Budget 60)		4.000
		4811-0006	Erst. IuK für Spezialverfahren (Budget 60)		0
4-60-913	Budget 60 - 913				
60-913	Teilbudget 913 - 60		Kostenstelle	9-13	
		4271-0020	Aufw. nach § 60 Abs. 7 AufenthG		500
		4271-0063	Aufwendungen elektronischer Aufenthaltstitel		120.000
HOCHWASSER 2023	Hochwasser 2023				
HOCHWASSER 2023	Hochwasser 2023		Kostenträger	128-001-0001	
		5111-0000	Aufw. im Zusammenhang mit Katastrophen u.ä.		0
I-10-409	Budget 10 - 409				
10-409	Teilbudget 409 - 10		Kostenstelle	4-09	
		4271-0025	Ersatzvornahmen		100
I-10-904	Teilbudget 10 - 904				
10-904	Teilbudget 904 - 10		Kostenstelle	9-04	
		3481-0000	Erstattungen vom Land		-150.000
		4452-0000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		150.000
I-20-101	Budget 20 - 101				
20-101	Teilbudget 101 - 20		Kostenstelle	1-01	
		4271-0006	Ehrungen für Bedienstete		1.800
I-20-409	Budget 20 - 409				
20-409	Teilbudget 409 - 20		Kostenstelle	4-09	
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		55.200
		4318-0022	Zuschüsse z.Förd. v. soz.Einrichtungen		9.400
		4318-0025	Zusch.an Suchtbera tungsst.n.d.PsychKG		445.500
		4318-0026	Zusch. Sozialpsych. Förderverein		14.200
		4318-0027	Sachkostenzuschuss Aids-Hilfe		8.600

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		50.000
I-20-800	Budget 20 - 800				
20-800	Teilbudget 800 - 20		Kostenstelle	8-00	
		3461-0008	Rückzahlung überz. Ausgaben		0
		4458-0001	Zuschüsse an Fraktionen -Sachaufw.-		19.400
		4458-0002	Zuschüsse an Fraktionen -Personalaufw.-		698.400
I-20-900	Budget 20 - 900				
20-900	Teilbudget 900 - 20		Kostenstelle	9-00	
		4271-0007	Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen		10.000
I-20-900-VFGMITTEL	Budget 20 - 900 - Verfügungsmittel				
20-900-VFGMITTEL	Teilbudget 900 - 20 - Verfügungsmittel		Kostenstelle	9-00	
		4429-0003	Verfügungsmittel -Landrat-		5.700
I-20-902	Budget 20 - 902				
20-902	Teilbudget 902 - 20		Kostenstelle	9-02	
		4318-0001	Förd. Fr.initiativen /frauenspez.Projekte		27.000
I-20-904	Budget 20 - 904				
20-904	Teilbudget 904 - 20		Kostenstelle	9-04	
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		4.200
		4271-0011	Repräsentat.Öffentl. keitsarbeit		4.000
I-40-409	Budget 40 - 409				
40-409	Teilbudget 409 - 40		Kostenstelle	4-09	
		4457-0001	Erstattung an AMEOS-Klinikum		20.000
		4458-0003	Erstattungen an übrige Bereiche (Budget 40)		40.000
I-50-101	Budget 50 - 101				
50-101	Teilbudget 101 - 50		Kostenstelle	1-01	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-1.800
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte		0
		3461-0001	Regressansprüche, Ersatz für Schadensfälle		
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		3.000
		4231-0001	Mieten für Geräte		
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		0
		4261-0001	Fortbildung		6.900
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		119.100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		700
		4431-0014	Bücher und Fachzeitschriften -allg.-		4.400
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)		9.300
I-50-409	Budget 50 - 409				

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
50-409	Teilbudget 409 - 50			Kostenstelle	4-09
		3140-0005	Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund (Budget 50)		-97.500
		3144-0002	Zuweisung für Sachaufw.		-32.000
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte		-200
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		4.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		7.100
		4231-0001	Mieten für Geräte		7.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		0
		4261-0001	Fortbildung		15.100
		4261-0002	Dienst- und Schutzrüstung (Budget 50)		600
		4261-0003	Supervision		1.500
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		3.500
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		112.000
		4271-0046	Medizinischer Bedarf		10.900
		4271-0047	Schulzahnpflege		32.000
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		56.900
		4431-0030	Ausgaben Psychiatrietage		0
		4431-0031	Untersuchungen und Gutachten (ohne Verauslagungen)		700
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)		11.100
I-50-800	Budget 50 - 800				
50-800	Teilbudget 800- 50			Kostenstelle	8-00
		4231-0001	Mieten für Geräte		3.600
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		2.200
I-50-900	Budget 50 - 900				
50-900	Teilbudget 900 - 50			Kostenstelle	9-00
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)		0
		3482-0013	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 50)		
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		800
		4231-0001	Mieten für Geräte		600
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		11.300
		4261-0001	Fortbildung		100
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		7.100
I-50-902	Budget 50 - 902				
50-902	Teilbudget 902 - 50			Kostenstelle	9-02
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		0
		3142-0002	Beiträge Gleichstellungsbeauftragtenkonferenz		-5.400
		3483-0000	Erstattungen von Zweckverbänden und dergl.		-6.000
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		600
		4231-0001	Mieten für Geräte		0
		4261-0001	Fortbildung		4.000
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		700
		4271-0012	Aufwendungen für Projekte		5.100
		4271-0058	Gleichstellungsbeauftragtenkonferenz		5.400
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		1.400

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
I-50-904	Budget 50 - 904				
50-904	Teilbudget 904 - 50		Kostenstelle	9-04	
		3482-0013	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 50)		0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		800
		4231-0001	Mieten für Geräte		4.300
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		0
		4261-0001	Fortbildung		1.900
		4271-0059	Medien		10.000
		4291-0018	Serviceleistungen von Softwarefirmen (Budget 50)		18.000
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		14.300
		4811-0002	Erst. IuK für Spezialverfahren (Budget 50)		9.800
I-50-906	Budget 50 - 906				
50-906	Teilbudget 906 - 50		Kostenstelle	9-06	
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		1.300
		4231-0001	Mieten für Geräte		700
		4261-0001	Fortbildung		11.400
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		12.600
I-60-101	Budget 60 - 101				
60-101	Teilbudget 101 - 60		Kostenstelle	1-01	
		3486-0001	Erstattung Lehrgangsgebühren usw.		0
		4261-0004	Ausbildung		402.800
		4261-0007	Fortbildung Bedienstete -allg.-		335.000
		4316-0001	Umlage an Nds. Studieninstitut		64.000
		4431-0002	Bekanntmachungen		60.000
		4431-0004	Externe Beratungsaufw.		80.000
		4431-0009	Aufw. für Projektarbeit		5.400
		4431-0011	Beratungs- und Moderationsaufw.		9.200
I-60-409	Budget 60 - 409				
60-409	Teilbudget 409 - 60		Kostenstelle	4-09	
		4271-0048	Öffentl. Impfungen, Seuchenabwehr		6.500
		4291-0009	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)		100
		4431-0032	Untersuchungen und Gutachten (Verauslagungen)		28.000
I-60-904	Teilbudget 60 - 904				
60-904	Teilbudget 904 - 60		Kostenstelle	9-04	
		4271-0013	Sächl. aufw. für Wahlen		19.500
I-60-906	Budget 60 - 906				
60-906	Teilbudget 906 - 60		Kostenstelle	9-06	
		4291-0009	Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)		24.000
I-60-907	Budget 60 - 907				
60-907	Teilbudget 907 - 60		Kostenstelle	9-07	

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		700
		4231-0001	Mieten für Geräte		500
		4261-0001	Fortbildung		9.800
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		1.600
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		5.800
II-10-204	Budget 10 - 204				
10-204	Teilbudget 204 - 10		Kostenstelle	2-04	
		3561-0004	Bußgelder Stadt Hildesheim		-830.000
		3561-0029	Bußgelder Semimobile Anlage II		-400.000
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim		647.500
II-10-205	Budget 10 - 205				
10-205	Teilbudget 205 - 10		Kostenstelle	2-05	
		3591-0001	Konventionalstrafen (Budget 10)		-5.000
		4291-0002	Aufw. für Durchführung Rettungsdienst		10.566.600
		4454-0001	Kostenerstattung Schiedsstelle -Rettd-		600
10-205-127-001-0001	Teilbudget 205 - 10 - 127-001-0001		Kostenträger	127-001-0001	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-480.000
10-205-127-001-0002	Teilbudget 205 - 10 - 127-001-0002		Kostenträger	127-001-0002	
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		-10.086.600
II-10-205-FSCHST	Budget 10 - 205 - FSChST				
10-205-FSCHST	Teilbudget 205 - 10 - FSChSt		KTR-Gruppe 3	126-003	
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		-300.000
		4312-0000	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		300.000
II-10-208	Budget 10 - 208				
10-208	Teilbudget 208 - 10		Kostenstelle	2-08	
		4212-0001	Maßnahmen auf Altablagerungen -fremd-		400.000
		4429-0006	Mitgliedsbeitrag Leineverband		50.000
		4431-0024	Maßnahmen auf eigenen Altlasten		
II-10-208 BAB 7	Budget 10 - 208 - BAB 7				
10-208-BAB 7	Teilbudget 208 - 10 - BAB 7		KTR-Gruppe 3	537-201	
		3481-0000	Erstattungen vom Land		0
		3487-0000	Erstattungen von privaten Unternehmen		
		4291-0000	Aufw. für sonstige Dienstleistungen		
II-10-208-ERSATZGELD	Budget 10 - 208 Ersatzgeld				
10-208-ERSATZGELD	Teilbudget 208 - 10 - Ersatzgeld		KTR-Gruppe 3	554-001	
		3147-0002	Ersatzgeld Bundesnaturschutzgesetz		-5.000
		4271-0026	Aufwand Ersatzgeld		5.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
II-10-909 § 7 NNVG	Budget 10 - 909 - § 7 NNVG				
10-909-§ 7A NNVG	Teilbudget 909 - 10 - § 7a NNVG			Kostenträger	547-001-0001
		3141-0007	Zuweisung vom Land Beförderungskosten		-2.946.600
		4312-0014	Zuweisungen an Gemeinden - 7a NNVG		835.500
		4317-0000	Zuschüsse an private Unternehmen		2.110.900
10-909-§ 7B NNVG	Teilbudget 909 - 10 - § 7b NNVG			Kostenträger	547-001-0001
		3141-0009	Zuweisungen vom Land - 7b NNVG		-631.000
		3482-0016	Erstattungen von Gemeinden - 7b NNVG		0
		4312-0012	Zuweisungen an Gemeinden - 7b NNVG		105.000
		4317-0010	Zuschüsse an private Unternehmen - 7b NNVG		526.000
II-10-909-ÖPNV	Budget 10 - 909 - ÖPNV				
10-909-ÖPNV	Teilbudget 909 - 10 ÖPNV			Kostenträger	547-001-0001
		3141-0000	Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land		-1.322.200
		4271-0053	Förderung des ÖPNV n.d. NNVG		1.191.600
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim		135.000
II-20-203	Budget 20 - 203				
20-203	Teilbudget 203 - 20			Kostenstelle	2-03
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		1.100
II-20-205	Budget 20 - 205				
20-205	Teilbudget 205 - 20			Kostenstelle	2-05
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		-40.700
		4317-0000	Zuschüsse an private Unternehmen		10.700
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		200.000
		4318-0032	Zuschuss Kreisjugendfeuerwehr		2.000
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		109.000
II-20-206	Budget 20 - 206				
20-206	Teilbudget 206 - 20			Kostenstelle	2-06
		4318-0002	Zuschuss an Kreisverkehrswacht		1.500
II-20-208	Budget 20 - 208				
20-208	Teilbudget 208 - 20			Kostenstelle	2-08
		3411-0002	Mieten und Pachten (Budget 20)		-300
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)		-1.000
		3488-0002	Erstattung Förderung Naturschutz -freiw.-		-2.700
		3488-0003	Erstattung ehrenamtl. Naturschutz		-500
		4231-0003	Mieten und Pachten für Grundstücke		500
		4271-0032	Förderung Naturschutz -freiw.-		167.000
		4271-0068	Innerste-Radweg		3.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		0
		4318-0003	Zuschuss an Paul- Feindt-Stiftung		10.000
		4318-0030	Zuschüsse für ehrenamtliche Naturschutzarbeit		15.000
		4429-0010	Mitgliedsbeitrag Hochwasserschutzverband Innerste		618.000
		4429-0011	Mitgliedsbeiträge (Budget 20)		1.300
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		50.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
20-208-122-009-0004	Teilbudget 208 - 20 - 122-009-0004			Kostenträger	122-009-0004
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		-1.125.000
		3143-0002	Zuw. für lfd. Zwecke von Zweckverbänd. (Budget 20)		-125.000
		4291-0011	Ökologische Gewässerverbesserung (Budget 20)		1.250.000
II-20-909	Budget 20 - 909				
20-909	Teilbudget 909 - 20			Kostenstelle	9-09
		3141-0008	Zuweisungen vom Land (Budget 20)		-400.800
		3482-0006	Erstattung von Stadt Hildesheim		-56.000
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)		0
		4222-0004	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst. (Budget 20)		25.000
		4271-0071	Aufw. für Projekte (Budget 20)		15.000
		4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)		250.000
		4315-0000	Zuschüsse verb. Unternehmen, Sonderverm., Beteilig		456.800
		4317-0011	Zuschüsse an private Unternehmen (Budget 20)		60.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche		0
		4431-0045	Geschäftsaufwendungen (Budget 20)		40.000
II-20-910	Budget 20 - 910				
20-910	Teilbudget 910 - 20			Kostenstelle	9-10
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)		-7.000
II-20-920	Budget 20 - 920				
20-920	Teilbudget 920 - 20			Kostenstelle	9-20
		4271-0071	Aufw. für Projekte (Budget 20)		0
		4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)		
II-40-205	Budget 40 - 205				
40-205	Teilbudget 205 - 40			Kostenstelle	2-05
		4452-0002	Erst. an Stadt Hildesheim (Personalaufw.)		970.000
II-50-203	Budget 50 - 203				
50-203	Teilbudget 203 - 50			Kostenstelle	2-03
		3461-0000	Sonst. privatrechl. Leistungsentgelte		0
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens		100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.		3.400
		4231-0001	Mieten für Geräte		1.500
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen		2.700
		4261-0001	Fortbildung		4.500
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		5.800
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)		6.200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen		26.600
		4811-0002	Erst. l.uK für Spezialverfahren (Budget 50)		2.700
II-50-204	Budget 50 - 204				
50-204	Teilbudget 204 - 50			Kostenstelle	2-04
		3482-0009	Erstattung von Gemeinden -Sachkosten-		-35.800

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		3488-0000	Erstattungen von übrigen Bereichen	-2.000
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	100
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	8.000
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	1.400
		4251-0001	Haltung von Fahrzeugen - mobile Verkehrsüberw.	9.000
		4261-0001	Fortbildung	3.800
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luK (Budget 50)	44.900
		4271-0002	Aufw. für Spezial-luK (DMS)	13.100
		4271-0003	Aufw. für Spezial-luK (Anlage BAB)	16.500
		4271-0054	Aus- und Fortbildung -fremd-	600
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche	900
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	305.700
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	52.700
II-50-205	Budget 50 - 205			
50-205	Teilbudget 205 - 50		Kostenstelle	2-05
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-700
		3480-0000	Erstattungen vom Bund	-11.300
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	10.700
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	31.800
		4231-0001	Mieten für Geräte	500
		4231-0004	Mieten und Pachten für Gebäude und Räume	64.700
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	96.400
		4261-0001	Fortbildung	39.700
		4261-0002	Dienst- und Schutzausrüstung (Budget 50)	24.500
		4261-0006	Führerscheinausbildung/G26 KatS-Einheiten	10.000
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luK (Budget 50)	25.600
		4271-0033	Fahr- und Einsatzübungen	11.000
		4271-0034	Schläuche, Kupplungen, Zubehör	35.000
		4271-0035	Ersatzteile, Reparaturmat.u.ä. (Budget 50)	101.600
		4271-0037	Entschädigungen	19.000
		4271-0054	Aus- und Fortbildung -fremd-	92.500
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	30.000
		4452-0001	Erstattung an Stadt Hildesheim	100
		4811-0002	Erst. luK für Spezialverfahren (Budget 50)	57.300
50-205-126-003	Teilbudget 205 - 50 - 126-003		KTR-Gruppe 3	126-003
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	-31.800
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-2.000
50-205-126-004	Teilbudget 205 - 50 - 126-004		KTR-Gruppe 3	126-004
		3321-0000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	-306.700
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-118.000
II-50-206	Budget 50 - 206			
50-206	Teilbudget 206 - 50		Kostenstelle	2-06
		3311-0009	Ersatz von besonderen Auslagen	-100
		3421-0000	Erträge aus Verkauf (Budget 50)	-1.000
		3461-0000	Sonst. privatrechtl. Leistungsentgelte	-400
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	8.600
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	23.000
		4231-0001	Mieten für Geräte	4.200
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	1.500

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4261-0001	Fortbildung	3.300
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	50.700
		4271-0002	Aufw. für Spezial-luk (DMS)	10.300
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	78.300
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)	39.100
II-50-208 Budget 50 - 208				
50-208	Teilbudget 208 - 50		Kostenstelle	2-08
		3148-0000	Zuschüsse für lfd. Zwecke von übrigen Bereichen	-1.500
		3488-0001	Erstattung Aufwand Naturschutz	-1.000
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.300
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	6.400
		4231-0001	Mieten für Geräte	3.300
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	1.100
		4261-0001	Fortbildung	8.700
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	19.100
		4271-0029	Aufw. Naturschutz	10.200
		4271-0031	Pflegeaufw. Naturschutzgebiete	37.200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	27.800
		4811-0002	Erst. luk für Spezialverfahren (Budget 50)	4.000
50-208-538-201	Teilbudget 208 - 50 - 538-201		KTR-Gruppe 3	538-201
		3482-0000	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-15.000
50-208-554-001	Teilbudget 208 - 50 - 554-001		KTR-Gruppe 3	554-001
		3481-0000	Erstattungen vom Land	-40.000
II-50-909 Budget 50 - 909				
50-909	Teilbudget 909 - 50		Kostenstelle	9-09
		4221-0000	Unterhaltung des beweglichen Vermögens	200
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	
		4231-0001	Mieten für Geräte	500
		4261-0001	Fortbildung	
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	4.000
II-50-910 Budget 50 - 910				
50-910	Teilbudget 910 - 50		Kostenstelle	9-10
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	200
		4231-0001	Mieten für Geräte	0
		4261-0001	Fortbildung	1.700
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.500
II-50-920 Budget 50 - 920				
50-920	Teilbudget 920 - 50		Kostenstelle	9-20
		4222-0000	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	300
		4231-0001	Mieten für Geräte	700
		4251-0000	Haltung von Fahrzeugen	5.900
		4261-0001	Fortbildung	100
		4271-0001	Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	200
		4431-0000	Geschäftsaufwendungen	1.900

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung				
Budget	Budgetbezeichnung			Gliederungsebene	Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung		Ansatz
II-60-203	Budget 60 - 203				
60-203	Teilbudget 203 - 60			Kostenstelle	2-03
		3461-0003	Erstattung verauslagter Untersuchungskosten		-3.000
		4271-0050	Aufw. für Laboruntersuchungen		4.600
		4271-0061	Tierschutzmaßnahmen		40.000
		4313-0000	Zuweisungen an Zweckverbände und dergl.		100.000
		4431-0016	Aufw. f. Tierseuchenbekämpf.		66.000
		4431-0017	Audit QM-System		1.300
II-60-204	Budget 60 - 204				
60-204	Teilbudget 204 - 60			Kostenstelle	2-04
		4221-0001	Unterhaltung Verkehrsüberwachungsanlagen		90.000
		4222-0001	Erwerb Verkehrsüberwachungsanlagen		19.800
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		5.000
		4271-0021	Aufw. der Jägerprüfungen		9.000
		4429-0007	Transportkosten		4.000
		4441-0006	Versicherung Verkehrsüberwachungsanlagen		18.000
		4458-0000	Erstattungen an übrige Bereiche		50.000
II-60-205	Budget 60 - 205				
60-205	Teilbudget 205 - 60			Kostenstelle	2-05
		3421-0006	Erträge aus Verkauf (Budget 60)		0
		3461-0007	Rückzahlung von Gebühren gem. Gerichtskostengesetz		
		3481-0000	Erstattungen vom Land		-1.000
		4211-0008	Rückbau-/Abrisskosten		30.000
		4221-0005	Unterhaltung des beweglichen Vermögens (Budget 60)		1.000
		4222-0005	Erwerb geringwert. Vermögensgegenst. (Budget 60)		
		4241-0000	Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen		18.500
		4261-0011	Dienst- und Schutzausrüstung (Budget 60)		200
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.		0
		4271-0036	Betriebsaufw. für Funknetze		140.800
		4271-0062	Betriebsaufwendungen Digitale Alarmierung		105.100
		4271-0072	Betriebsaufwendungen Digitalfunk		201.000
		4271-0076	Aufwendungen Schutzausstattung		50.000
		4291-0003	Kostenerstattung Rettungsdienst -SEG-		25.000
		4431-0004	Externe Beratungsaufw.		0
		4431-0043	Aufw. für Ausschreibungen		106.000
60-205 ATEMSCHUTZ	Teilbudget 205 - 60 - Atemschutzverbund			Kostenträger	126-004-0002
		3482-0014	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 60)		-335.000
		4232-0000	Leasing (Budget 60)		220.000
		4251-0003	Haltung von Fahrzeugen (Budget 60)		2.500
		4261-0009	Fortbildung (Budget 60)		3.000
		4271-0065	Aufw. für Spezial-luk (Budget 60)		400
		4271-0073	Ersatzteile, Reparaturmat.u.ä. (Budget 60)		50.000
		4431-0046	Geschäftsaufwendungen (Budget 60)		1.400
		4811-0006	Erst. IuK für Spezialverfahren (Budget 60)		1.300
II-60-206	Budget 60 - 206				
60-206	Teilbudget 206 - 60			Kostenstelle	2-06

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		3421-0001	Erlöse aus Fz-Kennzeichen	-100
		3421-0002	Erlöse aus Fz-Plaketten	-60.000
		3421-0003	Erlöse aus Zul.-Besch. Teil II	-50.000
		4271-0016	Aufw. für Kartenführerscheine	200.000
		4271-0017	Aufw. für Fz-Kennzeichen	0
		4271-0018	Aufw. für Fahrzeugdokumente	100.000
		4271-0019	Aufw. für Fz-Plaketten	65.000
		4291-0017	Plattform Online-Zugang	25.000

II-60-208	Budget 60 - 208			
-----------	-----------------	--	--	--

60-208	Teilbudget 208 - 60	Kostenstelle		2-08
		3461-0003	Erstattung verauslagter Untersuchungskosten	0
		4212-0002	Maßnahmen auf Altstandorten	95.000
		4271-0000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	5.000
		4271-0022	Kartierungsmaßnahmen, LRP und Managementpläne	200.000
		4271-0023	Maßnahmen Grundwassersanierung	5.000
		4271-0024	Aufw. f. Gefahrenerforschung	20.000
		4271-0025	Ersatzvornahmen	50.000
		4271-0028	Ausweisung Bodenplanungsgebiet	3.000
		4271-0030	Sofortmaßnahmen Naturschutz	45.000
		4271-0067	Entwicklung von Naturschutzgebieten	12.000
		4271-0074	Maßnahmen invasive Arten. Artenschutz	30.000
		4271-0075	Managementplanung FFH	170.000
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge	7.700
		4431-0021	Aufw. für Unters. u. Gutachten (Budget 60)	70.000
		4431-0023	Gutachten/Maßnahmen Hochwasserschutz/Gewässerentw	200.000

II-60-909	Budget 60 - 909			
-----------	-----------------	--	--	--

60-909	Teilbudget 909 - 60	Kostenstelle		9-09
		4429-0001	Mitgliedsbeiträge	17.500
		4431-0021	Aufw. für Unters. u. Gutachten (Budget 60)	100.000

SOPO	Erträge aus Auflösung Sonderposten			
------	------------------------------------	--	--	--

SOPO-THH 1	Erträge aus Auflösung Sonderposten - THH 1	KST-Gruppe 3	THH 1	
		3161-0001	Ertr.a.d.Aufl.v.SoPo aus Inves.-zuw. u. Zuschüssen	-2.531.900
SOPO-THH 3	Erträge aus Auflösung Sonderposten - THH 3	KST-Gruppe 3	THH 3	
		3161-0001	Ertr.a.d.Aufl.v.SoPo aus Inves.-zuw. u. Zuschüssen	-1.249.200
SOPO-THH 4	Erträge aus Auflösung Sonderposten - THH 4	KST-Gruppe 3	THH 4	
		3161-0001	Ertr.a.d.Aufl.v.SoPo aus Inves.-zuw. u. Zuschüssen	-132.800
SOPO-THH ZHH	Erträge aus Auflösung Sonderposten - THH ZHH	KST-Gruppe 3	THH ZHH	
		3161-0001	Ertr.a.d.Aufl.v.SoPo aus Inves.-zuw. u. Zuschüssen	-2.610.300

Z-20-ZHH	Budget 20 - ZHH			
----------	-----------------	--	--	--

20-ZHH	Teilbudget ZHH - 20	Kostenstelle		ZHH
		3482-0012	Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	0
		4315-0001	Zuschuss an Theater für Niedersachsen	4.350.000
		4315-0002	Verlustabdeckung	1.122.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetebene	Budgetebenenbezeichnung			
Budget	Budgetbezeichnung	Gliederungsebene		Gliederungscode
Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Kontobezeichnung	Ansatz
		4315-0004	Ausgleichsleistung ÖPNV	15.000.000
		4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche	215.000
		4457-0000	Erstattungen an private Unternehmen	5.000
Z-60-ZHH	Budget 60 - ZHH			
60-ZHH-315-302	Teilbudget ZHH - 60 - 315-302	KTR-Gruppe 3		315-302
		4313-0002	Verbandsumlage Zweckverband FZB	810.000
Z-60-ZHH-571-001	Budget 60 - ZHH - 571-001			
60-ZHH-571-001	Teilbudget ZHH - 60 - 571-001	KTR-Gruppe 3		571-001
		4317-0007	Zuweisung an Wirtschaftsförderungsgesellschaft	422.200
Z-90-ZHH	Budget 90 - ZHH			
90-ZHH	Teilbudget ZHH - 90	Kostenstelle		ZHH
		3111-0000	Schlüsselzuweisungen vom Land	-91.385.000
		3131-0001	Zuw. für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	-8.969.000
		3182-1000	Kreisumlage	-235.838.600
		4311-0001	Umlage nach dem Krankenhausfin.Ges.	85.000
		4371-0001	Umlagezahlung in den Entschuldungsfonds	587.000
		4455-0000	Erstatt. verb. Unternehmen, Sonderverm., Beteilig	115.000
		4517-0000	Zinsaufw. an Kreditinstitute	5.000.000
		4521-0000	Zinsaufw. für Liquiditätskredite	125.000

Erläuterungen: Erträge (-), Aufwendungen (+)

Budgetuntergliederungen investiver Teil

Anlage 2

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B1-00-001 Ausstattung Dezernat 1							
1-00		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B1-01-002 Zuführung Versorgungsrücklage							
	111-002-0003	1661-0010	Versorgungsrücklagen für aktiv Beschäftigte			6.000,00 €	
	111-002-0003	1661-0011	Abgang Versorgungsrücklagen für aktiv Beschäftigte			- 61.200,00 €	
	111-002-0003	1661-0020	Versorgungsrücklagen für passiv Beschäftigte			8.000,00 €	
	111-002-0003	1661-0021	Abgang Versorgungsrücklagen passiv Beschäftigte			- 86.500,00 €	
						- 133.700,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
1-01	111-002-0003	1661-0010	Zuführung Versorgungsrückl.f.aktive Beamte	I10101-002		6.000,00 €	
1-01	111-002-0003	1661-0011	Abgang (Rückzahl.)Versorgungsrückl.f.aktive Beamte	I10101-002		- 61.200,00 €	
1-01	111-002-0003	1661-0020	Zuführung Versorgungsrücklage f.passive Beamte	I12101-003		8.000,00 €	
1-01	111-002-0003	1661-0021	Abgang (Rückzahl.)Versorgungsrückl.f.passiv Beamte	I12101-003		- 86.500,00 €	
						- 133.700,00 €	
B1-01-003 Ausstattung Personal- und Organisationsamt							
1-01		0025-0100	Zugang DV-Software			31.400,00 €	
1-01		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
						31.400,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
1-01	111-002	0025-0100	Software Komboss - Stellenplan -	I20101-001		6.300,00 €	
1-01	111-002	0025-0100	CMIS Schnittstelle Komboss-enaio	I20101-001		6.500,00 €	
1-01	111-002	0025-0100	Software Komboss - Stellenbewertung -	I20101-001		18.600,00 €	
						31.400,00 €	
B1-02-001 EDV-Ausstattung							
1-02		0025-0100	Zugang DV-Software			68.200,00 €	
1-02		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			657.500,00 €	
						725.700,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
1-02	111-005-0001	0025-0100	Software	I10102-004		68.200,00 €	
1-02	111-005-0001	0720-0100	EDV-Ausstattung (PC's, NTB, Server, Drucker)	I10102-001		657.500,00 €	
						725.700,00 €	
B1-03-001 Ausstattung Amt 103 - Hauptamt -							
1-03		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
1-03		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B1-06-001 Erhöhung Stammkapital Krankenhaus Aifeld GmbH							
1-06		1113-0100	Zugänge Sonstige Anteilsrechte			- €	
B1-06-002 Ausstattung FD 106							
1-06		0025-0100	Zugang DV-Software			18.000,00 €	
1-06		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
						18.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
1-02	111-006-0002	0025-0100	eAkte mit elektronischer Archivierung / Vollstreck	I20106-001		18.000,00 €	
B1-PROJEKT-001 Projekt Digitalisierung Verwaltung							
1-1PROJ	111-001-0012	0025-0100	Zugang DV-Software			500.000,00 €	
1-1PROJ	111-001-0012	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			500.000,00 €	
						1.000.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
1-1PROJ	111-001-0012	0025-0100	Projekt Modernisierung der IT-Infrastruktur	I241PROJ-1		500.000,00 €	
1-1PROJ	111-001-0012	0720-0100	Projekt Modernisierung der IT-Infrastruktur	I241PROJ-1		500.000,00 €	
						1.000.000,00 €	
B2-03-001 Ausstattung FD 203							
2-03		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
2-03		0048-0100	Zug.Gel.lmv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			250.000,00 €	
2-03		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			145.500,00 €	
						395.500,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-03	122-004-0003	0048-0100	Invest.-kostenzuschuss Tierschutz Hi. und Umgebung	I24203-002		250.000,00 €	
2-03	122-004-0004	0720-0100	Internetfähige Tablets und Zubehör (10 Stück)	I24203-001		24.500,00 €	
2-03	122-004	0720-0100	Einrichtung einer Wildsammelstelle	I18203-001		25.000,00 €	
2-03	122-004-0001	0720-0100	ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschwein	I21203-002		40.000,00 €	
2-03	122-004-0001	0720-0100	ASP Schutzzaun	I21203-001		56.000,00 €	
						395.500,00 €	
B2-04-001 Ausstattung FD 204 und Verkehrsüberwachungsanlagen							
2-04		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
2-04		0610-0100	Zugang Fahrzeuge			- €	
2-04		0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlagen			96.000,00 €	
2-04		0710-0100	Zugang Betriebsvorrichtungen			- €	
2-04		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
						96.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-04	122-002-0001	0620-0100	Ersatz einer weiteren Geschwindigkeitsmessanlage	I16204-001		96.000,00 €	
B2-05-011 Katastrophenschutz (Zuweisungen)							
	128-001	0042-0100	Zug.Gel.lmv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
	128-001	0048-0100	Zug.Gel.lmv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B2-05-012 Katastrophenschutz (Sachvermögen)							
	128-001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	30.000,00 €
	128-001	0042-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	750.000,00 €
	128-001	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			360.000,00 €	2.770.000,00 €
	128-001	0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlagen			228.800,00 €	
	128-001	0620-0400	Zugang Gleichwellenfunk			- €	
	128-001	0710-0100	Zugang Betriebsvorrichtungen			- €	
	128-001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			320.000,00 €	
	128-001	0910-1100	Zugänge Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen			- €	
	128-001	2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Gem.			- €	
						908.800,00 €	3.550.000,00 €
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-05	128-001-0001	0025-0100	Neue Sta bssoftware	I24205-007	V24205-007		30.000,00 €
2-05	128-001	0042-0100	Kreisweite Sierenerktüchtigung (VE 2024)	I22205-006	V22205-006		750.000,00 €
2-05	128-001-0001	0610-01100	Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug ABC - Zug (Beladun	I18205-001		170.000,00 €	
2-05	128-001	0610-01100	Toilette nahänger	I23205-006		20.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0610-01100	Multi Carrier-Anhänger	I23205-007		50.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0610-01100	Führungskraftwagen (FÜKW)/ Mannschaftstransportwa	I24205-009		120.000,00 €	
2-05	128-001	0610-0100	3 Gerätewagen Gefahrgut (GWG) / 3 Abrollbehälter (I23205-002	V23205-002		2.250.000,00 €
2-05	128-001-0001	0610-0100	Gerätewagen Verpflegung (GW-V)	I24205-008	V24205-008		300.000,00 €
2-05	128-001	0610-0100	Gerätewagen (GW) Mess (Gefahrgutkonzept)	I23205-001	V23205-001		220.000,00 €
2-05	128-001	0620-0100	Ausstattung Kats	I10205-004		115.800,00 €	
2-05	128-001	0620-0100	Notstromversorgten Tankstellen Kreisgebiet	I10205-004		30.000,00 €	
2-05	128-001	0620-0100	2 Drohnen	I23205-011		30.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0620-0100	Optimierung Funka ussattung TEL	I24205-010		38.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0620-0100	1 Satz Austausch kassette für Schlauchwagen	I24205-011		15.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0720-0100	Ersta ussattung neuer Sta bsraum	I24205-013		150.000,00 €	
2-05	128-001-0001	0720-0100	Mannschaftszelte beheizbar - 10Stück - Versorgungs	I24205-012		170.000,00 €	
						908.800,00 €	3.520.000,00 €
B2-05-013 Rettungsdienst							
	127-001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	127-001	0048-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	
	127-001	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			30.000,00 €	
	127-001	0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlagen			5.000,00 €	
	127-001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			90.000,00 €	
						125.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-05	127-001	0610-0100	Gerätewagen Sanit - Beladung	I17205-001		30.000,00 €	
2-05	127-001	0620-0100	Telenotfallmedizin	I22205-010		5.000,00 €	
2-05	127-001	0720-0100	Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	I24205-006		90.000,00 €	
						125.000,00 €	
B2-05-016 Brandschutz B2-05-16 / B2-05-17 in Budgetebene B2-05-016 Brandschutz und FTZ							
2-05	126-003	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
2-05	126-003	0042-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			315.000,00 €	
2-05	126-003	0048-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	
2-05	126-003	0252-0100	Zu.Geb.u.Aufb.b.Brands., Rett.d.u.Katastrophens.an.			- €	
2-05	126-003	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			155.000,00 €	910.000,00 €
2-05	126-003	0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlagen			35.000,00 €	
2-05	126-003	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.000,00 €	
2-05	126-003	0910-1100	Zugänge Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen			- €	
2-05	126-003	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- 305.000,00 €	
2-05	126-003	2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Gemeinden			- €	
2-05	126-003	2152-1100	Zugang erhaltene Anzahlungen auf SoPo vom Land			- €	
						205.000,00 €	910.000,00 €
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-05	126-003	0042-0100	Zuweisung für Investitionen (Feuerschutzsteuer)	I10205-001		300.000,00 €	
2-05	126-003	0042-0100	Zuw.f.Invest.an Stadt Hildesheim (Leitstelle)	I10205-005		5.000,00 €	
2-05	126-003	0042-0100	Zuw. f. Inv. (Tetra Technik Leitstelle)	I13205-001		10.000,00 €	
2-05	126-003	0610-0100	Bewegliches Anlagevermögen Gerätewagen Gefahrgut	I10205-998		5.000,00 €	
2-05	126-003-0001	0610-0100	Komandowagen für Brandabschnittsleiter (VE 2025)	I24205-001	V24205-001	150.000,00 €	210.000,00 €
2-05	126-003-0001	0610-0100	Ersatzbesch.LKW mit Ladebordwand f.Schlauchverband (VE 2025)	I22205-002	V22205-002		200.000,00 €
2-05	126-003-0001	0610-0100	Ersatz Rüstwagen 2 der FTZ (VE 2025)	I23205-003	V23205-003		500.000,00 €
2-05	126-003	0620-0100	Ausstattung Brandschutz	I10205-002		20.000,00 €	
2-05	126-003-0001	0620-0100	Aufbau/Ausbau eines digit. Alarmierungssystem	I10205-006		15.000,00 €	
2-05	126-003	0720-0100	Endgeräte Digitalfunk Tetra	I12205-001		5.000,00 €	
2-05	126-003	2111-1010	Zuweisung f. Investitionen (Feuerschutzsteuer)	I10205-001		- 300.000,00 €	
2-05	126-003	2111-1010	Zuw. f. Erwerb Gerätewagen Gefahrgut-Feuerschutzst.	I10205-998		- 5.000,00 €	
						205.000,00 €	910.000,00 €
B2-05-017 FTZ B2-05-16 / B2-05-17 in Budgetebene B2-05-016 Brandschutz und FTZ							
2-05	126-004	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
2-05	126-004	0252-0100	Zu.Geb.u.Aufb.b.Brands., Rett.d.u.Katastrophens.an.			- €	
2-05	126-004	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			195.000,00 €	850.000,00 €
2-05	126-004	0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlagen			90.000,00 €	
2-05	126-004	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
2-05	126-004	0960-1010	Zugänge Anlagen im Bau (Hochbaumaßnahmen)			- €	
2-05	126-004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
						285.000,00 €	850.000,00 €
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-05	126-004-0009	0610-0100	Ersatz Kombi FTZ	I23205-005		45.000,00 €	
2-05	126-004	0610-0100	Umrüstsatz GW-L Unimog incl. Material-Vegetationsbr	I24205-004		150.000,00 €	
2-05	126-004-0009	0610-0100	AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50 (VE 2025)	I24205-003	V24205-003		500.000,00 €
2-05	126-004	0610-0100	Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz (VE 2025)	I24205-002	V24205-004		350.000,00 €
2-05	126-004-0009	0610-0100	Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatz (VE 2026)	I24205-005	V24205-005		850.000,00 €
2-05	126-004	0620-0100	Ausstattung FTZ	I10205-003		40.000,00 €	
2-05	126-004-0002	0620-0100	Sonderprogramm Atemschutzverbund	I16205-003		50.000,00 €	
						285.000,00 €	1.700.000,00 €
B2-06-006 Ausstattung Amt 206							
2-06		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
2-06		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
2-06		0960-1010	Zugänge Anlagen im Bau (Hochbaumaßnahmen)			- €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B2-08-001 Hochwasserschutzmaßnahmen							
2-08	122-009-0004	0042-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
2-08	122-009-0004	0043-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Zweckverb.			- €	
2-08	122-009-0004	0048-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			270.000,00 €	
2-08	122-009-0004	0110-0100	Zugang Grünflächen			- €	
2-08	122-009-0004	0410-0100	Zugang Bauten auf fremdem Grund und Boden			- €	
2-08	122-009-0004	0960-6100	Zugänge Anlagen im Bau (sonstige Baumaßnahmen)			4.900.000,00 €	
2-08	122-009-0004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- 3.430.000,00 €	
2-08	122-009-0004	2111-3100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. ZV.			- €	
2-08	122-009-0004	2111-7100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. u.-zuschüssen v. priv. Unt.			- €	
2-08	122-009-0004	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber.(u.a EU)			- 1.470.000,00 €	
						270.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-08	122-009-0004	0048-0100	Zu. an Dritte f. Hochwasserschutzmaßnahmen	117208-005		270.000,00 €	
2-08	122-009-0004	0960-6100	Hochwasserschutzmaßnahmen	117208-005		4.900.000,00 €	
2-08	122-009-0004	2111-1010	Zuw. v. Land f. Hochwasserschutzmaßnahmen	117208-005		- 3.430.000,00 €	
2-08	122-009-0004	2111-8100	Zuw.v.Dritt(f. innersteverb./f. Hochw.schutzmaßnernerste	117208-005		- 1.470.000,00 €	
						270.000,00 €	
B2-08-002 Ausstattung Amt 208 - Umwelt -							
2-08		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B2-08-003 Altlastensanierung							
2-08	561-001	0190-0100	Zugang sonstige unbebaute Grundstücke			20.000,00 €	
2-08	561-001	2111-3100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. ZV.			- 20.000,00 €	
						- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
2-08	561-001-0001	0190-0100	Sanierung der Deponien	117208-006		20.000,00 €	
2-08	561-001-0001	2111-3100	Zuweisung vom ZAH aus der Altlastenrücklage	117208-006		- 20.000,00 €	
						- €	
B2-08-004 Naturschutz							
2-08	554-001	0048-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	
2-08	554-001	0190-0100	Zugang sonstige unbebaute Grundstücke			- €	
2-08	554-001	2001-0150	Zg. Reinverm. Grunderwerb Ausgleichsmittel Nat.sch			- €	
2-08	554-001	2111-7100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. u.-zuschüssen v. priv. Unt.			- €	
B2-08-005 Phosphorrückgewinnung, Karbonisierung							
2-08	561-003	0048-0100	Zug.Gel./Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	
B3-00-001 Ausstattung Dezernat 3							
3-00		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B3-01-002 Ausstattung HS Alfeld							
	212-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	212-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.100,00 €	
	212-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	212-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	212-001-0001	0720-0100	Ausstattung HS Alfeld	110301-984		5.100,00 €	
B3-01-008 Ausstattung RS Alfeld							
	215-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	215-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			8.500,00 €	
	215-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	215-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	215-001-0001	0720-0100	Ausstattung RS Alfeld	110301-978		8.500,00 €	
B3-01-015 Ausstattung Oberschule Harsum							
	216-001-0003	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0003	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			- €	
	216-001-0003	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			11.900,00 €	
	216-001-0003	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	216-001-0003	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0003	0720-0100	Ausstattung Oberschule Harsum	110301-971		11.900,00 €	
B3-01-016 Ausstattung Oberschule Nordstemmen							
	216-001-0004	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0004	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.700,00 €	
	216-001-0004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	216-001-0004	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0004	0720-0100	Ausstattung Oberschule Nordstemmen	110301-970		5.700,00 €	
B3-01-017 Ausstattung Oberschule Ottbergen							
	216-001-0005	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0005	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.200,00 €	
	216-001-0005	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	216-001-0005	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw.+zuschüssen v.übr.Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0005	0720-0100	Ausstattung Oberschule Ottbergen	110301-969		5.200,00 €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B3-01-018 Ausstattung Oberschule Söhlde							
	216-001-0006	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0006	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			7.000,00 €	
	216-001-0006	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	216-001-0006	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0006	0720-0100	Ausstattung Oberschule Söhlde	110301-968		7.000,00 €	
B3-01-019 Ausstattung Gym. Alfeld							
	217-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	217-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			16.600,00 €	
	217-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	217-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	217-001-0001	0720-0100	Ausstattung Gym. Alfeld	110301-967		16.600,00 €	
B3-01-020 Ausstattung Gym. Himmelsthür							
	217-001-0002	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	217-001-0002	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			16.500,00 €	
	217-001-0002	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	217-001-0002	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	217-001-0002	0720-0100	Ausstattung Gym. Himmelsthür	110301-966		16.500,00 €	
B3-01-021 Ausstattung Michelsenschule							
	217-001-0003	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	217-001-0003	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			19.100,00 €	
	217-001-0003	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	217-001-0003	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	217-001-0003	0720-0100	Ausstattung Michelsenschule	110301-965		19.100,00 €	
B3-01-022 Ausstattung Gym. Sarstedt							
	217-001-0004	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	217-001-0004	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			14.900,00 €	
	217-001-0004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	217-001-0004	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	217-001-0004	0720-0100	Ausstattung Gym. Sarstedt	110301-964		14.900,00 €	
B3-01-023 Ausstattung FöS Alfeld							
	221-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	221-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			3.800,00 €	
	221-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	221-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	221-001-0001	0720-0100	Ausstattung FöS Alfeld	110301-963		3.800,00 €	
B3-01-024 Ausstattung FöS Bad Salzdetfurth							
	221-001-0002	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	221-001-0002	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			4.200,00 €	
	221-001-0002	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	221-001-0002	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber.			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	221-001-0002	0720-0100	Ausstattung FöS Bad Salzdetfurth	110301-962		4.200,00 €	
B3-01-026 Ausstattung FöS Sarstedt							
	221-001-0004	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	221-001-0004	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			3.600,00 €	
	221-001-0004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	221-001-0004	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber.			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	221-001-0004	0720-0100	Ausstattung FöS Sarstedt	110301-960		3.600,00 €	
B3-01-027 Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth							
	218-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	218-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			103.100,00 €	
	218-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	218-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	218-001-0001	0720-0100	Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth	110301-959		13.100,00 €	
3-01	218-001-0001	0720-0100	Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth - Inventar	113301-001		90.000,00 €	
						103.100,00 €	
B3-01-028 Ausstattung KGS Gronau							
	218-001-0002	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	218-001-0002	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			19.100,00 €	
	218-001-0002	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	218-001-0002	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	218-001-0002	0720-0100	Ausstattung KGS Gronau	110301-958		19.100,00 €	
B3-01-029 Ausstattung Berufsbildende Schulen Alfeld							
	231-001-0001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			110.300,00 €	
	231-001-0001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0001	0720-0100	Ausstattung Berufsbildende Schulen Alfeld	110301-002		74.300,00 €	
3-01	231-001-0001	0720-0100	BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum	124301-001		36.000,00 €	
						110.300,00 €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B3-01-030 Ausstattung Werner-von-Siemens-Schule Hildesheim							
	231-001-0002	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0002	0610-0100	Zugang Fahrzeuge			- €	
	231-001-0002	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			362.100,00 €	
	231-001-0002	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0002	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0002	0720-0100	Ausstattung Werner-von-Siemens-Schule Hildesheim	110301-003		82.100,00 €	
3-01	231-001-0002	0720-0100	BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine	124301-002		280.000,00 €	
						362.100,00 €	
B3-01-031 Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim							
	231-001-0003	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0003	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			75.000,00 €	
	231-001-0003	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0003	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0003	0720-0100	Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim	110301-004		75.000,00 €	
B3-01-032 Ausstattung Friedrich-List-Schule Hildesheim							
	231-001-0004	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0004	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			64.300,00 €	
	231-001-0004	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0004	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0004	0720-0100	Ausstattung Friedrich-List-Schule Hildesheim	110301-005		64.300,00 €	
B3-01-033 Ausstattung Herman-Nohl-Schule							
	231-001-0005	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0005	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			48.800,00 €	
	231-001-0005	2111-7100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. u. -zuschüssen v. priv. Unt.			- €	
	231-001-0005	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0005	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0005	0720-0100	Ausstattung Herman-Nohl-Schule	110301-057		48.800,00 €	
B3-01-034 Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim							
	231-001-0006	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	231-001-0006	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			66.000,00 €	
	231-001-0006	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	231-001-0006	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	231-001-0006	0720-0100	Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim	110301-006		66.000,00 €	
B3-01-035 Ausstattung für Schulen							
	243-001	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	243-001	0042-0100	Zug. Gel. Inv.-zuweisungen u. -zuschüsse Gemeinden			- €	
	243-001	0048-0100	Zug. Gel. Inv.-zuweisungen u. -zuschüsse übr. Bereiche			200.000,00 €	
	243-001	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			2.205.000,00 €	
	243-001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	243-001	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
	243-001	2111-8200	Ab. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
						2.405.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	243-001	0048-0100	Schulbiolog. Zentrum (1/2 LK + Stadt)	122301-001		200.000,00 €	
3-01	243-001	0720-0100	Digitalisierung Schulen - Ausstattung -	120301-006		2.000.000,00 €	
3-01	243-001	0720-0100	Erstausrüstung Schulcontainer	123301-005		20.000,00 €	
3-01	243-001	0720-0100	Ausstattung NTW Fachräume	116301-002		160.000,00 €	
3-01	243-001	0720-0100	Schulmensen - Ausstattung	119301-001		15.000,00 €	
3-01	243-001	0720-0100	Inklusive Schulen - Ausstattung -	116301-001		10.000,00 €	
						2.405.000,00 €	
B3-01-036 Ausstattung Kreismedienzentrum							
	216-001-0010	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	243-001-0003	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			18.800,00 €	
	243-001-0003	2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Gem.			- €	
	243-001-0003	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	243-001-0003	0720-0100	Ausstattung Kreismedienzentrum	110301-956		18.800,00 €	
B3-01-038 Ausstattung Oberschule Bockenem							
	216-001-0010	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0010	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			8.500,00 €	
	216-001-0010	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	216-001-0010	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0010	0720-0100	Ausstattung Oberschule Bockenem	112301-950		8.500,00 €	
B3-01-039 Ausstattung Oberschule Lamspringe							
	216-001-0008	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0008	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			5.100,00 €	
	216-001-0008	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	216-001-0008	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0008	0720-0100	Ausstattung Oberschule Lamspringe	112301-951		5.100,00 €	
B3-01-040 Ausstattung Oberschule Sarstedt							
	216-001-0009	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
	216-001-0009	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			6.000,00 €	
	216-001-0009	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
	216-001-0009	2111-8100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. + -zuschüssen v. übr. Ber. (u.a. EU)			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-01	216-001-0009	0720-0100	Ausstattung Oberschule Sarstedt	112301-952		6.000,00 €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B3-01/B3-04-001 Ausstattung Hausmeister an Schulen							
3-01 / 3-04		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B3-02-001 Ausstattung Amt 302							
3-02		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
3-02		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B3-04-001 Baukosten							
3-04		0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			7.500.000,00 €	
3-04		0231-0100	Zugang Grund u. Boden mit Schulen			1.500.000,00 €	
3-04		0232-0100	Zugang Gebäude und Aufbauten bei Schulen			- €	
3-04		0291-0100	Zu.GuB.m.sonst.Dienst-/Geschäfts-/Betriebsgeb.			- €	
3-04		0292-0100	Zu. Geb. u. Aufb. b. sonst. Dst-/Geschäfts-/Betr.			- €	
3-04		0350-0100	Zu. Straßen/Wege/Plätze/Verkehrsmittelanl.			- €	
3-04		0390-0100	Zu. Sonst. Bauten des Infrastrukturvermögens			- €	
3-04		0710-0100	Zugang Betriebsvorrichtungen			- €	
3-04		0960-1010	Zugänge Anlagen im Bau (Hochbaumaßnahmen)			7.590.000,00 €	
3-04		0960-1040	Zu.Anlagen im Bau (Kl Neu-/Umbau Schul-Infrastr.)			- €	
3-04		0960-1070	Zu.Anlagen im Bau (Kl Sonstige Infrastruktur)			- €	
3-04		2111-0100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Bund			- €	
3-04		2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- 2.928.000,00 €	
3-04		2111-1100	Zu. SoPo a. Investition.v.L.(Kl Neu/Umbau Schul-in)			- €	
3-04		2111-1190	Zu. SoPo a. Investition.v.L.(Kl Sonstiges Inf.r.)			- €	
3-04		2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Gem.			- €	
3-04		2111-2700	Zu. SoPo a. Investition. v. Gem. (Kl Sonst. Infra)			- €	
3-04		2111-0100	Zugang erhaltene Anzahlungen auf SoPo vom Bund			- €	
3-04		2152-1100	Zugang erhaltene Anzahlungen auf SoPo vom Land			- €	
						13.662.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-04	216-002	0042-0100	Inv.-zuschuss Stadt Hi. f. weiterfüh. Schulen	116304-019		7.500.000,00 €	
3-04	231-002-2802	0231-0100	Hi, vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen	123301-002		1.500.000,00 €	
3-04	231-002	0960-1010	Hildesheim Umgestaltung BBS	123304-003		4.000.000,00 €	
3-04	217-002-3903	0960-1010	Sarstedt, Gymnasium - Neubau -	118304-005		100.000,00 €	
3-04	216-002	0960-1010	Photovoltaikanlagen	119304-009		250.000,00 €	
3-04	216-002-3503	0960-1010	Nordstemmen OBS - Umsetz.Brandschutzk. -	115304-004		300.000,00 €	
3-04	216-002	0960-1010	Massnahmenübergreifende Planungsmittel	121304-001		150.000,00 €	
3-04	218-002-1603	0960-1010	KIP II Bad Salzdettfurth IGS-Baukosten	110304-016		800.000,00 €	
3-04	216-002-2543	0960-1010	KIP II HarsumOBS-Sporthalle- Kernsa n. Nebenräume	118304-008		90.000,00 €	
3-04	231-002-3003	0960-1010	Hi, FS Holztechnik - Energ. Sanierung	123304-006		300.000,00 €	
3-04	126-002-6503	0960-1010	Groß Dungen FTZ-Grundwasserbrunnen/Speicherbecken	119304-004		150.000,00 €	
3-04	126-002-6503	0960-1010	Groß Dungen FTZ Energetische Sanierung	124304-001		200.000,00 €	
3-04	126-002-6503	0960-1010	Bad Salzdettfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle	122304-004		100.000,00 €	
3-04	218-002-1603	0960-1010	Bad Salzdettfurth IGS - Ausseranlagen	115304-001		900.000,00 €	
3-04	215-002-1203	0960-1010	Alfeld, RS Erweiterung	124304-002		250.000,00 €	
3-04	217-002-3103	0960-0100	Hi Michelsenschule-Erweiterung (VE 2026)	119304-006	119304-006	-	16.000.000,00 €
3-04	218-002-1603	0960-1010	KIP II Bad Salzdettfurth IGS-Baukosten	110304-016		- 1.500.000,00 €	
3-04	216-002-2543	0960-1010	KIP II HarsumOBS-Sporthalle- Kernsa n. Nebenräume	118304-008		- 1.428.000,00 €	
						13.662.000,00 €	
B3-04-002 Betriebs- und Geschäftsausstattung FD 304							
3-04		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			68.300,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-04	111-009-0201	0720-0100	Ausstattung Reinigung	110304-999		15.000,00 €	
3-04	216-002	0720-0100	Technische Ausstattung Hausmeister	111304-023		33.300,00 €	
3-04	111-009	0720-0100	Hi, Kreishaus, Ausstattung Besprech-Fraktions-Räum	123304-003		20.000,00 €	
						68.300,00 €	
B3-04-007 Betriebsvorrichtungen							
	111-009-0303	0710-0100	Zugang Betriebsvorrichtungen			- €	
B3-04-008 DV-Software Auftragsmanagement							
	111-009-0202	0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
B3-04-010 Erwerb FTZ							
3-04		0252-0100	Zu.Geb.u.Aufb.b.Brands., Rett.d.u.Katastrophens.a.n.			- €	
B3-04-019 Tiefbau-Budget Kreisstraßen							
	542	0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			300.000,00 €	
	542	0310-0100	Zugang GuB des Infrastrukturvermögens			20.000,00 €	
	542	0310-0400	Zugang GVFG GuB des Infrastrukturvermögens			- €	
	542	0320-0100	Zugang Brücken und Tunnel			- €	
	542	0320-0400	Zugang GVFG Brücken und Tunnel			- €	
	542	0350-0100	Zu. Straßen/Wege/Plätze/Verkehrsmittelanl.			- €	
	542	0350-0400	Zu. GVFG Straßen/Wege/Plätze/Verkehrsmittelanl.			- €	
	542	0960-2100	Zugänge Anlagen im Bau (Tiefbaumaßnahmen)			4.000.000,00 €	
	542	0960-3100	Zugänge Anlagen im Bau (GVFG-Maßnahmen)			4.096.000,00 €	
	542	0960-4100	Zugänge Anlagen im Bau (Radwegebauprogramm)			920.000,00 €	
	542	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
	542	2111-1040	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. v. Land (GVFG)			- 2.238.500,00 €	
	542	2152-1100	Zugang erhaltene Anzahlungen auf SoPo vom Land			- €	
						7.097.500,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
3-04	542-001-0002	0042-0100	Zuweisung K 515 Bahnübergang Sarstedt	115304-204		300.000,00 €	
3-04	542-001-0006	0310-0100	Grunderwerb Eigenmittel	113304-604		20.000,00 €	
3-04	542-001-0006	0960-2100	Um- / Ausbau Kreisstraßen (Eigenmittel)	110304-695		1.820.000,00 €	
3-04	542-001-0006	0960-2100	Deckenprogramm (Eigenmittel)	112304-601		1.500.000,00 €	
3-04	542-001-0006	0960-2100	Planungskosten Kreisstraßen (Eigenmittel)	110304-698		680.000,00 €	
3-04	542-001-0006	0960-3100	GVFG - K 516 Knotenpunkt Sarstedt Breslauer Str. /	117304-617		100.000,00 €	
3-04	542-001-0002	0960-3100	GVFG - K 215 Dingelbe - Nettlingen	111304-202		600.000,00 €	
3-04	542-001-0002	0960-3100	GVFG Zuweisung K 323 OD Eysershausen	119304-203		750.000,00 €	
3-04	542-001-0002	0960-3100	GVFG - K 402 Alfeld - Föhrste	116304-207		800.000,00 €	
3-04	542-001-0002	0960-3100	GVFG - Zuweisung K 522 Brücke Stichkanal	110304-229		1.846.000,00 €	
3-04	542-001-0003	0960-4100	Planungskosten Radwege (Eigenmittel)	117304-302		300.000,00 €	
3-04	542-001-0004	0960-4100	GVFG - Radwegebauprogramm	110304-453		620.000,00 €	
3-04	542-001-0002	2111-1040	GVFG - Zuweisung K 522 Brücke Stichkanal	110304-229		- 550.000,00 €	
3-04	542-001-0004	2111-1040	GVFG - Zuweisung Radwegebauprogramm	110304-453		- 341.000,00 €	
3-04	542-001-0002	2111-1040	GVFG Zuweisung K 215 Dingelbe - Nettlingen	111304-202		- 330.000,00 €	
3-04	542-001-0002	2111-1040	GVFG Zuweisung K 321 OD Westfeld - L 482	114304-205		- 110.000,00 €	
3-04	542-001-0002	2111-1040	GVFG Zuweisung K 402 Alfeld - Föhrste	116304-207		- 440.000,00 €	
3-04	542-001-0006	2111-1040	GVFG-K516 Zuw.Knotenp.Sarstedt Breslauer/Görlitzer	117304-617		- 55.000,00 €	
3-04	542-001-0002	2111-1040	GVFG Zuweisung K 323 OD Eysershausen	119304-203		- 412.500,00 €	
						7.097.500,00 €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B4-00-001 Ausstattung Dezernat 4							
4-00		0025-0100	Zugang DV-Software			4.500,00 €	
4-00		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-00	363-002	0025-0100	Lizenz Dezernat 4 - für Integrierte Berichterst.	I24400-001		4.500,00 €	
B4-02-001 Ausstattung 402							
4-02		0025-0100	Zugang DV-Software			25.000,00 €	
4-02		0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
4-02		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			20.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-02	314-901	0025-0100	Einrichtung Schnittstelle Lämmkomm Lissa - OZG	I22402-001		25.000,00 €	
4-02	314-901	0720-0100	Ausstattung techn. Umsetzung e-Akte (Scanner pp.)	I24402-001		20.000,00 €	
45.000,00 €							
B4-03-001 Ausstattung 403							
4-03		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
4-03		0047-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse priv.Untern.			50.000,00 €	
4-03		0048-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			- €	
4-03		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
4-03		2111-6100	Zu. SoPo a. Inv.-zuw. u. -zuschüssen v. s.ö.S.R.			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-03	315-601-0002	0047-0100	Zuschuss Michealis-Hospiz	I24403-001		50.000,00 €	
B4-06-001 Ausstattung 406							
4-06		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
4-06		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B4-07-001 Ausstattung FD 407							
4-07		0025-0100	Zugang DV-Software			21.000,00 €	
4-07		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-07	363-007	0025-0100	2 Lizenzen KDO-Software Beistandschaften+Vormundsc	I15407-003		4.000,00 €	
4-07	363-008	0025-0100	7LizenzenElterngeldDigital+Krankenkassenmodul ein	I12407-001		17.000,00 €	
21.000,00 €							
B4-07-002 KiTa-Förderung							
4-07	365-001	0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			6.245.000,00 €	6.525.100,00 €
4-07	365-001	0048-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			2.255.000,00 €	1.900.000,00 €
4-07	365-001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
8.500.000,00 € 8.425.100,00 €							
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-07	365-001	0042-0100	Zuweisung für Kita an Gemeinden (VE 2025)	I17407-001	V174074-001	5.470.000,00 €	5.872.600,00 €
4-07	365-001	0042-0100	Zuweisung für Kita an Gemeinden (Ausstattung) (VE 2025)	I17407-007	V174074-007	775.000,00 €	652.500,00 €
4-07	365-001	0048-0100	Zuschuss für Kita an freie Träger (VE 2025)	I17407-002	V174074-002	2.030.000,00 €	1.710.000,00 €
4-07	365-001	0048-0100	Zuschuss für Kita an freie Träger (Ausstattung) (VE 2025)	I17407-008	V174074-008	225.000,00 €	190.000,00 €
8.500.000,00 € 8.425.100,00 €							
B4-07-005 Förderung von Jugendheimen/-arbeit B4-07-05 / B4-07-006 in Budgetebene B4-07-005 Jugend- und Sportförderung							
4-07	362-001	0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			51.000,00 €	
4-07	362-001	0048-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			9.000,00 €	
4-07	362-001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u. -zusch. v. Land			- €	
60.000,00 €							
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-07	362-001	0042-0100	Zuweisung für Jugendheime an Gemeinden	I17407-003		37.000,00 €	
4-07	362-001	0042-0100	Zuw. f. Jugendarbeit an Gemeinden (Ausstattung)	I17407-009		14.000,00 €	
4-07	362-001	0048-0100	Zuschuss für Jugendheime an freie Träger	I17407-006		6.000,00 €	
4-07	362-001	0048-0100	Zusch.f.Jugendh./Jugendarb.a.fr.Träger (Ausst.)	I17407-010		3.000,00 €	
60.000,00 €							
B4-07-006 Sportförderung B4-07-05 / B4-07-006 in Budgetebene B4-07-005 Jugend- und Sportförderung							
4-07	421-001	0042-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			60.000,00 €	
4-07	421-001	0048-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche			12.000,00 €	
72.000,00 €							
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-07	421-001	0042-0100	Zuweisung für Sportförderung an Gemeinden	I17407-004		60.000,00 €	
4-07	421-001	0048-0100	Zuschuss für Sportförderung an freie Träger	I17407-005		12.000,00 €	
72.000,00 €							
B4-07-007 Betriebskrippe							
4-07	111-031	0292-0100	Zu. Geb. u. Aufb. b. sonst. Dst-/Geschäfts-/Betr.			1.079.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-07	111-031	0292-0100	Errichtung Betriebskrippe im Kreishaus Hildesheim	I24407-001		1.079.000,00 €	
B4-09-001 Ausstattung 409							
4-09		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
4-09		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			46.000,00 €	
46.000,00 €							
Ansätze nach Haushaltsplan							
4-09	414-004	0720-0100	Zahnrztstuhl	I13409-003		40.000,00 €	
4-09	414-003	0720-0100	Sehstestgerät	I10409-999		6.000,00 €	
46.000,00 €							
B9-00-001 Ausstattung Dezernat I - Landrat -							
9-00		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
9-00		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-02-001 Ausstattung 902 -Gleichstellungsstelle-							
9-02		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	

Kostenstelle	Kostenträger	Konto	Beschreibung	Invest.-Nr.	VE-Nr.	Ansatz	VE
B9-04-001 Ausstattung 904 - Landrätebüro -							
9-04		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
9-04		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-06-001 Ausstattung 906 -RPA-							
9-06		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
9-06		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-07-001 Ausstattung 907 -Personalrat-							
9-07		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-08-001 Ausstattung 908 -Rechtsamt-							
9-08		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-09-001 ÖPNV-Förderung							
9-09	547-001	0042-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
9-09	547-001	0045-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse verb.Untern.			- €	
9-09	547-001	0047-0101	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse priv.Untern.			- €	
9-09	547-001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
9-09	547-001	2152-1100	Zugang erhaltene Anzahllungen auf SoPo vom Land			- €	
B9-09-002 Inv.-Förderung regionaler Projekte							
9-09	511-002	0042-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
9-09	511-002	0043-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Zweckverb.			- €	
9-09	511-002	0044-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse sonst. öff. B.			- €	
9-09	511-002	0045-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse verb.Untern.			- €	
9-09	511-002	0046-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse sonst. öff. SR			- €	
9-09	511-002	0047-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse priv.Untern.			- €	
9-09	511-002	0048-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr. Bereiche			- €	
B9-09-004 Ausstattung 909 Kreisentwicklung und Infrastruktur							
	111-023	0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-09-006 Breitbandausbau							
9-09	536-001	0047-0400	Zug.Gel.Jnv.-zuw.u.-zusch.priv.Untern.-Breitband-			- €	
9-09	536-001	2111-0100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Bund			- €	
9-09	536-001	2111-1010	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Land			- €	
9-09	536-001	2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Gem.			- €	
B9-09-007 Regionales Entwicklungskonzept							
9-09	511-003	0042-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Gemeinden			- €	
9-09	511-003	0043-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Zweckverb.			- €	
9-09	511-003	0044-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse sonst. öff. B.			- €	
9-09	511-003	0045-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse verb.Untern.			- €	
9-09	511-003	0046-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse sonst. öff. SR			- €	
9-09	511-003	0047-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse priv.Untern.			- €	
9-09	511-003	0048-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr. Bereiche			- €	
B9-10-003 Ausstattung Amt 910 - Kommunalaufsicht -							
9-10		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
9-10		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
B9-13-001 Ausstattung 913 -Migration und Integration-							
9-13		0025-0100	Zugang DV-Software			38.000,00 €	
9-13		0620-0100	Zugang Maschinen und technische Anlage			- €	
9-13		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			2.000,00 €	
						40.000,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
9-13	122-003	0025-0100	Software Xausländer (Ausgleichszahl. Unterlizenzier	I21913-001		8.000,00 €	
9-13	122-003	0025-0100	Spezialsoftware OZG Aufenthaltstitel Efa Nachnutz	I21913-001		30.000,00 €	
9-13	122-003	0620-0100	KomdruckIDP (Ink-Dokument-Printer)	I19913-001		2.000,00 €	
B9-20-001 Ausstattung Dezernat II							
9-10		0025-0100	Zugang DV-Software			- €	
9-10		0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung			- €	
BZHH-003 Darlehensgewährung an Beteiligungen							
ZHH		1315-0031	Zug. Ausleih. verb.Untern/Beteil/Sond.verm. >5Jahre			- €	
BZHH-004 Optimierung des Beteiligungsvermögens							
ZHH		1013-9100	Zugänge Sonstige Anteilsrechte (verbundene Unternehmen)			- €	
ZHH		1013-9200	Abgänge Sonstige Anteilsrechte (verbundene Unternehmen)			- €	
ZHH		1113-0100	Zugänge Sonstige Anteilsrechte (Beteiligungen)			- €	
ZHH		1113-0200	Abgänge Sonstige Anteilsrechte (Beteiligungen)			- €	
BZHH-005 Zuweisung an TFN							
ZHH		0045-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse verb.Untern.			51.200,00 €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
ZHH	261-001	0045-0100	Zuweisung an Theater für Niedersachsen	I10106-003		51.200,00 €	
BZZH-007 KHG-Umlage K-träger 411							
	411-001	0041-0100	Zug.Gel.Jnv.-zuweisungen u.-zuschüsse Land			4.800.000,00 €	
	411-001	2111-2100	Zu. SoPo a. Investitionszuwend. u.-zusch. v. Gem.			- €	
Ansätze nach Haushaltsplan							
ZHH	411-001	0041-0100	Umlage nach dem Krankenhaufinanzierungsgesetz	I10106-001		4.800.000,00 €	

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich
fällig werdenden Auszahlungen
(Muster 9)

Übersicht gem. § 1 Abs. 2 Nr. 5 KomHKVO

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres ¹⁾	Voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen ^{2) 3)}			
	2024 -Euro-	2025 -Euro-	2026 -Euro-	2027 -Euro-
1	2	3	4	5
2020				
2021	1.100.000	42.860.000		0
2022	1.715.000	160.000		0
2023 ⁴⁾	12.525.100 ⁴⁾	⁴⁾		0
2024		13.735.100	16.850.000 ⁴⁾	
Insgesamt	15.340.100	56.755.100	16.850.000	0
Nachrichtlich: in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit		92.045.000	60.333.000	46.081.000

¹⁾ In Spalte 1 sind das Haushaltsjahr und alle früheren Jahre auszuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme noch Auszahlungen fällig werden.

²⁾ In Spalte 2 ist das Haushaltsjahr, in den Spalten 3 bis 5 die sich anschließenden Jahre einzusetzen.

³⁾ Werden Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen in Jahren fällig, auf die sich die mittelfristige Finanzplanung noch nicht erstreckt, so sind weitere Kopfspalten in die Übersicht aufzunehmen und die voraussichtlichen Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit in diesen Jahren gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 5 zweiter Halbsatz KomHKVO besonders dazustellen.

⁴⁾ je 8 Mio. € im Haushaltsplan 2023 für 2024 und 2025 wurden im Haushaltsplan 2024 nach 2026 in Höhe von 16 Mio. € verschoben

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden

(Muster 10)

Übersicht gem. § 1 Abs. 2 Nr. 6 KomHKVO

Art der Schulden	Stand zu Beginn des VorjahreS (01.01.2023) - Euro -	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres (01.01.2024) - Euro -
1. Geldschulden aus		
1.1 Anleihen		
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit	175.302.415,47	172.685.490,89
1.3 Liquiditätskrediten	0,00	0,00
1.4 sonstigen Geldschulden		
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
4. Transferverbindlichkeiten		
5. Sonstige Verbindlichkeiten		
Schulden insgesamt	175.302.415,47	172.685.490,89

Sperrvermerke 2024

Ergebnishaushalt

Teilhaushalt I

Ergebnisgliederungscode 02.07 sonstige ordentliche Aufwendungen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4431-0049	Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	4-09	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF* (Amt 409)	50.000 €

Evaluation PIAF

Die Haushaltsmittel für die Evaluation von PIAF werden in Höhe von 50.000 € ins Haushaltsjahr 2024 übertragen. Eine Freigabe erfolgt auf Empfehlung des zuständigen Fachausschusses und durch den Kreisausschuss.

Teilhaushalt 3

Ergebnisgliederungscode 02.06 Transferaufwendungen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20). Vermögensgegenst	3-01	243-001 Sonstige schulische Aufgaben	50.000 €

Fachkräftemanagement

Für das Haushaltsjahr 2024 werden 50.000 € für die Unterstützung der Struktur der regionalen Beschäftigungsförderung - Schwerpunkt: Fachkräftemanagement - mit einem Sperrvermerk eingestellt.
Die bei der Stadt Hildesheim verantwortliche Person berichtet erstmalig im II.Quartal 2024 im zuständigen Fachausschuss über den Sachstand des Projektes.
Die Haushaltsmittel werden anschließend, ggfs. auch anteilig, nach Empfehlung des Fachausschusses vom Kreisausschuss zur Auszahlung an die Stadt Hildesheim frei gegeben.

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4318-0009	Zuschuss für Biol. Schulgärten	3-01	243-001-0004	20.000 €

Umweltbildung im Schulbiologiezentrum

Das Schulbiologiezentrum erarbeitet ein Konzept für ein Bildungsangebot für Kitas mit dem Schwerpunkt Umweltbildung und stellt dies dem zuständigen Fachausschuss vor.
Im Haushalt 2024 werden 20.000 € mit einem Sperrvermerk eingestellt. Die Freigabe erfolgt nach Vorlage und Beratung des Konzeptes im Fachausschuss und Empfehlung durch den Kreisausschuss.

Teilhaushalt 4

Ergebnisgliederungscode 02.06 Transferaufwendungen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	9-13	111-027 Integration und Demokratie	100.000 €

Flüchtlingssozialarbeit

Es werden zusätzlich 100.000 Euro für die Betreuung von Flüchtlingen in den Haushalt 2024 eingestellt. Diese Mittel stehen für die Kommunen ohne Großunterkünfte - unter 50 Personen - zur Verfügung. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu ein Konzept zu erarbeiten. Über die Freigabe und Verwendung, der Mittel entscheidet der Kreisausschuss nach Beratung und Empfehlung im zuständigen Fachausschuss.

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4312-0010	Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	9-13	111-027 Integration und Demokratie	60.000 €

Stadtteileltern

Das seit 2017 in Kooperation von der Stadt Hildesheim, dem Jobcenter, der JohanneshofStiftung, dem Asyl e.V. und dem AWO Kreisverband Hildesheim-Alfeld existierende Projekt "Stadtteilmütter und Stadtteilväter" wird unterstützt. Hierfür werden 60.000 € im Haushalt 2024 eingestellt und eine entsprechende Vereinbarung zur Ausweitung des Projektes außerhalb der Stadt Hildesheim abgeschlossen. Über die Freigabe und Verwendung, der Mittel entscheidet der Kreisausschuss nach Beratung und Empfehlung im zuständigen Fachausschuss.

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4318-0000	Zuschüsse an übrige Bereiche	9-13	111-027 Integration und Demokratie	250.000 €

Flüchtlingssozialarbeit

Es werden zusätzlich 250.000 Euro für die Ausgestaltung der Richtlinie über die Flüchtlingssozialarbeit in den Haushalt 2024 eingestellt. Über die Freigabe und Verwendung der Mittel entscheidet der Kreisausschuss nach Beratung und Empfehlung im

zuständigen Fachausschuss.

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4318-0013	Zuschüsse Frauen- u. Kinderschutzhhaus	4-03	315-601-0001 Frauen- und Kinderschutzhhaus	20.000 €

Frauenhaus Hildesheim

Für das Frauenhaus Hildesheim werden 20.000 € zusätzlich als gedeckelte Fehlbetragsfinanzierung im Haushalt 2024 bereitgestellt. Dieser Mittelantrag wird mit einem Sperrvermerk versehen. Nach Darlegung der Einnahmen und Spenden zum Jahresende im Fachausschuss und deren Empfehlung, wird im Kreisausschuss über die Höhe der Freigabe einer möglichen Fehlbetragsfinanzierung entschieden.

Ergebnisgliederungscode 02.07 sonstige ordentliche Aufwendungen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Sperre
4431-0045	Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	4-00	111-032 Sozialplanung	15.000 €

Gesundheitsregion Hildesheim

Der Landkreis Hildesheim tritt dem Projekt "Gesundheitsregion Niedersachsen" bei. Die Verwaltung wird beauftragt hierzu ein Konzept zu erstellen.

Für die Umsetzung wird im Stellenplan 2024 eine zusätzliche halbe Stelle — Entgeltgruppe 10 — eingestellt. Dieser wird mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Freigabe erfolgt durch den zuständigen Fachausschuss und dem Kreisausschuss.

Zudem werden 15.000 € für Sachkosten im HH 2024 zur Verfügung gestellt. Dieser wird mit einem Sperrvermerk versehen. Eine Freigabe erfolgt nach Vorstellung des Konzeptes durch den zuständigen Fachausschuss und dem Kreisausschuss.

Investitionshaushalt

Teilhaushalt II

Finanzgliederungscode 05.05 Aktivierbare Zuwendungen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Inv.-Nr.	Investitionsbezeichnung	Sperre
0048-0100	Zug.Gel.Inv.-zuweisungen u.-zuschüsse übr.Bereiche	2-03	122-004-0003 Tierschutz	I24203-002	Zuschuss Tierschutz Hi. u. Umg. e.V.	250.000 €

Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.

Für den geplanten Neubau des Tierschutzes Hildesheim und Umgebung e.V. wird ein Investitionskostenzuschuss für das Haushaltsjahr 2024 i.H. von 250.000 € und für das Haushaltsjahr 2025 i.H. von 200.000 € im Investitionshaushalt eingestellt. Die Haushaltsmittel werden zunächst mit einem Sperrvermerk versehen. Nach Vorlage des Investitionsplans, der Bauplanung und des Zeitplans können die Haushaltsmittel nach Empfehlung durch den zuständigen Fachausschuss durch den Kreisausschuss freigegeben werden.

Teilhaushalt 1

Finanzgliederungscode 05.03 Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Sachkonto	Bezeichnung	Kostenstelle	Kostenträger	Inv.-Nr.	Investitionsbezeichnung	Sperre
0025-0100	Zugang DV-Software	1-1Proj.	111-001-0012 Projekt Modernisierung der IT-Infrastrukturu	I241PROJ-1	Digitalisierung der Verwaltung	500.000 €
0720-0100	Zugang Betriebs- und Geschäftsausstattung	1-1Proj.	111-001-0012 Projekt Modernisierung der IT-Infrastrukturu	I241PROJ-1	Digitalisierung der Verwaltung	500.000 €

Digitalisierung

Für den Bereich der „Digitalisierung“ werden investive Haushaltsmittel i.H.v.1,0 Mio. € in den Haushalt 2024 eingestellt.

Diese Haushaltsmittel erhalten einen Sperrvermerk. Die Freigabe erfolgt nach Vorstellung eines entsprechenden Digitalisierungskonzeptes und entsprechender Empfehlung vom zuständigen Fachausschuss durch den Kreisausschuss.

Es wird verwaltungsseitig eine offene "Unter-AG Digitalisierung" installiert und betreut, an dem neben der Verwaltung (mind. Herr Gollnick, Herr Miehe und Herr Brinkop) auch alle interessierten Kreistagsabgeordneten teilnehmen können. Der „Unter-AG Digitalisierung“ soll dem Ausschuss für Finanzen, Personal, Digitalisierung und Innere Dienste zuarbeiten. Es sollen monatliche Sitzungen unter Beteiligung der Verwaltung durchgeführt werden.

Erläuterungen zu Positionen des Ergebnishaushaltes

In den Übersichten und bei den Produkten werden die Erträge und Aufwendungen in Ergebnisgliederungscodes zusammengefasst ausgewiesen. Diese werden zur besseren Nachvollziehbarkeit im Folgenden mit ihren wesentlichen Inhalten dargestellt:

Ordentliche Erträge

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	Jagdsteuer; Ausgleichsleistungen des Landes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
01.02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Schlüsselzuweisungen des Landes; Kreisumlage; Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke aus verschiedenen Bereichen; Ausgleichsleistungen des Bundes aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
01.03	Auflösungserträge aus Sonderposten	Empfangene Investitionszuweisungen für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als Sonderposten ausgewiesen und über die jeweilige Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst
01.04	sonstige Transfererträge	Kostenersätze (inkl. Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz, Ersatzleistung), die in den Sozialleistungsgesetzen vorgesehen sind, soweit sie den vollen oder teilweisen Ersatz einer sozialen Leistung darstellen und von privaten Personen oder Sozialleistungsträgern stammen; Rückzahlung gewährter Hilfen
01.05	öffentlich-rechtliche Entgelte	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, z.B. Kfz-Zulassung und Baugenehmigungen, Entgelte für die Sporthallenbenutzung
01.06	privatrechtliche Entgelte	Erträge aus Mieten, Pachten; Erträge aus nicht investiven Verkäufen
01.07	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Ersatz für Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeit, die eine Stelle für eine andere erbracht hat, z.B. Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit und des Landes Niedersachsen für z.B. für Wohngeld, Asylbewerberinnen/-bewerber und Förderung der Pflegeeinrichtungen; Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden,
01.08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	Zinserträge sowie Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
01.11	Sonstige ordentliche Erträge	Bußgelder; Säumniszuschläge; Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen

Ordentliche Aufwendungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
02.01	Personalaufwendungen	Dienstaufwendungen für Beamte und Angestellte, Beiträge zu Versorgungskassen, zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie Zuführung zu Personalrückstellungen
02.02	Versorgungsaufwendungen	Ruhegelder, Beihilfe und Rückstellungen für Versorgungsempfänger

02.03	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen; Unterhaltung des beweglichen Vermögens; Mieten und Pachten; Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen; Haltung von Fahrzeugen, Aufwendungen für Dienstleistungen von Dritten
02.04	Abschreibungen	Wertmäßige Erfassung der Abnutzung von immateriellem Vermögen (geleistete Investitionszuwendungen, DV-Software), Infrastrukturvermögen (Straßen, Brücken, etc.), Maschinen und technischen Anlagen, Fahrzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
02.05	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen für Investitions- und Liquiditätskredite
02.06	Transferaufwendungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden (z.B. für Kindertagesstätten), Vereine und Verbände; Aufwendungen für Sozial- und Jugendhilfeleistungen
02.07	sonstige ordentliche Aufwendungen	Schülerbeförderung, Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen (z.B. Finanzvertrag Stadt Hildesheim), Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (z.B. Leistungen für Unterkunft und Heizung); Versicherungen, Geschäftsaufwendungen, Sachverständigen- und Gerichtskosten

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
04.01	außerordentliche Erträge	Aufwendungen und Erträge, die auf unvorhersehbaren, seltenen oder ungewöhnlichen Vorgängen beruhen (z.B. Hochwasser, Feuer); Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge (Gewinne) und Aufwendungen (Verluste) aus Vermögensveräußerungen
04.02	außerordentliche Aufwendungen	

Interne Leistungsbeziehungen

Nr.	Bezeichnung	Erläuterung
08.01	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	Interne Abrechnung der EDV-Leistungen des Amtes 102 mit den Ämtern
08.02	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	

Kontenplan für "Sonstige durchlaufende Posten (Verwahrgelder)"

Konto	Name
2729-0010	Kommunaler Schadensausgleich (FD 101)
2729-0011	Zugang Kommunaler Schadensausgleich (Einz.)
2729-0012	Abgang Kommunaler Schadensausgleich (Ausz.)
2729-0020	Gleichstellungstelle (OE 902)
2729-0021	Zugang Gleichstellungstelle (Einz.)
2729-0022	Abgang Gleichstellungstelle (Ausz.)
2729-0030	Zusatzversicherung
2729-0031	Zugang Zusatzversicherung (Einz.)
2729-0032	Abgang Zusatzversicherung (Ausz.)
2729-0040	Privatabzüge
2729-0041	Zugang Privatabzüge (Einz.)
2729-0042	Abgang Privatabzüge (Ausz.)
2729-0050	Pfändungen, Abtretungen
2729-0051	Zugang Pfändungen, Abtretungen (Einz.)
2729-0052	Abgang Pfändungen, Abtretungen (Ausz.)
2729-0060	3. Vermögensbildungsgesetz (VermBG)
2729-0061	Zugang 3.Vermögensbildungsgesetz (VermBG) (Einz.)
2729-0062	Abgang 3.Vermögensbildungsgesetz (VermBG) (Ausz.)
2729-0070	Verwahrgelder FD 204
2729-0071	Zugang Verwahrgelder FD 204 (Einz.)
2729-0072	Abgang Verwahrgelder FD 204 (Ausz.)
2729-0080	Abwasserabgaben (FD 303)
2729-0081	Zugang Abwasserabgaben (Einz.)
2729-0082	Abgang Abwasserabgaben (Ausz.)
2729-0090	Wasserentnahmegebühren (FD 303)
2729-0091	Zugang Wasserentnahmegebühren (Einz.)
2729-0092	Abgang Wasserentnahmegebühren (Ausz.)
2729-0100	Gebühren des KBA (FD 206)
2729-0101	Zugang Gebühren des KBA (Einz.)
2729-0102	Abgang Gebühren des KBA (Ausz.)
2729-0110	KBA-Gebühren der Fahrerlaubnisstelle (FD 206)
2729-0111	Zugang KBA-Gebühren Fahrerlaubnisstelle (Einz.)
2729-0112	Abgang KBA-Gebühren Fahrerlaubnisstelle (Ausz.)
2729-0120	SB Mittel Bundeskasse
2729-0121	Zugang SB Mittel Bundeskasse (Einz.)
2729-0122	Abgang SB Mittel Bundeskasse (Ausz.)
2729-0130	Erstattungsbeträge nach dem BAFöG (FD 301)
2729-0131	Zugang Erstattungsbeträge nach dem BAFöG (Einz.)
2729-0132	Abgang Erstattungsbeträge nach dem BAFöG (Ausz.)
2729-0140	Spenden u.ä. Werner-von-Siemens-Schule (FD 301)
2729-0141	Zugang Spenden u.ä. Werner v. Siemens Schule Einz.
2729-0142	Abgang Spenden u.ä. Werner v. Siemens Schule Ausz.
2729-0150	Pfandgelder W. Grop. Schule (FD 301)
2729-0151	Zugang Pfandgelder W. Grop. Schule (Einz.)
2729-0152	Abgang Pfandgelder W. Grop. Schule (Ausz.)
2729-0160	Beistandschaften, Dauer-AO (FD 407)
2729-0161	Zugang Beistandschaften, Dauer-AO (Einz.)
2729-0162	Abgang Beistandschaften, Dauer-AO (Ausz.)
2729-0170	Verwahrgelder FD 404
2729-0171	Zugang Verwahrgelder FD 404 (Einz.)
2729-0172	Abgang Verwahrgelder FD 404 (Ausz.)
2729-0180	Verwahrgelder Jugendförderung und Sport (FD 405)
2729-0181	Zugang Verwahrgelder Jugendförd. und Sport (Einz.)
2729-0182	Abgang Verwahrgelder Jugendförd. und Sport (Ausz.)
2729-0190	Erstattungen nach dem USG
2729-0191	Zugang Erstattungen nach dem USG (Einz.)
2729-0192	Abgang Erstattungen nach dem USG (Ausz.)
2729-0200	Erziehungsgeld / Elterngeld / Betreuungsgeld
2729-0201	Zugang ErzGeld / Elterngeld / BetrGeld (Einz.)
2729-0202	Abgang ErzGeld / Elterngeld / BetrGeld (Ausz.)
2729-0210	Ausgleichszahlungen nach dem NWoFG
2729-0211	Zugang Ausgleichszahlungen n. d. NWoFG (Einz.)
2729-0212	Abgang Ausgleichszahlungen n. d. NWoFG (Ausz.)
2729-0220	Verwahrgelder Pauschalbeträge Kriegsgräber FD 302
2729-0221	Zugang Pausch.beträge Kriegsgräber FD 302 (Einz.)
2729-0222	Abgang Pausch.beträge Kriegsgräber FD 302 (Ausz.)
2729-0230	Finanzausgleich an die Gemeinden (FD 106)

Konto	Name
2729-0231	Zugang Finanzausgleich an die Gemeinden (Einz.)
2729-0232	Abgang Finanzausgleich an die Gemeinden (Ausz.)
2729-0240	Sicherheitsleistungen FD 304
2729-0241	Zugang Sicherheitsleistungen FD 304 (Einz.)
2729-0242	Abgang Sicherheitsleistungen FD 304 (Ausz.)
2729-0250	Vollstreckungsstelle (FD 106)
2729-0251	Zugang Vollstreckungsstelle (Einz.)
2729-0252	Abgang Vollstreckungsstelle (Ausz.)
2729-0260	Vollstreckung für Gemeinden (FD 106)
2729-0261	Zugang Vollstreckung für Gemeinden (Einz.)
2729-0262	Abgang Vollstreckung für Gemeinden (Ausz.)
2729-0270	Vollstreckung für Dritte (FD 106)
2729-0271	Zugang Vollstreckung für Dritte (Einz.)
2729-0272	Abgang Vollstreckung für Dritte (Ausz.)
2729-0280	Vollstreckung für GEZ (FD 106)
2729-0281	Zugang Vollstreckung für GEZ (Einz.)
2729-0282	Abgang Vollstreckung für GEZ (Ausz.)
2729-0290	Investitionspauschale NZulnvG
2729-0291	Zugang Investitionspauschale NZulnvG (Einz.)
2729-0292	Abgang Investitionspauschale NZulnvG (Ausz.)
2729-0300	Sicherheitsleistungen 208
2729-0301	Zugang Sicherheitsleistungen 208 (Einz.)
2729-0302	Abgang Sicherheitsleistungen 208 (Ausz.)
2729-0310	Durchlaufende Gelder FD 106
2729-0311	Zugang durchlaufende Gelder FD 106 (Einz.)
2729-0312	Abgang Durchlaufende Gelder FD 106 (Ausz.)
2729-0320	Allg. Verwahrgelder Dezernat 1
2729-0321	Zugang Allg. Verwahrgelder Dezernat 1 (Einz.)
2729-0322	Abgang Allg. Verwahrgelder Dezernat 1 (Ausz.)
2729-0330	Allg. Verwahrgelder Dezernat 2
2729-0331	Zugang Allg. Verwahrgelder Dezernat 2 (Einz.)
2729-0332	Abgang Allg. Verwahrgelder Dezernat 2 (Ausz.)
2729-0340	Allg. Verwahrgelder Dezernat 3
2729-0341	Zugang Allg. Verwahrgelder Dezernat 3 (Einz.)
2729-0342	Abgang Allg. Verwahrgelder Dezernat 3 (Ausz.)
2729-0350	Allg. Verwahrgelder Dezernat 4
2729-0351	Zugang Allg. Verwahrgelder Dezernat 4 (Einz.)
2729-0352	Abgang Allg. Verwahrgelder Dezernat 4 (Ausz.)
2729-0360	Allg. Verwahrgelder OE
2729-0361	Zugang Allg. Verwahrgelder OE (Einz.)
2729-0362	Abgang Allg. Verwahrgelder OE (Ausz.)
2729-0370	Miete Dienstwohnungen (FD 304)
2729-0371	Zugang Miete Dienstwohnungen (Einz.)
2729-0372	Abgang Miete Dienstwohnungen (Ausz.)
2729-0380	Fremdmittel auf Schulgirokonten
2729-0381	Zugang Fremdmittel auf Schulgirokonten
2729-0382	Abgang Fremdmittel auf Schulgirokonten
2729-0390	Offene Zahlungen Jahresabschluss
2729-0391	Zugang Offene Zahlungen Jahresabschluss (Einz.)
2729-0392	Abgang Offene Zahlungen Jahresabschluss (Ausz.)
2729-0400	Durchl. Gelder FD205 - Umwelt
2729-0401	Zugang durchl. Gelder FD205 - Umwelt (Einz.)
2729-0402	Abgang durchl. Gelder FD205 - Umwelt (Ausz.)
2729-0410	Dolmetscherkosten FD 407
2729-0411	Zugang Dolmetscherkosten FD 407 (Einz.)
2729-0412	Abgang Dolmetscherkosten FD 407 (Ausz.)
2729-0420	Vormundschaften
2729-0421	Zugang Vormundschaften (Einz.)
2729-0422	Abgang Vormundschaften (Ausz.)
2729-0430	Impfzentren 205
2729-0431	Zugang Impfzentren 205 (Einz.)
2729-0432	Abgang Impfzentren 205 (Ausz.)
2729-0440	Verwahrgelder 103
2729-0441	Zugang Verwahrgelder 103 (Einz.)
2729-0442	Abgang Verwahrgelder 103 (Ausz.)
2729-0450	Mobile Impfteams 205
2729-0451	Zugang mobile Impfteams 205 (Einz.)
2729-0452	Abgang mobile Impfteams 205 (Ausz.)

Kontenplan für "Durchlaufende Posten (Vorschüsse)"

Konto	Name
1651-0010	Gehaltsvorschüsse (FD 101)
1651-0011	Zugang Gehaltsvorschüsse (Ausz.)
1651-0012	Abgang Gehaltsvorschüsse (Einz.)
1651-0020	Fortbildungskosten Nds. Studieninstitut (FD 101)
1651-0021	Zugang Fortbildungskosten Nds. Studieninstitut Az.
1651-0022	Abgang Fortbildungskosten Nds. Studieninstitut Ez.
1651-0030	Kommunaler Schadensausgleich (FD 101)
1651-0031	Zugang Kommunaler Schadensausgleich (Ausz.)
1651-0032	Abgang Kommunaler Schadensausgleich (Einz.)
1651-0040	Printmedien -fremdfinanziert- (OE 903)
1651-0041	Zugang Printmedien -fremdfinanziert- (Ausz.)
1651-0042	Abgang Printmedien -fremdfinanziert- (Einz.)
1651-0050	Vorschüsse für Kraftfahrzeuge
1651-0051	Zugang Vorschüsse für Kraftfahrzeuge (Ausz.)
1651-0052	Abgang Vorschüsse für Kraftfahrzeuge (Einz.)
1651-0060	Vorschüsse der Kommunalaufsicht (OE 910)
1651-0061	Zugang Vorschüsse der Kommunalaufsicht (Ausz.)
1651-0062	Abgang Vorschüsse der Kommunalaufsicht (Einz.)
1651-0070	Porto (FD 101)
1651-0071	Zugang Porto (Ausz.)
1651-0072	Abgang Porto (Einz.)
1651-0080	Fernmeldekosten
1651-0081	Zugang Fernmeldekosten (Ausz.)
1651-0082	Abgang Fernmeldekosten (Einz.)
1651-0090	Heizung und Beleuchtung (FD 304)
1651-0091	Zugang Heizung und Beleuchtung (Ausz.)
1651-0092	Abgang Heizung und Beleuchtung (Einz.)
1651-0100	Mieten für Geräte (FD 102)
1651-0101	Zugang Mieten für Geräte (Ausz.)
1651-0102	Abgang Mieten für Geräte (Einz.)
1651-0110	Bürobedarf
1651-0111	Zugang Bürobedarf (Ausz.)
1651-0112	Abgang Bürobedarf (Einz.)
1651-0120	Papierkosten (FD 101)
1651-0121	Zugang Papierkosten (Ausz.)
1651-0122	Abgang Papierkosten (Einz.)
1651-0130	Rattenbekämpfung (FD 409)
1651-0131	Zugang Rattenbekämpfung (Ausz.)
1651-0132	Abgang Rattenbekämpfung (Einz.)
1651-0140	Vorschüsse -Feuerschutz- (FD 205)
1651-0141	Zugang Vorschüsse -Feuerschutz- (Ausz.)
1651-0142	Abgang Vorschüsse -Feuerschutz- (Einz.)
1651-0150	Handvorschüsse
1651-0151	Zugang Handvorschüsse (Ausz.)
1651-0152	Abgang Handvorschüsse (Einz.)
1651-0160	Gehaltsabrechnungen
1651-0161	Zugang Gehaltsabrechnungen (Ausz.)
1651-0162	Abgang Gehaltsabrechnungen (Einz.)
1651-0170	Vorschüsse FD 104
1651-0171	Zugang Vorschüsse FD 104 (Ausz.)
1651-0172	Abgang Vorschüsse FD 104 (Einz.)
1651-0180	Zuwendungen für Grüne Woche (FD 303)
1651-0181	Zugang Zuwendungen für Grüne Woche (Ausz.)
1651-0182	Abgang Zuwendungen für Grüne Woche (Einz.)

Konto	Name
1651-0190	Allg. Vorschusskonto Dezernat 1
1651-0191	Zugang Allg. Vorschusskonto Dezernat 1 (Ausz.)
1651-0192	Abgang Allg. Vorschusskonto Dezernat 1 (Einz.)
1651-0200	Allg. Vorschusskonto Dezernat 2
1651-0201	Zugang Allg. Vorschusskonto Dezernat 2 (Ausz.)
1651-0202	Abgang Allg. Vorschusskonto Dezernat 2 (Einz.)
1651-0210	Allg. Vorschusskonto Dezernat 3
1651-0211	Zugang Allg. Vorschusskonto Dezernat 3 (Ausz.)
1651-0212	Abgang Allg. Vorschusskonto Dezernat 3 (Einz.)
1651-0220	Allg. Vorschusskonto Dezernat 4
1651-0221	Zugang Allg. Vorschusskonto Dezernat 4 (Ausz.)
1651-0222	Abgang Allg. Vorschusskonto Dezernat 4 (Einz.)
1651-0230	Allg. Vorschusskonto OE
1651-0231	Zugang Allg. Vorschusskonto OE (Ausz.)
1651-0232	Abgang Allg. Vorschusskonto OE (Einz.)
1651-0240	Abwicklung NVK/GUV
1651-0241	Zugang Abwicklung NVK/GUV (Ausz.)
1651-0242	Abgang Abwicklung NVK/GUV (Einz.)
1651-0250	Deckung von Kassenfehlbeträgen
1651-0251	Zugang Deckung von Kassenfehlbeträgen (Ausz.)
1651-0252	Abgang Deckung von Kassenfehlbeträgen (Einz.)
1651-0260	Haltung von Fahrzeugen (FD 101)
1651-0261	Zugang Haltung von Fahrzeugen (Ausz.)
1651-0262	Abgang Haltung von Fahrzeugen (Einz.)
1651-0270	Vorschüsse FD 102
1651-0271	Zugang Vorschüsse FD 102 (Ausz.)
1651-0272	Abgang Vorschüsse FD 102 (Einz.)
1651-0280	Amtshilfe Flüchtlingsversorgung FD 205
1651-0281	Zugang Amtshilfe Flüchtlingsvers. FD 205 (Ausz.)
1651-0282	Abgang Amtshilfe Flüchtlingsvers. FD 205 (Einz.)
1651-0290	Vorfinanzierung Vormundschaftsvereine (FD 407)
1651-0291	Zugang Vorfinanz. Vormundschaftsvereine (Ausz.)
1651-0292	Abgang Vorfinanz. Vormundschaftsvereine (Einz.)
1651-0300	Asyl-Weiterleitung Kostenabgeltungspauschale
1651-0301	Zugang Asyl-Weiterleitung Kostenabgeltungspausch.
1651-0302	Abgang Asyl-Weiterleitung Kostenabgeltungspausch.
1651-0310	Hochwasserentschädigung Land (205)
1651-0311	Zugang Hochwasserentschädigung Land (205) (Ausz.)
1651-0312	Abgang Hochwasserentschädigung Land (205) (Einz.)
1651-0320	Einsätze 205
1651-0321	Zugang Einsätze 205 (Ausz.)
1651-0322	Abgang Einsätze 205 (Einz.)
1651-0330	Vorschuss ÖPNV-Maßnahmen (909)
1651-0331	Zugang Vorschuss ÖPNV-Maßn. 909 (Ausz.)
1651-0332	Abgang Vorschuss ÖPNV-Maßn. 909 (Einz.)
1651-0340	Vorschüsse Amt 409
1651-0341	Zugang Vorschüsse Amt 409 (Ausz.)
1651-0342	Abgang Vorschüsse Amt 409 (Einz.)
1651-0350	Aufwand Katastrophen u.ä. 205
1651-0351	Zugang Aufwand Katastrophen u.ä. 205 (Ausz.)
1651-0352	Abgang Aufwand Katastrophen u.ä. 205 (Einz.)
1651-0360	Jobticket
1651-0361	Zugang Jobticket (Ausz.)
1651-0362	Abgang Jobticket (Einz.)

Gesamtplan

Gesamtergebnishaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.336.564,82	6.124.200,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	350.946.046,13	372.685.900,00	390.026.200,00	400.821.200,00	418.541.700,00	432.625.200,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	6.493.438,31	8.023.200,00	7.854.300,00	8.164.400,00	8.409.400,00	8.577.800,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	9.792.280,23	9.960.400,00	10.371.000,00	10.722.600,00	11.050.600,00	11.369.400,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	17.425.688,51	17.457.200,00	17.572.100,00	17.874.100,00	18.159.700,00	18.371.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.540.891,91	1.213.700,00	1.095.800,00	1.099.100,00	1.103.400,00	1.106.700,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	196.682.538,36	236.463.800,00	235.366.500,00	245.637.400,00	255.303.200,00	265.276.000,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	415.826,86	624.900,00	413.200,00	605.900,00	598.500,00	590.900,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	8.453.533,57	6.372.900,00	6.834.900,00	6.904.300,00	6.995.800,00	7.063.500,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	596.086.808,70	658.926.200,00	669.679.000,00	691.974.000,00	720.307.300,00	745.125.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	77.964.262,25	80.912.500,00	86.389.300,00	89.169.800,00	91.418.500,00	93.922.700,00
02.02	- Versorgungsaufwendungen	26.276,48					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	56.079.444,90	76.098.300,00	63.407.500,00	63.397.400,00	65.376.200,00	64.447.100,00
02.04	- Abschreibungen	13.834.176,61	17.973.800,00	17.841.100,00	18.665.900,00	19.454.000,00	20.278.100,00
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.004.181,33	4.025.000,00	5.125.000,00	8.635.000,00	10.785.000,00	12.951.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	257.665.295,08	288.024.900,00	299.837.900,00	307.748.600,00	319.440.400,00	331.308.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	193.700.928,69	219.776.400,00	228.962.100,00	235.793.800,00	245.828.300,00	256.472.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	602.274.565,34	686.810.900,00	701.562.900,00	723.410.500,00	752.302.400,00	779.379.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-6.187.756,64	-27.884.700,00	-31.883.900,00	-31.436.500,00	-31.995.100,00	-34.254.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	4.588.670,26					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	-19.099,65					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	4.607.769,91					
05.	= Jahresergebnis	-1.579.986,73	-27.884.700,00	-31.883.900,00	-31.436.500,00	-31.995.100,00	-34.254.100,00
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.330.130,00	3.752.200,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.330.130,00	3.752.200,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.579.986,73	-27.884.700,00	-31.883.900,00	-31.436.500,00	-31.995.100,00	-34.254.100,00

Gesamtfinanzplan

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.335.760,63	6.124.200,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	351.698.567,43	372.685.900,00	390.026.200,00	400.821.200,00	418.541.700,00	432.625.200,00
01.03	+ sonstige Transfereinzahlungen	8.317.239,43	9.960.400,00	10.371.000,00	10.722.600,00	11.050.600,00	11.369.400,00
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	7.353.465,91	17.457.200,00	17.572.100,00	17.874.100,00	18.159.700,00	18.371.300,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	1.450.780,87	1.213.700,00	1.095.800,00	1.099.100,00	1.103.400,00	1.106.700,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	197.746.583,92	236.463.800,00	235.366.500,00	245.637.400,00	255.303.200,00	265.276.000,00
01.07	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	591.613,57	624.900,00	413.200,00	605.900,00	598.500,00	590.900,00
01.09	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	5.122.500,74	4.502.900,00	4.944.900,00	5.014.300,00	5.105.800,00	5.173.500,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	576.616.512,50	649.033.000,00	659.934.700,00	681.919.600,00	710.007.900,00	734.658.000,00
02.01	- Personalauszahlungen	72.476.419,23	75.965.700,00	81.313.700,00	83.871.300,00	85.966.000,00	88.312.900,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u.ger.Verm.	43.888.505,29	76.098.300,00	63.407.500,00	63.397.400,00	65.376.200,00	64.447.100,00
02.04	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	2.828.010,61	4.025.000,00	5.125.000,00	8.635.000,00	10.785.000,00	12.951.300,00
02.05	- Transferauszahlungen	253.886.379,82	288.024.900,00	299.837.900,00	307.748.600,00	319.440.400,00	331.308.500,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	186.976.317,99	219.776.400,00	228.962.100,00	235.793.800,00	245.828.300,00	256.472.200,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	560.055.632,94	663.890.300,00	678.646.200,00	699.446.100,00	727.395.900,00	753.492.000,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.560.879,56	-14.857.300,00	-18.711.500,00	-17.526.500,00	-17.388.000,00	-18.834.000,00
04.01	+ Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.928.155,90	6.065.500,00	10.391.500,00	16.774.000,00	12.616.000,00	9.116.000,00
04.03	+ Veräußerung von Sachanlagen	-5.712,72		1.100.000,00			
04.04	+ Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	147.700,00	147.700,00	147.700,00	147.000,00	147.000,00	147.000,00
04.05	+ sonstige Investitionstätigkeit	251.960,27	185.000,00	190.000,00	198.000,00	205.000,00	213.000,00
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.322.103,45	6.398.200,00	11.829.200,00	17.119.000,00	12.968.000,00	9.476.000,00
05.01	- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	202.615,19	540.000,00	2.619.000,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00
05.02	- Baumaßnahmen	9.634.812,32	21.631.000,00	21.506.000,00	80.908.000,00	50.590.000,00	33.870.000,00
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.930.083,00	7.480.100,00	6.969.400,00	8.549.000,00	4.399.000,00	3.367.000,00
05.04	- Erwerb von Finanzvermögensanlagen		103.000,00	14.000,00	12.000,00	10.000,00	10.000,00
05.05	- aktivierbare Zuwendungen	8.620.818,99	18.624.500,00	22.368.200,00	19.468.000,00	18.068.000,00	18.068.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	22.388.329,50	48.378.600,00	53.476.600,00	108.977.000,00	73.107.000,00	55.355.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-18.066.226,05	-41.980.400,00	-41.647.400,00	-91.858.000,00	-60.139.000,00	-45.879.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-1.505.346,49	-56.837.700,00	-60.358.900,00	-109.384.500,00	-77.527.000,00	-64.713.000,00
08.01	+ Aufnahme von Krediten u. Darl. f. Investitionen	25.000.000,00	42.153.400,00	41.826.400,00	92.045.000,00	60.333.000,00	46.081.000,00
08.02	- Tilgung von Krediten u. Darl. f. Investitionen	7.679.914,20	9.500.000,00	10.000.000,00	12.500.000,00	14.200.000,00	16.030.000,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	17.320.085,80	32.653.400,00	31.826.400,00	79.545.000,00	46.133.000,00	30.051.000,00
09.	= Finanzmittelbestand	15.814.739,31	-24.184.300,00	-28.532.500,00	-29.839.500,00	-31.394.000,00	-34.662.000,00
11.	+ Anf.bestand Zahlungsmittel zu Beginn des Jahres	25.801.479,29	5.239.779,25	-18.944.520,75	-47.477.020,75	-77.316.520,75	-108.710.520,75
12.	= Endbestand Zahlungsmittel am Ende des Jahres	44.402.017,87	-18.944.520,75	-47.477.020,75	-77.316.520,75	-108.710.520,75	-143.372.520,75

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
I10101-002 Zuführung Versorgungsrücklage für aktive Beamte	53.200,00	55.200,00	0,00	56.000,00	57.000,00	57.000,00	0,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	61.200,00	61.200,00	0,00	61.000,00	61.000,00	61.000,00	0,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	8.000,00	6.000,00	0,00	5.000,00	4.000,00	4.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Auflösung der Versorgungsrücklage bei der Niedersächsischen Versorgungskasse seit 2018 über einen Zeitraum von 15 Jahren.							
I10102-001 EDV-Ausstattung (alles außer Software)	-335.100,00	-657.500,00	0,00	-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	335.100,00	657.500,00	0,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung für abgeschriebene Hardware (rd. 300 IuK-APs, virt. Hosts, Storage/Datenspeicher), Netzhardware, Ergänzung Schulverwaltungsserver, Erweiterung Bandbibliothek.							
I10102-004 Software	-22.000,00	-68.200,00	0,00	-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	22.000,00	68.200,00	0,00	200.000,00	200.000,00	200.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung: Backup-Software f. virt. Server, Lizenzerw. f. HomeOffice/mob. Arbeiten, enaio/ASV-Neuinst., SQL-Server upgraden, Netzsoftware.							
I10106-001 Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	-4.800.000,00	-4.800.000,00	0,00	-4.800.000,00	-4.800.000,00	-4.800.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	4.800.000,00	4.800.000,00	0,00	4.800.000,00	4.800.000,00	4.800.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (§ 2 (3) und (4) NKHG).							
I10106-003 Zuweisung an Theater für Niedersachsen	-51.200,00	-51.200,00	0,00	-51.000,00	-51.000,00	-51.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	51.200,00	51.200,00	0,00	51.000,00	51.000,00	51.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zahlungsverpflichtung aufgrund der zwischen Land Niedersachsen, Landkreis Hildesheim und Stadt Hildesheim geschlossenen Ziel- und Leistungsvereinbarung.							
I10106-006 Darlehensgewährung Krankenhaus Alfeld	173.000,00	179.000,00	0,00	187.000,00	194.000,00	202.000,00	0,00
04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	173.000,00	179.000,00	0,00	187.000,00	194.000,00	202.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erstattung vom Krankenhaus Alfeld für Darlehensgewährung.							
I10205-001 Zuweisung für Investitionen (Feuerschutzsteuer)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	300.000,00	300.000,00	0,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00	0,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zuweisungen vom Land für den Brandschutz zur Weiterleitung an die Gemeinden.							
I10205-002 Ausstattung Brandschutz	-25.000,00	-20.000,00	0,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Pauschaler Ansatz für diverse Anschaffungen im Brandschutz.							
I10205-003 Ausstattung FTZ	-24.000,00	-40.000,00	0,00	-40.000,00	-40.000,00	-40.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.000,00	40.000,00	0,00	40.000,00	40.000,00	40.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beschaffungen für die FTZ u. a. Handfunkgeräte für Mitarbeiter sowie eine mobile Sondersignalanlage.							
I10205-004 Ausstattung KatS	-126.800,00	-115.800,00	0,00	-116.000,00	-116.000,00	-116.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	126.800,00	115.800,00	0,00	116.000,00	116.000,00	116.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beschaffungen für den Katastrophenschutz u. a. Schnelleinsatzzelt, Gasmessgerät, Helmschutzgarnituren, Schutzanzüge und Unterziekleidung.							
I10205-005 Zuweisung Stadt Hildesheim	-5.000,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen							
Landkreis Hildesheim							
Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zuweisungen an die Stadt Hildesheim für Investitionen in der gemeinsamen Leitstelle.							
I10205-006 Aufbau eines digit. Alarmierungssystems	-30.000,00	-15.000,00	0,00	-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	30.000,00	15.000,00	0,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Mittel für Änderung/Optimierung des Alarmierungssystems.							
I10205-998 Bewegliches Anlagevermögen Gerätewagen Gefahrgut	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Pauschaler Ansatz für diverse Anschaffungen für den GWG.							
I10301-002 Ausstattung Berufsbildende Schulen Alfeld	-103.752,06	-74.300,00	0,00	-76.000,00	-76.000,00	-76.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	103.752,06	74.300,00	0,00	76.000,00	76.000,00	76.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-003 Ausstattung Werner-von-Siemens-Schule Hildesheim	-90.782,84	-82.100,00	0,00	-83.000,00	-83.000,00	-83.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.782,84	82.100,00	0,00	83.000,00	83.000,00	83.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-004 Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim	-71.883,51	-75.000,00	0,00	-72.000,00	-72.000,00	-72.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	71.883,51	75.000,00	0,00	72.000,00	72.000,00	72.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-005 Ausstattung Friedrich-List-Schule Hildesheim	-64.100,00	-64.300,00	0,00	-64.000,00	-64.000,00	-64.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	64.100,00	64.300,00	0,00	64.000,00	64.000,00	64.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-006 Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim	-65.000,00	-66.000,00	0,00	-65.000,00	-65.000,00	-65.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	65.000,00	66.000,00	0,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-956 Ausstattung KMZ	-18.800,00	-18.800,00	0,00	-19.000,00	-19.000,00	-19.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	18.800,00	18.800,00	0,00	19.000,00	19.000,00	19.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-957 Ausstattung Herman-Nohl-Schule	-90.806,03	-48.800,00	0,00	-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.806,03	48.800,00	0,00	50.000,00	50.000,00	50.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-958 Ausstattung KGS Gronau	-27.979,41	-19.100,00	0,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.979,41	19.100,00	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-959 Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth	-28.922,27	-13.100,00	0,00	-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	28.922,27	13.100,00	0,00	13.000,00	13.000,00	13.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-960 Ausstattung Fös Sarstedt	-3.200,00	-3.600,00	0,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.200,00	3.600,00	0,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-962 Ausstattung Fös Bad Salzdetfurth	-9.576,14	-4.200,00	0,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	9.576,14	4.200,00	0,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-963 Ausstattung Fös Alfeld	-29.965,62	-3.800,00	0,00	-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	29.965,62	3.800,00	0,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-964 Ausstattung Gymn. Sarstedt	-65.138,48	-14.900,00	0,00	-14.000,00	-14.000,00	-14.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	65.138,48	14.900,00	0,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-965 Ausstattung Gymn. Michelsenschule	-27.510,50	-19.100,00	0,00	-21.000,00	-21.000,00	-21.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.510,50	19.100,00	0,00	21.000,00	21.000,00	21.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-966 Ausstattung Gymn. Himmelsthür	-25.404,68	-16.500,00	0,00	-17.000,00	-17.000,00	-17.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.404,68	16.500,00	0,00	17.000,00	17.000,00	17.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-967 Ausstattung Gymn. Alfeld	-16.800,00	-16.600,00	0,00	-17.000,00	-17.000,00	-17.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.800,00	16.600,00	0,00	17.000,00	17.000,00	17.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-968 Ausstattung OBS Söhlde	-10.550,21	-7.000,00	0,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.550,21	7.000,00	0,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-969 Ausstattung OBS Ottbergen	-9.840,24	-5.200,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	9.840,24	5.200,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-970 Ausstattung OBS Nordstemmen	-22.345,85	-5.700,00	0,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	22.345,85	5.700,00	0,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-971 Ausstattung OBS Harsum	-24.168,51	-11.900,00	0,00	-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.168,51	11.900,00	0,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-978 Ausstattung RS Alfeld	-13.189,70	-8.500,00	0,00	-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.189,70	8.500,00	0,00	9.000,00	9.000,00	9.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10301-984 Ausstattung HS Alfeld	-11.486,27	-5.100,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.486,27	5.100,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I10304-016 Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	60.000,00	700.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.260.000,00	1.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.200.000,00	800.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> KIP II Maßnahme: Grundsanierung des Altbaubauabschnittes: Letzter Bauabschnitt der kompletten haus-, brandschutz- und bautechnischen Sanierung.							
I10304-229 K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)	0,00	-1.296.000,00	0,00	-1.296.000,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	550.000,00	0,00	550.000,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	1.846.000,00	0,00	1.846.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Baubeginn der Maßnahme nach 2024 vorgezogen, Bau in Abhängigkeit des Wasserstraßen-Neubauamtes Hannover. Neubau der K 522 über der Brücke inkl. Radweg im Zuge des Brückenneubaus.							
I10304-453 GVFG für Radwegebauprogramm	-495.000,00	-279.000,00	0,00	-639.000,00	-878.000,00	-1.485.000,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	605.000,00	341.000,00	0,00	781.000,00	1.072.000,00	1.815.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.100.000,00	620.000,00	0,00	1.420.000,00	1.950.000,00	3.300.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umsetzung des beschlossenen Radwegebauprogrammes. Neubau von förderfähigen Radwegen.							
I10304-695 Um- und Ausbau der Kreisstraßen	-1.820.000,00	-1.820.000,00	0,00	-1.820.000,00	-1.820.000,00	-1.820.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.820.000,00	1.820.000,00	0,00	1.820.000,00	1.820.000,00	1.820.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen für Straßenbaumaßnahmen, die nicht förderfähig sind. Veranlassung je nach Einzelfall und Dringlichkeit.							
I10304-698 Planungskosten für Kreisstraßen	-680.000,00	-680.000,00	0,00	-680.000,00	-680.000,00	-680.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	680.000,00	680.000,00	0,00	680.000,00	680.000,00	680.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Planungskosten für Eigenmittelmaßnahmen und GVFG-Maßnahmen.							
I10304-999 Reinigungsgeräte	-15.000,00	-15.000,00	0,00	-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.000,00	15.000,00	0,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Neu- und Ersatzbeschaffung von Reinigungsgeräten für die Objekte des Landkreises.							
I10409-999 Ausstattung Amt 409 -Kinder-/Jugendgesundheit-	0,00	-6.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	6.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Sehtestgerät für das Team Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamts für u.a. Schuleinganguntersuchungen.							
I11304-005 Alfeld BBS -Maßnahmen vorbeugend.Brandschutz-	-1.450.000,00	0,00	0,00	-1.500.000,00	-1.300.000,00	-900.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.450.000,00	0,00	0,00	1.500.000,00	1.300.000,00	900.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Brandschutzsanierung des Hauptgebäudes. Umsetzungsbeginn 4. BA, Abschluss 3. BA.							
I11304-023 Technische Ausstattung Hausmeister	-33.300,00	-33.300,00	0,00	-33.000,00	-33.000,00	-33.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	33.300,00	33.300,00	0,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Neu- und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Maschinen für die Objekte des Landkreises zur Aufgabenerfüllung im Hausmeisterbereich.							
I11304-202 K 215 Dingelbe - Nettlingen	-450.000,00	-270.000,00	0,00	-45.000,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	550.000,00	330.000,00	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.000.000,00	600.000,00	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vollausbau auf vorhandener Trasse, Graben- und Banketterneuerung.							
I12101-003 Zuführung Versorgungsrücklage für passive Beamte	75.500,00	78.500,00	0,00	79.000,00	80.000,00	80.000,00	0,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	86.500,00	86.500,00	0,00	86.000,00	86.000,00	86.000,00	0,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	11.000,00	8.000,00	0,00	7.000,00	6.000,00	6.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Auflösung der Versorgungsrücklage bei der Niedersächsischen Versorgungskasse seit 2018 über einen Zeitraum von 15 Jahren.							
I12205-001 Digitalfunk Tetra	-5.000,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Pauschaler Ansatz für Ersatzbeschaffungen von Funktechnik.							
I12301-950 Ausstattung OBS Bockenem	-16.400,41	-8.500,00	0,00	-8.000,00	-8.000,00	-8.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.400,41	8.500,00	0,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I12301-951 Ausstattung OBS Lamspringe	-4.500,00	-5.100,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.500,00	5.100,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I12301-952 Ausstattung OBS Sarstedt	-20.695,91	-6.000,00	0,00	-7.000,00	-7.000,00	-7.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.695,91	6.000,00	0,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I12302-001 Wohnungsbaudarlehen an Privatpersonen	12.000,00	11.000,00	0,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	0,00
04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	12.000,00	11.000,00	0,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Rückzahlung Wohnungsbaudarlehen an Privatpersonen.							
I12304-601 Deckenprogramm	-1.500.000,00	-1.500.000,00	0,00	-1.500.000,00	-1.500.000,00	-1.500.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.500.000,00	1.500.000,00	0,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen, Deckschichtenenerungen. Veranlassung je nach Einzelfall und Dringlichkeit.							
I12407-001 DV Software Amt 407 - Elterngeld -	-10.200,00	-17.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen							
Landkreis Hildesheim							
Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.200,00	17.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Digitale Umsetzung des Elterngeldverfahrens.							
I13205-001 Tetra Technik Leitstelle	-10.000,00	-10.000,00	0,00	-10.000,00	-10.000,00	-10.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	10.000,00	10.000,00	0,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Pauschaler Ansatz für Ersatzbeschaffungen von Funktechnik für die Leitstelle.							
I13301-001 Bad Salzdetfurth IGS - Inventar	0,00	-90.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	90.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erhöhung der Kosten aufgrund von gestiegenen Preise und den Verzögerungen bei den Umbaumaßnahmen.							
I13304-604 Grunderwerb -Eigenmittel-	-20.000,00	-20.000,00	0,00	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00	0,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Notwendiger Grunderwerb für Leistungen, die der Sicherung des Straßenverkehrs dienen, z.B. Grabenerweiterungen und Bankettverbreiterungen.							
I13409-003 Ausstattung Amt 409-Ärztl./zahnärztl.Unters./Berat	-5.000,00	-40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Zahnarztstuhl für den Zahnärztliche Dienst des Gesundheitsamts für Gutachten, die insbesondere für Leistungsansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz benötigt werden.							
I14205-003 Qualitätsmanagementsystem Rettungsdienst-Software-	-13.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I14304-004 Gym.Hth. -Maßnahmen vorbeugender Brandschutz-	-800.000,00	0,00	0,00	-1.258.000,00	-400.000,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	800.000,00	0,00	0,00	1.258.000,00	400.000,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Bauliche Maßnahmen zur Erfüllung der Brandschutzvorgaben, insbesondere der Einbau von Brandschutztüren, Einrichtung vom 2. Flucht- und Rettungsweg, Installation von sicherheitstechnischen Anlagen etc. (z.B. Brandmeldeanlagen).							
I14304-205 K 321 L 485 - OD Westfeld OD Westfeld - L 482	-22.500,00	110.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00	110.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> GVFG Einnahmen.							
I15304-001 Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	-905.000,00	-900.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	905.000,00	900.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Letzte Baumaßnahme der Erweiterung IGS Bad Salzdetfurth. Sanierung der Außenanlagen nach Beendigung der Hochbaumaßnahmen.							
I15304-004 OBS Nordstemmen - Maßnahm.vorbeugender Brandschutz	-850.000,00	-300.000,00	0,00	-1.166.000,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	850.000,00	300.000,00	0,00	1.166.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umsetzung des Brandschutzkonzeptes in der OBS Nordstemmen (Schlingweg 21). Weiterführung der Bauarbeiten nach Neuvergabe an Planer.							
I15304-204 K 515 - BÜ Sarstedt	-300.000,00	-300.000,00	0,00	-400.000,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00	0,00	400.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Neu gebaute Trogstrecke entlang des östlichen Teils der Kreisstraße 515 und anschließende Abstufung zur Gemeindestraße.							
I15407-002 DV Software Amt 407 - Wohngeld - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.500,00 1.500,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I15407-003 DV Software Amt 407-Beistand./Amtspfleg- /-vormund. 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00 0,00	-4.000,00 4.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zusätzliche Lizenzen für Beistandschaften und Vormundschaften.							
I16204-001 Verkehrsüberwachungsanlagen stationär 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-530.000,00 530.000,00	-96.000,00 96.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Errichtung einer weiteren stationären Geschwindigkeitsmessanlage.							
I16205-003 Sonderprogramm Atemschutzverbund 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-90.000,00 90.000,00	-50.000,00 50.000,00	0,00 0,00	-50.000,00 50.000,00	-50.000,00 50.000,00	-50.000,00 50.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung von abgängigen und defekten Geräten für den Atemschutzverbund.							
I16301-001 Ausstattung - Inklusive Schulen - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00	0,00 0,00	-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I16301-002 Ausstattung Naturwissenschaftliche Räume (NTW) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-160.000,00 160.000,00	-160.000,00 160.000,00	0,00 0,00	-160.000,00 160.000,00	-160.000,00 160.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Neue Ausstattung der veralteten naturwissenschaftlichen Fachräume in den kreiseigenen Schulen.							
I16304-019 Inv.-zuschuss an Stadt Hi. für weiterf. Schule 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-2.500.000,00 2.500.000,00	-7.500.000,00 7.500.000,00	0,00 0,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionszuschuss an Stadt Hildesheim für weiterführende Schulen. (Finanzvertrag)							
I16304-202 weitere Straßenbaumaßnahmen -nur Finanzplanung- 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.02 - Baumaßnahmen	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	-1.377.000,00 1.683.000,00 3.060.000,00	-2.021.000,00 2.469.000,00 4.490.000,00	-2.244.000,00 3.476.000,00 5.720.000,00	0,00 0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Finanzplanung für Straßenbaumaßnahmen im Hoch- und/oder Tiefbau, die nach NGVFG förderfähig sind.							
I16304-207 K 402 fS Alfeld-Föhrste 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.02 - Baumaßnahmen	-450.000,00 550.000,00 1.000.000,00	-360.000,00 440.000,00 800.000,00	0,00 0,00 0,00	-90.000,00 110.000,00 200.000,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vollausbau der Fahrbahn, Erneuerung des Banketts und der Schutzplanken, sowie der Entwässerungsanlage inkl. Kanal.							
I17205-001 Gerätewagen Sanität 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-120.000,00 120.000,00	-30.000,00 30.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beladung des Gerätewagen Sanität.							
I17208-005 Zuw. von/an Hochwasserschutzmaßnahmen -regional- 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-270.000,00 300.000,00	-270.000,00 4.900.000,00	0,00 0,00	-270.000,00 10.250.000,00	-270.000,00 8.750.000,00	-270.000,00 3.500.000,00	0,00 0,00

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	4.900.000,00	0,00	10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	270.000,00	270.000,00	0,00	270.000,00	270.000,00	270.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen für die Städte und Gemeinden.							
I17208-006 Sanierung der Deponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vorsorglicher Ansatz für die Sanierung der Deponien.							
I17301-002 Inventar KGS Gronau Sporthalle II	-80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I17304-302 Planungskosten Radwege (Eigenmittel)	-300.000,00	-300.000,00	0,00	-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	300.000,00	0,00	300.000,00	300.000,00	300.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Planungskosten für Radwegebaumaßnahmen.							
I17304-617 K 516 Sarstedt - LSA -	0,00	-45.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umgestaltung und Erneuerung des Knotenpunktes. Beseitigung des Unfallschwerpunktes.							
I17407-001 Zuweisung für Kita an Gemeinden	-1.725.200,00	-5.470.000,00	-5.872.600,00	-6.970.000,00	-6.970.000,00	-6.970.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	1.725.200,00	5.470.000,00	5.872.600,00	6.970.000,00	6.970.000,00	6.970.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an Gemeinden auf Antragstellung gem. der "Grundsätze über die Gewährung von Zuschüssen für Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder".							
I17407-002 Zuschuss für Kita an freie Träger	-5.924.700,00	-2.030.000,00	-1.710.000,00	-2.030.000,00	-2.030.000,00	-2.030.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	5.924.700,00	2.030.000,00	1.710.000,00	2.030.000,00	2.030.000,00	2.030.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an freie Träger der Jugendhilfe auf Antragstellung gem. der "Grundsätze über die Gewährung von Zuschüssen für Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder".							
I17407-003 Zuweisung für Jugendheime an Gemeinden	-37.100,00	-37.000,00	0,00	-37.000,00	-37.000,00	-37.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	37.100,00	37.000,00	0,00	37.000,00	37.000,00	37.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an Gemeinden im Rahmen der "Richtlinien über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit".							
I17407-004 Zuweisung für Sportförderung an Gemeinden	-60.000,00	-60.000,00	0,00	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	60.000,00	60.000,00	0,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an Gemeinden im Rahmen der Sportförderrichtlinie des Landkreises.							
I17407-005 Zuschuss für Sportförderung an freie Träger	-12.300,00	-12.000,00	0,00	-12.000,00	-12.000,00	-12.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	12.300,00	12.000,00	0,00	12.000,00	12.000,00	12.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an freie Träger im Rahmen der Sportförderrichtlinie des Landkreises.							
I17407-006 Zuschuss für Jugendheime an freie Träger	-6.000,00	-6.000,00	0,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	6.000,00	6.000,00	0,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen							
Landkreis Hildesheim							
Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Investitionsförderungsmittel an freie Träger im Rahmen der "Richtlinien über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit".							
I17407-007 Zuweisung für KiTa an Gemeinden (Ausstattung)	-191.700,00	-775.000,00	-652.500,00	-775.000,00	-775.000,00	-775.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	191.700,00	775.000,00	652.500,00	775.000,00	775.000,00	775.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an Gemeinden auf Antragstellung gem. der "Grundsätze über die Gewährung von Zuschüssen für Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder".							
I17407-008 Zuschuss für KiTa an freie Träger (Ausstattung)	-658.400,00	-225.000,00	-190.000,00	-225.000,00	-225.000,00	-225.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	658.400,00	225.000,00	190.000,00	225.000,00	225.000,00	225.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an freie Träger der Jugendhilfe auf Antragstellung gem. der "Grundsätze über die Gewährung von Zuschüssen für Schaffung und Erhalt von Tageseinrichtungen für Kinder".							
I17407-009 Zuw. f. Jugendarbeit an Gemeinden (Ausstattung)	-13.600,00	-14.000,00	0,00	-14.000,00	-14.000,00	-14.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	13.600,00	14.000,00	0,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an Gemeinden im Rahmen der "Richtlinien über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit".							
I17407-010 Zusch. f. Jugendarbeit an fr. Tr. (Ausstattung)	-3.300,00	-3.000,00	0,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	3.300,00	3.000,00	0,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Investitionsförderungsmittel an freie Träger im Rahmen der "Richtlinien über Zuwendungen des Landkreises Hildesheim für Aufgaben der Jugendarbeit".							
I18203-001 Wildsammelstelle	0,00	-25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vorsorgliche Ansätze für Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweine-Pest.							
I18205-001 Sonderprogramm ABC-Zug	-140.000,00	-170.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	140.000,00	170.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beladung des Dekontaminationsfahrzeug.							
I18304-005 Sarstedt, Gymnasium	-1.200.000,00	-100.000,00	0,00	-43.914.000,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.200.000,00	100.000,00	0,00	43.914.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Planung und Ersatzneubau für das 4-zügige Gymnasium Sarstedt inkl. Busschleife als Totalunternehmervergabe.							
I18304-007 Harsum OBS - Neubau Mensa	-96.000,00	0,00	0,00	-1.194.000,00	-1.000.000,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	504.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	600.000,00	0,00	0,00	1.194.000,00	1.000.000,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zusätzlicher Raumbedarf für die Mensa.							
I18304-008 Harsum OBS - Sporthalle	0,00	1.338.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	1.428.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	90.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> KIP II Projekt. Sanierung des Schmutz- und Trinkwassernetzes, der Warmwasseraufbereitung, der Heizungsverteilung, des Heizungsnetzes, der Lüftungsanlagen, der Beleuchtungsanlage, Sanierung der Decken, der Wand- und Bodenbeläge, Austausch den Innentüren und Malerarbeiten.							
I18304-201 K 215 Mölme - Feldbergen	-22.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I19301-001 Ausstattung Schulmensen	-7.989,50	-15.000,00	0,00	-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.989,50	15.000,00	0,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatz- und Neubeschaffungen der Schulausstattung.							
I19304-004 Groß Düngen FTZ-Grundwasserbrunnen/Speicherbecken	-50.000,00	-150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Herstellung eines Grundwasserbrunnen und eines Speicherbeckens (Zisterne).							
I19304-006 HI, Michelsenschule, Erweiterung	0,00	0,00	-16.000.000,00	0,00	-16.000.000,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	0,00	16.000.000,00	0,00	16.000.000,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erweiterungsbau an der Michelsenschule. Verschiebung der in 2023 genehmigten VE in Höhe von 16.000.000 € um ein Jahr.							
I19304-009 Photovoltaik	-250.000,00	-250.000,00	0,00	-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	250.000,00	250.000,00	0,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Pauschaler Ansatz zur Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf allen kreiseigenen Gebäuden.							
I19304-203 K 323 OD Eyershausen	-360.500,00	-337.500,00	0,00	450.000,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	440.500,00	412.500,00	0,00	550.000,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	801.000,00	750.000,00	0,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vollausbau der Fahrbahn.							
I19913-001 Dokumentendrucker	-1.700,00	-2.000,00	0,00	-2.000,00	-2.000,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.700,00	2.000,00	0,00	2.000,00	2.000,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Spezialdrucker für die Ausländerbehörde.							
I20101-001 Software	-27.900,00	-31.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.900,00	31.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> DV-Software: CMIS Schnittstelle Kommboss-enaio, Modul Stellenplan, Modul Stellenbewertung und -beschreibung.							
I20106-001 Software Vollstreckung	0,00	-18.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	18.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Schnittstelle Vollstreckungsmodul Newsystem - enaio zur Umsetzung der eAkte mit elektronischer Archivierung in der Vollstreckungsbehörde.							
I20205-001 Abrollbehälter Pumpe mit Beladung	-272.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	272.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I20205-003 Sonderprogramm Notstromversorgung (Dau)	-75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I20205-004 Ersatzbeschaffung Kommandowagen (KdoW)	-40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I20301-001 Walter-Gropius -Erneuerung Maschinen+Einrichtung-	-150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I20301-006 Digitalisierung Schulen - Ausstattung -	-1.737.311,86	-2.000.000,00	0,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.737.311,86	2.000.000,00	0,00	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ausstattung aller Klassenräume der kreiseigenen Schulen in 5 Jahren mit Präsentationstechnik sowie für den digitalen Unterricht erforderliche Hard- und Software, Server, Lernplattformen, etc.							
I21203-001 ASP Schutzzaun	0,00	-56.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	56.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vorsorgliche Ansätze für Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweine-Pest.							
I21203-002 ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschwein	0,00	-40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Vorsorgliche Ansätze für Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweine-Pest.							
I21205-001 Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen	-600.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	600.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I21205-003 Kreisanteil Neubeschaffung Nourmat	-80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I21304-001 Massnahmenübergreifende Planungsmittel	-150.000,00	-150.000,00	0,00	-150.000,00	-150.000,00	-150.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	150.000,00	150.000,00	0,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Im laufenden Prozess der Projektarbeit an den Liegenschaften des Landkreises kommt es fortwährend zu Fragestellungen, die mittels Machbarkeitsstudien, Entwicklungsplänen bzw. Gutachten kurzfristig geklärt werden müssen. Die Ergebnisse der o.g. Berichte münden in der Regel in tatsächlichem Baubedarf.							
I21913-001 Software Amt 913 - NEU -	0,00	-38.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	38.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Spezialsoftware zur Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung nach dem OZG die Beantragung von Aufenthaltstiteln digital zu ermöglichen. Lizenzen für die Software Xausländer in der Ausländerbehörde.							
I22205-001 Meldekräder für die Feuerwehrebereitschaften	-77.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	77.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22205-002 Ersatzbesch. LKW mit Ladebordwand f. Schlauchverband	0,00	0,00	-200.000,00	-200.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	200.000,00	200.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Verschiebung der Ersatzbeschaffung LKW mit Ladebordwand für den Schlauchverband.							
I22205-003 2. Sandsackfüllmasch. auf Abrollbehälter	-200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22205-004 Mittleres Löschfahrzeug für die FTZ	-300.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	300.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22205-005 Sonderlöschfahrzeug Ersatz f. Tanklöschfahrzeug FTZ	-360.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	360.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22205-006 Kreisweite Sirenenertüchtigung	0,00	0,00	-750.000,00	-750.000,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	750.000,00	750.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zuweisung für Sirenenertüchtigung an Gemeinden.							
I22205-010 Telenotfallmedizin	-15.000,00	-5.000,00	0,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen							
Landkreis Hildesheim							
Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Beschaffungen für die Telenotfallmedizin.							
I22205-011 Notstromversorgte Tankstellen Kreisgebiet	-60.000,00	-30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	60.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Einrichten von 4 notstromversorgten Tankstellen im Kreisgebiet.							
I22206-001 Ersatzbeschaffung Drucker Führerscheinstelle	-7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22301-001 Schulbiologisches Zentum	-200.000,00	-200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	200.000,00	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umsetzung des KT- Beschluss zum Haushalt 2021.							
I22304-002 Sarstedt FÖS Modernisierung Schulgebäude	-250.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	250.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22304-003 Hildesheim Umgestaltung BBS	-75.000,00	-4.000.000,00	0,00	-5.500.000,00	-7.000.000,00	-12.000.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	75.000,00	4.000.000,00	0,00	5.500.000,00	7.000.000,00	12.000.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umstrukturierung, Sanierung, Modernisierung und energetische Sanierung von 3 Berufsschulen in Hildesheim. (Werner-von-Siemens-Schule, die Walter-Gropius-Schule und die Herman-Nohl-Schule mit ihren verschiedenen Standorten) und Neubau eines Verfügungsgebäudes.							
I22304-004 Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle	-650.000,00	-100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	650.000,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Neubau einer Fahrzeughalle und Ertüchtigung der Bestandshalle für die FTZ Groß Dungen.							
I22304-005 Gronau Verkauf Grundstück Am Leintor 17 (alte RS)	0,00	1.100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.03 + Veräußerung von Sachanlagen	0,00	1.100.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Verkauf Grundstück ehemalige RS Gronau.							
I22402-001 Software Amt 402	-25.000,00	-25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.000,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Einrichtung der Schnittstelle Lämmkomm-Lissa-OZG.							
I22407-002 Landesmittel RIT an Gemeinden (Ausstattung)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	48.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	48.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22407-003 Landesmittel RIT an Gemeinden (Baumaßnahmen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	144.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	144.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22407-004 Landesmittel RIT an freie Träger (Ausstattung)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22407-005 Landesmittel RIT an freie Träger (Baumaßnahmen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	90.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	90.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22407-006 Aktionsprogramm "Startklar in die Zukunft"	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	209.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	209.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
I22407-008 Landesmittel gemäß Richtlinie IKiGA (neutral)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	955.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	955.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I22ZHH-001 Volkshochschule - Anteile	-84.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	84.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I23103-001 Defibrillatoren - Verwaltungsgebäude	-16.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.800,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I23205-001 Gerätewagen Mess (Gefahrgutkonzept)	0,00	0,00	-220.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	220.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	220.000,00	220.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Anschaffung nach dem Gefahrgutkonzept der Kreisfeuerwehr gegenfinanziert von den Kommunen.							
I23205-002 3Gerätew.Gefahrgut/3AbrollbehälterGefahrgutkonzept	0,00	0,00	-2.250.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	2.250.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	2.250.000,00	2.250.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Anschaffung nach dem Gefahrgutkonzept der Kreisfeuerwehr gegenfinanziert von den Kommunen.							
I23205-003 Ersatz Rüstwagen 2 der FTZ	0,00	0,00	-500.000,00	-500.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	500.000,00	500.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Rüstwagen 2 der FTZ.							
I23205-004 Zweiter Wechsellader für die FTZ	0,00	0,00	0,00	-350.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	350.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Zweiter Wechsellader für die FTZ.							
I23205-005 Ersatz Kombi FTZ	0,00	-45.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	45.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Kombi FTZ .							
I23205-006 Toilettenanhänger	0,00	-20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Toilettenanhänger zur Aufrechterhaltung der Einsatzstellenhygiene.							
I23205-007 Multi Carrier-Anhänger	0,00	-50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beschaffung eines Multi Carrier-Anhänger für den Transport von Maschinen für den Hochwasserschutz.							
I23205-008 Ersatz LKW Hebebühne 12 t FTZ	-80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I23205-009 Abrollbehälter (mit verschiedenen Containermulden)	-40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I23205-010 Scherenhebebühne 5t FTZ	-40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
I23205-011 Drohnen	0,00	-30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Drohnen für den Katastrophenschutz für die Vermisstensuche und allgemeine Hilfeleistung, z.B. zum Einsatz bei Hochwasser und Schweinepest.							
I23205-012 AB Container RED BOXX 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23206-001 Tresore Zulassungsstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000,00 25.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23301-001 OBS Sarstedt - Erneuerung PC-Räume 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-80.000,00 80.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23301-002 Gym. Alfeld - Einrichtung Informatikraum 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23301-003 BBS W-v-S-Schule - Plasmaschneidemaschine 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-35.000,00 35.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23301-004 BBS Alfeld - Erneuerung Werkstätten Elektrotechnik 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-400.000,00 400.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23301-005 Erstausrüstung Schulcontainer 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	0,00 0,00	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersteinrichtung mit Mobiliar von Schulcontainern oder anderen Räumen.							
I23301-006 Defibrillatoren - Schulgebäude 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-13.200,00 13.200,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23304-002 Hi, vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen 05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-500.000,00 500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Grundstückskauf für Neubau Verfügungsgebäude an der BBS Steuerwald im Rahmen der Umstrukturierung der Berufsbildenden Schulen am Standort Hildesheim.							
I23304-003 Hi, Kreishaus, Ausstatt. Besprech-Fraktions-Räume 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00	-20.000,00 20.000,00	0,00 0,00	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erstausrüstung/ bzw. Neuausstattung gemeinsam genutzter Bereiche wie Besprechungs- und Fraktionräumen mit Mobiliar und Technik.							
I23304-004 Alf, Kreishaus, Barrierefreiheit u. Modernisierung 05.02 - Baumaßnahmen	-300.000,00 300.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	-1.500.000,00 1.500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Einbau eines Fahrstuhles und dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen sowie Schaffen von modernen Büroflächen für die Kreisverwaltung und Energetische Sanierung.							
I23304-005 Hi, Gym. Hth. - Ersatzbau Sporthalle (II) 05.02 - Baumaßnahmen	-500.000,00 500.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I23304-006 Hi, FS Holztechnik - Energ. Sanierung 05.02 - Baumaßnahmen	-300.000,00 300.000,00	-300.000,00 300.000,00	0,00 0,00	-2.200.000,00 2.200.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.000.000,00 2.000.000,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Musterprojekt zur Kosten- Aufwandeinschätzung bei energetischen Sanierungen.							
I23304-007 Hi, BBS Steuerwald, Umsetzung Brandschutz 05.02 - Baumaßnahmen	-3.500.000,00 3.500.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
I241PROJ-1 Digitalisierung der Verwaltung 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00 0,00	-1.000.000,00 1.000.000,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00
<i>Erläuterungen:</i> Politischer Antrag 458/XIX. Bereitstellung von mehr Verwaltungsdienstleistungen digital sowie Ausbau der Digitalisierung innerhalb der Verwaltung.							
I24203-001 EDV Ausstattung Lebensmittelkontrolleure	0,00	-24.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	24.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> EDV-Ausstattung für die Lebensmittelüberwachung.							
I24203-002 Zuschuss Tierschutz Hi. u. Umg. e.V.	0,00	-250.000,00	0,00	-200.000,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	0,00	250.000,00	0,00	200.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Politischer Antrag 410/XIX. Zuschuss für den geplanten Neubau des Tierschutzes Hildesheim und Umgebung e.V.							
I24205-001 Komandowagen (Kdow) Brandabschnittsleiter (BAL)	0,00	-150.000,00	-210.000,00	-210.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	150.000,00	210.000,00	210.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Komandowagen (Kdow) für Brandabschnittsleiter (BAL).							
I24205-002 Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz	0,00	0,00	-350.000,00	-350.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	350.000,00	350.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz u.a. zur Vegetationsbrandbekämpfung.							
I24205-003 AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50	0,00	0,00	-500.000,00	-500.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	500.000,00	500.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Abrollbehälter Sonderlöschmittel FTZ.							
I24205-004 Umrüstsatz GW-L Unimog incl. Mat.- Vegetationsbr.	0,00	-150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	150.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Umrüstsatz für GW-L Unimog incl. Material zur Vegetationsbrandbekämpfung.							
I24205-005 Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatz	0,00	0,00	-850.000,00	0,00	-850.000,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	850.000,00	0,00	850.000,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen (ELW) 2.							
I24205-006 Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	0,00	-90.000,00	0,00	-90.000,00	-15.000,00	-15.000,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	90.000,00	0,00	90.000,00	15.000,00	15.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Medizinische Datenverarbeitung Pads für den Rettungsdienst.							
I24205-007 Software Katastrophenschutz	0,00	0,00	-30.000,00	-30.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Neue Stabssoftware vom Land.							
I24205-008 Gerätewagen Verpflegung (GW-V)	0,00	0,00	-300.000,00	-300.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	0,00	300.000,00	300.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ersatzbeschaffung Gerätewagen Verpflegung (GW-V).							
I24205-009 Führungskraftw.(FüKW)/Mansch.transp.(MTW) ABC-Zug	0,00	-120.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	120.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Ersatzbeschaffung Führungskraftwagen (FüKW) / Mannschaftstransportwagen (MTW) ABC-Zug als Einsatzleitwagen.							
I24205-010 Optimierung Funkausstattung TEL	0,00	-38.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	38.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Optimierung der Funkausstattung TEL u. a 6 stationäre Funkgeräte, 5 Handfunkgeräte jeweils mit Zubehör und 20 DME.							
I24205-011 Austauschcassetten für Schlauchwagen	0,00	-15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	15.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Austauschcassette für den Schlauchwagen.							
I24205-012 Mannschaftszelte Versorgungszug	0,00	-170.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	170.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beheizbare Mannschaftszelte zur Unterbringung von Einsatzkräften über mehrere Tage.							
I24205-013 Erstausstattung neuer Stabsraum	0,00	-150.000,00	0,00	-15.000,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	150.000,00	0,00	15.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ausstattung des neuen Stabsraum.							
I24301-001 BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum	0,00	-36.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	36.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Ausstattung des Computerraumes mit Arbeitsplatzrechnern, Drucker und Präsentationstechnik.							
I24301-002 BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine	0,00	-280.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	280.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erneuerung der veralteten CNC Fräsmaschine durch eine I4.0 fähigen CNC-Fräsmaschine inkl. notwendigem Zubehör.							
I24304-001 Groß Dünjen FTZ Energetische Sanierung	0,00	-200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Energetische Sanierung der FTZ Groß Dünjen.							
I24304-002 Alfeld, RS Erweiterung	0,00	-250.000,00	0,00	-1.000.000,00	-1.000.000,00	-250.000,00	0,00
05.02 - Baumaßnahmen	0,00	250.000,00	0,00	1.000.000,00	1.000.000,00	250.000,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Erweiterung des Schulgebäudes durch Dachausbau zur Abdeckung des Raumfehlbedarfes.							
I24400-001 Software Dezernat 4	0,00	-4.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	4.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Beschaffung des JUBB (Jugendhilfe Berichterstattung Bayern) Datenblatt als neue Form der Datenerfassung der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN).							
I24402-001 Ausstattung Amt 402	0,00	-20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	20.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i> Begleitinvestitionen zur technischen Umsetzung der Schnittstelleneinrichtung Lämmkomm-Lissa-enaio (Scanner, etc.).							
I24403-001 Zuschuss Michealis-Hospiz	0,00	-50.000,00	0,00	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	0,00	50.000,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00
<i>Erläuterungen:</i>							

Gesamtübersicht Investitionen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027	Finanzplan 2028
Politischer Antrag 442/XIX. Zuschuss für die Ausstattung und Startkosten des Michealis-Hospizes.							
I24407-001 Betriebskrippe im Kreishaus Hildesheim	0,00	-1.079.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	1.079.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen:

Umbaumaßnahmen für die Einrichtung einer Betriebskrippe im Kreishaus des Landkreises Hildesheim.

Übersicht Ergebnishaushalt

Landkreis Hildesheim

Kostenstelle		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Außerordentl. Erträge	Außerordentl. Aufwendungen	Außerordentl. Ergebnis
THH I	Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe`s	8.470.700,00	24.567.200,00	-16.096.500,00			
THH II	Teilhaushalt EKR	30.453.100,00	41.908.000,00	-11.454.900,00			
THH 1	Teilhaushalt 1	37.346.400,00	111.251.400,00	-73.905.000,00			
THH 3	Teilhaushalt 3	4.602.400,00	47.485.800,00	-42.883.400,00			
THH 4	Teilhaushalt 4	249.460.900,00	446.671.500,00	-197.210.600,00			
THH ZHH	Teilhaushalt Zentralhaushalt	339.345.500,00	29.679.000,00	309.666.500,00			
SUMME	Gesamtsumme	669.679.000,00	701.562.900,00	-31.883.900,00			

Übersicht Finanzhaushalt Teil 1

Landkreis Hildesheim

Kostenstelle		Einzahlungen aus lfd. Verwaltungs- tätigkeit	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungs- tätigkeit	Saldo aus lfd. Verwaltungs- tätigkeit	Einzahlungen aus Investitions- tätigkeit	Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	Saldo aus Investitions- tätigkeit
THH I	Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe's	6.580.600,00	22.869.500,00	-16.288.900,00	147.700,00	91.400,00	56.300,00
THH II	Teilhaushalt EKR	29.123.100,00	38.796.900,00	-9.673.800,00	5.225.000,00	7.510.300,00	-2.285.300,00
THH 1	Teilhaushalt 1	34.814.500,00	100.365.800,00	-65.551.300,00	6.266.500,00	27.738.000,00	-21.471.500,00
THH 3	Teilhaushalt 3	3.353.200,00	44.949.100,00	-41.595.900,00	11.000,00	3.414.200,00	-3.403.200,00
THH 4	Teilhaushalt 4	249.328.100,00	443.828.700,00	-194.500.600,00		9.871.500,00	-9.871.500,00
THH ZHH	Teilhaushalt Zentralhaushalt	336.735.200,00	27.836.200,00	308.899.000,00	179.000,00	4.851.200,00	-4.672.200,00
SUMME	Gesamtsumme	659.934.700,00	678.646.200,00	-18.711.500,00	11.829.200,00	53.476.600,00	-41.647.400,00

Querschnitt Finanzhaushalt

Landkreis Hildesheim

Kostenstelle		Einzahlungen aus Finanzierungs- tätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungs- tätigkeit	Saldo aus Finanzierungs- tätigkeit	Veränderung Bestand an Zahlungsmittel n	Verpflich- tungs- ermächti- gungen
THH I	Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe's				-16.232.600,00	
THH II	Teilhaushalt EKR				-11.959.100,00	-6.160.000,00
THH 1	Teilhaushalt 1				-87.022.800,00	-16.000.000,00
THH 3	Teilhaushalt 3				-44.999.100,00	
THH 4	Teilhaushalt 4				204.372.100,00	-8.425.100,00
THH ZHH	Teilhaushalt Zentralhaushalt	41.826.400,00	10.000.000,00	31.826.400,00	336.053.200,00	
SUMME	Gesamtsumme	41.826.400,00	10.000.000,00	31.826.400,00	-28.532.500,00	-30.585.100,00

Übersicht Finanzhaushalt Zusammenfassung

Landkreis Hildesheim

	Bezeichnung	Ansatz 2024
	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	659.934.700,00
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.829.200,00
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	41.826.400,00
	Summe der Einzahlungen	713.590.300,00
	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-678.646.200,00
	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-53.476.600,00
	Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	-10.000.000,00
	Summe der Auszahlungen	-742.122.800,00

Teilhaushalt I

Landrat,
Politik und Organisationseinheiten

Erläuterungen zum Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE`s für das Haushaltsjahr 2024

Aus der folgenden Übersicht ist die Entwicklung bzw. Veränderung des Zuschussbedarfes der Produkte der Organisationseinheiten des THH I für das Haushaltsjahr 2024 ersichtlich.

Amt	Produkt	Produkt-Name	Zuschuss (-)/ Überschuss 2023 in €	Zuschuss(-)/ Überschuss 2024 in €	Differenz	Erl.
1-01	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	-2.754.900	-2.893.000	-138.100	
	111-004	Buchungsposten Personalkosten	-2.293.400	-2.918.200	-624.800	x
	111-025	Organisation	-1.026.100	-1.128.200	-102.100	x
	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	-634.000	-740.800	-106.800	x
4-09	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	-118.600	-97.900	20.700	
	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	-1.489.900	-1.382.200	107.700	x
	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	-392.900	155.200	548.100	x
	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	-719.300	-507.000	212.300	x
	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	-1.200.200	-932.000	268.200	x
	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	-373.900	-271.100	102.800	x
	414-006	Präventionsmaßnahmen PIAF® (Amt 409)	-951.700	-712.500	239.200	x
8-00	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	-437.200	-448.900	-11.700	
	111-016	Fraktionen	-731.800	-759.100	-27.300	
9-00	111-017	Verwaltungsführung LR	-495.100	-503.600	-8.500	
9-02	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	-252.100	-258.400	-6.300	
9-04	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	-377.200	-402.500	-25.300	
	111-024	Kreistagsangelegenheiten	-164.700	-172.200	-7.500	
	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	-186.000	-193.700	-7.700	
9-06	111-020	Prüfung und Beratung	-1.220.900	-1.444.900	-224.000	x
9-07	111-021	Personalvertretung	-463.500	-485.500	-22.000	
9-10	111-023	Kommunalaufsicht	-276.400	-504.000	-227.600	x

Die wesentlichen Veränderungen sind in der Spalte Erläuterungen mit einem „x“ gekennzeichnet und werden nachstehend wie folgt erläutert:

Amt 101 – Personal- und Organisationsamt

111-004 Buchungsposten Personalkosten

Veränderung des Zuschussbedarfes: -624.800€

Im Produkt Buchungsposten Personalkosten werden bestimmte Sonderbereiche, wie z.B.

- Jugendeinrichtungen,
 - Beschäftigte der Volkshochschule,
 - Personalnebenkosten, die keinem Amt zugeordnet werden können,
 - Beschäftigte in Elternzeit oder in der Beurlaubung sowie in der Passivphase der Altersteilzeit und Nachwuchskräfte
- geführt.

Die Veränderungen im Zuschussbedarf sind auf personelle Veränderungen zurückzuführen.

Das Produkt „Buchungsposten Personalkosten“ ist im Zusammenhang mit den gesamten Personalaufwendungen des Landkreises zu sehen.

Der Personalaufwand wird zentral vom Amt 101 bewirtschaftet und findet sich in den einzelnen Produkten der Teilhaushalte wieder. Der Personalaufwand entwickelt sich wie folgt:

Bezeichnung		Aufwand 2023	Aufwand 2024	Differenz	Erl.
Gesamthaushalt	Personalaufwand	81.463.200 €	86.965.200 €	5.502.000 €	x

Erläuterungen zur Kalkulation des Personalkostenaufwandes des Haushaltsjahres 2024:

Basis Beamte:

Die Landesregierung hat über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2022 und 2023 beschlossen. Die Laufzeit endet am 30.09.2023.

Das Gesetz enthält u.a. eine Anhebung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger:

- zum 1. Dezember 2022 um 2,80 Prozent.

Für 2024 wird angenommen, dass der unten genannte Tarifabschluss zeitversetzt für die BeamtInnen übernommen wird –ähnlich wie in den letzten Jahren-. Für 2024 wurde die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie i.H.v. 1.500 € und ab 01.10.2024 eine an die Tarifrunde 2023 angelehnte Besoldungserhöhung einkalkuliert.

Seit 2022 wird für die aktiven BeamtInnen der Besoldungsgruppen bis A8 im Monat Dezember eine Sonderzahlung i.H. von 1.200 € gezahlt. Für die übrigen Besoldungsgruppen beträgt die Höhe der Sonderzahlung 500 € und für die AnwärterInnen 250 €. Die Sonderzahlung wird bei einer Teilzeitbeschäftigung entsprechend des Stundenbruchteiles gekürzt. Mit diesen Werten wird auch für 2024 kalkuliert.

Unabhängig von der Besoldungsgruppe erfolgt im Monat Dezember für jedes Kind, für das in Bezug auf den Monat Dezember ein Familienzuschlag gewährt wird, eine jährliche Sonderzahlung. Diese beträgt für das erste und zweite Kind jeweils 250 € und für das dritte und jedes weitere Kind je 500 €.

Ab 01.01.2023 hat sich weiterhin der kinderbezogene Familienzuschlag um 100 € erhöht.

Für den Bereich der Beamtenversorgung (Umlage und Beihilfe) wurde die Kalkulation unter Berücksichtigung der für das Jahr 2023 von der NVK erhobenen Abschlagszahlungen durchgeführt.

Die NVK stellt für die Berechnungen der Pensions- und Beihilferückstellungen entsprechende Tabellen (ermittelte Barwerte nach § 45 Abs.1 Nr. 1 und Abs. 3 KomHKVO) zum Stichtag des Vorjahres zur Verfügung und legt den Hebesatz für die Beihilferückstellungen mit einem 3-jährigen Durchschnittswert fest. Diese Werte wurden unter Berücksichtigung verschiedener Parameter hochgerechnet.

Der Hebesatz für die Beihilferückstellungen per 31.12.22 beträgt 16,50 %. Die durchschnittliche jährliche Erhöhung der Vorjahre betrug 0,3 %, sodass im Jahr 2024 von einem Hebesatz von 17,1 % ausgegangen wird.

Basis für die Tariflich Beschäftigten:

Der Tarifvertrag der Tariflich Beschäftigten – vereinbart in der Tarifrunde 2023 – sieht folgende Tarifierhöhungen vor:

- im Januar und Februar 2024: je 220 € steuerfreies Inflationsausgleichsgeld
- für Auszubildende und PraktikantInnen: je 110 €
- zum 01.03.2024: plus 200 € und anschließend plus 5,5%, insgesamt mindestens 340 €
- für Auszubildende und PraktikantInnen: plus 150 € monatlich

Der Tarifvertrag endet zum 31.12.2024.

Unabhängig davon gab es im Mai 2022 eine Tarifeinigung im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. Ab dem Jahr 2022 erhalten alle Beschäftigten zwei Regenerationstage sowie ab 01.07.2022 eine monatliche SuE-Zulage in Höhe von 130 € (S2 – 11a) bzw. 180 € (S11b – 12, S14 und S15). Diese Zulage kann auf Wunsch der Beschäftigten zum Teil in Freizeit umgewandelt werden.

Für die Kalkulation 2024 wurde die Auszahlung der kompletten Zulage einkalkuliert.

Für den Monat November wurde eine Jahressonderzahlung in Abhängigkeit von der jeweiligen Entgeltgruppe kalkuliert. In der Tarifrunde 2020 (Laufzeit bis 31.12.2022) wurden folgende Jahressonderzahlungen vereinbart (E1 – E8 = 84,51 %, E9 – E12 = 70,28 %, E13 – E15 = 51,78 %). Da ab 2019 keine weiteren Absenkungen erfolgen und die Sonderzahlungen wieder an Entgeltsteigerungen teilnehmen, wurde die prognostizierte Tariferhöhung hierbei berücksichtigt.

Darüber hinaus ist für den Monat Dezember ein tariflich vorgeschriebener Betrag für eine 2,0%ige leistungsorientierte Bezahlung berücksichtigt.

Im Bereich der Sozialversicherung werden folgende Werte zugrunde gelegt; VBL 5,49 %, Rentenversicherung 18,6 %, Arbeitslosenversicherung 2,4 %, Krankenversicherung 14,6 %, Krankenversicherungszusatzbeitrag 1,3 % (durchschnittlich) und Pflegeversicherung 3,05 % - bei Kinderlosen 3,3 %.

Maßgebliche Grundlage der Kalkulation bilden die Personal-IST-Bestände und die Personalaufwendungen des Abrechnungsmonats Mai 2023 sowie der Sollstellenplan (Stand: Mai 2023), Erfahrungswerte der Vorjahre sowie alle zum Zeitpunkt der Kalkulation bekannten personellen Entwicklungen bzw. Veränderungen.

Die gemäß Stellenplan 2023 zusätzlich eingerichteten Stellen wurden für 2024 mitkalkuliert, sofern diese bereits besetzt und im Personal-Ist-Bestand enthalten sind.

Allgemeine Regeln:

Die zu erwartenden Personalgemeinkosten (Beiträge zur Gemeindeunfallversicherung, Feuerwehrunfallkasse, Niedersächsischen Versorgungskasse; Umlage und Beihilfe) wurden anhand der Vorjahreszahlungen sowie den derzeit gezahlten Abschlägen prognostiziert. Dies trifft auch auf alle Personalgemeinkosten für nicht mehr aktives Personal zu. Anschließend wurden diese prognostizierten Personalgemeinkosten nach realistischen Maßstäben, entweder pro Kopf oder prozentual nach Besoldungs-/Entgeltgruppe verteilt und zu den bereits ermittelten Personaleinzelkosten addiert.

Die an die Gemeinsame Einrichtung (ehem.ARG), VHS gGmbH, Jugendeinrichtungen abgeordneten Beschäftigten, alle Nachwuchskräfte, die in Elternzeit befindlichen Beamtinnen und Beamten und das stellenplanmäßig nicht zugeordnete Personal sind separaten Pseudokostenstellen (PK1-01BXXX) zugeordnet.

Neben den oben genannten Parametern der Kalkulation sind weitere Besonderheiten zu nennen:

- ganzjährige Auswirkungen von Beamten, die unterjährig nach einer Abordnung zum Landkreis Hildesheim versetzt worden sind und die verbeamtet worden sind
- Einstellungen aufgrund Aufgabenzuwächse
- Einstellungen im Rahmen einer Personalentwicklungsmaßnahme inklusive Absolvierung des Angestelltenlehrganges I und II

Die Erhöhung des Ansatzes 2024 gegenüber Ansatz 2023 ist im Wesentlichen begründet:

- Ca. 4,3 Mio. € Tarifierhöhung (AG-Kosten) incl. Inflationsausgleichsprämie
- Ca. 610.000 € angenommene Besoldungserhöhung incl. Inflationsausgleichsprämie
- Ca. 340.000 € prognostizierte Erhöhung der Versorgungs- und Beihilfeumlage der Beamten

Produkt 111-025 Organisation

Veränderung des Zuschussbedarfs: 102.100 €

In dem Bereich Hilfen zur Erziehung soll im Jahr 2024 eine Prozessoptimierung stattfinden. Hierfür werden einmalig 30.000 € zur Verfügung gestellt. Weiterhin tragen gestiegene Personalaufwendungen (02.01) zu einem erhöhten Zuschussbedarf bei.

Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Veränderung des Zuschussbedarfes: -106.800 €

Ein erhöhter Zuschussbedarf ergibt sich insbesondere durch geringere Kostenerstattungen und Kostenumlagen (01.07) i.H.v. 240.000 €. Durch die Verschlechterung der Stellenbesetzungsquote im Jobcenter, ergibt sich ein geringerer Personalaufwand und dadurch weniger Erstattungen.

Amt 409- Gesundheitsamt

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Veränderung des Zuschussbedarfs: 107.700 €

Eine Verbesserung des Zuschussbedarfs ergibt sich insbesondere bei den Personalaufwendungen (02.01) und den Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (08.02).

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: 548.100 €

Ein geringerer Zuschussbedarf ergibt sich durch höhere Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (01.02).

Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Veränderung des Zuschussbedarfes: 212.300 €

Ein geringerer Zuschussbedarf ergibt sich durch einen geringeren Ansatz im Bereich der Personalaufwendungen (02.01) i.H.v. 178.300 €.

Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Veränderung des Zuschussbedarfes: 268.200 €

Ein geringerer Zuschussbedarf ergibt sich durch einen geringeren Ansatz im Bereich der Personalaufwendungen (02.01) i.H.v. 288.500 €.

Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Veränderung des Zuschussbedarfes: 102.800 €

Ein geringerer Zuschussbedarf ergibt sich durch einen geringeren Ansatz im Bereich der Personalaufwendungen (02.01) i.H.v. 101.700 €.

Produkt 414-006 Präventionsmaßnahmen PIAF® (Amt 409)

Veränderung des Zuschussbedarfes: 239.200 €

Eine Verbesserung des Zuschussbedarfs ergibt sich insbesondere aus einem geringeren Zuschuss für Personalaufwendungen (02.01) i.H.v. 188.300 € und im Bereich der Transferaufwendungen (02.06) i.H.v. 50.000 €.

Amt 906- Rechnungsprüfungsamt

Produkt 111-020 Prüfung und Beratung

Veränderung des Zuschussbedarfs: -224.000 €

Durch Steigerungen bei den Personalaufwendungen (02.01) i.H.v. 120.200 € ergibt sich ein erhöhter Zuschussbedarf. Außerdem wird mit geringeren öffentlich-rechtlichen Entgelten (01.05) i.H.v. 100.000 € gerechnet.

Amt 910- Kommunalaufsicht

Produkt 111-023 Kommunalaufsicht

Veränderung des Zuschussbedarfs: -227.600 €

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich durch eine Steigerung der Personalaufwendungen (02.01). Die Personalaufwendungen (02.01) steigen im Vergleich zum Vorjahr um 227.400 €.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Amt/OE	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €

Teilhaushalt I

Landrat, Politik und Organisationseinheiten					
9-00	111-017	Verwaltungsführung LR	4.600	508.200	-503.600
9-04	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	0	402.500	-402.500
9-04	111-024	Kreistagsangelegenheiten	0	172.200	-172.200
9-04	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	150.000	343.700	-193.700
Politik					
8-00	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse	0	448.900	-448.900
8-00	111-016	Fraktionen	0	759.100	-759.100
Amt / OE					
1-01	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen	92.900	2.985.900	-2.893.000
1-01	111-004	Buchungsposten Personalkosten	2.122.500	5.040.700	-2.918.200
1-01	111-025	Organisation	0	1.128.200	-1.128.200
1-01	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)	4.200.000	4.940.800	-740.800
4-09	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	0	97.900	-97.900
4-09	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst	0	1.382.200	-1.382.200
4-09	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	1.546.600	1.391.400	155.200
4-09	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	167.100	674.100	-507.000
4-09	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	30.000	962.000	-932.000
4-09	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	33.100	304.200	-271.100
4-09	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	0	712.500	-712.500
9-02	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	11.400	269.800	-258.400
9-06	111-020	Prüfung und Beratung	104.000	1.548.900	-1.444.900
9-07	111-021	Personalvertretung	0	485.500	-485.500
9-10	111-023	Kommunalaufsicht	8.500	512.500	-504.000
Ergebnis Teilhaushalt I			8.470.700	25.071.200	-16.600.500

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe`s

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.448.766,87	1.394.700,00	1.604.900,00	1.174.600,00	1.192.000,00	1.204.800,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	66,67	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	377.641,04	457.500,00	253.000,00	341.300,00	347.300,00	351.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	7.213,92	1.800,00	64.900,00	64.900,00	64.900,00	64.900,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.317.556,38	5.011.500,00	4.613.800,00	4.615.900,00	4.618.700,00	4.620.700,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.925,89	19.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	686.367,86	1.510.000,00	1.920.000,00	1.920.300,00	1.920.900,00	1.921.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	7.840.538,63	8.394.600,00	8.470.700,00	8.131.100,00	8.157.900,00	8.177.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	19.809.058,16	20.351.300,00	20.569.000,00	21.204.500,00	21.740.500,00	22.333.600,00
02.02	- Versorgungsaufwendungen	26.276,48					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	885.213,89	1.575.800,00	1.377.300,00	1.371.300,00	1.364.000,00	1.375.100,00
02.04	- Abschreibungen	16.634,53	24.800,00	19.800,00	20.500,00	20.700,00	20.900,00
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.065,66					
02.06	- Transferaufwendungen	540.521,55	620.900,00	623.900,00	637.900,00	653.200,00	668.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.446.811,33	1.678.100,00	1.977.200,00	1.941.800,00	1.909.000,00	1.915.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	22.748.581,60	24.250.900,00	24.567.200,00	25.176.000,00	25.687.400,00	26.314.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-14.908.042,97	-15.856.300,00	-16.096.500,00	-17.044.900,00	-17.529.500,00	-18.136.600,00
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	101,15					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	-101,15					
05.	= Jahresergebnis	-14.908.144,12	-15.856.300,00	-16.096.500,00	-17.044.900,00	-17.529.500,00	-18.136.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	525.600,00	703.500,00	504.000,00	504.000,00	504.000,00	504.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-525.600,00	-703.500,00	-504.000,00	-504.000,00	-504.000,00	-504.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-15.433.744,12	-16.559.800,00	-16.600.500,00	-17.548.900,00	-18.033.500,00	-18.640.600,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe`s

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.448.766,87	1.394.700,00	1.604.900,00	1.174.600,00	1.192.000,00	1.204.800,00
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	392.600,27	457.500,00	253.000,00	341.300,00	347.300,00	351.700,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	5.673,71	1.800,00	64.900,00	64.900,00	64.900,00	64.900,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.290.446,54	5.011.500,00	4.613.800,00	4.615.900,00	4.618.700,00	4.620.700,00
01.07	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen		19.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
01.09	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	6.050,00		30.000,00	30.300,00	30.900,00	31.300,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.143.537,39	6.884.500,00	6.580.600,00	6.241.000,00	6.267.800,00	6.287.400,00
02.01	- Personalauszahlungen	18.385.545,87	18.828.100,00	18.891.100,00	19.474.700,00	19.968.000,00	20.517.700,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u.ger.Verm.	885.787,24	1.575.800,00	1.377.300,00	1.371.300,00	1.364.000,00	1.375.100,00
02.05	- Transferauszahlungen	539.318,33	620.900,00	623.900,00	637.900,00	653.200,00	668.800,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.720.643,29	1.678.100,00	1.977.200,00	1.941.800,00	1.909.000,00	1.915.700,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.531.294,73	22.702.900,00	22.869.500,00	23.425.700,00	23.894.200,00	24.477.300,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-14.387.757,34	-15.818.400,00	-16.288.900,00	-17.184.700,00	-17.626.400,00	-18.189.900,00
04.04	+ Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	147.700,00	147.700,00	147.700,00	147.000,00	147.000,00	147.000,00
04.05	+ sonstige Investitionstätigkeit	752,13					
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	148.452,13	147.700,00	147.700,00	147.000,00	147.000,00	147.000,00
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen		32.900,00	77.400,00			
05.04	- Erwerb von Finanzvermögensanlagen		19.000,00	14.000,00	12.000,00	10.000,00	10.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit		51.900,00	91.400,00	12.000,00	10.000,00	10.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	148.452,13	95.800,00	56.300,00	135.000,00	137.000,00	137.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-14.239.305,21	-15.722.600,00	-16.232.600,00	-17.049.700,00	-17.489.400,00	-18.052.900,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit						
09.	= Finanzmittelbestand	-14.239.305,21	-15.722.600,00	-16.232.600,00	-17.049.700,00	-17.489.400,00	-18.052.900,00

Investitionen Teilhaushalt Landrat,Politik,Oe`s

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10101-002 Zuführung Versorgungsrücklage für aktive Beamte	53.200,00	55.200,00		56.000,00	57.000,00	57.000,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	61.200,00	61.200,00		61.000,00	61.000,00	61.000,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	8.000,00	6.000,00		5.000,00	4.000,00	4.000,00
I10409-999 Ausstattung Amt 409 -Kinder-/Jugendgesundheit-		-6.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		6.000,00				
I12101-003 Zuführung Versorgungsrücklage für passive Beamte	75.500,00	78.500,00		79.000,00	80.000,00	80.000,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	86.500,00	86.500,00		86.000,00	86.000,00	86.000,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	11.000,00	8.000,00		7.000,00	6.000,00	6.000,00
I13409-003 Ausstattung Amt 409-Ärztli./zahnärztl.Unters/Berat	-5.000,00	-40.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	40.000,00				
I20101-001 Software	-27.900,00	-31.400,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.900,00	31.400,00				

Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	11 Innere Verwaltung
Produktgruppe	111 Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule
Kurzbeschreibung	Bereitstellung von geeignetem Personal für die Dezernate, alle vertrags- und dienstrechtlichen Angelegenheiten; Ausbildung und Weiterqualifizierung und Förderung; Zahlung der Entgelte und Besoldung; sonstige finanzielle Leistungen, auf die ein vertraglicher oder gesetzlicher Anspruch besteht; Unterstützung der Dezernate bei der externen Besetzung von Stellen; interne Stellenvermittlung.
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Dezernate, Beschäftigte extern: externe Bewerberinnen und Bewerber
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Auftrag der Verwaltungsführung sowie allgemeine und spezielle Dienstanweisungen, bestehende Tarifverträge, TVöD, BMT-G, NBG, NKomVG, BBesG, NBesG, Arbeitsschutzgesetz sowie die verschiedensten anderen Gesetze und VO
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Chancengleichheit und Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung - individuelle Förderung der Beschäftigten (adäquater Einsatz, Nutzung vorhandener Potentiale) - Gesetz- und tarifgerechte Zahlung von Entgelten und Besoldung - Vakante Stellen sollen zeitnah mit geeignetem Personal besetzt werden <p>Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche</p>
Qualitätsziele	<p>Z-111-002-001: Intensive Teilnahme an den Kennzahlenvergleichen sowie Analyse der Daten und Erfahrungsaustausch zur kontinuierlichen Verbesserung des wirtschaftlichen Handelns und der eigenen Leistungen.</p> <p>Z-111-002-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-111-002-003: Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "3" erreichen.</p> <p>Z-111-002-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.</p>
Maßnahmen	<p>ZM-111-002-102: Intensiver Erfahrungsaustausch mit den Landkreisen des Vergleichsringes z.Z. KgSt-Vergleich</p> <p>ZM-111-002-201: Durchführung einer Mitarbeiterbefragung zur Ermittlung der aktuellen Mitarbeiterzufriedenheit, Erhebungsturnus alle 3-4 Jahre, Erhebungsjahr 2018 bzw. 2019 - soweit keine ähnlich gelagerte Befragung in einem Zeitraum von mindestens 2 Jahren zuvor erfolgt ist.</p> <p>ZM-111-002-202: Zur Sicherstellung der Mitarbeiterzufriedenheit werden Einzel- sowie Gruppengespräche geführt, um so Verbesserungspotential herauszuarbeiten.</p>

Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

ZM-111-002-301:

Durchführung einer Kundenbefragung zur Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit, Erhebungsturnus alle 3-4 Jahre, Erhebungsjahr 2018 bzw. 2019 - soweit keine ähnlich gelagerte Befragung in einem Zeitraum von mindestens 2 Jahren zuvor erfolgt ist.

ZM-111-002-302:

Zur Sicherstellung der KundenInnenzufriedenheit wird eine intensive Personalbedarfsplanung incl. Nachwuchs- und Ausbildungsplanung, Karriereplanung, Umgang mit Minderleistung (AL-Besprechungen, Informaterial, Gesprächsangebote) durchgeführt. Weiterhin werden zentrale Fortbildungen für Verwaltungsfremde und Sozialarbeiter angeboten. Darüber hinaus wird kontinuierlich an der Sicherung und Steigerung der Attraktivität der Landkreisverwaltung als Arbeitgeber gearbeitet. Der Fachkräftemangel im Verwaltungsbereich sowie in weiteren Bereichen der Verwaltung (Bsp. Bauamt, Gesundheitsamt, Veterinäramt) erfordert neben verstärkten Bemühungen im Bereich der Nachwuchskräfte eine weitere konzeptionelle Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und pers.Lebenssituationen, Personalgewinnung und Personalbindung sowie eine Imageverbesserung und Marketing.

ZM-111-002-401:

Fortlaufende Prozessoptimierung

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-002-001 Zu betreuende Beschäftigte - (Anzahl)	0,00	1.270,00	1.250,00
G-111-002-002 Abrechnungsfälle - (Anzahl)	0,00	17.675,00	17.520,00
ZK-111-002-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-002-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	3,00	3,00
ZK-111-002-401 Engehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-111-002-101 Teilnahme am KZV "Personal" - (%)	0,00	100,00	100,00

Leistungen		
	111-002	Zentrale Personaldienstleistungen
	111-002-0002	Beschäftigungsverhältnisse für tariflich Beschäftigte
	111-002-0003	Beamtenverhältnisse
	111-002-0004	Nachwuchsgewinnung, Ausbildung, Zentrale Fortbildung
	111-002-0005	Personalkostenmanagement
	111-002-0006	Grundsatzangelegenheiten, Berichte und Konzepte
	111-002-0007	Besoldung, Entgelte

Teilergebnishaushalt Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	66,67	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.134,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.070,55					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	89.159,02	94.500,00	77.000,00	77.000,00	77.000,00	77.000,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.925,89	19.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	19.057,50					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	113.413,63	115.400,00	92.900,00	92.900,00	92.900,00	92.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.666.415,35	1.849.900,00	1.899.000,00	1.973.600,00	2.027.600,00	2.085.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	543.847,62	787.100,00	850.700,00	850.200,00	849.600,00	850.500,00
02.04	- Abschreibungen	2.397,14	2.800,00	5.900,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.065,66					
02.06	- Transferaufwendungen	57.837,99	57.700,00	64.000,00	64.000,00	64.000,00	64.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	88.328,12	92.500,00	86.600,00	86.600,00	86.600,00	86.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.382.891,88	2.790.000,00	2.906.200,00	2.980.400,00	3.033.800,00	3.092.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.269.478,25	-2.674.600,00	-2.813.300,00	-2.887.500,00	-2.940.900,00	-2.999.900,00
05.	= Jahresergebnis	-2.269.478,25	-2.674.600,00	-2.813.300,00	-2.887.500,00	-2.940.900,00	-2.999.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	67.212,10	80.300,00	79.700,00	79.700,00	79.700,00	79.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-67.212,10	-80.300,00	-79.700,00	-79.700,00	-79.700,00	-79.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.336.690,35	-2.754.900,00	-2.893.000,00	-2.967.200,00	-3.020.600,00	-3.079.600,00

Investitionen Produkt 111-002 Zentrale Personaldienstleistungen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10101-002 Zuführung Versorgungsrücklage für aktive Beamte	53.200,00	55.200,00		56.000,00	57.000,00	57.000,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	61.200,00	61.200,00		61.000,00	61.000,00	61.000,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	8.000,00	6.000,00		5.000,00	4.000,00	4.000,00
I12101-003 Zuführung Versorgungsrücklage für passive Beamte	75.500,00	78.500,00		79.000,00	80.000,00	80.000,00
04.04 + Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	86.500,00	86.500,00		86.000,00	86.000,00	86.000,00
05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	11.000,00	8.000,00		7.000,00	6.000,00	6.000,00
I20101-001 Software	-27.900,00	-31.400,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.900,00	31.400,00				

Produkt 111-004 Buchungsposten Personalkosten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-004	Buchungsposten Personalkosten

Teilhaushalt I - Landrat, Politik, OE's

Verantwortlich Amt 101 - Thomas Baule

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Sachziele

Qualitätsziele

Leistungen	111-004	Buchungsposten Personalkosten
	111-004-0001	Altersteilzeit
	111-004-0002	Nicht zugeordnetes Personal
	111-004-0003	Ausbildung
	111-004-0004	Beurlaubungen etc.
	111-004-0005	VHS gGmbH
	111-004-0007	Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen
	111-004-0009	Ländliche Erwachsenenbildung
	111-004-0010	Klimaschutzagentur

Teilergebnishaushalt Produkt 111-004 Buchungsposten Personalkosten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte			60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	366.328,43	272.700,00	172.500,00	172.500,00	172.500,00	172.500,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	659.060,36	1.510.000,00	1.890.000,00	1.890.000,00	1.890.000,00	1.890.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.025.388,79	1.782.700,00	2.122.500,00	2.122.500,00	2.122.500,00	2.122.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	3.615.677,38	4.044.100,00	4.809.700,00	4.925.100,00	5.039.800,00	5.168.300,00
02.02	- Versorgungsaufwendungen	26.276,48					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	-111,12	32.000,00	231.000,00	231.000,00	231.000,00	231.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.641.842,74	4.076.100,00	5.040.700,00	5.156.100,00	5.270.800,00	5.399.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.616.453,95	-2.293.400,00	-2.918.200,00	-3.033.600,00	-3.148.300,00	-3.276.800,00
05.	= Jahresergebnis	-2.616.453,95	-2.293.400,00	-2.918.200,00	-3.033.600,00	-3.148.300,00	-3.276.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.616.453,95	-2.293.400,00	-2.918.200,00	-3.033.600,00	-3.148.300,00	-3.276.800,00

Produkt 111-015 Kreistag und seine Ausschüsse		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's	
Kurzbeschreibung	Entscheidungen entsprechend den gesetzlichen Zuständigkeiten, Treffen von strategischen Entscheidungen und Setzen von Rahmenbedingungen, Budgetvorgaben, Kontrakte mit der Verwaltungsführung, Überwachung der Durchführung der Entscheidungen.	
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung extern: Einwohnerschaft, Städte, Samtgemeinden und Gemeinden, Verbände und Vereine, Gesellschaften und Beteiligungen	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	NKomVG, Sonstige Rechtsvorschriften	
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben im Sinne des NKomVG	
Qualitätsziele		
Leistungen	111-015	Kreistag und seine Ausschüsse

Teilergebnishaushalt Produkt 111-015 Kreistag und seine Ausschüsse

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.761,12	7.200,00	8.900,00	8.500,00	8.100,00	8.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	426.886,69	430.000,00	440.000,00	442.200,00	446.700,00	451.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	432.647,81	437.200,00	448.900,00	450.700,00	454.800,00	459.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-432.647,81	-437.200,00	-448.900,00	-450.700,00	-454.800,00	-459.800,00
05.	= Jahresergebnis	-432.647,81	-437.200,00	-448.900,00	-450.700,00	-454.800,00	-459.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-432.647,81	-437.200,00	-448.900,00	-450.700,00	-454.800,00	-459.800,00

Produkt 111-016 Fraktionen		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-016	Fraktionen
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Geschäftsführung der Fraktionen: Handlungskonzepte, Initiativen, Umsetzung und Kontrolle von Fraktionsbeschlüssen, Stellungnahmen zu Verwaltungsvorlagen und Rechtsvorschriften, Organisation und Koordination der Fraktionsarbeit in den Fachausschüssen, - Beschaffung und Auswertung von Informationen - Öffentlichkeitsarbeit - Anlaufstelle für Anregungen, Anfragen, Beschwerden etc. aus der Bevölkerung, von Firmen, von Vereinen und Verbänden, Initiativen etc. 	
Zielgruppe	intern: Kreistagsabgeordnete, Verwaltungsführung extern: Einwohnerschaft, Firmen, Vereine und Verbände, Initiativen etc.	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	NKomVG, Parteiengesetz, Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Kreistages	
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Sach- und zeitgerechte Vorbereitung und Koordination der Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse - Wirtschaftlichkeit der Fraktionsarbeit - Zeitnahe Aufbereitung und Zusammenführung von Informationen - Allgemeinverständliche und positive Öffentlichkeitsarbeit 	
Qualitätsziele		
Leistungen	111-016	Fraktionen
	111-016-0002	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle SPD
	111-016-0004	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle CDU
	111-016-0006	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Bündnis90/DIE GRÜNEN
	111-016-0008	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle FDP
	111-016-0009	Politische Arbeit Bündnis!
	111-016-0010	Fraktionsgeschäftsstelle Bündnis!
	111-016-0012	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle Die Unabhängigen
	111-016-0014	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle DIE LINKE
	111-016-0015	Politische Arbeit/Fraktionsgeschäftsstelle AfD

Teilergebnishaushalt Produkt 111-016 Fraktionen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	83,00					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	9.014,82	11.300,00	13.600,00	13.400,00	12.700,00	13.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	650.299,30	693.100,00	720.000,00	720.000,00	720.000,00	720.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	659.397,12	704.400,00	733.600,00	733.400,00	732.700,00	733.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-659.397,12	-704.400,00	-733.600,00	-733.400,00	-732.700,00	-733.600,00
05.	= Jahresergebnis	-659.397,12	-704.400,00	-733.600,00	-733.400,00	-732.700,00	-733.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.400,00	27.400,00	25.500,00	25.500,00	25.500,00	25.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-25.400,00	-27.400,00	-25.500,00	-25.500,00	-25.500,00	-25.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-684.797,12	-731.800,00	-759.100,00	-758.900,00	-758.200,00	-759.100,00

Produkt 111-017 Verwaltungsführung LR			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-017	Verwaltungsführung LR	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Kurzbeschreibung	Strategische und operative Steuerung der Verwaltung, grundsätzliche und/oder fachbereichsübergreifende Entscheidungen, Außenvertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, soweit vorbehalten		
Zielgruppe	Einwohnerschaft, Kreistag und seine Ausschüsse, Dezernate, Vereine und Verbände, Gesellschaften und Beteiligungen		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG und sonstige Rechtsvorschriften		
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben i. S. der NKomVG		
Qualitätsziele	Z-111-017-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-017-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.Sons	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-017	Verwaltungsführung LR	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-017 Verwaltungsführung LR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	5.443,66		4.600,00	4.600,00	4.600,00	4.600,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	5.443,66		4.600,00	4.600,00	4.600,00	4.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	476.317,79	435.400,00	450.000,00	469.100,00	482.100,00	495.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	18.530,60	18.200,00	29.500,00	29.200,00	28.900,00	29.400,00
02.04	- Abschreibungen	214,98	200,00	200,00	300,00	300,00	300,00
02.06	- Transferaufwendungen	20.000,00	20.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	52.415,31	15.800,00	22.800,00	22.800,00	22.800,00	22.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	567.478,68	489.600,00	502.500,00	521.400,00	534.100,00	548.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-562.035,02	-489.600,00	-497.900,00	-516.800,00	-529.500,00	-543.700,00
05.	= Jahresergebnis	-562.035,02	-489.600,00	-497.900,00	-516.800,00	-529.500,00	-543.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.400,00	5.500,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-6.400,00	-5.500,00	-5.700,00	-5.700,00	-5.700,00	-5.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-568.435,02	-495.100,00	-503.600,00	-522.500,00	-535.200,00	-549.400,00

Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	OE902 - Katina Bruns		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau im Aufgabenbereich des Landkreises Hildesheim - Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kreisverwaltung, z.B. durch Mitwirkung an den Personalauswahlverfahren und am Gleichstellungsplan - Unterstützung der Verwaltungsführung bei der Umsetzung des gesetzlichen Auftrages, z.B. Frauen und Männern in der Landkreisverwaltung eine gleichberechtigte Stellung zu verschaffen 		
Zielgruppe	intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Hildesheim extern: Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis Hildesheim; Verwaltungsführung und Kreistag Verbände, Parteien, Institutionen im Landkreis Hildesheim		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	GG, NKomVG, NGG, Richtlinien für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nach NKomVG		
Sachziele	Ziele der Gleichstellungsarbeit sind: <ul style="list-style-type: none"> - Die Gleichstellung von Frau und Mann weiter voranzutreiben und an der Umsetzung des gesetzlichen Auftrags mitzuwirken, dass sie entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind. - Förderung und Unterstützung der beruflichen Gleichstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 		
Qualitätsziele	Z-111-018-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-111-018-002: Vernetzung von Institutionen, Beratungsstellen und Projekten mit dem Ziel der Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau. Z-111-018-003: Jährlich finden mindestens 4 Arbeitstreffen (Tagungen und Konferenzen) mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Hildesheim statt. Z-111-018-004: Vertretung des Landkreises Hildesheim auf den jährlich stattfindenden Regional-, Landes-, und Bundeskonferenzen, mindestens 2 mal. Z-111-018-005: Schaffung und Begleitung von Informationsangeboten, Netzwerken und Aktionsbündnissen Z-111-018-006: Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Institutionen mit dem Ziel der Verbesserung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau

Landkreis Hildesheim

ZK-111-018-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
ZK-111-018-102 Anzahl der Netzwerktreffen - (Anzahl)	0,00	4,00	28,00
ZK-111-018-103 Anzahl der Arbeitstreffen m.d. kommunalen Gleichstellungsstellen	0,00	4,00	4,00
ZK-111-018-104 Anzahl der Teilnahme an Regional-, Landes-, u. Bundeskonferenzen	0,00	2,00	5,00

Leistungen	111-018	Gleichstellung von Mann und Frau
	111-018-0001	Gleichstellung im Aufgabenbereich d. LK
	111-018-0002	Gleichstellung in der Kreisverwaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-018 Gleichstellung von Mann und Frau

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.900,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	11.900,00	11.400,00	11.400,00	11.400,00	11.400,00	11.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	207.433,11	209.000,00	215.400,00	225.700,00	231.900,00	238.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	16.007,64	20.000,00	20.300,00	20.100,00	19.900,00	20.200,00
02.06	- Transferaufwendungen	20.137,10	27.000,00	27.000,00	27.000,00	27.000,00	27.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.479,65	2.000,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	247.057,50	258.000,00	264.100,00	274.200,00	280.200,00	287.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-235.157,50	-246.600,00	-252.700,00	-262.800,00	-268.800,00	-275.800,00
05.	= Jahresergebnis	-235.157,50	-246.600,00	-252.700,00	-262.800,00	-268.800,00	-275.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.100,00	5.500,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.100,00	-5.500,00	-5.700,00	-5.700,00	-5.700,00	-5.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-240.257,50	-252.100,00	-258.400,00	-268.500,00	-274.500,00	-281.500,00

Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto		
Kurzbeschreibung	Externe und interne (Mitarbeiterinformation) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie direkte Zuarbeit für die Verwaltungsführung		
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Mitarbeiter/innen extern: Kreisbevölkerung sowie die Öffentlichkeit allgemein Redaktionen der elektronischen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Internet) und der Printmedien Besucher/innen, Neubürger/innen		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Informationsanspruch aus Art. 5 Abs. 1 GG (Pressefreiheit, Freiheit der Berichterstattung) - Pressegesetz Niedersachsen (§ 3 öffentliche Aufgaben der Presse und § 4 Abs. 1 Informationsrecht der Presse / Informationspflichten der Behörden) - Personalentwicklungskonzept (Mitarbeiterinformation) 		
Sachziele	<p>Externe Öffentlichkeitsarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherstellung eines optimalen Informationsflusses zu den Medien - Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Redaktionen und der interessierten Öffentlichkeit - Information der Öffentlichkeit über Dienstleistungsangebote mit eigenen (Print- u. Internet-) Medien - Konzeption, Vorbereitung und Gestaltung von öffentlichen Veranstaltungen (Pressekonferenzen, -gesprächen etc.) - Fotoberichterstattung <p>Interne Öffentlichkeitsarbeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Frühzeitige, offene und umfassende Information für Mitarbeiter/innen <ul style="list-style-type: none"> > Aktualisierung Informationsserver, Intranet u. Internet - Entlastung/Beratung der Verwaltungsführung bei der Öffentlichkeitsarbeit 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-019-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-019-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-019	Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	
	111-019-0001	Verfassen von Texten	
	111-019-0004	interne Kommunikation	
	111-019-0005	Persönliche Beratung/Entlastung Vorstand	

Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Landkreis Hildesheim

111-019-0007	Betreuung der Presse in polit. Sitzungen
111-019-0008	Pressemitteilungen, Presseanfragen
111-019-0009	Social Media
111-019-0010	Website (Internet und Intranet)
111-019-0011	Broschüren
111-019-0012	Corporate Design/Image
111-019-0013	Staatliche Auszeichnungen
111-019-0014	Geschäftsführung NLT-HVB-Konferenz
111-019-0015	Metropolregion

Teilergebnishaushalt Produkt 111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.029,27					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	3.029,27					
02.01	- Personalaufwendungen	241.457,43	332.200,00	353.000,00	364.700,00	373.100,00	382.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	12.254,04	30.000,00	23.900,00	23.600,00	23.300,00	23.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.444,21	7.000,00	16.000,00	16.000,00	16.000,00	16.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	264.155,68	369.200,00	392.900,00	404.300,00	412.400,00	422.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-261.126,41	-369.200,00	-392.900,00	-404.300,00	-412.400,00	-422.600,00
05.	= Jahresergebnis	-261.126,41	-369.200,00	-392.900,00	-404.300,00	-412.400,00	-422.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.945,40	8.000,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-11.945,40	-8.000,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-273.071,81	-377.200,00	-402.500,00	-413.900,00	-422.000,00	-432.200,00

Produkt 111-020 Prüfung und Beratung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-020	Prüfung und Beratung	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 906 - Dieter Wolff		
Kurzbeschreibung	<p>Örtl. Prüfung des Landkreises (einschl. Sonderbereiche); Örtliche Prüfung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden; Prüfung des Verwaltungshandelns auf Recht- und Ordnungsmäßigkeit;</p>		
Zielgruppe	<p>Als Geprüfte: - alle Bereiche der Verwaltung - kreisangehörige Städte, Gemeinden und Samtgemeinden - Stellen innerhalb der Kreisverwaltung, die Bundes- und Landesmittel verwalten - div.Enrichtungen, Betriebe etc. Als Empfänger der Prüfberichte: - Kreistag - Räte der geprüften Städte, Gemeinden und Samtgemeinden - ggf. Öffentlichkeit - div. Aufsichtsräte, Ausschüsse u.ä.</p>		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	§§ 153 ff NKomVG		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherung des ordnungsgemäßen Handelns im gesamten Finanzbereich - Schutz vor Vermögensverlusten - Vermeidung von Missbrauch und Korruption - Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit - Sorgfältige, ausreichende und zeitnahe Prüfung - Vermeidung prüfungsfreier Räume - Zügige Bearbeitung - Kompetente und präventive Beratung 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-020-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-020-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-020	Prüfung und Beratung	
	111-020-0001	Örtliche Prüfung Landkreis	
	111-020-0002	Örtl. Prüfung kreisang. Städte/Gem. , SG	
	111-020-0003	Prüfung sonstiger Institutionen	

Produkt 111-020 Prüfung und Beratung

Landkreis Hildesheim

111-020-0004

Datenschutz

Teilergebnishaushalt Produkt 111-020 Prüfung und Beratung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	254.163,60	206.000,00	104.000,00	190.400,00	193.900,00	196.400,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	254.163,60	206.000,00	104.000,00	190.400,00	193.900,00	196.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.323.611,22	1.334.000,00	1.454.200,00	1.515.600,00	1.557.700,00	1.602.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	38.270,84	44.200,00	45.000,00	44.800,00	44.400,00	45.000,00
02.04	- Abschreibungen	222,78	200,00	200,00	300,00	300,00	300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.425,53	15.600,00	12.600,00	12.600,00	12.600,00	12.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.369.530,37	1.394.000,00	1.512.000,00	1.573.300,00	1.615.000,00	1.660.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.115.366,77	-1.188.000,00	-1.408.000,00	-1.382.900,00	-1.421.100,00	-1.463.800,00
05.	= Jahresergebnis	-1.115.366,77	-1.188.000,00	-1.408.000,00	-1.382.900,00	-1.421.100,00	-1.463.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.400,00	32.900,00	36.900,00	36.900,00	36.900,00	36.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-30.400,00	-32.900,00	-36.900,00	-36.900,00	-36.900,00	-36.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.145.766,77	-1.220.900,00	-1.444.900,00	-1.419.800,00	-1.458.000,00	-1.500.700,00

Produkt 111-021 Personalvertretung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-021	Personalvertretung	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	OE907 - Andre Feind		
Kurzbeschreibung	Mitbestimmung, Benehmensherstellung, Stellungnahmen und Initiativen in personellen, organisatorischen, sozialen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, Abschluss von Dienstvereinbarungen.		
Zielgruppe	intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Verwaltungsführung extern: ---		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. PersVG		
Sachziele	Vertretung der Interessen und Belange aller Beschäftigten der Kreisverwaltung in allen vom Personalvertretungsgesetz eingeräumten Angelegenheiten, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dienststelle		
Qualitätsziele	Z-111-021-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-021-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-021	Personalvertretung	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-021 Personalvertretung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	432.564,76	426.100,00	446.300,00	465.100,00	477.900,00	491.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.784,49	17.900,00	19.200,00	18.900,00	18.600,00	19.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.728,76	5.800,00	5.800,00	5.800,00	5.800,00	5.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	443.078,01	449.800,00	471.300,00	489.800,00	502.300,00	516.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-443.078,01	-449.800,00	-471.300,00	-489.800,00	-502.300,00	-516.600,00
05.	= Jahresergebnis	-443.078,01	-449.800,00	-471.300,00	-489.800,00	-502.300,00	-516.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.700,00	13.700,00	14.200,00	14.200,00	14.200,00	14.200,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-12.700,00	-13.700,00	-14.200,00	-14.200,00	-14.200,00	-14.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-455.778,01	-463.500,00	-485.500,00	-504.000,00	-516.500,00	-530.800,00

Produkt 111-023 Kommunalaufsicht			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-023	Kommunalaufsicht	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 910 - Ulrich Voß		
Kurzbeschreibung	Beratung der Kommunen, Verbände und Bürger Überwachung und Prüfung der Rechtmäßigkeit des Handelns von Kommunen und Verbänden, einschl. der Anwendung kommunalaufsichtlicher Mittel		
Zielgruppe	intern: --- extern: Städte, Gemeinden, Samtgemeinde, Realverbände u. ä., Einwohnerinnen und Einwohner		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, KomHKVO, NKAG, BauGB, RealverbandsG, NKomZG, Aufträge der Verwaltungsführung, VOL/VOB/VOF		
Sachziele	- Schutz der Zielgruppe in ihren Rechten - Sicherstellung der Rechtmäßigkeit des Handelns von Kommunen und Verbänden		
Qualitätsziele	Z-111-023-001: Rechtmäßigkeit mindestens 98 % Z-111-023-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-023-001 Rechtmäßige Fälle - (Anzahl)	0,00	750,00	750,00
G-111-023-002 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	750,00	750,00
ZK-111-023-101 Rechtmäßigkeit - (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-111-023-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-023	Kommunalaufsicht	
	111-023-0001	Finanzielle/ Personelle Kommunalaufsicht	
	111-023-0002	Allgemeine Kommunalaufsicht	
	111-023-0003	Prüfung von Ausschreibungsverfahren	
	111-023-0004	Verbandsaufsicht	
	111-023-0005	Tagungen und Empfänge (EW)	
	111-023-0006	Genehmigung von Flächennutzungsplänen	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-023 Kommunalaufsicht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	75,00	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	10.340,70	8.300,00	8.300,00	8.300,00	8.300,00	8.300,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	10.415,70	8.500,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00	8.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	298.396,16	266.300,00	493.700,00	520.100,00	534.900,00	549.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.321,64	5.600,00	5.500,00	5.400,00	5.200,00	5.500,00
02.04	- Abschreibungen	469,97	500,00	500,00	600,00	600,00	600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.123,27	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	304.311,04	273.900,00	501.200,00	527.600,00	542.200,00	557.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-293.895,34	-265.400,00	-492.700,00	-519.100,00	-533.700,00	-549.000,00
05.	= Jahresergebnis	-293.895,34	-265.400,00	-492.700,00	-519.100,00	-533.700,00	-549.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		11.000,00	11.300,00	11.300,00	11.300,00	11.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen		-11.000,00	-11.300,00	-11.300,00	-11.300,00	-11.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-293.895,34	-276.400,00	-504.000,00	-530.400,00	-545.000,00	-560.300,00

Produkt 111-024 Kreistagsangelegenheiten			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-024	Kreistagsangelegenheiten	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto		
Kurzbeschreibung	Erstellung, Aktualisierung, Auslegung und Anwendung der für den Kreistag maßgeblichen Rechtsbestimmungen; Klärung kommunalverfassungsrechtlicher Fragen zu Bildung, Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Verfahrensabläufen für Kreistag, Kreisausschuss und Ausschüsse des Kreistages; Sitzungsdienst für Kreistag und Kreisausschuss, Verwaltung persönlicher Daten der Kreistagsabgeordneten, Entschädigungszahlungen, Ehrungen		
Zielgruppe	intern: Mandatsträger und hinzugewählte Personen, Verwaltungsführung und Dezernate extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Presse		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Hauptsatzung, Entschädigungssatzungen, Geschäftsordnung des Kreistages, Gerichtsgesetze, Auftrag der Verwaltungsführung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung des rechtlichen Rahmens für die Arbeit der Gremien - Sicherstellung geordneter Beratungs- und Entscheidungsabläufe - Protokollierung der Sitzungen und Aufbereitung der Beschlüsse - Transparente Entscheidungsabläufe durch Information der Öffentlichkeit 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-024-001: Mindestens 90 % der Prokollie des KA sollen bis zur nächsten KA-Sitzung, die des KT innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgegebenen Frist übersandt werden</p> <p>Z-111-024-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-024-001 KT-Protokolle - (Anzahl)	0,00	4,00	4,00
G-111-024-002 KA-Protokolle - (Anzahl)	0,00	10,00	10,00
ZK-111-024-101 Fristgerechte Protokollversendung - (%)	0,00	8,00	8,00
ZK-111-024-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-024	Kreistagsangelegenheiten	
	111-024-0001	Kreistagsbüro	
	111-024-0002	Sitzungsdienst	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-024 Kreistagsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	109.736,93	146.000,00	154.600,00	158.600,00	162.600,00	166.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	17.006,93	11.200,00	11.900,00	11.800,00	11.600,00	11.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.673,77	7.500,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00	5.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	130.417,63	164.700,00	172.200,00	176.100,00	179.900,00	184.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-130.417,63	-164.700,00	-172.200,00	-176.100,00	-179.900,00	-184.200,00
05.	= Jahresergebnis	-130.417,63	-164.700,00	-172.200,00	-176.100,00	-179.900,00	-184.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.254,60					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.254,60					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-135.672,23	-164.700,00	-172.200,00	-176.100,00	-179.900,00	-184.200,00

Produkt 111-025 Organisation			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-025	Organisation	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule		
Kurzbeschreibung	Unterstützung der Dezernate und Organisationseinheiten bei allen anfallenden organisatorischen Problemen; Entscheidungshilfen für die Verwaltungsführung		
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung extern: ---		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Auftrag durch Verwaltungsführung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Erfüllung der im Auftrag vereinbarten Zielsetzung - Bereitstellung von Planungshilfen/Stellenbemessung - Optimierung von Arbeitsabläufen - sachgerechte Bewertung von Stellen 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-025-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-111-025-005 Zum Stichtag 31.12. sollen mindestens 90% der eingerichteten Stellen im Bereich der Kernverwaltung bewertet sein.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-025-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
G-111-025-001 Zu bewertende Stellen Kernverwaltung - (Anzahl)	0,00	950,00	970,00
G-111-025-002 Bewertete Stellen Kernverwaltung - (Anzahl)	0,00	855,00	893,00
ZK-111-025-501 Bewertete Stellen Kernverwaltung - (%)	0,00	90,00	90,00
Leistungen	111-025	Organisation	
	111-025-0001	Aufgabenkritik, Organisationsuntersuchungen, Handlungs- u. Qualitätsempfehlungen	
	111-025-0002	Konzepte/Strategien	
	111-025-0003	Stellenplan	
	111-025-0004	Qualitätsmanagement (F)	
	111-025-0005	Stellenbewertung	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-025 Organisation

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.690,13					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.690,13					
02.01	- Personalaufwendungen	791.029,44	886.400,00	963.500,00	1.002.700,00	1.030.000,00	1.059.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	42.361,77	42.100,00	40.100,00	39.800,00	39.400,00	40.000,00
02.04	- Abschreibungen		3.500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.803,72	56.100,00	84.600,00	94.600,00	54.600,00	54.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	839.194,93	988.100,00	1.088.700,00	1.137.600,00	1.124.500,00	1.154.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-837.504,80	-988.100,00	-1.088.700,00	-1.137.600,00	-1.124.500,00	-1.154.800,00
05.	= Jahresergebnis	-837.504,80	-988.100,00	-1.088.700,00	-1.137.600,00	-1.124.500,00	-1.154.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	27.256,47	38.000,00	39.500,00	39.500,00	39.500,00	39.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-27.256,47	-38.000,00	-39.500,00	-39.500,00	-39.500,00	-39.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-864.761,27	-1.026.100,00	-1.128.200,00	-1.177.100,00	-1.164.000,00	-1.194.300,00

Produkt 121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	121	Statistik und Wahlen	
Produkt	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 904 - Martin Otto		
Kurzbeschreibung	Planung, Organisation und Durchführung von Wahlen (einschl. Wahlstatistik) und Einwohnerbeteiligungen		
Zielgruppe	intern: Beschäftigte (Personalratswahl) extern: Aktiv und passiv Wahlberechtigte, Wahlbehörden, Parteien, Presse, Einwohnerinnen und Einwohner		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	EuWG, EuWO, BWG, BWO, LWG, LWO, NKWG, NKWO, NKomVG, NVAbstG, NPersVG		
Sachziele	Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess		
Qualitätsziele	Z-121-001-001: Die Durchführung von Wahlen soll rechtmäßig erfolgen Z-121-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-121-001-001 Wahlen - (Anzahl)	0,00	4,00	1,00
ZK-121-001-101 Rechtmäßige Wahlen - (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-121-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	121-001	Wahlen und Einwohnerbeteiligung	
	121-001-0001	Kreiswahlen/Landratswahlen (EW)	
	121-001-0002	Europa-, Bundestags-, Landtagswahlen	
	121-001-0003	Einwohnerbeteiligung (EW)	
	121-001-0004	Personalratswahlen	

Teilergebnishaushalt Produkt 121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	351.287,19	150.000,00	150.000,00	152.100,00	154.900,00	156.900,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	351.287,19	150.000,00	150.000,00	152.100,00	154.900,00	156.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	88.042,47	119.300,00	126.900,00	130.600,00	133.600,00	137.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	28.646,11	41.500,00	37.500,00	37.500,00	37.500,00	37.500,00
02.04	- Abschreibungen	3.779,76	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	25.156,68	150.400,00	152.600,00	155.000,00	157.700,00	160.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	145.625,02	315.000,00	320.800,00	326.900,00	332.600,00	338.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	205.662,17	-165.000,00	-170.800,00	-174.800,00	-177.700,00	-181.500,00
05.	= Jahresergebnis	205.662,17	-165.000,00	-170.800,00	-174.800,00	-177.700,00	-181.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.300,00	21.000,00	22.900,00	22.900,00	22.900,00	22.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-17.300,00	-21.000,00	-22.900,00	-22.900,00	-22.900,00	-22.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	188.362,17	-186.000,00	-193.700,00	-197.700,00	-200.600,00	-204.400,00

Produkt 122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs		
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner		
Kurzbeschreibung	Personenbezogene Maßnahmen im Sinne von §§ 17, 18 NPsychKG, die darauf gerichtet sind, Menschen gegen ihren Willen oder im Zustand der Willenlosigkeit in den abgeschlossenen Teil eines geeigneten Krankenhauses (§ 15 NPsychKG) einzuweisen, wenn von ihnen infolge ihrer Krankheit oder Behinderung im Sinne des § 1 Nr. 1 NPsychKG eine gegenwärtige erhebliche Gefahr für sich oder andere ausgeht und diese Gefahr auf andere Weise nicht abgewendet werden kann.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen von denen infolge ihrer Krankheit oder Behinderung im Sinne des § 1 Nr.1 NPsychKG eine gegenwärtige erhebliche Gefahr (§ 2 Nr. 1 Buchst. b und c des Nds. SOG) für sich oder andere ausgeht und diese Gefahr auf andere Weise als durch eine stationäre Einweisung nicht abgewendet werden kann.		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) - Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG)		
Sachziele	- Abwägung und Entscheidung zwischen bzw. über Patientenwohl und dem Schutzbedürfnis der Allgemeinheit - Rechtmäßigkeit der beim Amtsgericht beantragten Unterbringungen		
Qualitätsziele	Z-122-008-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-122-008-101: Qualifizierung der am Vollzug beteiligten Personen/ Institutionen durch regelmäßige Dienstbesprechungen und Information		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-008-001 Schutzmaßnahmen im Jahr (Anzahl)	0,00	1.000,00	1.000,00
ZK-122-008-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-122-008-301 Unterbringungsbeschlüsse Amtsgericht/ Anträge LkHi - (%)	0,00	0,00	0,00
Leistungen	122-008	Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPsychKG

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	521,04					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	521,04					
02.01	- Personalaufwendungen	115.566,75	104.500,00	86.000,00	88.800,00	91.000,00	93.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.341,71	2.600,00	3.100,00	3.000,00	2.900,00	3.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	8.413,62	2.600,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	126.322,08	109.700,00	93.100,00	95.800,00	97.900,00	100.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-125.801,04	-109.700,00	-93.100,00	-95.800,00	-97.900,00	-100.500,00
05.	= Jahresergebnis	-125.801,04	-109.700,00	-93.100,00	-95.800,00	-97.900,00	-100.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.034,00	8.900,00	4.800,00	4.800,00	4.800,00	4.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-6.034,00	-8.900,00	-4.800,00	-4.800,00	-4.800,00	-4.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-131.835,04	-118.600,00	-97.900,00	-100.600,00	-102.700,00	-105.300,00

Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Produkt	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's	
Verantwortlich	Amt 101 - Thomas Baule	
Kurzbeschreibung	Abwicklung Personal- und Sachkosten für das Jobcenter	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Leistungen	312-903	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Teilergebnishaushalt Produkt 312-903 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Jobcenter)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.461.170,35	4.440.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.461.170,35	4.440.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00	4.200.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	4.782.886,28	5.069.100,00	4.937.200,00	5.075.400,00	5.203.400,00	5.346.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	194,43					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	360,33					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.783.441,04	5.069.100,00	4.937.200,00	5.075.400,00	5.203.400,00	5.346.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-322.270,69	-629.100,00	-737.200,00	-875.400,00	-1.003.400,00	-1.146.800,00
05.	= Jahresergebnis	-322.270,69	-629.100,00	-737.200,00	-875.400,00	-1.003.400,00	-1.146.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.881,43	4.900,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-3.881,43	-4.900,00	-3.600,00	-3.600,00	-3.600,00	-3.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-326.152,12	-634.000,00	-740.800,00	-879.000,00	-1.007.000,00	-1.150.400,00

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	41 Gesundheitsdienste
Produktgruppe	412 Gesundheitseinrichtungen
Produkt	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	<p>Frühzeitige und umfassende Hilfestellung durch psychosoziale Beratung und Betreuung sowie medizinische und psychotherapeutische Beratung und Behandlung im Sinne des § 6 NPsychKG, die darauf ausgerichtet ist, Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG in die Gemeinschaft zu integrieren, ihnen ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und stationäre Unterbringungen zu vermeiden, ihr Umfeld zu unterstützen und dort Verständnis für ihre Lage zu wecken. Desweiteren sollen nahestehende Personen in ihrer Fürsorge entlastet und unterstützt werden, so dass die betroffenen Personen möglichst wohnortnah und ambulant in ihrem gewohnten Lebensumfeld betreut werden können.</p> <p>Planung und Initiierung der zukünftigen Versorgungsstruktur für seelisch behinderte Menschen und Menschen mit psychischen Störungen im Sinne des § 1 NPsychKG einschließlich der Erstellung und Fortschreibung eines Sozialpsychiatrischen Planes nach § 9 NPsychKG. Geschäftsführung des Sozialpsychiatrischen Verbundes einschließlich der Förderung und Organisation der Zusammenarbeit aller Anbieter in Stadt und Landkreis Hildesheim nach § 8 NPsychKG.</p> <p>Förderung von Leistungsanbietern nach dem NPsychKG.</p>
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen in Stadt und Landkreis Hildesheim mit einer psychiatrischen, gerontopsychiatrischen Störung oder einer Suchterkrankung, sowie deren Umfeld und Angehörige</p>
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) - Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz - BtG) - SGB II - Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung - SGB V - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Krankenversicherung - SGB VI - Sozialgesetzbuch Gesetzliche Rentenversicherung - SGB IX - Sozialgesetzbuch Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe
Sachziele	Regelmäßige Fortschreibung des Sozialpsychiatrischen Planes
Qualitätsziele	<p>Z-412-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-412-001-002: Krisenintervention innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden</p> <p>Z-412-001-003: Beratungstermin innerhalb von 14 Tagen (= 2 Wochen) nach Anfrage</p> <p>Z-412-001-005: Stabilisierung der Patienten</p> <p>Z-412-001-006: Vermittlung der Patienten in die Regelversorgung</p>
Maßnahmen	ZM - 412-001-001:

Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Landkreis Hildesheim

Regionalisierung sozialarbeiterischer Tätigkeit

ZM - 412-001-002:

Intensivierte Kooperation mit Anbietern von Versorgung und Hilfen für psychisch Kranke

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-412-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-412-001-102 Krisenintervention: Durchschn. Zeitraum nach Bekanntwerden - (Std)	0,00	24,00	24,00
ZK-412-001-103 Durchschn. Dauer von Anfrage bis Beratungstermin - (Tage)	0,00	14,00	14,00

Leistungen		
	412-001	Sozialpsychiatrischer Dienst
	412-001-0001	Sozialpsychiatrische Interventionen
	412-001-0002	Hilfeplanung
	412-001-0003	Sozialpsychiatrische Versorgungsstruktur

Teilergebnishaushalt Produkt 412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.689,32	40.000,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.689,32	40.000,00				
02.01	- Personalaufwendungen	1.039.936,95	942.000,00	810.600,00	831.700,00	852.300,00	875.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	22.065,18	61.200,00	25.500,00	24.700,00	23.900,00	25.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	387.122,98	410.200,00	473.100,00	486.300,00	499.900,00	513.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	21.263,18	34.400,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00	28.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.470.388,29	1.447.800,00	1.337.200,00	1.370.700,00	1.404.100,00	1.442.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.465.698,97	-1.407.800,00	-1.337.200,00	-1.370.700,00	-1.404.100,00	-1.442.500,00
05.	= Jahresergebnis	-1.465.698,97	-1.407.800,00	-1.337.200,00	-1.370.700,00	-1.404.100,00	-1.442.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.878,60	82.100,00	45.000,00	45.000,00	45.000,00	45.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-49.878,60	-82.100,00	-45.000,00	-45.000,00	-45.000,00	-45.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.515.577,57	-1.489.900,00	-1.382.200,00	-1.415.700,00	-1.449.100,00	-1.487.500,00

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Produkt	414-002	Infektions- und Strahlenschutz	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs		
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner		
Kurzbeschreibung	<p>Überwachung meldepflichtiger Infektionskrankheiten Aids- und Sexualberatung Impfprävention Infektionshygienische Überwachung von Einrichtungen Überwachung der Trinkwasserqualität Überwachung der Badegewässerqualität Behelungen zum gewerblichen Umgang mit Lebensmitteln Überwachung des Betriebs von Anlagen zur Anwendung nichtionisierender Strahlung außerhalb der Medizin Gesundheitliche Beratung von Prostituierten</p>		
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Personen mit meldepflichtigen Infektionskrankheiten und deren Kontaktpersonen, Betreiberinnen und Betreiber und Nutzerinnen und Nutzer von infektionshygienisch überwachungspflichtigen Anlagen und Einrichtungen, Betreiberinnen und Betreiber von gewerblich oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmen genutzten Anlagen zur Anwendung nichtionisierender Strahlung außerhalb der Medizin, Bevölkerung des Landkreises Hildesheim, als Prostituierte tätige Personen</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) - Infektionsschutzgesetz (IfSG) - Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (NiSG) - Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) - Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten (HygV ND) - Niedersächsische Verordnung über Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (NMedHygVO) - Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen künstlicher ultravioletter Strahlung (UVSV) - Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) 		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-414-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-002-001 Gemeldete Infektionskrankheiten - (Anzahl)	0,00	2.500,00	2.500,00
G-414-002-002 Durchgeführte Besichtigungen - (Anzahl)	0,00	500,00	500,00

Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Landkreis Hildesheim

G-414-002-003 AIDS: HIV-Testung - (Anzahl)	0,00	200,00	200,00
G-414-002-004 AIDS: Individuelle Beratungen - (Anzahl)	0,00	270,00	270,00
G-414-002-005 AIDS: Veranstaltungen, Aktionen - (Anzahl)	0,00	20,00	20,00
ZK-414-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	414-002	Infektions- und Strahlenschutz
	414-002-0001	Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten (individuell und spezifisch)
	414-002-0002	Allgemeine Infektionshygiene und Überwachung von Einrichtungen
	414-002-0003	Gesundheitliche Beratung von Prostituierten

Teilergebnishaushalt Produkt 414-002 Infektions- und Strahlenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.401.735,13	1.267.300,00	1.477.500,00	1.047.200,00	1.064.600,00	1.077.400,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	34.470,90	70.000,00	39.000,00	39.500,00	40.200,00	40.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.252,46					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	8.250,00		30.000,00	30.300,00	30.900,00	31.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.450.708,49	1.337.400,00	1.546.600,00	1.117.100,00	1.135.800,00	1.149.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.384.743,62	1.256.300,00	1.195.000,00	1.226.100,00	1.256.100,00	1.290.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	44.808,96	368.500,00	129.400,00	129.200,00	128.800,00	129.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	60.054,35	23.400,00	22.000,00	22.000,00	22.000,00	22.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.489.606,93	1.648.200,00	1.346.400,00	1.377.300,00	1.406.900,00	1.441.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-38.898,44	-310.800,00	200.200,00	-260.200,00	-271.100,00	-292.300,00
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	101,15					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	-101,15					
05.	= Jahresergebnis	-38.999,59	-310.800,00	200.200,00	-260.200,00	-271.100,00	-292.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.705,80	82.100,00	45.000,00	45.000,00	45.000,00	45.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-54.705,80	-82.100,00	-45.000,00	-45.000,00	-45.000,00	-45.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-93.705,39	-392.900,00	155.200,00	-305.200,00	-316.100,00	-337.300,00

Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Produkt	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs		
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner		
Kurzbeschreibung	(Kinder-)ärztliche und zahnärztliche Regeluntersuchungen und Beratungen in Schulen und vorschulischen Einrichtungen sowie Maßnahmen zu zielgruppen- und lebensraumbezogenem Schutz und Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit		
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder und Jugendliche in Schulen und vorschulischen Einrichtungen sowie deren Familien und alle mit der gesunden kindlichen Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) - Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) - Infektionsschutzgesetz (IfSG) - Vereinbarung AG "Zahngesundheit" im Landkreis Hildesheim i.V.m. § 21 SGB V 		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-414-003-001: Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche im Landkreis Hildesheim durch vorsorgende und aufklärende Maßnahmen, einschl. Beratung von Gruppen und Institutionen (wie Bildungs- und Fördereinrichtungen, medizinische Einrichtungen, Gremien in Politik und Verwaltung, Medien, Öffentlichkeit) sowie individuelle sozialmedizinische Maßnahmen (Untersuchungen, Beratungen, Kariesprophylaxe).</p> <p>Z-414-003-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Maßnahmen	<p>ZM-414-003-101: (Kinder)ärztliche Untersuchung und Beratung für Kinder in vorschulischen und schulischen Einrichtungen</p> <p>ZM-414-003-102: Zahnärztliche Untersuchung und Beratung aller Kinder in vorschulischen Einrichtungen und Grundschulklassen (1 - 4) sowie den 5. und 6. Klassen</p> <p>ZM-414-003-103: Gruppenprophylaxe in allen vorschulischen Einrichtungen und 1. und 2. Klassen der Grundschulen</p> <p>ZM-414-003-104: (Kinder)ärztliche Untersuchung und Beratung für alle Schulanfänger/-innen (Schuleingangsuntersuchung)</p> <p>ZM-414-003-105: (Kinder)ärztliche Beratung zu Impffragen in allen 7. Klassen und Impfkoooperation mit Kassenärzten/-ärztinnen in ausgewählten Schulen</p> <p>ZM-414-003-106: Qualitätssicherung durch überregionale Kooperation im SOPHIA-Verbund (Untersuchung nach gemeinsamen Richtlinien, Standardisierung der Befunddokumentation, gemeinsame Datenanalyse, Monitoring der Ergebnisse im überregionalen Vergleich)</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

G-414-003-001 Schulanfängeruntersuchungen - (Anzahl)	0,00	2.500,00	2.500,00
G-414-003-002 Impfberatungen in 7. Klassen - (Anzahl)	0,00	2.650,00	2.650,00
G-414-003-003 Zahnärztl. Unter./Beratung - (Anzahl)	0,00	10.000,00	10.000,00
G-414-003-004 Durchgeführte Gruppenprophylaxen - (Anzahl)	0,00	1.300,00	1.300,00
ZK-414-003-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	414-003	Kinder- und Jugendgesundheit
	414-003-0001	Pädiatrische Maßnahmen
	414-003-0002	Jugendzahnärztliche Maßnahmen

Teilergebnishaushalt Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.131,74	122.000,00	122.000,00	122.000,00	122.000,00	122.000,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	54.475,65	45.000,00	45.000,00	45.600,00	46.400,00	47.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.647,28					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	99.254,67	167.100,00	167.100,00	167.700,00	168.500,00	169.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	809.760,02	732.600,00	554.300,00	569.000,00	583.000,00	599.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	33.357,49	60.500,00	65.500,00	64.300,00	63.100,00	64.900,00
02.04	- Abschreibungen	448,80	400,00	400,00	500,00	500,00	500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	22.940,52	15.400,00	11.400,00	11.400,00	11.400,00	11.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	866.506,83	808.900,00	631.600,00	645.200,00	658.000,00	675.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-767.252,16	-641.800,00	-464.500,00	-477.500,00	-489.500,00	-506.700,00
05.	= Jahresergebnis	-767.252,16	-641.800,00	-464.500,00	-477.500,00	-489.500,00	-506.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	51.990,50	77.500,00	42.500,00	42.500,00	42.500,00	42.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-51.990,50	-77.500,00	-42.500,00	-42.500,00	-42.500,00	-42.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-819.242,66	-719.300,00	-507.000,00	-520.000,00	-532.000,00	-549.200,00

Investitionen Produkt 414-003 Kinder- und Jugendgesundheit

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10409-999 Ausstattung Amt 409 - Kinder-/Jugendgesundheit- 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-6.000,00 6.000,00				

Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Produkt	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs		
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner		
Kurzbeschreibung	Ärztliche und zahnärztliche Gutachten, Zeugnisse und Bescheinigungen Gutachterliche Feststellungen zur Unterstützung von Verwaltungsentscheidungen (Sozial-)Medizinische Beratung der zu begutachtenden Person		
Zielgruppe	intern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeberinnen und Auftraggeber der Gutachten extern: Zu begutachtende Personen und Auftraggeberinnen und Auftraggeber der Gutachten		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - § 7 Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) i.V.m. speziellen Gesetzen und Verordnungen, die eine amtsärztliche Untersuchung verlangen (Beamtenrecht, u.a.) - hausinterne Regelungen zur Übernahme sonstiger Begutachtungen - Vereinbarungen mit Stadt Hildesheim und Jobcenter Hildesheim 		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-414-004-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-004-001 Abgeschlossene Gutachten - (Anzahl)	0,00	2.500,00	2.500,00
G-414-004-002 davon: a) Pflichtgutachten Amtsärztl. Dienst gebührenpfl. (Anzahl)	0,00	50,00	50,00
G-414-004-003 davon: b) Pflichtgutachten Amtsärztl. Dienst gebührenfrei (Anzahl)	0,00	450,00	450,00
G-414-004-004 davon: c) freiwill. Gutacht. Amtsärztl. Dienst gebührenpfl. (Anz.)	0,00	600,00	600,00
G-414-004-005 davon: d) freiwill. Gutacht. Amtsärztl. Dienst gebührenfrei (Anz.)	0,00	150,00	150,00
G-414-004-007 davon: f) freiwillige Gutachten andere ärztliche Dienste (Anzahl)	0,00	1.250,00	1.250,00
ZK-414-004-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	414-004	Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	17.738,70	100.000,00	30.000,00	30.400,00	30.900,00	31.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	699,71	1.500,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.470,90					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	23.909,31	101.500,00	30.000,00	30.400,00	30.900,00	31.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.214.179,73	1.099.100,00	810.600,00	831.700,00	852.300,00	875.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	30.226,60	26.200,00	26.700,00	26.100,00	25.600,00	26.400,00
02.04	- Abschreibungen	6.902,96	11.300,00	6.400,00	6.500,00	6.600,00	6.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	41.819,98	55.600,00	58.200,00	58.200,00	58.200,00	58.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.293.129,27	1.192.200,00	901.900,00	922.500,00	942.700,00	966.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.269.219,96	-1.090.700,00	-871.900,00	-892.100,00	-911.800,00	-935.600,00
05.	= Jahresergebnis	-1.269.219,96	-1.090.700,00	-871.900,00	-892.100,00	-911.800,00	-935.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	75.221,40	109.500,00	60.100,00	60.100,00	60.100,00	60.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-75.221,40	-109.500,00	-60.100,00	-60.100,00	-60.100,00	-60.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.344.441,36	-1.200.200,00	-932.000,00	-952.200,00	-971.900,00	-995.700,00

Investitionen Produkt 414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I13409-003 Ausstattung Amt 409-Ärztl./zahnärztl.Unters./Berat 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-5.000,00 5.000,00	-40.000,00 40.000,00				

Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Produkt	414-005	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs		
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner		
Kurzbeschreibung	Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Produkten), umweltbezogener Gesundheitsschutz, Gesundheitsberichterstattung (§§ 4,6,8 NGöGD) Überwachung von Umgang und Handel mit Arzneimitteln, Erteilung von Erlaubnissen Überwachungsaufgaben für den Bereich der Hebammen und Entbindungspfleger Aufgaben nach Bestattungsgesetz Aufgaben nach Heilpraktikergesetz		
Zielgruppe	intern: --- extern: - Betreiberinnen und Betreiber, Trägerinnen und Träger von überwachungspflichtigen Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetrieben - Angehörige der o.g. Berufsgruppen - Bevölkerung des Landkreises Hildesheim		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Niedersächsisches Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) - Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz - AMG) - Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (Nds. Bestattungsgesetz - BestattG) - Gesetz über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspfleger (Hebammengesetz - HebG) - Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) - Infektionsschutzgesetz (IfSG)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-414-005-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-005-001 Stellungnahmen bei Planungsvorhaben - (Anzahl)	0,00	120,00	120,00
G-414-005-002 Besichtigte Einrichtungen n. Arzneimittelgesetz - (Anzahl)	0,00	10,00	0,00
G-414-005-003 Todesbescheinigungen L03 - (Anzahl)	0,00	3.800,00	4.000,00
ZK-414-005-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	414-005 414-005-0001	Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege Umweltbezogener Gesundheitsschutz	

Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Landkreis Hildesheim

414-005-0002	Aufgaben nach Arzneimittelrecht
414-005-0003	Aufgaben nach Bestattungsgesetz
414-005-0004	Medizinalberufe
414-005-0005	Prävention und Gesundheitsförderung (sofern nicht in anderen Produkten)

Teilergebnishaushalt Produkt 414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	15.583,19	34.500,00	33.000,00	33.400,00	33.900,00	34.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.062,51					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	19.645,70	34.600,00	33.100,00	33.500,00	34.000,00	34.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	346.032,86	314.000,00	212.300,00	218.300,00	223.700,00	229.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.583,87	3.800,00	4.600,00	4.500,00	4.300,00	4.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	55.423,48	56.000,00	59.800,00	60.600,00	62.300,00	64.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.942,69	17.000,00	18.000,00	18.000,00	18.000,00	18.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	413.982,90	390.800,00	294.700,00	301.400,00	308.300,00	316.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-394.337,20	-356.200,00	-261.600,00	-267.900,00	-274.300,00	-281.900,00
05.	= Jahresergebnis	-394.337,20	-356.200,00	-261.600,00	-267.900,00	-274.300,00	-281.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.213,90	17.700,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00	9.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-20.213,90	-17.700,00	-9.500,00	-9.500,00	-9.500,00	-9.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-414.551,10	-373.900,00	-271.100,00	-277.400,00	-283.800,00	-291.400,00

Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	41 Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414 Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OEs
Verantwortlich	Amt 409 - komm. Leitung Bärbel Kirschner
Kurzbeschreibung	Interdisziplinäre Intervention im Kindergarten zur Früherkennung und Frühförderung im Landkreis Hildesheim: Prävention in aller Frühe (PIAF®) Anteil des FD 409: Planung und Durchführung der sozialpädiatrischen Untersuchungen und Beratungen Einleitung von Fördermaßnahmen und Hilfen nach SGB XII, fachliche Präsentation
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder in vorschulischen Einrichtungen sowie deren Eltern/Familien und alle mit der gesunden Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen
Kategorie	freiwillige Aufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 27.09.2010
Sachziele	Frühzeitige Erkennung eines Förderungsbedarfs bei Kindern und Unterstützung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten bei der Entwicklung von Förderkonzepten, um die Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekanntem, gravierenden Befunde in schulrelevanten Entwicklungsbereichen zu reduzieren und Therapiebedarf zu mindern.
Qualitätsziele	Z-414-006-001: Alle Kindertagesstätten, denen es angeboten wird, beteiligen sich an PIAF®. Z-414-006-002 Landkreisweite Untersuchung aller Kinder, die zwei Jahre später schulpflichtig werden und Beratung von deren Eltern/Familien, Erzieherinnen/Erzieher und anderen Beteiligten. Z-414-006-003: Frühzeitige Erkennung von Entwicklungsauffälligkeiten und schulrelevanten Entwicklungsschwierigkeiten (Sprache, Grob- und Feinmotorik, Sinnes- und Wahrnehmungsfunktionen) bei den untersuchten Kindern. Z-414-006-004: Frühzeitige Initiierung, Vermittlung und Vernetzung der jeweils individuell-passgenauen medizinischen und pädagogischen Fördermaßnahmen bei den untersuchten Kindern. Z-414-006-005: Reduktion der Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekanntem, gravierenden Befunde in schulrelevanten Teilbereichen. Z-414-006-006: Minderung des Therapiebedarfs in kindlichen schulrelevanten Entwicklungsbereichen. Z-414-006-007: Verbesserung des Impfschutzes. Z-414-006-008: Erhöhung der Teilnehmerate an der Vorsorgeuntersuchung U9. Z-414-006-009: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Details zur Zielerreichung und zur Wirkungsmessung werden separat vom Haushalt jeweils im Controllingbericht

Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Landkreis Hildesheim

dargestellt, der nach dem Kreistagsbeschluss vom 23.06.2011 jährlich zu erstellen ist.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-414-006-001 Beteiligung der Kindertagesstätten (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-414-006-002 Untersuchte Kinder (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-414-006-901 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	414-006	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)	

Teilergebnishaushalt Produkt 414-006 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 409)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.907,78					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	3.907,78					
02.01	- Personalaufwendungen	867.227,78	785.000,00	596.700,00	612.600,00	627.500,00	644.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.646,64	16.700,00	16.400,00	16.300,00	16.200,00	16.400,00
02.04	- Abschreibungen	2.198,14	2.100,00	1.900,00	2.000,00	2.100,00	2.200,00
02.06	- Transferaufwendungen		50.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.363,91	20.400,00	55.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	878.436,47	874.200,00	670.000,00	635.900,00	650.800,00	668.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-874.528,69	-874.200,00	-670.000,00	-635.900,00	-650.800,00	-668.200,00
05.	= Jahresergebnis	-874.528,69	-874.200,00	-670.000,00	-635.900,00	-650.800,00	-668.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.705,80	77.500,00	42.500,00	42.500,00	42.500,00	42.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-54.705,80	-77.500,00	-42.500,00	-42.500,00	-42.500,00	-42.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-929.234,49	-951.700,00	-712.500,00	-678.400,00	-693.300,00	-710.700,00

Teilhaushalt Dezernat II

Umwelt, Klimaschutz, Verkehr
und Verbraucherschutz

Erläuterungen zum Teilhaushalt II – Erste Kreisrätin für das Haushaltsjahr 2024

Aus der folgenden Übersicht ist die Entwicklung bzw. Veränderung des Zuschussbedarfes der Produkte der Ämter des THH II für das Haushaltsjahr 2024 ersichtlich.

Amt	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Zuschuss (-) Überschuss 2023	Zuschuss (-) Überschuss 2024	Differenz	Erl.
203	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	-2.706.800	-2.704.000	2.800	
	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	-27.800	-35.100	-7.300	
	537-101	Tierkörperbeseitigung	-85.000	-100.000	-15.000	
204	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	-755.700	-795.300	-39.600	
	122-002	Ordnungswidrigkeiten	1.623.800	2.087.700	463.900	X
205	126-003	Brandschutz (Amt 205)	-990.100	-923.600	66.500	X
	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	-833.400	-861.500	-28.100	
	127-001	Rettungsdienst	-280.200	-468.300	-188.100	X
	128-001	Katastrophenschutz	-1.563.400	-1.506.300	57.100	X
	128-002	Impfzentren	0	0	0	
	414-007	Mobile Impfteams	0	0	0	
206	122-005	KFZ-Zulassungen	-120.900	-47.600	73.300	X
	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	66.500	-49.300	-115.800	X
	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	-464.900	-688.900	-224.000	X
208	122-009	Wasserwirtschaft	-1.664.600	-1.918.000	-253.400	X
	537-201	Abfallwirtschaft	-368.000	-399.900	-31.900	
	538-201	Abwasser	-305.500	-332.700	-27.200	
	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	-1.427.200	-1.313.000	114.200	X
	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	-94.600	-103.400	-8.800	
	561-001	Bodenschutz	-277.300	-317.100	-39.800	
	561-002	Umweltschutz	-49.200	-54.700	-5.500	
	561-003	Klimaschutz	-222.700	0	222.700	X
909	511-002	Raumplanung	-205.900	-382.000	-176.100	X
	511-003	Regionale Entwicklung/ Neuer Zusammenhalt	-377.400	-273.100	104.300	X
	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur	-654.500	-173.100	481.400	X
	547-001	Nahverkehrsplanung	-97.300	-193.800	-96.500	X
	547-003	Mobilitätszentrale	0	0	0	
	575-002	Tourismus	-47.900	-133.600	-85.700	X

Amt	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Zuschuss (-) Überschuss 2023	Zuschuss (-) Überschuss 2024	Differenz	Erl.
9-20	111-028	Verwaltungsführung EKR	-185.300	-192.600	-7.300	
	111-029	Projekte im Dez. II	-20.300	0	20.300	X
	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	-48.000	-51.200	-3.200	
	122-002	Ordnungswidrigkeiten	-20.500	-21.200	-700	
	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	-33.900	-35.900	-2.000	
	122-005	KFZ-Zulassungen	-20.200	-18.900	1.300	
	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	-6.000	-7.200	-1.200	
	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	-8.300	-11.500	-3.200	
	122-009	Wasserwirtschaft	-12.500	-13.800	-1.300	
	126-003	Brandschutz (Amt 205)	-21.000	-22.400	-1.400	
	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	-55.600	-58.700	-3.100	
	127-001	Rettungsdienst	-4.200	-4.900	-700	
	128-001	Katastrophenschutz	-22.100	-23.700	-1.600	
	128-002	Impfzentren	0	0	0	
	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	-34.600	-36.500	-1.900	
	511-002	Raumplanung	-12.000	-13.400	-1.400	
	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	-3.600	-2.400	1.200	
	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur	-3.600	-2.500	1.100	
	537-201	Abfallwirtschaft	-4.400	-5.300	-900	
	538-201	Abwasser	-3.900	-4.700	-800	
	547-001	Nahverkehrsplanung	-13.700	-14.900	-1.200	
	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	-44.300	-46.400	-2.100	
	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	-1.500	-1.900	-400	
	561-001	Bodenschutz	-2.500	-2.900	-400	
	561-002	Umweltschutz	-1.400	-1.700	-300	
	561-003	Klimaschutz	0	0	0	
	575-002	Tourismus	-2.100	-6.000	-3.900	

Die wesentlichen Veränderungen des THH II sind in der Spalte „Erl.“ mit einem „X“ gekennzeichnet und werden nachstehend erläutert:

Die Personalkosten wurden von Amt 101 – Personal- und Organisationsamt kalkuliert. Die Entwicklung der Personalkosten ist den Erläuterungen zur Kalkulation des Personalaufwandes im THH I zu entnehmen.

Amt 204 – Ordnungsamt

Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten

Veränderung des Zuschussbedarfs: +463.900 €

Ab 2024 kommt eine weitere semimobile Anlage zur Geschwindigkeitsüberwachung zum Einsatz. Hier wird ein Mehrertrag von 400.000 € kalkuliert.

Zudem waren die Mittel im Budget 50 um 10% zu kürzen.

Amt 205 – Amt für Bevölkerungsschutz

Produkt 126-003 Brandschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: +66.500 €

Gem. KT-Beschluss wurden im Haushaltsjahr 2023 einmalig Mittel für die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplanes bereitgestellt, die im Haushalt 2024 nicht mehr berücksichtigt werden. Weiterhin wurden Ansätze wegen der derzeitigen finanziellen Situation des Landkreises einmalig reduziert.

Produkt 127-001 Rettungsdienst

Veränderung des Zuschussbedarfs: -188.100 €

Als Ergebnis aus der aktuellen Ausschreibung ist eine erhebliche Kostensteigerung für die Leistungserbringer des Rettungsdienstes Falck, DRK und ASB zu verzeichnen.

Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: +57.100 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gesunkene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Amt 206 – Straßenverkehrsamt

Produkt 122-005 Kfz-Zulassungen

Veränderung des Zuschussbedarfs: +73.300 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gesunkene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Zudem waren die Mittel im Budget 50 um 10% zu kürzen.

Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung

Veränderung des Zuschussbedarfs: -115.800 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Veränderung des Zuschussbedarfs: -224.000 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Dem entgegen stehen aufgrund des Pflichtumtausches zu erwartende Mehrerträge von ca. 105.000 €.

Amt 208 – Umweltamt

Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Veränderung des Zuschussbedarfs: -253.400 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Zudem hat der Hochwasserschutzverband Innerste den Verbandsbeitrag an die Haushaltsentwicklung angepasst und für das Jahr 2024 entsprechend angehoben.

Produkt 537-201 Abfallwirtschaft

Veränderung des Zuschussbedarfs: -31.900 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personalkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Produkt 538-002 Abwasser

Veränderung des Zuschussbedarfs: -27.200 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Produkt 554-001 Naturschutz und Landschaftspflege

Veränderung des Zuschussbedarfs: +114.200 €

Im Haushalt 2023 wurden gem. KT-Beschluss einmalig Mittel für die Maßnahmen im Rahmen der Flora- und Fauna-Richtlinie eingestellt, die im Haushalt 2024 nicht mehr berücksichtigt werden.

Zudem führen gesunkene Personalkosten in dem Bereich zur Veränderung des Zuschussbedarfes.

Produkt 555-001 Landwirtschaftsangelegenheiten

Veränderung des Zuschussbedarfs: -8.900 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personalkosten in dem Bereich zurückzuführen.

Produkt 561-001 Bodenschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: -39.800 €

Auf Antrag 456/XIX wurden gem. KT-Beschluss erneut einmalig Mittel für die Erstellung kommunaler Bodenschutzkonzepte eingestellt.

Eine weitere Erhöhung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personalkosten zurückzuführen.

Produkt 561-002 Umweltschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: -5.500 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personalkosten in dem Bereich zurückzuführen

Produkt 561-003 Klimaschutz

Veränderung des Zuschussbedarfs: +222.700 €

Die Zuschüsse an die Klimaschutzagentur werden seit 2023 im Zentralhaushalt berücksichtigt.

Gem. KT-Beschluss wurden im Haushaltsjahr 2023 einmalig Mittel für die Erstellung einer Potentialanalyse „Energieformen Wind, Sonne und Bioenergie“ sowie für das Förderprogramm „Steckerfertige Balkon-PV-Module für Mieter*innen bereitgestellt, die im Haushalt 2024 nicht mehr berücksichtigt werden.

Amt 909 – Kreisentwicklung und Infrastruktur

Produkt 511-002 Raumplanung

Veränderung des Zuschussbedarfs: -176.100 €

Ein großer Anteil des Zuschussbedarfs entsteht für die Pflichtaufgabe „Erstellung einer Windenergieplanung im Rahmen der Raumordnung“. Hier handelt es sich um finanzielle Aufwendungen für eine notwendige gutachterliche Begleitung, für die eine entsprechende Ausschreibung/Auftragsvergabe erfolgt ist.

Zudem mussten im Haushaltsjahr 2023 Aufwendungen für den Radverkehr im Rahmen des HHSicherungskonzeptes gekürzt werden. Für den Haushalt 2024 wurden diese Mittel wieder eingestellt.

Weiterhin ist die Veränderung des Zuschussbedarfs auf gestiegene Personalkosten (Tourismusmanagerin) zurückzuführen.

Produkt 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt

Veränderung des Zuschussbedarfs: 104.300 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf die Kürzung der Mittel für das REK zurückzuführen. Zudem war im Haushalt 2023 gemäß Haushaltsbegleitbeschluss ein einmaliger Zuschuss für übrige Bereiche eingestellt, der im Haushalt 2024 nicht mehr berücksichtigt wurde.

Produkt 536-001 Informations- und Telekommunikationsstruktur

Veränderung des Zuschussbedarfs: 481.400 €

Es handelt sich hier um die zu berücksichtigenden Abschreibungen.

Produkt 547-001 Nahverkehrsplanung

Veränderung des Zuschussbedarfs: -96.500 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs erfolgt durch Mehreinnahmen von Zuwendungen und Kostenerstattungen/Kostenumlagen sowie verringerte Transferaufwendungen und Personalkostenanteile.

Produkt 575-002 Tourismus

Veränderung des Zuschussbedarfs: -85.700 €

Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf gestiegene Personal- und Sachkosten in dem Bereich zurückzuführen. Zusätzlich wurden lt. Beschluss des KA vom 18.09.2023 die Aufwendungen für die Kooperationsvereinbarung mit der Hildesheim Marketing GmbH € erhöht.

Kst. 9-20 (Verwaltungsführung - Erste Kreisrätin)

Produkt 111-029 Projekte im Dezernat II

Veränderung des Zuschussbedarfs: +20.300 €

Die Ansätze des Fördermittelmanagements werden ab 2024 im THH 1 abgebildet.

Produkte 111-028 und 111-029 bis 575-002 (gem. Übersicht)

Veränderung des Zuschussbedarfs: -35.400 €

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Personalkosten. Die Veränderung des Zuschussbedarfs ist auf die jährliche Anpassung des Personalkostenschlüssels zurückzuführen.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat II

Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
2-03	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	143.300	2.883.200	-2.739.900
2-03	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	158.200	229.800	-71.600
2-03	537-101	Tierkörperbeseitigung	0	100.000	-100.000
2-04	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	346.700	1.193.200	-846.500
2-04	122-002	Ordnungswidrigkeiten	4.704.100	2.637.600	2.066.500
2-05	126-003	Brandschutz (Amt 205)	686.500	1.632.500	-946.000
2-05	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	829.300	1.749.500	-920.200
2-05	127-001	Rettungsdienst	11.286.300	11.759.500	-473.200
2-05	128-001	Katastrophenschutz	19.300	1.549.300	-1.530.000
2-06	122-005	KFZ-Zulassungen	2.194.700	2.261.200	-66.500
2-06	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	651.700	708.200	-56.500
2-06	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	700.400	1.400.800	-700.400
2-08	122-009	Wasserwirtschaft	1.491.000	3.422.800	-1.931.800
2-08	537-201	Abfallwirtschaft	5.800	411.000	-405.200
2-08	538-201	Abwasser	35.000	372.400	-337.400
2-08	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	267.800	1.627.200	-1.359.400
2-08	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	0	105.300	-105.300
2-08	561-001	Bodenschutz	489.500	809.500	-320.000
2-08	561-002	Umweltschutz	95.600	152.000	-56.400
9-09	511-002	Raumplanung	79.100	474.500	-395.400
9-09	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	0	275.500	-275.500
9-09	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur	428.600	604.200	-175.600
9-09	547-001	Nahverkehrsplanung	5.383.400	5.592.100	-208.700
9-09	547-003	Mobilitätszentrale	456.800	456.800	0
9-09	575-002	Tourismus	0	139.600	-139.600
9-20	111-028	Verwaltungsführung EKR	0	192.600	-192.600
Ergebnis Teilhaushalt II			30.453.100	42.740.300	-12.287.200

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.077.501,96	5.583.100,00	6.981.400,00	7.025.600,00	7.122.200,00	7.193.800,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	934.945,23	1.591.600,00	1.330.000,00	1.382.800,00	1.424.500,00	1.452.700,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	15.040.204,14	14.883.300,00	15.203.200,00	15.414.100,00	15.689.600,00	15.893.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	206.254,87	244.600,00	115.500,00	115.500,00	115.500,00	115.500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	8.236.006,94	2.253.300,00	2.198.100,00	2.214.800,00	2.237.600,00	2.254.100,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	5.042.542,52	4.219.900,00	4.624.900,00	4.689.900,00	4.775.400,00	4.838.800,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	41.537.455,66	28.775.800,00	30.453.100,00	30.842.700,00	31.364.800,00	31.748.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	13.236.247,07	13.597.500,00	14.338.100,00	14.837.200,00	15.218.300,00	15.637.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	22.254.414,73	15.639.300,00	16.641.300,00	16.832.800,00	17.042.200,00	17.237.200,00
02.04	- Abschreibungen	1.396.618,58	2.806.700,00	2.024.300,00	2.155.500,00	2.258.100,00	2.365.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	4.829.907,71	4.733.200,00	4.985.400,00	5.147.600,00	5.065.800,00	5.126.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.232.819,80	3.711.200,00	3.918.900,00	4.004.900,00	3.896.400,00	3.910.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	48.950.007,89	40.487.900,00	41.908.000,00	42.978.000,00	43.480.800,00	44.276.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-7.412.552,23	-11.712.100,00	-11.454.900,00	-12.135.300,00	-12.116.000,00	-12.527.700,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	928.050,58					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	928.050,58					
05.	= Jahresergebnis	-6.484.501,65	-11.712.100,00	-11.454.900,00	-12.135.300,00	-12.116.000,00	-12.527.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	727.275,00	803.400,00	832.300,00	832.300,00	832.300,00	832.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-727.275,00	-803.400,00	-832.300,00	-832.300,00	-832.300,00	-832.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-7.211.776,65	-12.515.500,00	-12.287.200,00	-12.967.600,00	-12.948.300,00	-13.360.000,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13.204.066,99	5.583.100,00	6.981.400,00	7.025.600,00	7.122.200,00	7.193.800,00
01.03	+ sonstige Transfereinzahlungen	- 18.432,80					
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	4.849.374,12	14.883.300,00	15.203.200,00	15.414.100,00	15.689.600,00	15.893.700,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	164.150,72	244.600,00	115.500,00	115.500,00	115.500,00	115.500,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	9.380.579,36	2.253.300,00	2.198.100,00	2.214.800,00	2.237.600,00	2.254.100,00
01.09	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	4.837.940,58	4.219.900,00	4.624.900,00	4.689.900,00	4.775.400,00	4.838.800,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	32.417.678,97	27.184.200,00	29.123.100,00	29.459.900,00	29.940.300,00	30.295.900,00
02.01	- Personalauszahlungen	11.935.003,89	12.440.500,00	13.251.300,00	13.701.300,00	14.046.100,00	14.428.900,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u.ger.Verm.	12.237.600,83	15.639.300,00	16.641.300,00	16.832.800,00	17.042.200,00	17.237.200,00
02.05	- Transferauszahlungen	5.035.253,45	4.733.200,00	4.985.400,00	5.147.600,00	5.065.800,00	5.126.100,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	7.094.143,30	3.711.200,00	3.918.900,00	4.004.900,00	3.896.400,00	3.910.800,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	36.302.001,47	36.524.200,00	38.796.900,00	39.686.600,00	40.050.500,00	40.703.000,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.884.322,50	-9.340.000,00	-9.673.800,00	-10.226.700,00	-10.110.200,00	-10.407.100,00
04.01	+ Zuwendungen für Investitionstätigkeit	193.333,31	625.000,00	5.225.000,00	13.045.000,00	9.075.000,00	3.825.000,00
04.03	+ Veräußerung von Sachanlagen	-5.712,72					
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	187.620,59	625.000,00	5.225.000,00	13.045.000,00	9.075.000,00	3.825.000,00
05.01	- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.754,94	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
05.02	- Baumaßnahmen	1.369.015,94	300.000,00	4.900.000,00	10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen	602.054,71	3.340.300,00	1.755.300,00	5.271.000,00	1.121.000,00	271.000,00
05.05	- aktivierbare Zuwendungen	2.464.225,08	665.000,00	835.000,00	1.535.000,00	585.000,00	585.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	4.439.050,67	4.325.300,00	7.510.300,00	17.076.000,00	10.476.000,00	4.376.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-4.251.430,08	-3.700.300,00	-2.285.300,00	-4.031.000,00	-1.401.000,00	-551.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-8.135.752,58	-13.040.300,00	-11.959.100,00	-14.257.700,00	-11.511.200,00	-10.958.100,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit						
09.	= Finanzmittelbestand	-8.135.752,58	-13.040.300,00	-11.959.100,00	-14.257.700,00	-11.511.200,00	-10.958.100,00

Investitionen Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10205-001 Zuweisung für Investitionen (Feuerschutzsteuer)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
I10205-002 Ausstattung Brandschutz	-25.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I10205-003 Ausstattung FTZ	-24.000,00	-40.000,00		-40.000,00	-40.000,00	-40.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.000,00	40.000,00		40.000,00	40.000,00	40.000,00
I10205-004 Ausstattung KatS	-126.800,00	-115.800,00		-116.000,00	-116.000,00	-116.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	126.800,00	115.800,00		116.000,00	116.000,00	116.000,00
I10205-005 Zuweisung Stadt Hildesheim	-5.000,00	-5.000,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I10205-006 Aufbau eines digit. Alarmierungssystems	-30.000,00	-15.000,00		-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	30.000,00	15.000,00		15.000,00	15.000,00	15.000,00
I10205-998 Bewegliches Anlagevermögen Gerätewagen Gefahrgut						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I12205-001 Digitalfunk Tetra	-5.000,00	-5.000,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I13205-001 Tetra Technik Leitstelle	-10.000,00	-10.000,00		-10.000,00	-10.000,00	-10.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	10.000,00	10.000,00		10.000,00	10.000,00	10.000,00
I14205-003 Qualitätsmanagementsystem Rettungsdienst-Software-	-13.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.000,00					
I16204-001 Verkehrsüberwachungsanlagen stationär	-530.000,00	-96.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	530.000,00	96.000,00				
I16205-003 Sonderprogramm Atemschutzverbund	-90.000,00	-50.000,00		-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.000,00	50.000,00		50.000,00	50.000,00	50.000,00
I17205-001 Gerätewagen Sanität	-120.000,00	-30.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	120.000,00	30.000,00				
I17208-005 Zuw. von/an Hochwasserschutzmaßnahmen -regional-	-270.000,00	-270.000,00		-270.000,00	-270.000,00	-270.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	300.000,00	4.900.000,00		10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	4.900.000,00		10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	270.000,00	270.000,00		270.000,00	270.000,00	270.000,00
I17208-006 Sanierung der Deponien						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I18203-001 Wildsammelstelle		-25.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		25.000,00				
I18205-001 Sonderprogramm ABC-Zug	-140.000,00	-170.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	140.000,00	170.000,00				
I20205-001 Abrollbehälter Pumpe mit Beladung	-272.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	272.000,00					
I20205-003 Sonderprogramm Notstromversorgung (Dau)	-75.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	75.000,00					
I20205-004 Ersatzbeschaffung Kommandowagen (KdoW)	-40.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00					
I21203-001 ASP Schutzzaun		-56.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		56.000,00				
I21203-002 ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschwein		-40.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		40.000,00				
I21205-001 Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen	-600.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	600.000,00					
I21205-003 Kreisanteil Neubeschaffung Nourmat	-80.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	80.000,00					

Investitionen Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I22205-001 Meldekräder für die Feuerwehrbereitschaften 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-77.000,00 77.000,00					
I22205-002 Ersatzbesch.LKW mit Ladebordwand f.Schlauchverband 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-200.000,00 200.000,00	-200.000,00 200.000,00		
I22205-003 2. Sandsackfüllmasch.auf Abrollbehälter 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-200.000,00 200.000,00					
I22205-004 Mittleres Löschfahrzeug für die FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-300.000,00 300.000,00					
I22205-005 Sonderlöschfahrzeug Ersatz f.Tanklöschfahrzeug FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-360.000,00 360.000,00					
I22205-006 Kreisweite Sirenenertüchtigung 05.05 - aktivierbare Zuwendungen			-750.000,00 750.000,00	-750.000,00 750.000,00		
I22205-010 Telenotfallmedizin 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-15.000,00 15.000,00	-5.000,00 5.000,00		-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00
I22205-011 Notstromversorgte Tankstellen Kreisgebiet 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-60.000,00 60.000,00	-30.000,00 30.000,00				
I22206-001 Ersatzbeschaffung Drucker Führerscheinstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-7.500,00 7.500,00					
I23205-001 Gerätewagen Mess (Gefahrgutkonzept) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-220.000,00 220.000,00	220.000,00 220.000,00		
I23205-002 3Gerätew.Gefahrgut/3AbrollbehälterGefahrgutkonzept 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-2.250.000,00 2.250.000,00	2.250.000,00 2.250.000,00		
I23205-003 Ersatz Rüstwagen 2 der FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-500.000,00 500.000,00	-500.000,00 500.000,00		
I23205-004 Zweiter Wechsellader für die FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen				-350.000,00 350.000,00		
I23205-005 Ersatz Kombi FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-45.000,00 45.000,00				
I23205-006 Toilettenanhänger 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-20.000,00 20.000,00				
I23205-007 Multi Carrier-Anhänger 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-50.000,00 50.000,00				
I23205-008 Ersatz LKW Hebebühne 12 t FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-80.000,00 80.000,00					
I23205-009 Abrollbehälter (mit verschiedenen Containermulden) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00					
I23205-010 Scherenhebebühne 5t FTZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00					
I23205-011 Drohnen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-30.000,00 30.000,00				
I23205-012 AB Container RED BOXX 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00					
I23206-001 Tresore Zulassungsstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000,00 25.000,00					
I24203-001 EDV Ausstattung Lebensmittelkontrolleure 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-24.500,00 24.500,00				
I24203-002 Zuschuss Tierschutz Hi. u. Umg. e.V. 05.05 - aktivierbare Zuwendungen		-250.000,00 250.000,00		-200.000,00 200.000,00		
I24205-001 Komandowagen (Kdow) Brandabschnittsleiter (BAL) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-150.000,00 150.000,00	-210.000,00 210.000,00	-210.000,00 210.000,00		
I24205-002 Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz			-350.000,00	-350.000,00		

Investitionen Teilhaushalt EKR

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			350.000,00	350.000,00		
I24205-003 AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/ 50			-500.000,00	-500.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			500.000,00	500.000,00		
I24205-004 Umrüstsatz GW-L Unimog incl.Mat.-Vegetatationsbr.		-150.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		150.000,00				
I24205-005 Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatz			-850.000,00		-850.000,00	
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			850.000,00		850.000,00	
I24205-006 Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads		-90.000,00		-90.000,00	-15.000,00	-15.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		90.000,00		90.000,00	15.000,00	15.000,00
I24205-007 Software Katastrophenschutz			-30.000,00	-30.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			30.000,00	30.000,00		
I24205-008 Gerätewagen Verpflegung (GW-V)			-300.000,00	-300.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			300.000,00	300.000,00		
I24205-009 Führungskraftw.(FüKW)/Mannsch.transp.(MTW) ABC-Zug		-120.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		120.000,00				
I24205-010 Optimierung Funkausstattung TEL		-38.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		38.000,00				
I24205-011 Austauschcassetten für Schlauchwagen		-15.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		15.000,00				
I24205-012 Mannschaftszelte Versorgungszug		-170.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		170.000,00				
I24205-013 Erstausrüstung neuer Stabsraum		-150.000,00		-15.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		150.000,00		15.000,00		

Produkt 111-028 Verwaltungsführung EKR			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-028	Verwaltungsführung EKR	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Erste Kreisrätin Evelin Wißmann		
Kurzbeschreibung	Strategische und operative Steuerung der Verwaltung, grundsätzliche und/oder fachbereichsübergreifende Entscheidungen, Außenvertretung in Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, soweit vorbehalten		
Zielgruppe	intern: Dezernate extern: Einwohnerschaft, Kreistag und seine Ausschüsse, Vereine und Verbände, Gesellschaften und Beteiligungen		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG und sonstige Rechtsvorschriften		
Sachziele	Erfüllung der Kreisaufgaben i.S. der NKomVG		
Qualitätsziele	Z-111-028-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen		Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr
			Ansatz lfd. Jahr
Leistungen	111-028	Verwaltungsführung EKR	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-028 Verwaltungsführung EKR

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	167.194,47	161.500,00	169.200,00	177.200,00	181.900,00	187.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	9.496,43	9.900,00	10.200,00	10.100,00	10.000,00	10.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.329,07	2.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	182.019,97	174.300,00	181.300,00	189.200,00	193.800,00	199.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-182.019,97	-174.300,00	-181.300,00	-189.200,00	-193.800,00	-199.200,00
05.	= Jahresergebnis	-182.019,97	-174.300,00	-181.300,00	-189.200,00	-193.800,00	-199.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.030,00	11.000,00	11.300,00	11.300,00	11.300,00	11.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-3.030,00	-11.000,00	-11.300,00	-11.300,00	-11.300,00	-11.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-185.049,97	-185.300,00	-192.600,00	-200.500,00	-205.100,00	-210.500,00

Produkt 111-029 Projekte im Dezernat II		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-029	Projekte im Dezernat II
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Erste Kreisrätin Evelin Wißmann	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Leistungen	111-029	Projekte im Dezernat II

Teilergebnishaushalt Produkt 111-029 Projekte im Dezernat II

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	13.480,32					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen		20.300,00				
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	13.480,32	20.300,00				
03.	= Ordentliches Ergebnis	-13.480,32	-20.300,00				
05.	= Jahresergebnis	-13.480,32	-20.300,00				
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-13.480,32	-20.300,00				

Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 204 - Petra Hartzel		
Kurzbeschreibung	<p>Maßnahmen zur Gefahrenabwehr (Erlaubnisse, Genehmigungen, Verfügungen, Zwangsmaßnahmen) Berufsausübungsaufsicht und Aufsichtsmaßnahmen gegen Bezirksschornsteinfegermeister/ Vergabe der Kehrbezirke Aufgaben nach dem NHundG und GefTVO-Feststellung Gefährlichkeit, Ausnahme- und Genehmigungsgenehmigungen Jugendschutz Erlaubnisse/ Versagungen nach Waffen- und Sprengstoffrecht Kontrolle der Aufbewahrung von Waffen, Sprengstoff Regelüberprüfungen von Waffenerlaubnisinhabern Ausstellung/ Versagungen jagdlicher Befähigungsscheine und Ausweise Verwaltung/ Beaufsichtigung der Jagd- und Fischereibezirke und Genossenschaften Überwachung von Gewerbebetrieben, Erteilung/ Widerruf von Erlaubnissen, Untersagungen, Ausstellen von Bescheinigungen Marktfestsetzungen, Versammlungen Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz Beratung der Kommunen/ Ausübung der Fachaufsicht</p>		
Zielgruppe	intern: --- extern: Von den jeweiligen Rechtsvorschriften betroffene Einwohnerinnen und Einwohner		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. SOG, WaffG, SprengG, JagdG, FischereiG, Gewerbeordnung, SchornsteinfegerG, JuSchG, NHundG, NVersammlungsG, GeldwäscheG, GefahrTierVO, ProstSchG einschließlich spezialgesetzlicher Regelungen		
Sachziele	Aufrechterhaltung und Schutz der öffentlichen Sicherheit Abwehr und Vermeidung von Gefahren Kontrolle und Reglementierung des Waffen- und Sprengstoffbesitzes Kontrolle und Reglementierung der Jagdausübung Schutz und Entwicklung des Wildbestandes Schutz vor unlauteren und ungeeigneten Gewerbetreibenden Schutz vor gefährlichen Hunden und weiteren Tieren Kontrolle und Reglementierung des Prostitutionsgewerbes		
Qualitätsziele	Z-122-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-001-101 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	6.000,00	6.000,00
ZK-122-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Leistungen	122-001	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
	122-001-0001	Gefahrenabwehr
	122-001-0002	Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten
	122-001-0003	Jagd- und Fischereiangelegenheiten
	122-001-0004	Gewerbeangelegenheiten

Teilergebnishaushalt Produkt 122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	296.208,71	300.500,00	330.500,00	334.900,00	340.700,00	345.100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	48.347,83	26.400,00	14.200,00	14.300,00	14.400,00	14.500,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	25.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	369.556,54	328.900,00	346.700,00	351.200,00	357.100,00	361.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	639.810,70	891.600,00	946.200,00	977.500,00	1.001.700,00	1.029.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	36.815,53	31.300,00	33.200,00	33.200,00	33.100,00	33.200,00
02.04	- Abschreibungen	3.629,07	3.900,00	4.200,00	4.300,00	4.300,00	4.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	616,00	900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	131.380,51	163.400,00	160.900,00	161.000,00	161.100,00	161.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	812.251,81	1.091.100,00	1.145.400,00	1.176.900,00	1.201.100,00	1.229.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-442.695,27	-762.200,00	-798.700,00	-825.700,00	-844.000,00	-867.400,00
05.	= Jahresergebnis	-442.695,27	-762.200,00	-798.700,00	-825.700,00	-844.000,00	-867.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.786,00	41.500,00	47.800,00	47.800,00	47.800,00	47.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-40.786,00	-41.500,00	-47.800,00	-47.800,00	-47.800,00	-47.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-483.481,27	-803.700,00	-846.500,00	-873.500,00	-891.800,00	-915.200,00

Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-002	Ordnungswidrigkeiten	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 204 - Petra Hartzel		
Kurzbeschreibung	Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten, einschl. Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften		
Zielgruppe	intern: --- extern: Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, Verursacherinnen und Verursacher von Rechtsverstößen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	OWiG, StPO, StVG, StVO, verkehrsrechtliche Erlasse, BaföG, UVG, WoGG, BNatG, GewO, HwO, Schwarzarbg, JuSchG, KrWG, NSchG, SGB, WaffG, Lebensmittel-/Tierschutzrecht, sowie Rechtsgrundlagen aus weiteren Rechtsgebieten		
Sachziele	Allgemeine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, präventive Wirkung an besonderen Gefährdungspunkten. Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften aus Gründen des Gemeinwohls Verkehrsordnungswidrigkeiten: Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Verkehrsordnungswidrigkeiten"		
Qualitätsziele	Z-122-002-001: Abwicklung innerhalb der Verjährungsfrist (Verjährungsrate höchstens 2 %) Z-122-002-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-002-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	145.000,00	145.000,00
G-122-002-101 Verjährte Fälle - (Anzahl)	0,00	2.900,00	2.900,00
ZK-122-002-101 Verjährungsrate - (%)	0,00	2,00	2,00
ZK-122-002-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	122-002	Ordnungswidrigkeiten	
	122-002-0001	Verkehrsordnungswidrigkeiten	
	122-002-0002	Andere Ordnungswidrigkeiten	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	24.229,66	20.100,00	20.100,00	20.300,00	20.700,00	21.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	98.885,67	70.000,00	70.000,00	70.000,00	70.000,00	70.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	4.697.749,27	4.214.000,00	4.614.000,00	4.679.000,00	4.764.400,00	4.827.700,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.820.864,60	4.304.100,00	4.704.100,00	4.769.300,00	4.855.100,00	4.918.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.466.461,98	1.287.000,00	1.262.900,00	1.301.200,00	1.333.900,00	1.370.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	172.659,50	203.700,00	206.700,00	206.100,00	205.400,00	206.400,00
02.04	- Abschreibungen	164.229,06	161.800,00	162.200,00	169.000,00	175.600,00	182.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.088.589,38	925.700,00	881.700,00	892.100,00	903.500,00	913.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.891.939,92	2.578.200,00	2.513.500,00	2.568.400,00	2.618.400,00	2.673.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	1.928.924,68	1.725.900,00	2.190.600,00	2.200.900,00	2.236.700,00	2.245.300,00
05.	= Jahresergebnis	1.928.924,68	1.725.900,00	2.190.600,00	2.200.900,00	2.236.700,00	2.245.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	106.002,00	122.600,00	124.100,00	124.100,00	124.100,00	124.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-106.002,00	-122.600,00	-124.100,00	-124.100,00	-124.100,00	-124.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	1.822.922,68	1.603.300,00	2.066.500,00	2.076.800,00	2.112.600,00	2.121.200,00

Investitionen Produkt 122-002 Ordnungswidrigkeiten

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I16204-001 Verkehrsüberwachungsanlagen stationär	-530.000,00	-96.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	530.000,00	96.000,00				

Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-004	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz			
Verantwortlich Amt 203 - Dr. Wiebke Evers			
Kurzbeschreibung Vorbeugende und spezielle Bekämpfung anzeige- und meldepflichtiger Tierkrankheiten. Überwachung von gewerblichen und privaten Tierhaltungen sowie Tierhandlungen. Durchführung der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung-			
Zielgruppe intern: --- extern: Allgemeinheit; Private und gewerbliche Tierhalterinnen und Tierhalter; Tierhändlerinnen und Tierhändler; Verbraucherinnen und Verbraucher; Gewerbetreibende; Tierärztinnen und Tierärzte			
Kategorie Pflichtaufgabe			
Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis			
Auftragsgrundlage Lebensmittel-/Tierschutzrecht/Tierseuchenrecht einschließlich Tierarzneimittelrecht			
Sachziele - Aufrechterhaltung gesunder Tierbestände, Schutz vor wirtschaftlichen Schäden - Schutz vor und Bekämpfung von Tierseuchen - Gewährleistung einer tierschutzgerechten Tierhaltung, von Tiertransporten und -versuchen - Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitsschädigenden Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie vor Irreführung und Täuschung.			
Qualitätsziele Z-122-004-001: Gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle der Betriebe, die der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung unterliegen (nach ständig aktualisierter Risikobewertung) Z-122-004-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.			
Maßnahmen ZM-122-004-101: Anzahl der Kontrollen jährlich mindestens 1400 ZM-122-004-102: Lfd. Erfassung der Betriebe, die der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung unterliegen, sowie deren ständige Risikobewertung			
Kennzahlen			
	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-122-004-103 Durchgeführte Kontrollen - (Anzahl)	0,00	1.500,00	1.400,00
ZK-122-004-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz 122-004-0001 Tierseuchenbekämpfung			

Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

122-004-0003	Tierschutz
122-004-0004	Verbraucherschutz

Teilergebnishaushalt Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	132.518,73	126.200,00	138.000,00	139.700,00	142.200,00	144.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	64.223,58	4.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	32.808,78	2.300,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00	2.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	229.551,09	132.500,00	143.300,00	145.000,00	147.500,00	149.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	2.687.363,65	2.632.200,00	2.628.500,00	2.750.500,00	2.829.900,00	2.912.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	221.105,36	69.500,00	72.500,00	72.100,00	71.600,00	72.300,00
02.04	- Abschreibungen	8.893,48	700,00	3.200,00	3.600,00	3.700,00	3.900,00
02.06	- Transferaufwendungen	1.071,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	45.356,62	97.900,00	95.800,00	91.800,00	91.800,00	91.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.963.790,11	2.801.400,00	2.801.100,00	2.919.100,00	2.998.100,00	3.081.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.734.239,02	-2.668.900,00	-2.657.800,00	-2.774.100,00	-2.850.600,00	-2.932.200,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	0,10					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	0,10					
05.	= Jahresergebnis	-2.734.238,92	-2.668.900,00	-2.657.800,00	-2.774.100,00	-2.850.600,00	-2.932.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	64.699,00	71.800,00	82.100,00	82.100,00	82.100,00	82.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-64.699,00	-71.800,00	-82.100,00	-82.100,00	-82.100,00	-82.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.798.937,92	-2.740.700,00	-2.739.900,00	-2.856.200,00	-2.932.700,00	-3.014.300,00

Investitionen Produkt 122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- - Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I18203-001 Wildsammelstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-25.000,00 25.000,00				
I21203-001 ASP Schutzzaun 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-56.000,00 56.000,00				
I21203-002 ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschwein 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-40.000,00 40.000,00				
I24203-001 EDV Ausstattung Lebensmittelkontrolleure 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-24.500,00 24.500,00				
I24203-002 Zuschuss Tierschutz Hi. u. Umg. e.V. 05.05 - aktivierbare Zuwendungen		-250.000,00 250.000,00		-200.000,00 200.000,00		

Produkt 122-005 KFZ-Zulassungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-005	KFZ-Zulassungen	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 206 - Angela Geweke		
Kurzbeschreibung	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen sowie Änderung von Halter- und Fahrzeugdaten; Erlass von Verfügungen zur Stilllegung von Kfz, insbesondere bei Versicherungsanzeigen, Steuerverzug, Adressanzeigen, Mängelanzeigen, verkehrsunsicheren Fahrzeugen, allg. Mängeln am Fahrzeug, unerlaubten techn. Änderungen		
Zielgruppe	intern: --- extern: Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer; Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Kfz-Steuergesetz; StVZO; Pflichtversicherungsgesetz; FRV; FZV; andere straßenverkehrsrechtliche Vorschriften		
Sachziele	Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "KFZ-Zulassungen"		
Qualitätsziele	Z-122-005-001: Beschäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote „2“ erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-005-101 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	146.000,00	146.000,00
ZK-122-005-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	122-005	KFZ-Zulassungen	
	122-005-0001	Ordnungsmaßnahmen gegen Halter	
	122-005-0002	Zulassung, Abmeldung, Änderung	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-005 KFZ-Zulassungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.869.603,59	2.080.000,00	2.080.000,00	2.109.600,00	2.148.300,00	2.176.800,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	88.804,57	111.300,00	111.300,00	111.300,00	111.300,00	111.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.787,75	3.400,00	3.400,00	3.400,00	3.500,00	3.500,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	26.760,06					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.989.955,97	2.194.700,00	2.194.700,00	2.224.300,00	2.263.100,00	2.291.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.766.465,45	1.864.000,00	1.808.100,00	1.858.000,00	1.904.200,00	1.956.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	196.639,74	270.300,00	270.400,00	269.600,00	268.600,00	270.000,00
02.04	- Abschreibungen	34.071,13	28.500,00	13.200,00	13.800,00	14.500,00	15.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	52.631,39	45.700,00	44.500,00	44.500,00	44.500,00	44.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.049.807,71	2.208.500,00	2.136.200,00	2.185.900,00	2.231.800,00	2.285.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-59.851,74	-13.800,00	58.500,00	38.400,00	31.300,00	5.900,00
05.	= Jahresergebnis	-59.851,74	-13.800,00	58.500,00	38.400,00	31.300,00	5.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	114.614,00	127.300,00	125.000,00	125.000,00	125.000,00	125.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-114.614,00	-127.300,00	-125.000,00	-125.000,00	-125.000,00	-125.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-174.465,74	-141.100,00	-66.500,00	-86.600,00	-93.700,00	-119.100,00

Investitionen Produkt 122-005 KFZ-Zulassungen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I23206-001 Tresore Zulassungsstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000,00 25.000,00					

Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 206 - Angela Geweke		
Kurzbeschreibung	<p>Erlaubnisse und Genehmigungen wie z.B. Erlaubnisse zur Durchführung von Großraum- und Schwerverkehr, Ausnahmegenehmigungen zum/zur: Befahren von gesperrten Wegen, Halten und Parken, u.a. Anerkennung von Betrieben, die Sicherheitsprüfungen durchführen.</p> <p>Entscheidungen über Anbringung oder Entfernung von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen zum Schutz von Kindern, Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern und sonstigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern sowie der Wohnbevölkerung. Entscheidung über Widersprüche/ Aufsichtsangelegenheiten (Städte Alfeld und Sarstedt), Angelegenheiten privater Anschlussbahnen, sonstige Leistungen für andere Fachdienste</p>		
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: private Personen; Vereine; Transport- und Baufirmen; Kfz-Werkstätten; sonstige Unternehmen, alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	StVO; StVG; StVZO; Anlage VIII zu § 29 StVO StVO (§ 45 Abs. 1 - 1d, 3); GEB (Gesetz über Eisen- und Bergbahnen)		
Sachziele	Sicherung des Straßenverkehrs und des öffentlichen Verkehrsraums bei Abweichungen von den Regelungen der StVO und StVZO. Gewährleistung der Verkehrssicherheit nach den Regelungen der StVO/GEB		
Qualitätsziele	<p>Z-122-006-001:</p> <p>Beschäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote „ 2 " erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-006-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	20.000,00	20.000,00
ZK-122-006-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	122-006	Verkehrssicherung und -lenkung	
	122-006-0001	Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen	
	122-006-0002	Verkehrsbehördliche Anordnungen	
	122-006-0003	Verkehrsaufsicht	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-006 Verkehrssicherung und -lenkung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	150,00					
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	880.454,92	645.000,00	645.000,00	654.100,00	666.100,00	674.900,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.991,15	6.600,00	6.600,00	6.600,00	6.800,00	6.900,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	887.596,07	651.700,00	651.700,00	660.800,00	673.000,00	681.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	591.694,20	531.500,00	647.900,00	667.100,00	683.900,00	702.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.466,54	11.900,00	12.500,00	12.500,00	12.400,00	12.500,00
02.04	- Abschreibungen	0,50					
02.06	- Transferaufwendungen	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	16.427,13	16.300,00	16.300,00	16.300,00	16.300,00	16.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	613.088,37	561.200,00	678.200,00	697.400,00	714.100,00	732.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	274.507,70	90.500,00	-26.500,00	-36.600,00	-41.100,00	-50.600,00
05.	= Jahresergebnis	274.507,70	90.500,00	-26.500,00	-36.600,00	-41.100,00	-50.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.160,50	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-32.160,50	-30.000,00	-30.000,00	-30.000,00	-30.000,00	-30.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	242.347,20	60.500,00	-56.500,00	-66.600,00	-71.100,00	-80.600,00

Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 206 - Angela Geweke		
Kurzbeschreibung	Erteilung, Entziehung, Versagung von Fahrerlaubnissen, Überprüfung von Straßenverkehrsteilnehmern, Serviceleistungen, Fahrtenbuchauflagen, Fahrschulüberwachung		
Zielgruppe	intern: --- extern: Fahrerlaubnisbewerberinnen und -bewerber; Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber; andere Straßenverkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer; andere Behörden		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	StVG; StVZ; IntVO; StVO; FeV; BKrFQG; FahrlG		
Sachziele	Zulassung von geeigneten und Ausschluss von ungeeigneten Teilnehmerinnen und Teilnehmern am öffentlichen Straßenverkehr Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Führerscheine"		
Qualitätsziele	Z-122-007-001: Beschäftigtenzufriedenheit: das Ergebnis von regelmäßigen BEragungen soll mindestens die Schulnote „ 2 " erreichen. Hinweis: die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-007-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	15.000,00	20.000,00
ZK-122-007-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	122-007	Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung	
	122-007-0001	Erteilung von Fahrerlaubnissen	
	122-007-0002	Ordnungsmaßnahmen gegen Fahrerlaubnisinhaber	
	122-007-0003	Fahrlehrer- und Fahrschulangelegenheiten	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	682.667,04	535.900,00	700.200,00	710.100,00	723.100,00	732.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	486,86					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	5.624,52	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	688.778,42	536.100,00	700.400,00	710.300,00	723.300,00	732.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	623.704,44	767.200,00	1.080.000,00	1.111.500,00	1.139.100,00	1.170.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	182.312,39	155.900,00	236.400,00	236.200,00	235.900,00	236.300,00
02.04	- Abschreibungen	390,38	3.700,00	1.900,00	2.000,00	2.100,00	2.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	18.986,28	22.500,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00	22.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	825.393,49	949.300,00	1.340.800,00	1.372.200,00	1.399.600,00	1.431.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-136.615,07	-413.200,00	-640.400,00	-661.900,00	-676.300,00	-698.100,00
05.	= Jahresergebnis	-136.615,07	-413.200,00	-640.400,00	-661.900,00	-676.300,00	-698.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	43.745,50	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-43.745,50	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-180.360,57	-473.200,00	-700.400,00	-721.900,00	-736.300,00	-758.100,00

Investitionen Produkt 122-007 Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I22206-001 Ersatzbeschaffung Drucker Führerscheinstelle 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-7.500,00 7.500,00					

Produkt 122-009 Wasserwirtschaft			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-009	Wasserwirtschaft	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Genehmigungsverfahren von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Oberflächengewässer oder das Grundwasser zur Folge haben können, - Verhinderung und Beseitigung von Umweltschäden durch wassergefährdende Stoffe, - Fachaufsicht über Wasser- und Bodenverbände, Gewässeraufsicht - Schutz von Gewässern vor Verunreinigungen und sonstigen nachteiligen Veränderungen - Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte - Ökologisch vertretbare und sparsame Gewässerbewirtschaftung - Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Gewässer - Verhinderung, Reduzierung und Beseitigung von Boden- und Gewässerverunreinigungen - Gewährleistung des Wasser- u. Hochwasserabflusses - Sicherstellung der ordnungsgem. Trinkwasserversorgung - Nachhaltige Nutzung von Bodenschätzen 		
Zielgruppe	intern: --- extern: Gewässerbenutzer und Träger von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Gewässer zur Folge haben können, Privatpersonen und juristische Personen, Gewerbebetriebe, Wasser- und Bodenverbände, abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	WHG, NWG, VAWS, VbF, SOG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Gewässerschutz"		
Qualitätsziele	Z-122-009-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-122-009-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	122-009	Wasserwirtschaft	
	122-009-0001	Trinkwasser	
	122-009-0003	Bodenabbauten	
	122-009-0004	Gewässerbewirtschaftung	
	122-009-0005	Wassergefährdende Stoffe	

Teilergebnishaushalt Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	213.068,86	150.500,00	1.250.500,00	1.250.500,00	1.250.500,00	1.250.500,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	28.154,08	28.200,00	28.200,00	29.300,00	30.200,00	30.800,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	64.052,85	100.000,00	100.000,00	101.400,00	103.200,00	104.600,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	99.646,75	111.300,00	111.300,00	112.200,00	113.700,00	114.600,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge		1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	404.922,54	391.000,00	1.491.000,00	1.494.400,00	1.498.600,00	1.501.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	889.837,72	1.030.900,00	1.124.200,00	1.158.600,00	1.188.200,00	1.221.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	158.656,59	246.400,00	1.346.400,00	1.346.200,00	1.345.900,00	1.346.300,00
02.04	- Abschreibungen	1.820,48	1.100,00	1.200,00	1.400,00	1.500,00	1.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	410.278,13	747.900,00	907.600,00	908.400,00	909.300,00	910.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.460.592,92	2.026.300,00	3.379.400,00	3.414.600,00	3.444.900,00	3.478.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.055.670,38	-1.635.300,00	-1.888.400,00	-1.920.200,00	-1.946.300,00	-1.977.400,00
05.	= Jahresergebnis	-1.055.670,38	-1.635.300,00	-1.888.400,00	-1.920.200,00	-1.946.300,00	-1.977.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.345,50	41.800,00	43.400,00	43.400,00	43.400,00	43.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-36.345,50	-41.800,00	-43.400,00	-43.400,00	-43.400,00	-43.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.092.015,88	-1.677.100,00	-1.931.800,00	-1.963.600,00	-1.989.700,00	-2.020.800,00

Investitionen Produkt 122-009 Wasserwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I17208-005 Zuw. von/an Hochwasserschutzmaßnahmen - regional-	-270.000,00	-270.000,00		-270.000,00	-270.000,00	-270.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	300.000,00	4.900.000,00		10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	4.900.000,00		10.250.000,00	8.750.000,00	3.500.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	270.000,00	270.000,00		270.000,00	270.000,00	270.000,00

Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-003	Brandschutz (Amt 205)
Wesentl. Produkt		
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's	
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführen von Aus- und Fortbildungslehrgängen auf Gemeindeebene - Fachaufsicht über gemeindliche Feuerwehren - Ehrungen von Feuerwehrmitgliedern (SB) - Personalsachbearbeitung für Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige; Feuerwehrentwicklungsplanung - Zusammenarbeit mit der Kreisfeuerwehr; Unfallversicherung der Feuerwehren; Förderung der Städte und Gemeinden aus Feuerschutzsteuermitteln - Errichten und Unterhalten einer ständig besetzten Feuerwehr-Einsatz-Leitstelle, einschließlich Serviceleistungen der FEL für die Verwaltung - Überörtliche Alarm- und Einsatzplanung; Vorbeugender Brandschutz (ohne den vorbeugenden baulichen Brandschutz) - Aufstellung der Kreisfeuerwehr einschließlich überörtlicher Einsatz der Kreisfeuerwehr (ABC-Zug, Vers.-Zug und Kreisfeuerwehrbereitschaften) unterhalb der KatS-Schwelle 	
Zielgruppe	intern: Erreichbarkeit der Verwaltung auch außerhalb der Geschäftszeiten extern: Bevölkerung des Kreises; Gemeindliche Feuerwehren, Kreisfeuerwehr, Werkfeuerwehren	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Nds. BrandschutzG (§ 3); Vereinbarungen mit der Stadt Hildesheim über den Betrieb einer gemeinsamen Integrierten Leitstelle für den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherstellen der übergemeindlichen Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung - Sicherstellung von ständig einsatzbereiten Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen - Sicherstellung eines ausreichenden Lehrgangsangebotes entsprechend der Nachfrage der Feuerwehren - Vorbereiten von Maßnahmen zur konkreten Gefahrenabwehr - Überprüfen der Feuerwehren auf ihre Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft - Beraten der Gemeinden in allen Angelegenheiten des Brandschutzes und der Hilfeleistung - Förderung der Ausrüstung der Feuerwehren 	
Qualitätsziele	Z-126-003-002: Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge mehr als 4 im Jahr) Z-126-003-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.	
Maßnahmen	ZM-126-003-101: Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ZM-126-003-102: Vorplanung der Lehrgänge	

Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-126-003-102 Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge >4/Jahr)	0,00	5,00	4,00
ZK-126-003-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	126-003	Brandschutz (Amt 205)	
	126-003-0001	Brandschutz und Hilfeleistung	
	126-003-0002	Feuerwehreinsatzleitstelle	
	126-003-0003	Netzwerk psychosoziale Unterstützung (Budget 20)	

Teilergebnishaushalt Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	359.892,78	322.900,00	350.400,00	324.600,00	330.200,00	334.300,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	327.542,42	308.700,00	302.300,00	314.300,00	323.800,00	330.200,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	44.788,10	31.800,00	31.800,00	31.800,00	31.800,00	31.800,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	9.283,92	3.600,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	34.238,24	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	775.745,46	669.000,00	686.500,00	672.700,00	687.800,00	698.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	326.397,19	312.100,00	329.600,00	341.400,00	350.100,00	359.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	313.131,60	340.500,00	311.500,00	311.500,00	311.500,00	311.500,00
02.04	- Abschreibungen	414.967,69	454.500,00	418.000,00	445.500,00	467.000,00	489.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	458.926,12	302.000,00	302.000,00	306.800,00	312.100,00	316.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	191.007,35	245.300,00	244.900,00	245.100,00	245.400,00	245.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.704.429,95	1.654.400,00	1.606.000,00	1.650.300,00	1.686.100,00	1.723.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-928.684,49	-985.400,00	-919.500,00	-977.600,00	-998.300,00	-1.025.100,00
05.	= Jahresergebnis	-928.684,49	-985.400,00	-919.500,00	-977.600,00	-998.300,00	-1.025.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.246,65	25.700,00	26.500,00	26.500,00	26.500,00	26.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-29.246,65	-25.700,00	-26.500,00	-26.500,00	-26.500,00	-26.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-957.931,14	-1.011.100,00	-946.000,00	-1.004.100,00	-1.024.800,00	-1.051.600,00

Investitionen Produkt 126-003 Brandschutz (Amt 205)

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10205-001 Zuweisung für Investitionen (Feuerschutzsteuer)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
I10205-002 Ausstattung Brandschutz	-25.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I10205-005 Zuweisung Stadt Hildesheim	-5.000,00	-5.000,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I10205-006 Aufbau eines digit. Alarmierungssystems	-30.000,00	-15.000,00		-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	30.000,00	15.000,00		15.000,00	15.000,00	15.000,00
I10205-998 Bewegliches Anlagevermögen Gerätewagen Gefahrgut						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I12205-001 Digitalfunk Tetra	-5.000,00	-5.000,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.000,00	5.000,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I13205-001 Tetra Technik Leitstelle	-10.000,00	-10.000,00		-10.000,00	-10.000,00	-10.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	10.000,00	10.000,00		10.000,00	10.000,00	10.000,00
I20205-003 Sonderprogramm Notstromversorgung (Dau)	-75.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	75.000,00					
I21205-001 Ersatzbeschaffung Einsatzleitwagen	-600.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	600.000,00					
I21205-003 Kreisanteil Neubeschaffung Nourmat	-80.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	80.000,00					
I22205-001 Meldekräder für die Feuerwehrebereitschaften	-77.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	77.000,00					
I22205-002 Ersatzbesch. LKW mit Ladebordwand f. Schlauchverband			-200.000,00	-200.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			200.000,00	200.000,00		
I23205-003 Ersatz Rüstwagen 2 der FTZ			-500.000,00	-500.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			500.000,00	500.000,00		
I23205-009 Abrollbehälter (mit verschiedenen Containermulden)	-40.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00					
I23205-012 AB Container RED BOXX	-40.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00					
I24205-001 Komandowagen (Kdow) Brandabschnittsleiter (BAL)		-150.000,00	-210.000,00	-210.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		150.000,00	210.000,00	210.000,00		

Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	126	Brandschutz	
Produkt	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Pflicht- und Serviceleistungen für die örtlichen Feuerwehren, den Katastrophenschutz sowie den Rettungsdienst durch Vorhalten einer Funkwerkstatt, Atemschutzwerkstatt, Schlauchpflegerei, KFZ- und Gerätewerkstatt - Durchführen von technischen Ausbildungslehrgängen - Überörtlicher Einsatz der FTZ unterhalb der KatS-Schwelle - Serviceleistungen der FTZ für die Verwaltung und Dritte 		
Zielgruppe	intern: eigene Verwaltung extern: Bevölkerung des Kreises; Gemeindliche Feuerwehren, Kreisfeuerwehr, Werkfeuerwehren, Katastrophenschutzorganisationen, Rettungsdienstorganisationen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. BrandschutzG (§ 3); Verwaltungsvereinbarungen über den Schlauchverband aus den Jahren 1974 bis 2006; Allgemeine Geschäftsbedingungen vom 01.05.1989 i.V.m. der jeweils gültigen Entgeltfestsetzung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftlichkeit auf Kreis- und örtlicher Ebene durch zentrale Beschaffung, Pflege und Wartung - Sicherstellung von ständig einsatzbereiten Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen - Sicherstellung eines ausreichenden Lehrgangsangebotes entsprechend der Nachfrage der Feuerwehren - Vorbereiten von Maßnahmen zur konkreten Gefahrenabwehr - Beraten der Gemeinden in allen Angelegenheiten des Brandschutzes und der Hilfeleistung 		
Qualitätsziele	Z-126-004-001: Kundenzufriedenheit (Berechtigte Beanstandungen/ Reklamationen <= 2 %) Z-126-004-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-126-004-003: Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge mehr als 16 im Jahr)		
Maßnahmen	ZM-126-004-101: Optimierung Ablaufzeiten in den Werkstätten ZM-126-004-102: Fortbildung der Mitarbeiter ZM-126-004-103: Vorplanung der Lehrgänge		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-126-004-101 Berechtigte Beanstandungen/ Reklamationen - (%)	0,00	2,00	2,00
ZK-126-004-102 Sicherheit der Bevölkerung (Angebotene Lehrgänge > 16/Jahr)	0,00	17,00	16,00

Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

ZK-126-004-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
--	------	------	------

Leistungen	126-004	Feuerwehrtechnische Zentrale
	126-004-0002	Atenschutzwerkstatt
	126-004-0007	Überörtliche Einsätze FTZ (bis 2016)
	126-004-0009	Feuerwehrtechnische Zentrale (ohne Atenschutzwerkstatt)

Teilergebnishaushalt Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		62.700,00	62.700,00	62.700,00	62.700,00	62.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	7.244,10	7.200,00	6.400,00	6.600,00	6.800,00	6.900,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	162.454,63	306.700,00	306.700,00	306.700,00	306.700,00	306.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	240,45	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		453.000,00	453.000,00	453.000,00	453.000,00	453.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	169.939,18	830.100,00	829.300,00	829.500,00	829.700,00	829.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	785.601,53	911.700,00	960.300,00	990.600,00	1.016.100,00	1.044.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	539.609,21	602.600,00	565.800,00	565.800,00	565.800,00	565.800,00
02.04	- Abschreibungen	85.632,80	87.700,00	103.600,00	109.600,00	114.500,00	119.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	35.205,03	39.700,00	39.700,00	39.800,00	40.000,00	40.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.446.048,57	1.641.700,00	1.669.400,00	1.705.800,00	1.736.400,00	1.769.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.276.109,39	-811.600,00	-840.100,00	-876.300,00	-906.700,00	-939.900,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	-107.006,30					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	-107.006,30					
05.	= Jahresergebnis	-1.383.115,69	-811.600,00	-840.100,00	-876.300,00	-906.700,00	-939.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	125.830,80	77.400,00	80.100,00	80.100,00	80.100,00	80.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-125.830,80	-77.400,00	-80.100,00	-80.100,00	-80.100,00	-80.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.508.946,49	-889.000,00	-920.200,00	-956.400,00	-986.800,00	-1.020.000,00

Investitionen Produkt 126-004 Feuerwehrtechnische Zentrale

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10205-003 Ausstattung FTZ	-24.000,00	-40.000,00		-40.000,00	-40.000,00	-40.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.000,00	40.000,00		40.000,00	40.000,00	40.000,00
I16205-003 Sonderprogramm Atemschutzverbund	-90.000,00	-50.000,00		-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.000,00	50.000,00		50.000,00	50.000,00	50.000,00
I22205-004 Mittleres Löschfahrzeug für die FTZ	-300.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	300.000,00					
I22205-005 Sonderlöschfahrzeug Ersatz f. Tanklöschfahrzeug FTZ	-360.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	360.000,00					
I23205-004 Zweiter Wechsellader für die FTZ				-350.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen				350.000,00		
I23205-005 Ersatz Kombi FTZ		-45.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		45.000,00				
I23205-008 Ersatz LKW Hebebühne 12 t FTZ	-80.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	80.000,00					
I23205-010 Scherenhebebühne 5t FTZ	-40.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00					
I24205-002 Schlauchwechselwagen in Kombination mit Atemschutz			-350.000,00	-350.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			350.000,00	350.000,00		
I24205-003 AB Sonderlöschmittel FTZ statt TLF 24/50			-500.000,00	-500.000,00		
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			500.000,00	500.000,00		
I24205-004 Umrüstsatz GW-L Unimog incl. Mat.-Vegetationsbr.		-150.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		150.000,00				
I24205-005 Einsatzleitwagen (ELW) 2 - Ersatz			-850.000,00		-850.000,00	
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			850.000,00		850.000,00	

Produkt 127-001 Rettungsdienst			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	127	Rettungsdienst	
Produkt	127-001	Rettungsdienst	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Errichten und Unterhalten von Alarmierungs- und Nachrichtenvermittlungsanlagen sowie einer ständig besetzten Rettungsleitstelle; - Organisieren der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransport im Rettungsdienst; - Zulassung Dritter zum qualifizierten Krankentransport außerhalb des Rettungsdienstes; 		
Zielgruppe	intern: --- extern: Lebensbedrohlich verletzte oder erkrankte Personen; Personen bei denen eine lebensbedrohliche Erkrankung zu erwarten ist ; Hilfsbedürftige Personen; Unternehmer außerhalb des Rettungsdienstes		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. RettungsdienstG; Vorgaben des Landesausschusses Rettungsdienst		
Sachziele	Dauerhaftes Sicherstellen einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransports		
Qualitätsziele	Z-127-001-001: Einhaltung der Hilfsfrist von 15 Minuten in 95 % aller Einsätze (Notfallrettung und notärztliche Versorgung) Z-127-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-127-001-101: Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-127-001-101 Eingehaltene Hilfsfrist - (%)	0,00	95,00	95,00
ZK-127-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	127-001	Rettungsdienst	
	127-001-0001	Rettungsleitstelle	
	127-001-0002	Krankentransport für Notfallrettung	

Teilergebnishaushalt Produkt 127-001 Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.612,16	10.700,00	10.700,00	10.700,00	10.700,00	10.700,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	10.691.525,00	10.446.000,00	10.566.600,00	10.717.600,00	10.913.700,00	11.058.900,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		704.000,00	704.000,00	713.900,00	727.000,00	736.700,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge			5.000,00	5.000,00	5.100,00	5.200,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	10.701.137,16	11.160.700,00	11.286.300,00	11.447.200,00	11.656.500,00	11.811.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	180.003,25	213.300,00	225.000,00	233.700,00	239.500,00	246.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	10.358.218,18	10.477.700,00	10.764.100,00	10.933.200,00	11.118.900,00	11.282.800,00
02.04	- Abschreibungen	2.543,15	14.400,00	27.900,00	29.300,00	30.500,00	31.800,00
02.06	- Transferaufwendungen	9.612,16	10.700,00	10.700,00	10.700,00	10.700,00	10.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	513.473,90	708.900,00	708.100,00	708.200,00	708.200,00	708.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	11.063.850,64	11.425.000,00	11.735.800,00	11.915.100,00	12.107.800,00	12.279.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-362.713,48	-264.300,00	-449.500,00	-467.900,00	-451.300,00	-468.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	53.836,90					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	53.836,90					
05.	= Jahresergebnis	-308.876,58	-264.300,00	-449.500,00	-467.900,00	-451.300,00	-468.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	15.475,65	20.100,00	23.700,00	23.700,00	23.700,00	23.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-15.475,65	-20.100,00	-23.700,00	-23.700,00	-23.700,00	-23.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-324.352,23	-284.400,00	-473.200,00	-491.600,00	-475.000,00	-491.800,00

Investitionen Produkt 127-001 Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I14205-003 Qualitätsmanagementsystem Rettungsdienst- Software- 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-13.000,00 13.000,00					
I17205-001 Gerätewagen Sanität 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-120.000,00 120.000,00	-30.000,00 30.000,00				
I22205-010 Telenotfallmedizin 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-15.000,00 15.000,00	-5.000,00 5.000,00		-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00
I24205-006 Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-90.000,00 90.000,00		-90.000,00 90.000,00	-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00

Produkt 128-001 Katastrophenschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	128	Katastrophenschutz	
Produkt	128-001	Katastrophenschutz	
Teilhaushalt	I - Landrat, Politik, OE's		
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Zivile Katastrophenschutzplanung und -bewältigung - Zivil-militärische Zusammenarbeit - Krisenvorsorge und -bewältigung im Spannungs- und Verteidigungsfall - UK-Stellung Wehr- und Zivildienstpflichtiger - Finanzielle Förderung von KatS-Organisationen - VS-Dienstleistungen einschl. Betreuung der zentralen Alarmanlage 		
Zielgruppe	intern: eigene Verwaltung extern: Bevölkerung im Landkreis, bei Nachbarschaftshilfe oder überregionaler Hilfe auch anderweitiger Einsatz denkbar; KatS-Organisationen, -Einheiten, -Helfer; Bundespolizei, Bundeswehr, NatoStreitkräfte; Private Wirtschaft und Behörden;		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Artikel 115 a ff GG; Zivilschutzgesetz; Nds. KatastrophenschutzG; WehrpflichtG, ZivildienstG; UK-Verordnung; SicherstellungsgG; Nds. BrandschutzG; VS-Anweisung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz der Bevölkerung vor oder bei Katastrophen und Schadenereignissen grösseren Ausmaßes durch entsprechende Vorsorgeplanung sicherstellen - Versorgung der Bevölkerung, Einheiten, Einrichtungen bzw. Streitkräfte - Aufrechterhaltung der Verwaltungsfunktion im Spannungs- und Verteidigungsfall - Stationierungs- und Objektschutzplanung - Schutz und Förderung der Wirtschaft - Schutz vor dem Ausspähen von für die Landesverteidigung wichtigen Geheimnissen - Schutz des Verwaltungsgebäudes gegen Einbruch 		
Qualitätsziele	Z-128-001-001: Sicherheitsaspekt = Arbeitszeit der hauptamtlichen Mitarbeiter pro 1000 Einwohner >= 18 Stunden/Jahr (Einwohnerzahl des 30.06. des Vorjahres) Z-128-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-128-001-101 Arbeitsstunden pro 1000 Einw. LK - (Anzahl)	0,00	16,00	20,00
ZK-128-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	128-001	Katastrophenschutz	
	128-001-0001	Katastrophenschutz und Vorsorgeplanung	

Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

128-001-0004

Leitstelle für KatS

Teilergebnishaushalt Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.421,91	2.100,00	1.800,00	1.800,00	1.900,00	1.900,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	6.133,48		5.000,00	5.000,00	5.100,00	5.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	563,57	15.000,00	200,00	200,00	200,00	200,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	556,00	11.300,00	12.300,00	12.300,00	12.300,00	12.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	9.674,96	28.400,00	19.300,00	19.300,00	19.500,00	19.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	343.661,39	440.300,00	464.800,00	480.800,00	493.000,00	506.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	210.525,67	413.800,00	348.200,00	347.700,00	347.100,00	348.000,00
02.04	- Abschreibungen	93.974,69	165.000,00	127.400,00	135.100,00	141.400,00	147.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	200.000,00	200.000,00	200.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	208.414,84	306.100,00	318.900,00	319.100,00	319.300,00	319.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.056.576,59	1.525.200,00	1.459.300,00	1.382.700,00	1.400.800,00	1.421.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.046.901,63	-1.496.800,00	-1.440.000,00	-1.363.400,00	-1.381.300,00	-1.401.900,00
05.	= Jahresergebnis	-1.046.901,63	-1.496.800,00	-1.440.000,00	-1.363.400,00	-1.381.300,00	-1.401.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.514,40	88.700,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-31.514,40	-88.700,00	-90.000,00	-90.000,00	-90.000,00	-90.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.078.416,03	-1.585.500,00	-1.530.000,00	-1.453.400,00	-1.471.300,00	-1.491.900,00

Investitionen Produkt 128-001 Katastrophenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10205-004 Ausstattung KatS 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-126.800,00 126.800,00	-115.800,00 115.800,00		-116.000,00 116.000,00	-116.000,00 116.000,00	-116.000,00 116.000,00
I18205-001 Sonderprogramm ABC-Zug 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-140.000,00 140.000,00	-170.000,00 170.000,00				
I20205-001 Abrollbehälter Pumpe mit Beladung 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-272.000,00 272.000,00					
I20205-004 Ersatzbeschaffung Kommandowagen (KdoW) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00					
I22205-003 2. Sandsackfüllmasch.auf Abrollbehälter 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-200.000,00 200.000,00					
I22205-006 Kreisweite Sirenenertüchtigung 05.05 - aktivierbare Zuwendungen			-750.000,00 750.000,00	-750.000,00 750.000,00		
I22205-011 Notstromversorgte Tankstellen Kreisgebiet 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-60.000,00 60.000,00	-30.000,00 30.000,00				
I23205-001 Gerätewagen Mess (Gefahrgutkonzept) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-220.000,00 220.000,00	220.000,00 220.000,00		
I23205-002 3Gerätew.Gefahrgut/3AbrollbehälterGefahrgutkonzept 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-2.250.000,00 2.250.000,00	2.250.000,00 2.250.000,00		
I23205-006 Toilettenanhänger 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-20.000,00 20.000,00				
I23205-007 Multi Carrier-Anhänger 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-50.000,00 50.000,00				
I23205-011 Drohnen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-30.000,00 30.000,00				
I24205-007 Software Katastrophenschutz 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-30.000,00 30.000,00	-30.000,00 30.000,00		
I24205-008 Gerätewagen Verpflegung (GW-V) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen			-300.000,00 300.000,00	-300.000,00 300.000,00		
I24205-009 Führungskraftw.(FüKW)/Mansch.transp.(MTW) ABC-Zug 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-120.000,00 120.000,00				
I24205-010 Optimierung Funkausstattung TEL 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-38.000,00 38.000,00				
I24205-011 Austauschcassetten für Schlauchwagen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-15.000,00 15.000,00				
I24205-012 Mannschaftszelte Versorgungszug 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-170.000,00 170.000,00				
I24205-013 Erstausrüstung neuer Stabsraum 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-150.000,00 150.000,00		-15.000,00 15.000,00		

Produkt 128-002 Impfzentren

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	128	Katastrophenschutz
Produkt	128-002	Impfzentren

Teilergebnishaushalt Produkt 128-002 Impfzentren

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	506.199,23					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	506.199,23					
02.01	- Personalaufwendungen	108.288,42					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	207.158,91					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	14.697,67					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	330.145,00					
03.	= Ordentliches Ergebnis	176.054,23					
04.01	+ außerordentliche Erträge	981.219,88					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	981.219,88					
05.	= Jahresergebnis	1.157.274,11					
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	303,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-303,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	1.156.971,11					

Produkt 414-001 Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege	
Produkt	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 203 - Dr. Wiebke Evers		
Kurzbeschreibung	Überwachung der Erzeugung, Gewinnung und Behandlung von Lebensmitteln tierischer Herkunft unter Mitwirkung angestellter Tierärzte und amtlicher Fachassistenten Fach- und Dienstaufsicht über die angestellten Tierärzte und amtliche Fachassistenten (Beschaupersonal)		
Zielgruppe	intern: --- extern: Verbraucher; Gewerbetreibende		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	FleischhygieneG; FleischhygieneVO; BSE-Verordnung; EU-Rechtsgrundlagen VO (EG) : 852/2004, 853/2004, 882/2004, 2073/2005, 2074 - 2076/2005, 1662 - 1666/2006		
Sachziele	Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitsschädigenden Einflüssen sowie vor Irreführung und Täuschung, Gewinnung und Handel von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln tierischer Herkunft Tierschutz bei der Schlachtung		
Qualitätsziele	Z-414-001-001: Kostendeckungsgrad: 100 % Z-414-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-414-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	15.500,00	16.500,00
ZK-414-001-101 Kostendeckungsgrad - (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-414-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	414-001	Schlacht tier- u. Fleischuntersuchungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 414-001 Schlachttier- u. Fleischuntersuchungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	132.602,75	170.000,00	158.200,00	160.400,00	163.300,00	165.500,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	132.602,75	170.000,00	158.200,00	160.400,00	163.300,00	165.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	156.377,46	224.900,00	222.300,00	227.100,00	229.600,00	232.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	14.692,26	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00	7.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.214,88					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	172.284,60	232.400,00	229.800,00	234.600,00	237.100,00	239.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-39.681,85	-62.400,00	-71.600,00	-74.200,00	-73.800,00	-74.400,00
05.	= Jahresergebnis	-39.681,85	-62.400,00	-71.600,00	-74.200,00	-73.800,00	-74.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-39.681,85	-62.400,00	-71.600,00	-74.200,00	-73.800,00	-74.400,00

Produkt 414-007 Mobile Impfteams		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	414	Maßnahmen der Gesundheitspflege
Produkt	414-007	Mobile Impfteams
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 205 - Torsten Köhler	
Kurzbeschreibung	Mobile Impfteams zur Durchführung von Corona-Schutzimpfungen und Auffrischungsimpfungen	
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen die eine Corona-Schutzimpfungen erhalten wollen	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Infektionsschutzgesetz (IfSG) Erlass zum "Aufbau und Einsatz von Mobilen Impfteams (MIT) in NDS ab 01.10.2021" vom 07.09.2021	
Leistungen	414-007	Mobile Impfteams

Teilergebnishaushalt Produkt 414-007 Mobile Impfteams

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.680.264,33					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	6.680.264,33					
02.01	- Personalaufwendungen	230.022,02					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.569.963,19					
02.04	- Abschreibungen	3,00					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	36.746,76					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	5.836.734,97					
03.	= Ordentliches Ergebnis	843.529,36					
05.	= Jahresergebnis	843.529,36					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	843.529,36					

Produkt 511-002 Raumplanung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung	
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	
Produkt	511-002	Raumplanung	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory		
Kurzbeschreibung	<p>Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen (Vorhaben) von überörtlicher Bedeutung untereinander und mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung durch landesplanerische Feststellung nach Raumordnungsverfahren (ROV) oder durch raumordnerische Beurteilung. Hausinterne Stellungnahmen als Raumordnungsbehörde und Federführung bei externen Stellungnahmen des Landkreises als Träger öffentlicher Belange zu raumbedeutsamen Programmen, Planungen und Vorhaben.</p> <p>Festlegung regionaler Ziele zur räumlichen und strukturellen Entwicklung des Planungsraumes (Kreisgebiet) im regionalen Raumordnungsprogramm Zusammenführung und Abstimmung raumbezogener Fachfragen, Standortanalysen und Konzepte.</p>		
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: - Personen des öffentlichen und privaten Rechts</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planungs- und Vorhabenträger - Fachbehörden 		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - §§ 7, 8 Abs. 1, 17 ff, Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) - Verwaltungsvorschriften zum NROG (RdErl. d. MI v. 28.12.1995) - Fachgesetze mit Raumordnungsklauseln 		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz, Pflege und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen - Nachhaltige Raumentwicklung - Entflechtung, Abstimmung und Vermeidung von Nutzungs- und Interessenkonflikten - Optimierung von Nutzungs- und Standortanforderungen - Übereinstimmung des jeweiligen Vorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung - Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft einschl. der jeweiligen Wechselwirkungen <p>Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Demografischer Wandel"</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-511-002-001: Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms im 10-Jahres-Rhythmus</p> <p>Z-511-002-002: Durchführung eines Raumordnungsverfahrens innerhalb von 6 Monaten nach Einleitung</p> <p>Z-511-002-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr

Produkt 511-002 Raumplanung

Landkreis Hildesheim

G-511-002-001 Fortschreibung Fachplanung - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-511-002-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	511-002	Raumplanung
	511-002-0001	Raumordnung
	511-002-0002	Landesplanung
	511-002-0003	Radverkehr
	511-002-0004	Regionale Entwicklung

Teilergebnishaushalt Produkt 511-002 Raumplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	79.073,99	79.100,00	79.100,00	82.200,00	84.700,00	86.400,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	328,16					
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	100,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	79.502,15	79.100,00	79.100,00	82.200,00	84.700,00	86.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	118.315,99	143.900,00	173.500,00	182.000,00	186.500,00	191.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	19.851,33	27.900,00	37.300,00	37.300,00	37.200,00	37.300,00
02.04	- Abschreibungen	94.930,83	98.400,00	96.600,00	102.300,00	106.600,00	111.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	55.415,47					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	73.267,97	20.000,00	160.000,00	160.000,00	160.000,00	160.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	361.781,59	290.200,00	467.400,00	481.600,00	490.300,00	500.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-282.279,44	-211.100,00	-388.300,00	-399.400,00	-405.600,00	-413.700,00
05.	= Jahresergebnis	-282.279,44	-211.100,00	-388.300,00	-399.400,00	-405.600,00	-413.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.911,00	6.800,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-3.911,00	-6.800,00	-7.100,00	-7.100,00	-7.100,00	-7.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-286.190,44	-217.900,00	-395.400,00	-406.500,00	-412.700,00	-420.800,00

Produkt 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory	
Kurzbeschreibung	Umsetzung der Maßnahmen, die im Regionalen Entwicklungskonzept für den Landkreis Hildesheim entwickelt wurden.	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 10.12.2020	
Sachziele	Harmonisierung von nebeneinander stehenden Fachplanungen	
Qualitätsziele	Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb des LK Hildesheim (im Sinne der Solidargemeinschaft) Förderung sowohl der schwächeren als auch der stärkeren Gemeinden (diese dann im Umfang aber möglicherweise geringer als die schwächeren)	
Maßnahmen	<p>Ein Katalog, bestehend aus 66 Maßnahmen, ist elementarer Bestandteil des Entwicklungskonzeptes. Jede Maßnahme ist detailliert beschrieben und mit zu erwartenden Kosten sowie einem verantwortlichen Träger versehen. Zusätzlich existiert ein sogen. Maßnahmenpool, in dem weitere Maßnahmen stichwortartig beschrieben sind.</p> <p>Alle Maßnahmen sollen die regionale Entwicklung fördern. Dabei gilt diese Entwicklungsförderung immer in mehreren Gemeinden bzw. Teilräumen, im besten Fall sind die Maßnahmen auf den gesamten Landkreis ausgelegt.</p>	
Leistungen	511-003	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt
	511-003-0001	Umsetzung Maßnahmenkatalog REK
	511-003-0002	Monitoring/Fortschreibung REK

Teilergebnishaushalt Produkt 511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	56.392,12	41.000,00	25.500,00	28.000,00	28.700,00	29.300,00
02.06	- Transferaufwendungen		340.000,00	250.000,00	450.000,00	300.000,00	300.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	201,37					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	56.593,49	381.000,00	275.500,00	478.000,00	328.700,00	329.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-56.593,49	-381.000,00	-275.500,00	-478.000,00	-328.700,00	-329.300,00
05.	= Jahresergebnis	-56.593,49	-381.000,00	-275.500,00	-478.000,00	-328.700,00	-329.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.905,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.905,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-58.498,49	-381.000,00	-275.500,00	-478.000,00	-328.700,00	-329.300,00

Produkt 536-001 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	536	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur
Produkt	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Leistungen	536-001	Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur
	536-001-0001	Breitbandversorgung

Teilergebnishaushalt Produkt 536-001 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsstruktur

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten		771.500,00	428.600,00	445.700,00	459.100,00	468.200,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge		771.500,00	428.600,00	445.700,00	459.100,00	468.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	37.437,75	41.000,00	25.600,00	28.100,00	28.800,00	29.400,00
02.04	- Abschreibungen		1.388.600,00	578.600,00	619.200,00	650.100,00	682.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	134,23					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	37.571,98	1.429.600,00	604.200,00	647.300,00	678.900,00	712.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-37.571,98	-658.100,00	-175.600,00	-201.600,00	-219.800,00	-243.800,00
05.	= Jahresergebnis	-37.571,98	-658.100,00	-175.600,00	-201.600,00	-219.800,00	-243.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.270,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.270,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-38.841,98	-658.100,00	-175.600,00	-201.600,00	-219.800,00	-243.800,00

Produkt 537-101 Tierkörperbeseitigung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung	
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft	
Produkt	537-101	Tierkörperbeseitigung	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 203 - Dr. Wiebke Evers		
Kurzbeschreibung	Beseitigung gefallener Nutztiere sowie Hobby- und Heimtiere durch die Beauftragung der Firma Pendac.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Tierhalterinnen und Tierhalter, Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter und Viehhändlerinnen und Viehhändler		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Verordnung (EU) 1069/2009 i.V.m. § 3 Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetz (TierNebG), Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukt-Beseitigungsgesetz (Nds. AG TierNebG)		
Sachziele	Fachgerechte Tierkörperbeseitigung bzw. -verwertung z.B. zur Vermeidung gesundheitlicher Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit. Beseitigung von Schlachtabfällen der Kat. 1 und 2, sowie Beseitigung getöteter Nutz- und Heimtiere und seuchenanfälliger Wildtiere.		
Qualitätsziele	Z-537-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-537-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	537-101	Tierkörperbeseitigung	

Teilergebnishaushalt Produkt 537-101 Tierkörperbeseitigung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	75,00					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	20.338,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	20.413,00					
02.06	- Transferaufwendungen		85.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen		85.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	20.413,00	-85.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00
05.	= Jahresergebnis	20.413,00	-85.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	20.413,00	-85.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00

Produkt 537-201 Abfallwirtschaft			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung	
Produktgruppe	537	Abfallwirtschaft	
Produkt	537-201	Abfallwirtschaft	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	Überwachung von Abfallentsorgungs- und Behandlungsanlagen und Zwischenlagern, Überwachung von Abfallerzeugern, Beseitigung wilder Müllablagerungen, Überwachung der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung, Entsorgungssicherheit		
Zielgruppe	extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Anlagenbetreiberinnen und -betreiber, Verursacherinnen und Verursacher		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	KrW/AbfG, NAbfG		
Qualitätsziele	Z-537-201-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-537-201-001 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	537-201	Abfallwirtschaft	

Teilergebnishaushalt Produkt 537-201 Abfallwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	956,54	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.100,00	5.200,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	162.996,03	800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	163.952,57	5.800,00	5.800,00	5.800,00	5.900,00	6.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	180.102,42	359.900,00	392.700,00	405.600,00	415.900,00	427.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	161.650,86	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.611,02					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	344.364,30	364.900,00	397.700,00	410.600,00	420.900,00	432.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-180.411,73	-359.100,00	-391.900,00	-404.800,00	-415.000,00	-426.400,00
05.	= Jahresergebnis	-180.411,73	-359.100,00	-391.900,00	-404.800,00	-415.000,00	-426.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.529,50	13.300,00	13.300,00	13.300,00	13.300,00	13.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-6.529,50	-13.300,00	-13.300,00	-13.300,00	-13.300,00	-13.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-186.941,23	-372.400,00	-405.200,00	-418.100,00	-428.300,00	-439.700,00

Produkt 538-201 Abwasser		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	53	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	538	Abwasserbeseitigung
Produkt	538-201	Abwasser
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> • Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf die Oberflächengewässer oder das Grundwasser sowie die kommunalen Abwasseranlagen haben können. • Genehmigung und Überwachung der Errichtung und des Betriebes von Abwasserbehandlungsanlagen • Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte • Abwasservermeidung • Optimierung der Abwasserbehandlung • Festsetzung und Erhebung der Abwasserabgabe 	
Zielgruppe	intern: --- extern: Gewässerbenutzerinnen und -benutzer und Trägerinnen und Träger von Maßnahmen, welche Einwirkungen auf Gewässer zur Folge haben können, Privatpersonen und juristische Personen, Gewerbebetriebe, abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	WHG, NWG, VAWS, VbF, SOG, AbwAG	
Qualitätsziele	Z-538-201-001: Beschäftigungszufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote 2 erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.	
Leistungen	538-201	Abwasser

Teilergebnishaushalt Produkt 538-201 Abwasser

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	21.846,21	20.000,00	20.000,00	20.200,00	20.600,00	20.900,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	47.359,58	110.000,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	32.281,45	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	101.487,24	145.000,00	35.000,00	35.200,00	35.600,00	35.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	481.068,07	308.200,00	335.200,00	346.500,00	355.300,00	365.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	55.136,97	122.300,00	13.000,00	12.900,00	12.700,00	13.000,00
02.04	- Abschreibungen	0,85					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.131,34	11.500,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	538.337,23	442.000,00	358.200,00	369.400,00	378.000,00	388.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-436.849,99	-297.000,00	-323.200,00	-334.200,00	-342.400,00	-352.300,00
05.	= Jahresergebnis	-436.849,99	-297.000,00	-323.200,00	-334.200,00	-342.400,00	-352.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.509,50	12.400,00	14.200,00	14.200,00	14.200,00	14.200,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-17.509,50	-12.400,00	-14.200,00	-14.200,00	-14.200,00	-14.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-454.359,49	-309.400,00	-337.400,00	-348.400,00	-356.600,00	-366.500,00

Produkt 547-001 Nahverkehrsplanung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
Produktgruppe	547	ÖPNV	
Produkt	547-001	Nahverkehrsplanung	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory		
Kurzbeschreibung	Planung zur Fortentwicklung der grundlegenden ÖPNV-Strukturen einschließlich Tarifgestaltung und Marketing; Vertretung der Interessen des Landkreises bei externen Verkehrsplanungen (insbesondere Schienenverkehrsplanungen)		
Zielgruppe	intern: --- extern: Gesamte Bevölkerung, Verkehrsunternehmen, Städte, Gemeinden, Samtgemeinden		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- § 6 i.V.m. § 2 Nieders. Nahverkehrsgesetz - Nahverkehrsplan des Landkreises Hildesheim		
Sachziele	- Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV - "Daseinsvorsorge" - Kreisübergreifende Abstimmung bei Planungen der verkehrlichen Infrastruktur sowie bei Angebot und Tarifstruktur des ÖPNV		
Qualitätsziele	Z-547-001-001: Fortschreibung des Nahverkehrsplanes im 5-Jahres-Rhythmus Z-547-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-547-001-001 Fortschreibung Fachplanung - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-547-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	547-001	Nahverkehrsplanung	
	547-001-0001	Nahverkehrsplanung	
	547-001-0002	Förderung	

Teilergebnishaushalt Produkt 547-001 Nahverkehrsplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.493.558,12	5.029.800,00	4.899.800,00	4.969.800,00	5.060.700,00	5.128.100,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	490.508,73	394.800,00	483.600,00	502.900,00	518.000,00	528.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	121.642,50	100.000,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	12.105.709,35	5.524.600,00	5.383.400,00	5.472.700,00	5.578.700,00	5.656.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	155.989,01	164.600,00	197.200,00	205.300,00	210.700,00	216.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.403.858,86	1.333.500,00	1.193.000,00	1.212.100,00	1.233.000,00	1.251.500,00
02.04	- Abschreibungen	486.730,38	392.600,00	480.900,00	514.500,00	540.100,00	567.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	3.920.893,96	3.601.500,00	3.577.400,00	3.634.800,00	3.697.700,00	3.753.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.294.089,16	136.500,00	136.500,00	138.700,00	141.100,00	143.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	12.261.561,37	5.628.700,00	5.585.000,00	5.705.400,00	5.822.600,00	5.931.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-155.852,02	-104.100,00	-201.600,00	-232.700,00	-243.900,00	-274.900,00
05.	= Jahresergebnis	-155.852,02	-104.100,00	-201.600,00	-232.700,00	-243.900,00	-274.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.181,00	6.900,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.181,00	-6.900,00	-7.100,00	-7.100,00	-7.100,00	-7.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-161.033,02	-111.000,00	-208.700,00	-239.800,00	-251.000,00	-282.000,00

Produkt 547-003 Mobilitätszentrale		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	547-003	Mobilitätszentrale
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory	
Kurzbeschreibung	Einrichtung und Betrieb einer kreisweiten Mobilitätszentrale durch die RVHI GmbH mit einer Hauptstelle im HBF Hildesheim und einer Nebenstelle in Alfeld.	
Zielgruppe	intern: - extern: Bürgerinnen und Bürger sowie Besucherinnen und Besucher des Landkreises Hildesheim	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreis Ausschusses vom 20.06.2022	
Sachziele	Beratung in allen Fragen rund um die Mobilität	
Qualitätsziele	Stärkung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel im Rahmen der Verkehrswende; Erhöhung der Lebensqualität durch Änderung der Verkehrsmittelwahl	
Maßnahmen	Beratung in allen Mobilitätsfragen, Verkauf von Bus- und Bahnfahrkarten Vermittlung von Mietwagen und -rädern, weitere Mobilitätsangebote	
Leistungen	547-003	Mobilitätszentrale

Teilergebnishaushalt Produkt 547-003 Mobilitätszentrale

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			400.800,00	400.800,00	400.800,00	400.800,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen			56.000,00	56.000,00	56.000,00	56.000,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge			456.800,00	456.800,00	456.800,00	456.800,00
02.06	- Transferaufwendungen			456.800,00	456.800,00	456.800,00	456.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			456.800,00	456.800,00	456.800,00	456.800,00

Produkt 554-001 Naturschutz und Landschaftspflege			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege	
Produktgruppe	554	Naturschutz und Landschaftspflege	
Produkt	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	<p>Pflege, Entwicklung und Schutz, wildlebender Tier- und Pflanzenarten in ihren natürlichen Lebensräumen, Überwachung des Handels mit besonders geschützten Arten bzw. mit Produkten dieser Arten. Regelung der Haltung wildlebender Tiere in Gefangenschaft. Landschaftsplanung Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft durch Schutzgebiete und -objekte, gutachtliche Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie die Überwachung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen, Erteilung von Aufforstungsgenehmigungen und Regelung des Bodenabbaues, Erhalt und Entwicklung von Naturschutzpotentialen und Kulturlandschaften - Verminderung des Rückganges von Tier- und Pflanzenarten, Artgerechte Unterbringung von Tieren wildlebender Arten in Gehegen</p>		
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Landschaftsnutzerinnen und -nutzer, Halterinnen und Halter wildlebender Tierarten, Händlerinnen und Händler von besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten bzw. Produkten dieser Arten Bürger, Naturschutzverbände, Planungsbüros, Gewerbebetriebe, andere Behörden bzw. Verfahrensträger</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NNatG, BNatSchG, Washingtoner Artenschutzübereinkommen, EG-Vorschriften, BArtSchVO, Landeswaldgesetz, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele	<p>Erhalt, Sicherung und Kontrolle der bestehenden Schutzgebiete. Hierzu erfolgen jährliche Sachstandsberichte.</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-554-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-554-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	554-001	Naturschutz und Landschaftspflege	
	554-001-0001	Arten- und Biotopschutz	
	554-001-0002	Besonders geschützte Landschaftsteile	
	554-001-0003	Eingriffsregelung	
	554-001-0004	Landschaftsrahmenplan	
	554-001-0005	Förderung des Naturschutzes (frei w. z.B. Stiftung, Gartenregion, Förderprogr.)	

Teilergebnishaushalt Produkt 554-001 Naturschutz und Landschaftspflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.220,04	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.100,00	5.200,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	7.303,85	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte			300,00	300,00	300,00	300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	296.753,62	260.400,00	260.400,00	263.400,00	267.500,00	270.400,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	234.261,89					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	539.539,40	267.500,00	267.800,00	270.800,00	275.000,00	278.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	615.339,06	890.800,00	872.500,00	899.900,00	923.100,00	948.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	352.089,26	786.700,00	684.900,00	684.900,00	684.800,00	685.200,00
02.04	- Abschreibungen	237,65	200,00	200,00	300,00	300,00	300,00
02.06	- Transferaufwendungen	12.000,00	15.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.872,73	14.400,00	12.900,00	13.000,00	13.100,00	13.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	993.538,70	1.707.100,00	1.595.500,00	1.623.100,00	1.646.300,00	1.672.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-453.999,30	-1.439.600,00	-1.327.700,00	-1.352.300,00	-1.371.300,00	-1.394.000,00
05.	= Jahresergebnis	-453.999,30	-1.439.600,00	-1.327.700,00	-1.352.300,00	-1.371.300,00	-1.394.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.104,50	31.900,00	31.700,00	31.700,00	31.700,00	31.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-23.104,50	-31.900,00	-31.700,00	-31.700,00	-31.700,00	-31.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-477.103,80	-1.471.500,00	-1.359.400,00	-1.384.000,00	-1.403.000,00	-1.425.700,00

Produkt 555-001 Landwirtschaftsangelegenheiten			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	55	Natur- und Landschaftspflege	
Produktgruppe	555	Land- und Forstwirtschaft	
Produkt	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	<p>Überprüfung der Kauf- und Pachtverträge für land- und forstwirtschaftliche sowie gärtnerisch genutzte Flächen von sowie Stellungnahmen für das Landwirtschaftsgericht zu Hofübergabeverträgen, Überprüfung und Weitergabe Förderanträgen,</p> <p>Verhinderung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen,</p> <p>Verhinderung überhöhter Pachtpreise,</p> <p>Verbesserung der Agrarstruktur,</p> <p>Sicherstellung der Wirtschaftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe,</p> <p>Koordination von Förderantragsverfahren mit Beratung von Interessenten</p>		
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Jeder, der land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen veräußern, erwerben, verpachten oder pachten will, Interessentinnen und Interessenten von Förderantragsverfahren</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Landwirtschaftskammergesetz, Grundstücksverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz, Höfeordnung, Europarecht		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-551-001-001:</p> <p>Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p> <p>Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-555-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	555-001	Landwirtschaftsangelegenheiten	
	555-001-0001	Landwirtschaftsangelegenheiten	

Teilergebnishaushalt Produkt 555-001 Landwirtschaftsangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.571,72					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	260,74					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	1.832,46					
02.01	- Personalaufwendungen	64.590,31	89.000,00	97.700,00	102.200,00	104.600,00	107.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	612,95	2.800,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	207,93	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	65.411,19	92.800,00	101.700,00	106.200,00	108.600,00	111.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-63.578,73	-92.800,00	-101.700,00	-106.200,00	-108.600,00	-111.500,00
05.	= Jahresergebnis	-63.578,73	-92.800,00	-101.700,00	-106.200,00	-108.600,00	-111.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.180,00	3.300,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00	3.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.180,00	-3.300,00	-3.600,00	-3.600,00	-3.600,00	-3.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-65.758,73	-96.100,00	-105.300,00	-109.800,00	-112.200,00	-115.100,00

Produkt 561-001 Bodenschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	56	Umweltschutz	
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen	
Produkt	561-001	Bodenschutz	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	<p>Systematische Erfassung, Gefährdungsabschätzungen, Sicherung und Sanierung (einschl. Nachsorge) von altlastenverdächtigen Flächen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltige Gewährleistung der Schutzgüter Boden, Wasser und Luft - Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdungen und Vermögensrisiken - Verhindern und beseitigen von Umweltgefahren - Kenntnis der Altlastverdachtsflächen - Erfassung der über diese Flächen verfügbaren Informationen in einem Kataster - Erreichen einer Planungssicherheit für den Bereich der Bauleitplanung - Zukunftsorientierte Nutzung von Flächen und Vermeidung von Fehleinschätzungen bei der Nutzung von Grundstücken - Konsensorientierte, kostengünstige Abwicklung sinnvoller Maßnahmen mit breiter Öffentlichkeitsinformation - Weitergabe der ermittelten Daten an beteiligte Stellen und Personen 		
Zielgruppe	<p>intern: Verwaltung extern: Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Verursacherinnen und Verursacher</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Bundes-Bodenschutzgesetz und Nds. Bodenschutzgesetz		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-561-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	561-001	Bodenschutz	
	561-001-0001	Altablagerungen	
	561-001-0002	Altstandorte	

Teilergebnishaushalt Produkt 561-001 Bodenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	4.258,34	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	140.691,04	487.500,00	487.500,00	490.300,00	494.000,00	496.800,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	144.949,38	489.500,00	489.500,00	492.300,00	496.000,00	498.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	319.803,00	177.300,00	192.400,00	199.600,00	204.600,00	210.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	46.429,23	505.200,00	505.000,00	511.300,00	518.300,00	524.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	49.398,41	78.800,00	103.800,00	179.600,00	55.500,00	56.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	415.630,64	761.300,00	801.200,00	890.500,00	778.400,00	791.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-270.681,26	-271.800,00	-311.700,00	-398.200,00	-282.400,00	-292.400,00
05.	= Jahresergebnis	-270.681,26	-271.800,00	-311.700,00	-398.200,00	-282.400,00	-292.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.875,50	8.000,00	8.300,00	8.300,00	8.300,00	8.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-12.875,50	-8.000,00	-8.300,00	-8.300,00	-8.300,00	-8.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-283.556,76	-279.800,00	-320.000,00	-406.500,00	-290.700,00	-300.700,00

Investitionen Produkt 561-001 Bodenschutz

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I17208-006 Sanierung der Deponien						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00

Produkt 561-002 Umweltschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	56	Umweltschutz	
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen	
Produkt	561-002	Umweltschutz	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	Maßnahmen zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beschwerdemanagement im Umweltbereich, Information der Bevölkerung über Umweltschutz und Umweltplanung		
Zielgruppe	intern: --- extern: Einwohnerinnen und Einwohner, Anlagenbetreiberinnen und Anlagenbetreiber, Verursacherinnen und Verursacher		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	BImSchG, Kreistagsbeschlüsse		
Qualitätsziele	Z-561-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	561-002	Umweltschutz	
	561-002-0002	Immissionsschutz	
	561-002-0003	Sonstige Umweltangelegenheiten	
	561-002-0004	Umweltschutzprojekte und Programme (freiwillig z.B. Agenda 21)	

Teilergebnishaushalt Produkt 561-002 Umweltschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	16.405,54	92.000,00	92.000,00	93.200,00	94.900,00	96.100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	717,02	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge		500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	17.122,56	95.600,00	95.600,00	96.800,00	98.500,00	99.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	158.677,35	74.400,00	82.200,00	86.300,00	88.500,00	90.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.245,50	9.900,00	9.700,00	9.600,00	9.500,00	9.700,00
02.04	- Abschreibungen	4.563,44	5.600,00	5.200,00	5.600,00	5.900,00	6.100,00
02.06	- Transferaufwendungen		1.500,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	26.543,66	51.900,00	51.900,00	51.900,00	51.900,00	51.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	193.029,95	143.300,00	149.000,00	153.400,00	155.800,00	158.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-175.907,39	-47.700,00	-53.400,00	-56.600,00	-57.300,00	-58.800,00
05.	= Jahresergebnis	-175.907,39	-47.700,00	-53.400,00	-56.600,00	-57.300,00	-58.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.291,50	2.900,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-6.291,50	-2.900,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-182.198,89	-50.600,00	-56.400,00	-59.600,00	-60.300,00	-61.800,00

Produkt 561-003 Klimaschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	56	Umweltschutz	
Produktgruppe	561	Umweltschutzmaßnahmen	
Produkt	561-003	Klimaschutz	
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz		
Verantwortlich	Amt 208 - Gerald Baelkner		
Kurzbeschreibung	Klimaschutzrahmenprogramm für die Region Hildesheim: Grundlage für weitere geförderte Klimaschutzmaßnahmen einschl. energetischer Sanierung gemeindlicher und kreiseigener Liegenschaften		
Zielgruppe	intern: Amt 302 Bauordnung und Planung; Amt 304 Gebäudewirtschaft extern: Städte und Gemeinden; Wirtschaft/Geldinstitute/Wohnungswirtschaft/Bauwirtschaft; Bevölkerung/Hauseigentümerinnen und -eigentümer		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Art. 20a GG; Energieeinsparungsgesetz/Energieeinsparverordnung; KT-Beschluss vom 03.04.2008		
Sachziele	Erstellung eines Klimaschutzprogramms für den gesamten Landkreis unter Abstimmung mit den Städten und Gemeinden und sonstigen Institutionen im Jahr 2011. Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie für die Klimaschutzziele.		
Qualitätsziele	Z-561-003-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-561-003-002: Aufstellung einer hochwertigen Handlungsanweisung für das Erreichen des gesetzten Klimaschutzzieles.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-561-003-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	561-003 561-003-0001	Klimaschutz Phosphorrückgewinnung, Karbonisierung	

Teilergebnishaushalt Produkt 561-003 Klimaschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	294,32					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	260,73					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	555,05					
02.01	- Personalaufwendungen	59.258,02	18.200,00				
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	99,00					
02.06	- Transferaufwendungen	150.000,00	150.000,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	201,39	54.500,00				
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	209.558,41	222.700,00				
03.	= Ordentliches Ergebnis	-209.003,36	-222.700,00				
05.	= Jahresergebnis	-209.003,36	-222.700,00				
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.079,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.079,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-211.082,36	-222.700,00				

Produkt 575-002 Tourismus		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	575	Tourismus
Produkt	575-002	Tourismus
Teilhaushalt	Dezernat II - Umwelt, Klimaschutz, Verkehr und Verbraucherschutz	
Verantwortlich	Amt 909 - Jürgen Flory	
Kurzbeschreibung	Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen, die dazu führen, das landschaftliche und kulturtouristische Potenzial im Landkreis Hildesheim nachhaltig besser zu nutzen und dadurch das überdurchschnittliche Nachfragewachstum (Übernachtungen) zu verstetigen.	
Zielgruppe	intern: - extern: Bewohnerinnen und Bewohner und Besucherinnen und Besucher des Landkreises	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 10.12.2020	
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Infrastrukturentwicklung (Entwicklung der Ortsbilder; Sicherung und Entwicklung der Touristinformationen; Sicherung und Entwicklung des Angebotes in den Welterbestätten; Sicherung und Entwicklung des Kur-/Gesundheitsstandortes Bad Salzdetfurth; Sicherung und Entwicklung des Angebotes am Freizeitpark Sottrum; Sicherung und Entwicklung der Freizeitinfrastruktur; Sicherung und Entwicklung der Beherbergungsbetriebe; Sicherung und Entwicklung der Freizeitwege) - Angebots- & Produktentwicklung (im Bereich Kultur, Radfahren, Wandern, Wassertourismus, Landurlaub, Naturerlebnisse, Kulinarik, Gruppenangebote, Gesundheitstourismus, Tagungen/MICE, Pauschalen) - Organisation, Netzwerk & Kooperation (Verlängerung/Erweiterung des Rahmenvertrages mit Hildesheim Marketing für den gesamten Landkreis; Prüfung der Einordnung und Abgrenzung bei TMN; Prüfung eines newsrooms als Netzwerk) - Kommunikation & Vertrieb (Erstellung einer Mediaplanung zur zeitgemäßen, angemessenen und wirksamen Kommunikation der Angebote entlang der Customer Journey (online+ Print)) 	
Qualitätsziele	<ul style="list-style-type: none"> - Nachhaltigkeit und Klimaschutz (nachhaltige Tourismusentwicklung; umweltschonende Mobilität; nachhaltige Produktbausteine; Schärfung des Konsumbewusstseins; Information und Sensibilisierung der Gäste; klimafreundliche Unterkünfte; moderne Inszenierung vorhandener Standorte regenerativer Energieerzeugung) - Barrierefreiheit (barrierefreie Ausstattung wichtiger Angebote; Information über barrierefreies Angebot; Darstellung barrierefreier Quartiere; Prüfung der Beteiligung an der Initiative der TMN "Reisen für Alle" - Digitalisierung (Entwicklung einer Digitalstrategie, u.a. Schnittstelle zu den Angeboten auf Landesebene; Schaffung einer zeitgemäßen Internetseite) - Qualitätssicherung (Verbesserung des digitalen Informationsangebotes; Prüfung der Steigerung von bett & bike Betrieben; Prüfung der Beteiligung des Familienpark Sottrum an der Initiative "Familien-FerienLand Niedersachsen"; Förderung von Produktinnovationen im Landkreis) 	
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Verhandlung eines erweiterten Kooperationsvertrages mit der Hildesheim Marketing GmbH - Aufbau eines touristischen Netzwerkes zwischen Gemeinden, Leistungsträgern innerhalb des Landkreises sowie angrenzend - Aufbau einer geeigneten Organisationsstruktur - Erstellung einer Media- und Projektplanung - Marktanalyse 	

Produkt 575-002 Tourismus

Landkreis Hildesheim

Leistungen	575-002	Tourismus
-------------------	---------	-----------

Teilergebnishaushalt Produkt 575-002 Tourismus

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	21.837,54	21.000,00	74.600,00	78.500,00	80.500,00	82.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.479,16	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	19.873,00	24.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	422,97					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	45.612,67	50.000,00	139.600,00	143.500,00	145.500,00	147.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-45.612,67	-50.000,00	-139.600,00	-143.500,00	-145.500,00	-147.500,00
05.	= Jahresergebnis	-45.612,67	-50.000,00	-139.600,00	-143.500,00	-145.500,00	-147.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	685,50					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-685,50					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-46.298,17	-50.000,00	-139.600,00	-143.500,00	-145.500,00	-147.500,00

Teilhaushalt Dezernat 1

Finanzen, Digitalisierung
und Innere Dienste

Erläuterungen zum Teilhaushalt 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste für das Haushaltsjahr 2024

Aus der folgenden Übersicht ist die Entwicklung bzw. Veränderung des Zuschussbedarfes der Produkte der Ämter des THH 1 für das Haushaltsjahr 2024 ersichtlich.

Amt	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Zuschuss (-)/ Überschuss 2023 in €	Zuschuss(-)/ Überschuss 2024 in €	Differenz	Erl.
Dez. 1	111-030	Steuerung und Digitalisierung	-87.500	-37.600	49.900	
	121-002	Zensus	73.800	0	-73.800	x
	111-033	Kommunalförderung	0	-30.200	-30.200	x
102	111-001	Projekte im Dezernat 1	-912.200	-2.144.200	-1.232.000	x
	111-005	IuK	-10.600	51.500	62.100	
103	111-003	Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement	-2.296.000	-2.194.700	101.300	x
106	111-006	Kassenwesen	-1.425.800	-1.600.900	-175.100	
107	111-007	Finanzen	-710.400	-461.500	248.900	
908	111-022	Recht	-357.800	-377.300	-19.500	
	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)	-26.631.000	-21.136.800	5.494.200	x
	312-201	Eingliederungsleistungen	-57.400	-70.000	-12.600	
	312-301	Einmalige Leistungen	-2.490.000	-1.995.000	495.000	x
	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Amt 908)	-3.773.400	-3.879.600	-106.200	
	611-002	Mehrbelastungsausgl.§5 Nds.AG SGB II	5.979.200	0	-5.979.200	x
304	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	-3.553.500	-4.428.500	-875.000	x
	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	-320.300	-348.600	-28.300	x
	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	-608.000	-695.500	-87.500	x
	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	-494.500	-573.600	-79.100	x
	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	-6.122.700	-6.424.900	-302.200	x
	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	-5.039.900	-5.357.600	-317.700	x
	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	-2.618.400	-2.885.600	-267.200	x
	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	-1.098.000	-1.517.200	-419.200	x
	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	-7.161.900	-7.146.900	15.000	x
	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	-900	-900	0	x
	542-001	Kreisstraßen und Radwege	-7.978.800	7.281.200	697.600	x

Die wesentlichen Veränderungen sind in der Spalte Erläuterungen mit einem „x“ gekennzeichnet und werden nachstehend wie folgt erläutert:

Die Personalkosten (02.01 Aufwendungen für aktives Personal und 02.02 Aufwendungen für Versorgung) wurden vom Amt 101 – Personal- und Organisationsamt kalkuliert.

Die Entwicklung der Personalkosten ist den Erläuterungen zur Kalkulation des Personalaufwandes im THH I zu entnehmen.

Dezernat 1

Produkt 121-002 Zensus

Veränderung des Zuschussbedarfes: -73.800 €

Der Zensus 2022 wurde im Jahr 2023 abgeschlossen und somit entfallen die Zuweisungen vom Land Niedersachsen (01.02) und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07) sowie die Personalaufwendungen (02.01).

Produkt 111-033 Kommunalförderung

Veränderung des Zuschussbedarfes: -30.200 €

Die Kommunalförderung ist ein neues Produkt und dem Dezernat 1 zugeordnet. Durch das Projekt „Fördermittelberatung“ ergibt sich im Bereich der freiwilligen Leistungen (Budget 20) ein Zuschussbedarf i.H.v. 23.600 €.

Amt 102 Informations- und Kommunikationstechnik

Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Veränderung des Zuschussbedarfes: -1.232.000 €

Ein erhöhter Zuschussbedarf ergibt sich aufgrund einer Erhöhung bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07). Für das Projekt „Modernisierung der IT-Infrastruktur“ werden Mittel i.H.v. 1.000.000 € in den Haushalt 2024 eingestellt.

Amt 103 Hauptamt

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und Gesundheitsmanagement

Veränderung des Zuschussbedarfes: 101.300 €

Der geringere Zuschussbedarf ist in erster Linie auf eine haushaltsneutrale Verschiebung der Aufwendungen für Firmenfitness zur Kostenstelle 1-01B i.H.V. 142.000 € zurückzuführen.

Amt 908 Rechtsamt

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Veränderung des Zuschussbedarfes: 5.494.200 €

Wenngleich in den Vorjahren deutliche Aufwandsteigerungen im Bereich der lfd. Kosten der Unterkunft zu verzeichnen waren, werden zu den drei wesentlichen Gründen, die diesen Ausgabenzuwachs ausgelöst haben, folgende kostenreduzierende Auswirkungen im Ansatz für 2024 einkalkuliert:

1. Rechtskreiswechsel der Vertriebenen aus der Ukraine seit dem 01.06.2022 in das SGB II

Tatsächlich sind entgegen den Werten nach der Aufnahmequote des Landes Niedersachsen deutlich weniger Bedarfsgemeinschaften neu im Kreisgebiet aufgenommen worden. Aktuell rechnet das Amt 913 mtl. mit ca. 30-40 Personen im Monat, die neu im Kreisgebiet verteilt werden. Zudem wird weiter angenommen, dass Kunden ins weitere Bundesgebiet umziehen, auswandern oder in das Heimatland zurückkehren. Das Jobcenter Hildesheim selbst geht bis zum Jahresende 2024 von einer sehr leichten BG-Zahlreduzierung aus. Durch die Zusammenlegung in Großunterkünften der Stadt und des Landkreises werden sich voraussichtlich die Aufwendungen für Notunterkünfte für Personen aus dem Rechtskreis SGB II weiter reduzieren. Wie sich die tatsächliche Fluchtbewegung weiter entwickelt, bleibt jedoch abzuwarten.

2. Karenzregelung durch die Einführung des Bürgergeldes zum 01.01.2023

Der Gesetzgeber hat mit der Einführung des Bürgergeldes geregelt, Kosten für Unterkunft und Heizung weiter in tatsächlicher Höhe in die Berechnung bei Neukunden einzustellen. Nach Ablauf der sogenannten Karenzzeit (erste Jahr der Hilfebedürftigkeit) wird das Jobcenter in 2024 wieder starten, Angemessenheitsprüfungen zu den Kosten der Unterkunft vorzunehmen. Das Jobcenter Hildesheim selbst geht bis zum Jahresende 2024 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung von einer sehr leichten BG-Zahlreduzierung aus.

3. Auswirkungen der Energiekrise

Entsprechend den bisherigen Planungen sind die Heizkosten im Vergleich zu den Vorjahreswerten deutlich gestiegen (Okt. 2021 –Feb. 2022 zu Okt. 2022-Feb. 2023 im Durchschnitt ca. 229.000 Euro mtl. Steigerung). Bedingt durch die deutliche Entspannung auf dem Energiemarkt, insbesondere zu Gas, wird jedoch auch vermutet, dass mittelfristig die Werte hierzu wieder fallen werden. Für die Planungen 2024 wird jedoch weiterhin vermutet, dass die vorgenannten Werte zunächst auf diesem hohen Niveau bleiben. Grund hierfür ist, dass Energieversorger/Vermieter noch Heizkostenabrechnungen vornehmen werden und die Preisminderungen auf dem Energiemarkt langsamer an Kunden weitergegeben werden.

Da Basis für die Höhe des Bundeszuschusses die Aufwendungen der lfd. Leistungen für Unterkunft und Heizung bilden, führen die dortigen Minderaufwendungen zeitgleich zu einem geringeren Ertrag bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (01.02).

Produkt 312-301 Einmalige Leistungen

Veränderung des Zuschussbedarfes: 495.000 €

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (02.07) reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um 500.000 €. Insbesondere Migranten, die bislang in Großunterkünften untergebracht waren oder sogleich eigenen Wohnraum anmieten können, bedürfen einmaligen Beihilfen, insbesondere für Hausrat. Es wird davon ausgegangen, dass die Fallzahl hierzu nicht steigt.

Produkt 611-002 Mehrbelastungsausgl.§5 Nds.AG SGB II

Veränderung des Zuschussbedarfes: -5.979.200

Der bisherigen Landeszuschuss nach § 5 Abs. 1 Nds. AG SGB II ist derzeit begrenzt bis zum Jahr 2023. Auch der Kostenausgleich für flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen nach § 6 Nds. AG SGB II ist derzeit begrenzt auf die Jahre 2022 und 2023. Evtl. Neuregelungsinhalte sind derzeit nicht bekannt.

Amt 304 Amt für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement

Energiekosten:

Das Energiebudget für Schulen und Verwaltung steigt mit Kalkulationsstand Juli um 594.000 Euro auf nunmehr 6.147.100 Euro (10 % mehr im Vergleich zum Ansatz 2022). Aufgrund der Entwicklungen des Strom- und Gasmarktes wird aktuell damit gerechnet, dass der Ansatz ausreichen wird.

Bauunterhaltung:

Gemäß Kreistagsbeschluss ist für die Bauunterhaltung 1,2% des Wiederbeschaffungswertes der Gebäude zur Verfügung zu stellen. Für 2024 stehen Mittel in Höhe von 9.526.500 Euro zur Verfügung (295.700 Euro mehr als in 2023). Der Ansatz wurde im Vergleich zur gemäß Kreistagsbeschluss anzusetzenden Summe um 1.623.800 gekürzt. Diese Kürzung basiert im Wesentlichen auf einer Ansatzreduzierung beim abgängigen Gymnasium Sarstedt und bei den Berufsbildenden Schulen.

Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege:

Das Produkt Kreisstraßen und Radwege wird ab dem Haushalt 2022 im Amt 304 geführt. Für die Unterhaltung der Kreisstraßen wurde ein separates Budget gebildet, das unabhängig vom Bauunterhaltungsbudget (Hochbauten) besteht. Für das Jahr 2024 stehen Mittel in Höhe von 1.504.600 Euro zur Verfügung. (956.000 Euro weniger als im Vorjahr) Die Ansatzreduzierung liegt im Wesentlichen an einem abgelaufenem Rahmenvertrag für Reparaturleistungen und an angepassten Aufwendungen für die Straßenunterhaltung.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 1

Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und innere Dienste					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
1-00	111-030	Steuerung der Digitalisierung	0	37.600	-37.600
1-00	111-033	Kommunalförderung	0	30.200	-30.200
1-02	111-005	IuK	3.904.400	3.852.900	51.500
1-03	111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement	108.800	2.303.500	-2.194.700
1-06	111-006	Kassenwesen	280.100	1.881.000	-1.600.900
1-06	111-007	Finanzen	0	461.500	-461.500
1-1PRO	111-001	Projekte im Dezernat 1	0	2.144.200	-2.144.200
3-04	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	607.100	5.035.600	-4.428.500
3-04	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	221.300	569.900	-348.600
3-04	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst	0	500	-500
3-04	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	17.900	713.400	-695.500
3-04	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	2.200	575.800	-573.600
3-04	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	700.800	7.125.700	-6.424.900
3-04	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	327.000	5.684.600	-5.357.600
3-04	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	328.800	3.214.400	-2.885.600
3-04	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	12.100	1.529.300	-1.517.200
3-04	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	206.200	7.353.100	-7.146.900
3-04	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	0	900	-900
3-04	542-001	Kreisstraßen und Radwege	1.150.100	8.431.300	-7.281.200
9-08	111-022	Recht	500	377.800	-377.300
9-08	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung	33.138.200	54.275.000	-21.136.800
9-08	312-201	Eingliederungsleistungen	20.000	90.000	-70.000
9-08	312-301	Einmalige Leistungen	5.000	2.000.000	-1.995.000
9-08	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)	35.000	3.914.600	-3.879.600
Ergebnis Teilhaushalt 1			41.065.500	111.602.800	-70.537.300

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 1

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.191.129,30	5.979.200,00				
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.046.572,98	41.410.000,00	32.502.200,00	34.449.700,00	36.170.500,00	37.977.000,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	1.857.580,79	2.332.900,00	2.531.900,00	2.631.000,00	2.710.000,00	2.764.400,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	685.893,19	650.000,00	695.000,00	701.000,00	707.000,00	713.100,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	8.803,09	95.500,00	95.500,00	95.500,00	95.500,00	95.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.110.343,22	918.300,00	866.400,00	869.700,00	874.000,00	877.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	325.764,69	358.800,00	375.400,00	379.900,00	385.900,00	390.800,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	780.503,18	280.000,00	280.000,00	284.000,00	289.200,00	293.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	38.006.590,44	52.024.700,00	37.346.400,00	39.410.800,00	41.232.100,00	43.111.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	11.199.306,63	11.632.200,00	12.262.400,00	12.726.900,00	13.041.800,00	13.393.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	21.788.606,80	24.785.200,00	25.546.500,00	25.370.400,00	27.149.500,00	25.993.600,00
02.04	- Abschreibungen	8.624.206,51	9.672.200,00	10.300.300,00	10.740.900,00	11.142.000,00	11.561.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	85.781,98	87.400,00	115.000,00	119.900,00	125.200,00	130.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	59.078.741,15	76.752.200,00	63.027.200,00	65.194.000,00	68.381.800,00	71.740.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	100.776.643,07	122.929.200,00	111.251.400,00	114.152.100,00	119.840.300,00	122.819.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-62.770.052,63	-70.904.500,00	-73.905.000,00	-74.741.300,00	-78.608.200,00	-79.708.500,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	19.002,14					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	19.002,14					
05.	= Jahresergebnis	-62.751.050,49	-70.904.500,00	-73.905.000,00	-74.741.300,00	-78.608.200,00	-79.708.500,00
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.330.130,00	3.752.200,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	335.775,00	339.700,00	351.400,00	351.400,00	351.400,00	351.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	2.994.355,00	3.412.500,00	3.367.700,00	3.367.700,00	3.367.700,00	3.367.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-59.756.695,49	-67.492.000,00	-70.537.300,00	-71.373.600,00	-75.240.500,00	-76.340.800,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt 1

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.191.129,30	5.979.200,00				
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.017.900,42	41.410.000,00	32.502.200,00	34.449.700,00	36.170.500,00	37.977.000,00
01.03	+ sonstige Transfereinzahlungen	691.988,80	650.000,00	695.000,00	701.000,00	707.000,00	713.100,00
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	3.555,08	95.500,00	95.500,00	95.500,00	95.500,00	95.500,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	1.069.735,89	918.300,00	866.400,00	869.700,00	874.000,00	877.300,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	322.506,88	358.800,00	375.400,00	379.900,00	385.900,00	390.800,00
01.07	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	11,00					
01.09	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	273.660,16	280.000,00	280.000,00	284.000,00	289.200,00	293.000,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	35.570.487,53	49.691.800,00	34.814.500,00	36.779.800,00	38.522.100,00	40.346.700,00
02.01	- Personalauszahlungen	10.389.439,31	11.023.400,00	11.677.100,00	12.098.700,00	12.394.500,00	12.727.300,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u.ger.Verm.	20.423.146,36	24.785.200,00	25.546.500,00	25.370.400,00	27.149.500,00	25.993.600,00
02.05	- Transferauszahlungen	157.703,51	87.400,00	115.000,00	119.900,00	125.200,00	130.500,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	56.060.979,77	76.752.200,00	63.027.200,00	65.194.000,00	68.381.800,00	71.740.700,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	87.031.268,95	112.648.200,00	100.365.800,00	102.783.000,00	108.051.000,00	110.592.100,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-51.460.781,42	-62.956.400,00	-65.551.300,00	-66.003.200,00	-69.528.900,00	-70.245.400,00
04.01	+ Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.192.273,03	3.964.500,00	5.166.500,00	3.729.000,00	3.541.000,00	5.291.000,00
04.03	+ Veräußerung von Sachanlagen			1.100.000,00			
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.192.273,03	3.964.500,00	6.266.500,00	3.729.000,00	3.541.000,00	5.291.000,00
05.01	- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	198.860,25	520.000,00	1.520.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00
05.02	- Baumaßnahmen	8.265.796,38	21.331.000,00	16.606.000,00	70.658.000,00	41.840.000,00	30.370.000,00
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen	805.421,51	462.200,00	1.812.000,00	468.000,00	468.000,00	448.000,00
05.05	- aktivierbare Zuwendungen	924.774,82	2.800.000,00	7.800.000,00	2.900.000,00	2.500.000,00	2.500.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.194.852,96	25.113.200,00	27.738.000,00	74.046.000,00	44.828.000,00	33.338.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-8.002.579,93	-21.148.700,00	-21.471.500,00	-70.317.000,00	-41.287.000,00	-28.047.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-59.463.361,35	-84.105.100,00	-87.022.800,00	-136.320.200,00	-110.815.900,00	-98.292.400,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit						
09.	= Finanzmittelbestand	-59.463.361,35	-84.105.100,00	-87.022.800,00	-136.320.200,00	-110.815.900,00	-98.292.400,00

Investitionen Teilhaushalt 1

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10102-001 EDV-Ausstattung (alles außer Software)	-335.100,00	-657.500,00		-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	335.100,00	657.500,00		200.000,00	200.000,00	200.000,00
I10102-004 Software	-22.000,00	-68.200,00		-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	22.000,00	68.200,00		200.000,00	200.000,00	200.000,00
I10304-016 Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	60.000,00	700.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.260.000,00	1.500.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	1.200.000,00	800.000,00				
I10304-229 K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)		-1.296.000,00		-1.296.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit		550.000,00		550.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen		1.846.000,00		1.846.000,00		
I10304-453 GVFG für Radwegebauprogramm	-495.000,00	-279.000,00		-639.000,00	-878.000,00	-1.485.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	605.000,00	341.000,00		781.000,00	1.072.000,00	1.815.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.100.000,00	620.000,00		1.420.000,00	1.950.000,00	3.300.000,00
I10304-695 Um- und Ausbau der Kreisstraßen	-1.820.000,00	-1.820.000,00		-1.820.000,00	-1.820.000,00	-1.820.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.820.000,00	1.820.000,00		1.820.000,00	1.820.000,00	1.820.000,00
I10304-698 Planungskosten für Kreisstraßen	-680.000,00	-680.000,00		-680.000,00	-680.000,00	-680.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	680.000,00	680.000,00		680.000,00	680.000,00	680.000,00
I10304-999 Reinigungsgeräte	-15.000,00	-15.000,00		-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	15.000,00	15.000,00		15.000,00	15.000,00	15.000,00
I11304-005 Alfeld BBS - Maßnahmen vorbeugend.Brandschutz-	-1.450.000,00			-1.500.000,00	-1.300.000,00	-900.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.450.000,00			1.500.000,00	1.300.000,00	900.000,00
I11304-023 Technische Ausstattung Hausmeister	-33.300,00	-33.300,00		-33.000,00	-33.000,00	-33.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	33.300,00	33.300,00		33.000,00	33.000,00	33.000,00
I11304-202 K 215 Dingelbe - Nettlingen	-450.000,00	-270.000,00		-45.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	550.000,00	330.000,00		55.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	1.000.000,00	600.000,00		100.000,00		
I12304-601 Deckenprogramm	-1.500.000,00	-1.500.000,00		-1.500.000,00	-1.500.000,00	-1.500.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.500.000,00	1.500.000,00		1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
I13304-604 Grunderwerb -Eigenmittel-	-20.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I14304-004 Gym.Hth. -Maßnahmen vorbeugender Brandschutz-	-800.000,00			-1.258.000,00	-400.000,00	
05.02 - Baumaßnahmen	800.000,00			1.258.000,00	400.000,00	
I14304-205 K 321 L 485 - OD Westfeld OD Westfeld - L 482	-22.500,00	110.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00	110.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00					
I15304-001 Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	-905.000,00	-900.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	905.000,00	900.000,00				
I15304-004 OBS Nordstemmen - Maßnahm.vorbeugender Brandschutz	-850.000,00	-300.000,00		-1.166.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	850.000,00	300.000,00		1.166.000,00		
I15304-204 K 515 - BÜ Sarstedt	-300.000,00	-300.000,00		-400.000,00		
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00		400.000,00		
I16304-019 Inv.-zuschuss an Stadt Hi. für weiterf. Schule	-2.500.000,00	-7.500.000,00		-2.500.000,00	-2.500.000,00	-2.500.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	2.500.000,00	7.500.000,00		2.500.000,00	2.500.000,00	2.500.000,00
I16304-202 weitere Straßenbaumaßnahmen -nur Finanzplanung-				-1.377.000,00	-2.021.000,00	-2.244.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit				1.683.000,00	2.469.000,00	3.476.000,00
05.02 - Baumaßnahmen				3.060.000,00	4.490.000,00	5.720.000,00
I16304-207 K 402 fS Alfeld-Föhrste	-450.000,00	-360.000,00		-90.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	550.000,00	440.000,00		110.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	1.000.000,00	800.000,00		200.000,00		
I17304-302 Planungskosten Radwege (Eigenmittel)	-300.000,00	-300.000,00		-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
I17304-617 K 516 Sarstedt - LSA -		-45.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit		55.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen		100.000,00				

Investitionen Teilhaushalt 1

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I18304-005 Sarstedt, Gymnasium	-1.200.000,00	-100.000,00		-43.914.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	1.200.000,00	100.000,00		43.914.000,00		
I18304-007 Harsum OBS - Neubau Mensa	-96.000,00			-1.194.000,00	-1.000.000,00	
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	504.000,00					
05.02 - Baumaßnahmen	600.000,00			1.194.000,00	1.000.000,00	
I18304-008 Harsum OBS - Sporthalle		1.338.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit		1.428.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen		90.000,00				
I18304-201 K 215 Mölme - Feldbergen	-22.500,00					
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00					
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00					
I19304-004 Groß Düngen FTZ-Grundwasserbrunnen/ Speicherbecken	-50.000,00	-150.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00	150.000,00				
I19304-006 HI, Michelsenschule, Erweiterung			-16.000.000,00		-16.000.000,00	
05.02 - Baumaßnahmen			16.000.000,00		16.000.000,00	
I19304-009 Photovoltaik	-250.000,00	-250.000,00		-250.000,00	-250.000,00	-250.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	250.000,00	250.000,00		250.000,00	250.000,00	250.000,00
I19304-203 K 323 OD Eysershausen	-360.500,00	-337.500,00		450.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	440.500,00	412.500,00		550.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	801.000,00	750.000,00		100.000,00		
I20106-001 Software Vollstreckung		-18.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		18.000,00				
I21304-001 Massnahmenübergreifende Planungsmittel	-150.000,00	-150.000,00		-150.000,00	-150.000,00	-150.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	150.000,00	150.000,00		150.000,00	150.000,00	150.000,00
I22304-002 Sarstedt FÖS Modernisierung Schulgebäude	-250.000,00					
05.02 - Baumaßnahmen	250.000,00					
I22304-003 Hildesheim Umgestaltung BBS	-75.000,00	-4.000.000,00		-5.500.000,00	-7.000.000,00	-12.000.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	75.000,00	4.000.000,00		5.500.000,00	7.000.000,00	12.000.000,00
I22304-004 Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle	-650.000,00	-100.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	650.000,00	100.000,00				
I22304-005 Gronau Verkauf Grundstück Am Leintor 17 (alte FS)		1.100.000,00				
04.03 + Veräußerung von Sachanlagen		1.100.000,00				
I23103-001 Defibrillatoren - Verwaltungsgebäude	-16.800,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.800,00					
I23304-002 HI, vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen	-500.000,00	-1.500.000,00				
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	500.000,00	1.500.000,00				
I23304-003 HI, Kreishaus, Ausstatt. Besprech-Fraktions-Räume	-40.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	
I23304-004 Alf, Kreishaus, Barrierefreiheit u. Modernisierung	-300.000,00			-1.500.000,00	-1.500.000,00	-1.500.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00			1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
I23304-005 HI, Gym. Hth. - Ersatzbau Sporthalle (II)	-500.000,00					
05.02 - Baumaßnahmen	500.000,00					
I23304-006 HI, FS Holztechnik - Energ. Sanierung	-300.000,00	-300.000,00		-2.200.000,00	-2.500.000,00	-2.000.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	300.000,00		2.200.000,00	2.500.000,00	2.000.000,00
I23304-007 HI, BBS Steuerwald, Umsetzung Brandschutz	-3.500.000,00					
05.02 - Baumaßnahmen	3.500.000,00					
I241PROJ-1 Digitalisierung der Verwaltung		-1.000.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		1.000.000,00				
I24304-001 Groß Düngen FTZ Energetische Sanierung		-200.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen		200.000,00				
I24304-002 Alfeld, RS Erweiterung		-250.000,00		-1.000.000,00	-1.000.000,00	-250.000,00
05.02 - Baumaßnahmen		250.000,00		1.000.000,00	1.000.000,00	250.000,00

Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-001	Projekte im Dezernat 1

Teilhaushalt Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

Verantwortlich Amt 102 - Rainer Gollnick

Kurzbeschreibung Projektleitung bzw. -begleitung bei dezernatsübergreifenden Projekten von zentraler Bedeutung.

Zielgruppe intern: Verwaltungsvorstand, Dezernate
extern: ---

Kategorie Funktionsaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Auftrag der Verwaltungsführung

Sachziele

Qualitätsziele Z-111-001-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-001-001 Projekte - (Anzahl)	0,00	6,00	6,00
ZK-111-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.Sons	0,00	2,00	2,00

Leistungen	111-001	Projekte im Dezernat 1
	111-001-0001	Projekt HKR
	111-001-0002	Projekt Doppik
	111-001-0003	Projekt DMS
	111-001-0004	Projekt GIS
	111-001-0005	Projekt IKZ-luK
	111-001-0006	Projekte
	111-001-0007	Informationssicherheit
	111-001-0008	INSPIRE
	111-001-0009	e-Vergabe
	111-001-0010	Digitale Schule
	111-001-0011	Telearbeit
	111-001-0012	Projekt Modernisierung der IT-Infrastruktur
	111-001-0013	Online-Zugangs-Gesetz (OZG)

Teilergebnishaushalt Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	500.224,73	523.700,00	737.500,00	768.200,00	788.900,00	811.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	7.870,05	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	80.826,32	387.300,00	1.405.700,00	1.405.700,00	1.405.700,00	1.405.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	588.921,10	911.200,00	2.143.400,00	2.174.100,00	2.194.800,00	2.217.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-588.921,10	-911.200,00	-2.143.400,00	-2.174.100,00	-2.194.800,00	-2.217.000,00
05.	= Jahresergebnis	-588.921,10	-911.200,00	-2.143.400,00	-2.174.100,00	-2.194.800,00	-2.217.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.520,00	1.000,00	800,00	800,00	800,00	800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.520,00	-1.000,00	-800,00	-800,00	-800,00	-800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-590.441,10	-912.200,00	-2.144.200,00	-2.174.900,00	-2.195.600,00	-2.217.800,00

Investitionen Produkt 111-001 Projekte im Dezernat 1

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I241PROJ-1 Digitalisierung der Verwaltung 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		- 1.000.000,00 1.000.000,00				

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	11 Innere Verwaltung
Produktgruppe	111 Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste
Verantwortlich	Amt 103 - Christina Grella
Kurzbeschreibung	<p>Telefonzentrale, Informationsschalter im Kreishaus, Druckerei, Poststelle, Verwaltung des zentralen Fuhrparks, Versicherungen, Graphisches Gestaltungswesen, Administration des Verfahren zur elektronischen Zeiterfassung;</p> <p>Medizinische und soziale Beratung und Betreuung aller Bediensteten im Rahmen des Betriebliches Gesundheitsmanagement:</p> <p>Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung, Unfallanzeigen,</p> <p>Geschäftsführung des Arbeitsschutzausschusses</p> <p>Zentrale Durchführung aller Vergabeverfahren des Landkreis Hildesheim mit einem geschätzten Nettoauftragswert von mindestens 25.000 Euro entsprechend der vergaberechtlicher Vorschriften;</p> <p>Durchführung der Vergabeverfahren der teilnehmenden kreisangehörigen Kommunen mit einem geschätzten Nettoauftragswert von mindestens 25.000 Euro im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit;</p> <p>Wahrnehmung der Aufgaben nach den Vorschriften der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX);</p> <p>Erstellung und Veröffentlichung des Amtsblattes für den Landkreis Hildesheim (amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung und der kreisangehörigen Gemeinden);</p> <p>Ordensangelegenheiten; Repräsentationsaufgaben wie z.B. Bearbeitung von Ehejubiläen, Geburtstagen und Vereinjubiläen, Partnerschaften und Mitgliedschaften in zentralen Vereinen und Verbänden; Übertragung besonderer Befugnisse und Verwendung von Hoheitszeichen (Dienstsigel)</p>
Zielgruppe	intern: Verwaltungsführung, Dezernate und Ämter, Führungskräfte, Beschäftigte extern: Kreisangehörige Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger
Kategorie	Funktionsaufgabe
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	<p>Auftrag durch Kreistagsbeschluss, durch die Verwaltungsführung und die Ämter der gesamten Verwaltung; Allgemeine und spezielle Dienstanweisungen des Landkreises Hildesheim; Vorschriften der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland (SGB IX) Nds. Behinderteneleichstellungsgesetz (NBGG) Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG); Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) Unterschwelvenvergabeordnung (UVgO); Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB); Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) Vergaberechtsänderungsgesetz (VgRÄG); Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwelvenvergabeordnung-UVgO); Konzessionsvergabeordnung (KonzVgV); Sektorenverordnung (SektVO); Mindestlohngesetz (MiLoG); Arbeitnehmerentsendungsgesetz (AEntG); Vergabestatistikverordnung (VergStatVO); Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG); Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); Straßenverkehrsgesetz (STVG); Straßenverkehrsordnung (STVO) Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) Verleihungsrichtlinien des Bundes und des Landes Niedersachsen Bundesreisekostengesetz (BRKG); Reisekostenrecht; Niedersächsisches Beamtengesetz (NBG); Bundesbesoldungsgesetz (BBesG); bestehende Tarifverträge; SGB IX; Dienstanweisung über die Arbeitszeit beim Landkreis Hildesheim; Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG); Kommunalhaushalts- und kassenverordnung (KomHKVO)</p>

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

interne Verfügungen zur Haushaltsführung; interne Verfügungen zum Berichtswesen; Rahmenvorgaben zur Durchführung
 der Kosten-/Leistungsrechnung sowie der Produktbeschreibungen;
 Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG); Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG); Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge;
 Unfallverhütungsvorschriften "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit" (DGUV Vorschrift 2);
 Arbeitsmedizinische Regeln; Brandschutz nach DIN 14096; Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung
 ArbStättV), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln
 (Betriebssicherheitsverordnung BetrSichV), SGB VII, Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen
 (Gefahrstoffverordnung GefStoffV), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit
 Biologischen Arbeitsstoffen (BioStoffV), Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdung durch Lärm und
 Vibrationen (Lärm- u. Vibrations-ArbeitsschutzVO), Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbVO), Verordnung über
 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen bei der Arbeit (PSA-BV),
 Gefahrgutverordnung (Gefahrgut-VO), Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der manuellen
 Handhabung von Lasten bei der Arbeit (LastenhandhabV), Regelwerk der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung
 (DGUV), Regelwerk der Gartenbau-Berufsgenossenschaft (Gartenbau-BG), ausgewählte anerkannte Regeln der
 Technik, Dienstanweisungen

Sachziele

Gewährleistung des Verwaltungsablaufes unter Inanspruchnahme zentraler Serviceeinrichtungen und
 zentraler Dienste.
 Schutz der Beschäftigten vor gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz
 Wiedereingliederung Beschäftigter nach längerer Erkrankung in das Arbeitsleben
 Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse
 der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Zentrale Dienste"

Qualitätsziele

Z-111-003-001:
 Teilnahme am NLT-Kennzahlenvergleich "Zentrale Dienste".
 Z-111-003-002:
 Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
 Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015
 durchgeführt.
 Z-111-003-003:
 Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
 Z-111-003-004:
 Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz Ifd. Jahr
G-111-003-001 Ausgehende Poststücke - (Anzahl)	0,00	380.000,00	407.000,00
G-111-003-002 Bedruckte Seiten gesamt - (Anzahl)	0,00	6.300.000,00	6.200.000,00
G-111-003-003 km Fuhrpark gesamt - (Anzahl)	0,00	95.000,00	95.000,00
G-111-003-004 Bedruckte Seiten Druckerei - (Anzahl)	0,00	1.200.000,00	1.200.000,00
G-111-003-005 Bedruckte Seiten Etagedrucker - (Anzahl)	0,00	2.000.000,00	1.900.000,00
G-111-003-006 Bedruckte Seiten Zimmerdrucker - (Anzahl)	0,00	3.100.000,00	3.100.000,00
ZK-111-003-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-003-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-003-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	100,00

Leistungen

111-003	Zentrale Dienste und Betriebl. Gesundheitsmanagement
111-003-0001	Vervielfältigung/Graphische Gestaltung
111-003-0002	Allgemeiner Fuhrpark
111-003-0003	Post- und Botendienst

Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

111-003-0004	Telefondienst/Information
111-003-0005	Zentrale Dienstleistungen
111-003-0006	Ordensangelegenheiten (P, ÜW)
111-003-0007	Versicherungen, Abwicklung SE-Ansprüche
111-003-0008	Zentrale Vergabestelle
111-003-0009	Grundsatzangelegenheiten, Berichte und Konzepte
111-003-0010	Gesundheits-, Sozial- und Sicherheitsmanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.445,00	54.000,00	54.000,00	54.700,00	55.700,00	56.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	24.487,40	79.800,00	19.800,00	19.800,00	19.800,00	19.800,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	55.997,81	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	131.930,21	168.800,00	108.800,00	109.500,00	110.500,00	111.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.046.563,65	1.065.000,00	1.184.500,00	1.226.800,00	1.257.300,00	1.291.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	534.787,29	871.300,00	566.500,00	564.000,00	561.700,00	565.300,00
02.04	- Abschreibungen	17.237,67	16.500,00	18.800,00	20.000,00	20.900,00	22.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	23.223,00	25.000,00	25.000,00	25.400,00	25.900,00	26.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	404.177,32	446.700,00	464.700,00	464.700,00	464.700,00	464.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.025.988,93	2.424.500,00	2.259.500,00	2.300.900,00	2.330.500,00	2.369.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.894.058,72	-2.255.700,00	-2.150.700,00	-2.191.400,00	-2.220.000,00	-2.258.600,00
05.	= Jahresergebnis	-1.894.058,72	-2.255.700,00	-2.150.700,00	-2.191.400,00	-2.220.000,00	-2.258.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.424,00	40.300,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-42.424,00	-40.300,00	-44.000,00	-44.000,00	-44.000,00	-44.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.936.482,72	-2.296.000,00	-2.194.700,00	-2.235.400,00	-2.264.000,00	-2.302.600,00

Investitionen Produkt 111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I23103-001 Defibrillatoren - Verwaltungsgebäude	-16.800,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.800,00					

Produkt 111-005 luK			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-005	luK	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 102 - Rainer Gollnick		
Kurzbeschreibung	Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik im Bereich der Standard- und Spezial-luK, Anwenderbetreuung		
Zielgruppe	intern: Gesamtverwaltung extern: ---		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Auftrag durch Dezernate, Verwaltungsführung und/oder Steuerungsunterstützung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Erfüllung der im Auftrag vereinbarten Zielsetzung - Datensicherheit und Datenschutz - hohe Systemverfügbarkeit - Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Informationstechnik" 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-005-001: Die Kosten je Stunde sollen bei maximal 65 Euro und die des EDV-Standard-Arbeitsplatzes bei max. 2.500 Euro liegen.</p> <p>Z-111-005-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-111-005-003: Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p> <p>Z-111-005-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.</p>		
Maßnahmen	<p>ZM-111-005-101: Wirtschaftlicher Einsatz der Mittel</p> <p>ZM-111-005-201: Durchführung einer Mitarbeiterbefragung zur Ermittlung der aktuellen Mitarbeiterzufriedenheit</p> <p>ZM-111-005-301: Durchführung einer Kundenbefragung zur Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit</p> <p>ZM-111-005-401: Prozessoptimierung im Bereich des Servicemanagements</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-005-001 Arbeitsplätze mit IT - (Anzahl)	0,00	1.323,00	1.269,00
G-111-005-002 Ausstattungsgrad - (%)	0,00	100,00	100,00
G-111-005-003 Fachverfahren - (Anzahl)	0,00	80,00	80,00

Produkt 111-005 luK

Landkreis Hildesheim

G-111-005-004 Vereinbarter Betreuungsaufwand - (Stunden)	0,00	4.532,00	4.545,00
ZK-111-005-101 Kosten je IT-Arbeitsplatz - (EUR)	0,00	2.700,00	2.800,00
ZK-111-005-102 Kosten je Stunde - (EUR)	0,00	65,00	65,00
ZK-111-005-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-005-301 Kundenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-005-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	100,00

Leistungen	111-005	luK
	111-005-0001	Standard IUK
	111-005-0003	Konzepte/Strategien
	111-005-0004	Telearbeit
	111-005-0010	LK Hi. Holding Vereinbarung (SFirm) - Spezial-luK
	111-005-0011	301 Archivdatenbank (Augias) - Spezial-luK
	111-005-0012	908 juristische Online-Recherche (LexisNexis) - Spezial-luK
	111-005-0013	904 Wahlauswertung - Spezial-luK
	111-005-0014	101 Geschäftsprozessoptimierung (Prometheus) - Spezial-luK
	111-005-0015	101 Pers.informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-luK (alt 911)
	111-005-0016	101 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0017	101 Pers.Informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-luK
	111-005-0018	104 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0019	106 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0020	913 Ausländerwesen (ALW) - Spezial-luK
	111-005-0021	913 Einbürgerung (EBV) - Spezial-luK
	111-005-0022	203 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0023	203 Verbraucherschutzinfosystem Nds. (GeVIN) - Spezial-luK
	111-005-0024	203 Lebensmittelüberwachung (HAMLET) - Spezial-luK
	111-005-0025	203 Meldesystem Lebendviehtransport (TRACES) - Spezial-luK
	111-005-0026	203 Tierseuchenmeldesystem (TSN) - Spezial-luK
	111-005-0027	203 Tierseuchenüberwachung (DAVID) - Spezial-luK
	111-005-0028	204 DMS-OWIG - Spezial-luK
	111-005-0029	204 Filmausw. Rotlicht (Traffi-Desk) - Spezial-luK
	111-005-0030	204 Geschwindigkeitsüberwachung (Traffi-Phot) - Spezial-luK
	111-005-0031	204 VerkehrsOWIG (public marius) - Spezial-luK
	111-005-0032	204 Waffen-/Jagdverwaltung (Condition) - Spezial-luK
	111-005-0033	205/FTZ Abwicklung Kfz-Werkstatt (Mekos) - Spezial-luK
	111-005-0034	205/FTZ Pumpensoftware (Florix) - Spezial-luK
	111-005-0035	206 DMS-Kfz - Spezial-luK
	111-005-0036	206 Kfz-Zulassungswesen (eKOL-KFZ) - Spezial-luK
	111-005-0037	206 Kfz-Zulassungswesen (iKOL-KFZ) - Spezial-luK
	111-005-0038	206 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0039	206 Führerscheinwesen (Prokommunal-FE) - Spezial-luK
	111-005-0040	301 Allgemein - Spezial-luK
	111-005-0041	301 Bafög-Abrechnung - Spezial-luK
	111-005-0042	301 Schülerbeförderung - Spezial-luK
	111-005-0043	301 Fernwartung.f.Schulen (VNC) - Spezial-luK
	111-005-0044	301 Lernmittelverwaltung (CONFORM) - Spezial-luK
	111-005-0045	301 Schnittstelle Schülerbeförderung - Spezial-luK
	111-005-0046	301 Schülerstatistik (Statist-Access) - Spezial-luK
	111-005-0047	301 Schülerverw. Gymnasien (SIPROG) - Spezial-luK

Produkt 111-005 luK

Landkreis Hildesheim

111-005-0048	301 Schülerverw./Statistik (SIBANK) - Spezial-luK
111-005-0049	301 Schulstatistik (IZN-STABIL) - Spezial-luK
111-005-0050	301 Verw.software f. BBS (Winschool) - Spezial-luK
111-005-0051	301 Medienverleih (Antares) - Spezial-luK
111-005-0052	407 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0053	406 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0054	406 Wirtschaftl. Jugendhilfe (KDO-Jug.) - Spezial-luK
111-005-0055	407 Bundeserziehungsgeld (merzWin) - Spezial-luK
111-005-0056	407 Elterngeld (elina) - Spezial-luK
111-005-0057	407 Beistandschaften (KDO-Jug.) - Spezial-luK
111-005-0058	407 Unterhaltsvorschuß (KDO-Jug.) - Spezial-luK
111-005-0059	407 Abrechnungssystem Jugendamt (KDO-Jug.) - Spezial-luK
111-005-0061	400 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0062	913 Asyl (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0063	403 SGB XII (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0064	407 Wohngeld (pmWoG/IKOL-WG) - Spezial-luK
111-005-0065	402 Behindertenhilfe (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0066	403 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0067	403 Altenhilfe (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0068	403 Grundsicherung (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0069	403 Rentenregister (RegUrl) - Spezial-luK
111-005-0070	409 amtsärztl.Dienst (Patientendatei) - Spezial-luK
111-005-0071	409 Äskulab - Spezial-luK
111-005-0072	409 AIDS-Betreuungsdatei - Spezial-luK
111-005-0073	402 Betreuerdatenbank (CABS) - Spezial-luK
111-005-0074	300 Geoinformationssystem (ARC-GIS) - Spezial-luK
111-005-0075	302 Baugenehmigung (ProbauG) - Spezial-luK
111-005-0076	302 komm. Darlehensverwaltung (MZINS) - Spezial-luK
111-005-0077	208 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0078	208 Naturschutzdatenbank (Biotop) - Spezial-luK
111-005-0079	208 Branchenkatalog LA UmweltschutzBW (BKat) - Spezial-luK
111-005-0080	208 Altstandorte u. -ablagerungen (EVA 1, EVA2) - Spezial-luK
111-005-0081	208 techn.Anl.wassergef.Stoffe (Wasserdatenbank) - Spezial-luK
111-005-0082	208 Einleiterüberwachung (EU II) - Spezial-luK
111-005-0083	208 geol. u. hydrogeol. Datenbestände (GeODin) - Spezial-luK
111-005-0084	304 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0085	304 Ausschreibungssoftware (SIDOUN) - Spezial-luK
111-005-0086	304 CAD-Software - Spezial-luK
111-005-0087	304 Facility Management (Speedikon) - Spezial-luK
111-005-0088	304 Pers.informationssystem (KOMBOSS) - Spezial-luK
111-005-0089	HI-REG Allgemein - Spezial-luK
111-005-0090	HI-REG Existenzgründerberatung - Spezial-luK
111-005-0091	Standard-Überschreitung - Spezial-luK
111-005-0093	908 SGB II (Lämmerzah) - Spezial-luK
111-005-0094	403 Antrag online - Spezial-luK
111-005-0095	208 Stellungnahmen - Spezial-luK
111-005-0096	204 Verkehrsüberwachung mobil/stationär (Rotlicht/Geschwindigkeit) - Spezial-luK
111-005-0097	406 Sozialer Dienst (KDO-Jug.) - Spezial-luK
111-005-0098	913 Allgemein - Spezial-luK

Produkt 111-005 luK

Landkreis Hildesheim

111-005-0099	402 Sozialdienst (Lämmerzahl) - Spezial-luK
111-005-0100	208 Grundstücksverkehrsausschuss - Spezial-luK
111-005-0101	205 KatS TecBos.Command - Spezial-luK
111-005-0102	302 dig. Bauakte (ITeBau) - Spezial-luK
111-005-0103	407 DMS-Eterngeld - Spezial-luK
111-005-0104	407 DMS-Wohngeld - Spezial-luK
111-005-0105	204 DMS-Jagd-/Waffenverw. - Spezial-luK
111-005-0106	206 DMS-FE - Spezial-luK
111-005-0107	402 DMS-CABS - Spezial-luK
111-005-0108	Zensus/ Projekt Zensus 2022 - Spezial-luK
111-005-0109	403 Pflegestützpunkte (Lämmerzahl) - Spezial-luK
111-005-0110	409 DMS-Äskulab - Spezial-luK
111-005-0111	407 BUT (Lämmerzahl) - Spezial-luK
111-005-0112	402 KOF (Lämmerzahl) - Spezial-luK
111-005-0113	I/PR - iKiss (Erfassung) - Spezial-luK
111-005-0114	906 DMS-Scanner ASV - Spezial-luK
111-005-0115	101 DMS-Personalakte - Spezial-luK
111-005-0116	106 Insolvenz-Auskunft (Kommlnso) - Spezial-luK
111-005-0117	301 Individualbeförderung - Spezial-luK
111-005-0118	Klimaschutzagentur Allgemein - Spezial-luK
111-005-0119	409 SurvNet3 - Spezial-luK
111-005-0120	205/FTZ Atemschutzverbund - Spezial-luK
111-005-0121	204 XGewerbe - Spezial-luK
111-005-0122	913 DMS-Ausländerwesen - Spezial-luK
111-005-0123	103 eVergabe - Spezial-luK
111-005-0124	204 Online-Anhörung - Spezial-luK
111-005-0125	205 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0126	101 Digitales Bewerbungsmanagement - Spezial-luK
111-005-0127	204 Allgemein - Spezial-luK
111-005-0128	913 DMS-Einbürgerung - Spezial-luK
111-005-0129	101 DMS-eAU-Workflow - Spezial-luK

Teilergebnishaushalt Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	168.233,92	177.100,00	185.300,00	187.900,00	191.300,00	193.900,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	168.233,92	177.100,00	185.300,00	187.900,00	191.300,00	193.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.729.308,25	1.868.200,00	1.871.700,00	2.012.500,00	2.060.000,00	2.112.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	708.362,96	1.076.800,00	1.060.700,00	1.076.200,00	1.093.500,00	1.111.100,00
02.04	- Abschreibungen	501.798,58	554.200,00	509.300,00	526.100,00	543.700,00	562.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	328.929,20	437.200,00	408.800,00	415.300,00	422.300,00	428.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.268.398,99	3.936.400,00	3.850.500,00	4.030.100,00	4.119.500,00	4.214.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.100.165,07	-3.759.300,00	-3.665.200,00	-3.842.200,00	-3.928.200,00	-4.020.300,00
05.	= Jahresergebnis	-3.100.165,07	-3.759.300,00	-3.665.200,00	-3.842.200,00	-3.928.200,00	-4.020.300,00
08.01	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.330.130,00	3.752.200,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00	3.719.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.824,00	3.500,00	2.400,00	2.400,00	2.400,00	2.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	3.328.306,00	3.748.700,00	3.716.700,00	3.716.700,00	3.716.700,00	3.716.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	228.140,93	-10.600,00	51.500,00	-125.500,00	-211.500,00	-303.600,00

Investitionen Produkt 111-005 IuK

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10102-001 EDV-Ausstattung (alles außer Software)	-335.100,00	-657.500,00		-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	335.100,00	657.500,00		200.000,00	200.000,00	200.000,00
I10102-004 Software	-22.000,00	-68.200,00		-200.000,00	-200.000,00	-200.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	22.000,00	68.200,00		200.000,00	200.000,00	200.000,00

Produkt 111-006 Kassenwesen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-006	Kassenwesen	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 106 - Marvin Rottenau		
Kurzbeschreibung	Erledigung aller Kassengeschäfte des Landkreises sowie zwangsweise Beitreibung der verschiedenen öffentl.-rechtl. und privatrechtlichen Forderungen; Zwangsstillegung von Fahrzeugen		
Zielgruppe	intern: Mitarbeiter/innen der Verwaltung, Rechnungsprüfungsamt extern: Alle gegenüber der Kreisverwaltung zahlungspflichtigen Personen, Zahlungsempfänger der Kreisverwaltung, säumige Zahler		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG; Dienstanweisung für die Kreiskasse; KomHKVO; NVwVG		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Einnahmebeschaffung - Erfüllen von Zahlungsverpflichtungen - Rechtmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung - Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt NLT-Vergleich "Vollstreckung von Geldforderungen" 		
Qualitätsziele	<p>Z-111-006-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-111-006-003: Kundenzufriedenheit: Die Zahl der bekanntgewordenen Beschwerden von Seiten der Auftraggeber soll pro Jahr den Wert von 20 nicht überschreiten.</p> <p>Z-111-006-004: Einhaltung der vereinbarten Servicelevels.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-006-001 Buchungen - (Anzahl)	0,00	333.000,00	310.000,00
G-111-006-002 Vollstreckungsneuaufträge - (Anzahl)	0,00	17.000,00	16.000,00
G-111-006-003 Beigetriebene Forderungen - (EUR)	0,00	2.000.000,00	2.000.000,00
ZK-111-006-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-111-006-301 Beschwerden - (Anzahl)	0,00	20,00	20,00
ZK-111-006-401 Eingehaltene Servicelevels - (%)	0,00	100,00	100,00
Leistungen	111-006 111-006-0001	Kassenwesen Zahlungsverkehr und Buchführung	

Produkt 111-006 Kassenwesen

Landkreis Hildesheim

111-006-0002

Vollstreckung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-006 Kassenwesen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	366,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.946,63					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	351.746,10	280.000,00	280.000,00	284.000,00	289.200,00	293.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	354.058,73	280.100,00	280.100,00	284.100,00	289.300,00	293.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.353.497,14	1.358.000,00	1.511.600,00	1.547.700,00	1.585.300,00	1.628.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	56.502,79	64.200,00	76.400,00	75.800,00	75.100,00	76.100,00
02.04	- Abschreibungen	2.720,73	900,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00	1.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	200.947,62	224.100,00	220.400,00	220.500,00	220.500,00	220.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.613.668,28	1.647.200,00	1.810.200,00	1.845.800,00	1.882.700,00	1.926.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.259.609,55	-1.367.100,00	-1.530.100,00	-1.561.700,00	-1.593.400,00	-1.633.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	13,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	13,00					
05.	= Jahresergebnis	-1.259.596,55	-1.367.100,00	-1.530.100,00	-1.561.700,00	-1.593.400,00	-1.633.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.134,20	58.700,00	70.800,00	70.800,00	70.800,00	70.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-58.134,20	-58.700,00	-70.800,00	-70.800,00	-70.800,00	-70.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.317.730,75	-1.425.800,00	-1.600.900,00	-1.632.500,00	-1.664.200,00	-1.704.200,00

Investitionen Produkt 111-006 Kassenwesen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I20106-001 Software Vollstreckung 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-18.000,00 18.000,00				

Produkt 111-007 Finanzen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-007	Finanzen	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Planung und Führung der Haushaltswirtschaft unter Berücksichtigung von gesetzlichen und strategischen Vorgaben - Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele und anderer Vorgaben - Unterstützung der Verwaltungsführung - Finanz- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen 		
Zielgruppe	intern: Kreistag, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter und Beschäftigte extern: Aufsichtsbehörde, Städte und Gemeinden, Kreditgeber		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	§§ 110 ff NKomVG in Verbindung mit KomHKVO; Vorgaben von Kreistag und Verwaltungsführung		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtmäßige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung - Steuerung der Verwaltung unter finanz- und betriebswirtschaftlichen Aspekten in einem System dezentraler Ressourcenverantwortung 		
Qualitätsziele	Z-111-007-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-007-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-007	Finanzen	
	111-007-0002	Haushalt	
	111-007-0004	Beteiligungsmanagement (bis 2014)	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-007 Finanzen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00				
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	697,52					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	697,52	100,00				
02.01	- Personalaufwendungen	677.714,74	656.000,00	421.300,00	435.000,00	446.100,00	458.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	7.047,70	11.500,00	12.800,00	12.600,00	12.300,00	12.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.720,62	11.000,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	687.483,06	678.500,00	444.000,00	457.500,00	468.300,00	481.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-686.785,54	-678.400,00	-444.000,00	-457.500,00	-468.300,00	-481.100,00
05.	= Jahresergebnis	-686.785,54	-678.400,00	-444.000,00	-457.500,00	-468.300,00	-481.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.848,80	32.000,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00	17.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-25.848,80	-32.000,00	-17.500,00	-17.500,00	-17.500,00	-17.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-712.634,34	-710.400,00	-461.500,00	-475.000,00	-485.800,00	-498.600,00

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. - Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. - Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) - Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. - Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	intern/extern: Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Kreishaus und Außenstellen"		
Qualitätsziele	<p>Z-111-009-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-111-009-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-009-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-009	Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige	
	111-009-0101	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Gebäudereinigung	
	111-009-0102	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	111-009-0103	Alfeld, Ständehausstr. 1, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement	
	111-009-0201	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Gebäudereinigung	
	111-009-0202	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	111-009-0203	Hildesheim, M.-W.-Str. 3, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement	

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

111-009-0301	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0302	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0303	Hildesheim, Ludol.-Str. 2, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0401	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0402	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0403	Hildesheim, Kaiserstr. 15, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0502	Hildesheim, Kaiserstr. 19, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0503	Hildesheim, Kaiserstr. 19, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0601	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0602	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0603	Hildesheim, Kaiserstr. 21, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0702	Alfeld Antonianger 6, Allg. Grundvermögen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0703	Alfeld Antonianger 6, Allg. Grundvermögen, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0801	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0802	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0803	Hildesheim, Hoher Weg 9 u. 10, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-0901	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-0902	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-0903	Hildesheim, Schützenallee 35-37, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-1001	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-1002	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-1003	Hildesheim, Butterborn 19-20, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-2402	Gronau, Leintor 17, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-2403	Gronau, Leintor 17, Techn. Gebäudemanagement
111-009-3402	Lamspringe, Kallenberg 20, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-3403	Lamspringe, Kallenberg 20, Techn. Gebäudemanagement
111-009-3601	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Gebäudereinigung
111-009-3602	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-3603	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Techn. Gebäudemanagement
111-009-4401	Eze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Gebäudereinigung
111-009-4402	Eze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-4403	Eze, Brandstr. 4, Jugendhilfestation West, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5301	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5302	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5303	Hildesheim, Hindenburgplatz 18/20, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5401	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Gebäudereinigung
111-009-5402	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5403	Hildesheim, Carl-Zeiss-Str. 17, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5501	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5502	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5503	Hindenburgplatz 16a, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5601	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5602	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5603	Hildesheim, Bavenstedter Str. 50, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5701	Eze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Gebäudereinigung
111-009-5702	Eze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-5703	Eze, Hauptstr. 72, Verw.gebäude, Techn. Gebäudemanagement
111-009-5802	Hildesheim, Angoulemeplatz (Kulturbüro), Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

111-009-6402	Diekholzen, Kreiskrankenhaus, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-7002	Banteln, Altenheim, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-7102	Gronau, Altenheim, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-7902	Sonstige bebaute Flächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-8102	Naturschutzflächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
111-009-8902	Sonstige unbebaute Flächen, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	25.160,20	25.100,00	25.100,00	26.000,00	26.800,00	27.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	510.423,81	551.900,00	551.900,00	551.900,00	551.900,00	551.900,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	-20.503,87	26.100,00	30.100,00	30.300,00	30.700,00	31.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	28.550,08					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	543.630,22	603.100,00	607.100,00	608.200,00	609.400,00	610.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	551.114,32	592.300,00	586.300,00	603.700,00	619.000,00	636.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.963.970,96	3.069.000,00	3.956.200,00	3.975.100,00	3.999.100,00	4.057.800,00
02.04	- Abschreibungen	420.768,83	423.400,00	435.100,00	455.700,00	456.600,00	457.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	23.125,54	36.700,00	35.500,00	35.500,00	35.500,00	35.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.958.979,65	4.121.400,00	5.013.100,00	5.070.000,00	5.110.200,00	5.186.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-4.415.349,43	-3.518.300,00	-4.406.000,00	-4.461.800,00	-4.500.800,00	-4.576.700,00
05.	= Jahresergebnis	-4.415.349,43	-3.518.300,00	-4.406.000,00	-4.461.800,00	-4.500.800,00	-4.576.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.369,90	25.200,00	22.500,00	26.600,00	26.600,00	26.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-28.369,90	-25.200,00	-22.500,00	-26.600,00	-26.600,00	-26.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-4.443.719,33	-3.543.500,00	-4.428.500,00	-4.488.400,00	-4.527.400,00	-4.603.300,00

Investitionen Produkt 111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10304-999 Reinigungsgeräte 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00		-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00
I22304-005 Gronau Verkauf Grundstück Am Leintor 17 (alte FS) 04.03 + Veräußerung von Sachanlagen		1.100.000,00 1.100.000,00				
I23304-003 Hi, Kreishaus, Ausstatt. Besprech-Fraktions-Räume 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00	-20.000,00 20.000,00		-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	
I23304-004 Alf, Kreishaus, Barrierefreiheit u. Modernisierung 05.02 - Baumaßnahmen	-300.000,00 300.000,00			-1.500.000,00 1.500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00

Produkt 111-022 Recht			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-022	Recht	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung in rechtlich schwierigen Angelegenheiten, insbesondere zur Beurteilung der Rechtslage - Vorbereitung rechtlich abgesicherter Entscheidungen - Führung von Klageverfahren für den Landkreis - rechtliche Unterstützung und Beratung der Verwaltungsführung 		
Zielgruppe	intern: Produktverantwortliche aus allen Dezernaten sowie die Verwaltungsführung extern: externe Stellen (z.B. Gerichte, Verbände, Bürger etc.)		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Anfragen anderer Produktverantwortlicher und externer Stellen - Anfragen der Verwaltungsführung 		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherung eines rechtlich einwandfreien, praxisorientierten und einheitlichen Verfahrens - Gewährleistung eines rechtmäßigen Verwaltungshandelns 		
Qualitätsziele	Z-111-022-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-111-022-001 Fallzahl angefertigte Gutachten - (Anzahl)	0,00	20,00	20,00
G-111-022-002 Fallzahl Neueingänge gerichtl. Verf. - (Anzahl)	0,00	200,00	200,00
ZK-111-022-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
Leistungen	111-022	Recht	
	111-022-0001	Rechtsberatung	
	111-022-0002	Vertretung in Rechtssachen	
	111-022-0003	Verwaltungsbücherei	

Teilergebnishaushalt Produkt 111-022 Recht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	118,90					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.530,71	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	5.649,61	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.01	- Personalaufwendungen	332.756,75	332.400,00	352.500,00	367.900,00	377.400,00	387.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.906,47	7.300,00	8.700,00	8.500,00	8.200,00	8.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.803,71	5.000,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	340.466,93	344.700,00	364.700,00	379.900,00	389.100,00	399.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-334.817,32	-344.200,00	-364.200,00	-379.400,00	-388.600,00	-399.300,00
05.	= Jahresergebnis	-334.817,32	-344.200,00	-364.200,00	-379.400,00	-388.600,00	-399.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.336,00	13.600,00	13.100,00	13.100,00	13.100,00	13.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-10.336,00	-13.600,00	-13.100,00	-13.100,00	-13.100,00	-13.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-345.153,32	-357.800,00	-377.300,00	-392.500,00	-401.700,00	-412.400,00

Produkt 111-030 Steuerung der Digitalisierung		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-030	Steuerung der Digitalisierung
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Planung, Koordination und Steuerung der Digitalisierungsprozesse beim Landkreis Hildesheim.	
Zielgruppe	Intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung Extern: Kommunen und andere Behörden	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Sachziele	Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die Kreisverwaltung. Interkommunale und überregionale Zusammenarbeit durchführen.	
Qualitätsziele	Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote 2 erreichen.	
Leistungen	111-030	Steuerung der Digitalisierung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-030 Steuerung der Digitalisierung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen		55.500,00	6.600,00	7.800,00	7.800,00	8.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen		900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen		31.100,00	30.100,00	30.100,00	30.100,00	30.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen		87.500,00	37.600,00	38.800,00	38.800,00	39.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis		-87.500,00	-37.600,00	-38.800,00	-38.800,00	-39.000,00
05.	= Jahresergebnis		-87.500,00	-37.600,00	-38.800,00	-38.800,00	-39.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)		-87.500,00	-37.600,00	-38.800,00	-38.800,00	-39.000,00

Produkt 111-033 Kommunalförderung		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-033	Kommunalförderung
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Das Produkt unterstützt den Landkreis und die zugehörigen Kommunen in allen Belangen des Fördermanagement. Es eruiert Fördergelder für Projekte und führt die Kommunikation mit den Fördergebern.	
Zielgruppe	intern: Ämter und Dezernate des Landkreis extern: Kommunen des Landkreis, andere Behörden, private Unternehmen	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Haushaltsbegleitbeschluss 588/XVIII	
Sachziele	Konzeption und Aufbau des Fördermittelmanagement innerhalb des Landkreises Darstellung von Fördermöglichkeiten für Projekte innerhalb des Landkreises Individuelle Begleitung der Ämter und Kommunen des Landkreises bei der Fördermittelbeschaffung	
Qualitätsziele	Die Beratungs- und Unterstützungsleistung soll mindestens "Gut" also die Schulnote 2 erreichen.	
Leistungen	111-033	Kommunalförderung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-033 Kommunalförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen			6.600,00	7.800,00	7.800,00	8.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			23.600,00	23.600,00	23.600,00	23.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			30.200,00	31.400,00	31.400,00	31.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis			-30.200,00	-31.400,00	-31.400,00	-31.600,00
05.	= Jahresergebnis			-30.200,00	-31.400,00	-31.400,00	-31.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)			-30.200,00	-31.400,00	-31.400,00	-31.600,00

Produkt 121-002 Zensus		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	121	Statistik und Wahlen
Produkt	121-002	Zensus
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Durchführung der Aufgaben der örtlichen Erhebungsstelle für den Zensus als befristete Projektaufgabe	
Zielgruppe	intern: --- extern: Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Hildesheim	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	EU-VO 763/2008, ZensVorbÄndG 2021, ZensG 2021, Nds. AG ZensG 2021	
Sachziele	Durchführung der zugewiesenen Aufgaben der örtlichen Erhebungsstelle auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften	
Leistungen	121-002	Zensus

Teilergebnishaushalt Produkt 121-002 Zensus

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	425.535,27	102.000,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	425.535,27	102.000,00				
02.01	- Personalaufwendungen	68.003,67	13.200,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	177.518,91	15.000,00				
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	245.522,58	28.200,00				
03.	= Ordentliches Ergebnis	180.012,69	73.800,00				
05.	= Jahresergebnis	180.012,69	73.800,00				
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	180.012,69	73.800,00				

Produkt 126-002 Gebäudewirtschaft FTZ			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	126	Brandschutz	
Produkt	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung). · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z- 126-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-126-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	126-002	Gebäudewirtschaft FTZ	
	126-002-6501	FTZ, Gebäudereinigung	
	126-002-6502	FTZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	126-002-6503	FTZ, Techn. Gebäudemanagement	

Teilergebnishaushalt Produkt 126-002 Gebäudewirtschaft FTZ

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	15.742,81	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	208.922,33	211.300,00	211.300,00	214.300,00	218.200,00	221.100,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	224.665,14	221.300,00	221.300,00	224.300,00	228.200,00	231.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	52.331,96	56.800,00	61.300,00	64.700,00	66.000,00	67.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	364.643,68	381.300,00	404.600,00	400.800,00	398.200,00	413.400,00
02.04	- Abschreibungen	101.108,59	101.100,00	101.500,00	101.600,00	101.600,00	101.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	847,79	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	518.932,02	539.700,00	567.900,00	567.600,00	566.300,00	583.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-294.266,88	-318.400,00	-346.600,00	-343.300,00	-338.100,00	-352.100,00
05.	= Jahresergebnis	-294.266,88	-318.400,00	-346.600,00	-343.300,00	-338.100,00	-352.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.731,10	1.900,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.731,10	-1.900,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00	-2.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-296.997,98	-320.300,00	-348.600,00	-345.300,00	-340.100,00	-354.100,00

Investitionen Produkt 126-002 Gebäudewirtschaft FTZ

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I19304-004 Groß Düngen FTZ-Grundwasserbrunnen/ Speicherbecken 05.02 - Baumaßnahmen	-50.000,00 50.000,00	-150.000,00 150.000,00				
I22304-004 Bad Salzdetfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle 05.02 - Baumaßnahmen	-650.000,00 650.000,00	-100.000,00 100.000,00				
I24304-001 Groß Düngen FTZ Energetische Sanierung 05.02 - Baumaßnahmen		-200.000,00 200.000,00				

Produkt 127-002 Gebäudewirtschaft Rettungsdienst		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	127	Rettungsdienst
Produkt	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst
Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau	
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 	
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse	
Qualitätsziele	Z-127-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.	
Leistungen	127-002	Gebäudewirtschaft Rettungsdienst
	127-002-1003	Sarstedt, Weichsstr. 19, Rettungswache, Techn. Gebäudemanagement
	127-002-6602	Sarstedt, Breslauer Str., Rettungswache, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 127-002 Gebäudewirtschaft Rettungsdienst

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen			500,00	500,00	500,00	500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			500,00	500,00	500,00	500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis			-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
05.	= Jahresergebnis			-500,00	-500,00	-500,00	-500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)			-500,00	-500,00	-500,00	-500,00

Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	212	Hauptschulen	
Produkt	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-212-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-212-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-212-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	212-002	Gebäudewirtschaft Hauptschulen	
	212-002-1001	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Gebäudereinigung	
	212-002-1002	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	212-002-1003	Alfeld, Kalandstr. 7, HS, Techn. Gebäudemanagement	
	212-002-1101	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Gebäudereinigung	
	212-002-1102	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	212-002-1103	Alfeld, Kalandstr. 17, HS, Techn. Gebäudemanagement	
	212-002-1111	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Gebäudereinigung	

Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

212-002-1112	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
212-002-1113	Alfeld, Kalandstr. 17, Sporthalle, HS, Techn. Gebäudemanagement
212-002-1191	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Gebäudereinigung
212-002-1192	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
212-002-1193	Alfeld, Kalandstr. 19, Hausmeisterhaus, HS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 212-002 Gebäudewirtschaft Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	13.424,29	13.500,00	13.500,00	14.000,00	14.400,00	14.600,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.400,00	4.400,00	4.400,00	4.400,00	4.400,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	3.495,66					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	122,34					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	17.042,29	17.900,00	17.900,00	18.400,00	18.800,00	19.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	55.969,72	60.100,00	61.300,00	64.700,00	66.000,00	67.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	483.640,35	461.600,00	547.900,00	542.500,00	538.200,00	557.700,00
02.04	- Abschreibungen	104.163,20	104.200,00	104.200,00	109.600,00	115.200,00	120.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	857,98					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	644.631,25	625.900,00	713.400,00	716.800,00	719.400,00	746.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-627.588,96	-608.000,00	-695.500,00	-698.400,00	-700.600,00	-727.200,00
05.	= Jahresergebnis	-627.588,96	-608.000,00	-695.500,00	-698.400,00	-700.600,00	-727.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.822,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.822,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-630.410,96	-608.000,00	-695.500,00	-698.400,00	-700.600,00	-727.200,00

Produkt 215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	215	Realschulen	
Produkt	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-215-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-215-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-215-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	215-002	Gebäudewirtschaft Realschulen	
	215-002-1201	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Gebäudereinigung	
	215-002-1202	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	215-002-1203	Alfeld, Bismarckstr. 23, RS, Techn. Gebäudemanagement	
	215-002-1211	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Gebäudereinigung	
	215-002-1212	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	215-002-1213	Alfeld, Bismarckstr. 23, Sporthalle, RS, Techn. Gebäudemanagement	

Teilergebnishaushalt Produkt 215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	457,84	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	88,37					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	122,33					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	668,54	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	55.970,25	60.100,00	61.300,00	64.700,00	66.000,00	67.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	584.732,68	391.500,00	403.700,00	398.900,00	395.000,00	410.400,00
02.04	- Abschreibungen	47.986,69	45.100,00	110.800,00	117.900,00	123.800,00	129.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	858,56					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	689.548,18	496.700,00	575.800,00	581.500,00	584.800,00	608.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-688.879,64	-494.500,00	-573.600,00	-579.300,00	-582.600,00	-605.800,00
05.	= Jahresergebnis	-688.879,64	-494.500,00	-573.600,00	-579.300,00	-582.600,00	-605.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.822,00					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.822,00					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-691.701,64	-494.500,00	-573.600,00	-579.300,00	-582.600,00	-605.800,00

Investitionen Produkt 215-002 Gebäudewirtschaft Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I24304-002 Alfeld, RS Erweiterung		-250.000,00		-1.000.000,00	-1.000.000,00	-250.000,00
05.02 - Baumaßnahmen		250.000,00		1.000.000,00	1.000.000,00	250.000,00

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	216	Kombinierte Haupt- und Realschulen	
Produkt	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-216-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-216-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-216-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	216-002	Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen	
	216-002-1801	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Gebäudereinigung	
	216-002-1802	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	216-002-1803	Bockenem, Mahlumer Str. 20, OBS, Techn. Gebäudemanagement	
	216-002-1811	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung	
	216-002-1812	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	216-002-1813	Bockenem, Mahlumer Str. 20, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement	
	216-002-1892	Bockenem, Mahlumer Str. 20, HM-Haus, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

216-002-1893	Bockenem, Mahlumer Str. 20, HM-Haus, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2001	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2002	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2003	Duingen, Lübecker Str. 1a, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2011	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2012	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2013	Duingen, Lübecker Str. 1a, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2101	Eze, Heilswannenweg 32, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2102	Eze, Heilswannenweg 32, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2103	Eze, Heilswannenweg 32, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2111	Eze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2112	Eze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2113	Eze, Heilswannenweg 32, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2192	Eze, Heilswannenweg 32, Hausmeisterhaus, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2193	Eze, Heilswannenweg 32, Hausmeisterhaus, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2501	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2502	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2503	Harsum, Haseder Weg 2, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2511	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-2512	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2513	Harsum, Haseder Weg 2, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2523	Harsum, Haseder Weg 2, Fahrradwerkstatt, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2531	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Gebäudereinigung
216-002-2532	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2533	Harsum, Haseder Weg 2, Schulcontainer, Techn. Gebäudemanagement
216-002-2541	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Gebäudereinigung
216-002-2542	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-2543	Harsum, Haseder Weg 2, Mensa, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3301	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3302	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3303	Lamspringe, Kantstr. 13, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3311	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3312	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3313	Lamspringe, Kantstr. 13, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3501	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3502	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3503	Nordstemmen, Schlingweg 21, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3611	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3612	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3613	Nordstemmen, Jahnstr. 1, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3701	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3702	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3703	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3711	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3712	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverw.
216-002-3713	Sarstedt, Auf d. Kassebeerenworth 17, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudem.
216-002-3801	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3802	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung

Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

216-002-3803	Sarstedt, Wellweg 41, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3811	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3812	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3813	Sarstedt, Wellweg 41, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-3821	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Gebäudereinigung
216-002-3822	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-3823	Sarstedt, Wellweg 41, Mensa, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-4101	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Gebäudereinigung
216-002-4102	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-4103	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-4111	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-4112	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverw
216-002-4113	Schellerten/Ottbergen, Waldstr. 16, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanageme
216-002-4201	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Gebäudereinigung
216-002-4202	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-4203	Söhlde, Hinterm Knick 10, OBS, Techn. Gebäudemanagement
216-002-4211	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Gebäudereinigung
216-002-4212	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
216-002-4213	Söhlde, Hinterm Knick 10, Sporthalle, OBS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	113.264,79	519.900,00	653.400,00	678.700,00	699.200,00	713.300,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		38.300,00	38.300,00	38.300,00	38.300,00	38.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	145.464,53	9.100,00	9.100,00	9.100,00	9.100,00	9.100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.255,97					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	259.985,29	567.300,00	700.800,00	726.100,00	746.600,00	760.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	562.193,82	601.600,00	607.800,00	625.700,00	641.500,00	659.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.024.220,51	4.411.000,00	4.758.900,00	4.699.600,00	4.650.800,00	4.826.800,00
02.04	- Abschreibungen	855.119,30	1.628.600,00	1.707.700,00	1.805.200,00	1.895.100,00	1.989.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	9.232,02	10.800,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	5.450.765,65	6.652.000,00	7.085.200,00	7.141.300,00	7.198.200,00	7.486.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-5.190.780,36	-6.084.700,00	-6.384.400,00	-6.415.200,00	-6.451.600,00	-6.725.900,00
05.	= Jahresergebnis	-5.190.780,36	-6.084.700,00	-6.384.400,00	-6.415.200,00	-6.451.600,00	-6.725.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.592,10	38.000,00	40.500,00	40.500,00	40.500,00	40.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-28.592,10	-38.000,00	-40.500,00	-40.500,00	-40.500,00	-40.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-5.219.372,46	-6.122.700,00	-6.424.900,00	-6.455.700,00	-6.492.100,00	-6.766.400,00

Investitionen Produkt 216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I11304-023 Technische Ausstattung Hausmeister 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-33.300,00 33.300,00	-33.300,00 33.300,00		-33.000,00 33.000,00	-33.000,00 33.000,00	-33.000,00 33.000,00
I15304-004 OBS Nordstemmen - Maßnahm.vorbeugender Brandschutz 05.02 - Baumaßnahmen	-850.000,00 850.000,00	-300.000,00 300.000,00		-1.166.000,00 1.166.000,00		
I16304-019 Inv.-zuschuss an Stadt Hi. für weiterf. Schule 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-2.500.000,00 2.500.000,00	-7.500.000,00 7.500.000,00		-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00
I18304-007 Harsum OBS- Neubau Mensa 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.02 - Baumaßnahmen	-96.000,00 504.000,00 600.000,00			-1.194.000,00 1.194.000,00	-1.000.000,00 1.000.000,00	
I18304-008 Harsum OBS- Sporthalle 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.02 - Baumaßnahmen		1.338.000,00 1.428.000,00 90.000,00				
I19304-009 Photovoltaik 05.02 - Baumaßnahmen	-250.000,00 250.000,00	-250.000,00 250.000,00		-250.000,00 250.000,00	-250.000,00 250.000,00	-250.000,00 250.000,00
I21304-001 Massnahmenübergreifende Planungsmittel 05.02 - Baumaßnahmen	-150.000,00 150.000,00	-150.000,00 150.000,00		-150.000,00 150.000,00	-150.000,00 150.000,00	-150.000,00 150.000,00

Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	217	Gymnasien, Kollegs	
Produkt	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-217-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-217-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-217-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	217-002	Gebäudewirtschaft Gymnasien	
	217-002-1301	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Gebäudereinigung	
	217-002-1302	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	217-002-1303	Alfeld, Antonianger 22c, Gym, Techn. Gebäudemanagement	
	217-002-1311	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung	
	217-002-1312	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	217-002-1313	Alfeld, Antonianger 22c, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement	
	217-002-3101	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung	

Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

217-002-3102	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3103	Hildesheim, Schützenwiese 21, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3111	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung
217-002-3112	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäude
217-002-3113	Hildesheim, Schützenwiese 21, Container, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudemanager
217-002-3201	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3202	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3203	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3211	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3212	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Ge
217-002-3213	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, alte Sporthalle, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäude
217-002-3221	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3222	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Ge
217-002-3223	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäude
217-002-3231	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Gebäudereinigung
217-002-3232	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3233	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, Mensa, Gym Himmelsthür, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3243	Hildesheim, An d.Fohlenkoppel 3, neue Sporthalle (II), Gym Himmelsthür, Techn. G
217-002-3901	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Gebäudereinigung
217-002-3902	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3903	Sarstedt, Wellweg 43, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-3911	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung
217-002-3912	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-3913	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement
217-002-5101	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Gebäudereinigung
217-002-5102	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
217-002-5103	Hildesheim, Brauhausstr. 6, Gym, Michelsenschule, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	295.969,11	292.200,00	296.000,00	307.500,00	316.700,00	323.100,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		16.500,00	16.500,00	16.500,00	16.500,00	16.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	30.010,91	14.500,00	14.500,00	14.500,00	14.500,00	14.500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	946,06					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	326.926,08	323.200,00	327.000,00	338.500,00	347.700,00	354.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	429.836,60	459.900,00	442.800,00	456.400,00	467.700,00	480.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.451.155,18	3.386.300,00	3.708.900,00	3.661.400,00	5.529.100,00	3.760.500,00
02.04	- Abschreibungen	1.456.055,65	1.478.100,00	1.492.200,00	1.575.900,00	1.654.800,00	1.737.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.088,41	10.500,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00	10.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.347.135,84	5.334.800,00	5.654.400,00	5.704.200,00	7.662.100,00	5.988.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-4.020.209,76	-5.011.600,00	-5.327.400,00	-5.365.700,00	-7.314.400,00	-5.634.800,00
05.	= Jahresergebnis	-4.020.209,76	-5.011.600,00	-5.327.400,00	-5.365.700,00	-7.314.400,00	-5.634.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.698,90	28.300,00	30.200,00	30.200,00	30.200,00	30.200,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-21.698,90	-28.300,00	-30.200,00	-30.200,00	-30.200,00	-30.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-4.041.908,66	-5.039.900,00	-5.357.600,00	-5.395.900,00	-7.344.600,00	-5.665.000,00

Investitionen Produkt 217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- - Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I14304-004 Gym.Hth. -Maßnahmen vorbeugender Brandschutz- 05.02 - Baumaßnahmen	-800.000,00 800.000,00			-1.258.000,00 1.258.000,00	-400.000,00 400.000,00	
I18304-005 Sarstedt, Gymnasium 05.02 - Baumaßnahmen	-1.200.000,00 1.200.000,00	-100.000,00 100.000,00		-43.914.000,00 43.914.000,00		
I19304-006 HI, Michelsenschule, Erweiterung 05.02 - Baumaßnahmen			-16.000.000,00 16.000.000,00		-16.000.000,00 16.000.000,00	
I23304-005 Hi, Gym. Hth. - Ersatzbau Sporthalle (II) 05.02 - Baumaßnahmen	-500.000,00 500.000,00					

Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	218	Gesamtschulen	
Produkt	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-218-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-218-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-218-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	218-002	Gebäudewirtschaft Gesamtschulen	
	218-002-1601	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Gebäudereinigung	
	218-002-1602	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Grdst.- u- Gebäudeverwaltung	
	218-002-1603	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, IGS, Techn. Gebäudemanagement	
	218-002-1611	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Gebäudereinigung	
	218-002-1612	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Grdst.- u. Gebäudeverw.	
	218-002-1613	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, alte Sporthalle, IGS, Techn. Gebäudemanagement	

Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

218-002-1621	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Gebäudereinigung
218-002-1622	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Grdst.- u. Gebäudeverw.
218-002-1623	Bad Salzdetfurth, Birkenweg 38, neue Sporthalle, IGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2301	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Gebäudereinigung
218-002-2302	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2303	Gronau, Am Bahnhof 2 a, KGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2311	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
218-002-2312	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2313	Gronau, Lindenallee 1, Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2321	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Gebäudereinigung
218-002-2322	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2323	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Mensa, KGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2331	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
218-002-2332	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2333	Gronau, Lindenallee, neue Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2342	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Verkehrsanlage, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2343	Gronau, Am Bahnhof 2 a, Verkehrsanlage, KGS, Techn. Gebäudemanagement
218-002-2411	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Gebäudereinigung
218-002-2412	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
218-002-2413	Gronau, Leintor 17, Anteil Sporthalle, KGS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	245.015,62	169.200,00	303.400,00	315.300,00	324.800,00	331.300,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	36.466,25	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	15.386,75	17.200,00	17.200,00	17.300,00	17.600,00	17.900,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	296.868,62	194.600,00	328.800,00	340.800,00	350.600,00	357.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	252.235,50	270.900,00	285.700,00	294.900,00	302.100,00	310.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.078.937,98	1.674.200,00	1.960.700,00	1.937.500,00	1.918.900,00	1.994.200,00
02.04	- Abschreibungen	795.294,43	852.800,00	952.100,00	1.003.900,00	1.054.200,00	1.106.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.077,91	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.130.545,82	2.801.400,00	3.202.000,00	3.239.800,00	3.278.700,00	3.414.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.833.677,20	-2.606.800,00	-2.873.200,00	-2.899.000,00	-2.928.100,00	-3.057.200,00
05.	= Jahresergebnis	-2.833.677,20	-2.606.800,00	-2.873.200,00	-2.899.000,00	-2.928.100,00	-3.057.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.930,30	11.600,00	12.400,00	12.400,00	12.400,00	12.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-12.930,30	-11.600,00	-12.400,00	-12.400,00	-12.400,00	-12.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.846.607,50	-2.618.400,00	-2.885.600,00	-2.911.400,00	-2.940.500,00	-3.069.600,00

Investitionen Produkt 218-002 Gebäudewirtschaft Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10304-016 Bad Salzdetfurth IGS - Baukosten	60.000,00	700.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.260.000,00	1.500.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	1.200.000,00	800.000,00				
I15304-001 Bad Salzdetfurth IGS - Außenanlagen	-905.000,00	-900.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	905.000,00	900.000,00				

Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	221	Förderschulen	
Produkt	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-221-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-221-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-221-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	221-002	Gebäudewirtschaft Förderschulen	
	221-002-1401	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Gebäudereinigung	
	221-002-1402	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	221-002-1403	Alfeld, Bismarck. 11, FöS, Techn. Gebäudemanagement	
	221-002-1701	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Gebäudereinigung	
	221-002-1702	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	221-002-1703	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, FöS, Techn. Gebäudemanagement	
	221-002-1711	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Gebäudereinigung	

Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

221-002-1712	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltu
221-002-1713	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Sporthalle, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-1792	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Hausmeisterhaus, FöS, Grdst.- u. Gebäudeve
221-002-1793	Bad Salzdetfurth, Am Mühlenbusch 28, Hausmeisterhaus, FöS, Techn. Gebäudemanage
221-002-2201	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Gebäudereinigung
221-002-2202	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
221-002-2203	Elze, Heilswannenweg 22, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-4001	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Gebäudereinigung
221-002-4002	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
221-002-4003	Sarstedt, Wellweg 39, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-4011	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Gebäudereinigung
221-002-4012	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
221-002-4013	Sarstedt, Wellweg 39, Sporthalle, FöS, Techn. Gebäudemanagement
221-002-5603	Hildesheim, OT Sorsum, Luise-Scheppler-Schule, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	7.088,52	7.100,00	7.100,00	7.300,00	7.500,00	7.700,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	4.182,08	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	375,16					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	11.645,76	12.100,00	12.100,00	12.300,00	12.500,00	12.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	163.365,39	175.700,00	177.800,00	184.100,00	188.600,00	193.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	714.188,68	793.200,00	859.400,00	861.000,00	864.100,00	886.500,00
02.04	- Abschreibungen	162.992,54	135.100,00	485.700,00	519.100,00	545.000,00	572.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.620,69	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.043.167,30	1.105.500,00	1.524.400,00	1.565.700,00	1.599.200,00	1.654.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.031.521,54	-1.093.400,00	-1.512.300,00	-1.553.400,00	-1.586.700,00	-1.641.300,00
05.	= Jahresergebnis	-1.031.521,54	-1.093.400,00	-1.512.300,00	-1.553.400,00	-1.586.700,00	-1.641.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.445,40	4.600,00	4.900,00	4.900,00	4.900,00	4.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-8.445,40	-4.600,00	-4.900,00	-4.900,00	-4.900,00	-4.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.039.966,94	-1.098.000,00	-1.517.200,00	-1.558.300,00	-1.591.600,00	-1.646.200,00

Investitionen Produkt 221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I22304-002 Sarstedt FÖS Modernisierung Schulgebäude 05.02 - Baumaßnahmen	-250.000,00 250.000,00					

Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen	
Produkt	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-231-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-231-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-231-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	231-002	Gebäudewirtschaft berufliche Schulen	
	231-002-1501	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Gebäudereinigung	
	231-002-1502	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	231-002-1503	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, BSZ, Techn. Gebäudemanagement	
	231-002-1511	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Gebäudereinigung	
	231-002-1512	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung	
	231-002-1513	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Techn. Gebäudemanagement	
	231-002-2601	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Gebäudereinigung	

Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

231-002-2602	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2603	Hildesheim, Rathausstr. 9, BBS Metall, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2701	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Gebäudereinigung
231-002-2702	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2703	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, BBS Metall, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2711	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Gebäudereinigung
231-002-2712	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudev
231-002-2713	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Werkstätten KFZ, BBS Metall, Techn. Gebäudemanag
231-002-2792	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Hausmeisterhaus, BBS Metall, Grdst.- u. Gebäudev
231-002-2793	Hildesheim, Von-Thünen-Str. 24, Hausmeisterhaus, BBS Metall, Techn. Gebäudemanag
231-002-2801	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2802	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2803	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2811	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2812	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwal
231-002-2813	Hildesheim, Steuerwalder Str. 158-164, Sporthalle, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2901	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2902	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2903	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-2911	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Gebäudereinigung
231-002-2912	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-2913	Hildesheim, Wollenweberstr. 66-68, Sporthalle, BBS, Techn. Gebäudemanagement
231-002-3001	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Gebäudereinigung
231-002-3002	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Grdst.- u. Gebäudeverwal
231-002-3003	Hildesheim, Dammtor 1, FS Holztechnik und Gestaltung, Techn. Gebäudemanagement
231-002-5002	Hildesheim, Bischofskamp 25 D, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-5201	Hildesheim, Münchwiese 14, BBS, Gebäudereinigung
231-002-5202	Hildesheim, Münchwiese 14, BBS, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
231-002-5203	Hildesheim, Münchwiese 14, BBS, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	170.676,28	184.400,00	170.700,00	177.200,00	182.400,00	186.200,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		16.200,00	16.200,00	16.200,00	16.200,00	16.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	42.454,66	19.300,00	19.300,00	19.300,00	19.300,00	19.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.508,79					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	214.639,73	219.900,00	206.200,00	212.700,00	217.900,00	221.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	698.735,07	746.900,00	704.300,00	725.000,00	743.300,00	763.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.626.664,79	5.404.200,00	5.439.700,00	5.371.700,00	5.316.800,00	5.520.400,00
02.04	- Abschreibungen	1.151.956,34	1.174.700,00	1.150.400,00	1.208.900,00	1.269.000,00	1.332.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	13.339,73	15.100,00	15.100,00	15.100,00	15.100,00	15.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	5.490.695,93	7.340.900,00	7.309.500,00	7.320.700,00	7.344.200,00	7.631.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-5.276.056,20	-7.121.000,00	-7.103.300,00	-7.108.000,00	-7.126.300,00	-7.410.000,00
05.	= Jahresergebnis	-5.276.056,20	-7.121.000,00	-7.103.300,00	-7.108.000,00	-7.126.300,00	-7.410.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.932,60	40.900,00	43.600,00	43.600,00	43.600,00	43.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-34.932,60	-40.900,00	-43.600,00	-43.600,00	-43.600,00	-43.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-5.310.988,80	-7.161.900,00	-7.146.900,00	-7.151.600,00	-7.169.900,00	-7.453.600,00

Investitionen Produkt 231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I11304-005 Alfeld BBS - Maßnahmen vorbeugend.Brandschutz- 05.02 - Baumaßnahmen	-1.450.000,00 1.450.000,00			-1.500.000,00 1.500.000,00	-1.300.000,00 1.300.000,00	-900.000,00 900.000,00
I22304-003 Hildesheim Umgestaltung BBS 05.02 - Baumaßnahmen	-75.000,00 75.000,00	-4.000.000,00 4.000.000,00		-5.500.000,00 5.500.000,00	-7.000.000,00 7.000.000,00	-12.000.000,00 12.000.000,00
I23304-002 Hi, vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen 05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-500.000,00 500.000,00	-1.500.000,00 1.500.000,00				
I23304-006 Hi, FS Holztechnik - Energ. Sanierung 05.02 - Baumaßnahmen	-300.000,00 300.000,00	-300.000,00 300.000,00		-2.200.000,00 2.200.000,00	-2.500.000,00 2.500.000,00	-2.000.000,00 2.000.000,00
I23304-007 Hi, BBS Steuerwald, Umsetzung Brandschutz 05.02 - Baumaßnahmen	-3.500.000,00 3.500.000,00					

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn		
Kurzbeschreibung	Aufbereitung von grundsätzlichen Angelegenheiten; Unterstützung und Steuerung der kommunalen Aufgabenanteile in der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim)		
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Zweites Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-101-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Maßnahmen	<p>ZM-312-101-101: Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Jobcenter für den Bereich der kommunalen Aufgaben nach § 6 SGB II</p> <p>ZM-312-101-105: Einflussnahme auf die Ausrichtung des Arbeitsmarktprogramms auf stärkere, nachhaltige Maßnahmen zur Beseitigung der Hilfebedürftigkeit</p> <p>ZM-312-101-108: Regelmäßige Anpassung der Geschäftsanweisung des kommunalen Trägers zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II in ein einfacher lesbares Format, inklusive Überprüfung und ggf. Anpassung der Angemessenheitswerte für Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus werden die vorhandenen Arbeitshilfen und Dokumentvorlagen zur effektiven Aufgabenerledigung im Jobcenter ergänzt und angepasst, sowie weitere erarbeitet</p> <p>ZM-312-101-110: Durchführung von Prüfungen im Jobcenter Hildesheim im Bereich der kommunalen Leistungen und Teilnahme an Teambesprechungen im Jobcenter.</p>		
Kennzahlen			
	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-312-101-001 Bedarfsgemeinschaften - (Anzahl)	0,00	9.248,00	11.270,00
G-312-101-002 Regelleistungsberechtigte - (Anzahl)	0,00	15.767,00	20.079,00
G-312-101-003 Ausgaben je Einwohner - (EJR)	0,00	170,00	193,00
G-312-101-010 Regelleistungsberechtigte Kontext Flucht/Asyl ab Okt. 2015 (Anz.)	0,00	2.560,00	1.189,00
ZK-312-101-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00

Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Leistungen	312-101	Leistungen für Unterkunft und Heizung
	312-101-0001	Lfd. Leistungen für Unterkunft und Heizung
	312-101-0002	Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkaution und Umzugskosten
	312-101-0003	Darlehensweise Übernahme Mietschulden/ Energieschulden für Heizung

Teilergebnishaushalt Produkt 312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	28.569.592,71	41.254.000,00	32.448.200,00	34.395.000,00	36.114.800,00	37.920.500,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	675.243,01	640.000,00	690.000,00	696.000,00	702.000,00	708.100,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	400.207,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	29.645.042,72	41.894.000,00	33.138.200,00	35.091.000,00	36.816.800,00	38.628.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	52.068.398,19	68.525.000,00	54.275.000,00	57.018.800,00	59.845.600,00	62.813.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	52.068.398,19	68.525.000,00	54.275.000,00	57.018.800,00	59.845.600,00	62.813.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-22.423.355,47	-26.631.000,00	-21.136.800,00	-21.927.800,00	-23.028.800,00	-24.184.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	3.432,28					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	3.432,28					
05.	= Jahresergebnis	-22.419.923,19	-26.631.000,00	-21.136.800,00	-21.927.800,00	-23.028.800,00	-24.184.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-22.419.923,19	-26.631.000,00	-21.136.800,00	-21.927.800,00	-23.028.800,00	-24.184.400,00

Produkt 312-201 Engliederungsleistungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-201	Engliederungsleistungen	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn		
Kurzbeschreibung	Aufbereitung von grundsätzlichen Angelegenheiten; Umsetzung und Steuerung der kommunalen Aufgabenanteile in der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim)		
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Zweites Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-201-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-201-101 Mitarbeiterzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	312-201	Engliederungsleistungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 312-201 Engliederungsleistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.475,13	5.000,00	20.000,00	21.000,00	22.000,00	23.100,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	3.475,13	5.000,00	20.000,00	21.000,00	22.000,00	23.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	62.558,98	62.400,00	90.000,00	94.500,00	99.300,00	104.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	62.558,98	62.400,00	90.000,00	94.500,00	99.300,00	104.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-59.083,85	-57.400,00	-70.000,00	-73.500,00	-77.300,00	-81.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	15.556,86					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	15.556,86					
05.	= Jahresergebnis	-43.526,99	-57.400,00	-70.000,00	-73.500,00	-77.300,00	-81.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-43.526,99	-57.400,00	-70.000,00	-73.500,00	-77.300,00	-81.100,00

Produkt 312-301 Einmalige Leistungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-301	Einmalige Leistungen	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn		
Kurzbeschreibung	Aufbereitung von grundsätzlichen Angelegenheiten; Unterstützung und Steuerung der kommunalen Aufgabenanteile in der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim)		
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende Bürgerinnen und Bürger, Land, Bund		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Zweites Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-301-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-301-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	312-301	Einmalige Leistungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 312-301 Einmalige Leistungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	10.650,18	10.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	10.650,18	10.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.211.065,22	2.500.000,00	2.000.000,00	1.542.500,00	1.558.000,00	1.573.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.211.065,22	2.500.000,00	2.000.000,00	1.542.500,00	1.558.000,00	1.573.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.200.415,04	-2.490.000,00	-1.995.000,00	-1.537.500,00	-1.553.000,00	-1.568.600,00
05.	= Jahresergebnis	-2.200.415,04	-2.490.000,00	-1.995.000,00	-1.537.500,00	-1.553.000,00	-1.568.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.200.415,04	-2.490.000,00	-1.995.000,00	-1.537.500,00	-1.553.000,00	-1.568.600,00

Produkt 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)	
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste		
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn		
Kurzbeschreibung	Verwaltungsaufgaben nach dem SGB II; Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Hildesheim, der gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim) und Dritten		
Zielgruppe	intern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim), Verwaltung, Politik extern: leistungsberechtigte Personen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bürgerinnen und Bürger, Land , Bund		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Zweites Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-901-001: Mitarbeiterzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-901-101 Mitarbeiterzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OEs	0,00	2,00	2,00
Leistungen	312-901	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (908)	

Teilergebnishaushalt Produkt 312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	34.863,73	39.800,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	34.863,73	39.800,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	462.038,68	499.500,00	485.100,00	503.500,00	516.900,00	531.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	31.483,15	11.000,00	11.800,00	11.700,00	11.500,00	11.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.869.038,46	3.288.300,00	3.402.800,00	3.265.300,00	3.591.600,00	3.950.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.362.560,29	3.798.800,00	3.899.700,00	3.780.500,00	4.120.000,00	4.493.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.327.696,56	-3.759.000,00	-3.864.700,00	-3.745.500,00	-4.085.000,00	-4.458.600,00
05.	= Jahresergebnis	-3.327.696,56	-3.759.000,00	-3.864.700,00	-3.745.500,00	-4.085.000,00	-4.458.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.288,00	14.400,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00	14.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-14.288,00	-14.400,00	-14.900,00	-14.900,00	-14.900,00	-14.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.341.984,56	-3.773.400,00	-3.879.600,00	-3.760.400,00	-4.099.900,00	-4.473.500,00

Produkt 315-501 Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau	
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu-, Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 	
Zielgruppe	Gebäudenutzerinnen und Gebäudenutzer	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse	
Leistungen	315-501	Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber
	315-501-1511	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Gebäudereinigung
	315-501-1512	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	315-501-1513	Alfeld, Hildesheimer Str. 55, Sporthalle, BSZ, Techn. Gebäudemanagement
	315-501-3402	Lamspringe, Kallenberg 20, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	315-501-3403	Lamspringe, Kallenberg 20, Techn. Gebäudemanagement
	315-501-3911	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Gebäudereinigung
	315-501-3912	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Grdst.- u. Gebäudeverwaltung
	315-501-3913	Sarstedt, Wellweg 43, Sporthalle, Gym, Techn. Gebäudemanagement
	315-501-5903	Gronau, Burgstr. 27, NUK, Techn. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt Produkt 315-501 Gebäudewirtschaft Unterkünfte für Asylbewerber

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.275,34					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	6.275,34					
03.	= Ordentliches Ergebnis	-6.275,34					
05.	= Jahresergebnis	-6.275,34					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-6.275,34					

Produkt 366-002 Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	366	Einrichtungen der Jugendarbeit	
Produkt	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> · Bereitstellung von Grundstücken: Erwerb und Veräußerung von Grundvermögen, Abschluss von Miet- und Pachtverträgen. · Bewirtschaftung von Grundstücken: Abwicklung von Vermietungs- und Verpachtungsvorgängen, Versicherungen, Steuern und Abgaben, Nebenkostenabrechnungen, Energie- und Energiekostencontrolling, Organisation und Bereitstellung der Hausmeisterdienste, Abwicklung von Schadensfällen. · Gebäudereinigung: Organisation und Durchführung der Gebäudereinigung (Egen- und Fremdreinigung) · Neu- / Um- und Erweiterungsbau: Planung, Bauvorbereitung, Bauausführung und -überwachung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landkreises. · Bauunterhaltung: Feststellen der notwendigen bautechnischen Unterhaltungsmaßnahmen, Verhütung und Behebung von Bauschäden, Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Energieeinsparung. 		
Zielgruppe	Gebäudenutzer		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NKomVG, Kreistagsbeschlüsse		
Sachziele			
Qualitätsziele	<p>Z-366-002-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p> <p>Z-366-002-003: Werden körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler an einer Schule angemeldet und wird dies der Gebäudewirtschaft rechtzeitig mitgeteilt, wird das Gebäude bis zum Schulbeginn soweit barrierefrei hergerichtet, dass diese ohne fremde Hilfe am regulären Unterricht und -soweit dies baulich möglich ist- am schulischen Gemeinschaftsleben teilnehmen können.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-366-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
ZK-366-002-201 Ant.d.LK-Gebäude, die 2019 Heizenergie-Vergleichsw.einhalten-(%)	0,00	0,00	0,00
ZK-366-002-202 Ant.d.LK-Gebäude, die 2019 Stromverbr.-Vergleichsw.einhalten-(%)	0,00	0,00	0,00
Leistungen	366-002	Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen	
	366-002-6303	Schönberg, Linauweg 2, Jugendhof, Techn. Gebäudemanagement	

Teilergebnishaushalt Produkt 366-002 Gebäudewirtschaft Jugendeinrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen	6,05					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	0,12					
02.04	- Abschreibungen	861,95	900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	0,04					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	868,16	900,00	900,00	900,00	900,00	900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-868,16	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00
05.	= Jahresergebnis	-868,16	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-868,16	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00	-900,00

Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	
Produktgruppe	542	Kreisstraßen	
Produkt	542-001	Kreisstraßen und Radwege	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 304 - Sandra-Vanessa Enge		
Kurzbeschreibung	Bau und Unterhaltung von Kreisstraßen, dazu gehören Straßen, Radwege, Brücken, Begleitgrün, Entwässerungsanlagen, Verkehrszeichen, Markierungen, Signalanlagen etc.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Nutzerinnen und Nutzer von Kreisstraßen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	§ 9 Niedersächsisches Straßengesetz		
Sachziele	Verkehrssicherstellung sowie Substanzerhaltung und Substanzmehrung Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Kreisstraßen"		
Qualitätsziele	Z-542-001-001: Erhaltung und Verbesserung des Kreisstraßennetzes in einem durchschnittliche Zustandswert von 3,3 Fortschreibung des Straßenbauprogrammes Z-542-001-002: Förderung des ländlichen Radverkehrs Z-542-001-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-542-001-101: Fortschreibung Straßenbauprogramm ZM-542-001-102: Umsetzung Radwegebauprogramm ZM-542-001-103: Fortbildung der Mitarbeiter/innen		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-542-001-101 Durchschnittlicher Zustandswert KStr. - (Mittelwert)	0,00	3,30	3,30
ZK-542-001-102 Mitteleinsatz gem. Straßenbauprogramm - (€)	0,00	5.495.000,00	5.920.000,00
ZK-542-001-103 Mitteleinsatz gem. Radwegebauprogramm - (€)	0,00	1.200.000,00	620.000,00
ZK-542-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

Leistungen		
	542-001	Kreisstraßen und Radwege
	542-001-0001	Unterhaltung der Kreisstraßen
	542-001-0002	Bau von Kreisstraßen GVFG
	542-001-0003	Unterhaltung von Radwegen (Eigenmittel)
	542-001-0004	Bau von Radwegen GVFG
	542-001-0005	Planfeststellungsverfahren bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen
	542-001-0006	Bau von Kreisstraßen Eigenmittelmaßnahmen
	542-001-0007	GVFG Brückenbau
	542-001-0008	Eigenmittel Brückenbau

Teilergebnishaushalt Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	986.524,14	1.121.000,00	1.062.200,00	1.104.500,00	1.137.700,00	1.160.400,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	8.803,09	9.900,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00	9.900,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	124.663,05	51.700,00	51.700,00	52.400,00	53.300,00	54.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	15.117,30	23.900,00	26.300,00	26.500,00	26.900,00	27.200,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.135.107,58	1.206.500,00	1.150.100,00	1.193.300,00	1.227.800,00	1.251.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	2.404.804,23	2.433.200,00	2.696.400,00	2.765.800,00	2.834.100,00	2.910.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.140.708,16	2.761.700,00	1.768.000,00	1.771.500,00	1.775.400,00	1.778.700,00
02.04	- Abschreibungen	3.006.142,01	3.156.600,00	3.229.800,00	3.294.300,00	3.359.400,00	3.425.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	669.812,90	804.100,00	705.300,00	716.700,00	728.900,00	739.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	8.221.467,30	9.155.600,00	8.399.500,00	8.548.300,00	8.697.800,00	8.854.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-7.086.359,72	-7.949.100,00	-7.249.400,00	-7.355.000,00	-7.470.000,00	-7.603.100,00
05.	= Jahresergebnis	-7.086.359,72	-7.949.100,00	-7.249.400,00	-7.355.000,00	-7.470.000,00	-7.603.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.772,40	29.700,00	31.800,00	31.800,00	31.800,00	31.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-42.772,40	-29.700,00	-31.800,00	-31.800,00	-31.800,00	-31.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-7.129.132,12	-7.978.800,00	-7.281.200,00	-7.386.800,00	-7.501.800,00	-7.634.900,00

Investitionen Produkt 542-001 Kreisstraßen und Radwege

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10304-229 K 522 Kanalbrücke Lühnde - Wätzum (Stichkanal)		-1.296.000,00		-1.296.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit		550.000,00		550.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen		1.846.000,00		1.846.000,00		
I10304-453 GVFG für Radwegebauprogramm	-495.000,00	-279.000,00		-639.000,00	-878.000,00	-1.485.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	605.000,00	341.000,00		781.000,00	1.072.000,00	1.815.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.100.000,00	620.000,00		1.420.000,00	1.950.000,00	3.300.000,00
I10304-695 Um- und Ausbau der Kreisstraßen	-1.820.000,00	-1.820.000,00		-1.820.000,00	-1.820.000,00	-1.820.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.820.000,00	1.820.000,00		1.820.000,00	1.820.000,00	1.820.000,00
I10304-698 Planungskosten für Kreisstraßen	-680.000,00	-680.000,00		-680.000,00	-680.000,00	-680.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	680.000,00	680.000,00		680.000,00	680.000,00	680.000,00
I11304-202 K 215 Dingelbe - Nettlingen	-450.000,00	-270.000,00		-45.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	550.000,00	330.000,00		55.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	1.000.000,00	600.000,00		100.000,00		
I12304-601 Deckenprogramm	-1.500.000,00	-1.500.000,00		-1.500.000,00	-1.500.000,00	-1.500.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	1.500.000,00	1.500.000,00		1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
I13304-604 Grunderwerb -Eigenmittel-	-20.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I14304-205 K 321 L 485 - OD Westfeld OD Westfeld - L 482	-22.500,00	110.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00	110.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00					
I15304-204 K 515 - BÜ Sarstedt	-300.000,00	-300.000,00		-400.000,00		
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	300.000,00	300.000,00		400.000,00		
I16304-202 weitere Straßenbaumaßnahmen -nur Finanzplanung-				-1.377.000,00	-2.021.000,00	-2.244.000,00
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit				1.683.000,00	2.469.000,00	3.476.000,00
05.02 - Baumaßnahmen				3.060.000,00	4.490.000,00	5.720.000,00
I16304-207 K 402 fS Alfeld-Föhrste	-450.000,00	-360.000,00		-90.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	550.000,00	440.000,00		110.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	1.000.000,00	800.000,00		200.000,00		
I17304-302 Planungskosten Radwege (Eigenmittel)	-300.000,00	-300.000,00		-300.000,00	-300.000,00	-300.000,00
05.02 - Baumaßnahmen	300.000,00	300.000,00		300.000,00	300.000,00	300.000,00
I17304-617 K 516 Sarstedt - LSA -		-45.000,00				
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit		55.000,00				
05.02 - Baumaßnahmen		100.000,00				
I18304-201 K 215 Mölme - Feldbergen	-22.500,00					
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	27.500,00					
05.02 - Baumaßnahmen	50.000,00					
I19304-203 K 323 OD Eyershausen	-360.500,00	-337.500,00		450.000,00		
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	440.500,00	412.500,00		550.000,00		
05.02 - Baumaßnahmen	801.000,00	750.000,00		100.000,00		

Produkt 611-002 Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	611-002	Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II
Teilhaushalt	Dezernat 1 - Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste	
Verantwortlich	Amt 908 - Erika Korn	
Kurzbeschreibung	Vereinnahmung des Landeszuschusses für die Kosten der Kommunalen Träger für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Nds. Gesetz zur Ausführung des SGB II (Nds. AG SGB II)	
Sachziele		
Leistungen	611-002	Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II

Teilergebnishaushalt Produkt 611-002 Mehrbelastungsausgleich §5 Nds. AG SGB II

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	4.191.129,30	5.979.200,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.191.129,30	5.979.200,00				
03.	= Ordentliches Ergebnis	4.191.129,30	5.979.200,00				
05.	= Jahresergebnis	4.191.129,30	5.979.200,00				
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	4.191.129,30	5.979.200,00				

Teilhaushalt Dezernat 3

Bildung, Kultur und Bau

Erläuterungen zum Teilhaushalt des Dezernates 3 – Bildung, Kultur und Bau – für das Haushaltsjahr 2024

Dezernat 3

Für das Jahr 2024 werden im Dezernat 3 an Erträgen 4.602.400 Euro (Vorjahr 7.964.600 Euro und Aufwendungen 48.177.300 Euro (Vorjahr 83.395.500 Euro) erwartet. Insgesamt beträgt der Zuschussbedarf für den Teilhaushalt des Dezernates 3 im Jahr 2024 voraussichtlich 43.574.900 Euro (Vorjahr 75.430.900 Euro)

Zum 07.07.2023 wurde das Amt für Hoch und Tiefbau und Gebäudemanagement dem Dezernat 1 zugeordnet.

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Teilhaushalt des Dezernates erläutert.

Amt für Schule und Kultur 301

Die Verschiebungen im Jahresergebnis zwischen den einzelnen Schulformen/Produkten beruhen im Wesentlichen auf den Veränderungen bei den Personalkosten sowie den Schülerzahlen, an die die Sachkostenzuweisungen gekoppelt sind.

Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Der Ansatz für die Schülerbeförderung steigt aufgrund der gestiegenen Treibstoffkosten aufgrund von Neuberechnungen gegenüber dem Vorjahr um 835.300 Euro auf 18.217.500 Euro (Ergebnisgliederungscode 02.07). Die Leistungen sind turnusgemäß neu ausgeschrieben worden. Die Ausschreibungsergebnisse sind Grundlage der Veranschlagung.

Für das Rabattierte Ticket für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende stehen Mittel in Höhe von 1.000.000 Euro zur Verfügung. (90.000 Euro mehr als in 2023).

Im Wesentlichen aufgrund dieser beiden Positionen kommt es zu einer Erhöhung des Zuschussbedarfs um 5% im Vergleich zum Haushalt 2023. Zu betonen ist, dass die zu erwartende Kostenreduzierung aus der Fortführung des Deutschlandtickets in 2024 bis jetzt noch nicht berücksichtigt wurde, da die Fortführung noch nicht gesichert genug erscheint.

Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 1.479.400 Euro auf nun 11.591.100 Euro. Dafür ist hauptsächlich ein höherer Mittelansatz der Stadt Hildesheim ursächlich, der im Rahmen des Finanzvertrages vom Landkreis komplementär finanziert werden muss.

Unter dem Ansatz für Transferaufwendungen wurden Mittel für das Projekt Fachkräftemanagement in Höhe von 50.000 Euro eingestellt.

Im Investitionshaushalt wurde ein Ansatz von zwei Millionen Euro für die Fortführung der Schuldigitalisierung aufgenommen.

Bauordnungsamt 302

Produkt 522-001 Wohnraumförderung

Aufgrund des neuen Projektes Wohnungsbauprogramm erhöht sich der Ansatz für die Transferaufwendungen um 750.000 Euro.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 3

Dezernat 3 - Bildung und Bau					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
3-01	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	21.900	249.200	-227.300
3-01	215-001	Schulverwaltung Realschulen	20.300	262.700	-242.400
3-01	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	163.100	2.100.300	-1.937.200
3-01	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	179.100	1.660.100	-1.481.000
3-01	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	77.900	1.083.000	-1.005.100
3-01	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	24.000	843.000	-819.000
3-01	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	884.600	3.419.900	-2.535.300
3-01	241-001	Schülerbeförderung	111.700	19.410.600	-19.298.900
3-01	242-001	Ausbildungsförderung	0	48.600	-48.600
3-01	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	1.097.000	13.922.000	-12.825.000
3-01	251-001	Kreisarchiv	500	153.200	-152.700
3-01	281-001	Kulturbüro	0	591.500	-591.500
3-01	575-001	Kulturtourismus	0	35.000	-35.000
3-02	126-005	Brandschutz (Amt 302)	230.000	0	230.000
3-02	511-001	Bauleitplanung	70.500	469.400	-398.900
3-02	521-001	Bauliche Anlagen	1.582.000	2.802.500	-1.220.500
3-02	522-101	Wohnraumförderung	128.600	893.700	-765.100
3-02	523-001	Denkmalschutz und -pflege	11.200	232.600	-221.400
Ergebnis Teilhaushalt 3			4.602.400	48.177.300	-43.574.900

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 3

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.123.470,21	814.100,00	876.300,00	884.900,00	896.900,00	905.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	847.450,10	1.306.400,00	1.249.200,00	1.297.800,00	1.336.700,00	1.363.800,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.829.956,77	1.861.500,00	1.856.500,00	1.857.000,00	1.857.700,00	1.858.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	191.641,98	45.300,00	45.300,00	45.300,00	45.300,00	45.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	462.633,87	564.500,00	563.500,00	566.300,00	570.200,00	572.900,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.858,46	1.700,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	138.175,46	3.000,00	10.000,00	10.100,00	10.300,00	10.400,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.595.186,85	4.596.500,00	4.602.400,00	4.663.000,00	4.718.700,00	4.757.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	7.897.295,75	8.435.100,00	8.676.400,00	8.946.000,00	9.167.500,00	9.417.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	4.017.387,58	4.632.600,00	4.588.300,00	4.576.300,00	4.582.600,00	4.590.300,00
02.04	- Abschreibungen	1.478.709,05	2.671.300,00	2.214.300,00	2.326.500,00	2.442.200,00	2.563.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	563.863,06	677.000,00	1.532.600,00	692.600,00	692.600,00	652.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	24.693.245,05	28.141.800,00	30.474.200,00	31.127.800,00	32.265.000,00	33.426.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	38.650.500,49	44.557.800,00	47.485.800,00	47.669.200,00	49.149.900,00	50.649.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-34.055.313,64	-39.961.300,00	-42.883.400,00	-43.006.200,00	-44.431.200,00	-45.891.600,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	782.208,73					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	782.208,73					
05.	= Jahresergebnis	-33.273.104,91	-39.961.300,00	-42.883.400,00	-43.006.200,00	-44.431.200,00	-45.891.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	623.785,00	676.700,00	691.500,00	691.500,00	691.500,00	691.500,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-623.785,00	-676.700,00	-691.500,00	-691.500,00	-691.500,00	-691.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-33.896.889,91	-40.638.000,00	-43.574.900,00	-43.697.700,00	-45.122.700,00	-46.583.100,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt 3

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	653.978,47	814.100,00	876.300,00	884.900,00	896.900,00	905.700,00
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.938.255,49	1.861.500,00	1.856.500,00	1.857.000,00	1.857.700,00	1.858.200,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	195.809,24	45.300,00	45.300,00	45.300,00	45.300,00	45.300,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	442.778,87	564.500,00	563.500,00	566.300,00	570.200,00	572.900,00
01.07	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	1.885,24	1.700,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
01.09	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	4.895,00	3.000,00	10.000,00	10.100,00	10.300,00	10.400,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.237.602,31	3.290.100,00	3.353.200,00	3.365.200,00	3.382.000,00	3.394.100,00
02.01	- Personalauszahlungen	7.526.782,00	8.106.000,00	8.354.000,00	8.606.400,00	8.817.600,00	9.056.100,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u. ger. Verm.	3.637.412,77	4.632.600,00	4.588.300,00	4.576.300,00	4.582.600,00	4.590.300,00
02.05	- Transferauszahlungen	581.545,56	677.000,00	1.532.600,00	692.600,00	692.600,00	652.600,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	22.040.446,00	28.141.800,00	30.474.200,00	31.127.800,00	32.265.000,00	33.426.200,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	33.786.186,33	41.557.400,00	44.949.100,00	45.003.100,00	46.357.800,00	47.725.200,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-30.548.584,02	-38.267.300,00	-41.595.900,00	-41.637.900,00	-42.975.800,00	-44.331.100,00
04.01	+ Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.468.150,37					
04.05	+ sonstige Investitionstätigkeit	46.342,31	12.000,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.514.492,68	12.000,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00	11.000,00
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.469.964,42	3.606.300,00	3.214.200,00	2.808.000,00	2.808.000,00	2.648.000,00
05.05	- aktivierbare Zuwendungen		200.000,00	200.000,00			
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	2.469.964,42	3.806.300,00	3.414.200,00	2.808.000,00	2.808.000,00	2.648.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-955.471,74	-3.794.300,00	-3.403.200,00	-2.797.000,00	-2.797.000,00	-2.637.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-31.504.055,76	-42.061.600,00	-44.999.100,00	-44.434.900,00	-45.772.800,00	-46.968.100,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit						
09.	= Finanzmittelbestand	-31.504.055,76	-42.061.600,00	-44.999.100,00	-44.434.900,00	-45.772.800,00	-46.968.100,00

Investitionen Teilhaushalt 3

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-002 Ausstattung Berufsbildende Schulen Alfeld	-103.752,06	-74.300,00		-76.000,00	-76.000,00	-76.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	103.752,06	74.300,00		76.000,00	76.000,00	76.000,00
I10301-003 Ausstattung Werner-von-Siemens-Schule Hildesheim	-90.782,84	-82.100,00		-83.000,00	-83.000,00	-83.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.782,84	82.100,00		83.000,00	83.000,00	83.000,00
I10301-004 Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim	-71.883,51	-75.000,00		-72.000,00	-72.000,00	-72.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	71.883,51	75.000,00		72.000,00	72.000,00	72.000,00
I10301-005 Ausstattung Friedrich-List-Schule Hildesheim	-64.100,00	-64.300,00		-64.000,00	-64.000,00	-64.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	64.100,00	64.300,00		64.000,00	64.000,00	64.000,00
I10301-006 Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim	-65.000,00	-66.000,00		-65.000,00	-65.000,00	-65.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	65.000,00	66.000,00		65.000,00	65.000,00	65.000,00
I10301-956 Ausstattung KMZ	-18.800,00	-18.800,00		-19.000,00	-19.000,00	-19.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	18.800,00	18.800,00		19.000,00	19.000,00	19.000,00
I10301-957 Ausstattung Herman-Nohl-Schule	-90.806,03	-48.800,00		-50.000,00	-50.000,00	-50.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	90.806,03	48.800,00		50.000,00	50.000,00	50.000,00
I10301-958 Ausstattung KGS Gronau	-27.979,41	-19.100,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.979,41	19.100,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I10301-959 Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth	-28.922,27	-13.100,00		-13.000,00	-13.000,00	-13.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	28.922,27	13.100,00		13.000,00	13.000,00	13.000,00
I10301-960 Ausstattung FöS Sarstedt	-3.200,00	-3.600,00		-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.200,00	3.600,00		3.000,00	3.000,00	3.000,00
I10301-962 Ausstattung FöS Bad Salzdetfurth	-9.576,14	-4.200,00		-3.000,00	-3.000,00	-3.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	9.576,14	4.200,00		3.000,00	3.000,00	3.000,00
I10301-963 Ausstattung FöS Alfeld	-29.965,62	-3.800,00		-4.000,00	-4.000,00	-4.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	29.965,62	3.800,00		4.000,00	4.000,00	4.000,00
I10301-964 Ausstattung Gymn. Sarstedt	-65.138,48	-14.900,00		-14.000,00	-14.000,00	-14.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	65.138,48	14.900,00		14.000,00	14.000,00	14.000,00
I10301-965 Ausstattung Gymn. Michelsenschule	-27.510,50	-19.100,00		-21.000,00	-21.000,00	-21.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	27.510,50	19.100,00		21.000,00	21.000,00	21.000,00
I10301-966 Ausstattung Gymn. Himmelsthür	-25.404,68	-16.500,00		-17.000,00	-17.000,00	-17.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.404,68	16.500,00		17.000,00	17.000,00	17.000,00
I10301-967 Ausstattung Gymn. Alfeld	-16.800,00	-16.600,00		-17.000,00	-17.000,00	-17.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.800,00	16.600,00		17.000,00	17.000,00	17.000,00
I10301-968 Ausstattung OBS Söhlde	-10.550,21	-7.000,00		-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.550,21	7.000,00		6.000,00	6.000,00	6.000,00
I10301-969 Ausstattung OBS Ottbergen	-9.840,24	-5.200,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	9.840,24	5.200,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I10301-970 Ausstattung OBS Nordstemmen	-22.345,85	-5.700,00		-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	22.345,85	5.700,00		6.000,00	6.000,00	6.000,00
I10301-971 Ausstattung OBS Harsum	-24.168,51	-11.900,00		-11.000,00	-11.000,00	-11.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24.168,51	11.900,00		11.000,00	11.000,00	11.000,00
I10301-978 Ausstattung FS Alfeld	-13.189,70	-8.500,00		-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.189,70	8.500,00		9.000,00	9.000,00	9.000,00
I10301-984 Ausstattung HS Alfeld	-11.486,27	-5.100,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.486,27	5.100,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I12301-950 Ausstattung OBS Bockenem	-16.400,41	-8.500,00		-8.000,00	-8.000,00	-8.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	16.400,41	8.500,00		8.000,00	8.000,00	8.000,00
I12301-951 Ausstattung OBS Lamspringe	-4.500,00	-5.100,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	4.500,00	5.100,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00
I12301-952 Ausstattung OBS Sarstedt	-20.695,91	-6.000,00		-7.000,00	-7.000,00	-7.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.695,91	6.000,00		7.000,00	7.000,00	7.000,00
I12302-001 Wohnungsbaudarlehen an Privatpersonen	12.000,00	11.000,00		11.000,00	11.000,00	11.000,00
04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	12.000,00	11.000,00		11.000,00	11.000,00	11.000,00
I13301-001 Bad Salzdetfurth IGS - Inventar		-90.000,00				

Investitionen Teilhaushalt 3

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		90.000,00				
I16301-001 Ausstattung - Inklusive Schulen -	-10.000,00	-10.000,00		-10.000,00	-10.000,00	-10.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	10.000,00	10.000,00		10.000,00	10.000,00	10.000,00
I16301-002 Ausstattung Naturwissenschaftliche Räume (NTW)	-160.000,00	-160.000,00		-160.000,00	-160.000,00	
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	160.000,00	160.000,00		160.000,00	160.000,00	
I17301-002 Inventar KGS Gronau Sporthalle II	-80.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	80.000,00					
I19301-001 Ausstattung Schulmensen	-7.989,50	-15.000,00		-15.000,00	-15.000,00	-15.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.989,50	15.000,00		15.000,00	15.000,00	15.000,00
I20301-001 Walter-Gropius -Erneuerung Maschinen+ Einrichtung-	-150.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	150.000,00					
I20301-006 Digitalisierung Schulen - Ausstattung -	-1.737.311,86	-2.000.000,00		-2.000.000,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.737.311,86	2.000.000,00		2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
I22301-001 Schulbiologisches Zentum	-200.000,00	-200.000,00				
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	200.000,00	200.000,00				
I23301-001 OBS Sarstedt - Erneuerung PC-Räume	-80.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	80.000,00					
I23301-002 Gym. Alfeld - Einrichtung Informatikraum	-40.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	40.000,00					
I23301-003 BBS W-v-S-Schule - Plasmaschneidemaschine	-35.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	35.000,00					
I23301-004 BBS Alfeld - Erneuerung Werkstätten Elektrotechnik	-400.000,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	400.000,00					
I23301-005 Erstausrüstung Schulcontainer	-20.000,00	-20.000,00		-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	20.000,00	20.000,00		20.000,00	20.000,00	20.000,00
I23301-006 Defibrillatoren - Schulgebäude	-13.200,00					
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.200,00					
I24301-001 BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum		-36.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		36.000,00				
I24301-002 BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine		-280.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		280.000,00				

Produkt 126-005 Brandschutz (Amt 302)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	126	Brandschutz
Produkt	126-005	Brandschutz (Amt 302)

Teilhaushalt Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

Verantwortlich Amt 302 - Ralf Sander

Kurzbeschreibung Vereinnahmung der Feuerschutzsteuermittel für Brandverhütungsschau

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Leistungen 126-005 Brandschutz (Amt 302)

Teilergebnishaushalt Produkt 126-005 Brandschutz (Amt 302)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	230.789,15	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	230.789,15	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	230.789,15	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00
05.	= Jahresergebnis	230.789,15	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	230.789,15	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00	230.000,00

Produkt 212-001 Schulverwaltung Hauptschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	212	Hauptschulen	
Produkt	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. Gleichstellungsg; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; Lohnfortzahlungsg; UrlaubsG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-212-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Z-212-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-212-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-212-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	2,00	238,00
ZK-212-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-212-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	212-001	Schulverwaltung Hauptschulen	
	212-001-0001	HS Alfeld Schulrat-Habermalz-Schule	

Teilergebnishaushalt Produkt 212-001 Schulverwaltung Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.515,00	3.500,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.200,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	11.141,40	10.400,00	7.800,00	8.100,00	8.300,00	8.500,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte		10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	22.610,98					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	37.267,38	23.900,00	21.900,00	22.200,00	22.400,00	22.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	163.472,48	134.400,00	178.200,00	184.800,00	189.200,00	194.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	59.705,11	58.300,00	53.900,00	54.000,00	54.100,00	54.100,00
02.04	- Abschreibungen	17.212,42	16.700,00	15.100,00	15.900,00	16.700,00	17.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.218,92	4.900,00	2.000,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	245.608,93	214.300,00	249.200,00	256.800,00	262.100,00	267.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-208.341,55	-190.400,00	-227.300,00	-234.600,00	-239.700,00	-245.200,00
05.	= Jahresergebnis	-208.341,55	-190.400,00	-227.300,00	-234.600,00	-239.700,00	-245.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71,71					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-71,71					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-208.413,26	-190.400,00	-227.300,00	-234.600,00	-239.700,00	-245.200,00

Investitionen Produkt 212-001 Schulverwaltung Hauptschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-984 Ausstattung HS Alfeld	-11.486,27	-5.100,00		-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.486,27	5.100,00		5.000,00	5.000,00	5.000,00

Produkt 215-001 Schulverwaltung Realschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	215	Realschulen	
Produkt	215-001	Schulverwaltung Realschulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. GleichstellungsG; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; LohnfortzahlungsG; UrlaubsG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-215-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Z-215-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-215-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-215-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	585,00	558,00
ZK-215-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-215-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	215-001 215-001-0001	Schulverwaltung Realschulen RS Alfeld Carl-Benscheidt-Schule	

Teilergebnishaushalt Produkt 215-001 Schulverwaltung Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.215,00	9.200,00	9.300,00	9.300,00	9.500,00	9.600,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	6.355,07	5.600,00	4.000,00	4.100,00	4.200,00	4.300,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	2.756,04	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	5.107,53					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	23.433,64	21.800,00	20.300,00	20.400,00	20.700,00	20.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	157.131,86	149.800,00	167.800,00	174.000,00	178.400,00	182.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	85.091,89	73.500,00	75.300,00	75.500,00	75.600,00	75.700,00
02.04	- Abschreibungen	16.742,94	14.600,00	16.700,00	17.600,00	18.500,00	19.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.638,13	7.300,00	2.900,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	266.604,82	245.200,00	262.700,00	270.100,00	275.500,00	281.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-243.171,18	-223.400,00	-242.400,00	-249.700,00	-254.800,00	-260.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	10.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	10.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-233.171,18	-223.400,00	-242.400,00	-249.700,00	-254.800,00	-260.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71,71					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-71,71					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-233.242,89	-223.400,00	-242.400,00	-249.700,00	-254.800,00	-260.100,00

Investitionen Produkt 215-001 Schulverwaltung Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-978 Ausstattung RS Alfeld	-13.189,70	-8.500,00		-9.000,00	-9.000,00	-9.000,00
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.189,70	8.500,00		9.000,00	9.000,00	9.000,00

Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	216	Kombinierte Haupt- und Realschulen	
Produkt	216-001	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. Gleichstellungsg; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; Lohnfortzahlungsg; Urlaubsg; BDANN; Nds. Pers.Vertretungsg		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-216-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Z-216-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-216-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-216-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	2.636,00	2.670,00
ZK-216-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-216-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	216-001 216-001-0002	Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen Oberschule Etze Krüger-Adorno-Schule	

Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

216-001-0003	Oberschule Harsum Molitorisschule
216-001-0004	Oberschule Nordstemmen Marienbergsschule
216-001-0005	Oberschule Schellerten/Ottbergen Richard-von-Weizsäcker-Schule
216-001-0006	Oberschule Söhlde
216-001-0007	Oberschule Delligsen Außenstelle Duingen
216-001-0008	Oberschule Lamspringe
216-001-0009	Oberschule Sarstedt Schiller-Oberschule
216-001-0010	Oberschule Bockenem

Teilergebnishaushalt Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	303.699,63	45.400,00	44.200,00	44.800,00	45.600,00	46.200,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	48.012,87	42.200,00	31.500,00	32.300,00	33.400,00	34.200,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	41.743,09	86.400,00	86.400,00	86.400,00	86.400,00	86.400,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	42.578,02					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	24.401,11	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	460.434,72	175.000,00	163.100,00	164.500,00	166.400,00	167.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.160.099,48	1.136.100,00	1.304.900,00	1.340.800,00	1.372.900,00	1.410.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	685.873,50	465.700,00	495.100,00	495.700,00	496.200,00	496.700,00
02.04	- Abschreibungen	191.793,50	211.300,00	219.900,00	231.300,00	242.900,00	254.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	130.729,58	99.300,00	73.400,00	73.500,00	73.500,00	73.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.168.496,06	1.912.400,00	2.093.300,00	2.141.300,00	2.185.500,00	2.235.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.708.061,34	-1.737.400,00	-1.930.200,00	-1.976.800,00	-2.019.100,00	-2.067.500,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	50.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	50.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-1.658.061,34	-1.737.400,00	-1.930.200,00	-1.976.800,00	-2.019.100,00	-2.067.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.494,41	8.300,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-7.494,41	-8.300,00	-7.000,00	-7.000,00	-7.000,00	-7.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.665.555,75	-1.745.700,00	-1.937.200,00	-1.983.800,00	-2.026.100,00	-2.074.500,00

Investitionen Produkt 216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-968 Ausstattung OBS Söhlde 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.550,21 10.550,21	-7.000,00 7.000,00		-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00
I10301-969 Ausstattung OBS Ottbergen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-9.840,24 9.840,24	-5.200,00 5.200,00		-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00
I10301-970 Ausstattung OBS Nordstemmen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-22.345,85 22.345,85	-5.700,00 5.700,00		-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00
I10301-971 Ausstattung OBS Harsum 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-24.168,51 24.168,51	-11.900,00 11.900,00		-11.000,00 11.000,00	-11.000,00 11.000,00	-11.000,00 11.000,00
I12301-950 Ausstattung OBS Bockenem 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-16.400,41 16.400,41	-8.500,00 8.500,00		-8.000,00 8.000,00	-8.000,00 8.000,00	-8.000,00 8.000,00
I12301-951 Ausstattung OBS Lamspringe 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-4.500,00 4.500,00	-5.100,00 5.100,00		-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00	-5.000,00 5.000,00
I12301-952 Ausstattung OBS Sarstedt 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-20.695,91 20.695,91	-6.000,00 6.000,00		-7.000,00 7.000,00	-7.000,00 7.000,00	-7.000,00 7.000,00
I23301-001 OBS Sarstedt - Erneuerung PC-Räume 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-80.000,00 80.000,00					

Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	217	Gymnasien, Kollegs	
Produkt	217-001	Schulverwaltung Gymnasien	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. GleichstellungsG; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; LohnfortzahlungsgG; UrlaubsgG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-217-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Z-217-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-217-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-217-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	3.904,00	3.827,00
ZK-217-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-217-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	217-001 217-001-0001	Schulverwaltung Gymnasien Gymnasium Alfeld	

Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

217-001-0002	Gymnasium Himmelsthür
217-001-0003	Gymnasium Michelsenschule
217-001-0004	Gymnasium Sarstedt

Teilergebnishaushalt Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.515,00	59.500,00	58.100,00	58.900,00	59.900,00	60.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	36.603,36	34.500,00	20.600,00	21.200,00	21.900,00	22.300,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	25.936,07	48.400,00	48.400,00	48.400,00	48.400,00	48.400,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	31.580,59					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	55.062,00	52.000,00	52.000,00	52.000,00	52.000,00	52.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	208.697,02	194.400,00	179.100,00	180.500,00	182.200,00	183.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	852.540,09	828.600,00	972.800,00	999.000,00	1.023.000,00	1.050.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	482.248,50	511.600,00	538.300,00	539.100,00	539.900,00	540.500,00
02.04	- Abschreibungen	120.786,89	143.600,00	135.100,00	142.100,00	149.100,00	156.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	48.934,13	40.600,00	13.900,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.504.509,61	1.524.400,00	1.660.100,00	1.694.200,00	1.726.000,00	1.761.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.295.812,59	-1.330.000,00	-1.481.000,00	-1.513.700,00	-1.543.800,00	-1.578.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	98.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	98.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-1.197.812,59	-1.330.000,00	-1.481.000,00	-1.513.700,00	-1.543.800,00	-1.578.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	344,41					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-344,41					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.198.157,00	-1.330.000,00	-1.481.000,00	-1.513.700,00	-1.543.800,00	-1.578.100,00

Investitionen Produkt 217-001 Schulverwaltung Gymnasien

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-964 Ausstattung Gymn. Sarstedt 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-65.138,48 65.138,48	-14.900,00 14.900,00		-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00
I10301-965 Ausstattung Gymn. Michelsenschule 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-27.510,50 27.510,50	-19.100,00 19.100,00		-21.000,00 21.000,00	-21.000,00 21.000,00	-21.000,00 21.000,00
I10301-966 Ausstattung Gymn. Himmelsthür 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.404,68 25.404,68	-16.500,00 16.500,00		-17.000,00 17.000,00	-17.000,00 17.000,00	-17.000,00 17.000,00
I10301-967 Ausstattung Gymn. Alfeld 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-16.800,00 16.800,00	-16.600,00 16.600,00		-17.000,00 17.000,00	-17.000,00 17.000,00	-17.000,00 17.000,00
I23301-002 Gym. Alfeld - Einrichtung Informatikraum 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-40.000,00 40.000,00					

Produkt 218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	218	Gesamtschulen	
Produkt	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. GleichstellungsG; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; LohnfortzahlungsG; UrlaubsG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-218-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schülerin und Schüler zur Verfügung gestellt werden. Z-218-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-218-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-218-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	1.837,00	1.845,00
ZK-218-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-218-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	218-001	Schulverwaltung Gesamtschulen	
	218-001-0001	IGS Bad Salzdetfurth	
	218-001-0002	KGS Gronau	

Teilergebnishaushalt Produkt 218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.815,00	29.800,00	29.900,00	30.200,00	30.800,00	31.200,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	42.303,14	40.700,00	34.000,00	35.300,00	36.300,00	37.000,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	10.329,69	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00	14.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	11.087,57					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	93.535,40	84.500,00	77.900,00	79.500,00	81.100,00	82.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	571.831,10	572.100,00	557.700,00	573.000,00	586.800,00	602.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	260.209,18	233.000,00	241.300,00	241.700,00	242.100,00	242.400,00
02.04	- Abschreibungen	216.323,42	280.500,00	279.000,00	293.000,00	307.700,00	323.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	35.977,58	19.300,00	5.000,00	5.100,00	5.100,00	5.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.084.341,28	1.104.900,00	1.083.000,00	1.112.800,00	1.141.700,00	1.173.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-990.805,88	-1.020.400,00	-1.005.100,00	-1.033.300,00	-1.060.600,00	-1.090.900,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	48.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	48.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-942.805,88	-1.020.400,00	-1.005.100,00	-1.033.300,00	-1.060.600,00	-1.090.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142,41					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-142,41					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-942.948,29	-1.020.400,00	-1.005.100,00	-1.033.300,00	-1.060.600,00	-1.090.900,00

Investitionen Produkt 218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-958 Ausstattung KGS Gronau 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-27.979,41 27.979,41	-19.100,00 19.100,00		-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00
I10301-959 Ausstattung IGS Bad Salzdetfurth 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-28.922,27 28.922,27	-13.100,00 13.100,00		-13.000,00 13.000,00	-13.000,00 13.000,00	-13.000,00 13.000,00
I13301-001 Bad Salzdetfurth IGS - Inventar 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-90.000,00 90.000,00				
I17301-002 Inventar KGS Gronau Sporthalle II 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-80.000,00 80.000,00					

Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	221	Förderschulen	
Produkt	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 24 allgemein bildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. GleichstellungsG; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; LohnfortzahlungsG; UrlaubsG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-221-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 85,00 € Sachkosten pro Schüler/in zur Verfügung gestellt werden. Z-221-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-221-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-221-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	221,00	270,00
ZK-221-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	85,00	85,00
ZK-221-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	221-001	Schulverwaltung Förderschulen	
	221-001-0001	FöS Alfeld Erich-Kästner-Schule	
	221-001-0002	FöS Bad Salzdetfurth Sothenbergschule	

Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen

Landkreis Hildesheim

221-001-0004	FöS Sarstedt Albert-Schweitzer-Schule
221-001-0005	FöS Alfeld Gudrun-Pausewang-Schule

Teilergebnishaushalt Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.915,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	6.000,00	6.000,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	15.328,79	13.000,00	8.800,00	9.000,00	9.200,00	9.500,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	5.778,42	9.300,00	9.300,00	9.300,00	9.300,00	9.300,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.253,74					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	28.275,95	28.200,00	24.000,00	24.200,00	24.500,00	24.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	234.697,00	224.100,00	285.400,00	295.700,00	302.900,00	310.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	98.453,99	60.000,00	77.300,00	77.400,00	77.500,00	77.500,00
02.04	- Abschreibungen	22.762,22	29.500,00	23.500,00	24.800,00	26.100,00	27.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	319.759,79	311.500,00	456.800,00	456.900,00	456.900,00	456.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	675.673,00	625.100,00	843.000,00	854.800,00	863.400,00	872.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-647.397,05	-596.900,00	-819.000,00	-830.600,00	-838.900,00	-847.900,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	40.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	40.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-607.397,05	-596.900,00	-819.000,00	-830.600,00	-838.900,00	-847.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	142,41					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-142,41					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-607.539,46	-596.900,00	-819.000,00	-830.600,00	-838.900,00	-847.900,00

Investitionen Produkt 221-001 Schulverwaltung Förderschulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-960 Ausstattung FöS Sarstedt 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.200,00 3.200,00	-3.600,00 3.600,00		-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00
I10301-962 Ausstattung FöS Bad Salzdetfurth 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-9.576,14 9.576,14	-4.200,00 4.200,00		-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00
I10301-963 Ausstattung FöS Alfeld 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-29.965,62 29.965,62	-3.800,00 3.800,00		-4.000,00 4.000,00	-4.000,00 4.000,00	-4.000,00 4.000,00

Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	231	Berufliche Schulen	
Produkt	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Der Landkreis Hildesheim ist Schulträger von 6 berufsbildenden Schulen. Als Schulträger hat er die notwendigen Gebäude, die Unterrichts- und Sachmittel und das nichtpädagogische Schulpersonal vorzuhalten. Diese Aufgabe obliegt mit Ausnahme bestimmter gebäudewirtschaftlicher Angelegenheiten dem Amt 301.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigte, Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer. Bei Überlassung von schulischen Einrichtungen auch Vereine, Institutionen, Einzelpersonen u.v.m., insbesondere aus dem Bereich der Weiterbildung, der Kultur und des Sports		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Nds. Schulgesetz und entsprechende Verordnungen des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages; VOL/ A; BGB; KündigungsschutzG; Nds. GleichstellungsG; TVöD; NachweisG; SGB IX; ArbeitszeitG; MuSchuG; LohnfortzahlungsG; UrlaubsG; BDANN; Nds. Pers.VertretungsG		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schulverwaltung"		
Qualitätsziele	Z-231-001-001: Angemessene Ausstattung der Schulen. Dabei ist der wirtschaftliche Betrieb der Schulen durch Übertragung weiterer Eigen- und Budgetverantwortung zu fördern. Den Schulen soll mind. ein Betrag von 100,00 € Sachkosten pro Schüler/in zur Verfügung gestellt werden. Z-231-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-231-001-101: Bereitstellung von Haushaltsmitteln in entsprechender Höhe		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-231-001-001 Schülerzahl - (Anzahl)	0,00	4.530,00	4.337,00
ZK-231-001-101 Sachkosten Schulen pro Schüler/in - (EUR)	0,00	100,00	100,00
ZK-231-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	22,00	2,00
Leistungen	231-001	Schulverwaltung berufliche Schulen	
	231-001-0001	BBS Alfeld	
	231-001-0002	BBS Hildesheim Werner-von-Siemens-Schule	

Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

231-001-0003	BBS Hildesheim Walter-Gropius-Schule
231-001-0004	BBS Hildesheim Friedrich-List-Schule
231-001-0005	BBS Hildesheim Herman-Nohl-Schule
231-001-0006	BBS Hildesheim Fachschule Holztechnik und Gestaltung

Teilergebnishaushalt Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	166.700,00	166.700,00	146.300,00	148.300,00	151.100,00	153.100,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	552.545,39	488.400,00	414.700,00	430.900,00	443.800,00	452.800,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	86.164,35	98.100,00	98.100,00	98.100,00	98.100,00	98.100,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	76.975,43					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	149.897,00	225.500,00	225.500,00	225.500,00	225.500,00	225.500,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	6.698,99					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.038.981,16	978.700,00	884.600,00	902.800,00	918.500,00	929.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.375.983,91	1.456.800,00	1.420.800,00	1.458.200,00	1.493.600,00	1.533.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	823.648,59	1.208.200,00	1.181.200,00	1.186.800,00	1.192.900,00	1.198.300,00
02.04	- Abschreibungen	681.558,11	815.600,00	783.600,00	823.000,00	863.700,00	906.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	179.852,70	65.700,00	28.300,00	28.400,00	28.400,00	28.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.061.043,31	3.546.300,00	3.413.900,00	3.496.400,00	3.578.600,00	3.667.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.022.062,15	-2.567.600,00	-2.529.300,00	-2.593.600,00	-2.660.100,00	-2.737.600,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	95.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	95.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-1.927.062,15	-2.567.600,00	-2.529.300,00	-2.593.600,00	-2.660.100,00	-2.737.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.159,54	6.500,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-3.159,54	-6.500,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00	-6.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.930.221,69	-2.574.100,00	-2.535.300,00	-2.599.600,00	-2.666.100,00	-2.743.600,00

Investitionen Produkt 231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-002 Ausstattung Berufsbildende Schulen Alfeld 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-103.752,06 103.752,06	-74.300,00 74.300,00		-76.000,00 76.000,00	-76.000,00 76.000,00	-76.000,00 76.000,00
I10301-003 Ausstattung Werner-von-Siemens-Schule Hildesheim 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-90.782,84 90.782,84	-82.100,00 82.100,00		-83.000,00 83.000,00	-83.000,00 83.000,00	-83.000,00 83.000,00
I10301-004 Ausstattung Walter-Gropius-Schule Hildesheim 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-71.883,51 71.883,51	-75.000,00 75.000,00		-72.000,00 72.000,00	-72.000,00 72.000,00	-72.000,00 72.000,00
I10301-005 Ausstattung Friedrich-List-Schule Hildesheim 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-64.100,00 64.100,00	-64.300,00 64.300,00		-64.000,00 64.000,00	-64.000,00 64.000,00	-64.000,00 64.000,00
I10301-006 Ausstattung Fachschule Holztechnik Hildesheim 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-65.000,00 65.000,00	-66.000,00 66.000,00		-65.000,00 65.000,00	-65.000,00 65.000,00	-65.000,00 65.000,00
I10301-957 Ausstattung Herman-Nohl-Schule 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-90.806,03 90.806,03	-48.800,00 48.800,00		-50.000,00 50.000,00	-50.000,00 50.000,00	-50.000,00 50.000,00
I20301-001 Walter-Gropius-Erneuerung Maschinen+Einrichtung- 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-150.000,00 150.000,00					
I23301-003 BBS W-v-S-Schule - Plasmaschneidemaschine 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-35.000,00 35.000,00					
I23301-004 BBS Alfeld - Erneuerung Werkstätten Elektrotechnik 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-400.000,00 400.000,00					
I24301-001 BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-36.000,00 36.000,00				
I24301-002 BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-280.000,00 280.000,00				

Produkt 241-001 Schülerbeförderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	241	Schülerbeförderung	
Produkt	241-001	Schülerbeförderung	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Anspruchsprüfung, Organisation der Beförderung, Ausstellung einer Fahrtberechtigung, Erstattung von Beförderungskosten, Stellungnahmen im Klageverfahren		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler nach §114 NSchulG		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	§114 NSchulG		
Sachziele	<p>Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Schülerbeförderung"</p> <p>Zur Nachvollziehbarkeit der Kostenentwicklung werden dem zuständigen Fachausschuss jährlich nachvollziehbare Kostenaufstellungen zu den einzelnen Beförderungsstrecken vorgelegt. Dabei sind die auf den einzelnen Strecken zu befördernden Schülerinnen- und Schülerzahlen auszuweisen.</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-241-001-101: Bearbeitung der Anträge auf Fahrkostenerstattung in durchschnittlich 15 Tagen (241-001-0001)</p> <p>Z-241-001-201: Es soll ein Auslastungsgrad der eingesetzten Fahrzeuge von mindestens 80 % erreicht werden (241-001-0002)</p> <p>Z-241-001-401: Die durchschnittliche Besetzung der eingesetzten Fahrzeuge soll mindestens 60 Personen betragen (241-001-0004)</p> <p>Z-241-001-501: Die durchschnittliche Besetzung der eingesetzten Fahrzeuge soll mindestens 2 Personen betragen (241-001-0005)</p> <p>Z-241-001-601: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Maßnahmen	<p>ZM-241-001-101: Bearbeitungsdauer wird dokumentiert (241-001-0001)</p> <p>ZM-241-001-201: Weitgehende Vermeidung von Einzeltouren (241-001-0002)</p> <p>ZM-241-001-401: Abfrage beim Verkehrsträger und eigene Beobachtungen (241-001-0004)</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-241-001-001 Schülerzahl LV - (Anzahl)	0,00	8.600,00	8.600,00
G-241-001-101 Fallzahl Anträge - (Anzahl)	0,00	1.750,00	1.750,00

Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Landkreis Hildesheim

G-241-001-201 Schülerzahl Behindertenbeförderung - (Anzahl)	0,00	580,00	580,00
G-241-001-202 Kapazität der Fahrzeuge Behindertenbef. - (Anzahl)	0,00	600,00	600,00
G-241-001-301 Schülerzahl FV - (Anzahl)	0,00	2.750,00	2.750,00
G-241-001-302 Anzahl der Fahrzeuge FV - (Anzahl)	0,00	42,00	42,00
G-241-001-401 Schülerzahl SE - (Anzahl)	0,00	270,00	270,00
G-241-001-402 Anzahl der Fahrzeuge SE - (Anzahl)	0,00	115,00	115,00
ZK-241-001-102 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer pro Fall - (Tage)	0,00	15,00	15,00
ZK-241-001-201 Auslastung der Fahrzeuge bei Behind.beförderung - (%)	0,00	80,00	80,00
ZK-241-001-301 Schülerzahl pro Fahrzeug FV - (Anzahl)	0,00	70,00	70,00
ZK-241-001-401 Schülerzahl pro Fahrzeug SE - (Anzahl)	0,00	2,00	2,00
ZK-241-001-601 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	241-001	Schülerbeförderung
	241-001-0001	Erstattungsanträge
	241-001-0002	Behindertenbeförderung
	241-001-0003	Beförderung im Linienverkehr
	241-001-0004	Beförderung im Freistellungsverkehr
	241-001-0005	Sonder/ Einzelbeförderungen

Teilergebnishaushalt Produkt 241-001 Schülerbeförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	56.567,16	1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00	1.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	14,13	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00	80.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	27.728,84					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	84.310,13	111.700,00	111.700,00	111.700,00	111.700,00	111.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	181.343,49	159.300,00	183.600,00	190.900,00	195.600,00	201.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	502.946,84	918.500,00	1.007.800,00	1.007.800,00	1.007.800,00	1.007.800,00
02.04	- Abschreibungen	4.217,83	3.200,00				
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	14.234.073,53	17.382.200,00	18.217.500,00	18.978.700,00	19.922.300,00	20.912.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	14.922.581,69	18.463.200,00	19.408.900,00	20.177.400,00	21.125.700,00	22.121.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-14.838.271,56	-18.351.500,00	-19.297.200,00	-20.065.700,00	-21.014.000,00	-22.010.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	411.208,73					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	411.208,73					
05.	= Jahresergebnis	-14.427.062,83	-18.351.500,00	-19.297.200,00	-20.065.700,00	-21.014.000,00	-22.010.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.440,63	3.300,00	1.700,00	700,00	700,00	700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-6.440,63	-3.300,00	-1.700,00	-700,00	-700,00	-700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-14.433.503,46	-18.354.800,00	-19.298.900,00	-20.066.400,00	-21.014.700,00	-22.010.800,00

Produkt 242-001 Ausbildungsförderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	242	Fördermaßnahmen für Schüler	
Produkt	242-001	Ausbildungsförderung	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Gewährung von Ausbildungsförderung durch laufende Leistungen an Einzelpersonen bzw. Versagung bei fehlenden Anspruchsvoraussetzungen		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schüler/innen und Auszubildende		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Ausbildungsförderung"		
Qualitätsziele	Z-242-001-001: Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 25 Tage sein. Z-242-001-002: Erhöhung der Fallzahl auf 870 Fälle pro MA. Z-242-001-003: Reduzierung der Kosten pro Fall auf 70,00 EUR. Z-242-001-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-242-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	1.000,00	1.000,00
ZK-242-001-101 Durchschnittlicher Bearbeitungszeitraum - (Tage)	0,00	25,00	25,00
ZK-242-001-201 Fallzahl pro MA - (Anzahl)	0,00	335,00	335,00
ZK-242-001-301 Kosten pro Fall - (EUR)	0,00	70,00	70,00
ZK-242-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	242-001	Ausbildungsförderung	

Teilergebnishaushalt Produkt 242-001 Ausbildungsförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	7,57					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	7,57					
02.01	- Personalaufwendungen	39.961,29	35.500,00	44.500,00	47.600,00	48.900,00	50.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.019,31	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	252,13	1.100,00	1.100,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	43.232,73	38.200,00	47.200,00	50.400,00	51.700,00	52.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-43.225,16	-38.200,00	-47.200,00	-50.400,00	-51.700,00	-52.800,00
05.	= Jahresergebnis	-43.225,16	-38.200,00	-47.200,00	-50.400,00	-51.700,00	-52.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	792,41	1.400,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00	1.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-792,41	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00	-1.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-44.017,57	-39.600,00	-48.600,00	-51.800,00	-53.100,00	-54.200,00

Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	21	Schulträgeraufgaben	
Produktgruppe	243	Sonstige schulische Aufgaben	
Produkt	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Schaffen und Sicherstellen der organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen als Schulträger für den Betrieb der Schulen. Gewährung bzw. Versagung von Zuschüssen und einzelnen bzw. laufenden Leistungen an Einzelpersonen oder Personengruppen. Versorgung aller Schulen mit audiovisuellen Medien.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulleitung, Schulpersonal, Einzelpersonen, Betreuer, Vereine, Organisationen als Fremdnutzer, Schulen einschl. Stadt Hildesheim und Grundschulen der Kommunen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NSchG; NKomVG, KomHKVO; Auftrag der Verwaltungsführung; Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen bei Schülerbegegnungen v. 01.04.1994; § 34(1) 1 SGB IV; SchOrgVO, Erlasse des MK		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-243-001-001: Der Bearbeitungszeitraum soll durchschnittlich 5 Tage dauern (243-001-0004) (Anträge Schülerbegegnungen) Z-243-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-243-001-001 Fallzahl - (Anzahl)	0,00	10,00	10,00
ZK-243-001-101 Durchsch. Bearb.zeitraum Anträge Schülerbegegnungen - (Tage)	0,00	2,00	2,00
ZK-243-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	243-001	Sonstige schulische Aufgaben	
	243-001-0001	Gastschulgeld allg.bildende Schulen	
	243-001-0002	Gastschulgeld berufliche Schulen	
	243-001-0003	Kreismedienzentrum	
	243-001-0004	Schülerbez.Leist/ Kr.elternschülerrat(EW)	
	243-001-0005	Schulentwicklungsplanung	
	243-001-0006	Einsatz des Schulpersonals/ ABM-Kräfte	
	243-001-0007	Zentraler Einkauf, Serviceleistungen	
	243-001-0008	Service f.andere Kreiseinrichtungen EW+F	
	243-001-0009	Schulpflichtverletzung	

Teilergebnishaushalt Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	299.920,00	264.100,00	348.500,00	353.400,00	359.900,00	364.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	135.160,08	671.600,00	727.800,00	756.900,00	779.600,00	795.200,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	37,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	18,32	15.300,00	15.300,00	15.300,00	15.300,00	15.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	27.227,76					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	95.720,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	558.083,16	956.400,00	1.097.000,00	1.131.000,00	1.160.200,00	1.180.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	473.708,23	433.600,00	406.900,00	420.500,00	430.900,00	442.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	350.867,96	330.000,00	169.400,00	150.500,00	149.600,00	149.000,00
02.04	- Abschreibungen	205.554,08	1.155.900,00	741.200,00	778.500,00	817.200,00	857.800,00
02.06	- Transferaufwendungen	294.237,99	381.200,00	466.800,00	396.800,00	396.800,00	396.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	9.623.031,14	10.111.700,00	11.591.100,00	11.482.300,00	11.675.900,00	11.846.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	10.947.399,40	12.412.400,00	13.375.400,00	13.228.600,00	13.470.400,00	13.692.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-10.389.316,24	-11.456.000,00	-12.278.400,00	-12.097.600,00	-12.310.200,00	-12.512.200,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	30.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	30.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-10.359.316,24	-11.456.000,00	-12.278.400,00	-12.097.600,00	-12.310.200,00	-12.512.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	464.734,41	519.100,00	546.600,00	545.100,00	545.100,00	545.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-464.734,41	-519.100,00	-546.600,00	-545.100,00	-545.100,00	-545.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-10.824.050,65	-11.975.100,00	-12.825.000,00	-12.642.700,00	-12.855.300,00	-13.057.300,00

Investitionen Produkt 243-001 Sonstige schulische Aufgaben

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10301-956 Ausstattung KMZ 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-18.800,00 18.800,00	-18.800,00 18.800,00		-19.000,00 19.000,00	-19.000,00 19.000,00	-19.000,00 19.000,00
I16301-001 Ausstattung - Inklusive Schulen - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00		-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00	-10.000,00 10.000,00
I16301-002 Ausstattung Naturwissenschaftliche Räume (NTW) 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-160.000,00 160.000,00	-160.000,00 160.000,00		-160.000,00 160.000,00	-160.000,00 160.000,00	
I19301-001 Ausstattung Schulmensen 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-7.989,50 7.989,50	-15.000,00 15.000,00		-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00	-15.000,00 15.000,00
I20301-006 Digitalisierung Schulen - Ausstattung - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.737.311,86 1.737.311,86	-2.000.000,00 2.000.000,00		-2.000.000,00 2.000.000,00	-2.000.000,00 2.000.000,00	-2.000.000,00 2.000.000,00
I22301-001 Schulbiologisches Zentrum 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-200.000,00 200.000,00	-200.000,00 200.000,00				
I23301-005 Erstausrüstung Schulcontainer 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00		-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00	-20.000,00 20.000,00
I23301-006 Defibrillatoren - Schulgebäude 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-13.200,00 13.200,00					

Produkt 251-001 Kreisarchiv			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft	
Produktgruppe	251	Wissenschaft und Forschung	
Produkt	251-001	Kreisarchiv	
Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Archivische Bestandsbildung (Beschaffung, Auswahl, Übernahme, Inventarisierung und formale Erfassung) sowie konservatorische Erhaltung, inhaltliche Erschließung und sachgerechte Verwahrung von Dokumenten und Datensammlungen aller Art - Tätigkeiten im Rahmen der Kreisgeschichtsforschung - Fachliche Beratung, Bearbeitung und Beantwortung von wissenschaftlichen oder heimatkundlichen Anfragen sowie Zentrum und Ansprechpartner für die Heimatpflege im Landkreis Hildesheim 		
Zielgruppe	intern: Dezernate und Fachdienste im Landkreis Hildesheim extern: Bürgerinnen und Bürger; Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger; Städte und Gemeinden; Bildungseinrichtungen: Uni, FH, Schulen; Vereine und Organisationen; Kulturelle Einrichtungen und andere Archive sowie juristische Personen des öffentl. Rechts		
Kategorie	Funktionsaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Bundesarchivgesetz; Nds. Archivgesetz; Nds. Datenschutzgesetz; Personenstandsgesetz; Nds. Schulgesetz; Urheberrechtsgesetz; KGSt - Gesetzl. Aufbewahrungsfristen für Kommunalverwaltungen (bis dauerhafte Aufbewahrung); Kirchenarchivgesetz		
Sachziele	Sicherung, Wiederauffindbar- und Zugänglichmachung aller Archivalien (Informationsaufträgen) für die interne und externe Benutzung		
Qualitätsziele	Z-251-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-251-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
Leistungen	251-001	Kreisarchiv	

Teilergebnishaushalt Produkt 251-001 Kreisarchiv

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	980,00	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	6,93					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	986,93	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.01	- Personalaufwendungen	35.914,14	126.100,00	143.100,00	149.000,00	152.800,00	156.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.092,05	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00	4.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.843,00	5.700,00	4.800,00	4.900,00	4.900,00	4.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	44.849,19	136.300,00	152.400,00	158.400,00	162.200,00	166.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-43.862,26	-135.800,00	-151.900,00	-157.900,00	-161.700,00	-165.800,00
05.	= Jahresergebnis	-43.862,26	-135.800,00	-151.900,00	-157.900,00	-161.700,00	-165.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.142,29	5.800,00	800,00	800,00	800,00	800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-7.142,29	-5.800,00	-800,00	-800,00	-800,00	-800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-51.004,55	-141.600,00	-152.700,00	-158.700,00	-162.500,00	-166.600,00

Produkt 281-001 Kulturbüro			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft	
Produktgruppe	281	Heimat- und sonstige Kulturpflege	
Produkt	281-001	Kulturbüro	
Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck		
Kurzbeschreibung	Planung, Koordinierung, Moderation und Betreuung (Support) von kulturellen (inkl. heimatpflegerischen) Aktivitäten von überörtlicher Bedeutung; Finanzielle Förderung kultureller Organisationen und Projekte; Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements;		
Zielgruppe	intern: --- extern: - Anbieterinnen und Anbieter und Adressatinnen und Adressaten kultureller Dienstleistungen - alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Gestalterinnen und Gestalter am/des kulturellen Leben(s)		
Kategorie	freiwillige Aufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Art. 6 der Nds. Verfassung; Verordnungen und Richtlinien des Landes sowie Beschlüsse des Kreistages, der zuständigen Ausschüsse und des Kulturbeirates		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der kulturellen Szenerie - Entwicklung überörtlicher Vernetzungsstrukturen - Aufbau und Pflege eines Kulturinformationssystems - Entwicklung von (Marketing-) Konzepten für Kultur und Tourismus 		
Qualitätsziele	Z-281-001-002: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-281-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote) Durchschn.OES	0,00	2,00	2,00
Leistungen	281-001	Kulturbüro	
	281-001-0001	Management von kultureller Infrastruktur	
	281-001-0002	Kulturförderung	
	281-001-0003	Heimatpflege	
	281-001-0004	Internationale Beziehungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 281-001 Kulturbüro

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.386,43					
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	9,99					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	4.396,42					
02.01	- Personalaufwendungen	51.710,52	181.600,00	208.000,00	219.200,00	224.600,00	230.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	126.902,84	91.200,00	102.700,00	102.500,00	102.300,00	102.600,00
02.04	- Abschreibungen	53,22	100,00				
02.06	- Transferaufwendungen	213.063,50	260.800,00	265.800,00	245.800,00	245.800,00	205.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	22.095,95	15.900,00	15.000,00	15.300,00	15.300,00	15.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	413.826,03	549.600,00	591.500,00	582.800,00	588.000,00	554.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-409.429,61	-549.600,00	-591.500,00	-582.800,00	-588.000,00	-554.200,00
05.	= Jahresergebnis	-409.429,61	-549.600,00	-591.500,00	-582.800,00	-588.000,00	-554.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.155,86					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-9.155,86					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-418.585,47	-549.600,00	-591.500,00	-582.800,00	-588.000,00	-554.200,00

Produkt 511-001 Bauleitplanung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	51	Räumliche Planung und Entwicklung	
Produktgruppe	511	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	
Produkt	511-001	Bauleitplanung	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 302 - Ralf Sander		
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung der Gemeinden und federführende Stellungnahmen zu sämtlichen vom Landkreis zu vertretenden öffentlichen Belangen bei der Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen und sonstigen Satzungen nach dem BauGB - Einbringung fachbehördlicher Anregungen, Bedenken und Hinweise in die kommunale Bauleitplanung - Wahrung und Sicherstellung der ordnungsgemäßen kommunalen Bauleitplanung - Geordnete raumstrukturelle und städtebauliche Entwicklung 		
Zielgruppe	intern: --- extern: Kreisangehörige Kommunen (Städte, Gemeinden, Samtgemeinden)		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Baugesetzbuch (BauGB) - Baunutzungsverordnung (BauNVO) - Rd. Erl. des ML v. 01.06.1977 		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-511-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-511-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	511-001	Bauleitplanung	
	511-001-0001	Bauleitplanung	

Teilergebnishaushalt Produkt 511-001 Bauleitplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	26,49					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	70.908,00	70.900,00	70.500,00	71.500,00	72.800,00	73.700,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	70.934,49	70.900,00	70.500,00	71.500,00	72.800,00	73.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	385.802,33	451.100,00	453.200,00	468.400,00	480.600,00	493.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	8.629,07	11.700,00	12.200,00	12.100,00	12.000,00	12.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.351,23	2.400,00	2.400,00	2.400,00	2.400,00	2.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	398.782,63	465.200,00	467.800,00	482.900,00	495.000,00	508.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-327.848,14	-394.300,00	-397.300,00	-411.400,00	-422.200,00	-434.800,00
05.	= Jahresergebnis	-327.848,14	-394.300,00	-397.300,00	-411.400,00	-422.200,00	-434.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.721,93		1.600,00			
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-16.721,93		-1.600,00			
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-344.570,07	-394.300,00	-398.900,00	-411.400,00	-422.200,00	-434.800,00

Produkt 521-001 Bauliche Anlagen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	52	Bauen und Wohnen	
Produktgruppe	521	Bau- und Grundstücksordnung	
Produkt	521-001	Bauliche Anlagen	
Wesentl. Produkt			
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 302 - Ralf Sander		
Kurzbeschreibung	Sicherung des formellen und materiellen Baurechts.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Entwurfsverfasserinnen und -verfasser, potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller (Bauherrinnen und Bauherren, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer), Antragstellerinnen und Antragsteller (wie vor), Nachbarn, Anwältinnen und Anwälte, Betreiberinnen und Betreiber, Nutzerinnen und Nutzer, Eigentümerinnen und Eigentümer der jeweiligen baulichen Anlage, Genehmigungsbehörden nach landes- und bundesrechtlichen Vorschriften, Verantwortliche gem. §§ 57 ff NBauO, Bevollmächtigte		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NBauO, BauGB, BauNVO, VwVfG, VwGO, GG, NBrandSchG, u.a.		
Sachziele			
Qualitätsziele	Durchschnittliche Durchlaufzeiten bei der Erteilung von Baugenehmigungen: Z-521-001-001: 30/45 Kalendertage für Garagen, Carports, Stellplätze und Werbeanlagen Z-521-001-002: 45/60 Kalendertage für Wohnhäuser Z-521-001-003: 90/105 Kalendertage für gewerbliche Anlagen Z-521-001-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-521-001-001: Inkraftsetzen der Prozessbeschreibungen für das Produkt Bauliche Anlagen ZM-521-001-002: Überwachung der Prozesse bzw. Abläufe durch regelmäßige Kontrollen sowie Dienstbesprechungen (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess KVP)		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-521-001-101 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z1 - nur interne Beteiligung	0,00	30,00	30,00
ZK-521-001-102 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z1 - mit externer Beteiligung	0,00	45,00	45,00
ZK-521-001-201 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z2 - nur interne Beteiligung	0,00	45,00	45,00

Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Landkreis Hildesheim

ZK-521-001-202 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z2 - mit externer Beteiligung	0,00	60,00	60,00
ZK-521-001-301 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z3 - nur interne Beteiligung	0,00	90,00	90,00
ZK-521-001-302 Durchschnittliche Bearbeitungszeit Z3 - mit externer Beteiligung	0,00	105,00	105,00
ZK-521-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	521-001	Bauliche Anlagen
	521-001-0001	Technische Bauaufsicht (u. a. Baugenehmigung)
	521-001-0002	Verwaltungsverfahren
	521-001-0003	Brandschutz (EW)
	521-001-0004	Abgeschlossenheitsbescheinigungen

Teilergebnishaushalt Produkt 521-001 Bauliche Anlagen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	10.000,00					
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.597.146,45	1.575.000,00	1.572.000,00	1.572.500,00	1.573.200,00	1.573.700,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	106,39					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	8.027,63	3.000,00	10.000,00	10.100,00	10.300,00	10.400,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.615.280,47	1.578.000,00	1.582.000,00	1.582.600,00	1.583.500,00	1.584.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.713.842,19	1.993.500,00	1.999.400,00	2.061.500,00	2.114.600,00	2.173.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	522.823,78	653.900,00	618.600,00	618.000,00	617.400,00	618.300,00
02.04	- Abschreibungen	1.704,40	300,00	200,00	300,00	300,00	300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	69.039,96	70.900,00	57.900,00	57.900,00	57.900,00	57.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.307.410,33	2.718.600,00	2.676.100,00	2.737.700,00	2.790.200,00	2.850.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-692.129,86	-1.140.600,00	-1.094.100,00	-1.155.100,00	-1.206.700,00	-1.266.100,00
05.	= Jahresergebnis	-692.129,86	-1.140.600,00	-1.094.100,00	-1.155.100,00	-1.206.700,00	-1.266.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	89.268,80	128.200,00	126.400,00	126.400,00	126.400,00	126.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-89.268,80	-128.200,00	-126.400,00	-126.400,00	-126.400,00	-126.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-781.398,66	-1.268.800,00	-1.220.500,00	-1.281.500,00	-1.333.100,00	-1.392.500,00

Produkt 522-101 Wohnraumförderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	52	Bauen und Wohnen	
Produktgruppe	522	Wohnbauförderung	
Produkt	522-101	Wohnraumförderung	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 302 - Ralf Sander		
Kurzbeschreibung	Prüfung von Vor- u. Hauptanträgen für die Förderung des Neu-, Aus- u. Umbaus; Härteausgleich; Wohnberechtigungsbescheinigungen/ Freistellungen/ Ausnahmen; Bestands- u. Besetzungskontrolle für geförderte Wohnungen; Verwaltung von Kreisdarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues Schaffung von angemessenem Wohnraum für einkommensschwächere Personen		
Zielgruppe	intern: --- extern: Bauherrinnen und Bauherren, Investorinnen und Investoren im Bereich des Mietwohnungsbaues, Mieterinnen und Mieter geförderter Wohnungen, Mietinteressentinnen und -interessenten, Vermieterinnen und Vermieter, KT, KA, DezA, Bevollmächtigte, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Kaufinteressentinnen und -interessenten		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	II.WoBauG, II. BV, Rd.ErI.MS, Rundschreiben der N_Bank, jeweiliges Wohnungsbauprogramm, WBF, WoBindG, MHG, Einzelbeschlüsse des KA, WEG, NBauO		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-522-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-522-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	522-101	Wohnraumförderung	
	522-101-0002	Wohnraumförderung	
	522-101-0003	Darlehensangelegenheiten (EW)	

Teilergebnishaushalt Produkt 522-101 Wohnraumförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	1.774,50	4.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00	2.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	5,38					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	125.402,00	125.400,00	124.800,00	126.500,00	128.900,00	130.600,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.858,46	1.700,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	129.040,34	131.300,00	128.600,00	130.300,00	132.700,00	134.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	119.158,29	138.600,00	139.300,00	145.000,00	148.700,00	152.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.343,14	3.700,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00	3.800,00
02.04	- Abschreibungen	0,02					
02.06	- Transferaufwendungen			750.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	790,94	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	121.292,39	142.900,00	893.700,00	149.400,00	153.100,00	157.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	7.747,95	-11.600,00	-765.100,00	-19.100,00	-20.400,00	-22.900,00
05.	= Jahresergebnis	7.747,95	-11.600,00	-765.100,00	-19.100,00	-20.400,00	-22.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.236,00	100,00				
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.236,00	-100,00				
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	2.511,95	-11.700,00	-765.100,00	-19.100,00	-20.400,00	-22.900,00

Investitionen Produkt 522-101 Wohnraumförderung

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I12302-001 Wohnungsbaudarlehen an Privatpersonen	12.000,00	11.000,00		11.000,00	11.000,00	11.000,00
04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	12.000,00	11.000,00		11.000,00	11.000,00	11.000,00

Produkt 523-001 Denkmalschutz und -pflege			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	52	Bauen und Wohnen	
Produktgruppe	523	Denkmalschutz und -pflege	
Produkt	523-001	Denkmalschutz und -pflege	
Teilhaushalt	Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau		
Verantwortlich	Amt 302 - Ralf Sander		
Kurzbeschreibung	Maßnahmen sowie Förderungen zum Erhalt von Bau- und Bodendenkmälern als Aufgabe der Unteren Denkmalschutzbehörde, Sicherung der Erhaltung und Nutzung von Bau- und Bodendenkmälern		
Zielgruppe	intern: --- extern: Eigentümerinnen und Eigentümer, Nutzungsberechtigte von Bau- und Bodendenkmälern, Entwurfsverfasserinnen und -verfasser		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	NDSchG, Steuergesetze des Bundes und des Landes (z.B. EStG, EStDV)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-523-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-523-001-002: Im zuständigen Fachausschuss erfolgt alle zwei Jahre ein Sachstandsbericht zum Zustand der Bodendenkmäler.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-523-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	523-001	Denkmalschutz und -pflege	
	523-001-0001	Denkmalschutz und -pflege	

Teilergebnishaushalt Produkt 523-001 Denkmalschutz und -pflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	744,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1,99					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	9.736,00	9.700,00	9.700,00	9.800,00	10.000,00	10.100,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	10.481,99	11.200,00	11.200,00	11.300,00	11.500,00	11.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	183.242,85	217.100,00	210.800,00	218.400,00	224.000,00	230.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.251,48	5.200,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00	5.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	21.561,57		15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.109,03	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00	1.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	210.164,93	223.800,00	232.600,00	240.200,00	245.800,00	252.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-199.682,94	-212.600,00	-221.400,00	-228.900,00	-234.300,00	-240.400,00
05.	= Jahresergebnis	-199.682,94	-212.600,00	-221.400,00	-228.900,00	-234.300,00	-240.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.149,37					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-8.149,37					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-207.832,31	-212.600,00	-221.400,00	-228.900,00	-234.300,00	-240.400,00

Produkt 575-001 Kulturtourismus		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	575	Tourismus
Produkt	575-001	Kulturtourismus
Teilhaushalt	Dezernat 3 - Bildung, Kultur und Bau	
Verantwortlich	Amt 301 - Hans-Heinrich Waldeck	
Kurzbeschreibung	Konzeptionelle Vertiefung und zu intensivierende Netzwerk- und Marketingarbeit im Bereich Tourismus	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss	
Leistungen	575-001	Kulturtourismus

Teilergebnishaushalt Produkt 575-001 Kulturtourismus

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00
05.	= Jahresergebnis	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00	-35.000,00

Teilhaushalt Dezernat 4

Jugend, Soziales und Integration

Erläuterungen zum Teilhaushalt 4

Dezernat 4 – Jugend, Soziales und Integration für das Haushaltsjahr 2024

Der Anteil des Teilhaushaltes 4 am Ergebnishaushalt des Landkreises Hildesheim beträgt bei den ordentlichen Erträgen ca. 37 % (Vorjahr: ca. 35 %) und bei den ordentlichen Aufwendungen ca. 64 % (Vorjahr: 63 %).

Die Erläuterungen der Ämter des Dezernates 4 beziehen sich auf einzelnen Produkte. Für den THH 4 werden die wesentlichen Veränderungen (Haushaltsansatz 2023 – Haushaltsansatz 2024 - Veränderung zum Vorjahr) erläutert.

Amt 402 - Amt für Teilhabe und Rehabilitation

Produkt 314-501 – Assistenzleistung - Aufwand

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
26.177.000 €	27.121.200 €	944.200 €

Produkt 314-010 - Zahlungen Abrechnungen SGB IX - Ertrag

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
85.796.400 €	95.811.100 €	10.014.700 €

Das Produkt Eingliederungshilfe wurde im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zum 01.01.2020 aus der Produktgruppe 311 „Sozialhilfe“ herausgelöst. Die einzelnen Leistungen wurden aufgrund verbindlicher Vorgaben auf Produktebene dargestellt, so dass die Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe gebildet wurde. Gleichzeitig wurde das bisherige Quotale System der Landeserstattung für die Leistungen der Eingliederungs- und Sozialhilfe durch eine Spitzabrechnung mit gegenseitiger Beteiligung abgelöst.

Die Anpassung der gegenseitigen prozentualen Beteiligung der Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe wirken sich dabei auch nächstjährig wieder auf die Ansatzplanung aus.

Das Land Niedersachsen beteiligt sich 2024 als überörtlicher Träger der Eingliederungs- und Sozialhilfe (zuständig für Fälle über 18 Jahren) nach aktuellem Stand voraussichtlich mit 31,2 % an den Nettoauszahlungen des Landkreises als örtlichem Träger (zuständig für Fälle unter 18 – Jahren) der Eingliederungs- und Sozialhilfe.

Der örtliche Träger beteiligt sich im Gegenzug an den Nettoauszahlungen des überörtlichen Trägers nur noch mit 10 %. Die entsprechenden Erstattungsleistungen sind im Produkt 314-010 bzw. 311-010 ausgewiesen.

Amt 403 - Amt für Soziales und Senior*innen

Produkt 311-010 - Zahlungen Abrechnungen SGBXII – Ertrag

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
22.445.600 €	23.505.200 €	1.059.600 €

(Siehe Begründung 4-02)

Produkt 311-801 - Hilfe zu Pflege (PSG II) – Aufwand

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
7.128.900 €	7.004.900 €	-124.000 €

Aufgrund der 2023 novellierten Pflegereform von 2022, die teils eine Entlastung des kommunalen Haushalts durch höhere (Pflege-)Kassenleistungen vorsieht, wird nächstjährig von einem leichten Kostenrückgang in diesem Produkt ausgegangen.

Amt 406 - Jugendamt - Erziehungshilfe

Produkt 363-002 - Förderung der Erziehung in der Familie

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
7.539.900 €	7.029.700 €	- 510.200 €

Produkt 363-003 - Hilfen zur Erziehung

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
57.021.900 €	54.605.400 €	- 2.416.500 €

Produkt 363-005 - Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
15.164.500 €	16.689.800 €	1.525.300 €

Produkt 363-006 - Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
1.242.800 €	1.557.900 €	315.100 €

In der Summe wird – wie auch im Vorjahr – von einem eher moderaten Fallzahlenanstieg in den Hilfen ausgegangen. Auch die inflationsbedingten Kostensteigerungen sowohl im Bereich der Sach- wie auch in den Personalkosten werden – wie im Vorjahr – über entsprechend erhöhte Entgelte an das Jugendamt als Leistungsträger weitergeben.

Eingeplante Mehrerträge durch steigende Fallzuweisungen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) verschönern ggf. durch periodenfremde Erstattungen die Bilanz. Ansonsten erfolgt hier eine aufwandsgleiche Planung.

Es bleibt weiterhin bei einer steigende Komplexität der (Einzel-) Fälle (Betreuungsbedarf) und einer höheren Anzahl nicht gruppenfähiger junger Menschen, für die eine individuelle stationäre Angebotsform mit kostenintensiver 1:1-Betreuung die einzig geeignete und notwendige Hilfe ist (ISE).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass durch die Kürzung von Ansätzen im Rahmen der Haushaltsklausur nicht die tatsächlichen Gegebenheiten in der derzeitigen Jugendhilfe dargestellt werden. Es ist eher im Gegenteil davon auszugehen, dass sowohl durch die deutlichen tarifbedingten Personalkostensteigerungen als auch durch die finanziellen Erfordernisse der KJSG-Umsetzungen der hier zu Grunde liegende Ansatz deutlich überschritten wird.

Amt 407 - Amt für Familie

Produkt 365-001 – Sicherstellung der Kindertagesbetreuung - Aufwand

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
51.578.600 €	52.282.200 €	703.600 €

Trotz gewisser prozentualer Steigerungen, die vertraglich festgelegt sind, wurde der Ansatz, in Relation zum gesamten Aufwandsvolumen, nur minimal nach oben korrigiert. Dabei wurden die Zahlen vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage betrachtet und angepasst. Es ist trotzdem sichergestellt, dass für alle anfallenden Aufgaben ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Amt 913 - Amt für Migration, Integration und Demographie

Produkt 111-027 – Integration und Demokratie - Zuschussbedarf

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
1.205.200 €	4.488.800 €	3.283.600 €

Bei der Abweichung handelt es sich um die Kosten für die Betreuung von Geflüchteten im Leistungsbezug AsylbLG in Gemeinschaftsunterkünften. Im Vorjahr waren in diesen Unterkünften Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht, daher erfolgte die Zuordnung zum Produkt 515-502. Eine Zuordnung zum Produkt 313-001 Leistungen nach dem AsylbLG ist für diese Kosten nicht zulässig.

Produkt 313-001 – Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz - Zuschussbedarf

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
5.305.000 €	9.244.000 €	3.939.000 €

Die Zuweisungen von Leistungsempfänger*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) durch das Land Niedersachsen werden mit einem Fallzahlenanstieg von rd. 30 % für das Jahr 2024 kalkuliert. Die tatsächliche Entwicklung lässt sich nur schwer voraussehen. Seit 2024 erfolgt die Unterbringung überwiegend in Gemeinschaftsunterkünften, dies ist erheblich teurer als in Wohnungen. Die Erstattung der Kosten über die Fallkostenpauschale des Landes Niedersachsen erfolgt jeweils erst im Folgejahr. Aufgrund dieser zeitlichen Verschiebung kommt es in Zeiten ansteigender Fallzahlen und Kosten zunächst zu einem sehr deutlichen Anstieg des Zuschussbedarfs.

Produkt 315-502 – Unterkünfte für Flüchtlinge - Zuschussbedarf

Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2024 - Ansatz 2023
1.008.400 €	-268.900 €	-1.277.300 €

Ukrainer*innen, die nach der Zuweisung durch das Land Niedersachsen in den Landkreis Hildesheim keine Wohnung haben, wird vom Landkreis Hildesheim in Absprache mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Abwendung einer Obdachlosigkeit in den Gemeinden Wohnraum zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Die Entwicklung der Situation in der Ukraine und der damit verbundenen Flüchtlingszahlen ist schwer kalkulierbar, es wird daher der Bestandswert fortgeschrieben und die belegten Objekte auch für 2024 eingeplant, jedoch kein Aufwuchs. Die Gemeinschaftsunterkünfte werden daher teilweise für geflüchtete Menschen im Leistungsbezug AsylbLG weitergenutzt, die Kosten sind in den Produkten 111-027 und 313-001 veranschlagt. Zur Kostendeckung der Aufwendungen für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung geflüchteter Menschen aus der Ukraine werden Erstattungen des Jobcenters (SBG II), aus der Grundsicherung (SGB XII)

und eine Kostenbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden kalkuliert. Zudem wird erwartet, dass das Land die vom Bund erhaltenen Mittel aus dem Pauschalentlastungsgesetz anteilig an die Kommunen weiterleitet. Es besteht ein hohes Kalkulationsrisiko.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen für den THH 4 ergeben sich aus der beigefügten „Übersicht Investitionen für den Teilhaushalt 4“.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Dezernat 4

Dezernat 4 - Soziales, Jugend, Sport und Gesundheit					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge €	Aufwendungen €	Überschuss €
4-00	111-032	Sozialplanung	13.000	28.400	-15.400
4-02	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)	215.000	430.000	-215.000
4-02	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII	95.811.100	57.879.700	37.931.400
4-02	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX	0	2.000	-2.000
4-02	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX	15.000	14.388.800	-14.373.800
4-02	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX	129.000	11.244.500	-11.115.500
4-02	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX	0	45.000	-45.000
4-02	314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX	1.402.000	27.121.200	-25.719.200
4-02	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX	110.000	10.362.500	-10.252.500
4-02	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität	0	8.781.600	-8.781.600
4-02	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe	163.800	943.400	-779.600
4-02	314-901	Verwaltung der Eingliederungshilfe	1.316.000	6.052.500	-4.736.500
4-02	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	1.012.500	1.050.500	-38.000
4-02	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht	2.000	1.213.400	-1.211.400
4-02	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	105.000	137.400	-32.400
4-02	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)	10.000	17.400	-7.400
4-03	111-026	Bürgerschaftliches Engagement	0	210.900	-210.900
4-03	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII	23.505.200	16.108.100	7.397.100
4-03	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)	19.400	1.641.400	-1.622.000
4-03	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII	0	10.000	-10.000
4-03	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	0	1.500.100	-1.500.100
4-03	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	0	338.300	-338.300
4-03	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	42.441.500	42.192.800	248.700
4-03	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	42.600	7.004.900	-6.962.300
4-03	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	19.200	5.519.400	-5.500.200
4-03	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	3.691.600	3.863.400	-171.800
4-03	315-601	Andere Soziale Einrichtungen	0	99.200	-99.200
4-03	345-001	Landesblindengeld	568.000	593.400	-25.400
4-03	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	32.300	74.800	-42.500
4-06	363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	920.200	8.126.000	-7.205.800
4-06	363-003	Hilfen zur Erziehung	7.111.900	61.931.400	-54.819.500
4-06	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	50.000	546.700	-496.700
4-06	363-005	Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	574.200	17.355.100	-16.780.900
4-06	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	0	1.577.700	-1.577.700
4-07	111-031	Betriebskrippe	0	14.300	-14.300
4-07	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)	0	15.000	-15.000
4-07	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	0	47.800	-47.800
4-07	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	2.120.000	2.600.000	-480.000
4-07	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	400.000	719.700	-319.700
4-07	341-001	Unterhaltsvorschuss	11.943.900	12.521.800	-577.900
4-07	346-001	Wohngeld	10.166.700	10.770.400	-603.700
4-07	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	1.180.000	1.127.600	52.400
4-07	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	683.400	1.962.900	-1.279.500
4-07	362-001	Jugendarbeit	45.800	369.200	-323.400
4-07	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	123.500	900.000	-776.500
4-07	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft	0	1.416.500	-1.416.500
4-07	363-008	Elterngeld	304.300	712.900	-408.600
4-07	365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	6.918.500	52.302.800	-45.384.300
4-07	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	0	215.400	-215.400
4-07	367-001	Erziehungsberatung	0	1.410.200	-1.410.200
4-07	421-001	Sportförderung	7.700	240.800	-233.100
9-13	111-027	Integration und Demokratie	35.000	5.000.500	-4.965.500
9-13	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	152.900	2.091.700	-1.938.800
9-13	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	24.395.700	33.745.900	-9.350.200
9-13	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge	11.703.000	11.434.100	268.900
Ergebnis Teilhaushalt 4			249.460.900	448.011.400	-198.550.500

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 4

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.556.774,11	11.981.500,00	11.868.800,00	11.918.100,00	11.997.300,00	12.058.200,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	28.991,23	79.900,00	132.800,00	138.000,00	142.000,00	144.800,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	9.106.387,04	9.310.400,00	9.676.000,00	10.021.600,00	10.343.600,00	10.656.300,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	169.083,47	159.400,00	163.900,00	166.200,00	169.600,00	172.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	25.437,92	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	182.219.050,48	228.275.700,00	227.615.700,00	237.860.500,00	247.490.800,00	257.437.500,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2,31					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	1.940.662,49					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	205.046.389,05	249.810.600,00	249.460.900,00	260.108.100,00	270.147.000,00	280.472.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	25.822.354,64	26.896.400,00	30.543.400,00	31.455.200,00	32.250.400,00	33.141.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	7.133.821,90	29.465.400,00	15.254.100,00	15.246.600,00	15.237.900,00	15.250.900,00
02.04	- Abschreibungen	858.983,47	1.186.600,00	1.439.600,00	1.537.900,00	1.612.400,00	1.690.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	239.014.677,64	266.450.500,00	269.989.800,00	277.429.200,00	287.479.100,00	298.302.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	101.167.248,53	109.222.800,00	129.444.600,00	133.400.300,00	139.250.600,00	145.353.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	373.997.086,18	433.221.700,00	446.671.500,00	459.069.200,00	475.830.400,00	493.738.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-168.950.697,13	-183.411.100,00	-197.210.600,00	-198.961.100,00	-205.683.400,00	-213.265.300,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	440.231,24					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	21.599,20					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	418.632,04					
05.	= Jahresergebnis	-168.532.065,09	-183.411.100,00	-197.210.600,00	-198.961.100,00	-205.683.400,00	-213.265.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.117.695,00	1.228.900,00	1.339.900,00	1.339.900,00	1.339.900,00	1.339.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.117.695,00	-1.228.900,00	-1.339.900,00	-1.339.900,00	-1.339.900,00	-1.339.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-169.649.760,09	-184.640.000,00	-198.550.500,00	-200.301.000,00	-207.023.300,00	-214.605.200,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt 4

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.680.894,68	11.981.500,00	11.868.800,00	11.918.100,00	11.997.300,00	12.058.200,00
01.03	+ sonstige Transfereinzahlungen	7.643.683,43	9.310.400,00	9.676.000,00	10.021.600,00	10.343.600,00	10.656.300,00
01.04	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	169.680,95	159.400,00	163.900,00	166.200,00	169.600,00	172.200,00
01.05	+ privatrechtliche Entgelte	15.411,31	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00	3.700,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	182.196.506,13	228.275.700,00	227.615.700,00	237.860.500,00	247.490.800,00	257.437.500,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	201.706.176,50	249.730.700,00	249.328.100,00	259.970.100,00	270.005.000,00	280.327.900,00
02.01	- Personalauszahlungen	24.239.648,16	25.567.700,00	29.140.200,00	29.990.200,00	30.739.800,00	31.582.900,00
02.03	- Auszahl. f. Sach- und Dienstleist. u.ger.Verm.	6.704.558,09	29.465.400,00	15.254.100,00	15.246.600,00	15.237.900,00	15.250.900,00
02.05	- Transferauszahlungen	235.080.894,83	266.450.500,00	269.989.800,00	277.429.200,00	287.479.100,00	298.302.100,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	99.978.042,80	109.222.800,00	129.444.600,00	133.400.300,00	139.250.600,00	145.353.300,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	366.003.143,88	430.706.400,00	443.828.700,00	456.066.300,00	472.707.400,00	490.489.200,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-164.296.967,38	-180.975.700,00	-194.500.600,00	-196.096.200,00	-202.702.400,00	-210.161.300,00
04.01	+ Zuwendungen für Investitionstätigkeit	74.399,19	1.476.000,00				
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	74.399,19	1.476.000,00				
05.01	- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden			1.079.000,00			
05.03	- Erwerb von beweglichem Sachvermögen	52.642,36	38.400,00	110.500,00	2.000,00	2.000,00	
05.05	- aktivierbare Zuwendungen	594.194,09	10.108.300,00	8.682.000,00	10.182.000,00	10.132.000,00	10.132.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	646.836,45	10.146.700,00	9.871.500,00	10.184.000,00	10.134.000,00	10.132.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-572.437,26	-8.670.700,00	-9.871.500,00	-10.184.000,00	-10.134.000,00	-10.132.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-164.869.404,64	-189.646.400,00	-204.372.100,00	-206.280.200,00	-212.836.400,00	-220.293.300,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit						
09.	= Finanzmittelbestand	-164.869.404,64	-189.646.400,00	-204.372.100,00	-206.280.200,00	-212.836.400,00	-220.293.300,00

Investitionen Teilhaushalt 4

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I12407-001 DV Software Amt 407 - Elterngeld - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.200,00 10.200,00	-17.000,00 17.000,00				
I15407-002 DV Software Amt 407 - Wohngeld - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.500,00 1.500,00					
I15407-003 DV Software Amt 407-Beistand / Amtspfleg-/-vormund. 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-4.000,00 4.000,00				
I17407-001 Zuweisung für Kita an Gemeinden 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-1.725.200,00 1.725.200,00	-5.470.000,00 5.470.000,00	-5.872.600,00 5.872.600,00	-6.970.000,00 6.970.000,00	-6.970.000,00 6.970.000,00	-6.970.000,00 6.970.000,00
I17407-002 Zuschuss für Kita an freie Träger 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-5.924.700,00 5.924.700,00	-2.030.000,00 2.030.000,00	-1.710.000,00 1.710.000,00	-2.030.000,00 2.030.000,00	-2.030.000,00 2.030.000,00	-2.030.000,00 2.030.000,00
I17407-003 Zuweisung für Jugendheime an Gemeinden 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-37.100,00 37.100,00	-37.000,00 37.000,00		-37.000,00 37.000,00	-37.000,00 37.000,00	-37.000,00 37.000,00
I17407-004 Zuweisung für Sportförderung an Gemeinden 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-60.000,00 60.000,00	-60.000,00 60.000,00		-60.000,00 60.000,00	-60.000,00 60.000,00	-60.000,00 60.000,00
I17407-005 Zuschuss für Sportförderung an freie Träger 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-12.300,00 12.300,00	-12.000,00 12.000,00		-12.000,00 12.000,00	-12.000,00 12.000,00	-12.000,00 12.000,00
I17407-006 Zuschuss für Jugendheime an freie Träger 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00		-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00
I17407-007 Zuweisung für KiTa an Gemeinden (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-191.700,00 191.700,00	-775.000,00 775.000,00	-652.500,00 652.500,00	-775.000,00 775.000,00	-775.000,00 775.000,00	-775.000,00 775.000,00
I17407-008 Zuschuss für KiTa an freie Träger (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-658.400,00 658.400,00	-225.000,00 225.000,00	-190.000,00 190.000,00	-225.000,00 225.000,00	-225.000,00 225.000,00	-225.000,00 225.000,00
I17407-009 Zuw. f. Jugendarbeit an Gemeinden (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-13.600,00 13.600,00	-14.000,00 14.000,00		-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00
I17407-010 Zusch. f. Jugendarbeit an fr. Tr. (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-3.300,00 3.300,00	-3.000,00 3.000,00		-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00
I19913-001 Dokumentendrucker 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.700,00 1.700,00	-2.000,00 2.000,00		-2.000,00 2.000,00	-2.000,00 2.000,00	
I21913-001 Software Amt 913 - NEU - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-38.000,00 38.000,00				
I22402-001 Software Amt 402 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000,00 25.000,00	-25.000,00 25.000,00				
I22407-002 Landesmittel RIT an Gemeinden (Ausstattung) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	48.000,00 48.000,00					
I22407-003 Landesmittel RIT an Gemeinden (Baumaßnahmen) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	144.000,00 144.000,00					
I22407-004 Landesmittel RIT an freie Träger (Ausstattung) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	30.000,00 30.000,00					
I22407-005 Landesmittel RIT an freie Träger (Baumaßnahmen) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	90.000,00 90.000,00					
I22407-006 Aktionsprogramm "Startklar in die Zukunft" 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	209.000,00 209.000,00					
I22407-008 Landesmittel gemäß Richtlinie IKiGA (neutral) 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	955.000,00 955.000,00					
I24400-001 Software Dezernat 4 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-4.500,00 4.500,00				
I24402-001 Ausstattung Amt 402 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-20.000,00 20.000,00				

Investitionen Teilhaushalt 4

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- - Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I24403-001 Zuschuss Michealis-Hospiz 05.05 - aktivierbare Zuwendungen		-50.000,00 50.000,00		-50.000,00 50.000,00		
I24407-001 Betriebskrippe im Kreishaus Hildesheim 05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		-1.079.000,00 1.079.000,00				

Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	11	Innere Verwaltung	
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service	
Produkt	111-026	Bürgerschaftliches Engagement	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	Zielgerichtete, planvolle, wirkungsorientierte und nachhaltige Erschließung und Aktivierung der noch nicht genutzten Ressourcen des "Bürgerschaftlichen Engagements" für kommunale Aufgaben im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit. Koordination fachdienstübergreifender Aktivitäten.		
Zielgruppe	intern: Querschnittssachbearbeiter (Mitarbeiter/-innen der verschiedenen Fachdienste, die für Öffentlichkeitsarbeit, Gewinnung, Beratung etc. von Ehrenamtlichen zuständig sind) extern: Bevölkerung und spezifische Bevölkerungsgruppen/-teile; mit Soziales, Jugend und Gesundheit befasste Institutionen/Stellen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD); Präventionsziele des Sozialrechts, z. B. § 11 SGB XII)		
Sachziele	Für die Bürgerinnen und Bürger soll ein nach dem Sozial- und Gesundheitsrecht in Quantität und Qualität angemessenes und bedarfsgerechtes, also auch gemeindenahes und personenorientiertes, Hilfe- und Versorgungsangebot unter Nutzung von vorhandenen und noch nicht erschlossenen Ressourcen des bürgerschaftlichen Engagements sichergestellt werden.		
Qualitätsziele	Z-111-026-001: Durch themen- und fachdienstübergreifende Aktionen zielgerichtet und planvoll Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Aufgabenbereiche Jugend, Familie, Senioren, Eingliederungshilfe, rechtliche Vertretung und Gesundheit, gewinnen. Z-111-026-002: Für die engagierten Bürgerinnen und Bürger passende Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote sicherstellen sowie deren Leistungen anerkennen. Z-111-026-003: Kooperationen und Netzwerke erhalten, ggf. initiieren. Z-111-026-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	ZM-111-026-101: Bildung und Koordination einer themen- und fachdienstübergreifenden Arbeitsgruppe ZM-111-026-102: Abgestimmte Aktivitäten zur Gewinnung und Begleitung engagierter Bürgerinnen und Bürger		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-111-026-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement

Landkreis Hildesheim

Leistungen	111-026	Bürgerschaftliches Engagement
	111-026-0001	Koordination v. dezernatsübergreifenden Aufgaben zum bürgerschaftl. Engagement
	111-026-0002	Beratung der u. Zusammenarbeit mit den Städten, Samtgem. u. Gemeinden im LK HI

Teilergebnishaushalt Produkt 111-026 Bürgerschaftliches Engagement

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	894,15					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	894,15					
02.01	- Personalaufwendungen	195.085,66	190.200,00	177.100,00	183.900,00	188.500,00	193.700,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.211,25	4.700,00	5.300,00	5.200,00	5.100,00	5.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	10.270,71	16.800,00	17.600,00	17.900,00	18.300,00	18.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.299,15	3.100,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	211.866,77	214.800,00	202.800,00	209.800,00	214.700,00	220.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-210.972,62	-214.800,00	-202.800,00	-209.800,00	-214.700,00	-220.400,00
05.	= Jahresergebnis	-210.972,62	-214.800,00	-202.800,00	-209.800,00	-214.700,00	-220.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.703,88	8.700,00	8.100,00	8.100,00	8.100,00	8.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-7.703,88	-8.700,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00	-8.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-218.676,50	-223.500,00	-210.900,00	-217.900,00	-222.800,00	-228.500,00

Produkt 111-027 Integration und Demokratie		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-027	Integration und Demokratie
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 913 - Constanze Sickfeld / Heiko König	
Kurzbeschreibung	Aufbau, Konzeption, Steuerung und Koordination der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in allen kommunalen und gesellschaftlichen Bereichen; Erstellung und Umsetzung des Integrations- und Teilhabekonzeptes für den Landkreis Hildesheim einschl. Beteiligungsprozess, Entwicklung und Umsetzung eines Förderprogramms einschl. der erforderlichen Förderrichtlinien	
Zielgruppe	intern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Hildesheim, Verwaltungsführung und politische Gremien, Ämter mit Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund extern: Menschen mit Migrationshintergrund, Behörden, Unternehmen, Verbände, Organisationen und Vereine, Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschlüsse insbes. Integrations- und Teilhabekonzept und Förderrichtlinien	
Sachziele	Förderung der Integration	
Leistungen	111-027	Integration und Demokratie

Teilergebnishaushalt Produkt 111-027 Integration und Demokratie

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00	35.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	249.261,59	218.400,00	1.131.700,00	1.166.600,00	1.196.700,00	1.230.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.391,24	3.400,00	2.696.200,00	2.696.200,00	2.696.100,00	2.696.200,00
02.06	- Transferaufwendungen	702.740,36	1.020.800,00	1.160.800,00	700.800,00	700.800,00	700.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.817,77	2.900,00	2.900,00	2.900,00	2.900,00	2.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	958.210,96	1.245.500,00	4.991.600,00	4.566.500,00	4.596.500,00	4.630.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-923.210,96	-1.210.500,00	-4.956.600,00	-4.531.500,00	-4.561.500,00	-4.595.400,00
05.	= Jahresergebnis	-923.210,96	-1.210.500,00	-4.956.600,00	-4.531.500,00	-4.561.500,00	-4.595.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.307,36	8.900,00	8.900,00	8.900,00	8.900,00	8.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-9.307,36	-8.900,00	-8.900,00	-8.900,00	-8.900,00	-8.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-932.518,32	-1.219.400,00	-4.965.500,00	-4.540.400,00	-4.570.400,00	-4.604.300,00

Produkt 111-031 Betriebskrippe		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-031	Betriebskrippe
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke	
Kurzbeschreibung	Einrichtung und Unterhaltung einer kreiseigenen betrieblichen Kindertagesbetreuung in Form von zwei Krippengruppen.	
Zielgruppe	intern: Bedienstete des Landkreis extern: anteilig Kinder und Familien aus dem Stadtgebiet Hildesheim	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Beschluss des Kreistages zur Vorlage 377/XIX vom 16.03.2023	
Sachziele	Die Betriebskrippe soll als wesentliches Element der Mitarbeiterbindung und anwerbung genutzt werden. Durch die Implementierung vor Ort sollen Mitarbeiter*innen dauerhaft an den Landkreis Hildesheim als Arbeitgeber gebunden werden und die Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber Landkreis Hildesheim gesteigert werden. Weiterhin soll im Wettbewerb um Arbeitskräfte ein Standortvorteil geschaffen werden.	
Qualitätsziele	Förderung der Kinder anhand eines qualitativ hochwertigen pädagogischen Konzeptes	
Leistungen	111-031	Betriebskrippe

Teilergebnishaushalt Produkt 111-031 Betriebskrippe

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.01	- Personalaufwendungen			14.300,00	15.500,00	15.800,00	16.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			14.300,00	15.500,00	15.800,00	16.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis			-14.300,00	-15.500,00	-15.800,00	-16.200,00
05.	= Jahresergebnis			-14.300,00	-15.500,00	-15.800,00	-16.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)			-14.300,00	-15.500,00	-15.800,00	-16.200,00

Investitionen Produkt 111-031 Betriebskrippe

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I24407-001 Betriebskrippe im Kreishaus Hildesheim 05.01 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		- 1.079.000,00 1.079.000,00				

Produkt 111-032 Sozialplanung		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	11	Innere Verwaltung
Produktgruppe	111	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	111-032	Sozialplanung
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Dez. 4 - Benjamin Knollmann	
Kurzbeschreibung	Die Sozialplanung hat die Planungsaufgabe, Sozialleistungen so zu gestalten, dass sie zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit beiträgt.	
Zielgruppe	intern: Ämter des Landkreises Hildesheim extern: alle Menschen im Landkreis Hildesheim	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 1 SGB (1)	
Sachziele	Sozialleistungen so zu gestalten, dass sie zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit beitragen und möglichst effizient und aufeinander abgestimmt sind.	
Qualitätsziele	Sozialplanung hat das Ziel, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Sie zielt auf soziale Gerechtigkeit und den Abbau regionaler Ungleichheit.	
Leistungen	111-032	Sozialplanung

Teilergebnishaushalt Produkt 111-032 Sozialplanung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			13.000,00			
01.12	= Summe ordentliche Erträge			13.000,00			
02.01	- Personalaufwendungen			4.300,00	5.400,00	5.400,00	5.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen			24.100,00	9.100,00	9.100,00	9.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			28.400,00	14.500,00	14.500,00	14.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis			-15.400,00	-14.500,00	-14.500,00	-14.600,00
05.	= Jahresergebnis			-15.400,00	-14.500,00	-14.500,00	-14.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)			-15.400,00	-14.500,00	-14.500,00	-14.600,00

Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung	
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten	
Produkt	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 913 - Constanze Sickfeld / Heiko König		
Kurzbeschreibung	Regelung des Aufenthaltes von Ausländerinnen und Ausländern sowie Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern und ihrer Familienangehörigen, Standesamtsaufsicht, Klärung von Namensführung und Änderung bestehender namensrechtl. Gegebenheiten, Klärung bzw. Mitwirkung und Änderung bestehender Staatsangehörigkeitsverhältnisse, Fachaufsicht im Pass-, Ausweis- und Melderecht		
Zielgruppe	intern: --- extern: Ausländerinnen und Ausländer, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und sonstige Einwohner mit Migrationshintergrund, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Bekannte und Verwandte, beteiligte Behörden (Botschaften, ARGE, Arbeitsagenturen, BAMF); Integrationskursträger Spätaussiedler; Antragstellerinnen und Antragsteller in staatsangeh. rechtl. u. namensrechtl. Fragen; Standesbeamte u. andere Ratsuchende; Kreisangeh. Städte, Samtgem. u. Gemeinden als Pass-, Ausweis-, Meldebehörden (ohne Stadt Hi.); Einwohnerinnen und Einwohner in Fachaufsichtsbeschwerdeangelegenheiten		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	AufenthG mit Durchf.Voen; FreizügigkeitsG/EU; AsylVfG; AZRG mit DurchfVO, bi- und multilaterale Abkommen; Erlasse NamÄndG; 1. DV NamÄndG; StAG; StARegG, StAGebVO; PStG, PStV, PStG-VerV; BGB, EGBGB, LPartG; NKomVG (§ 170 ff); ZustVO-NOA (§ 3), Nds. AVO PStG (§ 2)		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtmäßiger Aufenthalt - Beendigung unerlaubter Aufenthalte - Sicherstellung rechtl. korrekter Arbeitsweisen und Entscheidungen durch Standesämter und Gemeinden - Sicherstellen der Personenstandsbücher für den Fall des Verlustes - Interesse bzw. positive Weiterentwicklung der Antragstellerinnen und Antragsteller bei NamÄndV. - rechtl. Klärung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse 		
Qualitätsziele	Z-122-003-201: Prüfungsrhythmus 4 Gemeinden pro Jahr Z-122-003-301: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-122-003-106 Aufenthaltsrechtl. Erlaubnisse/Duldungen (Anzahl)	0,00	4.700,00	7.800,00
G-122-003-107 Begründung der Ausreisepflicht (Anzahl)	0,00	90,00	88,00
G-122-003-108 Durchsetzung der Ausreisepflicht (Anzahl)	0,00	20,00	40,00
G-122-003-109 Anzahl Entsch.über Asyl-und sonst.begl.Maßn. (Anzahl)	0,00	2.400,00	3.000,00

Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

G-122-003-110 Standesamt u. Fachaufs. über Pass/Meldebehörden (Anzahl)	0,00	1.500,00	170,00
G-122-003-111 Namensänderungen und sonstige Namensgebung (Anzahl)	0,00	50,00	55,00
G-122-003-112 Staatsangehörigkeitsang. Einbürgerungen sonstiges (Anzahl)	0,00	1.500,00	2.200,00
ZK-122-003-201 Überprüfte Gemeinden p.a. - (Anzahl)	0,00	4,00	4,00
ZK-122-003-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	122-003	Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht
	122-003-0001	Aufenthaltsrechtl. Erlaubnisse/Duldungen
	122-003-0002	Begründung der Ausreisepflicht
	122-003-0003	Durchsetzung der Ausreisepflicht
	122-003-0004	Entsch. über asyl- u. sonst. begl. Maßn.
	122-003-0005	Standesamt- u. Fachaufsicht über die Pass- u. Meldebehörden
	122-003-0006	Namensänderungen u. sonstige Namensgebungen
	122-003-0007	Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, Einbürgerungen, sonstiges
	122-003-0008	Förderung der Integration (bis 2014)

Teilergebnishaushalt Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Landesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	150.803,95	148.800,00	148.800,00	150.700,00	153.500,00	155.500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.089,00	4.100,00	4.100,00	4.100,00	4.200,00	4.200,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	154.892,95	152.900,00	152.900,00	154.800,00	157.700,00	159.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.665.901,38	1.675.700,00	1.785.800,00	1.840.100,00	1.888.100,00	1.940.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	119.931,59	98.500,00	174.400,00	173.900,00	173.300,00	174.200,00
02.04	- Abschreibungen	16.068,74	13.200,00	14.500,00	14.600,00	14.700,00	14.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	79.489,13	54.200,00	16.400,00	16.400,00	16.400,00	16.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.881.390,84	1.841.600,00	1.991.100,00	2.045.000,00	2.092.500,00	2.146.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.726.497,89	-1.688.700,00	-1.838.200,00	-1.890.200,00	-1.934.800,00	-1.986.600,00
05.	= Jahresergebnis	-1.726.497,89	-1.688.700,00	-1.838.200,00	-1.890.200,00	-1.934.800,00	-1.986.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	81.739,00	85.100,00	100.600,00	100.600,00	100.600,00	100.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-81.739,00	-85.100,00	-100.600,00	-100.600,00	-100.600,00	-100.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.808.236,89	-1.773.800,00	-1.938.800,00	-1.990.800,00	-2.035.400,00	-2.087.200,00

Investitionen Produkt 122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I19913-001 Dokumentendrucker	-1.700,00	-2.000,00		-2.000,00	-2.000,00	
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.700,00	2.000,00		2.000,00	2.000,00	
I21913-001 Software Amt 913 - NEU -		-38.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		38.000,00				

Produkt 122-010 Obdachlosenangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	12	Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	122	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	122-010	Obdachlosenangelegenheiten

Verantwortlich Amt 913 - Constanze Sickfeld / Heiko König

Kategorie freiwillige Aufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Teilergebnishaushalt Produkt 122-010 Obdachlosenangelegenheiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.049.539,74					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	4.049.539,74					
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6.331.396,94					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	6.331.396,94					
03.	= Ordentliches Ergebnis	-2.281.857,20					
05.	= Jahresergebnis	-2.281.857,20					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-2.281.857,20					

Produkt 311-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender	
Kurzbeschreibung	<p>Der überörtliche Träger der Sozialhilfe (das Land Niedersachsen) erstattet den örtlichen Trägern der Sozialhilfe (Landkreis Hildesheim) die durch die Heranziehung nach § 4 II Nds. AG SGB IX/XII entstandenen Aufwendungen. Dabei beteiligt sich das Land Niedersachsen zu 33,3 % (2022) an den Aufwendungen des örtlichen Trägers der Sozialhilfe. die Beteiligung der örtlichen Trägers an den Aufwendungen des Landes liegt im Jahr 2022 bei 10%.</p>	
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Land Niedersachsen als übergeordneter Träger Stadt Hildesheim als herangezogene Kommune für die Aufgabenerledigung</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - SGB XII - Nds. AG SGB IX/XII - DVO Nds. AG SGB IX/XII 	
Leistungen	311-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Teilergebnishaushalt Produkt 311-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB XII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	19.592.715,06	22.445.600,00	23.505.200,00	24.562.900,00	25.668.200,00	26.823.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	19.592.715,06	22.445.600,00	23.505.200,00	24.562.900,00	25.668.200,00	26.823.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	11.875.763,01	14.554.100,00	16.108.100,00	16.519.700,00	17.263.100,00	18.039.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	11.875.763,01	14.554.100,00	16.108.100,00	16.519.700,00	17.263.100,00	18.039.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	7.716.952,05	7.891.500,00	7.397.100,00	8.043.200,00	8.405.100,00	8.783.400,00
05.	= Jahresergebnis	7.716.952,05	7.891.500,00	7.397.100,00	8.043.200,00	8.405.100,00	8.783.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	7.716.952,05	7.891.500,00	7.397.100,00	8.043.200,00	8.405.100,00	8.783.400,00

Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender

Kurzbeschreibung Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) wird nach dem 3. Kapitel Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch - gewährt und umfasst insbesondere für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die Leistungsberechtigten, die nicht in einer Einrichtung wohnen, erhalten die Sozialhilfeleistung in Form von mtl. Regelsätzen und einmaligen Leistungen; Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen, angemessenen Aufwendungen erbracht. Im stationären Bereich wird im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt ein Barbeitrag zur persönlichen Verfügung gewährt, dessen Auszahlung i.d.R. mit weiteren Sozialhilfeleistungen erfolgt.

Zielgruppe intern: ---
extern: Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln sicherstellen können und die keine vorrangige Leistungen, wie z.B. Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II oder XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage §§ 27 - 40 SGB XII

Sachziele Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.

Qualitätsziele Z-311-101-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen - enge Zusammenarbeit mit anderen Sozialhilfeträgern
- unbürokratische Beratung und Bearbeitung

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-101-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
G-311-101-001 Hilfeempfänger/innen lfd. Leistungen - (Anzahl)	0,00	240,00	230,00
G-311-101-002 Fallzahl einmal. Leistungen an Empf. lfd. Leistungen - (Anzahl)	0,00	20,00	40,00
G-311-101-003 Fallzahl einmal. Leistungen an Empf. sonst. Leistungen - (Anzahl)	0,00	4,00	3,00
G-311-101-004 Finanzleistungen - Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	454.000,00	469.300,00
G-311-101-005 Finanzleistungen - Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	919.000,00	1.172.100,00

Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Leistungen	311-101	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)
	311-101-0001	Amt 403-Laufende Leistungen
	311-101-0001-01	Amt 403-Laufende Leistungen - innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-101-0001-02	Amt 403-Laufende Leistungen - innerhalb der Eingliederungshilfe-
	311-101-0001-03	Amt 403-Laufende Leistungen - innerh. besond. Wohnf.-
	311-101-0002	Amt 403-Enmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen
	311-101-0002-01	Amt 403-Enmalige Leistungen - innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-101-0002-03	Amt 403-Enmalige Leistungen - innerh. besond. Wohnf.-
	311-101-0003	Amt 403-Enmalige Leistungen an sonstige Leistungsberechtigte

Teilergebnishaushalt Produkt 311-101 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	62.930,95	20.300,00	19.400,00	20.000,00	20.900,00	21.900,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	30.439,61					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	93.370,56	20.300,00	19.400,00	20.000,00	20.900,00	21.900,00
02.04	- Abschreibungen	13.059,49					
02.06	- Transferaufwendungen	1.781.194,21	1.474.700,00	1.641.400,00	1.715.400,00	1.792.500,00	1.873.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.794.253,70	1.474.700,00	1.641.400,00	1.715.400,00	1.792.500,00	1.873.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.700.883,14	-1.454.400,00	-1.622.000,00	-1.695.400,00	-1.771.600,00	-1.851.300,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	61.470,10					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	61.470,10					
05.	= Jahresergebnis	-1.639.413,04	-1.454.400,00	-1.622.000,00	-1.695.400,00	-1.771.600,00	-1.851.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.639.413,04	-1.454.400,00	-1.622.000,00	-1.695.400,00	-1.771.600,00	-1.851.300,00

Produkt 311-102 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Bei anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen in ganztägig stationären Einrichtungen wird der gesamte Lebensbedarf durch den Einrichtungsträger sichergestellt ("Versorgung über Tag und Nacht") und als Gesamtpaket erbracht (sogenannte Komplexleistung).</p> <p>Das Paket setzt sich neben Leistungen der Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe auch aus den in diesem Produkt aufgeführten Hilfen zum Lebensunterhalt für z.B. Ernährung, Unterkunft, Taschengeld oder Kleidung zusammen, die insgesamt der Sicherung des Existenzminimums dienen.</p>	
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, ihren notwendigen Lebensunterhalt selbst sicherzustellen</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§§ 27 - 40 SGB XII	
Sachziele	<p>Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).</p> <p>Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.</p>	
Qualitätsziele	<p>Z-311-102-101:</p> <p>Beschäftigungszufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p> <p>Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>	
Leistungen	311-102	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)
	311-102-0001	Amt 402-Laufende Leistungen
	311-102-0001-01	Amt 402-Laufende Leistungen -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-102-0001-02	Amt 402-Laufende Leistungen -innerhalb der Eingliederungshilfe-
	311-102-0002	Amt 402-Einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen
	311-102-0003	Amt 402-Einmalige Leistungen an sonstige Leistungsberechtigte

Teilergebnishaushalt Produkt 311-102 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	254.344,95	90.000,00	215.000,00	224.600,00	234.700,00	245.300,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	3,44					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	254.348,39	90.000,00	215.000,00	224.600,00	234.700,00	245.300,00
02.04	- Abschreibungen	458,01					
02.06	- Transferaufwendungen	396.482,72	530.000,00	430.000,00	449.400,00	469.600,00	490.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	396.940,73	530.000,00	430.000,00	449.400,00	469.600,00	490.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-142.592,34	-440.000,00	-215.000,00	-224.800,00	-234.900,00	-245.500,00
05.	= Jahresergebnis	-142.592,34	-440.000,00	-215.000,00	-224.800,00	-234.900,00	-245.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-142.592,34	-440.000,00	-215.000,00	-224.800,00	-234.900,00	-245.500,00

Produkt 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-103	Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 407 - Steffen Schwenke

Kurzbeschreibung Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 SGB XII) an Personen, die diese Bedarfe nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken können.

Zielgruppe
intern: ---
extern: - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bzw. deren Eltern und -teile
- Anbieterinnen und Anbieter im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele Z-311-103-001:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-103-001 Fallzahl - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (Anzahl)	0,00	30,00	33,00
G-311-103-002 Finanzleistungen - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (EUR)	0,00	3.000,00	3.300,00
G-311-103-003 Fallzahl - Persönlicher Schulbedarf - (Anzahl)	0,00	50,00	55,00
G-311-103-004 Finanzleistungen - Persönlicher Schulbedarf - (EUR)	0,00	4.000,00	4.400,00
G-311-103-007 Fallzahl - Lernförderung - (Anzahl)	0,00	10,00	11,00
G-311-103-008 Finanzleistungen - Lernförderung - (EUR)	0,00	1.700,00	1.870,00
G-311-103-009 Fallzahl - Mittagsverpflegung - (Anzahl)	0,00	4,00	5,00
G-311-103-010 Finanzleistungen - Mittagsverpflegung - (EUR)	0,00	4.000,00	5.000,00
G-311-103-011 Fallzahl - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (Anzahl)	0,00	20,00	22,00
G-311-103-012 Finanzleist. - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (EUR)	0,00	1.800,00	1.980,00
ZK-311-103-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-103 Hilfe zum Lebensunterhalt (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	10,15					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	10,15					
02.06	- Transferaufwendungen	14.103,49	15.000,00	15.000,00	15.300,00	15.600,00	15.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	14.103,49	15.000,00	15.000,00	15.300,00	15.600,00	15.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-14.093,34	-15.000,00	-15.000,00	-15.300,00	-15.600,00	-15.800,00
05.	= Jahresergebnis	-14.093,34	-15.000,00	-15.000,00	-15.300,00	-15.600,00	-15.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-14.093,34	-15.000,00	-15.000,00	-15.300,00	-15.600,00	-15.800,00

Produkt 311-203 Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-203	Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII
Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung Minderjährige Leistungsberechtigte, die einen Anspruch auf Leistungen des Dritten Kapitel SGB XII haben, erhalten monatlich einen Betrag in Höhe von 20 Euro.		
Zielgruppe intern: --- extern: Minderjährige Leistungsberechtigte, die einen Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII haben		
Kategorie Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage § 145 SGB XII		
Leistungen 311-203 Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII		

Teilergebnishaushalt Produkt 311-203 Leistungen des Sofortzuschlages nach § 145 SGB XII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen			10.000,00	10.500,00	11.000,00	11.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen			10.000,00	10.500,00	11.000,00	11.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis			-10.000,00	-10.500,00	-11.000,00	-11.500,00
05.	= Jahresergebnis			-10.000,00	-10.500,00	-11.000,00	-11.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)			-10.000,00	-10.500,00	-11.000,00	-11.500,00

Produkt 311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	31 Soziale Hilfen
Produktgruppe	311 Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann
Kurzbeschreibung	Engliederungshilfe für behinderte Menschen beinhaltet die Gewährung von Leistungen an Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- oder umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können (§ 2 Abs. 1 SGB IX).
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind. Träger von Einrichtungen der Engliederungshilfe für behinderte Menschen (ambulant, teilstationär, stationär); Institutionen und Verbände im Bereich der Engliederungshilfe für behinderte Menschen; Land Niedersachsen, Stadt Hildesheim.
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- SGB IX - Sozialgesetzbuch Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe
Sachziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die sozialhilferechtlichen Leistungen entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX und SGB XII bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient zu erbringen. Wechsel von einer überwiegend einrichtungsorientierten zu einer konsequent personenorientierten Leistungserbringung: Insbesondere durch regelmäßige und standardisierte Teilhabe- und Gesamtplanungen wird sichergestellt und gesteuert, dass - die Hilfebedarfe der behinderten Menschen so differenziert wie möglich erfasst und beschrieben werden, - die Selbsthilfemöglichkeiten und die Ressourcen der Familienhilfe, Nachbarschaftshilfe und des Bürgerschaftlichen Engagements erfasst, aktiviert und in die zielorientierte Leistungserbringung integriert werden, - passgenaue Hilfen und Leistungen initiiert und organisiert werden, - die Wirksamkeit der gewährten Hilfen und Leistungen durch regelmäßige Überprüfungen der Zielerreichung kontrolliert und ggf. steuernd Einfluss genommen wird. 2. Insbesondere durch Planung und strukturelle Maßnahmen wird sichergestellt und gesteuert, dass - die Selbsthilfemöglichkeiten und Ressourcen der Familienhilfe, Nachbarschaftshilfe und des Bürgerschaftlichen Engagements erfasst, aktiviert und in die zielorientierte Leistungserbringung integriert werden, - eine in Quantität und Qualität ausreichende sowie nach den Bedarfen differenzierte sowie ortsnahe Versorgungsstruktur geschaffen wird, - durch aktive Öffentlichkeitsarbeit neue Hilfe- und Betreuungsangebote vorgestellt werden und Transparenz über die bestehende Versorgungsstruktur geschaffen wird, - die Vernetzung der im Bereich der Engliederungshilfe für behinderte Menschen tätigen Institutionen und Anbieter gefördert wird. 3. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.
Qualitätsziele	Z-311-301-001:

Produkt 311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen

Landkreis Hildesheim

Die sozialrechtlichen Leistungen entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX und SGB XII bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient erbringen.

Insbesondere sollen Teilhabeeinschränkungen behinderter Menschen durch Teilhabeplanungen und darauf basierende Hilfeleistungen möglichst entfallen, verringert oder vor Verschlimmerung bewahrt werden.

Ziele und Maßnahmen im Einzelfall sind an den Verlauf der Hilfestellung anzupassen.

Z-311-301-201:

Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen

ZM-311-301-101:

Erarbeitung, Fortschreibung und Begleitung der Umsetzung von Konzepten zur Durchführung von Teilhabe- und Gesamtplanungen

ZM-311-301-102:

Fortschreibung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Optimierung der Versorgungsstruktur im Landkreis Hildesheim, Analyse der Versorgungssituation im Landkreis Hildesheim zur Identifizierung quantitativer oder qualitativer Versorgungslücken

ZM-311-301-103:

Durchführung von und Beteiligung an Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

ZM-311-301-104:

Kooperation mit Institutionen und Anbietern, Bildung schwerpunktmäßiger Arbeitsgruppen

ZM-311-301-105:

Ständige Analyse der Personenzahlen im Leistungsbezug (sh. dazu Grundkennzahlen)

ZM-311-301-106:

Überarbeitung der Maßnahmen und Kennzahlen zum Haushaltsjahr 2018. Die anstehenden Gesetzesänderungen (Bundesteilhabegesetz, Neufassung SGB VIII) werden erhebliche Veränderungen der Anspruchsgrundlagen und der Aufgabeninhalte mit sich bringen. Eine Überarbeitung für das Haushaltsjahr 2017 ist daher nicht sinnvoll.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-301-001 Personen im Leistungsbezug, ohne Stadt Hi - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-002 Personen in stationären Einrichtungen, ohne Stadt Hi - (Anz.)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-003 Pers. in teilstat. Einr. ohne zusätzl. stat. Leist., ohne StadtHi	0,00	0,00	0,00
G-311-301-004 Pers.,die amb.Leist.(u.zusätzl.weitere Leist.)erh.,ohne StadtHi	0,00	0,00	0,00
G-311-301-005 Pers.,die nur amb.Leistungen erhalten,ohne Stadt Hi - (Anz.)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-017 Anzahl ambulanter Anbieter - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-018 Finanzleistungen, ambulant (EUR)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-019 Finanzleistungen, teilstationär (EUR)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-020 Finanzleistungen, stationär (EUR)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-101 Neuanträge EGH (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-102 Teilhabeplanungen (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-103 Gesamtplanungen (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-110 Teilhabeeinschränkung entfallen (Anzahl Fälle)	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-111 Teilhabeeinschränkung verringert (Anzahl Fälle)	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-112 Teilhabeeinschränkung unverändert/nicht verschlimmert (Anzahl Fäl	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-113 Teilhabeeinschränkung verschlimmert (Anzahl Fälle)	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-114 Zielanpassung (Anzahl Fälle)	0,00	0,00	0,00
Z-311-301-115 Maßnahmenanpassung (Anzahl Fälle)	0,00	0,00	0,00

Produkt 311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen

Landkreis Hildesheim

ZK-311-301-101 Wirk. Hpl.: stat. Leist. in teilstat. Leist. (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-102 Wirk. Hpl.: stat. Leist. in ambu. Leist. (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-103 Wirk. Hpl.: stat. Leist. in kein Bedarf (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-104 Wirk. Hpl.: teilstat. Leist. in ambu. Leist. (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-105 Wirk. Hpl.: teilstat. Leist. in kein Bedarf (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-106 Wirk. Hpl.: ambu. Leist. in kein Bedarf (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-107 Wirk. Hpl.: teilstat. Leist. in stat. Leist. (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-108 Wirk. Hpl.: ambu. Leist. in teilstat. bzw. stat. Leist. (Anz.)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-109 Wirk. Hpl.: ohne Veränderung (Anz.)	0,00	0,00	0,00
G-311-301-101 Neuanträge EGH (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-311-301-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	0,00	0,00

Leistungen	311-301	Engliederungshilfe für behinderte Menschen
	311-301-0001	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
	311-301-0002	Hilfe zur Ausbildung, Teilhabe am Arbeitsleben und Beschäftigung
	311-301-0003	Hilfe zu einer angemessenen Ausbildung
	311-301-0003-01	Hilfen in Tagesbildungsstätten
	311-301-0003-02	Hilfen durch den Einsatz von Integrationshelfern
	311-301-0003-03	Hilfen in Förderschulen in freier Trägerschaft
	311-301-0003-04	sonstige Hilfen
	311-301-0003-05	Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf
	311-301-0003-06	Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit
	311-301-0004	Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen
	311-301-0005	Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben
	311-301-0006	Hilfe in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten
	311-301-0007	Nachgehende Hilfe
	311-301-0008	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
	311-301-0008-01	Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft-Hilfsmittel
	311-301-0008-02	Leistungen f. sprach- u. hörgeschädigte Kinder
	311-301-0008-02-01	Leistungen in Sprachheilheimen f. sprach- u. hörgeschädigte Kinder
	311-301-0008-02-02	Leistungen in Sonderkindergärten f. sprach- u. hörgeschädigte Kinder
	311-301-0008-03	Leistungen in anderen Sonderkindergärten
	311-301-0008-04	Leistungen i. Integrationskindergärten u. i. R. v. Einzelintegration
	311-301-0008-04-01	Leistungen i. Integrationskindergärten u. i. R. v. Einzelintegration
	311-301-0008-04-02	Leistungen i. Integrationskrippen u. i. R. v. Einzelintegration
	311-301-0008-05	Sonstige Leistungen
	311-301-0008-06	Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten
	311-301-0008-07	Hilfen zur Förderung der Verständigung mit der Umwelt
	311-301-0008-08	Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer Wohnung
	311-301-0008-09	Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten
	311-301-0008-09-01	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.unter 60-jähr., geistig behind.Menschen
	311-301-0008-09-02	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.unter 60-jähr., körperl.behind.Menschen
	311-301-0008-09-03	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.unter 60-jähr., seel.behind.Menschen
	311-301-0008-09-04	Hilfen betr. Wohnmöglichk unter 60jähr.,chron.mehrf. beeintr. abhängige Menschen

Produkt 311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen

Landkreis Hildesheim

311-301-0008-09-05	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.über 60-jähr., geistig behind.Menschen
311-301-0008-09-06	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.über 60-jähr., körperl.behind.Menschen
311-301-0008-09-07	Hilfen in betreuten Wohnmöglichkeiten f.über 60-jähr., seel.behind.Menschen
311-301-0008-09-08	Hilfen betr. Wohnmöglichk über 60jähr.,chron.mehrf. beeintr. abhängige Menschen
311-301-0008-10	Hilfen f.d. Wohnen in Wohnstätten
311-301-0008-10-01	Hilfen f.d. Wohnen in Wohnstätten für geistig behinderte Menschen
311-301-0008-10-02	Hilfen f.d. Wohnen in Wohnstätten für körperlich behinderte Menschen
311-301-0008-10-03	Hilfen f.d. Wohnen in Wohnstätten für seelisch behinderte Menschen
311-301-0008-10-04	Hilfen Wohnen in Wohnstätten f.chronisch mehrfach beeintr. abhängige Menschen
311-301-0008-11	Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben
311-301-0008-12	Andere Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
311-301-0009	Wechsel von stationär zu ABW -subventioniert-
311-301-0009-01	ABW (subventioniert) f. unter 60-jähr., geistig behind. Menschen
311-301-0009-02	ABW (subventioniert) f. unter 60-jähr., körperlich behind. Menschen
311-301-0009-03	ABW (subventioniert) f. unter 60-jähr., seel. behind. Menschen
311-301-0009-04	ABW (subventioniert) f. unter 60-jähr., chron.mehrf. suchtschäd. Menschen
311-301-0010	Sonstige Leistungen und Hilfen der Engliederungshilfe

Teilergebnishaushalt Produkt 311-301 Engliederungshilfe für behinderte Menschen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	-5.500,38					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	-5.500,38					
02.04	- Abschreibungen	5.592,41					
02.06	- Transferaufwendungen	142,25					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	5.734,66					
03.	= Ordentliches Ergebnis	-11.235,04					
05.	= Jahresergebnis	-11.235,04					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-11.235,04					

Produkt 311-401 Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII	
Produkt	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	Zu den Hilfen zur Gesundheit nach dem Fünften Kapitel SGB XII gehören die Vorbeugende Gesundheitshilfe, die Hilfe bei Krankheit, die Hilfe zur Familienplanung, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft und die Hilfe bei Sterilisation. Die Aufgaben bestehen aus den Einzelfallhilfen sowie aus der Abrechnung der Gesamtaufwendungen mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des Quotalen Systems. Umsetzung der Heranziehung der Stadt Hildesheim zu den Aufgaben des SGB XII, Einbeziehung der Gesamtaufwendungen in das Controllingssystem zum Finanzvertrag, Abrechnung mit der Stadt Hildesheim.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die nicht Mitglied einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung sind und die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nur unzureichende medizinische Versorgung erhalten. Stadt Hildesheim und Land Niedersachsen.		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	§§ 47 - 52 SGB XII		
Sachziele	- Sicherstellung der notwendigen Krankenversorgung - unbürokratische Hilfestellung - Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.		
Qualitätsziele	Z-311-401-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Maßnahmen	- enge Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Apothekenabrechnungsstellen, Arztpraxen sowie sonstigen Dienstleistern		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-401-001 Hilfeempf., Übernahme Krankenbehandlung § 264 SGB V - (Anzahl)	0,00	105,00	210,00
G-311-401-002 Finanzleistungen - Sozialhilfe - (EUR)	0,00	689.800,00	1.500.000,00
ZK-311-401-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	311-401	Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)	
	311-401-0001	Vorbeugende Gesundheitshilfe (Amt 403)	
	311-401-0002	Hilfe bei Krankheit - außerhalb § 264 Abs. 7 SGB V- (Amt 403)	
	311-401-0003	Hilfe zur Familienplanung (Amt 403)	
	311-401-0004	Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft (Amt 403)	
	311-401-0005	Hilfe bei Sterilisation (Amt 403)	

Produkt 311-401 Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

311-401-0006

Übernahme der Krankenbehandlung gem. § 264 Abs. 7 SGB V (Amt 403)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-401 Hilfen zur Gesundheit (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	3.500,00	100,00	100,00	200,00	200,00	200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	901.883,35	1.534.500,00	1.500.000,00	1.410.900,00	1.474.400,00	1.540.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	905.383,35	1.534.600,00	1.500.100,00	1.411.100,00	1.474.600,00	1.540.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-905.383,35	-1.534.600,00	-1.500.100,00	-1.411.100,00	-1.474.600,00	-1.540.900,00
05.	= Jahresergebnis	-905.383,35	-1.534.600,00	-1.500.100,00	-1.411.100,00	-1.474.600,00	-1.540.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-905.383,35	-1.534.600,00	-1.500.100,00	-1.411.100,00	-1.474.600,00	-1.540.900,00

Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII	
Produkt	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	<p>Zu den Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem Neunten Kapitel SGB XII gehören die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, die Altenhilfe, Blindenhilfe, die Hilfe in sonstigen Lebenslagen und Bestattungskosten. Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sind zu erbringen, wenn bei Personen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind und sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, diese Schwierigkeiten zu überwinden (§ 67 SGB XII). Die Aufgaben bestehen aus der Gewährung der Einzelfallhilfen sowie der Planungs- und Querschnittsarbeit. Dazu gehören: Schaffung und Gestaltung von strukturellen Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Personen, bei denen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (z.B. Nichtsesshafte), - Hilfen in anderen Lebenslagen erforderlich sind (z. B. im Rahmen der Altenhilfe). 		
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Personen, bei denen</p> <ul style="list-style-type: none"> - besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (z.B. Nichtsesshaft), - Hilfen, in deren Lebenslagen erforderlich sind (z.B. Blindenhilfe und Altenhilfe). <p>Weiterhin Träger von Einrichtungen der Hilfen in anderen Lebenslagen / bes. soz. Schwierigkeiten (ambulant, stationär, teilstationär); Institutionen und Verbände im Bereich der Hilfen in anderen Lebenslagen / bes. soz. Schwierigkeiten; Stadt Hildesheim; Land Niedersachsen.</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- §§ 67 - 74 SGB XII		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Personen in besonderen Lebenslagen - angemessene Bearbeitungsdauer <p>Die Bearbeitung erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-311-501-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - unbürokratische Hilfestellungen und einvernehmliche Beilegung von Streitverfahren - fachlich korrekte, an den finanziellen Ressourcen ausgerichtete Umsetzung der geltenden Rechtsnormen 		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-501-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	311-501	Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten	
	311-501-0001	Hilfen zur Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten	
	311-501-0002	Blindenhilfe	

Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Landkreis Hildesheim

311-501-0003	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
311-501-0004	Altenhilfe
311-501-0005	Bestattungskosten
311-501-0006	Hilfe in sonstigen Lebenslagen

Teilergebnishaushalt Produkt 311-501 Hilfen in anderen Lebenslagen/besonderen sozialen Schwierigkeiten

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	542,96					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	24.481,04					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	25.024,00					
02.06	- Transferaufwendungen	245.367,11	332.000,00	338.300,00	353.700,00	369.800,00	386.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	245.367,11	332.000,00	338.300,00	353.700,00	369.800,00	386.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-220.343,11	-332.000,00	-338.300,00	-353.700,00	-369.800,00	-386.300,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	4.000,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	4.000,00					
05.	= Jahresergebnis	-216.343,11	-332.000,00	-338.300,00	-353.700,00	-369.800,00	-386.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-216.343,11	-332.000,00	-338.300,00	-353.700,00	-369.800,00	-386.300,00

Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII	
Produkt	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	<p>Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beinhaltet die Leistungsgewährung an ältere und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen bestreiten können. Dazu gehören: Gewährung der Einzelfallhilfen.</p> <p>Die ausgewiesenen Aufwendungen werden quartalsweise mit dem Land Niedersachsen abgerechnet und zu 100% aus Bundesmitteln gedeckt. Ebenfalls enthalten ist die im Finanzvertrag festgelegte Weiterleitung des Anteiles der Stadt Hildesheim.</p>		
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die die Regelaltersgrenze erreicht oder dauerhaft voll erwerbsgemindert sind und ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrem Einkommen und Vermögen beschaffen können.</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- §§ 41 - 46 SGB XII		
Sachziele	<p>Sicherung eines menschenwürdigen Lebens durch Bereitstellung von Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).</p> <p>Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-311-601-101:</p> <p>Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Maßnahmen	<p>Zusammenarbeit mit anderen Sozialhilfeträgern</p> <p>unbürokratische Hilfestellung</p> <p>einvernehmliche Beteiligung von Streitverfahren</p> <p>fachlich korrekte und praktikable, an den finanziellen Ressourcen ausgerichtete Umsetzung der geltenden Rechtsnormen</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-601-001 Hilfeempf., lfd. Leistungen Grundsicherung im Alter (Anz.)	0,00	800,00	750,00
G-311-601-002 Hilfeempf., 1x Leistungen Grundsicherung im Alter	0,00	40,00	40,00
G-311-601-003 Hilfeempf., lfd. Leistungen Grundsicherung bei Erwerbsminderung	0,00	1.300,00	1.200,00
G-311-601-004 Hilfeempf., 1x Leistungen Grundsicherung bei Erwerbsminderung	0,00	60,00	50,00
G-311-601-005 Finanzleistungen - Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	1.098.000,00	1.098.200,00

Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Landkreis Hildesheim

G-311-601-006 Finanzleistungen - Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	14.861.600,00	17.604.500,00
G-311-601-007 Erstattung Bundesleistung - (EUR)	0,00	35.804.200,00	42.307.700,00
G-311-601-008 Anteil Stadt Hildesheim - (EUR)	0,00	20.393.000,00	23.738.800,00
ZK-311-601-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	311-601	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
	311-601-0001	Leistungen der Grundsicherung im Alter
	311-601-0001-01	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerhalb der Hilfe zur Pflege-
	311-601-0001-02	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerhalb der Engliederungshilfe-
	311-601-0001-03	Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0002	einmalige Leistungen der Grundsicherung im Alter
	311-601-0002-03	einmalige Leistungen der Grundsicherung im Alter -innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0003	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung
	311-601-0003-01	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung -innerha. d. Hilfe z. Pflege-
	311-601-0003-02	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung -inner. d. Engliederungshi.-
	311-601-0003-03	Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsm. - innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0004	einmalige Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung
	311-601-0004-03	einmalige Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsm. - innerh. besond. Wohnf.-
	311-601-0005	Amt 403-Kosten der abgeschlossenen Gutachten

Teilergebnishaushalt Produkt 311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	145.472,54	136.400,00	133.800,00	139.700,00	146.000,00	152.500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	34.101.435,59	37.197.000,00	42.307.700,00	44.211.500,00	46.201.000,00	48.280.100,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	42.131,60					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	34.289.039,73	37.333.400,00	42.441.500,00	44.351.200,00	46.347.000,00	48.432.600,00
02.04	- Abschreibungen	4.100,68					
02.06	- Transferaufwendungen	16.339.025,81	16.447.300,00	18.454.000,00	19.073.400,00	19.931.700,00	20.828.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	19.303.191,25	21.158.000,00	23.738.800,00	24.650.400,00	25.759.700,00	26.918.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	35.646.317,74	37.605.300,00	42.192.800,00	43.723.800,00	45.691.400,00	47.747.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.357.278,01	-271.900,00	248.700,00	627.400,00	655.600,00	685.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	89.880,42					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	89.880,42					
05.	= Jahresergebnis	-1.267.397,59	-271.900,00	248.700,00	627.400,00	655.600,00	685.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.267.397,59	-271.900,00	248.700,00	627.400,00	655.600,00	685.400,00

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	31 Soziale Hilfen
Produktgruppe	311 Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender
Kurzbeschreibung	<p>Hilfe zur Pflege beinhaltet die Gewährung von Leistungen an Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen (§ 61 SGB XII).</p> <p>Gewährung der Einzelfallhilfen. Darüber hinaus Planungs- und Querschnittsarbeit: Schaffung und Gestaltung von strukturellen Rahmenbedingungen, die Pflegebedürftigen dabei helfen, trotz ihres Hilfebedarfs ein möglichst selbstständiges Leben zu führen und dazu beitragen, nach Möglichkeit die Pflegebedürftigkeit zu verringern bzw. zu überwinden. Dienstleitungen gewähren, die dazu beitragen, dass altersbedingte Schwierigkeiten verhütet, gemildert oder überwunden werden können (Schwerpunkt Wohnraumberatung). Planung und Initiierung der zukünftigen Versorgungsstruktur für alte Menschen. Abrechnung der Gesamtaufwendungen mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des Quotalen Systems. Umsetzung der Heranziehung der Stadt Hildesheim zu den Aufgaben des SGB XII. Einbeziehung der Gesamtaufwendungen in das Controlling zum Finanzvertrag, Abrechnung mit der Stadt Hildesheim.</p>
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die wegen Pflegebedürftigkeit in erheblichem Maße der Pflege bedürfen; Pflegeeinrichtungen (ambulant, teilstationär, Kurzzeitpflege und vollstationär); Pflegepersonen; Seniorinnen und Senioren, deren Angehörige und rechtliche Betreuerinnen und Betreuer; Institutionen im Altenbereich; ehrenamtlich Tätige; alte Menschen in altersbedingten Problemsituationen; Stadt Hildesheim; Land Niedersachsen.</p>
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - SGB XI - Sozialgesetzbuch Soziale Pflegeversicherung, Pflegestärkungsgesetz II, III (PSG II, III) - SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe - Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des Sozialgesetz
Sachziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die sozialhilferechtlichen Leistungen entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB XI und SGB XII bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient erbringen. Prüfung der Besonderheiten des Einzelfalles 2. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst; hierüber wird regelmäßig berichtet.
Qualitätsziele	<p>Z-311-801-001: Weiterentwicklung und Steuerung der pflegerischen Versorgungs-/ Infrastruktur auf Grundlage von Kennziffern im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich. Hierbei sollen bis zum Jahr 2029 folgende Zielgrößen erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ambulant: 45 ambulante Pflegedienste und 2.300 betreute Pflegebedürftige - teilstationär: 25 Tagespflegeeinrichtungen mit 500 betreuten Pflegebedürftigen - stationär: 45 Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 3.500 Plätzen

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

Z-311-801-002:

Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Maßnahmen

ZM-311-801-104:

Fortschreibung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Optimierung der Versorgungsstruktur im Landkreis Hildesheim.

ZM-311-801-105:

Durchführung von und Beteiligung an Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

ZM-311-801-106:

Fortführung und Weiterentwicklung der Arbeit in den Wohnraumberatungsstellen im Landkreis Hildesheim.

ZM-311-801-107:

Kooperation mit Institutionen und Anbietern, Bildung schwerpunktmäßiger Arbeitsgruppen

Folgende Grundsätze werden für die Maßnahmen berücksichtigt:

1. Die Hilfebedarfsermittlung und Hilfeplanung erfolgt grundsätzlich bei allen Neuanträgen auf ambulante und stationäre Leistungen.

Es kommen fachlich qualifizierte und standardisierte Verfahren, wie sie u. a. vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge empfohlen werden, zum Einsatz.

2. Die Ermittlung und Erbringung der Leistungen erfolgt unter konsequenter Beachtung aller sozialrechtlich vorgegebenen Ziele und Rechtsgrundsätze.

3. Im Rahmen der Verhandlungen nach §§ 75 ff SGB XII soll gegenüber den Einrichtungen darauf hingewirkt werden, dass sie bei den Investitionskosten nicht unterschiedlich hohe Entgelte von Leistungsberechtigten und Nichtleistungsberechtigten verlangen.

4. Pflegebedürftige sind bei zugelassenen Einrichtungen (§ 72 SGB XI), mit denen zusätzliche Vereinbarungen (§§ 85 ff SGB XI, §§ 75 ff SGB XII) abgeschlossen sind, in der Wahl der Pflegeeinrichtung (innerhalb und außerhalb des Landkreises Hildesheim) und der Art des Zimmers oder Wohnform (Einzel- oder Doppelzimmer) grundsätzlich frei. Von unverhältnismäßigen Mehrkosten ist bei diesen Einrichtungen grundsätzlich nicht auszugehen. Eine Orientierungshilfe ist dabei das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 28.09.2016 (L 15 SO 141/12). Es ist darauf hinzuwirken, dass diese Grundsätze von allen der Fachaufsicht des Landkreises unterstehenden Stellen angewandt werden. Wenn nach Auffassung der Kreisverwaltung bei einer Einrichtung im Gebiet des Landkreises Hildesheim einschließlich der Stad Hildesheim unverhältnismäßige Mehrkosten im o.a. Sinne anfallen, ist dies dem Hauptausschuss umgehend zu berichten. Von einem solchen Fall ist bis zur ersten Berichterstattung nicht auszugehen.

5. Pflegebedürftige der Pflegegrade 2 bis 5, die nach § 43 Abs. 1 SGB XI bzw. § 65 SGB XII Anspruch auf Pflege in stationären Einrichtungen haben, können zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege in einer Einrichtung nach Nr. 4 wählen. Bei diesen Pflegebedürftigen sind vom Landkreis keine weiteren Untersuchungen hinsichtlich ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege vorzunehmen oder in Auftrag zu geben, soweit dieses im begründeten Einzelfall nicht doch geboten ist.

Über diese Fälle ist der Fachausschuss zeitnah zu informieren.

Wenn nach Auffassung der Kreisverwaltung bei einer Einrichtung im Gebiet des Landkreises Hildesheim einschließlich der Stad Hildesheim unverhältnismäßige Mehrkosten im o.a. Sinne anfallen, ist dies dem Hauptausschuss umgehend zu berichten. Von einem solchen Fall ist bis zur ersten Berichterstattung nicht auszugehen.

ZM-311-801-108:

Ständige Analyse der Fallzahlen und Personenzahlen im Leistungsbezug (sh. dazu Grundkennzahlen).

ZM-311-801-109:

Ständige Analyse der Beratungszahlen durch die Pflegestützpunkte und den Einsatz des Machmits-Mobils.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-801-007 Pflegeplätze im LK Hildesheim - (Anzahl)	0,00	3.393,00	3.278,00
G-311-801-008 Stationäre Pflegeeinrichtungen - (Anzahl)	0,00	45,00	44,00
G-311-801-009 Ambulant betreute Wohnformen - (Anzahl)	0,00	5,00	5,00

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

G-311-801-011 Finanzleistungen - Sozialhilfe in Einrichtungen - (EUR)	0,00	5.600.000,00	5.698.900,00
G-311-801-012 Finanzleistungen - Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen - (EUR)	0,00	1.633.100,00	1.306.000,00
G-311-801-013 Tagespflegeeinrichtungen (Anzahl)	0,00	26,00	26,00
G-311-801-014 Betreute Personen in Tagespflegeeinrichtungen (Anzahl)	0,00	430,00	440,00
G-311-801-015 Ambulante Pflegedienste (Anzahl)	0,00	52,00	52,00
G-311-801-016 Betreute Personen durch ambulante Pflegedienste (Anzahl)	0,00	3.750,00	3.800,00
ZK-311-801-111 Beratung durch Pflegestützpunkte zu stat. Leistungen (Anz.)	0,00	150,00	150,00
ZK-311-801-112 Beratung durch Pflegestützpunkte zu ambul. Pflegeleist. (Anz.)	0,00	750,00	900,00
ZK-311-801-113 Beratung durch Pflegestützpunkte zu teilstat. Pflegeleist. (Anz.)	0,00	20,00	20,00
ZK-311-801-114 Beratung durch Pflegestützpunkte zu and. Betreuungsformen (Anz.)	0,00	500,00	500,00
ZK-311-801-115 Beratung durch Pflegestützpunkte zu Wohnraumgestaltungen (Anz.)	0,00	150,00	150,00
ZK-311-801-116 Beratung durch Machmits-Mobil zu Themen Pflege/Senioren (Anz.)	0,00	50,00	50,00
ZK-311-801-117 Beratung durch Machmits-Mobil zu Wohnraumgestaltung (Anz.)	0,00	20,00	20,00
ZK-311-801-118 Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Anz.)	0,00	30,00	30,00
ZK-311-801-006 Beschäftigtenzufriedenheit (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	311-801	Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)
	311-801-0000	Pflegegeld (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-01	Pflegegeld - Pflegegrad 1 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-02	Pflegegeld - Pflegegrad 2 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-03	Pflegegeld - Pflegegrad 3 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-04	Pflegegeld - Pflegegrad 4 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0000-05	Pflegegeld - Pflegegrad 5 (§ 64a SGB XII)
	311-801-0001	Häusliche Pflegehilfe (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-01	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 1 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-02	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 2 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-03	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 3 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-04	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 4 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0001-05	Häusl. Pflegehilfe - Pflegegrad 5 (§ 64b SGB XII)
	311-801-0002	Verhinderungspflege (§ 64c SGB XII)
	311-801-0003	Pflegehilfsmittel (§ 64d SGB XII)
	311-801-0004	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes (§ 64e SGB XII)
	311-801-0005	Andere Leistungen (§ 64f SGB XII)
	311-801-0005-01	Beiträge Pflegeperson / bes. Pflegekraft f. Alterssicherung (§ 64f Abs. 1)
	311-801-0005-02	Beratungskosten für die Pflegeperson (§ 64f Abs. 2 SGB XII)
	311-801-0005-03	Kostenübernahme für das Arbeitgebermodell (§ 64f Abs. 3 SGB XII)
	311-801-0006	Entlastungsbetrag (§§ 66 und 64i SGB XII)
	311-801-0006-01	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 1 (§ 66 SGB XII)
	311-801-0006-02	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 2 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-03	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 3 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-04	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 4 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0006-05	Entlastungsbetrag - Pflegegrad 5 (§ 64i SGB XII)
	311-801-0007	Teilstationäre Pflege (Tages- oder Nachtpflege) (§ 64g SGB XII)

Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

311-801-0008	Kurzzeitpflege (§ 64h SGB XII)
311-801-0009	Stationäre Pflege (§ 65 SGB XII)
311-801-0009-01	Stationäre Pflege - Pflegegrad 1 (§ 65 SGB XII)
311-801-0009-02	Stationäre Pflege - Pflegegrad 2 (§ 65 SGB XII)
311-801-0009-03	Stationäre Pflege - Pflegegrad 3 (§ 65 SGB XII)
311-801-0009-04	Stationäre Pflege - Pflegegrad 4 (§ 65 SGB XII)
311-801-0009-05	Stationäre Pflege - Pflegegrad 5 (§ 65 SGB XII)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	113.790,18	45.100,00	42.600,00	44.400,00	46.400,00	48.500,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	72.475,74					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	186.265,92	45.100,00	42.600,00	44.400,00	46.400,00	48.500,00
02.06	- Transferaufwendungen	5.427.141,84	7.128.900,00	7.004.900,00	7.179.400,00	7.502.500,00	7.840.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	5.427.141,84	7.128.900,00	7.004.900,00	7.179.400,00	7.502.500,00	7.840.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-5.240.875,92	-7.083.800,00	-6.962.300,00	-7.135.000,00	-7.456.100,00	-7.791.700,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	111.823,74					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	111.823,74					
05.	= Jahresergebnis	-5.129.052,18	-7.083.800,00	-6.962.300,00	-7.135.000,00	-7.456.100,00	-7.791.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-5.129.052,18	-7.083.800,00	-6.962.300,00	-7.135.000,00	-7.456.100,00	-7.791.700,00

Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII	
Produkt	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	<p>Das Produkt "Verwaltung der Sozialhilfe" umfasst die internen Verwaltungsangelegenheiten des Amtes für Soziales und Senior*innen.</p> <p>Es enthält verschiedene Verwaltungsaufgaben ohne externen Leistungsbezug, wie beispielsweise:</p> <p>Das Verhandeln von Vereinbarungen mit ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen über die Höhe der Vergütungssätze und Investitionskosten oder die Kontrolle und Überwachung von Pflegeeinrichtungen durch die Heimaufsicht.</p> <p>Des Weiteren werden in diesem Produkt Aus- und Fortbildungen, allgemeine Büroaufwendungen, die Widerspruchssachbearbeitung sowie Gerichts- und Sachverständigenkosten ausgewiesen.</p>		
Zielgruppe	<p>intern: Dezernat 4 und Dezernat 1</p> <p>extern: Pflegeeinrichtungen (ambulant, teilstationär und stationär); Pflegepersonen; (zukünftige) Heimbewohnerinnen und -bewohner und deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer; Heimbeiräte und andere Bewohnervertretungen; Heimträgerinnen und -träger und in den Einrichtungen beschäftigtes Personal</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - SGB I, IV, V, IX, X, XI, XII - HeimG - NPflegeG - NuWG 		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Profilierung als effiziente Dienstleistungsbehörde - unbürokratische Aufgabenerledigung - Bürger- und Mitarbeiterorientierung - Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit 		
Qualitätsziele	<p>Z-311-901-101:</p> <p>Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p> <p>Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - kontinuierliche Fort- und Weiterbildungen der Mitarbeiter*innen - Aufbau eines umfassenden Berichtswesens 		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-311-901-001 abgeschl.Vergütungsvereinb.m.amb., teilstat.und stat. Pflegeeinric	0,00	87,00	87,00
G-311-901-002 Festsetzg.d.Investitionskosten nach NPflegeG für teilstat.Enricht	0,00	26,00	26,00
G-311-901-003 Überwachungen durch die Heimaufsicht - (Anzahl)	0,00	95,00	95,00
G-311-903-001 Antragszahlen - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00

Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

ZK-311-901-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
---	------	------	------

Leistungen	311-901	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)
	311-901-0001	Pflegekonferenzen

Teilergebnishaushalt Produkt 311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.500,00					
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	70,11	100,00	800,00	800,00	800,00	800,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	18.490,00	10.100,00	10.100,00	10.500,00	11.000,00	11.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	20.126,97	8.200,00	8.200,00	8.500,00	8.900,00	9.300,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-200,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	41.987,08	18.500,00	19.200,00	19.900,00	20.800,00	21.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	2.654.139,06	2.623.000,00	2.798.600,00	2.884.000,00	2.958.400,00	3.041.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	54.156,24	63.200,00	70.300,00	69.300,00	68.400,00	69.900,00
02.04	- Abschreibungen	4.914,63	2.300,00	5.100,00	5.400,00	5.600,00	5.700,00
02.06	- Transferaufwendungen	202.208,05	268.800,00	298.700,00	258.000,00	263.400,00	269.100,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.682.542,58	1.966.800,00	2.213.900,00	2.154.300,00	2.248.600,00	2.347.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.597.960,56	4.924.100,00	5.386.600,00	5.371.000,00	5.544.400,00	5.733.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-4.555.973,48	-4.905.600,00	-5.367.400,00	-5.351.100,00	-5.523.600,00	-5.711.300,00
05.	= Jahresergebnis	-4.555.973,48	-4.905.600,00	-5.367.400,00	-5.351.100,00	-5.523.600,00	-5.711.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	111.309,72	124.000,00	132.800,00	132.800,00	132.800,00	132.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-111.309,72	-124.000,00	-132.800,00	-132.800,00	-132.800,00	-132.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-4.667.283,20	-5.029.600,00	-5.500.200,00	-5.483.900,00	-5.656.400,00	-5.844.100,00

Produkt 311-902 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII
Produkt	311-902	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Das Produkt "Verwaltung der Sozialhilfe" ist nach dem Produktrahmenplan des Landes Niedersachsen zu bilden. Es enthält verschiedene Verwaltungsaufgaben ohne Leistungsbezug. Dabei Aufgaben des FD 404: Verhandlungen führen und Vereinbarungen treffen mit ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen der Pflege und der Engliederungshilfe für behinderte Menschen über die Höhe der Vergütungssätze und Investitionskosten. Berechnung und Festsetzung der Höhe der Investitionskosten für teilstationäre Pflegeeinrichtungen. Sicherstellung einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner von teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen durch Überwachungen der Heimaufsicht. Zusammenarbeit mit und Zuwendungsgewährung an freigemeinnützige Träger.</p>	
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Engliederungshilfe für behinderte Menschen (ambulant, teilstationär, stationär); Pflegepersonen; (zukünftige) Heimbewohnerinnen und -bewohner und deren Angehörige und Betreuerinnen und Betreuer; Heimbeiräte und andere Bewohnervertretungen; Heimträgerinnen und -träger und in den Einrichtungen beschäftigtes Personal; Investorinnen und Investore und Architektinnen und Architekten; Zuwendungsantragstellerinnen und -antragsteller bzw. Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger.</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe - SGB XI - Sozialgesetzbuch Soziale Pflegeversicherung - Gesetz zur Planung und Förderung von Pflegeeinrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (Niedersächsisches Pflegegesetz - NPflegeG -) - Heimgesetz (HeimG) 	
Sachziele		
Qualitätsziele	<p>Z-311-902-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>	
Leistungen	311-902	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Teilergebnishaushalt Produkt 311-902 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	6,10					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	6,10					
03.	= Ordentliches Ergebnis	-6,10					
05.	= Jahresergebnis	-6,10					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-6,10					

Produkt 311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	311	Grundversorgung und Hilfen in besonderen Lebenslagen nach SGB XII	
Produkt	311-903	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe (§ 34 SGB XII) an Personen, die diese Bedarfe nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken können.		
Zielgruppe	intern: --- extern: - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bzw. deren Eltern und -teile - Anbieterinnen und Anbieter im Bildungs- und Teilhabebereich - Zuwendungsantragstellerinnen und -antragsteller bzw. Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-311-903-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-311-903-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	311-903 311-903-0001	Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407) Bildung und Teilhabe	

Teilergebnishaushalt Produkt 311-903 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	0,75					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	70,22					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	70,97					
02.01	- Personalaufwendungen	14.499,29	13.300,00	19.900,00	22.400,00	22.800,00	23.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	38,07					
02.04	- Abschreibungen	100,29	100,00	100,00	200,00	200,00	200,00
02.06	- Transferaufwendungen	45.000,00	25.000,00	25.000,00			
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	40,01					
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	59.677,66	38.400,00	45.000,00	22.600,00	23.000,00	23.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-59.606,69	-38.400,00	-45.000,00	-22.600,00	-23.000,00	-23.400,00
05.	= Jahresergebnis	-59.606,69	-38.400,00	-45.000,00	-22.600,00	-23.000,00	-23.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	637,54	1.300,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-637,54	-1.300,00	-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-60.244,23	-39.700,00	-47.800,00	-25.400,00	-25.800,00	-26.200,00

Produkt 312-601 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Abwicklung des Bundeszuschusses für Bildung und Teilhabe (Transferleistungen) nach § 28 SGB II einschließlich der Personal- und Sachkosten für die finanzielle und inhaltliche Abwicklung beim Landkreis Hildesheim		
Zielgruppe	intern: --- extern: Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter)		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-601-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-601-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	312-601	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II	

Teilergebnishaushalt Produkt 312-601 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.263.778,41	2.100.000,00	2.100.000,00	2.130.000,00	2.169.000,00	2.197.800,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	16.774,67	20.000,00	20.000,00	20.200,00	20.600,00	20.900,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	2.280.553,08	2.120.000,00	2.120.000,00	2.150.200,00	2.189.600,00	2.218.700,00
02.04	- Abschreibungen	0,01					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	3.192.361,31	2.600.000,00	2.600.000,00	2.641.600,00	2.687.300,00	2.727.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.192.361,32	2.600.000,00	2.600.000,00	2.641.600,00	2.687.300,00	2.727.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-911.808,24	-480.000,00	-480.000,00	-491.400,00	-497.700,00	-509.000,00
05.	= Jahresergebnis	-911.808,24	-480.000,00	-480.000,00	-491.400,00	-497.700,00	-509.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-911.808,24	-480.000,00	-480.000,00	-491.400,00	-497.700,00	-509.000,00

Produkt 312-902 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	312	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	
Produkt	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Verwaltungsaufgaben nach dem SGB II. Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Einrichtung (Jobcenter Hildesheim). Erstattung der Verwaltungskosten an die Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter).		
Zielgruppe	intern: --- extern: - Gemeinsame Einrichtung (Jobcenter Hildesheim)		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-312-902-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-312-902-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	312-902	Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)	

Teilergebnishaushalt Produkt 312-902 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	364.205,92	400.000,00	400.000,00	405.700,00	413.100,00	418.600,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	5,66					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	455,79					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	364.667,37	400.000,00	400.000,00	405.700,00	413.100,00	418.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	112.480,62	77.700,00	83.100,00	87.200,00	89.100,00	91.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	325,78					
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	587.243,91	630.000,00	630.000,00	640.100,00	651.200,00	661.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	700.050,31	707.700,00	713.100,00	727.300,00	740.300,00	752.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-335.382,94	-307.700,00	-313.100,00	-321.600,00	-327.200,00	-333.800,00
05.	= Jahresergebnis	-335.382,94	-307.700,00	-313.100,00	-321.600,00	-327.200,00	-333.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.861,74	5.100,00	6.600,00	6.600,00	6.600,00	6.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-4.861,74	-5.100,00	-6.600,00	-6.600,00	-6.600,00	-6.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-340.244,68	-312.800,00	-319.700,00	-328.200,00	-333.800,00	-340.400,00

Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	313	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Produkt	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 913 - Constanze Sickfeld / Heiko König

Kurzbeschreibung Überprüfung und Entscheidung über Leistungen nach dem AsylbLG, sowie persönliche und telefonische Beratung der Leistungsberechtigten. Widerspruchs- und Kostenerstattungs- sowie Erstattungsverfahren

Zielgruppe intern: ---
extern: Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG; Anbieterinnen und Anbieter im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- Gesetz zur Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Aufnahmegesetz - AufnG)
- SGB XII - Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele Z-313-001-101:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-313-001-013 Fallzahl Bedarfsgemeinschaften - (Anzahl)	0,00	980,00	1.040,00
G-313-001-016 Fallzahl Personen - (Anzahl)	0,00	1.495,00	1.750,00
G-313-001-020 Widersprüche - (Anzahl)	0,00	25,00	25,00
ZK-313-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen	313-001	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
	313-001-0001	Leistungen für den Personenkreis nach § 2 AsylbLG
	313-001-0001-01	§ 2 AsylbLG - Hilfe zum Lebensunterhalt
	313-001-0001-02	§ 2 AsylbLG - Hilfe in besonderen Lebenslagen
	313-001-0001-03	§ 2 AsylbLG - Bildung und Teilhabe
	313-001-0002	Leistungen für den Personenkreis nach § 3 AsylbLG
	313-001-0002-01	§ 3-Grundleistungen, Sachleistungen
	313-001-0002-02	§ 3-Grundleistungen, Wertgutscheine
	313-001-0002-03	§ 3-Grundleistungen, Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse
	313-001-0002-04	§ 3-Grundleistungen, Geldleistungen für den Lebensunterhalt
	313-001-0002-05	§ 3-Grundleistungen, Bildung und Teilhabe

Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

313-001-0003	§ 4-Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt
313-001-0004	§ 5-Arbeitsgelegenheiten
313-001-0005	§ 6-Sonstige Leistungen
313-001-0005-01	§ 6-Sonstige Leistungen, Sachleistungen
313-001-0005-02	§ 6-Sonstige Leistungen, Geldleistungen

Teilergebnishaushalt Produkt 313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	1.302.743,82	959.500,00	1.110.700,00	1.221.700,00	1.282.800,00	1.346.900,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	20.966.599,06	19.821.300,00	23.285.000,00	25.613.500,00	26.894.100,00	28.238.800,00
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2,31					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	44.791,46					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	22.314.136,65	20.780.800,00	24.395.700,00	26.835.200,00	28.176.900,00	29.585.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.171.094,90	1.163.300,00	264.000,00	273.400,00	280.300,00	287.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	27.310,81	21.900,00	22.900,00	22.700,00	22.500,00	22.800,00
02.04	- Abschreibungen	3.498,84	1.300,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	14.481.700,89	15.474.800,00	18.505.700,00	19.638.400,00	20.620.600,00	21.651.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	10.487.336,90	9.449.400,00	14.883.600,00	15.776.400,00	16.565.000,00	17.393.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	26.170.942,34	26.110.700,00	33.678.300,00	35.713.000,00	37.490.500,00	39.357.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.856.805,69	-5.329.900,00	-9.282.600,00	-8.877.800,00	-9.313.600,00	-9.772.000,00
05.	= Jahresergebnis	-3.856.805,69	-5.329.900,00	-9.282.600,00	-8.877.800,00	-9.313.600,00	-9.772.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	47.595,72	50.500,00	67.600,00	67.600,00	67.600,00	67.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-47.595,72	-50.500,00	-67.600,00	-67.600,00	-67.600,00	-67.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.904.401,41	-5.380.400,00	-9.350.200,00	-8.945.400,00	-9.381.200,00	-9.839.600,00

Produktgruppe 314 Eingliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31-35	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Eingliederungshilfe

Teilhaushalt Dezernat 4 – Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 – Herr Hoffmann

Kurzbeschreibung Eingliederungshilfe für behinderte Menschen beinhaltet die Gewährung von Leistungen für Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- oder umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können (sh. § 2 Abs. 1 SGB IX).

Anmerkung: Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit einer seelischen Behinderung werden im Produkt 363-005 des Amtes 406 abgebildet.

Zielgruppe intern: Ämter 403 und 409
extern: Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind.
Träger von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (ambulant, teilstationär und stationär).
Darüber hinaus gehören hierzu auch Institutionen und weitere Verbände, die im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätig sind.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung Eigener/übertragener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX)

Sachziele	<p>1. Die sozialhilferechtlichen Leistungen sind entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient zu erbringen.</p> <p>Hierbei soll durch den Wechsel von einer überwiegend einrichtungsorientierten zu einer konsequent personenzentrierten Leistungserbringung den Anforderungen und Zielen des neuen SGB IX entsprochen werden. Insbesondere durch regelmäßige und standardisierte Teilhabe- und Gesamtplanungen (B.E.Ni-Verfahren) wird sichergestellt und gesteuert, dass ...</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Hilfebedarfe der behinderten Menschen so differenziert wie möglich erfasst und beschrieben werden. - die Selbsthilfemöglichkeiten und die Ressourcen der Familien- und Nachbarschaftshilfe sowie des Bürgerschaftlichen Engagements erfasst, aktiviert und in die zielorientierte Leistungserbringung integriert werden. - passgenaue Hilfen und Leistungen initiiert und organisiert werden. - die Wirksamkeit der gewährten Hilfen und Leistungen durch regelmäßige Überprüfungen der Zielerreichung kontrolliert ggf. steuernd Einfluss genommen wird. <p>2. Insbesondere durch Planung und strukturelle Maßnahmen für den Bereich des örtlichen Trägers der Eingliederungshilfe wird sichergestellt und gesteuert, dass ...</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Ziele nach Ziffer 1. erreicht werden und eine Steuerung der EGH für die behinderten Kinder und Jugendlichen erfolgt. - eine in Quantität und Qualität ausreichende sowie nach den Bedarfen differenzierte sowie ortsnahe Versorgungsstruktur geschaffen wird. - durch aktive Öffentlichkeitsarbeit neue Hilfe- und Betreuungsangebote vorgestellt und Transparenz über die bestehende Versorgungsstrukturen geschaffen wird. - die Vernetzung der im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen tätigen Institutionen und Anbieter gefördert wird. <p>3. Die Bearbeitung der Sozialhilfeleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, soweit wie möglich frei von Barrieren, umfassend und zeitnah (§ 17 Abs. 1 SGB I). Zur Prüfung der Zielerreichung werden die Bearbeitungs- und Durchlaufzeiten regelmäßig erfasst und entsprechend darüber berichtet.</p>
------------------	--

Qualitätsziele	<p>Z-314-000-001: Die sozialrechtlichen Leistungen sind entsprechend der Ziele und Grundsätze des SGB IX bedarfsgerecht, angemessen, effektiv und effizient zu erbringen.</p> <p>Z-314-000-002: Teilhabebeeinträchtigungen behinderter Menschen sollen durch Gesamt- bzw. Teilhabepflichtverfahren und darauf basierende Hilfeleistungen möglichst entfallen, verringert oder vor Verschlimmerung bewahrt werden.</p> <p>Ziele und Maßnahmen im Einzelfall sind an den Verlauf der Hilfestellung anzupassen.</p> <p>Z-314-000-003: Konzepterstellung und Umsetzung sowie Weiterentwicklung der Konzeption zur Umsetzung der Inklusion / der UN-BRK im Landkreis Hildesheim.</p> <p>Z-314-000-004 Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>
-----------------------	--

Maßnahmen zur Zielerreichung	<p>ZM-314-000-001: Durchführung von standardisierten Teilhabe- und Gesamtplanverfahren.</p> <p>ZM-314-000-002: Fortschreibung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Optimierung der Versorgungsstruktur im Landkreis Hildesheim, Analyse der Versorgungssituation im Landkreis Hildesheim zur Identifizierung quantitativer oder qualitativer Versorgungslücken sowie Absprache mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe.</p> <p>ZM-314-000-003: Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Durchführung von eigenen und Beteiligung an externen Veranstaltungen.</p> <p>ZM-314-000-004: Kooperation mit Institutionen und Leistungsanbietern.</p> <p>ZM-314-000-005: Ständige Analyse der Personenzahlen im Leistungsbezug.</p>
-------------------------------------	--

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz laufendes Jahr
G-314-000-001 Personen im Leistungsbezug - örtl. Tr. ohne Stadt Hildesheim (Anzahl)		1000	1.000

G-314-000-002 Personen im Leistungsbezug - überörtl. Tr. ohne Stadt Hildesheim (Anzahl)		1.500	1.600
G-314-000-003 Kinder in I-Gruppen von Kindergärten und Krippen sowie Kinder in Sprachheil- und Sonderkindergärten		340	320
G-314-000-004 Kinder/Jugendliche mit Schulassistenzen in Regel-/Förderschulen (Anzahl)		100	110
G-314-000-005 Leistungen für Schulassistenzen in Regel- und Förderschulen (Euro)		180.000	220.000
G-314-000-006 Beschäftigte in einer Werkstatt (WfbM) und bei einem Anbieter nach § 60 SGB IX (Anzahl)		640	640
G-314-000-007 Assistenzleistungen ü18 / überörtl. Träger (Anzahl)		1.080	1.070
G-314-000-008 Abschluss von Vergütungsvereinbarungen des örtl. Trägers (Anzahl)		15	16
G-314-000-009 Aufträge an den Sozialdienst der EGH (Anzahl)		1.600	1.700
G-314-000-010 Sachlich richtige Entscheidung: Klageverfahren (Anzahl)		7	6
ZK-314-000-100 Gesamtplanverfahren für den örtl./überörtl. Träger der EGH (Anzahl)		1.400	1.400
ZK-314-000-101 B.E.Ni-Bedarfsfeststellungen bei Neuansträgen für Erwachsene ü18 (in %)		90	90
ZK-314-000-102 Einstufung aller Neuansträge innerhalb von 90 (Wochen-) Tagen in die entsprechende Hilfebedarfsgruppe (in %)		90	90
ZK-314-000-103 Angebote an heilpädagogischen Kindergärten (Anzahl)		3	3
ZK-314-000-104 Teilnahme am Nds. Kennzahlenvergleich der EGH (Anzahl)		1	1
ZK-314-000-105 Sachlich richtige Entscheidung: Anteil erfolgreicher Gerichtsverfahren (in %)		75	75
ZK-314-000-106 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)		2	2

Produkt 314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>In diesem Produkt werden die Zahlungen, die zwischen dem Landkreis Hildesheim (örtlicher Träger der Engliederungshilfe) und dem Land Niedersachsen (überörtlicher Träger der Engliederungshilfe) zum Ausgleich der Aufwendungen für die Gewährung von Leistungen sowie Erstattung von Personal- und Sachkosten im Rahmen des Konnexitätsprinzips dargestellt. Darüber hinaus enthält das Produkt die Ausgleichzahlungen zwischen dem Landkreis Hildesheim und der Stadt Hildesheim für die dortige Aufgabenwahrnehmung.</p>	
Zielgruppe	intern: --- extern: Land Niedersachsen als überörtlicher Träger der Engliederungshilfe Stadt Hildesheim als herangezogene Kommune für die Aufgabenerledigung	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§§ 4-8 sowie §§ 22 ff. Nds. AG SGB IX/XII	
Leistungen	314-010	Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX § 22 Nds. AG SGB IX/XII

Teilergebnishaushalt Produkt 314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	81.883.626,59	85.796.400,00	95.811.100,00	100.122.500,00	104.628.100,00	109.336.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	81.883.626,59	85.796.400,00	95.811.100,00	100.122.500,00	104.628.100,00	109.336.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	46.013.826,84	48.469.300,00	57.879.700,00	59.761.800,00	62.451.000,00	65.261.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	46.013.826,84	48.469.300,00	57.879.700,00	59.761.800,00	62.451.000,00	65.261.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	35.869.799,75	37.327.100,00	37.931.400,00	40.360.700,00	42.177.100,00	44.075.000,00
05.	= Jahresergebnis	35.869.799,75	37.327.100,00	37.931.400,00	40.360.700,00	42.177.100,00	44.075.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	35.869.799,75	37.327.100,00	37.931.400,00	40.360.700,00	42.177.100,00	44.075.000,00

Produkt 314-101 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Leistungen zur medizinischen Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen werden erbracht, um Behinderungen einschließlich chronischer Erkrankungen abzuwenden, zu beseitigen, zu mindern, auszugleichen eine Verschlimmerung zu verhüten oder Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, zu überwinden, zu mindern, eine Verschlimmerung zu verhindern oder laufende Sozialleistungen zu mindern.</p> <p>Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation durch den Träger der Engliederungshilfe entsprechen denen der gesetzlichen Krankenversicherung; sie werden entsprechend nur für Personen erbracht, die die erforderlichen Leistungen nicht von anderen erhalten.</p>	
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe.</p> <p>Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. §§ 109 und 110 SGB IX	
Leistungen	314-101	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-101 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	3.114,40	11.000,00	2.000,00	2.200,00	2.200,00	2.400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.114,40	11.000,00	2.000,00	2.200,00	2.200,00	2.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.114,40	-11.000,00	-2.000,00	-2.200,00	-2.200,00	-2.400,00
05.	= Jahresergebnis	-3.114,40	-11.000,00	-2.000,00	-2.200,00	-2.200,00	-2.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.114,40	-11.000,00	-2.000,00	-2.200,00	-2.200,00	-2.400,00

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Leistungen zur Beschäftigung ermöglichen Menschen mit Behinderungen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können,</p> <p>1. eine angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt und</p> <p>2. ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.</p>	
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. § 111 SGB IX	
Leistungen	314-201	Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX
	314-201-0001	L im Arbeitsbereich einer anerK. WfbM § 111 I Nr. 1 i.V.m. §§ 58, 62 SGB IX
	314-201-0001-01	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB-
	314-201-0001-01-01	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 1
	314-201-0001-01-02	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 2
	314-201-0001-01-03	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 3
	314-201-0001-01-04	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 4
	314-201-0001-01-05	L innerhalb einer anerkannten WfbM -kB- HBG 5
	314-201-0001-02	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB-
	314-201-0001-02-01	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 1
	314-201-0001-02-02	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 2
	314-201-0001-02-03	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 3
	314-201-0001-02-04	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 4
	314-201-0001-02-05	L innerhalb einer anerkannten WfbM -gB- HBG 5
	314-201-0001-03	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB-
	314-201-0001-03-01	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 1
	314-201-0001-03-02	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 2

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-201-0001-03-03	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 3
314-201-0001-03-04	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 4
314-201-0001-03-05	L innerhalb einer anerkannten WfbM -sB- HBG 5
314-201-0001-04	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB-
314-201-0001-04-01	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-04-02	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-04-03	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-04-04	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-04-05	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-05	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB-
314-201-0001-05-01	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-05-02	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-05-03	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0001-05-04	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0001-05-05	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-06	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB-
314-201-0001-06-01	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-06-02	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-06-03	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-06-04	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-06-05	L f. WfbM -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0001-07	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB-
314-201-0001-07-01	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-07-02	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-07-03	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0001-07-04	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-07-05	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-08	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB-
314-201-0001-08-01	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-08-02	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-08-03	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0001-08-04	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0001-08-05	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-09	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB-
314-201-0001-09-01	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-09-02	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-09-03	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-09-04	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-09-05	L f. WfbM -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0001-10	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB-
314-201-0001-10-01	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0001-10-02	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0001-10-03	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0001-10-04	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0001-10-05	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0001-11	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB-
314-201-0001-11-01	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0001-11-02	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0001-11-03	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0001-11-04	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 4

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-201-0001-11-05	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0001-12	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB-
314-201-0001-12-01	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0001-12-02	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0001-12-03	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0001-12-04	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0001-12-05	L f. WfbM -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX
314-201-0002-01	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB-
314-201-0002-01-01	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-01-02	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-01-03	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-01-04	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-01-05	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0002-02	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB-
314-201-0002-02-01	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-02-02	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-02-03	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-02-04	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-02-05	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-03	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB-
314-201-0002-03-01	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-03-02	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-03-03	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-03-04	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-03-05	L bei aLA § 111 I Nr. 2 i.V.m. §§ 60, 62 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002-04	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB-
314-201-0002-04-01	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-04-02	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-04-03	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-04-04	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-04-05	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0002-05	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB-
314-201-0002-05-01	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-05-02	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-05-03	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-05-04	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-05-05	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-06	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB-
314-201-0002-06-01	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-06-02	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-06-03	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-06-04	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-06-05	L f. aLA -befristet ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 1 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002-07	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB-
314-201-0002-07-01	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-07-02	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-07-03	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-07-04	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-07-05	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -kB- HBG 5

Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-201-0002-08	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB-
314-201-0002-08-01	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-08-02	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-08-03	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-08-04	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-08-05	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-09	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB-
314-201-0002-09-01	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-09-02	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-09-03	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-09-04	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-09-05	L f. aLA -dauerhaft ausgel. AP- § 219 I 6 Var. 2 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0002-10	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB-
314-201-0002-10-01	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 1
314-201-0002-10-02	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 2
314-201-0002-10-03	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 3
314-201-0002-10-04	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 4
314-201-0002-10-05	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -kB- HBG 5
314-201-0002-11	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB-
314-201-0002-11-01	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 1
314-201-0002-11-02	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 2
314-201-0002-11-03	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 3
314-201-0002-11-04	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 4
314-201-0002-11-05	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -gB- HBG 5
314-201-0002-12	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB-
314-201-0002-12-01	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 1
314-201-0002-12-02	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 2
314-201-0002-12-03	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 3
314-201-0002-12-04	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 4
314-201-0002-12-05	L f. aLa -Außenarbeitsgruppen- § 219 I 4-6 SGB IX -sB- HBG 5
314-201-0003	L f. Budget für Arbeit § 111 I Nr. 3 i.V.m. § 61 SGB IX
314-201-0004	L f. Budget für Ausbildung § 111 I Nr. 4 i.V.m. § 61a SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-201 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	31.687,14		15.000,00	15.600,00	16.300,00	17.100,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	107.669,60					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	139.356,74		15.000,00	15.600,00	16.300,00	17.100,00
02.04	- Abschreibungen	0,01					
02.06	- Transferaufwendungen	12.594.446,07	13.758.400,00	14.388.800,00	14.776.500,00	15.441.400,00	16.136.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	12.594.446,08	13.758.400,00	14.388.800,00	14.776.500,00	15.441.400,00	16.136.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-12.455.089,34	-13.758.400,00	-14.373.800,00	-14.760.900,00	-15.425.100,00	-16.119.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	2.300,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	2.300,00					
05.	= Jahresergebnis	-12.452.789,34	-13.758.400,00	-14.373.800,00	-14.760.900,00	-15.425.100,00	-16.119.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-12.452.789,34	-13.758.400,00	-14.373.800,00	-14.760.900,00	-15.425.100,00	-16.119.100,00

Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung Aufgabe der Teilhabe an Bildung ist es, Leistungsberechtigten eine ihren Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Schulbildung und schulische und hochschulische Aus- und Weiterbildung für einen Beruf zur Förderung ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Zielgruppe intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten. Leistungen zur Teilhabe an Bildung werden an jene Personen aus dieser Gruppe erbracht, die im Rahmen der allgemeinen Schulbildung, Hochschulbildung, schulischen Ausbildung oder Weiterbildung Einschränkungen in ihrer Teilhabe erfahren.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 112 SGB IX

Leistungen	314-301	Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX
	314-301-0001	L zur Teilhabe an Bildung § 112 I Nr. 1 SGB IX
	314-301-0001-01	Hilfen an Schulen in staatlicher Trägerschaft
	314-301-0001-01-01	Schulassistenz in Regelschulen - staatlicher Träger
	314-301-0001-01-02	Schulassistenz in Regelschulen - staatlicher Träger (Arbeitgebermodell)
	314-301-0001-01-03	Schulassistenz in Förderschulen - staatlicher Träger
	314-301-0001-01-04	Schulassistenz in Förderschulen - staatlicher Träger (Arbeitgebermodell)
	314-301-0001-02	Hilfen an Schulen in freier Trägerschaft
	314-301-0001-02-01	L (inkl. Schulassistenz) an Schulen - freier Träger
	314-301-0001-02-02	L (inkl. Schulassistenz) an Schulen - freier Träger (Arbeitgebermodell)
	314-301-0001-02-03	L (inkl. Schulassistenz) an Förderschulen - freier Träger
	314-301-0001-02-04	L (inkl. Schulassistenz) an Förderschulen - freier Träger (Arbeitgebermodell)
	314-301-0001-03	Hilfen in Tagesbildungsstätten
	314-301-0001-03-01	Hilfen in Tagesbildungsstätten - HBG 1 (Regelfall)
	314-301-0001-03-02	Hilfen in Tagesbildungsstätten - HBG 2 (frühkindlicher Autismus)
	314-301-0001-04	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung

Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-301-0001-04-01	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung an minderjährige LB
314-301-0001-04-02	Sonstige Hilfen zur Teilhabe an Bildung an volljährige LB
314-301-0001-04-03	Sonstige Hilfen zur TaB an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX
314-301-0001-04-04	Sonstige Hilfen zur TaB an volljährige LB mit KVI § 134 IV SGB IX
314-301-0002	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. § 112 I Nr. 2 SGB IX
314-301-0002-01	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. § 112 I Nr. 2 SGB IX
314-301-0002-02	L. zur hoch-/schulischen Berufsbild. an LB mit KVI § 134 IV SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-301 Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	101.773,29	305.000,00	129.000,00	134.800,00	140.800,00	147.100,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	43.903,25					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	145.676,54	305.000,00	129.000,00	134.800,00	140.800,00	147.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	9.821.456,29	10.877.200,00	11.244.500,00	11.490.600,00	12.007.700,00	12.548.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	9.821.456,29	10.877.200,00	11.244.500,00	11.490.600,00	12.007.700,00	12.548.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-9.675.779,75	-10.572.200,00	-11.115.500,00	-11.355.800,00	-11.866.900,00	-12.400.900,00
05.	= Jahresergebnis	-9.675.779,75	-10.572.200,00	-11.115.500,00	-11.355.800,00	-11.866.900,00	-12.400.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-9.675.779,75	-10.572.200,00	-11.115.500,00	-11.355.800,00	-11.866.900,00	-12.400.900,00

Produkt 314-401 Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	Leistungen für Wohnraum werden erbracht, um Leistungsberechtigten zu Wohnraum zu verhelfen, der zur Führung eines möglichst selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Lebens geeignet ist. Die Leistungen umfassen Leistungen für die Beschaffung, den Umbau, die Ausstattung und die Erhaltung von Wohnraum, der den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entspricht.	
Zielgruppe	intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. § 113 SGB IX	
Leistungen	314-401	Leistungen für Wohnraum § 113 II Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX
	314-401-0001	Leistungen für Wohnraum § 77 I SGB IX
	314-401-0001-01	L für Wohnraum § 77 I SGB IX - eigene Wohnung
	314-401-0001-02	L für Wohnraum § 77 I SGB IX - besondere Wohnform
	314-401-0001-03	L für Wohnraum § 77 I SGB IX - Wohngemeinschaft
	314-401-0002	L oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX
	314-401-0002-01	L oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - eigene Wohnung
	314-401-0002-02	L oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - besondere Wohnform
	314-401-0002-03	L oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 77 II SGB IX - Wohngemeinschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 314-401 Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 77 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen		45.000,00	45.000,00	47.100,00	49.200,00	51.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen		45.000,00	45.000,00	47.100,00	49.200,00	51.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis		-45.000,00	-45.000,00	-47.100,00	-49.200,00	-51.500,00
05.	= Jahresergebnis		-45.000,00	-45.000,00	-47.100,00	-49.200,00	-51.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)		-45.000,00	-45.000,00	-47.100,00	-49.200,00	-51.500,00

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-501	Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.

Zielgruppe
intern: ---
extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen	314-501	Assistenzleistungen § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX
	314-501-0001	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX
	314-501-0001-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB-
	314-501-0001-01-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 1
	314-501-0001-01-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 2
	314-501-0001-01-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 3
	314-501-0001-01-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 4
	314-501-0001-01-05	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- HBG 5
	314-501-0001-01-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -kB- ehem. amb. oder o. HBG
	314-501-0001-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB-
	314-501-0001-02-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 1
	314-501-0001-02-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 2
	314-501-0001-02-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 3
	314-501-0001-02-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 4
	314-501-0001-02-05	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- HBG 5
	314-501-0001-02-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -gB- ehem. amb. oder o. HBG
	314-501-0001-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB-

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-501-0001-03-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0001-03-02	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 2
314-501-0001-03-03	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- HBG 3
314-501-0001-03-06	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -sB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0001-04	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 1 SGB IX -suchtgB-
314-501-0001-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB-
314-501-0001-05-01	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0001-05-02	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0001-05-03	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0001-05-04	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0001-05-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0001-05-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- o. HBG
314-501-0001-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB-
314-501-0001-06-01	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 1
314-501-0001-06-02	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0001-06-03	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0001-06-04	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0001-06-05	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 5
314-501-0001-06-06	E-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- o. HBG
314-501-0002	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX
314-501-0002-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB-
314-501-0002-01-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0002-01-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0002-01-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0002-01-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0002-01-05	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0002-01-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -kB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB-
314-501-0002-02-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 1
314-501-0002-02-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0002-02-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0002-02-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0002-02-05	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- HBG 5
314-501-0002-02-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-02-07	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -gB- ehem. 2.2.2.2
314-501-0002-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB-
314-501-0002-03-01	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-03	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- HBG 1
314-501-0002-03-06	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -sB- ehem. amb. oder o. HBG
314-501-0002-04	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 II Nr. 2 SGB IX -suchtgB-
314-501-0002-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB-
314-501-0002-05-01	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 1
314-501-0002-05-02	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 2
314-501-0002-05-03	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 3
314-501-0002-05-04	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 4
314-501-0002-05-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- HBG 5
314-501-0002-05-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -kB- o. HBG
314-501-0002-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB-
314-501-0002-06-01	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 1

Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-501-0002-06-02	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 2
314-501-0002-06-03	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 3
314-501-0002-06-04	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 4
314-501-0002-06-05	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- HBG 5
314-501-0002-06-06	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- o. HBG
314-501-0002-06-07	Q-AL an minderjährige LB mit KVI § 134 III SGB IX -gB- ehem. 2.2.2.2
314-501-0003	AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
314-501-0003-01	E-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
314-501-0003-02	Q-AL § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 III SGB IX - Mütter und Väter mit Behinderung
314-501-0004	Fahrkosten u.a. § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 IV SGB IX
314-501-0005	Ehrenamt § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 V SGB IX
314-501-0006	Leistungen zur Erreichbarkeit § 113 II Nr. 2 i.V.m. § 78 VI SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	1.697.065,25	1.460.000,00	1.402.000,00	1.465.000,00	1.530.900,00	1.599.800,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	17.533,64					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.714.598,89	1.460.000,00	1.402.000,00	1.465.000,00	1.530.900,00	1.599.800,00
02.06	- Transferaufwendungen	24.981.517,93	26.177.000,00	27.121.200,00	28.081.800,00	29.345.600,00	30.666.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	24.981.517,93	26.177.000,00	27.121.200,00	28.081.800,00	29.345.600,00	30.666.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-23.266.919,04	-24.717.000,00	-25.719.200,00	-26.616.800,00	-27.814.700,00	-29.066.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	192,68					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	192,68					
05.	= Jahresergebnis	-23.266.726,36	-24.717.000,00	-25.719.200,00	-26.616.800,00	-27.814.700,00	-29.066.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-23.266.726,36	-24.717.000,00	-25.719.200,00	-26.616.800,00	-27.814.700,00	-29.066.400,00

Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung Heilpädagogische Leistungen werden an noch nicht eingeschulte Kinder erbracht, wenn nach fachlicher Erkenntnis zu erwarten ist, dass hierdurch ...

1. eine drohende Behinderung abgewendet oder der fortschreitende Verlauf einer Behinderung verlangsamt wird oder
2. die Folgen einer Behinderung beseitigt oder gemildert werden können.

Heilpädagogische Leistungen werden immer an schwerstbehinderte und schwerstmehrfachbehinderte Kinder, die noch nicht eingeschult sind, erbracht. Sie umfassen alle Maßnahmen, die zur Entwicklung des Kindes und zur Entfaltung seiner Persönlichkeit beitragen, einschließlich der jeweils erforderlichen nichtärztlichen therapeutischen, psychologischen, sonderpädagogischen, psychosozialen Leistungen und der Beratung der Erziehungsberechtigten, soweit die Leistungen nicht von § 46 Absatz 1 SGB IX erfasst sind.

Zielgruppe

intern: ---

extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage § 99 i.V.m. § 113 SGB IX

Leistungen	314-601	Heilpädagogische Leistungen § 113 II Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX
	314-601-0001	Frühförderung
	314-601-0002	Leistungen in Krippen
	314-601-0003	Sonderkindergärten
	314-601-0003-01	L in Sonderkindergärten für sprach- und hörgeschädigte Kinder
	314-601-0003-02	L in Sonderkindergärten für körperbehinderte Kinder
	314-601-0003-03	L in Sonderkindergärten für sehbehinderte Kinder
	314-601-0003-04	L in anderen Sonderkindergärten -gB- HBG 1 (Regelfall)
	314-601-0003-05	L in anderen Sonderkindergärten -gB- HBG 2 (frühkindlicher Autismus)
	314-601-0004	Regelkindergärten
	314-601-0004-01	L in Regelkindergärten -integrativen Gruppen- Personalkostenanteil
	314-601-0004-02	L in Regelkindergärten -integrativen Gruppen- Sachkostenpauschale
	314-601-0004-03	L in Regelkindergärten -Einzelintegration-

Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

314-601-0005	Sonstige heilpädagogische Leistungen
314-601-0005-01	sonstige heilpädagogische Leistungen
314-601-0005-02	sonstige heilpädagogische L. an minderjährige LB mit KIV § 134 III SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-601 Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	110.993,29	247.000,00	110.000,00	114.900,00	120.100,00	125.400,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	145.792,12					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	256.785,41	247.000,00	110.000,00	114.900,00	120.100,00	125.400,00
02.06	- Transferaufwendungen	7.942.862,77	9.377.300,00	10.362.500,00	10.568.900,00	11.044.500,00	11.541.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	7.942.862,77	9.377.300,00	10.362.500,00	10.568.900,00	11.044.500,00	11.541.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-7.686.077,36	-9.130.300,00	-10.252.500,00	-10.454.000,00	-10.924.400,00	-11.416.100,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	21.367,62					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	21.367,62					
05.	= Jahresergebnis	-7.664.709,74	-9.130.300,00	-10.252.500,00	-10.454.000,00	-10.924.400,00	-11.416.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-7.664.709,74	-9.130.300,00	-10.252.500,00	-10.454.000,00	-10.924.400,00	-11.416.100,00

Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten etc. werden erbracht, um Leistungsberechtigten die für sie erreichbare Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Die Leistungen sind insbesondere darauf gerichtet, die Leistungsberechtigten in Fördergruppen und Schulungen oder ähnlichen Maßnahmen zur Vornahme lebenspraktischer Handlungen einschließlich hauswirtschaftlicher Tätigkeiten zu befähigen, sie auf die Teilhabe am Arbeitsleben vorzubereiten, ihre Sprache und Kommunikation zu verbessern und sie zu befähigen, sich ohne fremde Hilfe sicher im Verkehr zu bewegen. Die Leistungen umfassen auch die blindentechnische Grundausbildung.</p> <p>Leistungen zur Förderung der Verständigung werden erbracht, um Leistungsberechtigten mit Hör- und Sprachbehinderungen die Verständigung mit der Umwelt aus besonderem Anlass zu ermöglichen oder zu erleichtern. Die Leistungen umfassen insbesondere Hilfen durch Gebärdensprachdolmetscher und andere geeignete Kommunikationshilfen.</p> <p>Leistungen zur Mobilität umfassen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Leistungen zur Beförderung, insbesondere durch einen Beförderungsdienst und 2. Leistungen für ein Kraftfahrzeug 	
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz 1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. § 113 SGB IX	
Leistungen	314-701	Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität
	314-701-0001	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX
	314-701-0001-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB-
	314-701-0001-01-01	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 1
	314-701-0001-01-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 2
	314-701-0001-01-03	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 3
	314-701-0001-01-04	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 4
	314-701-0001-01-05	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- HBG 5
	314-701-0001-01-06	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -kB- o. HBG
	314-701-0001-02	L. z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB-

Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Landkreis Hildesheim

314-701-0001-02-01	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 1
314-701-0001-02-02	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 2
314-701-0001-02-03	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 3
314-701-0001-02-04	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 4
314-701-0001-02-05	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- HBG 5
314-701-0001-02-06	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -gB- o. HBG
314-701-0001-03	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB-
314-701-0001-03-01	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 1
314-701-0001-03-02	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 2
314-701-0001-03-03	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 3
314-701-0001-03-04	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 4
314-701-0001-03-05	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- HBG 5
314-701-0001-03-06	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -sB- o. HBG
314-701-0001-04	L z. Erw. u. Erh. prak. KuF § 113 II Nr. 5 i.V.m. § 81 SGB IX -suchtgB-
314-701-0002	L zur Förderung der Verständigung § 113 II Nr. 6 i.V.m. § 82 SGB IX
314-701-0003	L zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX
314-701-0003-01	L zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX - Kfz
314-701-0003-02	L zur Mobilität § 113 II Nr. 7 i.V.m. § 114 SGB IX - ohne Kfz

Teilergebnishaushalt Produkt 314-701 Kenntnisse und Fähigkeiten / Förderung Verständigung / Mobilität

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	263,64					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	263,64					
02.06	- Transferaufwendungen	7.691.090,87	8.016.700,00	8.781.600,00	8.917.000,00	9.318.200,00	9.737.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	7.691.090,87	8.016.700,00	8.781.600,00	8.917.000,00	9.318.200,00	9.737.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-7.690.827,23	-8.016.700,00	-8.781.600,00	-8.917.000,00	-9.318.200,00	-9.737.600,00
05.	= Jahresergebnis	-7.690.827,23	-8.016.700,00	-8.781.600,00	-8.917.000,00	-9.318.200,00	-9.737.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-7.690.827,23	-8.016.700,00	-8.781.600,00	-8.917.000,00	-9.318.200,00	-9.737.600,00

Produkt 314-801 Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	<p>Es handelt sich um dabei Leistungen zur Sozialen Teilhabe. Diese werden erbracht, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern. Hierzu gehört, Leistungsberechtigte zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung im eigenen Wohnraum sowie in ihrem Sozialraum zu befähigen oder sie hierbei zu unterstützen. In diesem Produkt werden folgende Leistungen zusammengefasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX - Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX - Hilfsmittel (Soziale Teilhabe) § 113 Abs. 2 Nr. 8 i.V.m. § 84 SGB IX - Besuchsbeihilfen § 113 Abs. 2 Nr. 9 i.V.m. § 115 SGB IX - Sonstige/andere Leistungen der sozialen Teilhabe § 113 Abs. 1 SGB IX - Leistungen in besonderen Wohnformen § 113 Abs. 5 SGB IX 	
Zielgruppe	<p>intern: --- extern: Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs.1 Satz1 des Neunten Sozialgesetzbuches wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, erhalten Leistungen der Engliederungshilfe. Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Engliederungshilfe erhalten.</p>	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§ 99 i.V.m. §§ 113 und 115 SGB IX	
Leistungen	314-001	Ausgleichszahlungen des Landes für Leistungen der Engliederungshilfe SGB IX
	314-801	Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe
	314-801-0001	L. zur Betreuung in einer Pflegefamilie § 113 II Nr. 4 i.V.m. § 80 SGB IX
	314-801-0002	Hilfsmittel (Soziale Teilhabe) § 113 II Nr. 8 i.V.m. § 84 SGB IX
	314-801-0003	Besuchsbeihilfen § 113 II Nr. 9 i.V.m. § 115 SGB IX
	314-801-0004	Sonstige/andere Leistungen der sozialen Teilhabe § 113 I SGB IX
	314-801-0005	Aufwendungen für Wohnraum oberhalb der Angemessenheitsgrenze § 113 V SGB IX
	314-801-0006	Inklusionspauschale
	314-801-0007	Assistenzleistungen bei stationären Krankenhausbehandlungen § 113 Abs. 6 SGB IX
	314-801-0009	Hilfe zur Pflege als Teilhabeleistung nach § 103 SGB IX

Teilergebnishaushalt Produkt 314-801 Sonstige/Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	163.791,00	163.800,00	163.800,00	171.100,00	178.800,00	186.900,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	27.617,83					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	191.408,83	163.800,00	163.800,00	171.100,00	178.800,00	186.900,00
02.06	- Transferaufwendungen	592.865,44	737.000,00	883.400,00	923.800,00	965.400,00	1.008.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	58.099,00	60.000,00	60.000,00	62.700,00	65.600,00	68.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	650.964,44	797.000,00	943.400,00	986.500,00	1.031.000,00	1.077.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-459.555,61	-633.200,00	-779.600,00	-815.400,00	-852.200,00	-890.500,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	51.308,76					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	51.308,76					
05.	= Jahresergebnis	-408.246,85	-633.200,00	-779.600,00	-815.400,00	-852.200,00	-890.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-408.246,85	-633.200,00	-779.600,00	-815.400,00	-852.200,00	-890.500,00

Produkt 314-901 Verwaltung der Engliederungshilfe		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	314	Engliederungshilfe nach dem SGB IX
Produkt	314-901	Verwaltung der Engliederungshilfe
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	Zur Verwaltung der Engliederungshilfe gehören Personal- und Sachkosten für die Aufgaben des überörtlichen Trägers und örtlichen Trägers im Einzelfall (Antragsbearbeitung einschließlich Teilhabe- und Gesamtplanverfahren, Leistungssachbearbeitung, Widerspruchs- und Klageverfahren) sowie für einzelfallübergreifende Aufgaben (Abschluss von Vereinbarungen mit Leistungsanbietern, Fachplanung, Fachcontrolling, Grundsatzsachbearbeitung, Rechts- und Fachaufsicht, Haushaltsplanung und -überwachung und allg. Leitungsaufgaben).	
Zielgruppe	intern: Leistungs- und Fachteams der Engliederungshilfe extern: - Leistungserbringer / Träger von Einrichtungen - Widerspruchs- und Klageführende - Öffentlichkeit i.w.S.	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Sozialgesetzbuch - IX. Buch / Für Vereinbarungen die §§ 123 ff. SGB IX	
Leistungen	314-901	Verwaltung der Engliederungshilfe

Teilergebnishaushalt Produkt 314-901 Verwaltung der Engliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.072,00					
01.06	+ privatrechtliche Entgelte		100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.351.522,54	1.300.000,00	1.315.900,00	1.374.400,00	1.435.500,00	1.499.400,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.389.594,54	1.300.100,00	1.316.000,00	1.374.500,00	1.435.600,00	1.499.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	2.833.712,74	3.057.500,00	3.533.100,00	3.630.300,00	3.721.700,00	3.824.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	96.505,85	92.300,00	91.200,00	90.100,00	88.900,00	90.700,00
02.04	- Abschreibungen		5.900,00	12.800,00	12.900,00	13.100,00	13.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.487.852,40	2.222.400,00	2.272.600,00	2.012.900,00	2.102.800,00	2.196.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.418.070,99	5.378.100,00	5.909.700,00	5.746.200,00	5.926.500,00	6.124.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.028.476,45	-4.078.000,00	-4.593.700,00	-4.371.700,00	-4.490.900,00	-4.625.400,00
05.	= Jahresergebnis	-3.028.476,45	-4.078.000,00	-4.593.700,00	-4.371.700,00	-4.490.900,00	-4.625.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	116.423,40	128.900,00	142.800,00	142.800,00	142.800,00	142.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-116.423,40	-128.900,00	-142.800,00	-142.800,00	-142.800,00	-142.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.144.899,85	-4.206.900,00	-4.736.500,00	-4.514.500,00	-4.633.700,00	-4.768.200,00

Investitionen Produkt 314-901 Verwaltung der Engliederungshilfe

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I22402-001 Software Amt 402	-25.000,00	-25.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	25.000,00	25.000,00				
I24402-001 Ausstattung Amt 402		-20.000,00				
05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		20.000,00				

Produkt 315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)	
Produkt	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	
Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender			
Kurzbeschreibung	<p>In diesem Produkt wird die Förderung von Pflege- und sozialen Einrichtungen ausgewiesen. Pflegeeinrichtungen werden gefördert, wenn sie nach den Vorschriften des SGB XI zugelassen sind, über einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen verfügen und eine Pflegesatz- oder Vergütungsvereinbarung abgeschlossen oder das Schiedsverfahren eingeleitet haben.</p> <p>Die Förderung erfolgt für die Investitionskosten auf den Pflegeplätzen, die von Personen in Anspruch genommen werden, die pflegebedürftig sind.</p> <p>Eine Förderung wird nur gewährt für Folgeaufwendungen aus betriebsnotwendigen Investitionen für die Herstellung, Anschaffung, Wiederbeschaffung oder Ergänzung von Gebäuden und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegütern.</p>		
Zielgruppe	<p>extern: ambulante Pflegedienste, Tagespflegeeinrichtungen, vollstationäre Pflegeeinrichtungen, die Kurzzeitpflege ermöglichen</p> <p>Senioren- und Pflegestützpunkte, freie Wohlfahrtsverbände, Vereine usw.</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - SGB XI, XII - Vertragliche Vereinbarungen und Förderrichtlinien des Landkreises Hildesheim - NPflegeG 		
Sachziele	<p>Ziel ist es, eine leistungsfähige, wirtschaftliche und räumlich gegliederte pflegerische Versorgungsstruktur zu gewährleisten,</p> <p>die mit einer ausreichenden Zahl von Pflegeeinrichtungen eine ortsnahe, aufeinander abgestimmte, dem allgemein anerkannten medizinisch-pflegerischen Erkenntnisstand entsprechende teilstationäre und vollstationäre Versorgung der</p> <p>Pflegebedürftigen sicherstellt (notwendige pflegerische Versorgungsstruktur). Hierzu wirken das Land, die kommunalen Körperschaften, die Träger der Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes der</p> <p>Krankenversicherung eng zusammen. Durch Präventionsarbeiten der Fördereinrichtungen wird ein Leistungsbezug von Hilfeempfänger zum Teil vermieden oder zumindest reduziert.</p>		
Maßnahmen	Enge Zusammenarbeit mit dem Land, den kommunalen Körperschaften, den Trägern der Pflegeeinrichtungen und den Pflegekassen unter Beteiligung des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung.		
Kennzahlen		Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr
Leistungen	315-201	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	
	315-201-0001	Betrieb u. Unterhaltung der Senioren- und Pflegestützpunkte	
	315-201-0003	Abrechnung der Investitionskosten nach NPflegeG	

Teilergebnishaushalt Produkt 315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.882.205,06	3.468.200,00	3.594.000,00	3.594.000,00	3.594.000,00	3.594.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	98.786,60	97.600,00	97.600,00	97.600,00	97.600,00	97.600,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	2.507,37					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	2.983.499,03	3.565.800,00	3.691.600,00	3.691.600,00	3.691.600,00	3.691.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	256.670,70	283.100,00	273.100,00	282.800,00	290.100,00	297.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.787,40	48.800,00	45.200,00	45.200,00	45.100,00	45.200,00
02.04	- Abschreibungen	296,20	300,00	300,00	400,00	400,00	400,00
02.06	- Transferaufwendungen	2.069.089,33	3.398.200,00	3.524.000,00	3.383.200,00	3.383.200,00	3.383.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.665,69	7.400,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00	7.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	2.333.509,32	3.737.800,00	3.849.700,00	3.718.700,00	3.725.900,00	3.733.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	649.989,71	-172.000,00	-158.100,00	-27.100,00	-34.300,00	-42.200,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	11.287,92					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	11.287,92					
05.	= Jahresergebnis	661.277,63	-172.000,00	-158.100,00	-27.100,00	-34.300,00	-42.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	11.331,16	13.900,00	13.700,00	13.700,00	13.700,00	13.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-11.331,16	-13.900,00	-13.700,00	-13.700,00	-13.700,00	-13.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	649.946,47	-185.900,00	-171.800,00	-40.800,00	-48.000,00	-55.900,00

Produkt 315-502 Unterkünfte für Flüchtlinge

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge

Verantwortlich Amt 913 - Constanze Sickfeld / Heiko König

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Leistungen	315-502	Unterkünfte für Flüchtlinge
	315-502-0001	Groß- und Notunterkünfte
	315-502-0002	Dezentraler Wohnraum

Teilergebnishaushalt Produkt 315-502 Unterkünfte für Flüchtlinge

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen		27.236.600,00	11.703.000,00	11.703.000,00	11.703.000,00	11.703.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge		27.236.600,00	11.703.000,00	11.703.000,00	11.703.000,00	11.703.000,00
02.01	- Personalaufwendungen			199.000,00	205.500,00	210.700,00	216.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen		28.245.000,00	11.235.100,00	11.235.100,00	11.235.100,00	11.235.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen		28.245.000,00	11.434.100,00	11.440.600,00	11.445.800,00	11.451.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis		-1.008.400,00	268.900,00	262.400,00	257.200,00	251.100,00
05.	= Jahresergebnis		-1.008.400,00	268.900,00	262.400,00	257.200,00	251.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)		-1.008.400,00	268.900,00	262.400,00	257.200,00	251.100,00

Produkt 315-601 Andere soziale Einrichtungen		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-601	Andere soziale Einrichtungen
Verantwortlich Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	Zufluchtsstätte für volljährige Frauen mit ihren minderjährigen Kindern, wenn sie von physischer und/oder psychischer Gewalt betroffen oder bedroht sind.	
Zielgruppe	extern: bedrohte Frauen und ihre Kinder	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Beschluss über den Abschluss von Zuwendungsvereinbarungen	
Sachziele	Das Frauenhaus bietet als Zufluchtsstätte Frauen mit ihren minderjährigen Kindern Schutz vor Gewalt durch Angebote zur Unterbringung und Betreuung. Ebenso werden psychosoziale Beratungsleistungen erbracht, in denen auch die zukünftige Lebensplanung der betroffenen Frauen und Kinder einbezogen wird.	
Qualitätsziele	Schaffung eines ausreichenden Angebots der psychosozialen Beratung für Frauen und Kinder, insbesondere auch für Schutzsuchende mit Migrationshintergrund	
Leistungen	315-601	Andere Soziale Einrichtungen
	315-601-0001	Frauen- und Kinderschutzhaus
	315-601-0002	Hospiz

Teilergebnishaushalt Produkt 315-601 Andere soziale Einrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	70.332,31	102.400,00	99.200,00	82.000,00	84.300,00	86.700,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	70.332,31	102.400,00	99.200,00	82.000,00	84.300,00	86.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-70.332,31	-102.400,00	-99.200,00	-82.000,00	-84.300,00	-86.700,00
05.	= Jahresergebnis	-70.332,31	-102.400,00	-99.200,00	-82.000,00	-84.300,00	-86.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-70.332,31	-102.400,00	-99.200,00	-82.000,00	-84.300,00	-86.700,00

Investitionen Produkt 315-601 Andere soziale Einrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I24403-001 Zuschuss Michealis-Hospiz 05.05 - aktivierbare Zuwendungen		-50.000,00 50.000,00		-50.000,00 50.000,00		

Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	321	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	
Produkt	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann		
Kurzbeschreibung	Leistungen werden gewährt, wenn Beschädigte infolge der Schädigung oder Hinterbliebene infolge des Verlustes des Ehegatten oder Lebenspartners, Elternteils, Kindes oder Enkelkindes nicht in der Lage sind ihren Bedarf aus dem Einkommen und Vermögen zu decken. Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge sind Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Erziehungsbeihilfe, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungshilfe, Wohnungshilfe und Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz entsprechen damit weitestgehend den Hilfen der Sozialhilfe. Neben persönlicher Hilfe kommen Sachleistungen, einmalige und laufende Beihilfen sowie Darlehen in Betracht.		
Zielgruppe	intern: --- Extern: ---		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz - BVG) - Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen (Soldatenversorgungsgesetz - SVG) - Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG) - Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz - ZDG) - Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz - HHG) 		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-321-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-321-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	321-001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	
	321-001-0001	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	
	321-001-0001-01	Beihilfe an Beschädigte und Witwen	
	321-001-0001-02	Beihilfen wegen Kfz	
	321-001-0001-03	Übergangsgeld/Unterhaltsbeiträge an Beschädigte	
	321-001-0001-04	Leistungen an Arbeitgeber	
	321-001-0001-05	Darlehen wegen Kfz	
	321-001-0001-06	Darlehen wegen Gründung oder Erhalt einer selbstständigen Existenz	

Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Landkreis Hildesheim

321-001-0001-07	Andere Hilfen zur beruflichen Rehabilitation
321-001-0002	Krankenhilfe
321-001-0002-01	Leistungen an Beschädigte
321-001-0002-02	Leistungen an Hinterbliebene
321-001-0002-03	Darlehen
321-001-0003	Hilfe zur Pflege
321-001-0003-01	Leistungen an Beschädigte ambulant
321-001-0003-02	Leistungen an Beschädigte stationär
321-001-0003-03	Leistungen an Hinterbliebene ambulant
321-001-0003-04	Leistungen an Hinterbliebene stationär
321-001-0003-05	Beihilfen an Hinterbliebene für häusl. Pflege
321-001-0003-06	Beihilfen an Hinterbliebene für sonstige Hilfe zur Pflege
321-001-0003-07	Darlehen
321-001-0004	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
321-001-0004-01	Leistungen an Beschädigte
321-001-0004-02	Leistungen an Hinterbliebene
321-001-0004-03	Darlehen
321-001-0005	Altenhilfe
321-001-0005-01	Leistungen an Beschädigte
321-001-0005-02	Leistungen an Hinterbliebene
321-001-0005-03	Darlehen
321-001-0006	Erziehungsbeihilfe
321-001-0006-01	Beihilfen an Beschädigte
321-001-0006-02	Darlehen
321-001-0007	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt
321-001-0007-01	Leistungen an Beschädigte
321-001-0007-02	Leistungen an Hinterbliebene
321-001-0007-03	Darlehen
321-001-0008	Erholungshilfe
321-001-0008-01	Leistungen an Beschädigte
321-001-0008-02	Leistungen an Hinterbliebene
321-001-0009	Wohnungshilfe
321-001-0009-01	Beihilfen
321-001-0009-02	Darlehen
321-001-0010	Hilfen in besonderen Lebenslagen
321-001-0010-01	Leistungen an Beschädigte ambulant
321-001-0010-02	Leistungen an Beschädigte stationär
321-001-0010-03	Leistungen an Hinterbliebene ambulant
321-001-0010-04	Leistungen an Hinterbliebene stationär
321-001-0010-05	sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen
321-001-0011	Leistungen nach dem OEG
321-001-0011-01	Geldleistung
321-001-0011-02	Sachleistung

Teilergebnishaushalt Produkt 321-001 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	50.880,86	40.200,00	40.200,00	42.000,00	43.800,00	45.800,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	955.447,63	1.022.300,00	972.300,00	1.015.900,00	1.061.700,00	1.109.400,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.006.328,49	1.062.500,00	1.012.500,00	1.057.900,00	1.105.500,00	1.155.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	25.978,50	26.800,00	30.900,00	33.500,00	34.200,00	35.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	844,55	1.300,00	1.600,00	1.600,00	1.500,00	1.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	938.105,89	1.065.600,00	1.015.600,00	1.061.600,00	1.109.500,00	1.159.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	178,11	1.000,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	965.107,05	1.094.700,00	1.048.600,00	1.097.200,00	1.145.700,00	1.196.600,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	41.221,44	-32.200,00	-36.100,00	-39.300,00	-40.200,00	-41.400,00
05.	= Jahresergebnis	41.221,44	-32.200,00	-36.100,00	-39.300,00	-40.200,00	-41.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.244,88	1.600,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.244,88	-1.600,00	-1.900,00	-1.900,00	-1.900,00	-1.900,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	39.976,56	-33.800,00	-38.000,00	-41.200,00	-42.100,00	-43.300,00

Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	341	Unterhaltsvorschussleistungen	
Produkt	341-001	Unterhaltsvorschuss	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Bearbeitung von Anträgen auf Unterhaltsvorschuss, Gewährung der Leistung und Heranziehung von Unterhaltspflichtigen. Sicherung des Unterhalts für Kinder alleinerziehender Eternteile, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und nicht oder nicht regelmäßig den Mindestunterhalt der entsprechenden Altersstufe von dem anderen Eternteil erhalten. Heranziehung der unterhaltspflichtigen Eternteile.		
Zielgruppe	intern: --- extern: Berechtigte Kinder und antragstellende Eternteile, unterhaltspflichtige Eternteile		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Unterhaltsvorschuss" sowie die Umsetzung der Vorschläge des Rückgriffpaktes.		
Qualitätsziele	Z-341-001-001: Pro Sachbearbeiter/in soll eine Anzahl von 840 Rückgriffsfällen erreicht werden. Z-341-001-002: Durchschnittliche Durchlaufzeit für Bewilligungen < 30 Tage Z-341-001-003: Die durchschnittliche Rückholquote soll mindestens dem Landesdurchschnitt entsprechen. Hinweis: Der Zielwert wird nicht erreicht, es wird ein Wert von 15% angestrebt. Z-341-001-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-341-001-001 Rückgriffsfälle pro Sachbearbeiter/-in (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-341-001-002 Fälle UVG (gesamt) - (Anzahl)	0,00	7.000,00	7.200,00
ZK-341-001-003 Durchlaufzeit Bewilligungen - (Tage)	0,00	30,00	50,00
ZK-341-001-004 Zahlfälle - (Anzahl)	0,00	3.300,00	3.400,00
ZK-341-001-006 Rückgriffsfälle - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-341-001-007 Rückholquote Landkreis - (%)	0,00	16,00	19,00
ZK-341-001-008 Rückholquote Landesdurchschnitt - (%)	0,00	16,00	19,00
ZK-341-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss

Landkreis Hildesheim

Leistungen	341-001	Unterhaltsvorschuss
	341-001-0001	Unterhaltsleistungen
	341-001-0002	Rückgriff lfd. und nach Einstellung des Unterhalts

Teilergebnishaushalt Produkt 341-001 Unterhaltsvorschuss

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	2.913.608,58	3.790.000,00	3.952.400,00	4.008.800,00	4.082.200,00	4.136.500,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	67,64					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	6.874.175,20	7.141.000,00	7.991.500,00	8.105.700,00	8.254.000,00	8.363.700,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	28.876,02					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	9.816.727,44	10.931.000,00	11.943.900,00	12.114.500,00	12.336.200,00	12.500.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	1.352.365,63	1.397.100,00	1.508.800,00	1.552.900,00	1.591.900,00	1.636.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	37.764,21	33.300,00	25.100,00	24.700,00	24.400,00	24.900,00
02.04	- Abschreibungen	32.151,29	1.600,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00	1.900,00
02.06	- Transferaufwendungen	9.648.710,01	9.849.000,00	10.925.200,00	11.003.500,00	11.193.800,00	11.361.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	19.620,66	6.700,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	11.090.611,80	11.287.700,00	12.468.000,00	12.590.000,00	12.819.000,00	13.031.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.273.884,36	-356.700,00	-524.100,00	-475.500,00	-482.800,00	-531.300,00
05.	= Jahresergebnis	-1.273.884,36	-356.700,00	-524.100,00	-475.500,00	-482.800,00	-531.300,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	62.206,99	51.800,00	53.800,00	53.800,00	53.800,00	53.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-62.206,99	-51.800,00	-53.800,00	-53.800,00	-53.800,00	-53.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.336.091,35	-408.500,00	-577.900,00	-529.300,00	-536.600,00	-585.100,00

Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	343	Betreuungsleistungen
Produkt	343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 402 - Maik Hoffmann

Kurzbeschreibung Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsrecht, insbesondere nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG): Führung von Betreuungen durch die Betreuungsstelle, Betreuungsgerichtshilfen (Sachverhalte klären, Vorschlägen von Betreuerinnen und Betreuer), Beratung, Unterstützung etc. der Betreuerinnen und Betreuer und anderer mit Betreuung befasster Institutionen/Personen.
Fortsetzung der kooperativen und strukturellen Betreuungsarbeit (planvolle Gewinnung und Fortbildung geeigneter Betreuerinnen und Betreuer, Öffentlichkeitsarbeit, Beschreibung der lokalen Situation und Planung von Maßnahmen zur Verbesserung etc.)

Zielgruppe intern: ---
extern: rechtlich betreute Menschen, Menschen für die eine Betreuung angeregt wurde, Betreuerinnen und Betreuer, Personen aus der Umgebung von Betreuten, alle mit Betreuung befasste Institutionen im Landkreis Hildesheim (Amtsgerichte Hildesheim, Alfeld, Elze; Betreuungsverein...); Öffentlichkeit/Bevölkerung

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage

- Betreuungsbehördengesetz (BtBG)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Gesetz über das Verfahren in Familienangelegenheiten und in den Angelegenheiten der freiwillige Gerichtsbarkeit (FamFG)
- Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (VBVG)
- Nds. Ausführungsgesetz zum Betreuungsrecht (Nds. AG-BtG)

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-343-001-001 Vormundschaftsgerichtshilfen - (Anzahl)	0,00	2.850,00	2.700,00
G-343-001-002 Beratungsgespräche - (Anzahl)	0,00	300,00	500,00
ZK-343-001-001 Durchschnittliche Durchlaufzeit - (Tage)	0,00	28,00	28,00
ZK-343-001-002 Unterstützungsangebote - (Anzahl)	0,00	10,00	300,00
ZK-343-001-003 Ehrenamtl. Betreuungen / Betreuungen, gesamt - (%)	0,00	50,00	50,00
ZK-343-001-004 Vorsorgevollmachten anstatt rechtliche Betreuung - (Anzahl)	0,00	70,00	80,00
ZK-343-001-601 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen

343-001	Aufgaben nach dem Betreuungsrecht
343-001-0001	Behördliche Betreuung
343-001-0002	Vormundschaftsgerichtshilfen

Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

343-001-0003

Individualberatung

343-001-0004

Betreuungsrechtliche Querschnittsarbeit

Teilergebnishaushalt Produkt 343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrecht

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	450,00	500,00	2.000,00	2.000,00	2.100,00	2.200,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.005,47					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	1.455,47	500,00	2.000,00	2.000,00	2.100,00	2.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	872.298,06	973.000,00	1.107.900,00	1.139.300,00	1.168.000,00	1.200.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	16.670,27	17.300,00	23.700,00	23.300,00	22.800,00	23.500,00
02.06	- Transferaufwendungen	24.061,06	24.800,00	26.500,00	27.300,00	28.100,00	28.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	7.053,13	9.400,00	8.600,00	8.600,00	8.600,00	8.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	920.082,52	1.024.500,00	1.166.700,00	1.198.500,00	1.227.500,00	1.261.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-918.627,05	-1.024.000,00	-1.164.700,00	-1.196.500,00	-1.225.400,00	-1.258.800,00
05.	= Jahresergebnis	-918.627,05	-1.024.000,00	-1.164.700,00	-1.196.500,00	-1.225.400,00	-1.258.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	36.930,92	42.800,00	46.700,00	46.700,00	46.700,00	46.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-36.930,92	-42.800,00	-46.700,00	-46.700,00	-46.700,00	-46.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-955.557,97	-1.066.800,00	-1.211.400,00	-1.243.200,00	-1.272.100,00	-1.305.500,00

Produkt 344-001 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	344	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	
Produkt	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann		
Kurzbeschreibung	Entschädigungen an Personen, die aufgrund rechtsstaatswidriger strafrechtlicher Entscheidungen oder Verwaltungsentscheidungen im sogenannten Beitrittsgebiet gesundheitliche Schäden, Eingriffe in Vermögenswerte oder berufliche Nachteile erlitten haben.		
Zielgruppe	intern: --- extern: ---		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) - Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG) - Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz - BerRehaG) 		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-344-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-344-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	344-001	Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge	

Teilergebnishaushalt Produkt 344-001 Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	108.028,70	110.000,00	105.000,00	109.700,00	114.600,00	119.800,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	108.028,70	110.000,00	105.000,00	109.700,00	114.600,00	119.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	25.777,71	26.800,00	30.900,00	33.500,00	34.200,00	35.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	154,92	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02.06	- Transferaufwendungen	106.920,00	110.000,00	105.000,00	109.800,00	114.700,00	119.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	175,82	300,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	133.028,45	137.300,00	136.300,00	143.700,00	149.300,00	155.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-24.999,75	-27.300,00	-31.300,00	-34.000,00	-34.700,00	-35.600,00
05.	= Jahresergebnis	-24.999,75	-27.300,00	-31.300,00	-34.000,00	-34.700,00	-35.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	981,84	1.000,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00	1.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-981,84	-1.000,00	-1.100,00	-1.100,00	-1.100,00	-1.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-25.981,59	-28.300,00	-32.400,00	-35.100,00	-35.800,00	-36.700,00

Produkt 345-001 Landesblindengeld			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	345	Landesblindengeld	
Produkt	345-001	Landesblindengeld	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	Blinde Menschen erhalten - vermögens- und einkommensunabhängig - Landesblindengeld zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen.		
Zielgruppe	intern: --- extern: blinde Menschen (Zivil-Blinde)		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde (LBIGG)		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-345-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-345-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	345-001	Landesblindengeld	

Teilergebnishaushalt Produkt 345-001 Landesblindengeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	507.874,68	568.000,00	568.000,00	593.500,00	620.200,00	648.100,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	507.874,68	568.000,00	568.000,00	593.500,00	620.200,00	648.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	19.729,79	23.300,00	23.700,00	26.200,00	26.800,00	27.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	62,70	300,00	300,00	300,00	300,00	300,00
02.06	- Transferaufwendungen	484.880,00	568.000,00	568.000,00	593.600,00	620.300,00	648.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	146,44	400,00	400,00	400,00	400,00	400,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	504.818,93	592.000,00	592.400,00	620.500,00	647.800,00	676.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	3.055,75	-24.000,00	-24.400,00	-27.000,00	-27.600,00	-28.200,00
05.	= Jahresergebnis	3.055,75	-24.000,00	-24.400,00	-27.000,00	-27.600,00	-28.200,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.525,04	1.100,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.525,04	-1.100,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00	-1.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	530,71	-25.100,00	-25.400,00	-28.000,00	-28.600,00	-29.200,00

Produkt 346-001 Wohngeld			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	346	Wohngeld	
Produkt	346-001	Wohngeld	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens		
Zielgruppe	intern: --- extern: Mieterinnen und Mieter, Nutzungsberechtigte oder Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Wohngeldgesetz (WoGG)		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, z.Zt. NLT-Vergleich "Wohngeld"		
Qualitätsziele	Z-346-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-346-001-002: Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 20 Tage sein.		
Maßnahmen	ZM-346-001-002: Durchschnittlicher Bearbeitungszeitraum Wohngeld - (Tage)		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-346-001-001 Hilfeempfänger/innen - (Anzahl)	0,00	1.100,00	2.000,00
G-346-001-002 Ausgaben WoGG - (EUR)	0,00	3.200.000,00	10.000.000,00
G-346-001-003 Ausgaben je Einwohner - (EUR)	0,00	18,32	14,18
ZK-346-001-002 Durchschnittliche Bearbeitungszeit - (Tage)	0,00	10,00	20,00
ZK-346-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	346-001	Wohngeld	
	346-001-0001	Mietzuschüsse	
	346-001-0002	Lastenzuschüsse	
	346-001-0004	Heizkostenzuschuss 2022	

Teilergebnishaushalt Produkt 346-001 Wohngeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.04	+ sonstige Transfererträge	74.955,06	110.000,00	110.000,00	111.400,00	113.500,00	114.900,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	14,15					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.855.124,87	18.241.700,00	10.056.700,00	10.199.700,00	10.385.300,00	10.522.600,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	11.502,59					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	2.941.596,67	18.351.700,00	10.166.700,00	10.311.100,00	10.498.800,00	10.637.500,00
02.01	- Personalaufwendungen	283.746,52	292.600,00	595.300,00	613.600,00	628.900,00	646.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	13.458,55	27.500,00	14.400,00	14.200,00	14.000,00	14.300,00
02.04	- Abschreibungen	15.969,42	12.700,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00	10.800,00
02.06	- Transferaufwendungen	2.862.857,68	18.185.000,00	10.000.000,00	9.966.800,00	10.139.300,00	10.291.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	23.715,33	115.500,00	115.200,00	117.000,00	118.900,00	120.600,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.199.747,50	18.633.300,00	10.735.700,00	10.722.400,00	10.911.900,00	11.083.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-258.150,83	-281.600,00	-569.000,00	-411.300,00	-413.100,00	-445.900,00
05.	= Jahresergebnis	-258.150,83	-281.600,00	-569.000,00	-411.300,00	-413.100,00	-445.900,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.707,95	29.800,00	34.700,00	34.700,00	34.700,00	34.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-31.707,95	-29.800,00	-34.700,00	-34.700,00	-34.700,00	-34.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-289.858,78	-311.400,00	-603.700,00	-446.000,00	-447.800,00	-480.600,00

Investitionen Produkt 346-001 Wohngeld

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I15407-002 DV Software Amt 407 - Wohngeld - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	- 1.500,00 1.500,00					

Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	34	Soziale Hilfen
Produktgruppe	347	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz
Produkt	347-001	Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 407 - Steffen Schwenke

Kurzbeschreibung Erbringung von Sach- und Geldleistungen für Bildung und Teilhabe (§ 6 b BKGG)
 Bearbeitung von Grundsatzfragen im Bereich Bildung und Teilhabe
 Zusammenarbeit/Koordination mit der Stadt Hildesheim
 Abwicklung des Bundeszuschusses für Bildung und Teilhabe bei der Stadt Hildesheim
 Erarbeitung von Dienstanweisungen
 Widerspruchssachbearbeitung

Zielgruppe intern: ---
 extern: - Stadt Hildesheim
 - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis Vollendung 25. Lebensjahr bzw. deren Eltern/-teile
 - Anbieter/-innen im Bildungs- und Teilhabebereich

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung übriger Wirkungskreis

Auftragsgrundlage - Bundeskindergeldgesetz (BKGG)
 - Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
 - SGB II Grundsicherung für Arbeitsuchende
 - SGB XII Sozialgesetzbuch Sozialhilfe

Sachziele

Qualitätsziele Z-347-001-001:
 Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
 Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-347-001-001 Fallzahl - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (Anzahl)	0,00	800,00	880,00
G-347-001-002 Finanzleistungen - Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten - (EUR)	0,00	100.000,00	110.000,00
G-347-001-003 Fallzahl - Persönlicher Schulbedarf - (Anzahl)	0,00	150,00	165,00
G-347-001-004 Finanzleistungen - Persönlicher Schulbedarf - (EUR)	0,00	150.000,00	165.000,00
G-347-001-005 Fallzahl - Schülerbeförderung - (Anzahl)	0,00	380,00	380,00
G-347-001-006 Finanzleistungen - Schülerbeförderung - (EUR)	0,00	35.000,00	38.000,00
G-347-001-007 Fallzahl - Lernförderung - (Anzahl)	0,00	150,00	165,00
G-347-001-008 Finanzleistungen - Lernförderung - (EUR)	0,00	55.000,00	60.500,00

Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

G-347-001-009 Fallzahl - Mittagsverpflegung - (Anzahl)	0,00	900,00	990,00
G-347-001-010 Finanzleistungen - Mittagsverpflegung - (EUR)	0,00	88.000,00	99.000,00
G-347-001-011 Fallzahl - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (Anzahl)	0,00	300,00	330,00
G-347-001-012 Finanzleist. - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - (EUR)	0,00	15.000,00	16.500,00
ZK-347-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen			
347-001		Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	

Teilergebnishaushalt Produkt 347-001 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.132.423,12	1.180.000,00	1.180.000,00	1.196.800,00	1.218.700,00	1.234.800,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	6,22					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	663,76					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.133.093,10	1.180.000,00	1.180.000,00	1.196.800,00	1.218.700,00	1.234.800,00
02.01	- Personalaufwendungen	124.983,57	83.300,00	86.300,00	90.400,00	92.500,00	95.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	3.555,66	8.500,00	9.700,00	9.500,00	9.200,00	9.600,00
02.06	- Transferaufwendungen	456.447,29	420.000,00	420.000,00	426.800,00	434.200,00	440.700,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	180.642,13	605.000,00	605.000,00	614.600,00	625.200,00	634.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	765.628,65	1.116.800,00	1.121.000,00	1.141.300,00	1.161.100,00	1.179.800,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	367.464,45	63.200,00	59.000,00	55.500,00	57.600,00	55.000,00
05.	= Jahresergebnis	367.464,45	63.200,00	59.000,00	55.500,00	57.600,00	55.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.888,94	5.100,00	6.600,00	6.600,00	6.600,00	6.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.888,94	-5.100,00	-6.600,00	-6.600,00	-6.600,00	-6.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	361.575,51	58.100,00	52.400,00	48.900,00	51.000,00	48.400,00

Produkt 351-001 Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	31	Soziale Hilfen	
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	
Produkt	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 403 - Manuel Stender		
Kurzbeschreibung	Versicherungsangelegenheiten		
Zielgruppe	intern: --- extern: natürliche und juristische Personen		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- SGB I Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil - SGB V Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung - SGB X Sozialgesetzbuch - Verwaltungsverfahren		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-351-001-101: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-351-001-001 Beratungen durch das Versicherungsamt - (Anzahl)	0,00	4.000,00	4.100,00
ZK-351-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	351-001	Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)	
	351-001-0003	Versicherungsangelegenheiten	
	351-001-0004	Verwaltung der Sonstigen sozialen Hilfen und Leistungen	

Teilergebnishaushalt Produkt 351-001 Versicherungsangelegenheiten (Amt 403)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	31.029,72	30.700,00	32.300,00	32.300,00	32.300,00	32.300,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	31.029,72	30.700,00	32.300,00	32.300,00	32.300,00	32.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	71.617,68	76.200,00	69.500,00	73.200,00	75.100,00	77.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	1.355,68	1.300,00	1.600,00	1.600,00	1.500,00	1.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	1.502,63	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	74.475,99	78.000,00	71.600,00	75.300,00	77.100,00	79.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-43.446,27	-47.300,00	-39.300,00	-43.000,00	-44.800,00	-46.800,00
05.	= Jahresergebnis	-43.446,27	-47.300,00	-39.300,00	-43.000,00	-44.800,00	-46.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.866,04	3.100,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00	3.200,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-2.866,04	-3.100,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00	-3.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-46.312,31	-50.400,00	-42.500,00	-46.200,00	-48.000,00	-50.000,00

Produkt 351-005 Lastenausgleich (Amt 402)		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	351	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration	
Verantwortlich	Amt 402 - Maik Hoffmann	
Kurzbeschreibung	Nicht krankenversicherte Empfänger von Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) erhalten als zusätzliche Leistung eine Krankenversicherung, deren Art, Form und Maß der Krankenhilfe des SGB XII entspricht. Aufgrund der stark rückläufigen Anzahl der Leistungsberechtigten erfolgt die Abrechnung bundesweit durch die AOK Sachsen-Anhalt, an die monetär erstattet wird.	
Zielgruppe	intern: --- extern: natürliche und juristische Personen	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz - LAG)	
Leistungen	351-005	Lastenausgleich (Amt 402)
	351-005-0001	Krankenversorgung nach LAG
	351-005-0002	Krankenversorgung nach LAG für Deutsche im Ausland

Teilergebnishaushalt Produkt 351-005 Lastenausgleich (Amt 402)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	2.417,68	13.000,00	10.000,00	10.400,00	10.900,00	11.400,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	1.372,83					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	3.790,51	13.000,00	10.000,00	10.400,00	10.900,00	11.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	40.405,97	23.300,00	6.600,00	8.800,00	8.900,00	9.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	221,48	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	511,94	13.400,00	10.400,00	11.000,00	11.400,00	11.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	41.139,39	36.900,00	17.200,00	20.000,00	20.500,00	21.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-37.348,88	-23.900,00	-7.200,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.700,00
05.	= Jahresergebnis	-37.348,88	-23.900,00	-7.200,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.700,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.587,60	900,00	200,00	200,00	200,00	200,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.587,60	-900,00	-200,00	-200,00	-200,00	-200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-38.936,48	-24.800,00	-7.400,00	-9.800,00	-9.800,00	-9.900,00

Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	361 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
Produkt	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke
Kurzbeschreibung	Vorhalten und Ausbau familienberatender Angebote und Infrastrukturen.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder und ihre Familien; Tagespflegepersonen, Leiterinnen und Leiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in (kommunalen) Kindertagesstätten und Spielkreisen; Städte, Gemeinden und Samtgemeinde (als mit der Wahrnehmung der Aufgabe betraute Stellen)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- §§ 22 - 23 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe - Nds. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Erwerb der deutschen Sprache im Elementarbereich - Nds. Richtlinie familienfreundliche Infrastrukturen und Kinderbetreuung - Richtlinie zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege im Landkreis Hildesheim - Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Nds. AG-KJHG) - Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KitaG)
Sachziele	Vorhalten kommunaler Beratungsstellen (Familien- und Kinderservicebüros) in allen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden
Qualitätsziele	Z-361-001-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-361-001-004: Hoher Informationsgrad der kommunalen Familien- und Kinderservicebüros durch regelmäßige Beratung und Unterstützung Z-361-001-005: Gute Fachberatung der (kommunalen) Kindertagesstätten, Spielkreise und Tagespflegepersonen durch regelmäßige Arbeitskreissitzungen. Z-361-001-006: Guter Ausbildungsstand durch Grund- und Weiterqualifizierung sowie regelmäßige Prüfung der Geeignetheit von Tagespflegepersonen
Maßnahmen	ZM-361-001-103: Regelmäßige Information der FKSB's über aktuelle Entwicklungen und Urteile ZM-361-001-104: Durchführung von Dienstbesprechungen und Fortbildungen für die Mitarbeiter/innen der FKSB's ZM-361-001-105: Durchführung von regelmäßigen Arbeitskreissitzungen und Fortbildungen ZM-361-001-106: Durchführung von Qualifizierungskursen sowie weiterer Fortbildungsangebote für Tagespflegepersonen

Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Landkreis Hildesheim

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-361-001-103 schriftl. Informationen FKSB (Anzahl)	0,00	6,00	6,00
ZK-361-001-104 Dienstbesprechungen / Fortbildungen FKSB (Anzahl)	0,00	4,00	4,00
ZK-361-001-105 Arbeitskreissitzungen / Fortbildungen TPP (Anzahl)	0,00	12,00	12,00
ZK-361-001-106 Qualifizierungskurse für TPP (Anzahl)	0,00	1,00	1,00
ZK-361-001-108 Arbeitskreissitzungen / Fortbildungen KiTa-Leitungen (Anzahl)	0,00	8,00	8,00
ZK-361-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen		
	361-001	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
	361-001-0001	Kommunale Familien- und Kinderservicebüros
	361-001-0002	Fachberatung Kindertagesstätten und Kindertagespflege
	361-001-0003	Sprachförderung
	361-001-0005	Erteilung/ Widerruf von Erlaubnissen zur Kindertagespflege gem. § 43 SGB VIII
	361-001-0006	Optimale offene Ganztagschule
	361-001-0007	Sprachkitas

Teilergebnishaushalt Produkt 361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.200,00	32.200,00	32.200,00	32.200,00	32.200,00	32.200,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	36,80					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.157.987,20	1.852.400,00	651.200,00	653.600,00	656.700,00	659.000,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	3.196.224,00	1.884.600,00	683.400,00	685.800,00	688.900,00	691.200,00
02.01	- Personalaufwendungen	731.493,46	694.600,00	768.700,00	791.800,00	811.900,00	834.200,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	13.974,78	10.700,00	9.400,00	9.300,00	9.100,00	9.400,00
02.06	- Transferaufwendungen	2.262.986,93	2.415.400,00	1.134.600,00	1.155.600,00	1.147.600,00	1.158.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	11.050,48	20.300,00	19.500,00	19.500,00	19.500,00	19.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.019.505,65	3.141.000,00	1.932.200,00	1.976.200,00	1.988.100,00	2.021.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	176.718,35	-1.256.400,00	-1.248.800,00	-1.290.400,00	-1.299.200,00	-1.330.100,00
05.	= Jahresergebnis	176.718,35	-1.256.400,00	-1.248.800,00	-1.290.400,00	-1.299.200,00	-1.330.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.588,83	29.000,00	30.700,00	30.700,00	30.700,00	30.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-31.588,83	-29.000,00	-30.700,00	-30.700,00	-30.700,00	-30.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	145.129,52	-1.285.400,00	-1.279.500,00	-1.321.100,00	-1.329.900,00	-1.360.800,00

Produkt 362-001 Jugendarbeit			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	362	Jugendarbeit	
Produkt	362-001	Jugendarbeit	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Förderung zur Schaffung und Erhaltung von geeigneten Angeboten und Einrichtungen zur außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung junger Menschen durch verschiedene Träger der Jugendarbeit; Vermittlung von Angeboten der Familienerholung		
Zielgruppe	intern: --- extern: Familien, Kinder, junge Menschen bis 27 Jahre, haupt- und nebenamtliche Jugendarbeiter/-innen, Eltern/ Erziehungsberechtigte		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- § 11 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfegesetz (Nds. AG-KJHG) - Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Nds. AG- KJHG) - Zuschussrichtlinien des Jugendamtes		
Sachziele	-Förderung zur Schaffung und Erhaltung von geeigneten Angeboten und Einrichtungen zur außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung junger Menschen durch verschiedene Träger der Jugendarbeit -Entlastung von belastenden sozialen Situationen durch die Vermittlung von Angeboten der Familienerholung		
Qualitätsziele	Z-362-001-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-362-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	362-001	Jugendarbeit	
	362-001-0001	Förderung der Jugendarbeit	
	362-001-0002	Familienbildung/Familienerholung	
	362-001-0003	Aktionsprogramm "Startklar in die Zukunft"	
	362-001-0004	Jugendparlament	

Teilergebnishaushalt Produkt 362-001 Jugendarbeit

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.601,66	40.000,00				
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	4.903,67	9.100,00	38.800,00	40.300,00	41.500,00	42.300,00
01.04	+ sonstige Transfererträge		7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	4,20					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	1.047,10					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	38.556,63	56.100,00	45.800,00	47.300,00	48.500,00	49.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	84.141,90	87.500,00	58.500,00	61.800,00	63.300,00	64.900,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	30.958,68	23.500,00	38.800,00	38.800,00	38.700,00	38.800,00
02.04	- Abschreibungen	16.421,57	21.400,00	52.200,00	56.000,00	58.700,00	61.700,00
02.06	- Transferaufwendungen	81.656,87	250.800,00	210.800,00	210.800,00	210.800,00	210.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	872,93	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	214.051,95	386.700,00	363.800,00	370.900,00	375.000,00	379.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-175.495,32	-330.600,00	-318.000,00	-323.600,00	-326.500,00	-330.400,00
05.	= Jahresergebnis	-175.495,32	-330.600,00	-318.000,00	-323.600,00	-326.500,00	-330.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.633,89	3.900,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00	5.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-3.633,89	-3.900,00	-5.400,00	-5.400,00	-5.400,00	-5.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-179.129,21	-334.500,00	-323.400,00	-329.000,00	-331.900,00	-335.800,00

Investitionen Produkt 362-001 Jugendarbeit

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I17407-003 Zuweisung für Jugendheime an Gemeinden 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-37.100,00 37.100,00	-37.000,00 37.000,00		-37.000,00 37.000,00	-37.000,00 37.000,00	-37.000,00 37.000,00
I17407-006 Zuschuss für Jugendheime an freie Träger 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00		-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00	-6.000,00 6.000,00
I17407-009 Zuw. f. Jugendarbeit an Gemeinden (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-13.600,00 13.600,00	-14.000,00 14.000,00		-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00	-14.000,00 14.000,00
I17407-010 Zusch. f. Jugendarbeit an fr. Tr. (Ausstattung) 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-3.300,00 3.300,00	-3.000,00 3.000,00		-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00	-3.000,00 3.000,00
I22407-006 Aktionsprogramm "Startklar in die Zukunft" 04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	209.000,00 209.000,00					

Produkt 363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produkt	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen; Vorbeugung von Gefährdungen bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere in den Bereichen Suchtgefahr, Medien, Rechtsextremismus und Gewalt		
Zielgruppe	intern: --- extern: Eltern und Erziehungsberechtigte, Kinder, Jugendliche, junge Menschen bis 27 Jahre, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- §§ 13, 14 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe - Konzept des Projektes PACE-ProAktivCenter		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind - Förderung ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung, ihrer Eingliederung in die Arbeitswelt und ihrer sozialen Integration. - Überwindung von Problemen mit Arbeitslosigkeit, Arbeitssuche oder Ausbildung, Hilfen bei schwierigen persönlichen Situationen, Unterstützung und Vermittlung in Arbeitsstellen, Angebote zur Qualifizierung - Angebot von Alternativen zu problematischem oder gefährlichem Verhalten junger Menschen 		
Qualitätsziele	Z-363-001-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-001-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	363-001	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	
	363-001-0001	Jugendsozialarbeit	
	363-001-0002	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	

Teilergebnishaushalt Produkt 363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	325.557,83	256.500,00	120.000,00	121.700,00	123.900,00	125.500,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	755,82					
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	8,88	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	949,46					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	327.271,99	260.000,00	123.500,00	125.200,00	127.400,00	129.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	176.737,24	184.400,00	170.900,00	177.200,00	181.700,00	186.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.489,01	3.500,00	4.200,00	4.100,00	3.900,00	4.200,00
02.06	- Transferaufwendungen	440.505,04	699.400,00	714.100,00	921.100,00	409.400,00	313.200,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.673,90	1.500,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00	1.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	624.405,19	888.800,00	890.400,00	1.103.600,00	596.200,00	505.100,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-297.133,20	-628.800,00	-766.900,00	-978.400,00	-468.800,00	-376.100,00
05.	= Jahresergebnis	-297.133,20	-628.800,00	-766.900,00	-978.400,00	-468.800,00	-376.100,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.638,79	7.900,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-7.638,79	-7.900,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.600,00	-9.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-304.771,99	-636.700,00	-776.500,00	-988.000,00	-478.400,00	-385.700,00

Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	<p>Mütter, Väter, andere Erziehungsberechtigte und junge Menschen haben Anspruch auf Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie. Diese Leistungen sollen Erziehungsberechtigte bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und dazu beitragen, dass Familien sich die für ihre jeweiligen Erziehungs- und Familiensituation erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten insbesondere in Fragen von Erziehung, Beziehung und Konfliktbewältigung, von Gesundheit, Bildung, Medienkompetenz, Hauswirtschaft sowie der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit aneignen können und in ihren Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe und Partizipation gestärkt werden.</p> <p>Sie sollen so in die Lage versetzt werden, ihr "natürliches Recht und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht" (Art. 6 GG) zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder besser wahrnehmen zu können. Dies geschieht u.a. durch die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung, die Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts sowie die Betreuung in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder. Mit Zustimmung des betreuten Elternteils soll auch der andere Elternteil oder eine Person, die für das Kind tatsächlich sorgt, in die Leistung der gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder einbezogen werden, wenn und soweit dies dem Leistungszweck dient.</p> <p>Die Inobhutnahme eines Kindes oder eines Jugendlichen ist die temporäre Unterbringung bei einer geeigneten Person, in einer Einrichtung oder einer sonstigen betreuten Wohnform. Nach § 42 Abs. 1 SGB VIII ist das Jugendamt u. a. zur Inobhutnahme verpflichtet, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Kind oder der Jugendliche um Obhut bittet oder - eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder Jugendlichen besteht.
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien, Familiengerichte, Adoptiveltern
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG)
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Erziehungsberechtigte sollen durch die allgemeine Unterstützung u. a. ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie versteht sich als eine vorbeugende und kompetenzerweiternde Beratung und Förderung der Familie, die immer vorrangig vor stärker eingreifenden Hilfen zu nutzen ist. Zum Schutz vor oder zur Abwendung einer Gefährdung eines Minderjährigen kann das Amt 406 - auch gegen den Willen der Personensorgeberechtigten - diesen in Obhut nehmen. Das Jugendamt hat unverzüglich das Kind oder den Jugendlichen sowie den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten umfassend und in einer verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form über diese Maßnahme aufzuklären. So findet der Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII als integralem Bestandteil jeder Hilfgewährung als Sicherung des Kindeswohls immer Anwendung. - Der niederschwellige und allgemeine Beratungsprozess ist u.a. deshalb zielorientiert und klar zu strukturieren, damit er nicht als "weiche Leistung" in einer sehr angespannten ASD-Situation vernachlässigt wird. - Vorhalten eines Beratungsangebotes nach §§ 16, 17 und 18 SGB VIII zur entsprechenden

Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

- Unterstützung der Zielgruppe.
- Durch die Beteiligung der Fachstelle Kinderschutz an der Lenkungsgruppe "Frühe Hilfen" sind nachhaltige Vernetzung- und Kooperationspartner in die Beratungsarbeit mit einzubeziehen.
 - Mitwirkung nach dem Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) durch die Fachstelle Kinderschutz des Amtes 406 in der Lenkungsgruppe "Frühe Hilfen", die Sicherstellung der anonymen Beratung von Geheimnisträgern (§ 4 KKG) bei Kindeswohlgefährdung und die Koordination des niederschweligen Einsatzes der Familienhebammen und der Familienkinderkrankenschwestern in Familien.

Qualitätsziele

Z-363-002-002:

Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-002-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen		
363-002	Förderung der Erziehung in der Familie	
363-002-0001	Beratung in Fragen der Erziehung (§ 16)	
363-002-0005	Jugendschutzkontrollen	
363-002-0006	Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19)	
363-002-0007	Betreuung/Versorgung des Kindes in Notsituationen (§ 20)	
363-002-0008	Hilfen für missbrauchte Kinder/Jugendliche und deren Bezugspersonen	
363-002-0009	Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht (§ 21)	
363-002-0010	Begleiteter Umgang	
363-002-0011	Inobhutnahmen von Kindern/Jugendlichen (§ 42)	
363-002-0012	Vorl. Inobhutnah. v. auslän. Kindern/Jugendlichen nach unbegl. Einreise (§ 42 a)	
363-002-0015	Adoptionsvermittlung	
363-002-0016	KKG (Frühe Hilfen)	
363-002-0017	Betreuung durch Familienhebammen bzw. Familienkinderkrankenschwestern (§ 16)	
363-002-0018	Kindeswohlgefährdung	

Teilergebnishaushalt Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	221.690,04	121.000,00	121.000,00	121.000,00	121.000,00	121.000,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	144.516,03	116.000,00	255.300,00	264.100,00	273.300,00	282.900,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	23.303,20					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	296.820,08	300.300,00	543.900,00	560.900,00	578.400,00	596.700,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	686.329,35	537.300,00	920.200,00	946.000,00	972.700,00	1.000.600,00
02.01	- Personalaufwendungen	724.592,48	754.800,00	885.900,00	911.800,00	934.500,00	960.300,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	58.438,92	121.200,00	122.000,00	121.900,00	121.700,00	122.000,00
02.04	- Abschreibungen	12,22		300,00	400,00	400,00	400,00
02.06	- Transferaufwendungen	5.620.018,63	5.254.500,00	7.057.400,00	7.357.800,00	7.717.800,00	8.095.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	-43.494,15	72.400,00	25.300,00	25.300,00	25.300,00	25.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	6.359.568,10	6.202.900,00	8.090.900,00	8.417.200,00	8.799.700,00	9.203.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-5.673.238,75	-5.665.600,00	-7.170.700,00	-7.471.200,00	-7.827.000,00	-8.202.400,00
05.	= Jahresergebnis	-5.673.238,75	-5.665.600,00	-7.170.700,00	-7.471.200,00	-7.827.000,00	-8.202.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.817,92	33.000,00	35.100,00	35.100,00	35.100,00	35.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-28.817,92	-33.000,00	-35.100,00	-35.100,00	-35.100,00	-35.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-5.702.056,67	-5.698.600,00	-7.205.800,00	-7.506.300,00	-7.862.100,00	-8.237.500,00

Investitionen Produkt 363-002 Förderung der Erziehung in der Familie

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I24400-001 Software Dezernat 4 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-4.500,00 4.500,00				

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-003 Hilfen zur Erziehung
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	<p>Personensorgeberechtigte haben bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Die Hilfe zur Erziehung wird durch ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen - nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall und nach einer durchgeführten Hilfeplanung - gewährt.</p> <p>Mögliche Hilfen sind Sonstige Hilfen gemäß § 27 Abs. 2 SGB VIII, Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege, Heimerziehung oder Hilfe in einer betreuten Wohnform.</p>
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien, Pflegefamilien
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Die Hilfe zur Erziehung hat vorrangig die Perspektive, den Personensorgeberechtigten zur eigenständigen Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu befähigen. Mit den Personensorgeberechtigten in der Herkunftsfamilie ist so weiter zu arbeiten, dass eine Rückkehr des Kindes oder Jugendlichen möglich ist. - Es sind stets Hilfen für die Persönlichkeitsentwicklung sowie zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung zu gewähren. <p>Dabei verfolgen die einzelnen Hilfearten teilweise unterschiedliche Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ambulante Hilfe: Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen, Entwicklung durch soziales Lernen in der Gruppe; Verselbständigung und Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie; Stabilisierung der Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei Alltagsproblemen, Konflikten und Krisen durch Selbsthilfe, Unterstützung zum Ausgleich seelischer Behinderungen - teilstationäre Hilfe: Verbleib des Minderjährigen in seiner Familie sichern - stationäre Hilfe: Verbesserung der Erziehungsbedingungen und Rückkehr in die Herkunftsfamilie, sofern es dem Kindeswohl dient; Erziehung in einer anderen Familie durch dauerhafte Fremdunterbringung; Vorbereitung auf ein selbständiges Leben mit eigenverantwortlicher Lebensführung und sozialer Integration - Junge Volljährige erhalten geeignete und notwendige Hilfe gemäß § 41 SGB VIII, wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet. Sie werden auch innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach Beendigung der Hilfe bei der Verselbständigung im notwendigen Umfang und in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form beraten und unterstützt (§ 41a SGB VIII). - Steuerung und Qualitätsentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch ein qualifiziertes Fach- und Finanzcontrolling der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen.
Qualitätsziele	<p>Z-363-003-001:</p> <p>Zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruches der Personensorgeberechtigten auf Hilfe zur Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen erfolgt eine regelmäßige stattfindende und standardisierte Hilfeplanung gem. § 36 SGB VIII für die Dauer des gesamten Hilfeverlaufes. Die Hilfeplanung erfolgt in maximal sechsmonatigen</p>

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

Abständen. Das Verhältnis von Hilfeplangesprächen zu Hilfen beträgt somit mindestens 2:1.
(siehe ZK-363-003-007, G-363-003-008, G-363-003-009)
Z-363-003-003:
Kundenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Kundenbefragungen im Rahmen der integrierten Berichterstattung
Niedersachsen soll im Durchschnitt mindestens 75 % "trifft überwiegend zu/trifft voll zu" erreichen.
(siehe ZK-363-003-010)
Z-363-003-004:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
(siehe ZK-363-003-401)

Maßnahmen

ZM-363-003-101:
Hilfeplangespräche erfolgen mit einem maximal sechsmonatigen Zyklus. Jedes weitere Hilfeplangespräch flexibel, spätestens nach sechs Monaten.
ZM-363-003-103
Ein verstetigter Qualitätsentwicklungskreislauf von Auswertung der Kundenzufriedenheitsbefragung in den Qualitätsdialogen über Optimierung von Arbeitsabläufen und amtsinternen Organisationsstrukturen zur erneuten Befragung führt zu einer jährlich steigenden Kundenzufriedenheit.
ZM-363-003-104:
Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses (z. B. Teambesprechungen, Newsletter) zwischen den verschiedenen Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung, Teamleitung, Mitarbeiter) sowie vorausschauende Personalbedarfsplanung erhöhen die Beschäftigtenzufriedenheit.
ZM-363-003-105:
Durch Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise von potentiellen Vollzeitpflegefamilien durch den Pflegekinderdienst.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-003-008 Hilfen gesamt - (Anzahl)	0,00	2.850,00	2.920,00
G-363-003-009 Hilfeplangespräche gesamt - (Anzahl)	0,00	4.475,00	4.350,00
ZK-363-003-007 Min. Hilfeplangespräche pro Hilfe - (Anzahl)	0,00	2,00	2,00
G-363-003-014 Ambulante Hilfen - (Anzahl)	0,00	1.800,00	2.000,00
G-363-003-015 Stationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	930,00	900,00
ZK-363-003-010 Kundenzufriedenheit - (%)	0,00	75,00	75,00
G-363-003-012 Hilfen nach § 33 - (Anzahl)	0,00	280,00	270,00
G-363-003-013 Hilfen nach § 34 - (Anzahl)	0,00	650,00	630,00
G-363-003-006 Teilstationäre Hilfen - Anzahl	0,00	120,00	115,00
ZK-363-003-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen

363-003	Hilfen zur Erziehung
363-003-0001	Präventive niedrigschwellige Hilfsangebote (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-01	Projekte in den Jugendhilfestationen (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-02	Hilfen nach § 27 Abs. 2 SGB VIII (VHT, Famak, Famman, Clearing, etc)
363-003-0001-03	Betreuung durch Familienhebammen/Familienkinderkrankenschwestern (§ 27 SGB VIII)
363-003-0001-04	Ersatzmaßnahmen für Bildung u. Beschäftigung (§ 27 Abs. 3 SGB VIII)
363-003-0002	Institutionelle Beratung (§ 28 SGB VIII)
363-003-0003	Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII)
363-003-0004	Erziehungsbeistandschaft (§ 30 SGB VIII)
363-003-0004-01	Erziehungsbeistandschaft für Minderjährige (§ 30 SGB VIII)
363-003-0004-02	Erziehungsbeistandschaft für Volljährige (§§ 41, 30 SGB VIII)
363-003-0005	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)
363-003-0005-01	Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII)

Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

363-003-0006	Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII)
363-003-0007	Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII)
363-003-0007-01	Vollzeitpflege für Minderjährige (§ 33 SGB VIII)
363-003-0007-02	Bereitschaftspflege (§ 33 SGB VIII)
363-003-0007-03	Verwandtenpflege für Minderjährige (§ 33 SGB VIII)
363-003-0007-04	Vollzeitpflege für Volljährige (§§ 41,33 SGB VIII)
363-003-0008	Heimpflege (§ 34 SGB VIII)
363-003-0008-01	Heimpflege für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
363-003-0008-02	Betreutes Wohnen für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
363-003-0008-03	Erziehungsstellen für Minderjährige (§ 34 SGB VIII)
363-003-0008-04	Heimpflege für Volljährige in stationärer Form (§§ 41,34 SGB VIII)
363-003-0008-05	Betreutes Wohnen für Volljährige (§§ 41,34 SGB VIII)
363-003-0008-06	Erziehungsstellen für Volljährige (§§ 41,34 SGB VIII)
363-003-0008-07	Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII)
363-003-0009	Intensive soz.päd. Einzelbetreuung ISE (§ 35 SGB VIII)
363-003-0011	Jugendberufsagentur
363-003-0012	Jugend-Wohnen-Arbeit

Teilergebnishaushalt Produkt 363-003 Hilfen zur Erziehung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.919,04	7.500,00	7.500,00	7.600,00	7.700,00	7.800,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	1.804.950,81	1.683.800,00	1.876.600,00	1.941.700,00	2.009.700,00	2.080.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	3.474.750,47	3.385.800,00	5.227.800,00	5.410.000,00	5.599.400,00	5.795.300,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	61.846,03					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	5.330.628,27	5.077.100,00	7.111.900,00	7.359.300,00	7.616.800,00	7.883.100,00
02.01	- Personalaufwendungen	6.001.059,84	6.362.300,00	7.469.500,00	7.676.700,00	7.870.700,00	8.087.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	137.002,70	201.200,00	206.400,00	205.200,00	203.900,00	205.800,00
02.04	- Abschreibungen	7.410,03	2.300,00	2.000,00	2.100,00	2.100,00	2.100,00
02.06	- Transferaufwendungen	50.352.338,21	51.628.500,00	51.739.100,00	54.066.200,00	56.760.100,00	59.509.900,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.822.997,25	2.158.800,00	2.223.700,00	2.310.500,00	2.378.200,00	2.447.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	59.320.808,03	60.353.100,00	61.640.700,00	64.260.700,00	67.215.000,00	70.253.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-53.990.179,76	-55.276.000,00	-54.528.800,00	-56.901.400,00	-59.598.200,00	-62.370.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	86.600,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	86.600,00					
05.	= Jahresergebnis	-53.903.579,76	-55.276.000,00	-54.528.800,00	-56.901.400,00	-59.598.200,00	-62.370.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	240.207,84	274.500,00	290.700,00	290.700,00	290.700,00	290.700,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-240.207,84	-274.500,00	-290.700,00	-290.700,00	-290.700,00	-290.700,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-54.143.787,60	-55.550.500,00	-54.819.500,00	-57.192.100,00	-59.888.900,00	-62.661.100,00

Produkt 363-004 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produkt	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus		
Kurzbeschreibung	<p>PIAF® (Prävention in aller Frühe) ist ein interdisziplinäres Interventionsprogramm im Kindergarten. Es dient zur Früherkennung von gesundheitlichen und pädagogischen Auffälligkeiten bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren. Die PIAF®-Untersuchung setzt sich u. a. aus einem Hörtest, einem Sehtest, mehreren motorischen, einer gesundheitlichen Untersuchung und einer sozialpädagogischen Begutachtung zusammen.</p> <p>Aufgabe des Amtes 406 am Gesamtprodukt (Hauptverantwortung liegt bei Amt 409 - Produkt 414-006) ist die sozialarbeiterische Beteiligung bei den Untersuchungen, die Beratung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten sowie die Einleitung von Hilfen nach dem SGB VIII.</p>		
Zielgruppe	<p>intern: ---</p> <p>extern: Kinder in vorschulischen Einrichtungen sowie deren Eltern/Familien und alle mit der gesunden Entwicklung befassten Fachkräfte und Institutionen</p>		
Kategorie	freiwillige Aufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss vom 27.09.2010		
Sachziele	Frühzeitige Erkennung eines Förderungsbedarfs bei Kindern und Unterstützung der Eltern/Familien und anderen Beteiligten bei der Entwicklung von Förderkonzepten, um die Rate der bis zur Schuleingangsuntersuchung unbekanntem, gravierenden Befunde in schulrelevanten Entwicklungsbereichen zu reduzieren und Therapiebedarf zu mindern.		
Qualitätsziele	<p>Auf die in der Produktbeschreibung des Produkts 414-006 aufgeführten fachlich-inhaltlichen Qualitätsziele (Z-414-006-001 bis Z-414-006-008) sowie die Kennzahlen zur Zielerreichung wird hingewiesen. Details zur Zielerreichung und zur Wirkungsmessung werden separat vom Haushalt jeweils im Controllingbericht entsprechend des Kreistagsbeschlusses vom 23.06.2011 dargestellt.</p> <p>Z-363-004-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-004-001 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	363-004	Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)	

Teilergebnishaushalt Produkt 363-004 Präventionsmaßnahme PIAF® (Amt 406)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	146,88	125.000,00	50.000,00	50.700,00	51.600,00	52.300,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	42.327,67					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	42.474,55	125.000,00	50.000,00	50.700,00	51.600,00	52.300,00
02.01	- Personalaufwendungen	410.382,41	431.200,00	505.800,00	521.400,00	534.100,00	549.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	25.629,73	16.100,00	16.500,00	16.500,00	16.400,00	16.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	5.229,62	6.600,00	4.300,00	4.300,00	4.300,00	4.300,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	441.241,76	453.900,00	526.600,00	542.200,00	554.800,00	569.900,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-398.767,21	-328.900,00	-476.600,00	-491.500,00	-503.200,00	-517.600,00
05.	= Jahresergebnis	-398.767,21	-328.900,00	-476.600,00	-491.500,00	-503.200,00	-517.600,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.361,20	18.800,00	20.100,00	20.100,00	20.100,00	20.100,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-16.361,20	-18.800,00	-20.100,00	-20.100,00	-20.100,00	-20.100,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-415.128,41	-347.700,00	-496.700,00	-511.600,00	-523.300,00	-537.700,00

Produkt 363-005 Engliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-005 Engliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus
Kurzbeschreibung	<p>Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von seelischer Behinderung bedroht sind, haben einen Rechtsanspruch auf Engliederungshilfe nach § 35a SGB VIII.</p> <p>Im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Abweichung der seelischen Gesundheit vom alterstypischen Zustand zu prüfen und 2. ob in Folge dieser Abweichung die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist oder eine solche droht. <p>Diese zweigliedrige Prüfung wird einerseits durch die Fachärzte, andererseits durch die Bezirkssozialarbeit flächendeckend durchgeführt.</p> <p>Die Engliederungshilfe wird durch ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen nach dem Bedarf im Einzelfall und nach einer durchgeführten Hilfeplanung gewährt.</p>
Zielgruppe	intern: --- extern: Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbeugend soll die Engliederungshilfe bereits vor Eintritt einer seelischen Behinderung ansetzen, schon wenn diese droht einzusetzen, so dass der Prozess des Entstehens einer seelischen Behinderung mit daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möglichst unterbrochen wird. - Bei bereits eingetretener Behinderung soll die Hilfe die Beeinträchtigung beseitigen oder mildern, um die Integration des behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft zu leisten. - Steuerung und Wirksamkeitsüberprüfung der Engliederungshilfe durch ein qualifiziertes Fach- und Finanzcontrolling der ambulanten, teilstationären und stationären Maßnahmen. - Die Bearbeitung der Sozialleistungen erfolgt in zeitgemäßer Weise, frei von Barrieren, umfassend und zügig (§ 17 Abs. 1 SGB I).
Qualitätsziele	<p>Z-363-005-001: Erfüllung des individuellen Rechtsanspruches auf ambulante, teilstationäre und stationäre Engliederungshilfen in bedarfsgerechter und angemessener Form. (siehe G-363-005-001, G-363-005-002, G-363-005-003)</p> <p>Z-363-005-004: Schulassistent: Begleitung und Beratung der Schulen auf dem Weg zur inklusiven Beschulung durch Schulassistentenberatung (Schulassistentenberatung, Poolbildung etc.), Optimierung der organisatorischen Abläufe durch die Einhaltung von WISE (Projekt Wirkung durch Steuerung) und intensivere Prüfung durch die Bezirkssozialarbeit (Positiver Einfluss auf die Fallkosten). Ziel ist es, die Bedarfe im Einzelfall zunehmend durch Poolbildung zu decken (geringe Aufwendungen bei Schulbegleitung/Fall). (siehe G-363-005-008, G-363-005-009, G-363-005-004, G-363-005-005)</p> <p>Z-363-005-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.</p>

Produkt 363-005 Engliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Landkreis Hildesheim

(siehe ZK-363-005-301)

Maßnahmen

ZM-363-005-101:

Zur Erfüllung des individuellen Rechtsanspruchs der Kinder und Jugendlichen sowie jungen Volljährigen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- ausführliche und gründliche Beratung beim Falleingang,
- gesicherte, standardisierte, formale Überprüfung der fachärztlichen Stellungnahme,
- gründliche vor Ort Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung,
- Kausalitätsprüfung und
- in jedem Fall Durchführung einer standardisierten Hilfeplanung.

ZM-363-005-103:

Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses (z. B. Teambesprechungen, Newsletter) zwischen den verschiedenen

Ebenen (Dezernatsleitung, Amtsleitung, Teamleitung, Mitarbeiter) sowie vorausschauende Personalbedarfsplanung erhöhen die Beschäftigtenzufriedenheit.

ZM-363-005-104:

Initiierung und Planung von Kooperationsprojekten mit angrenzenden Rechtsgebieten und Institutionen zur Abstimmung

von Konzepten für die Schaffung bedarfsgerechter struktureller Angebote.

ZM-363-005-105:

Planung und Durchführung von Präventionsprojekten, insbesondere mit den Schulen; gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-005-001 Gewährte ambulante Hilfen - (Anzahl)	0,00	1.050,00	1.200,00
G-363-005-002 Gewährte teilstationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	15,00	15,00
G-363-005-003 Gewährte stationäre Hilfen - (Anzahl)	0,00	90,00	80,00
G-363-005-004 Gesamtaufwand für Schulbegleitung - (EUR)	0,00	5.565.600,00	5.733.800,00
G-363-005-005 Fallzahl Schulbegleitung - (Anzahl)	0,00	190,00	240,00
G-363-005-008 Schulbegleitungsaufwendungen/Fall aus Vorvorjahr - (EUR)	0,00	22.102,00	20.343,00
G-363-005-009 Schulbegleitungsaufwendungen/Fall aktuelles Jahr - (EUR)	0,00	22.293,00	22.935,00
ZK-363-005-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen

363-005	Engliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII
363-005-0001	Ambulante Engliederungshilfe
363-005-0001-01	Ambulante Engliederungshilfe in Form der Legasthenie-, Dyskalkulietherapie
363-005-0001-02	Ambulante Engliederungshilfe in der Schulbegleitung
363-005-0001-03	Ambulante Engliederungshilfe in Form der ambulanten Betreuung
363-005-0001-04	Ambulante Engliederungshilfe für Volljährige (§§ 41,35 a SGB VIII)
363-005-0001-06	Schulassistentenberatung (SAB)
363-005-0002	Teilstationäre Engliederungshilfe
363-005-0002-01	Teilstationäre Engliederungshilfe für Minderjährige
363-005-0002-02	Teilstationäre Engliederungshilfe für Volljährige (§§ 41,35 a SGB VIII)
363-005-0003	Stationäre Engliederungshilfe
363-005-0003-01	Stationäre Engliederungshilfe für Minderjährige
363-005-0003-02	Stationäre Engliederungshilfe für Volljährige (§ 41,35 a SGB VIII)

Teilergebnishaushalt Produkt 363-005 Engliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	164.709,00	170.000,00	170.000,00	170.000,00	170.000,00	170.000,00
01.04	+ sonstige Transfererträge	300.875,89	300.100,00	257.000,00	265.900,00	275.200,00	284.700,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte	-660,48					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	555.819,29	440.100,00	147.200,00	152.300,00	157.600,00	163.200,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	1.020.743,70	910.200,00	574.200,00	588.200,00	602.800,00	617.900,00
02.01	- Personalaufwendungen	2.541.051,06	2.695.900,00	3.165.500,00	3.254.100,00	3.336.400,00	3.428.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	59.674,93	79.900,00	82.400,00	81.900,00	81.400,00	82.200,00
02.06	- Transferaufwendungen	12.080.574,55	12.683.200,00	13.964.500,00	14.491.500,00	15.216.300,00	15.977.000,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	36.097,87	66.400,00	19.100,00	19.100,00	19.100,00	19.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	14.717.398,41	15.525.400,00	17.231.500,00	17.846.600,00	18.653.200,00	19.506.700,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-13.696.654,71	-14.615.200,00	-16.657.300,00	-17.258.400,00	-18.050.400,00	-18.888.800,00
05.	= Jahresergebnis	-13.696.654,71	-14.615.200,00	-16.657.300,00	-17.258.400,00	-18.050.400,00	-18.888.800,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	101.740,32	116.600,00	123.600,00	123.600,00	123.600,00	123.600,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-101.740,32	-116.600,00	-123.600,00	-123.600,00	-123.600,00	-123.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-13.798.395,03	-14.731.800,00	-16.780.900,00	-17.382.000,00	-18.174.000,00	-19.012.400,00

Produkt 363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produkt	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 406 - Björn Menkhaus		
Kurzbeschreibung	<p>Die Kinder- und Jugendhilfe hat nach Maßgabe des JGG und § 52 SGB VIII am Strafverfahren von Jugendlichen mitzuwirken und in dem gesamten Verfahren sowie in der Hauptverhandlung die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Sie überwacht die vom Jugendgericht auferlegten Weisungen und Auflagen. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) sieht vor, dass Jugendliche und Heranwachsende durch richterliche Weisungen zur Teilnahme an pädagogischen Maßnahmen verpflichtet werden. Die Umsetzung der sozialen Trainingskurse, Betreuungsweisungen, Täter-Opfer-Ausgleiche, Deeskalationstrainings und die Vermittlung/Überwachung von Arbeitsauflagen erfolgt durch die Träger der freien Jugendhilfe im Auftrag der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS). Mit dem Vorrang des Erziehungsgedankens im Jugendstrafverfahren nimmt die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe stetig zu.</p>		
Zielgruppe	intern: --- extern: Jugendliche, Heranwachsende und ihre Familien, Familiengerichte, Jugendgerichte, Staatsanwaltschaft		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe - Jugendgerichtsgesetz (JGG)		
Sachziele	<ul style="list-style-type: none"> - Die Mitwirkung im jugendgerichtlichen Verfahren (Beratung, Begleitung, Betreuung) soll dazu beitragen, das Recht der jungen Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu verwirklichen. - Aus der Straffälligkeit und deren möglichen Folgen erwachsende Risiken sollen für die weitere Entwicklung des jungen Menschen vermieden und eine mögliche künftige Straffälligkeit der jungen Menschen verhindert werden. - Begleitende und betreuende Hilfen könnten hier u. a. sein: situations- u. problemadäquates Reagieren auf delinquentes Verhalten junger Menschen durch Jugendhilfeangebote oder erzieherisch wirkende richterliche Maßnahmen nach dem JGG, um Kriminalisierung, Stigmatisierung sowie Entwicklungsstörungen zu verhindern und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft für straffällige junge Menschen zu fördern. 		
Qualitätsziele	Z-363-006-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-363-006-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	363-006	Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	

Teilergebnishaushalt Produkt 363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	183,60					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	7.156,57					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	7.340,17					
02.01	- Personalaufwendungen	514.936,09	539.100,00	632.300,00	651.300,00	667.500,00	686.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	13.417,42	21.400,00	21.900,00	21.800,00	21.700,00	21.900,00
02.06	- Transferaufwendungen	600.073,25	664.000,00	892.300,00	946.500,00	988.200,00	1.031.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	6.611,67	9.300,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00	5.900,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.135.038,43	1.233.800,00	1.552.400,00	1.625.500,00	1.683.300,00	1.745.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.127.698,26	-1.233.800,00	-1.552.400,00	-1.625.500,00	-1.683.300,00	-1.745.400,00
05.	= Jahresergebnis	-1.127.698,26	-1.233.800,00	-1.552.400,00	-1.625.500,00	-1.683.300,00	-1.745.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.499,76	23.800,00	25.300,00	25.300,00	25.300,00	25.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-20.499,76	-23.800,00	-25.300,00	-25.300,00	-25.300,00	-25.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.148.198,02	-1.257.600,00	-1.577.700,00	-1.650.800,00	-1.708.600,00	-1.770.700,00

Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Teilhaushalt Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration

Verantwortlich Amt 407 - Steffen Schwenke

Kurzbeschreibung Beratung und Unterstützung bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Kindesunterhaltsansprüchen sowie eigener Ansprüche, Führung von Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Beratung und Unterstützung von privaten Vormündern und Pflegern.
Kooperation mit Vormundschaftsvereinen einschließlich Beratung und Unterstützung.
Beurkundungen gem. § 59 Abs. 1 SGB VIII, Führung des Sorgeregisters.
Bescheinigungen über die Nichtabgabe von Sorgeerklärungen.
Beratung und Unterstützung, insbesondere bei der Feststellung der Vaterschaft durch Anerkennung oder gerichtliche Verfahren und bei der Erlangung von Unterhaltstiteln und regelmäßigen Unterhaltszahlungen.
Vertretung in allen Angelegenheiten der Personen- und Vermögenssorge.

Zielgruppe intern: ---
extern: sorgeberechtigte Personen (insbes. Elternteile), minderjährige Kinder, junge Volljährige, Unterhaltspflichtige, private Vormünder und Pfleger, Vormundschaftsvereine

Kategorie Pflichtaufgabe

Aufgabenzuordnung eigener Wirkungskreis

Auftragsgrundlage SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe, BGB

Sachziele Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistungen des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln, Kennzahlenvergleich ruht derzeit

Qualitätsziele Z-363-007-002:
Gewinnung von mindestens 10 ehrenamtlichen Vormündern pro Jahr
Z-363-007-003:
Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen.
Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-007-002 Erstattung UV-Kasse - (EUR)	0,00	500.000,00	550.000,00
G-363-007-003 Erstattung SHTr./JHTr. (ohne UV) - (EUR)	0,00	125.000,00	100.000,00
G-363-007-004 Amtsvormundschaften - (Anzahl)	0,00	100,00	100,00
G-363-007-005 Amtspflegschaften - (Anzahl)	0,00	40,00	40,00
G-363-007-006 Beistandsschaften - (Anzahl)	0,00	2.600,00	2.300,00
G-363-007-007 Beratungen - (Anzahl)	0,00	1.000,00	1.100,00
G-363-007-008 Beurkundungen - (Anzahl)	0,00	1.200,00	1.300,00
ZK-363-007-003 Ehrenamtliche Privatvormünder, neu im Jahr	0,00	10,00	10,00
ZK-363-007-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Leistungen	363-007	Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft
	363-007-0001	Beratung/Unterstützung Vaterschaftsfest.,Unterhalt
	363-007-0002	Amtsvormundschaften
	363-007-0003	Amtspflegschaften
	363-007-0004	Beistandschaften
	363-007-0005	Sorgerechtsregister

Teilergebnishaushalt Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	51,90					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	5.545,07					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	5.596,97					
02.01	- Personalaufwendungen	1.043.249,94	1.060.400,00	1.235.600,00	1.271.700,00	1.304.100,00	1.340.100,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	32.917,28	32.700,00	31.900,00	31.300,00	30.700,00	31.600,00
02.04	- Abschreibungen	1.841,03	2.300,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00	2.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	43.849,07	65.100,00	64.200,00	64.200,00	64.200,00	64.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.121.857,32	1.160.500,00	1.334.200,00	1.369.700,00	1.401.500,00	1.438.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.116.260,35	-1.160.500,00	-1.334.200,00	-1.369.700,00	-1.401.500,00	-1.438.400,00
05.	= Jahresergebnis	-1.116.260,35	-1.160.500,00	-1.334.200,00	-1.369.700,00	-1.401.500,00	-1.438.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	48.735,21	80.500,00	82.300,00	82.300,00	82.300,00	82.300,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-48.735,21	-80.500,00	-82.300,00	-82.300,00	-82.300,00	-82.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.164.995,56	-1.241.000,00	-1.416.500,00	-1.452.000,00	-1.483.800,00	-1.520.700,00

Investitionen Produkt 363-007 Beistandschaft, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigunge n	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I15407-003 DV Software Amt 407-Beistand./Amtspfleg-/-vormund. 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen		-4.000,00 4.000,00				

Produkt 363-008 Eterngeld			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	363	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produkt	363-008	Eterngeld	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Bearbeitung von Basiselterngeld und EterngeldPlus; Zahlung von Basiselterngeld und EterngeldPlus; Beratung zur Eternzeit und zum EterngeldPlus		
Zielgruppe	intern: --- extern: Eternteile, die mit einem Kind in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Fragen zur Eternzeit haben.		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Bundeselterngeld- und Eternzeitgesetz (BEEG)		
Sachziele	Teilnahme an Kennzahlenvergleichen und Anpassung der Dienstleistung des Landkreises an die Ergebnisse der Vergleiche, entsprechend den erlassenen Rahmenregeln; NLT-Vergleich "Eterngeld" ruht derzeit		
Qualitätsziele	Z-363-008-001: Der durchschnittliche Bearbeitungszeitraum soll nicht länger als 20 Tage sein. Z-363-008-002: Pro Vollzeitstelle soll eine Anzahl von 600 Fällen erreicht werden. Z-363-008-003: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
G-363-008-001 Fallzahl Eterngeld - (Anzahl)	0,00	2.000,00	2.030,00
G-363-008-002 Beratungen Eternzeit - (Anzahl)	0,00	400,00	500,00
ZK-363-008-001 Durchschnittlicher Bearbeitungszeitraum Eterngeld - (Tage)	0,00	20,00	20,00
ZK-363-008-002 Fälle pro Vollzeitstelle Eterngeld - (Anzahl)	0,00	0,00	0,00
ZK-363-008-301 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	363-008	Eterngeld	

Teilergebnishaushalt Produkt 363-008 Eterngeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	23,94					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	307.796,74	305.200,00	304.300,00	308.600,00	314.200,00	318.400,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	307.820,68	305.200,00	304.300,00	308.600,00	314.200,00	318.400,00
02.01	- Personalaufwendungen	470.688,68	580.600,00	553.100,00	570.200,00	584.600,00	600.500,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	12.198,61	20.300,00	14.800,00	14.700,00	14.600,00	14.800,00
02.04	- Abschreibungen	2.335,50	600,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00	1.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	113.347,28	117.600,00	115.300,00	117.100,00	119.100,00	120.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	598.570,07	719.100,00	684.500,00	703.300,00	719.600,00	737.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-290.749,39	-413.900,00	-380.200,00	-394.700,00	-405.400,00	-419.000,00
05.	= Jahresergebnis	-290.749,39	-413.900,00	-380.200,00	-394.700,00	-405.400,00	-419.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.507,94	26.600,00	28.400,00	28.400,00	28.400,00	28.400,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-31.507,94	-26.600,00	-28.400,00	-28.400,00	-28.400,00	-28.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-322.257,33	-440.500,00	-408.600,00	-423.100,00	-433.800,00	-447.400,00

Investitionen Produkt 363-008 Eterngeld

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I12407-001 DV Software Amt 407 - Eterngeld - 05.03 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.200,00 10.200,00	-17.000,00 17.000,00				

Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)	
Landkreis Hildesheim	
Produktbereich	36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	365 Tageseinrichtungen für Kinder
Produkt	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)
Wesentl. Produkt	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke
Kurzbeschreibung	Sicherstellung der Ansprüche von Kindern auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
Zielgruppe	intern: --- extern: Familien und Kinder; Städte, Gemeinden und Samtgemeinden (als mit der Aufgabenwahrnehmung betraute Stellen)
Kategorie	Pflichtaufgabe
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
Auftragsgrundlage	- §24 SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe - Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des SGB VIII (Nds. AG-KJHG) - Gesetz zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiFöG) Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG)
Sachziele	Die Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege sollen - die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern - die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen - den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können - Der Förderauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes und bezieht sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.
Qualitätsziele	Z-365-001-001: Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres bis zum Schuleintritt incl. eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagsplätzen (auf Basis der Anmeldungen); siehe ZK-365-001-001 Z-365-001-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt. Z-365-001-005: Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an frühkindlicher Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten 1 Lebensjahr; siehe ZK-365-001-006 Z-365-001-006: Sicherstellung des Anspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege für Kinder vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres; siehe ZK-365-001-007 Z-365-001-007:

Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots in Tageseinrichtungen für Kinder im schulpflichtigen Alter (bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres); siehe ZK-365-001-005

Maßnahmen

ZM-365-001-101:

Im Rahmen der mit den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden geschlossenen Vereinbarungen über die Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung wird auf das Erreichen der Ziele hingewirkt.

Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-365-001-001 Versorgungsgrad Kinder 3 - 6 - (%)	0,00	100,00	100,00
ZK-365-001-005 Versorgungsgrad Schulkinder - (%)	0,00	15,00	30,00
ZK-365-001-006 Versorgungsgrad Kinder u1 - (%)	0,00	1,00	1,00
ZK-365-001-007 Versorgungsgrad Kinder 1 - u3 (%)	0,00	37,00	46,00
ZK-365-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00

Leistungen

365-001	Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)
365-001-0001	Förderg.v. Betreuungsangeboten für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt
365-001-0003	Förderg.v. Betreuungsangeboten für schulpflichtige Kinder u14
365-001-0004	Förderung v. Betreuungsangeboten für Kinder u1
365-001-0005	Förderung v. Betreuungsangeboten für Kinder von 1 bis u3
365-001-0006	Richtlinie Verbesserung Qualität in KiTa (Quik)
365-001-0007	Besondere Finanzhilfen n.d. KiTaG
365-001-0008	Richtlinie Investitionen Tagesbetreuung (RIT)
365-001-0009	Richtlinie IKIGA
365-001-0010	Notfallbetreuung

Teilergebnishaushalt Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.901.628,63	3.882.300,00	3.882.300,00	3.882.300,00	3.882.300,00	3.882.300,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	24.017,45	70.700,00	93.200,00	96.900,00	99.700,00	101.700,00
01.05	+ öffentlich-rechtliche Entgelte			3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	17,16					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	937.145,80	930.700,00	2.940.000,00	2.982.000,00	3.036.600,00	3.077.000,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	1.277.654,68					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	6.140.463,72	4.883.700,00	6.918.500,00	6.964.200,00	7.021.600,00	7.064.000,00
02.01	- Personalaufwendungen	332.562,29	343.300,00	315.100,00	325.700,00	333.700,00	342.800,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	2.028,86	231.300,00	249.400,00	249.400,00	249.400,00	249.400,00
02.04	- Abschreibungen	698.013,76	1.081.100,00	1.288.800,00	1.379.100,00	1.448.100,00	1.520.500,00
02.06	- Transferaufwendungen	47.005.766,93	46.720.900,00	46.186.000,00	46.727.500,00	47.373.700,00	48.029.600,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	2.232.391,68	3.210.900,00	4.254.700,00	4.380.700,00	4.510.500,00	4.644.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	50.270.763,52	51.587.500,00	52.294.000,00	53.062.400,00	53.915.400,00	54.786.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-44.130.299,80	-46.703.800,00	-45.375.500,00	-46.098.200,00	-46.893.800,00	-47.722.500,00
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	21.599,20					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	-21.599,20					
05.	= Jahresergebnis	-44.151.899,00	-46.703.800,00	-45.375.500,00	-46.098.200,00	-46.893.800,00	-47.722.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	14.580,26	7.100,00	8.800,00	8.800,00	8.800,00	8.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-14.580,26	-7.100,00	-8.800,00	-8.800,00	-8.800,00	-8.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-44.166.479,26	-46.710.900,00	-45.384.300,00	-46.107.000,00	-46.902.600,00	-47.731.300,00

Investitionen Produkt 365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407)

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I17407-001 Zuweisung für Kita an Gemeinden	-1.725.200,00	-5.470.000,00	-5.872.600,00	-6.970.000,00	-6.970.000,00	-6.970.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	1.725.200,00	5.470.000,00	5.872.600,00	6.970.000,00	6.970.000,00	6.970.000,00
I17407-002 Zuschuss für Kita an freie Träger	-5.924.700,00	-2.030.000,00	-1.710.000,00	-2.030.000,00	-2.030.000,00	-2.030.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	5.924.700,00	2.030.000,00	1.710.000,00	2.030.000,00	2.030.000,00	2.030.000,00
I17407-007 Zuweisung für KiTa an Gemeinden (Ausstattung)	-191.700,00	-775.000,00	-652.500,00	-775.000,00	-775.000,00	-775.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	191.700,00	775.000,00	652.500,00	775.000,00	775.000,00	775.000,00
I17407-008 Zuschuss für KiTa an freie Träger (Ausstattung)	-658.400,00	-225.000,00	-190.000,00	-225.000,00	-225.000,00	-225.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	658.400,00	225.000,00	190.000,00	225.000,00	225.000,00	225.000,00
I22407-002 Landesmittel RIT an Gemeinden (Ausstattung)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	48.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	48.000,00					
I22407-003 Landesmittel RIT an Gemeinden (Baumaßnahmen)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	144.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	144.000,00					
I22407-004 Landesmittel RIT an freie Träger (Ausstattung)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	30.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	30.000,00					
I22407-005 Landesmittel RIT an freie Träger (Baumaßnahmen)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	90.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	90.000,00					
I22407-008 Landesmittel gemäß Richtlinie IKiGA (neutral)						
04.01 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	955.000,00					
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	955.000,00					

Produkt 366-001 Kreiseigene Jugendeinrichtungen			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	366	Einrichtungen der Jugendarbeit	
Produkt	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Finanzielle Unterstützung der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH zur Bereitstellung von Jugendeinrichtungen für Schulen, Vereine, Verbände und Jugendgruppen aus dem Landkreis Hildesheim		
Zielgruppe	intern: --- extern: Jugendgruppen, Schulklassen, Vereine, Verbände und Kindertagesstätten		
Kategorie	freiwillige Aufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-366-001-001: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-366-001-101 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	366-001	Kreiseigene Jugendeinrichtungen	
	366-001-0001	Windmühle Marienrode	
	366-001-0002	Haus Berlin/Hohegeiß	
	366-001-0003	Jugendhof Schönberg	

Teilergebnishaushalt Produkt 366-001 Kreiseigene Jugendeinrichtungen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	0,59					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	62,49					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	63,08					
02.01	- Personalaufwendungen	11.277,19	13.200,00	15.600,00	17.900,00	18.200,00	18.600,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	115,62	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
02.06	- Transferaufwendungen	199.500,00	199.500,00	199.500,00	199.500,00	199.500,00	199.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	47,12	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	210.939,93	213.000,00	215.400,00	217.700,00	218.000,00	218.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-210.876,85	-213.000,00	-215.400,00	-217.700,00	-218.000,00	-218.400,00
05.	= Jahresergebnis	-210.876,85	-213.000,00	-215.400,00	-217.700,00	-218.000,00	-218.400,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	495,86					
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-495,86					
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-211.372,71	-213.000,00	-215.400,00	-217.700,00	-218.000,00	-218.400,00

Produkt 367-001 Erziehungsberatung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produktgruppe	367	Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
Produkt	367-001	Erziehungsberatung	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	<p>Diagnostik, Beratung und Therapie von Kindern/Jugendlichen/jungen Erwachsenen (0-27 Jahre), Erziehenden, Familien und Teilfamilien mit fundierten Methoden aus unterschiedlichen Fachgebieten.</p> <p>Frühe Interventionen bei Regulationsstörungen wie Schrei-, Fütterungs- Schlaf- und auch Bindungsstörungen von Fachkräften mit Schwerpunkten in der Arbeit mit Säuglingen und Kleinkindern.</p> <p>Bindungsorientierte Eltern-Kind-Interventionen und Elterntraining.</p>		
Zielgruppe	<p>intern: PKD, KJD</p> <p>extern: Kinder/Jugendliche, junge Volljährige sowie deren Familien/Teilfamilien in besonderen Problemlagen, vorliegenden/bestehenden Erziehungs-/Beziehungsschwierigkeiten, Entwicklungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, psychischen/psychosozialen/psychosomatischen Störungen</p>		
Kategorie	Pflichtaufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	SGB VIII - Sozialgesetzbuch Kinder- und Jugendhilfe		
Sachziele	<p>Angebote sollen Erziehende und deren Kinder bereits in den frühen Lebensphasen erreichen. Durch den Ausbau der Angebote in der frühen Beratung wird Bindungsstörungen, mit ihren gravierenden negativen Folgen auf die psychosoziale Gesundheit, entgegengewirkt.</p>		
Qualitätsziele	<p>Z-367-001-002:</p> <p>Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.</p>		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-367-001-201 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	367-001	Erziehungsberatung	
	367-001-0001	Diagn.,Ber.,Therap.Kinder,Jugendliche und Familien	
	367-001-0002	Einzelfallb.Ber.v.Erzieh.,Lehrern u. a.	
	367-001-0003	Einzelfallb.Stellungnahmen an Personen,Institutionen	
	367-001-0004	Präventive fallübergreifende Angebote	

Teilergebnishaushalt Produkt 367-001 Erziehungsberatung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	40,04					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.277,06					
01.12	= Summe ordentliche Eträge	4.317,10					
02.01	- Personalaufwendungen	799.548,67	910.500,00	1.006.700,00	1.036.500,00	1.062.600,00	1.092.000,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	29.032,30	25.000,00	28.000,00	27.400,00	26.800,00	27.700,00
02.06	- Transferaufwendungen	296.286,57	319.700,00	319.700,00	320.000,00	320.300,00	320.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	12.119,98	17.800,00	11.800,00	11.800,00	11.800,00	11.800,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.136.987,52	1.273.000,00	1.366.200,00	1.395.700,00	1.421.500,00	1.452.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.132.670,42	-1.273.000,00	-1.366.200,00	-1.395.700,00	-1.421.500,00	-1.452.000,00
05.	= Jahresergebnis	-1.132.670,42	-1.273.000,00	-1.366.200,00	-1.395.700,00	-1.421.500,00	-1.452.000,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.470,76	42.300,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00	44.000,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-34.470,76	-42.300,00	-44.000,00	-44.000,00	-44.000,00	-44.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-1.167.141,18	-1.315.300,00	-1.410.200,00	-1.439.700,00	-1.465.500,00	-1.496.000,00

Produkt 421-001 Sportförderung			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	42	Sportförderung	
Produktgruppe	421	Förderung des Sports	
Produkt	421-001	Sportförderung	
Teilhaushalt	Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration		
Verantwortlich	Amt 407 - Steffen Schwenke		
Kurzbeschreibung	Unterstützung des Sports im Landkreis Hildesheim		
Zielgruppe	intern: --- extern: alle sportlich interessierten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Hildesheim insbesondere Mitglieder in Sportvereinen sowie Schülerinnen und Schüler		
Kategorie	freiwillige Aufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	- Beschlüsse des Kreisausschusses und Kreistages - Richtlinien über die Sportförderung des Landkreises Hildesheim ab 01.01.2012 - Erlass des Bundesministeriums des Innern zu den "Bundesjugendspielen"		
Sachziele	- Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Erhaltung, Umbau , Modernisierung und Sanierung von bestehenden Sport- und Gemeinschaftsanlagen und in nachvollziehbaren und erforderlichen Fällen auch für Neubauten von Sportstätten in Kommunen, Vereinen und Sportfachverbänden - Gewährung eines Zuschusses an den Kreissportbund für die nebenamtlichen lizenzierten Übungsleiter/innen - Gewährung von Zuschusses für die Teilnahme an Meisterschaften - Sach- und Dienstleitungen für den außerunterrichtlichen Schulsport - Unfallversicherung aller Mitglieder in Sportvereinen unter 18 Jahren über den Kommunalen Schadenausgleich (KSA)		
Qualitätsziele	Z-421-001-004: Beschäftigtenzufriedenheit: Das Ergebnis von regelmäßigen Befragungen soll mindestens die Schulnote "2" erreichen. Hinweis: Die erste Befragung wurde Anfang 2011 durchgeführt. Die letzte Befragung wurde im Frühjahr 2015 durchgeführt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-421-001-401 Beschäftigtenzufriedenheit - (Schulnote)	0,00	2,00	2,00
Leistungen	421-001	Sportförderung	
	421-001-0001	Bezuschussung von Sportanlagen/Bädereinrichtungen	
	421-001-0002	Bezuschussung von haupt-/nebenamtlichen Übungsleitern	
	421-001-0003	Förderung des Schul-und Vereinssports	

Teilergebnishaushalt Produkt 421-001 Sportförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.06	+ privatrechtliche Entgelte	1.856,79					
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	4.951,64	7.700,00	7.700,00	7.700,00	7.700,00	7.700,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	6.808,43	7.700,00	7.700,00	7.700,00	7.700,00	7.700,00
02.01	- Personalaufwendungen	12.888,32	14.000,00	16.300,00	18.600,00	19.000,00	19.400,00
02.03	- Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	5.793,66	10.800,00	10.900,00	10.900,00	10.900,00	10.900,00
02.04	- Abschreibungen	36.739,34	41.500,00	44.900,00	48.200,00	50.500,00	53.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	137.335,88	157.800,00	157.800,00	157.800,00	157.800,00	157.800,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.494,20	8.100,00	8.100,00	8.100,00	8.100,00	8.100,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	197.251,40	232.200,00	238.000,00	243.600,00	246.300,00	249.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-190.442,97	-224.500,00	-230.300,00	-235.900,00	-238.600,00	-241.500,00
05.	= Jahresergebnis	-190.442,97	-224.500,00	-230.300,00	-235.900,00	-238.600,00	-241.500,00
08.02	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	566,70	1.300,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00	2.800,00
08.03	= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-566,70	-1.300,00	-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-191.009,67	-225.800,00	-233.100,00	-238.700,00	-241.400,00	-244.300,00

Investitionen Produkt 421-001 Sportförderung

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I17407-004 Zuweisung für Sportförderung an Gemeinden	-60.000,00	-60.000,00		-60.000,00	-60.000,00	-60.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	60.000,00	60.000,00		60.000,00	60.000,00	60.000,00
I17407-005 Zuschuss für Sportförderung an freie Träger	-12.300,00	-12.000,00		-12.000,00	-12.000,00	-12.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	12.300,00	12.000,00		12.000,00	12.000,00	12.000,00

Teilhaushalt
Zentralhaushalt

Erläuterungen zum Teilhaushalt des Zentralhaushaltes für das Haushaltsjahr 2024

Produkt 261-001 -Theater-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	3.803.550,60	3.950.000	4.350.000
	darunter:			
	Zuschuss an Theater für Niedersachsen	3.803.550,60	3.950.000	4.350.000

Erwarteter Anteil des Landkreises Hildesheim zur Finanzierung des TFN. Zahlungsverpflichtung aufgrund des Gesellschaftsvertrages. Ansatzerhöhung aufgrund von Personal- und Betriebskostensteigerungen, insbesondere Energiekostensteigerungen.

Produkt 315-302 -Förderzentrum im Bockfeld-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	53.754,06	80.000	810.000
	darunter:			
	Verbandsumlage Zweckverband FZB	53.754,06	80.000	810.000

Der Haushaltsansatz beinhaltet die Verbandsumlage einschl. Kostensteigerungen gem. der vom Verbandsausschuss beschlossenen Budgetgrundsätze. Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt aufgrund der Erweiterung der Schule auf eine Ganztagschule sowie dem Abruf der Mittel für die Digitalisierung.

Produkt 411-001 -Krankenhäuser-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
01.08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	138.367,80	131.700	125.000
	darunter:			
	Erstattung Zinsleistung Krankenhaus Alfeld GmbH	138.367,80	131.700	125.000

Erträge eines Gesellschafterdarlehens an die Krankenhaus Alfeld GmbH lt. Zins- und Tilgungsplan.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	71.688,00	69.000	85.000
	darunter:			
	Umlage nach dem Krankenhausfin.Ges.	71.688,00	69.000	85.000

Die Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde aufgrund der Orientierungsdaten des Landes berechnet.

Produkt 418-001 -Kurbetrieb Bad Salzdetfurth-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	986.340,00	1.071.000	1.122.000
	darunter:			
	Verlustabdeckung	986.340,00	1.071.000	1.122.000

Erwarteter Anteil des Landkreises Hildesheim an der Verlustabdeckung. Zahlungsverpflichtung aufgrund des Gesellschaftsvertrages. Steigerung wegen erhöhter Personal- und Betriebskosten.

Produkt 547-002 –Regionalverkehr Hildesheim-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	6.727.990,48	9.000.000	15.000.000
	darunter:			
	Ausgleichsleistung	6.727.990,48	9.000.000	15.000.000

Zahlungsverpflichtung aufgrund des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA). Erwartete Erhöhung der Aufwendungen aufgrund gestiegener Personal- und Betriebskosten.

Produkt 571-001 -Wirtschaftsförderung-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	405.756,00	413.900	422.200
	darunter:			
	Zuweisung an Wirtschaftsförderungsgesellschaft	405.756,00	413.900	422.200

Zahlungsverpflichtung aufgrund der geltenden vertraglichen Verpflichtung.

Produkt 573-001 -Sparkasse, Kreiswohnbau, GKH-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
01.08	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	272.593,28	472.500	272.600
	darunter:			
	Dividende Kreiswohnbau Hildesheim	131.797,97	231.700	131.800
	Gewinnanteil Sparkasse Hildesheim	140.795,31	240.800	140.800

Es handelt sich um erwartete Dividendenzahlungen der Sparkasse Hildesheim und der Kreiswohnbau Hildesheim.

Die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes geplanten erhöhten Erträge konnten nicht realisiert werden.

Produkt 573-002 -Klimaschutzagentur-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	0,00	300.000	215.000
	darunter:			
	Zuschüsse an übrige Bereiche	0,00	300.000	215.000

Es handelt sich um die Bezuschussung der Klimaschutzagentur i.H.v. 150.000 € zzgl. 65.000 € gem. Antrag 455/XIX für Umweltbildung.

Produkt 611-001 -Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
01.02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	295.692.960,00	311.502.500	336.192.600
	darunter:			
	Schlüsselzuweisungen vom Land	91.356.760,00	89.592.600	91.385.000
	Zuw. für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	8.653.592,00	8.826.000	8.969.000
	Kreisumlage	195.682.608,00	213.083.900	235.838.600

Auf Grundlage der Orientierungsdaten des Landes werden Mehrerträge von 1.792.400 € bei den Schlüsselzuweisungen des Landes nach der Einwohnerzahl kalkuliert. Mehrerträge von 143.000 € werden als Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Für die Ermittlung der Kreisumlage wurde der Hebesatz um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr höher festgesetzt:

- auf 65,3 v.H. der Umlagegrundlagen nach dem Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetz (NFAG)
- für Gemeinden, welche die Vereinbarung zur Wahrnehmung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung abgeschlossen haben, auf 56,65 v.H. der Umlagegrundlagen nach den NFAG.

Ferner wurden bei der Ansatzermittlung die Orientierungsdaten des Landes berücksichtigt und eine individuelle Betrachtung der kreisangehörigen Kommunen durchgeführt.

Gegenüberüber dem Vorjahr ergeben sich hieraus Mehrerträge von 22.754.700 €.

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.06	Transferaufwendungen	581.464,00	572.000	587.000
	darunter:			
	Umlagezahlung in den Entschuldungsfonds	581.464,00	572.000	587.000

Zur Finanzierung der „Zukunftsverträge“ wurde beim Land ein Entschuldungsfonds eingerichtet. Der Anteil des Landkreises Hildesheim ist aus den NFAG-Zuweisungen zu finanzieren. Die Berechnung des Ansatzes erfolgte aufgrund der Orientierungsdaten des Landes.

Produkt 612-001 -Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft-

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
02.05	Zinsen und ähnliche Aufwendungen darunter:	2.980.115,67	4.025.000	5.125.000
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	2.980.115,67	3.900.000	5.000.000
	Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	0,00	125.000	125.000

Die Zinsaufwendungen an Kreditinstitute erhöhen sich aufgrund erhöhter Investitionskreditaufnahme und steigender Zinsen. Liquiditätskredite werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr eingeplant.

Investitionstätigkeit

Die Investitionen des Zentralhaushaltes ergeben sich aus der Übersicht „Investitionen Teilhaushalt Zentralhaushalt“.

Haushaltsplan 2024
Übersicht Produkte aller Teilhaushalte

Teilhaushalt Zentralhaushalt

Zentralhaushalt					
Amt	Produktnr.	Bezeichnung	Plan 2024		Zuschuss (-)
			Erträge	Aufwendungen	Überschuss
			€	€	€
	261-001	Theater	0	4.374.700	-4.374.700
	315-302	Förderzentrum im Bockfeld	0	810.000	-810.000
	411-001	Krankenhäuser	125.000	1.817.700	-1.692.700
	418-001	Kurbetrieb Bad Salzedt furth	0	1.122.000	-1.122.000
	547-002	Regionalverkehr Hildesheim	0	15.000.000	-15.000.000
	571-001	Wirtschaftsförderung	0	426.400	-426.400
	573-001	Sparkasse, Kreiswohnbaugesellschaft	272.600	5.000	267.600
	573-002	Klimaschutzagentur	0	215.000	-215.000
	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	338.947.900	587.000	338.360.900
	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0	5.321.200	-5.321.200
Ergebnis Teilhaushalt Zentralhaushalt			339.345.500	29.679.000	309.666.500

Teilergebnishaushalt Teilhaushalt Zentralhaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	145.435,52	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	295.692.960,00	311.502.500,00	336.192.600,00	345.368.300,00	361.162.800,00	373.285.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.824.404,29	2.712.300,00	2.610.300,00	2.714.700,00	2.796.100,00	2.852.000,00
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	121.526,00					
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	411.040,20	604.200,00	397.600,00	590.300,00	582.900,00	575.300,00
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-134.717,94	360.000,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	299.060.648,07	315.324.000,00	339.345.500,00	348.818.300,00	364.686.800,00	376.858.000,00
02.04	- Abschreibungen	1.459.024,47	1.612.200,00	1.842.800,00	1.884.600,00	1.978.600,00	2.077.200,00
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.980.115,67	4.025.000,00	5.125.000,00	8.635.000,00	10.785.000,00	12.951.300,00
02.06	- Transferaufwendungen	12.630.543,14	15.455.900,00	22.591.200,00	23.721.400,00	25.424.500,00	26.428.400,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	82.062,83	270.300,00	120.000,00	125.000,00	125.500,00	125.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	17.151.746,11	21.363.400,00	29.679.000,00	34.366.000,00	38.313.600,00	41.582.400,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	281.908.901,96	293.960.600,00	309.666.500,00	314.452.300,00	326.373.200,00	335.275.600,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	2.419.177,57					
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	-40.800,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	2.459.977,57					
05.	= Jahresergebnis	284.368.879,53	293.960.600,00	309.666.500,00	314.452.300,00	326.373.200,00	335.275.600,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	284.368.879,53	293.960.600,00	309.666.500,00	314.452.300,00	326.373.200,00	335.275.600,00

Teilfinanzhaushalt Teilhaushalt Zentralhaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	144.631,33	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	295.692.960,00	311.502.500,00	336.192.600,00	345.368.300,00	361.162.800,00	373.285.700,00
01.06	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	121.526,00					
01.07	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	589.717,33	604.200,00	397.600,00	590.300,00	582.900,00	575.300,00
01.10	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	296.548.834,66	312.251.700,00	336.735.200,00	346.103.600,00	361.890.700,00	374.006.000,00
02.04	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	2.828.010,61	4.025.000,00	5.125.000,00	8.635.000,00	10.785.000,00	12.951.300,00
02.05	- Transferauszahlungen	12.491.664,14	15.455.900,00	22.591.200,00	23.721.400,00	25.424.500,00	26.428.400,00
02.06	- sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	82.062,83	270.300,00	120.000,00	125.000,00	125.500,00	125.500,00
02.07	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.401.737,58	19.751.200,00	27.836.200,00	32.481.400,00	36.335.000,00	39.505.200,00
03.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	281.147.097,08	292.500.500,00	308.899.000,00	313.622.200,00	325.555.700,00	334.500.800,00
04.05	+ sonstige Investitionstätigkeit	204.865,83	173.000,00	179.000,00	187.000,00	194.000,00	202.000,00
04.06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	204.865,83	173.000,00	179.000,00	187.000,00	194.000,00	202.000,00
05.04	- Erwerb von Finanzvermögensanlagen		84.000,00				
05.05	- aktivierbare Zuwendungen	4.637.625,00	4.851.200,00	4.851.200,00	4.851.000,00	4.851.000,00	4.851.000,00
05.07	= Auszahlungen für Investitionstätigkeit	4.637.625,00	4.935.200,00	4.851.200,00	4.851.000,00	4.851.000,00	4.851.000,00
06.	= Saldo Investitionstätigkeit	-4.432.759,17	-4.762.200,00	-4.672.200,00	-4.664.000,00	-4.657.000,00	-4.649.000,00
07.	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	276.714.337,91	287.738.300,00	304.226.800,00	308.958.200,00	320.898.700,00	329.851.800,00
08.01	+ Aufnahme von Krediten u. Darl. f. Investitionen	25.000.000,00	42.153.400,00	41.826.400,00	92.045.000,00	60.333.000,00	46.081.000,00
08.02	- Tilgung von Krediten u. Darl. f. Investitionen	7.679.914,20	9.500.000,00	10.000.000,00	12.500.000,00	14.200.000,00	16.030.000,00
08.03	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	17.320.085,80	32.653.400,00	31.826.400,00	79.545.000,00	46.133.000,00	30.051.000,00
09.	= Finanzmittelbestand	294.034.423,71	320.391.700,00	336.053.200,00	388.503.200,00	367.031.700,00	359.902.800,00

Investitionen Teilhaushalt Zentralhaushalt

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10106-001 Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-4.800.000,00 4.800.000,00	-4.800.000,00 4.800.000,00		-4.800.000,00 4.800.000,00	-4.800.000,00 4.800.000,00	-4.800.000,00 4.800.000,00
I10106-003 Zuweisung an Theater für Niedersachsen 05.05 - aktivierbare Zuwendungen	-51.200,00 51.200,00	-51.200,00 51.200,00		-51.000,00 51.000,00	-51.000,00 51.000,00	-51.000,00 51.000,00
I10106-006 Darlehensgewährung Krankenhaus Alfeld 04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	173.000,00 173.000,00	179.000,00 179.000,00		187.000,00 187.000,00	194.000,00 194.000,00	202.000,00 202.000,00
I22ZHH-001 Volkshochschule - Anteile 05.04 - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	-84.000,00 84.000,00					

Produkt 261-001 Theater		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	25	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	261	Theater
Produkt	261-001	Theater
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Zuweisung an das Theater für Niedersachsen (TfN)	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss	
Sachziele		
Qualitätsziele		
Leistungen	261-001	Theater

Teilergebnishaushalt Produkt 261-001 Theater

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.04	- Abschreibungen	21.846,02	23.100,00	24.700,00	26.500,00	27.800,00	29.200,00
02.06	- Transferaufwendungen	3.803.550,60	3.950.000,00	4.350.000,00	4.793.200,00	5.500.000,00	6.000.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.825.396,62	3.973.100,00	4.374.700,00	4.819.700,00	5.527.800,00	6.029.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.825.396,62	-3.973.100,00	-4.374.700,00	-4.819.700,00	-5.527.800,00	-6.029.200,00
05.	= Jahresergebnis	-3.825.396,62	-3.973.100,00	-4.374.700,00	-4.819.700,00	-5.527.800,00	-6.029.200,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.825.396,62	-3.973.100,00	-4.374.700,00	-4.819.700,00	-5.527.800,00	-6.029.200,00

Investitionen Produkt 261-001 Theater

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10106-003 Zuweisung an Theater für Niedersachsen	-51.200,00	-51.200,00		-51.000,00	-51.000,00	-51.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	51.200,00	51.200,00		51.000,00	51.000,00	51.000,00

Produkt 315-302 Förderzentrum im Bockfeld

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	31	Soziale Hilfen
Produktgruppe	315	Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendarbeit)
Produkt	315-302	Förderzentrum im Bockfeld

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
---------------------	-----------------

Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann
-----------------------	-----------------------------------

Kategorie	Pflichtaufgabe
------------------	----------------

Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
--------------------------	-----------------------

Leistungen	315-302	Förderzentrum im Bockfeld
-------------------	---------	---------------------------

Teilergebnishaushalt Produkt 315-302 Förderzentrum im Bockfeld

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	53.754,06	80.000,00	810.000,00	810.000,00	810.000,00	810.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	53.754,06	80.000,00	810.000,00	810.000,00	810.000,00	810.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-53.754,06	-80.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00
05.	= Jahresergebnis	-53.754,06	-80.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-53.754,06	-80.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00	-810.000,00

Produkt 411-001 Krankenhäuser		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste
Produktgruppe	411	Krankenhäuser
Produkt	411-001	Krankenhäuser
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Abwicklung der Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz Abwicklung eines Gesellschafterdarlehens	
Kategorie	Pflichtaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Sachziele		
Leistungen	411-001	Krankenhäuser

Teilergebnishaushalt Produkt 411-001 Krankenhäuser

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	138.367,80	131.700,00	125.000,00	117.800,00	110.400,00	102.800,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	138.367,80	131.700,00	125.000,00	117.800,00	110.400,00	102.800,00
02.04	- Abschreibungen	1.433.002,94	1.584.900,00	1.732.700,00	1.853.600,00	1.946.000,00	2.043.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	71.688,00	69.000,00	85.000,00	86.600,00	89.400,00	91.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	1.504.690,94	1.653.900,00	1.817.700,00	1.940.200,00	2.035.400,00	2.134.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-1.366.323,14	-1.522.200,00	-1.692.700,00	-1.822.400,00	-1.925.000,00	-2.031.400,00
04.01	+ außerordentliche Erträge	2.419.177,57					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	2.419.177,57					
05.	= Jahresergebnis	1.052.854,43	-1.522.200,00	-1.692.700,00	-1.822.400,00	-1.925.000,00	-2.031.400,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	1.052.854,43	-1.522.200,00	-1.692.700,00	-1.822.400,00	-1.925.000,00	-2.031.400,00

Investitionen Produkt 411-001 Krankenhäuser

Landkreis Hildesheim

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Verpflichtungs- Ermächtigungen	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
I10106-001 Umlage nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	-4.800.000,00	-4.800.000,00		-4.800.000,00	-4.800.000,00	-4.800.000,00
05.05 - aktivierbare Zuwendungen	4.800.000,00	4.800.000,00		4.800.000,00	4.800.000,00	4.800.000,00
I10106-006 Darlehensgewährung Krankenhaus Alfeld	173.000,00	179.000,00		187.000,00	194.000,00	202.000,00
04.05 + sonstige Investitionstätigkeit	173.000,00	179.000,00		187.000,00	194.000,00	202.000,00

Produkt 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth			
Landkreis Hildesheim			
Produktbereich	41	Gesundheitsdienste	
Produktgruppe	418	Kur- und Badeeinrichtungen	
Produkt	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth	
Teilhaushalt	Zentralhaushalt		
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann		
Kurzbeschreibung	Abrechnung der Verlustabdeckung Kurbetrieb		
Kategorie	freiwillige Aufgabe		
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis		
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss		
Sachziele			
Qualitätsziele	Z-418-001-001: Keine Erhöhung der bestehenden Quote der Verlustabdeckung. Z-418-001-002: Reduktion der Beteiligungsquote des Landkreises Hildesheim an der Verlustabdeckung sobald die Haushaltssituation der Stadt Bad Salzdetfurth dies zulässt.		
Kennzahlen	Ergebnis Vorvorjahr	Ansatz Vorjahr	Ansatz lfd. Jahr
ZK-418-001-001 Beteiligungs-/Verlustabdeckungsquote (%)	0,00	51,06	51,06
Leistungen	418-001	Kurbetrieb Bad Salzdetfurth	

Teilergebnishaushalt Produkt 418-001 Kurbetrieb Bad Salzdetfurth

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen	986.340,00	1.071.000,00	1.122.000,00	993.200,00	1.250.000,00	1.300.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	986.340,00	1.071.000,00	1.122.000,00	993.200,00	1.250.000,00	1.300.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-986.340,00	-1.071.000,00	-1.122.000,00	-993.200,00	-1.250.000,00	-1.300.000,00
04.02	- außerordentliche Aufwendungen	-40.800,00					
04.03	= Außerordentliches Ergebnis	40.800,00					
05.	= Jahresergebnis	-945.540,00	-1.071.000,00	-1.122.000,00	-993.200,00	-1.250.000,00	-1.300.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-945.540,00	-1.071.000,00	-1.122.000,00	-993.200,00	-1.250.000,00	-1.300.000,00

Produkt 547-002 Regionalverkehr Hildesheim

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	547	ÖPNV
Produkt	547-002	Regionalverkehr Hildesheim

Teilhaushalt	Zentralhaushalt
---------------------	-----------------

Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann
-----------------------	-----------------------------------

Kurzbeschreibung	Abwicklung der Ausgleichsleistungen RVHi
-------------------------	--

Kategorie	Pflichtaufgabe
------------------	----------------

Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
--------------------------	-----------------------

Sachziele	

Leistungen	547-002	Regionalverkehr Hildesheim
-------------------	---------	----------------------------

Teilergebnishaushalt Produkt 547-002 Regionalverkehr Hildesheim

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.07	+ Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	121.526,00					
01.12	= Summe ordentliche Erträge	121.526,00					
02.06	- Transferaufwendungen	6.727.990,48	9.000.000,00	15.000.000,00	15.793.200,00	16.500.000,00	17.000.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	6.727.990,48	9.000.000,00	15.000.000,00	15.793.200,00	16.500.000,00	17.000.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-6.606.464,48	-9.000.000,00	-15.000.000,00	-15.793.200,00	-16.500.000,00	-17.000.000,00
05.	= Jahresergebnis	-6.606.464,48	-9.000.000,00	-15.000.000,00	-15.793.200,00	-16.500.000,00	-17.000.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-6.606.464,48	-9.000.000,00	-15.000.000,00	-15.793.200,00	-16.500.000,00	-17.000.000,00

Produkt 571-001 Wirtschaftsförderung		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	571	Wirtschaftsförderung
Produkt	571-001	Wirtschaftsförderung
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Zuweisung an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Haushaltsmäßige Abbildung der regionalisierten Teilbudgets	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	Kreistagsbeschluss	
Sachziele		
Qualitätsziele		
Leistungen	571-001	Wirtschaftsförderung

Teilergebnishaushalt Produkt 571-001 Wirtschaftsförderung

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.04	- Abschreibungen	4.175,51	4.200,00	4.200,00	4.500,00	4.800,00	5.000,00
02.06	- Transferaufwendungen	405.756,00	413.900,00	422.200,00	430.600,00	439.300,00	448.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	409.931,51	418.100,00	426.400,00	435.100,00	444.100,00	453.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-409.931,51	-418.100,00	-426.400,00	-435.100,00	-444.100,00	-453.000,00
05.	= Jahresergebnis	-409.931,51	-418.100,00	-426.400,00	-435.100,00	-444.100,00	-453.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-409.931,51	-418.100,00	-426.400,00	-435.100,00	-444.100,00	-453.000,00

Produkt 573-001 Sparkasse, kwg, GKHi		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
Produkt	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Vereinnahmung der Dividenden der Kreiswohnbaugesellschaft und der Gewinnbeteiligung der Sparkasse	
Kategorie	freiwillige Aufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Leistungen	573-001	Sparkasse, kwg, GKHi

Teilergebnishaushalt Produkt 573-001 Sparkasse, kwg, GKHi

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	272.593,28	472.500,00	272.600,00	472.500,00	472.500,00	472.500,00
01.12	= Summe ordentliche Erträge	272.593,28	472.500,00	272.600,00	472.500,00	472.500,00	472.500,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	4.233,23	5.300,00	5.000,00	5.000,00	5.500,00	5.500,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	4.233,23	5.300,00	5.000,00	5.000,00	5.500,00	5.500,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	268.360,05	467.200,00	267.600,00	467.500,00	467.000,00	467.000,00
05.	= Jahresergebnis	268.360,05	467.200,00	267.600,00	467.500,00	467.000,00	467.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	268.360,05	467.200,00	267.600,00	467.500,00	467.000,00	467.000,00

Produkt 573-002 Klimaschutzagentur

Landkreis Hildesheim

Produktbereich	57	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	573	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen
Produkt	573-002	Klimaschutzagentur

Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann
-----------------------	-----------------------------------

Kategorie	freiwillige Aufgabe
------------------	---------------------

Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis
--------------------------	-----------------------

Leistungen	573-002	Klimaschutzagentur
-------------------	---------	--------------------

Teilergebnishaushalt Produkt 573-002 Klimaschutzagentur

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
02.06	- Transferaufwendungen		300.000,00	215.000,00	217.000,00	219.000,00	150.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen		300.000,00	215.000,00	217.000,00	219.000,00	150.000,00
03.	= Ordentliches Ergebnis		-300.000,00	-215.000,00	-217.000,00	-219.000,00	-150.000,00
05.	= Jahresergebnis		-300.000,00	-215.000,00	-217.000,00	-219.000,00	-150.000,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)		-300.000,00	-215.000,00	-217.000,00	-219.000,00	-150.000,00

Produkt 611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	611	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Produkt	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	<ul style="list-style-type: none"> - Erhebung der Kreisumlage - Abwicklung der Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen für Aufgaben des Übertragenen Wirkungskreises (ÜW) mit dem Land Nds. und den kreisangehörigen Gemeinden einschl. der Stadt Hildesheim (Kommunaler Finanzausgleich) - Erhebung der Jagdsteuer - Abwicklung der Umlage in den Entschuldungsfonds mit dem Land Nds. 	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	übriger Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§§ 110 ff NKomVG i.V.m. KomHKVO; NFAG; NFVG; KHG; Jagdsteuersatzung	
Sachziele		
Leistungen	611-001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Teilergebnishaushalt Produkt 611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.01	Steuern und ähnliche Abgaben	145.435,52	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00	145.000,00
01.02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	295.692.960,00	311.502.500,00	336.192.600,00	345.368.300,00	361.162.800,00	373.285.700,00
01.03	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	2.824.404,29	2.712.300,00	2.610.300,00	2.714.700,00	2.796.100,00	2.852.000,00
01.12	= Summe ordentliche Eträge	298.662.799,81	314.359.800,00	338.947.900,00	348.228.000,00	364.103.900,00	376.282.700,00
02.06	- Transferaufwendungen	581.464,00	572.000,00	587.000,00	597.600,00	616.800,00	629.200,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	581.464,00	572.000,00	587.000,00	597.600,00	616.800,00	629.200,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	298.081.335,81	313.787.800,00	338.360.900,00	347.630.400,00	363.487.100,00	375.653.500,00
05.	= Jahresergebnis	298.081.335,81	313.787.800,00	338.360.900,00	347.630.400,00	363.487.100,00	375.653.500,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	298.081.335,81	313.787.800,00	338.360.900,00	347.630.400,00	363.487.100,00	375.653.500,00

Produkt 612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		
Landkreis Hildesheim		
Produktbereich	61	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe	612	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Produkt	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Teilhaushalt	Zentralhaushalt	
Verantwortlich	Dez. 1 / Amt 107 - Klaus Rosemann	
Kurzbeschreibung	Abwicklung der Zinsen für investive und Liquiditätskredite	
Kategorie	Funktionsaufgabe	
Aufgabenzuordnung	eigener Wirkungskreis	
Auftragsgrundlage	§§ 110 NKomVG i.V.m. KomHKVO	
Sachziele		
Leistungen	612-001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnishaushalt Produkt 612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Landkreis Hildesheim

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
01.08	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	79,12					
01.11	+ sonstige ordentliche Erträge	-134.717,94	360.000,00				
01.12	= Summe ordentliche Erträge	-134.638,82	360.000,00				
02.04	- Abschreibungen			81.200,00			
02.05	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.980.115,67	4.025.000,00	5.125.000,00	8.635.000,00	10.785.000,00	12.951.300,00
02.07	- sonstige ordentliche Aufwendungen	77.829,60	265.000,00	115.000,00	120.000,00	120.000,00	120.000,00
02.08	= Summe ordentliche Aufwendungen	3.057.945,27	4.290.000,00	5.321.200,00	8.755.000,00	10.905.000,00	13.071.300,00
03.	= Ordentliches Ergebnis	-3.192.584,09	-3.930.000,00	-5.321.200,00	-8.755.000,00	-10.905.000,00	-13.071.300,00
05.	= Jahresergebnis	-3.192.584,09	-3.930.000,00	-5.321.200,00	-8.755.000,00	-10.905.000,00	-13.071.300,00
09.	= Jahresergebnis (incl. interner Leistungsbezieh.)	-3.192.584,09	-3.930.000,00	-5.321.200,00	-8.755.000,00	-10.905.000,00	-13.071.300,00

Bilanz

Jahresabschluss 2019

Kommunale Bilanz									
Landkreis Hildesheim									
		Betrag 2019	Betrag 2018		P.0		Betrag 2019	Betrag 2018	
A.0	AKTIVA					PASSIVA			
A.1	1. Immaterielles Vermögen	40.603.111,19	37.161.479,71	3.441.631,48	P.1	1. Nettosition	107.667.574,90	102.523.407,93	5.144.166,97
A.1.1	1.1 Konzessionen				P.1.1	1.1 Basis Reinvermögen	-50.357.101,20	-41.227.400,80	-9.129.700,40
A.1.2	1.2 Lizenzen	755.145,09	545.538,64	209.606,45	P.1.1.1	1.1.1 Reinvermögen	-7.668.946,60	1.460.753,80	-9.129.700,40
A.1.3	1.3 Ähnliche Rechte				P.1.1.2	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschl. (Minusbetrag)	-42.688.154,60	-42.688.154,60	
A.1.4	1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	39.847.966,10	36.615.941,07	3.232.025,03	P.1.2	1.2 Rücklagen	12.133.776,16	10.144.850,59	1.988.925,57
A.1.5	1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand				P.1.2.1	1.2.1 Rücklagen a. Überschüssen des ordentlichen Ergebn.			
A.1.6	1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen				P.1.2.2	1.2.2 Rücklagen a. Überschüssen d. außerordentl. Ergebn.			
					P.1.2.4	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	12.133.776,16	10.144.850,59	1.988.925,57
A.2	2. Sachvermögen	301.351.421,91	296.708.002,19	4.643.419,72	P.1.2.5	1.2.5 Sonstige Rücklagen			
A.2.1	2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	2.756.199,09	2.756.199,09		P.1.3	1.3 Jahresergebnis	49.403.802,13	41.991.260,25	7.412.541,88
A.2.2	2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	188.519.775,67	197.333.595,90	-8.813.820,23	P.1.3.1	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	-6.871.743,61	-6.871.743,61	
A.2.3	2.3 Infrastrukturvermögen	64.673.954,26	59.881.651,28	4.792.302,98	P.1.3.2	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	56.275.545,74	48.863.003,86	7.412.541,88
A.2.4	2.4 Bauten auf fremden Grundstücken				P.1.4	1.4 Sonderposten	96.487.097,81	91.614.697,89	4.872.399,92
A.2.5	2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler				P.1.4.1	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	90.698.391,54	90.109.549,06	588.842,48
A.2.6	2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	3.151.641,76	2.935.806,22	215.835,54	P.1.4.2	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte			
A.2.7	2.7 Betriebs- u. Geschäftsausstat., Pflanzen und Tiere	5.712.377,94	5.315.834,91	396.543,03	P.1.4.3	1.4.3 Gebührenaussgleich			

Jahresabschluss 2019

Kommunale Bilanz						
Landkreis Hildesheim						
	Betrag 2019	Betrag 2018		Betrag 2019	Betrag 2018	
A.2.8			P.1.4.4			
				1.4.4		
				Bewertungsausgleich		
A.2.9	36.537.473,19	28.484.914,79	P.1.4.5	5.788.706,27	1.505.148,83	4.283.557,44
				1.4.5		
				erhaltene		
				Anzahlungen auf		
				Sonderposten		
			P.1.4.6			
				1.4.6		
				Sonstige		
				Sonderposten		
A.3	35.344.246,08	39.826.009,71				
			P.2	157.713.553,74	169.943.873,77	-12.230.320,03
				2		
				Schulden		
A.3.1	15.708.548,46	15.708.548,46				
			P.2.1	139.703.403,49	150.309.538,79	-10.606.135,30
				2.1		
				Geldschulden		
A.3.2	56.290,48	78.991,59	P.2.1.1			
				2.1.1		
				Anleihen		
A.3.3			P.2.1.2	139.703.403,49	150.309.538,79	-10.606.135,30
				2.1.2		
				Verbindlichkeiten aus		
				Kredit für		
				Investitionen		
A.3.4	4.509.814,79	4.683.881,45				
			P.2.1.3			
				2.1.3		
				Liquiditätskredite		
A.3.5			P.2.1.4			
				2.1.4		
				Sonstige		
				Geldschulden		
A.3.6	6.028.636,66	4.535.904,41				
			P.2.2			
				2.2		
				Verbindlichkeiten		
				aus kreditähnli.		
				Rechtsgeschäften		
A.3.7	4.843.769,47	7.368.530,32				
			P.2.3	6.260.805,30	8.223.865,66	-1.963.060,36
				2.3		
				Verbindlichkeiten		
				aus Lieferungen und		
				Leistungen		
A.3.8	2.185.821,69	5.467.119,80				
			P.2.4	5.809.574,00	10.522.881,74	-4.713.307,74
				2.4		
				Transferverbindlichei		
				ten		
A.3.9	2.011.364,53	1.983.033,68				
			P.2.4.1			
				2.4.1		
				Finanzausgleichsverbin		
				dlichkeiten		
A.4	17.691.168,04	23.188.480,63	P.2.4.2			
				2.4.2		
				Verb. a.		
				Zuweisungen u.		
				Zuschüssen f. lfd.		
				Zwecke		
			P.2.4.3			
				2.4.3		
				Verbindlichkeiten aus		
				Schuldendiensthilfen		
A.5	12.071.316,55	2.035.876,67	P.2.4.4			
				2.4.4		
				Soziale		
				Leistungsverbindlichei		
				ten		
			P.2.4.5			
				2.4.5		
				Verbind. a.		
				Zuweisungen u.		
				Zuschüssen f. Investit.		

Jahresabschluss 2019

Kommunale Bilanz Landkreis Hildesheim		Betrag 2019	Betrag 2018		Betrag 2019	Betrag 2018
P.2.4.6	2.4.6 Steuerverbindlichkeiten					
P.2.4.7	2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten				10.522.881,74	-4.713.307,74
P.2.5	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten				887.587,58	5.052.183,37
P.2.5.1	2.5.1 Durchlaufende Posten				5.939.770,95	5.052.183,37
P.2.5.1.1	2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer					
P.2.5.1.2	2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer				37.697,40	-2.000,07
P.2.5.1.3	2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten				5.902.073,55	5.054.183,44
P.2.5.2	2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer					
P.2.5.3	2.5.3 Empfangene Auszahlungen					
P.2.5.4	2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten					
P.3	3. Rückstellungen				141.272.120,49	15.227.312,62
P.3.1	3.1 Pensionsrückstellungen u. ähnliche Verpflichtungen				114.516.224,11	4.459.666,79
P.3.2	3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnl. Maßn.				2.645.936,53	-312.206,95
P.3.3	3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung					
P.3.4	3.4 Rückst. f. d. Rekultiv. u. Nachs. geschl. Abfalld.					
P.3.5	3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten					
P.3.6	3.6 Rückst. i. R. d. Finanzausgl. u. v. Steuerschuldv.					
P.3.7	3.7 Rückst. f. dr. Verpfl. a. Bürgs., Gewähr. u. ähnl.					

Jahresabschluss 2019

Kommunale Bilanz									
Landkreis Hildesheim									
		Betrag 2019	Betrag 2018			Betrag 2019	Betrag 2018		
				P.3.8	3.8 Andere Rückstellungen	24.109.959,85	13.030.107,07		11.079.852,78
				P.4	Passive Rechnungsabgrenzung	408.014,64	407.759,34		255,30
A.9	Bilanzsumme	407.061.263,77	398.919.848,91	P.9	Bilanzsumme	407.061.263,77	398.919.848,91		8.141.414,86

Stellenplan 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	Seite 1 - 4
Teil A: Beamtinnen und Beamte	Seite 5 - 6
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Seite 7 - 13
Stellenübersichten (Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung) Beamtinnen und Beamte (Besoldungsordnung B und A) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD – Besonderer Teil Verwaltungen) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD – Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD – Pflege)	Seite 14 - 19
Teil B: Sonderübersicht Sonderübersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind	Seite 20 - 22
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informativ beschäftigte Dienstkräfte	Seite 23

Vorbemerkungen

1. Allgemeines

Der Stellenplan 2024 enthält alle im Jahr 2023 eingetretenen Stellenänderungen (z.B. Stelleneinrichtungen, Stellenstreichungen, Bewertungen). Alle organisatorischen Änderungen wurden in den Stellenübersichten nach der Verwaltungsgliederung berücksichtigt. Personalwirtschaftlich bedingte Änderungen (z.B. durch Stellenumwandlung von Stellen für Beamtinnen und Beamte in Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und umgekehrt, Stellenzuweisungen von überplanmäßig geführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Stellenänderungen durch das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Dienst des Landkreises Hildesheim) können ebenfalls Auswirkungen auf die Ausweisung der Anzahl sowie die Besoldung/Vergütung der Stellen im Stellenplan haben.

2. Stellenentwicklung

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Beamtinnen und Beamte	190,65	201,43	208,22	214,07	213,76	216,19	249,57	253,27	270,92
Tariflich Beschäftigte	778,71	782,21	774,82	794,37	854,94	867,01	895,60	887,13	887,56
Gesamt	969,36	983,64	983,04	1.008,44	1.068,70	1.083,20	1.145,17	1.140,40	1.158,48
Differenz zum Vorjahr	81,54	14,28	-0,60	25,40	60,26	14,50	61,97	-4,77 ¹	18,08
In %	9,18 %	1,47 %	-0,06 %	2,58 %	5,98 %	1,36 %	5,72 %		1,59 %

¹ Der Stellenplan 2023 weist eine Reduzierung der Stellen um 4,77 Stellen im Vergleich zum Vorjahr aus. Diese Verringerung der Stellen im Stellenplan folgt einer geänderten Darstellung bzw. Zuordnung der bisherigen 9,00 Stellen für interne Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II). Ab dem Stellenplan 2023 werden diese Stellen im Anhang „Dienstkräfte in Ausbildung und informativ beschäftigte Kräfte“ geführt. Nach Abschluss des 10 monatigen Lehrgangs werden vakante Stellen besetzt.

Ohne diese veränderte Darstellung ergibt sich ein Stellenzuwachs von insgesamt 4,23 Stellen(-anteilen) im Vergleich zum Stellenplan 2022. Dies entspricht einem prozentualen Stellenzuwachs von 0,37 % gegenüber dem Vorjahr.

Wie bereits in den Vorjahren wurde bei der Aufstellung des Stellenplans darauf geachtet, die Einrichtung neuer Stellen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Gleichwohl spiegelt der Stellenplan die aktuellen und kommenden Aufgaben der Kreisverwaltung wieder. Durch die gewissenhafte Betrachtung der vorhandenen Stellen konnten diese zum Teil auch für andere Aufgabengebiete herangezogen werden. Dadurch wird der Stellenplan in diesem Jahr um 18,08 Stellen(-anteile) ausgeweitet.

Insgesamt werden 51,25 neue Stellen eingerichtet.

Die Kreisverwaltung soll zukunftsfähig aufgestellt werden. Der Personalkörper ist in den letzten Jahren stetig angewachsen und stellt die wichtigste Ressource der Kreisverwaltung dar. In Zeiten des Fachkräftemangels liegt ein Hauptaugenmerk auf der Gewinnung und Bindung des Personals. Im Amt 101 werden für diese Aufgaben insgesamt 3,25 zusätzliche Stellen eingerichtet. Durch die voranschreitende Digitalisierung in allen Bereich der Verwaltung werden insgesamt 6,5 Stellen für die Informations- und Kommunikationstechnik eingerichtet. Auf Beschluss des Kreistags am 07.12.2023 erhalten 4,50 der neuen Stellen in der Informations- und Kommunikationstechnik einen Sperrvermerk mit Freigabe durch den Kreisausschuss. Ein wesentlicher Anteil von 22,75 der zusätzlichen Stellen wird für Aufgaben der Sozial- und Jugendverwaltung benötigt. Insbesondere im Flüchtlings- und Asylbereich zeichnet sich weiter kein Ende der Krisensituation ab, vielmehr ist erneut mit einem Anstieg der Fallzahlen zu rechnen.

Dem gegenüber stehen 33,17 Stellen, die zur Kompensation der eingerichteten Stellen dienen.

Unter anderem können von den ein- und zwei Stellen zur Pandemiebewältigung im Gesundheitsamt eingerichteten Stellen 8,50 Stellen zum Ausgleich genutzt werden. Aufgrund des Beschlusses der Trägerversammlung des Jobcenter Hildesheims werden 12,50 Stellen weniger durch den Landkreis besetzt. Das erforderliche Personal wird künftig von der Agentur für Arbeit gestellt.

3. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Vorjahres

Gemäß § 5 Absatz 2 der Kommunalhaushalts- und –kassenverordnung (KomHKVO) werden wesentliche Abweichungen gegenüber dem Stellenplan des Vorjahres unter Ziffer 3 erläutert. Hierbei handelt es sich um wesentliche Stellenänderungen ab der Besoldungsgruppe A11, der Entgeltgruppe E10 TVöD – Entgeltordnung und der Entgeltgruppe S15 TV SuE.

3.1 Teil A: Beamtinnen und Beamte

Leitender Direktor/ Direktorin A16

Im Stellenplan 2024 wird aufgrund der Neueinrichtung des Dezernats 5 eine vorhandene 1,00 Stelle der Besoldungsgruppe A15 nach A16 als Dezernatsleitung umgewandelt.

Kreisverwaltungsdirektor/ -direktorin A15

Aufgrund der Neueinrichtung des Dezernats 5 wird eine vorhandene 1,00 Stelle der Besoldungsgruppe A15 nach A16 als Dezernatsleitung umgewandelt.

Veterinäroberrat/ Veterinäroberrätin A14

Im Veterinäramt wird eine 0,50 Tierarztstelle der EG 14 in eine Beamtenstelle der A14 umgewandelt.

Medizinaloberrat/ Rätin A14

Die Stelle für die Nachfolge der Leitung des Gesundheitsamtes ist aufgrund des Eintritts der Leitung in den Ruhestand obsolet, weshalb eine 1,00 Stelle der Besoldungsgruppe A14 gestrichen wird.

Kreisamtsrat/-rätin A12

Im Stellenplan 2024 werden 2,00 Stellen der Besoldungsgruppe A12 zusätzlich im Personal- und Organisationsamt als Teamleitung der Organisation und als Reservestelle für die unterjährige Einrichtung von Teamleitungen in anderen Ämtern ausgewiesen. Ein 0,30- Stellenanteil der Besoldungsgruppe A12 wird zudem dafür verwendet, eine Teamleitung nach A11 im Amt für Familie für die Bereiche Beistandschaften und Vormundschaften einzurichten.

Bauamtman/ Bauamtfrau A11

Für die geplante Verbeamtung wird eine vorhandene 0,75 Stelle der EG 11 in eine Beamtenstelle der Besoldungsgruppe A11 umgewandelt.

Sozialamtmann/ Sozialamtfrau A11

Für die geplanten Verbeamtungen werden 2,00 Stellen der S15 in Beamtenstellen der Besoldungsgruppe A11 umgewandelt.

Kreisamtmann/-frau A11

Im Stellenplan 2024 werden insgesamt 3,50 zusätzliche Beamtenstellen der Besoldungsgruppe A11 als Reserve für die Ausbilder*innen beim Landkreis aufgenommen. Durch die Umwandlung mehrerer A11 Stellen, welche mit tariflich Beschäftigten besetzt sind, erfolgt lediglich ein Zuwachs von 0,50 Stellen im Vergleich zum Vorjahr.

Hinweis:

Als Personalbindungsmaßnahme sowie um die anfallenden Umlagebeiträge bei der Versorgungskasse nicht für unbesetzte Stellen zu zahlen, ist der Landkreis Hildesheim bemüht, Fachkräfte zu verbeamten. Der starke Anstieg der Beamtenstellen im Bereich der Sozialoberinspektor/ -oberinspektorin der Besoldungsgruppe A10 folgt daraus, dass mehrere Sozialpädagog*innen verbeamtet werden sollen. Bisher gab es gerade in diesem Bereich wenige Beamtenstellen.

3.2 Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD)

Facharzt/-ärztin für öffentliches Gesundheitswesen E15

Korrektur einer 1,00 Facharztstelle der EG 14 in eine Stelle für eine/n Facharzt/-ärztin für öffentliches Gesundheitswesen nach EG 15.

Pädagog. Mitarbeiter/-in E14

In der Volkshochschule wird eine Stelle der EG 14 aufgrund des Eintritts in den Ruhestand gestrichen.

Tierarzt/ Tierärztin E14

Umwandlung einer 0,50 Veterinärstelle der EG 14 in eine Beamtenstelle der A14.

Dipl.-Ingenieur/-in E12

Im Umweltamt wird für die Geschäftsführung des Hochwasserschutzverbands eine 1,00 Ingenieursstelle der EG 12 gestrichen, da diese nicht nachbesetzt wird. In der Klimaschutzagentur werden 2,00 Stellen der EG 12 zusätzlich ausgewiesen. Für diese beiden Stellen erfolgt eine Personalkostenersatzung durch das Land Niedersachsen.

Dip.-Ingenieur/-in E11

Im Bauordnungsamt werden vorhandene 4,85 Ingenieursstellen der EG 10 aufgrund der erfolgten Neubewertung nach Entgeltgruppe 11 ausgewiesen. Aufnahme von einer 1,0 Ingenieurstelle im Umweltamt. Umwandlung aufgrund einer Verbeamtung einer 0,75 Ingenieursstelle der EG 11 in eine Beamtenstelle der A11.

Informatiker/-in E11

In der Informations- und Kommunikationstechnik werden 2,00 Informatik-Stellen zusätzlich in den Stellenplan 2024 aufgenommen, eine weitere 1,00 Informatik-Stelle wird durch Neubewertung von EG 10 in EG 11 umgewandelt.

Organisationsprogrammierer/-programmiererin E11

In der Informations- und Kommunikationstechnik werden 2,00 Stellen entsprechend der erfolgten Neubewertung von EG 10 in EG 11 umgewandelt.

Technischer Prüfer/ Technische Prüferin E11

Im Rechnungsprüfungsamt wird eine 0,50 Stelle der EG 11 zusätzlich in den Stellenplan 2024 aufgenommen. Diese erhält einen undatierten k.w. Vermerk.

Dipl. Ingenieur/-in E10

Im Bauordnungsamt werden vorhandene 4,85 Ingenieursstellen der EG 10 aufgrund der erfolgten Neubewertung nach Entgeltgruppe 11 umgewandelt. Im Umweltamt wird eine 1,00 Ingenieursstelle der EG 10 gestrichen.

Informatiker/-in E10

In der Informations- und Kommunikationstechnik wird eine 1,00 Stelle der EG 10 zusätzlich ausgewiesen.

Organisationsprogrammierer/-programmiererin E10

Aufgrund einer erfolgten Neubewertung werden 2,00 Stellen in der Informations- und Kommunikationstechnik von EG 10 in EG 11 umgewandelt.

Sachbearbeiter/-in E10

Es werden in diversen Bereichen insgesamt 4,00 Beamtenstellen der A11 entsprechend der tatsächlichen Besetzung in Stellen für Arbeitnehmer*innen der EG 10 umgewandelt. Im Amt „Kreisentwicklung und Infrastruktur“ sowie im Dezernat 4 wird jeweils eine 0,50 Stelle der EG 10 zusätzlich ausgewiesen.

Sachbearbeiter/-in gD E10

Im Jobcenter wird eine 1,00 Stelle der EG 10 entsprechend der Bewertung nach EG 9c umgewandelt.

Teamleiter/-in E10

Es werden 3,00 Stellen der A11 aufgrund der tatsächlichen Besetzung in Stellen der EG 10 umgewandelt.

Dipl.-Sozialpäd./-arb. S17

Aufgrund der erfolgten Neubewertung werden 6,00 Stellen der Sozialpädagogik im Jugendamt von S15 in S17 umgewandelt.

Dipl.-Sozialpäd./ -arb. S15

Aufgrund der erfolgten Neubewertung werden 6,00 Stellen der Sozialpädagogik im Jugendamt von S15 in S17 umgewandelt.

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen	
				insgesamt	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	kw-Vermerke und Stunden	Bemerkung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Verwaltung der Kommune								
Beamte auf Zeit								
1	Landrat / Landrätin	B 7	1,0000	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	Dienstaufwandsentschädigung nach § 3 NKBesVO - 310,00 €
2	Erster Kreisrat / Erste Kreisrätin	B 5	1,0000	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	Dienstaufwandsentschädigung nach § 3 NKBesVO - 205,00 €
3	Kreisrat / Kreisrätin	B 4	1,0000	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	Dienstaufwandsentschädigung nach § 3 NKBesVO - 155,00 €
Laufbahngruppe 2								
4	Ltr. Medizinaldirektor/Direktorin	A16	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	1,0000	
5	Leitender Direktor/Direktorin	A16	3,0000	2,0000	2,0000	0,0000	0,0000	
6	Kreisverwaltungsdirektor / -direktorin	A15	0,0000	1,0000	0,0000	0,0000	1,0000	
7	Veterinäroberrat/Veterinäroberrätin	A14	5,5000	5,0000	2,0000	1,0000	2,0000	
8	Bauberrat / -oberrätin	A14	2,0000	2,0000	1,0000	1,0000	0,0000	
9	Medizinloberrat/Rätin	A14	0,0000	1,0000	0,0000	0,0000	1,0000	
10	Kreisverwaltungsoberrat / oberrätin	A14	0,6000	0,6000	0,6000	0,0000	0,0000	
11	Kreisverwaltungsrat / -rätin	A13	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	1,0000	
12	Kreisoberamtsrat / -amtsrätin	A13S	14,6000	14,6000	9,5000	2,0000	3,1000	kw 0.60 2024;
13	Sozialoberamtsrat / -oberamtsrätin	A13S	1,0000	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000	ku 1.00 ->A 12;
14	Sozialamtsrat / -amtsrätin	A12	1,0000	1,0000	0,0000	1,0000	0,0000	
15	Kreisamtsrat / -amtsrätin	A12	24,1000	22,4000	16,6000	1,8462	3,9538	ku 2.00 ->A 11;
16	Bauamtmann / Bauamtfrau	A11	2,5705	1,8205	2,5705	0,0000	0,0000	
17	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	A11	5,0000	3,0000	1,8750	1,0000	0,1250	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil A: Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen		
				insgesamt	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	kw-Vermerke und Stunden	Bemerkung	
1	2	3	4	5	6 mit Beamtinnen/Beamten	7 mit Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	8	9	
I. Verwaltung der Kommune									
18	Kreisamtmann / -amtfrau	A11	60,9000	60,4000	34,6880	17,6025	8,1095	Ku 1,00 ->A 10, 1,00 ->A10, 1,00 ->E 7;	
19	Kreisoberinspektor / -oberinspektorin	A10	90,6000	90,8000	49,0692	25,0258	16,7050	Ku 1,00 ->A 10, 1,00 ->A 9; kw 0,50 2023, 1,00 01.01.25, 1,00 01.01.24, 0,50 2025, 1,00 2028;	2,00 Freigabe durch Landrat
20	Sozialoberinspektor / -oberinspektorin	A10	23,0500	13,4000	7,3000	3,5077	2,5923		
21	Kreisinspektor / -inspektorin	A9	5,2500	4,2500	0,0000	3,3500	0,9000	kw 1,00 01.01.25;	
Laufbahngruppe 1									
22	Lebensmittelkontrollamtsinspektor/-in	A9S+Z	2,0000	2,0000	2,0000	0,0000	0,0000		
23	Hauptbrandmeister/-in	A9S+Z	1,0000	0,0000	0,0000	0,0000	0,0000		
24	Gesundheitsamtsinspektor/-in	A9S	2,0000	1,0000	1,0000	0,0000	0,0000		
25	Kreisamtsinspektor/-in	A9S	9,5000	7,7500	6,3750	1,0000	0,3750	kw 0,25;	
26	Lebensmittelkontrollamtsinspektor/-in	A9S	8,0000	8,0000	7,0000	0,0000	1,0000		
27	Gesundheitshauptsekretär /-hauptsekretärin	A8	2,2500	3,2500	2,0000	1,2500	0,0000		
28	Kreishauptsekretär / -sekretärin	A8	2,0000	2,0000	1,0000	1,0000	0,0000		
insgesamt				253,2705	150,5777	60,5821	42,1107		

1) Da es für die Stellenbewirtschaftung hilfreich sein kann, in der BesGr. A 13 zwischen Einstiegsämtern und Beförderungsrämtern zu unterscheiden, können diese alternativ getrennt ausgewiesen werden.

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
Beschäftigte							
1	Amtsleiter/-in	E 15	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
2	Facharzt/-ärztin f. Kinder- u. Jugendmedizin	E 15	6,7500	6,7500	5,4410	1,31	
3	Facharzt/-ärztin f. Psychiatrie u. Psychotherapie	E 15	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
4	Facharzt/-ärztin für Infektionsschutz	E 15	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
5	Facharzt/-ärztin für öffentliches Gesundheitswesen	E 15	2,0000	1,0000	1,0000	0,00	
6	Amtsleiter/-in	E 14 I.4	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
7	Arzt/Ärztin	E 14	7,4500	7,4500	2,4500	5,00	2,00 Kostenerst. durch Pakt für den ÖGD
8	Dipl.-Ing. Raumplanung	E 14 I.4	0,7500	0,7500	0,7500	0,00	
9	Diplompsychologe/-psychologin	E 14 I.4	2,0000	2,0000	1,8974	0,10	
10	Facharzt/-ärztin für öffentliches Gesundheitswesen	E 14	0,0000	1,0000	0,5000	0,50	
11	Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeut / -in	E 14	2,0000	2,0000	1,7563	0,24	
12	Pädagog. Mitarbeiter /-in	E 14	0,0000	1,0000	0,0000	1,00	
13	Veterinärberater / Veterinärberätin	E 14	0,0000	0,5000	0,5000	0,00	
14	Zahnarzt /-ärztin	E 14	1,5000	1,5000	0,7500	0,75	
15	Bildungskordinator/-in	E 13 I.4	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	2,00 Pers. Kostenerst. durch Bund
16	Dipl.-Ing. Raumplanung	E 13 I.4	1,7500	1,7500	1,7474	0,00	
17	Diplompsychologe/-psychologin	E 13 I.4	2,0000	2,0000	2,2050	0,00	
18	Jurist/-in	E 13 I.4	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
19	Sozialplaner/-in	E 13 I.4	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
20	Amtsleiter/-in	E 12 I.3	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	
21	Dipl.-Ing. Landespflege	E 12 Ing.	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	ku 1.00 ->E 11;
22	Dipl.-Ingenieur/-in	E 12 Ing.	2,5000	1,5000	0,5000	1,00	
23	Pressesprecher / Pressesprecherin	E 12 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
24	Teamleiter/-in	E 12 Ing.	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
25	Amtsleiter/-in	E 11 I.3	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
26	Bauamtmann/-frau	E 11 Ing.	0,0000	0,7500	0,7500	0,00	
27	Brandschutzprüfer/-in	E 11 Ing.	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	
28	Denkmalpfleger/-in	E 11 Ing.	1,7500	1,7500	1,3910	0,36	kw 0.25 01.01.24;
29	Dipl.-Ing. Landespflege	E 11 Ing.	3,5000	3,5000	3,5000	0,00	
30	Dipl.-Ing. Tiefbau	E 11 Ing.	2,0000	2,0000	0,8974	1,10	
31	Dipl.-Ingenieur/-in	E 11 Ing.	29,0231	23,6731	20,8077	2,87	ku 1.00 ->A10 , 0.50 ->E 10;kw 1.00 2026; 0,50 Freigabe durch Kreisausschuss, 1,00 Pers. Kostenerst. durch Land
32	Gesundheitsingenieur/-in	E 11 Ing.	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	
33	Informatiker/-in	E 11 II.2	3,0000	0,0000	0,0000	0,00	
34	Organisationsprogrammierer / -programmiererin	E 11 II.2	2,0000	0,0000	0,0000	0,00	
35	Sachbearbeiter / -in	E 11 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
36	Teamleiter/-in	E 11 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
37	Technischer Prüfer / Technische Prüferin	E 11 Ing.	2,5000	2,0000	2,0128	0,00	kw 0.50;
38	Bachelor of Public Health	E 10 I.3	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
39	Dipl.-Ingenieur/-in	E 10 Ing.	8,0000	13,8500	8,9269	4,92	0,50 Freigabe durch Kreisausschuss, 1,00 Pers. Kostenerst. durch Land
40	Fachkraft für Arbeitssicherheit	E 10 I.3	1,0000	1,0000	0,8974	0,10	
41	Informatiker/-in	E 10 II.2	3,5000	3,0000	0,8462	2,15	
42	Kreisamtmann/-frau	E 10 I.3	0,0000	1,0000	1,0000	0,00	
43	Organisationsprogrammierer / -programmiererin	E 10 II.2	2,6000	4,6000	4,6000	0,00	
44	Sachbearbeiter / -in	E 10 I.3	19,0000	14,0000	11,1654	2,83	0,50 Pers. Kostenerst. durch Land
45	Sachbearbeiter / -in gD	E 10 I.3	0,0000	1,0000	0,2692	0,73	
46	Systemadministrator/-in	E 10 II.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	

27.12.2023

Seite 2

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
47	Teamleiter/-in	E 10 I.3	4,0000	1,0000	1,0000	0,00	
48	Teamleitung Gemeinsame Einrichtung	E 10 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
49	Archivar/-in	E 9c I.3	2,0000	2,0000	1,8205	0,18	
50	Kreisamtmann/-frau	E 9c I.3	0,0000	1,0000	0,0000	1,00	
51	Kreisamtsinspektor/-in	E 9c I.3	0,0000	1,0000	0,0000	1,00	
52	Kreisinspektor/-in	E 9c I.3	0,0000	1,0000	0,6154	0,38	
53	Kreisoberinspektor/-in	E 9c I.3	0,0000	1,5000	0,6250	0,88	
54	persönliche Ansprechpartner/-in	E 9c I.3	19,2500	23,2500	20,7494	2,50	19,25 Pers. Kostenerst. durch Gem. Einrichtung
55	Sachbearbeiter / -in	E 9c I.3	73,4000	66,9010	62,9568	3,94	ku 2.00 ->E 9b, 1.00 ->E 8, 1.00 ->A 10;kw 1.00 01.01.25;
56	Sachbearbeiter / -in gD	E 9c I.3	8,5000	10,5000	6,3974	4,10	ku 1.00 ->E 9c; 0,50 Pers. Kostenerst. durch Gem. Einrichtung
57	Teamleiter/-in	E 9c I.3	0,0000	1,0000	1,0000	0,00	
58	Chefsekretärin / Chefsekretär	E 9b I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
59	Elektrotechniker/-in	E 9b	1,0000	0,0000	0,0000	0,00	
60	Kreisinspektor/-in	E 9b I.3	0,0000	1,0000	1,0000	0,00	
61	Sachbearbeiter / -in	E 9b I.3	12,1000	14,1000	13,5000	0,60	ku 0,50 ->E 9a;kw 0,50, 2,00 01.01.25, 2,00 2027;
62	Techniker/-in	E 9b	4,0000	4,0000	3,0000	1,00	
63	Elektrotechniker/-in	E 9a	0,0000	1,0000	0,0000	1,00	
64	Fachinformatiker /-in	E 9a II.2	6,0000	4,0000	4,0000	0,00	
65	Hygienefachkraft	E 9a I.3	3,0000	3,0000	0,5385	2,46	
66	Hygienekontrollleur/-in	E 9a I.3	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
67	Kreisausbildungsleitung Feuerwehr	E 9a I.3	0,0000	1,0000	2,0000	0,00	
68	Kreishauptsekretär/-in	E 9a I.3	0,0000	0,7500	0,0000	0,75	
69	Kreisschirrmeister/-in	E 9a I.4	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
70	Medizinische Fachangestellte	E 9a I.3	1,0000	1,0000	2,0000	0,00	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
71	Sachbearbeiter / -in	E 9a I	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
72	Sachbearbeiter / -in	E 9a I.3	96,3692	86,2092	78,2080	8,00	ku 1.00 ->E 8;kw 2.00 01.01.25, 3.20, 4.00 2027, 0.50 2030, 1.00 31.03.25, 1.00 durch Kreisausschuss
73	Sachbearbeiter / -in (Bezügerechner)	E 9a II.1	3,5000	2,7500	2,7179	0,03	
74	Sachbearbeiter / -in mD	E 9a I.3	21,7500	26,2500	20,0897	6,16	21,75 Pers. Kostenersf. durch Gem. Einrichtung
75	Sozialmed. Assistent bzw. Assistentin	E 9a	0,7500	0,7500	0,7500	0,00	
76	Techn. Mitarbeiter/-in	E 9a I.4	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	
77	Umweltschutztechniker / -technikerin	E 9a	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
78	Volstreckungsbeamter / -beamtin	E 9a I.3	7,0000	7,0000	7,0000	0,00	
79	Fachinformatiker /-in	E 8 II.2	3,0000	0,0000	0,0000	0,00	
80	Kreisstraßenwärter	E 8 I.2	13,0000	13,0000	13,0000	0,00	
81	Medizinische Fachangestellte	E 8 I.3	0,7500	0,7500	0,7500	0,00	
82	Sachbearbeiter / -in	E 8 I.3	28,3000	36,1500	31,2089	4,94	ku 2.00 ->E 7;kw 1.00 2023; 2,00 Freigabe durch Landrat
83	Sekretärin der Verwaltungsführung	E 8 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
84	Fachinformatiker /-in	E 7 II.2	4,0000	6,0000	3,0000	3,00	
85	Kreisausbildungsleitung Feuerwehr	E 7 I.3	1,0000	0,0000	0,0000	0,00	
86	Medizinische Fachangestellte	E 7 I.3	1,7500	1,7500	1,4679	0,28	
87	Sachbearbeiter / -in	E 7 I.3	14,7500	15,7500	14,8974	0,85	ku 2.00 ->E 6;kw 1.00 01.01.25;
88	Schulhausmeister / -hausmeisterin	E 7	10,0000	10,0000	9,0000	1,00	
89	Sekretärin der Geschäftsführung Gem. Einrichtung	E 7 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	1,00 Pers. Kostenersf. durch Gem. Einrichtung
90	Veterinärassistent/-in	E 7 I.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
91	Vorzimmer	E 7 I.3	2,0000	1,0000	1,0000	0,00	
92	Vorzimmer Dezernatsleitung	E 7 I.3	3,0000	2,2500	2,1603	0,09	
93	(Zahn-)Medizinische Fachangestellte	E 6 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
94	Atemschutzwart/-in	E 6 I.2	4,0000	4,0000	4,0000	0,00	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
95	Funkwart/-in	E 6 I.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
96	Hausmeister /-in	E 6 I.2	3,4608	3,4608	3,4600	0,00	
97	Kfz-Mechatroniker/-in	E 6 I.2	2,0000	2,0000	2,0000	0,00	
98	Sachbearbeiter / -in	E 6 I.3	59,6785	58,1977	58,6483	0,00	ku 0.75 ->E 5;kw 2.00 2027, 1.00 2025, 1,25 Pers. Kostenerst. durch VHS
99	Sachbearbeiter / -in (Kasse)	E 6 I.3	1,0000	0,7500	0,7500	0,00	
100	Schreibkraft	E 6 I.3	1,0000	1,0000	2,0000	0,00	
101	Schulhausmeister / -hausmeisterin	E 6	6,0000	6,0000	5,0000	1,00	ku 5.00 ->E 5;
102	Schulsekretärin	E 6 I.3	35,5569	35,5569	35,9432	0,00	ku 3.23 ->E 5;
103	Techn.Zeichner / Techn. Zeichnerin	E 6	1,7500	1,7500	1,7500	0,00	
104	Telefonist / Telefonistin	E 6 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	ku 1.00 ->E 5;
105	Vorzimmer	E 6 I.3	12,2000	12,2000	10,8782	1,32	kw 0.70;
106	(Zahn-)Medizinische Fachangestellte	E 5 I.3	1,5000	1,5000	0,7500	0,75	
107	Gärtner /-in	E 5 I.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
108	Gerätewart/-in	E 5 I.2	4,0000	4,0000	5,0000	0,00	
109	Haus- und Küchenhilfe	E 5 I.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
110	Hausmeister /-in (Hohegeiß)	E 5 I.2	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	1,00 Pers.Kostenerst. durch Betriebsgesellschaft JE
111	Koch / Köchin	E 5 I.2	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	1,00 Pers.Kostenerst. durch Betriebsgesellschaft JE
112	Kreisstraßenwärter	E 5 I.2	12,0000	12,0000	11,7949	0,21	
113	Medizinische Fachangestellte	E 5 I.3	12,7500	12,7500	11,9987	1,35	2,00 Kostenerst. durch Pakt für den ÖGD
114	Sachbearbeiter / -in	E 5	0,0000	0,7500	0,3750	0,38	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
115	Sachbearbeiter / -in	E 5 I.3	24,3900	27,7362	26,6475	1,09	0,75 Pers.Kostenerst. durch Stadt Hi; 1,00 Freigabe durch Kreisausschuss
116	Schreibkraft	E 5 I.3	3,5000	3,5000	1,8590	1,64	
117	Schulhausmeister / -hausmeisterin	E 5	16,5392	15,5392	13,5300	2,01	ku 1.00 ->E 5;
118	Schulsekretärin	E 5 I.3	1,2692	1,2692	0,8974	0,37	
119	Teamassistent/-in	E 5 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	1,00 Pers. Kostenerst. durch Gem. Einrichtung
120	Telefonist / Telefonistin	E 5 I.3	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
121	Vorzimmer	E 5 I.3	2,3500	2,3500	2,3328	0,02	ku 0.75 ->E 6;
122	Schulhausmeister / -hausmeisterin	E 4 I.2	0,0000	1,0000	0,0000	1,00	
123	Gartenarbeiter /-in	E 3 I.2	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
124	Sachbearbeiter / -in	E 3	0,5000	0,5000	0,5000	0,00	
125	Raumpfleger / -in	E 2 I.2	35,0186	28,8776	17,2207	11,66	
126	Raumpfleger / -in	E 1 I.1	0,0000	6,1410	5,1282	1,01	
127	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S17	8,0000	2,0000	2,0064	0,00	
128	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S15	6,7500	12,7500	11,9308	0,82	kw 0.63 , 0.50 2024, 0.50 2027;
129	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	S15	0,0000	2,0000	1,9692	0,03	
130	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S14	80,3500	77,0000	73,4505	3,55	4,50 Freigabe durch Landrat
131	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14	0,0000	3,0000	2,9231	0,08	
132	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S12	1,0000	1,0000	1,0000	0,00	
133	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S12	48,0000	44,1100	41,5582	2,55	ku 1.00 ->S12;kw 1.25 30.04.24, 1.00 2028;
134	Sachbearbeiter / -in	S12	0,0000	0,5000	0,5000	0,00	0,50 Freigabe durch Landrat, 0,50 Pers. Kostenerst. durch LK Peine
135	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12	0,0000	0,7500	0,7692	0,00	

27.12.2023

Seite 6

**Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024
Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

Landkreis Hildesheim

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke und Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
136	Dipl.-Sozialpäd./-arb.	S11b	0,5000	0,5000	0,5000	0,00	kw 0.50 31.10.24;
137	Leiter/-in BetriebsKiTa	S9	1,0000	1,0000	0,0000	1,00	
138	Erzieher/in	S8b	1,2564	1,2564	1,2564	0,00	kw 1.26;
139	Erzieher/in	S8a	5,5000	5,5000	0,0000	5,50	
Summe:	Beschäftigte		887,5620	887,1284	777,7420	114,4667	
Gesamtergebnis:			887,5620	887,1284	777,7420	114,4667	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Beamtinnen und Beamte (Besoldungsordnung B) / Besoldungsgruppen										Zusammen	
		Beamte auf Zeit											
		B11	B10	B9	B8	B7	B6	B5	B4	B3	B2	B1	
0.000	Verwaltungsführung					1,00							1,00
2.000	Dezernat II							1,00					1,00
3.000	Dezernat 3								1,00				1,00
Stellenplan 2024						1,00		1,00	1,00				3,00
Stellenplan 2023						1,00		1,00	1,00				3,00
Mehr													
Weniger													

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Beamtinnen und Beamte (Beamtenbesoldung A) / Besoldungsgruppen													Zusammen		
		Laufbahngruppe 2						Laufbahngruppe 1									
		A16	A15	A14.	A13	A13.1	A12	A11	A10	A9	A9 mZ	A9	A8	A7		A6	A5
0.101	Personal- und Organisationsamt					1,00	3,00	8,25	6,50								18,75
0.1190	Reservestellen				1,00	1,00	3,45	6,50	2,00								13,95
0.185	Überplanmäßiges Personal			0,10		1,00			0,88								1,98
0.40900	Gesundheitsamt	1,00						2,00					2,00	2,25			7,25
0.902	Gleichstellungsstelle						1,00										1,00
0.904	Landratsbüro							1,00	1,00								2,00
0.906	Rechnungsprüfungsamt					1,00	1,00	6,00									8,00
0.907	Personalrat						1,00	1,00									2,00
0.910	Kommunalaufsicht					1,00	1,00		1,00								3,00
1.000	Dezernat 1	1,00					2,00		2,00								5,00
1.102	Informations- und Kommunikationstechnik					1,00	1,00	7,00	1,50								10,50
1.103	Hauptamt						1,00	0,75	1,00								2,75
1.107	Kämmerei					1,00	1,00		1,00								3,00
1.304	Ant für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement			1,00			1,00	1,75	2,50				3,00				9,25
1.908	Rechtsamt			0,50			1,65	1,00	1,00								4,15
2.000	Dezernat II							1,00									1,00
2.203	Ant für Veterinärwesen und Verbraucherschutz			5,50			1,00		3,75				2,00	8,50			20,75
2.204	Ordnungsamt						1,00	2,00	3,00								6,00
2.205	Ant für Bevölkerungsschutz						1,00	1,00	5,00				1,00				7,00
2.2053	205 - FTZ																
2.206	Straßenverkehrsamt					1,00			2,00				1,00				4,00
2.208	Umweltamt					1,00	1,00	1,00	5,00	1,00			1,00				10,00
2.909	Kreisentwicklung und Infrastruktur							1,00									1,00
3.000	Dezernat 3							1,00									1,00
3.301	Ant für Schule und Kultur					2,00			4,00								6,00
3.302	Bauordnungsamt			1,00				2,82	3,75								7,57
4.000	Dezernat 4	1,00						1,00	0,75								2,75
4.402	Ant für Teilhabe und Rehabilitation					1,00		3,00	8,25								12,25
4.403	Ant für Soziales und Senior*innen					1,00	1,00	2,40	5,23				2,50				12,13
4.406	Jugendamt - Erziehungshilfe -						2,00	5,00	24,50								31,50
4.407	Ant für Familie							5,00	13,80								18,80

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Beamtinnen und Beamte (Beamtenbesoldung A) / Besoldungsgruppen															Zusammen	
		Laufbahngruppe 2							Laufbahngruppe 1									
		A16	A15	A14	A13	A13 ¹	A12	A11	A10	A9	A9 mZ	A9	A8	A7	A6	A5		A4
4.913	Amt für Migration, Integration und Demographie					1,60	1,00	3,00	5,25	4,25		1,50						16,60
5.000	Dezernat 5	1,00						1,00									2,00	
70100	Gemeinsame Einrichtung					1,00		3,00	8,00								14,00	
70500	Sonderbereich Klimaschutzagentur								1,00								1,00	
Stellenplan 2024		4,00		8,10	1,00	15,60	25,10	68,47	113,65	5,25	3,00	19,50	4,25				267,92	
Stellenplan 2023		3,00	1,00	8,60	1,00	15,60	23,40	65,22	104,20	4,25	2,00	16,75	5,25				250,27	
Mehr		1,00					1,70	3,25	9,45	1,00	1,00	2,75					20,15	
Weniger				1,00	0,50								1,00				2,50	

1) Da es für die Stellenbewirtschaftung hilfreich sein kann, in der BesGr. A 13 zwischen Einstiegsämtern und Beförderungsämtern zu unterscheiden, können diese alternativ getrennt ausgewiesen werden.

Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD - Besonderer Teil Verwaltungen)														Zusammen				
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4		3	2	1	AT
0.000	Verwaltungsführung								1,00											2,00
0.101	Personal- und Organisationsamt								0,50	6,50		1,05	0,75	2,75						19,05
0.1190	Reservestellen									2,50		2,00								4,50
0.185	Überplanmäßiges Personal					0,60				1,00			0,25	3,00		0,50				5,25
0.40900	Gesundheitsamt	10,75	9,95			2,00				8,75		1,75	1,75	17,75						54,70
0.902	Gleichstellungsstelle								1,00											1,00
0.904	Landrätbüro				1,00	1,00		1,00		1,00										7,00
0.906	Rechnungsprüfungsamt					2,50														4,50
0.907	Personalrat												1,00							2,50
0.910	Kommunalaufsicht																			1,00
1.000	Dezernat 1																			2,00
1.102	Informations- und Kommunikationstechnik					5,00				6,10			3,00	4,00						24,10
1.103	Hauptamt																			11,85
1.106	Kreiskasse					1,00						6,25		4,50						21,50
1.107	Kämmerei											1,00								3,75
1.304	Amt für Hoch- und Tiefbau und Gebäudemanagement					8,25				1,00		1,00	0,50	2,75	1,00					26,50
1.3041	304 - Gärtner/Hausmeister-Springer														4,00		1,00			5,00
1.3042	304 - Hausmeister&Reinigungskräfte												10,00	9,46	13,54		34,52			67,52
1.3043	304 - Kreisstraßenwärter											13,00		12,00						27,00
1.908	Rechtsamt						1,00							1,00						3,00
2.000	Dezernat II													1,00						2,00
2.203	Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	1,00																		4,75
2.204	Ordnungsamt																			27,00
2.205	Amt für Bevölkerungsschutz																			4,75
2.2052	205 - Rettungsfeststelle				1,00															1,00
2.2053	205 - FTZ																			13,75
2.206	Straßenverkehrsamt																			48,79
2.208	Umweltamt																			26,75
2.909	Kreisentwicklung und Infrastruktur																			4,00
3.000	Dezernat 3																			1,00
3.301	Amt für Schule und Kultur					1,00														16,75
3.3011	Schulamt - Kreismedienzentrum																			1,00

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD - Besonderer Teil Verwaltungen)														Zusammen									
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	9	8	7	6	5		4	3	2	1	AT				
3.30130	Schulamt-Schulsekretärinnen- HS&RS&OBS														15,52									15,52	
3.30132	Schulamt-Schulsekretärinnen-BBS														11,99	1,27									13,25
3.30133	Schulamt-Schulsekretärinnen-Gym														8,05										8,05
3.302	Bauordnungsamt				1,50	16,02		2,00		2,15					1,00	2,00	1,00								27,17
4.000	Dezernat 4			1,00				0,50								1,00									2,50
4.402	Amt für Teilhabe und Rehabilitation					1,00		14,80							2,64	1,64									20,08
4.403	Amt für Soziales und Senior*Innen							3,00	1,60	21,37					1,70										28,67
4.406	Jugendamt - Erziehungshilfe -		1,00					11,00							9,25	4,60									26,85
4.407	Amt für Familie		3,00	2,00	1,00			13,75	1,00	14,10					6,00	1,00									48,85
4.913	Amt für Migration, Integration und Demographie			1,00				5,50	4,00	18,25					1,50	2,00									34,75
5.000	Dezernat 5																								1,00
70100	Gemeinsame Einrichtung							27,75		21,75						1,00									52,50
70200	Volkshochschule Hildesheim gGmbH														1,25										1,25
70400	Jugendeinrichtungen gGmbH																								3,50
70500	Sonderbereich Klimaschutzagentur				2,00	2,00																			6,00
Stellenplan 2024		11,75	14,70	6,75	7,50	51,77	41,10	103,15	18,10	145,37					38,50	84,30	1,50	35,02							735,21
Stellenplan 2023		10,75	17,20	6,75	6,50	41,67	42,45	108,15	20,10	139,71					38,75	87,99	1,50	28,88	6,14						735,76
Mehr		1,00			1,00	10,10				5,66								6,14							25,63
Weniger			2,50				1,35	5,00	2,00						0,25	3,10	1,00								26,19

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Gliederungs-Nr.	Bezeichnung	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TVöD - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst)																	Zusammen	
		S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S12	S11b	S11a	S9	S8b	S8a	S7	S4	S3	S2		
0.1190	Reservestellen					3,50			1,00											4,50
0.185	Überplanmäßiges Personal							1,00												1,00
0.40900	Gesundheitsamt					7,50			1,00											8,50
4.000	Dezernat 4		1,00		0,50			0,75												2,25
4.402	Amt für Teilhabe und Rehabilitation				2,00			21,25	0,50											23,75
4.403	Amt für Soziales und Senior*innen				0,75						1,26									2,01
4.406	Jugendamt - Erziehungshilfe -		7,00		2,50	69,35		10,25												89,10
4.407	Amt für Familie				1,00			13,75			1,00		5,50							21,25
Stellenplan 2024			8,00		6,75	80,35		49,00	0,50		1,00		5,50							152,36
Stellenplan 2023			2,00		14,75	80,00		46,36	0,50		1,00		1,26							145,87
Mehr			6,00			0,35		2,64						5,50						14,49
Weniger					8,00															8,00

Stellenplan	2023	S11	S10	S8	S6	S5
Stellenplan 2023	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil B Sonderübersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Besoldungs- gruppe der Planstelle	Lfd. Nr. in Teil A Unter- teil I	auf der Stelle geführt seit	bis voraus- sichtlich	Bemerkung
1	2	3	4	5	6	7	8
1	Bauoberrat / Bauoberrätin	E 13/6	A14	8	30.08.2022	unbegrenzt	
2	Kreisoberamtsrat/-rätin	E 12/6	A13S	12	13.04.2023	unbegrenzt	
3	Kreisoberamtsrat/-rätin	E 12/6	A13S	12	01.06.2022	unbegrenzt	
4	Kreisamtsrat/-rätin	E 11/4	A12	15	07.09.2022	unbegrenzt	
5	Sozialamtsrat / -amtsrätin	S17/6	A12	14	01.04.2023	31.03.2024	
6	Kreisoberamtsrat/-rätin	E 10/6	A12	15	19.10.2022	unbegrenzt	
7	Sachbearbeiter / -in	E 10/3	A11	18	01.12.2023	30.09.2024	
8	Kreisamtmann/-frau	E 10/3	A11	18	15.03.2023	unbegrenzt	
9	Kreisamtmann/-frau	E 10/3	A11	18	28.03.2022	unbegrenzt	
10	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	S15/4	A11	17	01.12.2019	unbegrenzt	
11	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	S15/5	A11	17	16.01.2023	unbegrenzt	
12	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	S15/4	A11	17	01.10.2021	unbegrenzt	
13	Bauamtmann/-frau	E 11/4	A11	16	22.06.2021	unbegrenzt	
14	Kreisamtmann/-frau	E 10/4	A11	18	09.05.2023	unbegrenzt	
15	Sozialamtmann / Sozialamtfrau	S15/3	A11	17	01.10.2023	unbegrenzt	
16	Kreisamtmann/-frau	E 10/4	A11	18	30.11.2021	unbegrenzt	
17	Kreisamtmann/-frau	E 9c/6	A11	18	28.04.2022	unbegrenzt	
18	Kreisamtmann/-frau	E 10/4	A11	18	23.12.2019	unbegrenzt	
19	Kreisamtmann/-frau	E 10/6	A11	18	01.01.2023	31.08.2024	
20	Kreisamtmann/-frau	E 10/6	A11	18	01.10.2020	unbegrenzt	
21	Kreisamtmann/-frau	E 10/5	A11	18	01.04.2019	unbegrenzt	
22	Kreisamtmann/-frau	E 10/6	A11	18	01.08.2020	unbegrenzt	
23	Kreisamtmann/-frau	E 10/3	A11	18	01.01.2021	unbegrenzt	
24	Kreisamtmann/-frau	S15/5	A11	18	06.04.2021	unbegrenzt	
25	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/4	A10	19	27.11.2021	unbegrenzt	
26	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/6	A10	19	13.02.2023	unbegrenzt	

Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil B Sonderübersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Besoldungs- gruppe der Planstelle	Lfd. Nr. in Teil A Unter- teil I	auf der Stelle geführt		Bemerkung
					seit	bis voraus- sichtlich	
1	2	3	4	5	6	7	8
27	Sachbearbeiter / -in	E 9c/ 6	A10	19	22.03.2021	unbegrenzt	
28	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	01.12.2021	unbegrenzt	
29	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	01.11.2020	unbegrenzt	
30	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	02.06.2020	unbegrenzt	
31	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 4	A10	20	01.07.2020	unbegrenzt	
32	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 5	A10	19	01.12.2020	unbegrenzt	
33	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	07.03.2023	unbegrenzt	
34	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 5	A10	20	03.05.2021	unbegrenzt	
35	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 5	A10	20	03.05.2021	unbegrenzt	
36	Sachbearbeiter / -in	E 9c/ 4	A10	19	01.04.2021	unbegrenzt	
37	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	22.02.2021	unbegrenzt	
38	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 3	A10	19	13.10.2021	unbegrenzt	
39	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	07.07.2023	unbegrenzt	
40	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 5	A10	20	01.04.2021	unbegrenzt	
41	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 3	A10	20	01.07.2021	unbegrenzt	
42	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	01.09.2023	unbegrenzt	
43	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	15.05.2023	unbegrenzt	
44	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	18.10.2022	unbegrenzt	
45	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 5	A10	20	17.06.2022	unbegrenzt	
46	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 4	A10	20	19.10.2022	unbegrenzt	
47	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 5	A10	20	21.10.2020	unbegrenzt	
48	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 5	A10	19	02.05.2023	unbegrenzt	
49	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 2	A10	20	19.10.2022	unbegrenzt	
50	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	13.02.2023	unbegrenzt	
51	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	01.08.2022	unbegrenzt	
52	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 4	A10	19	22.06.2023	unbegrenzt	
53	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 3	A10	19	22.06.2023	unbegrenzt	

Stellenübersicht für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Teil B Sonderübersicht über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Besoldungs- gruppe der Planstelle	Lfd. Nr. in Teil A Unter- teil I	auf der Stelle geführt seit	bis voraus- sichtlich	Bemerkung
1	2	3	4	5	6	7	8
54	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	07.07.2023	30.04.2024	
55	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	07.07.2023	unbegrenzt	1x9999->A 10;
56	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 3	A10	19	10.06.2022	unbegrenzt	
57	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 6	A10	19	01.07.2023	30.06.2024	1x9999->A 10;
58	Kreisoberinspektor/-in	E 9c/ 5	A10	19	01.03.2022	unbegrenzt	
59	Sachbearbeiter / -in	E 9c/ 4	A10	19	30.03.2022	unbegrenzt	
60	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 2	A10	20	01.10.2023	unbegrenzt	
61	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S12/ 2	A10	20	01.10.2023	unbegrenzt	
62	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 2	A10	20	01.10.2023	unbegrenzt	
63	Sozialoberinspektor / Sozialoberinspektorin	S14/ 2	A10	20	01.10.2023	unbegrenzt	
64	Kreisinspektor/-in	E 9c/ 6	A9	21	01.04.2022	unbegrenzt	
65	Sachbearbeiter / -in	E 9a/ 2	A9	21	19.04.2022	unbegrenzt	
66	Kreisinspektor/-in	E 9c/ 6	A9	21	01.04.2020	unbegrenzt	
67	Kreisinspektor/-in	E 9b/ 6	A9	21	10.03.2021	unbegrenzt	
68	Kreisamtsinspektor/-in	E 9a/ 4	A9S	25	01.11.2021	unbegrenzt	
69	Kreisamtsinspektor/-in	E 9a/ 5	A9S	25	01.08.2023	unbegrenzt	
70	Gesundheitshauptsekretär / -sekretärin	E 9a/ 4	A8	27	21.03.2018	unbegrenzt	
71	Gesundheitshauptsekretär / -sekretärin	E 9a/ 6	A8	27	01.10.2018	unbegrenzt	
insgesamt 65 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024

Landkreis Hildesheim

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Kräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art des Entgelts	vorgesehen im Haushaltsjahr 2024	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2023	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Auszubildende FachinformatikerIn	TVAöD - Besonderer Teil Azubis nach Berufsbildungsgesetz	6,0000	2,0000	
2	Auszubildende Kfz-MechatronikerIn	TVAöD - Besonderer Teil Azubis nach Berufsbildungsgesetz	1,0000		
3	Auszubildende KreisstraßenwärterIn	TVAöD - Besonderer Teil Azubis nach Berufsbildungsgesetz	6,0000	4,0000	
4	Auszubildende Verwaltung	TVAöD - Besonderer Teil Azubis nach Berufsbildungsgesetz	55,0000	35,6410	
5	Kreisinspektor/-in	Landesbesoldungsordnung A NI	2,0000		
6	KreisinspektoranwärterIn	Anwärterbezüge NI	28,0000	14,0000	
7	Lebensmittelkontrollsekretäranwärter/-in	Anwärterbezüge NI	1,0000	1,0000	
8	Sachbearbeiter / -in	TVöD - Besonderer Teil Verwaltungen	8,0000	6,0000	
9	Sozialarbeiter*innen im Anerkennungsjahr (SiA)	TVPöD - Tarifvertrag Praktikantinnen/Praktikanten	15,2500	4,0000	
10	Verwaltungsinformatiker/-in	Student	1,0000		

Beteiligungsbericht

gemäß § 151 NKomVG

Beteiligungen des Landkreises Hildesheim

an Unternehmen und Einrichtungen

Anlage zum Haushaltsplan 2024 gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 NKomVG

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Kreiswohnbau Hildesheim GmbH
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH
Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH

Assoziierte Aufgabenträger

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld
Krankenhaus Alfeld GmbH
Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH
Volkshochschule Hildesheim gGmbH
Projekt Bau Hildesheim GmbH & CO. OHG
Theater für Niedersachsen GmbH
Überlandwerk Leinetal GmbH
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG

Sonstige Aufgabenträger

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover
DEULA Hildesheim GmbH
AVACON AG
Bauverein Sarstedt e.G.
Niedersächsische Landgesellschaft mbH
Hannoversche Informationstechnologien (HannIT) AöR
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG
Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG
GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mit beschränkter Haftung
(GKHI)
ITTEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG
Sparkassenzweckverband

Ziele des Beteiligungsberichtes

Gemäß § 151 NKomVG hat der Landkreis Hildesheim einen Bericht über seine Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und seine Beteiligungen daran zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Dieser Bericht ist gemäß § 1 II Satz 1 Nr. 10 NKomVG als Anlage dem Haushaltsplan beizufügen.

Er beinhaltet nach § 151 NKomVG folgende Angaben als Mindestbestandteile:

- Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Beteiligungsverhältnisse (einschließlich Unterbeteiligungen)
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Darüber hinaus ist gem. § 128 NKomVG ein Konsolidierungsbericht des Landkreises Hildesheim zu erstellen, in dem Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen enthalten sein müssen.

Der Konsolidierungsbericht des Landkreises Hildesheim ersetzt bisher nicht den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG. Angestrebt wird verwaltungsseitig allerdings, die Beteiligungsübersicht künftig im Rahmen des Konsolidierungsberichtes darzustellen und so den jährlichen Beteiligungsbericht zu ersetzen. Hierzu ist erforderlich, dass die Darstellung die Anforderungen an den Beteiligungsbericht nach § 151 NKomVG erfüllt.

Insoweit baut sich auch der diesjährige Beteiligungsbericht als Anlage zum Haushalt dergestalt auf, dass er sowohl die Anforderungen des Beteiligungsberichtes als auch der erforderlichen Beteiligungsübersicht im Rahmen des Konsolidierungsberichtes erfüllt.

Die folgenden Angaben zu den Aufgabenträgern werden mit den aktuellsten Daten der jeweiligen Beteiligungen dargestellt, die zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Übersicht vorliegen.

In dem Konsolidierungskreis des Landkreises Hildesheim werden die kommunalen Aufgabenträger abgebildet. Hinsichtlich der Art und des Umfangs der Einbeziehung der kommunalen Aufgabenträger in den Gesamtabschluss und die damit verbundenen Konsolidierungsarbeiten, ist entscheidend, ob ein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss des Landkreises vorliegt. Hierbei wird unterschieden in:

- Verbundene Aufgabenträger
- Assoziierte Aufgabenträger
- Sonstige Aufgabenträger

Der Kreis der **verbundenen Aufgabenträger** ist dadurch gekennzeichnet, dass der Landkreis einen beherrschenden Einfluss (§ 128 NKomVG, entsprechend § 290 HGB) auf ihn ausübt.

Ein beherrschender Einfluss auf einen Aufgabenträger ist anzunehmen, wenn mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Der Landkreis ist allein stimmberechtigt oder besitzt die Mehrheit der Stimmen in den Organen des Aufgabenträgers,
- dem Landkreis steht als Anteilseigner das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuberufen,
- dieser Einfluss steht vertraglich dem Landkreis zu
 - auf Grund eines mit einem Leistungsbereich geschlossenen Beherrschungsvertrages oder
 - auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages oder

- auf Grund einer Satzungsbestimmung eines Leistungsbereichs.

In der Regel korrespondieren diese Kriterien mit einer Kapitalbeteiligung von über 50 %. Die Höhe der Kapitalbeteiligung stellt aber „nur“ eine Vermutungsregel dar, so dass ausnahmsweise eine andere Bewertung des Einflusses der Kommune auf ihren Aufgabenträger in Betracht kommen kann.

Es ist ausreichend, wenn der beherrschende Einfluss grundsätzlich möglich ist, tatsächlich ausgeübt werden muss er nicht.

Ein **assoziierter Aufgabenträger** ist ein Aufgabenträger auf den der Landkreis einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Der maßgebliche Einfluss muss nicht nur möglich sein, sondern tatsächlich ausgeübt werden.

Ein maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn der Landkreis bei einem Aufgabenträger zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte innehat.

In der Regel korrespondieren die Kriterien für den maßgeblichen Einfluss mit der jeweiligen Kapitalbeteiligung.

Folgende Indikatoren als Indizien für das Vorliegen eines maßgeblichen Einflusses beispielsweise genannt werden:

- ☐ Zugehörigkeit eines Vertreters des Landkreises in einem Verwaltungsorgan oder gleichartigem Leitungsgremium des Aufgabenträgers
- ☐ Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Aufgabenträgers
- ☐ Austausch von Führungspersonal zwischen Kommune und dem verselbstständigtem Aufgabenträger
- ☐ wesentliche Geschäftsbeziehungen zwischen dem Landkreis und dem Aufgabenträger
- ☐ Bereitstellung von wesentlichem technischen Know-how
- ☐ Beeinflussung der Entscheidung der Gewinnverwendung

Auch hier handelt es sich um eine Vermutungsregel, so dass ausnahmsweise eine andere Bewertung des Einflusses des Landkreises auf seine Aufgabenträger in Betracht kommen kann.

Aufgabenträger des Landkreises, bei denen kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss vorliegt, werden als **sonstige Aufgabenträger** ausgewiesen.

Verbundene Aufgabenträger:

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von sowohl gemeinnützigen als auch nicht gemeinnützigen Unternehmensbeteiligungen sowie der Erwerb, der Betrieb und die Verwaltung von Liegenschaften und Einrichtungen.

Ferner ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen.

Die Gesellschaft hat bei ihren Maßnahmen die Bestimmungen des 3. Abschnitts des 8. Teils des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) einzuhalten.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, der Avacon AG, sowie der Beteiligungen an den Projekten "Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt" und "Windenergie Koppelberg" (jeweils Verwaltungs GmbH sowie GmbH & Co. KG).

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.500 €.

Auf das Stammkapital hat der Landkreis Hildesheim eine Stammeinlage von 25.500 € übernommen.

Anteilsbesitz

An folgenden Unternehmen ist die Landkreis Hildesheim Holding GmbH beteiligt:

- Volkshochschule Hildesheim gGmbH (50 % des Stammkapitals 25.000 €)
- Avacon AG (0,77 % = 1.108.145 nennwertlose Stückaktien)
- Überlandwerk Leinetal GmbH (26 % / Stammkapitalanteil 665.600 €)
- Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG (15,56 % / Stammkapitalanteil 200.000 €)
- Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH (25 % / Stammkapitalanteil 6.250 €)
- Windenergie Koppelberg Verwaltungs- GmbH (16,67 % / Stammkapitalanteil 4.175 €)
- Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG (16,67 % Kommanditanteil 1250.000 €)
- Stiller Gesellschafter am Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG (Einlage 75.000 €)

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 7 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 6 Mitgliedern

- Dem Landrat des Landkreises Hildesheim, Herrn Bernd Lynack, als Aufsichtsratsvorsitzender sowie dem von ihm benannten leitenden Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann als Bedienstetem des Landkreises Hildesheim

- Vier Personen, die über für diese Aufgabe erforderliche betriebswirtschaftliche, organisatorische und rechtliche Erfahrung und Sachkunde verfügen und geeignet sind, das Unternehmen zu fördern und bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Kreistag des Landkreises Hildesheim widerruflich gewählt und von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Für den Landkreis Hildesheim hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Christel Brede	Gruppe
KTA Antonia Hillberg	Gruppe
KTA Herr Dr. Holger Schütte	Gruppe
KTA Herr Justus Lüder	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Der Landkreis Hildesheim wird lt. Beschluss des Kreistages in der Gesellschafterversammlung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH durch Herrn Landrat Bernd Lynack vertreten. Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann

Geschäftsführer

Die Gesellschaft wird gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages durch einen Geschäftsführer vertreten. Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 10.07.2019 wurde Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler zur Geschäftsführerin der Landkreis Hildesheim Holding GmbH bestellt. Seit dem 01.12.2017 sind die Aufgaben des Geschäftsführers Stelleninhalt des Beteiligungsmanagements des Landkreises Hildesheim.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Überlandwerke Leinetal GmbH, Gronau, sowie der AVACON AG und aus den Beteiligungen am Photovoltaik-Park Heinde/Lechstädt und der Windenergie Koppelberg GmbH Künftig sowie der Beteiligung als stiller Gesellschafter des Bürgerwindrades Evensen. Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 199.070,76 €. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 152.986,35 (Vorjahr: Überschuss: -331.862,73 €). Das Ergebnis der Gesellschaft ist ertragsseitig insbesondere durch die Höhe der Dividenden aus der Avacon AG und der Überlandwerke Leinetal GmbH beeinflusst. Aufwandsseitig sind im Wesentlichen Aufwendungen aus der Budgetvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH in Höhe von 1.171.791,35 € (Vorjahr 872.605,21 €) angefallen. Die Gesellschaft konnte sich selbst finanzieren. Der Bestand an liquiden Mitteln verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 236.781,57 (Vorjahr: Erhöhung um 147,076,36 €). Die Eigenkapitalquote beträgt 91,91 % (Vorjahr: 94,33 %). Die Erträge aus den Beteiligungen an der Avacon AG und der Überlandwerk Leinetal GmbH haben sich im Jahr 2022 insgesamt im Vergleich zum Vorjahr verringert. Dies erklärt sich insbesondere dadurch, dass seitens der Überlandwerk Leinetal GmbH eine Dividendenzahlung in Höhe von 312.000,00 € gegenüber 520.000,00 € im Berichtsjahr 2021 erfolgte, während sich die Dividendenzahlung der Avacon AG wie im Vorjahr auf 1.008.411,95 €. belief. Nach wie vor kann unter Berücksichtigung möglicher Folgen der schwierigen globalen Lage, namentlich der Ukraine- und der Energiekrise nicht davon ausgegangen werden, dass dieses immer noch hohe Niveau, insbesondere, was die Dividende der Überlandwerk Leinetal GmbH betrifft, gehalten werden kann. Zwar betrug die Dividendenzahlung der Überlandwerk Leinetal GmbH im Jahr 2023 für das Geschäftsjahr 2022 390.000,00 €, was gegenüber dem Berichtsjahr 2022 wieder eine Steigerung bedeutet. Im Berichtsjahr führten jedoch vornehmlich die Auswirkungen der staatlichen Energiepolitik zu einer generell höheren durchschnittliche Rendite in diesem Sektor. Fraglich ist jedoch, ob sich diese Effekte wiederholen. Seitens der Windenergie

Koppelberg GmbH & Co_ KG erfolgten im Berichtsjahr Ausschüttungen in Höhe von insgesamt 12.803,51 sowie von der HG Energie Consult GmbH Zahlungen in Höhe von 47.250,00 €. Die Ausschüttung der Photovoltaik-Park Heinde Lechstedt GmbH & Co. KG erfolgte in Höhe von 16.000,00 €. Auch hier sind die hohen Dividendenzahlungen auf die Auswirkungen der Energiepolitik zurückzuführen. Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird durch Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert, beides sind Energieversorger. Aufgrund der angespannten globalen Lage wegen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise ist jedoch in erhöhtem Maße trotz der momentan positiven Lage für die Zukunft mit möglichen negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen. Die staatlichen Regelungen, die für die zwar geringere aber immer noch relativ stabile Dividendenzahlungen der Energieversorger gesorgt haben, können ebenso in die andere Richtung wirken. Es lassen sich daher nach wie vor keine exakten wirtschaftlichen Prognosen, gerade was die Lage der Energieversorger betrifft, treffen. Im Berichtsjahr 2020 stand ein Verkauf von Anteilen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an der Überlandwerk Leinetal GmbH im Raum. Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim hatten einen solchen Verkauf in Betracht gezogen. Der Verkauf sollte aus politischen Gründen erfolgen, um die Überlandwerk Leinetal GmbH zu stärken. Durch den Verkauf sollten weitere Lizenzgeber, namentlich die betroffenen Kommunen in ihrem Geschäftsgebiet, als Gesellschafter gewonnen werden in der Erwartung, dass sich die Gesellschafter bei der Vergabe von Lizenzen an die Überlandwerk Leinetal GmbH binden. Die Überlandwerk Leinetal GmbH befürchtete, wenn die Lizenzgeber nicht gleichzeitig Gesellschafter der Überlandwerk Leinetal GmbH sind, für die Zukunft einen Verlust von Aufträgen bzw. Lizenzen. Nach dem derzeitigen Sachstand ist davon auszugehen, dass ein solcher Verkauf nicht mehr zum Tragen kommt. Für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist diese Tatsache positiv zu bewerten, da mit einem Anteilsverkauf in jedem Fall auch eine Verringerung von Dividendenzahlungen einhergegangen wäre. Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde auf bereits damals aktuelle Entwicklungen hinsichtlich rückläufiger Dividendenzahlungen mit der Aushandlung einer Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH reagiert. Um die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend weiter-zuführen, wurde die Bemessung des Budgets an die VHS gGmbH insoweit den zuvor geschilderten Gegebenheiten folgerichtig angepasst. Entsprechend der letzten Jahresabschlüsse der Volkshochschule sollte bei weiteren Budgetgesprächen die Ertragsseite der Landkreis Hildesheim Holding GmbH entsprechend berücksichtigt werden. Im Zuge der Übernahmeverhandlungen und des eventuellen Erwerbs des Anteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. sowie als Auswirkung der kurzfristig abgewandten finanziellen Schieflage der VHS Hildesheim gGmbH in Folge der Corona-Pandemie, hatte der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschlossen, eine neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH ab-zuschließen. Aufgrund dieses Kreistagsbeschlusses sowie entsprechender Beschlüsse des Aufsichtsrates und des Landkreis Hildesheim als Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH wurde am 29.07.2021 diese neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH rückwirkend zum 01.01.2021 abgeschlossen. Kerninhalt dieser Vereinbarung ist, dass die Volkshochschule ihren Zuschussbedarf durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im Wirtschaftsplan darlegt. Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch den Aufsichtsrat der VHS Hildesheim gGmbH hat dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH den dort dargestellten Betrag an die VHS Hildesheim gGmbH zu erstatten. Durch diese neue Zuwendungsvereinbarung hat sich der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH entrichtet, bereits im Jahr 2021 um 150.000,00 erhöht. Dies ist der Betrag, den die VHS Hildesheim gGmbH als Zuschussbedarf für den zweiten Bildungsweg benötigt. Im Jahr 2022 sind zwei weitere Beträge in Höhe von 100.000,00 für erweiterte Sprachkurse sowie 200.000,00 für das Bildungsbüro der Volkshochschule dazugekommen. Insgesamt zahlt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH derzeit jährlich einen Zuschuss von 1.175.000,00 an die VHS gGmbH. Nach jetzigem Sachstand sind weitere Zuschusszahlungen, wie z.B. anfallende Miete für die Außenstelle in Sarstedt in Höhe von ca. 44.000,00 E avisiert. Die Gesamtausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH überschreiten bereits ohne die im Raum stehende Übernahme der Miete für die Außenstelle in Sarstedt einschließlich der Steuerzahlungen die Einnahmen. Dies ist auch bereits an dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 152.986,35 eindeutig erkennbar. Der Aufsichtsrat der Landkreis Hildesheim Holding GmbH hatte dieses Missverhältnis bereits innerhalb des letzten Berichtsjahres erkannt und beabsichtigte, über die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim Maßnahmen einzuleiten, um

wieder ein entsprechendes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Zuschusszahlungen an die VHS Hildesheim gGmbH zu schaffen. Angestrebt wird eine Umstrukturierung dahingehend, dass der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH zahlt, so bemessen wird, dass die Zuschusszahlungen der Holding an die VHS Hildesheim gGmbH in Relation zu ihren Einnahmen stehen. Eventuelle Defizite könnten durch Einsparungen oder Übernahme der Zahlungen von evtl. neuen Mitgeschaftern im Falle des Verkaufs des Anteils der Volkshochschule Hildesheim e.V., wie z.B. dem Landkreis Hildesheim, übernommen werden. Erste Schritte dazu sind bereits erfolgt. Für die Umsetzung müssten jedoch noch entsprechende Gespräche bzw. soweit erforderlich ggfs. Beschlüsse der politischen Gremien gefasst werden. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Zahlungsverpflichtung der Holding bestehen. Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim strebten ursprünglich - vornehmlich aus steuerrechtlichen Gründen - die Übernahme des gesamten bisher durch den Volkshochschule Hildesheim e.V. gehaltenen Anteils der Volkshochschule an. Diese Lösung kam nicht zum Tragen. Die Variante der Übernahme von einigen Prozentpunkten des Anteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wurde ebenfalls verworfen, da nach dem neuesten Wissensstand möglicherweise damit zu rechnen war, dass in einem solchen Fall die steuerrechtlichen Probleme der Holding hinsichtlich der verdeckten Gewinnausschüttungen nicht beseitigt werden können. Die Verhandlungen über den Verkauf erstreckten sich über die Berichtsjahre 2020 bis 2022 und das bisher vergangene Jahr 2023. Der Kreistag des Landkreises Hildesheim und der Rat der Stadt Hildesheim haben schließlich durch entsprechende gleichlautende Beschlüsse im vierten Quartal 2022 die jeweiligen Verwaltungen beauftragt, den Anteil der Volkshochschule Hildesheim e.V. in Höhe von 24% vom Landkreis Hildesheim und zu 26% von der Stadt Hildesheim zu erwerben. Derzeit dauert die Umsetzung dieser Beschlusslage an. Nach dem aktuellen Sachstand ist davon auszugehen, dass es zu einer Umsetzung dieser Beschlüsse kommt. Dies kann sich auf die finanzielle Situation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zunächst negativ, mittel- bis langfristig aber positiv auswirken. Es liegen Entwürfe für drei Verträge vor: Kauf- und Abtretungsvertrag, Gesellschaftsvertrag und Konsortialvertrag. Die Vertragsparteien haben sich bereits über den Abschluss dieser Verträge insgesamt geeinigt. Derzeit erfolgt die Ausarbeitung dieser Verträge im Detail. Die Konsortialvereinbarung legt u.a. fest, dass mit deren Abschluss bestehende Zahlungsverbindlichkeiten hinfällig sind, sichert der Volkshochschule Hildesheim gGmbH hinsichtlich der Zuschusszahlungen jedoch den Status Quo für einen Zeitraum von drei Jahren zu. Danach liegt die Festlegung der Höhe der weiteren Zuschusszahlungen bei den Geschaftern und bedarf einer Neuregelung. Hinsichtlich der Wahrung der finanziellen Zuwendungen für diese drei Jahre steht es dabei im Ermessen von Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH sich intern darüber zu verständigen, wer die Zahlungen übernimmt. Solange aber keine diesbezügliche Regelung seitens der politischen Gremien des Landkreises Hildesheim getroffen wird, ist davon auszugehen, dass die Landkreis Hildesheim Holding GmbH verpflichtet wird, den Zuschussbedarf an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zu decken. Sofern der Hildesheimer Volkshochschule e.V. nicht mehr Geschafter der Volkshochschule gGmbH ist, sehen die vertraglichen Entwürfe, namentlich die Konsortialvereinbarung außerdem vor, dass die Zuschusszahlungen der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wegfallen. Stattdessen wird die Stadt Hildesheim einen Betrag in Höhe von 100.000,00 € an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zahlen. Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH selbst war von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erheblich betroffen und geriet zwischenzeitlich in finanzielle Schieflage. Die Volkshochschule musste auch noch im Berichtsjahr 2021 zeitweise Corona bedingt schließen und hatte erhebliche Einnahmeherausfälle zu bewältigen. Die zwischenzeitlich im Berichtsjahr 2020 drohende Insolvenz konnte insbesondere durch Beitreibung ausstehender Forderungen und durch verstärkte Online-Angebote abgewendet werden. Letztere Maßnahme sowie staatliche Förderprogramme haben auch erneut im Berichtsjahr wesentlich zur Verbesserung der Einnahmesituation der Volkshochschule beigetragen. Auch der wieder mögliche Präsenzunterricht trug zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bei. Im Bereich Personal der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben sich keine Änderungen ergeben. Es ist geplant, einen Prokuristen zu verpflichten, entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet, konnten aber bis jetzt aufgrund von zunächst erforderlichen verwaltungsinternen Umstrukturierungen beim Landkreis Hildesheim nicht umgesetzt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass eine Bestellung des Prokuristen im vierten Quartal 2023 erfolgen wird. Wesentliche Investitionen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Die

Beteiligung „Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG“ plant jedoch voraussichtlich für das Jahr 2024 die Errichtung einer dritten Windkraftanlage. Möglicherweise kommt es hier zu einer Kapitalnachsusspflicht für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wenn ein entsprechender Gesellschafterbeschluss gefasst wird. Da die Landkreis Hildesheim Holding GmbH nicht Mehrheitsgesellschafterin ist, sind die diesbezüglichen Einflussmöglichkeiten gering. Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich zumindest kurz- bis mittelfristig auch weiterhin ohne die Aufnahme von Fremdkapital möglich sein. Zwar ist zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH von einer mittleren negativen Entwicklung auszugehen. Aufgrund des aktuellen Sachstandes hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim ist jedoch davon auszugehen, dass eine Regelung zwischen Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH gefunden wird, um die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH wieder zu reduzieren, damit sie in einem ausgewogenen Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen.

Chancen und Risiken

Auch im aktuellen Berichtsjahr konnte das Problem, dass die Finanzverwaltung die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH seit Bestehen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH als verdeckte Gewinnausschüttung einstuft und daraus wesentliche Steuerzahlungen gegen die Landkreis Hildesheim Holding GmbH geltend macht, nicht abschließend geklärt werden. Hier ist nur eine Lösung möglich, wenn der avisierte Verkauf der Anteile des Volkshochschule Hildesheim e.V. an juristische Personen des öffentlichen Rechts erfolgt, namentlich wenn die bereits genannte geplante Anteilsübertragung auf Stadt und Landkreis Hildesheim vollzogen wird. Da es hierzu in der steuerrechtlichen Literatur und Rechtsprechung uneinheitliche Auffassungen gab, hat die Landkreis Hildesheim Holding GmbH am 03.09.2020 einen Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim für sie zuständigen Finanzamt Hildesheim-Alfeld gestellt. Grundlage war ein zum damaligen Zeitpunkt maßgeblicher Kreistagsbeschluss vom 09.07.2020, wonach die vollständige Übernahme der Anteile des Hildesheimer Volkshochschule e. V. durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH Grundlage des Antrages sein sollte. Das Finanzamt hat dem Antrag mit Bescheid vom 30.11.2021 grundsätzlich entsprochen, zusammenfassend dahingehend, dass im Falle des vollständigen Erwerbs des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e. V. durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH nicht mehr die Rechtsfolgen einer verdeckten Gewinnausschüttung gezogen werden. Durch die beschriebene neue Alternative, dass anstatt der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, der Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim den Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e. V. erwerben, muss in diesem Fall nach entsprechender abschließender Beschlussfassung über den Erwerb durch die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim ein neuerlicher Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim zuständigen Finanzamt gestellt werden. Die Bindungswirkung der verbindlichen Auskunft des Finanzamtes erstreckt sich nur auf die Variante „Übernahme des Anteils durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH“. Anträge auf verbindliche Auskunft beim Finanzamt lassen immer nur die Abfrage eines verbindlichen Sachverhalts und nicht mehrere Alternativen zu. Da es sich sowohl bei der Stadt Hildesheim als auch dem Landkreis Hildesheim um juristische Personen des öffentlichen Rechts handelt, bestehen jedoch sehr gute Chancen, dass das Finanzamt auch einem solchen Antrag entsprechen wird. Im Weiteren ist ferner noch die erforderliche kommunalaufsichtliche Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport erforderlich, die aber ebenfalls erst beantragt werden kann, wenn die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim über die vorliegenden Verträge abschließend entschieden haben. Eine Entscheidung über die Einsprüche, die gegen sämtliche bisherige Steuerfestsetzungen seit 2005 eingelegt worden sind, ist nach wie vor durch die Finanzverwaltung nicht erfolgt. Im August 2020 hat das Finanzamt alle noch ausstehenden Steuerbescheide für die Jahre 2015 bis 2018 erlassen, sämtliche durch das Finanzamt festgesetzten Steuerzahlungen für die Jahre bis einschließlich 2018 wurden beglichen. Die sich aus der Auffassung der Finanzverwaltung ergebenden steuerlichen Risiken sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 vollständig berücksichtigt worden. Wesentlich beeinflussen wird die weitere Geschäftstätigkeit der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wie bereits beschrieben, der weitere

Umgang mit der im Jahr 2021 neu abgeschlossenen Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bzw. deren im Raum stehender Wegfall. Damit einhergehend ist auch der zukünftige Umgang mit den Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Volkshochschule gGmbH in Verbindung mit der Übernahme des Anteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim bzw. die Stadt Hildesheim entscheidend für die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH. Welche Zuschussforderungen der Volkshochschule Hildesheim gGmbH aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung und der voraussichtlich sich daran anschließenden Konsortialvereinbarung langfristig auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH zukommen und ob sie diese dauerhaft tragen kann bzw. muss, ist derzeit nur bedingt absehbar. Sollten seitens der politischen Gremien des Landkreises nach rechtskräftigem Erwerb des Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH Hildesheim entsprechende Maßnahmen veranlasst werden, um die Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule zu reduzieren, z.B. durch Übernahme eines Teils der Zuschussverpflichtung an die Volkshochschule gGmbH, kann dies positive Auswirkungen auf die Liquidität und Substanz der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben. Sofern dieser Fall nicht eintritt, wären die Auswirkungen negativ. Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass die Höhe der Zuschusszahlungen Folgen für die Steuerlast der Holding hat, solange das Finanzamt diese Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen einstuft. Sofern die Realisation des Anteilserwerbs an der Hildesheimer Volkshochschule gGmbH von Stadt und Landkreis Hildesheim tatsächlich erfolgt, sehen die derzeitigen Vertragsentwürfe vor, dass dann ebenfalls keine Zahlungen der Hildesheimer Volkshochschule e.V. mehr an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH erfolgen. Bisher zahlte der Verein jährlich ein Betrag in Höhe von 300.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH. Stattdessen wird eine Zahlung der Stadt Hildesheim in Höhe von 100.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH erfolgen. Sollten daher die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien von Stadt und Landkreis gefasst werden, entsteht damit bei der Volkshochschule eine weitere Finanzierungslücke in Höhe von ca. 200.000,00 €, die zu decken wäre. Aufgrund der oben geschilderten aktuellen Beschlusslage hätte ein solcher Ausgleich voraussichtlich zumindest vorerst durch Zahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu erfolgen. Sofern der mit der Übernahme des Anteils der Volkshochschule Hildesheim e.V. durch Stadt und Landkreis Hildesheim beabsichtigte Effekt eintritt, dass das Finanzamt die Zahlungen der Holding an die Volkshochschule gGmbH nicht mehr als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet, kann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im besten Fall mit einer Steuerersparnis in etwa der Höhe der bisher durch den Verein geleisteten Zuschusszahlungen rechnen. Die Ausgaben der Holding würden sich insoweit verringern. Diese positive Auswirkung würde jedoch durch den der Volkshochschule dann fehlenden Teil des Zuschusses der Volkshochschule Hildesheim e.V. voraussichtlich weitestgehend aufgehoben, solange nicht z.B. der Landkreis Hildesheim einen Teil der Zuschussverpflichtungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH übernimmt. Bis zum Wirksamwerden und auch für die Geltungsdauer der Konsortialvereinbarung ist davon auszugehen, dass die Volkshochschule Hildesheim gGmbH den wegfallenden Betrag der Volkshochschule Hildesheim e.V. in den Wirtschaftsplan als Zuschussbedarf durch die Holding einstellen und einen entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss herbeiführen wird, so dass die Zahlungsverpflichtung für das entstandene Defizit dann grundsätzlich zunächst bei der Holding liegen würde. Während der drei Jahre, in denen die Konsortialvereinbarung den Status Quo der Volkshochschule Hildesheim gGmbH gewährleisten soll, könnten nur die politischen Gremien des Landkreises zur langfristigen finanziellen Stabilität der Holding beitragen. Seitens der Politik könnte dafür Sorge getragen werden, dass die Zahlungen der Holding an die Volkshochschule gGmbH verringert bzw. so bemessen werden, dass der Zuschuss der Holding dauerhaft in einem angemessenen Verhältnis zu deren Einnahmen steht und durch die Zuschusszahlungen nicht die Substanz der Holding angegriffen wird, z.B. durch Übernahme entsprechender Zahlungsverpflichtungen seitens des Landkreises Hildesheim. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Wirkung des Wegfalls der Steuerzahlungen aufgrund der verdeckten Gewinnausschüttungen erst ab dem Zeitpunkt der Änderung der Beteiligungsverhältnisse eintreten würde. Von einer rückwirkenden Erstattung der gezahlten in Rede stehenden Steuern ist nicht auszugehen. Sollte es allerdings politisch gelingen, die o. g. Maßnahmen umzusetzen, wäre die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH dauerhaft gewährleistet. Eine möglicherweise drohende finanzielle Schieflage könnte abgewendet werden, in dem der Landkreis Hildesheim die Forderung in Höhe von 2.163.030,42 €, die ihm gegenüber seitens der Holding besteht, ausgleicht und damit kurz- bis mittelfristig

die Liquidität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH sichert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach wie vor das Ziel, die finanzielle dauerhafte Stabilität der Holding zu erreichen, noch nicht erreicht ist. Jedoch wurden insbesondere durch die Beschlüsse von Stadt und Landkreis Hildesheim über den Anteilserwerb und die Einigung über die Vertragsentwürfe wichtige Meilensteine gesetzt. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, wird sich dies positiv auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken. Trotzdem ist der vollständige Abschluss des Verfahrens abzuwarten, insbesondere, ob seitens der Politik die weiteren notwendigen Schritte eingeleitet werden. Das Ergebnis des Berichtsjahres 2022, namentlich das Defizit in Höhe von 152.986,35 €, weist sehr deutlich darauf hin, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt ist. Auch eine vollständige und abschließende Risikoabwägung insgesamt ist aufgrund der zuvor beschriebenen Vorgänge weiterhin nicht möglich. Das Risiko von weiteren Ertragsrückgängen aufgrund geringerer Dividendenzahlungen der Energieversorger - insbesondere bedingt durch die globale Lage aufgrund des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise — ist kurz- bis mittelfristig nicht absehbar. Hinsichtlich der Verringerung der Zuschusszahlungen und der Verringerung der Steuerlast befindet sich der Prozess für die Herstellung der finanziellen Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auf einem guten Weg. Wird dieser Weg jedoch nicht konsequent fortgesetzt, droht der Landkreis Hildesheim Holding GmbH eine finanzielle Schieflage. Weitere Risiken sind nicht bekannt.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auch für das Wirtschaftsjahr 2024 sind weder Gewinnausschüttungen noch Verlustabdeckungen vorgesehen. Seitens der Landkreis Hildesheim Holding GmbH bestehen jedoch aufgrund von für den Landkreis Hildesheim geleisteter Steuerzahlungen Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim. Diese werden jährlich angepasst und ggf. Rückstellungen gebildet.

RVHi Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der RVHi Regionalverkehr Hildesheim GmbH (RVHi) ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG gehalten.

Hintergrund dieser Beteiligung an einem wirtschaftlichen Unternehmen ist die dem Landkreis nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz zufallende Aufgabe der Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr sowie die planerische Gestaltung des ÖPNV im Kreisgebiet. Für die wirtschaftliche und organisatorische Entwicklung der RVHi ist die planerische Fortschreibung nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz von maßgeblicher Bedeutung, weil das Unternehmen mehr als 90% der Liniengenehmigungen im Kreisgebiet hält und demzufolge – außerhalb der Stadt Hildesheim – den ÖPNV entscheidend dominiert.

Zur Absicherung der finanziellen Rahmenbedingungen haben der Landkreis Hildesheim und der RVHi im Jahr 2013 einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag geschlossen.

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital: 1.464.700 €

Gesellschafter	Geschäftsanteile
Landkreis Hildesheim	75,1 % (1.100.000 €)
Stadtwerke Hildesheim AG	24,9 % (364.700 €)

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus acht stimmberechtigten Mitgliedern und setzt sich im Einzelnen zusammen aus

- a) vier Personen, die dem Kreistag des Landkreises Hildesheim angehören,
- b) zwei Personen aus der Verwaltung des Landkreises Hildesheim,
- c) zwei Personen der Stadtwerke Hildesheim AG,
- d) einer Person, die Arbeitnehmer der Gesellschaft ist (Arbeitnehmervertreter) mit beratender Stimme.

Zu den Personen unter Buchstabe a) hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Simone Flor	Gruppe
KTA Herr Pascal Kubert	Gruppe
KTA Herr Ekkehard Domning	Gruppe
KTA Herr Ramon Herbst	CDU

Die Personen nach Buchstabe b) sind die Erste Kreisrätin, Frau Wißmann und der Leiter des Amtes Kreisentwicklung und Infrastruktur, Herr Jürgen Flory.

Die übrigen Mitglieder nach c) und d) sind durch die zuständigen Gremien zu benennen.

Gesellschafterversammlung

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann benannt. Vertreter ist Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann

Geschäftsführung

Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Dipl.Ing. Kai-Henning Schmidt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Rahmenbedingungen

Die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH (im Folgenden „RVHI“), Hildesheim, ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG (im Folgenden „SWH AG“), Hildesheim, gehalten. Die RVHI führt auf der Grundlage des § 3 des Gesellschaftsvertrages den Linienverkehr mit Omnibussen nach den §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im Landkreis Hildesheim durch. Daneben werden Verkehre nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr) sowie Gelegenheitsverkehre erbracht. Das Verkehrsangebot entspricht den Anforderungen des Nahverkehrsplans des Landkreises Hildesheim. Der gesamte Rechtsrahmen für den öffentlichen Personennahverkehr ist geprägt von einer Vielzahl nationaler und europäischer Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Sonderbestimmungen. Beispielhaft sind hier das Personenbeförderungsgesetz, das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG), das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), die Vergaberichtlinien der Europäischen Union, das Entflechtungsgesetz und die EU-Verordnung 1370/2007 zu nennen. Gemäß § 4 Abs.1 Nr. 3 des NNVG ist der Landkreis Hildesheim Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV im Kreisgebiet.

Geschäftsbedingungen

Auch im Geschäftsjahr 2022 waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch deutlich spürbar. Die Erlöse und die Fahrgastzahlen haben das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Die Erlössituation wurde sehr stark durch das im Zeitraum Juni bis August 2022 geltende 9-Euro-Ticket beeinflusst. Wie im Vorjahr sind auch 2022 monats- und segmentspezifische Fahrtenhäufigkeiten auf Grundlage von Empfehlungen des VDV angesetzt. Dadurch wird bei der Ermittlung der Fahrgastzahlen berücksichtigt, dass die Nachfrage im Zeitkartensegment stärker zurückgegangen ist als die Vertriebszahlen. Die Anzahl der Fahrgäste ist gegenüber dem Vorjahr auf 6,0 Mio. Fahrgäste (i. Vj. 4,8 Mio. Fahrgäste) stark gestiegen. Die Zuwächse resultieren insbesondere aus dem Ausbildungsverkehr. Durch den seit 1. Januar 2014 geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA“) konnten Zuschüsse in Höhe von TEUR 9.549 (i. Vj. TEUR 6.670) vereinnahmt werden. Darin enthalten sind Ausgleichsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm und für das 9-Euro-Ticket in Höhe von 1.771 TEUR. Weitere wesentliche Einnahmepositionen bilden die Sammelschülerzeitkarten, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach § 7a NNVG, die 2022 erhöht wurden, und die Schwerbehindertenbeförderung nach § 231 SGB IX.

Personal und Organisation

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter erhöhte sich um 7 Personen auf 139. Der Großteil der Mitarbeiter ist im Fahrdienst tätig. Der Personalaufwand erhöhte sich von TEUR 5.269 im Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 5.539 im Geschäftsjahr 2022.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von TEUR 189 liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (TEUR -63) und deutlich über dem im Wirtschaftsplan für 2022 prognostizierte Ergebnis in Höhe von TEUR -1.188. Das liegt daran, dass auch 2022 der Bund und die Länder mit dem ÖPNV-Rettungsschirm erhebliche Mittel für den Ausgleich der durch die Pandemie bedingten Schäden aufgebracht hat sowie für den Zeitraum Juni bis August 2022 Bundesmittel zum Ausgleich der Mindererlöse durch das 9-Euro-Ticket zur Verfügung gestellt wurden. Auf Grundlage des ÖDLA gleicht der Landkreis beihilfenrechtskonform die entstandenen Corona-Schäden aus und die Mittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm erreichen die RVH1. Der Gesamtumsatz betrug insgesamt TEUR 20.704 (i. Vj. TEUR 18.477). Die Erlöse aus Druckereinnahmen (im Bus und im Vorverkauf) haben sich auf TEUR 3.095 (i. Vj. TEUR 2.758) erhöht. Die Erlöse aus dem Schüler Abo KT verringerten sich gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 3.972 (i. Vj. TEUR 4.926). Der ÖDLA-Zuschuss stieg um TEUR 2.879 auf TEUR 9.549. Für die Erstattungen nach § 7a NNVG waren TEUR 2.111 (1. Vj. TEUR 1.425) zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich auf TEUR 699 (i. Vj. TEUR 753), insbesondere bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr um rund TEUR 76 gesunkenen sonstigen periodenfremden Erträge. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 12.405 (i. Vj. TEUR 10.811) gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die inflationsbedingt deutlich gestiegenen Aufwendungen für Treibstoffe sowie der Anstieg der Vergütung der Verkehrsbetriebe. Negativ auf die Ertragslage wirkten sich die um TEUR 270 auf TEUR 5.539 gestiegenen Personalkosten aus. Die Abschreibungen liegen mit TEUR 1.263 leicht unter Vorjahresniveau (TEUR 1.305) und betreffen mit TEUR 956 (i. Vj. TEUR 920) insbesondere die Fahrzeuge für den Personennahverkehr sowie mit TEUR 164 (i. Vj. TEUR 233) die anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich auf TEUR 1.971 (i. Vj. TEUR 1.886) erhöht. Ursächlich hierfür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für Inserate von TEUR 52 (i. Vj. TEUR 1) sowie gestiegene Prüfungs- und Beratungsaufwendungen in Höhe von TEUR 155 (i. Vj. TEUR 116). Größere Aufwandsposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bilden mit TEUR 468 (i. Vj. TEUR 453) die Betriebs- und Geschäftsführungskosten sowie mit TEUR 219 (i. Vj. TEUR 203) die Mieten und Pachten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr 2022 um TEUR 1.809 auf TEUR 12.973 erhöht. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um TEUR 584 auf TEUR 6.338. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Gegensatz dazu um TEUR 296 verringert. Die Verringerung betrifft insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen gegen Gesellschafter. Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.493 auf TEUR 4.542 stichtagsbedingt erhöht. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital im Zuge des ausgewiesenen Jahresüberschusses um TEUR 189 auf TEUR 4.768 erhöht. Der Sonderposten für Zuschüsse Drifter beträgt TEUR 2.098 (i. Vj. TEUR 1.962). Die passivierten Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände fristenkongruent in den Folgejahren aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen haben sich auf TEUR 497 (i. Vj. TEUR 399) erhöht. Diese resultiert aus dem Anstieg der Personalrückstellungen auf TEUR 356 (i. Vj. TEUR 268). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich unter Berücksichtigung planmäßiger Tilgungen im Zuge der fremdfinanzierten Investitionen in den Fuhrpark auf TEUR 2.574 (i. Vj. TEUR 2.111). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bleiben konstant bei TEUR 484. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit TEUR 352 (i. Vj. TEUR 260) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Deutlich erhöhten sich zudem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 835.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2022 betrugen TEUR 1.846 und betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von 5 neuen und 3 gebrauchten Bussen.

Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 2.282 nach TEUR 1.195 im Vorjahr. Maßgeblich für den Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Rückgang der Forderungen sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Zuge der Investitionstätigkeit TEUR -1.819 (i. Vj. TEUR -1.400). Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR 1.030 (i. Vj. TEUR 992) und ist vor allem geprägt durch die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und durch Einzahlungen von Zuschüssen. Gegenläufig wirkt sich die Tilgung der Kredite aus. Das Geschäftsjahr endet mit einem Bestand an Liquidem Mitteln von TEUR 4.542 (i. Vj. TEUR 3.049). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gewährleistet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Steuerung von Chancen und Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung. Die RVHI ist in das konzernweite Risiko- und Chancenmanagement der SWH AG integriert. Mit diesem System wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, frühzeitig Risiken zu erkennen und gegenzusteuern sowie Chancen zu identifizieren und zu realisieren. Eine Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist die nunmehr Ende 2019 umgesetzte Einführung des Tarifverbundes ROSA. Dieser bietet die Chance, Fahrgäste zu gewinnen und so mehr Erlöse zu generieren. Jedoch birgt der Tarifverbund auch Risiken, dass die geplanten Erlösziele nicht erreicht werden können. Daneben ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der demographischen Entwicklung die Bevölkerungsstruktur im Landkreis Hildesheim weiter deutlich verändert. Die Anzahl der Schüler wird weiter zurückgehen. Indes besteht über den ÖDA eine Ausgleichskomponente für diesen Effekt. Weiterhin ist durch die Corona-Pandemie über einen noch nicht näher kalkulierbaren Zeitraum ein starker Rückgang der Fahrgastzahlen und damit der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Die diesbezügliche Notwendigkeit der Anpassung der Kosten ist nur in einem begrenzten Umfang realisierbar, da auf Grund der Systemrelevanz des ÖPNV und des Abstandsgebotes das Leistungsangebot deutlich weniger als die Fahrgastzahlen reduziert werden konnte. Dieses wurde bei der Ausgestaltung des „ÖPNV-Rettungsschirmes“ des Bundes und der Länder berücksichtigt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich noch nicht beziffern. Es wird jedoch branchenweit davon ausgegangen, dass eine dauerhafte Unterstützung der öffentlichen Hand erforderlich wird. Hierfür zeichnet sich für die Jahre 2023 noch keine Lösung ab. Aufgrund der Fahrgastentwicklungen auch auf Grund der Corona-Pandemie geänderter Arbeitsorganisation (Homeoffice) und Mobilitätsverhalten sind mögliche Kompensationen durch Umsatzsteigerungen hauptsächlich durch Vornahme weiterer Preisanpassungen vorstellbar. Dieser Kompensationsmöglichkeit sind jedoch aus heutiger Sicht enge Grenzen gesetzt, da negative Auswirkungen auf die Nachfrage (Fahrgastzahlen) zu befürchten sind. Das Risiko einer weiterhin signifikanten Reduzierung der Umsatzerlöse wird als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Beschaffungschancen und –risiken

Auf der Aufwandsseite liegt ein Risiko in der Entwicklung der Dieselpreise. Auf Grund des Ukraine-Krieges sind die Dieselpreise im Geschäftsjahr 2022 erheblich angestiegen. Auch wenn sich Ende 2022 / Anfang 2023 die Preissituation etwas entspannt hat, wird auch in der Mittelfristplanung von weiterhin hohen Kraftstoffpreisen ausgegangen. Die Dieselpreisentwicklung wird derzeit als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Prognosebericht - Ausblick 2022 und 2023

Entscheidend für die Zukunft ist der geplante Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2033. Von zentraler Bedeutung wird sein, dass die definierten Ausgleichsparameter die Erlös- und Kostenentwicklung sachgerecht abbilden. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung ist bei den Umsatzerlösen bei den ROSA-Tarifen eine Tarifierpassung bei gleichzeitig nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Einführung des politisch gewollten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird zu einer Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen führen. Für die Jahre 2023 bis voraussichtlich 2025 wird es Ausgleichsleistungen durch den Bund und die Länder geben. Die Systematik orientiert sich an den Regularien des bisherigen ÖPNV-Rettungsschirms. Ab voraussichtlich 2026 soll ein bundesweites Einnahmeaufteilungsverfahren eingeführt werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen nicht absehbar sind. Die auskömmliche Finanzierung der Ausgleichsleistungen ist bisher nur für das Jahr 2023 gesichert. Auf der Aufwandsseite wird von weiterhin hohen Treibstoffpreisen ausgegangen. Durch den Ukraine-Krieg haben die Dieselpreise Rekordniveau erreicht. Hinzu kommen steigende Aufwendungen für den Personalbereich auf Grund der zu erwartenden Tarifabschlüsse. Vor diesem Hintergrund ist auch von weiter steigenden Aufwendungen für Auftragsunternehmen auszugehen. Wir verweisen auch auf die Ausführungen zum Nachtragsbericht im Anhang. Für die Jahre 2023 und 2024 sind vor allem Investitionen in den Fuhrpark geplant. In 2023 ist die Anschaffung von fünf Solobussen und in 2024 die Anschaffung von vier Solobussen vorgesehen. Insgesamt beträgt das geplante Investitionsvolumen für 2023 ca. EUR 2,466 Mio., wovon EUR 1,276 Mio. auf die Busbeschaffung entfallen. Im Jahr 2024 sind Investitionen in Höhe von EUR 1,212 Mio. geplant, wovon EUR 1,044 Mio. auf Fuhrparkinvestitionen entfallen. Der Wirtschaftsplan sieht für 2023 einen Jahresfehlbetrag von TEUR -484 und für 2024 einen Jahresüberschuss von TEUR 462 vor.

Berichterstattung gem. § 289 Abs. 2 Nr. 2a und 2b HGB

In Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten bestehen, außer dem im Folgenden genannten, keine weiteren wesentlichen Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Dem Risiko zukünftig steigender Zinsen, insbesondere bei der Beschaffung von Bussen, wird, soweit eine Finanzierung erforderlich ist, derzeit grds. durch den Abschluss festverzinslicher, fristenkongruenter Darlehen/Darlehenslaufzeiten begegnet. Im aktuellen Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 ist eine Darlehensaufnahme zur teilweisen Busfinanzierung geplant.

Bestehende Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft unterhält einen Betriebshof in Alfeld, Neue Wiese 9, und als Mieter in Hildesheim, am Standort Hermann-Roemer-Straße 4, um von dort aus die regionalen Verkehre zu betreiben.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Im Haushaltsplan des Landkreises Hildesheim wurden für das Jahr 2024 Mittel für ÖDA-Ausgleichsleistungen in Höhe von 15 Mio. EURO veranschlagt.

Kreiswohnbau Hildesheim GmbH (kwg)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist insbesondere eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, und zwar vordringlich durch die Bereitstellung von Mietobjekten und die Förderung der Begründung von Wohneigentum.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern, sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **6.657.580,00 €**

Der Landkreis Hildesheim ist mit **3.889.620,00 €** beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von **58,42 %**. Das verbleibende Kapital entfällt auf kreisangehörige Städte und Gemeinden als die übrigen Gesellschafter.

Anteilsbesitz

Es besteht eine 50 %-ige Beteiligung an der ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG, Eckemeckerstraße 36, Hildesheim

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 17 Mitgliedern,

- a) der/dem jeweiligen Landrätin/Landrat oder ihrer/seinem Vertreterin/Vertreter im Amt,
- b) neun Mitgliedern des Kreistages, die vom Kreistag des Landkreises Hildesheim bestellt werden, sieben von der Gesellschafterversammlung zu wählenden Mitgliedern. Diese müssen hauptamtliche Bürgermeisterinnen/Bürgermeister eines Gesellschafter oder dessen allgemeine Vertreterin/Vertreter im Amt sein, und zwar jeweils eine/einer aus den Städten Bad Salzdetfurth, Bockenheim und Sarstedt und jeweils eine/einer aus zwei Gemeinden, die bei der Verschmelzung der Gesellschaft mit der Kreiswohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung Alfeld bereits Gesellschafter letztgenannter Gesellschaft waren sowie jeweils eine/einer aus zwei weiteren Gemeinden des Landkreises Hildesheim, die bereits vor der vorerwähnten Verschmelzung Gesellschafter-Gemeinden der Kreiswohnbau Hildesheim waren.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Landrat Berndt Lynack

KTA Herr Werner Preissner	Gruppe
KTA Herr Marc Ehrig	Gruppe
KTA Frau Christel Brede	Gruppe
KTA Herr Pascal Kubat	Gruppe
KTA Herr Holger Schröter-Mallohn	Gruppe
KTA Frau Dr. Susanne Weber	Gruppe
KTA Frau Ute Bertram	CDU
KTA Herr Andre Ceglarek	CDU
KTA Herr Heinrich Machtens	CDU

Gesellschafterversammlung

Gemäß § 16 (1) des Gesellschaftsvertrages üben die Gesellschafter die ihnen in Angelegenheit der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann gewählt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführung

Gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages wird der Geschäftsführer vom Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Matthias Kaufmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Unser Risikomanagementsystem erfasst das Controlling und die regelmäßige interne Berichterstattung. Es ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren ermittelt und bewertet. Zum internen Kontrollsystem gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des Compliance Management Systems. Unser Risikomanagement- als auch Compliance Management System werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Aufgrund der aktuellen Marktlage besteht derzeit nur ein geringes Leerstandsrisiko. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann dieses Risiko langfristig ansteigen. Dagegen ist die momentane Investitionstätigkeit unserer Gesellschaft in der Bestandserneuerung (Neubau und Modernisierung) auf eine marktgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes für die Zukunft gerichtet. Wesentliche Tätigkeitsfelder sind dabei Maßnahmen zur Einsparung von Energie (Wärmedämmung und Erneuerung von Heizungsanlagen), Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnwertes sowie Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes an die demografische Entwicklung, d. h. die Beseitigung von Barrieren in und zu den Wohnungen. Im Bereich des Neubaus hat die kwg mit den Produktlinien ARGENTUM und kwg Comfort Produkte entwickelt, welche den Veränderungen am Wohnungsmarkt durch den demografischen Wandel Rechnung trägt. Im Vorfeld von Investitionen werden regelmäßig Markt- und Standortanalysen durchgeführt, um die langfristige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen (Restlaufzeiten von 2-30 Jahren), die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Aufgrund der in der Vergangenheit niedrigen Zinsen auch im langfristigen Bereich

bestand die Strategie darin, die Darlehen bis zum Ende der Zinsbindungsfrist zurückgezahlt zu haben. Darlehen mit Zinsänderungsrisiko, d.h. mit Restvaluta am Ende der Zinsbindung, machen inzwischen mit nur noch 19 % einen geringen Teil des Darlehensportfolios der kwg aus. Darüber hinaus verfügt die kwg für weitere Investitionsmaßnahmen für ausreichende Beleihungsreserven. Wesentliche Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken sind aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht erkennbar. Die Mieteinnahmen sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert. Preisänderungsrisiken bestehen im Rahmen der Investitionen in den Bestand und Neubautätigkeiten bei den Baukosten, die stetig steigen. Das Kostensteigerungsrisiko wird durch einen Kostenaufschlag bereits in der Planungsphase der Investitionen und durch ein Projektcontrolling minimiert. Regelmäßig wird mit den Bauvorhaben erst begonnen, wenn die wesentlichen Gewerke vergabereif sind. Der abweichend vom Kerngeschäft betriebene Geschäftsbereich Verwaltung von Fremdbesitz hat aufgrund seines derzeit geringen Umfangs für das Risikomanagement nur eine untergeordnete Bedeutung. Zur Verbesserung der Einkaufskonditionen werden regelmäßig Strom- und Gaskonditionen ausgeschrieben und im Sinne einer Kostensicherheit für zwei bis drei Jahre festgeschrieben. Die erzielten Ergebnisse reduzieren die Kosten für die Mieter der kwg spürbar und stellen einen Wettbewerbsvorteil dar. Allerdings werden für die kommenden Ausschreibungen erhebliche Kostensteigerungen erwartet. Mit dem Auslaufen von Energielieferungsverträgen müssen Wohnungsunternehmen und ihre Mieter mit einem ganz deutlichen Preisanstieg und damit mit einem entsprechenden Anstieg der zu leistenden Vorauszahlungen an die Versorgungsunternehmen rechnen. Die Vorauszahlungen, die i. d. R. zunächst von den Wohnungsunternehmen vorfinanziert werden müssen, können unter Umständen zu Liquiditätsengpässen führen. Zudem könnte durch die deutlich erhöhte Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter (insbesondere Einzelpersonen- und Alleinerziehendenhaushalte in großen Wohnungen) übersteigen. Hieraus können Erlösausfälle resultieren. Gleichzeitig vermindern die so erhöhte Bruttowarmmiete und die inflationsbedingten Steigerungen der allgemeinen Lebenshaltungskosten den Spielraum für künftige Mieterhöhungen. Die aktuelle Zinsentwicklung, die stark gestiegenen Preise am Bau sowie die negative Entwicklung der energetischen Bundesförderkulisse werden für die Zukunft den Neubau deutlich erschweren. Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Davon umfasst sind auch kurzfristige Maßnahmen zur Optimierung der Betriebsführung der Heizungsanlagen. Im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Energiesektor zeigt sich, dass der Pfad zu einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft derzeit überdacht werden muss. Infolgedessen wird die kwg ihre Klimastrategie überarbeiten bzw. anpassen. Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Es wurde bereits eine Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO₂-Emissionen durchgeführt. Im Weiteren ist eine sukzessive Erarbeitung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Auf Grund der konsequenten Modernisierungsstrategie der vergangenen Jahre ist der überwiegende Teil der kwg-Gebäude als saniert zu bewerten. Lediglich ein geringer Teil ist unsaniert. So weisen die Bauteile Dächer/ oberste Geschossdecke einen Sanierungsgrad von 87 %, Fassaden einen Sanierungsgrad von 91 % und Fenster einen Sanierungsgrad von 80 % auf. Nur noch vereinzelt müssen umfangreiche Modernisierungen an der Gebäudehülle durchgeführt werden. Der Fokus zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 liegt auf der Optimierung und Anpassung der Energie- und Wärmeversorgung der Objekte. Da diese Maßnahmen den Großteil des Bestandes betreffen und die Kosten nicht abzusehen sind, ist dieses als ein nicht unerhebliches Risiko zu betrachten.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Auch für die Zukunft erwarten wir eine günstige Vermietungssituation mit punktuell leicht steigenden Mieten und zusätzlichen notwendigen Neubauwohnungen. Zusätzliche Wohnungsverkäufe sind derzeit nicht geplant. Weitere Chancen werden bei Wirtschaftlichkeit durch Neubau wie auch energetische Modernisierungen und die Herstellung nachfragegerechter, d. h. vor allem demografiefester Grundrisse im Altbaubestand gesehen. Eine wesentliche Aufgabe der kwg bleibt dabei, den Bewohnern zu ermöglichen, so lange selbstbestimmt wie möglich zu leben. Die Bezahlbarkeit bildet aufgrund der erwarteten niedrigen Einkommen bei den älteren Menschen als einzige wachsende Bevölkerungsgruppe ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Neben baulichen Maßnahmen wird es eine vordringliche Aufgabe bleiben, stabile Nachbarschaften zu schaffen und zu erhalten. Neben den technischen Gesichtspunkten muss das Unternehmen dabei auch den sozialen Aspekten gerecht werden. Die persönliche Betreuung der Mieter vor Ort ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Um hierfür entsprechend Raum zu schaffen, wurden systematisch Organisationsabläufe hinterfragt und, soweit sinnvoll, vereinfacht bzw. gestrafft. Auch die Qualifikation des Personals spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Dieser kontinuierliche Prozess wird auch für die Zukunft ein wesentliches Merkmal zur Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen sein. Zusammenfassend sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erkennbar, die zu einer ungünstigen Entwicklung im Unternehmen mit negativer Beeinflussung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen könnten.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

	2022	2021
	EUR	EUR
Umsatzerlöse	30.312.397,52	25.798.853,27
Verminderung (-)/Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	3.842.406,36	5.179.186,38
Andere aktivierte Eigenleistungen	22.762,08	24.442,56
Sonstige betriebliche Erträge	1.1258.197,96	631.001,66
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	19.924.097,37	17.728.729,53
Rohergebnis	<u>15.511.666,54</u>	<u>13.904.754,34</u>
Personalaufwand	2.947.162,90	2.889.857,74
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.290.201,52	4.239.594,83
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.331.579,84	1.062.677,95
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7,84	15,60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.263.746,50	2.311.431,39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>4.575.730,25</u>	<u>3.392.737,85</u>
Sonstige Steuern	2.707,15	7.809,31
Jahresüberschuss	<u>4.573.023,10</u>	<u>3.384.928,54</u>
Gewinnvortrag	309.308,81	492.380,27
Bilanzgewinn	<u>582.331,91</u>	<u>577.308,81</u>

Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Leerstand zu rechnen. Die Ausfallrisiken aus Leerstandsverlusten und Forderungsausfällen sind insgesamt als gering einzuschätzen, darüber hinaus wird ihnen durch eine aktualisierte Portfolioanalyse Rechnung getragen.

Für 2023 rechnen wir mit Mieterträgen von 20.174 TEUR, Instandhaltungsaufwendungen von 6.716 TEUR, sowie Zinsaufwendungen von 2.627 TEUR. Die Geschäftsführung erwartet einen Jahresüberschuss für das Jahr 2023 in Höhe von 2.749 TEUR.

Die Phase der hohen Neubautätigkeit der kwg im Bereich des Anlagevermögens wird langsam reduziert. Weiterhin soll das Portfolio gezielt nachfrageorientiert entwickelt werden. Die Finanzierung dieser Neubaumaßnahmen sollte durch entsprechende Eigenkapitalanteile unterlegt sein, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten. Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss des Ukraine-Kriegs auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich. Ebenfalls schwer vorhersehbar ist die weitere Entwicklung der Inflation und des Zinsniveaus. Der hohe Grad der Unsicherheit kann zu negativen Abweichungen bei einzelnen Kennzahlen führen.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Seit dem Jahr 2008 ist das Stammkapital der Gesellschaft nicht mehr erhöht worden. Vom Landkreis erfolgen ausschließlich Zahlungen für angemietete Objekte, darüber hinaus keinerlei Zahlungen an die Gesellschaft. Da im Haushaltsjahr 2022 die Gemeinde Hohenhameln der kwg als Gesellschafterin beigetreten ist, wurde eine Erhöhung des Stammkapitals vorgenommen.

Für das Haushaltsjahr 2022 erfolgte im Jahr 2023 wieder die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 131.797,97€. Für das Haushaltsjahr 2024 ist ebenfalls wieder eine reguläre Gewinnbeteiligung vorgesehen.

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege ist es laut Gesellschaftsvertrag der Kurbetriebsgesellschaft Gegenstand des Unternehmens, Kurmittelanlagen zu erwerben und zu betreiben, Kurmittel zu veräußern sowie die zum Kurbetrieb gewidmeten Brunnen und Bohrungen, Peloide und Gradierwerke zu fördern, zu errichten und zu betreiben.

Weitere Zielsetzung im Rahmen der Gesellschaftsgründung war es, Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen wirtschaftlich zu nutzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Gesellschaft betreibt das Therapiezentrum in Bad Salzdetfurth und das Sole Frei- und Hallenbad im Ortsteil Detfurth. Darüber hinaus bewirtschaftet das Unternehmen den Kurpark mit den historischen Gradierwerken und nimmt gemäß einer Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Beteiligungsverhältnisse

Die Gründung der Kurbetriebsgesellschaft mbH erfolgte im Jahre 1974 durch den Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Bad Salzdetfurth.

Am Stammkapital in Höhe von 1.100.000 € ist der Landkreis mit einem Anteil von 51 % (561.000 €) beteiligt; die verbleibenden 49 % (539.000 €) entfallen auf die Stadt Bad Salzdetfurth. Beide Gesellschafter haben die im Jahr 2017 beschlossene Stammkapitalerhöhung vollzogen.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus neun Mitgliedern, und zwar

- dem jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Bad Salzdetfurth oder einem von ihnen beauftragten Vertreter
- vier vom Landkreis Hildesheim bestimmten Mitgliedern
- drei von der Stadt Bad Salzdetfurth bestimmten Mitgliedern.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Herr Landrat Bernd Lynack	
KTA Herr Bernhard Brinkmann	Gruppe
KTA Herr Friedhelm Gabel	Gruppe
KTA Herrn Karsten Zürner	Gruppe
KTA Herr Andreas Koschorrek	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann benannt. Seine Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführer

Gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages werden der/die Geschäftsführer vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Thomas Oelker.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresfehlbetrag von 1.734 T€ (Vorjahr 1.832 T€) ausgewiesen. Das Ergebnis resultiert aus Erträgen von 2.213 T€ (Vorjahr 1.698 T€) sowie Aufwendungen von 3.947 T€ (Vorjahr 3.530 T€). Die Erträge erhöhten sich um 515 T€. Im Einzelnen beliefen sich die Erhöhungen wie folgt: aus Eintrittsgeldern des Solebades und der Sauna + 427 T€, Therapieerlöse Kurmittelhaus + 41 T€, Therapieerlöse im Solebad + 102 T€, Einnahmen Fremdenverkehr + 7 T€, Mieten- und Pachten + 13 T€ sowie aus sonstigen Erträgen + 18 T€. Der Planansatz von 1.788 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus, Solebad und Eintrittsgelder Solebad) wurde um 142 T€ überschritten. Darin sind abweichend vom Vorjahr keine Erstattungen durch Kurzarbeitergeld im Rahmen der Corona-Pandemie mehr enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beläuft sich im Jahr 2022 auf 5.506 T€ (Vorjahr 5.652 T€). Auf der Aktivseite ist eine Verringerung des langfristig gebundenen Vermögens um 108 T€ auf 3.666 T€ (Vorjahr 3.774 T€) sowie eine Minderung der flüssigen Mittel um 62 T€ auf 1.632 T€ (Vorjahr 1.694 T€) zu verzeichnen. Auf der Passivseite der Bilanz minderten sich die langfristigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Tilgungen von 181 T€ und einen Sondertilgungsposten von 57 T€ auf 3.051 T€ (Vorjahr 3.289 T€). Die verbliebenen Darlehen werden auch zukünftig planmäßig getilgt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 26 T€ auf 156 T€ (Vorjahr 130 T€). Die Sonstigen Verbindlichkeiten verminderten sich um 35 T€ auf 112 T€ (Vj. 147 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.948 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 35,4 % (Vorjahr 32,3 %). Die Quote sollte auch im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Das in der Bilanz ausgewiesene langfristig gebundene Vermögen von 3.666 T€ (Vorjahr 3.774 T€) ist in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Darlehen finanziert. Diese Deckung gilt auch für die Zukunft. Die Gesellschafterversammlung hat am 01.12.2022 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2021 unter Berücksichtigung der für 2021 geleisteten Vorauszahlungen, im Verhältnis der Geschäftsanteile, der Kapitalrücklage zu entnehmen. Der Restbetrag verbleibt in der Kapitalrücklage einerseits infolge der geringen Eigenkapitalausstattung und andererseits, weil das Gesundheitswesen sich in einer Phase des strukturellen Umbruchs befindet — und sowohl die Ertragsseite als auch die Aufwandsseite des Unternehmens immer mit einem hohen Risikofaktor behaftet ist. Die Gesellschafter haben unterjährig Einzahlungen in die Kapitalrücklage geleistet.

Ertragslage

Der Kartenverkauf und die Therapieabgabe im Solebad entwickelten sich auf Grund der abflauenden Corona-Krise wieder zunehmend, außerplanmäßige Schließungszeiten waren nicht zu verzeichnen. Die Therapieerträge (22.660 Anwendungen im Kurmittelhaus und 1.093 Anwendungen im Solebad) erhöhten sich weiterhin im Kurmittelhaus, die Anzahl der Anwendungen blieb hier im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant, während sich die Anwendungen im Solebad steigend entwickelten. Der Planansatz von 641 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus) wurde wieder überschritten um 88 T€. Der Planansatz von 840 T€ (Eintrittsgelder Solebad) wurde um nur 9 T€ unterschritten. Für die Eintrittsgelder Sauna wurde ein Planansatz von 125 T€ gebildet, der um 19 T€ überschritten wurde. Für die Therapieerlöse Solebad wurde ein Planansatz von 180 T€ gebildet der - einschließlich Wellness - um 33 T€ überschritten wurde. Bei den Sonstigen Erträgen wurde ein Ansatz von 1 T€ gebildet, der um 2 T€ überschritten wurde. Die Einnahmen aus Kurbeiträgen betragen 128 T€ (Vorjahr 121 T€). Die Steigerung der Einnahmen ist auf das Abflauen der Corona-Krise zurückzuführen. Die tariflich bedingte Anpassung der Löhne und Gehälter betrug 1,8 % zum 01.04.2022. Zum 01.06.2023 erhöhen sich die Löhne und Gehälter um sog. Inflationsausgleichsgeld. Dieser Mehraufwand konnte teilweise durch weitere Veränderungen der Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe positiv beeinflusst werden. Am Personalbestand ergeben sich Änderungen ab 01.01.2023 durch Einstellung weiterer Raumpflegerinnen für das Sole-Frei- und Hallenbad, da die zuvor in großen Teilbereichen fremd vergebene Reinigung des Bades wieder durch eigenes Personal erledigt wird. Die Personalkosten und die sozialen Aufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 197 T€ auf 2.283 T€ durch tarifliche Erhöhungen und geleistete Mehrstunden und dem Umstand, dass keine Kurarbeit mehr angezeigt war. Auch Personalneueinstellungen schlagen sich in dem Gesamtbetrag nieder. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag im Jahr 2022 bei 57 Beschäftigten.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 156 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hiervon entfielen 10 T€ auf Software (1 T€ MS-Programme und 9 T€ Zeiterfassungssystem), 2 T€ auf Gebäude (Bedarf Kurgartenanlage 2 T€), auf Betriebs- und Geschäftsausstattung 33 T€ (Laubsauger 3 T€, 2 Wallboxen 2 T€, 2 PC-Systeme, 2 T€, Tablet 1 T€, Zeiterfassungsgerät 1 T€, Telekommunikationsanlage 22 T€, GWG 2 T€) sowie 23 T€ auf Anlagen im Bau (2. Bauabschnitt der Sanierung der Trinkwasseranlage) im Kurmittelhaus und 65 T€ auf Gebäude (Betonsanierung und Bauwerksdiagnostik 6 T€, Brandmeldeanlage 20 T€, Ertüchtigung der Deckenabhangung 39 T€) sowie 22 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (Scheuersaugmaschine 3 T€, Hochdruckreiniger 2 T€, Einscheibenmaschine 2 T€, Not-Absperrklappen 7 T€, Therapieliege 2 T€, 2 PCs 2 T€, GWG 4 T€) im Solebad. Auch im kommenden Jahr ist mit steigenden Investitionskosten zu rechnen. So wird der 2. BA "Erneuerung der Wasserleitungen" im Kurmittelhaus fortgesetzt. Hierfür sind im Jahr 2023 insgesamt 250 T€ einkalkuliert, nachdem von dem bereits für 2022 eingeplanten Betrag i. H. v. 150 T€ wegen Verzögerungen bei der Planungs- und Bauausführung lediglich eine Teilsumme von 23 T€ verwendet werden konnte. Im Bereich des Solebades sind 10 T€ für den Abschluss der Brandschutzmaßnahmen, 15 T€ für erneute Betonsanierungen und Bauwerksdiagnostik und 49 T€ für allgemeine Investitionen geplant.

Finanzinstrumente

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos waren zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen worden, wovon eines im Jahr 2022 ersatzlos auslief. Der positive Marktwert beträgt im Jahr 2022 für das verbliebene Swap-Geschäft +779,01 €.

Prognosebericht

Der für 2023 erwartete Jahresfehlbetrag beträgt nach dem genehmigten Wirtschaftsplan 1.952 T€. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft besteht dadurch nicht. Die Gesellschafter haben sich in

einem Grundlagenbeschluss dazu verpflichtet, unterjährig Einzahlungen in die Kapitalrücklage zur Abdeckung der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu leisten und damit eine Überschuldung sowie eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. Im Geschäftsjahr 2022 wurden unterjährig Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.854 T€ geleistet. Der Verlust 2021 von 1.832 T€ wurde gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 01.12.2022 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Auch im Jahr 2023 erfolgen planmäßige Einzahlungen von Abschlägen beider Gesellschafter in die Kapitalrücklage. Die politischen Diskussionen in den kommunalen Gremien sehen allerdings im Hinblick auf die erwartet angespannte Haushaltssituation ab 2024 vor, die sog. freiwilligen Leistungen abzusenken. Durch den Gesellschaftsvertrag haben sich sowohl die Stadt Bad Salzdetfurth als auch der Landkreis Hildesheim zu dem dauerhaften Ausgleich bekannt. Das Jahr 2023 war zudem davon geprägt intensive Überlegungen zur Nachfolgeregelung des 45 Jahre alten Solebades anzustrengen. Eine politische Grundsatzentscheidung wird im Jahr 2024 erwartet. Vor diesem Hintergrund ist von einer weiterhin anhaltenden Übernahme der Unternehmensverluste auszugehen. Die jeweiligen Beschlusslagen, die die Gesellschaftervertreter für ihr Handeln ermächtigen liegen der Kurbetriebsgesellschaft nicht vor. Die in Kapitel 2.2.2 genannten Steuerungsgrößen der Gesellschaft (Kartenverkäufe und An-wendungen) sollten sich im weiteren Geschäftsjahresverlauf 2023 weiterhin positiv entwickeln. Trotz einiger im Betrieb liegender Widrigkeiten ist die Nachfrage im Bereich der therapeutischen Ansätze insbesondere für Dauerpatienten nahezu ungebrochen. Die detaillierte Budgetplanung der Gesellschaft für 2023 geht davon aus, dass das negative Ergebnis noch über dem Vorjahreswert liegen wird. Zwar ist im Kurmittelhaus aufgrund des Fachkräftemangels eine quantitative Erhöhung der Kundenzahlen trotz der hohen Nachfrage nach Therapieleistungen eine große Herausforderung, dennoch wird eine leichte Steigerung der Erträge erwartet durch eine geringere Zurückhaltung der Kunden sowie weniger hohe Krankenstände beim Gesundheitspersonal nach dem Abebben der Covid-19-Pandemie. Im Solebad dagegen ist ein stärkeres Umsatzplus zu erwarten auch durch Veränderung der Eintrittspreisgestaltung und Erweiterung des Familienangebotes. Im Ausgabenbereich dagegen wird jedoch mit einer wesentlichen Steigerung der Personalkosten gerechnet aus den in Kapitel 2.2.2 angegebenen Gründen. Hinsichtlich der übrigen Aufwendungen wird von einer nur moderaten Zunahme ausgegangen auch unter dem Aspekt, dass wegen langfristiger Verträge im Energiebereich diese Kostenpositionen auf einem verhältnismäßig niedrigen Preisniveau bleiben.

Risikobericht

Der Verband der Ersatzkassen (VdeK) und die RVO-Kassen haben auch ab 2023 Veränderungen bei den Heilmittelpreisen bekanntgegeben. Bei den Therapieleistungen ergeben sich grundsätzlich Risiken durch weitere Veränderungen aufgrund gesundheitspolitischer Maßnahmen. Künftige Preisanpassungen durch die Krankenkassenverbände (Vdek/RVO) werden kaum nennenswert sein und sich maximal im Rahmen der Grundlohnsummensteigerungen bewegen. Auch die Besucherzahlen im Solebad sind weiterhin sehr witterungsabhängig. Bei den Aufwendungen ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Personal- und Energiekosten zu legen. Gerade bei den Energiekosten wird es in den kommenden Jahren zu erheblichen Kostensteigerungen kommen, da die derzeitigen Preise bedingt durch das Embargo gegen Russland nach wie vor hoch sind. Des Weiteren ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Standfestigkeit des nunmehr 44 Jahre alten Solebades zu legen. Die jährlich durchgeführten Betonsanierungsarbeiten haben sich dabei positiv auf die Lebensdauer des Solebades ausgewirkt. Aber trotzdem ist diese auch für unser Bad endlich. Nach Aussage unseres Architekten liegt die unbedenkliche Lebensdauer in einem Zeitraum von 5-8 Jahren. Somit sind die Gesellschafter vom Geschäftsführer dahingehend sensibilisiert worden, sich Gedanken zu machen, wie es in den kommenden Jahren speziell mit dem Solebad (Neubau) weitergehen soll. Eine diesbezügliche Machbarkeitsstudie ist im Jahr 2023 durchgeführt worden und wird aktuell noch ausgewertet. Darüber hinaus zeigt eine akute Legionellenproblematik mit vorübergehender Schließung der Einrichtung die erheblichen Risiken in dem nahezu 45 Jahre alten Bestandsgebäude. Der Aufsichtsrat und die Gesellschaftervertreter werden unterjährig und zeitnah über alle wesentlichen wirtschaftlichen Veränderungen des Unternehmens unterrichtet.

Chancenbericht

Chancen ergeben sich im Bereich der Therapieerlöse für das Geschäftsjahr 2023 auch aufgrund einer Steigerung der gültigen Heilmittelpreise, eines weiterhin anhaltenden guten Rezeptaufkommens und einer möglicherweise rückläufigen Kostenstruktur. Es sind keine weiteren wesentlichen Risiken im kommenden Jahr ersichtlich, die eine künftige Geschäftstätigkeit beeinflussen.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Nach erfolgter Abrechnung für das Jahr 2021 wurde ein Betrag in Höhe von 1.002.123,00 € in die Verlustabdeckung eingezahlt. Für das Haushaltsjahr 2022 wurde ein Betrag in Höhe von 986.340,00 € als Zahlung in die Verlustabdeckung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH eingeplant, nach Spitzabrechnung ergab sich ein tatsächlicher Zuschussbedarf in Höhe von 940.540,00 €. Im Haushaltsjahr 2023 ist ein Betrag in Höhe von 1.071.000,00 € als Zahlung in die Verlustabdeckung vorgesehen. Im Haushaltsplan 2024 sind Mittel in Höhe von 1.122.000,00 € als Zahlung in die Verlustabdeckung eingeplant. Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth hat weiterhin mit den Auswirkungen der Energiekrise und den Personalkostensteigerungen zu kämpfen. Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig im Aufsichtsrat über die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft.

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wurde am 08. Juli 2015 als Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH gegründet. Bis zum Geschäftsjahr 2018 firmierte sie unter diesem Namen.

Die politischen Gremien haben sich im Jahr 2018 für eine Umstrukturierung der Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH zum 01.01.2019 entschieden. Mit Urkunde vom 7. Juni 2018 wurde die Firma der Gesellschaft geändert und lautet nun Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH.

Sämtliche Stammeinlagen werden seitdem vom Landkreis Hildesheim gehalten.

Nach der notariellen Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages wegen des Ausscheidens des Landkreises Peine im Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim.

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2020 über ein Umlaufvermögen in Höhe von 293.040,29 TEUR, davon 243.040,29 TEUR flüssige Mittel.

Das Team der Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützende und nachhaltige Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken.

Als verbindendes Element des Landkreises Hildesheim mit dem Landkreis Peine wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Sämtliche Stammeinlagen werden seit der Umstrukturierung vom Landkreis Hildesheim gehalten.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen. Die Gesellschaft darf bei anderen Vereinen oder Organisationen Mitglied werden, soweit die Beteiligung oder Mitgliedschaft dem Zweck der gGmbH förderlich ist. Hiervon wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind im § 13 des Gesellschaftsvertrages benannt. Gesellschaftervertreter für den Landkreis Hildesheim ist Herr Landrat Bernd Lynack. Sein Vertreter ist Herr Kreisoberamtsrat Gerald Bälkner.

Geschäftsführer

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages wird der Geschäftsführer von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Zum 05.01.2018 hat Herr Martin Komander die Geschäftsführung der Klimaschutzagentur Hildesheim-Peine gGmbH übernommen und ist auch Geschäftsführer nach der Umstrukturierung der Gesellschaft.

Klimaschutzbeirat

Gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages wird ein Klimaschutzbeirat als offenes Fachgremium eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren ein Beteiligungsforum zu bieten. Die Mitarbeit in diesem Klimaschutzbeirat ist ehrenamtlich.

Gesellschafterrat

Der Gesellschafterrat nach § 15 des Gesellschaftsvertrages ist ein politisches Gremium mit beratender Funktion für die Geschäftsführung.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Herrn KTA Egbert Homeister	SPD
Herrn Werner Preissner	SPD
Herrn KTA Clemens Gerhardy	CDU
Herrn KTA Friedhelm Prior	CDU
Frau KTA Nina Lipecki	Grüne
Frau KTA Dr. Susanne Weber	Grüne
Herrn KTA Wolfgang Schulz	Die Unabhängigen

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Seit dem Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim und seine Mitgliedskommunen. Während des laufenden Geschäftsjahres hat die Klimaschutzagentur und deren neutrale Kooperationspartner die Corona Pandemie trotz des Aufbaus neutraler Alternativen stark getroffen. Bestehende Beratungsangebote von bundesweiten bzw. landesweiten Kooperationspartnern konnten nicht mehr wie gewohnt durchgeführt werden. Aufgrund dieser unvorhersehbaren pandemischen Entwicklungen sind finanzielle Rückstände innerhalb der Klimaschutzagentur entstanden. Beratungsangebote der Energieberater konnten nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Online-Alternativangebote mussten entwickelt werden, dabei standen Kreativität und Gesundheitsschutz im Vordergrund. Die Mitarbeitenden sind teilweise aus der gewohnten Arbeitsstruktur ins homeoffice gegangen und die Projektplanung musste damit neu justiert werden. Geplante Informationsveranstaltungen oder der Klimaschutzbeirat konnte in Präsenz auf Grund der Pandemiebedingungen nicht durchgeführt werden. Die Geschäftstätigkeit der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wird aktuell mit zwei Vollzeitäquivalenten umgesetzt. Das Personal ist beim Landkreis Hildesheim angestellt und in die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH abgeordnet. Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie die Sensibilisierung und neutrale Beratung der regionalen Bevölkerung, der regionalen Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften hinsichtlich des Klimaschutzes, der damit einhergehenden Energieeinsparung und -effizienz sowie des Einsatzes Erneuerbarer Energien wird weiterhin verfolgt. Die Relevanz und die Notwendigkeit der Klimaschutzaktivitäten werden im politischen und gesellschaftlichen Handeln immer mehr deutlich. Unterschiedlichste Gruppen aus der Zivilgesellschaft wenden sich an die gemeinnützige Klimaschutzagentur.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Unternehmensgegenstand verfolgt unmittelbar einen gemeinwohlorientierten und selbstlosen Zweck. Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt nicht vor. Das Hauptgeschäftsfeld bilden die Projektinitiierung und Umsetzung, Informations- und Beratungsangebote sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Die umfangreichen Aufgaben der Organisationsform werden weiterhin diese Aufgabenfelder bedienen. Aufgrund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellung ist die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH nur im geringen Maße üblichen Marktrisiken ausgesetzt. Das Aufsichtsgremium ist die Gesellschafterversammlung, bestehend aus einem Gesellschafter. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer. Des Weiteren berät ein politisches Gremium mit Vertretern aus dem Kreistag, der Gesellschafterrat, die Geschäftsführung und unterstützt die Arbeit der Klimaschutzagentur. Ebenfalls mit beratender Funktion der Geschäftsführung ist das offene Fachgremium, der Klimaschutzbeirat, eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren (Kommunen, Wissenschaftlichen Einrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, Kreditinstituten, Kammern und Verbänden etc.) ein Beteiligungsforum zu bieten. Der angeschlossene Förderverein dient weiterhin beiden Landkreisen und ist ein verbindendes Element für die Klimaschutzbemühungen in den Landkreisen Hildesheim und Peine.

Ertragslage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH generiert aus ihrer operativen Tätigkeit heraus keine Umsätze und somit auch keine Erträge. Die Umsetzung von Klimaschutzprojekten wird durch die Einlage vom Landkreis Hildesheim gedeckt. Im Rahmen einzelner Projekte werden zudem finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unterstützer/Kooperationspartner, wie der Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), eingeworben. Als unterstützende Organisation hat die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH einen eigenen eigenständigen Förderverein. Diese Gelder kommen der Projektfinanzierung der o.g. Projektschwerpunkte der gGmbH im Landkreis Hildesheim als auch im Landkreis Peine anteilig zu Gute.

Finanzlage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Vermögenslage

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2021 über ein nennenswertes Umlaufvermögen in Höhe von 302 TEUR, davon 226 TEUR flüssige Mittel.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens haben, liegen nicht vor. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten einige Projekte nicht durchgeführt werden. Die Vor-Ort-Beratungen bei Interessierten wurden teilweise eingestellt.

Risikobericht

Auf Grund der oben beschriebenen Aktivitäten und der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftspolitik unterliegt die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH geringen Risiken. Operative Risiken

werden durch interne Prozesse und die Zusammenarbeit mit Fachfirmen auf ein übliches Maß reduziert. Die Agentur ist nur im geringen Umfang üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Prognose

Künftig wird die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH in ihrer etablierten Organisationsform die Rolle als Initiator und Organisator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen. Schwerpunktmäßig werden weiterhin Projekte im Handlungsfeld „Energieeffiziente Wohngebäude“ angestrebt. In Planung befinden sich zudem Angebote, die den Themenbereichen „Mobilität“, „Umweltbildung“ und „Energieeffizienten Unternehmen“ zugeordnet werden können. Die „Landwirtschaftsthematik“ hat eine Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hervorgerufen.

Das Team der Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützende und nachhaltige Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig die regionalen Strukturen sind. Als verbindendes Element wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Landkreis Hildesheim hat sich verpflichtet, als Nebenleistungspflicht einen jährlichen Betrag in Höhe von 100.000 € der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Es wird eine Erhöhung dieses Betrages geprüft. Darüber hinaus trägt der Landkreis Hildesheim die anfallenden Personal- und Sachkosten der Klimaschutzagentur. Für das Haushaltsjahr 2023 wurde durch den Kreistag einmalig ein Betrag in Höhe von 150.000,00 € für Projekte der Klimaschutzagentur zur Verfügung gestellt.

Hinweis: die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2021. Die Daten für das Jahr 2022 liegen noch nicht vor.

Assoziierte Aufgabenträger:

Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAH)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis und die Stadt Hildesheim haben 1993 den ZAH gegründet. Gemäß § 4 der Verbandsordnung nimmt der ZAH für die beiden Verbandsmitglieder sämtliche Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaft wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls und Wertstoffe, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Insgesamt entsorgt der ZAH im Verbandsgebiet in zwölf Gemeinden und Samtgemeinden, in sechs Städten des Landkreises Hildesheim sowie in der Stadt Hildesheim. Der ZAH unterhält eine Deponie der Klasse II (Zentraldeponie Heinde), eine Umschlaghalle und fünf Recyclinghöfe sowie vier Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk.

Ferner übernimmt der ZAH als Subunternehmer für Dritte im Rahmen des Dualen Systems (DSD) die Erfassung und Anlieferung der Mengen an Leichtverpackungen sowie die Beschaffung und Verteilung der notwendigen Säcke und Behälter.

Beteiligungsverhältnisse

Durchschnittlich besitzt der Landkreis 64 % vom Eigenkapital (= 315.906,00 €) und die Stadt Hildesheim 36 % Eigenkapital (= 177.702,13 €).

Nach der Einwohnerstatistik im Juni eines Jahres errechnet sich für Stadt und Landkreis der prozentuelle Anteil jährlich neu."

Anteilsbesitz

Im Schnitt hat der Landkreis = 64 % vom Eigenkapital (= 315.906,00 €) und die Stadt 36 % Einwohner (= 177.702,13 €).

Nach der Einwohnerstatistik im Juni eines Jahres errechnet sich für Stadt und Landkreis der prozentuelle Anteil jährlich neu.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsgeschäftsführer: Herr Jens Krüger

Verbandsversammlung

Verbandsversammlung: für den Landkreis Hildesheim Herr Landrat Bernd Lynack.
Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss besteht aus je 8 Mitgliedern des Rats der Stadt Hildesheim und des Kreistages des Landkreises Hildesheim sowie aus jeweils zwei vom Hauptverwaltungsbeamten der vertretenen kommunalen Körperschaften zu bestimmenden Vertretern der Verwaltung des jeweiligen Mitglieds.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder entsandt:

KTA Herr Heinz Hodur	Gruppe
KTA Frau Evelyn Witt	Gruppe
KTA Herr Egbert Homeister	Gruppe
KTA Frau Andrea Prell	Gruppe
KTA Frau Dr. Susanne Weber	Gruppe
KTA Herr Dirk Bettels	CDU
KTA Herr Dr. Thomas Bruns	CDU
KTA Herr Ramon Herbst	CDU

Vertretung der Kreisverwaltung:

Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann, Vertreter ist Herr Kreisoberamtsrat Gerald Bälkner

Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Herr Klaus Rosemann, Vertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Unternehmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Der ZAH nimmt für seine Verbandsmitglieder Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim die Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit dem 1. Januar 1994 wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung. Die Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzept wurde am 09.05.2022 dem Verbandsausschuss vorgestellt. Aufgrund der Vielzahl an neuen Gesetzesänderungen, die noch einfließen, konnte das Konzept noch nicht abschließend behandelt werden. Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig. Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt. Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des Niedersächsischen Kommunal-abgabengesetz (NKAG) arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen.

Rahmenbedingungen zur Abfuhr, Entsorgung und Verwertung von Abfällen

Das Verbandsgebiet umfasst 12 Gemeinden und Samtgemeinden sowie sechs Städte im Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim, in denen insgesamt ca. 278.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben (Stand 31.12.2022). Der Verband betreibt im Entsorgungsgebiet eine Hausmülldeponie (Zentraldeponie Heinde), auf der auch die entsprechenden Einrichtungen zur Sickerwasserklärung, Deponiegaserfassung, zur Annahme und Zwischenlagerung von Schadstoffen sowie eine Müllumschlagstation und ein Recyclingzentrum betrieben werden. Das Deponiefeld Hoersten-West verfügt über eine Basisdichtung, so dass hier unverändert Abfälle abgelagert werden können. Die Rekultivierungsmaßnahmen für zwei sogenannte Altkörper auf der Zentraldeponie sind bereits abgeschlossen. Das noch zur Verfügung stehende Deponiefeld wurde bereits teilabgedeckt. Durch diese Maßnahmen wird der Niederschlagswassereintrag in die Deponiekörper verringert und führt dauerhaft zu einer rückläufigen zu reinigenden Sickerwassermenge. Für die Selbstanlieferung von Kleinmengen aus

privater Herkunft hat der ZAH fünf Wertstoffhöfe (Alfeld, Elze, Hildesheim, Lamspringe, Sarstedt) errichtet. Ferner steht den Bürgern ein Kleinanlieferplatz im Eingangsbereich der Zentraldeponie für die Anlieferung zur Verfügung. Des Weiteren werden zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk im Entsorgungsgebiet durch Dritte betrieben. Neben den erforderlichen Geräten und Fahrzeugen für den Betrieb der Zentraldeponie unterhält der ZAH zur Einsammlung der gemischten Siedlungsabfälle und des Sperrmülls, der biologisch abbaubaren Abfälle (Bioabfall) sowie der Wertstoffe am Betriebsstandort in Groß Düngen einen umfangreichen Fuhrpark. Für die Abfuhr von Fäkalien sowie die Spülung von Kanalnetzen in den Gemeinden und Städten des Landkreises hält der ZAH entsprechend seiner satzungsgemäßen Aufgaben auch entsprechend ausgestattete Spezialfahrzeuge vor. Für die Betankung aller Fahrzeuge und Maschinen unterhält der ZAH zwei eigene Betriebstankstellen auf dem Betriebshof in Groß-Düngen und auf dem Gelände der Zentraldeponie Heinde. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und des nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehenden Ablagerungsvolumens auf der Zentraldeponie werden die gemischten Siedlungsabfälle und sonstigen brennbaren Abfälle seit 1998 der thermischen Verwertung zugeführt. Die in 2022 vom ZAH angelieferte Menge zur Verbrennungsanlage mit 54.062 t (Vorjahr 57.478 t) nahm im Vergleich zum Vorjahr ab. Auf der Zentraldeponie wurden 397 t (Vorjahr 539 t) abgelagert. Weitere 130 t (Vorjahr 136 t) wurden zur Fremddeponierung abgegeben. Die vor allem aus der Abfuhr der Restmülltonnen stammenden Siedlungsabfälle aus privater Herkunft von rd. 41.400 t blieben um rd. 2.000 t hinter dem Aufkommen des Vorjahres zurück. Der ZAH nutzt eine auf dem Deponiegelände vorhandene Recyclinghalle und -fläche (kurz: RZH) als Umschlag- und Zwischenlagerfläche für Bauschutt, Baustellenabfälle, A III und A IV Holz, für stoffgleiche Nichtverpackungen (Kunststoffe), für Sperrmüll, für Dachpappe, für Straßenaufbruch, für Grünschnitt und seit Anfang 2022 für die Sortierung und Bereitstellung von Altpapier und -pappe sowie Kartonagen (PPK) für die Systemanbieter. Nach europaweiter Ausschreibung wird der aus der haushaltsnahen Abfuhr stammende Sperrmüll seit dem 1. April 2018 bei der Tönsmeier Entsorgung Niedersachsen GmbH & Co. KG, Hannover, jetzt PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover, behandelt und stofflich verwertet. Die Anlieferung des Sperrmülls und die Bereitstellung zum Abtransport nach Hannover findet im RZH statt. Diesen Vertrag hat der ZAH im Juni 2022 gekündigt. Nach erfolgter Ausschreibung hat PreZero den Zuschlag erhalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Mai 2023 bis 30. April 2025. Der auf den Wertstoffhöfen angelieferte Sperrmüll wird von den Mitarbeitern des ZAH stofflich getrennt. Die enthaltenen Holzmengen werden einer gesonderten Verwertung, getrennt nach A III und A IV Holz, zugeführt. Bei der Vermarktung des Altholzes führt der ZAH aufgrund der stark wechselnden Verwertungspreise quartalsweise eine Angebotsabfrage durch. Die Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), das die Erfassung von Elektroaltgeräten regelt, erfolgt seit 2007 problemlos. Die kostenlose Rücknahme der Geräte erfolgt über die Wertstoffhöfe sowie im Zuge der haushaltsnahen Sperrmüllentsorgung. Der ZAH führt seit 2007 die Eigenvermarktung der „weißen Ware“ sowie seit 2008 für Kleingeräte und der Bildschirmgeräte durch. Die weiteren Elektrogruppen werden durch Fremdfirmen entsorgt. Die über die Abfuhr der Biotonnen sowie die kostenfreien Baum- und Strauchschnittaktionen gesammelten Mengen von insgesamt 31.250 t (Vorjahr: 35.692 t) wurden zur biologischen Verwertung an das Kompostwerk der Bioenergiezentrum Hildesheim GmbH, Hildesheim, übergeben. Die Sammlung der Fraktion PPK führt der ZAH unverändert in eigener Regie durch. Durch die Einführung der Altpapiertonne sowie die auf den Wertstoffinseln und Wertstoffhöfen zur Verfügung gestellten Depotcontainer haben die Bürger die Möglichkeit, Altpapier kostenfrei zu entsorgen. Die im Wirtschaftsjahr 2022 gesammelte Menge blieb mit 18.593 t (Vorjahr 20.126 t) hinter der Menge des Vorjahres zurück. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 machen die Systemanbieter von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe der ihnen zustehenden Anteile an dem PPK-Aufkommen Gebrauch. Als Vertragspartner der Remondis GmbH & Co. KG, Kiel, (Remondis) sammelt und transportiert der ZAH in Stadt und Landkreis Hildesheim die „gelben Säcke“. Seit Anfang 2020 erfolgt die Sammlung in einem zweiwöchentlichen Turnus (davor im vierwöchentlichen Rhythmus). Die transportierte Tonnage in 2022 mit 8.610 t (Vorjahr 8.967 t) lag unter Vorjahresniveau. Anzumerken ist, dass die Verteilung der von Remondis beschafften Säcke an die Haushalte dem ZAH obliegt. Die Aufgaben der Sammlung und Verwertung von Altglas werden derzeit von Remondis, durchgeführt. Das Altglas wird im Bringsystem über das sogenannte Iglo-system auf den Wertstoffinseln sowie auf den Wertstoffhöfen erfasst. Darüber hinaus ist der ZAH in die Sanierungsmaßnahmen der sogenannten Altlasten des

Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim sowie die Nachsorgemaßnahmen für zwei ehemalige Hausmülldeponien des Landkreises (Lechstedt, Doershelf) eingebunden. Der ZAH hat bis zum Wirtschaftsjahr 2018 einen Lenkungszuschlag auf die Abfallgebühren erhoben und diesen einer zweckgebundenen Rückstellung zugeführt. Hieraus erstattet der ZAH dem Landkreis und der Stadt ihre jährlich verauslagten Aufwendungen. Die Erhebung des Lenkungszuschlags ist durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses vom 28. Oktober 2019 und der Verbandsversammlung vom 18. Dezember 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Durch die Übernahme der Sickerwasserklärung sowie von Überwachungstätigkeiten werden die Verbandsmitglieder bei der Überwachung der Altlasten durch den ZAH unterstützt.

Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2021

Von der seit Anfang 2020 bestehenden Corona-Pandemie war auch der ZAH betroffen. Aufgrund der Lockerung der Infektionsregeln konnten die damit verbundenen Einschränkungen im Jahr 2022 stufenweise wieder aufgehoben werden. So wurde u.a. die im Jahr 2020 eingeführte Entzerrung der Müllfahrzeugbelegschaft beendet. Statt zwei Müllwerkern und einem Fahrer wurden seinerzeit alle Touren nur noch mit einem Müllwerker besetzt, so dass eine Abstandsregelung im Fahrerhaus gegeben war.

Wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergaben sich durch den seit 24. Februar 2022 bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise. Insbesondere der deutliche Preisanstieg für die Beschaffung von Kraft- und Schmierstoffen sowie von Energie führte zu weitaus höheren Aufwendungen. Die seit der Corona-Pandemie bestehenden Lieferengpässe haben sich durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiter verstärkt. Vereinzelt Ersatzteile für Müllfahrzeuge konnten nur mit erheblichem Aufwand und Recherchen beschafft werden, andere Lieferteile konnten gar nicht geliefert werden, so dass einige Müllfahrzeuge nicht eingesetzt werden können. Auch die Beschaffung der für die Abfuhr der LVP benötigten „gelben Säcke“, die eigentlich Remondis obliegt, konnte nur mit zusätzlichem Aufwand sichergestellt werden. Trotz der Lieferengpässe konnte sichergestellt werden, dass die dem ZAH von den Verbandsmitgliedern in § 4 der Verbandsordnung auferlegte Geschäftstätigkeit jederzeit voll erfüllt werden konnte. Der Transport der Abfälle mit eigenem Personal und geleasteten Fahrzeugen zur thermischen Verwertung nach Hameln verlief ebenso reibungslos wie die Wahrnehmung der Aufgaben zur Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen, der Sammlung und des Transportes der „Gelben Säcke“ sowie die Erfassung und Verwertung im Rahmen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. Anzumerken ist, dass die wöchentliche Leerungshäufigkeit der auf den Wertstoffinseln bereitgestellten PPK-Container verdoppelt wurde. Ursache ist weiterhin der erhöhte Volumenverbrauch durch den stark gestiegenen Anteil der Kartonagen. Seit 1. Januar 2015 ist die Biotonne oder die Selbstkompostierung gesetzlich vorgeschrieben. Der ZAH macht von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch, die Eigenkompostierung der Grundstückseigentümer vor Ort zu überprüfen. Der Anschlussgrad der Biotonnen hat sich seither weiter erhöht.

Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen in der Abfallentsorgung wird das Geschäft im Wesentlichen durch finanzielle Leistungsindikatoren auf Basis des Wirtschaftsplanes gesteuert. Diese umfassen vor allem die Größen „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ und „Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit“. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die finanziellen Leistungsindikatoren durch die Vorschriften des NKAG sowie die satzungsgemäße Aufgabenstellung, ohne Gewinnerzielungsabsicht zu wirtschaften, stark reglementiert sind. Statt des im Wirtschaftsplan 2022 prognostizierten negativen Ergebnisses aus der Geschäftstätigkeit von TE 732 wurde ein Jahresüberschuss von -TE 97 erwirtschaftet. Die geplanten Umsatzerlöse von TE 27.389 wurden um TE 1.097 übertroffen. Dabei überstiegen die Gebühren und Entgelte aus dem hoheitlichen Bereich die Planansätze im Saldo um 1€ 847 und im Bereich der sonstigen Umsatzerlöse im Saldo um TE 250. Auch bei den sonstigen betrieblichen Erträgen liegen die erzielten Erträge um TE 269 über dem Planansatz. Bei den betrieblichen Aufwendungen fielen gegenüber der Planung im Saldo Mehraufwendungen von TE 462 an. Bei dem Personalaufwand (TE +366), den Abschreibungen (TE +4)

sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TE +404) wurden die Planansätze überschritten. Der Materialaufwand blieb dagegen um TE 312 hinter dem Planansatz zurück. Bei dem Materialaufwand standen den über den Planansätzen liegenden Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Waren von TE 873 geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen von TE 1.185 gegenüber. Durch die im Rahmen der Energiekrise gestiegenen Preise fielen gegenüber dem Planansatz um TE 490 höhere Aufwendungen für Treibstoffe an. Für die Beschaffung von Wertstoffsäcken fielen nicht geplante Aufwendungen von TE 245 an. Bei den bezogenen Leistungen blieben insbesondere die Aufwendungen für die Verwertung von A III und A IV Holz (TE -335), für die Sortierung und Vermarktung von Altpapier (TE -241), für die Behandlung der Bioabfälle (TE -171), für die Sortierung von Sperrmüll und die Verwertung von Baustellenabfällen (TE -136) sowie der Aufwand für Leiharbeiter (TE -140) hinter den veranschlagten Aufwendungen zurück. Der Personalaufwand überstieg den veranschlagten Planansatz von TE 10.035 um TE 366. Neben der tariflichen Erhöhung führten hier vor allem die ganzjährigen Auswirkungen für die Neueinstellungen aus dem Vorjahr und die nicht geplanten Aufwendungen für Neueinstellungen im Berichtsjahr, für die Auszahlung der Energiekostenpauschale (TE 60) sowie der Gewährung der Personalnebenleistung (TE 42) zu dem Mehraufwand. Des Weiteren fielen nicht geplante Aufwendungen für die Erfassung der Datensätze zur Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023 von TE 63 an. Dagegen stand der geplanten Zunahme der Personalrückstellungen um TE 50 eine Abnahme von TE 10 gegenüber. Von den überplanmäßigen Aufwendungen für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TE +404) entfallen vor allem TE 118 auf den Aufwand für Schadenfälle, TE 96 auf periodenfremde Aufwendungen sowie TE 91 auf Öffentlichkeitsarbeit. Statt des geplanten negativen Finanzergebnisses von TE 30 wurde ein negatives Ergebnis von TE 25 erzielt. Die Beteiligungserträge überstiegen den Planansatz von TE 10 um TE 6. Dem geplanten Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellung für Rekultivierungsverpflichtungen von TE 40 standen Aufwendungen von TE 41 gegenüber. Dem Jahresüberschuss von TE 97 (Planansatz: Jahresfehlbetrag TE 797) und den Abschreibungen von TE 2.829 (Planansatz: TE 2.825) standen die im Saldo um TE 345 (Planansatz: Abnahme TE 539) rückläufigen langfristigen Rückstellungen gegenüber. Der sich hieraus ergebende Cash Flow von TE 2.581 hat den Planansatz von TE 1.489 deutlich übertroffen. Beim Betrieb sämtlicher Anlagen gelten hohe Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards, um Unfallgefahren zu reduzieren und arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden. Hierzu finden regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen, Sicherheitsbelehrungen sowie Kontrollen mit dem Ziel statt, die Gesamtzahl aller Unfälle und die Gesundheitsgefährdungen zu senken.

Ertragslage

Bei der Entwicklung der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass die Gebührensätze in den Bereichen der Einsammlung des Restabfalls sowie des Bioabfalls zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt wurden. Ziel der Gebührensenkungen ist, die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren gemäß den Vorschriften des NKAG abzubauen bzw. nicht weiter ansteigen zu lassen. Statt des geplanten Jahresfehlbetrags von 1€ 797 schließt das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von TE 97. Hierin enthalten ist der Jahresüberschuss aus der Vermarktung von Elektrizität aus dem BHKW von TE 74 (Vorjahr: Jahresüberschuss TE 30) sowie der Jahresverlust aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems von TE 53 (Vorjahr: Jahresüberschuss von TE 1.080). Die Ertragslage ist somit weiterhin durch die unveränderten Gebührensätze geprägt. Dabei ist zu beachten, dass sich die aus der Gebührennachkalkulation 2022 ergebenden Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall erstmals durch entsprechende Entnahmen aus den sonstigen Rückstellungen zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen wurden. Im Vorjahr konnten insbesondere durch den deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse, die sich aus der Laufzeitverlängerung der Deponie Heinde resultierenden Aufwendungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen unter Einbeziehung der sich aus der Abzinsung ergebenden Zinserträge kompensiert werden. Die Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio auf 28,5 Mio. Sie werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems, Erlösen aus Kanalreinigungen und der

Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

	2022	2021
	T€	T€
Restabfallgebühren	12.897	12.340
Bioabfallgebühren	6.015	5.671
Deponiegebühren und -entgelte	1.918	2.211
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	539	550
Selbstanlieferer Kompostwerk	203	279
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	103	145
Schadstoffentsorgung	35	56
	21.710	21.252

Die Zunahme der Erträge aus Restabfallgebühren resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 500 auf 88.154 gestiegenen Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Mio m³ auf 289,8 Mio m³. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 276 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen zu Gunsten der Erträge aus den Restabfallgebühren ausgeglichen. Auch die Zunahme der Erträge aus Bioabfallgebühren ist bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen durch die im Durchschnitt um 639 auf 62.311 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter verursacht. Das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen nahm um 2,1 Mio m³ auf 148,0 Mio m³ zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 265 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen zu Gunsten der Erträge aus den Bioabfallgebühren ausgeglichen. Von der Abnahme der Erlöse aus Deponiegebühren und -entgelten um T€ 293 entfallen T€ 42 (Vorjahr T€ 137) auf periodenfremde Erträge. Die leicht rückläufigen Erträge aus den Anlieferungen zu den Wertstoffhöfen resultieren bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen und nahezu unveränderten Entgelten aus den geringeren Anlieferungsmengen. Die Abnahme der Erlöse aus den Selbstanlieferungen zum Kompostwerk resultiert aus rückläufigen Anlieferungen. Rückläufige Erträge waren auch aus der Abgabe von Restabfall- und Biosäcken sowie bei den Erträgen aus der Schadstoffentsorgung zu verzeichnen.

Dem Gebührenaufkommen standen folgende Abfallmengen gegenüber:

	2022	2021
	Tonnage	Tonnage
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.556	45.836
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	967	1.689
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.937	3.304
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	382	490
Gartenabfälle	71	66
Produktionsspezifische Abfälle	1.680	1.726
Sonstige	5.465	10.141
	55.058	63.252
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	28.110	31.757
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.139	3.935
	86.307	98.944

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2022	2021
	T€	T€
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.457	4.252
Verkaufserlöse Wertstoffe	2.406	2.658
Erlöse Containerabfuhr	298	334
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	204	212
Erlöse aus Energieverkauf	162	97
Mieten und Pachten	135	86
Sickerwasserklärungen	61	130
Übrige	53	28
	6.776	7.797

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo um TE 795. Die Erstattungen der Systemanbieter verringerten sich um TE 819. Ausgewirkt hat sich insbesondere, dass die Systemanbieter seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK verlangen. Hierdurch nahmen die Erlöse aus der Verwertung des Altpapiers um T€ 937 ab. Die Systemanbieter erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung, Abrechnung) ihrer Anteile TE 102. Die Nebenentgelte und sonstigen Erstattungen nahmen um T€ 16 zu. Die Erträge für die Einsammlung der „gelben Säcke“ und die sonstigen Erstattungen erhöhten sich um T€ 24. Von den rückläufigen Verkaufserlösen aus Wertstoffen entfallen auf 1€ 1.792 (Vorjahr TE 2.192) auf die Vermarktung von Altpapier. Auch die Erträge aus der Verwertung von Elektro- und Metallschrott von TE 387 (Vorjahr TE 466) blieben hinter dem Vorjahreswert zurück. Aus der Verwertung von A III und A IV Holz wurden erstmals Erträge von TE 227 erzielt. Bei der leichten Abnahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung standen den um TE 35 auf TE 145 gesunkenen Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim gestiegene Erträge aus der Fäkalienabfuhr gegenüber. Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Bei einer gegenüber dem Vorjahr geringeren ausgespeisten Menge beruht die Zunahme der Erlöse auf gestiegenen Vermarktungspreisen. Die Erträge aus Mieten und Pachten werden im Wesentlichen aus der Vermietung von Werkwohnungen sowie der Verpachtung von Grundstücken erzielt. Die Erlöse aus der Sickerwasserklärung werden aus der Annahme von Sickerwasser anderer öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger erzielt. In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 9), Provisionen aus Werbung mit T€ 14 (Vorjahr T€ 13) sowie periodenfremde Erträge von T€ 3 (Vorjahr T€ 5) enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um T€ 137 auf T€ 631 zu. Ausgewirkt haben sich die Erstattungen der an die Mitarbeiter ausgezahlten Energiepreispauschalen mit T€ 60 sowie erhaltene Zuschüsse Dritter mit T€ 14. Des Weiteren fielen vor allem die Versicherungserstattungen von T€ 288 (Vorjahr T€ 221), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 113 (Vorjahr T€ 54) sowie aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit T€ 55 (Vorjahr T€ 12) höher aus. Rückläufig waren die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 17 (Vorjahr T€ 98) sowie die Personalkostenerstattungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 65). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten. Unter Einbeziehung der anderen aktivierten Eigenleistungen verringerten sich die betrieblichen Erträge um € 0,4 Mio auf € 29,1 Mio. Der Betriebsaufwand nahm im Saldo um € 1,6 Mio auf € 28,9 Mio ab. Dabei ist zu beachten, dass der Betriebsaufwand im Vorjahr durch die Aufwendungen für Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen mit T€ 2.534 belastet war. Höhere Aufwendungen fielen für den Materialaufwand mit T€ 152, für den Personalaufwand mit T€ 483 sowie für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit T€ 292 an. Die Abschreibungen blieben mit T€ 21 unter dem Vorjahreswert. Bei der Zunahme des Materialaufwands standen den um T€ 1.023 gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für

bezogene Waren um T€ 871 geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und bezogenen Waren fielen insbesondere höhere Aufwendungen für Treibstoffe und die Unterhaltung des Fuhrparks (T€ +736) sowie für die Beschaffung von Wertstoffsäcken (T€ +245) an. An der Abnahme der Aufwendungen für die bezogenen Leistungen waren die durch geringere Anlieferungsmengen rückläufigen Aufwendungen zur Bio-Kompostanlage (T€ -254) und zur thermischen Verwertung der Restabfälle (1€ -224) beteiligt. Durch die erstmals erzielten Erstattungen fielen die Aufwendungen für die Verwertung von Altholz um T€ 298 niedriger aus. Die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung des Altpapiers verringerten sich durch die rückläufige Tonnage sowie die körperliche Herausgabe der den Systemanbietern zustehenden PPK-Anteile um T€ 205. Mehraufwendungen fielen vor allem für den Einsatz von Leiharbeitern (T€ +157) an. Der Anstieg beim Personalaufwand um T€ 483 war außer der tariflich zu gewährenden Steigerung zum 1. April 2022 um 1,8 % durch personelle Veränderungen, die Erfassung der Datensätze zur Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023 (T€ 63), die Auszahlung der Energiekostenpauschale (T€ 60) sowie die Gewährung von zusätzlichen Arbeitgeberleistungen (TE 42) verursacht. Aufwendungen für Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen fielen im Berichtsjahr nicht an. Die hier im Vorjahr gebuchten Aufwendungen von insgesamt 1€ 2.534 betrafen die Deponie Heinde und resultieren aus der Verlängerung des Ablagerungszeitraums des Deponiekörpers Hoersten-West auf das Jahr 2035. Durch Beschluss des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung sind weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für Altlastensanierungen seit dem Wirtschaftsjahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen im Saldo um TE 292 auf TE 2.045 zu. Höhere Aufwendungen fielen insbesondere für Schadensfälle (1€ +55) sowie für Öffentlichkeitsarbeit (TE +50) an. Des Weiteren sind hier periodenfremde Aufwendungen von 1€ 96 enthalten. Die Erträge aus Beteiligungen von TE 16 bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zinserträge wurden im Berichtsjahr nicht erzielt. Die im Vorjahr erzielten Zinserträge von TE 577 entfielen aufgrund der Laufzeitverlängerung der Deponie Heinde auf die Abzinsung von langfristigen Rückstellungen. Für den Zinsaufwand aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen im Berichtsjahr TE 41 (Vorjahr TE 1) an. Das positive Finanzergebnis aus dem Vorjahr von TE 592 kehrte sich in ein negatives Ergebnis von TE 25 um. Von den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen -FE 5 (Vorjahr TE 45) auf Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie TE 10 (Vorjahr TE 16) auf Gewerbesteuer. Die sonstigen Steuern (TE 68; Vorjahr TE 89) entfallen auf Grund- und Kraftfahrzeugsteuer. Im Vorjahr waren hier Umsatzsteuern für Vorjahre mit TE 25 enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag nahm die Bilanzsumme um € 1,1 Mio auf 38,5 Mio ab. Das Anlagevermögen von € 18,0 Mio (Vorjahr 18,4 Mio) nimmt 46,7 % (Vorjahr 46,5 %)/0) der rückläufigen Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen 8,0 Mio (Vorjahr 8,2 Mio) auf Grundstücke und Bauten sowie 8,9 Mio (Vorjahr 8,6 Mio) auf Fahrzeuge und Abfallbehälter. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau nahm um € 0,3 Mio auf € 0,4 Mio ab. Unter den Finanzanlagen werden die in 2010 erworbene Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die geleistete Kommanditeinlage (TE 200) im Rahmen der Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth, gezeigt. Das Umlaufvermögen und die aktiven Abgrenzungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um TE 661 auf TE 21.520. Von der Abnahme entfallen TE 467 auf die flüssigen Mittel, deren Bestand sich auf TE 18.309 verminderte. Den im Saldo um 1€ 181 rückläufigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie den um TE 111 niedrigeren Abgrenzungen standen um TE 100 gestiegene Bestände an Vorräten gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Wirtschaftsjahres gegeben. Das bilanzielle **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Freie Rücklage	494	494
Gewinnvortrag	2.550	1.840
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	-558
	3.1411	1.776

Die in dem Gewinnvortrag bzw. in dem Jahresfehlbetrag des Vorjahres enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll (TE 212) und Bioabfall (TE 1.056) waren gegen die in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren zu buchen. Gebührenüberdeckungen sind nach den Vorschriften des NKAG in die Gebührennachkalkulation bzw. die künftigen Gebührenbedarfsermittlungen einzubeziehen. Dem Charakter nach stellen sie somit eine ungewisse Verbindlichkeit gegenüber den Gebührenpflichtigen dar. Durch den Jahresüberschuss ergibt sich zum Bilanzstichtag unter Einbeziehung der freien Rücklage und des Gewinnvortrages ein Eigenkapital von 3,1 Mio. Der Anteil des Eigenkapitals an der rückläufigen Bilanzsumme verbesserte sich von 4,5 % auf 8,2 %). Zu bemerken ist, dass die sich aus den Gebührennachkalkulationen für 2022 aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall ergebenden Gebührenunterdeckungen bereits den sonstigen Rückstellungen entnommen wurden und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht sind. Die Steuerrückstellungen waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKW für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren. Von den sonstigen Rückstellungen, die 92,5 % (Vorjahr 92,0 %) der geringeren Bilanzsumme beanspruchen, entfallen auf die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorge-verpflichtungen für die Deponie Heinde TE 21.499 (Vorjahr TE 21.684) sowie auf die Rückstellungen für Altlastensanierungen in Stadt und Landkreis Hildesheim TE 11.525 (Vorjahr TE 11.685). Zuführungen zu diesen Verpflichtungen (Vorjahr TE 2.534) fielen im Wirtschaftsjahr 2022 nicht an. Inanspruchnahmen und ertragswirksame Auflösungen waren mit zusammen TE 387 (Vorjahr TE 355) zu berücksichtigen. Des Weiteren fielen im Berichtsjahr Aufwendungen aus der Aufzinsung von TE 41 (Vorjahr Erträge aus der Abzinsung von TE 577) an. Durch die Umbuchung der im Gewinnvortrag enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus dem Vorjahresergebnis waren den Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen TE 1.268 zu entnehmen. Ferner waren die sich aus der Gebührennachkalkulation 2022 ergebenden Gebührenunterdeckungen zu Gunsten der Umsatzerlöse zu buchen. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, zwei (Vorjahr eine) Altersteilzeitverpflichtungen, ausstehende Abrechnungen sowie für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2022	2021
	T€	T€
Stand 01.01.	36.408	32.257
laufende Zuführungen	439	2.880
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021 (Vorjahr Umbuchung Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren)	-1.268	2.615
Aufzinsung (Vorjahr Abzinsung) von langfristigen Rückstellungen	41	-577
Inanspruchnahmen	-1.180	-713
Auflösungen	-113	-54
Stand 31.12.	34.327	36.408

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit TE 868 um TE 278 unter dem Vorjahreswert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern nahmen um 1€ 63 auf TE 26 ab und die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um TE 21 auf TE 88.

Investitionen und Substanzerhaltung

Von den Investitionen (TE 2.524) im Wirtschaftsjahr 2022 entfielen TE 19 auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie TE 2.505 auf Sachanlagen. Bei den beweglichen Sachanlagen bildeten die Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen im Bereich des Fuhrparks mit TE 1.512 und die Beschaffung von Abfall-, Papier- und Umleerbehältern sowie von Containern mit TE 283 die Schwerpunkte. Des Weiteren sind hier die Investitionen in die Außenanlagen mit TE 197, in Betriebsanlagen mit TE 152 sowie die geleisteten Anzahlungen für Beschaffungen im Bereich des Fahrparks mit TE 307 zu nennen. Die Investitionen konnten vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Anlagevermögen ist unter Einbeziehung der langfristig zur Verfügung stehenden Rückstellungen für Rekultivierungs- und Deponienachsorgeverpflichtungen sowie für die Altlastensanierung voll-ständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

Mitarbeiter

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienste-Entsorgung (TVöD-E) gebunden.

Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2022	31.12.2021
Belegschaft im Verwaltungsbereich	23	20
gewerblichen Bereich	168	168
sowie Auszubildende	1	3
	192	191

Anzumerken ist, dass mit sieben (Vorjahr fünf) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit fünf (Vorjahr neun) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden. Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie geringfügig Beschäftigte an den Wochenenden auf den Wertstoffhöfen. Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür anfallenden Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" ausgewiesen.

Maßnahmen von besonderer Bedeutung für den Umweltschutz

Der ZAH betreibt ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem, mittels welchem auch die Ziele zum nachhaltigen Schutz der Umwelt erreicht werden sollen. In technischer Hinsicht werden betriebliche Umweltauswirkungen durch das Betreiben von Anlagen und Einrichtungen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf ein Mindestmaß verringert. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Anlagenverfügbarkeit und Effizienz für einen reibungslosen Betrieb der Anlagen erreicht werden. Die in gesetzlichen Vorschriften und Genehmigungen enthaltenen Forderungen werden eingehalten. Übertroffen werden die Forderungen deutlich bei der Unterschreitung der genehmigten Schadstofffracht des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Höchste Priorität genießen dabei der störungsfreie wirtschaftliche Betrieb der Sickerwasserkläranlage und die umweltfreundliche Behandlung und Einleitung des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Zur Ermittlung zielgerichteter Klimaschutzmaßnahmen hat der ZAH mit der Firma FaktorPlus GreenTechnology GmbH, Celle, eine erste Grundlagenermittlung und Bestandsaufnahme aller Standorte und Einrichtungen durchgeführt. Der parallel dazu gestellte Förderantrag beim Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich, wurde im April 2021 genehmigt und im Jahr 2022 bewilligt. Im Anschluss steht ein weiteres Förderprojekt, welches die Einführung eines permanenten Energiemanagementsystems vorsieht, um eine stets aktuelle Datenlage zu erhalten, die als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dient und parallel getroffene Maßnahmen und deren Auswirkungen

dokumentiert. Die Reduzierung von CO₂-Emissionen steht auf der Agenda des ZAH für die nächsten Jahre und wird sich durch die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele („Klimaschutzprogramm 2030“) zukünftig jährlich immer stärker monetär auswirken. Die Identifikation der CO₂-Quellen beim ZAH ist maßgeblich durch seine Hauptaufgaben als kommunaler Entsorger definiert. Der Fuhrpark steht hier emissions- wie kostentechnisch im Fokus. Dieses stellt sich in der CO₂-Bilanz aufgrund der mit herkömmlichem Kraftstoff betriebenen Müllfahrzeuge durch den Dieserverbrauch dar. Mit ca. 93 % zeigt sich der Dieserverbrauch als größte CO₂-Quelle, was gleichzeitig die höchsten Einsparpotenziale für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen verspricht. Die verbleibenden 7 % entfallen auf Strom, Gas und Heizöl. Durch den 2021/2022 vollzogenen Wechsel von Heizöl zur Gasheizung am Standort in Groß Düngen konnte eine klimarelevante Verbesserung herbeigeführt werden. Zur Nutzung des lokal vorhandenen Deponiegases wird auf der Zentraldeponie Heinde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) genutzt. Der aus der Vergasung erzeugte Strom sowie die erzeugte Wärme aus dem BHKW werden für die Strom- und Wärmeversorgung der Sickerwasserkläranlage verwendet. Darüber hinaus gehende Strommengen werden in das Stromnetz der Avacon Netz GmbH, Helmstedt, eingespeist. Wie bereits beschrieben ist aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele zukünftig mit jährlich weiter steigenden Kraftstoff- und Energiekosten zu rechnen. Durch das eingeführte Klimareporting verfügt der ZAH über eine solide Faktenbasis und kann zukünftig Entscheidungen besser planen, da sie nun messbar sind. Da es derzeit noch keine marktreife technische Lösung für ein alternatives Antriebssystem für Müllfahrzeuge gibt, muss hier parallel die stetige Weiterentwicklung der alternativen Antriebstechnologien beobachtet werden. Dabei muss auch die Betankungs- und Wartungsinfrastruktur berücksichtigt werden. Ein Teil der Deponiefläche in Heinde sowie die Dachfläche der dortigen Umschlaghalle wird bereits durch Photovoltaik-Technik genutzt. Das Areal bietet, allein durch seine Größe, jedoch erhebliches Potential für den weiteren Ausbau dieser Technologie. Die Verwendung des so erzeugten Stroms könnte zukünftig zum einen für die unmittelbare Energieversorgung des Standorts Heinde, und zum anderen darüber hinaus zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort beitragen. Die schrittweise Substitution von Dieselmotoren durch Wasserstoff betriebene Fahrzeuge könnte zu erheblichen CO₂-Emissionseinsparungen führen. Der ZAH hat Ende 2022 einen weiteren Förderantrag für eine Machbarkeitsstudie „alternativer Antriebe“ des Fuhrparks, gestellt. Ziel ist es für den ZAH die unterschiedlichen Antriebsarten bei schweren Nutzfahrzeugen zu durchleuchten, entsprechende Empfehlungen auszusprechen und die Infrastruktur hierzu auszuwählen.

Risikomanagement

Die Tätigkeiten des ZAH sind untrennbar mit Risiken verbunden, die sich nicht nur aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergeben, sondern sich auch durch Änderungen der Rechtslage, technologische Neuerungen oder durch ein geändertes konjunkturelles Umfeld ergeben können. Das eingerichtete Risikomanagement, in dem die Unternehmensplanung, das Berichtswesen, die Richtlinien und Organisationsanweisungen strategisch zusammengeführt sind, wurde im Wirtschaftsjahr 2022 fortgeschrieben. Durch die Gesamtstrategie wird sichergestellt, dass Risiken frühzeitig erkannt werden und gezielt gegengesteuert werden kann. Die Geschäftsführung und die weiteren Leitungsebenen überwachen gemeinsam die möglichen Risiken des Verbandes. Unterjährige Controllingprozesse dienen als Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung. Im Verbandsausschuss werden im Rahmen der Berichtspflichten regelmäßig — und bei Bedarf — Berichte abgegeben. Zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken ist ein auditiertes Qualitätsmanagementsystem eingerichtet. Der Verband ist seit 1999 nach DIN ISO 9001 als Entsorgungsbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zertifiziert.

Chancen und Risiken

Der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere dienen dabei neben organisatorischen Vorkehrungen wie Organisationsanweisungen, Mitarbeiterschulungen, Notfallmaßnahmen und Rufbereitschaft, auch technische Vorkehrungen. Zur Optimierung der Betriebs- und Prozessabläufe besteht ein auditiertes Qualifikationsmanagementsystem

als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 KrWG. Das kombinierte externe jährlich durchzuführende Wiederholungs- und Überwachungsaudit zur Überprüfung der Zertifizierung des ZAH gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Dezember 2022 erneut erfolgreich bestanden. Damit ist die qualifizierte Leistung des ZAH in allen Bereichen auf sehr hohem Niveau bestätigt. Dieses Niveau konnte nur auf der Grundlage der Qualifikation und des Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin erhalten werden. Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Die seit dem Wirtschaftsjahr 2019 durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzniveaus wurden auch 2022 fortgesetzt. Nach dem Jahresbericht des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben. Um die stetig steigenden Anforderungen im Datenschutzrecht zu erfüllen, hat der ZAH Ende 2019/Anfang 2020 in Zusammenarbeit mit einem externen IT-Unternehmen eine zusätzliche Firewall zur Sicherung aller internen Personendaten eingerichtet. Gerade hinsichtlich der aktuellen Hackeranschläge in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen ist es das Bestreben des ZAH eine aktuelle und professionelle Datensicherung vorzuweisen. Unsicherheiten bestehen unverändert hinsichtlich einer Besteuerung von hoheitlichen Leistungen. Hierzu gehört auch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) aus dem Jahr 2015. Durch die Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art waren juristische Personen des öffentlichen Rechts (JPdÖR), zu denen auch der ZAH gehört, bisher nur in wenigen Fällen umsatzsteuerpflichtig. Durch die Neuregelung des § 2b UStG und die Streichung des § 2 Abs. 3 UStG wurde diese Koppelung aufgehoben. JPdÖR sollen damit marktrelevante, privatrechtliche Leistungen nach den gleichen Grundsätzen erbringen wie andere Marktteilnehmer. Auch Leistungen die nach öffentlich-rechtlicher Grundlage (z.B. Satzung und/oder Verwaltungsakt) erbracht werden, jedoch keinem generellen Marktausschluss unterliegen, können künftig einer Besteuerung unterliegen. Der Gesetzgeber hatte mit dem ebenfalls neu eingeführten § 27 Abs. 2 UStG die Möglichkeit eröffnet, durch eine einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 abzugebende Erklärung zur Beibehaltung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31. Dezember 2015 zu optieren. Die Erklärung war einmalig für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen abzugeben. Da nicht alle Probleme und offenen Fragen der kommunalen Ebene geklärt werden konnten, gab es bereits im Jahr 2019 vermehrt Bestrebungen den Übergangszeitraum zu verlängern. Diesem Wunsch wurde durch das Corona-Steuerhilfegesetz und der Einführung des § 27 Abs. 2a UStG entsprochen und die Optionsfrist wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Jahressteuergesetz 2022 hat die Bundesregierung die nochmalige Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31. Dezember 2024 vorgeschlagen und der Bundesrat hat am 16.12.2022 der Änderung zugestimmt. Der ZAH hat daher von dieser Optionsfrist wiederum Gebrauch gemacht. Auch die Novellierung des KrVVG birgt Risiken hinsichtlich des Zugriffs auf Abfallströme (z.B. Einführung einer zusätzlichen Wertstofffassung) sowie der Zulässigkeit von gewerblichen Sammlungen. Das angekündigte Wertstoffgesetz wurde abgelehnt, stattdessen wurde die bis zum 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das Verpackungsgesetz (VerpackG) zum 1. Januar 2019 ersetzt. Marktrisiken bestehen hinsichtlich der Entwicklung der Abfallmengen. Öffentliche Entsorgungsträger sind nach § 20 Abs. 1 KrVVG zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und zur Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen verpflichtet. Von der Entsorgungspflicht ausgenommen sind dagegen Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen. Da immer mehr Abfälle aus Industrie und Gewerbe nicht dem ZAH angedient werden, sondern direkt einer Verwertung zugeführt werden, sind die durch den ZAH zu entsorgenden Abfallmengen grundsätzlich rückläufig. Hiervon betroffen sind der Containerdienst sowie die Finanzierung der hohen Fixkosten und Vorhaltekosten in der Abfallentsorgung. Der ZAH versucht durch Flexibilität und „Abfallentsorgung aus einer Hand“ Kunden zu binden und einem weiteren Rückgang im Bereich der Abfälle aus Industrie und Gewerbe entgegenzuwirken. Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt auch die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Der Trend zu kleineren

Behältergrößen und/oder geringerer Leerungs-häufigkeit bleibt weiterhin ungebrochen. Des Weiteren kann sich eine rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahlen im Verbandsgebiet auf die Abfallmengen aus privater Herkunft auswirken. Hier gilt es seitens des ZAH, ein starkes Augenmerk bei den anstehenden Verlängerungen bzw. Neuvergaben der mit Dritten bestehenden Entsorgungsverträge und deren Mengen zu richten. Der ZAH ist auch seit dem 1. Januar 2020 wieder als Subunternehmer für die Einsammlung des "gelben Sackes" in Stadt und Landkreis Hildesheim tätig. Nach einer europaweiten Ausschreibung für die Jahre 2020 und 2022 hat sich der ZAH wiederum erfolgreich gemeinsam mit der Firma Remondis beteiligt und den Zuschlag erhalten. Seit dem Wirtschaftsjahr 2020 erfolgt die Abfuhr alle 14 Tage und nicht mehr im vierwöchentlichen Rhythmus. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus. Die PPK-Sammlung (direkte Auftragsbeziehung des DSD zum ZAH) wird unverändert durchgeführt. Um hier weitere Mengeneffekte zu erzielen und auch den Markteintritt privater Entsorger zu verhindern, bietet der ZAH neben dem Depotcontainersystem seit 2008 eine kostenlose haushaltsnahe Altpapiertonne an. Der ZAH ist in diesem Marktsegment somit gut positioniert. Von dem in der Vergangenheit bestehenden Risiko zur körperlichen Herausgabe des Papieranteils durch das neue VerpackG an die Systembetreiber wurde bis zum Jahr 2021 kein Gebrauch gemacht. Die Systemanbieter machen aufgrund der für sie besseren Vermarktungs-lage seit dem Jahr 2022 von der körperlichen Herausgabe der Fraktion PPK Gebrauch. Für die Abwicklung entstehen dem ZAH neben dem höheren Verwaltungsaufwand zusätzliche Kosten für Wiegunen, Sortierung, Zwischenlagerung und Verladung im RZH. Dem Risiko von Forderungsausfällen begegnet der ZAH durch ein eingerichtetes Mahnwesen. Fruchtlöse Mahnungen werden an die Creditreform AG, Neuss, sowie die Vollstreckungs-behörden der Verbandsmitglieder zur weiteren Verfolgung übergeben. Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken ist eine vorausschauende und umfangreiche Finanz-planung eingerichtet. Den Vermögensrisiken wird durch eine ständige Überwachung und ggf. erforderliche Anpassung bei den bestehenden Versicherungen begegnet. Zur Vermeidung von Ausfallrisiken bei Geldanlagen werden ausschließlich einlagengesicherte Anlagen auf Spar- oder Tagesgeldkonten bei Kreditinstituten vorgenommen. Um den Risiken aus einer möglichen erneuten pandemischen Lage und den damit verbundenen Einschränkungen auf den Betriebsablauf zu begegnen, hat der ZAH für alle Bereiche in Absprache mit dem Betriebsarzt und dem Personalrat die erforderlichen Hygieneanweisungen erstellt. Für den Fall, dass Mitarbeiter des ZAH erkranken bzw. von häuslicher Quarantäne betroffen sind, wurde für die Abfallentsorgung ein Stufenplan erstellt, in dem je nach Gewichtung die Abfuhr der einzelnen Abfallfraktionen geregelt ist. Des Weiteren bestehen Notfallpläne für die personelle Besetzung der Fahrzeuge und in der Verwaltung. Die Risiken aus den operativen Tätigkeiten des ZAH haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Weder die Betrachtung der Einzelrisiken noch die Einschätzung der Gesamtrisiken lassen aus heutiger Sicht Risiken erkennen, dass diese den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2022 und zur künftigen Entwicklung

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Investitionen von insgesamt € 1,6 Mio vorgesehen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks mit € 1,2 Mio sowie im Bereich der Container und Behälter mit € 0,2 Mio. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Für Rekultivierungsmaßnahmen und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie die Altlastensanierungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet. Zuführungen zu diesen Rückstellungen sind in dem 2021 aufgestellten Wirtschaftsplan 2023 nicht geplant. Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums für das Deponiefeld Hörsten-West werden Zuführungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Rekultivierungs- und für Nachsorgeverpflichtungen von insgesamt T€ 131 erwartet. Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. dass die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb von drei Jahren auszugleichen sind. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wurden die Gebühren in den Bereichen Restabfall und Biotonnen zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt und bleiben auch für das Wirtschaftsjahr 2023 unverändert. In dem

genehmigten Wirtschaftsplan 2023 ist ein positives „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ (Leistungsindikator) von T€ 58 und Jahresfehlbetrag von T€ 468 veranschlagt. Dem erwarteten Jahresfehlbetrag sowie der geplanten Abnahme der langfristigen Rückstellungen von T€ 470 stehen geplante Abschreibungen von T€ 2.794 gegenüber, so dass ein Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 1.856 erwartet wird. Wesentliche Auswirkungen auf die im Wirtschaftsplan 2023 veranschlagten Einnahmen werden durch dem seit dem 24. Februar 2022 bestehenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht erwartet. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den geplanten Ausgaben zeichnet sich zur Zeit ab, dass insbesondere der Preisanstieg für die Beschaffung von Kraftstoffen sowie von Energie zu höheren Aufwendungen führen wird. Des Weiteren wird der Tarifabschluss für die Beschäftigten zu einem Anstieg des Personalaufwands führen. Ob sich die seit der Corona-Pandemie und durch den Krieg bestehenden Lieferengpässe noch weiter verstärken bleibt abzuwarten. Das Thema Wertstofftonne ist spätestens seit Vorliegen des Arbeitsentwurfs zum KrVVG im Frühjahr 2010 in aller Munde. Nach der Neuordnung des KrWG Anfang 2012 sollte die Einführung der einheitlichen Wertstofffassung bis 2015 als politisches Ziel des Bundesumweltministeriums angestrebt werden. Hierzu bestand erheblicher Diskussionsbedarf, da die einheitliche Erfassung von DSD-Anteilen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (StNVP) weiterhin noch nicht geregelt war. Das von der Bundesregierung für Mitte 2015 angekündigte Wertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wurde die bis 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das VerpackG zum 1. Januar 2019 ersetzt. Dabei sollen aber auch hier die DSD-Verkaufsverpackungen und die stoffgleichen Nichtverpackungen nicht einheitlich, sondern weiterhin getrennt entsorgt werden. Die allgemeine Marktsituation wird parallel hierzu beobachtet. Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist vom Verbandsausschuss des ZAH im Mai 2021 politisch beschlossen worden. Im Rahmen der Vorbereitung für die Ausschreibung der Einsammlung der LVP für die Jahre 2023 bis 2025 haben die Systemanbieter der Einführung der „Gelben Tonne“ im Gebiet des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim nach dem Zurückziehen des Klageverfahrens zugestimmt. Die Beschaffung der gelben Tonnen sowie deren Erstauslieferung an die Grundstückseigentümer obliegt den beauftragten Unternehmen. Dieses sind im Landkreis die Fa. Remondis, in der Stadt die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover. Mit beiden Firmen konnte sich der ZAH insoweit einigen, dass die Leerung der Gelben Tonnen über den ZAH erfolgt. Für die Ermittlung des Tonnenbedarfs hat der ZAH die Grundstückseigentümer mit Versand der Gebührenbescheide für das Wirtschaftsjahr 2022 aufgefordert das von ihnen gewünschte Tonnenvolumen (120 l, 240 l bzw. 1,1 m³) bis zum 31. August 2022 anzumelden. Da die Grundstückseigentümer dieser Aufforderung nur schleppend bzw. noch gar nicht nachgekommen sind, hat sich die Auslieferung der Gelben Tonnen durch die beauftragten Firmen verzögert. In der Übergangszeit sammelt der ZAH unverändert auch die Gelben Säcke ein. Der Abholung der gelben Tonne erfolgt seit dem 1. Januar 2023 nur noch im vierwöchentlichen Rhythmus. Ob Anpassungen der Gebühren ab 2024 erforderlich werden, hängt einerseits von der Entwicklung des Gebührenaufkommens und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung der zu behandelnden Abfallmengen sowie andererseits von der weiteren Entwicklung der Marktpreise für die Papierverwertung sowie der betrieblichen Aufwendungen ab. Insbesondere aus der Einführung der Bepreisung von CO₂-Emissionen zum 1. Januar 2024 auf die thermische Abfallbehandlung und auf Dieselmotoren sowie die Erhöhung der Maut sind deutlich höhere Aufwendungen zu erwarten. Des Weiteren werden die Tarifsteigerungen zu steigendem Personalaufwand führen. Weitere gefestigte Prognosen können erst nach Abschluss der Gebührevorkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2024 getroffen werden. Wie bereits angedeutet, werden an der Entwicklung des Marktes Abfallwirtschaft keine signifikanten Änderungen eintreten, die eine gesicherte Wettbewerbsposition einräumen. Die unsichere Entwicklung auf dem Entsorgungsmarkt bleibt auch in Zukunft ein betriebliches Risiko. Der Markt ist gekennzeichnet durch eine dynamische Akteursstruktur, fortschreitende Weiterentwicklung innovativer Technologien und Dienstleistungen, die demografische Entwicklung und weitere Internationalisierung. Dieses erfordert von den Marktteilnehmern hohe Flexibilität. Die vorhandene Infrastruktur am Standort ist wesentliche Voraussetzung, um an der Marktentwicklung positiv zu partizipieren. Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAH nach § 20 KrWG ab 1. Januar 2025 verpflichtet die in seinem Gebiet in privaten Haushalten angefallenen und überlassenen Textilabfälle

getrennt zu sammeln. Zur Vorbereitung auf diese neue Aufgabe hat der ZAH Anfang 2023 die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet mit der Bitte angeschrieben, ihm mitzuteilen welche Firmen bzw. Institutionen mit ihrer Genehmigung die Art der Sammlung der Textilabfälle durchführen. Der ZAH wird große Anstrengungen unternehmen, um die Kundenbindung weiter zu verstärken. Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen.

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022	2021
1. Umsatzerlöse	28.485.548,32	29.048.812,43
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	4.066,24	1.123,75
3. Sonstige betriebliche Erträge	630.753,64	493.823,28
4. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.281.640,61	2.258.724,31
Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.357.153,23	11.228.099,70
	13.638.793,84	13.486.824,01
5. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	8.138.029,50	7.721.649,86
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
davon für Altersversorgung € 525.083,87; Vorjahr € 501.595,22	2.263.620,56	2.197.398,78
	10.401.650,06	9.919.048,64
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.828.933,02	2.850.068,20
7. Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung	0,00	2.534.245,43
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.044.839,76	1.753.162,73
9. Erträge aus Beteiligungen	16.000,00	16.000,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	577.022,54
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 0,00; Vorjahr € 577.022,54		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41.205,75	994,00
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 41.205,75; Vorjahr € 258,00		
12. Ergebnis der Geschäftstätigkeit	180.945,77	-407.561,01
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.383,00	61.150,00
14. Ergebnis nach Steuern	165.562,77	-468.711,01
15. Sonstige Steuern	68.175,80	88.926,90
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97.386,97	-557.637,91

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Zweckverband arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises bestehen daher nicht.

Förderzentrum im Bockfeld

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband Förderzentrum im Bockfeld ist ein Zweckverband nach dem niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG).

Der Zweckverband ist Träger einer Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige, körperliche und motorische Entwicklung.

Das Förderzentrum erbringt Heilmittel gemäß Sozialgesetzbuch 5 (SGB V) und führt Aufgaben der Früherkennung und Frühförderung gemäß SGB IX der Eingliederungshilfe gemäß SGB XII in Verbindung mit Kapitel 7 SGB IX sowie der Leistungen der Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz aus.

Weiterhin betreibt das Förderzentrum eine Tageseinrichtungen für Kinder im Sinne des Sozialgesetzbuches 8. Buch (SGB VIII).

Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglieder des Zweckverbandes sind der Landkreis sowie die Stadt Hildesheim. Der betriebsbedingt entstehende Fehlbedarf ist durch die Verbandsmitglieder entsprechend der Zahl der durch sie belegten Plätze für Behinderte umzulegen.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Verbandsausschuss

Gemäß § 7 Abs. 1 der Verbandsordnung besteht der Verbandsausschuss aus

- den Mitgliedern der Verbandsversammlung (je 1 von Stadt und Landkreis) und
- je zwei weiteren vom Kreistag des Landkreises Hildesheim bzw. dem Rat der Stadt Hildesheim benannten Vertreterinnen bzw. Vertretern.

Für den Landkreis Hildesheim hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

Herr Kreisrat Walter Hansen

KTA Frau Iris Siekiera

KTA Frau Caroline Ludäscher

Gruppe

Gruppe

Verbandsversammlung

Nach § 4 Abs. 2 der Verbandsordnung sind Mitglieder der Verbandsversammlung die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim. Der Kreistag kann auf Vorschlag des Landrates eine andere Bedienstete oder einen anderen Bediensteten des Landkreises Hildesheim in die Verbandsversammlung entsenden.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim hat der Kreistag Herrn Kreisrat Walter Hansen benannt.

Verbandsgeschäftsführer

Gemäß § 9 der Satzung wird der Verbandsgeschäftsführer von der Verbandsversammlung gewählt. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Bernd Kolberg.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Grundlage des Geschäftsverlaufs bildet die Haushaltssatzung und die I. Nachtragshaushaltssatzung mit ihren Bestandteilen für das Wirtschaftsjahr 2020. In diesen Satzungen sind die voraussichtlichen Erträge und Aufwendungen enthalten. Die Haushaltssatzung wurde von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 27.05.2020 beschlossen. Die vorgeschriebene Vorlage bei dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport erfolgte mit Schreiben vom 28.05.2020. Daraufhin teilte das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport mit Verfügung vom 30.06.2020 mit, dass die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Teile enthält und lediglich zur Kenntnis genommen worden ist. Die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 25.01.2021 beschlossen. Die vorgeschriebene Vorlage beim Ministerium für Inneres und Sport erfolgte mit Schreiben vom 26.01.2021. Daraufhin teilte das Ministerium für Inneres und Sport mit Verfügung vom 26.02.2021 mit, dass die I. Nachtragshaushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 2020 keine genehmigungspflichtigen Teile enthält und lediglich zur Kenntnis genommen worden ist.

Auch im Berichtszeitraum hat sich der Geschäftsverlauf weitestgehend an den planerischen Vorgaben orientiert und die Aufwendungen und Erträge haben sich in der Praxis weitestgehend so dargestellt, wie sie für das Wirtschaftsjahr kalkuliert waren.

Die Abweichungen hielten sich dabei durchaus im Rahmen der üblichen Schwankungen, so dass es an dieser Stelle keiner umfangreichen Erläuterung aller Haushaltsstellen bedarf. Dennoch sind einige Erläuterungen zu Einzelpositionen sinnvoll:

Auch im Jahr 2020 war die Entwicklung bei „Erträge aus Betreuungskosten“ des Erfolgsplans sehr erfreulich. Die Erträge aus Betreuungskosten in Höhe von 6.995.303,14 € lagen im Ist-Ergebnis über dem Ansatz in Höhe von 6.900.000,00 €, der veranschlagt war. Ursächlich hierfür waren u.a. die Erhöhung der monatlichen Vergütung im Bereich der Tagesstätte (2019 => 2.322,55 € / 2020 => 2.401,23 €) sowie des Heilpädagogischen Kindergartens (HPK für Kinder mit einer Körperbehinderung 2019 => 2.991,93 € / 2020 => 3.093,61 €; HPK für Kinder mit einer geistigen Behinderung mit den Leistungsberechtigungsgruppen I 2019 => 2.639,16 € / 2020 => 2.728,38 €, HPK für Kinder mit einer geistigen Behinderung der Leistungsberechtigungsgruppe II 2019 => 4.278,30 € / 2020 => 4.428,33 €) ab 01.01.2020.

Bei den unter den „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesenen Erträgen, hier: „Personalkostenerstattungen“ lagen die Erträge im Ist-Ergebnis mit 74.625,79 € über dem Ansatz in Höhe von 45.000,00 €. Ursächlich hierfür ist, dass hier u.a. die Erstattungsleistungen der Krankenkassen für Beschäftigte, bei denen ein Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz besteht, gebucht werden. Diese Erträge sind im Voraus nicht kalkulierbar.

Die Abweichungen bei der Ifd. Nr. 390 „Entnahme aus Gewinnvortrag Vorjahre“, bei der einem Ansatz in Höhe von 1.349.300,00 € Erträge in Höhe von 0,00 € gegenüberstehen, haben ihre Ursache u.a. darin, dass durch die positive Ertragslage bei den anderen Ertragskonten keine Entnahme aus dem „Gewinnvortrag Vorjahre“ benötigt wurde.

Bei „Dienstbezüge Beamte“ lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 0,00 € unter dem Ansatz in Höhe von 72.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist dadurch entstanden, dass der neue Verbandsgeschäftsführer kein Beamter, sondern ein Angestellter ist.

Die Abweichungen bei „Beiträge zu Versorgungskassen Beamte“, bei der einem Ansatz in Höhe von 55.000,00 € Aufwendungen in Höhe von 129.771,16 € gegenüberstehen, haben ihre Ursache u.a. darin, dass hier Pensionsrückstellungen gebildet werden mussten. Die Pensionsrückstellungen wurden entsprechend der Berechnung durch einen Finanz- und Versicherungsmathematiker gebildet. Bei der Bildung der Pensionsrückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang.

Bei „Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen“ lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 26.644,49 € weit über dem Ansatz in Höhe von 10.000,00 €. Die Ursache dieser erheblichen Abweichung lag in der Bildung der Beihilferückstellungen. Die Beihilferückstellungen wurden entsprechend der Berechnung durch einen Finanz- und Versicherungsmathematiker gebildet. Bei der Bildung der Beihilferückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang.

Bei „Beköstigung“ lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 128.096,98 € unter dem Ansatz in Höhe von 210.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise eine Betreuung der Kinder und Jugendlichen untersagt bzw. nur eine Notbetreuung in der Einrichtung zulässig war.

Die „Pädagogischer und therapeutischer Bedarf“ lagen im Ist-Ergebnis mit 66.634,17 € unter dem Ansatz in Höhe von 131.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. auch durch die Corona-Pandemie entstanden. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften konnten viele der geplanten kulturellen Vorhaben, wie z.B. Ferienfreizeiten, Zoo- und Theaterbesuche oder der Tanzkurs nicht stattfinden.

Dem Ansatz bei „Personalbeschaffungskosten“ in Höhe von 6.000,00 € steht ein Ist-Ergebnis in Höhe von 0,00 € gegenüber. Ursächlich hierfür ist u.a., dass die Stellenanzeigen wieder auf der eigenen Homepage, den sozialen Medien und auf der kostenlosen Job-Börse veröffentlicht wurden.

Bei „Verfüugungsmittel/Repräsentationsmittel“ lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 946,23 € unter dem Ansatz in Höhe von 3.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass aufgrund der Corona-Pandemie viele geplante Veranstaltungen nur online oder auch gar nicht stattgefunden haben. Des Weiteren konnte die geplante Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Zweckverbandes aufgrund der Corona-Bestimmungen nur teilweise umgesetzt werden.

Dem Ansatz „Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des Steuerrechts“ in Höhe von 121.800,00 € steht ein Ist-Ergebnis in Höhe von 19.999,93 € gegenüber. Ursächlich hier ist u.a., dass die geplante IT-Ausstattung der Schule im Bockfeld zurückgestellt worden ist, da vorab gemeinsam mit einem Medienentwickler und der Schule im Bockfeld ein Medienentwicklungsplan entwickelt und erstellt werden muss.

Die Aufwendungen bei den Kosten für „Instandhaltung, Instandsetzung des Anlagevermögens“ lagen im Ist-Ergebnis mit 965.867,53 € weit über dem Ansatz in Höhe von 560.000,00 €, der veranschlagt war. Die Ursache hierfür ist u.a., dass die SEHi im Jahr 2019 die Verlegung der Grundleitung in den öffentlichen Bereich durchgeführt hat. Die Verlegung und der Neuanschluss der Regen- und Schmutzwasserbestandsleitungen des Verwaltungsgebäudes des Förderzentrums an den neuen Hauptkanal sowie die anschließende Verfüllung des „alten“ erfolgte dann im Jahr 2020. Da eine Abrechnung durch die SEHi bisher nicht stattgefunden hat, wurden die voraussichtlichen Kosten für die vorgenannte Maßnahme den Rückstellungen zugeführt. Bei der Bildung von diesen Rückstellungen handelt es sich lediglich um einen buchhalterischen Vorgang, entsprechende Geldbewegungen würden ggf. erst in der Zukunft stattfinden.

Bei „Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter“ lagen die Aufwendungen im Ist-Ergebnis mit 10.992,26 € unter dem Ansatz in Höhe von 40.000,00 €. Dieser Minderaufwand ist u.a. dadurch entstanden, dass

aufgrund der Corona-Pandemie viele der geplanten Fortbildungsveranstaltungen nur online oder auch gar nicht stattgefunden haben.

Zu den Ausgabeansätzen im Vermögensplan bleibt zu sagen, dass gemäß § 20 Abs. 1 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (KomHKVO) i.V.m. § 15 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung die Ermächtigung für Auszahlungen für eine Investition oder eine Investitions-förderungsmaßnahme bis zur Abwicklung der letzten Zahlungen für ihren Zweck verfügbar bleibt, wenn mit der Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres begonnen wird.

Wie in den Vorjahren auch wurde der Schule im Bockfeld bei „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Inventar“ und bei „Lehr- und Lernmittel der Förderschule“ ein Budget eingerichtet. Gemäß der Budgetgrundsätze wurden die angesparten Mittel aus 2019 in Höhe von 48.255,08 € für die beiden vorgenannten Konten für die Schule im Bockfeld durch entsprechende Restbildung zu 100 %) auf das Haushaltsjahr 2020 übertragen, so dass der Schule im Bockfeld planmäßig 68.955,08 € für die entsprechenden Konten in 2020 zur Verfügung standen. Bei „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Inventar“ und bei „Lehr- und Lernmittel der Förderschule“ lag das Ist für die Schule im Bockfeld in 2020 bei 0,00 €.

Die Schulleitung hat das Budget im Erfolgsplan um 2.561,58 € überschritten. Wie in den Vorjahren auch wird die Überschreitung durch die angesparten Mittel im Vermögenshaushalt gedeckt. Mithin werden gemäß der Budgetgrundsätze Nr. 10 die angesparten Mittel im Vermögensplan in 2020 in Höhe von 66.393,50 € für die Schule im Bockfeld durch entsprechende Restbildung auf das Haushaltsjahr 2021 übertragen.

In 2020 wurden keine Maßnahmen mit besonderer Bedeutung für den Umweltschutz durchgeführt.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Situation des Zweckverbandes Förderzentrum im Bockfeld als weiterhin gut bezeichnet werden.

Liquiditätsstatus

Der nachfolgende Liquiditätsstatus zeigt die Veränderung der Liquidität 1. Grades:

	01.01.2020 TEUR	31.12.2020 TEUR
Forderungen (bis ein Jahr)	826	726
flüssige Mittel	15.146	17.054
	<u>15.972</u>	<u>17.780</u>
kurzfristige Verbindlichkeiten (bis ein Jahr)	521	618
kurzfristige Rückstellungen	173	157
	<u>694</u>	<u>775</u>
Überdeckung	15.278	17.005
Liquiditätsveränderung		<u>1.727</u>

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Landkreis Hildesheim hat für das Haushaltsjahr 2024 einen Betrag in Höhe von 810.000,00 € als Mittel für Zahlungen der Verbandsumlage eingeplant. Es handelt sich um die Erstattung für die Schulträgerschaft des Landkreises Hildesheim als Mitglied des Zweckverbandes des Förderzentrum Bockfeld.

Hinweis: die Daten basieren auf dem Bericht über den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2020. Die Daten für das Jahr 2021 und das Jahr 2022 liegen noch nicht vor.

Krankenhaus Alfeld GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Das Unternehmen erbringt im Rahmen des jeweiligen gültigen Krankenhausplanes des Landes Niedersachsen voll- und teilstationäre sowie vor- und nachstationäre Krankenhausleistungen und ambulante ärztliche, medizinisch-technische und physikalische Leistungen. Der Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb und die Unterhaltung des Krankenhauses in Alfeld. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes weitere Krankenhäuser zu betreiben.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen, soweit sie sich mit der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft vereinbaren lassen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.500.000,00 €.

Am Stammkapital beteiligt ist der Landkreis Hildesheim mit einem Anteil von 50 % (1.250.000,00 €); die verbleibenden 50 % (1.250.000,00 €) entfallen auf die Stadt Alfeld (Leine).

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Auf die neuerliche Einrichtung eines Aufsichtsrates wird verzichtet.

Geschäftsführer

Nach §7 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Henrik Sander.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Geschäftsentwicklung

Der Betrieb des Alfelder Krankenhauses ist seit Juli 2010 ausgegliedert und wird durch die AMEOS Gruppe (AMEOS Klinikum Alfeld GmbH) geführt. Die Verwaltung der Grundstücke und Gebäude liegt bei der Krankenhaus Alfeld GmbH. Gesellschafter der Krankenhaus Alfeld GmbH sind jeweils zu 50 % die Stadt Alfeld (Leine) und der Landkreis Hildesheim.

Wirtschaftliche Entwicklung und Vermögenslage

Die Besitzgesellschaft erfasst alle Geschäftsvorfälle, die sich aus der Immobilienverwaltung mit der Verpachtung aller Anlagen an die Betriebsgesellschaft bzw. nunmehr an die AMEOS-Gruppe ergeben. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung schließt das Geschäftsjahr 2022 insgesamt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 126 und liegt somit in Höhe von T€ 182 unter dem Ergebnis des Vorjahres. Die Eigenkapitalquote ist wie im Vorjahr negativ. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von T€ 3.107 aus. Die Liquiditätssituation ist wie im Vorjahr entspannt. Zum 31.12.2022 verfügt die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von T€ 122 (Vorjahr 1€ 300). Kontokorrentlinien bestehen derzeit nicht. Die Gesellschaft ist auch weiterhin auf unterstützende Maßnahmen durch die Gesellschafter angewiesen. Die entsprechende Bereitschaft der Gesellschafter zur kurzfristigen Unterstützung ist bereits von beiden Gesellschaftern zugesichert worden. Gegenüber Dritten hat die Gesellschaft keine Darlehensverbindlichkeiten mehr. Die Teilflächen auf dem Grundstück des ehemaligen P I (Garagenzufahrt) wurden Anfang 2012 vom Restgrundstück abgeteilt und neu eingemessen, sodass drei Einzelflächen den Nutzern bzw. Anliegern zum Verkauf angeboten werden konnten. Im März 2015 wurden die Teilflächen zum Preis von 1 €/qm veräußert. Die vier Grundstücke auf dem Gelände des ehemaligen Wohnheimes P I sind seit Mitte 2012 baulich voll erschlossen und werden bereits seit Dezember 2011 auf dem Immobilienmarkt angeboten. Zwischen 2015 und 2021 konnten mehrere Grundstücksverkäufe realisiert werden, im Berichtsjahr 2022 gab es keine Veräußerungsvorgänge, auch für die Zukunft sind derzeit keine weiteren Veräußerungen von Grundstücken vorgesehen. Am 25.06.2020 war zwischen der AMEOS und der Krankenhaus Alfeld GmbH eine Stundungsvereinbarung über die Pachtzinszahlung für die Monat Mai, Juni und Juli geschlossen worden. Diese Forderung wurde bis zum 31.12.2020 zinsfrei gestellt. Für die Zeit ab dem 01.01.2021 wurden Stundungszinsen in Höhe von 6,0% p.a. vereinbart. Die gestundete Pacht wurde von AMEOS schließlich Ende 2021 bezahlt, die Stundungszinsen Anfang 2022. Weil die Krankenhaus Alfeld GmbH ihrerseits Zins- und Tilgungsleistungen an ihre Gesellschafter Stadt Alfeld (Leine) und Landkreis Hildesheim hätte zahlen müssen, wurden auch hier entsprechend gleichlautende Stundungen ausgesprochen, so dass die Krankenhaus GmbH nicht in Vorleistung treten musste. Die Zahlung der gestundeten Zins- und Tilgungsleistungen erfolgte in der ersten Januarwoche 2022.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Ausstattung mit Kapital, insbesondere liquiden Mitteln, wird auch zukünftig unzureichend sein. Das Kerngeschäft der Besitzgesellschaft ist lediglich die Einnahme der Pacht und die Begleichung der Schuldendienste an die beiden Gesellschafter. Der aufzubringende Schuldendienst beläuft sich jährlich auf ca. T€ 610. Hinzu kommen allgemeine Aufwendungen der Gesellschaft für Geschäftsführung, Buchführung, Jahresabschluss, Steuern etc. in Höhe von jährlich zwischen T€ 20 und T€ 25. Dem gegenüber stehen die Pachtzahlungen der AMEOS-Gruppe in Höhe von jährlich T€ 600, sodass nach dem Verzehr der noch bestehenden geringen liquiden Gesellschaftsmittel auch künftig mit Zahlungen durch die Gesellschafter zur Deckung des liquiditätswirksamen Fehlbetrages zu rechnen sein dürfte. Die Gesellschafter haben sich dahingehend erklärt, entsprechende Stützungsmaßnahmen auch weiterhin zu tätigen. Wie schon in den Vorjahren ist festzuhalten, dass sich aus den lfd. strukturellen Umstellungen des Krankenhausbetriebes durch AMEOS kein weiteres Risiko für die Gesellschaft ergibt. Für die Folgejahre wird mit positiven Jahresergebnissen gerechnet. Die vertraglich fixierten Pächterträge decken die eigenfinanzierten Abschreibungen und die Zinsbelastung sowie auch die Verwaltungskosten ab. Besondere Einflüsse, die zu einem Entstehen von signifikanten Ergebnisbelastungen führen könnten, sind gegenwärtig nicht erkennbar.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Schuldendienst für den im Haushaltsjahr 2011 vom Landkreis aufgenommenen und an das Krankenhaus Alfeld weitergegebenen Kredit (rd. 5,07 Mio €, Laufzeit rd. 25 Jahre) wird vom Krankenhaus Alfeld durch Pachtzahlungen in voller Höhe erstattet.

Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendhilfe und der Erziehung. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb, die Vermarktung und Verwaltung der Jugendeinrichtungen der ehemals im Eigentum des Landkreises Hildesheim stehenden Jugendeinrichtungen

- Schulland- und Jugendheim Haus Berlin in Hohegeiß,
- Jugendwanderheim Windmühle Marienrode in Hildesheim.
- Jugendhof Schönberg in Kalifornien/Ostsee

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich nach Maßgabe dieses Vertrages an anderen Einrichtungen beteiligen, weitere Einrichtungen schaffen und Interessengemeinschaften eingehen.

Die Gesellschaft kann für ihre gemeinnützigen Zwecke im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen alle sonstigen Rechtsgeschäfte vornehmen, die im Interesse der Gesellschaft liegen. Sie kann sich insoweit, insbesondere mit nach dem steuerlichen Gemeinnützigkeitsrecht dafür in Betracht kommenden Mitteln, an anderen Gesellschaften beteiligen und weitere begründen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der §§ 51 ff AO. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 €.

Der Landkreis Hildesheim und die LABORA gGmbH sind mit je 50 % (12.500,00 €) beteiligt.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus zehn Mitgliedern,

- dem Landrat des Landkreises Hildesheim, Herrn Bernd Lynack
- zwei vom Landrat benannten Bediensteten des Landkreises (Kreisamtsrätin Frau Kerstin Zingler Dezernat 1, Kreisjugendpflegerin Frau Derya Heidelberg, Amt 407)
- drei vom Landkreis Hildesheim bestimmten Mitgliedern
- vier Vertretern der Gesellschafter der LABORA gGmbH.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Herr Tobias Sundermeyer	Gruppe
KTA Frau Caroline Ludäscher	Gruppe
KTA Bernhard Flegel	CDU

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 11 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Als Vertreter des Landkreises Hildesheim in der Gesellschafterversammlung wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Landrat Bernd Lynack benannt. Stellvertreterin ist Frau Erste Kreisrätin Evelin Wißmann.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Nach § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages wird der/werden die Geschäftsführer von der Gesellschafterversammlung bestellt, angestellt und abberufen. Die derzeitige Geschäftsführerin ist Frau Daniela Möhlenbrock.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb des Schullandheimes „Haus Berlin“ in Hohegeiß (Braunlage/Harz), des Jugendwanderheimes „Windmühle Marienrode“ in Marienrode/Hildesheim und des „Jugendhofes Schönberg“ (Ostsee, Nähe Kiel). Im Oktober 2008 ist das ehemalige Schulland- und Jugendheim des Landkreises Hildesheim „Haus Berlin“ zusammen mit dem Jugendwanderheim „Windmühle Marienrode“ in die Trägerschaft der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gemeinnützige GmbH übergegangen. Gesellschafter der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH sind das Peiner Sozialdienstleistungsunternehmen Labora g.G.m.b.H und der Landkreis Hildesheim zu gleichen Anteilen. Im November 2013 wurde der „Jugendhof Schönberg“ in die Trägerschaft aufgenommen. Die Betriebsgesellschaft hat es sich zur zentralen Aufgabe gesetzt, den „Jugendhof Schönberg“, das Schulland- und Jugendheim „Haus Berlin“, sowie das Jugendwanderheim „Windmühle Marienrode“ langfristig als Einrichtungen der Kinder und Jugendarbeit zu erhalten und weiter auszubauen. Der Geschäftsverlauf in 2022 war zu Jahresbeginn noch von den Auswirkungen der Coronapandemie geprägt. Die Buchungen waren zunächst zögerlich, haben sich im Jahresverlauf aber stabilisiert. Die Umsätze konnten im Geschäftsjahr von 276 T€ in 2021 auf 681 T€ gesteigert werden, gleichwohl blieben sie hinter den Umsatzerlösen vor Corona zurück. Die Personalkosten sind im Gegensatz zum Vorjahr um 141 T€ auf 420 T€ gestiegen. Durch die Auswirkungen der Coronapandemie waren in 2021 die Häuser zeitweise geschlossen und die Mitarbeitenden in Kurzarbeit. In 2022 wurde das Personal kurzfristig aufgestockt. Die Raumkosten sind von 113 T€ auf 415 T€ im Geschäftsjahr gestiegen. Verantwortlich für den Anstieg sind die Erhöhung der Instandhaltungskosten (160 TE) sowie höhere Kosten für Energie. Durch die Schließung und Nichtnutzung der Häuser in 2021 waren die Raumkosten im Vorjahr insgesamt zurückgegangen. Als weitere Aufwendungen und Erträge mit wesentlichem Einfluss auf die Ergebnisentwicklung sind 90 T€ Erträge aus Coronahilfen und Erträge aus Rückstellungsauflösung (102 TE) verbucht. Zum Ausgleich der pandemiebedingten Umsatzeinbrüche im ersten Quartal 2022 hat die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse beantragt und erhalten. Der Landkreis Hildesheim gewährte seine jährliche Unterstützung.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Zahl der Anfragen und Buchungen befinden sich wieder auf dem Vor-Corona-Niveau, z.T. auch darüber, die Planung reicht bis in 2024 hinein. Bei den Umsatzerlösen wird daher mit einer moderaten Steigerung gerechnet. Im November und Dezember ist die Auslastung im „Haus Berlin“ immer etwas geringer, da Klassenfahrten zu diesen Zeiten so gut wie gar nicht stattfinden. Neue Gästegruppen für diesen Zeitraum zu finden, stellt sich als schwierig heraus, gleichwohl wird daran weiter gearbeitet. Die allgemein steigenden Personalkosten werden bereits kurzfristig zu einem höheren Zuschussbedarf führen. Die Erkrankung der Hausleitung im „Haus Berlin“ macht eine Neubesetzung erforderlich. Es ist davon

auszugehen, dass dort mehr Wochenstunden in Ansatz gebracht werden müssen, die bisherige Leitung war mit 30 Stunden eingestellt, wir gehen bei der Neubesetzung von 38,5 Wochenarbeitsstunden aus. Der Anstieg der Preise für Lebensmittel führt auch in der Betriebsgesellschaft zu höheren Kosten, die wir bislang nur moderat an die Gäste weitergeben. Der Nutzen der Photovoltaikanlage und des Blockheizkraftwerks im „Haus Berlin“ wird erst in einem vollen vergleichbaren Nutzungsjahr deutlich werden, die Auswertung der entsprechenden Abschlussrechnungen liegt zum Berichtszeitpunkt noch nicht vor. Für das Jahr 2023 wird gegenüber dem Jahr 2022 mit gleich bleibenden, im Optimalfall mit leicht fallenden Energiekosten gerechnet. Mit der Klimaagentur des Landkreises Hildesheim soll in 2023 ein Energiekonzept erarbeitet werden. Die Erträge aus Zuschüssen durch den Landkreis Hildesheim werden wie in den Vorjahren konstant mit 199,5 T€ erwartet, weitere Zuschüsse sind in 2023 nicht budgetiert. Unter Berücksichtigung der Budget- und Finanzierungszusage des Landkreises Hildesheim rechnet die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2023 mit einem negativen Ergebnis, das wesentlich nach unten abweicht, aber durch die Gewinnrücklagen der Gesellschaft ausgeglichen werden kann. Bei der Eigenkapitalquote rechnen wir mit einer leicht sinkenden Quote.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügt über eine ausreichende Summe an liquiden Mitteln im Bestand, eine Fremdfinanzierung über fremde Kapitalgeber wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Vermögenslage

Im Anlagevermögen gab es keine nennenswerten Veränderungen zum Vorjahr. Die Höhe der sonstigen Rückstellungen betrug zum 31.12.2022 328 TE (Vorjahr 377 TE). Sie setzten sich im Wesentlichen aus der Rückstellung für Maßnahmen zur Einhaltung der Sicherheitsstandards (151 TE) und aus der Rückstellung zurückzuzahlender Zuschüsse Landkreis Hildesheim (110 TE) zusammen. Der Umgang des bislang nicht zurückgeforderten Zuschusses des Landkreises Hildesheim für die Auswirkungen der Coronapandemie aus 2020 befindet sich weiterhin in der Abstimmung.

Prognose- ist Vergleich zum Vorjahr

Im Geschäftsjahr ist das prognostizierte ausgeglichene Ergebnis nicht erreicht worden. Dafür sind im Wesentlichen drei Faktoren verantwortlich:

1. Das Buchungsverhalten hat sich im Jahr 2022 bis ins zweite Quartal zögerlicher dargestellt als angenommen.
2. Der unerwartete Anstieg der Energiekosten war in dieser Form nicht vorhersehbar.
3. Die Kosten für Instandhaltungen waren höher als geplant.

Chancen und Risiken

Risiken aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden systematisch und permanent beobachtet, bewertet und an die verantwortlichen Entscheidungsträger berichtet. Die regelmäßige Berichterstattung an die Gremien der Gesellschaft ist ein weiteres Element des permanenten Risikomanagements. Die dazu eingesetzten Steuerungs- und Kontrollsysteme werden sukzessive weiterentwickelt. Insbesondere der Budgetplanungsprozess sowie die monatlichen Berichte für die einzelnen Standorte stehen dabei im Fokus. Der Ausbau der Digitalisierung in den Verwaltungsbereichen soll auch weiterhin gefördert und der Optimierungsprozess im Bereich Belegungsplanung sowie Schnittstellenmanagement zu anderen Anwendungen fortgeführt werden. Um eine bessere Positionierung am Markt zu erreichen, sind flankierende Marketingmaßnahmen (Anzeigen, Flyer, Mailingaktionen an potenzielle Kunden, etc.) geplant. Auch weiterhin werden zukünftig notwendige und somit kostenwirksame Reparaturen an den Gebäuden und in den Objektbereichen „Haus Berlin“ (Brandschutz, öffentliche Sicherheit, Außenanlagen, Fassade), am Jugendhof Schönberg (Blockhütten und Ferienwohnungen) und der Mühle Marienrode

(Erhaltungsarbeiten an der Mühle und dem Gästehaus) geplant und umgesetzt. Für einen Teil der notwendigen Maßnahmen wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Zur weiteren strategischen Ausrichtung der Betriebsgesellschaft ist in 2020 ein Konzept für alle Standorte inkl. einer strategischen Instandhaltungsplanung aller Einrichtungen/Objekte entwickelt worden und in Teilen bereits abgearbeitet worden. Durch die Maßnahmen und die strategische Konzeptentwicklung werden die nachhaltige Nutzung der Standorte/Gebäude/Anlagen und damit die Umsetzung des Satzungszweckes auch zukünftig sichergestellt. Ein wesentliches Risiko besteht in der möglichen Unterfinanzierung der Gesellschaft in der Zukunft, sofern die Zuschüsse des Landkreises nicht mit den Kostensteigerungen, insbesondere durch anstehende Sanierungsmaßnahmen, im Einklang stehen. Weitere Risiken können sich aufgrund geänderter politischer bzw. gesetzlicher Entscheidungen ergeben. Der Geschäftsverlauf im Berichtsjahr weist keine nennenswerten Abweichungen auf. Die Gesellschaft ist ohne Fremdmittel in der Lage, den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Die erheblich zunehmenden Investitionen hinsichtlich der Instandhaltung der Gebäude werden in den Folgejahren ein Risiko darstellen. Hier muss mit dem Landkreis Hildesheim gesprochen werden, wie auch zukünftig die ausreichende Finanzierung der Gesellschaft gewährleistet werden kann. Darüber hinaus werden die Übernachtungskosten einer kritischen Überprüfung unterzogen und entsprechend in ihrer Ausgestaltung erhöht werden.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auch im Geschäftsjahr 2024 ist die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 199.500,00 € weiterhin im Haushalt eingeplant.

Für das Jahr 2023 war kein weiterer zusätzlicher Betriebskostenzuschuss zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie erforderlich.

Es ist nach wie vor das langfristige Ziel formuliert, die Entwicklung der Kosten- und Umsatzbereiche so zu steuern, dass sich der jährliche Zuschuss des Landkreises verringern soll.

Ob sich dies verwirklichen lässt, ist nicht ebenfalls nicht absehbar. Wegen der voraussichtlich länger andauernden Energiekrise und der in vielen Bereichen extrem gestiegenen Kosten muss eher damit gerechnet werden, dass der Zuschussbedarf steigen wird.

Volkshochschule Hildesheim gGmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb einer Volkshochschule im Landkreis Hildesheim zur Förderung der außerschulischen Erwachsenen- und Jugendbildung. Die Gesellschaft will damit alle Maßnahmen fördern, die auf demokratischer Grundlage in freier, parteipolitisch ungebundener, religiös neutraler Bildungsarbeit Bürgerinnen und Bürgern, besonders in der Region Hildesheim dabei helfen, sich durch allgemeine, berufliche, persönliche, soziale und kulturelle Bildung zur Teilhabe, Mitverantwortung und Mitbestimmung im Leben zu befähigen. Dabei stellt die Gesellschaft sicher, dass das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, die ihren Wohnsitz im so genannten „ländlichen Raum“ haben, auch langfristig nicht geschwächt, sondern gestärkt wird.

Die Gesellschaft nimmt den gesetzlichen Auftrag nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz in der jeweils aktuellen Fassung wahr. Sie fördert die außerschulische Erwachsenen- und Jugendbildung durch allgemeine, kulturelle, berufliche und politische Bildung. Sie übernimmt damit wesentliche Aufgaben ihrer Gesellschafter (Hildesheimer Volkshochschule e. V. und Landkreis Hildesheim Holding GmbH). Der Zugang zu den Veranstaltungen der Gesellschaft ist dabei für jeden offen, unabhängig von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer, weltanschaulicher und religiöser Anschauung und gesellschaftlicher und beruflicher Stellung.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich nach Maßgabe ihres Vertrages an anderen Einrichtungen beteiligen, weitere Einrichtungen schaffen und Interessengemeinschaften eingehen. Sofern durch die Schaffung neuer Einrichtungen wirtschaftliche Geschäftsbetriebe im Sinne des § 14 Abgabenordnung (AO) entstehen, ist dies nur zulässig, sofern der Status der Gemeinnützigkeit nicht gefährdet ist. Die Gesellschaft unterhält Geschäftsräume in Hildesheim, Sarstedt und Alfeld.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 50.000,00 €.

Auf das Stammkapital hat die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eine Stammeinlage von 25.000,00 € (Anteil 50 %) übernommen. Die Hildesheimer Volkshochschule e. V. hat ebenfalls eine Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 € (Anteil 50 %) übernommen.

Anteilsbesitz

Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH hält sämtliche Geschäftsanteile (25.000 €) der Gemeinnützigen Gesellschaft für berufliche Bildung in Hildesheim (GGBHmbH).

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 7 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus vier Mitgliedern,

- der Landrätin/dem Landrat des Landkreises Hildesheim oder einer/m von ihr/ihm benannte/n Bedienstete/n des Landkreises (Herr Kreisrat Walter Hansen);

- einer durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH benannten Person nach dem vom Kreistag des Landkreises abgegebenen Votum; Für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hat der Kreistag Frau Heike Bellgardt benannt:
- der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden der Hildesheimer Volkshochschule e. V.;
- der Vertreterin/dem Vertreter der Stadt Hildesheim im Vorstand der Hildesheimer Volkshochschule e. V. gemäß § 5 Absatz 2 der Satzung. Sollte die Vertreterin/der Vertreter der Stadt Hildesheim Vorsitzende/Vorsitzender des Vorstandes sein, ist aus dem Kreis der verbleibenden Vorstandsmitglieder eine Vertreterin/ein Vertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 11 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH gemäß Kreistagsbeschluss von Herrn leitenden Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann vertreten. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Beirat

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages gehören dem Programmbeirat 11 Personen an.

- Der Aufsichtsrat bestimmt einen Sprecher des Programmbeirats, hierzu wurde Herr Matthias Ullrich, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft HI-REG, bestimmt.
- Die übrigen Mitglieder des Beirats werden durch den Aufsichtsrat auf Vorschläge der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, die fünf Mitglieder benennt, und der Hildesheimer Volkshochschule e. V., die fünf Mitglieder benennt, berufen.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hat aufgrund eines entsprechenden Votums des Kreistages folgende Personen berufen:

KTA Herrn Andreas Arlt	Gruppe
KTA Herr Dietmar Schellhammer	Gruppe
KTA Frau Sabrina Pach	Gruppe
KTA Herr Dr. Constantin Janzen	CDU
KTA Herr Carsten Schiedeck	CDU

Geschäftsführung

Die Gesellschaft wird gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages durch einen/eine oder zwei Geschäftsführer/-innen vertreten. Die Geschäftsführerin ist seit dem 03.05.2022 Frau Christin Eschmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresergebnis von 4.402,50€ (Vorjahr 3.398,69€) ab, was ursächlich auf weiterhin schwankende Umsatzerlöse als weiterhin andauernde Folgen der Corona-Pandemie zurückzuführen ist. Durch die weitere Reduzierung der gesetzlichen Beschränkungen und verstärkte Online- Angebote konnten die Einnahmen im Berichtsjahr wieder gesteigert werden. Zeitgleich war jedoch ein Anstieg der Ausgaben, insbesondere im Bereich der Bildungsaufwendungen und beim Personalaufwand. Seitens der politischen Gremien ist zum einen aus steuerlichen Gründen und zum anderen auch mit dem Ziel des Betreibens einer gemeinsamen Volkshochschule von Stadt und Landkreis Hildesheim, nach wie vor die Übernahme der Volkshochschule

(VHS) Hildesheim gGmbH durch den Erwerb des bisher durch den Volkshochschule Hildesheim e.V. gehaltenen Anteils geplant. Entsprechend einem aktuellen Beschlussvorschlag der Mehrheitsgruppe im Kreistag des Landkreises Hildesheim sowie einem gleichlautenden Beschlussvorschlag im Rat der Stadt Hildesheim soll der Erwerb durch den Landkreis Hildesheim und die Stadt Hildesheim erfolgen. Die Ausarbeitung der entsprechenden Verträge dauert an. Selbst den Fall, dass neben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, dem Landkreis Hildesheim auch die Stadt Hildesheim Gesellschafterin der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH werden, werden voraussichtlich nach jetzigem Stand die Zuschusszahlungen des bisherigen Mitgesellschafters, des Hildesheimer Volkshochschule e.V. in Höhe von 300.000 € wegfallen. Derzeit wird davon ausgegangen, dass stattdessen die Stadt Hildesheim einen Zuschuss in Höhe von 100.000,00 € entrichten wird. Das dadurch entstehende Defizit in Höhe wird voraussichtlich aufgrund der geltenden Beschlusslage durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH bzw. den Landkreis Hildeheim kompensiert werden müssen.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Zwischen der Volkshochschule gGmbH und der Landkreis Hildesheim Holding GmbH wurde am 27.07.2021, rückwirkend zum 01.01.2021 eine neue Zuwendungsvereinbarung abgeschlossen. Basierend auf dieser Vereinbarung zahlt die Holding- vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusseses des Aufsichtsrates der Volkshochschule - alle benötigten Mittel, die die Volkshochschule entsprechend im Wirtschaftsplan darstellt. Insoweit ergeben sich derzeit noch keine Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim. Es ist jedoch geplant, dass der Landkreis Hildesheim einen Anteil an der Volkshochschule gGmbH erwirbt und damit selbst Gesellschafter der Volkshochschule gGmbH wird. Da es sich bei der Volkshochschule gGmbH um einen dauerdefizitären Betrieb handelt, muss, ist damit zu rechnen, dass der Landkreis Hildesheim, sofern er Gesellschafter der Volkshochschule gGmbH wird, auch zum Ausgleich des Defizites beitragen muss.

Jahresabschluss				
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022				
		2022		2021
		€		T€
1.	Umsatzerlöse		6.808.437,44	5.549.687,18
2.	Sonstige betriebliche Erträge		62.276,31	91.422,40
3.	Bildungsaufwendungen			
	a) Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel		-317.520,38	-310.705,12
	sowie sonstige Projektkosten			
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-2.052.240,01	-1.234.523,17
4.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter		-2.802.399,26	-2.475.398,54
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		-612.942,24	-502.074,74
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-113.816,79	-102.217,73
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.033.536,44	-1.014.008,73
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.143,87	1.955,46
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	-738,32
9.	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag		-60.597,50	3.398,69
10.	Ergebnisvortrag		3.398,69	-175.728,84
11.	Entnahme aus der Zweckgebundenen Rücklage		65.000	175.728,84
12.	Einstellung in die zweckgebundene Rücklage		-3.398,69	0,00
13.	Bilanzgewinn		<u>4.402,50</u>	<u>3.398,69</u>

ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2015 umfirmiert aus der ARGE Produktionszentrum TfN GbR, die mit Abschluss eines Arbeitsgemeinschaftsvertrags am 10. Dezember 2009 zwischen der gbg Immobilien GmbH, Hildesheim und der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH, Hildesheim (nach Umfirmierung zum 07. April 2017: kwg Kreiswohnbau-Gesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim) gegründet wurde. Gegenstand der ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG ist die Bewirtschaftung, die Errichtung, der Erwerb, die Vermittlung und die Betreuung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen und zugleich auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschafter sind unverändert am Gewinn und Verlust zu gleichen Teilen beteiligt.

Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter zu jeweils 50 % der ProjektBau Hildesheim GmbH & CO OHG sind die gbg Immobilien GmbH Hildesheim sowie die Kreiswohnbau Hildesheim GmbH.

Anteilsbesitz:

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung ist jeder Gesellschafter mit einer Stimme vertreten. Gesellschafter sind die jeweiligen Geschäftsführer der beteiligten Wohnungsbauunternehmen. Vertreter des Landkreises Hildesheim sind nicht in den Gremien der Gesellschaft vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine belasten die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland merklich. Hohe Energiekosten sowie deutlich gestiegene Bau- und Finanzierungskosten dämpfen die Investitionen im Wohnungsbau und führen zu einer hohen Unsicherheit. Daher können die weiteren Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, aber auch auf die Immobilienbranche nicht verlässlich abgeschätzt werden. Zudem kommt es insbesondere in Folge des Ukraine-Kriegs zu verstärkten Fluchtbewegungen auch nach Deutschland und demzufolge unter anderem zur Notwendigkeit, diese Menschen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Die auf der Investitionsseite hohen und sehr deutlich gestiegenen Baukosten sind vor allem ordnungsrechtlichen Vorgaben und weiteren Auflagen, der dadurch zunehmenden Komplexität im Wohnungsbau, teils noch bestehenden Lieferkettenproblemen, den hohen Energiepreisen und weiter knappen Kapazitäten auf der Planungs- und Ausführungsseite geschuldet.

Geschäftsverlauf

Das positive Jahresergebnis vor Steuern unserer Gesellschaft liegt 2022 leicht über dem Vorjahresniveau, was auf die geminderten Instandhaltungsaufwendungen (./ T€ 25) zurück zu führen ist. Der Jahresüberschuss (T€ 56) liegt leicht unter dem prognostizierten Jahresüberschuss (T€ 80) der Wirtschafts- und Finanzplanung. Die Abweichung zum erwarteten Ergebnis resultiert aus den nicht erwarteten Instandhaltungsaufwendungen.

Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 keine wesentlichen Investitions- und Finanzierungstätigkeiten vorgenommen und konzentriert sich auf die Bestandsverwaltung.

Wirtschaftliche Lage des Unternehmens

Ertragslage

Die Ertragslage ist im Wesentlichen durch das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung T€ 54,1 (Vorjahr: T€ 25,2) geprägt und durch den Abschluss langfristiger Pachtverträge gesichert. Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung ergibt sich im Wesentlichen aus der vertragsmäßigen Pacht für das Produktionszentrum des Tfl\|s (T€ 125,4) und den Einnahmen aus dem Pachtvertrag mit der Volkshochschule Hildesheim (T€ 232,5). Die Aufwendungen entfallen auf planmäßige Abschreibungen (T€ 130,5), Instandhaltungskosten (T€ 56,6), Zinsaufwendungen zur Finanzierung der Pachtobjekte (T€ 63,8), Erbbauzinsen (T€ 32,5), Kosten für die Geschäftsbesorgung (T€ 17,0) und sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 5,3). Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 56,5 (Vorjahr T€ 29,7) erwirtschaftet.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022		Vorjahr	
Anlagevermögen	3.720	88,0	3.849	88,4
Umlaufvermögen	508	12,0	503	11,6
Gesamtvermögen	4.228	100,0	4.352	100,0

	31.12.2022		Vorjahr	
Eigenkapital	679	16,1	622	14,4
Rückstellungen	47	1,1	58	1,3
Verbindlichkeiten	3.483	82,4	3.653	83,9
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0,4	19	0,4
Gesamtkapital	4.228	100,0	4.352	100,0

Die Kennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2022	2021	2020	2019	2018
Eigenkapitalquote	16,1	14,3	13,3	11,2	10,6
Anlagenintensität	88,0	88,4	89,4	89,4	90,2

Die Vermögenslage ist geordnet, es besteht eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2022	Vorjahr	
Jahresüberschuss	56,5	29,7	
Abschreibungen auf Sachanlagen	130,5	130,5	
Abnahme sonstiger Aktiva	0,0	10,0	
Abnahme(-)/Zunahme sonstiger Passiva	-5,9	46,7	
Zinsaufwendungen	63,8	66,8	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		244,9	283,7
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1,2	0,0	
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		-1,2	0,0
Planmäßige Tilgungen	-174,9	-174,3	
Gezahlte Zinsen	-63,8	-66,8	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-238,7	-241,1
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		5,0	42,6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode		-503,5	460,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode		508,5	503,5

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr und ist auch zukünftig stets in der Lage ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, aufgrund einer geordneten und gesicherten Kapitalstruktur. Liquiditätsengpässe sind auch zukünftig nicht zu erwarten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das Gewerbeobjekt „Am Güldenfeld 4“ (Produktionszentrum) ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Finanzierungsmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Die Zinsänderungsrisiken werden als gering eingestuft. Preisänderungsrisiken sind aufgrund des Abschlusses eines langfristigen Pachtvertrags begrenzt. Die Übernahme des Grundbesitzes Pfaffenstieg sowie der Umbau und die Modernisierung der Räumlichkeiten der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit anschließender langfristiger Verpachtung stellt keine erhöhten Risiken dar. Die langfristigen Darlehen sind mit langen Zinsbindungen abgeschlossen, so dass nur ein geringes Zinsänderungsrisiko besteht. Preisänderungsrisiken sind aufgrund des Abschlusses eines langfristigen Pachtvertrags begrenzt. Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Es wurde bereits mit einer Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO₂-Emissionen begonnen. Im Weiteren ist eine sukzessive Erarbeitung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen. Ferner besteht ein Risiko in der Unterbrechung von Lieferketten (Lieferengpässe bei verschiedenen Baumaterialien) mit Auswirkungen auf den Bereich der Instandhaltung von den Objekten. Hier kann es zu Verzögerungen und damit insbesondere zu einem Instandhaltungstau kommen. Die Ausfallrisiken bei den Pachtzahlungen sind grundsätzlich gestiegen, werden aber weiterhin als gering eingeschätzt, da es sich um langfristige Pachtverträge handelt und bei der Volkshochschule zusätzlich eine Mietgarantie des Landkreises Hildesheim besteht. Bisher waren keine Forderungsausfälle zu verzeichnen. Sonstige Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten und bestandsgefährdende Risiken sind mittelfristig nicht erkennbar. Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung gestaltet sich, auch nach Berücksichtigung des gegenwärtig unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes, das nächste Jahr positiv. Die Geschäftsführung erwartet bei einer weitgehend stabilen Umsatz-

und konstanten Aufwandsstruktur ein Jahresergebnis von T€ 78. Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss des Ukraine-Kriegs auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich. Ebenfalls schwer vorhersehbar ist die weitere Entwicklung der Inflation und des Zinsniveaus. Der hohe Grad der Unsicherheit kann zu negativen Abweichungen bei einzelnen Kennzahlen führen.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim bestehen nicht.

Theater für Niedersachsen GmbH (TfN)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters sowie die Unterhaltung eines Symphonieorchesters zur Förderung kultureller Zwecke. Der Gesellschaftszweck umfasst insbesondere die Aufführung und Produktion von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater in der Tradition des deutschen Ensemble- und Repertoiretheaters sowie die Darbietung von Konzerten. Produktionsort ist in der Regel Hildesheim.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften.

Bespielt wird das Theater samt seiner Spielstätten in Hildesheim, Gemeinden und Städte Niedersachsens in einem festzulegenden Verhältnis. Ausgewählte Produktionen können auch außerhalb des Spielgebietes der Gesellschaft aufgeführt werden.

Beteiligungsverhältnisse

Die Theater für Niedersachsen GmbH (TfN) ist zum 01.09.2007 von zunächst drei Gesellschaftern (Stadt Hildesheim, Landkreis Hildesheim und Zweckverband Landesbühne Hannover) gegründet worden. Das Stammkapital betrug 39.000,00 € und wurde im Jahre 2018 um 500.000 € erhöht

Mit Wirkung zum 31.12.2014 hat der Zweckverband Landesbühne die Kündigung des Gesellschaftsvertrages erklärt. Die Gesellschafter Stadt- und Landkreis Hildesheim sind nunmehr mit jeweiligen Stammeinlagen von 263.000,00 € beteiligt. Der dritte Geschäftsanteil wird laut Vereinbarung vom 07.05.2015 durch die Gesellschaft selbst eingezogen.

Der Theaterbetrieb wird durch jährliche Zuschüsse beider Gesellschafter sowie durch einen Zuschuss durch das Land Niedersachsen abgesichert. Grundlage hierfür ist eine Ziel- und Leistungsvereinbarung.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht künftig aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, und zwar:

- vier Mitgliedern des Rates der Stadt Hildesheim und dem Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim,
- vier Mitgliedern des Kreistags des Landkreises Hildesheim und dem Landrat des Landkreises Hildesheim,
- einem Vertreter des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur.
- einem von der Betriebsversammlung gewählten Vertreter sofern nicht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen ein Betriebsratsmitglied Sitz und Stimme hat,
- je einem Vertreter des Sprech- und Musiktheaters,
- je einem vom Kulturring und von der Volksbühne Hildesheim zu benennenden Vertreter.

Für den Landkreis hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Simone Flohr	Gruppe
KTA Herr Werner Preissner	Gruppe
KTA Frau Johanna Ellerhoff	Gruppe
KTA Frau Ute Bertram	CDU

Gesellschafterversammlung

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages entsendet jeder Gesellschafter jeweils ein Mitglied in die Gesellschafterversammlung.

Als Vertreter für den Landkreis Hildesheim wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Landrat Berndt Lynack benannt. Vertreter ist Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann.

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Gesellschaft ist gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages der Intendant. Der derzeitige Intendant ist Herr Oliver Graf.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen der Theater für Niedersachsen GmbH

Gesellschafter des Theaters sind Stadt und Landkreis Hildesheim. Mit knapp 50 Prozent des Zuschusses ist das Land Niedersachsen der größte Mittelgeber und sichert gemeinsam mit den Gesellschaftern den Theaterbetrieb durch jährliche Zuschüsse gemäß einer laufenden Ziel- und Leistungsvereinbarung ab. Als Ergebnis einer juristischen Beratung wird hierbei davon ausgegangen, dass die Zuschüsse der Gesellschafter sowie des Landes Niedersachsen grundsätzlich nicht dem Beihilfeverbot nach europäischen Vorschriften unterliegen. Zwischen dem Land Niedersachsen, den Gesellschaftern sowie der Theater für Niedersachsen GmbH wurde am 24.06.2020 eine dreiseitige Ziel- und Leistungsvereinbarung mit einer Laufzeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2023 unterzeichnet. Durch diese mittelfristige Laufzeit von vier Jahren konnte damit wieder für einen etwas längeren Zeitraum Planungssicherheit erzielt werden, nachdem die vorangegangene Ziel- und Leistungsvereinbarung bekanntlich nur eine Gültigkeit von einem Jahr hatte. Diese Vereinbarung sieht einerseits die Verstetigung der landesseitig über die sog. politische Liste zusätzlich erbrachten Mittel des Kalenderjahres 2018 vor, andererseits handelt es sich hierbei um eine Festbetragsfinanzierung. Aufgrund der Forderung der kommunalen Verhandlungspartner stellte die Vereinbarung in einer Protokollnotiz in Aussicht, ab September 2020 Gespräche mit dem Ziel zu verfolgen, eine Regelung für den Ausgleich der Tarifsteigerungen für die Jahre 2020 bis 2023 inhaltlich entsprechend der für die Jahre 2015 bis 2018 geltenden Vereinbarung zu finden. Es wurde hier jedoch — auch unter dem Einfluss der Corona-Pandemie — keine Einigung erzielt. Vielmehr haben nach der Landtagswahl die Gespräche über die Zielvereinbarung ab 2024 unter dem neuen zuständigen Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs, begonnen. Am 10.02.2021 hat das TfN auf seinen Antrag hin erneut eine Zusage zu dem seitens der Region Hannover aufgelegten Programm zur Förderung theaterpädagogischer Angebote in Höhe von 35 T€ für die Kalenderjahre 2021 bis 2023 erhalten. Für die Kalenderjahre 2023 bis 2026 konnte schließlich im Nachgang der Zustimmung der Regionsversammlung im Sommer 2022 erneut eine Vereinbarung zwischen der Region Hannover und dem TfN abgeschlossen werden, nach der die Rabatte für Abstecherbuchungen der Regionalkommunen durch eine Spielplanförderung seitens der Region ausgeglichen werden. Die Höhe der Förderung wurde allerdings künftig auf einen Festbetrag von 100 T€ begrenzt. Positiv ist hingegen insbesondere die neue Laufzeit von wieder vier Kalenderjahren, aber auch die Sicherheit einer Festbetragsfinanzierung. Die einzelnen Werke der Spielzeit 2021/2022 sowie die zugehörigen Besuchenden- und Auslastungszahlen können ebenso wie die zugehörigen Einnahmen der Besuchenden- und Einnahmestatistik der Spielzeit (siehe Anlage 9) entnommen werden.

Besuchende

Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie sind auch in 2021/2022 weiterhin nur eingeschränkt Vergleiche mit vorangegangenen Spielzeiten oder mit den Zahlen vor der Pandemie möglich. Während in der Spielzeit 2019/2020 der Vorstellungsbetrieb ab dem 13.03.2020 bis zum Ende der Spielzeit, also rund vier Monate, eingestellt wurde, erfolgte in der Spielzeit 2020/2021 bereits ab dem 02.11.2020 bis Ende Mai 2021, also rund sieben Monate, die Einstellung des Spielbetriebs in Präsenz. In der Spielzeit 2021/2022 hingegen konnte einerseits ein durchgängiger Spielbetrieb stattfinden, andererseits bestanden weiterhin eine deutliche Reduktion der Platzkapazität auf etwa 50 Prozent sowie Zugangsbeschränkungen, die verbunden mit der Sorge vor Ansteckung den Zuschauendenzuspruch stark einschränkten. Dies führte dazu, dass die Zahl der Vorstellungen wieder an die Jahre vor Corona anknüpfen konnte, während die Zahl der Besuchenden weiterhin stark dahinter zurückblieb. Insgesamt wurden in der Spielzeit 2021/2022 in Hildesheim und unterwegs in 975 Veranstaltungen wieder 76.862 Zuschauende erreicht (2018/2019 1.166 Veranstaltungen mit 152.670 Besuchenden; 2020/2021 220 Veranstaltungen mit 16.988 Besuchenden). Die Vorstellungszahl der eigenen Produktionen in Hildesheim und in den Gastspielorten stieg mit insgesamt 502 Veranstaltungen nun wieder auf das Niveau der Jahre vor der Pandemie. Mit 60.479 Besuchenden blieb hingegen die Zahl der Besuchenden vor dem Hintergrund der über weite Teile der Spielzeit reduzierten Platzkapazität deutlich hinter den Zahlen der Spielzeit 2018/2019 zurück (123.043 Zuschauende).

Hildesheim

In allen Spielstätten Hildesheims zusammen sahen 39.959 Besuchende (Vorjahr: 11.025) die eigenen 326 Vorstellungen (Vorjahr: 97) der Spielzeit 2021/2022. Die Einnahmen entwickelten sich ebenfalls positiv und stiegen wieder auf rund 604 T€ (Vorjahr 206 T€) an. Die Zahl der Vorstellungen knüpfte somit an die Zeit vor der Pandemielage an (2018/2019: 80.564 Zuschauende, 321 Vorstellungen). Aufgrund der durch das Abstandsgebots bedingte Kapazitätsbeschränkungen verblieben hingegen die Zahl der Besuchenden und in Analogie die Einnahmen weit hinter den Zahlen vor der Pandemie zurück. Das Studio theo konnte aufgrund der vorgeschriebenen Abstandsregelungen sowie der vorgeschriebenen Quadratmeterzahl pro Person erst zum Ende der Spielzeit wieder bespielt werden (18 Vorstellungen; 697 Besuchende). Die übrigen Vorstellungen des Kinder- und Jugendtheaterprogramms abseits des Großen Hauses fanden im dafür angemieteten Theaterhaus statt (58 Vorstellungen mit 1.389 Besuchenden). Im Foyer (F1) sahen insgesamt 142 Zuschauende die 4 Vorstellungen (Vorjahr 4 Vorstellungen, 123 Besuchende). Erstmals fand auch wieder ein Gastspiel anderer Veranstalter mit 92 Besuchenden statt. Die Zahl der Abonnements in Hildesheim ging zum Stichtag 31.08.2021 erneut auf nun 1.233 zurück (Vorjahr 1.505; 2019/2020 2.049 Abonnements). Es wird von Bedeutung sein, ob es mit dem Auslaufen der Pandemie gelingen kann, durch eine gezielte Kampagne wieder Abonnements zurückzugewinnen.

Kontaktprogramm

Im Rahmen des sog. Kontaktprogramms, wie etwa kostenfreie Matineen, Einführungsveranstaltungen, Nachgespräche oder Besuche in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, wurden in 456 (2020/2021: 96; 2019/2020: 523) Veranstaltungen weitere 11.525 (2020/2021: 3.010; 2019/2020: 21.289) Besuchenden erreicht. Auch hier nähert sich somit die Zahl der Veranstaltungen deutlich schneller als die Zahl der erreichten Menschen den Werten vor Corona an (2018/2019: 656 Veranstaltungen mit 24.330 Besuchenden). Insgesamt ist somit ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen.

Abstecher

Die Zahl der Abstechervorstellungen eigener Produktionen erholte sich in der Spielzeit 2021/2022 trotz Pandemie ebenfalls und erreichte einen Wert von 171 Vorstellungen (2020/2021: 20). Hierbei hat sich vor allem die Zahl der Kinder- und Jugendtheatervorstellungen massiv erhöht. Während diese im langjährigen

Mittel zwischen 40 und 50 Vorstellungen schwankte, lag sie in der Spielzeit 2021/2022 bei 96 Vorstellungen und 6.682 Besuchenden. Für diese Entwicklung maßgeblich war das neue Format eines Einpersonenstückes für Klassenzimmer mit 49 Vorstellungen, das auch über eine Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung besonders gute Verbreitung erfuhr. Sehr zurückhaltend war hingegen das Buchungsverhalten im Bereich von Oper und Operette, wo langjährig im Mittel etwa 20 Abstecher gebucht wurden, während 2021/2022 nur 11 Vorstellungen unterwegs waren und von 1.917 Besuchenden rezipiert wurden. Das Musical konnte hinsichtlich der Vorstellungszahlen unterwegs mit 20 Vorstellungen wieder an die Zeit vor Corona anknüpfen, wenn auch die Zahl der Besuchenden dahinter zurückblieb (4.207 Besuchende), ebenso das Schauspiel mit 36 Vorstellungen und 5.941 Besuchenden unter der Berücksichtigung, dass in der Spielzeit kein Drama Abiturstoff war, so dass die Nachfrage nach dem Abiturstoff also zwangsläufig wegfiel. Zusammen mit den 5 Abstechern in den selbstverwalteten Gastspielorten Langenhagen und Goslar konnten somit in 176 Abstechervorstellungen wieder 20.520 Besuchende erreicht und Einnahmen von rund 469 TE erzielt werden. Zum Stichtag 31.08.2021 waren die Abonnementszahlen in Goslar mit 33 Abonnements (Vorjahr: 41; 2019/2020: 44) und Langenhagen 121 (Vorjahr: 174; 2019/2020: 214) erneut rückläufig. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Theatersaal in Langenhagen Ende Oktober 2021 einen Wasserschaden erlitt, aufgrund dessen der weitere Spielbetrieb bis mindestens zum Ende der Spielzeit ausgesetzt werden musste. Bereits im Frühsommer 2022 wurde dann bekannt gegeben, dass sich die Wiederherstellung der Spielstätte weiter verzögern würde und der Spielbetrieb erst wieder ab Ostern 2023 aufgenommen werden kann.

Kontaktprogramm

Im Rahmen des sog. Kontaktprogramms, wie etwa kostenfreie Matineen, Einführungsveranstaltungen, Nachgespräche oder Besuche in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, wurden in 456 (2020/2021: 96; 2019/2020: 523) Veranstaltungen weitere 11.525 (2020/2021: 3.010; 2019/2020: 21.289) Besuchenden erreicht. Auch hier nähert sich somit die Zahl der Veranstaltungen deutlich schneller als die Zahl der erreichten Menschen den Werten vor Corona an (2018/2019: 656 Veranstaltungen mit 24.330 Besuchenden). Insgesamt ist somit ein deutlicher Aufwärtstrend zu verzeichnen.

Hausüberlassungen

In der Spielzeit 2021/2022 wurden in 16 Veranstaltungen im Rahmen von Hausüberlassungen der verschiedenen Räumlichkeiten des Theaters 4.766 Besuchende erreicht. Die Einnahmen beliefen sich auf 24 T€.

Einnahmen aus Vorverkaufsgebühren und Systemnutzung

Aufgrund der Abhängigkeit von der Anzahl der Besuchenden ist bei diesen beiden Größen in der Spielzeit 2021/2022 wieder ein Zuwachs zu verzeichnen. Aus Vorverkaufsgebühren konnten rund 27.600 € Einnahmen generiert werden (Vorjahr: 10 T€). Die Einnahmen aus der Nutzung des Verkaufssystems erreichten einen Stand von rund 19.100 € (Vorjahr: 5 T€). Es wird weiterhin das Kartenbuchungssystem ReserviX eingesetzt.

Spenden und Sponsoring

Während die Einnahmen aus Sponsoring (rund 26 T€ in 2021/2022 im Vergleich zu 20 T€ im Vorjahreszeitraum) sich auf insgesamt niedrigem Niveau dennoch leicht positiv entwickelten, ging die Spendenbereitschaft in diesem zweiten Pandemiejahr zurück (rund 45 T€ in 2021/2022 im Vergleich zu rund 61 T€ im Vorjahreszeitraum). Allerdings war die Spendenbereitschaft in der Spielzeit 2020/2021 zu großen Teilen auf die gemeinsame Anstrengung zur Beseitigung des Wasserschadens zurückzuführen. 2022 hingegen war durch den Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine und dem Beginn der Energiekrise in dessen Folge gekennzeichnet, was naturgemäß den Fokus vom Theater wegrückte.

Zuschüsse

Der Betriebskostenzuschuss des Landes Niedersachsen betrug in der Spielzeit 2021/2022 wie im Vorjahr 8,09 Mio. € als Festbetrag aus der laufenden Zielvereinbarung. Die Zuschüsse der Gesellschafter Stadt und Landkreis Hildesheim betragen in der Spielzeit jeweils rund 3,781 Mio. € (Vorjahr: 3,737 Mio. €) zuzüglich eines Investitionskostenzuschusses von jeweils rund 51 T€. Gemäß ihrer jeweiligen Zuschussvereinbarung leisteten die Städte Nienburg und Hameln Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 72 T€. Die Region Hannover leistete einen Zuschuss in Höhe von 66.290 € (Vorjahr: 73 T€ 2019/2020: 180 T€). Dieser Rückgang ergibt sich aus dem infolge der Pandemie in deutlich geringerem Maße abrufbarem Ausgleich des Rabatts für Gastspiel-Buchungen von Regionsorten und dem Wegfall Langenhagens aufgrund des Wasserschadens. Rund die Hälfte entfällt auf die Vereinbarung zur Förderung theaterpädagogischer Maßnahmen (35 T€).

Aufwand

Die Sachkosten (ohne die selbständigen Künstler_innen) beliefen sich mit rund 4,068 Mio. € wieder auf dem Niveau der Jahre, in denen keine Sondereffekte wie etwa der Wasserschaden oder Sanierungsmaßnahmen vorlagen (2019/2020: 4,2 Mio. €) und sind daher mit dem Vorjahr (7,127 Mio. €) nicht vergleichbar. Die Personalkosten stiegen im Betrachtungszeitraum deutlich um 3.158 Mio. € auf rund 13.018.300 € (Vorjahr: 9.860 Mi. Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Spielzeiten wurde das Personal durchgehend beschäftigt. Kurzarbeit fand in der Spielzeit 2021/2022 nicht mehr statt, auch wenn insbesondere für die großen Kollektive Chor und Orchester die Abstandsbedingungen weiterhin zu veränderten Einsatzmöglichkeiten führten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist zum 31.08.2022 im Vorjahresvergleich von 7,402 Mio. € auf nun 8,631 Mio. € um rund 1,23 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ist vorwiegend auf einen stichtagsbezogen höheren Kassenbestand zurückzuführen. Das Guthaben bei Kreditinstituten stieg zum Bilanzstichtag deutlich von rund 3,072 Mio. € zum 31.08.2021 auf 4,378 Mio. € zum 31.08.2022. Das Anlagevermögen verringerte sich von 2,658 Mio. € auf 2,256 Mio. € im Vorjahresvergleich wegen abgängigen Inventars leicht. Während 2020/2021 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 611 T€ zu verzeichnen war, konnte 2021/2022 ein Überschuss von 1,152 Mio. € auf das neue Geschäftsjahr vorgetragen werden. Dieser Überschuss resultierte vorwiegend aus der Erstattung des Wasserschadens in Höhe von rund 702 T€ sowie aus den Mitteln des Sonderfonds für Kultur des Bundes, mit dessen Hilfe die Mindereinnahmen aufgrund der eingeschränkte Platzkapazität ausgeglichen werden konnten (367 T€). Weiterhin hält die Gesellschaft die Gesellschaftsanteile des ehemaligen Gesellschafters Zweckverband Landesbühne Hannover in Höhe von 13 T€.

Investitionen

In der Spielzeit 2021/2022 mussten für den Fuhrpark vier der 25 Wechselbrücken für die Abstecher ausgetauscht werden, weil sie der jährlichen Prüfung nicht mehr standhielten. Hierfür wurden 25 T€ investiert. Aufgrund der Abschwächung einiger pandemiebedingter Auflagen konnten die Foyers wieder für die Pausengastronomie genutzt werden und konnten nach dem Umbau nun möbliert werden. Hierauf entfielen weitere 38 T€. Der Hauptanteil mit einem Volumen von rund 125 T€ entfiel jedoch vor dem Hintergrund der Energiekrise auf den Austausch von Beleuchtungsmitteln in LED-Technologie für den Vorstellungsbetrieb. Weitere kleinere Maßnahmen entfielen auf die Ton- und Beschallungstechnik in Höhe von 6 T€.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen per 31.08.2022	128.100,00 €
31.08.2021	116.464,85 €

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr vergleichsweise konstant (+10 TE). Während die Rückstellungen für Urlaubsansprüche und Überstunden wieder steigen, sind die Verpflichtungen aus zwei Altersteilzeitverhältnissen und die Verpflichtungen für Abfindungen aus dem Intendantenwechsel weggefallen.

Lage der Gesellschaft

Nachdem die erste Spielzeit unter der Intendanz von Oliver Graf durch eine fast sieben Monate andauernde Schließung des Spielbetriebs extrem eingeschränkt war, ging es in der zweiten Spielzeit 2021/2022 endlich darum, mit dem neuen Team künstlerisch sowohl beim Hildesheimer Publikum als auch im Gastspielgeschäft anzukommen und bei durchlaufendem Spielbetrieb die neuen Schwerpunkte der Spielplanung zu zeigen. Obwohl aufgrund der Abstandsgebote und der strengen Arbeitsschutzvorschriften (3 G am Arbeitsplatz, weitreichende PCR-Testung der Beschäftigten) weiterhin szenische und musikalische Einschränkungen bestanden, konnte der Spielplan wie angekündigt umgesetzt werden und die Spielzeit verlief, ohne dass etwa erneut Kurzarbeit angeordnet werden musste. Gleichzeitig führten die Vorschriften weiterhin zu sehr zurückhaltendem Publikumsverhalten, wobei in der Tendenz jüngere Zuschauende sich eher wieder zurück in die Theater trauten. Für das Kinder- und Jugendtheater und die geplanten Koproduktionen mit den freien Gruppen waren hierbei die Auswirkungen nach außen am deutlichsten sichtbar, da alle kleinen Spielstätten der Theater für Niedersachsen GmbH unter Corona-Bedingungen nicht nutzbar waren, weil sie weder über eine Lüftungsanlage verfügen, noch die vorgeschriebenen Sicherheitsabstände einzuhalten waren. Daher wurden in der Spielzeit 2021/2022 alle Koproduktionen ins Theaterhaus ausgelagert, wo allerdings keine eigenen Produktionen des TfN zur Aufführung gebracht werden durften, so dass die Wiederaufnahme Einer für alle entfallen musste. Nachdem bekannt wurde, dass die Landesregierung in ihren Haushaltsentwürfen weiterhin keine Tarifvorsorge für die Kommunaltheater und das Staatstheater Hannover vorsah, hat das theaterübergreifende Aktionsteam #Rette Dein Theater, indem sich Beschäftigte aus allen Bereichen der Theater engagiert haben, am 10.11.2021 eine Demonstration vor dem Niedersächsischen Landtag organisiert, deren Ziel eine gesicherte Finanzierung der an den Theatern Beschäftigten sein sollte. Mit dem Hinweis, dass Niedersachsen bei den pro Kopf Ausgaben für Kultur bundesweit auf dem drittletzten Platz steht, sollte die Notwendigkeit der zumindest anteiligen Übernahme von tariflichen Erhöhungen von Bund und Kommunen untermauert werden. Hierzu fanden auch Treffen der Betriebsratsvorsitzenden der verschiedenen Theater mit dem bis Oktober 2022 zuständigen Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, statt. Ebenso wurden die diesbezüglichen Gespräche in der sog. Kleinen Kommission fortgesetzt, in der für Hildesheim der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Ingo Meyer, vertreten ist. Diese Gespräche führten jedoch im Vorfeld der im Oktober 2022 stattfindenden Landtagswahl zu keinem Ergebnis. Am 24. Februar 2022 begann der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und läutete damit europaweit die Energiekrise ein. Dies verstärkte auch noch einmal den Druck, den bereits seit einigen Jahren eingeleiteten Wechsel auf LED-Technologie weiter zu beschleunigen. Ein Umstieg des Heizbetriebs auf Fernwärme ist im Rahmen des zweiten Bauabschnitts der Sanierung ebenfalls bereits geplant, kann aber erst nach Abschluss der Arbeiten Ende 2023 erfolgen. Die Errichtung des barrierefreien neuen Kinder- und Jugendtheaters thim (theater im malsaal) begann schließlich im April 2022 mit dem Abriss des alten Malsaaals. Bis zum Ende der Spielzeit war das neue thim bereits soweit im Rohbau, dass die gbg als Bauherr im September zum Richtfest einladen konnte. Insgesamt dauert der zweite Bauabschnitt jedoch bis Ende 2023 an, so dass die Eröffnung des thim in der Spielzeit 2023/2024 geplant ist.

Im Juni 2022 erfolgte nach langen Verhandlungen außerdem eine einschneidende Tarifeinigung zwischen den Partnern des NV Bühne, mit dem Ziel den Tarifvertrag grundlegend zu modernisieren. Hiernach erhöhte sich die Einstiegsgage im Bereich des NV Bühne zum 01.09.2022 von 2.000,- € pro Monat auf dann

2.550,- €/monatlich. Ein weiterer Anstieg ist ab dem 01.01.2023 mit einer weiteren Erhöhung auf dann 2.715,- € beschlossen. Außerdem ist ab dem 01.09.2023 eine tarifliche Erhöhung nach zwei Beschäftigungsjahren um weitere 200,- € monatlich vereinbart worden. Ab der Spielzeit 2023/2024 nehmen sowohl die Einstiegsgehalt als auch die Beschäftigungszulage an der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes teil, erhöhen sich also in der Regel jährlich.

Kooperationen

Fortgesetzt wurde die in der vorangegangenen Spielzeit neu gegründete Initiative „Kulturquadrat“, in der die vier ähnlich strukturierten Kulturinstitutionen Roemer- und Pelizaeusmuseum, Musikschule, Volkshochschule und TfN, die alle in der Hand von Stadt und Landkreis liegen., verstärkt kooperieren wollen. Es fanden verschiedene Treffen statt, in denen einige zukünftige Projekte der folgenden Spielzeit geplant wurden. Außerdem feierte die Produktion „In der Luft und anderswo“ als Kooperation mit dem Museum Premiere und wurde begleitend zur Sonderausstellung „SEUCHEN — Fluch der Vergangenheit, Bedrohung der Zukunft“ bis zum Ende der Seuchenausstellung weitergeführt. Die Kooperation mit der 12-Apostel-Gemeinde Hildesheim, in der das Einpersonenstück „Judas“ bereits in der Spielzeit 2020/2021 zur Premiere kam, wurde mit weiteren Vorstellungen fortgesetzt und soll in der Spielzeit 2022/2023 mit der Aufführung „Der Teufel und der liebe Gott“ vorerst abgeschlossen werden. Die Arbeitsgruppe „Kultur inklusiv“, an der neben dem Theater als Hauptkooperationspartner vor allem auch die Malteser und die Diakonie beteiligt sind, wurde weitergeführt. Alle zwei Monate tagt die Gruppe von Kultur- und Sozialakteuren in Hildesheim (u.a. RPM / AWO Trialog / Behindertenbeirat der Stadt / Kulturbüro Landkreis / Diakonie Himmelsthür / VHS / Malteser / Theaterpädagogisches Zentrum / Center for Worldmusic / HAWK / Die Wilderer / Röderhof / Radio Tonkuhle / Musikschule / Kulturleben). Unter dem Titel: „Hildesheim - eine Kulturstadt für alle“ geht es darum, inklusive Kulturprojekte zu entwickeln und zu fördern. Seit der Spielzeit 2020/2021 wird das Engagement des TfN in diesen Fragen auch personell verstärkt, da im Bereich der Pädagogik durch eine neu geschaffene Stelle „Agent_in für Inklusion“ die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden konnten. Die Kooperation mit der Literaturzeitschrift „Bella Triste“ und dem Literaturhaus St. Jakobi wurden zwar fortgesetzt, Veranstaltungen entfielen aber infolge der Pandemie. Im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters wurde die Zusammenarbeit mit der freien Theaterszene fortgesetzt. Es fanden Koproduktionen mit dem Theater Karo Acht, Theater Fata Morgana, theaterWEITER und tanz.Utan statt. Neben diesen Vereinbarungen mit einzelnen Gruppen für konkrete Inszenierungen bestehen weiterhin Vereinbarungen mit dem theaterpädagogischen Zentrum zur pädagogischen Zusammenarbeit. Die bestehenden Schulkooperationen konnten weitergeführt werden. Inzwischen existieren Theaterklassen in der Kooperierenden Gesamtschule Gronau, der Grundschule Alter Markt, der Realschule Himmelsthür, dem Gymnasium Marienschule und der Integrierten Gesamtschule Lengede. Weitere Schulkooperationen bestehen außerdem mit der Friedrich-List-Schule, der Waldorfschule, dem CJD Elze, der Albertus Magnus Realschule sowie den Grundschulen St. Martinus, St. Nikolaus und der Grundschule Söhre. Die Kooperationen mit der Universität Hildesheim und der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim (HAWK) wurden wie in den vorangegangenen Spielzeiten fortgesetzt, wobei sich die Zusammenarbeit in der Spielzeit auf Vorträge oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Feierlichkeiten beschränkte. Ein Austausch fand weiterhin mit den Theatern in Braunschweig, Celle, Hannover, Lüneburg, Münster, Wilhelmshaven sowie mit den Gandersheimer Domfestspielen statt.

Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung

Mit dem langsamen Abklingen des pandemischen Geschehens setzt diesbezüglich immer mehr Normalität ein. Zurück bleibt jedoch ein enormer Verlust an Abonnent_innen einerseits und die Tendenz zu immer späterem Buchungsverhalten andererseits. Dadurch wird es zum einen immer schwieriger, die Vorstellungen mit einem gewissen Grundstock an Zuschauenden zu füllen und hierdurch einen guten Start in den Verkauf zu gewährleisten und zum anderen fehlt dadurch zum Ende die Zeit, die Vorstellungen vollständig zu füllen. Wie bereits zu Beginn der Corona- Pandemie angedacht, soll daher mit dem

Erreichen einer Endemie auch eine Kampagne zur Rückgewinnung von Abonnent_innen eingeläutet werden. Eine neue Herausforderung ist die erwähnte Energiekrise. Seit dem 01.09.2022 gilt die neue Energieeinsparverordnung, zunächst befristet bis Ende Februar 2023, dann verlängert bis zum 15.04.2023, nach der öffentliche Räume nur noch auf 19 Grad geheizt werden dürfen. Auch ist das Händewaschen in diesen Bereichen auf kaltes Wasser beschränkt und die Außenbeleuchtung im Zeitraum 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr untersagt. Auch diese Krise wirkt auf das Theater in mehrfacher Hinsicht. Mit Blick auf die Zuschauenden erleben wir vor dem Hintergrund inflationär gestiegener Lebenshaltungs- und Energiekosten und der Verunsicherung, wie sich das Kriegsgeschehen weiter entwickeln wird, ein deutlich zurückhaltendes Kaufverhalten, so dass also die Einnahmen möglicherweise noch länger hinter den Erwartungen zurück bleiben. Gleichzeitig haben sich im Aufwand die Energiekosten innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt, obwohl die Vorgabe, mindestens 20 Prozent einzusparen, erreicht wurde. Zudem trifft diese Entwicklung das Theater aufgrund seiner Landesbühnenfunktion besonders stark, da natürlich auch die Kraftstoffe betroffen sind. Dies summiert sich zu jährlichen Mehrkosten von rund 300 T€ allein in diesem Bereich. Kurzfristig verspricht hier für das Kalenderjahr 2023 ein weiterer Sonderfonds des Bundes Entlastung, der die gestiegenen Mehrkosten im Energiebereich teilweise auffangen soll. Allerdings gehen die Energieversorger derzeit nicht davon aus, dass die Energiepreise mittelfristig wieder in die Nähe des alten Niveaus sinken werden. Daneben summieren sich erhebliche Teuerungsraten für die eingesetzten Materialien wie Holz, Stahl, Papier trotz gleichzeitiger massiver Restriktionen ebenfalls zu rund 100 T€ auf. Hinzu kommen die gestiegenen Kosten aufgrund der Erhöhung der Einstiegsgehalt im Tarifbereich NV Bühne, die das Vergütungsniveau ab der die Spielzeit 2022/2023 hochgerechnet um rund 260.000 € anheben. Noch nicht berücksichtigt sind hierbei die Mehrkosten zur Anpassung des Gagengefüges für Beschäftigte, die länger als drei Jahre dabei sind. Darüber hinaus sind die Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes ab Januar 2023 zu berücksichtigen, deren Höhe zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht feststeht. Es ist aber aufgrund anderer Abschlüsse davon auszugehen, dass diese deutlich höher ausfallen als in den vergangenen Jahren. Nimmt man eine Erhöhung von 5 Prozent an, so summieren sich diese Erhöhungen der Personalkosten, inklusive der Erhöhung des Mindestlohns im Bereich der Aushilfen, auf rund 850 T€ jährlich. Diese Kostensteigerung im Sach- und Personalkostenaufwand wird sich über die Einnahmeseite nicht dauerhaft auffangen lassen. Aufgrund der Bilanzvorträge vorangegangener Spielzeiten steht die Theater für Niedersachsen GmbH nicht kurzfristig vor einem finanziellen Problem, erfolgt hierfür jedoch kein Ausgleich, dann entsteht mittelfristig ein strukturelles Problem, dem nur kulturpolitisch zu begegnen sein wird. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass es erhebliche Sanierungsstaus gibt, denen in den nächsten Jahren begegnet werden muss. Im TfN zählt dazu die Bühnenmaschinerie, deren Erneuerung bereits seit ein paar Jahren verschoben wird. Dies war allerdings nur dem glücklichen Umstand geschuldet, dass das Staatstheater Hannover seine Maschinerie erneuert hat, wodurch aus deren Bestand gebrauchte Teile als Ersatzteile zur Verfügung standen. Seit Februar 2023 ist weiterhin bekannt, dass zusätzlich auch die Steuerung des Eisernen Vorhangs weder hardwareseitig noch softwareseitig länger unterstützt wird. Insoweit wird der zeitnahe Austausch der technischen Anlagen unumgänglich. Weiterhin ist die Forderung des vorbeugenden Brandschutzes nach der Errichtung einer flächendeckenden Brandalarmierung ebenso umzusetzen wie die Errichtung eines Feuerwehrfunks im Haus. Diese Maßnahmen werden im Sommer 2023 begonnen, ihre Fertigstellung wird aber voraussichtlich bis zum Frühjahr 2024 andauern. Aktuell ungeklärt ist die Frage, ob auch die Elektroakustische Sprachalarmierungsanlage (ELA) flächendeckend auszugestalten ist. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird die Rücklagen weitgehend verbrauchen. Würden diese durch den laufenden Betrieb verzehrt, um die Kostensteigerungen aufzufangen, entstünde dementsprechend eine strukturelle Schieflage. Bereits für die Dauer der aktuell laufenden Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Land Niedersachsen für die Jahre 2020 bis einschließlich 2023 ist die anteilige Übernahme der tariflichen Erhöhungen seitens des Landes ausgesetzt. Die bisherigen Gespräche der Kleinen Kommission führten ebenso wenig wie die Anstrengungen des Aktionsbündnisses #Rette Dein Theater zu einem schnellen Erfolg. Gleichwohl sind sie extrem wichtig, um die Bedeutung dieses Themas in der Landespolitik präsent zu halten. Dies ist besonders im Vorfeld der anstehenden Verhandlungen für die Ziel- und Leistungsvereinbarung ab 2024 von Bedeutung, in denen dringend die anteilige Übernahme erreicht werden muss. Erste Gespräche der Kleinen Verhandlungskommission zur neuen Ziel- und

Leistungsvereinbarung mit dem neuen Minister, Herrn Falko Mohrs, sind für den April 2023 geplant. Ein positives Signal ist hingegen der Baufortschritt des barrierefreien neuen Kinder- und Jugendtheaters thim (theater im nnalsaal). Denn es bietet nicht nur die große Chance, in einer zeitgemäßen Spielstätte junges Publikum zu gewinnen und gleichzeitig Barrieren abzubauen, sondern ist auch für das Gastspielgeschäft eine sinnvolle Ergänzung, in dem mit den hier entstandenen Inszenierungen auch kleinere und somit etwas günstigere Produktionen angeboten werden können.

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. September 2021 bis 31. August 2022**

	2021/2022 T€	2020/2021 T€
1. Umsatzerlöse	1.115.970,51	294
2. Sonstige betriebliche Erträge	9.459.572,79	8.503
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	707.201,78	1.093
Aufwendungen für bezogene Leistungen	700.437,53	401
Aufwendungen für selbständige Künstler	589.583,99	307
	1.997.223,30	1.801
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	10.086.874,09	7.814
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.343.320,50	1.738
davon für Altersversorgung: € 15.359,77 (2020/2021: € 8.217,14)		
	12.430.194,59	9.552
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	632.240,24	470
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.028.314,18	5.163
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12,00	2
8. Ergebnis nach Steuern	- 6.512.417,01	- 8.187
9. Erträge aus Zuschüssen der Gesellschafter ohne Gegenleistungsverpflichtung	7.664.754,80	7.576
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.152.337,79	- 611

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Für das Jahr 2024 sind als Mittel für Zuschusszahlungen 4.550.000,00 € veranschlagt. Des Weiteren wird ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 51.129,00 € gezahlt. Die vom Kreistag beschlossene Erhöhung des Stammkapitals wurde im Laufe des Jahres 2018 vollzogen.

Überlandwerk Leinetal GmbH (ÜWL)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Überlandwerk Leinetal GmbH (ÜWL) erfüllt den Zweck, die Einwohner in den Samtgemeinden Gronau (Leine), Duingen und Sibbesse sowie der Einheitsgemeinden Elze und Nordstemmen mit Strom, Gas und Wasser zu versorgen.

Durch die Beteiligung des Landkreises soll ein angemessener Einfluss auf die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Grundversorgung seiner Einwohner erreicht werden.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Überlandwerk Leinetal GmbH beträgt 2.560.000,00 €. Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist hieran mit 665.600,00 € (26 %) beteiligt.

Weitere Gesellschafter: Avacon AG, Helmstedt; Anteil: 48,0 % sowie Stadt Gronau (Leine); Anteil 26,0 %

Anteilsbesitz

An folgenden Unternehmen ist die Überlandwerk Leinetal GmbH beteiligt:

- ☒ Avacon AG, Helmstedt,
- ☒ Harzwasser-Kommunale Wasserversorgung GmbH, Syke-Barrien (HKW),
- ☒ Photovoltaik-Park Heinde/Lechstädt GmbH & Co. KG,
- ☒ Energie-Freden GmbH & Co.KG u. Verwaltungs-GmbH Freden
- ☒ Bürger-Energie-Gronau (L.) eG,
- ☒ Windenergie Koppelberg GmbH, Bad Salzdetfurth, Verwaltungs-GmbH und GmbH & Co. KG
- ☒ Bürger-Energie-Elze eG
- ☒ Solargenossenschaft Holle u. Ambergau eG
- ☒ Windenergie Leinetal Verwaltungs-GmbH und GmbH & Co.KG 1
- ☒ Windenergie Leinetal Verwaltungs-GmbH und GmbH & Co.KG 2
- ☒ Bürgerwindrad Evensen – stille Beteiligung

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Nach § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat aus 12 Mitgliedern. Die Mitglieder werden von den Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt. Jeder Gesellschafter entsendet vier Mitglieder. Der Landkreis Hildesheim wird im Aufsichtsrat durch Herrn Landrat Berndt Lynack vertreten.

Für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hat der Kreistag folgende Mitglieder benannt:

KTA Frau Waltraud Friedemann	Gruppe
KTA Herr Michael Bosse-Abogast	CDU
KTA Herr Dr. Holger Schütte	Gruppe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 12 des Gesellschaftsvertrages festgelegt. Als Vertreter für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH in der Gesellschafterversammlung hat der Kreistag Herrn Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Geschäftsführer

Die Gesellschaft wird gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer sind Herr Markus Königshofen und Herr Frederik Wille.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Versorgung der Kunden mit Strom und Wasser im Versorgungsgebiet sowie die Erbringung der weiteren Dienstleistungen konnte ÜWL im Berichtsjahr ohne nennenswerte Beeinträchtigungen jederzeit voll erfüllen. Das Geschäftsjahr verlief besser als geplant. Dabei ergaben sich wesentliche Änderungen in der Umsatzerwartung sowie Kostenminderungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die zusammen zu einem Ergebnis vor Steuern von 3,6 Mio. EUR führten, das somit über dem Plan von 3,0 Mio. EUR liegt. Der Absatz im Stromvertriebsgeschäft betrug 99,7 Mio. kWh (Vorjahr 113,3 Mio. kWh). Durch das ÜWL-Netz flossen insgesamt 482,3 Mio. kWh (Vorjahr 497,0 Mio. kWh). Davon wurden aus erneuerbaren Energieträgern 156,9 Mio. kWh (Vorjahr 168,4 Mio. kWh) in das ÜWL-Netz aufgenommen und an den Verbund weitergeliefert. Die Änderung der gesetzlichen Umlagen hat ÜWL durch entsprechende Anpassung der Endpreise zum 1. Januar 2022 an ihre Stromkunden weitergegeben. Ebenso wurde der Entfall der EEG-Umlage zum 01.07.2022 entsprechend berücksichtigt. Im Trinkwassergeschäft wurden im eigenen Gebiet 1,8 Mio. cbm (Vorjahr 1,9 Mio. cbm) an Endkunden abgesetzt. Der Gasvertrieb entwickelt sich leicht rückläufig. Aufgrund der im Verlauf des Januars getroffenen Entscheidung, aufgrund der stark ansteigenden Energiepreise keine Neukunden im Gas mehr aufzunehmen, sank die Kundenanzahl Ende 2022 auf 1 305 Kunden (Vorjahr ca. 1 340 Kunden) mit Gas beliefert. Der Gesamtabsatz belief sich u. a. auch durch witterungsbedingte Absatzsteigerungen auf 36,2 Mio. kWh (Vorjahr 41,1 Mio. kWh). Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ÜWL waren auch in 2022 sehr begrenzt.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Weltwirtschaftswachstum entwickelte sich vor dem Hintergrund der angespannten Lage im vergangenen Jahr nur langsam. Das Bruttoinlandsprodukt ist gemäß OECD mit 3,1 % nur etwa halb so stark gewachsen wie im Jahr 2021. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig. Wegen der über das Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte an hob und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ - was die stärkste Anhebung seit Einführung der Gemeinschaftswährung war - folgten Ende Oktober und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Ziel der EZB mit der Zinserhöhung ist, Kredite zu verteuern, die Nachfrage zu dämpfen und so hohen Teuerungsraten entgegenzuwirken, um die Inflation mittelfristig wieder auf ihren Zielwert von 2,0 % zu führen. Wichtige Einflussfaktoren für die Wirtschaft im Euroraum waren und sind zudem die Russland-Sanktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat. Über allem spannte sich zusätzlich der Bogen einer drohenden europäischen Energiekrise, deren Wirkung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen

Mitgliedstaaten spürbar war und die Konjunktur in Europa insgesamt deutlich verschlechterte. Verschärft wurde die angespannte Energieversorgungs-Situation durch den russischen Gas-Lieferstopp über die Pipeline Nordstream 1 Ende August und die mutmaßlichen Anschläge auf beide Nordstream-Pipelines Ende September. Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar hat die Wachstumshoffnungen zunichte gemacht. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unmittelbar nach dem russischen Angriff von einer Zeitenwende. Die in diesem Zuge ebenfalls angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor. Die Bundesregierung hat seit Beginn des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen beschleunigten Anstieg der Energiepreise zahlreiche Gesetze auf den Weg gebracht, um das Funktionieren des Gasmarktes sicherzustellen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie Industrie und Bürger zu entlasten - und so auch zu einer Eindämmung der extrem hohen Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung beizutragen. Im März rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. €. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder vollständig gefüllt sind. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt für das Geschäftsjahr 2022 ist gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % angestiegen. Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 % gegenüber 2021 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Jahresteuersatzrate damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. So hatte sie im Jahr 2021 noch bei +3,1 % gelegen. Eine weiterhin wichtige Einflussgröße für die deutsche Wirtschaft blieb auch im Berichtsjahr die Corona-Pandemie. Auch wenn das deutsche Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2022 erstmals wieder oberhalb des Vorkrisenniveaus lag (+0,2 % im Vergleich zum 4. Quartal 2019), beeinträchtigte die Pandemie wie in den beiden Vorjahren das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Insbesondere die Lieferketten waren weltweit weiterhin stark gestört und verzögerten so eine schnellere wirtschaftliche Erholung. Obwohl einzelne Unternehmen bereits von Verbesserungen in der Lieferkette berichten, werden die Probleme vermutlich noch weit in das Jahr 2023 reichen.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Europa

Die Serie von Hitzewellen quer durch Europa zusammen mit ungewöhnlich trockenen Bedingungen hat nicht nur Mensch und Natur, sondern auch die europäische Wirtschaft und Energieversorger im vergangenen Jahr vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Jahr 2022 war in Europa bis Ende Oktober das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 140 Jahren. Aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten, aber auch bedingt durch Hitze und Trockenheit und infolgedessen eines Kühlwassermangels aus Flüssen waren in Frankreich zeitweise weniger als die Hälfte der 56 französischen Atomreaktoren mit voller Leistung am Netz. Dadurch sank der Anteil der Atomenergie am französischen Strommix deutlich unter das Normalniveau von 70 %, was wiederum eine zusätzliche preistreibende Wirkung auf den europäischen Großhandelsmärkten hatte. Vor dem Hintergrund der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise und immer deutlicher zutage tretenden Folgen des Klimawandels für Menschen, Umwelt, Wirtschaft und Energieversorgung haben die EU und die Bundesregierung Maßnahmen verschärft bzw. wollen diese auf den Weg bringen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben.

Deutschland

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien verabschiedet. Insbesondere das EnWG, EEG und WindSeeG haben umfangreiche Änderungen erfahren. Insgesamt wurden 19 Einzelgesetze geändert. Es handelt sich damit um eine der größten energiepolitischen Gesetzesnovellen der vergangenen Jahrzehnte.

Der Gesetzgeber hat die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von bislang 50 % auf 80 % erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt werden. Um das zu erreichen, wird der Ausbau erneuerbarer Energien als von „überragendem öffentlichen Interesse“ verankert. Damit erhält die erneuerbare Energieerzeugung Vorrang in Abwägungsprozessen, zum Beispiel gegenüber den Belangen von Bau- und Straßenrecht, Wasserschutzgebieten aber auch Forst-, Immissionsschutz- und Naturschutzrecht. Mit diesem Schritt, so die Hoffnung des Gesetzgebers, werden sich die Bremsen im Bereich Planung und Genehmigung lösen lassen. So gelten beispielsweise nun im novellierten Bundesnaturschutzgesetz für die artenschutzrechtliche Prüfung bundeseinheitliche Standards. Das neue Bundesnaturschutzgesetz erlaubt nun explizit, dass auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können. Der Finanzierungsbedarf für die Erneuerbaren Energien wird künftig aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ ausgeglichen. Verbraucher und Unternehmen werden durch den Wegfall der EEG-Umlage entlastet. Um das neue Ausbauziel für Wind- und Solarenergie 2030 zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen für die Zeit bis 2028/29 erhöht. Parallel dazu hat der Gesetzgeber das Wind-an-Land-Gesetz beschlossen, um den Ausbau der Windenergie an Land zu beschleunigen. Demnach müssen die Bundesländer bis 2032 2 % der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen. Bis 2027 sollen 1,4 % der Flächen für Windenergie bereitstehen. Repowering-Maßnahmen alter Windanlagen am selben Standort sind vorzuziehen. Ein weiterer Baustein zur Beschleunigung der Energiewende ist die Novellierung des Messstellenbetriebsgesetzes. Damit möchte die Bundesregierung unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Rollout von Smart Metern beschleunigen. Mit einer Gesetzesinitiative, die im Dezember 2022 vom Kabinett beschlossen wurde, will Robert Habeck einen Neustart des Smart Meter-Rollouts und die Ziele des deutschen Smart Meter-Plans erreichen. Der Plan sieht derzeit vor, dass bis 2032 jeder Zähler intelligent oder zumindest mit einer digitalen Schnittstelle versehen sein muss. Insgesamt läuft der Smart Meter Rollout in Deutschland aufgrund von technischen und regulatorischen Hürden immer noch schleppend. ÜWL hat von der BNetzA nach der Anzeige in 2017 die Marktrolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB) erhalten. Damit führt ÜWL den Rollout für die modernen Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme nach den gesetzlichen Vorgaben durch. Dabei werden die Vorgaben nach § 3 (4) MsbG zur Gewährleistung von Transparenz sowie diskriminierungsfreier Ausgestaltung und Abwicklung des Messstellenbetriebes berücksichtigt. Aufgrund von Lieferverzögerungen des beauftragten Dienstleisters konnten bisher keine intelligenten Messsysteme installiert werden.

Steuern und Umlagen	2023	2022	2021
Stromsteuer	2,050 ct/kWh	2,050 ct/kWh	2,050 ct/kWh
EEG-Umlage	0,000 ct/kWh	3,723 ct/kWh	6,500 ct/kWh
KWKG-Umlage	0,357 ct/kWh	0,378 ct/kWh	0,254 ct/kWh
§ 19 StromNEV-Umlage	LV A: 0,417 ct/kWh LV B: 0,050 ct/kWh LV C: 0,025 ct/kWh	LV A: 0,437 ct/kWh LV B: 0,050 ct/kWh LV C: 0,025 ct/kWh	LV A: 0,432 ct/kWh LV B: 0,050 ct/kWh LV C: 0,025 ct/kWh
Offshore-Haftungsumlage	0,591 ct/kWh	0,419 ct/kWh	0,395 ct/kWh
Abschaltbare Lasten	0,000 ct/kWh	0,003 ct/kWh	0,009 ct/kWh

Das Jahr 2022 ist das vierte Jahr der dritten Regulierungsperiode. ÜWL befindet sich seit Beginn der dritten Regulierungsperiode im regulären Verfahren. Die für die Regulierung des Elektrizitätsverteilnetzes von ÜWL zuständige Behörde ist die Regulierungskammer Niedersachsen.

Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Anforderungen an einen modernen und nachhaltigen Umgang mit Trinkwasser nehmen stetig zu. Die Wasserwirtschaft wird zunehmend von Veränderungen gesellschaftlicher Prioritäten beeinflusst. Energieverbrauch und -effizienz sowie der Schutz von Ressourcen haben an Bedeutung zugenommen. Dazu gehört der sorgsame Umgang mit Trinkwasservorkommen bei wirtschaftlicher Effizienz. Die sich abzeichnenden Folgen des Klimawandels führen zu einer Neubewertung der regionalen und überregionalen Wasserversorgung. Der Grundsatz der ortsnahen Wasserversorgung unter Nutzung regionaler Wasservorkommen muss gegenüber einer zukünftigen Gesamtbewertung neu diskutiert werden. Zukunftsrahmenbedingungen müssen definiert und die Infrastruktur darauf angepasst werden. Die spezifischen regionalen und lokalen Rahmenbedingungen bestimmen die Versorgungsbedingungen vor Ort. Demografischer Wandel und der damit zusammenhängende sinkende Wassergebrauch stellen wichtige Einflussfaktoren der Wasserversorgung dar. Auch bei sinkendem Wassergebrauch müssen Spitzenbedarfe durch entsprechende Kapazitäten abgedeckt sein und erfordern eine hierauf ausgelegte Infrastruktur und moderne Preismodelle. ÜWL stellt sich den Herausforderungen mit umfangreichem technischem und wirtschaftlichem Knowhow und durch die Erarbeitung von an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepassten Lösungen. Die hochwertigen technischen Standards und das Einhalten der strengen gesetzlichen Vorgaben führen zu der hohen Qualität und der langfristig angelegten Versorgungssicherheit im Versorgungsgebiet von ÜWL.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss erhöht sich von 1,2 Mio. EUR auf 1,8 Mio. EUR. Die um die Stromsteuer bereinigten Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf verminderten sich bei rückläufigen Absatzmengen und trotz gestiegener Netzentgelte (0,9 Mio. EUR) um 1,7 Mio. EUR. Gegen den rückläufigen Gasabsatz stiegen die Umsatzerlöse deutlich um 1,0 Mio. EUR wegen der starken Preissteigerung in 2022. Die Wassererlöse blieben bei einer leicht rückläufigen Abgabe aufgrund der Preiserhöhung aus dem Vorjahr etwa konstant. Die Erträge aus Nebengeschäften sowie aus der Auflösung von Investitionszuschüssen erhöhten sich um 0,8 Mio. EUR auf 1,7 Mio. EUR. Der Materialaufwand bezieht sich im Wesentlichen auf den Strombezug (einschließlich Netzentgelte), den Wasser- und Gasbezug sowie die damit zusammenhängenden Abgaben. Der höhere Personalaufwand ist überwiegend mit den um 1,2 Mio. EUR höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (Erhöhung der Prämien) zu erklären. Die jährlichen Absenkungen der Zinssätze fiel in 2022 nicht mehr so stark wie die Jahre zuvor aus und hatte dadurch nicht mehr eine weniger erhöhende Wirkung auf die Höhe der Rückstellungen. Die hohe Steuerquote von 49% (Vorjahr 46 %) ist insbesondere auf die Hinzurechnungen, die sich aus der im Vergleich zum Handelsrecht unterschiedlichen steuerrechtlichen Bewertung ergeben, zurückzuführen.

Vermögenslage

Sowohl das Bilanzvolumen als auch die Bilanzstruktur werden bei der für ein Versorgungsunternehmen üblichen hohen Anlagenintensität vorrangig vom Umfang der Sachanlagen und von den zur Finanzierung notwendigen Mitteln bestimmt. Im Vergleich zum Vorjahresstichtag erhöhte sich die Bilanzsumme zum 31.12.2022 um 7,6 Mio. EUR. Das Anlagevermögen wurde mit Ausnahme des Neubaus, welcher ursprünglich mit 3,8 Mio. EUR (aktueller Stand 2,3 Mio. EUR) fremdfinanziert wurde, vollständig durch Eigenmittel und andere langfristig verfügbare Mittel finanziert. Die Eigenmittelquote erhöht sich unter Einbeziehung des Jahresüberschusses auf 29,0 %. Branchenspezifisch nimmt das Anlagevermögen mit 68,0 % (im Vorjahr 79,0 %) einen hohen Teil der Bilanzsumme ein.

Finanzlage

Die Finanzpolitik der ÜWL hat die langfristige Unternehmensfinanzierung zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit zum Ziel. Für den kurzfristigen Finanzierungsbedarf wurden ÜWL

Kreditlinien in Höhe von 2,5 Mio. EUR zum variablen Abruf genehmigt, die zum Anfang des Geschäftsjahres 2022 fast vollständig beansprucht werden mussten. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres und darüber hinaus jederzeit gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2022 wurden in die Strom- und Wasserversorgungsanlagen sowie die sonstigen Anlagen insgesamt 2,9 Mio. EUR investiert. Damit liegen die Investitionen nach Abzug der von den Zugängen abgesetzten Zuschüsse von 0,8 Mio. EUR über den Abschreibungen und tragen zur Erhöhung des Anlagevermögens bei. Der Finanzmittelbedarf wurde vollständig durch Innenfinanzierung gedeckt.

Geschäftsentwicklung

ÜWL erwartet für das folgende Geschäftsjahr auf Basis der im vierten Quartal 2022 erstellten Planung ein Ergebnis vor Steuern unterhalb der Größenordnung von 2022. Dieses resultiert unter anderem aus dem erwarteten stärkeren Preiswettbewerb im Strom- und Gasvertrieb aber auch aus den stark angestiegenen Preisen für Waren und Dienstleistungen im Zuge der hohen Inflation. Ebenfalls inflationsbedingt wird mit einem deutlichen Anstieg der Löhne und Gehälter der Mitarbeiter im Zuge eines für 2023 zu erwartenden neuen Tarifabschlusses gerechnet. Für das Geschäftsjahr 2023 wird somit ein Ergebnis vor Steuern von 3,1 Mio. EUR erwartet. Den voraussichtlichen Strombedarf für das Jahr 2023 hat ÜWL vollständig beschafft, so dass die Strombeschaffung insoweit gesichert ist; dies gilt sowohl für die Mengen als auch die Preise. Die eingekauften Mengen wurden laufend an die erwarteten Absatzmengen angepasst. Zusätzlich sind die eingekauften Mengen beim Strom mit einer Flexibilität von z. Zt. 5,0 % versehen, die Mehr- oder Minderabsätze abdeckt. Die Wasserbeschaffung ist durch Verträge bis Ende 2023 mit der HKW und durch eigene Brunnen gesichert. Bei der künftigen Entwicklung der Wasserabsatzmengen ist eine rückläufige Tendenz zu erwarten. Diese steht insbesondere mit dem demographischen Wandel, den damit auf Dauer verbundenen rückläufigen Einwohnerzahlen sowie dem sparsameren Verbrauchsverhalten der Kunden im Zusammenhang. Die für 2023 für die Stromversorgung geplanten Investitionen in Höhe von 2,1 Mio. EUR betreffen verstärkt den Ausbau der 20kV-Leitungen. Die 2023 für die Wasserversorgung geplanten Investitionen in Höhe von 1,2 Mio. EUR werden u. a. für die Digitalisierung der Kunden- und Schachtzähler eingesetzt. Die in 2023 für Sonstiges geplanten Investitionen in Höhe von 0,8 Mio. EUR betreffen den Roll-out der Smart Meter-Zähler im Messstellenbetrieb sowie eine Finanzinvestition von 0,3 Mio. EUR in eine Beteiligung am geplanten Wasserwerk Poppenburg. Das gesamte Investitionsvolumen im Geschäftsjahr 2023 von 4,0 Mio. EUR soll vollständig durch Innenfinanzierung gedeckt werden.

Chancen- und Risikoberichtserstattung

Von den Chancen, die zu einer Verbesserung der Ertragslage beitragen sollen, sind vor allem der weitere Ausbau der Beteiligung an Erneuerbaren-Energien-Projekten, die Übernahme zusätzlicher Dienstleistungen für Kommunen (Betriebsführungen für Kommunen im Segment Wasser, Gebührenabrechnungen, Straßenbeleuchtung etc.) und die weitere Vermarktung von Ingenieurdienstleistungen zu nennen. Weiterhin sollen die Kooperationen mit Partnern, u.a. im Bereich Photovoltaik- und Speicherlösungen sowie Energieberatung ausgeweitet werden. Ebenfalls werden laufend Digitalisierungs- und weitere Maßnahmen verfolgt, um Effizienzen zu heben. Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, hat das Unternehmen ein Risikomanagementsystem installiert. Hierin sind die finanziellen Risiken sowie die aus dem technischen Bereich stammenden Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit in vier Stufen einschließlich der getroffenen Gegenmaßnahmen gelistet. Für den Betrieb elektrischer Energieversorgungsnetze und die Trinkwasserversorgung bestehen weiterhin die Bestätigungen zum geprüften Technischen Sicherheitsmanagement (TSM S 1000 und W 1000) und das Zertifikat der Berufsgenossenschaft für das Arbeitsschutz-Management-System. Die mit der Zertifizierung verbundenen umfangreichen Nachweis- und Dokumentationspflichten dienen auch als Hilfsmittel für die Risikofrüherkennung. Der § 11 Absatz 1a EnWG enthält den Auftrag an die BNetzA, im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik einen Katalog von Sicherheitsanforderungen zu erstellen. Dieser IT-Sicherheitskatalog bezweckt die Sicherstellung eines angemessenen Schutzes gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme, die für einen

sicheren Netzbetrieb notwendig sind. Dementsprechend haben Netzbetreiber ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) zu implementieren, das den Anforderungen der DIN ISO/IEC 27001 sowie der DIN ISO/IEC TR 27019 in der jeweils geltenden Fassung genügt und Telekommunikations- und EDV-Systeme, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig sind, umfasst. Die Zertifizierung des ISMS hat eine Gültigkeit bis zum 26. April 2024. Die Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikokatasters wird bei Bedarf sofort an die Veränderungen angepasst, aber mindestens im Rahmen der Jahresabschlusserstellung durch eine Risikoinventur überprüft. Gemäß § 8a Absatz 1a BSIG sind Betreiber Kritischer Infrastrukturen ab dem 1. Mai 2023 verpflichtet, solche Systeme zur Angriffserkennung als Teil der angemessenen Vorkehrungen nach Absatz 1 einzusetzen, um Störungen der von ihnen betriebenen Kritischen Infrastruktur zu vermeiden. Dabei soll der Stand der Technik eingehalten und der ordnungsgemäße Einsatz der Angriffserkennungssysteme mit dem Nachweis nach § 8a Absatz 3 BSIG ebenfalls nachgewiesen werden. ÜWL stellt diese Anforderungen in Zusammenarbeit mit einem Dienstleister sicher. Die Turbulenzen an den Energiemärkten im Zuge des Krieges in der Ukraine führten zu Preis-höchstständen im Verlauf des Jahres 2022. Die Preise für Strom und Gas haben sich von diesen Höchstständen jedoch mittlerweile deutlich zurückentwickelt. Fallende Marktpreise führen bei Werken mit konservativer, langfristiger Beschaffungsstrategie dazu, dass der Druck auf die Kundenpreise durch die so genannten Discounter am Markt mit einem deutlich höheren Spot-Anteil in der Beschaffung zunimmt. Entsprechend besteht die Gefahr von Kundenverlusten. Dies gilt vor allem für das Privatkundengeschäft betroffen. Die dadurch entstehenden Absatzmengenverluste sowie die verfallenden Margen bei Neuabschlüssen oder Kundenrückgewinnungen können die Ertragslage des Unternehmens beeinträchtigen. Zur Gegensteuerung wurde 2015 damit begonnen, zusätzliche Kunden außerhalb des Konzessionsgebietes zu gewinnen und den Gasvertrieb aufzubauen. Dieses wird kontinuierlich weiterverfolgt. Öffentliche Diskussionen zur Angemessenheit von Netzentgelten und Energietarifen, die auch im Zusammenhang mit den Belastungen durch die Energiewende geführt werden, können sich auf die künftige Erlösentwicklung der Gesellschaft belastend auswirken. Die Stromverkaufsmengen und die mengenmäßige Inanspruchnahme des ÜWL-Stromverteilungsnetzes überwacht ÜWL mit einem Energiedatenmanagementsystem. Damit können laufend die prognostizierten Mengen mit den tatsächlichen Werten abgeglichen werden. In der Wasserversorgung ist dies durch die laufende Erfassung von Fördermengen und Bezugsmengen an den Übergabestellen sichergestellt. Die jederzeitige Lieferung mit Strom ist durch Bezugsverträge mit der TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, bis einschließlich 2025 und die Belieferung mit Gas durch Bezugsverträge mit der Enercity AG, Hannover, ebenfalls bis 2025 gesichert. Die bestehenden Gaslieferverträge beinhalten keine Klauseln zur höheren Gewalt, die im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges zur Anwendung kommen könnten. Die deutlich angestiegenen Energiepreise könnten trotz der staatlichen Unterstützungsleistungen zu höheren Forderungsausfällen im Energievertrieb führen. Die Landeskartellbehörde Niedersachsen führt mit Stichtag 31.12.2019 eine Untersuchung der Entgeltgestaltung von Trinkwasser für Haushalts- und Kleingewerbekunden für die niedersächsische Wasserversorgungswirtschaft durch. Die Behörde untersucht gegen ÜWL einen möglichen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung aufgrund ungünstigerer Preise als gleichartige Versorgungsunternehmen. ÜWL sieht diesen Vorwurf als nicht angemessen an und hat fristgerecht mehrere umfangreiche Stellungnahmen abgegeben, warum die Höhe der Wasserpreise angemessen ist. Bestandsgefährdende Einzelrisiken für das Unternehmen sind aktuell nicht erkennbar. Die Gesamtsumme der Risiken stellt keine Gefahr für den Fortbestand der Gesellschaft dar.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die Gesellschaftsanteile an der Überlandwerk Leinetal GmbH sind mit Wirkung vom 01.01.2005 in die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eingelegt. Im Jahr 2023 wurde für das Geschäftsjahr 2022 eine Dividende in Höhe von 287.137,50 € gezahlt. Auch für das Geschäftsjahr 2024 wird mit der Ausschüttung einer Dividende gerechnet.

Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung von Gesellschaften, die Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, errichten und betreiben sowie die gewonnene Energie in Form von Strom und/oder Wärme absetzen, vor allem die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen – auch als Komplementärin – beteiligen

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Am Stammkapital beteiligt sind jeweils zu 25 % (= 6.250 €) die Landkreis Hildesheim Holding GmbH, die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH, die Volksbank Hildesheimer Börde eG und der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim.

Anteilsbesitz

Es besteht eine Beteiligung als Kommanditistin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG und als Komplementärin an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Beteiligungs- GmbH & Co. KG

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 14 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs- GmbH gemäß Kreistagsbeschluss durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Vertreter ist Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann

Geschäftsführung

Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer. Die derzeitigen Geschäftsführer sind die Herren Jens Krüger, Marc Aumann und Stephan Sündermann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Diese Gesellschaft verfügt über kein nennenswertes operatives Geschäft; sie ist vielmehr als Komplementärin für die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG sowie die Beteiligungs-GmbH & Co. KG tätig. Hierfür steht ihr ein entsprechender Auslagenersatz sowie die Haftungsvergütung von 5 % auf das eingezahlte Stammkapital zu.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) übrige sonstige betriebliche Erträge		17.665,76	13.083,54
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	8.892,00		8.892,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.302,91		1.823,59
		15.194,91	10.715,59
3. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	60,13		60,05
b) verschiedene betriebliche Kosten	2.125,35		2.045,90
		2.185,48	2.105,95
4. Erträge aus Beteiligungen		1.250,00	1.250,00
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		285,37	262,00
6. Ergebnis nach Steuern		1.250,00	1.250,00
7. Jahresüberschuss		1.250,00	1.250,00
8. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		13.750,00	12.500,00
9. Bilanzgewinn		15.000,00	13.750,00

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Wirtschaftsjahr 2024 wird weder mit Gewinnausschüttungen noch Verlustabdeckungen gerechnet.

Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital der Gesellschaft beträgt 1.285.000 €.

Komplementärin ist die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.

Kommanditisten sind

☐ die Landkreis Hildesheim Holding GmbH	200.000 €	15,56 %
☐ der Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim	200.000 €	15,56 %
☐ die Stadtwerke Bad Salzdetfurth	200.000 €	15,56 %
☐ die Hannoversche Volksbank eG	200.000 €	15,56 %
☐ die Überlandwerk Leinetal GmbH	100.000 €	7,78 %
☐ die Photovoltaikgenossenschaft Bad Salzdetfurth eG	100.000 €	7,78 %
☐ die Photovoltaikgenossenschaft Söhlde eG	20.000 €	1,56 %
☐ die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Beteiligungs GmbH & Co.KG	<u>265.000 €</u> 1.285.000 €	<u>20,62 %</u> 100,00 %

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG gemäß Kreistagsbeschluss durch Frau Amtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Vertreter ist Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages ist die Komplementärin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet. Deren derzeitige Geschäftsführer sind die Herren Jens Krüger, Marc Aumann und Stephan Sündermann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft schloss das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von 218.600,61 (Vorjahr 88.518,45 €) ab. Aus dem Überschuss erfolgte eine Gewinnausschüttung entsprechend dem eingezahlten Kommanditkapital.

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	560.595,85	400.227,63
2. Gesamtleistung	560.595,85	400.227,63
0. sonstige betriebliche Erträge		
a) übrige sonstige betriebliche Erträge	7.400,52	7.000,00
3. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	224.488,00	224.489,00
1. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Raumkosten	14.499,73	17.051,51
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	9.299,76	9.316,46
c) Reparaturen und Instandhaltungen	9.287,50	8.670,79
d) verschiedene betriebliche Kosten	34.069,09	26.969,88
e) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	9.254,54	39,49
	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.193,14	20.663,05
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.304,00	11.509,00
8. Ergebnis nach Steuern	218.600,61	88.518,45
9. Jahresüberschuss	218.600,61	88.518,45
	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>
10. Gutschrift auf Kapitalkonten	0,00	0,00
 Übertrag	 218.600,61	 88.518,45
	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>	<hr style="width: 100px; margin-left: auto; margin-right: 0;"/>

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		218.600,61	88.518,45
11. Gutschrift aus Verbindlichkeitskonten		218.600,61	88.518,45
12. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Auslagerung des Kommanditanteils auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Süd-Niedersachsen/Hannover

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Landkreis ist Mitglied des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung Südniedersachsen/Hannover. Der Zweckverband hat die Aufgabe der ordnungsgemäßen Erledigung der Tierkörperbeseitigung für das Gebiet seiner Verbandsmitglieder. Zur Erfüllung seiner Aufgabe kann er sich Dritter bedienen.

Der Zweckverband hat seinen Sitz in Liebenburg. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Insgesamt setzt sich der Zweckverband nach aktuellster Verbandsordnung aus folgenden Mitgliedern zusammen: die Region Hannover, die Städte: Braunschweig, Göttingen u. Salzgitter, sowie die Landkreise: Göttingen, Goslar, Hildesheim, Holzminden, Northeim, Osterode am Harz und Wolfenbüttel.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes betrug 1980 = 50.000 DM (25.564,59 €)
Der Landkreis Hildesheim zahlte davon als Stammeinlage: 6.900 DM (3.527,91 €)
Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

Anteilsbesitz

Soweit die Einnahmen den Finanzbedarf des Zweckverbandes für ein Haushaltsjahr nicht decken, setzt die Verbandsversammlung eine allgemeine Umlage fest.

Die allgemeinen und anderen Umlagen verteilen sich einmal jährlich auf die Verbandsmitglieder nach einer Quote, die sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach der zahlenmäßigen Größe des Viehbestandes (Pferde, Rindvieh, Schweine, Schafe) zum 30.06. des Vorjahres zusammensetzt.

Maßgebend sind die bei der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplanes veröffentlichten statistischen Daten.

Zusammensetzung der Organe

Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsversammlung
- der Verbandsausschuss
- der Verbandsgeschäftsführer

Vorsitzende der Verbandsversammlung ist die Erste Kreisrätin des Landkreises Göttingen Frau Doreen Fragel. Verbandsgeschäftsführerin ist die Regionsrätin Frau Cora Hermenau. Vertreter für den Landkreis Hildesheim in der Verbandsversammlung ist aufgrund des Beschlusses des Kreistages Frau EKR`in Evelin Wißmann, Stellvertreterin ist Frau Dr. Wiebke Evers.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Der Zweckverband arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht, weitere unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises gibt es daher nur hinsichtlich der vorstehenden Zweckverbandsumlage.

DEULA Hildesheim GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist im Wesentlichen:

- der Wissenstransfer und die gemeinnützige Förderung umweltorientierter beruflicher Qualifikation in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Handwerk, Technik und Verkehr
- Unterhaltung von Ausbildungs-, Seminar- und Tagungsstätten
- Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung und Fortbildung
- Übernahme von Bildungs- und Forschungsaufträgen
- Übernahme von Entwicklungshilfsprojekten

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

Gründe für die Beteiligung des Landkreises Hildesheim

Die DEULA Hildesheim war unselbständiger Teil des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL). Insgesamt gab es in der Bundesrepublik im Jahre 1991 13 DEULA-Betriebe. Diese dienten vorwiegend der Ausbildung und Fortbildung für den landwirtschaftlichen Bereich. Die DEULA Hildesheim hatte seinerzeit bereits neue zukunftssträchtige Märkte auf dem Sektor Verkehrsgewerbe und Umweltschutz erschlossen.

Die DEULA-Betriebe waren für das KTBL ein historisch gewachsenes Anhängsel. Sie wurden innerhalb des Rechnungskreislaufes gesondert geführt.

Durch Investitionen an anderer Stelle war das KTBL im Betriebsbereich der DEULA in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Zur Sanierung des Bereichs DEULA hatte der Bund 4,6 Mio. DM bereitgestellt. Die Auszahlung des Geldes war damit verbunden, dass sämtliche Betriebe aus dem KTBL ausgegliedert wurden. Wenn der Lehrbetrieb vor Ort erhalten werden sollte, musste der Betrieb verselbständigt werden. Dazu war die Gründung eines Rechtsträgers erforderlich (DEULA Hildesheim GmbH).

Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Hildesheim-Steuerwald (z. B. BGJ-Agrarwirtschaft und der Fachstufe 2 der Landwirte und Hauswirtschaft) sowie Klassen der Michelsenschule Hildesheim (z. B. einjährige Fachschule Landwirtschaft) besuchten von der DEULA durchgeführte Lehrgänge. In diesen Lehrgängen wurden und werden zwingend vorgeschriebene Unterrichtsinhalte vermittelt. Die kreiseigenen Schulen waren und sind hierfür räumlich und technisch wegen des hohen Kostenaufwandes nicht in der Lage. Dies wurde seinerzeit bei Bau- und Ausstattungsmaßnahmen berücksichtigt.

Angesichts der großen Bedeutung der Landwirtschaft im Landkreis Hildesheim und aus schulischer Sicht lag und liegt es auch im Interesse des Landkreises, dass die DEULA Hildesheim erhalten bleibt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 52.000,00 €.

Der Landkreis Hildesheim ist mit 5.200,00 € beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von 10 %. Das verbleibende Kapital entfällt auf weitere Interessengemeinschaften als übrige Gesellschafter.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Kraft Satzung ist der Hauptverwaltungsbeamte des Landkreises Hildesheim Aufsichtsratsmitglied. Herr Landrat Bernd Lynack wird durch Herrn Kreisrat Walter Hansen vertreten.

Gesellschafterversammlung

Gemäß Beschluss des Kreistages vertritt Herr Kreisrat Walter Hansen den Landkreis Hildesheim in der Gesellschafterversammlung. Vertreterin ist Frau Bauoberrätin Sandra-Vanessa Enge.

Beirat

Die Gesellschaft hat einen aus derzeit acht Mitgliedern bestehenden Beirat, dessen Aufgaben § 21 des Gesellschaftsvertrags regelt

Geschäftsführer

Der Geschäftsführer ist Herr Diplomingenieur Dr. Klaus Schröter.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die DEULA Hildesheim schließt das 69. Geschäftsjahr, zugleich das 31. Geschäftsjahr der DEULA Hildesheim GmbH, mit einer Gesamtleistung von 3.283.612,16 € (Vj: 3.420.211,22 €) ab, was eine Minderung der Leistung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rund -4,0 % bedeutet. Somit musste ein Jahresfehlbetrag von 382.167,51 € ausgewiesen werden. Bei den Planungen für 2022 waren Reparaturen wie Brandschutzmaßnahmen, bauliche Modernisierungen und Investitionen eingeplant und ein negatives Ergebnis prognostiziert worden. Von den geplanten Brandschutzmaßnahmen konnten im Jahr 2022 nicht alle durchgeführt werden. Dies lag u. a. auch an den oftmals stark ausgelasteten Handwerksbetrieben, welche auch durch Fachkräftemangel sowohl als auch Erkrankungen der Mitarbeiter keine Kapazitäten zu Verfügung hatten. Materialknappheit führte indes noch zu weiteren Lieferzeitverzögerungen. Den Geschäftsverlauf 2022 geben auch der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wieder, denn die Liquidität ist mit 1.864.947,67 € (inkl. Geldanlage) gegenüber dem Vorjahrswert von 2.356.072,37 € deutlich gesunken. Die Eigenkapitalquote ist weiterhin rein rechnerisch als gut zu beurteilen und beträgt am Bilanzstichtag 91,6 % (Vorjahr 93,1 %). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in dem ausgewiesenen Eigenkapital eine bilanzielle Rücklage in Höhe von 5.626.208,32 EUR enthalten ist, was ca. 91 % des Eigenkapitals ausmacht. Diese stammt im Wesentlichen aus der Gründung der DEULA Hildesheim GmbH und ist seitdem im Anlagevermögen gebunden. Im Anlagevermögen werden Grundstücke und Gebäude mit

Buchwerten von 3.863.923,33 EUR aus-gewiesen, aber viele Gebäude sind relativ alt und erfordern kurzfristig erhebliche Instandhaltungs-aufwendungen, was eine weitere Herausforderung darstellt. Die Finanz- und Liquiditätslage sieht auf den ersten Blick stabil aus. Die vorhandene Liquidität wird aber in Anbetracht der zukünftigen Herausforderungen in zukunftsfähige Projekte und Bauvorhaben, die notwendig sind, um alle Anforderungen zu erfüllen bzw. um wachsen zu können, sowie in Anbetracht der hohen Kostensteigerungen bei Personal und Energie nicht ausreichen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeiten waren die Anschaffung eines neuen Fahrschul LKW für die C/CE Ausbildung, Modell einer Strohpresse für die Ausbildung in der Landwirtschaft, eine Spannungssimulator für die Motorsägenausbildung. Des Weiteren wurde mit KfW-Förderung in der Fahrschule die ersten Wallboxen angeschafft und installiert. Im Bereich Brandschutz wurden weitere Maßnahmen durchgeführt, z. B. Erstellen einer Brand-schutzwand im Flur von der Kantine zu den Toiletten, diverse Brandschutztüren zu den einzelnen „Brandabschnitten" wurden installiert, der Rauchabzug im Obergeschoss des Gästehauses 1 wurde fertiggestellt und die Aufschaltung der bereits installierten Brandschutzmeldeanlage bei der örtlichen Feuerwehr mit Abnahme hat stattgefunden. Der Umfang der Investitionen betrug im Wirtschaftsjahr 2022 408.899,00 € (Vj.: 208.422,72 €). Mit Hilfe von Fördergeldern aus dem Digitalpakt des Landes Niedersachsen wurden über das Land-wirtschaftsministerium in Hannover auch in diesem Jahr noch Ausstattungsanschaffungen für den praktischen Unterricht (Elektronikverbindung Traktor-Maschine durch ISO-BUS Systeme) durchgeführt. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten im Lehrgangs- und Seminarbetrieb lagen wieder in den bearbei-teten Berufsfeldern im Bereich der überbetrieblichen Berufsausbildung und des ausgelagerten Be-ruufsschulunterrichtes sowie in der Fahrschule mit Führerscheinausbildung und Kraftverkehrs-aus-/weiterbildung. Die absolvierten Gesamtlehrgangstage über alle Bereiche im Jahr 2022 betrugen 24.560 und sind damit gegenüber dem Vorjahr (24.832) um ca. 1 % niedriger. In der Landwirtschaft gab es wieder steigende Teilnehmerzahlen, da der größte Teil der Lehrgänge in diesem Jahr stattfinden konnte. Bei den Land- und Baumaschinenmechatikern führten gute Ausbildungszahlen in einer interessanten Branche zu steigenden Lehrgangstagen. Auch in der Umwelt- und Labortechnik konnte das gesamte Jahr über eine gute Auslastung der angebotenen Lehrgänge verzeichnet werden. In beiden Berufsfeldern ist die DEULA Hildesheim auch Prüfungs-standort, was zu einer zusätzlichen Auslastung führt. Ebenso gesteigert wurden die Lehrgangstage bei den professionellen wie auch bei den privaten Motorsägenausbildungen. Der Ende 2022 an-geschaffte Spannungssimulator verspricht zukünftig zusätzliche Auslastung in diesem Bereich, weil dadurch spezielle Kurse angeboten werden können, die viele freie Anbieter von Motorsägen-kursen nicht darstellen können. Im Fachbereich Verkehr sind die Ausbildungszahlen im Jahr 2022 gegenüber Vorjahr zurückge-gangen. Insbesondere im Bereich der LKW-, Bus- & Schlepperausbildung. Aufgrund hoher Kran-kenstände innerhalb der Fahrlehrerschaft speziell für diese Führerscheinklassen, konnten einige Anwärter leider nicht wie geplant ausgebildet werden. Im Bereich der PKW- und Motorradausbil-dung konnten die Ausbildungszahlen gegenüber Vorjahr hingegen verbessert werden. Die Kooperation mit dem Stadtverkehr Hildesheim (SVHi) im Bereich der Führerscheinausbildung für Auszubildende im Beruf „Berufskraftfahrer im Personenverkehr" konnte fortgesetzt werden. Diese wird aber auslaufen, da die SVHI plant, im Jahr 2023 eine eigene Fahrschule zu eröffnen. Die SVHI erhofft sich dadurch eine bessere Rekrutierung von Busfahrer-anwärtern, um den vor-herrschenden Busfahrermangel damit stärker entgegenzuwirken. Bei der TÜV-Prüfstelle war es weiterhin schwierig, zeitnah die notwendigen Prüftermine zu ergat-tern. Dadurch mussten sich viele Fahrschüler gedulden, bis die Prüfungstermine endlich zugeteilt werden konnten. Die organisatorischen Auswirkungen waren nicht unerheblich und gegenüber den Kunden mussten viele Erklärungen abgegeben werden. In den Ferienfahrschulen konnte der Theorieunterricht wieder in Form von Präsenz-Schulungen durchgeführt werden. Das erleichterte im Tagesbetrieb die Planung und den Ablauf. Ergänzend zu den praktischen Fahrausbildungen laufen die Weiterbildungsmodul und die be-schleunigte Grundausbildung nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz. Die Tages- und Wochenschulungen wurden gut angenommen und sind aufgrund der beruflichen Notwendigkeit auf hohem Niveau nachgefragt. Auch im gewerblich-technischen Bereich in der Gabelstapler-Ausbildung wurden wieder zahlreiche Kurse nachgefragt. Ein Großteil konnte dabei auch wieder als AZAV-Maßnahme in der Weiterbil-dung für Arbeitssuchende

durchgeführt werden. Die Nachfrage nach sogenannten Staplerscheinen bleibt konstant, so dass ziemlich regelmäßig 14-tägig Kurse durchgeführt werden können. Das Jahr 2022 war für die Stromerzeugung mittels Photovoltaik-Anlagen ein deutlich besseres als das Jahr 2021. Es konnten sogar die Vorjahre 2019 und 2020 hinsichtlich des Ertrags deutlich übertroffen werden, die bereits besser als das Jahr 2021 waren. Somit lag das Ergebnis erstmals seit längerer Zeit auf einem Spitzenniveau und leistet wieder einen konstanten Beitrag zum Gesamtergebnis. Im Bereich des Qualitätsmanagementsystems (QM) nach der Norm ISO 9001-2015 und der AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung als Voraussetzung für Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur/den Jobcentern) gab es im November 2022 eine Überprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit speziell in der Fahrschule. Es gab für die durch uns durchgeführten AZAV-Maßnahmen bei der Führerscheinausbildung keine größeren Beanstandungen, die die zukünftige Durchführung der Maßnahmen hätten gefährden können. Einer der Zielsetzungen des QM, ein Höchstmaß an Kundenzufriedenheit zu erreichen, soll dabei auch in Zukunft durch kontinuierliche Evaluation und Verbesserung der Dienstleistungsprozesse erfüllt werden. Im Personalbereich lagen die Herausforderungen in hohen Krankenständen und dem damit verbundenen großen und häufigen Personalausfall. Leider mussten dadurch auch einige Kurse kurzfristig ausfallen und verschoben werden. Des Weiteren hat die Krankheitssituation dazu geführt, dass zeitweise mehr Honorarkräfte eingesetzt werden mussten. Für die Zukunft muss aufgrund von Tarifsteigerungen und Gehaltsstufenerhöhungen mit weiter steigenden Personalkosten gerechnet werden. Die Prognosen für das kommende Jahr und die weiteren Aussichten sind für unsere Bildungseinrichtung grundsätzlich positiv, aber auch schwierig zu sehen. Konstant hohe Zahlen an Auszubildenden in den grünen Berufen sowie in den Umwelttechnischen Berufen führen zur Zeit zu einer guten Auslastung der Kurse. Insbesondere bei den Land- & Baumaschinenmechatikern ist ein erneuter Zuwachs der Auszubildenden zu verzeichnen und erreicht für die DEULA Hildesheim eine noch nicht da gewesene Höhe. Auch wird der Fachkräfte-/Arbeitskräftemangel in allen Bereichen weiter ein bestimmendes Thema bleiben. In einigen Punkten kann sicherlich auch die DEULA im Rahmen von Fortbildungen davon profitieren. Der anhaltende technische Fortschritt und die rasant voranschreitende Digitalisierung fordern zudem intensive Ausbildung und regelmäßige Qualifizierung. Daraus ergeben sich auch in Zukunft Chancen, neue praxisorientierte Bildungsangebote zu entwickeln und anzubieten. Dabei ist der laufende Dialog mit unserem Netzwerk, d. h. mit den Interessengruppen und den Entscheidern in den Berufsfeldern wichtig, um neue Fragestellungen und Entwicklungen aktiv mitgestalten zu können. Andererseits können die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte, nachteilige Auswirkungen auf die Anzahl und Dauer von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen haben. Da wir über alle Bereiche von stabilen Teilnehmerzahlen auf Vorjahresniveau ausgehen, werden die Gesamtlehrgangstage für das kommende Wirtschaftsjahr mit 24.500 Lehrgangstagen (LT) etwa auf Vorjahresniveau (IST 2021: 24.832 LT) geplant. Leider bereiten die stark gestiegenen Preise bei Material- und Verbrauchsgütern, insbesondere auch die Energiepreise Sorgen. Diese Entwicklung hat sich mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine nicht deutlich verbessert. Eine Weitergabe von steigenden Preisen wurde auf einige Gebühren bzw. Preise, insbesondere in der Fahrschule umgesetzt und wird fortlaufend geprüft. Ohne eine deutliche Anhebung der Zuschüsse des Niedersächsischen Ministeriums für die schulischen Maßnahmen, die den berufsbildenden Unterricht ergänzen, bzw. ohne zusätzliche Unterstützung durch öffentliche Mittel, wird es sehr schwierig werden, diese Bereiche innerhalb der DEULA Hildesheim erfolgreich fortführen zu können. Die wirtschaftliche Entwicklung der Bildungseinrichtung wird auf der Kostenseite sehr stark durch die Aufwendungen im Personalbereich, Energiebeschaffung und dringend notwendige Modernisierung von Räumlichkeiten beeinflusst. Die jährlichen Tarifierhöhungen und vorgegebene Stufenerhöhungen werden die Kosten im Personalbereich weiter ansteigen lassen. Neues, qualifiziertes Personal wird außerdem zu höheren Konditionen eingestellt werden müssen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Kurzfristig einsetzbare Honorarkräfte stehen am Arbeitsmarkt kaum bis gar nicht zur Verfügung, diese stellen mittlerweile auch hohe Stundenlohnforderungen. Darüber hinaus führt der trotz gegenteiliger Ankündigungen ständig zunehmende Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand zu erhöhtem personellem Aufwand. Für den kommenden Jahresverlauf besteht weiterhin Unsicherheit bezüglich der sich entwickelnden Preise in allen Bereichen. Diese werden

den Geschäftsverlauf weiterhin beeinflussen. Auf Basis des gegenwärtigen Kenntnisstandes ist bei der Umsatzprognose von einer leicht steigenden Umsatzentwicklung zum Vorjahr auszugehen. Bei all den steigenden Aufwendungen ist zur Erzielung einer angemessenen Rendite die Nutzung der Gebühren- bzw. Preisanpassung ein wichtiger Punkt. Bei institutionellen Auftraggebern wie Ministerien, Behörden, Kammern und Verbänden sind Preiserhöhungen für durchzuführende Lehrgänge aber nur schwierig bzw. nur längerfristig umzusetzen. Ein weiterer zunehmender Kostenfaktor sind die teilweise sehr alten (50-60 Jahre) baulichen Anlagen der DEULA. Neben den steigenden Brandschutzauflagen gibt es auch viele weitere Bestimmungen und über einige weitere wird derzeit diskutiert, wie die Sanierungspflichten der EU und die Treibhausgasneutralität bis 2045 lt. dem Klimaschutzgesetz. Zur Erfüllung sämtlicher Anforderungen und für die Positionierung als zukunftsfähige Bildungseinrichtung sind zahlreiche Investitionen erforderlich, die das Ergebnis der DEULA Hildesheim erheblich belasten und zu weiteren hohen Jahresfehlbeträgen führen trotz den weiterhin angestrebten Umsatzsteigerungen. Es ist absehbar, dass sich die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der DEULA Hildesheim weiter verschlechtern wird. Deshalb ist nach wie vor ein intensives Kostenmanagement in allen Bereichen und eine positive Geschäftsentwicklung nötig und ein daraus resultierendes Liquiditätspolster unverzichtbar. Darüber hinaus müssen mögliche Fördertöpfe zukünftig stärker als bisher genutzt werden. Zu Beginn des Jahres 2023 ist die Umsatzentwicklung im Gesamtbetrieb der DEULA gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Die konstant hohen Ausbildungszahlen in den „grünen“ und umwelt-technischen Berufen versprechen eine adäquate Auslastung der Fachbereiche im Jahresverlauf. Eine steigende Nachfrage von Fremdfirmen nach Miete von Hallen und Räumlichkeiten ist zu verzeichnen. Auch die in diesem Jahr wieder stattfindende Agritechnica in Hannover unterstützt die Nachfrage nach Räumlichkeiten für Vorabpräsentationen einiger Landtechnikhersteller bzw. Firmen. In diesem Bereich wird die DEULA zusätzliche Einnahmen generieren können. In den Planungen für 2023 sind weitere Brandschutzmaßnahmen (viele Brandschutztüren usw.) sowie bauliche Modernisierungen und Umbauten vorgesehen (z.B. Büros OG Verwaltung, neue Möblierung Aula und Aufenthaltsraum zwischen den Gästehäusern). Neben dem Hauptziel einer optimierten Lehrgangsauslastung sowie Erweiterung der Angebotspalette an zusätzlichen Lehrgängen (z.B. Reparaturschweißen, Arbeiten mit Holz unter Spannung, Wartung & Pflege von Kleinmotorgeräten usw.) soll auch ein adäquater Arbeitsplatz für die Mitarbeiter*innen entstehen, um damit die Anforderungen der Zukunft agiler meistern zu können. Zusammenfassend wird nach den umfangreichen Umbauten bzw. Renovierungen einiger Gebäude sowie den hohen Lohnsteigerungen im öffentlichen Bereich (neuer Tarifabschluss) trotz geplanter Umsatzerhöhung ein negatives Ergebnis erwartet. Die Herausforderungen der Umsetzungen im Bereich Umweltschutz sind die Sanierungspflichten sowie Treibhausneutralität der EU nach dem bereits erwähnten Klimaschutzgesetz. Der sehr alte Gebäudebestand inkl, der zum Teil auch veralteten baulichen Anlagen wird hinsichtlich der energetischen Effizienz auf den Prüfstand gestellt. Inwieweit eine Sanierung kostenmäßig und organisatorisch sinnvoller ist als Neubauten, müssen die Prüfungen zeigen. Perspektiven für eine weitere erfolgreiche Geschäftstätigkeit der DEULA Hildesheim GmbH sind grundsätzlich gegeben. Die weiter voranschreitenden Kostensteigerungen im Bereich Personal, Energie und Investitionen können nur durch ein entsprechendes Umsatzwachstum aufgefangen werden. Diese wiederum kann nur durch eine preisliche Anpassung der Gebühren sowie Erweiterung des Lehrgangangebotes mit entsprechender Optimierung der vorhandenen Personalressource erreicht werden.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Haushaltsjahr 2024 ist wie in den Vorjahren keine Verlustabdeckung durch den Landkreis erforderlich.

AVACON AG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 der Satzung der Avacon AG ist Zweck des Unternehmens

- die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Gewinnung, Speicherung, Fortleitung und Verteilung von elektrischer Energie, Gas, Wasser, Dampf und Wärme, zur Abwasserbehandlung und –Entsorgung sowie von Entsorgungsanlagen;
- der An- und Verkauf von elektrischer Energie, Gas und Wasser sowie Dampf und Wärme;
- die Betätigung auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation;
- die Erbringung von Dienstleistungen aller Art in den vorgenannten und in damit zusammenhängenden Geschäftsfeldern;
- die Vornahme aller sonstigen Geschäfte, die mit der Betätigung auf den vorgenannten Geschäftsfeldern zusammenhängen oder geeignet sind, diese zu fördern

Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital der E.ON Avacon GmbH beträgt 357.616.000,00 €. Es ist eingeteilt in 144.783.652 Stückaktien.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hält derzeit 1.108.145 Stückaktien, welches einem prozentuellen Anteil von 0,77 % entspricht.

Anteilsbesitz

Zum Jahresende 2018 verfügte die Avacon Netz über die 100%ige Beteiligung an der Avacon Hochdrucknetz GmbH, Helmstedt. Zwischen Avacon Netz und Avacon Hochdrucknetz GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Damit ging das Ergebnis der Avacon Hochdrucknetz GmbH unmittelbar in die Ertragslage von Avacon Netz für das Geschäftsjahr 2019 ein.

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 20 Mitgliedern, von denen 10 von der Hauptversammlung und 10 von den Arbeitnehmern nach dem Mitbestimmungsgesetz vom 04.05.1976 (MitbestG) gewählt werden

Hauptversammlung

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt durch den Vorstand oder in den im Gesetz vorgesehenen Fällen durch den Aufsichtsrat.

Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder ein von ihm bestimmtes anderes Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner. Für den Fall, dass weder der

Vorsitzende des Aufsichtsrats noch ein von ihm bestimmtes Mitglied des Aufsichtsrats den Vorsitz übernimmt, wird der Vorsitzende durch den Aufsichtsrat gewählt.

Als Vertreter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH in der Hauptversammlung der Avacon AG wurde durch Kreistagsbeschluss Herr Leitender Kreisverwaltungsleiter Klaus Rosemann benannt. Stellvertreterin ist Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Avacon AG mit Sitz in Helmstedt (im Folgenden „Avacon“ genannt) fungiert als Muttergesellschaft der Avacon-Gruppe (Mehrheitsbeteiligungen) und nimmt übergreifende Konzernfunktionen wahr. Die Unternehmensschwerpunkte von Avacon liegen zum einen im Beteiligungsmanagement, zum anderen erbringt Avacon Dienstleistungen für die Avacon Netz GmbH und weitere Beteiligungsgesellschaften. Avacon ist in der Marktrolle wettbewerblicher Messstellenbetrieb (wMSB) aktiv und bietet passgenaue Kundenlösungen und eine Flexibilität, die über die gesetzlich festgelegten Leistungen des grundzuständigen Messstellenbetreibers hinausgehen. Der wMSB stellt damit einen wichtigen Baustein zur Kundenbindung dar. Darüber hinaus verfügen die Tochterunternehmen und Beteiligungen von Avacon über jahrzehntelange Erfahrung und Kompetenz in den Geschäftsfeldern Strom, Gas, Wasser, Wärme/Kälte, Erneuerbare Energien und Telekommunikation. Derzeit arbeiten 32 Mitarbeiter für Avacon in Helmstedt. Avacon gehört mehrheitlich zum E.ON-Konzern (61,5 %), ist jedoch stark regional geprägt. Dies zeigt sich einerseits am Aktionärskreis mit rund 80 kommunalen Aktionären, die 38,5 % der Anteile an Avacon halten, andererseits an den zahlreichen Mehr- und Minderheitsbeteiligungen mit Sitz in der Region.

Die strategische Positionierung von Avacon setzt den Fokus auf Wachstum, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Aus Sicht des Vorstands bestätigen die aktuellen Krisen langfristig die Richtigkeit dieser strategischen Ausrichtung. In den nächsten Jahren wird die Avacon-Gruppe durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze, durch den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie durch die Umsetzung der kommunalen Wärme-Transformation, den Umbau der Gesellschaft Richtung Klimaneutralität an maßgeblichen Stellschrauben mitgestalten können.

Im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG übt Avacon folgende Tätigkeiten aus:

- Elektrizitätsverteilung
- Gasverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Das IT-Management sowie weitere Verwaltungsdienstleistungen werden von der Avacon Netz GmbH mit Unterstützung externer Dienstleister für Avacon erbracht. Die Avacon Natur GmbH erbringt vertriebliche Beratungsdienstleistungen für Avacon. Die IT-Infrastruktur wurde an externe Dienstleister ausgelagert. Die Personalabrechnung wird durch die E.ON Country Hub Germany GmbH in Zusammenarbeit mit weiteren Dienstleistern wahrgenommen. Die E.ON Grid Solutions GmbH ist der zentrale Servicedienstleister für energiewirtschaftliche Dienstleistungen für die Messstellen des E.ON-Konzerns und erbringt für Avacon, die die Marktrolle eines wettbewerblichen Messstellenbetreibers einnimmt, insbesondere weisungsgebundene Dienstleistungen in den Aufgaben Abrechnung, Wechselprozesse im Messwesen, Marktpartnerwechsel, Energiedatenmanagement, Forderungs- und Kundenkontaktmanagement sowie Messstellenmanagement und Sperrwesen. Die E.ON Grid Solutions GmbH arbeitet dabei mit externen Dienstleistern zusammen.

Wesentliche Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Weltwirtschaftswachstum entwickelte sich vor dem Hintergrund der angespannten Lage im vergangenen Jahr nur langsam. Das Bruttoinlandsprodukt ist gemäß OECD mit 3,1 % nur etwa halb so stark gewachsen wie im Jahr 2021.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der EU

Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine veränderten sich die zunächst positiven wirtschaftlichen Vorzeichen für die gesamte EU schlagartig. Wegen der über das Jahr hinweg anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Sommer 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen: Nachdem sie im Juli erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte an hob und im September den nächsten Zinsschritt um 0,75 Punkte folgen ließ was die stärkste Anhebung seit Einführung der Gemeinschaftswährung war — folgten Ende Oktober und Mitte Dezember weitere Anstiege um 0,75 und 0,5 Punkte. Ziel der EZB mit der Zinserhöhung ist, Kredite zu verteuern, die Nachfrage zu dämpfen und so hohen Teuerungsraten entgegenzuwirken, um die Inflation mittelfristig wieder auf ihren Zielwert von 2,0 % zu führen. Kurzfristig dürfte die nunmehr vollzogene Zinswende, die bereits auf breiter Front zu einem Anstieg der Zinssätze bei Banken geführt hat, das Wirtschaftswachstum in Europa weiter dämpfen. Ein wichtiger Einflussfaktor für die Wirtschaft im Euroraum waren und sind zudem die Russland-Sanktionen der internationalen Gemeinschaft. Als Folge der hohen Energieabhängigkeit Europas von Russland haben diese die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Daraus folgte eine allgemeine Verunsicherung der Märkte, die auch die Konjunktur beeinträchtigte und gemeinsam mit den historisch hohen Inflationsraten in der EU und in den USA die konjunkturellen Aussichten merklich verschlechtert hat. Über allem spannte sich zusätzlich der Bogen einer drohenden europäischen Energiekrise, dessen Wirkung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Mitgliedstaaten spürbar war und die Konjunktur in Europa insgesamt deutlich verschlechterte. Verschärft wurde die angespannte Energieversorgungssituation durch den russischen Gas-Lieferstopp über die Pipeline Nordstream 1 Ende August und die mutmaßlichen Anschläge auf beide Nordstream-Pipelines Ende September.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Konjunkturprognosen für Deutschland 2022 zeichneten im Herbst 2021 für das Berichtsjahr ein zunächst optimistisches, aber auch vielschichtiges Gesamtbild. Aus Sicht des ifo-Instituts sollte zwar das Bruttoinlandsprodukt deutlich um 5,1 % steigen, das damit einhergehende Wirtschaftswachstum jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen begünstigen. Ursächlich dafür, so die Annahmen, sei in erster Linie die Corona-Pandemie. Diese würde die jeweiligen Branchen wie schon in den Jahren zuvor in unterschiedlicher Ausprägung beeinträchtigen. Mit diesem gespaltenen Ausblick ging die deutsche Wirtschaft in das Jahr 2022. Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar hat die Wachstumshoffnungen zunichtegemacht. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sprach Bundeskanzler Olaf Scholz vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages unmittelbar nach dem russischen Angriff von einer Zeitenwende. Die in diesem Zuge ebenfalls angekündigte Neuorientierung kennzeichnete seither die politischen Entscheidungen und die Gesetzgebung, insbesondere im Energiesektor. Die Bundesregierung hat seit Beginn des Krieges in der Ukraine und dem damit verbundenen beschleunigten Anstieg der Energiepreise zahlreiche Gesetze auf den Weg gebracht, um das Funktionieren des Gasmarktes sicherzustellen, Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie Industrie und Bürger zu entlasten — und so auch zu einer Eindämmung der extrem hohen Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung beizutragen. Im März rief Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die Frühwarnstufe und Ende Juni die Alarmstufe des Notfallplans Gas aus. Um die Preise für Strom und Gas zu stabilisieren und dann sinken zu lassen, beschloss der Bundestag im Oktober zusätzlich einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. €. Nachdem die Bundesregierung bereits im April die Gazprom Germania GmbH, heute unter SEFE GmbH (Securing Energy for Europe GmbH) firmierend, zunächst unter Treuhänderschaft gestellt hatte, übernahm sie als weitere Maßnahme zur Sicherung der Energieversorgung Ende September

den größten deutschen Gasimporteure Uniper SE. Mit der Übernahme des Bundes endeten auch Überlegungen der Bundesregierung, eine Gasumlage zur Stützung exponierter Unternehmen einzuführen. Im November wurde dann auch die SEFE GmbH verstaatlicht. Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist laut der Bundesnetzagentur weiter gewährleistet, auch weil die Gasspeicher durch umfangreiche Käufe schneller als erwartet wieder vollständig gefüllt sind. Die Lage bleibt jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Situation am Gasmarkt unter strenger Beobachtung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt für das Geschäftsjahr 2022 ist gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % angestiegen. Zuvor wurde für das Gesamtjahr 2022 laut Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in den Herbstprognosen nur noch ein Wachstum von 1,4 % erwartet. Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,9 % gegenüber 2021 erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, lag die Jahresteuersatzrate damit deutlich höher als in den vorangegangenen Jahren. So hatte sie im Jahr 2021 hoch bei +3,1 % gelegen. Eine weiterhin wichtige Einflussgröße für die deutsche Wirtschaft blieb auch im Berichtsjahr die Corona-Pandemie. Auch wenn das deutsche Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2022 erstmals wieder oberhalb des Vorkrisenniveaus lag (+0,2 % im Vergleich zum 4. Quartal 2019), beeinträchtigte die Pandemie wie in den beiden Vorjahren das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Insbesondere die Lieferketten waren weltweit weiterhin stark gestört und verzögerten so eine schnellere wirtschaftliche Erholung. Obwohl einzelne Unternehmen bereits von Verbesserungen in der Lieferkette berichten, werden die Probleme vermutlich noch weit in das Jahr 2023 reichen. Der für Deutschland wichtige Handelspartner China spielt hier eine Hauptrolle. Das Land verfolgte bis Ende des Berichtsjahres weiterhin eine strikte und von der Bevölkerung zunehmend kritisierte Null-Covid-Strategie mit Lockdowns, alltäglichen Massentests, strenger Kontrolle, Kontaktverfolgung und Zwangsquarantäne. Dies führt immer wieder zu länger anhaltenden Störungen und Lieferengpässen bei bestimmten Erzeugnissen wie etwa Halbleitern. Nach landesweiten Protesten sowie einem Einbruch des Außenhandels begann die Volksrepublik jedoch mit einer allmählichen Lockerung der strengen Regeln.

Energiapolitische und rechtliche Rahmenbedingungen International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden müsse, prägten auch im Jahr 2022 weltweit die energipolitische Debatte. Bei der UN-Klimakonferenz COP 27 (United Nations Framework Convention on Climate Change, 27th Conference of the Parties) in Sharm el-Sheikh wurde die Einrichtung eines gemeinsamen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden für Länder, die besonders von der Klimakrise gefährdet sind, beschlossen. Der neue Fond gilt als historischer Erfolg des Treffens, auch wenn es voraussichtlich Jahre dauern wird, bis dieser handlungsfähig sein wird. Es muss zudem in den nächsten zwölf Monaten geklärt werden, bis wann, für welche Länder und durch wen Gelder bereitgestellt werden sollen. Jedoch ist die Schaffung des Fonds nach jahrzehntelangen Forderungen von vulnerablen Staaten ein wichtiges Signal für Solidarität und ein Schritt, um Vertrauen aufzubauen. In der Abschlusserklärung des UN-Klimagipfels in Sharm el-Sheikh bekräftigte die Staatengemeinschaft das Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Ob die Staaten ihre Klimaschutzpläne nachschärfen, bleibt allerdings freiwillig. Auch sonst legten die Staaten keine konkreten Maßnahmen fest, die die Treibhausgasemissionen senken sollen. Zwar gilt die Absicht zum Kohleausstieg (COP 26 Glasgow 2021), eine Abkehr von fossilen Brennstoffen legte die Staatengemeinschaft trotz der Forderung zahlreicher Länder nicht fest. Nach schwierigen Verhandlungen konnte man sich auf einen Prozess für das auf der COP 26 in Glasgow ins Leben gerufene Arbeitsprogramm zur dringenden Minderung von Treibhausgasen vor 2030 einigen. Die nächste UN-Klimakonferenz COP 28 wird voraussichtlich im November 2023 in Dubai stattfinden.

Europa

Die Serie von Hitzewellen quer durch Europa zusammen mit ungewöhnlich trockenen Bedingungen hat nicht nur Mensch und Natur, sondern auch die europäische Wirtschaft und Energieversorger im vergangenen Jahr vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Das Jahr 2022 war in Europa bis Ende Oktober das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen vor rund 140 Jahren. Im Sommer ähzte

der Kontinent unter einer extremen Hitze und Dürre. Laut Daten des EU-Klimawandeldienstes Copernicus lagen die Durchschnitts-Temperaturen in den Sommermonaten Juni bis August um 0,4 Grad Celsius — und damit deutlich — über den Spitzenwerten aus den Jahren 2018 und 2021. Infolge der Hitze und des ausbleibenden Regens kam es zu erheblichen Einschränkungen in der Schifffahrt, insbesondere auf dem Rhein. Bei Emmerich etwa schrumpfte die Breite des Rheins von den üblichen 300 auf 150 Meter. Aufgrund niedriger Pegelstände konnten Schiffe nicht die gewohnte Last transportieren, was im Umfeld ohnehin angespannter Lieferketten Transportkosten verteuerte und Lieferzeiten verlängerte. Aufgrund von Wartungs- und Reparaturarbeiten, aber auch bedingt durch Hitze und Trockenheit und infolgedessen eines Kühlwassermangels aus Flüssen waren in Frankreich zeitweise weniger als die Hälfte der 56 französischen Atomreaktoren mit voller Leistung am Netz. Dadurch sank der Anteil der Atomenergie am französischen Strommix deutlich unter das Normalniveau von 70 %, was wiederum eine zusätzliche preistreibende Wirkung auf den europäischen Großhandelsmärkten hatte. Vor dem Hintergrund der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise und immer deutlicher zutage tretenden Folgen des Klimawandels für Menschen, Umwelt, Wirtschaft und Energieversorgung haben die EU und die Bundesregierung Maßnahmen verschärft bzw. wollen diese auf den Weg bringen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen und die Dekarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Die Notwendigkeit solcher politischen Maßnahmen zeigt beispielhaft das erste Zweijahresgutachten des Expertenrats für Klimafragen. Wollte Deutschland seine Klimaziele für 2030 erreichen, müsste sich die Menge an eingesparten klimaschädlichen Emissionen im Zeitraum von 2022 bis 2030 im Vergleich zu den Jahren 2011 bis 2021 mehr als verdoppeln. Laut Expertenrat hätten insbesondere der Energie- und Gebäudesektor zur bisher erreichten Reduktion von klimaschädlichen Gasen beigetragen. Die Industrie und der Verkehrssektor hätten im Vergleich dazu deutlich schlechter abgeschnitten. Um die deutschen Klimaziele bis 2030 noch zu erreichen, müsste der Industriesektor seine jährlichen Emissionseinsparungen etwa verzehnfachen, der Verkehrssektor vervierzehnfachen. Gemäß der eigenen Unternehmensziele unterstützt der E.ON-Konzern ausdrücklich die Bemühungen der Politik, die Erneuerbaren schneller als geplant auszubauen und damit die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Aus diesem Grund hat der E.ON-Konzern im vergangenen Jahr auch mit seiner Expertise die vielfältigen Gesetzesvorhaben sowohl auf europäischer Ebene wie auf Bundesebene begleitet und sich für eine ambitionierte Klimapolitik entlang klarer Rahmenbedingungen für den Energiesektor eingebracht.

Deutschland

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien verabschiedet. Insbesondere das EnWG, EEG und WindSeeG haben umfangreiche Änderungen erfahren. Insgesamt wurden 19 Einzelgesetze geändert. Es handelt sich damit um eine der größten energiepolitischen Gesetzesnovellen der vergangenen Jahrzehnte. Der Gesetzgeber hat die Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von bis-tang 50 % auf 80 % erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt werden. Um das zu erreichen, wird der Ausbau Erneuerbarer Energien als von „überragendem öffentlichen Interesse“ verankert. Damit erhält die erneuerbare Energieerzeugung Vorrang in Abwägungsprozessen, zum Beispiel gegenüber den Belangen von Bau- und Straßenrecht, Wasserschutzgebieten aber auch Forst-, Immissionsschutz- und Naturschutzrecht. Mit diesem Schritt, so die Hoffnung des Gesetzgebers, werden sich die Bremsen im Bereich Planung und Genehmigung lösen lassen. So gelten beispielsweise nun im novellierten Bundesnaturschutzgesetz für die artenschutzrechtliche Prüfung bundeseinheitliche Standards. Das neue Bundesnaturschutzgesetz erlaubt nun explizit, dass auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden können. Der Finanzierungsbedarf für die Erneuerbaren Energien wird künftig aus dem Sondervermögen des Bundes „Energie- und Klimafonds“ ausgeglichen. Verbraucher und Unternehmen werden durch den Wegfall der EEG-Umlage entlastet. Um das neue Ausbauziel für Wind- und Solarenergie 2030 zu erreichen, werden die Ausschreibungsmengen für die Zeit bis 2028/29 erhöht. Parallel dazu hat der Gesetzgeber das

Wind-an-Land-Gesetz beschlossen, um den Ausbau der Windenergie an Land zu beschleunigen. Demnach müssen die Bundesländer bis 2032 2 % der Bundesfläche für die Windenergie ausweisen. Bis 2027 sollen 1,4 % der Flächen für Windenergie bereitstehen. Repowering-Maßnahmen alter Windanlagen am selben Standort sind vorzuziehen. Gemäß der eigenen Unternehmensstrategie hat der E.ON-Konzern die Initiativen der Bundesregierung für einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren und damit das Osterpaket maßgeblich unterstützt. Das Unternehmen wird seine ganze Kraft darauf verwenden, den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren mit dem notwendigen Ausbau intelligenter Verteilnetze zu begleiten. Dafür müssen sich insbesondere die Instrumente zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren als wirkungsvoll erweisen. Nur so können die ambitionierten Klimaziele auch erreicht werden. Ein weiterer Baustein zur Beschleunigung der Energiewende ist die Novellierung des Messstellenbetriebs-gesetzes. Damit möchte die Bundesregierung unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Rollout von Smart Metern beschleunigen. Mit einer Gesetzesinitiative, die im Dezember 2022 vom Kabinett beschlossen wurde, will Robert Habeck einen Neustart des Smart-Meter-Rollouts und die Ziele des deutschen Smart-Meter-Plans erreichen. Der Plan sieht derzeit vor, dass bis 2032 jeder Zähler intelligent oder zumindest mit einer digitalen Schnittstelle versehen sein muss. Insgesamt läuft der Smart-Meter-Rollout in Deutschland aufgrund von technischen und regulatorischen Hürden immer noch schleppend. Der E.ON-Konzern hat bis Ende 2022 4,9 Mio. Smart Meter in Deutschland verbaut. Einen weiteren Schub zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs soll der Masterplan Ladeinfra-struktur II bringen. Mit 68 im Masterplan aufgeführten Maßnahmen will die Bundesregierung unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums das Laden von Millionen zusätzlichen Elektroautos sicherstellen. Bis zum Jahr 2025 will der Bund den Ausbau mit 6,3 Mrd. € fördern. Über ein Jahr zog sich auch die Umsetzung des Redispatch 2.0, bis die Bundesnetzagentur im November 2022 final für Klarheit sorgte. Demnach müssen den Bilanzkreisverantwortlichen Redispatchmaßnahmen unverzüglich mitgeteilt werden, und zwar im Detail der geplante Zeitpunkt, der Umfang und die Dauer der Anpassung der Wirk- oder Blindleistungserzeugung. Darüber hinaus stellt die Bundesnetzagentur klar, dass Abschlagszahlungen an die Bilanzkreisverantwortlichen exakt abgerechnet werden müssen. Dafür sollen Netzbetreiber die ausfallende Arbeit möglichst präzise schätzen. Daneben nimmt die Behörde Netzbetreiber in die Pflicht sicherzustellen, dass bei der Ausgleichsberechnung auch der bilanzielle Ausgleich mitangerechnet wird. Im Rahmen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse hat der Gesetzgeber der Bundesnetzagentur unter anderem im Energiewirtschaftsgesetz die Möglichkeit gegeben, abweichend von der bisherigen Praxis, Bezugszeitraum oder Bezugsgrößen für die Ermittlung der kalkulatorischen Fremdkapitalzinssätze von Verteilnetzbetreibern zu setzen. Der E.ON-Konzern erwartet, dass sich die Bundesnetzagentur unverzüglich den Problemen der gestiegenen Konditionen im Bereich der Fremdkapitalfinanzierung annehmen wird.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Situation an den Energiemärkten in Deutschland und Europa immer weiter verschärft und stellt die Welt vor neue, große Herausforderungen. Eine Energiemangellage und die daraus resultierenden hohen Strompreise können mittel- und langfristig nur durch Investitionen in neue Erzeugungsanlagen und Diversifizierung bestehender Energiequellen überwunden werden, also durch die Schaffung von mehr Alternativen zu russischem Erdgas. Daher hat die Bundesregierung neben vielen weiteren Maßnahmen z. B. das Ausbautempo für die Erneuerbaren Energien mit einer großen EEG-Novelle massiv beschleunigt und die Grundlagen für den Import von Flüssigerdgas geschaffen. Auch wenn die Großhandelspreise für Strom zuletzt zurückgegangen sind, verbleiben die Strompreise in Deutschland und Europa weiterhin auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise. Zugleich führen die anhaltend hohen Börsenstrompreise auch zu einem Anstieg anderer Strompreisbestandteile. So prognostizieren die Übertragungsnetzbetreiber für das Jahr 2023 einen erheblichen Anstieg der Redispatchkosten für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen im deutschen Stromnetz, der im Ergebnis höhere Übertragungsnetzkosten und damit höhere

Übertragungsnetzentgelte bedeuten würde. Vor die-sem Hintergrund sind weitere Maßnahmen erforderlich. Diese verfolgen nicht nur das Ziel, einen weiteren Anstieg der Strompreise zu verhindern, sondern sie sollen zu einer spürbaren Entlastung bei den privaten und gewerblichen Stromverbraucherinnen und Stromverbrauchern führen. Die Bundesregierung hat daher mit den sog. „Entlastungspaketen I-III“ umfangreiche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Unternehmen in Deutschland beschlossen. Zudem hat die Bundesregierung mit dem weiterentwickelten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) einen umfassenden wirtschaftlichen Abwehrschirm mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Milliarden Euro geschaffen. Dieser Abwehrschirm federt die Auswirkungen der verschärften Energielage ab. Ein wichtiges Element dieses Abwehrschirms ist die Strompreisbremse, die durch dieses Gesetz eingeführt wird. Sie soll die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Sie ist zugleich ein wichtiger nationaler Beitrag in dieser Krise, die die gesamte Europäische Union betrifft und eine europaweit abgestimmte Lösung erfordert. Die Europäische Union hat sich daher auf ihrem Sonder-Ministerrat am 30. September 2022 ebenfalls — auch zur Vermeidung eines größeren Eingriffs in das europäische Strommarktdesign — auf eine Strompreisbremse verständigt, die denselben Ansatz verfolgt und die der deutschen Strompreisbremse entspricht. Flankierend ist durch ein gesondertes Gesetz eine einmalige Entlastung für Kunden von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme für Dezember 2022 umgesetzt worden, und es wird parallel mit dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz eine zu der Strompreisbremse vergleichbare Gaspreis-bremse eingeführt. Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit von einzelnen Staaten, charakterisiert durch nachhaltige, dezentrale und erneuerbare Stromerzeugung und robuste Netze, erfordern eine starke und digitale Energieinfrastruktur.

Energiepreisentwicklung

Im Berichtsjahr haben sich die Energiepreise — und hierbei insbesondere die Gaspreise — nahezu ungebremst nach oben bewegt. Das Abflauen der Corona-Welle im Herbst 2021 begünstigte einen wirtschaftlichen Aufschwung und förderte so einen preistreibenden Anstieg der Nachfrage nach Energie. Zudem haben der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen auf der Angebotsseite eine preistreibende Verknappung ausgelöst. Die konjunkturelle Eintrübung und das hohe Strompreinsniveau ließen in Deutschland den Verbrauch um 3,1 % (Stand: 20. Dezember 2022) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sinken. Der Erdgasverbrauch sinkt insgesamt in Deutschland in 2022 um 14,8 % (Stand: 20. Dezember 2022) im Vergleich zum Vorjahr bedingt im Wesentlichen durch die milde Witterung und auch durch Einspareffekte aufgrund der stark gestiegenen Preise als Hauptursachen. Der CO₂-Zertifikatspreis lag im Berichtsjahr im Jahresmittel bei rund 80,65 €/t CO₂ und damit um 50,69 % höher im Vergleich zum Vorjahr. Der CO₂-Zertifikatspreis erreichte am 19. August 2022 bei 97,58 €/t CO₂ ein Allzeithoch.

Strompreise

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2022 beträgt 40,07 ct/kWh (im ersten Halbjahr 37,07 ct/kWh; Grundpreis anteilig für einen Verbrauch von 3.500 kWh/a enthalten). Trotz Wegfall der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022, ist der Strompreis im Vergleich zum ersten Halbjahr um 8,1 % und im Vergleich zum 31. Dezember 2021 um ca. 24,6 % gestiegen (Vorjahr 32,16 ct/kWh). Der Grund für diese Entwicklung sind die weiter stark angestiegenen Beschaffungskosten im Großhandel. Der Durchschnittspreis für Strom in Deutschland am Spotmarkt betrug 232,83 €/MWh (Vorjahr 96,85 €/MWh). In der Spitze wurde in Deutschland ein Tages-Base bei 699,4 €/MWh am 26. August 2022 gehandelt (Vorjahr 431,00 €/MWh am 21. Dezember 2021).

Gaspreise

Auf dem Höhepunkt der bisherigen Preis-Aufwärtsspirale Ende August 2022 betrug der Großhandelspreis für eine MWh Gas an der niederländischen TTF-Börse 346,00 € und auch der Spotpreis stieg über 300,00 €. Zum Ende des Berichtsjahres pendelten sich die Preise bei 64,00 € beziehungsweise 82,00 € ein. In Deutschland betrug der Großhandelspreis für eine MWh Gas am 27.

August 2022 in der Spitze 319,57 € (Vorjahr 190,50 € am 21. Dezember 2022). Der Durchschnittspreis für Gas in Deutschland am Spotmarkt beträgt 122,87 € (Vorjahr 47,09 €) und ist im Vergleich zum Vorjahr um 160,93 % gestiegen. Unsicherheit ist die eine Ursache für die massiven Preisübertreibungen im Verlauf des vergangenen Jahres. Eine weitere Ursache ist, dass gerade der deutsche Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe auf den Märkten sehr aktiv war, um möglichst zügig die im Frühjahr 2022 noch außergewöhnlich leeren Gasspeicher zu füllen und die im Mai 2022 neu erlassenen gesetzlichen Vorgaben zur Befüllung von Gasspeicher zu erfüllen. Die deutschen Speicher machen rund 24 % der europaweiten Kapazität aus; die forcierte Befüllung hatte somit auch eine Rückwirkung auf das Preisgeschehen in Europa insgesamt. Die gesetzliche Vorgabe für Deutschland von 95 % Speicherfüllstand wurde dann auch vor dem vorgeschriebenen 1. November 2022 erreicht. Mitte November 2022 waren Deutschlands Gasspeicher zu 100 % gefüllt. Das im Oktober und November zu beobachtende Sinken des Preisniveaus kann zum Teil mit der Sättigung in Deutschland erklärt werden; zudem wirkte das außergewöhnlich milde Wetter im Oktober und der ersten Novemberhälfte preissenkend. Aber selbst wenn sich der Gaspreis nun auf einem im Vergleich zum Sommer 2022 eher moderaten Stand einpegelt, werden die Preise auch nach Krieg und Corona auf einem hohen Niveau verbleiben. Für private Haushalte, aber auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie die Industrie ist diese Situation wirtschaftlich sehr belastend. Trotz Absenkung der Mehrwertsteuer beträgt der durchschnittliche Erdgaspreis im 4. Quartal des Geschäftsjahres 2022 bei einem Verbrauch von 20.000 kWh 20,04 ct/kWh (Vorjahr 7,06 ct/kWh). Damit hat dieser Haushalt im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 183,85 % zu verkraften.

Maßnahmen zur Dämpfung der Energiekosten

Bereits kurz nach Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine wurden in Brüssel Forderungen einzelner Mitgliedsstaaten nach einem Preisdeckel an Großhandelsmärkten für Erdgas laut. Im Laufe des Jahres 2022 wurden unterschiedliche Modelle zur Umsetzung eines Preisdeckels diskutiert. Im Mai 2022 hatten Spanien und Portugal im Rahmen einer sogenannten „iberischen Ausnahme“ die Zustimmung der Europäischen Union erhalten, einen Preisdeckel für Gas, das auf Elektrizitätsmärkten gehandelt wird, einzuführen. Am 19. Dezember beschloss der Rat der Europäischen Union, einen Marktkorrekturrmechanismus einzuführen. Unter den Voraussetzungen, dass der Großhandelspreis an drei aufeinanderfolgenden Werktagen über einem Niveau von 180 €/MWh und mehr als 35 € über einem Referenzpreis von LNG liegt, darf der Großhandelspreis für Termingeschäfte nicht mehr als 180 € bzw. nicht mehr als der LNG-Referenzpreis, zuzüglich 35 €, betragen. Dieser sogenannte dynamische Preisdeckel soll 28 Tage in Kraft bleiben und kann unter bestimmten Voraussetzungen automatisch oder durch Entscheidung der Kommission ausgesetzt werden. Auch die Bundesregierung hat in Reaktion auf die stark gestiegenen Energiepreise weitreichende Maßnahmen zur Entlastung der Bürger und der Industrie beschlossen. Die Mehrwertsteuer auf Gas ist für den Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 31. März 2024 von 19 % auf 7 % abgesenkt worden. Um Bürger und Unternehmen zusätzlich bei den Energiekosten zu entlasten, wurde die eigentlich für Anfang 2023 anstehende Erhöhung des CO₂-Preises für Heizöl, Erdgas und Sprit um weitere 5 € pro Tonne um ein Jahr verschoben. Im Jahr 2022 war der Preis auf 30 € pro Tonne gestiegen. Für untere Einkommensbezieher und auch solche, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, erhöhte die Regierung unter anderem den Grundfreibetrag, passte das Wohngeld nach oben an und beschloss Heizkostenzuschüsse. Die weitreichendsten Impulse gingen jedoch von der Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme aus. Die Kommission überreichte der Regierung ihren Abschlussbericht am 31. Oktober 2022. Sie schlug vor, Gas- und Fernwärmekunden in zwei Schritten zu entlasten. Demnach solle der Staat in einem ersten Schritt die Abschläge im Dezember komplett übernehmen, ausgenommen Abschläge für Industrie und Kraftwerke zur Stromerzeugung. In einem zweiten Schritt solle ab Anfang März 2023 bis mindestens Ende April 2024 eine Gas- und Wärmepreisbremse greifen. Diese Empfehlungen wurden von der Bundesregierung aufgegriffen und in rascher Folge in Gesetze gegossen. Als Sofortmaßnahme hat die Bundesregierung die von der Kommission empfohlene Einmalzahlung für einen Gas-Monatsabschlag aufgegriffen. Das Gesetz wurde am 10. November 2022 beschlossen. Von der Soforthilfe profitieren Haushalte, die Gas oder Fernwärme nutzen. Ihnen sowie KMU, die über

Standardlastprofile (SLP) abgerechnet werden und weniger als 1,5 Mio. kWh Gas pro Jahr verbrauchen, wurde die Abschlagszahlung im Dezember erlassen. Unabhängig von ihrem Jahresverbrauch sind auch Pflege-, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie staatliche oder staatlich anerkannte Einrichtungen aus Bildung und Forschung berechtigt, den Monatsabschlag in Anspruch zu nehmen. Es folgten Gesetze zur Gas- und Strompreisbremse, die im Dezember im Bundestag beschlossen wurden. Die Kommission behandelte zudem die Frage, wie mit drohenden Zahlungsrückständen im Kundenverhältnis umgegangen werden sollte. Statt den gesetzlichen Regelungen eines Moratoriums von Energiesperren und Kündigungen zu folgen, empfahl die Kommission einen Härtefallfonds einzuführen. Dieser sollte zielgenau und bedarfsgerecht Notlagen abfedern. Der E.ON-Konzern hatte sich als Teil der Kommission für diese Lösung eingesetzt. Der Bundesgesetzgeber und die Bundesländer sind diesem Vorschlag schlussendlich in der Gesetzgebung zur Strom- und Gaspreisbremse weitgehend gefolgt. In den Gesetzen zur Strom- und Gaspreisbremse finden sich, dem Vorschlag der Expertinnen-Kommission folgend, auch Regeln, um missbräuchlichen Strategien im Wettbewerb um Kunden einen Riegel vorzuschieben. Der Grundpreis von SLP-Kunden wird auf den Stand von September 2022 festgeschrieben, wobei Preisanpassungen, die Veränderungen der Netzentgelte oder der staatlich induzierten Preiskomponenten berücksichtigen, ausgenommen werden – ebenso wie Preisänderungen, die vor dem 1. Dezember 2022 den Kunden mitgeteilt wurden. Eine Reduzierung des Grundpreises um bis zu 5 € pro Monat oder um bis zu 60 € im Jahr bleibt aber möglich. Neukundenboni und Wechselprämien sollen für die Dauer der Gaspreisbremse höchstens 50 € betragen dürfen.

Geschäftsverlauf

Avacon befindet sich trotz anhaltenden Effizienzdrucks aus dem Wettbewerb und der Regulierung in einer soliden wirtschaftlichen Verfassung. Der Umsatz von Avacon betrug im Geschäftsjahr 2022 12,1 Mio. €. Der Jahresüberschuss ging leicht um 0,2 Mio. € (-0,2 %) auf 105,8 Mio. € zurück. Das Ergebnis von Avacon bleibt somit auf Vorjahresniveau.

Übrige Beteiligungen

Zum Jahresende 2022 verfügte Avacon über zahlreiche Beteiligungen an operativ tätigen Unternehmen. Die wesentlichsten Veränderungen im Beteiligungsportfolio und die Ergebnisse bei den Mehrheitsgesellschaften stellen sich wie folgt dar: Am 1. September 2022 erfolgte die Umbenennung der Purena GmbH in Avacon Wasser GmbH. Der neue Name dient einer klareren Erkennbarkeit des Geschäftsfelds Wasser innerhalb der Avacon-Gruppe. Die Beteiligung H2 GmbH (vorher eine 100%ige Vorratsgesellschaft von Avacon) wurde im Geschäftsjahr in die HAZwei GmbH umbenannt und wird seitdem als Gemeinschaftsunternehmen von Avacon und der HanseWerk AG (jeweils 50 % Anteil) fortgeführt. Das neue Unternehmen wird sich schwerpunktmäßig dem Thema Wasserstoff (H2) und Erneuerbare Energien widmen. Die Um-firmierung der Gesellschaft wurde im Juni 2022 ins Handelsregister eingetragen und ist seit Juli 2022 operativ tätig. Die Avacon-Gruppe und die Hanse-Werk AG verfügten über eine nennenswerte Anzahl an H2- und EE-Projekten, die sie in die neue Gesellschaft eingebracht haben. Die Projekte der gemeinsamen Gesellschaft sollen den regionalen Dekarbonisierungspfad unterstützen.

Wesentliche Ergebnisse bei den Tochtergesellschaften

Zwischen Avacon und der Avacon Netz GmbH, der Avacon Natur GmbH, der Avacon Connect GmbH sowie der Avacon Beteiligungen GmbH bestanden jeweils Gewinn- bzw. Ergebnisabführungsverträge. Damit gingen die Ergebnisse unmittelbar in die Ertragslage von Avacon für das Geschäftsjahr 2022 ein. Das Ergebnis vor Steuern der Avacon Netz GmbH im Geschäftsjahr 2022 betrug 105,9 Mio. € und stieg damit um 48,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen verbesserte Rohmargen für das Strom- und Gasnetz (+39,0 Mio. €), gestiegene Umsatzerlöse gegenüber Dritten (+8,6 Mio. €) und geringere Materialaufwendungen (-27,9 Mio. €). Weiterhin

trugen die gesunkene Verlustübernahme der Avacon Hochdrucknetz GmbH (-7,6 Mio. €) sowie eine verbesserte Zinswirkung aus der Aufzinsung der Pensionsansprüche (+49,9 Mio. €) zur Ergebnisverbesserung bei. Die Erhöhung der Sonstigen betrieblichen Erträge (+16,0 Mio. €) wirkten ebenfalls ergebnisverbessernd. Gegenüber dem Vorjahr höhere Bestandsveränderungen (+2,7 Mio. €) und höhere aktivierte Eigenleistungen (+4,6 Mio. €) trugen weiterhin zur Ergebnisverbesserung bei. Auch geringere Aufzinsungen für langfristige Rückstellungen verbesserten das Ergebnis. Höhere Aufwendungen aus der Marktpreisbewertung und der Ausschüttung aus den im Rahmen des Contractual Trust Arrangement (CIA) erfolgten Fondsanlagen (+130,1 Mio. €) sowie höhere Abschreibungen des Anlagevermögens (+7,9 Mio. €) wirkten ergebnismindernd. Der von der Avacon Natur GmbH abgeführte Gewinn des Jahres 2022 stieg um 1,5 Mio. € auf 5,7 Mio. €. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf gestiegene Erlöse aus der EEG-Stromeinspeisung zurückzuführen. Der im Geschäftsjahr 2022 von der Avacon Beteiligungen GmbH abgeführte Gewinn lag mit 11,6 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (13,4 Mio. €). Das Ergebnis der Avacon Beteiligungen GmbH enthält ausschließlich die Ausschüttung aus der Beteiligung an Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG. Das Jahresergebnis der Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG hat sich im Vergleich zu den Vorjahren aufgrund des Wegfallens von Sondereffekten reduziert. Der von der Avacon Connect GmbH abgeführte Gewinn des Jahres 2022 lag bei 0,7 Mio. € und wuchs damit gegenüber Vorjahr um 0,6 Mio. € insbesondere aufgrund gesunkener Wertberichtigungen auf Forderungen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse blieben auf Vorjahresniveau. Während die Umsatzerlöse für den Webshop stiegen, sanken die Umsatzerlöse aus Dienstleistungsverträgen mit verbundenen Unternehmen. Die sonstigen Erträge gingen um 0,9 Mio. € auf 1,6 Mio. € zurück. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf gesunkenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (-0,6 Mio. €). Zusätzlich sanken im Geschäftsjahr 2022 die Erträge aus der Inanspruchnahme der Archivierungsverpflichtungen (-0,3 Mio. €). Der Materialaufwand wuchs um 0,1 Mio. € auf 0,6 Mio. € infolge gestiegener Bezugskosten für den Webshop. Der Personalaufwand stieg um 2,6 Mio. € auf 9,1 Mio. €. Im Wesentlichen lässt sich die Zunahme zurückführen auf erhöhte Aufwendungen aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (+3,2 Mio. €). Ursächlich hierfür waren unter anderem veränderte Bewertungsparameter, wie ein gestiegener Renten- und Gehaltstrend, die zur Ermittlung der Rückstellungshöhe herangezogen wurden. Gegenläufig sank der Aufwand aus der Zuführung zu der Rückstellung für Aktienoptionen (-0,6 Mio. €). Hingegen sanken die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,5 Mio. € auf 5,8 Mio. €. Die Minderung resultierte insbesondere aus dem Rückgang des Aufwands zur Förderung von Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsleistungen (-0,6 Mio. €). Das Finanzergebnis, bestehend aus dem Beteiligungsergebnis- und Zinsergebnis, wuchs um insgesamt 28,5 Mio. € auf 148,9 Mio. €. Die Erhöhung des Beteiligungsergebnisses um 37,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 155,5 Mio. € ist größtenteils durch die gestiegene Gewinnabführung der Avacon Netz GmbH (+48,5 Mio. €) begründet. Der Ergebnisbeitrag aus den anderen Beteiligungen lag bei 31,7 Mio. € und damit um 11,5 Mio. € unter Vorjahresniveau. Begründet wird der Rückgang im Wesentlichen mit dem Wegfall der Ausschüttung einer Sonderdividende der LandE GmbH, dessen Anteil für Avacon im Vorjahr bei 7,0 Mio. € lag. Zudem führte auch die Thesaurierung des Gewinns aus dem Jahr 2021 der WEVG Salzgitter GmbH & Co. KG zu einem verminderten Beteiligungsertrag bei Avacon (-3,6 Mio. €). Das Zinsergebnis sank um 8,7 Mio. € auf -6,6 Mio. €. Der Rückgang wurde hauptsächlich hervorgerufen durch Aufwendungen aus der Marktpreisbewertung und verminderten Ausschüttungen aus den im Rahmen des CIA erfolgten Fondsanlagen (-6,3 Mio. €). Aufgrund der schrittweisen Anhebung des Leitzinses der Europäischen Zentralbank verzeichnete darüber hinaus auch das Zinsergebnis aus der Tagesgeldverzinsung einen Rückgang (-1,9 Mio. €). Zudem entfielen zum einen die Zinserträge aufgrund der Auflösung der Rückstellung für Nachforderungszinsen aus der Betriebsprüfung (-1,1 Mio. €) und zum anderen stiegen die Zinsaufwendungen aus Steuern (-0,7 Mio. €). Gegenläufig wirkten gesunkene Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen ergebnisverbessernd (-1,8 Mio. €). Insgesamt erzielte Avacon nach Abzug der Steuern in Höhe von 41,2 Mio. € einen Jahresüberschuss von 105,8 Mio. €. Die Erhöhung der

Steuerbelastung um 25,5 Mio. € auf 41,2 Mio. € begründet sich überwiegend aus dem im Rahmen der Gewinnabführung übernommenen höheren Jahresergebnis vor Steuern der Avacon Netz GmbH. Gegenläufig wirkten die im Berichtsjahr in Folgeerklärungen und -veranlagungen der Jahre 2016 bis 2021 umgesetzten Feststellungen der abgeschlossenen Betriebsprüfung für 2012 bis 2015. Aufgrund dessen waren die steuerlichen Risiken für offene Betriebsprüfungszeiträume neu zu bewerten, was zu aperiodischen Steuererträgen in Höhe von 11,4 Mio. € führte. Der Bilanzgewinn in Höhe von 131,8 Mio. € setzt sich zusammen aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 105,8 Mio. €, dem Gewinnvortrag gemäß Beschluss der Hauptversammlung in Höhe von 3,9 Mio. € sowie einer Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 22,1 Mio. €.

Finanzlage

Zum Bilanzstichtag befand sich Avacon in einer kurzfristigen Geldaufnahme bei der E.ON SE in Höhe von 246,4 Mio. € (Vorjahr 419,6 Mio. €). Die Minderung lässt sich im Wesentlichen begründen mit einem geringeren Finanzmittelbedarf der Avacon Netz GmbH. Die kurzfristigen Geldanlagen/ -aufnahmen im Rahmen des E.ON-Konzern Cash-Poolings erfolgten zu marktüblichen Konditionen. Es besteht bei der E.ON SE eine hinreichende Kreditlinie mit einem Volumen von 470 Mio. €.

Dividende

Der Vorschlag an die Hauptversammlung sieht vor, aus dem Bilanzgewinn von 131,8 Mio. € auf Basis des dividendenberechtigten Kapitals zum 31. Dezember 2022 einen Betrag von 130,9 Mio. € (0,91 € je dividendenberechtigte Aktie) auszuschütten. Der verbleibende Betrag in Höhe von 0,9 Mio. € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Anteilseigner

Bei der Berechnung der Beteiligungsquoten sind gemäß § 16 Abs. 2 AktG eigene Anteile von der Gesamtzahl der Aktien abzusetzen. Der Bestand an eigenen Aktien wird im Anhang beschrieben. Im Jahr 2022 wurden 20.000 eigene Aktien an kommunale Aktionäre veräußert.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 14,6 Mio. € im Wesentlichen infolge der Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Avacon Natur GmbH in Höhe von 10,0 Mio. € sowie in die Kapitalrücklage der HAZwei GmbH in Höhe von 3,3 Mio. €. Des Weiteren erfolgte eine Zuzahlung in Höhe von 0,8 Mio. € in das Eigenkapital der GasLine GmbH & Co. KG. Des Weiteren sank das Umlaufvermögen um 3,1 Mio. € auf 122,5 Mio. €. Darin enthalten war die Minderung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 3,2 Mio. €. Diese setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der Verringerung der Finanzforderungen gegen die Avacon Natur GmbH um 20,0 Mio. € sowie gegenläufig aus der Steigerung der Finanzforderungen gegen die Avacon Connect GmbH um 9,5 Mio. €. Ebenso erhöhten sich gegenläufig die Forderungen aus den Gewinn- bzw. Ergebnisabführungsverträgen mit der Avacon Netz GmbH um 5,9 Mio. € sowie mit der Avacon Natur GmbH um 1,4 Mio. €. In den übrigen Aktiva beruhte die Minderung um 7,1 Mio. € auf einem gesunkenen aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Dieser ergab sich sowohl aus der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen mit den Versorgungs- und Pensionsverpflichtungen, die gemäß Treuhandvertrag Past Service gesichert sind, als auch aus der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fondsanlagen mit den Versorgungs- und Pensionsverpflichtungen, die nicht über den Treuhandvertrag Past Service gesichert sind. Der Rückgang des Eigenkapitals um 24,7 Mio. € auf 1.241,1 Mio. € resultierte aus der Ausschüttung in Höhe von 130,9 Mio. € für das Geschäftsjahr 2021. Gegenläufig wirkte im Berichtsjahr der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 105,8 Mio. € sowie der Verkauf eigener Aktien an kommunale Aktionäre in Höhe von 0,4 Mio. €. Die bilanzielle Eigenkapitalquote betrug 68,1 %

(Vorjahr 69,7 %). Das Anlagevermögen war zum Stichtag 31. Dezember 2022 zu 73,1 % (Vorjahr 75,2 %) durch Eigenkapital gedeckt. Die Rückstellungen verringerten sich um 7,5 Mio. € auf 52,3 Mio. €. Von der Minderung entfielen 4,8 Mio. € auf Steuerrückstellungen sowie 2,7 Mio. € auf sonstige Rückstellungen. Aufgrund der Verrechnung des beizulegenden Zeitwerts der im Rahmen des CTA erfolgten Fonds-anlagen mit den Pensionsverpflichtungen wurden auch im aktuellen Geschäftsjahr keine Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen ausgewiesen. Die Steuerrückstellungen sanken um 4,8 Mio. € auf 36,3 Mio. €. Die Veränderung der Steuerrückstellungen resultierte aus Auflösungen in Höhe von 11,4 Mio. € sowie Verbräuchen in Höhe von 5,9 Mio. €. Gegenläufig wurden 12,5 Mio. € zu den Steuerrückstellungen zugeführt. Die sonstigen Rückstellungen verringerten sich um 2,7 Mio. € auf 16,0 Mio. €. Ursächlich waren im Wesentlichen planmäßige Inanspruchnahmen, insbesondere eine um 1,3 Mio. € verminderte Rückstellung für Rückpachtmodelle. Die Verbindlichkeiten wuchsen im Geschäftsjahr um 36,6 Mio. € auf 528,2 Mio. €. Die darin enthaltene Erhöhung in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 36,3 Mio. € entstand überwiegend aufgrund gestiegener Finanzverbindlichkeiten gegenüber der Avacon Netz GmbH um 198,1 Mio. €. Darüber hinaus stiegen die Finanzverbindlichkeiten aus Termingeldanlagen gegenüber der LandE GmbH um 14,5 Mio. €. Gegenläufig sanken die Finanzverbindlichkeiten gegenüber der E.ON SE um 173,2 Mio. €.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäft V011 Avacon wird im Wesentlichen auf Basis der Größe Jahresüberschuss gesteuert. Der Jahresüberschuss für das Jahr 2022 in Höhe von 105,8 Mio. € unterschritt um 71,2 Mio. € bzw. 40,2 % die Prognose in Höhe von 177,0 Mio. €. Diese Entwicklung resultiert in erster Linie aus dem niedrigeren Ergebnisbeitrag der Avacon Netz GmbH (vor Steuern), der um 80,1 Mio. € unter dem Zielwert lag. Die ungeplanten, stichtagsbezogenen Kursminderungen und Buchverluste bei den im Rahmen des Contractual Trust Arrangements erfolgten Fonds-anlagen belasteten das Geschäftsergebnis der Avacon Netz GmbH im Jahr 2022 um insgesamt 53,5 Mio. €. Die im Vergleich zur Prognose gesunkenen Steuern trugen bei Avacon zu einer leichten Verbesserung des Jahresergebnisses von 7,7 Mio. € bei.

Mitarbeiter

Zum Jahresende 2022 gehörten zur Belegschaft von Avacon (ohne ruhende Arbeitsverhältnisse und Praktikanten) 32 Mitarbeiter. Damit sank die Mitarbeiterzahl gegenüber dem 31. Dezember 2021 um drei Mitarbeiter. Die Vergütungen der tariflichen Mitarbeiter wurden zum 1. Juni 2022 um 1,5 % erhöht. Im Zuge der Umsetzung des zweiten Entlastungspakets der Bundesregierung wegen stark steigender Energiepreise, erhielten die Mitarbeiter von Avacon eine einmalige Energiepreispauschale ausgezahlt. Im Rahmen des Mitarbeiteraktien-Programms haben die Mitarbeiter von Avacon innerhalb eines festgelegten Zeichnungszeitraumes das Angebot erhalten, vergünstigte Aktien der E.ON SE zu erwerben. Im Verbund der Regionalversorgungsunternehmen des E.ON-Konzerns gibt es ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, an dem alle Mitarbeiter entsprechend den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes teilnehmen können. Die betriebliche Altersversorgung ist weitgehend durch Fondsanlagen gedeckt, die an einen externen Treuhänder sicherungsübergibt sind. Avacon und der E.ON-Konzern legen hohen Wert auf die Arbeitssicherheit und leisten entsprechende Präventionsarbeit. Als Indikator für die Arbeitssicherheit wird die Kennzahl „Total Recordable Injuries Frequency Index combined (TRIF,...)“ verwendet. Der TRIFcom, stellt die Unfallquote pro 1 Mio. Stunden geleisteter Arbeitszeit dar (eigene Mitarbeiter und Mitarbeiter der Partnerfirmen). Im Geschäftsjahr 2022 betrug der TRIFcomb bei Avacon 0,0 (Vorjahr 0,0). Es haben sich keine Unfälle bei eigenen Mitarbeitern oder bei Mitarbeitern von Partnerfirmen ereignet. Auch in Zukunft soll die Präventionsarbeit des Unternehmens kontinuierlich weiterentwickelt werden. Zudem wurde Avacon in 2021 der Corporate Health Award verliehen. Diese Auszeichnung ist bis Dezember 2023 gültig. Sie ist die bekannteste Auszeichnung für Betriebliches Gesundheitsmanagement in Deutschland und zeichnet Arbeitgeber aus, die sich für die Gesundheit

der eigenen Mitarbeiter engagieren und eine nachhaltige Personalstrategie verfolgen. Um den Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichen Fachbereichen und Hierarchieebenen die Möglichkeit zu bieten, sich untereinander noch besser zu vernetzen, können alle Frauen der Avacon-Gruppe dem „Gestalterinnen Netzwerk“ beitreten.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Angesichts der aktuell großen Herausforderungen hat die Weltwirtschaft an Dynamik verloren. Die anhaltend hohe Inflation hat sich über Länder und Produkte hinweg ausgebreitet und Engpässe in der Energieversorgung könnten die Preise weiter in die Höhe treiben, Zinserhöhungen, die notwendig sind, um die Inflation einzudämmen, erhöhen die finanzielle Anfälligkeit. Russlands Krieg in der Ukraine erhöht das Risiko einer Schuldenkrise in Ländern mit niedrigem Einkommen und Ernährungsunsicherheit. In ihrem Wirtschaftsausblick vom November 2022 geht die OECD davon aus, dass fast drei Viertel des globalen Wachstums im kommenden Jahr auf die großen asiatischen Schwellenländer entfallen werden, während der Aufschwung in den USA und in Europa an Tempo verliert. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von nur 2,2 % und für das Jahr 2024 von 2,7 % prognostiziert. Eine straffere Geldpolitik und höhere Realzinsen, anhaltend hohe Energiepreise, ein schwaches Wachstum der realen Haushaltseinkommen und ein sinkendes Vertrauen dürften das Wachstum schwächen. Es wird erwartet, dass die Inflation in 2023 auf hohem Niveau verbleiben wird, bevor eine straffere Geldpolitik sowie eine Verlangsamung des Wachstums dazu beitragen werden, die Inflation letztendlich zu dämpfen. Die Berechnungen des European Economic Forecast der Europäischen Union gehen in diesem Umfeld in ihrer Herbstprognose davon aus, dass das BIP-Wachstum im Jahr 2023 sowohl in der EU als auch in der Eurozone voraussichtlich insgesamt 0,3 % erreichen wird und bis 2024 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich allmählich wieder an Fahrt gewinnen und im Durchschnitt 1,6 % in der EU und 1,5 % im Euroraum betragen wird. Man geht davon aus, dass die Inflationsrate im Jahr 2023 zurückgeht, aber mit 7,0 % in der EU und 6,1 % im Euroraum hoch bleibt, bevor sie sich 2024 auf 3,0 % bzw. 2,6 % abschwächt. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr angesichts der Energiekrise und der Lieferkettenprobleme als erfreulich widerstandsfähig erwiesen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr um 1,9 % zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft trotz Ukraine-Krieg, Lieferkettenengpässen und Energiepreiskrise gewachsen. Gründe für den positiven Verlauf sind Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie sowie nachlassende Lieferengpässe. So hat der private Konsum mit einer Wachstumsrate von 4,6 % stark expandiert, da wieder Reisen, Restaurantbesuche, große Kulturveranstaltungen, Feste und Messen möglich waren. Noch im Frühjahr 2022 hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage mit einem Wachstum des BIP in Deutschland von 3,6 % im Jahr 2023 gerechnet. Im Jahresgutachten, das im Herbst publiziert wurde, wird ein Rückgang für das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2023 um 0,2 % erwartet. Auch die Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht von Dezember unter den gegebenen Bedingungen von einem Schrumpfen der deutschen Wirtschaft von sogar 0,5 % aus, das aber keinen schwerwiegenden Einbruch zur Folge habe, weil in der zweiten Jahreshälfte mit einer Erholung zu rechnen sei. Für 2024 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 % gerechnet. Voraussetzungen hierfür sind, dass die Auslandsnachfrage annahmegemäß anzieht, die Unsicherheit weiter abnimmt, genauso wie der Preisdruck der Energierohstoffe, sodass die Inflationsrate sinken kann. Durch einen weiterhin robusten Arbeitsmarkt und Lohnsteigerungen könnten ebenfalls die Haushaltseinkommen zulegen und sich der private Konsum erholen. Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die wirtschaftliche Abschwächung im Winterhalbjahr milder ausfällt als bislang erwartet worden ist. Dennoch dürften die zunehmend bei den Verbrauchern ankommenden hohen Preissteigerungen die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu Jahresbeginn 2023 noch belasten. Außerdem sorgen Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Perspektiven aktuell noch für Investitionszurückhaltung. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich gemäß den ifo-Umfragen im Dezember spürbar aufgehellt. Fast alle Wirtschaftsbereiche waren zuversichtlicher als zuvor. Das ist ein weiteres Indiz dafür, dass eine Rezession im Winterhalbjahr 2022/23 ausbleiben könnte.

Geschäftsentwicklung

Die Prognose der gesamten Ergebnisentwicklung von Avacon ist weiterhin von den vielfältigen Veränderungen der Energiewirtschaft geprägt. Für das Jahr 2023 erwartet Avacon einen signifikanten Anstieg des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr um 146 Mio. € bzw. 138 % auf rund 252 Mio. €, hauptsächlich aufgrund des unterstellten, höheren Ergebnisbeitrages der Avacon Netz GmbH (rund +163 Mio. €). Hier wirken insbesondere steigende Netzentgelte im Strom- und Gasgeschäft (rund +66 Mio. €) aufgrund höherer Rückflüsse aus den Personalzusatzkosten. Hinzu kommen planerisch unterstellte CTA-Erträge von 39 Mio. € (5,1 % Rendite), nach Aufwendungen aus Kursminderungen und Buchverlusten im Jahr 2022 von 54 Mio. €. Gegenläufig wird der Erlösanspruch aus der Eigenkapitalverzinsung mit dem Start der 4. Regulierungsperiode im Gasnetz im Jahr 2023 gekürzt. Um Investitionsvorhaben im regulierten Geschäft zu finanzieren, hat Avacon zum 1. Januar 2023 einen Darlehensvertrag mit E.ON SE in Höhe von 300 Mio. € über drei Jahre geschlossen. Das Volumen der Kreditlinie für kurzfristige Geldaufnahmen im Rahmen des E.ON-Konzern Cash-Poolings wurde in diesem Zuge auf 120 Mio. € vermindert. Avacon erreicht hierdurch Stabilität in einem derzeit volatilen Zinsumfeld. Darüber hinaus schloss Avacon weitere Darlehen mit E.ON SE in Höhe von insgesamt 111,8 Mio. € und Laufzeiten von bis zu zwölf Jahren ab. Diese Darlehen werden von Avacon an Tochtergesellschaften sowie Mehrheitsbeteiligungen zur Finanzierung von Investitionen im nicht-regulierten Geschäft weitergereicht. Zudem hat Avacon weitere kurzfristige Kreditlinien mit Laufzeiten von bis zu sechs Monaten mit E.ON SE und weiteren Beteiligungen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € abgeschlossen.

Risiken- und Chancenbericht

Um bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können, ist bei Avacon entsprechend aktienrechtlicher Anforderungen ein Risikomanagementsystem implementiert. Über die reine Erfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus soll ein Chancen- und Risikobewusstsein auf allen Ebenen der Mitarbeiter gefestigt werden. Bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung werden systematisch die Chancen- und Risikoaspekte einbezogen. Die Risiken werden von den operativen Unternehmenseinheiten identifiziert und dokumentiert. Sie werden hinsichtlich ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Berichterstattung über die aktuelle Risikosituation erfolgt in regelmäßigen Abständen gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat. Das System wird regelmäßig entsprechend der aktuellen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt. Die Überprüfung der Gesamtrisikolage von Avacon hat zum Ergebnis geführt, dass aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken für die Gesellschaft bestehen. Das vorhandene Eigenkapital in Höhe von 1.241,1 Mio. € übersteigt die Kumulation aller Nettorisiken (Worst-Case-Betrachtung) über die nächsten drei Jahre mit 998,1 Mio. €. Im Folgenden werden die wesentlichsten Risiken der Avacon-Gruppe absteigend beginnend mit der höchsten Bedeutung dargestellt: Das wertmäßig größte Risiko resultiert aus Mengenänderungen im Strom- und Gasbereich bei der Avacon Netz GmbH. Die Erlösobergrenze wird im Rahmen der Netzentgeltkalkulation durch eine prognostizierte Absatzstruktur erlöst. Weicht die tatsächliche Absatzstruktur von der prognostizierten, z. B. durch Witterungsoder Konjunktoreinflüsse ab, entsteht in dem Jahr ein Liquiditäts- und Ergebnisrisiko bzw. eine entsprechende Chance. Die Abweichung wird in den Folgejahren über das Regulierungskonto ausgeglichen. Es handelt sich hierbei nur um ein temporäres Risiko bzw. eine temporäre Chance. Vor dem Hintergrund der Energiekrise stiegen die Volatilitäten und die Preise für Netznutzungsentgelte und Redispatch wurden angehoben, sodass sich das Risiko bzw. die Chance deutlich erhöht hat. Ein weiteres wesentliches Risiko ergibt sich aus einer möglichen Nichterreicherung der geplanten Erlösobergrenzen im Strom- und Gasgeschäft, sofern beispielsweise bestimmte Kostenelemente im Rahmen der anstehenden Kostenprüfungen seitens der BNetzA nicht anerkannt werden. Ebenso können sich bei der Bilanzkreisbewirtschaftung (insbesondere bei der Verlustenergie und beim Differenzbilanzkreis) Abweichungen zu den geplanten Mengen und Werten ergeben. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich dieses Risiko erhöht. Mögliche Verluste von

Konzessionsgebieten könnten aufgrund von Abgängen der entsprechenden Erlösobergrenzen und Wegfall von weiteren Sachverhalten zu geringeren Ergebnissen in den Folgejahren führen. Im Zusammenhang mit den in 1996 übernommenen Anteilen an der Harzwasserwerke GmbH hat die ehemalige HASTRA AG gegenüber dem Land Niedersachsen eine gesamtschuldnerische Bürgschaft (Haftung für die Erfüllung der Verpflichtungen der Harzwasserwerke GmbH) übernommen. Die Beteiligung an der Harzwasserwerke GmbH wird inzwischen bei der Avacon Wasser GmbH gehalten. Avacon haftet jedoch ebenfalls für einen Großteil der Verpflichtung über eine gesamtschuldnerische Bürgschaft. Weitere Risiken, aber auch Chancen, für das Ergebnis von Avacon resultieren aus den Marktwertveränderungen der CTA-Fondsanlagen. Unter dem Risiko „Versorgungssicherheit Netzbetrieb“ sind alle Schäden, die durch Beschädigungen und Ausfällen von Netzanlagen sowie durch Ausfälle in der Strom- und Gasversorgung durch höhere Gewalt entstehen könnten, zusammengefasst. Höhere Gewalt wird hierbei definiert als ein betriebsfremdes von außen durch Naturkräfte oder durch Handlungen Dritter herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlichem Ermessen und Erfahrung nahezu unvorhersehbar ist. Hierzu zählen beispielsweise das Jahrhunderthochwasser, schwere Stürme sowie Sabotage. Durch die aktuell hohen Energiepreise aufgrund der Energiekrise und der steigenden Inflation können sich finanzielle Engpässe ergeben. Dies führt auch zu deutlich höheren Forderungsausfallrisiken im Vertriebs- und Netzbereich. Die Risiken aus der Energiekrise werden permanent im Rahmen von Task-Forces bei Avacon überwacht. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und damit verbundene Liquiditätsrisiken verringern sich durch die Einbindung in das Cash-Pooling des E.ON-Konzerns. Zudem ist zur Überwachung von Ausfallrisiken ein unternehmensweites Forderungsmanagement implementiert. Sämtliche Forderungen sind branchenübliche Inlandsforderungen und enthalten kein Währungsrisiko. Erkennbaren Risiken wird durch entsprechende Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen Rechnung getragen. Zur Minimierung der Brutorisiken ist die Gesellschaft dennoch gegen eintretende Schadensfälle versichert. Die Gesellschaft verfügt zum Stichtag über keine Derivate. Im Folgenden sind die wesentlichen Chancen von Avacon dargestellt: Die Energiewende in Europa ist unumkehrbar und gewinnt auch vor dem Hintergrund der aktuellen Marktsituation an Tempo. Für die Energiewirtschaft ergeben sich daraus nicht nur neue Herausforderungen, sondern auch enorme Chancen. Netzbetrieb und Energiemanagementlösungen bilden die Basis einer erfolgreichen Energiewende. Die europäischen Verteilnetze sind der Ort, an dem sich die Energiewende vollzieht. Sie bilden das Rückgrat dieser Transformation. Durch die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften steht die Energiewirtschaft vor einer Schlüsseldekade des Wachstums. Denn mit Themen wie Erneuerbare Energien, E-Mobilität und Wasserstoff im Zuge der weltweiten Dekarbonisierung ist die Energiebranche zum wichtigen Problemlöser für die größte Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert geworden. Jedes neue Windrad, jede neue Photovoltaikanlage sowie jede neue Ladesäule muss ans Netz angeschlossen und effizient in das Gesamtsystem integriert werden. Privat-, Geschäfts- und Industriekunden sowie Kommunen fragen immer stärker Lösungen für ihre Dekarbonisierung nach. Mit ihren nachhaltigen Kundenlösungen leistet die Energiewirtschaft als Dekarbonisierungspartner wichtige Beiträge zum Klimaschutz. Die Entwicklung in der Politik bestärkt Avacon in der strategischen Ausrichtung des Geschäfts. Die langfristige Orientierung der Avacon-Gruppe sowie die Umsetzung vielfältiger Innovationsvorhaben zielen unter anderem darauf ab, die Energiewende erfolgreich zu gestalten sowie die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Diese Ziele spiegeln sich ebenfalls unter anderem im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung sowie im „Osterpaket“ wider. Die Berufung der Bundesnetzagentur vor dem BGH zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (Xgen) für Gas und für Strom bedeutet eine Chance für die Ertragslage der Avacon Netz GmbH. Mit der Beschwerdeeinreichung gegen die Festlegung der Eigenkapitalverzinsung für die vierte Regulierungsperiode wahrt die Avacon Netz GmbH die Chance einer besseren Verzinsung für die Strom- und Gasnetze. Grüne Gase, insbesondere Wasserstoff, bieten ein großes Potenzial bei der Realisierung einer klimaneutralen Zukunft. Gemeinsam mit Ökostrom kann CO₂-frei produzierter Wasserstoff die tragende Säule zum Gelingen der Energiewende bilden. Allerdings scheitert der breite Einsatz von Wasserstoff derzeit noch an der Verfügbarkeit und den Erzeugungskosten. Gleichwohl trauen Fachleute dem Energieträger zu, dass grüner Wasserstoff bei konsequenter Förderung im Jahr 2050 etwa die Hälfte des weltweiten

Energiebedarfs decken kann. Ob und in welcher Menge dieser Wasserstoff in das Gasnetz eingespeist werden kann und welche Anpassungen an das Gasnetz hierfür vorgenommen werden müssen, wird lokal erprobt. Mit dem im Oktober 2022 veröffentlichten Master-plan Ladeinfrastruktur II will die Bundesregierung den Ausbau von Ladeinfrastruktur in Deutschland weiter beschleunigen. Sie drängt darin mit 68 Maßnahmen darauf, flächendeckend Ladeinfrastruktur zu schaffen, sodass die Nachfrage nach Bau, Betrieb und Anschluss von Ladesäulen und Wallboxen weiter steigen wird. Vor diesem Hintergrund wird Avacon mit ihren Aktivitäten im Bereich E-Mobilität in einem zunehmenden Wettbewerb um die besten Lösungen stehen. Um den damit einhergehenden Herausforderungen zu begegnen, entwickelt Avacon ihr Lösungsportfolio kontinuierlich weiter. Chancen ergeben sich für Avacon auf dem Gebiet der Digitalisierung. Dies spiegelt sich im Einsatz vielfältiger neuer digitaler Technologien zur Verbesserung des Geschäfts und zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Arbeitsweise wider. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, forciert Avacon die Digitalisierung des bestehenden Geschäfts. Gestützt wird dieses Vorgehen durch die konsequente Umsetzung der Digitalen Vision der Avacon-Gruppe, welche die Leitwerte „gemeinsam. gestalten. mutig. vernetzen“ in den Mittelpunkt stellt. Langfristiges Ziel ist es, die digitale Kompetenz von Avacon nachhaltig zu erhöhen und zukunftsweisende, innovative und erfolgreiche Lösungen und Services für Kunden und Mitarbeiter zu entwickeln. Die im aktuellen Geschäftsjahr erfolgreich weitergeführten und neu gestarteten Initiativen zur Erhöhung des Digitalisierungsgrades konnten durchgängig ihren Mehrwert nachweisen. Die in den Vorjahren begonnene Automatisierung von repetitiven Tätigkeiten durch digitale Roboter wurde konsequent fortgesetzt und zu einem ganzheitlichen Ansatz „Process Intelligence“ zur Automatisierung kompletter Prozessstränge weiterentwickelt. Die Avacon als Teil des E.ON-Konzerns nimmt darüber hinaus am „Digital Acceleration Model“ teil, bei dem es um die konzernweite Auswahl und Skalierung von Digitalen Lösungen geht. Erste Entscheidungen für Lösungen wurden bereits getroffen und befinden sich in der Skalierung.

Gewinn- und Verlustrechnung der Avacon AG

in TE	2022	2021
Umsatzerlöse	12.098	12.136
Sonstige betriebliche Erträge	1.620	2.528
Materialaufwand	726	494
Personalaufwand	9.110	6.520
Abschreibungen	66	42
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.755	6.328
Finanzergebnis	148.894	120.428
Ergebnis vor Steuern	146.955	121.708
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41.189	15.722
Ergebnis nach Steuern	105.766	105.986
Jahresüberschuss	105.766	105.986
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.973	28.921
Eigene Aktien	252	
Ertrag aus dem Wegfall der offenen Absetzung durch Veräußerung	252	
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	22.100	
aus anderen Gewinnrücklagen	22.100	
Einstellungen in Gewinnrücklagen	252	
in andere Gewinnrücklagen	252	
aus der Veräußerung eigener	252	
Bilanzgewinn	131.839	134.907

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die vom Landkreis gehaltenen Aktien an der Avacon AG sind mit Wirkung vom 01.01.2005 in die Landkreis Hildesheim Holding GmbH eingelegt.

Im Haushaltsjahr 2023 wurde für das Geschäftsjahr 2022 eine Dividende in Höhe von 742.443,30 € ausgezahlt. Für das Jahr 2024 wird mit einer Dividendenzahlung in gleicher Höhe gerechnet.

Bauverein Sarstedt eG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Dabei beschränkt sich der Bauverein Sarstedt nicht nur auf die Bereitstellung von Wohnraum sondern auch als Dienstleister, der für die Mieter und Mitglieder bei den praktischen Alltagsproblemen mit Rat und Tat zur Seite steht. Die Mitarbeiter vermitteln Kontakte zu sozialen Einrichtungen und Vereinen, sie helfen im Umgang mit Behörden und geben Tipps für Materialien und Schönheitsreparaturen durch die Mieter.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle Bereiche der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig

Beteiligungsverhältnisse

Das Geschäftsguthaben des Gemeinnützigen Bauvereins Sarstedt eG beträgt mit Stand 31.12.2021 = 694.660,00 €

Die Genossenschaft zählt zum Jahreswechsel 636 Mitglieder.

Der Landkreis Hildesheim ist mit fünf Geschäftsanteilen zu 470 €, somit 2.350 € an der Genossenschaft beteiligt. Das entspricht einem Beteiligungsverhältnis von 0,39 %.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Vorstand

Er besteht aus mindestens zwei Personen. Sie müssen Mitglied der Genossenschaft sein. Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Aufsichtsrat

Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt.

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet spätestens bis zum 30. Juni jeden Jahres statt und wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen.

Der Landkreis Hildesheim ist in den Organen der Genossenschaft nicht vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

1. Vermögenslage

In der nachstehenden Übersicht werden der Vermögensaufbau und die Kapitalstruktur der Genossenschaft in zusammengefasster Form dargestellt.

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderun
	T€		T€		g
					T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen	11.454,4	92,8	11.440,3	93,6	14,1
Umlaufvermögen	887,2	72	786,0	64	101,2
Bilanzsumme	12.341,6	100,0	12.226,3	100,0	115,3

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderun
	T€		T€		g
					T€
Kapitalstruktur					
Eigenkapital	5.241,1	42,5	4.769,5	39,0	471,6
Fremdkapital, langfristig					
Dauerfremdfinanzierungsmittel	6.407,9	51,9	6.857,2	56,1	-449,3
sonstige Rückstellungen	1,4	0,0	1,4	0,0	0,0
kurzfristige Fremdmittel	691,2	56	598,2	49	93,0
Bilanzsumme	12.341,6	100,0	12.226,3	100,0	115,3

Auf der Vermögensseite vermehrte sich das Anlagevermögen durch Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 422,8. Gegenläufig wirkten planmäßige Abschreibungen von T€ 408,7. Die Veränderung des Umlaufvermögens resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Flüssigen Mittel. Auf der Kapitalseite ist zum 31.12.2022 der prozentuale Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital im Vergleich zum Vorjahr bei einer um 0,9 % gestiegenen Bilanzsumme von 39,0 % auf 42,5 % angestiegen. Es erhöhte sich um den Jahresüberschuss von T€ 502,6 bei einem Abgang von T€ 13,2 anlässlich der Dividendenzahlung für das Vorjahr. Die Geschäftsguthaben verminderten sich um T€ 17,9. Die Dauerfremdfinanzierungsmittel verminderten sich durch planmäßige Tilgungen von T€ 449,3. Das Anlagevermögen war am 31.12.2022 zu 45,8 % durch Eigenkapital und im Übrigen durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die Vermögenslage der Genossenschaft ist geordnet.

2. Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Genossenschaft stellen wir vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 sowie zukunftsorientiert für 2023 durch eine Fortrechnung dar, in welche die zu erwartenden finanzwirtschaftlichen Vorgänge gemäß den für die Prüfung zur Verfügung stehenden Unterlagen und aufgrund der uns gegebenen Auskünfte einbezogen werden. Der Zufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit deckte die Abflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit vollständig. Darüber hinaus erhöhte sich der Finanzmittelbestand um T€ 70,7 auf T€ 321,0. Unter Einbeziehung übriger kurzfristiger Aktivposten von T€ 566,2 sowie kurzfristiger Passivposten von T€ 691,2 ergibt sich bei einem Finanzmittelbestand von T€ 321,0 zum 31.12.2022 eine stichtagsbedingte Liquiditätsreserve von T€ 196,0.

Vorschaurechnung 2023

Der weitere Verlauf der finanziellen Vorgänge stellt sich nach den Erkenntnissen zum Prüfungszeitpunkt wie folgt dar:

	T€	T€
Jahresüberschuss lt. Wirtschaftsplan	254,2	
zzgl. Abschreibungen	494,9	
zzgl. Zinsaufwendungen	128,0	
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		877,1
Auszahlungen für Modernisierungen	-802,0	
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		-802,0
Auszahlungen für planmäßige Tilgungen	-436,0	
Zinsen	-128,0	
Dividenden	-13,0	
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-177,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		-101,9
Finanzmittelbestand zum 01.01.2023		321,0
Finanzreserve nach Fortrechnung		219,1

In dieser Vorschaurechnung sind Veränderungen der kurzfristigen Aktiva und Passiva nicht berücksichtigt. Die Finanzlage der Genossenschaft ist geordnet. Die Genossenschaft war im Berichtszeitraum in der Lage, Ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Ertragslage

Zusammengefasst sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

	2022 T€	2021 T€	Verän- derung T€
Hausbewirtschaftung	544,6	222,7	321,9
Sonstiger Geschäftsbetrieb	-39,6	-36,4	-3,2
Betriebsergebnis	505,0	186,3	318,7
Neutrales Ergebnis	-0,4	3,7	-4,1
Ergebnis vor Ertragsteuern	504,6	190,0	314,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,0	-2,2	0,2
Jahresüberschuss	502	187,8	314,8

Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung hat sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch geringere Instandhaltungskosten von T€ 280,5 (Vorjahr T€ 620,7) und gestiegene Sollmieten abzgl. Erlösschmälerungen (+ T€ 13,8) verbessert. Das negative Ergebnis des Sonstigen Geschäftsbetriebs wird von der Verrechnung anderer Sparten nicht zurechenbarer Personal- und Sachkosten bestimmt. Weitere Einzelheiten zu den Funktionsergebnissen sind Anlage 5 zu entnehmen. Nach dem Wirtschaftsplan der Genossenschaft für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresüberschuss von T€ 254,2 erwartet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die auf den Anteil des Landkreises entfallende Dividende für das Jahr 2023 in Höhe von 39,56 € wurde im Haushaltsjahr 2023 von der Genossenschaft ausgezahlt.

Für 2024 wird mit einer Dividendenzahlung in gleicher Höhe gerechnet.

Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die NLG wurde 1915 als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes gegründet und führt seitdem ihre Aufgaben satzungsgemäß im Interesse der Ordnung und Entwicklung des ländlichen Raumes durch.

Dieses sind Maßnahmen der Siedlung, der Agrarstrukturverbesserung und der Landentwicklung, der Landbeschaffung oder sonstige gesetzlich zugewiesene Aufgaben.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 811.620,00€.

Der Landkreis Hildesheim ist mit 1.540,00 € beteiligt, was einem Beteiligungsverhältnis von 0,19 % entspricht.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages aus höchstens 18 Mitgliedern

- Zwei vom Land Niedersachsen entsandte Mitglieder
- je 1 Vertreter des niedersächsischen. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des niedersächsischen. Ministeriums der Finanzen
- drei Vertreter der Arbeitnehmer
- Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschafterversammlung

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates beruft die Gesellschafterversammlung ein und leitet sie.

Geschäftsführung

Die Gesellschaft wird gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Der derzeitigen Geschäftsführer sind Herr Tim Kettemann und Herr Christopher Toben

Der Landkreis Hildesheim ist in den Organen der Gesellschaft nicht vertreten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG) wurde am 19. Oktober 1915 als Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes (RSG) gegründet. Damals wie heute dient die NLG dank ihrer Organisationsform dazu, die staatlichen Verwaltungen bei der Umsetzung der Politik für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume mit der Flexibilität und Handlungsfähigkeit einer Kapitalgesellschaft zu unterstützen. Die Geschäftstätigkeit zielt darauf ab, die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den ländlichen Räumen Niedersachsens zu erhöhen. Die NLG steht unter der Fachaufsicht des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie der Beteiligungsaufsicht des Niedersächsischen Finanzministeriums. Daher ist die NLG gehalten, ihre Tätigkeit entsprechend den politischen Vorgaben im öffentlichen Interesse durchzuführen - mit der für Wirtschaftsunternehmen und für Vollkaufleute grundsätzlich geltenden kaufmännischen Sorgfalt - und nach innen sozial ausgewogen. Die Dienstleistungspalette und Aufgaben der NLG sind vielschichtig und organisatorisch in unseren vier Fachbereichen Flächenmanagement, Baulandentwicklung, Agrar- und Spezialbau und Stadt- und Regionalentwicklung zusammengefasst.

Wirtschaftsbericht

Im Folgenden wird im Einzelnen auf die vier Fachbereiche eingegangen:

Fachbereich Flächenmanagement

Dieser zentrale Fachbereich hat im Jahr 2022 eine Gesamtleistung von 72 Millionen EUR erreicht, was sich im Ankauf von 938 ha und im Verkauf von 1.042 ha Agrarfläche widerspiegelt. Nach wie vor streben wir einen moderaten Flächenaufbau von durchschnittlich 100 ha pro Jahr an, den wir im 5-Jahresdurchschnitt erreichen wollen. Für die Verbesserung der Agrarstruktur in Niedersachsen ist der Bereich Flächenmanagement von enormer Wichtigkeit.

Fachbereich Baulandentwicklung

Speziell gegen Ende des Jahres 2022 wurde die durchschnittliche Entwicklung des Jahres noch einmal deutlich verbessert, so dass wir mit 341 Bauplatzverkäufen im Eigengeschäft (Vorjahr: 385) und 138 Bauplätzen (Vorjahr: 180) im Treuhandgeschäft ein sehr gutes Ergebnis erreichen konnten. Trotz des teilweise krisenhaften Umfeldes (Zinsumfeld und generelle wirtschaftliche Schwäche) ist Bauland nach wie vor knapp, so dass wir keinerlei Rückgang der Nachfrage feststellen konnten.

Fachbereich Agrar- und Spezialbau

Unseren ambitionierten Plan von 14,8 Millionen Euro Bauleistung haben wir mit 12,7 Millionen Euro Bauleistung nur knapp verfehlt. Der Engpass in diesem Bereich liegt tatsächlich im generellen Fachkräftemangel, wobei wir allerdings zukünftig eine Verbesserung aufgrund der generellen wirtschaftlichen Schwäche in Deutschland erwarten.

Fachbereich Stadt- und Regionalentwicklung

Im Vergleich zum Vorjahr konnten wir mit 820 TEUR Umsatzerlösen die Leistung von 2021 von 599 TEUR deutlich steigern. Die thematisierten Personalfluktuationen im letzten Bericht konnten stabilisiert werden.

Ertragslage

Geplant waren 115,6 Millionen EUR Umsatz; erreicht wurden 109,6 Millionen EUR, allerdings bei einer stark gestiegenen Marge. So liegt der Jahresüberschuss mit 9,6 Millionen EUR deutlich über unserem Planwert von 7,5 Millionen EUR. Der Materialaufwand liegt bei 90 Millionen EUR (Vorjahr: 84 Millionen EUR). Die Agrarflächen konnten durchschnittlich für 52.713,15 EUR pro Hektar (Vorjahr:

41.767,87 EUR pro Hektar) eingekauft werden. Geschäftsjahresergebnis der NLG ist als ausgezeichnet zu qualifizieren

Finanzlage

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen bei 219 Millionen EUR (Vorjahr: 183 Millionen EUR). Das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital ist nach wie vor mit 41 % (Vorjahr: 43 %) außergewöhnlich gut.

Vermögenslage

Unsere Vorräte haben sich weiterhin planmäßig speziell im Flächenmanagement um 6 % erhöht. Das treuhänderisch verwaltete Vermögen stieg auf 233 Millionen EUR (Vorjahr: 208 Millionen EUR). Die Bilanzsumme steht bei 498 Millionen EUR (Vorjahr: 444 Millionen EUR) und spiegelt das nachhaltige und profitable Wachstum der NLG wider. Nach wie vor ist die Nachfrage nach weiterhin knappen Flächen die Basis für unsere Weiterentwicklung in allen Fachbereichen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Nach wie vor ist die Reduzierung des Flächenverbrauchs in unserem Bundesland vordringliches Thema, was speziell unseren Fachbereich Baulandentwicklung tangieren könnte, wobei wir auch hier über Expertise verfügen, einer Verlagerung in Richtung verstärkter Innenentwicklung begegnen zu können. Die verstärkte Konzentration im Energiebereich auf Wind und Solar sollte uns als großen Flächeneigentümer begünstigen. Hier werden wir zusammen mit den Kommunen und Landwirten Lösungen für die Energiestruktur der Zukunft erarbeiten. Generell gilt, dass wir weder anstreben, Bestandhalter von Wohnimmobilien noch Betreiber von Wind- oder Solaranlagen zu werden. Trotzdem werden in diesen Bereichen unsere Expertise und teilweise unsere Flächen benötigt werden. Wir gehen für 2023 weiterhin von einem soliden Geschäftsverlauf aus. Geplant sind Umsatzerlöse in Höhe von 107 Millionen EUR bei einer Gesamtleistung von 133 Millionen EUR. Das Jahresergebnis für 2023 ist mit 9 Millionen EUR geplant. Wir erwarten angesichts der eingangs thematisierten Entwicklungen keinen Druck auf die Immobilienpreise, wobei die augenblickliche Zinsentwicklung einen weiteren Preisanstieg bremsen sollte. Das ewige Thema "Freiherr-von-Fritsch-Kaserne" sollte nun durch den Satzungsbeschluss der Stadt Hannover an Fahrt aufnehmen. Wir rechnen mal wieder mit ersten Ausschreibungen und Erschließungstätigkeiten für Sommer/Herbst dieses Jahres. Die Liquidität der NLG ist selbst bei einem größeren zu erwartenden Abfluss infolge der Arbeiten an der Kaserne für das Jahr 2023 gesichert. Unsere Liquiditätsplanung haben wir mittels SAP verfeinert, was uns speziell bei größeren Liquiditätsbewegungen mehr Sicherheit für unsere Planung gibt.

Fachbereich Flächenmanagement

Der schon im letzten Lagebericht thematisierte geplante Ausbau der Wind- und Solarenergie könnte nun in Niedersachsen konkret werden. Mit unseren Flächen können wir den weiteren Ausbau der alternativen Energien unterstützen und wollen weiter um 100 ha pro Jahr flächenmäßig wachsen.

Fachbereich Baulandentwicklung

Hier liegt der Schwerpunkt in der Entwicklung von energieeffizienten und nach-haltigen Baugebieten, wobei ein wichtiger Punkt der zunehmende Druck zum Flächen schonen und damit in Richtung Innenentwicklung geht. Hier sind wir durch unser vorhandenes Know-how gut aufgestellt und haben zudem das spannende Thema - neben der noch zu gründenden niedersächsischen Wohnungsgesellschaft - die Wohnungsnot in unserem Bundesland zu lindern.

Fachbereich Agrar- und Spezialbau

Beim landwirtschaftlichen Bauen ist die Verunsicherung unserer Kunden, die in der Tierhaltung tätig sind, spürbar. Wir streben an, weiterhin an der Spitze derjenigen Unternehmen zu stehen, die tierwohlgerecht bauen können. Unsere Auftragslage ist nach wie vor gut, aus jetziger Sicht sind gewisse Wachstums-perspektiven im Bereich des tierwohlgerechten Umbaus der Schweinehaltung zu erkennen. Der Spezialbau (Wohnungsbau) hat in diesem Fachbereich bislang eine untergeordnete Rolle gespielt. Es bleibt abzuwarten, wie die Gründung einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft unser Geschäft tangiert. Für 2023 erwarten wir bei guter Auslastung für diesen Fachbereich einen stabilen Beitrag.

Fachbereich Stadt- und Regionalentwicklung

Die Aufgaben dieses Fachbereiches werden nicht kleiner, wobei wir uns auf-grund der geringen Kostendeckung selbst beschränken. Allerdings stellen wir durch unsere Aktivitäten mit den Kommunen zunehmend Synergien zu anderen Fachbereichen fest und werden uns mittelfristig über organisatorische Änderungen Gedanken machen müssen, um diesen Wechselbeziehungen gerecht zu werden.

Organisatorische Weiterentwicklung der NLG

Der kontinuierliche Verbesserungsprozess wird auch bei uns gelebt. Die fort-schreitende Digitalisierung macht sich in der Optimierung der Arbeitsabläufe bemerkbar. Die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein großes Thema und wird von der NLG pro-aktiv unterstützt. Die Aufbauorganisation wird dieses Jahr einer Überprüfung unterzogen, da ein verändertes Geschäftsumfeld sowie die angesprochene Digitalisierung Schwerpunkte innerhalb der Fachbereiche beeinflussen.

Gute Unternehmensführung (Corporate Governance)

Nach mühevoller Einführung unseres elektronischen Organisationshandbuches verfügen wir nunmehr über ein funktionierendes Governance-Risk-Compliance-Management-System (GRC). Eine permanente Nachsteuerung ist durch Regeländerungen auf europäischer und nationaler Ebene notwendig, bindet aber nur einen Bruchteil der Ressourcen, die zum Aufbau dieses Systems notwendig waren. Wir haben die europäische Whistleblower-Richtlinie insofern umgesetzt, als dass wir durch Auslagerung dieser Funktion an einen externen Wirtschaftsprüfer die Anonymität von eventuellen Whistleblowern gewährleisten können und hier eine neutrale und objektive Stelle geschaffen haben.

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl ist mit 265 (Vorjahr: 268) nach wie vor konstant; der Personalaufwand erhöhte sich auf 21.013 TEUR (Vorjahr: 20.564 TEUR) inklusive einer Tarifierhöhung von 1,8 % zum Jahresanfang 2022. Wir haben im letzten Jahr von der Möglichkeit des Inflationsausgleichsgesetzes Gebrauch gemacht, welches eine Nettzahlung von 1.500,00 EUR pro Mitarbeiter zur Folge hatte. Wesentliche Ereignisse des Jahres 2023 sind nach wie vor der Ukraine-Krieg, aber auch das geänderte Zinsumfeld, welches dämpfende Wirkung speziell im Baubereich entfalten sollte.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Seit dem Jahr 1997 gibt es keine Dividendenausschüttung mehr. Laut Gesellschaftsvertrag sind Dividendenzahlungen ausgeschlossen.

Hannoversche Informationstechnologien AÖR (hannIT)

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Hannoversche Informationstechnologien (HannIT) wurden zum 1. Januar 2000 als Eigenbetrieb des Landkreises Hannover gegründet. Zum 1. Nov. 2001 ist der Eigenbetrieb auf die Region Hannover übergegangen.

Um das Unternehmen für die Zukünftig anstehenden Aufgaben noch besser aufzustellen u. auf Erfordernisse des Marktes flexibler und schneller reagieren zu können, wurde der Eigenbetrieb im Wege der Gesamtrechtsnachfolge zum 1. Juli 2011 in eine gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) umgewandelt.

Gegenstand der Hannoverschen Informationstechnologien „HannIT“ in ihrer Form als Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) ist es, öffentlichen Verwaltungen innovative und effektive Lösungen auf den Gebieten der GIS-Technologien, Kommunalen Anwendungen, Internetservices und Mobilitäts- und Planungsverfahren anzubieten und deren Prozesse in der Datenverarbeitung und der Informations- und Kommunikationstechnik zu optimieren.

Das Leistungsangebot umfasst dabei die Entwicklung, Programmierung, Bereitstellung und Pflege der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie Datensicherung und Schulung der Mitarbeiter.

Die Trägerfunktion minimiert bestehende umsatzsteuerpflichtige Risiken. Daneben partizipiert der Landkreis mit seinen Umsatzteilen an positiven Geschäftsereignissen der Anstalt.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der AÖR im Jahr 2018 sind neben der Region Hannover noch weitere 32 Städte, Gemeinden und Landkreise. Das Stammkapital beträgt somit 57.600 €.

Landkreis Hildesheim ist mit einem Kapitalanteil von 1.000 € beteiligt.

Anteilsbesitz

Es besteht eine Beteiligung mit 25% an der CovConnect GmbH.

Zusammensetzung der Organe

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus den Hauptverwaltungsbeamtinnen oder Hauptverwaltungsbeamten der Anstaltsträger und, bis zu einer Gesamtstimmzahl von 100 aus zwei Vertretern/innen der Beschäftigten mit Stimmrecht und vier Vertretern/innen der Beschäftigten ohne Stimmrecht, darüber hinaus aus drei Vertretern/innen der Beschäftigten mit Stimmrecht und drei Vertretern/innen der Beschäftigten ohne Stimmrecht.

Die Anstaltsträger erhalten eine Stimme für jede angefangenen 100.000,00 € von der Anstalt abgenommene Leistung des Vorjahres. Die Feststellung erfolgt in der ersten Sitzung des Verwaltungsrats nach dem jeweiligen Jahresabschluss. Die Stimmenanzahl je Mitglied kann max. 50 betragen.

Der Vorsitz des Verwaltungsrates wechselt nach Ablauf von jeweils zwei Jahren und wird in der folgenden Reihenfolge wahrgenommen:

- ☐ der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin der Region Hannover,
- ☐ der Hauptverwaltungsbeamte oder die Hauptverwaltungsbeamtin der Landeshauptstadt Hannover,
- ☐ Ein aus dem Kreise der übrigen Träger gewählter Vertreter

Vorstand

Herr Holger Sdunnus ist alleiniger Vorstand der AÖR.

IT-Arbeitskreis

Nach § 6 ist ein Arbeitskreis als ständiges Gremium eingerichtet, zu welchem jeder Träger einen Beschäftigten entsenden kann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

hannIT schließt das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 468 ab. Im hoheitlichen Bereich wurde ein Verlust von T€ 986 erwirtschaftet; der BgA trägt mit einem Gewinn von T€ 518 zum Jahresergebnis bei. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 13,7 % von T€ 32.244 auf T€ 36.651 gesteigert werden. Im Wirtschaftsplan 2022 wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 375 ausgewiesen. Das leicht unter Plan liegende Jahresergebnis 2022 enthält positive Effekte aus höheren Umsatzerlöse (+ T€ 2.041) und einem geringeren Personalaufwand (— T€ 1.416). Dagegen stehen höhere Aufwände für Materialeinsatz, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen (+ T€ 3.431). Das Geschäftsmodell der hannIT, das eine klare Fokussierung auf die Unterstützung der Trägerverwaltungen vorsieht, wird unverändert durch den Leistungsaustausch mit den Trägerkommunen widerspiegelt, deren Anteil bei 89,4 % (Vorjahr: 91,7 %) des Umsatzes liegt. Die Möglichkeit vergaberechtsfreier Inhouse-Geschäfte mit der hannIT, welche die Kernleistungen der erbrachten IT-Services ergänzt, stößt wegen der Entlastung der trägerinternen Vergabestellen nach wie vor auf großes Interesse. Die Voraussetzungen der in § 108 Abs. 4 GWB normierten Möglichkeit einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit, auf welche die Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts nicht angewendet werden, werden im Berichtsjahr unverändert erfüllt. Die Struktur der Kundenbeziehungen zeigt sich auch an dem hohen Umsatzanteil für laufende Verfahren, PC-Service und Telefonie (74,0 % nach 78,2 % im Vorjahr), die auf Grundlage langfristiger Verträge erbracht werden. Auch in diesem Jahr war hannIT im Rahmen der Mitgliederversammlungen des Niedersächsischen Städtetages sowie des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes auf den Ge-meinschaftsständen des Partnerunternehmens GovConnect GmbH vertreten. Der bei den Kommunen allgemein wachsende Bedarf an externer Unterstützung im Bereich der Informati-onstechnik wurde bei diesen Gelegenheiten erneut deutlich. Gemeinsam mit ihren Trägern, Kunden und Geschäftspartnern hat hannIT im Berichtsjahr eine Vielzahl von Projekten umgesetzt und erfolgreich zukunftsweisende Lösungen erarbeitet. Her-vorzuheben sind insbesondere:

- Erfolgreicher Abschluss des Zertifizierungsprojekts mit Erwerb des Zertifikats zur BSI-Zertifizierung nach ISO 27001 im März 2022 sowie erfolgreiches erstes Überwachungsaudit im Dezember;
- Der Umzug des Rechenzentrums samt aller Komponenten von dem bisherigen Standort in der Leinstraße auf Flächen der Landeshauptstadt Hannover wurde abgeschlossen;
- Die erfolgreiche Einführung der VOIS Plattform und die Umsetzung einiger MESO bzw. GESO Projekte ermöglicht den Einsatz von Online-Komponenten in dem Bereich;
- Das Projekt „Bauen Online“ wurde umgesetzt und somit eine weitere OZG-Anforderung unterstützt, weitere Beauftragungen sind erfolgt;

- Die Nacharbeiten bei der Einführung des neuen KFZ-Verfahrens VOIS/KFZ sind erfolgt und das Fachverfahren ist mittlerweile im Einsatz;
- Die Migration des WAN mit Bandbreitenerhöhungen und attraktiveren Konditionen wurde in 2022 begonnen;
- Zusammen mit den Trägern wurde die gemeinsame Strategie hannIT 2030 beschlossen; die strategischen Pfade befinden sich in Umsetzung. Trotz der Vielzahl von umgesetzten Projekten war auch das Jahr 2022 für uns, wie für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft, wieder geprägt von einschneidenden Veränderungen, welche der russische Angriff auf die Ukraine mit sich brachte. Das Geschäft der hannIT war wesentlich dadurch beeinflusst, dass erhöhte Energiepreise das Ergebnis belastet haben und es zu Lieferverzögerungen bei Hardware aller Art kam.

Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Investitionen

Die Gesamtinvestitionen von T€ 4.465 (Vorjahr: T€ 2.924) enthalten die für das operative Kerngeschäft der AÖR notwendigen Beschaffungen von Soft- und Hardware.

	Investitionen 2022 TE	Investitionen 2021 TE	Veränderung T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.350	877	1473
Sachanlagen	2.115	2.047	68
	<u>4.465</u>	<u>2.924</u>	<u>1541</u>

Im Vergleich zum Vorjahr steigen insbesondere die Immateriellen Vermögensgegenstände deutlich. Dies liegt an Lizenzkäufen für MS True up (T€ 977) und OfficeProPlus (T€ 462). Die Sachanlagen bleiben aufgrund des Leasingeinsatzes auf Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt T€ 3.944 (Vorjahr: T€ 3.697); auf den BgA entfallen T€ 72 (Vorjahr: T€ 55).

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2022 beträgt insgesamt TE 7.919 (Vorjahr: T€ 7.459); davon entfallen T€ 382 (Vorjahr: T€ 404) auf den BgA. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt damit 52,6 %.

Das Anlagevermögen war zum Jahresende größtenteils durch Eigenkapital vor Ergebnisverwendung gedeckt (Anlagendeckungsgrad: 92,2 %).

2. Entwicklung des Eigenkapitals

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	Stand 01.01.2022	Umbuchung/ Verwendung	Zugang (+) / Entnahme (-)	Stand 31.12.2022
Stammkapital	57.600,00	0,00	0,00	57.600,00
Kapitalrücklage	2.645.615,94	0,00	0,00	2.645.615,94
Gewinnrücklagen	1.671.115,67	0,00	0,00	1.671.115,67
Gewinnvortrag	3.269.953,21	— 343.077,41	0,00	2.926.875,80
Jahresüberschuss	— 343.077,41	0,00	— 467.932,54	— 467.932,54
	<u>7.301.207,41</u>	<u>0,00</u>	<u>— 467.932,54</u>	<u>6.833.274,87</u>

Der Verwaltungsrat hat per Umlaufverfahren nach seiner Online-Sitzung vom 24. Juni 2022 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2021 von T€ 343 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2022 beläuft sich auf T€ 15.064 (Vorjahr: T€ 15.006). Die Eigenkapitalquote vor Ergebnisverwendung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozentpunkte auf 45,4 % verringert.

3. Entwicklung der Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2022 wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2022 T€	Inanspruch- nahme T€	Auflö- sung T€	Zufüh- rung T€	Aufzin- sung T€	Stand 31.12.2022 T€
Steuerrückstellungen	108	0	0	117	0	225
Sonstige Rückstellungen	1.353	1.161	41	1.223	0	1.374
	<u>1.461</u>	<u>1.161</u>	<u>41</u>	<u>1.340</u>	<u>0</u>	<u>1.599</u>

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen ist maßgeblich geprägt durch Überstunden von T€ 640 (Vorjahr: T€ 663) und Resturlaub von T€ 223 (Vorjahr: T€ 264) sowie Leistungsentgelt nach § 18 TVöD von T€ 131 (Vorjahr: T€ 109).

4. Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit T€ 2.592 stichtagsbezogen höher als im Vorjahr ausgefallen (+ T€ 40). Allein für drei Kreditoren im Bereich Lizenzen und Hardware sind aufgrund später Rechnungsstellung zusammen Verbindlichkeiten von T€ 1.233 bilanziert (Vorjahr: T€ 980).

5. Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	20 2 2		20 2 1		Veränderung
	TE		TE		in %
Dienstleistungen		27.116		23.908 +	13,4
<i>davon BgA</i>	<i>1.549</i>		<i>1.501</i>		
Telefonie		2.117		2.130 —	1,7
<i>davon BgA</i>	<i>36</i>		<i>34</i>		
Verkauf Hard-/Software, EDV-Zubehör		5.752		4.903 +	17,3
<i>davon BgA</i>	<i>145</i>		<i>28</i>		
Datenleitung		1.635		1.286	+ 27,1
<i>davon BgA</i>	<i>827</i>		<i>453</i>		
Sonstige Erlöse		31		18	+ 72,2
<i>davon BgA</i>	<i>18</i>		<i>2</i>		
Summe Umsatzerlöse	<u>2.576</u>	<u>36.651</u>	<u>2.018</u>	<u>32.245 +</u>	<u>13,6</u>
Sonstige betriebliche Erträge		159		406	
<i>davon BgA</i>	<u>2</u>		<u>9</u>		
Gesamt	<u>2.578</u>	<u>36.810</u>	<u>2.027</u>	<u>32.651 +</u>	<u>12,7</u>

Die Umsatzerlöse werden durch das Trärgeschäft bestimmt. Insgesamt konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.407 bzw. 13,7 % gesteigert werden. Diese äußerst positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf drei Bereiche zurückzuführen:

Die Dienstleistungsumsätze sind um insgesamt T€ 3.208 gestiegen. Die Erlöse aus Dienstleistungen resultieren maßgeblich aus laufenden Fachverfahren T€ 18.129 (Vorjahr: T€ 16.223, +11,7 %), PC-Services T€ 7.337 (Vorjahr: T€ 6.848, +7,1 %) und sonstigen Dienstleistungen T€ 1.650 (Vorjahr: T€ 836, +97,2 %).

Die Umsätze aus Datenleistungsservices haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich um T€ 349 (+27,1 %) zugenommen. Ferner hat der Umsatz aus dem Verkauf von Hard- und Software im Vergleich zum Vorjahr deutlich und damit überplanmäßig um T€ 849 (+17,3 %) zugenommen. Diese Umsätze zeigen, dass es für die Trägerkommunen weiterhin attraktiv ist, die günstigen Konditionen der hannIT zu nutzen und durch den Verzicht auf eigene Vergabeverfahren die Beschaffungsprozesse zu vereinfachen.

Die Veränderung der sonstigen betrieblichen Erträge basiert vornehmlich auf den im Wirtschaftsjahr 2022 niedriger ausfallenden Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen (T€ 6; Vorjahr: T€ 223).

6. Personalbereich

Im durchschnittlichen Personalbestand ist mit insgesamt 211 Mitarbeitenden gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 194 Mitarbeitende) ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Zum Abschlussstichtag waren insgesamt 218 Personen beschäftigt, davon waren 194 Personen TVöD-Beschäftigte, 14 Nachwuchskräfte und 10 Beamtinnen und Beamte. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten beträgt 39 Jahre, der Frauenanteil an allen Beschäftigten lag bei knapp 28 %/0.

Der Personalaufwand entwickelte sich wie folgt:

	2 0 2 2 T€	2 0 2 1 T€	Veränderung in %
Löhne und Gehälter <i>davon BgA</i>	152 9.885	160 9.428	+ 4,8
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung <i>davon BgA</i>	43 2.875	45 2.635	+ 9,1
Beihilfen	23	32	- 28,1
	<u>195 12.783</u>	<u>205 12.095</u>	+ 5,7

Die Löhne und Gehälter enthalten Beamtenbezüge von T€ 625 (Vorjahr: T€ 690) sowie das aufgrund des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlte Entgelt für die Beschäftigten in Höhe von T€ 9.372 (Vorjahr: T€ 8.436) und die Inanspruchnahme personalbezogener Rückstellungen von insgesamt T€ 112 (Vorjahr Zuführung: T€ 302).

An Sozialabgaben fielen für die Tarifbeschäftigten T€ 1.929 (Vorjahr: T€ 1.734) an. Zudem wurden T€ 768 (Vorjahr: T€ 685) an die Zusatzversorgungskasse entrichtet. Für die Beamten wurden Versorgungsumlagen in Höhe von T€ 178 (Vorjahr: T€ 216) und Beihilfen gezahlt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Personalaufwand nach Rückstellungen um insgesamt 5,7 % erhöht und bleibt damit hinter dem Planansatz zurück.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 werden tarifliche Entgelt- und Besoldungserhöhungen für die Beschäftigten und Beamten der hannIT erwartet.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Durch die breit gefächerte, vornehmlich hoheitlich geprägte Geschäftstätigkeit der hannIT ergeben sich verschiedene Risiken. Die zielorientierte Steuerung elementarer Risiken ist eine grundlegende Voraussetzung für die zuverlässige Aufgabenerfüllung und den langfristigen Erfolg der AöR.

Das betriebliche Risikomanagement berücksichtigt daher wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Prozessen und Unternehmensbereichen sowie Auswirkungen bei Ausfällen von Prozessen, die Kritikalität jedes Prozesses für das Gesamtunternehmen und die benötigten Wiederanlaufzeiten. Das Risikofrüherkennungssystem der hannIT soll bereits im Vorfeld Schäden für das Unternehmen vermeiden und vornehmlich einen störungsfreien Geschäftsbetrieb, eine planmäßige Entwicklung der Servicebereiche und eine nachhaltige Leistungsfähigkeit der AöR sicherstellen.

Um eine ganzheitliche Sicht auf die Bearbeitung der Risiken im Bereich der Informationssicherheit effektiv umzusetzen und durch ein umfassendes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) mit den dazugehörigen Richtlinien, Maßnahmen, Prozessen und Werkzeugen alle Aspekte auf gleichermaßen hohem Niveau zu bearbeiten, ist im Berichtsjahr das Überwachungsaudit zur Zertifizierung nach ISO 27001 auf der Grundlage von IT-Grundschutz absolviert worden.

Die effektive satzungsgemäße Aufgabenerfüllung der AöR ist mit einem beträchtlichen Einsatz personeller Ressourcen verbunden. Es ist daher für hannIT weiterhin erforderlich, in die unternehmensspezifische Ausbildung zu investieren und die Karriere qualifizierter Nachwuchskräfte individuell und perspektivisch zu fördern.

Zudem gilt es, Fach- und Führungskräfte nachhaltig an das Unternehmen zu binden und die Attraktivität der hannIT als Arbeitgeber zu stärken.

Zur Minimierung von Forderungsausfällen und Überwachung der vornehmlich periodisch wiederkehrenden Einnahmen verfügt hannIT über ein etabliertes Debitorenmanagement. Ein wichtiges Ziel ist es, eine Mindestliquidität sicherzustellen, um die Zahlungsfähigkeit der AöR stets zu gewährleisten.

Im Bedarfsfall kann eine bestehende Kreditlinie in Anspruch genommen werden. Da die Volatilität der Liquidität aufgrund des in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegenen Umsatzniveaus und des ausgeweiteten Handelsgeschäfts mit einer erforderlichen Vorfinanzierung spürbar erhöht hat, wurde der Vorstand im Jahr 2021 ermächtigt, im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit Kredite zur Sicherstellung der Liquidität (sog. Aktives Tagesgeld) sowie langfristige Darlehen zur Finanzierung von Investitionen in Lizenzen und Leasing und zur Finanzierung von Investitionen in Hardware im Umfang von insgesamt maximal 5,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Das aufgrund steigender Inflation erhöhte Preisniveau (insbesondere Energiekosten aber auch generelle Hardwarepreise), die erhöhte Anzahl von Cyberattacken sowie die für Arbeitgeber im IT-Umfeld angespannte Arbeitsmarktlage gehen auch weiterhin in die Risikobetrachtung der hannIT ein. Für das Jahr 2023 ist insbesondere mit den folgenden Effekten zu rechnen:

- hannIT hat weiterhin mit erhöhten Kosten in den Bereichen Energie, Materialbeschaffung und Personalkosten zu rechnen, die Preisanpassungen auch zukünftig erforderlich machen.
- hannIT hat trotz einer im Vergleich zum GJ 2022 entspannteren Lage auch weiterhin mit längeren Lieferzeiten für die Lieferung von Hardware-Komponenten zu rechnen. Zudem wird die Verlässlichkeit der Aussagen von Lieferanten zu Lieferfristen weiter niedrig bleiben.
- Hinsichtlich der Bedrohung durch Cyberangriffe, die im Zusammenhang mit der weltpolitischen Lage stehen, ist hannIT seit Beginn der Invasion in erhöhter Bereitschaft. Die Empfehlungen des BSI in dieser Hinsicht werden zusätzlich zu einer eigenen, engmaschigen Überprüfung befolgt. Maßnahmen zur Beobachtung und Härtung der eigenen Systeme gegen Cyberangriffe sind regelmäßig in Umsetzung.
- Nach der Corona-Pandemie hat die Bewegung im Arbeitsmarkt zugenommen, insbesondere IT-Fachkräfte sind knapp, so dass sich eine leicht erhöhte Fluktuation bei hannIT voraussichtlich fortsetzt, weitere Maßnahmen zur Personalbindung und Personalentwicklung sowie gezielte Aktivitäten zur Rekrutierung von Personal sind notwendig

Diese Risiken können einzeln und in Summe einen Einfluss auf das geplante Geschäftsergebnis haben, stellen aber kein grundsätzliches Risiko für das Unternehmen dar.

Entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Risiken werden für den Betrieb derzeit nicht gesehen.

Für das Jahr 2023 stehen folgende Herausforderungen für die hannIT auf der Agenda, die in der Planung für das Jahr Berücksichtigung gefunden haben:

- **Umsetzung des Strategieprozesses hannIT 2030 — Q³**
 - Die im September 2022 in einem Strategieworkshop mit den Trägern definierte O³-Strategie wird weiter umgesetzt: es wurden Jahresziele zu den drei Strategiepfaden für 2023 definiert. Zur Umsetzung der Strategischen Ziele und zur Einbeziehung möglichst vieler Mitarbeitenden der hannIT wird das OKR-Framework eingeführt, in Zyklen, die jeweils ca. ein Quartal umfassen, werden Objectives und Key Results (OKR) von unterschiedlichen bereichsübergreifenden Teams bearbeitet. Der Aufbau von Beratungskompetenz zur Entwicklung gemeinsamer IT-Strategien von Trägern und hannIT soll zunächst mit externer Beratungsunterstützung erfolgen.

- **Weitere Stärkung der Cyber-Sicherheit (technische und organisatorische Maßnahmen)**
 - Eine zunehmende Bedrohung durch Cyberangriffe erfordert fortgesetzte Anstrengungen und Investitionen in die Aushärtung der IT-Sicherheitssysteme ebenso wie organisatorische Maßnahmen wie Sensibilisierungskampagnen. Die stetige Aktualisierung und Erweiterung aller Sicherheitssysteme und -maßnahmen wird weiterhin vermehrte Ressourcen beanspruchen. Aufgrund der Verbindungen der Systeme zwischen hannIT und Trägern sind weitere gemeinsame Anstrengungen zur Einhaltung von Mindest-Sicherheitsstandards von alien erforderlich.

- **Vorbereitung der Umsatzsteuerpflicht ab 2025**
 - Derzeit muss mit dem Ende der Ausnahme von der Umsatzsteuer für die Services der hannIT zum 31.12.2024 gerechnet werden. Die bis dahin zu schaffende Grundlage für eine Neukalkulation der hannIT Services auf Basis der Kostenleistungsrechnung wird in enger Absprache mit dem Verwaltungsrat geschaffen.

- **Erhöhte Anforderungen an die Liquiditätsplanung**
 - Die Anforderungen an die Liquiditätsplanungen steigen aufgrund weiterhin erhöhter Volatilität und schwer prognostizierbarer Liefer- und Abrechnungszeitpunkte weiter.

Die Auswirkungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrats und des im Berichtszeitraum in Kraft getretenen Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit (NDIG) für das Geschäftsmodell der kommunalen Datenzentralen sind weiterhin noch nicht umfassend absehbar. Sollten sich aus den weiteren Konkretisierungen Empfehlungen oder Vorgaben für bestimmte Fachverfahren oder deren Betreiber ergeben oder die technischen oder sonstigen Anforderungen für den Betrieb für hannIT nicht umsetzbar sein, so könnten sich daraus für hannIT Sonderabschreibungen, zusätzliche Migrationsaufwände oder der Verlust von Umsatzanteilen ergeben. Andererseits ist auch Neugeschäft im Bereich des E-Governments vorstellbar, wenn ein Betrieb durch hannIT technisch möglich und zulässig ist, sowie ausreichende Kapazitäten bestehen.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hat auf der Grundlage des Onlinezugangsgesetzes, des Programms „Digitale Verwaltung Niedersachsen“ (DVN) und des im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Niedersächsischen Gesetzes über digitale Verwaltung und Informationssicherheit sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in Form von Umsetzungsprojekten in Kommunalverwaltungen spürbar an Schwung gewonnen. hannIT begleitet die Umsetzung des OZG auch weiterhin durch Bereitstellung von Portallösungen und Beratungsleistungen in Richtung einer elektronischen Akte. Wir beteiligen uns angesichts dieser Entwicklung und der Wettbewerbssituation weiter aktiv an entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Netzwerken und führen die Ausrichtung der internen Prozesse nach IT-Sicherheitsaspekten verstärkt fort.

Aus der weiteren Digitalisierung der öffentlichen Hand im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und der generellen Bewegung in Richtung digitalisierter Abläufe in den Verwaltungen der öffentlichen Hand ergeben sich Chancen, das hannIT Portfolio und den Kreis der Kunden weiterzuentwickeln. Das Interesse an einer Mitgliedschaft in der hannIT AÖR hält weiter an — so wurde im Januar 2023 die Aufnahme von fünf neuen Trägern in die AÖR abgeschlossen. Weitere Anfragen aus der größeren geografischen Entfernung wurden mit Verweis auf den regionalen Aspekt zunächst aufgeschoben. Weiteres großes Potenzial besteht bei den zahlreichen Kommunen, die noch ohne zentralen IT-Dienstleister arbeiten. Diese überdenken diesen Ansatz vor dem Hintergrund zunehmend komplexer Systeme, hoher Anforderungen an die IT-Sicherheit und den zunehmenden Schwierigkeiten, eigene Ressourcen aufzubauen. Solchen Kommunen bietet die hannIT mit ihrem Portfolio und der hervorragenden Rechenzentrumsinfrastruktur ein attraktives Angebot, das über eine Besetzung von Stellen im Customer Management mit Schwerpunkt Vertrieb dann auch aktiv akquiriert wird.

Im September 2022 wurde in einem Strategieworkshop mit den Trägern die Strategie „hannIT 2030 — Q³“ beschlossen. Die Träger haben ihre Anforderungen an die hannIT formuliert und sich darauf verständigt, gemeinsam mit hannIT die IT-Strategien mittelfristig zu synchronisieren. Es wurden drei sog. Strategische Pfade („Q1 — Q3“) festgelegt, die zunächst bis 2025 zu konkret vereinbarten Ergebnissen führen sollen:

- Q1: Das Produkt- und Serviceportfolio der hannIT wird in kontinuierlicher Abstimmung mit den Trägern fortwährend überprüft und optimiert
- Q2: hannIT bietet den Trägern nachhaltige Mehrwerte durch bedarfsgerechte Kommunikation und ganzheitliche Beratungsqualität
- Q3: Das hannIT Leitbild, die internen Strukturen, die Ressourcen und die Prozesse sind konsequent auf die vollständige Erfüllung der zugesicherten Leistungen, auf Wirtschaftlichkeit und die Erfordernisse des Serviceportfolios ausgerichtet

Die Strategischen Pfade und die Zusage der Träger zur gemeinsamen IT-Strategieentwicklung ermöglichen eine bessere gemeinsame Aufstellung im Verbund, um für die Herausforderungen der Digitalisierung, die Umsetzung von Zukunftstrends (wie z.B. die Integration von Cloud-Dienstleistungen) sowie verbesserte gemeinsame IT-Sicherheit gerüstet zu sein. Dabei soll zukünftig durch eine Clusterung der Träger eine zielgenauere Ansprache und effizientere Zusammenarbeit untereinander gewährleistet werden.

Im Berichtsjahr wurden die Unternehmensorganisation und die Geschäftsprozesse weiter an die Anforderungen eines wachsenden Unternehmens angepasst. Die Projektmanagementmethodik wird mit Hilfe des neuen Tools mehr und mehr umgesetzt, die Prozesse zur Qualitätssicherung kontinuierlich weiterentwickelt. Mittels des OKR-Frameworks sollen zukünftig durch Einbeziehung des gesamten Unternehmens in die Verbesserung des Reifegrads des Unternehmens weitere Potentiale zur Effizienzsteigerung genutzt werden. Des Weiteren wurde in 2022 das Führungskräfteentwicklungsprogramm KC Up begonnen, in dem potentielle Führungskräfte für die zukünftige Rolle der Kompetenzcenterleitung ausgebildet werden. Die bisherige Führungsspanne von bis zu 80 Mitarbeitenden je Geschäftsbereichsleitung soll verringert werden, um die Mitarbeitendenzufriedenheit zu erhöhen. Weitere geplante Entlastungen für die Beschäftigten in der Serviceerbringung sind durch die Etablierung eines zentralen Produktmanagements vorgesehen.

Die Kernprozesse des IT-Service-Managements werden mit Blick auf verbesserte Dokumentation und Qualitätssteuerung stetig weiterentwickelt. Die im Jahr 2022 vereinbarten Kennwerte für die kontinuierliche Messung der Qualität werden auch im Jahr 2023 stetig weiterverfolgt. Dank der Kennwerte ist es uns künftig möglich die Qualität nicht nur messbar zu machen, sondern auch konkrete Maßnahmen zur Qualitätsoptimierung und stetigen Weiterentwicklung abzuleiten. Dazu wurden Personalressourcen für das Continual Service Improvement aufgebaut. Da so auch die internen Abhängigkeiten zwischen den Infrastruktur-Services und den Fachverfahren in Form von IT-Services mit definierten Leistungsparametern bearbeitet werden, ergibt sich eine einheitliche Steuerung der Leistungskette. Mittels dieser Steuerung wird sich für unsere Kunden und Träger kontinuierlich eine Verbesserung der Servicequalität ergeben. Diese Verbesserung bietet auch das Potenzial, Neukunden zu gewinnen und Bestandskunden zufrieden zu erhalten.

Nach Abwägung der Chancen und Risiken geht der Vorstand von einer positiven Fortführung des Unternehmens aus. Die hannIT betrachtet sich in strategischer, organisatorischer, fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht am Markt gut positioniert. Der vom Verwaltungsrat beschlossene Wirtschaftsplan 2023 weist bei Erträgen in Höhe von T€ 40.140 ein Jahresergebnis von T€ 15 aus. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird unter den zum Abschlusszeitpunkt erkennbaren Rahmenbedingungen stabil bleiben. Durch steigende Umsatzerlöse durch zusätzliche Beauftragungen sind in den Folgejahren weiter positive Jahresergebnisse zu erwarten.

Hannoversche Informationstechnologien AöR, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2 0 2 2	2021
1. Umsatzerlöse	36.651.134,29	32.244.390,78
2. Sonstige betriebliche Erträge	159.741,62	405.635,68
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.196.000,85	4.422.027,62
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.912.942,48	9.363.804,86
	<hr/>	<hr/>
	16.108.943,33	13.785.832,48
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	9.885.750,71	9.427.935,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 945.985,70	2.897.727,80	2.666.944,03 <u>(900.850,05)</u>
	<hr/>	<hr/>
	12.783.478,51	12.094.879,14
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.943.931,04	3.696.762,68
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.148.594,92	3.129.377,56
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.676,20	10.563,44
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	284.184,45	275.688,57
9. Ergebnis nach Steuern/Jahresfehlbetrag	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>
	467.932,54	343.077,41

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Die Zahlung einer Verlustabdeckung ist im Haushaltsjahr 2024 nicht vorgesehen.

Windenergie Koppelberg Verwaltungs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, die Planung und Entwicklung des Windkraftstandortes Koppelberg, 31162 Heinde, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Windenergieanlagen, sowie den Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, die Errichtung und den Betrieb von Biogasanlagen sowie die Erzeugung und Veräußerung von umweltfreundlich erzeugter Energie.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen – auch als Komplementärin – beteiligen

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.050 €.

Am Stammkapital beteiligt sind jeweils zu 33,33 % (= 8.350 €) Herr Nikolaus Graf von Kielmansegg und die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH. Zu jeweils 16,66 % (= 4.175 €) sind die Überlandwerke Leinetal GmbH und die Landkreis Hildesheim Holding GmbH am Stammkapital beteiligt.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterbeschlüsse

Die Gesellschafterbeschlüsse werden gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen gefasst.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Windenergie Koppelberg Verwaltungs- GmbH durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler vertreten. Im Verhinderungsfall erfolgt die Vertretung durch Herrn Leitenden Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Diese Gesellschaft verfügt über kein nennenswertes operatives Geschäft; sie ist vielmehr als Komplementärin für die Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG tätig. Hierfür stehen ihr ein entsprechender Auslagenersatz sowie die Haftungsvergütung von 5 % auf das eingezahlte Stammkapital zu.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von 214,80 € (Vorjahr:117,38 €) ab.

Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Entwicklung des Windkraftstandortes Koppelberg, 31162 Heinde, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Windenergieanlagen, sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital der Gesellschaft beträgt 750.000 €.

Komplementärin ist die Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.

Kommanditisten sind

☐ Herr Nikolaus Graf von Kielmansegg	250.000 €	33,33 %
☐ die Stadtwerke Bad Salzdetfurth	250.000 €	33,33 %
☐ die Überlandwerk Leinetal GmbH	125.000 €	16,66 %
☐ die Landkreis Hildesheim Holding GmbH	125.000 €	16,66 %

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages festgelegt.

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG durch Frau Kreisamtsrätin Kerstin Zingler, im Verhinderungsfall durch Herrn Leitenden Kreisverwaltungsdirektor Klaus Rosemann, vertreten.

Geschäftsführung

Gemäß § 6 (1) des Gesellschaftsvertrages ist die Komplementärin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse ergeben sich aus der Stromeinspeisung nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz 2014 sowie aus der Direktvermarktung des erzeugten Stroms. Im Berichtsjahr wurden 13.560.491 kWh erzeugt (i. Vj.: 10.881.520 kWh). Die vergütete Menge aus Abregelungen des Direktvermarkters beliefen sich auf 0 kWh (i. Vj.: 150.408 kWh). Durch den Anstieg der Erzeugung und eines höheren Marktwerts für Windkraftstrom erklären sich die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Umsatzerlöse. Die nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die bisherige Entwicklung der Erzeugung. Positiv wirkte der Umstand, dass im Zeitraum Januar - Dezember 2022 der Marktwert für Wind an Land über der EEG-Vergütung des Windparks Koppelberg (0,089 € / kWh) lag. Die Entwicklung des Marktwerts für das Jahr 2022 zeigt die nachfolgende Darstellung. Die Mehrerlöse durch den erhöhten Marktwert Wind an Land belaufen sich auf 975 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich überwiegend aus einer Leistung durch die Maschinenversicherung und Erstattungen von Stromsteuer durch das Hauptzollamt.

Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet den Eigenstromverbrauch der Windkraftanlagen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. Pachten in Höhe von TEUR 138 (i. Vj. TEUR 79), Wartungskosten in Höhe von TEUR 184 (i. Vj. TEUR 156), Zuführungen zur Rückbaurückstellung über TEUR 108 (i. Vj. TEUR 42) sowie Kosten der Geschäfts- und Betriebsführung in Höhe von TEUR 29 (i. Vj. TEUR 26) enthalten. Weiterhin hat der Gesetzgeber im Jahr 2022 das Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse (StromPBG) erlassen. Durch dieses sollen auch bei Windenergieanlagen Überschußerlöse abgeschöpft werden. Die Aufwendungen hierfür über 17 TEUR sind ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Auslagerung des Kommanditanteils auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

Bürgerwindrad Evensen GmbH & Co. KG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Bürgerwindrades in Evensen zur Erzeugung regenerativer Energien, durch Windenergieanlagen, sowie der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Gesellschaftszweck zu dienen geeignet sind. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnisse

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die HG ENERGIE CONSULT GmbH, Kirchlinteln (Komplementärin). Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist Vertragspartner der HG ENERGIE CONSULT GmbH als stiller Gesellschafter mit einer Einlage in Höhe von 75.000 € und ist somit am Ergebnis, Vermögen, den stillen Reserven und dem Geschäfts- und Firmenwert der Gesellschaft beteiligt.

Anteilsbesitz

Es besteht keine Beteiligung an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Der Landkreis Hildesheim Holding GmbH stehen die Informations- und Kontrollrechte gemäß den Vorschriften der §§ 716 BGB, 233 HGB zu und sie ist berechtigt, diese Informations- und Kontrollrechte durch einen Wirtschaftsprüfer vornehmen zu lassen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Nachdem im Herbst 2016 die erforderliche Genehmigung nach dem Bundesimmissionschutzgesetz vorlag war Baubeginn für das Bürgerwindrad am 15.12.2016 und die Inbetriebnahme am 04.09.2017. Seitdem speist es erzeugten Strom in das Netz ein. Die endgültige Bauabnahme fand am 10.10.2017 statt.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt die BWR Evensen GmbH & Co. KG mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 618.762,43 € (Vorjahr 150.582,29 €) ab.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Durch die Beteiligung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim.

GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mit beschränkter Haftung

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GKHI Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH wurde mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages vom 07.07.2011 von den Städten Bad Salzdetfurth, Elze und Sarstedt sowie den Gemeinden Diekholzen und Giesen gegründet. Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung vom 25. Mai 2016 wurden die Gemeinden Holle und Schellerten, sowie am 18.12.2018 die Gemeinde Harsum als weitere Gesellschafter der GKHI aufgenommen. Der Landkreis Hildesheim wurde gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung vom 16.09.2019 als weiterer Gesellschafter aufgenommen.

Zweck der Gesellschaft sind die Errichtung, Betrieb, Bewirtschaftung und Verwertung von Immobilien der Gesellschafter bzw. für die Gesellschafter sowie Wahrnehmung von Aufgaben aus der Liegenschaftsverwaltung und -bewirtschaftung der Gesellschafter bzw. für ihre Gesellschafter.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 60.000 €. Die Gesellschaftergemeinden sind zu gleichen Teilen am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt.

Anteilsbesitz

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Zusammensetzung der Organe

Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind in § 9 des Gesellschaftsvertrages geregelt. Die Überwachungs- und Kontrollpflicht der Gesellschafter gegenüber der Geschäftsführung wird gemäß Gesellschaftsvertrag direkt durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen. In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter jeweils durch ihre Organe, Organmitglieder oder eigene hauptamtliche Beschäftigte sowie durch einen anderen Gesellschafter vertreten.

Das Weisungsrecht der Gesellschafter gemäß Gesellschaftsvertrag gegenüber der Geschäftsführung wird im Bereich des jeweiligen Gesellschafter durch einen je Gesellschaftergemeinde eingerichteten Gesellschafterbeirat wahrgenommen.

Zur Wahrnehmung der gesetzlichen Pflichten für den Betrieb der Gesellschaft besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der kwg Kreiswohnbau-Gesellschaft Hildesheim mbH.

Geschäftsführung

Der derzeitige Geschäftsführer ist Herr Hans-Joachim Kamrowski, Einzelprokurist ist Herr Matthias Kaufmann.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Planungsleistungen in Höhe von 1.418,6 T€ (netto) und Bauleistungen in Höhe von 2.240,0 T€ (netto) erbracht. Der Umfang der erbrachten Planungs- und Bauprojekte je Gesellschafter können der Anlage „Geschäfte mit nahestehenden Personen“ entnommen werden. Darüber hinaus wurde die Gesellschaft bis zum Bilanzstichtag mit weiteren Projekten beauftragt, deren Fertigstellung jedoch erst für 2023 oder später geplant ist. Der Umfang der beauftragten Projekte ist ebenfalls der Anlage „Geschäfte mit nahestehenden Personen“ zu entnehmen.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

Vermögensstruktur	2022		2021	
	T€	Anteil in %	T€	Anteil in %
Anlagevermögen	1.565,1	25,6	1.628,7	47,5
Umlaufvermögen	4.552,1	74,4	1.799,5	52,5
Bilanzsumme	6.117,2	100,0	3.428,2	100,0

Kapitalstruktur	2022		2021	
	T€	Anteil in %	T€	Anteil in %
Eigenkapital	934,8	15,3	833,8	24,3
Fremdkapital	5.182,4	84,7	2.594,4	75,7
Bilanzsumme	6.117,2	100,0	3.428,2	100,0

Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 101,0 T€

Es bestehen per 31.12.2022 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Erhöhung des Fremdkapitals resultiert im Wesentlichen aus um 2.757,6 T€ höheren Erhaltenen Anzahlungen aus der laufenden Bautätigkeit sowie um 4,2 T€ höheren Rückstellungen.

Gegenläufig wirken sich um 68,6 T€ niedrigere kurzfristigen Verbindlichkeiten und mittelfristige Garantieverbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen, sowie um 32,4 T€ niedrigere Sonstige Verbindlichkeiten aus.

Auch die anteilige Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 72,8 T€ wirkt sich gegenläufig aus.

Finanzlage

Für erbrachte Planungsleistungen erhielt die Gesellschaft insgesamt 1.418,6 T€ (netto) und für erbrachte Bauleistungen insgesamt 2.240,0 T€ (netto). Für laufende Planungsleistungen und Bauprojekte hat die Gesellschaft Anzahlungen nach Leistungsstand in Höhe von 3.247,5 T€ (netto) erhalten. Aus der Vermietung der KITA Stadtmäuse in Sarstedt sowie der Feuerwache in Mehle erhielt die Gesellschaft insgesamt 198,8 T€ Miete inkl. Nebenkosten-vorauszahlungen.

Ertragslage

Die Ertragslage ist durch jeweils verpflichtende Übernahme der Kosten von Seiten der Gesellschafter gesichert.

Die wesentlichen Kennzahlen, die für die Unternehmensentwicklung von Bedeutung sind, fasst folgende Tabelle zusammen:

	Plan 2022 (T€)	Ist 2022 (T€)	Ist 2021 (T€)
Umsatzerlöse Hausbewirtschaftung	199,0	198,8	199,8
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	3.520,0	3.658,5	3.653,3
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	3.090,0	4.894,7	2.839,2
Jahresüberschuss	68,0	101,0	130,2

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung entsprechen im Wesentlichen den Planzahlen. Die Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen fallen um rund 138,5 T€ höher aus als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass folgende Planungs- und Bauleistungen noch nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigt werden konnten:

Gesamtplanung für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Hoheneggelsen (LP4-7)
Machbarkeitsstudie für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am bestehenden Baubetriebshof in Harsum (Konzeptstudie)
Gesamtplanung für Entwicklung eines Baugebietes und Erstellung des Bebauungsplanes in Diekholzen (LP1-3)
Nachträge für den Neubau einer Kindertagesstätte in Sarstedt

Gegenläufig wirkt sich aus, dass die Planungskosten für den Neubau einer Kindertagesstätte in Elze, sowie für den Neubau einer Kindertagesstätte in Harsum aufgrund von Wiederholungsplanungen niedriger ausgefallene sind. Die Kosteneinsparungen wurden an die Gemeinden weitergegeben. Auch die Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen fallen um 1.804,7 T€ höher aus. Dies resultiert ebenfalls aus den bereits vorgenannten Abweichungen. Im Wesentlichen wirken sich hier jedoch die folgenden Bau- und Planungsleistungen aus, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans für 2022 noch nicht berücksichtigt werden konnten:

Neubau einer Kindertagesstätte in Elze
Erweiterung einer Kindertagesstätte in Schellerten
Neubau einer Kindertagesstätte in Bockenem
Neubau eines Baubetriebshofes in Hoheneggelsen
Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Söhle
Neubau einer Kindertagesstätte in Harsum
Gesamtplanung für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Giesen

Die Aufwendungen aus den vorgenannten Projekten wirken sich jedoch nicht auf das Jahresergebnis aus, da diese noch nicht fertiggestellt und durch Bestandserhöhungen neutralisiert wurden.

Der Jahresüberschuss fällt mit 101,0 T€ um 33,0 T€ höher aus als geplant. Dies resultiert im Wesentlichen aus im Geschäftsjahr ausgeführten Planungsleistungen die im Wirtschaftsplan für 2022 noch nicht berücksichtigt werden konnten, sowie den im Vergleich zum Wirtschaftsplan besseren Ergebnissen aus fertiggestellten Bauprojekten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aufgrund des langfristig vereinbarten Mietvertrages für die Kindertagesstätte Sarstedt, sowie für die Feuerwache in Mehle kann für den Bereich der Hausbewirtschaftung für 2023 mit Umsatzerlösen in Höhe von 198 T€ gerechnet werden.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen hängt allein von der Beauftragung der Gesellschafter ab, da die GKHI ausschließlich der Durchführung von Aufträgen ihrer kommunalen Gesellschafter dient.

Aufträge dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Finanzierung der zu erbringenden Leistung gesichert ist und die kommunalen Gesellschafter sich verpflichten, der Gesellschaft die entstehenden Kosten zu erstatten.

Ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken sowie Ausfallrisiken werden daher als äußerst gering eingeschätzt.

Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine belasten die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland merklich. Hohe Energiekosten sowie deutlich gestiegene Bau- und Finanzierungskosten dämpfen die Investitionen im Gebäudesektor und führen zu einer hohen Unsicherheit. Daher können die weiteren Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, aber auch auf die Immobilienbranche nicht verlässlich abgeschätzt werden.

Wenngleich die hohen Energiekosten sowie gestiegene Finanzierungskosten kein erhöhtes Risiko für die GKHI darstellen, kann es durch Lieferengpässe bei verschiedenen Baumaterialien und den Fachkräftemangel im Handwerk zu Verzögerungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen kommen. Pauschalangebote für Bauleistungen werden seitens der GKHI erst abgegeben, nachdem die Ausschreibungsergebnisse vorliegen. Ein erhöhtes Risiko aus steigenden Baukosten für laufende Projekte besteht für die GKHI daher ebenfalls nicht. Nach der Wirtschafts- und Finanzplanung für das kommende Jahr wird mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rund 206 T€ gerechnet. Zusammenfassend erwartet die Geschäftsführung laut Wirtschaftsplan für das kommende Jahr die in der folgenden Tabelle dargestellten Kennzahlen:

	<u>Plan 2023 (T€)</u>
Umsatzerlöse Hausbewirtschaftung	198
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	11.710
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	11.200
Jahresüberschuss	206

Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss des Ukraine-Kriegs auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich. Ebenfalls schwer vorhersehbar ist die weitere Entwicklung der Inflation und des Zinsniveaus. Der hohe Grad der Unsicherheit kann zu negativen Abweichungen bei einzelnen Kennzahlen führen.

Sonstige Risiken, die die Vermögens- Finanz und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten und bestandsgefährdende Risiken sind mittelfristig nicht erkennbar.

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022**

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus Hausbewirtschaftung	198.836,74		199.755,79
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	3.658.530,31	3.857.367,05	3.653.316,51
2. Erhöhung oder Verminderung (-) des Bestandes an Verkaufsgrundstücken und unfertigen Leistungen		1.365.091,28	-637.550,07
3. Sonstige betriebliche Erträge		47.312,64	55.115,87
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	76.788,51		77.360,83
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	12.008,75		14.776,00
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	4.894.681,00	4.983.478,26	2.839.214,90
Rohergebnis		286.292,71	339.286,37
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	5.400,00		5.400,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.080,13	6.480,13	1.102,07
davon für Altersversorgung: 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)			
6. Abschreibungen auf Sachanlagen		63.629,46	63.629,46
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		31.403,59	33.371,37
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		328,43	245,63
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Zinsanteil aus der Aufzinsung von Rückstellungen 73,86 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)		47.834,40	52.335,18
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		36.297,94	53.453,27
11. Ergebnis nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		100.975,62	130.240,65
12. Sonstige Steuern		-0,78	-0,25
13. Jahresüberschuss		100.976,40	130.240,90

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises

Für das Jahr 2024 ist keine Verlustabdeckung durch den Landkreis Hildesheim erforderlich.
Im Haushaltsplan 2024 sind als anteilige Kostenerstattung für den Betrieb der GKHI 5000,00 € veranschlagt.

ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH (kurz: ITEBO GmbH) mit Sitz in Osnabrück ist seit 2000 regionaler IT-Dienstleister für den öffentlichen Bereich. Neben der Organisations- und IT-Strategieberatung gehört auch die Realisierung von IT-Projekten, die Verfahrenseinführung und deren Betreuung, der Betrieb von Anwendungssystemen und die Erbringung von Rechenzentrums-Dienstleistungen zu den Aufgabenbereichen der ITEBO GmbH. Die ITEBO GmbH hat in der Vergangenheit vermehrt Anfragen von Kommunen erreicht, die sich an der Gesellschaft beteiligen möchten. Aufgrund der Gesellschafterstruktur und Rechtsform der ITEBO GmbH ist eine Neuaufnahme und der Wechsel von Gesellschaftern nur bedingt möglich und sinnvoll. Daher wurde am 29.01.2020 neben der ITEBO GmbH derzeit die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG gegründet. Neben der ITEBO GmbH fungierten vier kreisangehörige Kommunen des Landkreises Osnabrück als Gründungsmitglieder. Die Gründungsversammlung hat am 12.11.2019 stattgefunden. Anschließend wurde eine Prüfung durch den Prüfungsverband und die Eintragung in das Genossenschaftsregister vorgenommen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind mehr als 35 Kommunen der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft beigetreten.

Durch eine Beteiligung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG an der ITEBO GmbH können die Kommunen als Mitglieder der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG einen Großteil der Vorteile nutzen, die den Gesellschaftern der ITEBO GmbH obliegen. Die ITEBO GmbH organisierte und leitet den Gründungsprozess.

Durch den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb mit anderen Kommunen im Rahmen der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG ergeben sich Synergieeffekte zum Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen bei der Digitalisierung von Geschäftsprozessen. Diese können durch eine Beteiligung des Landkreises Hildesheim an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG gesteuert werden, sodass der weitere Ressourceneinsatz optimiert werden kann.

Es bestehen bereits in unterschiedlichen Bereichen gute (Dienstleistungs-) Beziehungen mit der ITEBO GmbH z. B. beim Aufbau von OpenR@thaus oder dem Einsatz der Finanzsoftwarelösung INFOMA newsystem, die es zu stärken und weiter auszubauen gilt. Die Genossenschaft ist eine Tochter der ITEBO GmbH.

Durch eine Beteiligung kann (unter bestimmten rechtlichen Rahmenbedingungen) eine Inhouse-Fähigkeit für EU-weite Vergaben für die Gemeinde/Stadtverwaltung ihre Tochtergesellschaften mit der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG und darüber hinaus auch mit der ITEBO GmbH hergestellt werden. Das heißt, der Landkreis Hildesheim kann die durch öffentliche Vergaben der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG bzw. ihrer Tochtergesellschaften erzielten Konditionen ebenfalls nutzen. Dies erhöht die Wirtschaftlichkeit des Landkreises Hildesheim und ggf. der weiteren Tochterunternehmen beim Bezug von IT-Infrastruktur (Hard- und Software) sowie IT-Dienstleistungen.

Der Landkreis Hildesheim ist nach entsprechender Beschlussfassung durch den Kreistag am 23.06.2021 seit 07.10.2021 Mitglied der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kapital der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG belief sich zum Zeitpunkt der Gründung auf 50.000,- €.

Anteilsbesitz

Der Landkreis Hildesheim hat einen Geschäftsanteil in Höhe von 1000,00 € erworben und ist seit 07. Oktober 2021 an der Gesellschaft beteiligt.

Grundzüge des Satzungsentwurfs

Die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG soll auf Dauer angelegt werden. In Vorbereitung der Gründung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG wurde - vorbehaltlich der steuerrechtlichen Prüfung und der vorgesehenen Prüfung durch den Prüfungsverband der Genossenschaften - ein Entwurf einer Satzung erstellt. Dieser basiert auf den Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes (GenG). Die Satzung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG bestimmt ihren Zweck: die Unterstützung ihrer Mitglieder im Rahmen der Versorgung mit Dienst- und Lieferleistungen sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten im Bereich der IT im Rahmen eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs und damit die Förderung des durch die Mitglieder verfolgten öffentlichen Zwecks. Dazu zählen konkret u. a. die Beratung der Mitglieder zur Optimierung der Beschaffung von IT-Leistungen, die Erfassung und Strukturierung des Bedarfs der Mitglieder einschließlich des gemeinsamen Einkaufs der erforderlichen Dienst- und Lieferleistungen, sowie die Erbringung sonstiger informationstechnischer und beratender Leistungen.

Organe der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung. Der Vorstand leitet die Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG nach Maßgabe der Satzung und führt ihre Geschäfte. Der Vorstandsvorsitzende der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG ist zur Alleinvertretung der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG befugt. Solange die Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG weniger als 20 Mitglieder hat, besteht der Vorstand aus einem Mitglied. Die ITEBO GmbH ist geborenes Mitglied des Vorstandes. Sie stellt den Vorstandsvorsitzenden. Sollte die Anzahl der Mitglieder über 20 Mitglieder ansteigen, ist ein weiteres Vorstandsmitglied zu berufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Er besteht aus mindestens 3 Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Über einige Angelegenheiten ist die gemeinsame Beschlussfassung des Vorstands und Aufsichtsrats erforderlich, beispielsweise bei der Verwendung von Rücklagen oder der Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandes.

Alle Mitglieder üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG in der Generalversammlung aus. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Durch Übernahme weiterer Geschäftsanteile werden weder weitere Mitgliedschaften übernommen noch weitere Stimmrechte erworben. Der Beschlussfassung der Generalversammlung unterliegen u. a. Änderungen der Satzung, Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresüberschusses oder Deckung des Jahresfehlbetrags sowie die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen in der Regel der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen.

Vertretung des Landkreises Hildesheim in den Organen der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG

Die Satzung (i. E.) der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG sieht vor, dass jedes Mitglied seine Rechte in den Angelegenheiten der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG durch eine Stimme in der Generalversammlung ausübt. Es ist vorgesehen in der Satzung zu ergänzen, dass die Kommunen als Mitglied der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG ihr Stimmrecht durch den nach NKomVG bestimmten Vertreter ausüben.

Für den Landkreis Hildesheim wurde Herr Kreisoberamtsrat Rainer Gollnick als stimmberechtigter Vertreter in die Generalversammlung entsandt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft zählt im Geschäftsjahr 2022 44 Mitglieder. Die Umsatzerlöse betragen in dem Berichtsjahr 20.119,11 €, es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 10.063,79 € erwirtschaftet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Zur Deckung des bei der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG entstehenden Verwaltungs- und Prüfungsaufwands wird ein Genossenschaftsbeitrag von i. H. v. jährlich 160,- € je Genossenschaftsanteil erhoben.

Sparkasse Hildesheim Goslar Peine

Gegenstand des Unternehmens und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkasse ist ein wirtschaftlich selbstständiges Unternehmen mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere des Mittelstandes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt in ihrem Geschäftsgebiet die kommunale Aufgabenerfüllung der Mitglieder des Trägers im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Rechtsform

Über den Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband ist die Sparkasse Hildesheim Goslar Peine Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.

Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet neben dem Vermögen der Sparkasse der Träger im Rahmen des § 32 NSpG in der Fassung vom 16. Dezember 2004. Träger der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine ist der Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine, dem die Städte Hildesheim und Goslar sowie die Landkreise Hildesheim, Goslar und Peine als Verbandsmitglieder angehören.

Zusammensetzung der Organe

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim

Mitglieder

Bernd Lynack
Landrat des Landkreises Hildesheim,
1. stv. Vorsitzender
Henning Heiß
Landrat des Landkreises Peine,
2. stv. Vorsitzender
Frank Hoffmann
Diplomingenieur, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Dr. Christof Klinke
Rechtsanwalt und Notar
Dr. Manfred Klose
Geschäftsführer von Unternehmen zur Herstellung von
Baubedarfsartikeln
Stephan Lenz
Verwaltungsangestellter Stadtentwässerung Garbsen
Friedhelm Prior
Ministerialrat a. D., im Innenministerium Sachsen-Anhalt

Dr. Alexander Saipa
Landrat des Landkreises Goslar
Urte Schwerdtner
Oberbürgermeisterin der Stadt Goslar
Iris Siekiera
Personalsachbearbeiterin, Cluster Sozialagentur, i. R.
Frank Wodsack
Rechtsanwalt

Vorstand

Jürgen Twardzik
Vorsitzender
Ingmar Müller
Dominikus Penners
Dirk Vorderstemann (bis 30.06.2022)

Vorstandsvertreter

Steffen Lange
Christian Schnabel
Andreas Jäkel

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Mit der Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr sind wir insgesamt zufrieden. Sowohl Bilanzsumme als auch das Geschäftsvolumen sind im Vergleich zum 31. Dezember 2021 gestiegen. Da kurz vor Geschäftsjahresende eine Teilranche der in den Vorjahren aufgenommenen TLTRO-Geschäfte außerplanmäßig zurückgezahlt wurde, blieb der Bilanzsummenzuwachs deutlich hinter unseren Planungen zurück. Die durch den starken Anstieg der Kundeneinlagen auf der Passivseite zugeflossene Liquidität wurde insbesondere zur Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes genutzt.

Aktivgeschäft

Barreserve

Die Barreserve war im Vergleich zum Ende des Vorjahres deutlich rückläufig. Ab Herbst 2022 waren nicht zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen benötigte Mittel über Nacht verzinslich bei der Bundesbank angelegt.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Berichtsjahr deutlich von 161,4 Mio. EUR auf 1.262,9 Mio. EUR. Dieser Zugang ist im Wesentlichen auf die Anlage liquider Mittel in der Einlagefazilität der Bundesbank zurückzuführen. Daneben unterhalten wir bei der eigenen Landesbank eine Liquiditätsreserve sowie Festgeldanlagen und Schuldscheindarlehen bei weiteren Kreditinstituten. Auf Schuldscheindarlehen entfällt dabei ein Volumen von 46,0 Mio. EUR.

Kundenkreditvolumen

Das Kundenkreditvolumen ist im Berichtsjahr deutlich aufjetzt 6.536,6 Mio. EUR (+325,5 Mio. EUR bzw. 5,2 %) gestiegen. Der Zuwachs bewegte sich dabei nahezu auf dem Niveau des vorhergehenden Geschäftsjahres. Ausgebaut werden konnten nicht nur die Bestände im Privatkundengeschäft sowie mit Unternehmen und Selbständigen. Deutliche Zuwächse waren auch bei öffentlichen Haushalten zu verzeichnen. Das Volumen der Darlehenszusagen beträgt insgesamt 1.140,8 Mio. EUR. Davon

entfallen 53,8 % auf Privatpersonen. Die Darlehenszusagen für den Wohnungsbau liegen mit 781,4 Mio. EUR um 10,5 % unter dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang fiel damit etwas stärker aus als auf Ebene des niedersächsischen Verbandsgebietes. Insgesamt betrachtet wurden unsere Bestandsplanungen im Kundenkreditgeschäft erreicht. Während die Bestände der Wohnungsbaukredite über unseren Erwartungen ausliefen, konnten die Erwartungen an das übrige Kreditgeschäft nicht erfüllt werden.

Wertpapieranlagen

Der Gesamtbestand des Wertpapiervermögens hat sich im Berichtsjahr um 40,6 Mio. EUR erhöht. Die Bestände der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere stiegen um 65,4 Mio. EUR. Die Anlagen in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren reduzierten sich dagegen um 24,8 Mio. EUR. Als risikoreduzierende Maßnahme wurden Anlagen in Fonds veräußert und die hieraus entstandene Liquidität den Fonds entnommen. Fällige Rentenpapiere im Direktbestand wurden auf dem im Berichtsjahr gestiegenen Zinsniveau wieder angelegt. Weitere Investitionen im Rentenbereich wurden aus vorhandener Liquidität getätigt. Im Rahmen der Umsetzung der strategischen Asset Allocation wurden Anlagen in Immobilien und Alternativen Investments getätigt. Die Investitionen werden über Spezialfonds abgebildet. Des Weiteren wurde vorhandene Liquidität aus Fälligkeiten zum Aufbau des Kundenkreditportfolios sowie zur Rückführung institutioneller Refinanzierungen genutzt.

Beteiligungen/Anteilsbesitz

Unser Anteilsbesitz zum Bilanzstichtag in Höhe von 130,2 Mio. EUR entfiel im Wesentlichen mit 100,6 Mio. EUR auf die Sparkassen Holdinggesellschaft Hildesheim Goslar Peine mbH & Co. KG und mit 23,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVN. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus einer Kapitalerhöhung bei der Sparkassen Holdinggesellschaft Hildesheim Goslar Peine mbH & Co. KG.

Sachanlagen

Die Sachanlagen verringerten sich um 2,4 Mio. EUR auf 55,1 Mio. EUR. Der Rückgang ist auf die normale Abschreibung für Abnutzung (AfA) unserer Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung zurückzuführen.

Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich im Berichtsjahr von 1.237,4 Mio. EUR auf nunmehr 1.082,2 Mio. EUR. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf die außerplanmäßige Rückzahlung einer Teiltranche der im Rahmen eines gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäftes (GLRG III) mit der Europäischen Zentralbank aufgenommenen Mittel zurückzuführen. Fällige Refinanzierungsmittel wurden im Berichtsjahr weiterhin nicht ersetzt.

Mittelaufkommen von Kunden

Das Mittelaufkommen von Kunden entwickelte sich im Berichtsjahr etwas positiver als erwartet. Die Zunahme betrug 299,0 Mio. EUR aufjetzt 7.210,8 Mio. EUR. Der Zuwachs entfiel überwiegend auf täglich fällige Einlagen, die um 299,6 Mio. EUR auf 5.884,2 Mio. EUR zulegen konnten. Während die Spareinlagen um 22,3 Mio. EUR rückläufig waren, konnten die Sparkassenbriefe und IHS zulegen (+20,5 Mio. EUR). Die Zunahme des Mittelaufkommens von Kunden resultiert somit vollständig aus dem Anstieg liquider Anlageformen, die trotz des im Jahresverlauf gestiegenen Zinsniveaus weiterhin von unseren Kunden bevorzugt wurden. Längerfristige Anlagen waren dagegen nur auf niedrigem Niveau platzierbar.

Kundengeschäftsvolumen

Kundengeschäftsvolumen 11

Das Kundengeschäftsvolumen II lag über unseren Erwartungen und auch über dem strategischen Zielpfad.

Dienstleistungsgeschäft

Im Dienstleistungsgeschäft waren im Berichtsjahr die nachfolgend dargestellten Schwerpunkte zu verzeichnen.

Zahlungsverkehr

Der Bestand der Girokonten unserer Privat- und Geschäftskunden konnte deutlich auf nunmehr 290.230 Konten ausgebaut werden. Sowohl die Privat-girokonten als auch die Geschäftsgirokonten konnten im Berichtsjahr zulegen. Der Kreditkartenbestand hat sich im Berichtsjahr sehr positiv entwickelt. Insgesamt sind rund 61.100 Karten im Umlauf (+4,3 %). Zuwächse waren dabei in allen Kartenkategorien zu verzeichnen.

Vermittlung von Wertpapieren

Die Umsätze mit Kunden lagen insgesamt um 23,1 % unter den Vorjahreswerten. Während die Umsätze in festverzinslichen Wertpapieren nochmals spürbar zulegen konnten, gingen die Umsätze in Aktien, Optionsscheinen und Investmentfonds sehr deutlich zurück. Unter Ertragsgesichtspunkten wurden unsere Zielsetzungen im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich verfehlt. Die Bestände unserer Kunden auf Depots sowie DekaBank-Konten gingen insbesondere aufgrund der negativen Entwicklung am Aktienmarkt sowie des gestiegenen Zinsniveaus um rund 3,7 % zurück.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Berichtsjahr wurden 3.977 Bausparverträge mit einem Umsatzvolumen von 273,2 Mio. EUR abgeschlossen. Die Anzahl der abgeschlossenen Verträge stieg damit im Vergleich zum Vorjahr spürbar um 19,4 %. Das Bausparvolumen erhöhte sich sogar um 44,1 %. Die durchschnittliche Bausparsumme stieg demzufolge ebenfalls deutlich aufjetzt 68,7 TEUR. Die Erträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen lagen deutlich über unseren Erwartungen. Im Lebensversicherungsgeschäft konnte der negative Trend der Vorjahre gestoppt werden. Obwohl die Anzahl der abgeschlossenen Verträge nochmals deutlich zurückgegangen ist, konnte die vermittelte Wertungssumme erfreulicherweise um 9,0 % ausgebaut werden. Weniger erfreulich entwickelte sich dagegen die Vermittlung von Sachversicherungen. Sowohl das Beitragsvolumen als auch die Anzahl der abgeschlossenen Verträge gingen stark zurück. Die vereinnahmten Provisionserträge blieben insgesamt spürbar hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück. Unsere Ertragserwartungen wurden deutlich verfehlt.

Immobilienvermittlung

Im Immobilienvermittlungsgeschäft wurden im Geschäftsjahr insgesamt 264 Objekte mit einem Kaufpreisvolumen von 83,1 Mio. EUR vermittelt. Das vermittelte Kaufpreisvolumen lag deutlich (+33,4 %) über dem Ergebnis des Vorjahres. Die Courtage-Einnahmen bewegten sich demzufolge ebenfalls spürbar (+30,1 %) über dem Wert des Vorjahres. Unsere Erwartungen wurden übertroffen.

Auslandsgeschäft

Im Auslandsgeschäft konnten wir nicht an die guten Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen. Das absolute Ergebnis lag deutlich unter dem Niveau des vorherigen Geschäftsjahres. Unsere Ertragserwartungen wurden klar verfehlt.

Derivate

Derivative Finanzinstrumente dienen der Sicherung eigener Positionen sowie der Kundengeschäfte und nicht spekulativen Zwecken. Eine Übersicht, wie sich die Kontrakte nach Art und Umfang sowie nach Fristigkeiten und Kontrahenten gliedern, ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen.

Investitionen/Wesentliche Baumaßnahmen und technische Veränderungen

Die Umsetzung des in 2019 beschlossenen Standortkonzeptes wurde auch im Berichtsjahr kontinuierlich weiter fortgesetzt. Wir haben dazu unsere Geschäftsstellen Almstorf, Rathausstraße, Holle und Ilsede nach dem neuen Raumkonzept umgestaltet. Am Standort Klesmerplatz wurde der im Vorjahr begonnene Umbau des Kassenbereichs abgeschlossen. An fünf Standorten wurden im Berichtsjahr Sprengstoffangriffe auf die SB-Bereiche verübt, die umfangreiche Gebäude- und Materialschäden verursacht haben. Die entstandenen Schäden sind größtenteils über Versicherungen abgedeckt. Zwei dieser Standorte konnten noch in 2022 wiedereröffnet werden, die Fertigstellung von zwei weiteren Geschäftsstellen soll in 2023 erfolgen. Des Weiteren ist der Umzug eines Standortes in einen SB-Container in Planung. Die Investitionen in die Sicherheit unserer Geldautomaten wurden weiter fortgeführt. Das Mobile Arbeiten wurde weiter ausgerollt und die physische Trennung von Mitarbeitenden vor dem Hintergrund des Infektionsschutzes aufgrund der fortwährenden Covid-19-Pandemie wurde aufrechterhalten.

Sonstige Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr

Neben der Covid-19-Pandemie wirkte sich in 2022 vor allem der Ukraine-Konflikt mit seinen Folgen für die Weltwirtschaft aus. Zur Bewältigung der Pandemie haben wir uns wie schon in 2020 und 2021 am bestehenden Notfall- und Krisenmanagement orientiert. Der Krisenstab und das Corona-Care-Team (CCT) als Unterausschuss des Krisenstabes tagten regelmäßig. Das CCT hat die Aufgabe, die Lage fortlaufend zu beobachten, zu bewerten sowie Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Ziel war und ist es, den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden sowie unserer Kunden jederzeit zu gewährleisten, die Funktionsfähigkeit der Sparkasse sicherzustellen und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Alle Maßnahmen wurden laufend innerhalb des Hauses abgestimmt. Mit den wesentlichen Dienstleistern standen wir in regelmäßigem Kontakt. Durch die ergriffenen Maßnahmen konnten gravierende Beeinträchtigungen des Geschäftsbetriebes verhindert werden. Eine der Folgen des Ukraine-Konflikts ist die Frage der ausreichenden Energieversorgung und die damit verbundenen Preissteigerungen. Der Gesetzgeber hat mit der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSilcuMaV) und der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen (EnSimiMaV) die Anforderungen an die Unternehmen definiert. Zur Analyse, Bewertung und Ableitung der Maßnahmen haben wir uns ebenfalls am bestehenden Notfall- und Krisenmanagement orientiert. Der Krisenstab und das Team Energie als Unterausschuss des Krisenstabes tagten regelmäßig. Das Team Energie hat die Aufgabe, die sich aus der Umsetzung der Verordnungen ergebenden Maßnahmen laufend zu beobachten und zu bewerten. Zu den wesentlichen Maßnahmen gehörten:

Keine Beheizung der Gemeinschaftsflächen

Verringerung der Lufttemperatur auf 19 Grad in Büroräumen und beim Warmwasser (Thermometer für jeden Mitarbeitenden)

Aktives Angebot für mobiles Arbeiten (keine Beheizung der Büros notwendig)

Einschränkung der Beleuchtungszeiten von Gebäuden und Werbeanlagen (nur von 16 Uhr bis 22 Uhr)
- Aufforderung an Mitarbeitende, eigenverantwortlich Energie zu sparen (Einbindung von Ideen in internes Ideenmanagement)

In 2022 war ein Anstieg der Sprengangriffe auf unsere Geldautomaten zu verzeichnen. Insgesamt 5 Standorte waren betroffen: Cineplex Goslar, Abbensen, Schiaden, Edemissen und Harsum. Im Rahmen der laufenden Überprüfung und Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen haben wir zum Schutz von Leib und Leben 9 SB-Standorte, bei denen Menschen direkt über oder neben den

Geschäftsstellen wohnen, vorübergehend geschlossen. Zusätzlich wurde bei 6 mitarbeiterbesetzten Geschäftsstellen die Möglichkeit der Bargeldein- und -auszahlung auf die Geschäftszeiten beschränkt. 7 der 9 SB-Standorte laufen nach Verstärkung der Sicherungsmaßnahmen, u. a. der verlängerten, nächtlichen Schließzeiten von nunmehr 23 Uhr bis 6 Uhr, wieder normal. Dies gilt auch für 4 der 5 betroffenen mitarbeiterbesetzten Geschäftsstellen. Auch in 2022 war ein wesentlicher Schwerpunkt die Umsetzung der für das Berichtsjahr terminierten Maßnahmen im Rahmen der beschlossenen Zukunftsbilder für den Privat- und den Unternehmenskundenbereich. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 27.04.2021 den AGB-Änderungsmechanismus eines Mitbewerbers für unwirksam erklärt. Laut BGH erfordern wesentliche Vertragsänderungen eine aktive Zustimmung des Kunden. Das Urteil betrifft formal zunächst nur diesen Mitbewerber und ist explizit nur bezogen auf den Änderungsmechanismus in dessen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Da sich die Klauseln zum AGB-Änderungsmechanismus in allen AGB von Kreditinstituten (und damit auch in unseren) stark ähneln, haben wir dieses Urteil nicht ignoriert. Eine Arbeitsgruppe hat auf Basis der Bewertungen und Empfehlungen von zentraler Stelle (DSGV und SVN) die notwendigen Maßnahmen in der Sparkasse abgeleitet und nach Abstimmung mit dem Vorstand die Umsetzung veranlasst. Die Zustimmungquote bei den rund 250.000 Privatkunden, die bereits in 2021 zwecks Einholung der Zustimmung kontaktiert wurden, lag Ende des Jahres 2022 bei 98,4 %. Erstmals haben wir im Juli rund 16.000 gewerbliche Kunden um die aktive Zustimmung zu den bisher angewandten Vertragsbedingungen und erhobenen Entgelte gebeten. Die Zustimmungquote lag hier zum Jahresende bei 88,9 %. Damit stellen wir die Geschäftsbeziehung zu unseren Kunden sukzessive auf eine rechtlich aktuelle Basis. Wir haben für rund 39.000 Konten im Jahr 2022 eine Erstattung von 407,8 TEUR gezahlt. Rund 450 Privatkunden haben nach wiederholten Kontaktversuchen im September zunächst eine Kündigungsandrohung erhalten. Davon haben Stand Mitte November ca. 270 Privatkunden noch nicht zugestimmt. Diesen haben wir schriftlich zum 31.01.2023 gekündigt. Ende November haben weitere rund 3.200 Privatkunden, die trotz wiederholter Kontaktversuche noch nicht zugestimmt haben, die Kündigungsandrohung erhalten.

Bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als bedeutsamen nichtfinanziellen Leistungsindikator haben wir die Nutzenstiftung und konkret das Gesamtfördervolumen definiert. Dieses setzt sich zusammen aus Spenden, Sponsoring, Werbung mit Fördercharakter, Stiftungsausschüttungen und Zustiftungen, Wirtschaftsförderung und der Ausschüttung an den Träger. Die Nutzenstiftung ist Teil unseres öffentlichen Auftrages. Wir fördern Sport, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Soziales und tragen damit zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen in unserer Region bei. Diesem Auftrag wollen wir wirksam und spürbar nachkommen. Dabei haben wir uns zum Ziel gesetzt, im Rahmen unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten, ein jährliches Gesamtfördervolumen von bis zu 3,6 Mio. EUR (Vorjahr 3,6 Mio. EUR) bereitzustellen. In 2022 betrug das Fördervolumen, weiterhin bedingt durch Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie, 2,9 Mio. EUR. Mit der Einführung unserer neuen Spendenplattform „heimatherzen.de“ schaffen wir zusätzlich zu eigenen Förderungen für Vereine und gemeinnützige Institutionen die Möglichkeit des Crowdfundings. Ein weiterer bedeutsamer nichtfinanzieller Leistungsindikator ist die Zufriedenheit unserer Kunden. Im Rahmen unseres strategischen Qualitätsmanagements ist es unsere Aufgabe, regelmäßig zu prüfen, was die Zufriedenheit unserer Kunden im Einzelnen ausmacht. Mit Hilfe von Korrelationsanalysen im Rahmen der Online-Kundenbefragungen ermitteln wir regelmäßig die Relevanz dieser Zufriedenheitsdeterminanten. Wir möchten, dass unsere Kunden zufriedener mit uns sind und uns dies u. a. in unseren regelmäßigen Befragungen attestieren. Im Privatkundensegment haben wir uns daher vorgenommen, beim über eine Online-Befragung ermittelten Kundenzufriedenheitsindex den Durchschnitt der niedersächsischen Sparkassen sowie mindestens einen Indexwert von 60 zu erreichen. Mit einem Indexwert von 60 haben wir dieses Ziel in 2022 erreicht. Wir entsprechen damit genau dem Durchschnitt der SVN-Sparkassen. Unser Ziel ist es, diesen Wert bei der Privatkundenbefragung 2023 zumindest zu halten. Neue Zielwerte werden im Strategieprozess 2023 von den Fachverantwortlichen festgelegt. Im Segment der Unternehmenskunden haben wir die Kundenzufriedenheit mit einem Wert von 64,6 % in den letzten zwei Jahren deutlich erhöhen können und haben damit sogar

den SVN-Durchschnittswert von 63,7 % übertroffen. Unser Ziel ist es auch hier, dieses Niveau zumindest halten zu können. Neue Zielwerte auch für dieses Segment werden im Strategieprozess 2023 von den Fachverantwortlichen festgelegt.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite der Bilanz keine wesentlichen Strukturverschiebungen. Der Anstieg der Bilanzsumme auf der Passivseite ist nahezu ausschließlich auf die deutliche Ausweitung der täglich fälligen Kundeneinlagen zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind aufgrund der außerplanmäßigen Rückzahlung einer ersten Teiltranche der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) im Dezember 2022 sowie der weiterhin konsequenten Rückführung mittel- und langfristiger institutioneller Refinanzierungen dagegen rückläufig gewesen. Auf der Aktivseite konnte die Ausweitung des Kundenkreditvolumens vollständig aus vorhandener Liquidität finanziert werden. Überschüssige Liquidität wurde kurzfristig bei der Deutschen Bundesbank, der Norddeutschen Landesbank sowie bei weiteren Kreditinstituten angelegt. Im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen weicht die Bilanzstruktur unseres Hauses nur unwesentlich vom Verbandsdurchschnitt ab. Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu entnehmen. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand, sind stille Reserven enthalten. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Darüber hinaus hat die Sparkasse zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gemäß § 340f HGB zusätzlich Vorsorge getroffen. Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage erhöhte sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2022. Neben der Sicherheitsrücklage verfügen wir über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. Nach der durch den Verwaltungsrat noch zu beschließenden Verwendung des Jahresergebnisses wird die Sicherheitsrücklage zum 31. Dezember 2022 584,7 Mio. EUR betragen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtkapitalquote gem. Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) übertrifft am 31.12.2022 mit 13,91 % (Vorjahr: 13,90 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,00 % gemäß CRR (zuzüglich des SREP-Zuschlages sowie Kapitalerhaltungs- und antizyklischen Kapitalpuffer). Zum 1. Februar 2022 erhöhte sich der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte. Zudem wurde ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor eingeführt. Die Quoten sind seit dem 1. Februar 2023 zu beachten. Die anrechnungspflichtigen Positionen betragen am Bilanzstichtag 5.597,5 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 778,4 Mio. EUR. Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte. Die Werte für die Institutsgruppe liegen bei jeweils 13,83 % und weichen somit nicht wesentlich von der Einzelinstitutsbetrachtung ab. Die ab dem 01.02.2023 geltende Eigenmittelempfehlung der Bankenaufsicht (ehem. Eigenmittelzielkennziffer) halten wir nach der im Kapitel Ertragslage vorgesehenen Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie der Zuführung zur Sicherheitsrücklage aus dem Bilanzgewinn ab dem Zeitpunkt der Feststellung des Jahresabschlusses ein. Die seit dem 01.02.2023 festzustellende Unterschreitung der Eigenmittelempfehlung haben wir der BaFin schriftlich angezeigt.

Zum 31. Dezember 2022 ergeben sich folgende aufsichtlichen Kapitalquoten:

	31.12.2022	31.12.2021
Harte Kernkapitalquote	13,91 %	13,90%
Kernkapitalquote	13,91 %	13,90%
Gesamtkapitalquote	13,91 %	13,90%

Der für 2022 prognostizierte Wert für das Wachstum der Eigenmittel wurde leicht übertroffen. Die Gesamtkapitalquote änderte sich allerdings nur marginal. Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31.12.2022 8,05 % und liegt damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %. Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine ausreichende Eigenmittelbasis. Auf der Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2025 ist eine ausreichende Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden. Unsere Vermögenslage ist geordnet.

Finanzlage

Unsere Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Zur Überwachung der Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns kurz-, mittel- und langfristiger Finanzpläne, ergänzt um Erfahrungswerte. Diese Pläne enthalten fällige Geldanlagen und -aufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Prognosewerte des Kundengeschäftes. Die eingeräumte Kreditlinie bei der Norddeutschen Landesbank wurde nur in Einzelfällen in Anspruch genommen. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielten wir entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus haben wir an zwei gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der Europäischen Zentralbank teilgenommen (GLRG III). Eine erste Teiltranche wurde im Dezember 2022 außerplanmäßig zurückgezahlt. Wir haben in 2022 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teilgenommen. Die gemeldeten Kreditforderungen dienen durch eine generelle Verpfändungserklärung als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag im gesamten Berichtsjahr mit Werten zwischen 118,02 % und 171,51 % durchgängig oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100,0 % sowie bis auf wenige Ausnahmen auch oberhalb des strategischen Zielwertes. Am Bilanzstichtag lag sie bei 151,68 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio - NSFR) lag innerhalb einer Bandbreite von 115,77 % und 131,19 %. Am Bilanzstichtag lag sie bei 124,91 %. Die aufsichtliche Mindestquote von 100 % wurde jederzeit eingehalten. Der strategische Zielwert konnte bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls eingehalten werden. Nach der derzeitigen Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch für die absehbare Zukunft gesichert. Daher beurteilen wir die Finanzlage unseres Hauses als gut.

Ertragslage

Zur Entwicklung der wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Gewinn- und Verlustrechnung geben wir die nachfolgend dargestellten Erläuterungen. Eine Bereinigung der Aufwendungen und Erträge um periodenfremde und außergewöhnliche Posten ist nicht vorgenommen worden.

	2022 Mio.	2021 Mio.	Veränderung	
			Mio. Euro	in %
Zinsüberschuss	177,3	132,0	45,3	34,3
Provisionsüberschuss	64,5	60,8	3,8	6,2
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	n.V.
Sonstige betriebliche Erträge	11,1	8,4	2,8	33,1
Verwaltungsaufwand	136,6	138,4	-1,8	-1,3
<i>dv. Personalaufwand</i>	81,2	88,6	-7,4	-8,3
<i>dv. anderer Verwaltungsaufwand</i>	55,4	49,9	5,5	11,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12,8	14,8	-2,0	-13,7
Ergebnis vor Bewertung und	103,6	47,9	55,7	116,2
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	18,5	8,7	9,8	113,0
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	46,1	5,4	40,7	754,3
Ergebnis vor Steuern	38,9	33,8	5,1	15,1
Steueraufwand	28,3	23,2	5,1	22,0
Jahresüberschuss	10,6	10,6	0,0	0,0

Der Zinsüberschuss fiel im Geschäftsjahr deutlich besser aus als noch im Vorjahr (+34,3 %). Der Planwert wurde deutlich überschritten. Das Zinsergebnis ist nach wie vor unsere bedeutendste Ertragsquelle. Im Geschäftsjahr war es maßgeblich geprägt von einmaligen Erträgen aus Close-Out-Zahlungen für die Schließung von Zinsswaps. Vergleichbare Erträge wurden im vorherigen Berichtsjahr nicht erzielt. Mehr als dreiviertel des Zuwachses ist auf diesen beschriebenen Sondereffekt zurückzuführen. Aufgrund des im Jahresverlaufs deutlich gestiegenen Zinsniveaus, sowohl am langen als auch am kurzen Ende, gingen die laufenden Zinserträge im Kundengeschäft im Vergleich zum Vorjahr nur noch leicht zurück. Leichte Rückgänge im Darlehensgeschäft (-0,8 %) wurden durch höhere Erträge im Konto-korrentbereich (+6,9 %) teilweise kompensiert. Sehr deutliche Zuwächse konnten dagegen bei den Zinserträgen aus Anlagen bei Kreditinstituten, insbesondere aus Übernachtguthaben bei der Deutschen Bundesbank, generiert werden. Nochmals gestiegen sind die laufenden Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie die Ausschüttungen aus Beteiligungen. Die laufenden Zinsaufwendungen waren im Berichtsjahr weiter rückläufig. Während sich die Zinsaufwendungen für Swap-Vereinbarungen deutlich um 23,1 % reduzierten, stiegen die Aufwendungen für Kundeneinlagen aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus wieder an (+13,8 %). Wir haben an zwei gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften mit der EZB teilgenommen. Hierfür wurden im Berichtsjahr Minuszinsen (positiver Zinsaufwand) vereinnahmt, die die absolute Höhe des Zinsaufwandes deutlich entlasten. Der BGH-Entscheidung vom 6. Oktober 2021 zur Zinsanpassung bei Prämiensparverträgen haben wir bereits im vorherigen Geschäftsjahr durch Bildung einer Rückstellung Rechnung getragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war lediglich eine Zuführung aufgrund des Zinsanspruchs für 2022 erforderlich, die den Zinsaufwand allerdings nicht mehr wesentlich beeinflusst hat. Der Provisionsüberschuss stieg im Vergleich zum Vorjahr spürbar um 6,2 %. Deutlich höhere Erträge konnten insbesondere aus der Vermittlung von Kundenkreditgeschäft erzielt werden. Auch im Giroverkehr, in der Immobilienvermittlung sowie im Kartengeschäft waren nennenswerte Zuwächse zu verzeichnen. Als Folge der Entscheidung des BGH vom 27. April 2021 zum AGB-Änderungsmechanismus reduzierten sich unsere Provisionen und Gebühren aufgrund der nach der Urteilsverkündung nicht mehr ertragswirksam erfolgten Vereinnahmung von Gebühren, die über dem Niveau von Anfang 2018 liegen. Ebenfalls höher lagen die Erträge aus der Vermittlung von Bausparverträgen, während im Versicherungsgeschäft deutlich niedrigere Erträge als noch im Vorjahr erzielt werden. Unsere Zielsetzungen für das Berichtsjahr wurden im Payment-Bereich sowie in der Vermittlung von Immobilien und Bausparverträgen übertroffen, in den übrigen Bereichen des Dienstleistungsgeschäftes allerdings teils deutlich verfehlt. Deutlich gestiegen sind die sonstigen betrieblichen Erträge (+33,1 %). Die Entwicklung dieser Position ist allerdings größtenteils durch Einmaleffekte geprägt. Verantwortlich für den Zuwachs waren Erträge aus der Veräußerung eigener Grundstücke und Gebäude sowie aus der Auflösung von Rückstellungen, die in wesentlich höherem Umfang aufgelöst werden konnten als im Vorjahr. Der Verwaltungsaufwand liegt leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Personal- und Sachaufwendungen lagen jeweils unter den Planwerten. Die Personalaufwendungen sanken um 7,4 Mio. EUR, die Sachaufwendungen stiegen um 5,5 Mio. EUR. Die in der Geschäftsstrategie festgelegte Zielsetzung für den Verwaltungsaufwand wurde unterschritten. Der Rückgang der Personalaufwendungen ist im Wesentlichen begründet durch einen deutlich niedrigeren Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen. Die laufenden Gehaltsaufwendungen lagen ebenfalls unter dem Vorjahreswert, begründet durch den rückläufigen Personalbestand. Die gestiegenen Sachaufwendungen sind einerseits auf deutlich höhere IT-Aufwendungen sowie höhere Grundstücks- und Gebäudekosten sowie andererseits auf sonstige Sachaufwendungen zurückzuführen. Deutliche Anstiege waren hier in den Aufwandspositionen für Pflichtbeiträge, Dienstleistungen Dritter und der Bankenabgabe zu verzeichnen. Abschreibungen und Wertberichtigungen (Bewertung und Risikovorsorge) werden mit einem Aufwand in Höhe von 18,5 Mio. EUR abgeschlossen (Vorjahr Aufwand 8,7 Mio. EUR). Damit liegt das Ergebnis deutlich über dem Aufwand des Vorjahres. Der Planwert wurde deutlich verfehlt. Der deutliche Anstieg der Bewertungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr ist überwiegend dem Wertpapiergeschäft zuzurechnen. Aufgrund des im Jahresverlauf deutlich gestiegenen Zinsniveaus waren Kursrückgänge zu verzeichnen, die zu zinsbedingten

Bewertungsaufwendungen geführt haben. Die Bewertungsaufwendungen für das Kundengeschäft waren im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung. Die Risikoaufwandsquote lag zum Bilanzstichtag außerhalb der strategischen Zielvorgabe. Der Sonderposten nach § 340g HGB (Sonderposten für allgemeine Bankrisiken) konnte deutlich um 46,1 Mio. EUR aufgestockt werden. Teilweise wurden hierfür bislang stille Reserven umgewidmet. Der im Berichtsjahr spürbar gestiegene Steueraufwand (+5,1 Mio. EUR) ist insbesondere auf deutlich höhere steuerpflichtige Erträge zurückzuführen. Nach Einbeziehung aller Erfolgskomponenten liegt das Ergebnis vor Steuern bei 38,9 Mio. EUR. Der ausgewiesene Jahresüberschuss von 10,6 Mio. EUR liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Das geplante Jahresergebnis wurde erreicht. Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bun-deseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassen-organisation eingesetzt. Dieser zeigt eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanz-summe. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendun-gen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises Hildesheim

Im Haushaltsjahr 2023 wurde für das Geschäftsjahr 2022 eine Dividende in Höhe von 140.795,31 € gezahlt.

Haushalts-,
Wirtschaftspläne
und
Jahresabschlüsse
gem. § 1 Abs. 2 Nr. 9
KomHKVO



Wirtschaftsplan 2023

der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH



1	Anmerkungen zum Wirtschaftsplan	1
2	Bilanz	2
2.1	Bilanz Mittelfrist.....	2
2.2	Darlehensübersicht.....	3
3	Kapitalflussrechnung	4
4	Gewinn- und Verlustrechnung	5
4.1	GuV (WiPlan / Vorschau / Vorjahr).....	5
4.2	GuV Mittelfristplanung.....	7
4.3	Erläuterungen zum Wirtschaftsplan.....	9
4.3.1.	Umsatzerlöse	9
4.3.2.	Sonstige betriebliche Erträge	9
4.3.3.	Materialaufwand	9
4.3.4.	Personalaufwand	10
4.3.5.	Abschreibungen	10
4.3.6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10
4.3.7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen.....	10
5	Fahrgastzahlen / Erlöse.....	11
6	Finanzanalytische Kennzahlen	13
7	Investitionen / Sanierungen	14
7.1	Investitionsplan Übersicht	14
7.2	Investitionsplan 2023 Detail	15
7.3	Sanierungsplan Übersicht	17
7.4	Sanierungsplan 2023 Detail	17

1 Anmerkungen zum Wirtschaftsplan

Ziel des Wirtschaftsplans ist es Transparenz, Verbindlichkeit und ein gemeinsames Verständnis von unternehmensrelevanten Daten zu schaffen.

Der „Verbal Teil“ enthält nähere Informationen zu den einzelnen Plandaten, die es dem Adressatenkreis ermöglicht zu jeder Zeit die gleichen Sachkenntnisse über die Planungsgrößen zu haben.

Für Anregungen, Verbesserungen und weitere Ideen steht das Controlling gern zur Verfügung.

Der Wirtschaftsplan ist in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung entstanden und findet seine offizielle Freigabe in der Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Der RVHI Wirtschaftsplan 2023 wurde durch den Aufsichtsrat am 19.12.2022 genehmigt.

Der Verteilerkreis ist mit der Geschäftsführung abgesprochen und beschränkt sich auf die Geschäfts- und Betriebsleitung, den Anteilseigner Stadtwerke Hildesheim AG sowie den Bereich Finanzen bei der EVI.

Grundsätzlich ist diese Ausarbeitung **nur für den internen Gebrauch** zu verwenden und **nicht** an Dritte weiter zu geben.

Verteiler:

Herr Kai Henning Schmidt
Frau Anja Hildebrand
Herr Stephan Nebel
Herr Sven Probst
Herr Falko Neumann
Herr Sebastian Sonnenburg

Impressum:

Herausgeber: EVI Controlling
Foto: RVHI
Druck/Layout: EVI Controlling

2 Bilanz

2.1 Bilanz Mittelfrist

Aktivseite in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen und ähnliche Rechte	147	106	1.056	914	769	599	426
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten	174	165	155	145	135	126	120
2. Verteilungsanlagen	42	38	33	29	25	21	16
3. Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	359	376	374	365	349	332	345
4. Fahrzeuge im Personenverkehr	4.691	5.516	5.791	5.822	5.844	5.807	5.732
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	334	246	475	382	318	265	206
6. Anlagen im Bau	7	7	7	7	7	7	7
	5.607	6.347	6.835	6.750	6.678	6.557	6.426
	5.755	6.453	7.891	7.664	7.448	7.156	6.852
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte							
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	14	90	95	95	95	95	95
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	508	150	150	150	150	150	150
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.308	635	635	635	635	635	635
3. Sonstige Vermögensgegenstände	528	429	429	429	429	429	429
	2.344	1.214	1.214	1.214	1.214	1.214	1.214
III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.049	3.709	2.247	3.098	3.931	4.750	5.570
	5.408	5.013	3.556	4.407	5.240	6.059	6.879
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	4	5	5	5	5
	11.165	11.470	11.451	12.075	12.693	13.220	13.736

Passiv in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
A. Eigenkapital							
I. Gezeichnetes Kapital	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465
II. Kapitalrücklagen	1.797	1.797	1.797	1.797	1.797	1.797	1.797
III. Gewinnrücklagen	1.380	1.317	912	428	890	1.422	1.938
IV. Bilanzgewinn	-63	-405	-484	462	532	516	548
	4.579	4.174	3.690	4.152	4.684	5.200	5.748
B. Sonderposten für Zuschüsse Dritter	1.962	2.085	2.390	2.395	2.386	2.361	2.344
C. Rückstellungen							
1. Sonstige Rückstellungen	399	516	346	338	328	313	303
	399	516	346	338	328	313	303
D. Verbindlichkeiten							
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.111	2.531	2.891	3.051	3.157	3.208	3.203
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.365	1.883	1.883	1.888	1.886	1.886	1.886
3. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	484	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	260	282	252	252	252	252	252
	4.220	4.695	5.025	5.191	5.294	5.346	5.341
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	0	0	0	0	0
	11.165	11.470	11.451	12.075	12.693	13.220	13.736

2.2 Darlehensübersicht

RVHI Darlehensübersicht 2023 in EUR	Anfangs- bestand	Zugang	Tilgung	End- bestand
Sparkasse Hildesheim 2017	183.955		34.045	149.909
DKB 2018	349.200		58.200	291.000
DKB 2019	295.100		45.400	249.700
Deutsche Leasing GmbH 2020	448.078		59.744	388.334
Deutsche Leasing GmbH 2021	528.700		62.200	466.500
Deutsche Leasing GmbH 2022	725.800		76.400	649.400
geplantes Darlehen 2023		732.600	36.630	695.970
Summe	2.530.833	732.600	372.619	2.890.813

- 1) Sparkasse Hildesheim eG (311057)
Darlehensbeginn 08.04.2018, Darlehenssumme 340.000 €, Zinssatz 1,27%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.06.2018, Letzte Tilgung 31.03.2028.
- 2) DKB Deutsche Kreditbank (311059)
Darlehensbeginn 01.11.2018, Darlehenssumme 582.000 €, Zinssatz 0,9%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 31.03.2019, Letzte Tilgung 31.12.2028.
- 3) DKB Deutsche Kreditbank (311061)
Darlehensbeginn 03.09.2019, Darlehenssumme 454.000 €, Zinssatz 0,73%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.09.2019, Letzte Tilgung 30.06.2029.
- 4) Deutsche Leasing GmbH (311067)
Darlehensbeginn 05.08.2020, Darlehenssumme 597.437,60 €, Zinssatz 0,55%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.09.2020 Letzte Tilgung 30.06.2030.
- 5) Deutsche Leasing GmbH (311071)
Darlehensbeginn 03.08.2021, Darlehenssumme 622.000 €, Zinssatz 0,73%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.09.2021 Letzte Tilgung 30.06.2031.
- 6) Deutsche Leasing GmbH (311076)
Darlehensbeginn 01.07.2022, Darlehenssumme 764.000 €, Zinssatz 3,21%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.09.2022 Letzte Tilgung 30.06.2032.
- 7) Geplantes Darlehen 2023
Darlehensbeginn 01.07.2023, Darlehenssumme 732.600 €, Zinssatz 3,8%,
Tilgung vierteljährlich, Erste Tilgung 30.09.2023 Letzte Tilgung 30.06.2033.

3 Kapitalflussrechnung

	in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
1.	Periodenergebnis	-63	-405	-484	462	532	516	548
2.	+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.305	1.255	1.338	1.440	1.451	1.524	1.503
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	145	116	-170	-8	-10	-15	-10
4.	+/- Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse							
5.	+/- Dritter Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-541	-493	-423	-448	-465	-487	-482
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-3	-24	-20	-16	-16	-24	-16
7.	+/- sowie anderer Aktiva							
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	311	1.053	-6	-1	0	0	0
9.	+/- Passiva	20	52	-30	5	-2	0	0
10.	= Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	+1.174	+1.553	+206	+1.434	+1.490	+1.514	+1.543
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	4	24	20	16	16	24	16
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-1.405	-1.953	-2.776	-1.212	-1.236	-1.231	-1.199
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
14.	= Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-1.401	-1.929	-2.756	-1.196	-1.220	-1.207	-1.183
15.	+ Einzahlungen aus Zuschüssen	650	615	728	453	456	461	465
16.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten	622	764	733	600	606	613	619
17.	+/- Auszahlungen für Tilgung von Krediten	-258	-344	-372	-440	-500	-562	-624
18.	= Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	+1.014	+1.035	+1.089	+613	+562	+512	+460
19.	+ Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	787	659	-1.461	851	832	819	820
20.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.262	3.049	3.709	2.247	3.098	3.931	4.750
21.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+3.049	+3.709	+2.247	+3.098	+3.931	+4.750	+5.570

4 Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 GuV (WiPlan / Vorschau / Vorjahr)

in TEUR	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	abs. Differenz WiPlan - VS	abs. Differenz WiPlan - VJ
1. Umsatzerlöse					
a) Erlöse nach §42 PBefG					
i) Erlöse Linieneinnahmen	2.202	2.978	2.839	-777	-638
ii) Erlöse Sammelschülerzeitkarten	5.178	3.946	4.926	1.232	252
iii) Erlöse Bus/Schienezeitkarten	145	250	0	-105	145
iv) Erlöse BahnCard	0	0	0	0	0
v) Sonstige Umsatzerlöse § 42 PBefG	10	55	322	-45	-312
Summe Erlöse nach §42 PBefG	7.534	7.230	8.088	-472	-1.191
b) Erlöse nach §43 PBefG	0	0	0	0	0
b) Erlöse Freistellungsverkehr	560	535	530	25	30
c) Erlöse Verkehr für Dritte (SVHI)	157	101	133	55	24
d) Erlöse Verkehr für Koch/VHP	0	42	6	-42	-6
e) Erlöse Verkehr für Dritte /Zuschuss NWB	0	336	890	-336	-890
f) Erstattung Schwerbehinderte §148 SGB	452	615	689	-163	-237
g) Erstattung Schüler §7a NNVG	2.110	2.110	1.425	0	684
h) Erlöse aus ÖDA	11.750	8.800	6.670	2.950	5.080
i) Sonstige Umsatzerlöse	35	33	47	1	-12
Summe Umsatzerlöse	22.597	19.801	18.477	2.018	3.495
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge					
a) Erträge Auflösung von Rückstellungen	0	0	1	0	-1
b) Erträge Auflösung von Sonderposten	423	516	541	-93	-118
c) Erträge aus Anlagenabgängen	15	23	4	-8	11
d) Periodenfremde Erträge	0	0	76	-0	-76
e) Erträge aus Schadenerstattung	45	51	52	-6	-7
f) Sonstige Erträge	69	101	78	-32	-10
Summe sonstige betriebliche Erträge	552	691	753	-139	-201
Gesamtleistung	23.149	20.492	19.230	1.879	3.293
5. Materialaufwand					
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					
i) Brenn- und Treibstoffe	2.205	1.823	1.153	382	1.052
ii) Materiallieferungen	312	190	243	121	69
iii) Reifen	41	45	30	-4	10
iv) Sonstige RHB	30	52	6	-22	24
Summe Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.587	2.110	1.432	477	1.155
b) Bezogene Leistungen					
i) Vergütung fremde Verkehrsbetriebe (Sonstige)	11.269	9.875	9.299	1.394	1.970
ii) Busreinigung	130	102	80	28	50
iii) Sonstige Fremdleistungen	0	0	0	0	0
Summe bezogene Leistungen	11.399	9.978	9.379	1.421	2.020
Summe Materialaufwand	13.986	12.088	10.811	1.898	3.175
Rohergebnis	9.163	8.404	8.419	-19	118

in TEUR	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	abs. Differenz WiPlan - VS	abs. Differenz WiPlan - VJ
6. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	4.882	4.460	4.347	422	535
b) Sozialabgaben und Altersversorgung	1.065	955	922	110	143
Summe Personalaufwand	5.948	5.416	5.269	532	678
7. Abschreibungen	1.338	1.283	1.305	54	33
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Mieten, Pachten, Gebühren und Beiträge	420	270	264	150	156
b) Versicherungen	151	140	142	11	10
c) Bürobedarf und Drucksachen	43	40	19	3	24
d) Porto, Frachten und Fernspreckgebühren	34	25	26	9	7
e) Werbung und Inserate	168	140	56	28	112
f) Bewirtung und Spenden	10	12	9	-1	1
g) Betriebs- und Geschäftsführung	512	484	453	28	59
h) Prüfungs- und Beratungskosten	238	212	107	26	131
i) Wartung und Reparaturen	410	387	235	23	174
j) Aus-/Weiterbildung u. Reisekosten	72	66	35	6	38
k) Aufwand aus Schadenerstattung	96	112	162	-16	-66
l) Sonstige Aufwendungen	154	179	374	-25	-220
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	2.313	2.073	1.887	240	426
Gesamtaufwand	23.584	20.860	19.272	2.724	4.313
Betriebsergebnis	-435	-368	-41	-67	-394
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0
10. Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihungen	0	0	0	0	0
11. Zinsen u. ähnliche Erträge					
a) Bankguthaben	0	0	0	0	0
b) Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0
c) Sonstige Zinserträge	0	0	3	0	-3
Summe Zinsen u. ähnliche Erträge	0	0	3	0	-3
12. Finanzanlagen					
a) Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0
b) Aufwendungen aus Verlustübernahmen				0	0
Summe Finanzanlagen	0	0	0	0	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
a) Darlehenszinsen	49	23	15	26	34
b) Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0
c) Sonstige Zinsaufwendungen	0	10	7	-10	-7
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49	34	22	16	27
Finanzergebnis	-49	-34	-19	-16	-30
Ergebnis vor Steuern	-484	-402	-60	-83	-424
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0
15. Ergebnis nach Steuern	-484	-402	-60	-83	-424
16. Sonstige Steuern	0	3	3	-3	-3
17. Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag	-484	-405	-63	-79	-421

4.2 GuV Mittelfristplanung

in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
1. Umsatzerlöse							
a) Erlöse nach §42 PBefG							
i) Erlöse Linieneinnahmen	2.839	2.978	2.202	2.041	2.076	2.112	2.148
ii) Erlöse Sammelschülerzeitkarten	4.926	3.946	5.178	5.298	5.404	5.512	5.623
iii) Erlöse Bus/Schienezeitkarten	0	250	145	140	140	140	140
iv) Erlöse BahnCard	0	0	0	0	0	0	0
v) Sonstige Umsatzerlöse § 42 PBefG	322	55	10	10	10	10	10
Summe Erlöse nach §42 PBefG	8.088	7.230	7.534	7.489	7.630	7.774	7.921
b) Erlöse Freistellungsverkehr	530	535	560	575	592	608	625
c) Erlöse Verkehr für Dritte (SVHI)	801	437	157	162	168	174	180
d) Erlöse Verkehr für Koch/VHP	6	42	0	0	0	0	0
e) Erlöse Verkehr für Dritte /Zuschuss NWB	222	0	0	0	0	0	0
f) Erstattung Schwerbehinderte §148 SGB	689	615	452	449	457	466	475
g) Erstattung Schüler §7a NNVG	1.425	2.110	2.110	2.110	2.110	2.110	2.110
h) Erlöse aus ÖDA	6.670	8.800	11.750	13.200	13.800	14.300	14.800
i) Sonstige Umsatzerlöse	47	33	35	35	35	35	35
Summe Umsatzerlöse	18.477	19.801	22.597	24.020	24.791	25.467	26.144
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge							
a) Erträge Auflösung von Rückstellungen	1	0	0	0	0	0	0
b) Erträge Auflösung von Sonderposten	541	516	423	448	465	487	514
c) Erträge aus Anlagenabgängen	4	23	15	12	12	18	12
d) Periodenfremde Erträge	76	0	0	0	0	0	0
e) Erträge aus Schadenerstattung	52	51	45	45	45	45	45
f) Sonstige Erträge	78	101	69	19	19	19	19
Summe sonstige betriebliche Erträge	753	691	552	524	541	568	590
Gesamtleistung	19.230	20.492	23.149	24.544	25.332	26.035	26.734
5. Materialaufwand							
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe							
i) Brenn- und Treibstoffe	1.153	1.823	2.205	2.238	2.307	2.377	2.432
ii) Materiallieferungen	243	190	312	322	333	345	357
iii) Reifen	30	45	41	42	43	44	45
iv) Sonstige RHB	6	52	30	30	30	30	30
Summe Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.432	2.110	2.587	2.632	2.713	2.796	2.864
b) Bezogene Leistungen							
i) Vergütung fremde Verkehrsbetriebe (Sonstige)	9.299	9.875	11.269	11.574	11.903	12.240	12.569
ii) Busreinigung	80	102	130	133	137	140	143
iii) Sonstige Fremdleistungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe bezogene Leistungen	9.379	9.978	11.399	11.708	12.040	12.380	12.713
Summe Materialaufwand	10.811	12.088	13.986	14.340	14.753	15.176	15.576
Rohergebnis	8.419	8.404	9.163	10.204	10.579	10.859	11.158

in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
6. Personalaufwand							
a) Löhne und Gehälter	4.347	4.460	4.882	5.052	5.228	5.411	5.599
b) Sozialabgaben und Altersversorgung	922	955	1.065	1.103	1.141	1.181	1.223
Summe Personalaufwand	5.269	5.416	5.948	6.155	6.370	6.592	6.822
7. Abschreibungen	1.305	1.283	1.338	1.440	1.451	1.523	1.503
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen							
a) Mieten, Pachten, Gebühren und Beiträge	264	270	420	401	401	396	396
b) Versicherungen	142	140	151	160	170	179	189
c) Bürobedarf und Drucksachen	19	40	43	40	40	40	40
d) Porto, Frachten und Fernsprechgebühren	26	25	34	34	34	34	34
e) Werbung und Inserate	56	140	168	64	78	68	68
f) Bewirtung und Spenden	9	12	10	10	10	10	10
g) Betriebs- und Geschäftsführung	453	484	512	491	506	521	536
h) Prüfungs- und Beratungskosten	107	212	238	158	158	158	158
i) Wartung und Reparaturen	235	387	410	383	411	397	422
j) Aus-/Weiterbildung u. Reisekosten	35	66	72	66	62	62	62
k) Aufwand aus Schadenerstattung	162	112	96	96	96	96	96
j) Sonstige Aufwendungen	374	179	154	170	172	168	168
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.887	2.073	2.313	2.079	2.143	2.134	2.185
Gesamtaufwand	19.272	20.860	23.584	24.013	24.717	25.425	26.086
Betriebsergebnis	-41	-368	-435	531	615	610	648
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
10. Erträge aus Wertpapieren u. Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0
11. Zinsen u. ähnliche Erträge							
a) Bankguthaben	0	0	0	0	0	0	0
b) Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
c) Sonstige Zinserträge	3	0	0	0	0	0	0
Summe Zinsen u. ähnliche Erträge	3	0	0	0	0	0	0
12. Finanzanlagen							
Summe Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
a) Darlehenszinsen	15	23	49	68	83	94	100
b) Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0
c) Sonstige Zinsaufwendungen	7	10	0	0	0	0	0
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22	34	49	68	83	94	100
Finanzergebnis	-19	-34	-49	-68	-83	-94	-100
Ergebnis vor Steuern	-60	-402	-484	462	532	516	548
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis nach Steuern	-60	-402	-484	462	532	516	548
16. Sonstige Steuern	3	3	0	0	0	0	0
17. Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag	-63	-405	-484	462	532	516	548
Anteil ÖDA an Umsatzerlösen	36,1%	44,4%	52,0%	55,0%	55,7%	56,2%	56,6%

4.3 Erläuterungen zum Wirtschaftsplan

4.3.1. Umsatzerlöse

Die geplanten Umsatzerlöse 2023 bestehen zu mehr als zwei Drittel aus dem Schüler Abonnement KT. Das gesamte Ticketsortiment wird stark durch die geplante Einführung des DeutschlandTickets beeinflusst. Gegenüber WiPlan 2022 reduzieren sich die geplanten Erlöse aus Linieneinnahmen dadurch um rund 32 %. Im Gegenzug steigen die Zuschüsse aus §7a ab 2022 um rund 49% auf 2.110 T€ an. Aus der Tatsache, dass zum einen in den Pandemie Jahren 2020 – 2022 Fahrpreisanpassungen nur sehr gering bis gar nicht vorgenommen wurden, zum anderen die Frage von Ausgleichsleistungen für das Jahr 2023 noch unklar ist und die Aufwandsituation durch hohe Lohnabschlüsse und die Energiekostenentwicklung im Jahr 2022 stark belastet ist, wird im Jahr 2023 mit einem Ansatz von ca. 5% im Mittel ein sehr deutlicher Anstieg der Fahrpreise umgesetzt werden müssen. Dieser entspricht dem Mittelwert der bekannten Fahrpreiserhöhungen, den der VDV in seiner Abschätzung des Finanzierungsbedarfes für das Deutschlandticket zu Grunde gelegt hat.

Insgesamt sind die Wanderungsbewegungen, die durch die Einführung des DeutschlandTickets entstehen nicht kalkulierbar. Die Ergebnisse im WiPlan können daher nur eine grobe Annahme darstellen. Nicht berücksichtigt ist daher u.a., dass eine Umstellung der Schülerzeitkarten des Schulwegkostenträgers auf

Die § 7a Mittel NNVG für Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr wurden ab 01.01.2022 deutlich auf ca. 1.920 TEUR erhöht und auch so für die Folgejahre eingeplant. Etwaige Veränderungen auf Grund der Einführung des Deutschlandtickets sind nicht berücksichtigt.

4.3.2. Sonstige betriebliche Erträge

Ab 2015 gibt es ein Förderprogramm von der LNVG für die Busbeschaffung. Im Rahmen des Programmes bekommt der RVHI bis zu 40 % der Investitionskosten (Höchstbetrag 230 T€ pro Solo Bus) als Zuschuss, der analog der Abschreibung als Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten gebucht wird. Es ist noch nicht ganz klar, wie lange dieses Programm fortgeführt wird, für die vorliegende Wirtschaftsplanung ist die Förderung der jeweils beschafften Fahrzeuge eingeplant.

Auch der Tarifverbund wurde vom Landkreis Hildesheim gefördert. Die Abschreibungen vieler Anlagen laufen in 2022 aus, so dass auch im Gegenzug die SoPo Auflösung sinkt. Auch in den Folgejahren sind verschiedene Förderungen durch den Landkreis Hildesheim eingeplant.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung des RVHI ist dieser Betrag unerheblich, da der Zuschuss bei der Berechnung des ÖDA Ausgleichsbetrages vom LK Hildesheim gegengerechnet wird.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind auch Erstattungen für Schadenersatz und eine Personalkostenerstattung für Angebotsplanung vom Landkreis eingeplant.

4.3.3. Materialaufwand

Ein hoher Anteil in dieser Position ist der Aufwand für Diesel. Das Preisniveau für Diesel ist auch in 2022 stark angestiegen. Das hohe Preisniveau des Kraftstoffes aus dem GJ 2022 wird trotz der Stagnation in der CO₂-Besteuerung (2023 identisch 2022 mit 30 Euro/Tonne CO₂) weiterhin erwartet. Resultierend aus den zum Jahreswechsel greifenden EU-Embargos bzw. Preisobergrenzen für russisches Rohöl sowie Diesel- und Benzinprodukte sehen die Börsen preistreibende Faktoren in den kommenden Monaten in der Verknappung des russischen Angebots sowie zudem in Chinas Nachfrageerholung aufgrund der Abkehr von der Null-Covid-Politik. Die Planung 2023 geht von einem Literpreis in Höhe von 1,85 € - inklusive der Co2 Steuer aus.

In den bezogenen Leistungen sind insbesondere die Kosten für die Vergütungen an die Auftragsunternehmen der RVHI eingeplant. Entsprechend der Entwicklungen des Aufwandes für Diesel und Personal für eigene RVHI Hildesheim GmbH Mittelfristplanung 2023-2027

Leistungserbringung sind auch die Vergütungen der Auftragsunternehmen angepasst. Für 2023 sind Vergütungsanpassungen in Höhe von 11,25 % -entspricht 985 T€ - für die Auftragsunternehmer berücksichtigt. Einen besonderen Einfluss stellt die diesjährige Landegartenschau dar, die im Zeitraum April bis Oktober stattfinden wird. Der geplante Mehraufwand wird durch eine entsprechende Förderung vom Landkreis kompensiert.

4.3.4. Personalaufwand

Die Laufzeit des Tarifvertrages AVN endet am 31.03.2023. Geplant wird mit einer Erhöhung ab 01.04.2023 von 5 %. Mittelfristig ist jeweils eine Erhöhung um 3,5 % geplant.

4.3.5. Abschreibungen

Durch hohe Investitionen in 2023 u.a. für die ROSA APP, Fahrzeuge und ein Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem (RBL oder ITCS) steigen die Abschreibungen in den Folgejahren und bewegen sich somit auch mittelfristig auf hohem Niveau.

Für die Fahrzeugbeschaffung gehen wir weiterhin von einer Förderung durch die LNVG von 40 % aus.

4.3.6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier ist u.a. der Mietaufwand für den Betriebshof in Hildesheim, sowie die Unterhaltskosten für das Gebäude in Alfeld geplant. Die geplanten Kosten für Werbung und Inserate sind dem Marketingplan entnommen, der im Detail die verschiedenen Aktionen, Inserate usw. enthält. Für 2023 ist hier für das Jubiläum und die Mobilitätszentrale ein deutlicher höher Aufwand vorgesehen. Enthalten in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind außerdem auch die Aufwendungen für die Betriebsführung an die EVI, die Versicherungsaufwendungen und die Kosten für Wartung und Reparaturen. Auch die im Sanierungsplan geplanten Aufwendungen für den Betriebshof in Alfeld, im Jahr 2023 sind 50 T€ geplant, finden sich in der Unterposition „Reparaturaufwand“ wieder.

4.3.7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Für die Busbeschaffungen in 2022 ist ein Darlehen in Höhe von 764 T€ mit einem Zinssatz von 3,21 % aufgenommen worden. In der vorliegenden Wirtschaftsplanung gehen wir in den nächsten fünf Jahren für die Beschaffung der Busse (abzüglich der Förderung) jeweils von einer Darlehensaufnahme mit einem Zinssatz zwischen 3 und 4 % aus.

5 Fahrgastzahlen / Erlöse

	Fahrgastzahlen in T				Erlöse in TEUR			
	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	Diff WiPlan/ Vorschau Fahrgäste	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	Diff WiPlan/ Vorschau Erlöse
EF Kinder - Kurzstrecke	5	5	3	0	3	3	2	0
EF Erwachsene - Kurzstrecke	13	12	13	1	18	15	17	3
Kurzstreckenkarten	18	16	16	1	21	18	19	3
EF Kinder	28	25	22	2	58	51	44	7
EF Erwachsene	215	193	208	22	883	757	808	126
EF Kinder Anschlussticket	1	2	1	-1	1	2	1	-2
EF Erwachsene Anschlussticket	1	6	5	-5	2	12	10	-9
* Einzelfahrkarten	262	242	252	20	966	841	881	125
Mehrfahrtenkarte Erw 4er	50	50	70	0	176	169	235	7
Mehrfahrtenkarte Erw 10er	15	30	21	-15	45	90	64	-45
* Mehrfahrtenkarten	65	80	91	-15	221	259	299	-38
Tagesticket Solo	19	20	22	-1	54	56	62	-2
Tagesticket Plus	18	19	17	-2	35	37	34	-3
* Tagestickets	36	39	39	-3	89	93	96	-4
Arufsammeltaxi	0	0	0	0	0	0	0	0
* AST Tickets	0	0	0	0	0	0	0	0
** Summe Bartarif	363	361	382	2	1.276	1.193	1.276	83
Moka Erw	45	129	124	-84	86	320	348	-233
NITAG Moka Erw	0	1	1	-1	0	1	1	-1
Moka Erw Premium	3	5	6	-3	4	11	14	-7
NITAG Erw Premium	0	1	1	-1	0	1	1	-1
Moka Erw Mobil	2	10	10	-8	2	12	26	-9
Moka 65 Plus	5	5	5	0	7	11	11	-4
9 EURTicket	0	349	0	-349	0	117	0	-117
* Monatskarten	55	499	146	-444	100	473	401	-373
Moka Erw Abo	6	36	28	-30	13	63	68	-50
NITAG Moka Erw Abo	0	0	0	0	0	0	0	0
Moka Erw Premium Abo	5	15	12	-10	6	23	26	-16
NITAG Erw Premium Abo	0	1	0	-1	0	1	1	-1
Deutschland Ticket*	0	0	0	0	236	0	0	236
Moka Erw Mobil Abo	0	5	4	-5	0	4	9	-4
Moka 65 Plus Abo	1	7	8	-6	2	10	15	-8
Nachberechnng. Abo Erw					0	0	1	0
* Monatskarten Abo	12	64	51	-52	258	101	119	157
** Summe Zeitkarten Erwachsene	67	563	198	-496	358	574	521	-216

	Fahrgastzahlen in T				Erlöse in TEUR			
	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	Diff WiPlan/ Vorschau Fahrgäste	WiPlan 2023	Vorschau 2022	Ist 2021	Diff WiPlan/ Vorschau Erlöse
Moka Azubi	21	147	164	-126	35	280	348	-245
NITAG Moka Azubi	0	3	2	-3	0	3	3	-2
Moka Azubi Mobil	2	10	6	-8	2	9	12	-7
* Monatskarten Azubi	24	160	173	-136	37	292	362	-255
Moka Azubi Abo	9	60	122	-50	17	88	262	-72
Moka Azubi Zuschuss LK Abo	282	543	122	-261	408	726	199	-318
NITAG Moka Azubi Abo	19	85	79	-66	15	72	73	-57
Moka Azubi Mobil Abo	0	3	4	-2	0	2	8	-1
Schüler Abo KT	3.892	3.740	2.987	152	5.178	3.946	4.926	1.232
Nachberechnng. Abo Azubi					0	2	7	-2
* Monatskarten Azubi Abo	4.203	4.430	3.314	-228	5.618	4.837	5.475	781
** Summe Zeitkarten Azubi / Schüler	4.226	4.590	3.486	-364	5.655	5.129	5.838	526
EAV Tarifverbund ROSA					0	-16	29	16
*** Summe ROSA	4.657	5.515	4.066	-858	7.289	6.880	7.664	409
<i>davon Jedermann</i>	<i>431</i>	<i>924</i>	<i>580</i>	<i>-494</i>	<i>1.634</i>	<i>1.767</i>	<i>1.797</i>	<i>-133</i>
<i>davon Schüler</i>	<i>4.226</i>	<i>4.590</i>	<i>3.486</i>	<i>-364</i>	<i>5.655</i>	<i>5.129</i>	<i>5.838</i>	<i>526</i>
Semesterticket	134	49	31	85	83	39	81	44
VRB	0	4	5	-4	7	7	8	0
VSN	0	0	1	0	1	1	1	0
kwg Alfeld					1	1	3	0
Freistellungsverkehr	0	194	180	-194	560	535	530	25
Ferienkarte	0	0	51	0	0	0	12	0
NITAG IAM	0	17	24	-17	0	45	63	-45
NITAG Niedersachsenticket	0	5	4	-5	10	9	9	0
B/S Karten Jedermann	0	18	0	-18	5	34	30	-29
B/S Karten Schüler	0	135	0	-135	140	216	220	-76
NITAG / DB	0	175	28	-175	155	305	321	-150
Fahrten auf Rechnung abz. Gutschriften	0	0	-1	0	0	-1	-2	1
Schwerbehinderte	331	558	408	-227	452	615	687	-163
Ausgleichsleistung §7a	0	0	0	0	2.110	2.110	1.425	0
Erh. Beförderungsentgelt	0	0	0	0	2	1	1	1
Gesamtsumme	5.121	6.494	4.769	-1.373	10.657	10.491	10.732	166

* Faktor für das Deutschland Ticket war in der Planung noch nicht festgelegt

6 Finanzanalytische Kennzahlen

in TEUR	Ist 2021	Vorschau 2022	WiPlan 2023	WiPlan 2024	WiPlan 2025	WiPlan 2026	WiPlan 2027
Sachanlagedeckung							
Eigenkapital + Sonderposten mit Rücklagenanteil + Zuschüsse Dritter	6.541	6.259	6.080	6.547	7.070	7.561	8.092
<u>Sachanlagevermögen</u>	5.607	6.347	6.835	6.750	6.678	6.557	6.426
	116,7%	98,6%	89,0%	97,0%	105,9%	115,3%	125,9%
Eigenkapitalquote							
Eigenkapital	4.579	4.174	3.690	4.152	4.684	5.200	5.748
<u>Gesamtkapital</u>	11.165	11.470	11.451	12.075	12.693	13.220	13.736
	41,0%	36,4%	32,2%	34,4%	36,9%	39,3%	41,8%
Personalaufwandsquote							
Personalaufwand	5.269	5.416	5.948	6.155	6.370	6.592	6.822
<u>Betriebsleistung *</u>	18.477	19.801	22.597	24.020	24.791	25.467	26.144
	28,5%	27,4%	26,3%	25,6%	25,7%	25,9%	26,1%
Materialaufwandsquote							
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Leistungen	10.811	12.088	13.986	14.340	14.753	15.176	15.576
<u>Betriebsleistung *</u>	18.477	19.801	22.597	24.020	24.791	25.467	26.144
	58,5%	61,0%	61,9%	59,7%	59,5%	59,6%	59,6%
* gemäß Ertragslage							

7 Investitionen / Sanierungen

7.1 Investitionsplan Übersicht

Regionalverkehr Hildesheim GmbH		WiPlan 2023 - 2027				
Investitionsplan						
KST	in TEUR	2023	2024	2025	2026	2027
35003	Sonstg. Aufw. Fahrdienst	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
35106	Betriebsrat	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
35107	kom. Datenverarbeitung	8,7	15,7	5,5	1,4	0,0
35109	Sonstiges Overhead	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
35202	Marketing	33,8	5,0	5,0	5,0	5,0
35203	Vertrieb	391,5	60,0	60,0	36,0	25,0
35301	Fuhrpark Bus	1.276,0	1.044,0	1.058,0	1.082,0	1.082,0
35306	Sonstige Instandhaltung Bus	0,0	0,0	0,0	20,0	0,0
35401	betriebl. Administration	5,0	5,0	25,0	5,0	5,0
35404	Betriebslenkung	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0
35406	Diensteinteilung / Dispo	50,2	0,0	0,0	0,0	0,0
35501	Streckenausrüstung	83,0	74,0	74,0	74,0	74,0
35601	Gebäude / Grundstücke	110,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe	2.466,2	1.211,7	1.235,5	1.231,4	1.199,0

7.2 Investitionsplan 2023 Detail

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH **Investitionsplan 2023**

<i>Kostenstelle</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Betrag</i>
35003	Sonstg.Aufw. Fahrd.	
	15546 Fahrplanhalter	2.000 €
	Sonstg.Aufw. Fahrd. gesamt:	2.000 €
35106	Betriebsrat	
	15548 div. Wirtschaftsgüter	1.000 €
	Betriebsrat gesamt:	1.000 €
35107	kom. Datenverarbeitung	
	15901 Ersatzbeschaffung IT	4.650 €
	15539 Laptop, Diensthandy Epon Sachbearbeiter	2.000 €
	15257 Neubeschaffung IT - unvorhergesehen	2.000 €
	kom. Datenverarbeitung gesamt:	8.650 €
35109	Sonstiges Overhead	
	15547 Büromöbel	5.000 €
	Sonstiges Overhead gesamt:	5.000 €
35202	Marketing	
	15550 Busschule	5.000 €
	15245 Mobiltelefon	800 €
	15243 Relaunch Website RVHI	20.000 €
	15244 Werbeaufsteller Jubiläum	8.000 €
	Marketing gesamt:	33.800 €
35203	Vertrieb	
	15246 Aboverwaltung (75 % Förderung)	65.000 €
	15251 Büroausstattung	5.000 €
	15952 Chipkarten Deutschlandticket Anteil RVHI	75.000 €
	15950 Deutschlandticket über ROSA App Anteil RVHI	32.500 €
	15554 Ersatzbeschaffung Bordrechner	30.000 €
	15248 Fahrscheinprüfgeräte	10.000 €
	15555 Funkinstandsetzung/Erneuerung	20.000 €
	15249 Modul Einnahmenaufteilung	15.000 €
	15553 Pokini Software	30.000 €
	15552 Pokini Softwareportierung	74.000 €
	15551 Pokini Tablets	35.000 €
	Vertrieb gesamt:	391.500 €
35205	Mobilitätszentrale	
	15887 Büroausstattung inkl. Hardware	0 €
	Mobilitätszentrale gesamt:	0 €
35301	Fuhrpark Bus	
	15557 Fahrgastzählanlage für Busbeschaffung	55.000 €
	15556 Neu-Beschaffung Bus 5 Solo (40% Förderg.)	1.221.000 €
	Fuhrpark Bus gesamt:	1.276.000 €

Kostenstelle	Maßnahme		Betrag
35401	betriebl. Admin.		
	15560 div. Wirtschaftsgüter		5.000 €
		betriebl. Admin. gesamt:	5.000 €
35404	Betriebslenkung		
	15955 RBL light		500.000 €
		Betriebslenkung gesamt:	500.000 €
35406	Diensteinteilung / Disposition		
	15561 Sub Contractor Perdis		20.000 €
	15564 Web Comm Einweisung		1.200 €
	15563 Web Comm IT Check Perdis		9.000 €
	15562 Web Comm Perdis		20.000 €
		Diensteinteilung / Disposition gesamt:	50.200 €
35501	Streckenausrüstung		
	15537 Beklebung Dienstfahrzeug		5.000 €
	15538 Ersatz Laminiergerät		2.000 €
	15535 Haltestellenausrüstung Fa. Ries		4.000 €
	15252 Installation DFI Anlage (75% Förderung)		70.000 €
	15536 Werkzeug - Ausstattung Dienstfahrzeug		2.000 €
		Streckenausrüstung gesamt:	83.000 €
35601	Gebäude/Grundstücke		
	15565 Bus Waschanlage Alfeld		110.000 €
		Gebäude/Grundstücke gesamt:	110.000 €
		Gesamtsumme:	2.466.150 €

7.3 Sanierungsplan Übersicht

KST	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
35601	Gebäude / Grundstücke	50.000 €	0 €	20.000 €	0 €	20.000 €
		50.000 €	0 €	20.000 €	0 €	20.000 €

7.4 Sanierungsplan 2023 Detail

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Sanierungsplan 2023

Kostenstelle	Maßnahme	Betrag
35601	Gebäude/Grundstücke	
	15540 Hoftor Alfeld	30.000 €
	15541 Sanierung Pflasterfläche Alfeld	20.000 €
	Gebäude/Grundstücke gesamt:	50.000 €
	Gesamtsumme:	50.000 €

Erfolgsplan mit Liquiditätsplanung

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024 €	Jan 2024 €	Feb 2024 €	März 2024 €	Apr 2024 €	Mai 2024 €	Jun 2024 €	Jul 2024 €	Aug 2024 €	Sep 2024 €	Okt 2024 €	Nov 2024 €	Dez 2024 €
	Festgeldanlagen													
	- VoBa (Jederzeit verfügbar)		876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401
	Verwahrentgelt (0.5%)			200.000										0
	Zwischensumme Festgeldanlagen		876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401	876.401
	Verschlebung Festgeld VoBa von Geschäftskonto													
	Verschlebung Festgeld zug. Geschäftskonto			200.000										
	Zwischensumme Verschlebung		0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Anfangsbestand Geschäftskonto (Sparkasse HGF)		314.396	208.199	287.901	179.121	819.857	956.859	812.744	724.247	622.549	534.602	457.905	356.207
	Geschäftskonto mit Verschlebung		314.396	408.199	287.901	179.121	819.857	956.859	812.744	724.247	622.549	534.602	457.905	356.207
	Erträge													
1610	Erstattung Zuschuss VHS gmbH	3.200							3.200					
70XX	Dividenden	1.016.433		9.000		742.433	240.000	0	10.000		15.000			
71XX	Erstattung/Forderung gegenüber Gesellschafter	5.000			1.250			1.250			1.250			1.250
76XX	Zinsen aus Geldanlagen													
	Steuernerstattung	1.024.633	0	9.000	1.250	742.433	240.000	1.250	13.200	0	16.250	0	0	1.250
	Summe Erträge			9.000	1.250	742.433	240.000	1.250	13.200	0	16.250	0	0	1.250
	Aufwendungen													
60XX	Personalkosten	-2.400	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200	-200
6301	Betriebskostenzuschuss VHS gmbH	-725.000	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417	-60.417
6301	Zuschuss VHS 2. Bildungsweg	-150.000	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
	Zuschuss ergang Sprachkurse (Bildungsbüro/-region)	-200.000	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666	-16.666
	Zuschuss Sprachkurse für geflüchtete	-100.000	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333	-8.333
	Mie/Kosten Außenstelle Sarstedt	-42.372	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531	-3.531
	Unterstützung Zukunftsprojekt VHS	-74.000						74.000						
6420	Verschreibungen und Beiträge	-1.300	0	0	0	0	-1.300	0	0	0	0	0	0	0
66XX	Geschäftsaufwendungen	-600	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50	-50
68XX	Beratungs- und Prüfungskosten	-47.000	-4.500	0	-25.000	0	0	-3.000	0	0	-2.500	0	0	-12.000
76XX	Steuern	-27.600		-27.600										
935	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	0												
	Ausschüttung Dividende an Gesellschafter													
	Summe Aufwendungen	-1.370.272	-106.197	-129.297	-110.031	-101.697	-102.997	-145.365	-101.697	-101.697	-104.197	-76.697	-101.697	-113.697
	Saldo Liquiditätsveränderung	-345.639	-106.197	-120.297	-108.781	640.736	137.003	-144.115	-88.497	-101.697	-87.947	-76.697	-101.697	-112.447
	Endbestand Geschäftskonto		208.199	287.901	179.121	819.857	956.859	812.744	724.247	622.549	534.602	457.905	356.207	243.760

Kurbetriebsgesellschaft
Bad Salzdetfurth mbH

WIRTSCHAFTSPLAN 2023



www.soleundmoor.de

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Wirtschaftsplan	3
Allgemeine Hinweise zum Wirtschaftsplan	4 - 5
<u>A. Erfolgsplan</u>	
Ertragseite	6 - 7
Aufwandseite	8 - 13
<u>B. Finanzplan</u>	
I. Verfügbare Mittel	14 - 15
II. Benötigte Mittel	16 - 17
<u>C. Stellenplan</u>	19 - 23
<u>D. Grafische Darstellungen</u>	
• Abbau historischer Darlehensverbindlichkeiten 1994 – 2021	18
• Entwicklung der Personalkosten 1993 – 2021	24
• Rückführung der betrieblichen Kosten 1993 – 2021	25

Wirtschaftsplan 2023

der Kurbetriebesgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Der Aufsichtsrat beschließt gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages den Wirtschaftsplan 2023

§ 1

Erfolgsplan

Ertragseite
4.115.000,00 €
Aufwandseite
4.115.000,00 €

Finanzplan

Verfügbare Mittel
559.000,00 €
Benötigte Mittel
559.000,00 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsplan 2023 zur Finanzierung von Investitionen im Finanzplan erforderlich ist, wird auf 283.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2023 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 205.000,00 € festgesetzt.

Bad Salzdetfurth, den 01.03.2023

Kurbetriebesgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

.....
Aufsichtsratsvorsitzender

.....
Geschäftsführer

Allgemeine Hinweise zum Wirtschaftsplan 2023

Im vorliegenden Wirtschaftsplan wirken sich die sehr zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen – die in den Vorjahren eingeleitet, ständig ergänzt und weiterentwickelt wurden – positiv aus. Die Kostensenkung beträgt seit Beginn der Konsolidierung im Jahre 1993 bis zum 31.12.2021 beim Stichtagsvergleich = 697 T€ – siehe hierzu Seite 25 des vorliegenden Wirtschaftsplanes 2023. Der tatsächliche Erfolg der zahlreichen Konsolidierungsmaßnahmen spiegelt sich allerdings nicht nur in der ausgewiesenen Kostenrückführung wider. Es ist darüber hinaus zu bedenken, dass auch die erheblichen unvermeidbaren Kostensteigerungen, die in den vergangenen 28 Jahren wirksam geworden sind – im Zuge der Konsolidierung – weitestgehend kompensiert werden konnten.

Andererseits ist der Wirtschaftsplan 2023 – ebenso wie die Zahlenwerke der Vorjahre – durch die Auswirkungen der bekannten, sehr gravierenden kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, die seit 1996 kontinuierlich eingeleitet und wirksam geworden sind und das gesamte bundesdeutsche Kurwesen stark belasten, geprägt. Die Wiedereinführung der ambulanten Kur als Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen ist derzeit noch nicht bemerkbar.

Die kalkulierten Umsatzerlöse 2023 im Therapiezentrum weisen – unter Berücksichtigung der Auslastungskapazitäten im Vorjahr – Mehrumsätze aus in Höhe von **ca. + 44.000 €**

Die Eintrittsgelder für das Solebad und die Sauna erhöhen sich entsprechend der tatsächlichen Umsatzentwicklung (Vorjahr) um **ca. + 55.000 €**

Im Therapiebereich des Solebades werden Mehrumsätze, in Höhe von **ca. + 15.000 €** erwartet. **ca. + 70.000 €**

-85-

Die Ertragsseite ist nicht nur durch die zahlreich eingeleiteten kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen negativ beeinflusst, sondern auch durch die allgemeine konjunkturelle und inflationäre Entwicklung, die ein restriktives Verhalten selbstzahlender Gäste zur Folge hat.

Der Wirtschaftsplan 2023 weist (ebenso wie die Kostenseite in den Vorjahren) – im Erfolgsplan auf der Aufwandseite – in verschiedenen Positionsbereichen beträchtliche unvermeidbare Kostensteigerungen aus, die nicht zu beeinflussen sind. Auch hier sind die immensen Kostensteigerungen aufgrund der derzeitigen hohen Inflation deutlich zu spüren.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um:

tariflich bedingte Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Mehrkosten beim sozialen Aufwand Mehrkosten, ausgelöst durch höheren Aufwand für Reinigungskosten durch Fremdfirma unter Berücksichtigung eines Steigerungsfaktors auf die übrigen betrieblichen Aufwendungen resultieren Mehrkosten in Höhe von

ca. 118.000 €
ca. 2.000 €

ca. 33.000 €

Kostensteigerung im Geschäftsjahr 2023

ca. 153.000 €

Im Finanzplan sieht der Wirtschaftsplan 2023 einen finanziellen Mittelbedarf in Höhe von insgesamt **559 T€** vor.

Entsprechend der planmäßigen Bedienungen der bestehenden Darlehen nimmt der Tilgungsbedarf mit insgesamt **182 T€** einen erheblichen Teil der benötigten Mittel ein. Nachfolgend werden die weiteren Anlagenzugänge erläutert:

Kurmittelhaus:

Die begonnene Sanierung des Trinkwassernetzes im Kurmittelhaus sollte in zwei weiteren Bauabschnitten fortgesetzt werden. Leider hat die Sondierung unter Beteiligung des Ingenieurbüros und die Planung und Angebotserstellung für den zweiten Bauabschnitt quasi das gesamte Jahr 2022 in Anspruch genommen. Zum Jahresbeginn 2023 liegt nunmehr ein entsprechendes Angebot der bauausführenden Firma vor. Allerdings mit der Einschränkung, dass frühestens im Oktober 2023 mit den Arbeiten begonnen werden kann, da vorab keine Handwerker verfügbar bzw. nicht die entsprechenden Materialien geliefert werden können. Eine Bestellung und der vorzeitige Erwerb der wesentlichen Materialien muss nach den derzeitigen Marktbedingungen mit der Auftragserteilung vollzogen werden. Der Aufsichtsrat ist darüber entsprechend informiert worden. Nach den Ergebnissen der Angebotserstellung sind für den zweiten Bauabschnitt Investitionen im Umfang von **250 T€** zu kalkulieren. Weiterhin sollen im Verlauf des zweiten Bauabschnittes im Dachgeschoss zwei weitere Krankengymnastikräume erstellt werden, wofür Investitionen von **15 T€** vorgesehen werden. Nach den Erfahrungen der Beplanung des zweiten Bauabschnittes erfolgt unmittelbar die Planung und Angebotserstellung für den dritten Bauabschnitt, um damit nach Fertigstellung des zweiten Abschnittes unmittelbar beginnen zu können.

Weiterhin sind Investitionen in das allgemeine Anlagevermögen von insgesamt **43 T€** vorgesehen. Dies beinhaltet die Erneuerung von zwei Pumpen für das Bewegungsbad im Kellergeschoss, die Erneuerung von zwei Therapieliegen sowie Komponenten der EDV-Ausstattung sowie für unvorhergesehene Anlagenzugänge durch altersbedingte Abgänge in der Betriebstechnik. Im Zuge der geplanten Digitalisierung innerhalb des Gesundheitssystems ist auch die Umsetzung innerhalb des Therapiebereiches in nächster Zeit unumgänglich. Eine Umrüstung in mehreren Abschnitten ist aus Sicht der Geschäftsführung dabei nicht erstrebenswert und umsetzbar.

Solebad:

Zum Abschluss der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes für das Solebad ist noch eine entsprechende Abgrenzung zum Café-Bereich im Umfang von **10 T€** erforderlich. Für Bauwerksdiagnostik und Betonsanierungen werden voraussichtlich erneut **15 T€** aufzuwenden sein. Weiterhin sind Investitionen in allgemeines Anlagevermögen im Umfang von **49 T€** geplant. Hierbei handelt es sich um den Einbau eines neuen Rolltores an der Schleuse zum Außenbecken, den Erwerb von zwei neuen Hochdruckreinigern, die Erneuerung einer Scheuermaschine sowie einen Teilbetrag für unvorhergesehene Anlagenzugänge aufgrund von altersbedingten Abgängen in der Betriebstechnik.

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Ertragseite –

Anmerkung:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2023 ist durch die bisher zahlreichen und ständig aktualisierten Konsolidierungsmaßnahmen, die permanent ergänzt und weiterentwickelt werden, gekennzeichnet, sodass die Möglichkeiten der Kostenreduzierung auch nach permanenter Einschätzung des beauftragten Wirtschaftsprüfers weitestgehend ausgeschöpft sind.

- Zu E 1: Die Erträge im Kurbetrieb beinhalten die Umsatzerlöse des Therapiezentrums und des Solebades. Der gesamte Therapiebereich leidet seit Jahren unter den gesetzlich zahlreichen verankerten und kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, die stark rückläufige Umsätze zur Folge hatten. Die Therapieerlöse sind darüber hinaus im Zuge der Budgetierung durch ein rückläufiges Verordnungsverhalten der Ärzteschaft und durch ein nicht auskömmliches Preisgefüge, das durch die Verbände der gesetzlichen Krankenkassen und der Angestelltenkrankenkassen seit Jahren „diktiert“ wird, geprägt. Durch die Einstellung einer weiteren Therapeutin im Kurmittelhaus und eines höheren Rezeptaufkommens konnten hier höhere Umsätze kalkuliert werden. Auch im Bereich des Solebades incl. der Sauna und der Therapie konnten Mehreinnahmen infolge der ab 01.01.2023 wirksamen Preisanpassungen veranschlagt werden. Erfreulicherweise gab es in beiden Betriebsstätten im Jahr 2022 keine pandemiebedingten Schließungen mehr, auch für das Geschäftsjahr 2023 werden keine außerplanmäßigen Betriebsunterbrechungen erwartet.
- Zu E 5: Der Kurbeitragslös ist im Wesentlichen von der Belegung der Reha-Kliniken abhängig und berücksichtigt entsprechende Sondervergünstigungen, die den Häusern im Zuge einer separaten Vereinbarung gewährt werden. Der Fremdenverkehrszuschuss, der durch die Stadt Bad Salzdetfurth zu zahlen ist, beträgt 106.000 €. Er erhöht sich um 32.000 € gegenüber dem für 2022 kalkulierten Betrag. Ein Faktor ist die personelle Verstärkung im Bereich der Touristininformation. Nach der nunmehr dreijährigen Betriebszeit ist offenkundig, dass personelle Engpässe durch Urlaubsansprüche oder krankheitsbedingte Abwesenheitszeiten nicht im Einsatz von nur zwei Teilzeitkräften zu leisten sind. Darüber hinaus soll auch das Service-Angebot dahingehend erweitert werden, dass künftig die Touristininformation auch am Montag geöffnet wird. Ein weiterer wesentlicher Faktor sind gestiegene Erhaltungsaufwendungen für beide Gradierwerke.
- Zu E 6: Der bestehende Pachtvertrag für das „Café Bambus“ wurde zum 31.08.2023 durch die Gesellschaft gekündigt. Somit erfolgt ein verminderter Ansatz der Pachteinahmen einschließlich der anfallenden Nebenkosten vorsorglich nur für sechs Monate. Angestrebt wird ein nahezu nahtloser Übergang zu einer Neuverpachtung.
- Zu E 12: Der vorliegende Wirtschaftsplan ist, ebenso wie die Gewinn- und Verlustrechnung der Vorjahre, mit hohen Kapitalkosten belastet. Die Finanzierungskosten (Abschreibung, Fremdkapital- und Erbbauzinsen) betragen 356 T€ bei einem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag von 1.952 T€. Dieser Kostenaufwand wird auch in den Folgejahren die Verlustabdeckungen erheblich beeinflussen.
- Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der vorjährigen Abschlussprüfungen kontinuierlich auf die nicht ausreichende Eigenkapitalausstattung des Unternehmens hingewiesen und empfohlen die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft durch eine Erhöhung des Stammkapitals nachhaltig zu verbessern.
- Die Gesellschaft weist ein Eigenkapital in Höhe von 1.100.000 € in ihrer Bilanz aus.
- In der Aufsichtsratsitzung vom 21.06.2016 wurde der Beschluss gefasst, die jährliche Verlustabdeckung der Gesellschaft in Höhe von 1.327 T€ um den jährlich tariflich bedingten Mehraufwand an Personalkosten zu erhöhen. Dieser beträgt 2017 = 37 T€, 2018 = 49 T€, 2019 = 44 T€, 2020 = 34 T€, 2021 = 23 T€, 2022 = 37 T€, 2023 = 118 T€.

A. ERFOLGSPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
<u>Ertragsseite</u>						
E 1.) aus Kurmitteln, Nebenleistungen, Sauna u. Solarium (letztm. 2022)	1.903	0	1.788	0	1.443	0
E 2.) aus Soleverkauf	0	0	0	0	0	0
E 3.) aus Moorverkauf	0	0	0	0	0	0
E 4.) aus Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0
E 5.) aus Kurbeiträgen	127	127	125	125	122	122
E 6.) aus Mieten und Pachten	17	0	33	0	18	0
E 7.) aus Zinserträgen	0	0	0	0	0	0
E 8.) aus Teilaufösungen der Wert- berichtigung und Rückstellung	0	0	0	0	30	0
E 9.) sonstige betriebliche Erträge	10	8	5	3	6	4
E 10.) außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
E 11.) aus Fremdenverkehrszuschuss der Stadt Bad Salzdetfurth	106	106	74	74	79	79
Zwischensumme 1.-11.	2.163	241	2.025	202	1.698	205
E 12.) Ergebnis - vorläufig -		0		0		0
Aufwandsteigerungen 2023						
tariflicher Mehraufwand Personal						118
Reinigung/Gas/Strom/Beprobung						2
Allg. Preissteigerungsraten						33
						153
Jahresfehlbetrag - gesamt -	1.952	241	1.934	202	1.832	0
hiervon (gemäß AR-Beschluss vom 21.06.2016) allg. Verlustabdeckung durch die Gesellschafter zuzügl. tarifl. Mehraufwand Personal 2017-2023	1.952		1.934		1.832	
	0		0		0	
Entnahme aus der Kapitalrücklage	1.952		1.934		1.832	
Gesamtsumme der Erträge	4.115	241	3.959	202	3.530	205

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Aufwandseite –

- Zu A 1.1.1: Abbau- und Transportkosten des Moores für das Therapiezentrum sowie Reparatur- und Unterhaltungsaufwendungen sowohl an den Abmoorbecken in Defurth als auch im Moorgewinnungsgebiet in Luttrum einschließlich der Zufahrtswege. Die hierfür kalkulierten Kosten basieren auf den tatsächlichen Vorjahrespreisen eines neu gewonnenen Abbaunternehmens.
- Zu A 1.1.2: Um eine bilanzielle Überbewertung des in Luttrum lagernden „Moorbestandes“ zu vermeiden, werden die Rücktransportkosten – auf Anraten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in Ergänzung zu den unter A 3.2. getroffenen Regelungen – nicht mehr (wie in früheren Jahren – bis 2012 – praktiziert) aktiviert (d.h. dem Bestand zugeführt), sondern betriebswirtschaftlich als Kostenaufwand behandelt. Im Zuge dieser „Neuregelung“ erhöhen sich die Jahresfehlbeträge in den Folgejahren entsprechend – siehe hierzu auch Erläuterungen zu A 3.2. –. Für das Wirtschaftsjahr 2023 erfolgt kein Ansatz, da sämtliche Abmoorteiche im Kalenderjahr 2022 ausgefahren wurden und der nächste Moorrücktransport somit erst wieder im Kalenderjahr 2024 ansteht.
- Zu A 1.2: Der Ansatz beinhaltet den Kostenaufwand für Badesätze, medizinische Behandlungsmittel und die Wasseraufbereitung. Gegenüber dem Vorjahr wurden Mehrkosten von 11 T€ angesetzt als Folge exorbitant gestiegener Preise der Lieferanten.
- Zu A 1.3: Erfahrungsgemäß anfallender Wäschezukauf und Wäschereikosten (Fremd- und Eigenwäscherei).
- Zu A 2.1: Der Personalaufwand wurde – unter Berücksichtigung des TVöD, der zum 01.01.2006 in Kraft getreten ist – aufgrund durchgeführter Einzelermittlungen errechnet. Es wird verwiesen auf den Stellenplan mit Erläuterungen, der unter „C. Stellenplan“ auf den Seiten 19 bis 23 zu finden ist.
- Zu A 2.4: Für das Geschäftsjahr 2023 wird für die Kalkulation eine 5%ige Tarifierhöhung unterstellt, diese beläuft sich einschl. der Sozialabgaben auf 118 T€.
- Zu A 2.3: Personalebenkosten und Lehrgangsgebühren für Mitarbeiter.
- Zu A 3.1: Hierbei handelt es sich um die voraussichtlichen Absatzbeträge für Abnutzung zum Bilanzstichtag 31.12.2023. Es wirken sich die Abschreibungen auf die im Jahr 2022 getätigten Investitionen erstmals in voller Höhe aus.
- Zu A 3.2: Um eine Überbewertung des in Luttrum lagernden Moorbestandes zu vermeiden, wurde – auf Anraten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – festgelegt, dass der Moorbestand jährlich abzuschreiben ist. Die Abschreibung erfolgte erstmals im Geschäftsjahr 2012 und orientiert sich in den Folgejahren an der Restlaufzeit der Moor-Abbaugenehmigung. Daraus folgt, dass der bilanzielle „Aktiv-Posten Moorbestand“, mit jährlich 12.500 € abzuschreiben ist. Die Abschreibung des Moorbestandes findet in Ergänzung zu den unter A 1.1.2 geschilderten „neuen Regelungen“ hinsichtlich der Moorrücktransporte statt. Die getroffenen unvermeidbaren Regelungen (Rücktransportkosten und Abschreibung) wirken sich im ausgewiesenen Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2023 mit einem Kostenaufwand in Höhe von 13 T€ aus.

A. ERFOLGSPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
	28	0	13	0	9	0
	0	0	28	0	0	0
	44	4	33	2	27	2
	4	0	3	0	1	0
	12	0	11	0	10	0
Zwischensumme 1.1.-1.4	88	4	88	2	47	2
	507	19	370	19	360	58
	1.487	104	1.394	72	1.255	45
	24	1	26	0	36	0
	513	33	483	25	471	27
Zwischensumme 2.1-2.4	2.531	157	2.273	116	2.122	130
	249	21	232	21	235	21
	13	0	13	0	13	0
Zwischensumme 3.1-3.2	262	21	245	21	248	21
Übertrag:	2.881	182	2.606	139	2.417	153

Aufwandseite

A 1.) Materialaufwand

- A 1.1.1 Moorgewinnung
- A 1.1.2 Moorrücktransport
- A 1.2 Waren- u. Stoffverbrauch
- A 1.3 Wäsche-Zukauf
- A 1.4 Wäscherei, Waschmittel

Zwischensumme 1.1.-1.4

A 2.) Personalaufwand

- A 2.1 Löhne
- A 2.2 Gehälter
- A 2.3 sonstige Personalkosten
- A 2.4 soziale Aufwendungen

Zwischensumme 2.1-2.4

A 3.) Abschreibungen auf das Anlagevermögen

- A 3.1 Anlagevermögen
- A 3.2 Moorbestand Luttrum

Zwischensumme 3.1-3.2

Übertrag:

Erläuterungen zum Erfolgsplan – Aufwandsseite –

- Zu A 4.1 : Diese Position weist die anfallenden Pachten für die Abmoorbeete sowie Gestattungs- und Anerkennungsgebühren für die Solegewinnung aus.
- Zu A 4.2 : An die katholische Pfarre in Delfurth zu zahlende Erbbauzinsen für den Kurpark und das Solebad – 26 T€ – , letzte Indexanpassungen zum 01.01.2022. Ferner beinhaltet der Ansatz den Förderzins (Salzpfännergilde) und die Wasserentnahmegebühren (Landkreis Hildesheim) für die Nutzung der Heilwasserquellen.
- Zu A 4.3 : Voraussichtliche Energie-, Wasserver- und Entsorgungskosten für den gesamten Unternehmensbereich. Der Gasvertrag für das Kurmittelhaus war bereits zum 01.01.2022 neu ausgeschrieben worden. Den Zuschlag erhielt die E.ON Energie Deutschland GmbH. Für den Bereich des Solebades erfolgte eine europaweite Ausschreibung des neuen Stromvertrages zum 01.01.2022 durch die Firma KUBUS. Den Zuschlag erhielt die Gemeindewerke Oberhaching GmbH, beide Verträge gelten bis 31.12.2024 fort. Der Wärmelieferungsvertrag mit der Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH endet nach zwölfjähriger Laufzeit im Jahr 2023. Die im Zusammenhang mit dem Energiebezug gesetzlich verankerten Kostenfaktoren durch das KWVG (Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagengesetz), Offshore Umlage, Umlage für abschaltbare Lasten, Umlage Letztverbraucher, Konzessionsabgabe sowie die Strom-, Gas- und CO 2 Steuer, belasten die Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2023 inzwischen noch mit insgesamt 49 T€ (Vorjahr 89 T€). Hier spiegelt sich der Wegfall der EEG-Umlage wider.
- Zu A 4.4 : Es handelt sich hierbei um Kosten für Reinigungs- und sanitäre Artikel einschl. Desinfektionsmittel sowie Arbeiten, die durch Fremdfirmen ausgeführt werden. Der Kostenaufwand für die Fremdreinigung des Solebades mindert sich um 90 T€ resultierend daraus, dass mit Wirkung ab 01.01.2023 die Solebadreinigung mit eigenem Personal durchgeführt wird. Der Dienstleistungsvertrag mit der Firma Tip-Top GmbH war entsprechend per 31.12.2022 aufgelöst worden.
- Zu A 4.5.0 : Erfahrungsgemäß anfallender Aufwand für die Erhaltung und Reparatur der Bausubstanzen, die gesamte Betriebstechnik und Geschäftsausstattung im Therapiezentrum und Solebad sowie der Außenanlagen und Gradierwerke einschl. technischer Beratung durch Fachingenieure. Es ist zu berücksichtigen, dass diese Positionsbereiche, wegen des natürlichen Alterungsprozesses der Bausubstanzen und der betriebstechnischen Anlagen sowie durch die natürliche hohe Aggressivität des Solewassers – die in Verbindung mit Wasserchemie und Wärme weiter gesteigert wird – hohen Risikofaktoren unterliegen.
- Zu A 4.5.3 : Leasinggebühren für zwei PKW.
- Zu A 4.6 : Der hier ausgewiesene Kostenumfang beinhaltet die Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen einschließlich des Aufwandes für Fremdfirmen. In den letzten Jahren haben sich im Kurpark alte Pappelbestände zu einem Sicherheitsrisiko entwickelt. Das Budget ist insofern zunehmend durch Baumfällarbeiten belastet.
- Zu A 4.8 : Deutscher Heilbäderverband, Heilbäderverband Niedersachsen, Arbeitgeberverband, GEMA sowie sonstige Beiträge und Gebühren. Ferner enthalten ist der Kostenaufwand für einen Arbeitsmediziner und eine Fachkraft für Arbeitssicherheit. Im Zuge von Überprüfungsstätigkeiten durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover nach dem AMG / MPG (für den Bereich der ortsgebundenen Heilmittel Moor & Sole) ist ein Betrag in Höhe von ca. 3 T€ veranschlagt.
- Zu A 4.10 : Hierbei handelt es sich um die gesamten Entwurfs- und Druckkosten für Prospekte, Flyer, Kurkarten, Informationen und Plakate. Ferner erstreckt sich der Aufwand auf regionale und überregionale Anzeigenschaltungen, Fahrzeugwerbungen und übrige Werbemaßnahmen sowie die Ausgaben für Repräsentationen und den Veranstaltungskalender.
- Zu A 4.11 : Der Ansatz berücksichtigt die gesamten Aufwendungen für die Veranstaltungen im Kurpark.
- Zu A 4.13.1: Anfallende Kosten für Porto, Telefon und Büromaterial sowie Gebühren für das DATEV-Rechenzentrum und Fachliteratur.
- Zu A 4.13.2: Aufwand für Rechtsberatung, Steuerberatung, die Pflichtprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer und das RP-Amt des Landkreises Hildesheim.
- Zu A 4.14 : Medizinische Untersuchungen und Analysen. Erhöhte Kosten entstehen weiterhin durch monatlich durchzuführende Legionellenuntersuchungen im Kurmittelhaus die der Gesellschaft im Rahmen der Sanierung der Wasserleitungen vom Gesundheitsamt auferlegt wurden.

A. ERFOLGSPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
	2.881	182	2.606	139	2.417	153
	7	0	7	0	5	0
	43	0	47	0	39	0
	482	1	531	1	371	2
	33	0	123	0	71	0
	8	0	6	0	4	0
	90	25	99	24	100	21
	80	1	76	1	90	2
	9	0	9	0	8	0
	92	0	90	0	83	0
	27	0	27	0	26	0
	20	4	18	4	17	4
	6	0	6	0	4	0
	35	13	36	16	24	13
	7	6	9	8	3	2
	2	0	2	0	2	0
	31	5	31	5	31	4
	75	4	41	4	30	4
	10	0	10	0	10	0
	28	0	28	0	26	0
	0	0	0	0	8	0
	1.085	59	1.196	63	952	52
	3.966	241	3.802	202	3.369	205

Aufwandseite

Übertrag:

A 4.) Sonstige betriebliche Aufwendungen

- A 4.1 Mieten und Pachten
- A 4.2 Erbbau-Zinsen, Förderzins, Wasserentnahmegebühr
- A 4.3 Gas, Strom, Wasser, Abwasser, Müll
- A 4.4 Sachkosten Räume (Reinigung)
- A 4.5 Instandhaltungen, Reparaturen
 - 4.5.0 Beratung, Betrieb, Technik
 - 4.5.1 Gebäude, Wege, Plätze
 - 4.5.2 Maschinen, Ausstattung
 - 4.5.3 Leasinggebühren
- A 4.6 Kurparkunterhaltung, Liegewiese, Außenanlage Solebad
- A 4.7 Versicherungen
- A 4.8 Beiträge und Gebühren
- A 4.9 Fuhrpark-Unterhaltung
- A 4.10 Werbung
- A 4.11 Gäste-Unterhaltung
- A 4.12 Reisekosten
- A 4.13 Büro, Post, RA-Beratung
 - 4.13.1 Büro, Post, Buchführung
 - 4.13.2 RA und Beratung
 - 4.13.3 Sitzungsgelder, Aufsichtsratsvergütungen
- A 4.14 Allgemeine Kosten, Spenden
- A 4.15 Buchverluste bei Anlage-Abgängen

Zwischensumme 4.1-4.15

Übertrag:

Erläuterungen zum Erfolgsplan -Aufwandseite-

Zu A 5.2: Zins- und Tilgungsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2023

Kreditgeber Darlehn-Nr.	Höhe des Darlehensvertrages €	voraussichtlich				Zinssatz	
		Kontostand am 31.12.2022 €	Zugang 2023 €	Zinsen 2023 €	Tilgung 2023 €		Kontostand am 31.12.2023 €
1. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620077141	1.866.215,37	1.016.448,37		33.0087,39	12.271,00	1.004.177,37	3,27 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2024)
2. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620129785	306.775,13	30.676,96		396,89	9.203,28	21.473,68	1,50 % (Festzinssatz bis zum 15.05.2026)
3. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620132578	306.775,13	0,00		0,00	0,00	0,00	wurde zum 31.12.2022 getilgt
4. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620157980	409.033,50	179.167,10		4.006,99	13.200,00	165.967,10	2,30 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2032)
5. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620172826	306.775,13	49.083,47		1.336,98	9.203,28	39.880,19	2,98 % (Festzinssatz bis zum 30.04.2024)
6. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620489182	98.000,00	72.500,00		1.895,88	1.500,00	71.000,00	2,64 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2025)
7. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620523174	720.000,00	392.400,00		6.273,00	21.600,00	370.800,00	1,64 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2027)
8. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201173581	535.000,00	329.794,00		4.470,45	17.844,00	311.950,00	1,39 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2031)
9. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201410914	680.000,00	486.000,00		9.642,50	24.000,00	462.000,00	2,03 % (Festzinssatz bis zum 30.03.2029)
10. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201525359	150.000,00	114.300,00		2.318,20	5.040,00	109.260,00	2,07 % (Festzinssatz bis zum 30.07.2025)
11. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201706246	500.000,00	306.264,00		2.487,52	45.380,00	260.884,00	0,86 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2029)
12. Sparkasse Hildesheim Goslar Peine -Neu-	1.000.000,00						0,35 % (Variabel)
13. NBank Land Niedersachsen	695.356,96	73.943,33		1.876,58	22.781,70	51.161,63	3,00 % (Festzinssatz bis zum 30.06.2026)
	7.573.931,22	3.050.577,23		67.792,38	182.023,26	2.868.553,97	

Zu A 9.1 : An die Stadt Bad Salzdeifurth sowie die Gemeinde Holle zu zahlende Grundsteuer.

Zu A 9.2: Aufgrund veränderter Umsatz-Steuerungsgrundlagen entfällt der Abzug von bisher abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen in Höhe von 63 T€.

A. ERFOLGSPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsplan 2023		Ansatz Wirtschaftsjahr 2022		Gewinn- und Verlustrechnung 2021	
	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€	Kurbetrieb und Fremdenverkehr - gesamt - T€	Fremdenverkehr - Auszug - T€
	3.966	241	3.802	202	3.369	205
<u>A 5.) Zinsaufwendungen</u>						
A 5.1 Zinsen/kurzfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
A 5.2 Zinsen/langfristige Verbindlichkeiten	68	0	77	0	84	0
<u>Zwischensumme 5.1-5.2</u>	68	0	77	0	84	0
<u>A 6.) Außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen</u>						
A 6.1	0	0	0	0	0	0
<u>A 7.) Sonstige betriebliche Aufwendungen</u> Einstellung in die Einzelwertberichtigung zu Forderungen						
A 7.1	0	0	0	0	0	0
<u>A 8.) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>						
A 8.1	0	0	0	0	0	0
<u>A 9.) Sonstige Steuern</u>						
A 9.1 Sonstige Steuern	18	0	18	0	18	0
A 9.2 Nicht abzugsfähige Vorsteuer	63	0	62	0	59	0
<u>Zwischensumme 9.1-9.2</u>	81	0	80	0	77	0
<u>Gesamtsumme des Aufwandes</u>	4.115	241	3.959	202	3.530	205

Aufwandseite

Übertrag:

A 5.) Zinsaufwendungen

- A 5.1 Zinsen/kurzfristige Verbindlichkeiten
- A 5.2 Zinsen/langfristige Verbindlichkeiten

Zwischensumme 5.1-5.2

A 6.) Außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen

- A 7.) Sonstige betriebliche Aufwendungen**
Einstellung in die Einzelwertberichtigung
zu Forderungen

A 8.) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

A 9.) Sonstige Steuern

- A 9.1 Sonstige Steuern
- A 9.2 Nicht abzugsfähige Vorsteuer

Zwischensumme 9.1-9.2

Gesamtsumme des Aufwandes

Erläuterungen zum Finanzplan – I. Verfügbare Mittel –

Zu 2.: Voraussichtliche Abschreibungsbeträge zum Bilanzstichtag 31.12.2023.

Zu 3.: Der Betrag ergibt sich als Saldo aus der Abrechnung des Finanzplanes und der geprüften Bilanz 2021.

Zu 5.: Abzugsfähige Vorsteuerbeträge auf Investitionen im Wirtschaftsjahr 2023.

Aufgrund gesetzlich veränderter Umsatz-Besteuerungsgrundlagen entfällt – analog dem Verhältnis der steuerfreien zu den steuerpflichtigen Umsätzen – der Abzug von bisher abzugsfähigen Vorsteuerbeträgen. Das hat zur Folge, dass sich die „Verfügbaren Mittel“ im Finanzplan 2023 – im Rahmen der im Geschäftsjahr 2023 vorgesehenen Investitionen – um ca. 46 T€ reduzieren.

B. FINANZPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsjahr 2023 T€	Ansatz Wirtschaftsjahr 2022 T€
<u>I. Verfügbare Mittel</u>		
1. Zuweisungen		
1.1 Zuschuss NBank (Umbau Cafe Bambus)	0	25
2. Absetzungen für Abnutzung auf Anlagevermögen etc.	262	245
3. Nicht verbrauchte Mittel aus dem Wirtschaftsplan 2021	0	90
4. Kredite	283	161
5. Vorsteuer auf Investitionen	14	24
6. Liquiditätsreserve aus dem Finanzplan des Vorjahres	0	0
<u>Verfügbare Mittel</u> -insgesamt-	559	545

Erläuterungen zum Finanzplan – II. Benötigte Mittel –

Zu 1.1:	Siehe hierzu detaillierte „Zins- und Tilgungsberechnung“ für das Geschäftsjahr 2023, Seite 12 des Wirtschaftsplans 2023.	
Zu 2.1:	2 Pumpen für das Bewegungsbad 2 Therapieleisten mit Schlingentisch EDV-Ausstattung (Hard- und Software) Unvorhersehbare Anlagenzugänge, z. T. für alterungsbedingte Abgänge Betriebstechnik, Geschäftsausstattung und Gebäude	10 T€ 8 T€ 15 T€ 10 T€ <u>43 T€</u>
Zu 2.2:	Diverse geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>5 T€</u>
Zu 3.1:	Bauwerksdiagnostische Maßnahmen einschl. Potentialfeldmessungen und labortechnischer Untersuchungen zur weitergehenden Feststellung der Tragfähigkeit des Solebades sowie Maßnahmen an tragenden Betonkörperteilen (Aktivitäten im Rahmen des bekanntesten ständigen Monitorings, mit dem Ziel, das Solebad ein weiteres Jahrzehnt am Markt zu halten) Erwerb von 2 Hochdruckreinigern Neues Rolltor (Schleuse Außenbecken) Anschaffung einer Scheuermaschine Unvorhersehbare Anlagenzugänge, z. T. für alterungsbedingte Abgänge Betriebstechnik, Geschäftsausstattung und Gebäude	15 T€ 4 T€ 15 T€ 5 T€ 10 T€ <u>49 T€</u>
Zu 3.2:	Diverse geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>5 T€</u>
	<u>Baumaßnahmenkonzept 2023</u>	
Zu 4.1.	Kurmittelhaus: Erneuerung der gesamten Wasserleitungen auf Grund der Gefährdungsanalyse (2. Bauabschnitt) Erstellung von 2 neuen KG-Räumen im Dachgeschoss	250 T€ 15 T€ <u>265 T€</u>
Zu 4.2.	<u>Solebad:</u> Einbau einer Brandschutztür (Café)	<u>10 T€</u>

B. FINANZPLAN 2023

	Ansatz Wirtschaftsjahr 2023 T€	Ansatz Wirtschaftsjahr 2022 T€
<u>II. Benötigte Mittel</u>		
1. Tilgungen		

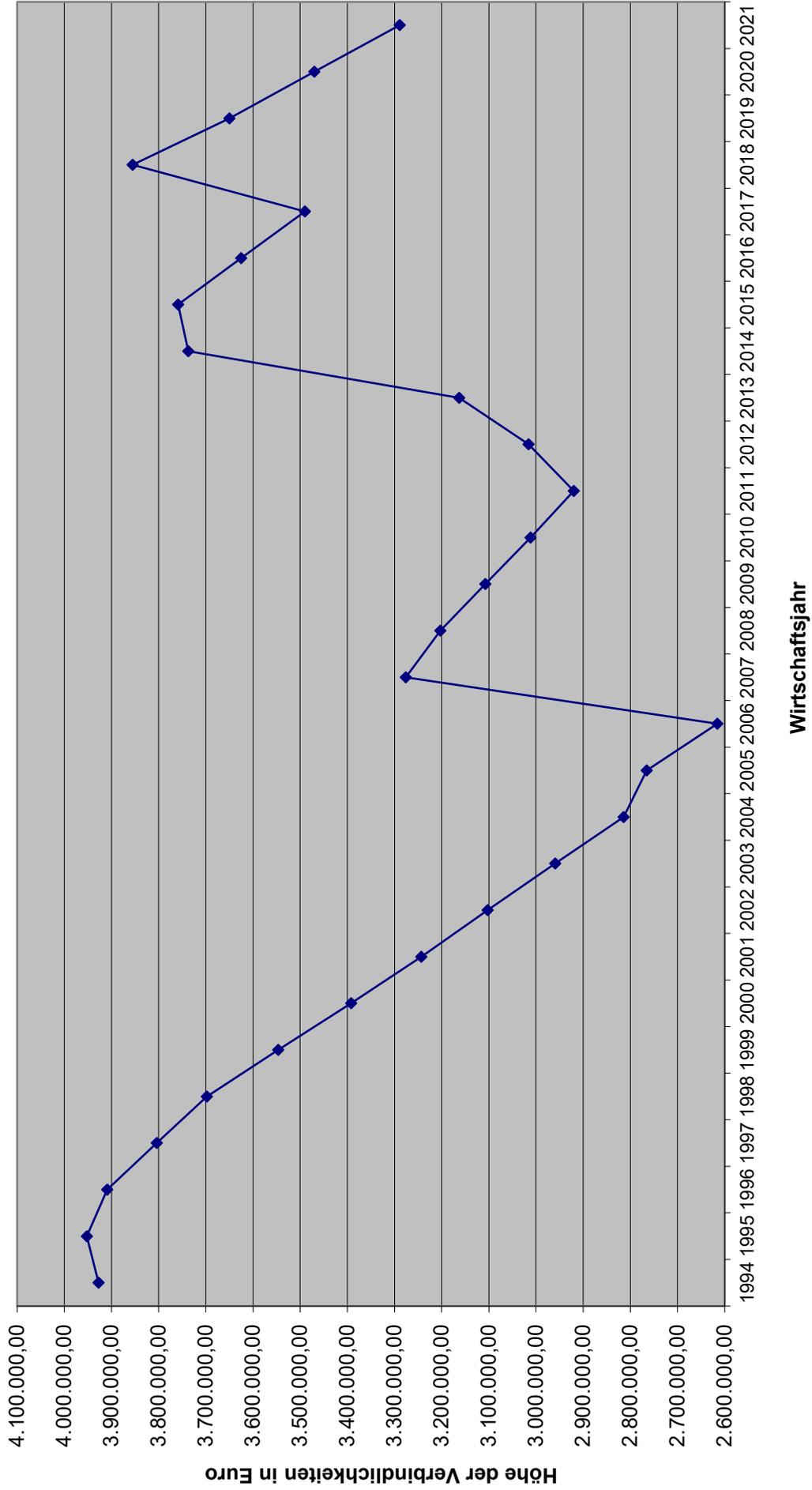
1.1 Planmäßige Tilgungen der Kredite	182	181
2. Erwerb von Anlagevermögen Kurmittelhaus		

2.1 Allgemeines Anlagevermögen	43	63
2.2 Geringwertige Anlagegüter	5	5
3. Erwerb von Anlagevermögen Solebad		

3.1 Allgemeines Anlagevermögen	49	109
3.2 Geringwertige Anlagegüter	5	5
4. Baumaßnahmenkonzept 2022 / 2021		

4.1 Erneuerung der Wasserleitungen (2. Bauabschnitt)	250	150
Erstellung von 2 neuen KG-Räumen im Dachgeschoss	15	0
4.2 Brandschutzmaßnahmen im Solebad	10	32
5. Zurückgestellte Eigenmittel der Gesellschaft		
-----	0	0
<u>Benötigte Mittel</u>		
-insgesamt-	559	545

Entwicklung historischer Darlehensverbindlichkeiten 1994 - 2021



C. STELLENPLAN

Erläuterungen zum Stellenplan 2023

1. Nach Rückkehr aus der Elternzeit ist im September 2022 die Stelle einer Physiotherapeutin, die bislang als Vollzeitstätigkeit ausgewiesen war, einvernehmlich auf eine Teilzeitbeschäftigung mit 24 Stunden wöchentlich verringert worden. Wegen der anhaltend guten Therapieauslastung wurde die bisherige Vertretungskraft in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.
 2. Aufgrund einer kontinuierlichen erweiterten Aufgabenwahrnehmung sind die Stellen eines vollbeschäftigten Fachangestellten für Bäderbetriebe und die Stelle eines Handwerkers um eine Entgeltgruppe in die EG 6 angehoben worden.
 3. Die Teilzeitstelle eines Masseurs und med. Bademeisters ist aufgrund von konstant geleisteter Mehrarbeit in eine Vollzeitstelle umgewandelt worden. Die Änderung hat keine finanziellen Auswirkungen, da in der Vergangenheit die Stunden als Mehrarbeit bei der Kalkulation der Personalkosten berücksichtigt worden sind.
 4. Der Kassen- und Terminierungsschalter im Therapiezentrum ist mit dem vorhandenen Personal aufgrund des stetig ansteigenden Arbeitspensums im Bereich der Rechnungslegung und Telefonkontakte sowie durch den langfristigen Ausfall einer Therapeutin, die regelmäßig in diesem Bereich unterstützend tätig war, kaum zu bewältigen. Die ohnehin knapp bemessenen Stellenanteile sind im Rahmen von veränderten Organisationsstrukturen und einer patientengerechten Besetzung um eine Teilzeitstelle in EG 5 mit 20 Stunden wöchentlich aufgestockt worden.
 5. Eine freie Therapeut/innen-Stelle im Wellnessbereich des Sole- Frei- und Hallenbades, die mit 17 Std. wöchentlich geführt wurde, ist im letzten Quartal 2022 mit zwei Teilzeitkräften und einem Stundenvolumen von jeweils 10 Stunden neu besetzt worden.
 6. Das Personal der Tourist Information ist in Absprache mit der Stadt Bad Salzdetfurth zum 1. April 2023 auf der Grundlage der Erkenntnisse aus dem lfd. Betrieb um eine Teilzeitstelle ausgeweitet worden. Durch die Personalaufstockung fällt der Ruhetag am Montag weg. Neben den erweiterten Servicezeiten wird durch die Maßnahme die Vertretung in Urlaubs- und Krankheitsfällen deutlich variabler.
 7. Die Nachbesetzung der Stelle einer ständigen Vertretungskraft im Reinigungsbereich des Therapiezentrums erfolgte intern mit einer Raumpflegerin der EG 2, die ihre Arbeitszeit auf bedarfsgerechte 12 Stunden wöchentlich reduziert hat. Dementsprechend ist die durch den Wechsel freigewordene Teilzeitstelle der Beschäftigten im Rahmen einer Neueinstellung mit einer Reinigungskraft in EG 1 mit 26 Stunden wöchentlich wieder besetzt worden.
 8. Mit Jahresbeginn sind zusätzlich vier Raumpflegerinnen für das Sole- Frei- und Hallenbad eingestellt worden, da die bisher in großen Teilbereichen fremd vergebene Reinigung des Bades wieder durch eigenes Personal erledigt wird. Von dieser Umstrukturierung wird auch die Reinigung der Außenanlagen im Kurpark abgedeckt. Dadurch entfällt die Stelle einer Reinigungskraft/Saisonkraft. Den "In-sourcing-Kosten" stehen entsprechende Einsparungen bei den Kosten für die Reinigungsfirma gegenüber.
- Damit bei Ausfällen besser reagiert werden kann, ist die Stelle der Vertretungskraft im Solebad von 12 auf 16,5 Stunden wöchentlich angehoben worden.
9. Um dem steigenden Reparatur- und Unterhaltungsaufwand Rechnung zu tragen ist im Vorjahr ein nicht tarifgebundener Mitarbeiter zunächst auf 450,- € Basis eingestellt worden. Zum Jahresende 2022 erfolgte eine Anhebung der Arbeitszeit auf 15 Stunden wöchentlich. Der Beschäftigte unterstützt einrichtungsübergreifend den technisch/handwerklichen Bereich im Solebad und im Therapiezentrum.

Stellenplan

Teil A: Beschäftigte (ehemalige Angestellte)

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr		Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022 tatsächl. besetzt	
1	2	3	4	5	6	7
1	Geschäftsführer/in	15	1	1	1	-
2	Hauptsachbearbeiter/in	10	2	2	2	-
3	Ltd. Physiotherapeut/in	10	1	1	1	-
4	Techniker/in	8	2	2	2	-
5	Sachbearbeiter/in 33 Std.	8	1	1	1	-
6	Sachbearbeiter/in 32 Std.	8	1	1	1	-
7	Physiotherapeut/in 19 Std.	8	1	1	1	-
8	Physiotherapeut/in	7	2	2	2	-
9	Physiotherapeut/in 28 Std.	7	1	1	1	-
10	Physiotherapeut/in 25 Std.	7	3	3	3	-
11	Physiotherapeut/in 24 Std.	7	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 1
12	Physiotherapeut/in 20 Std.	7	4	4	4	-
13	Physiotherapeut/in 10 Std.	7	1	1	1	-
14	Techniker/in	6	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
15	Masseur/in	6	2	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 3
16	Masseur/in 30 Std.	6	-	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 3
17	Masseur/in 25 Std.	6	1	1	1	-
18	Terminvergabe	6	-	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
19	Terminvergabe 35 Std.	6	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
20	Kassierer/in 25 Std.	6	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
				5	6	7
						8

Stellenplan

Teil A: Beschäftigte (ehemalige Angestellte)

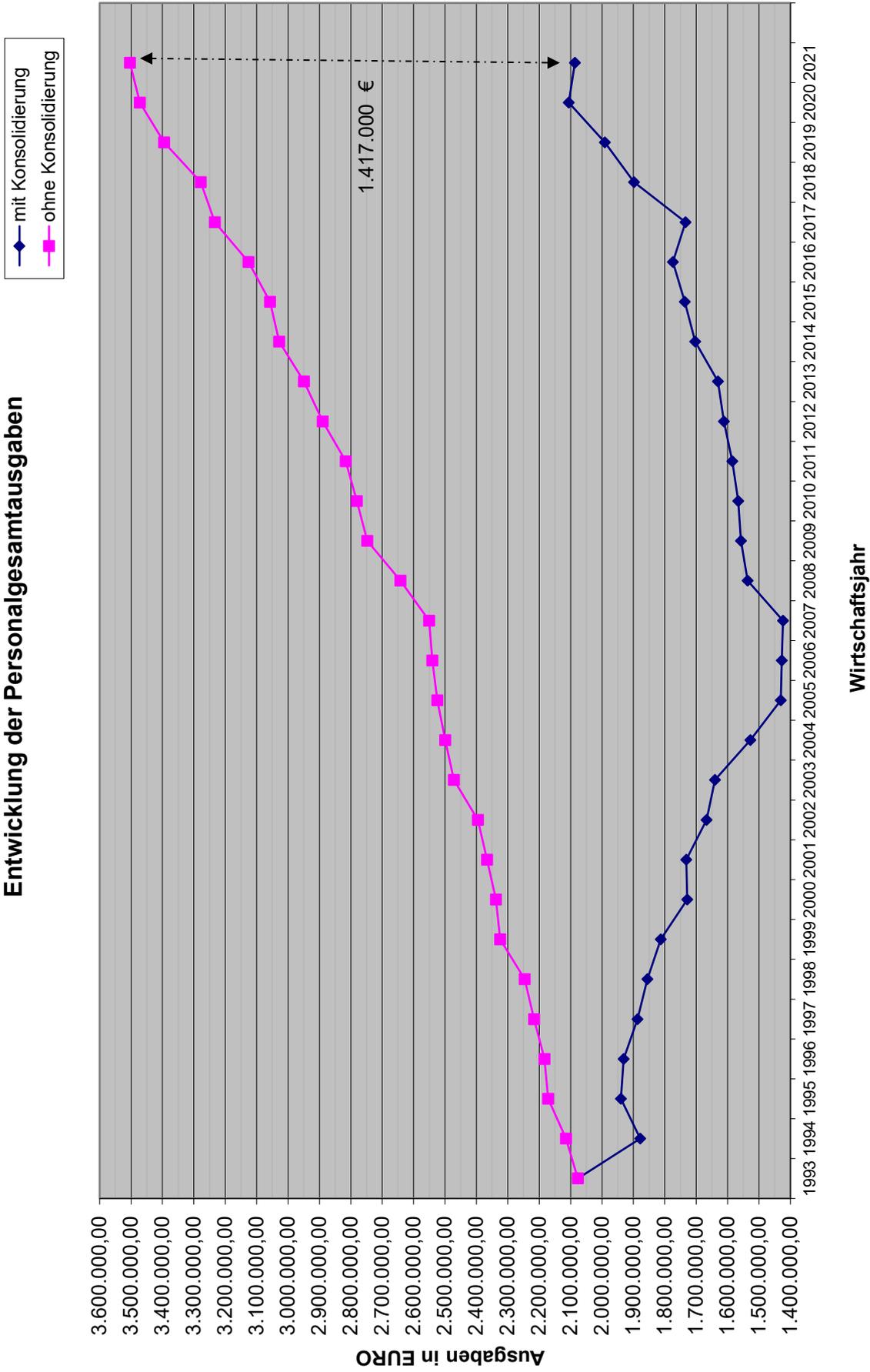
lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022 tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
21	Fachang. Bäderbetriebe	5	3	4	4	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
22	Fachang. Bäderbetriebe 35 Std.	5	1	1	1	-	
23	Kassierer/in 31 Std.	5	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
24	Kassierer/in 24,3 Std.	5	4	4	4	-	
25	Kassierer/in 20 Std.	5	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 4
26	Masseur/in 17 Std.	5	-	1	1	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
27	Masseur/in 15 Std.	5	1	1	1	-	
28	Aushilfskassierer/in 12,5 Std.	5	1	1	1	-	
29	Masseur/in 10 Std.	5	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
30	Touristinformation 13,5 Std.	4	3	2	2	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 6
31	Masseur/in 10 Std.	4	1	-	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 5
32	Fachbereichsleit. HBV/Beratung	fester Stundensatz	1	1	1	-	Einsatz erfolgt nach Bedarf
33	Fachang. f. Bäderbetriebe	fester Stundensatz	1	1	1	-	Einsatz erfolgt nach Bedarf
	<u>Auszubildende</u>						
34	Fachang. f. Bäderbetriebe	Ausbildungsentgelt	1	1	1	-	

Stellenplan

Teil B: Beschäftigte (ehemalige Arbeiter)

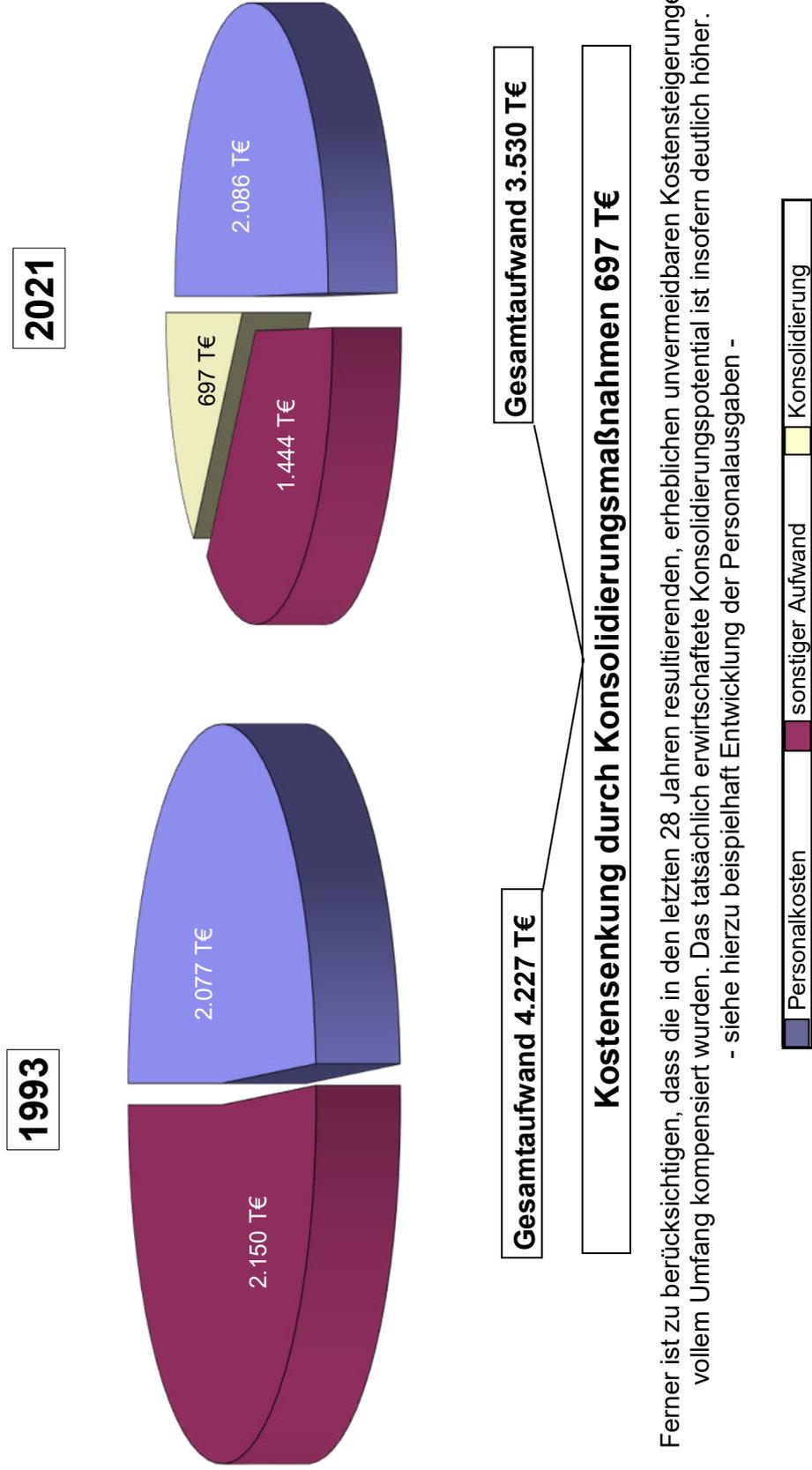
Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Wirtschaftsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr		Erläuterungen
				insgesamt	davon am 31.3.2022 tatsächl. besetzt nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7
1	Handwerker	6	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
2	Handwerker	5	-	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 2
3	Gärtner/in	4	1	1	1	
4	Badewärter/in 20 Std.	3	2	2	2	
5	Saunawärter/in 27,25 Std.	3	1	1	1	
6	Saunawärter/in 23,25 Std.	3	1	1	1	
7	Raumpfleger/in 26 Std.	2	-	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
8	Raumpfleger/in 12 Std.	2	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
9	Raumpfleger/in 27,5 Std.	1	7	3	3	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
10	Raumpfleger/in 26 Std.	1	3	2	2	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7
11	Raumpfleger/in 16,5 Std.	1	1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
12	Vertretg. Raumpfleger 12 Std.	1	-	2	2	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 7+8
13	Reinigungskraft Außen 8 Std.	1	-	1	1	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 8
14	Instandhaltungsarbeiter/in 15 Std. fester Stundensatz		1	-	-	siehe Stellenplanerläuterung Nr. 9
				5	6	8

Entwicklung der Personalgesamtausgaben



Rückführung der betrieblichen Kosten

- Vergleich des Wirtschaftsjahres 2021 mit dem Ausgangsjahr 1993 -



Wirtschaftsplan 2024
des
Zweckverbandes
Abfallwirtschaft Hildesheim

Bad Salzdetfurth



Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2024

Der Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim ist ein Zweckverband nach dem Niedersächsischen Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Wirtschaftsführung hat gemäß § 17 der Verbandsordnung nach den Vorschriften der Verordnung über Eigenbetriebe und anderer prüfungspflichtiger Einrichtungen (EigBetrVO Nds) zu erfolgen. Grundlage hierfür ist § 16 Abs. 3 NKomZG i.V.m. § 5 EigBetrVO Nds).

Mitglieder des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim sind der Landkreis Hildesheim (18 Gemeinden, Samtgemeinden, Städte) und die Stadt Hildesheim.

Der Zweckverband nimmt gemäß § 4 der Verbandsordnung, für die Verbandsmitglieder die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Der Zweckverband betreibt und unterhält im Entsorgungsgebiet die Zentraldeponie Heinde (mit einer Sickerwasserkläranlage, einer Schadstoffsammelhalle, einer Umschlaghalle, dem Recyclingzentrum und dem Kleinanliefererplatz) sowie fünf Wertstoffhöfe und eine Annahmestelle.

Der gemäß § 13 EigBetrVO Nds aufzustellende Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan, der Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Die gemäß § 17 EigBetrVO Nds aufgestellte mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird für das laufende Jahr und die vier folgenden Jahre aufgestellt. Die nach § 26 EigBetrVO Nds (in der Fassung vom 12. Juli 2018) veröffentlichten Muster wurden bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes berücksichtigt. Der Kontenplan entspricht den Formblattvorschriften und wurde um die branchenspezifischen Konten erweitert.

Die Restabfälle aus dem Gebiet des Zweckverbandes werden seit Anfang 2018 bei der Enertec GmbH, Hameln, thermisch vorbehandelt. Des Weiteren wird ein Kompostwerk durch eine beauftragte Firma betrieben.

Die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen im Verbandsgebiet wird durch den Zweckverband in eigener Regie durchgeführt. Seit der Einführung der blauen Papiertonne erfolgt die Sammlung zweigleisig, sowohl im Holsystem (Papiertonne) als auch im Bringsystem (Depotcontainerstandplätze). Zu beachten ist, dass die Systemanbieter seit Anfang 2022 von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der gesammelten Tonnage Gebrauch machen.

Die Aufträge für die Leerung und den Transport der zum 1. Januar 2013 eingeführten "Gelben Tonne" (davor: Sammlung und Transport der Wertstoffsäcke) im Rahmen des Dualen Systems Deutschland für das Gebiet des Landkreises und der Stadt Hildesheim als Subunternehmer sind bis zum 31. Dezember 2025 erteilt.

Der **Erfolgsplan** weist Erträge von T€ 30.111 (Vj. T€ 28.664) aus. Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems (DSD), Erlösen aus der Altpapierverwertung, Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie Erträgen aus der Vermietung und Verpachtung erzielt. Des Weiteren sind in den Erträgen die sonstigen betrieblichen Erträge sowie die erwarteten Erträge aus dem Finanzergebnis berücksichtigt.

Bei der Veränderung der Umsatzerlöse stehen den durch die Gebührenerhöhung in den Bereichen der Restmüll- und Bioabfallentsorgung höhere Gebühreneinnahmen vor allem die rückläufigen Erträge aus den Wertstoffsammlungen im Rahmen des DSD gegenüber. Bei den rückläufigen Erträgen aus der Vermarktung der Fraktion PPK ist die insbesondere durch die körperliche Herausgabe des PPK-Anteils an die Systemanbieter geringere Tonnage sowie der anhaltend niedrige Marktpreis für die Verwertung angemessen berücksichtigt. Die geplanten Erträge aus den Anlieferungen zur Deponie und zu den Wertstoffhöfen bleiben auf Vorjahresniveau. Die Anpassung der Gebühren ist bei erwarteten rückläufigen Anlieferungsmengen vor allem durch bereits feststehende und erwartete Kostensteigerungen bedingt.

Die geplanten sonstigen betrieblichen Erträge werden im Saldo nahezu unverändert bleiben. Aus den vorgesehenen Geldanlagen wieder Zinserträge erwartet, so dass das Finanzergebnis mit einem positiven Saldo schließt.

Die Aufwendungen betragen T€ 30.521 (Vj. T€ 29.132). Ihre Zunahme beruht vor allem auf die Berücksichtigung der tariflichen Steigerung sowie der Einführung der CO₂-Abgabe zum 1. Januar 2024. Die CO₂-Abgabe führt bei den Kosten für die thermische Verwertung, der Bioabfallverwertung, bei den Kraftstoffen sowie der Maut zu deutlichen Kostensteigerungen. Bei den übrigen Aufwendungen wurden die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigt. Nach der Planung wird somit für das Wirtschaftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 410 (Vj. Jahresfehlbetrag T€ 468) gerechnet.

Der **Vermögensplan** weist auf der Ausgabenseite einen Betrag von T€ 2.829 aus. Für Investitionen sind insgesamt T€ 2.359 geplant. Von diesen entfallen auf die Neu- und Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks T€ 1.890 sowie auf Baumaßnahmen auf der Deponie T€ 150.

Für Rekultivierungsmaßnahmen auf der Zentraldeponie Heinde sowie für die Altlastensanierungen für die Stadt Hildesheim und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet.

Die Einnahmen des Vermögensplanes 2024 bestehen vor allem aus den Abschreibungen. Zuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heide sind nicht geplant. Zuführungen für die Altlastensanierung sind aufgrund der Beschlüsse der Verbandsorgane im Jahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt.

Es werden keine Investitionskredite benötigt.

Gemäß § 18 der Verbandsordnung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und - unterdeckungen auszugleichen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, sind im Bereich Restmüll- und Biomüllentsorgung zum 1. Januar 2024 Gebührenerhöhungen vorgesehen.

Bei rückläufigen Anlieferungsmengen aus den Direktanlieferungen von Rest- und Gewerbeabfällen sowie den bereits feststehenden und erwarteten Kostensteigerungen sind bei den Gebühren ebenfalls Erhöhungen erforderlich.

Die einzelnen Ansätze des Wirtschaftsplanes entsprechen den voraussichtlichen Erwartungen und sind mit den Ergebnissen der Finanzbuchhaltung abgestimmt.

HAUSHALTSSATZUNG 2024
des
Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim

Aufgrund der Verbandsordnung des Zweckverbandes vom 22.12.2015 hat die
Verbandsversammlung in der Sitzung am 19.12.2023 folgende Haus-
haltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird im

Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	EUR	30.111.000
Erfolgsplan mit Aufwendungen in Höhe von	EUR	<u>30.521.000</u>
einem geplanten Jahresergebnis	EUR	<u><u>-410.000</u></u>

Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von	EUR	2.829.000
Vermögensplan mit Ausgaben in Höhe von	EUR	2.829.000

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbedarf der Kredite zur Durchführung
von Investitionen wird auf EUR 0
festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2024
zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen
werden dürfen, wird auf EUR 2.000.000,- festgesetzt.

Bad Salzdetfurth, den 19.12.2023

Der Vorsitzende der
Verbandsversammlung

Der Verbandsgeschäftsführer

Wirtschaftsplan 2024
Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim

A: Erfolgsplan

Itd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz		Ergebnis 2022 EUR	Erläuterungen
		2024 EUR	2023 EUR		
	Erträge				
1.	Umsatzerlöse	0,00	0,00	0,00	ab 2019 auf Gebühren verteilt
4000	Müllgebühren manuell Restmüll				
	Müllgebühren manuell Biomüll	14.940.000	12.660.000	12.620.823	gem. BAB
4001	Müllgebühren Restmüll	0	0	275.694	gem. BAB
4200	Ausgleich Gebührenüberdeckungen RM			5.750.070	gem. BAB
4003	Müllgebühren Biomüll	6.350.000	5.800.000	265.434	gem. BAB
4201	Ausgleich Gebührenüberdeckungen Bio	0	0	770.584	gem. BAB
4002	Deponieeinnahmen	850.000	870.000	764.982	gem. BAB
4102	Bareinnahmen Deponie	850.000	850.000	9.007	gem. BAB
4103	ZAH Containeranl. Kompostwerk	10.000	18.000	920	gem. BAB
4104	ZAH Containeranl. Dritte	3.000	3.000	339.549	gem. BAB
4105	ZAH Cont. Tonnagegeb Sperrgut	350.000	380.000	34.817	gem. BAB
4005	Schadstoffsorgung	50.000	70.000	58.767	
4006	Fäkalienabfuhr	35.000	35.000	237.809	
4007	Containerabfuhr	210.000	270.000	103.098	
4008	Verkauf Abfallsäcke	120.000	145.000	1.824.355	Verträge Systembetreiber
4008	Erlöse DSD LVP	1.750.000	3.050.000	161.880	
4010	Erlöse Stromverkauf BHKW	60.000	60.000	60.675	
4011	Einnahmen Sickerwasser	60.000	100.000	145.016	
4013	Kanalarreinigung	150.000	150.000	36.018	Erstattungen von Dritten
4015	Sonderleisg./Wilder Müll	22.000	3.000	274.042	
4016	Wertstoffhof Hildesheim	300.000	290.000	53.110	
4017	Wertstoffhof Lamspringe	70.000	60.000	41.715	
4018	Wertstoffhof Sarstedt	55.000	50.000	93.988	
4026	Wertstoffhof A/field	100.000	90.000	75.978	
4031	Wertstoffhof Elze	80.000	75.000	50.869	
4019	1,1 cbm Abruf-Gebühren	55.000	50.000	115.287	Direktanlieferungen
4020	Bareinnahmen Kompostwerk	150.000	180.000	87.306	
4021	Rachnungen Kompostwerk	90.000	90.000		
	Übertrag	26.710.000	25.369.000	24.251.867	

Übertrag		28.710.000	25.369.000	24.251.887	
4023	Barerlöse Shredderaktion	0	0	0	
4024	Barerlöse Sperrmüll	5.000	5.000	593	
4027	Erlöse PPK Systemanbieter 19%	700.000	0	1.364.111	körperliche Herausgabe PPK
4028	Erlöse Altpapier steuerfrei	690.000	1.470.000	1.781.584	Marktpreisabhängig
4029	Erlöse Altpapier steuerpflichtig	300.000	630.000	166.924	Mengen Systembetreiber
4030	Erlöse Elektroschrott	220.000	220.000	205.913	
4032	Erlöse Schrotverkauf allgemein	200.000	200.000	181.301	
4033	Erlöse LEG All-Holz	200.000	60.000	196.369	
4034	Erlöse A IV-Holz	15.000	10.000	30.448	
4035	Erlöse Umschlag Altpapier (Systemanbieter)	105.000	60.000	101.611	körperliche Herausgabe PPK
4036	Erlöse Kunststoffe	1.000	0	761	
4832	Erträge Mietnebenkosten	5.000	5.000	5.473	
4835	Wohnungsmieten	23.000	19.000	23.492	
4836	Garagemieten	1.000	1.000	485	
4837	Miet- und Pacht Erlöse	7.000	7.000	7.005	
4838	Provision aus Werbung	12.000	12.000	13.553	
4843	Pachterträge Koppelberg	70.000	57.000	98.338	
4925	Erträge aus abgeschr. Ford.	1.000	1.000	113	
4950	Erträge Deponienachberechnungen	0	0	42.329	
4954	Periodenfremde Erträge Hochwasser	0	0	0	
4980	Periodenfremde Gebühreneinn.	4.000	5.000	3.257	aus Vorjahren
Summe Umsatzerlöse		29.269.000	28.121.000	28.485.548	
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		0	0	4.066	Bautätigkeiten Deponie
4820	Aktivierte Eigenleistung	0	0	4.066	
3. Sonstige Betriebliche Erträge		0	0	0	
4830	Erträge Verwaltungskostenerstattungen	12.000	12.000	12.238	
4831	Mahngebühr Bescheide	15.000	15.000	12.059	
4834	Sonst. Vollstreckungskosten	12.000	7.000	11.908	
4839	Erlöse Dieserverkauf	20.000	25.000	36.083	
4840	Personalkostenerstattungen	0	0	59.700	
4844	Erstattung Energiepreispauschale	100.000	75.000	16.693	
4900	Erträge aus Anlagenabgängen (Buchgewinn)	10.000	10.000	54.874	
4921	Erträge aus Auflösung Einzelwertbericht.	68.000	150.000	113.002	
4930	Erträge aus Auflösung Rückstellungen	0	0	0	
4955	Periodenfremde Erträge	9.000	9.000	12.114	
5730	Skonti	230.000	200.000	288.003	
7410	Versicherungsleistungen	50.000	14.000	14.280	Machbarkeitsstudien
7420	Zuschüsse	526.000	527.000	630.754	
Summe sonstige betriebliche Erträge		29.795.000	28.648.000	29.120.388	
Gesamt Erträge					

Aufwendungen					
4	Materialaufwand				
	a) Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe; Waren				
6093	Dienst-, Schutzkleidung	140.000	170.000	124.608	
6319	Kraftstoffe	1.936.000	1.800.000	1.889.631	CO ₂ -Aufschlag: km-Lstg <
6320	Heizung	7.000	10.000	6.654	
6325	Gas, Strom, Wasser	150.000	140.000	144.643	
6350	Betriebskosten Werkstatt	20.000	16.000	26.949	
6354	Betriebskosten Kläranlage	50.000	40.000	72.058	
6355	Betriebskosten Deponie	25.000	20.000	29.178	
6358	Betriebskosten Schiedsthalle	5.000	5.000	1.629	
6360	Werkzeuge	10.000	8.000	13.276	
6475	Ersatzteile Behälter	40.000	35.000	34.083	
6530	Ersatzteile KFZ	450.000	430.000	444.653	
6535	Schmierstoffe, Öle, Fette	40.000	35.000	26.382	
6536	Reifen	180.000	180.000	172.001	
6537	Laborbedarf	35.000	32.000	28.391	
6570	Sonstige KFZ-Kosten	1.000	1.000	0	
6700	Kosten Werstoffsäcke	0	0	245.356	für Remendis:
6714	Kosten Müllsäcke	32.000	32.000	22.146	
	Summe Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	3.701.000	2.934.000	3.281.641	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
6097	Leiharbeiter	950.000	890.000	1.060.484	
6305	Nebenkosten FTZ	63.000	63.000	58.800	
6310	Miete FTZ	150.000	150.000	150.000	
6315	Mieten, Pacht, Erbbauzins	132.000	110.000	105.840	
6334	Miete, Reinigung Schutzkleidung	190.000	190.000	181.844	
6335	Instandhaltung Betriebsräume	60.000	40.000	27.036	
6337	Instandhaltung Mietwohnungen	15.000	60.000	11.347	
	Übertrag	1.560.000	1.503.000	1.595.351	

	1.560.000	1.503.000	1.595.351	
Übertrag Aufwendungen				
6351 Rep. / Instandh. Deponie	25.000	25.000	35.270	
6356 Rep. / Instandh. Kläranlage	50.000	50.000	87.177	
6357 Rep. / Instandh. Außenanlagen	20.000	14.000	8.165	
6361 Fremdbez. Leistungen Wertstoffhöfe	80.000	30.000	37.811	
6362 Fremdbez. Leistungen, Umschlaghalle	10.000	15.000	9.072	
6363 Fremdbez. Leistungen BHKW	60.000	150.000	126.134	
6450 Rep. / Instandh. Bauten	20.000	20.000	37.431	
6460 Rep. / Instandh. Anlagen, Maschinen	40.000	40.000	31.934	
6470 Rep. / Instandh. Betr., Gesch.-aussttg.	10.000	10.000	2.373	
6540 Rep. / Instandh. KFZ.	150.000	85.000	134.615	
6541 TÜV / ASU u. ä.	23.000	22.000	19.025	
6542 Mautgebühren	220.000	140.000	127.636	CO ₂ -Aufschlag, FZ > 3,5 t
6543 Fahrerkarten Digitaler Tachograf	16.000	16.000	18.426	
6560 Fremdfahrzeuge	183.000	183.000	41.219	
6561 Leasing Fahrzeuge Verbrennung	288.000	218.000	186.364	
6562 Kosten GPS-Kommunikation	140.000	140.000	126.928	
6701 Reifenbeseitigung	50.000	50.000	41.965	
6702 Abwasserabgabe	9.000	10.000	8.178	
6703 Fäkalienbeseitigung	3.000	3.000	3.633	
6704 Schadstoffbeseitigung	150.000	150.000	224.914	
6710 Umweltschutz / Abfallsammlungen	10.000	10.000	12.153	an Vereine / Verbände
6711 Containerstandplatzpflege	20.000	15.000	8.101	
6713 Kosten wilde Müllentsorgung	10.000	10.000	2.652	
6715 Kosten Baustellenabfallsortierung	70.000	50.000	33.378	
6717 Entsorgung Elektrogeräte	1.000	1.000	474	
6718 Kosten Bio-Kompostanlage	2.200.000	2.400.000	2.189.374	vertragliche Regelung
6720 Sperrmüll	100.000	100.000	419.983	2023 neuer Vertrag
6721 Altholz AIV	0	0	28.501	
6722 Kunststoffe RZH	330.000	360.000	304.191	
6723 Altholz AII	0	0	64.276	
6730 Kosten therm. Restabfallbeseitigung	4.980.000	4.200.000	3.858.967	CO ₂ -Aufschlag
6731 Kosten Abfalltransport	10.000	20.000	11.900	
6732 Sortierung, Vermarktung Altpapier	220.000	400.000	204.217	
6734/6737 Sortierung, Vermarktung Altpapier steuerpfl.	30.000	190.000	30.235	
6735 Kostenbeteiligung Systemanbieter PPK	130.000	0	124.141	körperliche Herausgabe PPK
6736 Kosten Bauschuttentsorgung	60.000	60.000	59.990	vertragliche Regelung
Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.278.000	10.691.000	10.357.153	
Summe Materialaufwand	14.379.000	13.625.000	13.636.794	

5 Personalaufwand					Löhne und Gehälter
6000 und 6001	Entgelte für die Beschäftigten	8.660.000	7.932.000	7.892.628	
6002	Löhne Auszubildende	28.000	17.000	13.189	
6003	Löhne Aushilfen	130.000	120.000	122.872	
6005	Mutterschaftsgeld	0	0	0	
6006	Fahrradleasing	70.000	0	41.960	
6040 und 6154	Veränderung Personalrückstellungen	-25.000	-49.000	-10.435	Urlaub, Mehrstunden, ATZ
6080	Vermögenswirksame Leistungen	6.000	6.000	5.695	
6090 und 6099	pauschale LSt und KSt; Lohnsteuer Vorjahre	12.000	12.000	12.657	
6092	Zehrigeld	60.000	80.000	58.484	
	Summe Löhne und Gehälter	8.935.000	8.098.000	8.138.030	
6110 bis 6117	Gesetzl. sozial. Aufwendungen	1.792.000	1.734.000	1.704.116	
6120	Gemeinde-Unfallversicherung	37.500	37.500	34.049	
6150 bis 6152	VBL Umlage	561.000	526.000	525.289	
6153	VBL Umlage Vorjahre	0	0	-205	
6160	Beihilfen	500	500	372	
6440	Ausgleichsabgabe	0	4.000	0	
	Summe soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung	2.391.000	2.302.000	2.263.621	
	Summe Personalaufwand	11.330.000	10.400.000	10.401.650	
6	Abschreibungen				
6240 und 6260	Abschreibungen auf Sachanlagen	2.705.000	2.744.000	2.726.522	
6241	Abschreibungen auf immat. VG	50.000	50.000	102.411	
	Summe Abschreibungen	2.755.000	2.794.000	2.828.933	
7	Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.				
6200	Rückstellg. Rekultivierung	0	0	0	
6204/6205	Rückstellg. Altlastsanierung	0	0	0	Zurführung ausgesetzt
6211	Rückstellg. Deponienachsorge	0	0	0	
	Summe Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.	0	0	0	

8	Sonstige betriebl. Aufwendungen				
6094	Aus- und Fortbildung	50.000	30.000	51.995	
6095	Personalebeneausg./Betriebsarzt	35.000	35.000	31.986	
6098	Personalausg. an Verbandsmitglieder/Fremdangest.	1.000	1.000	759	Verbandsabschluss
6243	Zuführung Einzelwerberichtigungen	8.000	8.000	21.883	
6300	Sonst. betr. Aufwend.	12.000	12.000	8.298	
6330	Reinigung	140.000	115.000	135.566	
6353	Ausgleichszahlungen	5.000	5.000	4.250	
6400	Versicherungen	150.000	140.000	131.065	
6420	Mitgliedsbeiträge	14.000	13.000	12.607	
6430	Sonstige Geschäftsausgaben	0	0	0	
6520	KFZ - Versicherungen	145.000	140.000	140.627	
6600	Öffentlichkeitsarbeit	230.000	180.000	280.965	
6630	Repräsentationskosten	4.000	4.000	200	
6640	Bewirtungskosten	10.000	5.000	18.018	
6650	Reisekosten Arbeitnehmer	5.000	5.000	4.053	
6740	Fracht	1.000	1.000	54	
6800	Porto	85.000	85.000	83.505	
6805	Telefon	110.000	110.000	109.295	
6807	Bekanntmachungen	18.000	18.000	35.187	
6811	Miete Meldeanlage	2.000	2.000	1.991	
6812	Miete Kopierer	4.000	3.000	3.618	
6815	Bürobedarf	60.000	55.000	62.675	
6816	EDV-Bedarf	210.000	210.000	212.400	
6820	Zeitschriften, Bücher	10.000	10.000	11.607	
6825	Rechts- u. Beratungskosten	80.000	50.000	80.845	
6827	Abschluss- u. Prüfungskosten	80.000	40.000	45.654	
6830	Buchführungskosten	80.000	80.000	67.811	
6840	Leasing bewegl. Wirtschaftsgüter	8.000	8.000	9.520	
6850	Vermischte Ausgaben	2.000	2.000	660	
6855	Nebenkosten Geldverkehr	30.000	50.000	68.622	
6860	Nicht abzugsf. Vorsteuer	0	0	0	
6880	Aufwand Hochwasser (ohne Anlagevermögen)	0	0	0	
6895	Anlagenabgänge	0	5.000	0	
6925	Rückst. Kosten Aufbewahrung	0	0	0	
6930	Forderungsverluste	10.000	10.000	13.231	
6931	Restschuldbefreiungen/Insolvenzen	10.000	10.000	15.703	
6940	Vollstreckungsgebühr	10.000	10.000	5.592	
6960 bis 6979	Periodenfremde Aufwendungen	0	0	96.074	
6980 bis 6982	Abgänge Mahn-/Vollstr.-gebühr	4.000	4.000	2.900	
7510	Aufwand Schadensfälle	230.000	200.000	277.945	
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.853.000	1.656.000	2.044.839,76	
	Summe betriebliche Aufwendungen	30.317.000	28.475.000	28.914.217	

9 Erträge aus Beteiligungen						
7000 Erträge aus Beteiligungen	16.000	16.000	16.000	16.000		
	16.000	16.000	16.000	16.000		
10 Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge						
7100 Sonst. Zinserträge	300.000	0	0	0		
7115 Abzinsung langfr. Rückstellungen	0	0	0	0		
7106 Zinserträge KöSt	0	0	0	0		
Summe Zinsen und ähnliche Erträge	300.000	0	0	0		
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
7300 Zinsen u. ä. Aufwendungen:	0	0	0	0		
7301 Zinsen auf Steuermächz.	0	0	0	0		
7315 Aufzinsungsbeträge langfr. Rückstellungen	120.000	131.000	131.000	41.206	ATZ, Deponierückstellung	
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	120.000	131.000	131.000	41.206		
Summe Finanzergebnis	196.000	-115.000	-25.206			
12 Ergebnisse der Geschäftstätigkeit	-326.000	66.000	180.946			
13 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
7600 Körperschaftsteuer	7.000	240.000	5.138	5.138	aus BgA (DSD, BHKW)	
7620 Gewerbesteuer	9.000	220.000	10.245	10.245	aus BgA (DSD, BHKW)	
7630 Kapitalertragssteuer	0	0	0	0		
7640 Steuernachzahlungen	0	0	0	0		
7644 Ertr. a.d. Auflösung v. Steuerrückst.	0	0	0	0		
Summe Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.000	460.000	15.383			
14 Ergebnis nach Steuern	-310.000	518.000	196.329			
15 Außerordentliche Aufwendungen						
6990 Außerordentliche Aufwendungen periodenfremd	0	0	0	0		
15 Sonstige Steuern						
7640 Steuernachzahlungen	0	0	0	0		
7680 Grundsteuer	18.000	18.000	18.334	18.334		
7685 KFZ - Steuer	50.000	48.000	49.841	49.841		
Summe sonstige Steuern	68.000	66.000	68.176			
16 Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-416.000	-468.000	97.387			
Anmerkung:						
Summe aller Erträge	30.111.000	28.684.000	29.136.368	29.136.368	Für Deckblatt	
Summe aller Aufwendungen	30.521.000	29.132.000	29.038.981	29.038.981		
	-410.000	-468.000	97.387	97.387		

B: Vermögensplan

I. Einnahmen

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz		Ergebnis 2022 EUR	Erläuterungen
		2024 EUR	2023 EUR		
1	Zuwendungen d. Träger d. Einrichtungen				
1.1	vom Landkreis Hild. f. Rekultivierungsrückl.	0	0	0	
1.2	vom Landkreis Hild. f. Ford. an Dritte	0	0	0	
1.3	von Stadt Hild. f. Übertrag. v. Ford. an Dritte	0	0	0	
2.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Altlastensanierung	0	0	0	Beschluss Organe
3.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Nachsorge	0	0	0	Saldo Zuführung/Abzinsung
6.1	Einnahmen aus Abschreibungen	2.755.000	2.794.000	2.828.933	gem. Kalkulation
6.2	Einn. aus Rückl. f. Verlustausgl. künft. Jahre	-410.000	-468.000	97.387	Jahresüberschuss/-fehlbetrag
6.2.1.	Einn. aus Rückl. f. Investitionen	0	0	0	beim ZAH nicht vorhanden
6.4	Auflösung RAP-Kapitalisierte Miete	0	0	0	
7.	Einn. a. d. Abgang v. Anlagevermögen	100.000	75.000	16.693	
9.	Kreditaufnahme	0	0	0	
	Überhang/Unterdeckung aus der Abrechnung des WP	384.000	-290.000	-73.684	
	Gesamteinnahmen d. Vermögensplanes	2.829.000	2.111.000	2.869.328	

Wirtschaftsplan 2024
Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim

B: Vermögensplan		II. Ausgaben				Rechnungs- ergebnis 2022	Erläuterungen
		2024	2023	2022	2022		
lfd. Nr.	Bezeichnung	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
4	Sachinvestitionen						
4.1.1	Grundstücke u. Bauten lt. Anlagenachweis						
4.1.2	Neuerwerb Grundstücke u. Bauten						
4.1.2.1	Erwerb Flurstücke	0	0	0	0	0	
4.1.2.2	Grundstück Bio-Kompostwerk	0	0	0	0	0	
4.2.1	Bewegl. Sachen d. Anl.verm. lt. Anl.nachw.						
4.2.1.1	Erwerb von Landkreis Hildesheim	0	0	0	0	0	
4.2.1.2	Erwerb von Stadt Hildesheim	0	0	0	0	0	
4.2.2	Erwerb bewegl. Sachen d. Anl.vermögens						
4.2.2.1	Behälter u. Container f. Schadstoffhalle	0	0	0	0	0	
4.2.2.2	Ersatzbeschaffung:						
4.2.2.3	Bagger/Radiolader/Stapler	350.000	0	0	0	0	
4.2.2.4	DSD-/Papier-Fahrzeug	0	0	0	0	279.825	1 PPK Fahrzeug (FZ)
4.2.2.5	Mehrweck-/Containerfahrzeuge	590.000	0	0	0	0	
4.2.2.6	Müllfahrzeuge/Schotlung	630.000	910.000	850.000	850.000	1.133.106	5 FZ; davon 2 FZ für 2023 geliefert
4.2.2.7	Sperrmüllfahrzeuge	0	0	265.000	265.000	0	
4.2.2.8	Smart Scan (Störstofferkennung)	100.000	0	0	0	0	
4.2.2.9	Fahrzeug Behältertausch/Standplatz	150.000	160.000	40.000	40.000	47.441	
4.2.2.10	Prüfschienenwagen/PKW	70.000	70.000	60.000	60.000	0	
4.2.2.11	PKW für Verwaltung/Betriebshof	0	14.000	14.000	0	51.464	1 E-PKW; 1 Mercedes Vito
4.2.2.12	Container / MGB/ Pressbeh.	80.000	200.000	100.000	100.000	282.697	
	Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	345.794	davon T€ 307 für FZ
	Übertrag	1.970.000	1.354.000	1.315.000	1.315.000	2.140.327	

	Übertrag	1.970.000	1.354.000	1.315.000	2.140.327	
4.2.2.12	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	50.000	50.000	40.000	16.563	Ausstattung Verwaltung/Werkstatt
4.2.2.13	GWG	10.000	10.000	10.000	0	
4.2.2.14	Investitionen in IT und Programme	70.000	90.000	100.000	18.898	Ersatz und Erweiterung
4.2.2.15	Ausstattung Sickerwasserkläranlage/Deponie	30.000	40.000	50.000	0	SiWa-Kläranlage
4.3	Baumaßnahmen					
4.3.1	Kläranlage	5.000	5.000	15.000	0	
4.3.2	Schadstoffhalle	1.000	1.000	3.000	0	
4.3.3	Abfallvorbehandlung / Eingangsbereich Deponie	150.000	20.000	20.000	184.474	Überdachung; Waschplatz
4.3.4	Sozialräume / alte Werkstatt	3.000	3.000	3.000	0	
4.3.5	Fahrzeughallen und Betriebshof	10.000	10.000	20.000	12.093	Waschhalle, Wasserhochdruckklg.
4.3.6	Containerstandplätze DSD	30.000	25.000	25.000	0	
4.3.7	Verwaltung	10.000	10.000	10.000	80.517	Klimaanlage
4.3.8	Plan. zukünft. Abfallentsorgung	0	3.000	3.000	0	
4.3.9	Feuerlöschteich	0	0	0	0	
4.3.10	Gasfassung	0	0	1.000	0	
4.3.11	Deponiefeld Hörsten-West	0	0	0	0	
4.3.12	Umschlaghalle Deponie	0	0	0	0	
4.3.13	Wohnhäuser	5.000	5.000	5.000	71.069	LVP-Boxen, Betonsteine
4.3.14	Umbau/Sanierung Betriebstankstelle	0	0	0	0	
4.3.15	Recyclinghöfe	15.000	15.000	25.000	0	
4.3.16	Biokompostwerk Hildesheim	0	0	0	0	
4.3.17	Verwendung d. Rückst. f. Rekultivierung u. Nachsorge	120.000	120.000	115.000	185.700	Kto. 3080 und 3090
4.3.18	Verwendung d. Rückst. f. Altlastensanierung	350.000	350.000	424.000	159.687	Kto. 3093 und 3094
5.2	Beteiligung Photovoltaik GmbH (Finanzanlage)	0	0	0	0	
5.3	RAP Kapitalisierte Miete	0	0	0	0	
6.	Auflösung Rückl. Verlustausgl. künft. Jahre	0	0	0	0	
7.	Kreditfiktigung	0	0	0	0	
	Gesamtausgaben d. Vermögensplanes	2.829.000	2.111.000	2.184.000	2.869.328	

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023					2024					2025					2026					2027				
		EUR					EUR					EUR					EUR					EUR				
Erträge																										
1 Umsatzerlöse																										
4001	Müllgebühren Restmüll	12.680.000					14.940.000					15.200.000					15.400.000					15.600.000				
4200	Ausgleich Gebührenüberdeckungen RM	0					0					0					0					0				
4003	Müllgebühren Biomüll	5.800.000					6.350.000					6.900.000					7.000.000					7.100.000				
4201	Ausgleich Gebührenüberdeckungen Bio	0					0					0					0					0				
4002	Deponieeinnahmen	870.000					850.000					870.000					870.000					880.000				
4102	Bareinnahme Deponie	850.000					850.000					850.000					850.000					850.000				
4103	ZAH Containeranl. Kompostwerk	18.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
4104	ZAH Containeranl. Dritte	3.000					3.000					1.000					1.000					1.000				
4105	ZAH Cont. Tonnagegeb Sperrgut	380.000					350.000					370.000					370.000					370.000				
4005	Schadstoffentsorgung	70.000					50.000					50.000					50.000					60.000				
4006	Fäkalienabfuhr	35.000					35.000					30.000					30.000					30.000				
4007	Containerabfuhr	270.000					210.000					210.000					210.000					210.000				
4008	Verkauf Abfallsäcke	145.000					120.000					150.000					150.000					150.000				
4009	Erlöse DSD LVP / PPK	3.050.000					1.750.000					1.750.000					2.600.000					2.600.000				
4010	Erlöse Stromverkauf BHKW	60.000					60.000					50.000					50.000					50.000				
4011	Einnahmen Sickerwasser	100.000					60.000					50.000					50.000					50.000				
4013	Kanalreinigung	150.000					150.000					130.000					130.000					130.000				
4015	Sondereinstg./Wilder Müll	3.000					22.000					20.000					21.000					22.000				
4016	Wertstoffhöfe/Annahmestelle	565.000					605.000					630.000					650.000					650.000				
4019	1,1 cbm Abruf-Gebühren	50.000					55.000					55.000					55.000					55.000				
4020	Bareinn. / Recheng. Kompostwerk	270.000					240.000					280.000					280.000					280.000				
4023	Bareinn. Shredderaktion / Sperrmüll	0					0					0					0					0				
4024	Barenlöse Sperrmüll	5.000					5.000					1.000					1.000					1.000				
4027	Erlöse PPK Systemanbieter 19%	0					700.000					800.000					800.000					800.000				
4028	Erlöse Altpapier steuerfrei	1.470.000					690.000					900.000					900.000					900.000				
4029	Erlöse Altpapier steuerpflichtig	630.000					300.000					400.000					400.000					400.000				
4030	Erlöse Elektroschrott	220.000					220.000					210.000					210.000					210.000				
Summe Umsatzerlöse / Übertrag		27.694.000					28.625.000					29.917.000					31.088.000					31.409.000				

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Summe Umsatzerlöse / Übertrag		27.694.000	28.625.000	29.917.000	31.088.000	31.409.000					
4032	Erlöse Schrotterverkauf allgemein	200.000	200.000	210.000	210.000	210.000					210.000
4033	Erlöse AIII-Holz	50.000	200.000	200.000	200.000	200.000					200.000
4034	Erlöse A IV-Holz	10.000	15.000	15.000	15.000	15.000					15.000
4035	Erlöse Umschlag Altpapier	60.000	105.000	110.000	110.000	110.000					110.000
4036	Erlöse Kunststoffe	0	1.000	1.000	1.000	1.000					1.000
4832	Erträge Mietnebenkosten	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000					5.000
4835	Wohnungsmieten	19.000	23.000	23.000	23.000	23.000					23.000
4836	Garagemieten	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000					1.000
4837	Miet- und Pächterlöse	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000					7.000
4838	Provision aus Werbung	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000					12.000
4843	Pächterlöse Koppelberg	57.000	70.000	70.000	70.000	70.000					70.000
4925	Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000					1.000
4950	Periodenfr. Gebühreneinn.	-5.000	4.000	5.000	5.000	5.000					5.000
	Summe Umsatzerlöse	28.121.000	29.269.000	30.577.000	31.748.000	32.069.000					

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR									
	übrige Erträge										
	2 Andere aktivierte Eigenleistungen										
4820	Aktivierete Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	3 Sonstige Betriebliche Erträge										
4831	Mahngebühr Bescheide	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
4834	Sonst. Vollstreckungskosten	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
4839	Erlöse Dieselverkauf	7.000	12.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
4840	Personalkostenersatzungen	25.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
4900	Erträge Anlagenabgänge	75.000	100.000	100.000	100.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
4921	Erträge Auflösg. Einzelwertbericht.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
4930	Erträge Auflösg. Rückstellungen	160.000	68.000	68.000	68.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
5730	Skonti	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
7410	Versicherungsleistungen	200.000	230.000	230.000	230.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
7420	Investitionszuschüsse	14.000	50.000	50.000	50.000	0	30.000	30.000	30.000	0	0
	Summe sonstige betriebliche Erträge	527.000	526.000	426.000	426.000	426.000	456.000	456.000	426.000	426.000	426.000
	Gesamt Erträge	28.648.000	29.795.000	31.003.000	31.003.000	32.204.000	32.204.000	32.204.000	32.495.000	32.495.000	32.495.000

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023					2024					2025					2026					2027				
		EUR					EUR					EUR					EUR					EUR				
<u>Aufwendungen</u>																										
4 Materialaufwand																										
<i>a) Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe; Waren</i>																										
6093	Dienst-, Schutzkleidung	170.000				140.000	150.000				160.000	160.000				160.000	160.000				160.000	160.000				160.000
6319	Kraftstoffe	1.800.000				1.936.000	2.000.000				2.100.000	2.100.000				2.100.000	2.100.000				2.100.000	2.100.000				2.100.000
6320	Heizung	10.000				7.000	8.000				8.000	8.000				8.000	8.000				8.000	8.000				8.000
6325	Gas, Strom, Wasser	140.000				150.000	150.000				150.000	150.000				150.000	150.000				150.000	150.000				150.000
6350	Betriebsko. Werkstatt	16.000				20.000	20.000				20.000	20.000				20.000	20.000				20.000	20.000				20.000
6354	Betriebsko. Kläranlage	40.000				50.000	50.000				50.000	50.000				50.000	50.000				50.000	50.000				50.000
6355	Betriebsko. Deponie	20.000				25.000	25.000				25.000	25.000				25.000	25.000				25.000	25.000				25.000
6358	Betriebsko. Schadstoffhalle	5.000				5.000	7.000				7.000	7.000				7.000	7.000				7.000	7.000				7.000
6360	Werkzeuge	8.000				10.000	10.000				10.000	10.000				10.000	10.000				10.000	10.000				10.000
6475	Ersatzteile Behälter	35.000				40.000	35.000				35.000	35.000				35.000	35.000				35.000	35.000				35.000
6530	Ersatzteile KFZ	430.000				450.000	450.000				450.000	450.000				450.000	450.000				450.000	450.000				450.000
6535	Schmierstoffe, Öle, Fette	35.000				40.000	40.000				40.000	40.000				40.000	40.000				40.000	40.000				40.000
6536	Reifen	160.000				160.000	160.000				160.000	160.000				160.000	160.000				160.000	160.000				160.000
6537	Laborbedarf	32.000				35.000	38.000				38.000	38.000				38.000	38.000				38.000	38.000				38.000
6570	Sonstige KFZ-Kosten	1.000				1.000	1.000				1.000	1.000				1.000	1.000				1.000	1.000				1.000
6714	Kosten Müllsäcke	32.000				32.000	37.000				37.000	37.000				37.000	37.000				37.000	37.000				37.000
		2.934.000				3.101.000	3.181.000				3.291.000	3.291.000				3.301.000	3.301.000				3.301.000	3.301.000				3.301.000

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023					2024					2025					2026					2027														
		EUR					EUR					EUR					EUR					EUR														
<i>b) Aufw. für bezogene Leistungen</i>																																				
6097	Leiharbeiter	890.000					950.000					950.000					950.000					950.000					950.000					950.000				
6305	Nebenkosten FTZ	63.000					63.000					63.000					63.000					63.000					63.000					63.000				
6310	Miete FTZ	150.000					150.000					150.000					150.000					150.000					150.000					150.000				
6315	Pacht	110.000					132.000					132.000					132.000					132.000					132.000					132.000				
6334	Miete, Reinigung Schutzkleidung	190.000					190.000					190.000					190.000					190.000					190.000					190.000				
6335	Instandh. Betriebsräume	40.000					60.000					40.000					40.000					40.000					40.000					40.000				
6337	Instandh. Mietwohnungen	60.000					15.000					15.000					15.000					15.000					15.000					15.000				
6351	Rep. / Instandh. Deponie	25.000					25.000					20.000					20.000					20.000					20.000					20.000				
6356	Rep. / Instandh. Kläranlage	50.000					50.000					40.000					40.000					40.000					40.000					40.000				
6357	Rep. / Instandh. Außenanlagen	14.000					20.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
6361	Fremdbez. Leistungen Wertstoffhöfe	30.000					80.000					50.000					50.000					50.000					50.000					50.000				
6362	Fremdbez. Leistungen Umschlaghalle	15.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
6363	fremdbez Leistungen BHKW	150.000					60.000					65.000					65.000					65.000					65.000					65.000				
6450	Rep. / Instandh. Bauten	20.000					20.000					20.000					20.000					20.000					20.000					20.000				
6460	Rep. / Instandh. Anlagen, Maschinen	40.000					40.000					40.000					40.000					40.000					40.000					40.000				
6470	Rep. / Instandh. Betr.-, Gesch.-aussttg.	10.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
6540	Rep. / Instandh. KFZ.	85.000					150.000					135.000					135.000					135.000					135.000					135.000				
6541	TÜV / ASU u. ä.	22.000					23.000					24.000					25.000					25.000					26.000					26.000				
6542	Mautgebühren	140.000					220.000					220.000					220.000					220.000					220.000					220.000				
6543	Fahrerkarten	16.000					16.000					17.000					17.000					17.000					17.000					17.000				
6560	Fremdfahrzeuge	183.000					183.000					183.000					183.000					183.000					183.000					183.000				
6561	Leasing Fahrzeuge Verbrennung	219.000					288.000					288.000					288.000					288.000					288.000					288.000				
6562	Kosten GPS-Ortung	140.000					140.000					140.000					140.000					140.000					140.000					140.000				
6701	Reifenbeseitigung	50.000					50.000					50.000					50.000					50.000					50.000					50.000				
6702	Abwasserabgabe	10.000					9.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
6703	Fäkalienbeseitigung	3.000					3.000					4.000					4.000					4.000					4.000					4.000				
6704	Schadstoffbeseitigung	150.000					150.000					170.000					170.000					170.000					170.000					170.000				
6710	Umweltschutz / Abfallsammlungen	10.000					10.000					12.000					12.000					12.000					12.000					12.000				
6711	Containerstandplatzpflege	15.000					20.000					20.000					20.000					20.000					20.000					20.000				
6713	Kosten wilde Müllents.	10.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
Summe Materialaufwand / Übertrag		2.910.000					3.147.000					3.088.000					2.908.000					2.908.000					2.929.000					2.929.000				

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Summe	Materialaufwand / Übertrag	2.910.000	3.147.000	3.088.000	2.908.000	2.929.000					
6715	Kosten Recyclingzentrum/RZH	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000					70.000
6717	Entsorgung Elektroschrott	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000					1.000
6718	Kosten Bio-Kompostanlage	2.400.000	2.200.000	2.700.000	2.700.000	2.700.000					2.700.000
6720	Spermtüllentsorgung	100.000	100.000	150.000	150.000	150.000					150.000
6721	Altholz A IV	0	0	30.000	30.000	30.000					30.000
6722	Baustellenabfall RZH	360.000	330.000	330.000	330.000	330.000					330.000
6723	Altholz A III	0	0	60.000	60.000	60.000					60.000
6730	Kosten them. Restabfallbeseitigung	4.200.000	4.980.000	5.100.000	5.200.000	5.300.000					5.300.000
6731	Kosten Abfalltransport	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000					10.000
6732	Sortierung, Vermarktung Altpapier steuerfrei	400.000	220.000	280.000	280.000	280.000					280.000
6734	Aufwand Altpapier steuerpflichtig	190.000	30.000	50.000	50.000	50.000					50.000
6735	Kostenbeteiligung Systemanbieter PPK	0	130.000	130.000	130.000	130.000					130.000
6736	Kosten Bauschuttentsorgung	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000					60.000
		10.691.000	11.278.000	12.059.000	11.979.000	12.100.000					12.100.000
	Summe Materialaufwand	13.625.000	14.379.000	15.240.000	15.270.000	15.401.000					

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
5	Personalaufwand										
6000	Entgelt für die Beschäftigten	7.932.000	8.660.000	8.700.000	8.900.000	8.900.000	8.900.000	8.900.000	8.900.000	8.900.000	
6002	Löhne Auszubildende	17.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	
6003	Löhne Aushilfen	120.000	130.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	
6006	Fahrradleasing	0	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	
6040	Veränderg. Urlaubsrückst./Zuführung. ATZ	-49.000	-25.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	
6080	VWL	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	
6092	Zehrgeld	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	
6099	pauschale LSt und KiSt; Lohnsteuer Vorjahre	12.000	12.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	
6110	Gesetzl. sozial. Aufwendungen	1.734.000	1.792.000	1.825.000	1.825.000	1.825.000	1.825.000	1.825.000	1.825.000	1.860.000	
6120	Gemeinde-Unfallversicherung	37.500	37.500	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	
6130	Freiw. soziale Aufwendg.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
6150	VBL Umlage	526.000	561.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	
6154	Zuführung ATZ	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
6160	Beihilfen	500	500	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
6440	Ausgleichsabgabe	4.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Summe Personalaufwand	10.400.000	11.330.000	11.475.000	11.675.000	11.675.000	11.710.000				
6	Abschreibungen										
6240	Abschreibungen auf Sachanlagen	2.744.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	2.705.000	
6241	Abschreibungen auf immat. WG	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
		2.794.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	2.755.000	
7	Aufwend. Deponienachsorge / Altlastsan.										
6200	Rückstellg. Reaktivierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
6204	Rückstellg. Altlastsanierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
6211	Rückstellg. Deponienachsorge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
		0	0	0	0	0	0	0	0	0	

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023					2024					2025					2026					2027									
		EUR					EUR					EUR					EUR					EUR									
8	Sonstige betriebl. Aufwendungen																														
6094	Aus- und Fortbildung	30.000					50.000					40.000					40.000					40.000					40.000				
6095	Personalebeneausg./Betriebsarzt	35.000					35.000					35.000					35.000					35.000					35.000				
6098	Personalebeneausg./Verbandsmitglieder	1.000					1.000					1.000					1.000					1.000					1.000				
6243	Zuführung Einzelwerber.	8.000					8.000					2.000					2.000					2.000					2.000				
6300	Sonst. betr. Aufwend.	12.000					12.000					12.000					12.000					12.000					12.000				
6330	Reinigung	115.000					140.000					150.000					150.000					150.000					150.000				
6353	Ausgleichszahlungen	5.000					5.000					5.000					5.000					5.000					5.000				
6400	Versicherungen	140.000					150.000					152.000					154.000					154.000					156.000				
6420	Mitgliedsbeiträge	13.000					14.000					14.000					14.000					14.000					14.000				
6430	Sonstige Geschäftsausgaben	0					0					1.000					1.000					1.000					1.000				
6520	KFZ - Versicherungen	140.000					145.000					145.000					145.000					145.000					145.000				
6600	Öffentlichkeitsarbeit	180.000					230.000					190.000					190.000					190.000					190.000				
6630	Repräsentationskosten	4.000					4.000					4.000					4.000					4.000					4.000				
6640	Bewirtungskosten	5.000					10.000					10.000					10.000					10.000					10.000				
6650	Reisekosten Arbeitnehmer	5.000					5.000					7.000					7.000					7.000					7.000				
6740	Fracht	1.000					1.000					1.000					1.000					1.000					1.000				
6800	Porto	85.000					85.000					85.000					85.000					85.000					85.000				
6805	Telefon	110.000					110.000					110.000					110.000					110.000					110.000				
6807	Bekanntmachungen	18.000					18.000					20.000					20.000					20.000					20.000				
6811	Miete Meldeanlage / Kopierer	2.000					2.000					2.000					2.000					2.000					2.000				
6812	Miete Kopierer	3.000					4.000					4.000					4.000					4.000					4.000				
6815	Bürobedarf	55.000					60.000					65.000					65.000					65.000					65.000				
	Übertrag sonstige betriebliche Aufwendungen	967.000					1.089.000					1.055.000					1.057.000					1.059.000					1.059.000				

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	Übertrag sonstige betriebliche Aufwendungen	967.000	1.089.000	1.055.000	1.057.000	1.059.000					
6816	EDV-Bedarf	210.000	210.000	210.000	210.000	210.000					210.000
6820	Zeitschriften, Bücher	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000					10.000
6825	Rechts- u. Beratungskosten	50.000	80.000	80.000	80.000	80.000					50.000
6827	Abschluß- u. Prüfungskosten	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000					80.000
6830	Buchführungskosten	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000					80.000
6840	Leasing bewgl. Wirtschaftsgüter	8.000	8.000	9.000	9.000	9.000					9.000
6850	Vermischte Ausgaben	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000					2.000
6855	Nebenkosten Geldverkehr	50.000	30.000	40.000	40.000	40.000					40.000
6860	Nicht abzugsf. Vorsteuer	0	0	0	0	0					0
6895	Anlagenabgänge	5.000	0	2.000	2.000	2.000					2.000
6925	Rückst. Kosten Aufbewahrung	0	0	0	0	0					0
6930	Forderungsverluste	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000					10.000
6931	Restschuldbefreiungen/Insolvenzen	10.000	10.000	12.000	12.000	12.000					12.000
6940	Vollstreckungsgebühr	10.000	10.000	13.000	13.000	13.000					13.000
6960	Periodenfremde Aufwendungen	4.000	4.000	10.000	10.000	10.000					10.000
6980	Abgänge Mahn-/Vollstr.-gebühr	200.000	230.000	200.000	200.000	200.000					200.000
7510	Aufwand Schadensfälle										
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.556.000	1.853.000	1.813.000	1.785.000	1.787.000					
9	Erträge aus Beteiligungen										
7000	Erträge aus Beteiligungen	16.000	16.000	20.000	20.000	20.000					20.000
10	Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge										
7100	Sonst. Zinserträge	0	300.000	350.000	350.000	350.000					350.000
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen										
7300	Zinsen u. ä. Aufwendungen	0	0	1.000	1.000	1.000					1.000
7301	Zinsen auf Steuernachzahlungen	0	0	0	0	0					0
7315	Zinsaufw. aus Aufzinsung langfr. Rückstellungen	131.000	120.000	120.000	120.000	120.000					120.000
7320	Zinsaufw. langfristige Darlehen	0	0	0	0	0					0
		131.000	120.000	121.000	121.000	121.000					121.000
	Gesamt Aufwendungen	28.590.000	30.121.000	31.034.000	31.236.000	31.404.000					

Finanzplan 2024

A: Erfolgsplan

Ifd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
12	Ergebnis der Geschäftstätigkeit	58.000	-326.000	-31.000	968.000	1.091.000					
13	Steuern v. Einkommen und vom Ertrag										
7600	Körperschaftsteuer	240.000	7.000	200.000	200.000	200.000					200.000
7620	Gewerbesteuer	220.000	9.000	180.000	180.000	180.000					180.000
7630	Kapitalertragssteuer	0	0	0	0	0					0
7640	Steuernachzahlungen	0	0	0	0	0					0
7644	Ertr. a. d. Auflösung v. Steuerrückst.	0	0	0	0	0					0
		460.000	16.000	380.000	380.000	380.000					380.000
14	Ergebnis nach Steuern	-402.000	-342.000	-411.000	588.000	711.000					
15	Sonstige Steuern										
7680	Grundsteuer	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000					18.000
7685	KFZ - Steuer	48.000	50.000	50.000	50.000	50.000					50.000
		66.000	68.000	68.000	68.000	68.000					68.000
16	Jahresüberschuss / - fehlbetrag	-468.000	-410.000	-479.000	520.000	643.000					

Finanzplan 2024

B: Vermögensplan

I. Einnahmen

Ifd. Nr.	Bezeichnung	2023		2024		2025		2026		2027	
		EUR	EUR								
1	Zuwendungen d. Träger d. Einrichtungen		0		0		0		0		0
1.1	vom Landkreis Hild. f. Rekultivierungsrückl.										
1.2	vom Landkreis Hild. f. Ford. an Dritte										
1.3	von Stadt Hild. f. Übertrag. v. Ford. an Dritte										
2.	Einn. aus Rückstell. f. Rekultiv./Altlastensan.		0		0		0		0		0
6.1	Einnahmen aus Abschreibungen	2.794.000		2.755.000		2.755.000		2.755.000		2.755.000	
6.2	Einn. aus Rückf. Verlustausgl. künft. Jahre	-468.000		-410.000		-479.000		520.000		643.000	
6.2.1	Einn. aus Rückf. Investitionen	-304.000		384.000		282.000		-338.000		9.000	
6.4	Auflösung RAP-Kapitalisierte Miete										
7	Einn. a. d. Abgang v. Anlagevermögen	75.000		100.000		70.000		70.000		70.000	
9	Kreditaufnahme		0		0		0		0		0
	Gesamteinnahmen des Vermögensplanes	2.097.000		2.829.000		2.628.000		3.007.000		3.477.000	

Investitionsplan 2024

B: Vermögensplan		II. Ausgaben				
lfd. Nr.	Bezeichnung	2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2027 EUR
2.	Ausgabe aus Rücklage Verlustausgleich					
3.	Zuweisung an Stadt Hildesheim					
4	Sachinvestitionen					
4.1.1	Grundstücke u. Bauten lt. Anlagenachweis					
4.1.2	Neuerwerb Grundstücke u. Bauten					
4.1.2.1	Erwerb Flurstücke	0	0	0	0	0
4.1.2.2	Grundstück Bio-Kompostwerk	0	0	0	0	0
4.2.1	Bewegl. Sachen d. Anl.verm. lt. Anl.nachw.					
4.2.1.1	Erwerb von Landkreis Hildesheim	0	0	0	0	0
4.2.1.2	Erwerb von Stadt Hildesheim	0	0	0	0	0
4.2.2	Erwerb bewegl. Sachen d. Anl.vermögens					
4.2.2.1	Behälter u. Container f. Schadst.halle					
4.2.2.2	Ersatzbeschaffung: Deponiefahrzeuge					
4.2.2.3	Kettenbagger/Radlader	0	350.000	0	300.000	300.000
4.2.2.4	DSD-/Papierfahrzeuge	0	0	260.000	260.000	550.000
4.2.2.5	Mehrweck-/Containerfahrzeuge	0	590.000	0	0	0
4.2.2.6	Müllfahrzeuge/Schüttung	910.000	630.000	1.200.000	850.000	1.200.000
4.2.2.7	Spermmüllfahrzeuge	0	0	350.000	0	350.000
4.2.2.8	Fäkalienfahrzeuge	0	100.000	0	550.000	0
4.2.2.9	Fahrzeug Behältertausch	160.000	150.000	0	80.000	100.000
4.2.2.10	Pritschenwagen/PKW	70.000	70.000	0	70.000	70.000
4.2.2.11	Container / MGB	200.000	80.000	80.000	80.000	80.000
	Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
	Übertrag	1.340.000	1.970.000	1.890.000	2.190.000	2.650.000

Investitionsplan 2024

B: Vermögensplan		II. Ausgaben				
lfd. Nr.	Bezeichnung	2023 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2027 EUR
	Übertrag	1.340.000	1.970.000	1.890.000	2.190.000	2.650.000
4.2.2.12	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	50.000	50.000	25.000	30.000	30.000
4.2.2.13	GWG	10.000	10.000	5.000	5.000	5.000
4.2.2.14	Invest. EDV u. Programme	90.000	70.000	70.000	80.000	80.000
4.2.2.15	Ausstattung Sickerwasserkläranlage/Deponie	40.000	30.000	13.000	20.000	20.000
4.3	Baumaßnahmen					
4.3.1	Kläranlage	5.000	5.000	20.000	25.000	25.000
4.3.2	Schadstoffhalle	1.000	1.000	5.000	5.000	5.000
4.3.3	Abfallvorbehandlung / Eingangsbereich Deponie	20.000	150.000	5.000	5.000	5.000
4.3.4	Sozialräume / alte Werkstatt	3.000	3.000	10.000	10.000	10.000
4.3.5	Fahrzeughallen und Betriebshof	10.000	10.000	20.000	70.000	80.000
4.3.6	Containerstandplätze DSD	25.000	30.000	30.000	32.000	32.000
4.3.7	Verwaltung	10.000	10.000	25.000	25.000	25.000
4.3.8	Plan. zukünft. Abfallentsorgung	3.000	0	0	0	0
4.3.10	Pufferteich Sickerwasserkläranlage	0	0	0	0	0
4.3.11	Gasfassung Hoersten-West	0	0	0	0	0
4.3.12	Deponiefeld Hörsten-West	0	0	0	0	0
4.3.12.1	Umschlaghalle Deponie	0	0	0	0	0
4.3.13	Wohnhäuser	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
4.3.14	Umbau/Sanierung Betriebstankstelle	0	0	0	0	0
4.3.15.	Wertstoffhöfe	15.000	15.000	35.000	35.000	35.000
4.3.16	Biokompostwerk Hildesheim	0	0	0	0	0
4.3.17	Verwendung d. Rekuitt.rückkl.f. Rekuitt. Hörsten/Mittelb.	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
4.3.18	Verwendung d. Rückst. Altlastensanierung	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
5.3	RAP Kapitalisierte Miete		0	0	0	0
6.	Auflösung Rückl. Verlustausgl. künft. Jahre	0	0	0	0	0
7.	Kredittilgung	0	0	0	0	0
	Gesamtausgaben des Vermögensplanes	2.097.000	2.829.000	2.628.000	3.007.000	3.477.000

ÜBERSICHT

über den Stand der Darlehen
(ohne Kassenkredit)

	Stand zu Beginn des Vorjahres 01.01.2023 EUR	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2024 EUR
Bank		
	0	0
Gesamt	0	0

Beschäftigte

C: Stellenübersicht

lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2023		Bemerkungen	
				tatsächlich besetzt	nicht besetzt		
	Verbandsgeschäftsführer	15	1	1	1	0	
	Stellv. Verbandsgeschäftsführer	14	1	1	1	0	
	Leiter/in RZH	12	1	1	1	0	
	Abfallberater/-in	10	1	1	1	0	z.Zt. EG 8
	Einsatzleiter/-in	9c	1	1	1	0	
	Personalsachbearbeiter	9c	1	1	1	0	ku EG 9a
	Leiter/in (Kläranlage)	9c	1	1	1	0	
	Werkstatteleiter/-in	9b	1	1	1	0	
	EDV	9a	1	1	1	0	
	Buchhalter/in	9a	1	1	1	0	
	Stellv. Einsatzleiter/-in	9a	1	1	1	0	
	Kundencenter Beratung/Gebühren	9a	1	1	1	0	z.Zt. EG 8
	Gebührensachbearbeiter/-in	8	2	2	2	0	
	Buchhalter/in	8	2	2	2	0	
	Stellv. Werkstatteleiter/-in	8	1	1	1	0	ku EG 7
	Sperrmüllorganisation	8	1	1	1	0	
	Werkstatt	7	3	3	3	0	
	Stellv. Leiter/-in RZH	7	1	1	1	0	
	Einsatzleitung Sachbearbeiter	7	1	1	1	0	
	Werkstatt Deponie/Wertstoffhof/RZH	7	2	2	2	0	
	Kläranlage	6	1	1	1	0	
	Sekretariat	6	2	2	1	1	
	Laborant/-in	6	0,75	0,75	0,75	0	ku EG 5
	Deponie/Wertstoffhof/RZH	6	1	1	1	0	ku EG 5
	Kanalreinigung/Fäkalienabfuhr - Fahrer	5	3	3	3	0	
	DSD - Fahrer	5	8	8	8	0	
	Sperrmüll - Fahrer	5	4	4	4	0	
	Deponie/Wertstoffhof/RZH	5	17	17	17	0	
	Container	5	6	6	6	0	
	Transport MVA	5	5	5	5	0	
	Papiersammlung Fahrer	5	5	5	5	0	
	Papiersammlung Container	5	4	4	4	0	
	Abfallbeseitigung - Fahrer	5	30	30	30	0	
	Kanalreinigung/Fäkalienabfuhr	3	3	3	3	0	
	OSD - Lader	3	14	14	14	0	
	Sperrmüll -Lader	3	4	4	4	0	
	Behältertausch/Reparatur	3	4	4	4	0	
	Standplätze	3	4	4	4	0	
	Abfallbeseitigung -Lader	3	17	17	17	0	
	Papiersammlung - Lader	3	10	10	10	0	
	Raumpfleger/innen	2 Ü	0,75	0,75	0,75	0	
	Auszubildende		2	2	1	1	ab 1.8.,23 beide besetzt
	Insgesamt Beschäftigte		168,5	168,5	167,5	1	
	Auszubildende		2	2	1	1	

Wirtschaftsplan 2023 der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH intern-



Kategorie: Organisatorisches, Administratives, Haushalt etc.									
Zuordnung	Projekt-Beschreibung	Maßnahmenr. KSK	„Einnahmen“/ Kostenbeteili- gung	Ansatz 2023	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Organisatorisches	Laufendes Geschäft KSA LK Hildesheim	Lk Hi/KOM-01		5.000,00 €					Kosten im Rahmen des fortl. Optimierung der KSA Lk HI
Organisatorisches	Pauschal für Sachmittel, Verwaltungskosten (z.B. IT, PKW, Bürobedarf)	Lk Hi/KOM-01		20.000,00 €					
Organisatorisches	Fortl. Pflege der Internetseite www.klimaschutzagentur- hildesheim.de & der Facebookseite, Digitale Onlineveranstaltungen (ZOOM etc.), ext. PC/Telefon Infrastruktur - digitale Aufgabenweiterung			11.000,00 €					Flexibles und digitales Arbeiten
Organisatorisches	Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit Anzeigen, Werbung etc. - print			25.000,00 €					Gemeint ist hier allgemeine, nicht projekt- bezogene Ö-Arbeit (Flyer, Broschüren, Info- Materialien, Werbemittel, Give-Aways, Mes- se- und Veranstaltungskalender etc.) - REK
Organisatorisches	Gespräche mit (Klimaschutz-) Akteu- ren, sonstige Kosten für Dienstreisen, Fortbildungen			3.500,00 €					Fahrtkosten, ggf. Bewirtung
Organisatorisches	Freie Mitarbeiter / externe Dienstleis- ter (Studenten, Praktikanten, Energiele- berater*in, Referenten*in)			35.000,00 €					allgemeine, nicht direkt projektbezogene Leistungen, Beratungsleistungen, u.a.
Organisatorisches	z.B.: Versicherungen, Steuerberater*in, Buchhaltung, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt			ca. 20.000,00 €					Prüfung unterschiedlicher Belange
Gremien	Kosten (Gesellschafterv., Aufsichtsrat NEU, Gesellschafterrat, Klimaschutz- beirat etc.)			500,00 €					Bewirtung, ggf. Raummiete. Aufsichtsrat ggf. Sitzungsgeld
Gremien	Unterstützende Aufwendungen für Förderverein,	Lk Hi/KOM-01		1.000,00 €					Aufbau von Werbemöglichkeiten z.B. Flyer etc., Anteilig mit dem LK PE
Zwischensumme				121.000,00 €					

Kategorie: Unabhängige Energieberatung (VZN, KEAN, LWK) – Privatpersonen, Unternehmen & Kommunen

Zuordnung	Projekt-Beschreibung	Maßnahmennr. KSK	"Einnahmen"/ Kostenbeteili- gung	Ansatz 2023	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
weitergeführtes Projekt	Kooperation mit Verbraucherzentrale Nds. (Energieberatung, Seniorenberatung etc.) – Standortausbau im LK (z.B. Sarstedt, Bockenheim, Lamspringe, Hildesheim, Algermissen) – externe Akteure	Lk Hi/V-06		20.000,00 €					Projektkosten sind berücksichtigt Kooperationspartner Verbraucherzentrale Nds. e.V.
weitergeführtes Projekt	Unterstützung Modellprojekten „Quartierskonzepten“	Lk Hi/E-12,E-14,S- 05,S-06		15.000,00 €					Fahrtkosten, Kosten für begleitende Öffent- lichkeitsarbeit, etc.
weitergeführtes Projekt	Gebäudeenergieberatung* beworben als „Solar-Check“ (mit KEAN/VZN)	Lk Hi/E-05, V-06		20.000,00 €					Kostenschätzung beinhaltet Projektkosten, s. gesonderten Projektreport. 30€ pro Bürger im LK übernimmt die KSA
weitergeführtes Projekt	Heizspiegel Lk Hildesheim (SGB II & CO ₂ Online) – mit extern			15.000,00 €					Kostenbeteiligung mit LK HI, die Daten wer- den für den SGB II Bereich verwendet.
Pausiert 2-Jahres Rhythmus	Auszeichnungskampagne Grüne Hausnummer 2023 (mit KEAN / Kom- munale KSM)								Pauschale Kostenbeteiligung KEAN, zusätzli- che Übernahme der Kosten von max. 15 Hausnummernschildern (je ca. 100,00 €) Je nach Corona-Situation ist das Projekt vari- abel.
weitergeführtes Projekt	Projekte im Handlungsfeld Unternehmen – KMU Material und Energieeffizienz & Solar (mit der KEAN, HI-Reg, HWK, IHK)	Lk Hi/G-01-bis-04		1.000,00 €					Beratungskampagne für KMU. Gutscheine sind bereits im Umlauf - Öffentlichkeitsarbeit
weitergeführtes Projekt	Thermografie Wanderungen mit dem Förderverein und den Ansprechpart- ner vor Ort (mit extern)			2.000,00 €					Energieberatung erfolgt mit VZN Energieberatern und dem Förderverein – wegen Corona ggf. fraglich
weitergeführtes Projekt	Gebäudeenergieberatung beworben als „clever heizen“ (mit KEAN/VZN)	Lk Hi/V-06		20.000,00 €					Kostenschätzung beinhaltet sämtliche Pro- jektkosten, ausgewiesen in gesonderten Projektreport. Diese Kampagne wird wegen der CORONA Pandemie und den üblichen Hausbesuchen vor Ort in Absprache mit den Kooperations- partnern optimiert. Zeiträume sind von Drit- ten abhängig.

<p>Neue Projekte Schwerpunkt 2023</p>	<p>Regionales Entwicklungskonzept</p> <ul style="list-style-type: none"> A.5 - Kommunale Initiative für nachhaltiges Bauen – „Der nachhaltige Bebauungsplan“ im Landkreis Hildesheim ^{***}(G/sek.) D.1 - Fortschreibung des Klimaschutzprogramms des Landkreises Hildesheim von 2012 ^{***}(KSA/D3) D.3 - Nachhaltige Beschaffung in Kommunen ^{***}(KSA) D.4 - Wettbewerb „Das klimaneutrale Unternehmen“ ^{***}(KSA /HI-Reg) D.5 - Freiwilliger Zertifikatmarkt für Klimaschutzmaßnahmen in der Region ^{***}(KSA) D.6 - „FlächeMinusTreibhausgas“- Identifizierung und Prüfung geeigneter Flächen zur Bindung von Treibhausgasen ^{***}(KSA) D.7 - Verstärkung Parkflächen mit Grünflächen ^{***}(KSA) D.8 - Bürger*innen-Energieanlage ^{***}(KSA) D.12 - Kampagne „Natur- und Klimaschutz an Schulen und Kitas“ ^{***}(KSA/D3) D.19 - Klimafolgenanpassungskonzept für den Landkreis Hildesheim ^{***}(KSA) F.17 - E-Ladesäulen-Offensive Landkreis Hildesheim ^{***}(KSA) Beratungsangebot „Car-Sharing in Verwaltung und Firmen“ ^{***}(KSA) Wärmekataster für die Gewerbe- und Industriegebiete ^{***}(KSA/Hi-Reg) Vorreiterprojekt „Das energieoptimierte Gewerbegebiet im Landkreis Hildesheim“ ^{***}(KSA/Hi-Reg) 	<p>1.3 Projekte aus dem REK</p>	<p>REK Anteil für das KSK 80.000,00 €</p>	<p>Ca. 80.000,00 €</p>	<p>Das REK dient als Leitbild für die Perspektive 2035. Je nach Wichtung und Situation der Kooperationspartner werden die Projekte je nach Priorisierung ^{***} berücksichtigt</p> <p>Das neue Klimaschutzkonzept und die Energie und CO₂-Bilanzierung wird prioritär behandelt.</p> <p>Mit externen Dienstleistern und den Ansprechpartnern vor Ort, sollen Bürgerdialoge ermöglicht werden. Die Berücksichtigung der Kommunalrichtlinie wird geprüft. Mit den Klimaschutzmanagerinnen aus Sarstedt und Hildesheim sind bereits Gespräche geführt, inwieweit eine einheitliche Maßnahmenform möglich ist.</p> <p>Wärmekataster- könnte der nächste Schritt beim Solar-Solarthermie bzw. Dachbegrenzungskataster sein. Ende 2023</p>
<p>Neues Projekt Schwerpunkt 2023</p>	<p>Agenda 2030 – Aufbau und Implementierung und Handlungsempfehlungen für die Kommunen, Nachhaltigkeitscheck, Kommunikation mit den Verwaltungen im LK - Multiplikator Politischer Auftrag</p>		<p>2.500,00 €</p>	<p>Mit dem Wettbewerb „Global nachhaltige Kommune Niedersachsen II“ wird der Grundstein für die Thematik gelegt. (Schwerpunktthema/Querschnittsthema) Umsetzung von z.B. nachhaltiger Beschaffung und verwaltungsinternen Prozessen Agenda 2030 Stelle – In Planung</p>	
<p>Neues Projekt</p>	<p>Fördermittelberatung/Kommunikation für Privatpersonen, Unternehmen, Kommunen & KiTA – bis zur Baubegleitung</p>		<p>6.000,00 €</p>	<p>Technische Beratung am Gebäude</p>	
<p>weitergeführtes Projekt</p>	<p>Infoveranstaltung in den Kommunen, Verbände, – Beratertag von der VZN</p>	<p>LK Hi/V-06</p>	<p>2.500,00 €</p>	<p>In Kooperation mit der VZN e.V. könnten Themen wie (z.B. Schimmel, Energie,...) bearbeitet werden. Kosten für Raummiete, Honorarkosten etc.</p>	
<p>Neues Projekt</p>	<p>Förderprogramm in Kooperation mit dem Landkreis für Privatpersonen, Vereine, Verbände im Bereich z.B. innovativen Erneuerbaren Energien, Speicher, Balkon, etc.</p>	<p>LK Hi/V-06</p>	<p>extra Sondervermögen</p>	<p>Unter Vorbehalt, abhängig von Verfügbarkeit Personal; Prüfung für eine Honorarkräfte Kostenschätzung beinhaltet Projektkosten inkl. Personalkosten. - Ruht</p>	
<p>RUHT</p>	<p>Kontinuierliche Energie und CO₂ - Bilanzierung – Externe Berater – Schulung für die Kommunen (EcoSpeed) Politischer Auftrag (Jährlich/5 Jahre) ?</p>		<p>87.200,00 €</p>	<p>Externer Berater zur Erstellung der CO₂-Bilanzen – Kombination mit dem Klimaschutzkonzept und dem Kommunen im LK - Diskussion</p>	
<p>Zwischensumme</p>		<p>87.200,00 €</p>	<p>224.000,00 €</p>		

Kategorie: Erneuerbare Energien

Zuordnung	Projekt-Beschreibung	Maßnahmennr. KSK	„Einnahmen“/ Kostenbeteili- gung	Ansatz 2023	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
weitergeführtes Projekt	Projekte im Handlungsfeld Unternehmen – KMU Solar (mit der KEAN, Hi-Reg, HWK, IHK)	Lk Hi/G-01-bis-04		1.000,00 €					Beratungskampagne für KMU, Gutscheine sind im Umlauf - Öffentlichkeitsarbeit
weitergeführtes Projekt	Projekt Solar-Kommunal (KEAN)			-					Beratung für Kommunale Gebäude erfolgt mit KEAN Beratern.
weitergeführtes Projekt	Klimaschutzoptimierter Landwirtschaftlicher Betrieb – Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Nds. – TEKLA, SOLAWI	Lk Hi/E-20, G-02		800,00 €					Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der Kreislandwirt Herr Dr. Stadler und die KSA planen eine Plakette für Betriebe. Z.B. CO ₂ pro kg Weizen
weitergeführtes Projekt	Erweiterung des Klimarechners (bisher Solar-und Dachbegrünung)			15.000,00 €					In Kooperation mit der Kreisverwaltung Umweltamt und der IT LK HI, laufende Kosten für Hosting, Homepage, Erweiterung – geplanter Start 02 bzw. 03 2022
Neues Projekt	Balkonkraftwerke – zusätzliche Finanzanlaufstockung mit KSA Sondermitteln	LK Hi / Kom		50.000,00 €					Je nach Resonanz und verwaltungsseitiger und Agenturinterne Abläufe- könnten die KSA den bisherigen Topf von 150.000 Euro auf 50.000 Euro aufstocken. Kurzfristige Info
Zwischensumme				21.800,00 €					

Kategorie: Umweltbildung

Zuordnung	Projekt-Beschreibung	Maßnahmennr. KSK	„Einnahmen“/ Kostenbeteili- gung	Ansatz 2023	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen
Politischer Auftrag CDU & SPD 2021	Schottergarten-Info Kampagne – LK HI An alle Kommunen, Vereine, Verbände etc. Printmaterialien								Infokampagnen in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen vor Ort. Info und Werbeveranstaltungen. Keine behördlichen Tätigkeiten. Printmedien & Kommunale Infoveranstaltungen, Wettbewerbe
weitergeführtes Projekt	Nachhaltigkeitspreis für Studierende in der Uni Hildesheim			500,00 €					Mit Unterstützung vom Förderverein Klimaschutz Hildesheim-Feine e.V.
weitergeführtes Projekt	Neuaufgabe Klimaschutzbuch im Landkreis Hildesheim II (128 Seiten Auflage 20.000 Exemplare)	Lk Hi/V-07		42.000,00 €					Nach Corona, könnten sich dort der Landrat und die BGM positionieren. Gutscheine in Kooperation mit möglichen Partnern, Uni, Bistum etc. Externer Dienstleister OEKOM Verlag- mit Unterstützung von externer Honorarkraft – Sondervermögen für Öffentlichkeitsarbeit – s.u. rechts

RUHT	Handlungsempfehlung – Nachhaltige Neubaugebiete mit externen Beratern																A5 – REK Projekt (ggf. Überführen in das neue KSK) - ruht
RUHT	„Tiny House“- Land - Kreis- Gemeinde																Moderation und Beratung von Adelphi im Rahmen des Projektes Land Kreis Gemeinde. Projekt endet ca. 06/2022 (Dieholzen zeigt Interesse) Netzwerkprojekt – In Kooperation mit der Bauordnung
Zwischensumme																	
Kategorie: Mobilität – E-Auto, Wasserstoff ARL, Fahrrad																	
Zuordnung	Projekt-Beschreibung	Maßnahmenr. KSK	„Einnahmen“/ Kostenbeteiligung	Ansatz 2023	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Notizen								
weitergeführtes Projekt	Fahrrad - Stadtradeln 2023			15.000,00 €					Öffentlichkeitsarbeit und Bewerbung der Aktion. Schulpreis – Die bisherige Unterstützung durch den Landkreis Hildesheim wird seit 2022 nicht mehr ermöglicht. Mit der neuen LK Tourismusmanagerin, können aufgrund der Klimaschutzkonzeptaufgaben dieses Projekt 2024 unter Federführung des LK erfolgen, die KSA wäre Juniorpartner								
Schwerpunkt 2023 NEUES PROJEKT	Wasserstoffnetzwerk Leine -Weser			30.000,00 €					ARL, IHK, Landkreis Hildesheim – Ansprechpartner für Privatpersonen. Projektdauer – Projektdauer 3 Jahre								
Zwischensumme																	
Kategorie: Förderverein Klimaschutz Hildesheim-Peine e.V.																	
weitergeführtes Projekt	Thermografie-Nachspaziergänge (mit HWK, Förderverein)	Lk Hi/V-06		1.500,00 €					Thermografiekamera und Know how wird von seitens des Fördervereins gestellt (ÖA von KSA)								
Fachliche Unterstützung – Förderverein	Variables Projekt gemeinsam mit dem FÖV Hi-PE								+ Mitgliedsbeiträge aus dem Förderverein								

Fachliche Unterstützung - Förderverein	Variables Projekt gemeinsam mit dem FÖV Hi-PE													+ Mitgliedsbeiträge aus dem Förderverein
Zwischensumme									1.500,00 €					
Kategorie: Messen, Veranstaltungen, Infostand														
Veranstaltung(en)	Veranstaltungen der KSA Hi / Klimaschutz-Event / Messe- und Veranstaltungsteilnahmen (Promi)	LK HI							10.000,00 €					z.B. gemeinsame Veranstaltung mit Förderverein KSA Hi-Pe e.V.
Kategorie: Extras Gesellschafterrat / „Aufsichtsrat“														
Sonstiges	Sonderprojekte Die im Laufe des Jahres von der Politik an die KSA herangezogen werden								50.000,00 €					Ergänzung durch LR: Unterstützung ist wünschenswert

Gesamtsumme: 451.800,00 €

- Die erfolgreiche Projektumsetzung ist auch abhängig von Dritten und äußeren Einflüssen (z.B. Corona, Ukrainekrieg) daher kann die Umsetzung nicht zu 100% gewährleistet werden.
- Die flexiblen politische oder verwaltungsseitigen Projekte dürfen die Gemeinnützigkeit nicht gefährden

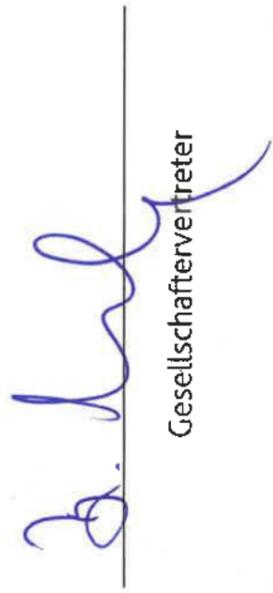
Haushaltsplanung 2023

Kontostand 31.01.2023	271.972,84 €
Voraussichtliche Einnahmen (Ex. Fördermittel) gesamt (FÖV – noch offen ca.20.000 €): <i>OHNE REK-Förderung – politische Freigabe notwendig</i>	7.200,00 €
Zuschuss Landkreis Hildesheim 2022	150.000,00 €
Einnahmen gesamt:	433.972,00 €
Ausgaben gesamt:	451.800,00 €
Differenz/Reserve:	- 17.878,00 €

Stand: 25.05.2022

Im Kreistag am 24.3.2022 hat die Mehrheit beschlossen, dass die Klimaschutzagentur 295.000 Euro zusätzlich

- Öffentlichkeitsarbeit (Externes Büro beauftragt – Themen nach Bedarf)
- Umweltbildungsprojekte (Klimasparbuch, Stadtradeln 2023, Plenary, Schulen KITa)
- Erneuerbare Energien Beratung (



Gesellschaftervertreter



Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Null	Ist	Planung	
	2022	2023	2024
Gewinn- und Verlustrechnungen			
Umsatzerlöse aus			
der Hausbewirtschaftung	26.119,1 T€	27.577,5 T€	28.622,9 T€
<i>Sollmieten</i>	19.698,9 T€	20.731,6 T€	21.785,8 T€
<i>Erlösschmälerungen</i>	-225,2 T€	-347,0 T€	-435,7 T€
<i>Mieteinnahmen</i>	19.473,7 T€	20.384,6 T€	21.350,1 T€
<i>Soll-Erlöse aus Umlagen</i>	6.731,5 T€	7.278,9 T€	7.424,4 T€
<i>Erlösschmälerungen</i>	-86,1 T€	-86,0 T€	-151,5 T€
<i>Erlöse aus Umlagen</i>	6.645,4 T€	7.192,9 T€	7.272,9 T€
Verkauf von Grundstücken	3.055,0 T€	12.600,4 T€	1.098,0 T€
Betreuungstätigkeit	171,0 T€	176,0 T€	177,8 T€
anderen Lieferungen und Leistungen	967,3 T€	1.242,3 T€	1.326,7 T€
<i>Umsatzerlöse</i>	30.312,4 T€	41.596,2 T€	31.225,4 T€
Bestandsveränderungen	3.842,4 T€	-8.464,1 T€	-724,4 T€
Andere aktivierte Eigenleistungen	22,8 T€	0,0 T€	0,0 T€
<i>Gesamtleistung</i>	34.177,6 T€	33.132,1 T€	30.501,0 T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.258,2 T€	319,5 T€	327,9 T€
<i>Betriebsleistung</i>	35.435,8 T€	33.451,6 T€	30.828,9 T€
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-13.554,8 T€	-14.087,1 T€	-14.114,2 T€
<i>Betriebskosten</i>	-7.028,9 T€	-7.477,0 T€	-7.721,7 T€
<i>Instandhaltungskosten</i>	-6.390,9 T€	-6.445,1 T€	-6.226,0 T€
<i>andere Aufwendungen</i>	-135,0 T€	-165,0 T€	-166,5 T€
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	-5.834,5 T€	-2.778,8 T€	-6,0 T€
Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	-534,8 T€	-405,6 T€	-290,2 T€
<i>Rohergebnis</i>	15.511,7 T€	16.180,1 T€	16.418,5 T€
Personalaufwand	-2.947,2 T€	-2.991,7 T€	-3.159,5 T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	-4.290,2 T€	-6.031,9 T€	-5.331,9 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.331,6 T€	-1.379,7 T€	-1.425,0 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
Zinserträge	0,0 T€	100,0 T€	52,7 T€
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
Zinsaufwendungen	-2.142,4 T€	-2.231,2 T€	-2.282,1 T€
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-121,3 T€	-192,7 T€	-148,3 T€
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-103,3 T€	0,0 T€	-20,0 T€
<i>Ergebnis nach Steuern</i>	4.575,7 T€	3.452,9 T€	4.104,4 T€
Sonstige Steuern	-2,7 T€	0,0 T€	0,0 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.573,0 T€	3.452,9 T€	4.104,4 T€

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist. Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht richtet.

Bericht

über die Prüfung

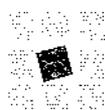
des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022

und des Lageberichts

der

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Hildesheim



KOMMUNA - TREUHAND

GMBH · WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Prüfungsauftrag und Erklärung der Unabhängigkeit	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	2
Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf	2
2. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	3
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	6
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	6
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	6
2. Vorjahresabschluss	6
3. Jahresabschluss	6
4. Lagebericht	7
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	7
III. Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss	8
1. Vermögens- und Kapitalstruktur	8
2. Finanz- und Liquiditätslage	11
3. Ertragslage	13
E. Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem	17
F. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages	18
G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	19
H. Schlussbemerkung	24



ANLAGENVERZEICHNIS

- 1. Bilanz zum 31. Dezember 2022**
- 2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022**
- 3. Anhang für das Geschäftsjahr 2022**
- 4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022**
- 5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**
- 6. Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG**
- 7. Rechtliche Grundlagen und steuerliche Verhältnisse der Gesellschaft**
- 8. Wirtschaftliche Grundlagen der Gesellschaft**

Allgemeine Auftragsbedingungen



A. Prüfungsauftrag und Erklärung der Unabhängigkeit

Auf der Aufsichtsratssitzung der

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH,

Hildesheim

- im Folgenden auch "RVHI" oder "Gesellschaft" genannt -

am 11. Juli 2022 wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2022 gewählt. Die Aufsichtsratsvorsitzende hat uns daraufhin beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 daraufhin zu prüfen, ob sie den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften entsprechen.

Ferner war auftragsgemäß die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen sowie zu den wirtschaftlichen Verhältnissen Stellung zu nehmen (§ 53 Haushaltsgrundsätzegesetz - HGrG).

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der vorliegende Prüfungsbericht wurde von uns in Übereinstimmung mit den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) gegebenen Empfehlungen des Prüfungsstandards "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" (IDW PS 450 n. F.) erstellt und richtet sich an die Gesellschaft.

Die Jahresabschlussprüfung haben wir von Mai bis Juni in unseren Geschäftsräumen durchgeführt und am 27. Juni 2023 abgeschlossen. Den Bericht haben wir anschließend in unserem Büro ausgearbeitet.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nach dem Stand vom 1. Januar 2017 maßgebend.



B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Die Lagedarstellung der gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und Lagebericht ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen einer Vorwegstellungnahme zu beurteilen.

1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Folgende Angaben der Geschäftsführung im Jahresabschluss und Lagebericht sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf als wesentlich hervorzuheben:

- Auch das Geschäftsjahr 2022 war immer noch geprägt durch die Corona-Pandemie. Zwar erhöhten sich die Beförderungsfälle deutlich von 4,8 Mio. auf 6,0 Mio. Fahrgäste, das Vorkrisenniveau wurde aber noch nicht erreicht. Die Erlössituation war weiterhin beeinflusst von dem € 9-Ticket und inflationsbedingt deutlich gestiegener Treibstoffkosten und Vergütungen für Subunternehmer.
- Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2022 betrugen T€ 1.846. Der größte Teil entfiel hierbei auf Investitionen in Fahrzeuge für den Personenverkehr.
- Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 189 nach einem Jahresfehlbetrag von T€ 63 im Vorjahr. Das Ergebnis liegt damit deutlich über dem ursprünglich geplanten Ergebnis. Das ist insgesamt auf die auch für 2022 erfolgten Erstattungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm einschließlich Ausgleich der Mindererlöse im Zusammenhang mit dem € 9-Ticket zurückzuführen.

2. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Hierzu enthält der Lagebericht der Geschäftsführung folgende Kernaussagen:

- Ende 2019 wurde ein Tarifverbund im Landkreis Hildesheim eingeführt. Hierdurch könnten zusätzliche Erlöse generiert werden. Allerdings sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie Rückgänge der Fahrgastzahlen und damit der Umsatzerlöse für einen nicht näher kalkulierbaren Zeitraum zu erwarten. Die weiterhin signifikante Reduzierung der Umsatzerlöse wird als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.



- Weitere Risiken von hoher Bedeutung bestehen insbesondere durch die anhaltend hohen Kraftstoffpreise, auch aufgrund anhaltender politischer Spannungen, und steigende Personalkosten, die sowohl durch die Inflation als auch durch die Verfügbarkeit von Personal bedingt sind. Diese Effekte betreffen nicht nur allein die RVHI, sondern auch die für die RVHI tätigen Subunternehmer, was auch in diesem Bereich zu Aufwandssteigerungen führen wird.
- Ab 1. Januar 2024 ist der Abschluss eines neuen ÖDA über den Zeitraum von 10 Jahren geplant. Entscheidend ist, dass in dem ÖDA die geänderte Erlös- und Kostenentwicklung der letzten Jahre sachgerecht abgebildet wird.
- Für 2023 wird mit nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Einführung des Deutschlandtickets wird zu einer Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen führen. Die auskömmliche Finanzierung ist nur für das Jahr 2023 über die Regularien des bisherigen Rettungsschirms gesichert. Bis voraussichtlich 2025 wird es Ausgleichsleistungen durch den Bund und die Länder geben. Die Geschäftsführung rechnet für 2023 mit einem Jahresfehlbetrag von ./. T€ 484 und für 2024 mit einem Jahresüberschuss von T€ 462.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft gibt und die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken plausibel darstellt.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH für das zum 31. Dezember 2022 endende Geschäftsjahr.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Bestimmungen, die nicht die Rechnungslegung betreffen, gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder Lagebericht ergeben.

Die Prüfung umfasste auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Hierzu sind im Prüfungsbericht darzustellen:



- die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, der Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
- verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
- die Ursachen eines etwaigen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages.

Dabei ist es nach Auffassung des IDW nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der Geschäftsführung und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss 2021.

Die Verantwortung für die Vermeidung und Aufdeckung etwaiger Unregelmäßigkeiten liegt bei den gesetzlichen Vertretern und dem Aufsichtsgremium. Als Abschlussprüfer sind wir nicht verantwortlich für die Verhinderung von Unregelmäßigkeiten. Gegenstand unseres Auftrages waren demgemäß nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Unterschlagungen und sonstige Untreuehandlungen, sowie außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst die aus der Geschäftstätigkeit und Organisation des Unternehmens resultierenden Risiken wesentlicher Fehlaussagen in der Rechnungslegung untersucht. Unter Berücksichtigung unserer Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur Beurteilung der Lage des Unternehmens sowie einer grundsätzlichen Beurteilung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir anschließend unsere Prüfungsstrategie erarbeitet, kritische Prüffelder identifiziert und unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit ein entsprechendes Prüfungsprogramm entwickelt.



Unsere Prüfungsstrategie führte zur Festlegung folgender Prüfungsschwerpunkte:

- Umsatzrealisation (Periodenabgrenzung),
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens,
- Ansatz und Bewertung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,
- Richtigkeit des Materialaufwandes.

Unsere Prüfungshandlungen erfolgten dabei überwiegend auf Basis von Stichproben.

Zur Prüfung der Posten des Jahresabschlusses haben wir u. a. Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen, Saldenbestätigungen für ausgewählte Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Saldenbestätigungen für die Guthaben bei Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eingeholt.

Im Übrigen lagen für die Vermögensgegenstände und Schulden die üblichen Bestandsnachweise vor.

Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Wir haben die Angaben unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Abschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt.

Die Geschäftsführung hat uns alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise bereitwillig erbracht.

Nach der von der Geschäftsführung schriftlich abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind im Jahresabschluss die Vermögens- und Schuldposten sowie sämtliche Aufwendungen und Erträge vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Abschlussstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse sowie sonstige Verpflichtungen, als sie aus der Bilanz oder dem Anhang ersichtlich sind. Die Geschäftsführung hat in der Vollständigkeitserklärung ferner versichert, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die gesetzlich geforderten Angaben enthält.



D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft und die sonstigen Unterlagen sind ordnungsmäßig und übersichtlich geführt. Das Belegwesen ist geordnet und beweiskräftig. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Die kaufmännische Betriebsführung erfolgt extern durch die EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG (EVI) über das System SAP.

2. Vorjahresabschluss

Der von uns geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

In der Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2022 wurden der Jahresabschluss 2021 festgestellt, der Geschäftsführung Entlastung erteilt sowie die Ergebnisverwendung beschlossen.

Die Jahresabschlussunterlagen für das Geschäftsjahr 2021 wurden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

3. Jahresabschluss

Unsere Prüfung ergab, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nach den maßgeblichen Vorschriften über die Rechnungslegung aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Gesellschaft entwickelt worden sind. Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden beachtet. Der Anhang enthält die gesetzlich geforderten Angaben. Die Inanspruchnahme der Schutzklausel nach § 286 HGB (Nichtangabe der Geschäftsführerbezüge im Anhang) ist zu Recht erfolgt.



4. Lagebericht

Unsere Prüfung ergab, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie mit unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt. Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken ist zutreffend dargestellt. Der Lagebericht enthält im Übrigen die gesetzlich geforderten Angaben.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 verweisen wir auf die Angaben im Anhang (Anlage 3).

Änderungen der Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft liegen nach unseren Feststellungen nicht vor.

Der Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im folgenden Abschnitt III - Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss.



III. Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss

1. Vermögens- und Kapitalstruktur

In der folgenden Übersicht haben wir die Bilanz zum 31. Dezember 2022 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt:

Vermögensstruktur

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Immaterielle Vermögensgegenstände	98	0,7	147	1,3	-49
Sachanlagen	6.240	48,1	5.607	50,2	633
Langfristig gebundenes Vermögen	6.338	48,8	5.754	51,5	584
Vorräte	42	0,3	14	0,1	28
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	333	2,6	508	4,6	-175
Forderungen gegen Gesellschafter	1.019	7,9	1.308	11,7	-289
Sonstige Vermögensgegenstände	696	5,4	528	4,8	168
Liquide Mittel	4.542	35,0	3.049	27,3	1.493
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,0	3	0,0	0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	6.635	51,2	5.410	48,5	1.225
	12.973	100,0	11.164	100,0	1.809

Kapitalstruktur

Gezeichnetes Kapital	1.465	11,3	1.465	13,1	0
Rücklagen	3.114	24,0	3.177	28,5	-63
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	189	1,4	-63	-0,6	252
Eigenkapital	4.768	36,7	4.579	41,0	189
Sonderposten für Zuschüsse Dritter	2.098	16,2	1.962	17,6	136
Rückstellung Haftpflichtschäden	111	0,9	108	1,0	3
Darlehen	2.195	16,9	1.805	16,2	390
Mittel- bis langfristiges Fremdkapital	2.306	17,8	1.913	17,2	393
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	386	3,0	291	2,6	95
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	379	2,9	306	2,7	73
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.200	17,0	1.365	12,2	835
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	484	3,7	484	4,3	0
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	352	2,7	264	2,4	88
Kurzfristiges Fremdkapital	3.801	29,3	2.710	24,2	1.091
	12.973	100,0	11.164	100,0	1.809



Das **langfristig gebundene Vermögen** beinhaltet ausschließlich das Anlagevermögen der Gesellschaft. Zugängen von T€ 1.846 standen Abschreibungen in Höhe von T€ 1.263 gegenüber. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen mit T€ 1.737 Fahrzeuge (fünf neue und drei gebrauchte Busse sowie die Erweiterung des Videosystems zur Fahrgastzählung).

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben sich stichtagsbezogen um T€ 175 auf T€ 333 vermindert. Neben Forderungen aus Fahrgeldeinnahmen werden hier insbesondere Erstattungsansprüche aus der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter sowie Forderungen nach § 7a NNVG ausgewiesen. Vermindert haben sich vor allem die Erstattungsansprüche für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter (./ T€ 267).

Unter den **Forderungen gegen Gesellschafter** werden größtenteils Forderungen aus der Endabrechnung des ÖDLA für 2022 ausgewiesen (T€ 562). Daneben sind Forderungen aus der Abrechnung von Sammelschülerzeitkarten und freigestellter Schülerverkehre (insgesamt T€ 457; Vorjahr: T€ 634) enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** zeigen folgende Zusammensetzung:

	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Sonstige Steuerforderungen	595	480	115
Debitorische Kreditoren	41	23	18
Übrige Forderungen	60	25	35
	<u>696</u>	<u>528</u>	<u>168</u>

Die sonstigen Steuerforderungen beinhalten Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von T€ 529 (Vorjahr: T€ 420) sowie Energiesteuerforderungen (T€ 66; Vorjahr: T€ 60).

Zu den Veränderungen bei den **liquiden Mitteln** (+ T€ 1.493 auf T€ 4.542) verweisen wir auf die im folgenden Abschnitt dargestellte **Kapitalflussrechnung**.

Das **Eigenkapital** ist aufgrund des Jahresüberschusses 2022 um T€ 189 auf T€ 4.768 angestiegen. Die **Eigenkapitalquote** hat sich bei einer um T€ 1.809 gestiegenen Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 41,0 % auf 36,7 % vermindert.



Bei den **Sonderposten für Zuschüsse Dritter** standen gewährten Zuschüssen in Höhe von T€ 630 Auflösungen von T€ 494 gegenüber. Die im Berichtsjahr gewährten Zuschüsse betrafen mit T€ 558 insbesondere die in 2022 angeschafften Busse.

Das **mittel- bis langfristige Fremdkapital** hat sich um T€ 393 auf T€ 2.306 erhöht. Hierunter werden größtenteils Darlehen ausgewiesen. In 2022 wurde ein zusätzliches Darlehen bei Kreditinstituten in Höhe von T€ 764 aufgenommen. Dem standen planmäßige Tilgungen gegenüber.

Die (kurz- und mittelfristigen) **Rückstellungen** entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	1.1.2022	Ver- brauch	Auflösung	Zuführung	Abzin- sung	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Personalarückstellungen						
Resturlaub	110	110	0	197	0	197
Überstunden	84	84	0	84	0	84
Tantieme	10	10	0	12	0	12
Berufsgenossenschaft	23	15	8	22	0	22
Jubiläum	41	0	0	0	0	41
	<u>268</u>	<u>219</u>	<u>8</u>	<u>315</u>	<u>0</u>	<u>356</u>
Übrige Verpflichtungen						
Haftpflichtschäden	108	0	0	7	-4	111
Ausstehende Rechnungen	8	8	0	8	0	8
Prüfungskosten	15	11	0	18	0	22
	<u>131</u>	<u>19</u>	<u>0</u>	<u>33</u>	<u>-4</u>	<u>141</u>
	<u>399</u>	<u>238</u>	<u>8</u>	<u>348</u>	<u>-4</u>	<u>497</u>

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** erhöhten sich stichtagsbezogen um T€ 835. Im Wesentlichen bestehen die Verbindlichkeiten gegenüber der SVHI (T€ 776; Vorjahr: T€ 314) sowie diversen Subunternehmern für die Erbringung von Fahrleistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** beinhalten wie im Vorjahr in voller Höhe die Endabrechnung des ÖDLA für 2021.

Die **übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten größtenteils mit T€ 302 (Vorjahr: T€ 204) zurückzuzahlende Zuschüsse aus dem ÖPNV-Rettungsschirm sowie Lohnsteuerverbindlichkeiten (T€ 31; Vorjahr: T€ 31).

Die **Vermögenslage** ist geordnet.



2. Finanz- und Liquiditätslage

Aus der vorstehend dargestellten Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich im **langfristigen Bereich** folgende Deckung des Anlagevermögens durch eigene Mittel und langfristige Fremdmittel:

	31.12.2022		31.12.2021	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	6.338	100	5.754	100
Eigenkapital	4.768	75	4.579	80
Unterdeckung	-1.570	-25	-1.175	-20
Mittel- bis langfristiges Kapital				
- Sonderposten	2.098	33	1.962	34
- Darlehen	2.195	35	1.805	31
- Rückstellungen	111	2	108	2
Überdeckung	2.834	45	2.700	47
Veränderung der Finanzierung			134	

Zum Abschlussstichtag wird das langfristig gebundene Vermögen vollständig durch eigene Mittel und mittel- bis langfristiges Kapital finanziert.

Im **kurzfristigen Bereich** ist das kurzfristige Fremdkapital (T€ 3.801) ebenfalls in voller Höhe durch kurzfristig realisierbares Vermögen (T€ 6.635) gedeckt.

Die **Zahlungsfähigkeit** war im Berichtszeitraum sowie bis zum Prüfungszeitpunkt stets gegeben.

Die **Finanzierung** ist geordnet.



Die nachfolgend aufgeführte **betriebswirtschaftliche Kapitalflussrechnung** zeigt, wie die Gesellschaft in 2022 und 2021 finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden:

	2022		2021
	T€	T€	T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	189		-63
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.263		1.305
Erträge aus der Auflösung des Sonderposten	-494		-541
Zinserträge	-4		0
Zinsaufwendungen	37		22
Cash flow	991		723
Gewinn aus Anlageabgängen	-23		-3
Veränderung der Rückstellungen	98		145
Veränderung der Vorräte, der Forderungen und anderer Aktiva	267		310
Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva	949		20
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit		2.282	1.195
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-1.846		-1.405
Erhaltene Zinsen	4		0
Erlöse Anlagenabgänge	23		5
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit		-1.819	-1.400
Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	764		622
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-327		-258
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	630		650
Gezahlte Zinsen	-37		-22
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit		1.030	992
Veränderung des Finanzmittelbestandes *)		1.493	787
Finanzmittelbestand *) zu Beginn des Geschäftsjahres		3.049	2.262
Finanzmittelbestand *) am Ende des Geschäftsjahres		4.542	3.049

*) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit (T€ 2.282) sowie der Finanzierungstätigkeit (T€ 1.030) reichten aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (T€ 1.819) zu decken, so dass sich der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2022 um T€ 1.493 erhöhte.



3. Ertragslage

In der folgenden Übersicht haben wir die Gewinn- und Verlustrechnung 2022 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den entsprechenden Posten des Vorjahres gegenübergestellt:

	2022		2021		Ergebnis- veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	20.704	100,0	18.477	100,0	2.227
Übrige laufende betriebliche Erträge	668	3,2	672	3,6	-4
Betriebliche Erträge	21.372	103,2	19.149	103,6	2.223
Materialaufwand	-12.405	-59,9	-10.811	-58,5	-1.594
Personalaufwand	-5.539	-26,8	-5.269	-28,5	-270
Abschreibungen	-1.263	-6,1	-1.305	-7,1	42
Übrige laufende betriebliche Aufwendungen	-1.870	-9,0	-1.664	-9,0	-206
Sonstige Steuern	-3	0,0	-3	0,0	0
Betriebsergebnis	292	1,4	97	0,5	195
Zinsergebnis	-33	-0,2	-19	-0,1	-14
Periodenfremdes Ergebnis	-70	-0,3	-141	-0,8	71
Jahresergebnis	189	0,9	-63	-0,4	252

Die **Umsatzerlöse** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.227 auf T€ 20.704. In den einzelnen Bereichen entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Fahrgeldeinnahmen im Linien- und Freistellungsverkehr	7.724	8.368	-644
Erträge aus ÖDLA	9.549	6.670	2.879
Fahrleistungen für SVHI und Dritte	483	806	-323
Erstattungen § 7a NNVG	2.111	1.425	686
Erstattungen Schwerbehindertenbeförderung	625	689	-64
Sonstige Verkehrseinnahmen	175	473	-298
Übrige Umsatzerlöse	37	46	-9
	<u>20.704</u>	<u>18.477</u>	<u>2.227</u>



Bei den Fahrgeldeinnahmen im Linien- und Freistellungsverkehr erhöhten sich die Linieneinnahmen aufgrund gestiegener Beförderungsfälle um T€ 308. Dem standen insbesondere um T€ 954 geringere Erträge aus Sammelschülerzeitkarten gegenüber. Der Rückgang ist bedingt durch die Einführung des € 9-Tickets in den Monaten Juni bis August 2022.

Die Erträge aus ÖDLA sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.879 gestiegen. Hierin enthalten sind T€ 1.771 (Vorjahr: T€ 742) an Zuschüssen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm.

Bei den Erträgen aus Fahrleistungen für SVHI und Dritte haben sich Sonderfinanzhilfen für den zusätzlichen Einsatz von Bussen zur Verbesserung des Infektionsschutzes mit T€ 301 (Vorjahr: T€ 668) ausgewirkt.

Die Beförderungsfälle entwickelten sich wie folgt:

	<u>2022</u>	<u>2021</u>	<u>Veränderung</u>
Linienverkehr			
Ausbildungsverkehr	4.504.550	3.518.616	985.934
Zeitfahrausweise	379.233	197.622	181.611
Einzelfahrscheine	258.267	255.341	2.926
Mehrfachfahrkarten	134.355	133.976	379
Sonderfahrausweise	20.241	75.257	-55.016
Sonstige Beförderungen	<u>706.457</u>	<u>588.382</u>	<u>118.075</u>
Insgesamt	<u>6.003.103</u>	<u>4.769.194</u>	<u>1.233.909</u>

Die **übrigen laufenden betrieblichen Erträge** verminderten sich im Berichtsjahr um T€ 4 auf T€ 668 und zeigen folgende Zusammensetzung:

	<u>2022</u> T€	<u>2021</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Auflösung von Sonderposten	494	541	-47
Personalkostenerstattung	51	62	-11
Schadenersatz	52	52	0
Kfz-Nutzung	19	10	9
Übrige Erträge	<u>52</u>	<u>7</u>	<u>45</u>
	<u>668</u>	<u>672</u>	<u>-4</u>



Die übrigen Erträge enthalten mit T€ 25 einen Zuschuss des Landkreises Hildesheim zu Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit einer Machbarkeitsanalyse für die Dekarbonisierung der Busflotte im Regionalverkehr Hildesheim.

Der **Materialaufwand** insgesamt hat sich um T€ 1.594 auf T€ 12.405 erhöht und setzt sich wie folgt zusammen:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
• Treibstoffe	1.780	1.114	666
• Betrieb und Unterhaltung	315	296	19
• Übrige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	38	22	16
	<u>2.133</u>	<u>1.432</u>	<u>701</u>
Aufwendungen für bezogene Leistungen			
• Vergütung Verkehrsbetriebe	10.162	9.299	863
• Übrige bezogene Leistungen	110	80	30
	<u>10.272</u>	<u>9.379</u>	<u>893</u>
	<u>12.405</u>	<u>10.811</u>	<u>1.594</u>

Die Aufwendungen für Treibstoffe erhöhten sich deutlich durch das gestiegene Preisniveau für den Bezug von Dieselmotorkraftstoffen.

Die Aufwendungen für Vergütung Verkehrsbetriebe enthalten Subunternehmerleistungen für die Erbringung von Fahrleistungen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Weiterberechnung von Personal- und Treibstoffkostensteigerungen auf Ebene der Verkehrsunternehmen.



Der **Personalaufwand** hat sich bei gestiegener durchschnittlicher Mitarbeiteranzahl sowie unter Berücksichtigung erhöhter Personalrückstellungen um T€ 270 gesteigert und zeigt folgende Zusammensetzung:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Löhne und Gehälter			
• Grundvergütung	4.053	3.806	247
• Zeitzuschläge	304	259	45
• Weihnachts-/Urlaubsgeld	168	164	4
• Übrige Aufwendungen	42	118	-76
	<u>4.567</u>	<u>4.347</u>	<u>220</u>
Soziale Abgaben			
• Arbeitgeberanteile Sozialversicherung	905	858	47
• Berufsgenossenschaft	67	64	3
	<u>972</u>	<u>922</u>	<u>50</u>
	<u>5.539</u>	<u>5.269</u>	<u>270</u>

Die **übrigen laufenden betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich um T€ 206 auf T€ 1.870 und zeigen folgende Zusammensetzung:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Betriebs- und Geschäftsführung	468	453	15
Reparaturen, Instandhaltung und Softwarewartung	282	235	47
Versicherungen und Selbstbeteiligung	323	303	20
Mieten, Pachten und Nebenkosten	219	203	16
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	155	116	39
Werbung, Repräsentation und Stellenanzeigen	132	65	67
Gebühren und Beiträge	51	51	0
Porto, Telekommunikation	29	26	3
Aus- und Weiterbildung	29	31	-2
Reinigung und Pflege	14	28	-14
Dienst- und Schutzkleidung	19	19	0
Übrige Aufwendungen	149	134	15
	<u>1.870</u>	<u>1.664</u>	<u>206</u>

Die Rechts- und Beratungsaufwendungen erhöhten sich hauptsächlich durch die Erstellung einer Machbarkeitsanalyse für die Dekarbonisierung der Busflotte im Regionalverkehr Hildesheim (T€ 35). Bei den Aufwendungen für Werbung, Repräsentation und Stellenanzeigen wirkten sich höhere Kosten für Stellenanzeigen und Personalvermittlern insbesondere zur Besetzung der Stellen für die Leitung Vertrieb und Produktionsleitung aufwandserhöhend aus.

Das **periodenfremde Ergebnis** beinhaltet Erträge in Höhe von T€ 31, denen Aufwendungen in Höhe von T€ 101 (insbesondere Rückzahlung Zuschüsse ÖPNV-Rettungsschirm 2021) gegenüberstehen.

Aufgrund der dargestellten Einflüsse hat sich das **Jahresergebnis** gegenüber dem Vorjahr um T€ 252 auf + T€ 189 verbessert.

E. Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem

Die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems erfolgte im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

Im Rahmen der Betriebsführung durch die EVI besteht ein Risiko- und Chancenmanagementsystem, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Es wurden von der Geschäftsführung Beauftragte für das Risiko- und Chancenmanagement sowie ein Koordinator benannt. Regelmäßig werden Risikoinventuren durchgeführt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden durch die EVI Halbjahresberichte erstellt, mit deren Hilfe etwaige bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Im Übrigen verweisen wir auf den Fragenkreis 4 zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG in der Anlage 6 zu diesem Bericht.



F. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG und den hierzu veröffentlichten Fragenkatalog des IDW-Prüfungsstandards PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet, der gemeinsam durch Mitglieder des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen des IDW (ÖFA) und Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet worden ist. Den mit unseren Feststellungen versehenen Fragenkatalog haben wir unserem Bericht als Anlage 6 beigefügt.

Dementsprechend haben wir unter Berücksichtigung der Organisation, des Instrumentariums und der Tätigkeit die **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung**, d. h. ob die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind, geprüft.

Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der Gesellschaft geben könnten.

Zu den **wirtschaftlichen Verhältnissen** haben wir im Hauptteil unseres Prüfungsberichtes in D.III. "Erläuterungen und Analysen zum Jahresabschluss" Stellung genommen.

Nachteilige Veränderungen der Vermögens- und Ertragslage sowie der Liquidität und Rentabilität gegenüber dem Vorjahr und Verluste, die das Jahresergebnis nicht unerheblich beeinflusst haben, sind nicht zu vermerken.

Die Gesellschaft ist mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme von 36,7 %. Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist fristenkongruent finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 stets gegeben.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 189 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag ./ T€ 63) ab. Der Erfolgsplan sah für das Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis von ./ T€ 1.188 vor. Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß Wirtschaftsplan ein Ergebnis von ./ T€ 484 erwartet.

Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Beanstandungen an der Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität geben könnten.



G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 (Anlage 4) der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, unter dem Datum vom 27. Juni 2023 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.



Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.



Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."



H. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Hannover, den 27. Juni 2023

KOMMUNA-TREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Karin Schulze
Wirtschaftsprüferin

Dipl.-Oec. Steffen Klein
Wirtschaftsprüfer

RVH Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva

	31.12.2022		31.12.2021	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		97.455,00		147.358,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	164.594,15		174.358,15	
2. Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	314.032,00		358.853,00	
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	5.472.804,00		4.691.184,00	
4. Technische Anlagen und Maschinen	38.927,00		41.783,00	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	246.070,00		334.221,00	
6. Anlagen im Bau	3.940,12	6.240.367,27	7.000,00	5.607.399,15
		6.337.822,27		5.754.757,15
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		42.191,79		14.383,69
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	332.762,09		507.521,43	
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.018.746,00		1.308.427,83	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	695.813,09	2.047.321,18	527.500,55	2.343.449,81
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
		4.541.547,98		3.048.895,28
		6.631.060,95		5.406.728,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.657,86		3.013,65
		12.972.541,08		11.164.499,58

Passiva

	31.12.2022		31.12.2021	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		1.464.700,00		1.464.700,00
II. Kapitalrücklage		1.797.239,75		1.797.239,75
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesellschaftsvertragliche Rücklagen	23.959,86		23.959,86	
2. Andere Gewinnrücklagen	1.293.158,01	1.317.117,87	1.356.127,44	1.380.087,30
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		189.320,35		-62.969,43
		<u>4.768.377,97</u>		<u>4.579.057,62</u>
B. Sonderposten für Zuschüsse Dritter		2.097.796,00		1.962.113,00
C. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		496.929,14		399.436,00
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.573.781,35		2.111.063,70
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.199.673,63		1.364.563,25
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		484.050,22		484.053,72
4. Sonstige Verbindlichkeiten		351.932,77		260.256,40
--davon aus Steuern EUR 30.980,30 (i. Vj. EUR 30.752,37)--				
		<u>5.609.437,97</u>		<u>4.219.937,07</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00		3.955,89
		<u>12.972.541,08</u>		<u>11.164.490,58</u>

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022		2021	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		20.703.604,80		18.477.032,62
2. Sonstige betriebliche Erträge		699.163,54		753.270,37
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.132.635,22		1.431.675,37	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.272.125,31	12.404.760,53	9.379.272,55	10.810.947,92
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.567.653,13		4.346.993,39	
b) Soziale Abgaben	971.826,86	5.539.479,99	922.053,99	5.269.047,38
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.262.567,21		1.304.832,76
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.970.680,88		1.886.683,63
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.200,00		3.200,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		36.733,96		22.274,49
9. Ergebnis nach Steuern		192.745,77		-60.283,19
10. Sonstige Steuern		3.425,42		2.686,24
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		189.320,35		-62.969,43

Anhang

für das Geschäftsjahr 2022

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Firma: RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Sitz: Hildesheim

Registergericht: Amtsgericht Hildesheim

Handelsregisternummer: Abteilung B; Nr. 2693

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes sowie des Gesellschaftsvertrags aufgestellt worden. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 2 HGB.

Die Darstellung der Sachanlagen ist entsprechend der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 um die Position „Fahrzeuge für Personenverkehr“ sowie „Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen“ ergänzt worden.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft stimmt mit dem Kalenderjahr überein.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, wobei auf die eigenen Leistungen angemessene Material- und Fertigungsgemeinkostenzuschläge aufgeschlagen werden.

Die planmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB erfolgen grundsätzlich in Anlehnung an die in den steuerlichen Abschreibungstabellen angegebenen Nutzungsdauern. Die Zugänge der Sachanlagen werden linear abgeschrieben. Die Fahrzeuge für Personenverkehr werden für Zugänge pro rata temporis auf 10 Jahre abgeschrieben.



Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Einzelanschaffungspreis zwischen EUR 60,00 und EUR 800,00 werden im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben. Alle Anlagegüter mit einem Einzelanschaffungspreis von über EUR 800,00 unterliegen der Regel-AfA.

Die **Vorräte** werden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den jeweils letzten Einstandspreisen bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden zu Nominalbeträgen bilanziert. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine pauschale Wertberichtigung Rechnung getragen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Gesellschafter werden unter den **Forderungen gegen Gesellschafter** ausgewiesen.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** werden mit dem Nennwert angesetzt.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen im Bereich der sonstigen Rückstellungen. Die Berechnung erfolgte auf Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % sowie eines Gewerbesteuersatzes von 15,4 %.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Die erhaltenen Investitionszuschüsse werden unter **Sonderposten für Zuschüsse Dritter** ausgewiesen. Sie werden über die Nutzungsdauer des betreffenden Vermögensgegenstandes erfolgswirksam aufgelöst.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Vorsicht **Rückstellungen** gebildet worden. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern werden unter den **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** ausgewiesen.

Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.



C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung des **Anlagevermögens** zeigt der nachfolgende Anlagenspiegel (Anlage zu diesem Anhang).

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** beinhalten Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim aus der Endabrechnung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA“) für 2022 in Höhe von TEUR 562 (i. Vj. TEUR 674). Darüber hinaus sind Forderungen aus der Erbringung von Fahrleistungen in Höhe von TEUR 457 (i. Vj. TEUR 634) enthalten.

Unter den **sonstigen Vermögensgegenständen** werden im Wesentlichen Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von TEUR 529 (i. Vj. TEUR 420) sowie Ansprüche aus Energiesteuererstattungen in Höhe von TEUR 66 (i. Vj. TEUR 60) ausgewiesen.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die **Kapitalrücklage** stammt aus Zuzahlungen, die der Gesellschafter Landkreis Hildesheim in das Eigenkapital geleistet hat.

Die **sonstigen Rückstellungen** tragen den erkennbaren Risiken und sonstigen Verpflichtungen Rechnung und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Resturlaub	197	110
Umlageverpflichtungen aus Haftpflichtversicherung	111	108
Überstunden	84	84
Jubiläum	41	41
Sonstige Personalverpflichtungen	34	33
Prüfungskosten	22	15
Ausstehende Rechnungen	8	8
Summe:	497	399



Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben folgende Restlaufzeiten:

	davon mit einer Restlaufzeit				
	Gesamtbetrag	bis zu	über	davon	gesicherte
	31.12.2022	1 Jahr	1 Jahr	über 5 Jahre	Beträge
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	2.574 (2.111)	379 (306)	2.195 (1.805)	846 (764)	2.574 (2.111)

Die Sicherung besteht in der Sicherungsübereignung der finanzierten Fahrzeuge.

Die übrigen Verbindlichkeiten einschließlich der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Von den sonstigen Verbindlichkeiten bestehen TEUR 302 (i. Vj. TEUR 204) gegenüber Gesellschaftern.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf folgende Bereiche:

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Verkehrseinnahmen (davon ÖDLA)	20.667 (9.549)	18.431 (6.670)
Nebengeschäfte, Sonstiges	37	46
Summe	20.704	18.477

In den Erträgen aus ÖDLA sind TEUR 1.771 an Erträgen von außergewöhnlicher Bedeutung aus Mitteln des ÖPNV-Rettungsschirms enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind unter anderem Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 494 (i. Vj. TEUR 541) enthalten.

Die periodenfremden Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Buchgewinne aus Anlagenabgängen	23	4
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	8	1
Sonstige periodenfremde Erträge	0	76
Summe	31	81

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen TEUR 468 (i. Vj. TEUR 453) für Betriebs- und Geschäftsführung, TEUR 174 (i. Vj. TEUR 158) für Reparaturen und Instandhaltung, TEUR 219 (i. Vj. TEUR 203) für Mieten, Pachten und Nebenkosten, TEUR 323 (i. Vj. TEUR 303) für Versicherungen und Schadenerstattungen sowie TEUR 155 (i. Vj. TEUR 116) für Prüfungs- und Beratungskosten enthalten.

Die periodenfremden Aufwendungen betragen insgesamt TEUR 101 (i. Vj. TEUR 222) und betreffen im Wesentlichen Rückzahlungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm für 2021 und Korrekturen aus der Abrechnung von Ticketerlösen mit anderen Verkehrsunternehmen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Aus der Abzinsung von Rückstellungen ergaben sich Zinserträge in Höhe von TEUR 4 (i. Vj. TEUR 3).

E. Sonstige Angaben

1. Gewinnverwendungsvorschlag

Gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages schlägt der Geschäftsführer vor, den Jahresüberschuss in Höhe von EUR 189.320,35 in die Gewinnrücklage einzustellen.

2. Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 i. V. m. § 268 Abs. 7 HGB.

3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen in Höhe von insgesamt TEUR 11, wovon TEUR 5 auf das Jahr 2023 entfallen.

Aus den Betriebsführungsverträgen mit der EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim, und der SVHI Stadtverkehr Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim (im Folgenden „SVHI KG“), ergeben sich prognostiziert auf Basis des Leistungsverzeichnisses des Jahres 2022 finanzielle Verpflichtungen für 2023 in Höhe von TEUR 512. Darüber hinaus bestehen gegenüber der SVHI KG jährliche Mietverpflichtungen in Höhe von TEUR 98.

Weitere Verpflichtungen bestehen aus einem Bestellobligo in Höhe von TEUR 172.

4. Gesellschafter und Konzernabschluss

Das Stammkapital in Höhe von TEUR 1.465 wird unverändert vom Landkreis Hildesheim (75,1 %) und der SWH AG (24,9 %) gehalten. Seit dem 1. Januar 2012 wird die Gesellschaft gemäß Art. 6 Abs. 7 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften in den Gesamtabschluss des Landkreises Hildesheim einbezogen.

5. Angaben zu Organen

Geschäftsführer war im Geschäftsjahr 2022:

Kai Henning Schmidt, Diplom-Ingenieur, Hildesheim.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, da nur ein Geschäftsführer für die Gesellschaft tätig war.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

Evelin Wißmann	- Erste Kreisrätin Landkreis Hildesheim, Vorsitzende
Mustafa Sancar	- Dipl.-Oec./Vorstand SWH AG, stellv. Vorsitzender
Wolfgang Birkenbusch	- Dipl.-Kfm./Dipl.-ing. (FH)/Vorstand SWH AG
Ekkehard Domning	- Kommunikationselektroniker/selbst. Softwareentwickler
Simone Flohr	- Krankenschwester

Jürgen Flory	- Leiter Kreisentwicklung/Infrastruktur Landkreis Hildesheim
Ramon Herbst	- Rechtsanwalt
Pascal Kubat	- Erzieher
Frank Dreßler	- Betriebsrat, ohne Stimmrecht

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Geschäftsjahr TEUR 1 vergütet.

6. Arbeitnehmer

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt 2022 beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer, Praktikanten und Aushilfen) betrug 139 (i. Vj. 132). Davon sind 11 (i. Vj. 11) Arbeitnehmer im Bereich Verwaltung und 128 (i. Vj. 121) Arbeitnehmer im Bereich Fahrdienst und Werkstatt tätig.

7. Abschlussprüferhonorar

Das im Geschäftsjahr vom Abschlussprüfer KOMMUNA-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 17 und entfällt mit TEUR 11 auf Abschlussprüfungsleistungen und mit TEUR 6 auf sonstige Bestätigungsleistungen.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2022

Der Bundestag hat am 16. März 2023 die Einführung eines Deutschland-Tickets beschlossen. Dieses ist ein monatlich kündbares Abonnement, das zu einem Preis von monatlich 49 Euro eine bundesweite Nutzung des Nahverkehrs ermöglicht. Hieraus werden sich 2023 und in der Zukunft erhebliche Auswirkungen der Finanzierung des ÖPNV ergeben, da es sich de facto um eine Abkehr von der Nutzerfinanzierung in eine Steuerfinanzierung handelt. Die Finanzierung 2024 ff. ist noch offen. Weiterhin wird eine Anpassung des bis 31.12.2023 laufenden ÖDA erforderlich sein.

Die im März abgeschlossenen Entgelttarifverhandlungen für die Gruppe Verkehrsbetriebe Niedersachsen des AVN werden zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten führen.

Hildesheim, 31. März 2023

gez. Kai Henning Schmidt

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Kai Henning Schmidt

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen			Buchwerte	
	Stand 01.01.2022 EUR	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand	Stand 31.12.2022 EUR	Zugänge 2022 EUR	Abgänge 2022 EUR	Stand 31.12.2022 EUR	Stand 31.12.2022 EUR	Stand 31.12.2021 EUR
		2022 EUR	2022 EUR	2022 EUR	01.01.2022 EUR						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	479.250,21	13.618,76	0,00	0,00	492.868,97	331.892,21	63.521,76	0,00	395.413,97	97.455,00	147.358,00
	479.250,21	13.618,76	0,00	0,00	492.868,97	331.892,21	63.521,76	0,00	395.413,97	97.455,00	147.358,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	308.226,70	0,00	0,00	0,00	308.226,70	133.866,55	9.764,00	0,00	143.632,55	164.594,15	174.358,15
2. Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	631.414,83	13.355,25	0,00	7.000,00	651.770,08	272.581,83	65.176,25	0,00	337.738,08	314.032,00	358.853,00
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	11.878.021,20	1.737.230,67	718.827,27	0,00	12.896.424,60	7.186.837,20	955.610,67	718.827,27	7.423.620,60	5.472.804,00	4.691.184,00
4. Technische Anlagen und Maschinen	71.621,02	1.399,00	0,00	0,00	73.020,02	29.638,02	4.255,00	0,00	34.093,02	38.927,00	41.783,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.308.069,08	76.088,53	1.680,78	0,00	1.382.476,83	973.848,08	164.239,53	1.680,78	1.136.406,83	246.070,00	334.221,00
6. Anlagen im Bau	7.000,00	3.940,12	0,00	-7.000,00	3.940,12	3,00	0,00	0,00	3,00	3.940,12	7.000,00
	14.204.352,83	1.832.013,57	720.508,05	0,00	15.315.858,35	8.596.953,68	1.199.045,45	720.508,05	9.075.491,08	6.240.367,27	5.507.399,15
	14.883.603,04	1.845.632,33	720.508,05	0,00	15.808.727,32	8.928.845,89	1.262.567,21	720.508,05	9.470.905,05	6.337.822,27	5.754.757,15



LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2022

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen

Die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH (im Folgenden „RVHI“), Hildesheim, ist eine 75,1 %ige Beteiligung des Landkreises Hildesheim. Die weiteren 24,9 % der Anteile werden von der Stadtwerke Hildesheim AG (im Folgenden „SWH AG“), Hildesheim, gehalten. Die RVHI führt auf der Grundlage des § 3 des Gesellschaftsvertrages den Linienverkehr mit Omnibussen nach den §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im Landkreis Hildesheim durch. Daneben werden Verkehre nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr) sowie Gelegenheitsverkehre erbracht. Das Verkehrsangebot entspricht den Anforderungen des Nahverkehrsplans des Landkreises Hildesheim.

Der gesamte Rechtsrahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr ist geprägt von einer Vielzahl nationaler und europäischer Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Sonderbestimmungen. Beispielhaft sind hier das Personenbeförderungsgesetz, das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG), das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), die Vergaberichtlinien der Europäischen Union, das Entflechtungsgesetz und die EU-Verordnung 1370/2007 zu nennen. Gemäß § 4 Abs.1 Nr. 3 des NNVG ist der Landkreis Hildesheim Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV im Kreisgebiet.

Geschäftsbedingungen

Auch im Geschäftsjahr 2022 waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch deutlich spürbar. Die Erlöse und die Fahrgastzahlen haben das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Die Erlössituation wurde sehr stark durch das im Zeitraum Juni bis August 2022 geltende 9-Euro-Ticket beeinflusst.

Wie im Vorjahr sind auch 2022 monats- und segmentspezifische Fahrtenhäufigkeiten auf Grundlage von Empfehlungen des VDV angesetzt. Dadurch wird bei der Ermittlung der Fahrgastzahlen berücksichtigt, dass die Nachfrage im Zeitkartensegment stärker zurück gegangen ist als die Vertriebszahlen. Die Anzahl der Fahrgäste ist gegenüber dem Vorjahr auf 6,0 Mio. Fahrgäste (i. Vj. 4,8 Mio. Fahrgäste) stark gestiegen. Die Zuwächse resultieren insbesondere aus dem Ausbildungsverkehr.



Durch den seit 1. Januar 2014 geltenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim (im Folgenden „ÖDLA“) konnten Zuschüsse in Höhe von TEUR 9.549 (i. Vj. TEUR 6.670) vereinnahmt werden. Darin enthalten sind Ausgleichsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm und für das 9-Euro-Ticket in Höhe von 1.771 TEUR.

Weitere wesentliche Einnahmepositionen bilden die Sammelschülerzeitkarten, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr nach § 7a NNVG, die 2022 erhöht wurden, und die Schwerbehindertenbeförderung nach § 231 SGB IX.

2. Personal und Organisation

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter erhöhte sich um 7 Personen auf 139. Der Großteil der Mitarbeiter ist im Fahrdienst tätig. Der Personalaufwand erhöhte sich von TEUR 5.269 im Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 5.539 im Geschäftsjahr 2022.

3. Geschäftsverlauf 2022

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von TEUR 189 liegt über dem Ergebnis des Vorjahres (TEUR -63) und deutlich über dem im Wirtschaftsplan für 2022 prognostizierte Ergebnis in Höhe von TEUR -1.188.

Das liegt daran, dass auch 2022 der Bund und die Länder mit dem ÖPNV-Rettungsschirm erhebliche Mittel für den Ausgleich der durch die Pandemie bedingten Schäden aufgebracht hat sowie für den Zeitraum Juni bis August 2022 Bundesmittel zum Ausgleich der Mindererlöse durch das 9-Euro-Ticket zur Verfügung gestellt wurden. Auf Grundlage des ÖDLA gleicht der Landkreis beihilfenrechtskonform die entstandenen Corona-Schäden aus und die Mittel aus dem ÖPNV-Rettungsschirm erreichen die RVHI.

Der Gesamtumsatz betrug insgesamt TEUR 20.704 (i. Vj. TEUR 18.477). Die Erlöse aus Druckereinnahmen (im Bus und im Vorverkauf) haben sich auf TEUR 3.095 (i. Vj. TEUR 2.758) erhöht. Die Erlöse aus dem Schüler Abo KT verringerten sich gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 3.972 (i. Vj. TEUR 4.926). Der ÖDLA-Zuschuss stieg um TEUR 2.879 auf TEUR 9.549. Für die Erstattungen nach § 7a NNVG waren TEUR 2.111 (i. Vj. TEUR 1.425) zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich auf TEUR 699 (i. Vj. TEUR 753), insbesondere bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr um rund TEUR 76 gesunkenen sonstigen periodenfremden Erträge.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 12.405 (i. Vj. TEUR 10.811) gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die inflationsbedingt deutlich gestiegenen Aufwendungen für Treibstoffe sowie der Anstieg der Vergütung der Verkehrsbetriebe.



Negativ auf die Ertragslage wirkten sich die um TEUR 270 auf TEUR 5.539 gestiegenen Personalkosten aus.

Die Abschreibungen liegen mit TEUR 1.263 leicht unter Vorjahresniveau (TEUR 1.305) und betreffen mit TEUR 956 (i. Vj. TEUR 920) insbesondere die Fahrzeuge für den Personennahverkehr sowie mit TEUR 164 (i. Vj. TEUR 233) die anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich auf TEUR 1.971 (i. Vj. TEUR 1.886) erhöht. Ursächlich hierfür sind vor allem die gestiegenen Aufwendungen für Inserate von TEUR 52 (i. Vj. TEUR 1) sowie gestiegene Prüfungs- und Beratungsaufwendungen in Höhe von TEUR 155 (i. Vj. TEUR 116). Größere Aufwandsposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bilden mit TEUR 468 (i. Vj. TEUR 453) die Betriebs- und Geschäftsführungskosten sowie mit TEUR 219 (i. Vj. TEUR 203) die Mieten und Pachten.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr 2022 um TEUR 1.809 auf TEUR 12.973 erhöht. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen um TEUR 584 auf TEUR 6.338. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Gegensatz dazu um TEUR 296 verringert. Die Verringerung betrifft insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen gegen Gesellschafter. Die flüssigen Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.493 auf TEUR 4.542 stichtagsbedingt erhöht.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital im Zuge des ausgewiesenen Jahresüberschusses um TEUR 189 auf TEUR 4.768 erhöht. Der Sonderposten für Zuschüsse Dritter beträgt TEUR 2.098 (i. Vj. TEUR 1.962). Die passivierten Zuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände fristenkongruent in den Folgejahren aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen haben sich auf TEUR 497 (i. Vj. TEUR 399) erhöht. Diese resultiert aus dem Anstieg der Personalrückstellungen auf TEUR 356 (i. Vj. TEUR 268). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich unter Berücksichtigung planmäßiger Tilgungen im Zuge der fremdfinanzierten Investitionen in den Fuhrpark auf TEUR 2.574 (i. Vj. TEUR 2.111). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bleiben konstant bei TEUR 484. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit TEUR 352 (i. Vj. TEUR 260) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Deutlich erhöhten sich zudem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 835.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres 2022 betragen TEUR 1.846 und betrafen im Wesentlichen die Anschaffung von 5 neuen und 3 gebrauchten Bussen.



Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 2.282 nach TEUR 1.195 im Vorjahr. Maßgeblich für den Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Rückgang der Forderungen sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt im Zuge der Investitionstätigkeit TEUR -1.819 (i. Vj. TEUR -1.400). Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR 1.030 (i. Vj. TEUR 992) und ist vor allem geprägt durch die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und durch Einzahlungen von Zuschüssen. Gegenläufig wirkt sich die Tilgung der Kredite aus.

Das Geschäftsjahr endet mit einem Bestand an liquiden Mitteln von TEUR 4.542 (i. Vj. TEUR 3.049). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit gewährleistet.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Steuerung von Chancen und Risiken ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung. Die RVHI ist in das konzernweite Risiko- und Chancenmanagement der SWH AG integriert. Mit diesem System wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, frühzeitig Risiken zu erkennen und gegenzusteuern sowie Chancen zu identifizieren und zu realisieren.

Marktchancen und -risiken

Eine Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV ist die nunmehr Ende 2019 umgesetzte Einführung des Tarifverbundes ROSA. Dieser bietet die Chance, Fahrgäste zu gewinnen und so mehr Erlöse zu generieren. Jedoch birgt der Tarifverbund auch Risiken, dass die geplanten Erlösziele nicht erreicht werden können.

Daneben ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der demographischen Entwicklung die Bevölkerungsstruktur im Landkreis Hildesheim weiter deutlich verändert. Die Anzahl der Schüler wird weiter zurückgehen. Indes besteht über den ÖDA eine Ausgleichskomponente für diesen Effekt.

Weiterhin ist durch die Corona-Pandemie über einen noch nicht näher kalkulierbaren Zeitraum ein starker Rückgang der Fahrgastzahlen und damit der Umsatzerlöse zu verzeichnen. Die diesbezügliche Notwendigkeit der Anpassung der Kosten ist nur in einem begrenzten Umfang realisierbar, da auf Grund der Systemrelevanz des ÖPNV und des Abstandsgebotes das Leistungsangebot deutlich weniger als die Fahrgastzahlen reduziert werden konnte. Dieses wurde bei der Ausgestaltung des „ÖPNV-Rettungsschirmes“ des Bundes und der Länder berücksichtigt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich noch nicht beziffern. Es wird jedoch branchenweit davon ausgegangen, dass eine dauerhafte Unterstützung der öffentlichen Hand erforderlich wird. Hierfür zeichnet sich für die Jahre 2023 ff. noch keine Lösung ab. Aufgrund der Fahrgastentwicklungen auch auf Grund der Corona-Pandemie geänderter



Arbeitsorganisation (Homeoffice) und Mobilitätsverhalten sind mögliche Kompensationen durch Umsatzsteigerungen hauptsächlich durch Vornahme weiterer Preisanpassungen vorstellbar. Dieser Kompensationsmöglichkeit sind jedoch aus heutiger Sicht enge Grenzen gesetzt, da negative Auswirkungen auf die Nachfrage (Fahrgastzahlen) zu befürchten sind. Das Risiko einer weiterhin signifikanten Reduzierung der Umsatzerlöse wird als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Beschaffungschancen und -risiken

Auf der Aufwandsseite liegt ein Risiko in der Entwicklung der Dieselpreise. Auf Grund des Ukraine-Krieges sind die Dieselpreise im Geschäftsjahr 2022 erheblich angestiegen. Auch wenn sich Ende 2022 / Anfang 2023 die Preissituation etwas entspannt hat, wird auch in der Mittelfristplanung von weiterhin hohen Kraftstoffpreisen ausgegangen. Die Dieselpreisentwicklung wird derzeit als ein Risiko von hoher Bedeutung eingestuft.

Personalrisiken

Hinzu kommen mittel- bis langfristige Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung der Personalaufwendungen und -verfügbarkeit.

Die hohe Inflation bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel führte im März 2023 zu einem hohen Abschluss des Entgelttarifvertrages für die Gruppe Verkehrsbetriebe Niedersachsen des AVN. Das Risiko weiter steigender Personalkosten wird als Risiko hoher Bedeutung eingestuft.

Die Besetzung von offenen Stellen insbesondere im Fahrdienst wird immer schwieriger. Busfahrer wird mittlerweile als Mangelberuf eingestuft. Damit besteht die Gefahr, dass perspektivisch die Verkehrsdienstleistungen nicht vollständig erbracht werden können; dieses ist bereits in vielen Verkehrsunternehmen der Fall. Die Gefahr einer Personalunterdeckung wird als Risiko hoher Bedeutung eingestuft.

Die vorstehend genannten Risiken der Dieselpreisentwicklung und der Personalrisiken bestehen sowohl für die Eigenleistung als auch für die Leistungen der Auftragsunternehmer.

Finanzwirtschaftliche Chancen und Risiken

Das steigende Zinsniveau wird Investitionen verteuern. Schwerpunkt wird auch den nächsten Jahren die Beschaffung von (Diesel-)Bussen sein.



5. Prognosebericht – Ausblick 2023 und 2024

Entscheidend für die Zukunft ist der geplante Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2033. Von zentraler Bedeutung wird sein, dass die definierten Ausgleichsparameter die Erlös- und Kostenentwicklung sachgerecht abbilden.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung ist bei den Umsatzerlösen bei den ROSA-Tarifen eine Tarifierung bei gleichzeitig nahezu unveränderten Fahrgastzahlen geplant. Die Einführung des politisch gewollten Deutschlandtickets zum 01.05.2023 wird zu einer Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen führen. Für die Jahre 2023 bis voraussichtlich 2025 wird es Ausgleichsleistungen durch den Bund und die Länder geben. Die Systematik orientiert sich an den Regularien des bisherigen ÖPNV-Rettungsschirms. Ab voraussichtlich 2026 soll ein bundesweites Einnahmeverfahren eingeführt werden, dessen wirtschaftliche Auswirkungen nicht absehbar sind. Die auskömmliche Finanzierung der Ausgleichsleistungen ist bisher nur für das Jahr 2023 gesichert. Auf der Aufwandsseite wird von weiterhin hohen Treibstoffpreisen ausgegangen. Durch den Ukraine-Krieg haben die Dieselpreise Rekordniveau erreicht. Hinzu kommen steigende Aufwendungen für den Personalbereich auf Grund der zu erwartenden Tarifabschlüsse. Vor diesem Hintergrund ist auch von weiter steigenden Aufwendungen für Auftragsunternehmen auszugehen. Wir verweisen auch auf die Ausführungen zum Nachtragsbericht im Anhang.

Für die Jahre 2023 und 2024 sind vor allem Investitionen in den Fuhrpark geplant. In 2023 ist die Anschaffung von fünf Solobussen und in 2024 die Anschaffung von vier Solobussen vorgesehen. Insgesamt beträgt das geplante Investitionsvolumen für 2023 ca. EUR 2,466 Mio., wovon EUR 1,276 Mio. auf die Busbeschaffung entfallen. Im Jahr 2024 sind Investitionen in Höhe von EUR 1,212 Mio. geplant, wovon EUR 1,044 Mio. auf Fuhrparkinvestitionen entfallen.

Der Wirtschaftsplan sieht für 2023 einen Jahresfehlbetrag von TEUR -484 und für 2024 einen Jahresüberschuss von TEUR 462 vor.

6. Berichterstattung gem. § 289 Abs. 2 Nr. 2a und 2b HGB

In Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten bestehen, außer dem im Folgenden genannten, keine weiteren wesentlichen Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Dem Risiko zukünftig steigender Zinsen, insbesondere bei der Beschaffung von Bussen, wird, soweit eine Finanzierung erforderlich ist, derzeit grds. durch den Abschluss festverzinslicher, fristenkongruenter Darlehen/Darlehenslaufzeiten begegnet. Im aktuellen Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 ist eine Darlehensaufnahme zur teilweisen Busfinanzierung geplant.



7. Bestehende Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft unterhält einen Betriebshof in Alfeld, Neue Wiese 9, und als Mieter in Hildesheim, am Standort Hermann-Roemer-Straße 4, um von dort aus die regionalen Verkehre zu betreiben.

Hildesheim, den 31. März 2023

gez. Kai Henning Schmidt

RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Kai Henning Schmidt

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 27. Juni 2023

KOMMUNA-TREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Karin Schulze
Wirtschaftsprüferin

Dipl.-Oec. Steffen Klein
Wirtschaftsprüfer



Fragenkatalog zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation (Fragenkreis 1)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der Gesellschaft sind gemäß Gesellschaftsvertrag die Geschäftsführung, die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Geschäftsführung sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Für die Geschäftsführung besteht eine Geschäftsordnung. In Vorjahren wurde die Geschäftsordnung um einen Geschäftsverteilungsplan ergänzt.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der Gesellschafterversammlung sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Eine gesonderte Geschäftsordnung für die Gesellschafterversammlung ist nicht erlassen worden.

Die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats sind im Gesellschaftsvertrag geregelt. Für den Aufsichtsrat besteht eine Geschäftsordnung.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Regelungen nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fanden zwei protokollierte Gesellschafterversammlungen am 3. Mai 2022 sowie 19. Dezember 2022 statt. Vier weitere Beschlussfassungen erfolgten im Umlaufverfahren. Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr vier Sitzungen am 3. Mai, 11. Juli, 26. Oktober und 19. Dezember 2022 abgehalten. Die Protokolle haben uns vorgelegen.



c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß Mitglied des Präsidiums des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen e.V.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses, aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers ist gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates ist im Anhang aufgeführt. Auf deren Angabe in individualisierter Form wird in Ermangelung gesetzlicher Vorschriften verzichtet.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums (Fragenkreis 2 bis 6)

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechender Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten ersichtlich sind. Der Organisationsplan wird auskunftsgemäß regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach den unter Frage 2 a) aufgeführten Regelungen verfahren wird.



c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die kaufmännische Betriebsführung der RVHI wird von der EVI ausgeübt. Hierzu liegt ein Betriebsführungsvertrag vor, der eine jährliche Vergütung dieser Leistungen vorsieht. Miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Anweisungen und Vollzug) sind getrennt.

Die Trennung von Anweisungen und Vollzug ist bei der EVI in den Aufgaben der Abteilungen Auftragsabrechnung, Einkauf und Buchhaltung sichergestellt. Mit der Ausführung bzw. der Annahme von Zahlungen sind immer mindestens zwei Abteilungen befasst. Anforderungsbefugnisse sind in den Anweisungen zur Unterschriftenregelung niedergelegt. Mitarbeiter, die die Zahlung anordnen oder die Anordnung ausführen, dürfen nicht die sachliche oder rechnerische Richtigkeit bescheinigen. Zahlungen dürfen nur gemeinsam durch zwei Mitarbeiter freigegeben werden. Das Vier-Augen-Prinzip wird somit eingehalten. Das Verfahren für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse ist in den Arbeitsrichtlinien zur Sachbearbeitung geregelt.

Eine explizite Richtlinie für Korruptionsprävention existiert nicht.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Wesentliche Entscheidungsbereiche unterliegen i. d. R. dem Genehmigungsvorbehalt des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung. Im Übrigen erfolgt durch die Erstellung des Wirtschaftsplans und dessen Kenntnisnahme durch die Gremien ein intensiver Abstimmungsprozess. Im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung durch die EVI werden wesentliche Entscheidungsprozesse in Bezug auf Auftragsvergabe, Auftragsabwicklung, das gesamte Personalwesen sowie das Finanzmanagement und das Rechnungswesen vorgenommen.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach diesen Regelungen verfahren wird.



e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Verträge nicht ordnungsgemäß dokumentiert werden.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen der RVHI wird durch die EVI im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durchgeführt.

Basis für den Erfolgsplan des Folgejahres bildet die Gewinn- und Verlustrechnung. Im Wirtschaftsplan werden dem Plan für das kommende Geschäftsjahr, die Vorausrechnung für das aktuelle Jahr sowie das Ergebnis des Vorjahres gegenübergestellt. Des Weiteren erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes die Aufstellung eines Finanzplanes und eines Investitionsplanes. Daneben erfolgt eine Mittelfristplanung für die kommenden vier Jahre.

Der Wirtschaftsplan wird dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung vorgelegt. Die Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung zum Wirtschaftsplan 2022 erfolgte im Dezember 2021.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Bei der RVHI werden regelmäßig Soll-Ist-Abweichungsanalysen und Nachkalkulationen im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durch die EVI durchgeführt. Planabweichungen wurden ermittelt und systematisch untersucht.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Gesellschaft bedient sich der kaufmännischen doppelten Buchführung. Bücher und Konten werden ordentlich geführt; das Belegwesen ist geordnet. Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen der Gesellschaft.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine laufende Liquiditätskontrolle wird durch die EVI im Rahmen des Betriebsführungsvertrages vorgenommen. Durch die elektronische Kontoführung wird buchungstäglich die Liquidität überwacht. Weiterhin ist die Kontrolle der Kreditinanspruchnahme Gegenstand der Kontrollen. Die Zins- und Tilgungszahlungen erfolgen zu den vereinbarten Zahlungsterminen.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet und nicht erforderlich.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Entgelte nicht vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt sowie ausstehende Forderungen nicht zeitnah und effektiv eingezogen werden. Die Entgelte der RVHI betreffen im Wesentlichen Fahrleistungen, die überwiegend durch Barverkäufe realisiert werden. Im Zusammenhang mit Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung sowie Fahrleistungen im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrags werden angemessene Abschlagszahlungen zeitnah in Rechnung gestellt und deren Ausgleich überwacht.



g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Einzelne Controllingaktivitäten werden durch gesellschaftseigenes Personal ausgeführt. Diese Tätigkeiten umfassen Statistiken bzgl. Fahrgastzahlen bzw. die Datenerhebung für die Erstattungsansprüche nach § 7a NNVG, § 231 SGB IX und die Abrechnung gemäß ÖDLA. Darüber hinaus werden Controllingfunktionen durch die EVI abgebildet. Nach unseren Erkenntnissen entspricht das Controlling den besonderen Anforderungen der Gesellschaft.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft hält keine Anteile an Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Im Rahmen der Betriebsführung durch die EVI besteht ein Risiko- und Chancenmanagementsystem, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Es wurden von der Geschäftsführung Beauftragte für das Risiko- und Chancenmanagement sowie ein Koordinator benannt. Regelmäßig werden Risikoinventuren durchgeführt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden durch die EVI Halbjahresberichte erstellt, mit deren Hilfe etwaige bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.



b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die zu Frage 4a) aufgeführten Maßnahmen zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken haben sich in der Vergangenheit bewährt und sind geeignet, die Existenz der Gesellschaft zu sichern. Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass diese Maßnahmen nicht durchgeführt wurden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Risiken und Chancen werden bei der EVI in einem EDV-System festgehalten. Daneben liegt ein Handbuch vor, in dem die Grundlagen des Programms, Aufbau- und Ablaufstrukturen sowie Dokumentationsformen und Archivierung beschrieben sind.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Eine kontinuierliche und systematische Abstimmung und Anpassung der mit dem Risiko- und Chancenmanagementsystem ermittelten Frühwarnsignale und Maßnahmen mit den aktuellen Geschäftsprozessen erfolgt in der Weise, dass der Koordinator die Entwicklung halbjährlich mit den Beauftragten abstimmt und anpasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Derartige Geschäfte wurden von der Gesellschaft im Berichtsjahr nicht getätigt. Feststellungen sind aus diesem Grunde zu dem gesamten Fragenkreis nicht zu treffen.



Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Bei der EVI ist eine Interne Revision als eigenständige Stelle angesiedelt, die im Rahmen des bestehenden Betriebsführungsvertrags für die Durchführung verantwortlich ist. Die Interne Revision entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Eine eigene Interne Revision besteht nicht. Die Revisionsaufgaben werden durch die EVI wahrgenommen. Die Gefahr von Interessenkonflikten erscheint uns gering.

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Zuletzt fand in 2019 durch die Interne Revision der EVI eine Kassenprüfung hinsichtlich der ordnungsmäßigen und zweckmäßigen Abrechnung der Einnahmen sowie deren vollständige Dokumentation und Nachvollziehbarkeit statt.

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Die Interne Revision hat sich mit dem Abschlussprüfer nicht abgestimmt.

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Feststellungen über bemerkenswerte Mängel wurden in Vorjahren nicht getroffen.



f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Die Revision überzeugt sich grundsätzlich in Stichproben bei den zuständigen Sachbearbeitern, ob die von ihr ggf. festgestellten Fehler beseitigt worden sind. Bei Feststellungen wird die Interne Revision der Geschäftsführung berichten.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit (Fragenkreis 7 bis 10)

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

In den im Berichtsjahr durchgeführten Sitzungen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates sind neben den für die Wirtschaftsplanaufstellung und die Feststellung des Jahresabschlusses notwendigen Beschlüssen u. a. für folgende wesentliche Rechtsgeschäfte und Maßnahmen Zustimmungen eingeholt worden:

- Widerruf einer Prokura für eine ausgeschiedene Mitarbeiterin
- Einstellung einer Leiterin Marketing und Vertrieb sowie eines Leiters Produktion
- Übernahme der Leistungen der Alfelder Autobusbetrieb Gemke GmbH einschließlich der Einstellung hierfür erforderlicher Mitarbeiter und Beschaffung von Bussen
- Vergaben im Bereich Neukonzept Mobilitätszentrale

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.



b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans Kredite gewährt wurden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die im Berichtsjahr durchgeführten Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.



Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die RVHI erstellt eine Investitionsplanung im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung. Vor Realisierung der Maßnahme wird eine Prüfung hinsichtlich der Finanzierbarkeit sowie der Risiken durchgeführt. Investitionen in Beteiligungen und Grundstücke unterliegen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Darüber hinaus besteht eine Zustimmungspflicht für den Investitionsplan als Bestandteil des Wirtschaftsplanes. Grundlage der Investitionsentscheidungen ist daher der vom Aufsichtsrat empfohlene und von der Gesellschafterversammlung zu genehmigende Wirtschaftsplan. Die Investitionsdurchführung erfolgt im Rahmen des Betriebsführungsvertrages durch die EVI.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass derartige Unterlagen nicht ausreichend waren.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Investitionen werden von der Auftragsabrechnung der EVI laufend überwacht. Hierbei kommt eine EDV-unterstützte Kontrolle auf Budgetüberschreitung zum Einsatz.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Im Wirtschaftsplan waren für das Berichtsjahr Investitionen in Höhe von T€ 2.566 vorgesehen. Tatsächlich wurden T€ 1.846 investiert. Wir haben daher im Rahmen unserer Prüfung bei den Investitionen im Berichtsjahr keine wesentlichen Überschreitungen der Wirtschaftsplanerdaten festgestellt.



e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Gesellschaft nach Ausschöpfung von Kreditlinien Leasing- oder vergleichbare Verträge abgeschlossen hat.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Die Auftragsvergabe wird im Rahmen des bestehenden Betriebsführungsvertrages für die RVHI von der EVI wahrgenommen. Von der EVI werden bei Anschaffungen Ausschreibungen durchgeführt, allgemeine Vergleichsangebote eingeholt oder zumindest Preisvergleiche angestellt. Bei Ersatz- bzw. Ergänzungsinvestitionen wird in Einzelfällen wegen der bestehenden Bindung an bestimmte Fabrikate auf die Einholung von Konkurrenzangeboten verzichtet. Den Grundsätzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge entsprechend wird dem wirtschaftlichsten Anbieter der Zuschlag erteilt, soweit von einer ordnungsmäßigen und termingerechten Ausführung des Auftrages ausgegangen werden kann.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr die im öffentlichen Bereich üblichen Vergaberegelungen nicht eingehalten wurden.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Für nicht den Vergaberegelungen unterliegende Geschäfte werden auskunftsgemäß grundsätzlich Konkurrenzangebote eingeholt und ausgewertet.



Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wurde im Rahmen der zu Frage 1b) aufgeführten Sitzungen Bericht erstattet. Die Geschäftsführung kam nach unseren Feststellungen ihren gesetzlichen und satzungsmäßigen Pflichten der rechtzeitigen Berichterstattung regelmäßig nach.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach unseren Feststellungen sind die Berichte zutreffend und ausreichend.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Im Rahmen der Sitzungen der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates wurde angemessen und ausreichend zeitnah über wesentliche Vorgänge berichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche und nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine Berichterstattung auf besonderen Wunsch des Aufsichtsrates erfolgte im Berichtsjahr nicht.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung im Berichtsjahr nicht in allen Fällen ausreichend war.



- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Für die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates wurde eine D&O-Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Ein Selbstbehalt wurde nicht vereinbart. Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung wurden auskunftsgemäß seinerzeit mit dem Überwachungsorgan erörtert.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates gemeldet wurden.

IV. Vermögens- und Finanzlage (Fragenkreis 11 bis 13)

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass zum 31. Dezember 2022 in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass zum 31. Dezember 2022 auffallend hohe oder niedrige Bestände bestehen. Die angewandten Bewertungsmethoden entsprechen allgemein anerkannten Regelungen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.



Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Kapitalstruktur setzt sich zum 31. Dezember 2022 hinsichtlich ihrer internen und externen Finanzierungsquellen wie folgt zusammen (siehe auch Erläuterungen im Prüfungsbericht zu "Vermögens- und Kapitalstruktur"):

	T€	%
Eigenkapital	4.768	36,7
Sonderposten	2.098	16,2
Mittel- bis langfristiges Fremdkapital	2.306	17,8
Kurzfristiges Fremdkapital	3.801	29,3
Gesamt	<u>12.973</u>	<u>100,0</u>

Gemäß Wirtschaftsplan sind für das Geschäftsjahr 2023 Investitionen in Höhe von T€ 2.466 geplant. Die Finanzierung soll mit T€ 733 über Darlehen und im Übrigen aus Eigenmitteln erfolgen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Gesellschaft ist nicht in handelsrechtliche Konzernstrukturen eingebunden. Feststellungen sind aus diesem Grunde grundsätzlich nicht zu treffen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als geordnet zu beurteilen. Es besteht eine fristenkongruente Anlagenfinanzierung. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die RVHI hat im Berichtsjahr Finanz- und Fördermittel der öffentlichen Hand in Höhe von T€ 625 für Zuschüsse nach § 231 SGB IX sowie T€ 2.111 für Zuschüsse nach § 7a NNVG erhalten.



Für Investitionen wurden Zuschüsse in Höhe von T€ 630 gewährt. Hinzu kommen Mittel aus dem ÖDLA in Höhe von T€ 9.549, einschließlich der Zuschüsse aus dem ÖPNV-Rettungsschirm in Höhe von T€ 1.771.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Bei der Gesellschaft bestanden im Berichtsjahr keine Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die Geschäftsführung schlägt vor, den im Berichtsjahr angefallenen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 189 den Gewinnrücklagen zuzuführen. Dieser Gewinnverwendungsvorschlag ist u.E. mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft vereinbar.

V. Ertragslage (Fragenkreis 14 bis 16)

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Die Gesellschaft weist nur ein Segment auf (Verkehrsbetrieb). Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.



b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis der Gesellschaft ist im Berichtsjahr nicht entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Konzessionsabgaben sind nicht angefallen. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und was waren die Ursachen der Verluste?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine verlustbringenden Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine verlustbringenden Einzelgeschäfte festgestellt. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.



Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im Berichtsjahr ist kein Jahresfehlbetrag angefallen. Feststellungen sind aus diesem Grunde nicht zu treffen.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Ende 2019 wurde ein Tarifverbund eingeführt, der zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im Landkreis Hildesheim und zusätzlichen Erlösen führen soll. Für 2022 wurden zudem die Fahrpreise leicht erhöht, um den gestiegenen Aufwendungen und Umsatzausfällen entgegen zu wirken. Derzeit erfolgt weiterhin eine Überarbeitung des ÖDLA, um der in den letzten Jahren geänderten Kostenstruktur sowie den Erlösrissen Rechnung zu tragen. Der neue ÖDLA soll zum 1. Januar 2024 abgeschlossen werden.

Wir verweisen auf die Erläuterungen im Lagebericht (Anlage 4).



Rechtliche Grundlagen und steuerliche Verhältnisse der Gesellschaft

Gründung:	8. Juni 1998
Gesellschaftsvertrag:	gültig in der Fassung vom 7. Mai 2014
Firma:	RVHI Regionalverkehr Hildesheim GmbH
Sitz:	Hildesheim
Handelsregister:	Amtsgericht Hildesheim, Abteilung B Nr. 2693
Gegenstand:	<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Durchführung von Verkehrsleistungen mit Kraftfahrzeugen im Linien- und Gelegenheitsverkehr und damit zusammenhängender Geschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Verkehrsleistungen umfassen den Linienverkehr nach § 42 PBefG, den Verkehr nach der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des PBefG (Freistellungsverkehr), bedarfsgesteuerte Verkehre sowie Gelegenheitsverkehr.</p>

Das Unternehmen kann die dem Landkreis Hildesheim obliegenden Verpflichtungen als Träger der Schülerbeförderungen übernehmen, soweit solche Aufgaben nicht hoheitlich an den Landkreis als Körperschaft öffentlichen Rechts gebunden sind. Im Übrigen besteht ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) zur Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Nahverkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Hildesheim zwischen dem Landkreis Hildesheim und der RVHI.



Stammkapital:	€ 1.464.700,00
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Gesellschafter:	Landkreis Hildesheim 75,1 %, Stadtwerke Hildesheim AG 24,9 %.
Organe der Gesellschaft:	Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung.
Gesellschafterversammlung:	Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Weitere Beschlüsse wurden im Umlaufverfahren gefasst. In der Sitzung am 19. Dezember 2022 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 festgestellt. Ferner wurde der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.
Aufsichtsrat:	Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind im Anhang der Gesellschaft aufgeführt. Im Berichtsjahr haben insgesamt vier Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden.
Geschäftsführer:	Dipl.-Ing. Kai Henning Schmidt, Hildesheim Der Geschäftsführer hat Einzelvertretungsbefugnis und darf Rechtsgeschäfte mit sich selbst oder mit sich als Vertreter Dritter abschließen.
Steuerliche Verhältnisse:	Das Unternehmen wird unter der Steuernummer 30/215/05041 beim Finanzamt Hildesheim geführt. Veranlagungen sind bis einschließlich 2020 erfolgt.



Wichtige Verträge

Betriebsführungsvertrag mit der EVI

Die Gesellschaft hat mit der EVI einen Betriebsführungsvertrag zur Übernahme der kaufmännischen Dienstleistungen abgeschlossen. Der aktuelle Vertrag trat zum 1. Januar 2013 in Kraft und hatte eine Laufzeit zunächst bis zum 31. Dezember 2014. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht sechs Monate vor seinem jeweiligen Ablauf schriftlich gekündigt wird, was nicht geschehen ist.

Werkverträge mit der SVH

Gemäß § 1 des Vertrages vom 11. Januar 2000 erbringt die Gesellschaft für SVHI Verkehrsleistungen im Linienbetrieb. Der Leistungsumfang beschränkt sich ausschließlich auf die Personenbeförderung und damit zusammenhängende Tätigkeiten. Der Vertrag wurde für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000 geschlossen. Er verlängert sich bei nicht fristgerechter Kündigung um jeweils ein Jahr. Der Werkvertrag wurde durch eine Kooperationsvereinbarung vom 15. Februar 2011 ersetzt.

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag

Der Vertrag vom 12. Dezember 2013 zwischen dem Landkreis Hildesheim und der RVHI regelt im Wege der Direktvergabe, gemäß Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, den öffentlichen Dienstleistungsauftrag im Landkreis Hildesheim, insbesondere den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen. Der Vertrag ist zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten und endet mit Ablauf des 31. Dezember 2023. Derzeit findet eine Überarbeitung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags statt.



Wirtschaftliche Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft betreibt den Personennahverkehr in der Region des Umlandes von Hildesheim. Im Grundbesitz befindet sich der Betriebshof in Alfeld.

Grundlage für die Erbringung der Beförderungsleistungen im Personennahverkehr sind die Genehmigungen der LNVG zur Einrichtung und dem Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach §§ 42, 43 und 49 PBefG.

Die wichtigsten Kennzahlen zur Betriebsleistung entwickelten sich wie folgt (Statistiken der Gesellschaft):

		<u>2022</u>	<u>2021</u>
Beförderungsfälle Personennahverkehr (inkl. geschätzter Verbundabrechnung)	Anzahl	6.003.103	4.769.194
Anzahl der eingesetzten Omnibusse	Stück	134	132
davon eigene	Stück	50	51
Linien	Anzahl	58	58
Länge des Liniennetzes	km	1.578	1.578
Nutzwagenkilometer (Linienverkehr)			
gem. § 42 PBefG	km	6.331.605	6.273.124
gem. § 43 PBefG	km	1.440	1.463
Sonstige	km	<u>137.378</u>	<u>127.608</u>
Insgesamt		<u>6.470.423</u>	<u>6.402.195</u>
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführer, Praktikanten und Aushilfen)			
Fahrdienst und Werkstatt		128	121
Verwaltung		<u>11</u>	<u>11</u>
Insgesamt		<u>139</u>	<u>132</u>

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlags ist es nicht gestattet, die vorstehende ganz oder teilweise nachzu- oder weiterzugeben, auf elektronischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten. © 2017 Verlag GmbH | Telefon: 030 2500 2000 | www.verlag.de

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

13. Ergänzende Bestimmungen zum Prüfungsauftrag

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

14. Ergänzende Bestimmungen für Hilfestellung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Sowohl auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

15. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

16. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist ohne Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

17. Streitbefreiungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

18. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Bericht

über die Prüfung

des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022

und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2022

der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Marie-Wagenknecht-Str. 3
31134 Hildesheim

KRAUSE & KOLLEGEN
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Maybachstraße 4 · 31135 Hildesheim · Telefon +49 5121 17880 · www.krause-kollegen.com

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsauftrag	1
2. Grundsätzliche Feststellungen	3
2.1 Lage des Unternehmens	3
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	3
2.2 Unregelmäßigkeiten	5
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	6
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
4.1.2 Jahresabschluss	10
4.1.3 Lagebericht	11
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.2 Bewertungsgrundlagen	12
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	13
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur	15
4.3.2 Finanzlage	17
4.3.3 Ertragslage	20
5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	22
6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	23

Anlagenverzeichnis

	Seite
Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2022	30
Anlage 2: Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2022	31
Anlage 3: Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022	32
Anlage 4: Anhang für das Geschäftsjahr 2022	33
Anlage 5: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022	41
Anlage 6: Aufgliederungen der Posten des Jahresabschlusses	52
Anlage 7: Rechtliche Verhältnisse	67
Anlage 8: Wirtschaftliche Verhältnisse	69
Anlage 9: Steuerliche Verhältnisse	71
Anlage 10: Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	72
Anlage 11: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	87

1. Prüfungsauftrag

Der nachstehend erstatteter Bericht über die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zum 31. Dezember 2022 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2022 der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH,

Hildesheim

(im Folgenden auch "Holding GmbH" oder "Gesellschaft" genannt)

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 gewählt. Daraufhin beauftragte uns die Geschäftsführung der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 freiwillig in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB zu prüfen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Erwartungsgemäß haben wir zusätzlich einen Erläuterungsteil erstellt, der diesem Bericht als Anlage 6 beigefügt ist. Der Erläuterungsteil enthält Aufgliederungen und Hinweise zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Angabe der jeweiligen Vorjahreszahlen.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet und verweisen auf die Berichterstattung in Anlage 10.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass bei der Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet wurden.

Dem erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319a, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. BS WP/vBP entgegen.

Wir haben die Prüfung im Oktober 2023 (mit zeitlichen Unterbrechungen) in unseren Geschäftsräumen in Hildesheim durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

Art und Umfang der Prüfungshandlungen haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis unserer Prüfungshandlungen erstatten wir den nachfolgenden Bericht.

Dem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss 2022, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlagen 2 und 4), sowie den geprüften Lagebericht 2022 (Anlage 5) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den Anlagen 7 bis 9 dargestellt.

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich aus Anlage 6.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard PS 450 n.F. "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Unserem Auftrag liegen die als Anlage 11 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Unternehmens

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend in der vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zugrunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von uns geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren, also die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an die für die Überwachung Verantwortlichen, die wir im Rahmen unserer Prüfung herangezogen haben.

Die Geschäftstätigkeit der Landkreis Hildesheim Holding GmbH umfasst nach dem Gesellschaftsvertrag insbesondere den Erwerb und die Verwaltung von sowohl gemeinnützigen als auch nicht gemeinnützigen Unternehmensbeteiligungen sowie den Erwerb, den Betrieb und die Verwaltung von Liegenschaften und Einrichtungen. Im Berichtsjahr erstreckte sich die Tätigkeit im Wesentlichen auf die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Avacon AG, der Überlandwerk Leinetal GmbH sowie weiterer Beteiligungen.

Im Berichtsjahr entstand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 153 TEuro. Dieser resultiert insbesondere aus den im Berichtsjahr realisierten Ausschüttungserträgen aus den Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften in Höhe von 1.397 TEuro. Im Vorjahr betragen diese Erträge 1.586 TEuro, sie sind daher signifikant gesunken, was insbesondere auf die geringere Ausschüttung (-208 TEuro) durch die Überlandwerke Leinetal GmbH zurückzuführen ist. Eine Erhöhung war hinsichtlich der Aufwendungen aus der Bezuschussung der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH gegeben. Diese sind von 873 TEuro im Vorjahr auf 1.172 TEuro im Berichtsjahr angestiegen. Trotz des geringeren Jahresergebnisses ist die Steuerbelastung nicht entsprechend gesunken, da die Belastung auf die verdeckte Gewinnausschüttung sich entsprechend auswirkt.

Investitionen waren nicht zu verzeichnen. Es bestehen auch keine entsprechenden Investitionsplanungen. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt ausschließlich durch die erhaltenen Gewinnausschüttungen der Beteiligungsgesellschaften. Die Zuführung von Fremdkapital war und ist aktuell nicht erforderlich.

Die Risikosituation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist weiterhin geprägt durch die laufenden Rechtsbehelfsverfahren beim Finanzamt Hildesheim-Alfeld und die neue Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH.

Gegenstand der Rechtsbehelfsverfahren ist die Auffassung der Finanzverwaltung, die Leistungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH seien als verdeckte Gewinnausschüttungen zu beurteilen. Hieraus resultieren erhebliche Steuerzahlungen für die Gesellschaft, die allerdings bilanziell bereits vollständig abgebildet sind. Es bestehen gegenwärtig Überlegungen, dieser Risikosituation durch mögliche Umstrukturierungen zu begegnen. Eine neue Anteilseignerstruktur ist geplant. Die steuerlichen Risiken sollten durch die Einholung einer verbindlichen Auskunft rechtssicher geklärt werden, allerdings ist der Entscheidungsprozess der Beteiligten dazu noch nicht abgeschlossen.

Die neue Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH regelt ab 2021/22 (mit Ergänzung) die Zuschussleistungen in der Weise, dass diese sich am genehmigten Wirtschaftsplan der Volkshochschule ausrichten. Es zeichnen sich hierdurch zukünftig weiter erhöhte Zuschussleistungen durch die Gesellschaft ab, die dann auch entsprechende Aufwandsbelastungen und möglicherweise erhöhte Steuerzahlungen zur Folge haben können. Der Beschlussvorschlag der Mehrheitsgruppe im Kreistag hat die Zuschusspflichten der Gesellschaft ab 2022 noch einmal erweitert (Sprachkurse für Geflüchtete).

Ein Anteilsverkauf an der Überlandwerke Leinetal GmbH (ÜWL) ist nicht realisiert worden und auch gegenwärtig unwahrscheinlich. Hierdurch wird es nicht zu einer dadurch bedingten Minderung der Dividendenerträge kommen.

Die weitere Entwicklung im Ausschüttungsverhalten der Beteiligungsgesellschaften ist aufgrund der politischen Turbulenzen im Energiesektor schwierig zu prognostizieren. Die Ergebnisentwicklung im Wirtschaftsjahr 2023 wird vor dem geschilderten Hintergrund in der Tendenz jedoch als stabil eingeschätzt.

Aufgrund der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, die wir aus den im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet haben, sind wir - soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben - zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft plausibel erscheint.

Ergänzend verweisen wir zur Lagebeurteilung auf die Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses in Abschnitt 4.2 des Berichts.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße von gesetzlichen Vertretern oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen.

Unrichtigkeiten und Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften haben wir in der Weise festgestellt, dass der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2022 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 nicht innerhalb der gesetzlichen Frist aufgestellt worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung und den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG), die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO).

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlaufe unserer Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, IDW Prüfungsstandards sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Prüfungsurteile bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Unsere Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeiteten wir zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Unsere Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Wir haben unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind wir wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene haben wir anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In diesem zweiten Schritt der Prozessanalyse haben wir beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf unser Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach unserer Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnten wir unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken. Soweit uns eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, haben wir neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte der Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Prüfung des Finanzanlagevermögens,
- Prüfung der Gesellschafterforderungen,
- Prüfung der Bewertung der sonstigen Rückstellungen,
- Prüfung der Richtigkeit und der Vollständigkeit der Anhangangaben,
- Prüfung der Vollständigkeit und Stimmigkeit des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfung waren auch die Angaben im Lagebericht, insbesondere die prognostischen Angaben.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem von Herrn Dipl.-Kfm. Claus Hellberg geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns schriftlich im Rahmen der Vollständigkeitserklärung bestätigt, dass alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 berücksichtigt wurden, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsleitung hat ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind im Anhang entsprechend dargestellt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Im Rahmen unserer Prüfung stellen wir fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist numerisch geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden nach dem Ergebnis unserer Prüfung in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht abgebildet.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung der Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG, Nürnberg, durchgeführt.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurden in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Landkreis Hildesheim Holding GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso in allen wesentlichen Belangen beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von uns nicht an anderer Stelle berichtet wird, stellen wir fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt wurde.

4.1.3 Lagebericht

Im Rahmen unserer Prüfung zur Gesetzeskonformität des Lageberichts haben wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB festgestellt, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis unserer Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichten wir nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stellen wir fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand unserer Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Unsere Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung über die Ordnungsmäßigkeit der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nehmen wir in diesen Prüfungsbericht weitere Erläuterungen auf, die zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind, weil die Gesamtaussage „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ auch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen durch Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen sowie Sachverhaltsgestaltungen beeinflusst wird.

Um den Adressaten eine eigene Beurteilung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und ihnen Hinweise für die Ausrichtung ihrer Prüfungs- und Überwachungstätigkeit zu geben, gehen wir nachstehend im Einzelnen ein auf:

- die wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB)
- den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB); zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

4.2.2 Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Wertbestimmende Faktoren ergeben durch Verknüpfung mit den am Abschlussstichtag vorhandenen Bestandsgrößen von Vermögensgegenständen und Schulden die im Jahresabschluss angesetzten Buchwerte.

Parameter sind in der Regel durch Marktpreise oder allgemein akzeptierte Standardwerte objektivierte Faktoren, während Annahmen über künftige Entwicklungen subjektive Faktoren der Wertbestimmung sind, deren Festlegung unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsgrundsätze im Ermessen der gesetzlichen Vertreter liegt.

Ermessensspielräume beruhen auf unsicheren Erwartungen bei der Bestimmung von Schätzgrößen und den diesen zugrunde gelegten Annahmen. Daraus resultiert bei vielen Posten eine Bandbreite zulässiger Wertansätze.

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

Der Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zum 31. Dezember 2022 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden.

Die Zugänge zum Anlagevermögen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Das Sachanlagevermögen wurde in Vorjahren linear entsprechend der vorsichtig geschätzten Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Finanzanlagen werden zum Nennwert angesetzt, der den Anschaffungskosten entspricht. Forderungen und liquide Mittel werden ebenfalls zum Nominalwert bewertet. Ausfallrisiken, denen mit entsprechenden Wertberichtigungen zu begegnen wäre, sind nicht gesehen worden.

Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich erscheint. Ermessensspielräume bei der Bewertung der Rückstellungen wurden in Richtung eines dem Vorsichtsprinzip entsprechenden Ansatzes ausgeübt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter obliegt nicht uns als Abschlussprüfer. Sie sind als geschäftspolitische Entscheidungen von den Adressaten des Berichts zu beurteilen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Betriebswirtschaftliche Auswertungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Form von Gegenüberstellungen zusammengefasster, betriebswirtschaftlich aussagefähiger Zahlen des Geschäftsjahres mit Zahlen aus Vorjahren verdeutlichen die Lage und Entwicklung des Unternehmens im Berichtsjahr.

Unsere sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen umfassen auch eine Analyse jedes einzelnen Postens des Jahresabschlusses und dienen damit einer Dokumentation der finanziellen Verhältnisse des Unternehmens für das Geschäftsjahr. Sie fördern darüber hinaus ein tieferes Verständnis für die Einzelheiten des Jahresabschlusses, indem durch sie Abweichungen zum Vorjahr transparent gemacht und andere wichtige Erkenntnisse vermittelt werden können. Diesen Erläuterungsteil nehmen wir in eine Anlage zum Prüfungsbericht auf.

In den vorliegenden Prüfungsbericht bzw. in die Anlagen aufgenommene Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses unterlagen der Prüfung nach den allgemeinen Grundsätzen und durften nicht ungeprüft aus Aufstellungen des Unternehmens übernommen werden. Hieraus ergab sich eine Ausweitung der Prüfungshandlungen im Rahmen dieser Abschlussprüfung.

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2022 und 31. Dezember 2021.

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
AKTIVA						
Finanzanlagen	4.926	53,5	4.960	54,3	-34	-0,7
Forderungen gegen Beteiligungs- unternehmen	3	0,0	2	0,0	1	50,0
sonstige Vermögensgegenstände	2.906	31,6	2.562	28,1	344	13,4
Kassenbestand, Bundesbankgut- haben, Guthaben bei Kredit- instituten und Schecks	1.365	14,9	1.602	17,6	-237	-14,8
Summe Aktiva	9.200	100,0	9.126	100,0	74	0,8

Das **Finanzanlagevermögen** der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr um 34 TEuro vermindert. Dies resultiert aus einer Rückzahlung eines Teils des Kommanditkapitals durch die Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG. Das Finanzanlagevermögen beinhaltet mit einem Buchwert von 2.664 TEuro Aktien an der Avacon AG.

Innerhalb der **Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen** sind Ansprüche auf die Rückgewähr überzahlter Zuschüsse ausgewiesen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** betreffen folgende Posten:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Forderungen gegen den Landkreis Hildesheim aus Kapitalertragsteuer	2.163	1.978
Steuerforderungen	731	572
übrige sonstige Vermögensgegenstände	<u>12</u>	<u>12</u>
	<u>2.906</u>	<u>2.562</u>

Die Abnahme der **liquiden Mittel** um 237 TEuro resultiert aus dem negativen Jahresergebnis der Gesellschaft.

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
PASSIVA						
Eigenkapital	8.455	91,9	8.609	94,3	-154	-1,8
Rückstellungen	737	8,0	507	5,6	230	45,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5	0,1	7	0,1	-2	-28,3
sonstige Verbindlichkeiten	3	0,0	3	0,0	0	0,0
Summe Passiva	9.200	100,0	9.126	100,0	74	0,8

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft wurde durch den Jahresfehlbetrag von 153 TEuro im Vergleich zum Vorjahr reduziert.

Die **Rückstellungen** weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Rückstellungen Gewerbesteuer	167	123
Rückstellungen Kapitalertragsteuer	551	365
Rückstellungen für Abschlusskosten	<u>19</u>	<u>19</u>
	<u>737</u>	<u>507</u>

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen insbesondere Beratungskosten.

4.3.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-153	332
2. Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des +/- Anlagevermögens	0	0
3. Zunahme / Abnahme der Rückstellungen +/-	229	174
4. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge +/-	0	0
5. Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen -/+ des Anlagevermögens	0	0
6. Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus -/+ Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-344	-380
7. Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus +/- Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3	-10
<hr/>		
8. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 7)	-271	116
<hr/>		

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
9. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des + Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0
10. Einzahlungen aus Abgänge von Gegenständen des + Finanzanlagevermögens	34	31
11. Auszahlungen für Investitionen in das - Sachanlagevermögen	0	0
12. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle - Anlagevermögen	0	0
13. Auszahlungen für Investitionen in das - Finanzanlagevermögen	0	0
14. Einzahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im + Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
15. Auszahlungen auf Grund von Finanzmittelanlagen im - Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
<hr/>		
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 9 bis 15)	34	31
<hr/>		

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
17. Einzahlungen von Unternehmenseignern (Einlagen)		
+	0	0
18. Auszahlungen an Unternehmenseigner		
- (Eigenkapitalrückzahlungen, Ausschüttungen)	0	0
19. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der		
+ Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0
20. - Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und		
(Finanz-) Krediten	0	0
21. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
(Summe aus 17 bis 20)	0	0
22. Zahlungswirksame Veränderungen des		
Finanzmittelfonds (Summe aus Zf. 8, 16, 21)	-237	147
23. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und		
+/- bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
24. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.602	1.455
+		
25. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.365	1.602
= (Summe aus 22 bis 24)		

4.3.3 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2022 und 2021 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	01.01. bis 31.12.2022		01.01. bis 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
- sonstige betriebliche Aufwendungen	1.211	608,5	958	150,6	253	26,4
= Betriebsergebnis	-1.211	-608,5	-958	-150,6	-253	26,4
+ Beteiligungsergebnis	1.402	704,5	1.591	250,2	-189	-11,9
+ Zinsergebnis	8	4,0	3	0,4	5	166,7
= Ergebnis vor Steuern	199	100,0	636	100,0	-437	-68,7
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	352	176,9	304	47,8	48	15,8
Jahresergebnis	-153	76,9	332	52,2	-485	-146,1

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** der Gesellschaft sind in 2022 um 253 TEuro angestiegen. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Zuschussleistungen Volkshochschule	1.172	873
Rechts- und Beratungskosten	14	57
Abschluss- und Prüfungskosten	20	21
übrige Aufwendungen	<u>5</u>	<u>6</u>
	<u>1.211</u>	<u>958</u>

Innerhalb des **Beteiligungsergebnisses** sind die folgenden Werte ausgewiesen:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Dividenden	1.321	1.528
Ergebnisanteile Personengesellschaften	76	58
Erträge Ausleihungen	<u>5</u>	<u>5</u>
	<u>1.402</u>	<u>1.591</u>

Im **Zinsergebnis** sind Zinsen aus Steuererstattungen und Steuernachzahlungen ausgewiesen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** gliedern sich folgendermaßen:

	2022 TEuro	2021 TEuro
Körperschaftsteuer/Kapitalertragsteuer	189	149
Solidaritätszuschlag	10	8
Gewerbsteuer	<u>153</u>	<u>147</u>
	<u>352</u>	<u>304</u>

Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Zuschusszahlungen an die VHS im Berichtsjahr erhöht sind, ist ein Jahresfehlbetrag entstanden. Dies konnte nicht durch höhere Einnahmen kompensiert werden. Das Jahresergebnis betrug -153 TEuro. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 332 TEuro ausgewiesen.

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage 10 (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720-Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat die Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, Hildesheim, zum 31. Dezember 2022 und dem als Anlage 5 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Landkreis Hildesheim Holding GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ des Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir ich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hildesheim, 3. November 2023



Krause

(Krause)
Wirtschaftsprüfer



Kanne

(Kanne)
vereidigter Buchprüfer

Anlagen

zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 und des

Lageberichts für das Geschäftsjahr 2022

der

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

Bilanz zum 31.12.2022

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim

AKTIVA		PASSIVA				
	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen						
I. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	2.011.872,30		2.045.622,30			25.500,00
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00		250.000,00		4.281.098,10	4.281.098,10
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>2.663.830,70</u>		<u>2.663.830,70</u>		4.301.811,05	3.969.948,32
		4.925.703,00	4.959.453,00		152.986,35	331.862,73
Summe Anlagevermögen	<u>4.925.703,00</u>	<u>4.925.703,00</u>	<u>4.959.453,00</u>		<u>8.455.422,80</u>	<u>8.608.409,15</u>
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.208,67		2.394,83	166.749,48		123.376,00
2. sonstige Vermögensgegenstände - davon gegen Gesellschafter EUR 2.163.030,42 (EUR 1.977.594,44)	<u>2.906.024,26</u>		<u>2.562.431,79</u>	<u>570.544,69</u>		<u>384.206,71</u>
					737.294,17	507.584,71
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks						
		2.909.232,93	2.564.826,62	4.547,79		7.396,16
		1.364.862,89	1.601.644,46	2.534,06		2.534,06
Summe Umlaufvermögen		<u>4.274.095,82</u>	<u>4.166.471,08</u>		7.081,85	<u>9.930,22</u>
		<u>9.199.798,82</u>	<u>9.125.924,08</u>		<u>9.199.798,82</u>	<u>9.125.924,08</u>

Anlagenpiegel zum 31.12.2022

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim

	Anschaffungs- Herstellungskosten 01.01.2022 EUR	Zugänge Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibungen 31.12.2022 EUR	Abschreibungen Zuschreibungen vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 EUR	Buchwert 31.12.2022 EUR	Buchwert 31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen							
I. Sachanlagen							
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	249,00			249,00		0,00	0,00
Summe Sachanlagen	249,00			249,00		0,00	0,00
II. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	2.045.622,30	33.750,00-		0,00		2.011.872,30	2.045.622,30
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00			0,00		250.000,00	250.000,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.663.830,70			0,00		2.663.830,70	2.663.830,70
Summe Finanzanlagen	4.959.453,00	33.750,00-		0,00		4.925.703,00	4.959.453,00
Summe Anlagevermögen	4.959.702,00	33.750,00-		249,00		4.925.703,00	4.959.453,00

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		32,00	32,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	1.127,43		1.127,43
b) Reparaturen und Instandhaltungen	0,00		142,80
c) Werbe- und Reisekosten	122,75		157,46
d) verschiedene betriebliche Kosten	<u>1.209.357,99</u>		<u>956.168,46</u>
		1.210.608,17	957.596,15
3. Erträge aus Beteiligungen		388.053,51	577.693,43
4. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.013.411,95	1.013.411,95
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		9.371,95	2.843,10
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.190,48	0,00
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		352.057,11	304.521,60
8. Ergebnis nach Steuern		<u>152.986,35-</u>	<u>331.862,73</u>
9. Jahresfehlbetrag		<u>152.986,35</u>	<u>331.862,73-</u>

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht

Firmenname laut Registergericht:	Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Firmensitz laut Registergericht:	Hildesheim
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Amtsgericht Hildesheim
Register-Nr.:	HRB 3635

Der Jahresabschluss der Landkreis Hildesheim Holding GmbH wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes zu beachten.

Soweit Wahlrechte für Angaben in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang ausgeübt werden können, wurde der Vermerk in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung gewählt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine kleine Kapitalgesellschaft.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 ist nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und bewertet.

Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagespiegel zu entnehmen.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wurden im wesentlichen Beträge für noch nicht vereinnahmte Steuererstattungen erfasst.

Die Abgrenzung dient der periodengerechten Gewinnermittlung. Die Beträge haben Forderungscharakter.

Angabe zu Restlaufzeitvermerken

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr beträgt 0,00 Euro (Vorjahr: 0,00 Euro).

Art der Forderung zum 31.12.2022	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit	
		kleiner 1 Jahr	größer 1 Jahr
	TEuro	TEuro	TEuro
gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3,2	3,2	0,0
gegenüber Gesellschaftern	2.163,0	2.163,0	0,0
sonstige Vermögensgegenstände	743,0	743,0	0,0
Summe	2.909,2	2.909,2	0,0

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen von TEuro 570,5 beinhalten mit TEuro 551,0 eventuelle Nachzahlungen für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag.

Verbindlichkeiten

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt 7.081,85 Euro (Vorjahr: 9.930,22 Euro).

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag errechneten sich aktive latente Steuern aus abweichenden Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Aufgrund des Wahlrechts, auf den Ansatz latenter Steuern zu verzichten, wurden zum Bilanzstichtag keine aktiven latenten Steuern angesetzt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Es bestehen noch nicht eingeforderte Einlageverpflichtungen auf Geschäftsanteile an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von Euro 3.125,00, auf Geschäftsanteile an der Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von Euro 2.087,50 und auf die Geschäftsanteile an der Windenergie Koppelberg GmbH und Co. KG in Höhe von Euro 91.250,00.

Eine Inanspruchnahme aus den genannten Haftungsverhältnissen droht nicht bzw. ist aus folgenden Gründen sehr unwahrscheinlich:

- sämtliche Gesellschaften weisen zum 31.12.2022 ein positives Eigenkapital aus;
 - sämtliche Gesellschaften haben im Geschäftsjahr 2022 ein positives Jahresergebnis erzielt;
- aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit sind sämtliche Gesellschaften nicht direkt von der Corona-Pandemie betroffen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustverrechnung

Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren des Anlagevermögens

Diese Erträge betreffen Dividenden der Avacon AG und Überlandwerk Leinetal GmbH für das Geschäftsjahr 2021, Ausschüttungen der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG und von einer atypisch stillen Beteiligung.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Sonstige Angaben

Name der Geschäftsführer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

Geschäftsführerin Kerstin Zingler ausgeübter Beruf: Kreisamtsrätin

Namen der Mitglieder der Unternehmensorgane

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Bernd Lynack, Vorsitzender, Landrat, Landkreis Hildesheim

Klaus Rosemann, Beamter, Landkreis Hildesheim

Christel Brede, Sparkassenbetriebswirtin, Stadt Sarstedt

Antonia Hillberg, Landtagsabgeordnete

Dr. Holger Schütte, Diplom-Mathematiker

Justus Lüder, Diplom-Kaufmann

Vergütungen der Mitglieder der Unternehmensorgane

In 2022 haben zwei Aufsichtsratssitzungen stattgefunden. Der Gesamtbetrag der in 2022 gezahlten Vergütungen beläuft sich auf Euro 160,00.

Vergütungen an Geschäftsführer

Im Berichtsjahr wurden der Geschäftsführerin für geleistete Tätigkeiten keine Vergütungen gewährt.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über nachstehende Unternehmen berichtet:

Firmenname / Sitz	Anteilshöhe	Jahresergebnis Euro	Eigenkapital Euro
Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH	50,00%	4.403	1.443.041
Überlandwerke Leinetal GmbH	26,00%	1.761.655	15.731.030
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG	15,71%	800.379	700.000
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH	16,67%	215	14.043
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG	15,56%	218.601	1.285.000
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH	25,00%	1.250	27.500

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Hinsichtlich der nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen wesentlichen Geschäfte wurden entsprechend dem Gesellschaftsvertrag und der hieraus folgenden Zuschussvereinbarungen der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH im Geschäftsjahr Betriebskostenzuschüsse in Höhe von zusammen Euro 1.171.791,35 gewährt.

Honorar des Abschlussprüfers

Die im Berichtsjahr erfassten Honorare für den Abschlussprüfer betragen Euro 9.000,00 brutto und umfassen ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Auf folgenden Vorgang von besonderer Bedeutung, der weder in der Bilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt ist, wird hingewiesen:

Ausbreitung des Coronavirus.

Die Ausbreitung des Coronavirus hat sich ab Januar 2020 ausgehend von China sehr dynamisch und weltweit entwickelt. Angesichts der Ausbreitungsdynamik, der Schwierigkeit, Menschen vor einer Übertragung zu schützen und der Gefährlichkeit des Virus ergriffen und ergreifen Regierungen und nationale Behörden Maßnahmen, die das öffentliche Leben und die Wirtschaft stark negativ beeinträchtigen.

Beispiele sind:

- Schließung von Betrieben und dadurch bedingte Beeinträchtigungen von Produktions-, Liefer- und Absatzprozessen,
- Schließung von Volkshochschulen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Das Ergebnis der Gesellschaft ist ertragsseitig durch die Erträge aus den Beteiligungen an in der Energiewirtschaft tätigen Unternehmen beeinflusst. Sowohl die speziellen Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft als auch die nicht abschätzbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie machen gegenwärtig eine realistische Prognose der Höhe der zukünftig erzielbaren Beteiligungsergebnissen unmöglich.

ANHANG zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von
Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Vorschlag bzw. Beschluss der Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresfehlbetrag beträgt Euro 152.986,35, er wird mit dem Gewinnvortrag verrechnet und auf neue Rechnung vorgetragen. Der Gewinnvortrag beträgt somit Euro 4.454.797,40.

Unterschrift der Geschäftsführung

Hildesheim, den 3. November 2023

.....
**Kerstin Zingler
Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Hildesheim**

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim

A. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeine Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die Finanzierung des Geschäftsbetriebes der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH durch Erträge aus Dividendenzahlungen der Avacon AG, der Überlandwerk Leinetal GmbH, Gronau, sowie der Beteiligungen an den Projekten "Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt" und "Windenergie Koppelberg" (jeweils Verwaltungs GmbH sowie GmbH & Co. KG).

2. Geschäftsverlauf

Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 199.070,76 €. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 152.986,35 € (Vorjahr: Überschuss: -331.862,73 €).

Das Ergebnis der Gesellschaft ist ertragsseitig insbesondere durch die Höhe der Dividenden aus der Avacon AG und der Überlandwerke Leinetal GmbH beeinflusst.

Aufwandsseitig sind im Wesentlichen Aufwendungen aus der Budgetvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH in Höhe von 1.171.791,35 € (Vorjahr 872.605,21 €) angefallen.

3. Finanzielle Leistungsfähigkeit

Die Gesellschaft konnte sich selbst finanzieren. Der Bestand an liquiden Mitteln verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 236.781,57 € (Vorjahr: Erhöhung um 147.076,36 €).

Die Eigenkapitalquote beträgt 91,91 % (Vorjahr: 94,33 %).

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim

B. Risiko- und Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung

Die Erträge aus den Beteiligungen an der Avacon AG und der Überlandwerk Leinetal GmbH haben sich im Jahr 2022 insgesamt im Vergleich zum Vorjahr verringert. Dies erklärt sich insbesondere dadurch, dass seitens der Überlandwerk Leinetal GmbH eine Dividendenzahlung in Höhe von 312.000,00 € gegenüber 520.000,00 € im Berichtsjahr 2021 erfolgte, während sich die Dividendenzahlung der Avacon AG wie im Vorjahr auf 1.008.411,95 € belief. Nach wie vor kann unter Berücksichtigung möglicher Folgen der schwierigen globalen Lage, namentlich der Ukraine- und der Energiekrise nicht davon ausgegangen werden, dass dieses immer noch hohe Niveau, insbesondere, was die Dividende der Überlandwerk Leinetal GmbH betrifft, gehalten werden kann. Zwar betrug die Dividendenzahlung der Überlandwerk Leinetal GmbH im Jahr 2023 für das Geschäftsjahr 2022 390.000,00 €, was gegenüber dem Berichtsjahr 2022 wieder eine Steigerung bedeutet. Im Berichtsjahr führten jedoch vornehmlich die Auswirkungen der staatlichen Energiepolitik zu einer generell höheren durchschnittliche Rendite in diesem Sektor. Fraglich ist jedoch, ob sich diese Effekte wiederholen.

Seitens der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG erfolgten im Berichtsjahr Ausschüttungen in Höhe von insgesamt 12.803,51 € sowie von der HG Energie Consult GmbH Zahlungen in Höhe von 47.250,00 €. Die Ausschüttung der Photovoltaik-Park Heinde Lechstedt GmbH & Co. KG erfolgte in Höhe von 16.000,00 €. Auch hier sind die hohen Dividendenzahlungen auf die Auswirkungen der Energiepolitik zurückzuführen.

Der wesentliche Ertrag der Landkreis Hildesheim Holding gGmbH wird durch Dividendenzahlungen der Überlandwerk Leinetal GmbH und der Avacon AG generiert, beides sind Energieversorger. Aufgrund der angespannten globalen Lage wegen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise ist jedoch in erhöhtem Maße trotz der momentan positiven Lage für die Zukunft mit möglichen negativen Auswirkungen hinsichtlich der Dividendenzahlungen zu rechnen. Die staatlichen Regelungen, die für die zwar geringere aber immer noch relativ stabile Dividendenzahlungen der Energieversorger gesorgt haben, können ebenso in die andere Richtung wirken. Es lassen sich daher nach wie vor keine exakten wirtschaftlichen Prognosen, gerade was die Lage der Energieversorger betrifft, treffen.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Im Berichtsjahr 2020 stand ein Verkauf von Anteilen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an der Überlandwerk Leinetal GmbH im Raum. Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim hatten einen solchen Verkauf in Betracht gezogen. Der Verkauf sollte aus politischen Gründen erfolgen, um die Überlandwerk Leinetal GmbH zu stärken.

Durch den Verkauf sollten weitere Lizenzgeber, namentlich die betroffenen Kommunen in ihrem Geschäftsgebiet, als Gesellschafter gewonnen werden in der Erwartung, dass sich die Gesellschafter bei der Vergabe von Lizenzen an die Überlandwerk Leinetal GmbH binden. Die Überlandwerk Leinetal GmbH befürchtete, wenn die Lizenzgeber nicht gleichzeitig Gesellschafter der Überlandwerk Leinetal GmbH sind, für die Zukunft einen Verlust von Aufträgen bzw. Lizenzen. Nach dem derzeitigen Sachstand ist davon auszugehen, dass ein solcher Verkauf nicht mehr zum Tragen kommt.

Für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist diese Tatsache positiv zu bewerten, da mit einem Anteilsverkauf in jedem Fall auch eine Verringerung von Dividendenzahlungen einhergegangen wäre.

Ab dem Berichtsjahr 2018 wurde auf bereits damals aktuelle Entwicklungen hinsichtlich rückläufiger Dividendenzahlungen mit der Aushandlung einer Budgetvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH reagiert. Um die Landkreis Hildesheim Holding GmbH substanzerhaltend weiterzuführen, wurde die Bemessung des Budgets an die VHS gGmbH insoweit den zuvor geschilderten Gegebenheiten folgerichtig angepasst. Entsprechend der letzten Jahresabschlüsse der Volkshochschule sollte bei weiteren Budgetgesprächen die Ertragsseite der Landkreis Hildesheim Holding GmbH entsprechend berücksichtigt werden.

Im Zuge der Übernahmeverhandlungen und des eventuellen Erwerbs des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e.V. sowie als Auswirkung der kurzfristig abgewandten finanziellen Schieflage der VHS Hildesheim gGmbH in Folge der Corona-Pandemie, hatte der Kreistag des Landkreises Hildesheim beschlossen, eine neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH abzuschließen. Aufgrund dieses Kreistagsbeschlusses sowie entsprechender Beschlüsse des Aufsichtsrates und des Landkreis Hildesheim als Gesellschafter der Landkreis Hildesheim Holding GmbH wurde am 29.07.2021 diese neue Zuwendungsvereinbarung mit der VHS Hildesheim gGmbH rückwirkend zum 01.01.2021 abgeschlossen. Kerninhalt dieser Vereinbarung ist, dass die Volkshochschule ihren Zuschussbedarf durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im Wirtschaftsplan darlegt. Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses durch den Aufsichtsrat der VHS Hildesheim gGmbH hat dann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH den dort dargestellten Betrag an die VHS Hildesheim gGmbH zu erstatten.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Durch diese neue Zuwendungsvereinbarung hat sich der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH entrichtet, bereits im Jahr 2021 um 150.000,00 € erhöht. Dies ist der Betrag, den die VHS Hildesheim gGmbH als Zuschussbedarf für den zweiten Bildungsweg benötigt. Im Jahr 2022 sind zwei weitere Beträge in Höhe von 100.000,00 € für erweiterte Sprachkurse sowie 200.000,00 € für das Bildungsbüro der Volkshochschule dazugekommen. Insgesamt zahlt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH derzeit jährlich einen Zuschuss von 1.175.000,00 € an die VHS gGmbH. Nach jetzigem Sachstand sind weitere Zuschusszahlungen, wie z.B. anfallende Miete für die Außenstelle in Sarstedt in Höhe von ca. 44.000,00 € avisiert. Die Gesamtausgaben der Landkreis Hildesheim Holding GmbH überschreiten bereits ohne die im Raum stehende Übernahme der Miete für die Außenstelle in Sarstedt einschließlich der Steuerzahlungen die Einnahmen. Dies ist auch bereits an dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 152.986,35 € eindeutig erkennbar.

Der Aufsichtsrat der Landkreis Hildesheim Holding GmbH hatte dieses Missverhältnis bereits innerhalb des letzten Berichtsjahres erkannt und beabsichtigte, über die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim Maßnahmen einzuleiten, um wieder ein entsprechendes Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Zuschusszahlungen an die VHS Hildesheim gGmbH zu schaffen. Angestrebt wird eine Umstrukturierung dahingehend, dass der Zuschuss, den die Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die VHS Hildesheim gGmbH zahlt, so bemessen wird, dass die Zuschusszahlungen der Holding an die VHS Hildesheim gGmbH in Relation zu ihren Einnahmen stehen. Eventuelle Defizite könnten durch Einsparungen oder Übernahme der Zahlungen von evtl. neuen Mitgesellschaftern im Falle des Verkaufs des Anteils der Volkshochschule Hildesheim e.V., wie z.B. dem Landkreis Hildesheim, übernommen werden. Erste Schritte dazu sind bereits erfolgt. Für die Umsetzung müssten jedoch noch entsprechende Gespräche bzw. soweit erforderlich ggfs. Beschlüsse der politischen Gremien gefasst werden. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Zahlungsverpflichtung der Holding bestehen.

Die politischen Gremien des Landkreises Hildesheim strebten ursprünglich - vornehmlich aus steuerrechtlichen Gründen - die Übernahme des gesamten bisher durch den Volkshochschule Hildesheim e.V. gehaltenen Anteils der Volkshochschule an. Diese Lösung kam nicht zum Tragen. Die Variante der Übernahme von einigen Prozentpunkten des Anteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wurde ebenfalls verworfen, da nach dem neuesten Wissensstand möglicherweise damit zu rechnen war, dass in einem solchen Fall die steuerrechtlichen Probleme der Holding hinsichtlich der verdeckten Gewinnausschüttungen nicht beseitigt werden können.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Die Verhandlungen über den Verkauf erstreckten sich über die Berichtsjahre 2020 bis 2022 und das bisher vergangene Jahr 2023.

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim und der Rat der Stadt Hildesheim haben schließlich durch entsprechende gleichlautende Beschlüsse im vierten Quartal 2022 die jeweiligen Verwaltungen beauftragt, den Anteil der Volkshochschule Hildesheim e.V. in Höhe von 24% vom Landkreis Hildesheim und zu 26% von der Stadt Hildesheim zu erwerben. Derzeit dauert die Umsetzung dieser Beschlusslage an.

Nach dem aktuellen Sachstand ist davon auszugehen, dass es zu einer Umsetzung dieser Beschlüsse kommt. Dies kann sich auf die finanzielle Situation der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zunächst negativ, mittel- bis langfristig aber positiv auswirken.

Es liegen Entwürfe für drei Verträge vor: Kauf- und Abtretungsvertrag, Gesellschaftsvertrag und Konsortialvertrag. Die Vertragsparteien haben sich bereits über den Abschluss dieser Verträge insgesamt geeinigt. Derzeit erfolgt die Ausarbeitung dieser Verträge im Detail.

Die Konsortialvereinbarung legt u.a. fest, dass mit deren Abschluss bestehende Zahlungsverbindlichkeiten hinfällig sind, sichert der Volkshochschule Hildesheim gGmbH hinsichtlich der Zuschusszahlungen jedoch den Status Quo für einen Zeitraum von drei Jahren zu. Danach liegt die Festlegung der Höhe der weiteren Zuschusszahlungen bei den Gesellschaftern und bedarf einer Neuregelung. Hinsichtlich der Wahrung der finanziellen Zuwendungen für diese drei Jahre steht es dabei im Ermessen von Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH sich intern darüber zu verständigen, wer die Zahlungen übernimmt.

Solange aber keine diesbezügliche Regelung seitens der politischen Gremien des Landkreises Hildesheim getroffen wird, ist davon auszugehen, dass die Landkreis Hildesheim Holding GmbH verpflichtet wird, den Zuschussbedarf an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zu decken.

Sofern der Hildesheimer Volkshochschule e.V. nicht mehr Gesellschafter der Volkshochschule gGmbH ist, sehen die vertraglichen Entwürfe, namentlich die Konsortialvereinbarung außerdem vor, dass die Zuschusszahlungen der Hildesheimer Volkshochschule e.V. wegfallen. Stattdessen wird die Stadt Hildesheim einen Betrag in Höhe von 100.000,00 € an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH zahlen.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Die Volkshochschule Hildesheim gGmbH selbst war von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erheblich betroffen und geriet zwischenzeitlich in finanzielle Schieflage. Die Volkshochschule musste auch noch im Berichtsjahr 2021 zeitweise Corona bedingt schließen und hatte erhebliche Einnahmeausfälle zu bewältigen. Die zwischenzeitlich im Berichtsjahr 2020 drohende Insolvenz konnte insbesondere durch Beitreibung ausstehender Forderungen und durch verstärkte Online-Angebote abgewendet werden. Letztere Maßnahme sowie staatliche Förderprogramme haben auch erneut im Berichtsjahr wesentlich zur Verbesserung der Einnahmesituation der Volkshochschule beigetragen. Auch der wieder mögliche Präsenzunterricht trug zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bei.

Im Bereich Personal der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben sich keine Änderungen ergeben. Es ist geplant, einen Prokuristen zu verpflichten, entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet, konnten aber bis jetzt aufgrund von zunächst erforderlichen verwaltungsinternen Umstrukturierungen beim Landkreis Hildesheim nicht umgesetzt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass eine Bestellung des Prokuristen im vierten Quartal 2023 erfolgen wird.

Wesentliche Investitionen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Die Beteiligung „Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG“ plant jedoch voraussichtlich für das Jahr 2024 die Errichtung einer dritten Windkraftanlage. Möglicherweise kommt es hier zu einer Kapitalnachschusspflicht für die Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wenn ein entsprechender Gesellschafterbeschluss gefasst wird. Da die Landkreis Hildesheim Holding GmbH nicht Mehrheitsgesellschafterin ist, sind die diesbezüglichen Einflussmöglichkeiten gering.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit wird voraussichtlich zumindest kurz- bis mittelfristig auch weiterhin ohne die Aufnahme von Fremdkapital möglich sein. Zwar ist zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH von einer mittleren negativen Entwicklung auszugehen. Aufgrund des aktuellen Sachstandes hinsichtlich des Erwerbs eines Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH durch den Landkreis Hildesheim ist jedoch davon auszugehen, dass eine Regelung zwischen Landkreis Hildesheim und Landkreis Hildesheim Holding GmbH gefunden wird, um die Zuschusszahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH wieder zu reduzieren, damit sie in einem ausgewogenen Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

2. Chancen und Risiken

Auch im aktuellen Berichtsjahr konnte das Problem, dass die Finanzverwaltung die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH seit Bestehen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH als verdeckte Gewinnausschüttung einstuft und daraus wesentliche Steuerzahlungen gegen die Landkreis Hildesheim Holding GmbH geltend macht, nicht abschließend geklärt werden. Hier ist nur eine Lösung möglich, wenn der avisierte Verkauf der Anteile des Volkshochschule Hildesheim e.V. an juristische Personen des öffentlichen Rechts erfolgt, namentlich wenn die bereits genannte geplante Anteilsübertragung auf Stadt und Landkreis Hildesheim vollzogen wird.

Da es hierzu in der steuerrechtlichen Literatur und Rechtsprechung uneinheitliche Auffassungen gab, hat die Landkreis Hildesheim Holding GmbH am 03.09.2020 einen Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim für sie zuständigen Finanzamt Hildesheim-Alfeld gestellt. Grundlage war ein zum damaligen Zeitpunkt maßgeblicher Kreistagsbeschluss vom 09.07.2020, wonach die vollständige Übernahme der Anteile des Hildesheimer Volkshochschule e. V. durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH Grundlage des Antrages sein sollte. Das Finanzamt hat dem Antrag mit Bescheid vom 30.11.2021 grundsätzlich entsprochen, zusammenfassend dahingehend, dass im Falle des vollständigen Erwerbs des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e. V. durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH nicht mehr die Rechtsfolgen einer verdeckten Gewinnausschüttung gezogen werden.

Durch die beschriebene neue Alternative, dass anstatt der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, der Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim den Anteil des Hildesheimer Volkshochschule e. V. erwerben, muss in diesem Fall nach entsprechender abschließender Beschlussfassung über den Erwerb durch die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim ein neuerlicher Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim zuständigen Finanzamt gestellt werden. Die Bindungswirkung der verbindlichen Auskunft des Finanzamtes erstreckt sich nur auf die Variante „Übernahme des Anteils durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH“. Anträge auf verbindliche Auskunft beim Finanzamt lassen immer nur die Abfrage eines verbindlichen Sachverhalts und nicht mehrere Alternativen zu. Da es sich sowohl bei der Stadt Hildesheim als auch dem Landkreis Hildesheim um juristische Personen des öffentlichen Rechts handelt, bestehen jedoch sehr gute Chancen, dass das Finanzamt auch einem solchen Antrag entsprechen wird. Im Weiteren ist ferner noch die erforderliche kommunalaufsichtliche Genehmigung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport erforderlich, die aber ebenfalls erst

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

beantragt werden kann, wenn die Gremien von Stadt und Landkreis Hildesheim über die vorliegenden Verträge abschließend entschieden haben.

Eine Entscheidung über die Einsprüche, die gegen sämtliche bisherige Steuerfestsetzungen seit 2005 eingelegt worden sind, ist nach wie vor durch die Finanzverwaltung nicht erfolgt. Im August 2020 hat das Finanzamt alle noch ausstehenden Steuerbescheide für die Jahre 2015 bis 2018 erlassen, sämtliche durch das Finanzamt festgesetzten Steuerzahlungen für die Jahre bis einschließlich 2018 wurden beglichen.

Die sich aus der Auffassung der Finanzverwaltung ergebenden steuerlichen Risiken sind bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 vollständig berücksichtigt worden.

Wesentlich beeinflussen wird die weitere Geschäftstätigkeit der Landkreis Hildesheim Holding GmbH, wie bereits beschrieben, der weitere Umgang mit der im Jahr 2021 neu abgeschlossenen Zuwendungsvereinbarung mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH bzw. deren im Raum stehender Wegfall. Damit einhergehend ist auch der zukünftige Umgang mit den Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Volkshochschule gGmbH in Verbindung mit der Übernahme des Anteils der Hildesheimer Volkshochschule e.V. durch den Landkreis Hildesheim bzw. die Stadt Hildesheim entscheidend für die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH.

Welche Zuschussforderungen der Volkshochschule Hildesheim gGmbH aufgrund der aktuell geltenden Zuwendungsvereinbarung und der voraussichtlich sich daran anschließenden Konsortialvereinbarung langfristig auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH zukommen und ob sie diese dauerhaft tragen kann bzw. muss, ist derzeit nur bedingt absehbar. Sollten seitens der politischen Gremien des Landkreises nach rechtskräftigem Erwerb des Anteils an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH Hildesheim entsprechende Maßnahmen veranlasst werden, um die Zuschusszahlungen der Holding an die Volkshochschule zu reduzieren, z.B. durch Übernahme eines Teils der Zuschussverpflichtung an die Volkshochschule gGmbH, kann dies positive Auswirkungen auf die Liquidität und Substanz der Landkreis Hildesheim Holding GmbH haben. Sofern dieser Fall nicht eintritt, wären die Auswirkungen negativ.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Weiterhin ist auch zu berücksichtigen, dass die Höhe der Zuschusszahlungen Folgen für die Steuerlast der Holding hat, solange das Finanzamt diese Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen einstuft.

Sofern die Realisation des Anteilserwerbs an der Hildesheimer Volkshochschule gGmbH von Stadt und Landkreis Hildesheim tatsächlich erfolgt, sehen die derzeitigen Vertragsentwürfe vor, dass dann ebenfalls keine Zahlungen des Hildesheimer Volkshochschule e.V. mehr an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH erfolgen. Bisher zahlte der Verein jährlich ein Betrag in Höhe von 300.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH. Stattdessen wird eine Zahlung der Stadt Hildesheim in Höhe von 100.000,00 € an die Volkshochschule gGmbH erfolgen.

Sollten daher die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien von Stadt und Landkreis gefasst werden, entsteht damit bei der Volkshochschule eine weitere Finanzierungslücke in Höhe von ca. 200.000,00 €, die zu decken wäre. Aufgrund der oben geschilderten aktuellen Beschlusslage hätte ein solcher Ausgleich voraussichtlich zumindest vorerst durch Zahlungen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH zu erfolgen.

Sofern der mit der Übernahme des Anteils des Volkshochschule Hildesheim e.V. durch Stadt und Landkreis Hildesheim beabsichtigte Effekt eintritt, dass das Finanzamt die Zahlungen der Holding an die Volkshochschule gGmbH nicht mehr als verdeckte Gewinnausschüttungen wertet, kann die Landkreis Hildesheim Holding GmbH im besten Fall mit einer Steuerersparnis in etwa der Höhe der bisher durch den Verein geleisteten Zuschusszahlungen rechnen. Die Ausgaben der Holding würden sich insoweit verringern. Diese positive Auswirkung würde jedoch durch den der Volkshochschule dann fehlenden Teil des Zuschusses des Volkshochschule Hildesheim e.V. voraussichtlich weitestgehend aufgehoben, solange nicht z.B. der Landkreis Hildesheim einen Teil der Zuschussverpflichtungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH übernimmt.

Bis zum Wirksamwerden und auch für die Geltungsdauer der Konsortialvereinbarung ist davon auszugehen, dass die Volkshochschule Hildesheim gGmbH den wegfallenden Betrag des Volkshochschule Hildesheim e.V. in den Wirtschaftsplan als Zuschussbedarf durch die Holding einstellen und einen entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss herbeiführen wird, so dass die Zahlungsverpflichtung für das entstandene Defizit dann grundsätzlich zunächst bei der Holding liegen würde. Während der drei Jahre, in denen die Konsortialvereinbarung den Status Quo der Volkshochschule Hildesheim gGmbH gewährleisten soll, könnten nur die politischen Gremien des Landkreises zur langfristigen finanziellen Stabilität der Holding beitragen. Seitens der Politik könnte

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

dafür Sorge getragen werden, dass die Zahlungen der Holding an die Volkshochschule gGmbH verringert bzw. so bemessen werden, dass der Zuschuss der Holding dauerhaft in einem angemessenen Verhältnis zu deren Einnahmen steht und durch die Zuschusszahlungen nicht die Substanz der Holding angegriffen wird, z.B. durch Übernahme entsprechender Zahlungsverpflichtungen seitens des Landkreises Hildesheim.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Wirkung des Wegfalls der Steuerzahlungen aufgrund der verdeckten Gewinnausschüttungen erst ab dem Zeitpunkt der Änderung der Beteiligungsverhältnisse eintreten würde. Von einer rückwirkenden Erstattung der gezahlten in Rede stehenden Steuern ist nicht auszugehen.

Sollte es allerdings politisch gelingen, die o. g. Maßnahmen umzusetzen, wäre die finanzielle Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH dauerhaft gewährleistet.

Eine möglicherweise drohende finanzielle Schieflage könnte abgewendet werden, in dem der Landkreis Hildesheim die Forderung in Höhe von 2.163.030,42 €, die ihm gegenüber seitens der Holding besteht, ausgleicht und damit kurz-bis mittelfristig die Liquidität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH sichert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach wie vor das Ziel, die finanzielle dauerhafte Stabilität der Holding zu erreichen, noch nicht erreicht ist. Jedoch wurden insbesondere durch die Beschlüsse von Stadt und Landkreis Hildesheim über den Anteilserwerb und die Einigung über die Vertragsentwürfe wichtige Meilensteine gesetzt. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, wird sich dies positiv auf die Landkreis Hildesheim Holding GmbH auswirken. Trotzdem ist der vollständige Abschluss des Verfahrens abzuwarten, insbesondere, ob seitens der Politik die weiteren notwendigen Schritte eingeleitet werden. Das Ergebnis des Berichtsjahres 2022, namentlich das Defizit in Höhe von 152.986,35 €, weist sehr deutlich darauf hin, dass dringender Handlungsbedarf angezeigt ist.

LAGEBERICHT zum 31.12.2022

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Erwerb und Verwaltung von Unternehmensbeteiligungen
Hildesheim**

Auch eine vollständige und abschließende Risikoabwägung insgesamt ist aufgrund der zuvor beschriebenen Vorgänge weiterhin nicht möglich. Das Risiko von weiteren Ertragsrückgängen aufgrund geringerer Dividendenzahlungen der Energieversorger - insbesondere bedingt durch die globale Lage aufgrund des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise – ist kurz- bis mittelfristig nicht absehbar. Hinsichtlich der Verringerung der Zuschusszahlungen und der Verringerung der Steuerlast befindet sich der Prozess für die Herstellung der finanziellen Stabilität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH auf einem guten Weg. Wird dieser Weg jedoch nicht konsequent fortgesetzt, droht der Landkreis Hildesheim Holding GmbH eine finanzielle Schieflage.

Weitere Risiken sind nicht bekannt.

Hildesheim, den 3. November 2023

.....
Kerstin Zingler
Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Hildesheim

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Aufgliederungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2022

A. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet. Für die Abnutzung werden planmäßige Abschreibungen verrechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen waren nicht erforderlich.

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	Euro	<u>0,00</u>
(31.12.2021:	Euro	0,00)
AHK zum 1. Januar 2022	Euro	249,00
= AHK zum 31. Dezember 2022	Euro	249,00
- kumulierte Abschreibungen	Euro	249,00
Buchwert zum 31. Dezember 2022	<u>Euro</u>	<u>0,00</u>

Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00
---------------------------------	------	------

Der Ausweis betrifft geringwertige Anlagegüter.

II. Finanzanlagen

1. Beteiligungen

	Euro	<u>2.011.872,30</u>
(31.12.2021:	Euro	2.045.622,30)
Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:		
AHK zum 1. Januar 2022	Euro	2.045.622,30
- Abgänge zu AHK	Euro	33.750,00
= AHK zum 31. Dezember 2022	Euro	2.011.872,30
Buchwert zum 31. Dezember 2022	<u>Euro</u>	<u>2.011.872,30</u>

Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00
---------------------------------	------	------

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Die Abgänge des Berichtsjahres betreffen eine weitere Rückzahlung des Kommanditkapitals der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft verfügt über nachfolgende Beteiligungen:

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Überlandwerk Leinetal GmbH	1.450.409,80	1.450.409,80
Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH	275.000,00	275.000,00
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungsgesellschaft mbH	3.125,00	3.125,00
Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG	200.000,00	200.000,00
Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH	2.087,50	2.087,50
Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG	6.250,00	40.000,00
HG ENERGIE CONSULT GmbH	<u>75.000,00</u>	<u>75.000,00</u>
	<u>2.011.872,30</u>	<u>2.045.622,30</u>

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH hält 26 % des Stammkapitals von 2.560.000 Euro der Überlandwerk Leinetal GmbH.

Weiterhin hält die Holding GmbH 50 % des Stammkapitals von 50.000 Euro der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH, welche in 2005 gegründet wurde. Die Anschaffungskosten der Beteiligung betragen 125.000 Euro. In 2017 wurde ein Betrag von 150.000 Euro in die Kapitalrücklage dieser Gesellschaft eingezahlt.

In 2010 hinzugekommen sind eine Beteiligung an der in 2010 gegründeten Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von 25 % des Stammkapitals im Nennwert von 25.000 Euro, welches zu 50 % eingefordert und eingezahlt ist, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 200.000 Euro, entsprechend 15,6 % der Kapitalanteile, an der ebenfalls in 2010 gegründeten Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft eine Beteiligung an der in 2014 gegründeten Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von 16,67 % des Stammkapitals im Nennwert von 25.050 Euro, welches zu 50 % eingefordert und eingezahlt ist, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 125.000 Euro, entsprechend 16,67 % der Kapitalanteile, an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, die in 2014 durch formwechselnde Umwandlung der in 2012 gegründeten Windenergie Koppelberg GmbH entstanden ist, erworben.

In 2018 wurde von der geleisteten Kommanditeinlage an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ein Betrag von 60.000 Euro, in 2021 in Höhe von 31.250,00 Euro sowie in 2022 33.750,00 Euro zurückgewährt, so dass sich der Beteiligungsbuchwert jeweils entsprechend minderte.

Das Kommanditkapital der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ist in 2020 erhöht worden, die Gesellschaft hat keine weiteren Kommanditanteile gezeichnet. Die Beteiligungsquote an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ist somit auf 15,71 % gesunken.

Im Jahr 2016 hat die Gesellschaft eine atypisch stille Beteiligung mit der HG ENERGIE CONSULT GmbH in Höhe von 75.000 Euro begründet.

2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht

	<u>Euro</u>	<u>250.000,00</u>
(31.12.2021:	Euro	250.000,00)

Die Gesellschaft hat der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG ein Darlehen in Höhe von 250.000 Euro gewährt. Gemäß Darlehensvertrag vom 25. August/03. September 2015 wird das Darlehen mit 2 % verzinst. Tilgungsvereinbarungen wurden in der Weise getroffen, dass eine Rückführung erst nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG gegenüber Banken und Dritten erfolgen kann. Hierzu wurde gegenüber der DZ Bank AG, Frankfurt, eine Rangrücktrittsvereinbarung getroffen, nach der die Gesellschaft aus der Darlehensvereinbarung mit allen Ansprüchen im Rang zurücktritt und sich verpflichtet, die Darlehensmittel dort zu belassen, bis sämtliche Forderungen der DZ Bank vollständig erfüllt sind.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Der Posten hat sich in der Bruttodarstellung im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

AHK zum 1. Januar 2022	Euro	250.000,00
= AHK zum 31. Dezember 2022	Euro	250.000,00
Buchwert zum 31. Dezember 2022	<u>Euro</u>	<u>250.000,00</u>

Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00
---------------------------------	------	------

3. Wertpapiere des Anlagevermögens

	<u>Euro</u>	<u>2.663.830,70</u>
(31.12.2021:	Euro	2.663.830,70)

Es zeigt sich folgende Postenentwicklung:

AHK zum 1. Januar 2022	Euro	2.663.830,70
= AHK zum 31. Dezember 2022	Euro	2.663.830,70
Buchwert zum 31. Dezember 2022	<u>Euro</u>	<u>2.663.830,70</u>

Abschreibungen im Geschäftsjahr	Euro	0,00
---------------------------------	------	------

Die Berichtsfirma hält 0,77 % von 144.783.652 Stückaktien der Avacon AG.

Aufgliederungen und Erläuterungen
der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

B. Umlaufvermögen

**I. Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände**

**1. Forderungen gegen Unternehmen,
mit denen ein Beteiligungs-
verhältnis besteht**

	Euro	3.208,67
(31.12.2021:	Euro	2.394,83)

Die Forderung betrifft die Abrechnung der Betriebskostenzuschüsse für 2022 mit der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

2. sonstige Vermögensgegenstände	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>2.906.024,26</u>
	Euro	Euro	2.562.431,79)
- davon gegen Gesellschafter			
Euro 2.163.030,42			
(Euro 1.977.594,44)			
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Forderungen Landkreis Hildesheim aus Kapitalertragsteuer	2.163.030,42		1.977.594,44
Kapitalertragsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2012	11.113,44		11.113,44
Körperschaftsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2012	11.113,74		11.113,74
Körperschaftsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2019	93.018,29		93.018,29
Körperschaftsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2020	200.646,23		200.646,23
Körperschaftsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2021	245.605,05		245.605,05
Körperschaftsteuer und Solidaritäts- zuschlag 2022	148.784,54		0,00
Gewerbsteuer 2012	10.802,00		10.802,00
Zinsen zu Steuerforderungen	21.910,55		12.538,60
	<u>2.906.024,26</u>		<u>2.562.431,79</u>

Die Forderung an den Gesellschafter, den Landkreis Hildesheim, resultiert daraus, dass Zuschusszahlungen an die VHS nach Auffassung der Finanzverwaltung verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen und auf diese Einkünfte Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag erhoben wird.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Die Forderung zur Kapitalertragsteuer und zum Solidaritätszuschlag 2012 resultiert aus einer Festsetzung des Finanzamtes aus 2020. Der von der Finanzverwaltung angesetzte Betrag erscheint um den Forderungsbetrag zu hoch.

Die Steuererstattungen, die ermittelt wurden unter Berücksichtigung der Auffassung der Finanzverwaltung, dass es sich bei den Zuschusszahlungen an die VHS um verdeckte Gewinnausschüttungen handelt, betreffen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag 2019 bis 2022 sowie Gewerbesteuer 2012 und Erstattungsinsen ab 2012.

II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>1.364.862,89</u>
		Euro	1.601.644,46)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine # 846 510	488.692,21		723.643,75
Volksbank Hildesheimer Börde eG # 11 2270 308	<u>876.170,68</u>		<u>878.000,71</u>
	<u>1.364.862,89</u>		<u>1.601.644,46</u>
 Summe Aktiva		 <u>Euro</u>	 <u>9.199.798,82</u>
	(31.12.2021:	Euro	9.125.924,08)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital		Euro	<u>25.500,00</u>
	(31.12.2021:	Euro	25.500,00)
Das gezeichnete Kapital stimmt mit dem im Handelsregister eingetragenen Betrag überein. Gesellschafter ist der Landkreis Hildesheim.			
II. Kapitalrücklage		Euro	<u>4.281.098,10</u>
	(31.12.2021:	Euro	4.281.098,10)
III. Gewinnvortrag		Euro	<u>4.301.811,05</u>
	(31.12.2021:	Euro	3.969.948,32)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Stand am 1. Januar	3.969.948,32		3.569.039,06
Jahresergebnis des Vorjahres	<u>331.862,73</u>		<u>400.909,26</u>
	<u>4.301.811,05</u>		<u>3.969.948,32</u>
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss		Euro	<u>-152.986,35</u>
	(31.12.2021:	Euro	331.862,73)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

B. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen

	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>166.749,48</u>
		Euro	123.376,00)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Gewerbsteuer 2019	44.462,00		44.462,00
Gewerbsteuer 2020	42.306,00		42.306,00
Gewerbsteuer 2021	36.608,00		36.608,00
Gewerbsteuer 2022	42.183,00		0,00
Zinsen GewSt.-Nz (ab 2019)	<u>1.190,48</u>		<u>0,00</u>
	<u>166.749,48</u>		<u>123.376,00</u>

Die Höhe der Steuerrückstellungen berücksichtigt die vertretene Auffassung des Finanzamts, dass die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen. Die Gesellschaft vertritt weiterhin die Rechtsauffassung, dass die Zuschusszahlungen auch steuerlich als abziehbare Betriebsausgaben zu behandeln sind. Entsprechende Rechtsbehelfe sind anhängig.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

2. sonstige Rückstellungen	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>570.544,69</u>
		Euro	384.208,71)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Kapitalertragsteuer und Solidaritäts-			
zuschlag	551.044,69		365.608,71
Rückstellung Jahresabschlusskosten	<u>19.500,00</u>		<u>18.600,00</u>
		<u>570.544,69</u>	<u>384.208,71</u>

Die **Rückstellung für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag** betrifft im Berichtsjahr die Jahre 2019 bis 2022. Hinsichtlich der Jahre 2012 bis 2018 sind im Vorjahr entsprechende Veranlagungen erfolgt und die Steuer ist abgeführt worden. Die Rückstellung berücksichtigt die Auffassung des Finanzamts, dass die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH verdeckte Gewinnausschüttungen darstellen.

Die **Jahresabschlusskostenrückstellung** ist in Höhe der voraussichtlichen Kosten der Erstellung des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen sowie der Jahresabschlussprüfung 2022 gebildet.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

C. Verbindlichkeiten

**1. Verbindlichkeiten aus
Lieferungen und Leistungen**

	Euro	<u>4.547,79</u>
(31.12.2021:	Euro	7.396,16)

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr
Euro 4.547,79 (Euro 7.396,16)

Der Ausweis betrifft v. a. Beratungsleistungen sowie Kosten der verbindlichen Auskunft.

2. sonstige Verbindlichkeiten

	Euro	<u>2.534,06</u>
(31.12.2021:	Euro	2.534,06)

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr
Euro 2.534,06 (Euro 2.534,06)

Der Ausweis betrifft insbesondere IHK-Beiträge (Vorjahre).

Summe Passiva

	Euro	<u>9.199.798,82</u>
(31.12.2021:	Euro	9.125.924,08)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Aufgliederungen der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für 2022

1. sonstige betriebliche Erträge

a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

	Euro	32,00
(31.12.2021:	Euro	32,00)

Die Erträge betreffen die teilweise Auflösung der Rückstellung für Jahresabschlusskosten.

2. sonstige betriebliche Aufwendungen

a) Versicherungen, Beiträge und Abgaben

	Euro	1.127,43
(31.12.2021:	Euro	1.127,43)

Ausgewiesen ist der IHK-Beitrag 2022.

b) Reparaturen und Instandhaltungen

	Euro	0,00
(31.12.2021:	Euro	142,80)

Der Ausweis im Vorjahr betraf Aufwendungen für Softwarewartung.

c) Werbe- und Reisekosten

	Euro	122,75
(31.12.2021:	Euro	157,46)

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Aufmerksamkeiten	82,75	87,46
Reisekosten	<u>40,00</u>	<u>70,00</u>
	<u>122,75</u>	<u>157,46</u>

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

d) verschiedene betriebliche Kosten	(31.12.2021:	<u>Euro</u> 1.209.357,99	Euro 956.168,46)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Zuschüsse Volkshochschule gGmbH	1.171.791,35		872.605,21
Rechts- und Beratungskosten	13.935,49		57.411,07
Abschluss- und Prüfungskosten	20.427,42		21.140,00
Bürobedarf	42,30		0,00
Sonstiger Betriebsbedarf	1.000,00		1.000,00
Nebenkosten des Geldverkehrs	2.001,43		3.792,18
Aufsichtsratsvergütungen	<u>160,00</u>		<u>220,00</u>
	<u>1.209.357,99</u>		<u>956.168,46</u>
3. Erträge aus Beteiligungen	(31.12.2021: <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;"><u>Euro</u> 388.053,51</td> <td style="text-align: right; vertical-align: bottom;">Euro 577.693,43)</td>	<u>Euro</u> 388.053,51	Euro 577.693,43)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Ausschüttung Überlandwerk Leinetal GmbH	312.000,00		520.000,00
Gewinnanteile aus Personengesellschaften	<u>76.053,51</u>		<u>57.693,43</u>
	<u>388.053,51</u>		<u>577.693,43</u>

Bei den Gewinnanteilen aus Personengesellschaften handelt es sich um Ausschüttungen von der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG in Höhe von 16.000,00 Euro und von der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG in Höhe von 12.803,51 Euro. Daneben sind hier Erträge aus der stillen Gesellschaft an der HG ENERGIE CONSULT GmbH in Höhe von insgesamt 47.250,00 Euro ausgewiesen.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

**Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen**

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

**4. Erträge aus anderen
Wertpapieren und Ausleihungen
des Finanzanlagevermögens**

	<u>Euro</u>	<u>1.013.411,95</u>
(31.12.2021:	Euro	1.013.411,95)
	31.12.2022	31.12.2021
	Euro	Euro
Dividende Avacon AG	1.008.411,95	1.008.411,95
Zinsen Darlehen Windenergie Koppel- berg GmbH & Co. KG	<u>5.000,00</u>	<u>5.000,00</u>
	<u>1.013.411,95</u>	<u>1.013.411,95</u>

**5. sonstige Zinsen und ähnliche
Erträge**

	<u>Euro</u>	<u>9.371,95</u>
(31.12.2021:	Euro	2.843,10)

Es handelt sich um Zinserträge nach § 233a AO.

**6. Zinsen und ähnliche
Aufwendungen**

	<u>Euro</u>	<u>1.190,48</u>
(31.12.2021:	Euro	0,00)

Die Zinsaufwendungen betreffen Zinsen nach § 233a AO.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Halten von Beteiligungen

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>352.057,11</u>
		Euro	304.521,60)
	31.12.2022		31.12.2021
	Euro		Euro
Körperschaftsteuer	-141.028,00		-232.801,00
Solidaritätszuschlag	-7.756,54		-12.804,05
Kapitalertragsteuer	330.102,99		382.102,99
Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer	18.155,66		21.015,66
Gewerbsteuer	<u>152.583,00</u>		<u>147.008,00</u>
	<u>352.057,11</u>		<u>304.521,60</u>
8. Ergebnis nach Steuern	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>-152.986,35</u>
		Euro	331.862,73)
9. Jahresfehlbetrag/-überschuss	(31.12.2021:	<u>Euro</u>	<u>-152.986,35</u>
		Euro	331.862,73)

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Rechtliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Firma:	Landkreis Hildesheim Holding GmbH
Sitz:	Hildesheim
Rechtsform:	GmbH
Gesellschaftsvertrag:	Fassung vom 21. Januar 2005 mit Änderung vom 26. August 2005
Anschrift:	Marie-Wagenknecht-Str. 3 31134 Hildesheim
Registereintrag:	Handelsregister
Registergericht:	Hildesheim
Register-Nr.:	HRB 3635
Dauer der Gesellschaft:	auf unbeschränkte Zeit
Gegenstand des Unternehmens:	Halten von Beteiligungen
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember
Gezeichnetes Kapital:	Euro 25.500,00
Gesellschafter:	Landkreis Hildesheim (100 %)
Geschäftsführung:	Frau Kerstin Zingler, Kreisamtsrätin

Rechtliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Aufsichtsrat:

Herr Bernd Lynack (Vorsitzender)

Frau Antonia Hillberg

Frau Christel Brede

Herr Dr. Holger Schütte

Herr Klaus Rosemann

Herr Justus Lüder

Der Aufsichtsrat tagte im Berichtsjahr am
05.07.2022 und am 30.11.2022.

Wirtschaftliche Verhältnisse
Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Wirtschaftliche Verhältnisse

Beteiligungen

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist beteiligt an der Überlandwerk Leinetal GmbH. Sie hält am Bilanzstichtag 26 % = 665.600 Euro des Stammkapitals von 2.560.000 Euro.

Daneben ist die Berichtsfirma beteiligt an der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH. Sie hält am Bilanzstichtag 50 % des Stammkapitals von 50.000 Euro.

Ferner bestehen eine Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH in Höhe von 25 % des Stammkapitals von 25.000 Euro sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 200.000 Euro, entsprechend 15,6 % der Kapitalanteile von 1.285.000 Euro, an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG.

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft eine Beteiligung an der in 2014 gegründeten Windenergie Koppelberg Verwaltungs GmbH in Höhe von 4.175 Euro, entsprechend 16,67 % des Stammkapitals von 25.050 Euro, sowie eine Kommanditbeteiligung in Höhe von 125.000 Euro entsprechend 16,67 % der Kapitalanteile, an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG erworben, die durch Umwandlung im Wege des Formwechsels der in 2012 gegründeten Windenergie Koppelberg GmbH entstanden ist (Beschluss vom 11. August 2014).

In 2018 wurde von der Kommanditbeteiligung ein Betrag von 60.000 Euro, in 2021 von 31.250 Euro sowie in 2022 von 33.750 Euro zurückgewährt, so dass sich der Beteiligungsbuchwert entsprechend verminderte. Im Jahr 2020 hat bei der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG eine Erhöhung des Kommanditkapitals um 50.000 Euro stattgefunden, an der die Holding GmbH nicht beteiligt war. Die Beteiligungsquote ist hierdurch auf 15,71 % gesunken.

Mit Vertrag vom 13. Oktober 2016 ist eine atypische stille Gesellschaft mit der HG ENERGIE CONSULT GmbH errichtet. Die Einlage der Berichtsfirma beträgt 75.000 Euro.

Die HG ENERGIE CONSULT GmbH, Kirchlinteln, ist alleinige Komplementärin der BWR Evensen GmbH & Co. KG (BWR) mit einer Komplementäreinlage von 285.000 Euro. Gegenstand der Kommanditgesellschaft ist der Betrieb eines Bürgerwindrades.

Wirtschaftliche Verhältnisse
Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Der Ergebnisbeteiligung der stillen Gesellschafterin (Berichtsfirma) wird das im handelsrechtlichen Jahresabschluss der HG ENERGIE CONSULT GmbH ausgewiesene Ergebnis an der BWR zugrunde gelegt. Von diesem Ergebnis erhält der stille Gesellschafter einen Anteil von 26,32 %.

Ausleihungen

Die Gesellschaft hat aufgrund einer Verpflichtung im Zuge des Anteilserwerbs an der Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG dieser ein Darlehen in Höhe von 250.000 Euro gewährt. Gemäß Darlehensvertrag vom 25. August/03. September 2015 wird das Darlehen mit 2 % verzinst. Eine Rückzahlung kann erst erfolgen, wenn die Darlehensnehmerin ihre Verbindlichkeiten gegenüber Banken und Dritten erfüllt hat.

Mit Darlehensbelassungs- und Rangrücktrittsvereinbarung vom 18./29. September 2015 zwischen der Berichtsfirma und der Windenergie Koppelberg GmbH, die gemäß Beschluss vom 11. August 2014 im Wege des Formwechsels umgewandelt ist in Windenergie Koppelberg GmbH & Co. KG, tritt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH mit ihren bestehenden, zukünftigen und bedingten Forderungen aus der vorgenannten Darlehensvereinbarung nebst allen daran haftenden Rechten gegenüber der Darlehensnehmerin, auf welchem Rechtsgrund sie auch beruhen, hinter sämtlichen gegenwärtigen, künftigen und bedingten Ansprüchen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung mit der DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main oder mit in- und ausländischen Geschäftsstellen der DZ Bank, gegen die Darlehensnehmerin im Rang zurück.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die Berichtsfirma hält am Bilanzstichtag Anteile an der Avacon AG in Höhe von 0,77 % = 1.108.145 von insgesamt 144.783.652 Stückaktien bei einem gezeichneten Kapital von 357.616.000 Euro.

Steuerliche Verhältnisse

Landkreis Hildesheim Holding GmbH

Hildesheim

zum

31. Dezember 2022

Steuerliche Verhältnisse

Die Landkreis Hildesheim Holding GmbH wird beim Finanzamt Hildesheim-Alfeld unter der Steuernummer 30/210/07300 geführt. Die Veranlagungen zur Körperschaftsteuer sind für 2005 und 2006 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt.

Die Bescheide über den Gewerbesteuermessbetrag für 2005 bis 2009 sowie über Körperschaftsteuer für 2007 bis 2009 sind endgültig ergangen; es wurden Rechtsbehelfe eingelegt.

Die Veranlagungen zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer 2010 bis 2014 sind unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt. Die Veranlagungen der Jahre 2015, 2016, 2017 und 2018 sind im August 2020 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erfolgt. Auch hier sind entsprechende Einspruchsverfahren eingeleitet.

Veranlagungen ab 2019 sind bisher nicht erfolgt. Zur Klärung der wichtigen Sachfrage (verdeckte Gewinnausschüttung an die VHS gGmbH) wurde 2022 eine verbindliche Auskunft des zuständigen Finanzamts eingeholt. Die daraus resultierenden Gestaltungsüberlegungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Fragenkreis 1 : Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Tätigkeiten des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung sind geregelt in den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat sowie für die Geschäftsführung. Die Aufgabenverteilung ergibt sich aus § 8 des Gesellschaftsvertrags. Die sachgerechte Einbindung des Überwachungsorgans in die Entscheidungsprozesse ist im Wesentlichen durch regelmäßig stattfindende Aufsichtsratssitzungen mit entsprechender Berichterstattung des Geschäftsführers gegeben. Über besondere Vorkommnisse unterrichtet der Geschäftsführer den Aufsichtsratsvorsitzenden ggf. zeitnah.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden, und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen sowie zwei Aufsichtsratssitzungen statt. Es wurden jeweils Niederschriften erstellt. Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft sollte der Aufsichtsrat mindestens halbjährlich tagen.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Die Geschäftsführerin ist Aufsichtsratsmitglied bei der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH und der Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH. Außerdem besteht ein beratendes Mandat im Aufsichtsrat der Theater für Niedersachsen GmbH und eine stellvertretende Mitgliedschaft im Verbandsausschuss Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Im Wirtschaftsjahr 2022 ist keine Vergütung für die Geschäftsführungstätigkeit geleistet worden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten nur eine Auslagenerstattung.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Entsprechende Regelungen enthalten der Gesellschaftsvertrag sowie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Nach unseren Feststellungen wird den Regelungen entsprechend verfahren.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Das Tätigkeitsspektrum der Gesellschaft ist nicht korruptionsanfällig. Zustimmungsregelungen zu wesentlichen Rechtsgeschäften ergeben sich aus der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. Die eingerichteten Kontrollmechanismen decken das Risiko ausreichend ab.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Wesentliche schriftliche Arbeitsanweisungen sind aufgrund der Tatsache, dass neben der Geschäftsführerin kein Personal beschäftigt ist, nicht erforderlich. Die Regelungen im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung erscheinen ausreichend. Die bestehenden Regelungen werden eingehalten, Hinweise auf Verstöße waren nicht ersichtlich.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge werden ordnungsgemäß verwaltet und gepflegt.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

In einem Wirtschaftsplan wird die Erfolgsentwicklung des laufenden und des folgenden Jahres dargelegt. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Das geplante Volumen im Bereich der Aufwendungen wurde im Wesentlichen eingehalten. Deshalb bedurfte es keiner systematischen Untersuchung der Planabweichungen. Hinsichtlich der Erträge ist eine Planbarkeit nur bedingt möglich, da die Erträge im Wesentlichen vom Ausschüttungsverhalten der Beteiligungsunternehmen abhängen. Die Geschäftsführerin holt im Vorfeld der Erstellung des Wirtschaftsplanes hierzu verfügbare Informationen ein und berücksichtigt diese entsprechend bei der Planung.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht den Erfordernissen der Gesellschaft. Aufgrund der geringen Komplexität der Landkreis Hildesheim Holding GmbH ist das Rechnungswesen vom Umfang her entsprechend angepasst.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Die regelmäßige Liquiditätskontrolle ist durch die Geschäftsführung gegeben. Die Liquiditätsplanung ist Teil des Wirtschaftsplanes.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management, und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Die Liquiditätssteuerung wird von der Geschäftsführerin wahrgenommen, die für den ordnungsgemäßen Ablauf des Zahlungsverkehrs zuständig ist. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass hierfür geltende Regelungen nicht eingehalten wurden.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Entgelte werden von der Gesellschaft nicht in Rechnung gestellt. Die Erträge resultieren nahezu ausschließlich aus den gehaltenen Finanzanlagen.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Aufgrund des geringen Umfangs der Geschäftstätigkeit und der Tatsache, dass außer der Geschäftsführerin kein Personal beschäftigt ist, ist der Einsatz von Controllinginstrumenten auf ein angemessenes Maß reduziert. Verschiedene Geschäftsbereiche sind nicht eingerichtet. Die Maßnahmen erscheinen sinnvoll.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Gesellschaft verfügt nicht über entsprechende Unternehmensbeteiligungen. Das Berichtswesen ermöglicht eine Überwachung der Tätigkeiten der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht. Tochterunternehmen bestehen nicht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Prüfung ergab, dass Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, frühzeitig erkannt werden können. Dazu trägt auch die überschaubare Größe des Unternehmens bei. Ein formalisiertes Risikomanagementsystem ist nicht eingerichtet und auch nicht erforderlich.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet und ausreichend.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine Dokumentation besteht im Wesentlichen in den Informationen, die von der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat gegeben werden. Dieser wird entsprechend zeitnah informiert.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale und Maßnahmen mit den aktuellen Geschäftsprozessen und Funktionen wird durch die Geschäftsführerin gewährleistet. Eine fallweise Information der Mitglieder des Aufsichtsrates wird vorgenommen, sofern dies erforderlich erscheint.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?**

Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert, und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?**

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate werden bei der Gesellschaft nicht eingesetzt. Daher sind hierauf gerichtete Regelungen nicht erforderlich.

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Siehe hierzu Punkt a).

- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf:**

- **Erfassung der Geschäfte?**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse?**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung?**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Siehe hierzu Punkt a).

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte, und werden Konsequenzen auf Grund der Risikoentwicklung gezogen?**

Siehe hierzu Punkt a).

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Siehe hierzu Punkt a).

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Siehe hierzu Punkt a).

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Die Gesellschaft hat wegen des geringen Umfangs ihres Geschäftsvolumens keine institutionalisierte interne Revision. Dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim steht ein Prüfungsrecht hinsichtlich der Belange der Gesellschaft gesellschaftsvertraglich zu. Nach erteilten Auskünften hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss der Gesellschaft einer umfassenden Durchsicht unterzogen. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr Prüfungen nicht vorgenommen.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim ist nicht in die Organisationsstruktur der Gesellschaft eingebunden. Die Gefahr von Interessenkonflikten ist nicht erkennbar.

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Neben der kritischen Durchsicht des Jahresabschlusses hat das Rechnungsprüfungsamt im Berichtsjahr keine Prüfungstätigkeiten entfaltet.

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Prüfungsschwerpunkte sind mit dem Abschlussprüfer nicht abgestimmt worden.

- e) **Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt, und um welche handelt es sich?**

Es wurden im Berichtsjahr keine Prüfungshandlungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim durchgeführt.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Es wurden keine Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes ausgesprochen.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsverordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Es haben sich keine Anzeichen dafür ergeben, dass die vorherige Zustimmung zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften nicht eingeholt wurde.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Derartige Kreditgewährungen existieren nicht.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Ein solches Vorgehen ist nicht erkennbar. Entsprechende Umgehungen sind nicht vorgenommen worden.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Es sind keine Gesichtspunkte bekannt geworden, die auf Verstöße gegen Gesetz, Geschäftsordnung, Beschlüsse oder Gesellschaftsvertrag schließen lassen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden in angemessener Weise geplant und realisiert. Für wesentliche Investitionen werden in der Regel die Zustimmungen zuvor im Rahmen der Genehmigung des Wirtschaftsplanes durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat eingeholt. Im Berichtsjahr sind im Investitionsbereich keine Maßnahmen getätigt worden, die einer entsprechenden Zustimmung bedurften.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren. Generell erfolgt im Vorfeld größerer Investitionen eine sorgfältige Planung. Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Im Falle größerer Investitionen ist eine entsprechende laufende Überwachung der Maßnahme vorgesehen. Für die Gesellschaft ist dies aufgrund der Beschränkung der Tätigkeiten auf das Holdinggeschäft mangels Realisierung entsprechender Projekte gegenwärtig nicht erforderlich. Im Berichtsjahr sind keine Investitionen realisiert worden.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Überschreitungen haben sich nicht ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Dahingehende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben. Die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht auf Kreditlinien angewiesen.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, Eu-Regelungen) ergeben?

Es wurden keine Geschäfte vorgenommen, die Vergaberegulungen unterliegen.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Konkurrenzangebote sind in der Vergangenheit bei Geldanlagen eingeholt worden. Im Berichtsjahr erfolgte keine entsprechende Geldanlage. Auch in anderen Bereichen waren keine Geschäfte gegeben, für die Konkurrenzangebote erforderlich gewesen wären.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Wesentliche Punkte der Informationen sind die steuerliche Situation hinsichtlich durch die Finanzverwaltung behaupteter verdeckter Gewinnausschüttungen, die angedachte Umstrukturierung im Gesellschafterbestand der Volkshochschule Hildesheim gGmbH sowie der Umfang und Rahmen der finanziellen Unterstützung dieser Gesellschaft, die Entscheidung gegen den Verkauf von Anteilen an der Überlandwerk Leinetal GmbH sowie die Bestellung eines Prokuristen. Es wurde ebenfalls über den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss des Vorjahres unterrichtet. Darüber hinaus sind keine Informationsanforderungen durch den Aufsichtsrat bekannt geworden.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln nach unserer Einschätzung einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Informationen sind dem Aufsichtsrat zeitnah zugegangen. Ungewöhnliche bzw. risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäfte oder erkennbare Fehldispositionen haben wir im Rahmen unserer Prüfung darüber hinausgehend nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Wesentliche Punkte der Informationen sind die steuerliche Situation hinsichtlich durch die Finanzverwaltung behaupteter verdeckter Gewinnausschüttungen und die angedachte Umstrukturierung im Gesellschafterbestand der Volkshochschule Hildesheim gGmbH. Darüber hinaus sind keine Informationsanforderungen durch den Aufsichtsrat bekannt geworden.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Wir haben keine Feststellungen getroffen, dass die Informationen des Aufsichtsrates unvollständig oder nicht ausreichend war.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine solche Versicherung ist nicht abgeschlossen worden.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Derartige Konflikte sind nicht gemeldet worden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Entsprechendes nicht betriebsnotwendiges Vermögen wurde bei der Prüfung nicht festgestellt.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Die Gesellschaft verfügt nicht über Vorratsvermögen. Auffallend hohe oder geringe Bestände wurden deshalb nicht festgestellt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

In den Beteiligungen der Gesellschaft sind zum Teil erhebliche stille Reserven vorhanden, die aufgrund des geltenden Anschaffungskostenprinzips bilanziell nicht gezeigt werden dürfen. Damit dürfte sich die tatsächliche Vermögenslage der Gesellschaft besser darstellen, als dies bilanziell ablesbar ist. Stille Lasten haben wir im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen durch ihr Eigenkapital finanziert, welches zu einem Gutteil durch die Gesellschafterin zugeführt worden ist. Fremdkapital besteht nahezu ausschließlich in den Rückstellungen. Das vorhandene Anlagevermögen ist durch das Eigenkapital gedeckt. Am Abschlussstichtag bestehende Investitionsverpflichtungen sind nicht ersichtlich.

b) Wie ist die Finanzlage des Unternehmens zu beurteilen?

Wesentliche Aufnahmen von Fremdkapital sind nicht gegeben. Die Finanzierung erfolgt durch das vorhandene Eigenkapital.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine derartigen Mittel erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigeren Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalquote ist als sehr gut zu bezeichnen. Finanzierungsprobleme sind nicht ersichtlich.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der in der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2022 gefasste Beschluss, den Jahresüberschuss 2021 auf neue Rechnung vorzutragen, ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar. Hinsichtlich des Jahresfehlbetrages 2022 wird der Gesellschafterversammlung die Verrechnung mit dem Gewinnvortrag und der anschließende Vortrag auf neue Rechnung vorgeschlagen. Auch dies ist angemessen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Die Gesellschaft ist lediglich in einer Holdingfunktion tätig. Auf diese entfällt das Unternehmensergebnis. Weitere Segmente bestehen nicht.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Die Ertragslage wird wesentlich durch die Erträge aus Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen und der Zuschüsse an die Volkshochschule (VHS) Hildesheim gGmbH beeinflusst. Vorgänge mit einmaligem Charakter hatten keine Auswirkungen auf das Ergebnis.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Die Gesellschaft ist zu 50% Anteilseignerin der Volkshochschule Hildesheim (VHS) gGmbH. Unter dem 29.7.2021 hat die Gesellschaft mit der VHS eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen, die ab 01.04.2022 ergänzt wurde. Diese trat rückwirkend zum Beginn des Jahres 2021 in Kraft. Darin verpflichtet sich die Landkreis Hildesheim Holding GmbH der Volkshochschule Hildesheim (VHS) gGmbH einen jährlichen Betriebskostenzuschuss nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes und entsprechender Beschlussfassung des Aufsichtsrates unter Beibehaltung der derzeitigen Angebote, Leistungen und Standorte zu gewähren. In 2022 beliefen sich die Gesamtaufwendungen aus diesen Vereinbarungen auf 1.172 TEuro.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Eine Konzessionsabgabe ist nicht zu leisten.

Fragenkreis 15: Verlust bringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es Verlust bringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Im Berichtsjahr konnte die Gesellschaft trotz guter Ausschüttungserträge keinen Jahresüberschuss ausweisen, da der wesentliche Aufwandsposten der Gesellschaft (Zuschüssen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH) im Vorjahresvergleich signifikant angestiegen sind (+299 TEUR). Daneben sind auch die Belastungen mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag als namhafter Aufwandsposten anzusehen.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen werden. Die Vereinbarungen mit der Volkshochschule Hildesheim gGmbH wurden im Jahr 2021 neu abgeschlossen und in 2022 ergänzt. Nunmehr wird die Höhe der Zuschussbeträge nach dem genehmigten Wirtschaftsplan der Volkshochschule ausgerichtet. Für 2022 ergab sich ein Zuschussbetrag von 1.172 TEUR. Dies bedeutet eine deutliche Zunahme der Zuschüsse im Vergleich zum Vorjahr. Es handelt sich um den wesentlichen Aufwandsposten der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung werden keine Vergütungen geleistet.

Die Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Wir verweisen auf die Ausführung unter Fragenkreis 15a) und b).

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Die Höhe der Ausschüttungserträge liegt weitgehend außerhalb des Einflusses der Geschäftsführung. Ziel ist es hingegen, die Zuschusszahlungen an die Volkshochschule Hildesheim gGmbH im Einflussbereich zu behalten. Im Übrigen wird in der gesamten Geschäftstätigkeit mit entsprechendem Kostenbewusstsein gehandelt.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Bericht
über die Prüfung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022
und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr 2022

der

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

Dipl.-Kfm.
Claus Hellberg
Wirtschaftsprüfer

Theaterstraße 2

31141 Hildesheim

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag	1
2. Grundsätzliche Feststellungen	3
2.1 Lage des Unternehmens	3
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	3
2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	5
2.2 Unregelmäßigkeiten	6
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
3.1 Gegenstand der Prüfung	7
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	7
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	11
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	11
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	11
4.1.2 Jahresabschluss	12
4.1.3 Lagebericht	12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
4.2.2 Bewertungsgrundlagen	13
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	15
4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen	15
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur	17
4.3.2 Finanzlage	22
4.3.3 Ertragslage	26
5. Wirtschaftsplan	31
6. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	32
7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	33

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2022	40
Anlage 2: Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2022	41
Anlage 3: Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022	42
Anlage 4: Anhang für das Geschäftsjahr 2022	43
Anlage 5: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022	53
Anlage 6: Rechtliche Verhältnisse	64
Anlage 7: Steuerliche Verhältnisse	66
Anlage 8: Technisch-wirtschaftliche Grundlagen	67
Anlage 9: Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	72
Anlage 10: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	92

1. Prüfungsauftrag

Mein nachstehend erstatteter Bericht über die freiwillige Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH zum 31. Dezember 2022 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Gesellschafterversammlung vom 1. Dezember 2022 der

**Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH,
Bad Salzdetfurth**

(im Folgenden auch "KBG" oder "Gesellschaft" genannt)

wurde ich zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 gewählt. Daraufhin beauftragte mich die Geschäftsführung der Gesellschaft, den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 freiwillig in entsprechender Anwendung der §§ 316 und 317 HGB zu prüfen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Bei meiner Prüfung habe ich auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Ich verweise auf meine Berichterstattung in Anlage 9.

Ich bestätige gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass ich bei meiner Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet habe.

Dem mir erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. BS WP/vBP entgegen.

Ich habe die Prüfung in den Monaten August und September 2023 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Bad Salzdetfurth durchgeführt. Die Schlussbearbeitung des Auftrags erfolgte in meinen Geschäftsräumen.

Alle von mir erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat mir die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 9. November 2023 schriftlich bestätigt.

Art und Umfang meiner Prüfungshandlungen habe ich in meinen Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis meiner Prüfungshandlungen erstatte ich den nachfolgenden Bericht.

Meinem Bericht habe ich den geprüften Jahresabschluss 2022, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlagen 2 und 4), sowie den geprüften Lagebericht 2022 (Anlage 5) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse habe ich in den Anlagen 6 bis 8 dargestellt.

Ich habe diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard PS 450 n.F. (10.2021) "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf erstellt.

Meinem Auftrag liegen die als Anlage 10 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Die Höhe meiner Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Unternehmens

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehme ich nachfolgend in meiner vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die gesetzlichen Vertreter Stellung.

Meine Stellungnahme gebe ich aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die ich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen habe. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zugrunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Meine Berichtspflicht besteht, soweit mir die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von mir geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand meiner Abschlussprüfung waren, also den Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht sowie alle Unterlagen, wie Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an die für die Überwachung Verantwortlichen, die ich im Rahmen meiner Prüfung herangezogen habe.

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung ist die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zutreffend.

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH betreibt in Bad Salzdetfurth das Therapiezentrum und auch das Sole-Frei-und-Hallenbad. Die Gesellschaft ist aufgrund des Pachtvertrags mit der Stadt Bad Salzdetfurth daneben zuständig für die Bewirtschaftung des Kurparks. Sie nimmt gleichsam Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Aus dem Geschäftsjahr 2022 resultiert ein Jahresfehlbetrag von 1.734 TEuro. Erträgen von 2.213 TEuro standen Aufwendungen von 3.947 TEuro gegenüber. Wesentliche Erhöhungen im Erlösbereich betrafen die Eintrittsgelder im Solebad und im Saunabereich sowie die Therapieerlöse im Kurmittelhaus. Die Einschränkungen der Geschäftstätigkeit durch die Corona-Pandemie sind im Berichtsjahr abgebaut worden. Im Vorjahr war das Solebad über einige Monate geschlossen. Im Bereich der Aufwendungen waren insgesamt ebenfalls Steigerungen erkennbar. Dies betraf zum einen die Personalkosten aufgrund tariflicher Steigerungen, einer Ausweitung im Personalbestand und des Wegfalls von Maßnahmen der Kurzarbeit. Erhöhungen ergaben sich auch bei den Materialaufwendungen. Hier waren ebenfalls die Schließungszeiträume des Vorjahres, aber auch allgemeine Preissteigerungen in der Aufwandshöhe spürbar. Das im Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr prognostizierte Ergebnis ist erheblich übertroffen worden.

Die Schwerpunkte der Investitionen von insgesamt 156 TEuro lagen im Berichtsjahr im Kurmittelhaus im Umbau der Trinkwasseranlage und einer Telekommunikationsanlage. Im Solebad lag der Fokus auf der Erneuerung der Brandmeldeanlage und der Ertüchtigung der Deckenabhängung. Die bestehenden Darlehensverpflichtungen sind planmäßig und in einem Fall auch außerplanmäßig getilgt worden und haben sich um 238 TEuro reduziert. Gleichzeitig war eine Abnahme der liquiden Mittel um 62 TEuro zu verzeichnen. Damit ist die Finanzlage etwas verbessert worden.

Die künftige Entwicklung der Gesellschaft wird vom Geschäftsführer für das Folgejahr negativer eingeschätzt als die Lage im Berichtsjahr. Dies geht von der Annahme aus, dass die hohen Energiepreissteigerungen negative Auswirkungen auf die Ertragslage haben werden. Auch in anderen Aufwandsbereichen wird mit weiteren Belastungen zu rechnen sein. Der im Wirtschaftsplan für 2023 ausgewiesene Fehlbetrag liegt bei 1.952 TEuro und somit höher als der Fehlbetrag des Berichtsjahres. Eine Bestandsgefährdung resultiert hieraus jedoch nicht, da sich die Gesellschafter auf die Verlustdeckung der Gesellschaft verständigt haben und entsprechende Mittel zuführen.

Die Risikosituation der Gesellschaft ist insbesondere durch nur geringe Preisanpassungen im Gesundheitsbereich geprägt. Dies hat Auswirkungen auf die Abrechnung der Leistungen der Gesellschaft. Die Besucherzahlen im Solebad sind sehr witterungsabhängig. Risiken resultieren auch aus Steigerungen der Personal- und Energieaufwendungen. Im Bereich der Energiekosten sind die Erhöhungen deutlich und haben ihre Ursache in Gegenmaßnahmen zur Embargopolitik gegen Russland. Als wesentliche Chance der künftigen Geschäftstätigkeit wird eine Steigerung der Heilmittelpreise und eine Kostenreduzierung für das Unternehmen gesehen.

Aufgrund der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, die ich aus den im Rahmen meiner Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet habe, bin ich - soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben - zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft plausibel erscheint.

Ergänzend verweise ich zur Lagebeurteilung auf meine Ausführungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses in Abschnitt 4.2 des Berichts.

2.1.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB habe ich als Abschlussprüfer über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Meine Berichtspflicht beschränkt sich auf Tatsachen, die ich bei ordnungsmäßiger Durchführung der Abschlussprüfung festgestellt habe.

Durch die von der KBG übernommenen Aufgaben im Bereich des Kurbetriebs, der Unterhaltung eines Frei- und Hallenbades und des Gesundheitswesens sind positive Jahresergebnisse nahezu nicht denkbar. Vielmehr sind hier nachhaltig Jahresfehlbeträge zu erwarten. So sind auch in den vergangenen Jahren stets Fehlbeträge ausgewiesen worden.

Im Jahr 2020 hat sich das Coronavirus als Auslöser der Lungenkrankheit COVID 19 weltweit in einer Weise verbreitet, die die Regierungen in zahlreichen Industrie- und Schwellenländern veranlasst hat, die wirtschaftliche Betätigung zum Zweck der Verlangsamung der Ausbreitung des Virus so weit einzuschränken, dass diese in Teilbereichen vollständig zum Erliegen kam. Hierdurch wurden internationale und nationale Lieferketten unterbrochen und in zahlreichen Unternehmen sind durch das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung erhebliche Umsatzverluste entstanden. Im Berichtsjahr sind die erlassenen einschränkenden Maßnahmen dann wieder zurückgeführt worden. Dies hatte spürbare positive Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Auch bei der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH musste durch die Maßnahmen über einen nicht unterheblichen Zeitraum in den Vorjahren die wirtschaftliche Betätigung im wichtigen Umsatzträger Solebad vollständig eingestellt werden. Die hierdurch entstandenen Ausfälle im Umsatzbereich haben dazu geführt, dass der ohnehin erwartete Jahresfehlbetrag bis einschließlich 2021 noch höher ausfiel. Im Berichtsjahr hat sich hier eine Normalisierung eingestellt, die auch wieder zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses führte. Mit 1.734 TEuro ist der Jahresfehlbetrag im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr (1.832 TEuro) um 98 TEuro gemindert. Durch den Krieg in der Ukraine und die aufgrunddessen gegen Russland verhängten Sanktionen, sind aber Lieferengpässe für Gas und resultierend daraus erhebliche Anstiege der Gas- und Strompreise die Folge. Dies wird zu zusätzlichen Belastungen für die Gesellschaft führen. Auch in anderen Aufwandsbereichen haben sich inflationsbedingt erhebliche Steigerungen ergeben. Diese Entwicklung wird sich auch in absehbarer Zeit fortsetzen. Ertragseitig können diese Aufwandserhöhungen nur bedingt aufgefangen werden.

Dies stellt eine entwicklungsbeeinträchtigende Situation dar. Eine Bestandsgefährdung ist jedoch gegenwärtig nicht ersichtlich, da die Gesellschafter signalisiert haben, die entsprechenden Fehlbeträge durch Zuzahlungen in die Kapitalrücklage zu decken.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB habe ich auch über bei Durchführung meiner Abschlussprüfung festgestellte Unrichtigkeiten (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von Irrtümern) oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (im Folgenden: falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen) sowie Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße von gesetzlichen Vertretern oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen (im Folgenden: sonstige Verstöße).

Falsche Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen und Irrtümern habe ich in der Weise festgestellt, dass der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2022 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 nicht innerhalb der gesellschaftsvertraglich festgelegten Frist der ersten drei Monate des darauf folgenden Geschäftsjahres aufgestellt worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des mir erteilten Auftrags habe ich gemäß § 317 HGB den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geprüft.

Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die gegenüber mir als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Meine Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen meiner pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachtete ich auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO).

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von falschen Darstellungen im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlaufe meiner Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen habe ich im Rahmen meiner Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Jahresabschluss (unter Einbeziehung der Buchführung) und der Lagebericht frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Prüfungsurteile bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand meiner Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Meine Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Im Rahmen meines risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeitete ich zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Meine Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Ich habe meine aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen meiner Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems bin ich wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene habe ich anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In diesem zweiten Schritt der Prozessanalyse habe ich beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf mein Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems habe ich bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach meiner Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnte ich meine aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken. Soweit mir eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, habe ich neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm habe ich die Schwerpunkte meiner Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei habe ich die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Die in meiner Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten meiner Prüfung:

- Prüfung des internen Kontrollsystems in den Bereichen Verkauf und Personalwesen,
- Prüfung des Ansatzes und der Bewertung des Sachanlagevermögens,
- Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere hinsichtlich des periodengerechten Ausweises von Erträgen und Aufwendungen,
- Prüfung der Richtigkeit und der Vollständigkeit der Anhangangaben,
- Prüfung der Vollständigkeit und Stimmigkeit des Lageberichts.

Gegenstand meiner Prüfung waren auch die Angaben im Lagebericht, insbesondere die prognostischen Angaben.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt.

An der körperlichen Bestandsaufnahme des Vorratsvermögens habe ich nicht teilgenommen.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem von mir geprüften Vorjahresabschluss übernommen.

Alle von mir erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat mir schriftlich im Rahmen der Vollständigkeitserklärung am 9. November 2023 bestätigt, dass alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 berücksichtigt wurden, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsleitung hat ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind im Anhang angegeben.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Im Rahmen meiner Prüfung stelle ich fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags entsprechen.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach meinen Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen meiner Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist klar und übersichtlich geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen wurden nach dem Ergebnis meiner Prüfung in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht abgebildet.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung der Software Kanzlei-Rechnungswesen der DATEV eG, Nürnberg, durchgeführt.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem mir zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurden in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sind nach meinen Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso in allen wesentlichen Belangen beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von mir nicht an anderer Stelle berichtet wird, stelle ich fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt wurde.

4.1.3 Lagebericht

Im Rahmen meiner Prüfung zur Gesetzeskonformität des Lageberichts habe ich gemäß § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB festgestellt, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis meiner Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichte ich nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stelle ich fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand meiner Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Meine Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung über die Ordnungsmäßigkeit der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nehme ich in diesen Prüfungsbericht weitere Erläuterungen auf, die zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind, weil die Gesamtaussage „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ auch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen durch Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen sowie Sachverhaltsgestaltungen beeinflusst wird.

Um den Adressaten eine eigene Beurteilung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und ihnen Hinweise für die Ausrichtung ihrer Prüfungs- und Überwachungstätigkeit zu geben, gehe ich nachstehend im Einzelnen ein auf:

- die wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB)
- den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB); zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

Da es mir für die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses durch die Adressaten - insbesondere in Bezug auf die Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie die sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen - erforderlich erscheint, gliedere ich die Posten des Jahresabschlusses entsprechend § 321 Abs. 2 Satz 5 HGB auf und erläutere sie ausreichend, soweit diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

4.2.2 Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Wertbestimmende Faktoren ergeben durch Verknüpfung mit den am Abschlussstichtag vorhandenen Bestandsgrößen von Vermögensgegenständen und Schulden die im Jahresabschluss angesetzten Buchwerte.

Parameter sind in der Regel durch Marktpreise oder allgemein akzeptierte Standardwerte objektivierte Faktoren, während Annahmen über künftige Entwicklungen subjektive Faktoren der Wertbestimmung sind, deren Festlegung unter Berücksichtigung der Rechnungslegungsgrundsätze im Ermessen der gesetzlichen Vertreter liegt.

Ermessensspielräume beruhen auf unsicheren Erwartungen bei der Bestimmung von Schätzgrößen und den diesen zugrunde gelegten Annahmen. Daraus resultiert bei vielen Posten eine Bandbreite zulässiger Wertansätze.

Im Rahmen der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten von Bedeutung, weil mit derartigen Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter eine Einflussnahme auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses ermöglicht wird.

Der Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH zum 31. Dezember 2022 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden.

Die Zugänge zum Anlagevermögen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Das Anlagevermögen wurde linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von 250,00 Euro bis zu 1.000,00 Euro werden gemäß dem steuerlichen Wahlrecht in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Investitionszuschüsse werden aktivisch von den Anschaffungskosten der bezuschussten Gegenstände gekürzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu letzten Einstandspreisen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen Gesellschafter und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bilanziert. Die erkennbaren Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Ein- bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Ertrag bzw. Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen, erfasst.

Das Eigenkapital wird mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt, die sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergeben. Alle erkennbaren Risiken wurden berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Hinsichtlich des Einsatzes zweier Zinsswapgeschäfte sind Bewertungseinheiten mit den zugehörigen Darlehen gebildet.

Wesentliche Bewertungsgrundlagen sind solche, die einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Bewertungsgrundlagen für die Information der Berichtsadressaten von Bedeutung sind, weil sie die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich beeinflussen.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen der gesetzlichen Vertreter obliegt nicht mir als Abschlussprüfer. Sie sind als geschäftspolitische Entscheidungen von den Adressaten des Berichts zu beurteilen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis meiner Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen

§ 321 Abs. 2 Satz 5 HGB schreibt eine Aufgliederung von Abschlussposten vor, soweit dies zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses, insbesondere zur Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie der sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen nach § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB, erforderlich ist und die Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

Soweit zum Verständnis der Gesamtaussage bestimmte Posten des Jahresabschlusses von mir nachstehend aufgegliedert werden, erläutere ich dabei auch, welchen Einfluss die geänderte Ausübung eines Wahlrechts oder die Durchführung einer Sachverhaltsgestaltung auf den Ansatz, die Bewertung oder die Zusammensetzung einzelner Abschlussposten hat.

Im Rahmen dieser Aufgliederungen nehme ich auch im Jahresabschluss bereits enthaltene Angaben in einer abweichenden Darstellung nachstehend in meinen Prüfungsbericht auf.

Zu den wesentlichen Posten des Jahresabschlusses werden nachfolgend zur Verbesserung der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Aufgliederungen und Erläuterungen gegeben, soweit entsprechende Angaben im Anhang nicht enthalten sind. Soweit Erläuterungen gleich lautend bei mehreren Posten derselben Gruppe zu wiederholen wären, werden sie zur Erleichterung der Lesbarkeit des Berichts diesen vorangestellt.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2022 und 31. Dezember 2021.

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>AKTIVA</u>						
immaterielle Vermögens- gegenstände	13	0,2	4	0,1	9	>100,0
Sachanlagen	3.653	66,3	3.770	66,7	-117	-3,1
Vorräte	29	0,5	26	0,5	3	11,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	98	1,8	100	1,8	-2	-2,0
Forderungen gegen Gesellschafter	4	0,1	4	0,1	0	0,0
sonstige Vermögensgegenstände	67	1,3	53	0,8	14	26,4
Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.632	29,6	1.694	30,0	-62	-3,7
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,2	1	0,0	9	>100,0
Summe Aktiva	5.506	100,0	5.652	100,0	-146	-2,6

Das **Anlagevermögen** der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr um 108 TEuro vermindert. Die als Anlagevermögen zu aktivierenden Investitionen fielen mit 156 TEuro geringer aus als die Abschreibungen von 257 TEuro und die Buchwertabgänge von 7 TEuro.

Die getätigten Investitionen betrafen insbesondere:

	2022 TEuro
Software zur Zeiterfassung	9
Brandmeldeanlage (Solebad)	20
Ertüchtigungen Deckenabdeckung (Solebad)	39
Sanierung der Trinkwasseranlage im Bau (Kurbetrieb)	23
Telekommunikationsanlage (Kurbetrieb)	22
Betonsanierung und Bauwerksdiagnose (Solebad)	6
Notabsperreklappen (Solebad)	7
geringwertige Anlagegüter	5
Übrige	<u>25</u>
	<u>156</u>

Die **Vorräte** betreffen die Materialbestände im Kurmittelhaus, im Solebad und die Bestände an Werbe- und Büromaterial.

Die **Forderungen aus Lieferungen** und Leistungen sind um 2 TEuro vermindert. Wesentliche Veränderungen des Bestands der Forderungen haben sich nicht ergeben. Es zeigt sich folgendes Bild:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Forderungen lt. Debitorensaldenliste	99	101
Einzelwertberichtigungen	0	0
Pauschalwertberichtigungen	<u>-1</u>	<u>-1</u>
	<u>98</u>	<u>100</u>

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betreffen die Stadt Bad Salzdetfurth und resultierten aus einem Erstattungsanspruch für Umsatzsteuerverpflichtungen im Zusammenhang mit Fremdverkehrsaufgaben.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind um 14 TEuro erhöht. Im Einzelnen setzt sich der Posten wie folgt zusammen:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Resforderung Fremdverkehr	21	2
Zuschuss NBank	0	26
Therapieerträge 31.12.	21	10
Umweltbonus BAFA	5	0
Vorsteuer Folgejahr	6	5
Übrige	<u>14</u>	<u>10</u>
	67	53

Die **Liquiden Mittel** weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Kassenbestand	12	8
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine	1.603	1.678
Volksbank	3	4
Postbank	<u>14</u>	<u>4</u>
	1.632	1.694

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>PASSIVA</u>						
Eigenkapital	1.948	35,4	1.828	32,3	120	6,6
Rückstellungen	239	4,3	258	4,6	-19	-7,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.977	54,1	3.193	56,5	-216	-6,8
Verbindlichkeiten aus Lie- ferungen und Leistungen	156	2,8	130	2,3	26	20,0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen	74	1,3	96	1,7	-22	-22,9
sonstige Verbindlichkeiten	112	2,1	147	2,6	-35	-23,8
Summe Passiva	5.506	100,0	5.652	100,0	-146	-2,6

Das **Eigenkapital** der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr um 120 TEuro erhöht. Dieser Anstieg betraf die in die Kapitalrücklage geleisteten Gesellschafterzahlungen zur Verlustdeckung von 1.854 TEuro. Der Jahresfehlbetrag betrug 1.734 TEuro.

Die Abnahme der **Rückstellungen** um 19 TEuro betrifft insbesondere die Rückstellung für Instandhaltungsmaßnahmen. Die Rückstellungen weisen folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Rückstellung für Aufbewahrungskosten	13	13
Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen	7	7
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	56	97
Rückstellung für Urlaubs- und und Überstundenverpflichtungen	129	107
Rückstellung für Abschlusskosten	34	34
	<u>239</u>	<u>258</u>

Der Ausweis der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** betrifft Darlehen bei der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine. Sie wurden im Berichtsjahr planmäßig und hinsichtlich eines Darlehens auch außerplanmäßig getilgt.

Der Anstieg der **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 26 TEuro betrifft insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber den Stadtwerken Bad Salzdetfurth.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen** stellen ausschließlich Darlehensverbindlichkeiten dar. Aufgrund der planmäßigen Tilgung von 22 TEuro verminderten sich diese auf 74 TEuro.

Die Abnahme der **sonstigen Verbindlichkeiten** um insgesamt 35 TEuro resultiert in der Hauptsache aus der Zunahme der erhaltenen Anzahlungen. Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022	31.12.2021
	TEuro	TEuro
Überstundenvergütungen Dezember	4	5
Anzahlungen	15	69
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	23	24
Verbindlichkeiten aus ZVK-Beiträgen	0	12
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	31	32
übrige sonstige Verbindlichkeiten	<u>39</u>	<u>5</u>
	<u>112</u>	<u>147</u>

4.3.2 Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und über die Verwendung der finanziellen Mittel des geprüften Unternehmens gibt die nachstehende Kapitalflussrechnung, welche die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

Die Aufgabe der Kapitalflussrechnung besteht darin, zusätzlich zu Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergänzende Angaben über die finanzielle Entwicklung des geprüften Unternehmens zu machen, die aus dem Jahresabschluss nicht oder nur mittelbar entnommen werden können. Sie soll Informationen über die Zahlungsströme sowie die Zahlungsmittelbestände des Unternehmens vermitteln und darüber Auskunft geben, wie das Unternehmen finanzielle Mittel erwirtschaftet hat und welche zahlungswirksamen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Kapitalflussrechnung

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-1.734	-1.832
2. Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegen- +/- stände des Anlagevermögens	257	248
3. Zunahme / Abnahme der Rückstellungen +/-	-19	-5
4. Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegen- -/+ ständen des Anlagevermögens	7	8
5. Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forde- -/+ rungen aus Lieferungen und Leistungen so- wie anderer Aktiva, die nicht der Investi- tions- oder Finanzierungstätigkeit zuzu- ordnen sind	-24	218
6. Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten +/- aus Lieferungen und Leistungen sowie ande- rer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-9	17
7. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 6)	-1.522	-1.346

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
8. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen + des Sachanlagevermögens und des immate- riellen Anlagevermögens	0	0
9. Einzahlungen aus Abgänge von Gegenständen + des Finanzanlagevermögens	0	0
10. Auszahlungen für Investitionen in das - Sachanlagevermögen	-146	-402
11. Auszahlungen für Investitionen in das im- - materielle Anlagevermögen	-10	0
12. Auszahlungen für Investitionen in das Fi- - nanzanlagevermögen	0	0
13. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-156	-402
= (Summe aus 8 bis 12)		

	<u>2022</u>	<u>2021</u>
	TEuro	TEuro
14. Einzahlungen von Unternehmenseignern + (Einlagen)	1.854	1.959
15. Auszahlungen an Unternehmenseigner (Eigen- - kapitalrückzahlungen, Entnahmen)	0	0
16. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen + und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0
17. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen - und (Finanz-) Krediten	-238	-180
18. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.616	1.779
= (Summe aus 14 bis 17)		
19. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanz- mittelfonds (Summe aus Zf. 7, 13, 18)	-62	31
20. Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und +/- bewertungs- bedingte Änderungen des Fi- nanzmittelfonds	0	0
21. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode +	1.694	1.663
22. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.632	1.694
= (Summe aus 19 bis 21)		

4.3.3 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2022 und 2021 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	01.01. bis 31.12.2022		01.01. bis 31.12.2021		Veränderung zum Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	2.055	92,9	1.465	86,3	590	40,3
+ sonstige betriebliche Erträge	158	7,1	233	13,7	-75	-32,2
= Betriebsleistung	2.213	100,0	1.698	100,0	515	30,3
- Materialaufwand	904	40,8	739	43,5	165	22,3
- Personalaufwand	2.283	103,2	2.086	122,9	197	9,4
- Abschreibungen	257	11,6	248	14,6	9	3,6
- sonstige betriebliche Aufwendungen	412	18,6	356	20,9	56	15,7
= Betriebsergebnis	-1.643	-74,2	-1.731	-101,9	88	-5,1
+ Zinsergebnis	-74	-3,4	-84	-4,9	10	-11,9
= Ergebnis vor Steuern	-1.717	-77,6	-1.815	-106,9	98	-5,4
- sonstige Steuern	17	0,8	17	1,0	0	0,0
= Jahresergebnis	-1.734	-78,4	-1.832	-107,9	98	-5,3

Der **Umsatz** der Gesellschaft ist 2022 um 590 TEuro und somit um 40,3 % angestiegen. Die Zunahme betrifft insbesondere die Erlöse aus den Eintrittsgeldern des Solebades. Die wesentliche Ursache lag in den coronabedingten Schließungen des Solebades über Teile des Vorjahres. Im Berichtsjahr war hier ein Wegfall der Auflagen im Jahresverlauf gegeben. Die Erlöse gliedern sich wie folgt:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Erlöse Kurmittelhaus	710	668
Erlöse Solebad und Sauna	975	547
Therapie- und Wellnesserträge		
Solebad	213	111
Einnahmen Kurbeiträge	128	121
Übrige Erlöse	29	18
	<u>2.055</u>	<u>1.465</u>

Der Kartenverkauf sowie die Kurmittelabgabe entwickelten sich im **Solebad** nach den Unterlagen der Gesellschaft wie folgt:

	2022	2021
	Anzahl (Kartenverkauf)	Anzahl (Kartenverkauf)
<u>Solebad</u>		
Einzelkarte	35.882	20.647
Einzelkarte mit Kurkarte	855	450
Einzelkarte Kinder (einschl. Einzelkarte-Kind-Kur)	4.107	1.853
Schwimmkurs	78	0
10er-Karte	911	832
20er-Karte	239	216
50er-Karte	116	118
	42.188	24.116
<u>Sauna</u>		
Einzelkarte	3.494	974
Einzelkarte mit Kurkarte	82	40
10er-Karte	60	60
20er-Karte	28	27
	3.664	1.101
<u>Solebad/Sauna (Kombi)</u>		
Einzelkarte	6.354	2.643
Einzelkarte mit Kurkarte	191	30
10er-Karte	148	144
	6.693	2.817
<u>Wellness</u>		
Solarium (nur in Verbindung mit Solebad od. Sauna)	640	766
Sole-Solarium	7	90
Sole-Sauna-Solarium	1	18
Sole-Rückenmassage	128	76
Sole-Aromamassage	63	37
Sole-Hot-Stone-Massage	9	2
Sole-Solarium-Rückenmassage	0	0
Sole-Solarium-Aromamasage	0	0
Sole-Solarium-Hot-Stone-Massage	0	3
Sauna-Solarium	3	26
Sauna-Rückenmassage	43	20
Sauna-Aromamassage	16	1
Sauna-Hot-Stone-Massage	1	1
Sole-Sauna-Rückenmassage	128	9
Sole-Sauna-Aromamassage	45	29
Sole-Sauna-Hot-Stone-Massage	10	6
Ganzmassagen (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	133	74
Ganzmassagen/Aromamassagen/Hot-Stone- Massagen (nur in Verbindung mit Solebad oder Sauna)	960	469
	2.187	1.627
Kartenverkauf	54.732	29.661

Kurmittel/Anwendungen auf Verordnung		
Solebewegungsbäder (Gruppe)	3.746	2.269
Funktionstraining Eintracht Hildesheim	11.914	5.831
Funktionstraining Rheuma Liga	9.724	5.383
Bewegungsbäder Vamed Klinik	3.395	1.515
	28.779	14.998
Gesamt / Kartenverkauf und Kurmittel	83.511	44.659

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Kartenverkäufe sowie die Kurmittelabgabe im Solebad um 38.852 bzw. 87,0 % erhöht. Dies ist die Folge der Reduzierung coronabedingter Einschränkungen.

Die Abgabe von Kurmitteln (**Kurmittelhaus**) entwickelte sich nach den Unterlagen der Gesellschaft wie folgt:

	2022	2021	Veränderung
Krankengymnastik	14.875	15.066	-191
Großmassagen	2.282	2.236	46
Lymphdrainage	1.856	2.247	-391
Moorpackungen	1.558	1.461	97
Solebewegungsbäder (einzeln)	654	905	-251
Moorbäder	348	372	-24
Wannenbäder	10	35	-25
Bestrahlungen	0	1	-1
Inhalationen	0	0	0
Sonstige Kurmittel	1077	927	150
	22.660	23.250	-590

Die Anzahl der abgegebenen Kuranwendungen ist um 590 bzw. 2,5 % zurückgegangen. Es gelten unverändert die zur Jahresmitte 2004 in Kraft getretenen Heilmittelrichtlinien. Die Abgabepreise der Privatkunden sind im Berichtsjahr erhöht worden. Hinsichtlich der Abgabepreise der Krankenkassen sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Erhöhungen erfolgt.

Für die Kurbeiträge beträgt die Kurtaxe Euro 2,00 pro Person und Übernachtung. Für Personen unter 18 Jahren wird keine Kurtaxe erhoben.

In den §§ 3 und 5 der Kurbeitragssatzung sind die Befreiungen und Teilbefreiungen im Einzelnen geregelt. So erhalten u.a. die von Trägern der Sozialversicherung, der Sozialhilfe und der Kriegsofopferfürsorge sowie von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege entsandte Personen auf Antrag einen Nachlass. Begleitpersonen von Schwerbehinderten, welche laut amtlichem Ausweis völlig auf ständige Betreuung angewiesen sind, sind befreit.

Die Kurverkehrszahlen entwickelten sich gemäß der Aufstellung des Mandanten wie folgt:

	Gäste		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Kurkliniken	5.055	4.743	103.283	96.680	20,4	20,4
Übrige	1.888	1.369	5.497	3.219	2,9	2,4
	6.943	6.112	108.780	99.899	15,7	16,3

Im Bereich der **sonstigen betrieblichen Erträge** sind insbesondere die folgenden Erträge ausgewiesen:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Erstattungen Lohnkosten	18	101
Fremdemverkehrszuschuss der Stadt	97	79
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2	30
Übrige	<u>41</u>	<u>23</u>
	<u>158</u>	<u>233</u>

Die **Materialaufwendungen** sind um 165 TEuro angestiegen. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Gas, Strom, Wasser	396	352
Instandhaltungsaufwendungen	172	189
Werbekosten	20	20
Reinigung	98	55
Wasseraufbereitung	28	24
Moorabbau	60	6
Übrige	<u>130</u>	<u>93</u>
	<u>904</u>	<u>739</u>

Der Anstieg des **Personalaufwands** um 197 TEuro resultiert insbesondere aus einem erhöhten Personaleinsatz und auch aus tariflichen Steigerungen der Vergütungen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** weisen im Berichtsjahr folgende Zusammensetzung auf:

	31.12.2022 TEuro	31.12.2021 TEuro
Mieten, Pachten	7	4
Erbbauzinsen und Wasserentnahme	38	39
Kanal, Müll, Reinigung	33	19
Versicherungen	27	26
Beiträge und Gebühren	14	14
Instandhaltungen	5	4
Fahrzeugkosten	9	4
Reisekosten	2	2
Unterhaltung Kurpark und Außenanlagen	104	83
Medizinische Untersuchungen, Analysen	21	15
Rechts- und Beratungskosten	1	2
Buchführungskosten, Jahresabschluss	47	46
Verluste aus Anlageabgängen	0	8
Übrige	<u>104</u>	<u>90</u>
	<u>412</u>	<u>356</u>

Innerhalb des **Zinsergebnisses** sind insbesondere Darlehenszinsen ausgewiesen.

Die **sonstigen Steuern** betreffen Grundsteuer und Kraftfahrzeugsteuer.

5. Wirtschaftsplan

Der jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan (§ 13 des Gesellschaftsvertrages) besteht aus dem Finanzplan und dem Erfolgsplan. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan 2022 am 23. März 2022 genehmigt.

Der **Erfolgsplan** weicht vom Jahresergebnis 2022 wie folgt ab:

	Planansatz TEuro	tatsächliches Ergebnis TEuro	Veränderung TEuro
Erträge			
Umsatzerlöse	1.946	2.055	109
sonstige betriebliche Erträge	79	158	79
	2.025	2.213	188
Aufwendungen			
Materialaufwand	88	904	-816
Personalaufwand	2.273	2.283	-10
Abschreibungen	245	257	-12
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.196	411	785
Zinsergebnis (Aufwandssaldo)	77	74	3
Übriges	80	17	63
	3.959	3.947	12
Jahresfehlbetrag	1.934	1.734	200

Die Ist-Erträge liegen mit 188 TEuro bzw. 9,3 % über dem Planansatz. Bei den Aufwendungen lag der Materialaufwand deutlich über dem Planansatz. Andererseits fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprechend niedriger als geplant aus. Dies hängt überwiegend mit dem unterschiedlichen Ausweis der Materialaufwendungen und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wirtschaftsplan und in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen. Insgesamt sind die Aufwendungen gegenüber dem Planansatz um 12 TEuro geringer. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan fiel der Jahresfehlbetrag um 200 TEuro niedriger aus.

6. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei meiner Prüfung habe ich auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend habe ich auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen habe ich in diesem Bericht und in Anlage 9 (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720-Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat meine Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach meiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

7. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung habe ich am 9. November 2023 dem als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH, Bad Salzdetfurth, zum 31. Dezember 2022 und dem als Anlage 5 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von mir an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und [der für die Überwachung Verantwortlichen] für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatte ich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt meine vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert meine erneute Stellungnahme, soweit dabei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird. Ich weise diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hildesheim, 9. November 2023

Dipl.-Kfm. Claus Hellberg
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 und des
Lageberichts für das Geschäftsjahr 2022

der

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

BILANZ

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

AKTIVA

A. Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
- II. Sachanlagen
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - technische Anlagen und Maschinen
 - andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
 - geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

B. Umlaufvermögen

- I. Vorräte
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
 - Forderungen gegen Gesellschafter
 - sonstige Vermögensgegenstände
- III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		12.913,00	4.013,00		1.100.000,00	1.100.000,00
II. Sachanlagen					2.581.995,98	2.559.558,86
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.506.915,00		2.591.785,36	2.976.633,90		3.192.890,58
2. technische Anlagen und Maschinen	220.958,00		236.340,00			
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	902.057,00		942.256,00			
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>23.047,30</u>	3.652.977,30	<u>3.770.381,36</u>	155.656,62		130.033,72
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		28.788,72	26.447,53	73.943,32		96.061,48
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	97.949,14		99.594,96			
2. Forderungen gegen Gesellschafter	4.002,19		3.921,91			
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>67.308,22</u>	169.259,55	<u>155.919,37</u>	<u>111.666,42</u>	3.317.900,26	<u>146.751,37</u> 3.565.737,15
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.631.998,51	1.694.331,94			
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
		9.736,95	926,29			
D. Rechnungsabgrenzungsposten					61,36	61,36
		5.505.674,03	5.652.019,49		5.505.674,03	5.652.019,49

PASSIVA

ANLAGENSPIEGEL

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

Für das Geschäftsjahr 2022

	Anschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-, Herstellungskosten 31.12.2022	kumulierte Abschreibungen 01.01.2022	Abschreibungen Geschäftsjahr	Abgänge	Umbuchungen	kumulierte Abschreibungen 31.12.2022	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Buchwert 31.12.2022
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	14.452,68	9.832,59	0,00	0,00	24.285,27	10.439,68	932,59	0,00	0,00	11.372,27	0,00	12.913,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	14.452,68	9.832,59	0,00	0,00	24.285,27	10.439,68	932,59	0,00	0,00	11.372,27	0,00	12.913,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.671.153,59	67.309,16	47.799,48	0,00	7.690.663,27	5.079.368,23	146.908,16	42.528,12	0,00	5.183.748,27	0,00	2.506.915,00
2. Maschinen	1.377.452,16	0,00	0,00	0,00	1.377.452,16	1.141.112,16	15.382,00	0,00	0,00	1.156.494,16	0,00	220.958,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.419.056,63	55.436,02	43.325,18	0,00	3.431.167,47	2.476.800,63	93.831,02	41.521,18	0,00	2.529.110,47	0,00	902.057,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	23.047,30	0,00	0,00	23.047,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.047,30
Summe Sachanlagen	12.467.662,38	145.792,48	91.124,66	0,00	12.522.330,20	8.697.281,02	256.121,18	84.049,30	0,00	8.869.352,90	0,00	3.652.977,30
Summe Anlagevermögen	12.482.115,06	155.625,07	91.124,66	0,00	12.546.615,47	8.707.720,70	257.053,77	84.049,30	0,00	8.880.725,17	0,00	3.665.890,30

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

für die Zeit vom
1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		<u>2.055.118,66</u>	<u>1.465.488,37</u>
2. Gesamtleistung		2.055.118,66	1.465.488,37
3. Sonstige betriebliche Erträge		157.712,56	232.741,89
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	561.443,88		443.392,44
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>342.100,13</u>	903.544,01	<u>295.302,31</u> <u>738.694,75</u>
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.786.421,43		1.615.025,91
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>496.945,06</u>	2.283.366,49	<u>471.251,93</u> <u>2.086.277,84</u>
- davon für Altersversorgung Euro 108.903,73 (Euro 98.233,14)			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		257.053,77	247.625,49
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		411.361,38	355.558,99
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		551,39	11,94
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		74.474,58	84.244,16
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>143,10</u>	<u>0,00</u>
11. Ergebnis nach Steuern		-1.716.560,72	-1.814.159,03
12. sonstige Steuern		17.287,85	17.403,85
13. Jahresfehlbetrag		<u><u>1.733.848,57</u></u>	<u><u>1.831.562,88</u></u>

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

I. Angaben und Begründungen zur Form der Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2022

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH mit Sitz in Bad Salzdetfurth ist beim Registergericht Hildesheim unter der Handelsregisternummer HRB 368 eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) gewählt. Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der entsprechende Betrag des vorhergehenden Geschäftsjahres gegenübergestellt (§ 265 Abs. 2 HGB).

Von der Möglichkeit, Berichtspflichten im Anhang, statt in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung zu erfüllen, wurde Gebrauch gemacht.

Von den größenabhängigen Erleichterungen des § 288 Abs. 1 HGB wurde teilweise Gebrauch gemacht.

Das gesetzliche Gliederungsschema ist um folgende Positionen erweitert worden:

- Forderungen gegen Gesellschafter
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen

Dies dient dazu den Informationsgehalt der Bilanz durch Trennung der Posten zu erweitern.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung*1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden*

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen AfA-Methode unter Anwendung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Auf Neuzugänge wird die Abschreibung anteilig ab dem Zugangsmonat in gleichen Jahresbeträgen (pro rata temporis) abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände (GWG) mit Anschaffungskosten von € 250,00 bis zu € 1.000,00 (netto) werden gemäß einem steuerlichen Wahlrecht in jährlich zu bildende Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Investitionszuschüsse werden aktivisch von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten Vermögensgegenstände gekürzt.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu letzten Einstandspreisen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen Gesellschafter und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bilanziert. Die erkennbaren Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Ertrag bzw. Aufwand für eine gewisse Zeit danach darstellen, erfasst.

Das Eigenkapital wird mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt, die sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergeben. Alle erkennbaren Risiken wurden berücksichtigt.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen passiviert. Ein Darlehen ist mit Zins-Swap-Geschäften zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens zeigt der Anlagennachweis (siehe Anlage).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf T€ 98 (Vorjahr T€ 100). Diese betreffen hauptsächlich die Nutzung des Solebades und die Abrechnung der Abgabe von Kurmitteln. Weiterhin sind Forderungen gegen die Gesellschafter, den Landkreis Hildesheim und die Stadt Bad Salzdetfurth, in Höhe von T€ 2 (Vorjahr T€ 5) enthalten.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfallen T€ 7 auf einen Zuschuss vom BAFA Umweltbonus E-Auto und KfW Zuschuss für die Wallboxen (Vorjahr T€ 26 von der NBank), Restzuschuss Fremdenverkehr T€ 21 (Vorjahr T€ 2), EC-Einnahmen T€ 3 (Vorjahr T€ 7) sowie Forderungen aus Umsatzsteuer aufgrund von Vorsteuerüberhängen T€ 6 (Vorjahr T€ 5). Forderungen gegen Gesellschafter sind ausgewiesen mit 21 T€ (Vorjahr 4 T€).

Das gezeichnete Kapital wird in Höhe von € 1.100.000,00 auf Grund der im Jahr 2018 durch die Gesellschafter beschlossenen Kapitalerhöhung ausgewiesen. Somit ergibt sich für den Gesellschafter Landkreis Hildesheim eine Einlage von T€ 561 und die Stadt Bad Salzdetfurth eine Einlage von T€ 539. Die von den Gesellschaftern unterjährig geleisteten Beträge werden in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2022 wurden T€ 1.854 (Vorjahr T€ 1.959) von den Gesellschaftern in die Kapitalrücklage eingezahlt. Übernommen wurde auch die Kapitalrücklage in Höhe von 75 T€, die aus dem Übergang des ehemaligen Eigenbetriebes der Stadt Bad Salzdetfurth resultiert. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2021 von T€ 1.832 (Vorjahr T€ 1.783) wurde auf Beschluss der Gesellschafter durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen T€ 44 (Vorjahr T€ 51) auf Aufwandsrückstellungen, T€ 66 (Vorjahr T€ 65) auf Personalarückstellungen für noch ausstehende Urlaubsverpflichtungen, T€ 34 (Vorjahr T€ 34) auf Jahresabschlusserstellung und -prüfung, T€ 12 (Vorjahr T€ 46) auf unterlassene Instandhaltungen, T€ 13 (Vorjahr T€ 13) Aufbewahrungsverpflichtungen, T€ 63 (Vorjahr T€ 42) auf Ansprüche von Überstunden und T€ 7 (Vorjahr T€ 7) auf Jubiläumsverpflichtungen.

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten (Vorjahr in Klammern):

	Gesamt T€	Restlaufzeiten		
		≤ 1 Jahr T€	> 1 Jahr T€	Davon > 5 Jahre T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.977 (3.193)	153 (159)	2.824 (3.034)	2.229 (2.403)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen	74 (96)	23 (22)	51 (74)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	156 (130)	156 (130)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	111 (147)	111 (147)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
	3.318 (3.566)	443 (458)	2.875 (3.108)	2.229 (2.403)

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Niedersachsen betreffen ein langfristig gewährtes Darlehen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Energie- und Wasserlieferungen und Abwasserentsorgung T€ 94 (Vorjahr T€ 69), Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten T€ 35 (Vorjahr T€ 22). Von den Verbindlichkeiten betreffen T€ 0 (Vorjahr T€ 0) die Gesellschafter.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH**Bad Salzdettfurth**

zum

31. Dezember 2022

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen u.a. mit T€ 23 (Vorjahr T€ 24) auf noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuern, Auszahlung von geleisteten Überstunden T€ 4 (Vorjahr T€ 5), VBL-Beiträge T€ 0 (Vorjahr T€ 15), auf den USt-Bereich entfallen T€ 31 (Vorjahr T€ 32) und mit T€ 15 (Vorjahr T€ 69) auf abgegrenzte Eintritts-Mehrfachkarten für das Solebad.

Sämtliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Grundschulden von T€ 3.165 bzw. durch Bürgschaften der Gesellschafter besichert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind durch üblichen Eigentumsvorbehalt gesichert.

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) vom 01.03.2002 i.d.F. vom 12.03.2003 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gem. Art. 28 EGHGB. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer nach Maßgabe des § 2 ATV-K bei der Versorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL) zu versichern. Aufgrund des Finanzierungsverfahrens der VBL (sog. gleitendes Anwartschaftsdeckungsverfahren) ergibt sich aus handelsrechtlicher Sicht eine Unterdeckung der bestehenden Verpflichtungen. Ihre Leistungen finanziert die VBL über ein modifiziertes Abschnittdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Eine Aussage über die Höhe des auf den Betrieb entfallenden, nicht durch Kassenmittel der VBL gedeckten Anteils der Unterdeckung kann nach dem derzeitigen Informationsstand nicht getroffen werden. Der VBL-Umlagesatz beträgt zurzeit 6,45 % für den Arbeitgeber und 1,81 % für den Arbeitnehmer. Die Höhe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter betrug im Berichtsjahr T€ 1.635 (Vorjahr T€ 1.465).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

3. Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen von T€ 2.055 (Vorjahr T€ 1.465) entfallen auf die einzelnen Betriebszweige:

Solebad incl. Sauna	975 T€	(Vorjahr	547 T€)
Kurmittelerlöse	710 T€	(Vorjahr	668 T€)
Therapieerlöse Solebad	213 T€	(Vorjahr	111 T€)
Kurbeiträge	128 T€	(Vorjahr	121 T€)
Pachten	26 T€	(Vorjahr	18 T€)
Sonstige Umsatzerlöse	3 T€	(Vorjahr	0 T€)
	<u>2.055 T€</u>	(Vorjahr	<u>1.465 T€</u>)

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf T€ 158 (Vorjahr T€ 233). Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge entfallen T€ 97 (Vorjahr T€ 79) auf den Fremdenverkehrszuschuss, sowie T€ 13 (Vorjahr T€ 30) auf außerordentliche und periodenfremde Erträge.

Der Materialaufwand enthält insbesondere die Energie- und Wasserbezugskosten T€ 396 (Vorjahr T€ 352) sowie die Instandhaltungsaufwendungen T€ 172 (Vorjahr T€ 189).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für die Kurparkunterhaltung und die Außenanlagen T€ 104 (Vorjahr T€ 83), Instandhaltungen T€ 5 (Vorjahr T€ 4), Rechts- und Beratungskosten T€ 1 (Vorjahr T€ 2), Abwasser- und Anliegergebühren T€ 33 (Vorjahr T€ 19), die Gästeunterhaltung mit T€ 1 (Vorjahr T€ 1), Erbbauzinsen/Wasserentnahmegebühr T€ 38 (Vorjahr T€ 39) und die periodenfremden Aufwendungen T€ 7 (Vorjahr T€ 0) enthalten.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Es wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 1.734 (Vorjahr T€ 1.832) erwirtschaftet. Es ist beabsichtigt, dass der Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen wird.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

IV. Ergänzende Angaben*1. Zusammensetzung der Organe, Aufwendungen der Organe*

Gesellschafter sind der Landkreis Hildesheim und die Stadt Bad Salzdetfurth mit rd. 51 % bzw. rd. 49 % der Anteile.

Geschäftsführer ist Herr Thomas Oelker (Dipl. Verwaltungswirt FH). Ihm obliegt die operative und technische Leitung der Gesellschaft. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß § 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften i.S.v. § 267 Abs. 1 HGB wurde durch Verzicht von Angaben zu den für die Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Gesamtbezügen Gebrauch gemacht.

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Berichtsjahr:

bis 07.12.2022

Herr Bernhard Brinkmann,
Vorsitzender,
 Versicherungsdirektor a. D., Schellerten

Herr Andreas Koschorrek,
stellvertr. Vorsitzender,
 techn. Betriebswirt, Bad Salzdetfurth

Herr Gustav Beckmann
 Maurermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Björn Gryschka
 Bürgermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Friedhelm Gabel,
 Landmaschinentechniker, Bad Salzdet-
 furth

Herr Jürgen Hake
 Schlossermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Mathias Mörke
 Sparkassenbetriebswirt, Bad Salz-
 detfurth

Herr Karsten Zürner
 stellv. Pflegedienstleitung, Elze

Herr Bernd Lynack,
 Landrat, Hildesheim

ab 16.03.2023

Herr Werner Preissner,
Vorsitzender,
 kaufmännischer Angestellter

Herr Andreas Koschorrek,
stellvertr. Vorsitzender,
 techn. Betriebswirt, Bad Salzdetfurth

Herr Gustav Beckmann
 Maurermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Björn Gryschka
 Bürgermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Friedhelm Gabel,
 Landmaschinentechniker, Bad Salzdet-
 furth

Herr Jürgen Hake
 Schlossermeister, Bad Salzdetfurth

Herr Mathias Mörke
 Sparkassenbetriebswirt, Bad Salzdetfurth

Herr Karsten Zürner
 stellv. Pflegedienstleitung, Elze

Herr Bernd Lynack,
 Landrat, Hildesheim

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat betragen im Geschäftsjahr 2022 € 10.266,12 (Vorjahr € 10.325,28).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

2. Belegschaft

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 durchschnittlich 57 Mitarbeiter, davon durchschnittlich 41 Teilzeitkräfte.

3. Sonstige Angaben

Außerbilanzielle Geschäfte wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Berichtsjahr beträgt T€ 12 (Vorjahr T€ 12).

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen. Eines der Zins-Swap-Geschäfte lief im Jahr 2022 aus und wurde nicht durch ein Swap-Geschäft ersetzt. Der positive Marktwert beträgt im Jahr 2022 für das verbliebene Swap-Geschäft +779,01 € (Vorjahr -107.301,53 €). Zur Ermittlung wird auf externe Bewertungen zurückgegriffen. Zur bilanziellen Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten wird die sog. Einfrierungsmethode (kompensatorische Bewertung) angewendet. Eine getrennte Buchung von Grund- und Sicherungsgeschäft erfolgt nicht (Nettomethode). Die Wirksamkeit dieser Bewertungseinheiten resultiert aus der Übereinstimmung der Parameter und Bedingungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts (Critical Term Match-Methode). Der in der Bewertung ausgewiesene Bruttobetrag/Marktwert spiegelt den Barwert des auf den zugrunde liegenden Kapitalwert aggregierten Cash-Flows (feste gegen variable Zinsbasis) wider. Die Summe aller abgezinsten Zahlungsströme ergibt den Barwert. In dem ausgewiesenen Bruttobetrag sind die aufgelaufenen Stückzinsen bereits enthalten. Stückzinsen werden ab dem letzten Abrechnungsdatum bis zum Bewertungsstichtag berechnet. Für die Abzinsung werden laufzeitkongruente Zinssätze (Zero Rates) der entsprechenden Währung herangezogen.

4. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus Erbpachtverträgen (Erbpacht je Jahr T€ 24; die Verträge haben eine Laufzeit bis 2076 bzw. 2078) sowie aus zwei Kfz-Leasingverträgen (T€ 10 jährlich).

ANHANG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

5. Nachtragsbericht (neue Verträge)

Der Gasliefervertrag für das Therapiezentrum lief bis zum 31.12.2021. Es wurde ein Folgevertrag mit Gaslieferanten für das Therapiezentrum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 geschlossen.

Bad Salzdetfurth, den 9. November 2023

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Thomas Oelker
- Geschäftsführer –

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

1 Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft betreibt das Therapiezentrum in Bad Salzdetfurth und das Sole-Frei-und-Hallenbad im Ortsteil Detfurth. Darüber hinaus bewirtschaftet das Unternehmen den Kurpark mit den historischen Gradierwerken - gem. Pachtvertrag mit der Stadt Bad Salzdetfurth - und nimmt - gem. Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth - Aufgaben des Fremdenverkehrs wahr.

Im Therapiezentrum werden therapeutische Leistungen mit den ortsgebundenen Heilmitteln Moor und Sole sowie ergänzende physiotherapeutische Leistungen erbracht. Das Solebad bietet gesundheitsfördernde Leistungen und ein reichhaltiges Saunaangebot an.

Im Bereich der therapeutischen Leistungen wirken sich die gesetzlich verankerten kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen aus. Die Umsätze im Solebad sind insbesondere durch witterungsbedingte Einflüsse geprägt.

2 Wirtschaftsbericht**2.1 Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen**

Im Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresfehlbetrag von 1.734 T€ (Vorjahr 1.832 T€) ausgewiesen. Das Ergebnis resultiert aus Erträgen von 2.213 T€ (Vorjahr 1.698 T€) sowie Aufwendungen von 3.947 T€ (Vorjahr 3.530 T€). Die Erträge erhöhten sich um 515 T€. Im Einzelnen beliefen sich die Erhöhungen wie folgt: aus Eintrittsgeldern des Solebades und der Sauna + 427 T€, Therapieerlöse Kurmittelhaus + 41 T€, Therapieerlöse im Solebad + 102 T€, Einnahmen Fremdenverkehr + 7 T€, Mieten- und Pachten + 13 T€ sowie aus sonstigen Erträgen + 18 T€. Der Planansatz von 1.788 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus, Solebad und Eintrittsgelder Solebad) wurde um 142 T€ überschritten. Darin sind abweichend vom Vorjahr keine Erstattungen durch Kurzarbeitergeld im Rahmen der Corona-Pandemie mehr enthalten.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

2.2 Darstellung der Lage der Gesellschaft**2.2.1 Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme beläuft sich im Jahr 2022 auf 5.506 T€ (Vorjahr 5.652 T€). Auf der Aktivseite ist eine Verringerung des langfristig gebundenen Vermögens um 108 T€ auf 3.666 T€ (Vorjahr 3.774 T€) sowie eine Minderung der flüssigen Mittel um 62 T€ auf 1.632 T€ (Vorjahr 1.694 T€) zu verzeichnen. Auf der Passivseite der Bilanz minderten sich die langfristigen Verbindlichkeiten durch planmäßige Tilgungen von 181 T€ und einen Sondertilgungsposten von 57 T€ auf 3.051 T€ (Vorjahr 3.289 T€). Die verbliebenen Darlehen werden auch zukünftig planmäßig getilgt. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 26 T€ auf 156 T€ (Vorjahr 130 T€). Die Sonstigen Verbindlichkeiten verminderten sich um 35 T€ auf 112 T€ (Vj. 147 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 1.948 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 35,4 % (Vorjahr 32,3 %). Die Quote sollte auch im folgenden Geschäftsjahr erreicht werden. Das in der Bilanz ausgewiesene langfristig gebundene Vermögen von 3.666 T€ (Vorjahr 3.774 T€) ist in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Darlehen finanziert. Diese Deckung gilt auch für die Zukunft.

Die Gesellschafterversammlung hat am 01.12.2022 beschlossen, den Jahresfehlbetrag 2021 unter Berücksichtigung der für 2021 geleisteten Vorauszahlungen, im Verhältnis der Geschäftsanteile, der Kapitalrücklage zu entnehmen. Der Restbetrag verbleibt in der Kapitalrücklage einerseits infolge der geringen Eigenkapitalausstattung und andererseits, weil das Gesundheitswesen sich in einer Phase des strukturellen Umbruchs befindet – und sowohl die Ertragsseite als auch die Aufwandsseite des Unternehmens immer mit einem hohen Risikofaktor behaftet ist. Die Gesellschafter haben unterjährig Einzahlungen in die Kapitalrücklage geleistet.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

2.2.2 Ertragslage

Der Kartenverkauf und die Therapieabgabe im Solebad entwickelten sich auf Grund der abflauenden Corona-Krise wieder zunehmend, außerplanmäßige Schließungszeiten waren nicht zu verzeichnen. Die Therapieerträge (22.660 Anwendungen im Kurmittelhaus und 1.093 Anwendungen im Solebad) erhöhten sich weiterhin im Kurmittelhaus, die Anzahl der Anwendungen blieb hier im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant, während sich die Anwendungen im Solebad steigend entwickelten. Der Planansatz von 641 T€ (Therapieerlöse Kurmittelhaus) wurde wieder überschritten um 88 T€. Der Planansatz von 840 T€ (Eintrittsgelder Solebad) wurde um nur 9 T€ unterschritten. Für die Eintrittsgelder Sauna wurde ein Planansatz von 125 T€ gebildet, der um 19 T€ überschritten wurde. Für die Therapieerlöse Solebad wurde ein Planansatz von 180 T€ gebildet der - einschließlich Wellness - um 33 T€ überschritten wurde. Bei den Sonstigen Erträgen wurde ein Ansatz von 1 T€ gebildet, der um 2 T€ überschritten wurde.

Die Einnahmen aus Kurbeiträgen betragen 128 T€ (Vorjahr 121 T€). Die Steigerung der Einnahmen ist auf das Abflauen der Corona-Krise zurückzuführen.

Die tariflich bedingte Anpassung der Löhne und Gehälter betrug 1,8 % zum 01.04.2022. Zum 01.06.2023 erhöhen sich die Löhne und Gehälter um sog. Inflationsausgleichsgeld. Dieser Mehraufwand konnte teilweise durch weitere Veränderungen der Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe positiv beeinflusst werden. Am Personalbestand ergeben sich Änderungen ab 01.01.2023 durch Einstellung weiterer Raumpflegerinnen für das Sole-Frei- und Hallenbad, da die zuvor in großen Teilbereichen fremd vergebene Reinigung des Bades wieder durch eigenes Personal erledigt wird. Die Personalkosten und die sozialen Aufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 197 T€ auf 2.283 T€ durch tarifliche Erhöhungen und geleistete Mehrstunden und dem Umstand, dass keine Kurzarbeit mehr angezeigt war. Auch Personalneueinstellungen schlagen sich in dem Gesamtbetrag nieder.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag im Jahr 2022 bei 57 Beschäftigten.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Der Materialaufwand weist im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe eine Kostensteigerung in Höhe von 118 T€ aus und beläuft sich im Jahr 2022 auf 562 T€. Im Bereich der bezogenen Leistungen kam es ebenfalls zu einer Steigerung um 47 T€ auf nunmehr 342 T€. Analog zu den höheren Erträgen ist auch hier das Nachlassen der Corona-Krise zu erkennen. Der Materialaufwand folgt auch in der Zukunft zu weiten Teilen den Erlösen.

Infolge der erwähnten Umsatzsteigerungen in allen Bereichen verringerte sich der Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2022 auf 1.734 T€. Die Umsatzsteigerungen beruhen auf der Beruhigung in der Corona-Pandemie ohne Schließungszeiten des Solebades.

2.2.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 156 T€ in das Anlagevermögen investiert. Hiervon entfielen 10 T€ auf Software (1 T€ MS-Programme und 9 T€ Zeiterfassungssystem), 2 T€ auf Gebäude (Bedarf Kurgartenanlage 2 T€), auf Betriebs- und Geschäftsausstattung 33 T€ (Laubsauger 3 T€, 2 Wallboxen 2 T€, 2 PC-Systeme, 2 T€, Tablet 1 T€, Zeiterfassungsgerät 1 T€, Telekommunikationsanlage 22 T€, GWG 2 T€) sowie 23 T€ auf Anlagen im Bau (2. Bauabschnitt der Sanierung der Trinkwasseranlage) im Kurmittelhaus und 65 T€ auf Gebäude (Betonsanierung und Bauwerksdiagnostik 6 T€, Brandmeldeanlage 20 T€, Ertüchtigung der Deckenabhängung 39 T€) sowie 22 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (Scheuersaugmaschine 3 T€, Hochdruckreiniger 2 T€, Einscheibenmaschine 2 T€, Not-Absperrklappen 7 T€, Therapieliege 2 T€, 2 PCs 2 T€, GWG 4 T€) im Solebad. Auch im kommenden Jahr ist mit steigenden Investitionskosten zu rechnen. So wird der 2. BA „Erneuerung der Wasserleitungen“ im Kurmittelhaus fortgesetzt. Hierfür sind im Jahr 2023 insgesamt 250 T€ einkalkuliert, nachdem von dem bereits für 2022 eingeplanten Betrag i. H. v. 150 T€ wegen Verzögerungen bei der Planungs- und Bauausführung lediglich eine Teilsumme von 23 T€ verwendet werden konnte. Im Bereich des Solebades sind 10 T€ für den Abschluss der Brandschutzmaßnahmen, 15 T€ für erneute Betonsanierungen und Bauwerksdiagnostik und 49 T€ für allgemeine Investitionen geplant.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

2.2.4 Finanzinstrumente

Zur Steuerung und Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos waren zwei Zins-Swap-Geschäfte im Jahr 2012 abgeschlossen worden, wovon eines im Jahr 2022 ersatzlos auslief. Der positive Marktwert beträgt im Jahr 2022 für das verbliebene Swap-Geschäft +779,01 €.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht**3.1 Prognosebericht**

Der für 2023 erwartete Jahresfehlbetrag beträgt nach dem genehmigten Wirtschaftsplan 1.952 T€. Ein bestandsgefährdendes Risiko für die Gesellschaft besteht dadurch nicht. Die Gesellschafter haben sich in einem Grundlagenbeschluss dazu verpflichtet, unterjährige Einzahlungen in die Kapitalrücklage zur Abdeckung der in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu leisten und damit eine Überschuldung sowie eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. Im Geschäftsjahr 2022 wurden unterjährig Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage in Höhe von 1.854 T€ geleistet. Der Verlust 2021 von 1.832 T€ wurde gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 01.12.2022 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Auch im Jahr 2023 erfolgen planmäßige Einzahlungen von Abschlägen beider Gesellschafter in die Kapitalrücklage.

Die politischen Diskussionen in den kommunalen Gremien sehen allerdings im Hinblick auf die erwartet angespannte Haushaltssituation ab 2024 vor, die sog. freiwilligen Leistungen abzusenken.

Durch den Gesellschaftsvertrag haben sich sowohl die Stadt Bad Salzdetfurth als auch der Landkreis Hildesheim zu dem dauerhaften Ausgleich bekannt.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

Das Jahr 2023 war zudem davon geprägt intensive Überlegungen zur Nachfolgeregelung des 45 Jahre alten Solebades anzustrengen. Eine politische Grundsatzentscheidung wird im Jahr 2024 erwartet. Vor diesem Hintergrund ist von einer weiterhin anhaltenden Übernahme der Unternehmensverluste auszugehen.

Die jeweiligen Beschlusslagen, die die Gesellschaftervertreter für ihr Handeln ermächtigen liegen der Kurbetriebsgesellschaft nicht vor.

Die in Kapitel 2.2.2 genannten Steuerungsgrößen der Gesellschaft (Kartenverkäufe und Anwendungen) sollten sich im weiteren Geschäftsjahresverlauf 2023 weiterhin positiv entwickeln. Trotz einiger im Betrieb liegender Widrigkeiten ist die Nachfrage im Bereich der therapeutischen Ansätze insbesondere für Dauerpatienten nahezu ungebrochen.

Die detaillierte Budgetplanung der Gesellschaft für 2023 geht davon aus, dass das negative Ergebnis noch über dem Vorjahreswert liegen wird. Zwar ist im Kurmittelhaus aufgrund des Fachkräftemangels eine quantitative Erhöhung der Kundenzahlen trotz der hohen Nachfrage nach Therapieleistungen eine große Herausforderung, dennoch wird eine leichte Steigerung der Erträge erwartet durch eine geringere Zurückhaltung der Kunden sowie weniger hohe Krankenstände beim Gesundheitspersonal nach dem Abebben der Covid-19-Pandemie. Im Solebad dagegen ist ein stärkeres Umsatzplus zu erwarten auch durch Veränderung der Eintrittspreisgestaltung und Erweiterung des Familienangebotes. Im Ausgabenbereich dagegen wird jedoch mit einer wesentlichen Steigerung der Personalkosten gerechnet aus den in Kapitel 2.2.2 angegebenen Gründen. Hinsichtlich der übrigen Aufwendungen wird von einer nur moderaten Zunahme ausgegangen auch unter dem Aspekt, dass wegen langfristiger Verträge im Energiebereich diese Kostenpositionen auf einem verhältnismäßig niedrigen Preisniveau bleiben.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

3.2 Risikobericht

Der Verband der Ersatzkassen (VdeK) und die RVO-Kassen haben auch ab 2023 Veränderungen bei den Heilmittelpreisen bekanntgegeben. Bei den Therapieleistungen ergeben sich grundsätzlich Risiken durch weitere Veränderungen aufgrund gesundheitspolitischer Maßnahmen. Künftige Preisanpassungen durch die Krankenkassenverbände (Vdek/RVO) werden kaum nennenswert sein und sich maximal im Rahmen der Grundlohnsummensteigerungen bewegen.

Auch die Besucherzahlen im Solebad sind weiterhin sehr witterungsabhängig. Bei den Aufwendungen ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Personal- und Energiekosten zu legen. Gerade bei den Energiekosten wird es in den kommenden Jahren zu erheblichen Kostensteigerungen kommen, da die derzeitigen Preise bedingt durch das Embargo gegen Russland nach wie vor hoch sind.

Des Weiteren ist auch in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Standfestigkeit des nunmehr 44 Jahre alten Solebades zu legen. Die jährlich durchgeführten Betonsanierungsarbeiten haben sich dabei positiv auf die Lebensdauer des Solebades ausgewirkt. Aber trotzdem ist diese auch für unser Bad endlich. Nach Aussage unseres Architekten liegt die unbedenkliche Lebensdauer in einem Zeitraum von 5-8 Jahren. Somit sind die Gesellschafter vom Geschäftsführer dahingehend sensibilisiert worden, sich Gedanken zu machen, wie es in den kommenden Jahren speziell mit dem Solebad (Neubau) weitergehen soll. Eine diesbezügliche Machbarkeitsstudie ist im Jahr 2023 durchgeführt worden und wird aktuell noch ausgewertet. Darüber hinaus zeigt eine akute Legionellenproblematik mit vorübergehender Schließung der Einrichtung die erheblichen Risiken in dem nahezu 45 Jahre alten Bestandsgebäude.

Der Aufsichtsrat und die Gesellschaftervertreter werden unterjährig und zeitnah über alle wesentlichen wirtschaftlichen Veränderungen des Unternehmens unterrichtet.

LAGEBERICHT

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

3.3 Chancenbericht

Chancen ergeben sich im Bereich der Therapieerlöse für das Geschäftsjahr 2023 auch aufgrund einer Steigerung der gültigen Heilmittelpreise, eines weiterhin anhaltenden guten Rezeptaufkommens und einer möglicherweise rückläufigen Kostenstruktur.

Es sind keine weiteren wesentlichen Risiken im kommenden Jahr ersichtlich, die eine künftige Geschäftstätigkeit beeinflussen.

Bad Salzdetfurth, den 9. November 2023

.....

Thomas Oelker
Geschäftsführer

Zusammenstellung der Darlehensverbindlichkeiten

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

Kreditgeber Darlehen-Nr.	Höhe des Darlehens		Kontostand zum 31.12.2021		Zugang 2022		Zinsen 2022		Tilgung 2022		Kontostand zum 31.12.2022		Zinssatz
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620077141	1.866.215,37	1.028.719,37	1.028.719,37	0,00	34.906,98	12.271,00	1.016.448,37	3,27 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2024)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620129785	306.775,13	39.880,24	39.880,24	0,00	534,92	9.203,28	30.676,96	1,50 % (Festzinssatz bis zum 15.05.2026)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620132578	306.775,13	63.615,12	63.615,12	0,00	1.542,17	63.615,12	0,00	in 2022 getilgt					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620157980	409.033,50	185.767,10	185.767,10	0,00	4.617,98	6.600,00	179.167,10	2,30 % (Festzinssatz bis zum 30.12.2032)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620172826	306.775,13	58.286,75	58.286,75	0,00	1.611,25	9.203,28	49.083,47	2,98 % (Festzinssatz bis zum 30.04.2024)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620489182	98.000,00	74.000,00	74.000,00	0,00	1.935,48	1.500,00	72.500,00	2,64 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2025)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 620523174	720.000,00	414.000,00	414.000,00	0,00	6.627,24	21.600,00	392.400,00	1,64 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2027)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201173581	535.000,00	347.638,00	347.638,00	0,00	4.718,49	17.844,00	329.794,00	1,39 % (Festzinssatz bis zum 30.05.2031)					
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201410914	680.000,00	510.000,00	510.000,00	0,00	10.129,70	24.000,00	486.000,00	2,03 % (Festzinssatz bis zum 30.03.2029)					

Zusammenstellung der Darlehensverbindlichkeiten

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

Kreditgeber Darlehen-Nr.	Höhe des Darlehens	Kontostand zum 31.12.2021	Zugang 2022	Zinsen 2022	Tilgung 2022	Kontostand zum 31.12.2022	Zinssatz
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201525359	150.000,00	119.340,00	0,00	2.422,52	5.040,00	114.300,00	2,07 % (Festzinssatz bis zum 30.07.2025)
Sparkasse Hildesheim Goslar Peine 6201706246	500.000,00	351.644,00	0,00	2.877,78	45.380,00	306.264,00	0,86 % (Festzinssatz bis zum 30.09.2029)
Land Niedersachsen	695.356,96	96.061,48	0,00	2.550,07	22.118,16	73.943,32	3,00 % (Festzinssatz bis zum 30.06.2026)
	6.573.931,22	3.288.952,06	0,00	74.474,58	238.374,84	3.050.577,22	

Rückstellungsübersicht

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Entwicklung der Rückstellungen

	Stand 01.01.2022 Euro	Inanspruchnahme Euro	Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2022 Euro
Sonstige Rückstellungen					
Reparaturen:					
Solebad	29.000,00	7.000,00	0,00	0,00	22.000,00
Kurmittelhaus	22.350,00	0,00	0,00	0,00	22.350,00
Unterlassene Instandhaltungen	45.500,00	44.450,00	1.050,00	11.600,00	11.600,00
Jahresabschlusskosten	33.700,00	33.250,00	450,00	34.200,00	34.200,00
Jubiläumsverpflichtungen	7.000,00	0,00	0,00	0,00	7.000,00
Urlaubsrückstellung	65.400,00	65.400,00	0,00	66.200,00	66.200,00
Überstundenrückstellung	42.475,00	42.475,00	0,00	63.415,00	63.415,00
Aufbewahrungspflichten	12.800,00	0,00	0,00	0,00	12.800,00
Prozesskostenrisiko	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	258.225,00	192.575,00	1.500,00	175.415,00	239.565,00

Rechtliche Verhältnisse
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

1. Allgemeines

Die Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH besteht seit 1974. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hildesheim unter HRB 368 eingetragen.

Das Stammkapital (gezeichnetes Kapital) beträgt gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages 1.100.000,00 Euro und ist voll eingezahlt. Gesellschafter sind der Landkreis Hildesheim mit 561.000,00 Euro und die Stadt Bad Salzdetfurth mit 539.000,00 Euro. Der derzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 9. August 2017.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages, die zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege notwendigen Kurmittelanlagen zu erwerben und zu betreiben, Kurmittel anzubieten sowie die dem Kurbetrieb dienenden Brunnen und Bohrungen, Peloide und Gradierwerke zu fördern, zu errichten und zu betreiben. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erfüllung des Gesellschaftszweckes dienen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann sie neue Anlagen errichten, vorhandene Anlagen erwerben, sich anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

Der Aufsichtsrat besteht nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages aus neun Mitgliedern. Hiervon entsenden der Landkreis Hildesheim vier und die Stadt Bad Salzdetfurth drei Mitglieder. Darüber hinaus gehören dem Aufsichtsrat die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Bad Salzdetfurth an. Vorsitzender ist Herr Werner Preisner. Die Aufsichtsratsmitglieder sind im Anhang angegeben.

Der Aufsichtsrat tagte im Berichtsjahr viermal.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat datiert vom 22. Mai 1989.

Seit dem 1. Februar 2019 ist Herr Thomas Oelker Geschäftsführer. Für die Geschäftsführung liegt eine Geschäftsanweisung vom 29. Januar 1990/29. November 1993 vor.

Rechtliche Verhältnisse
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

2. Vorjahresabschluss

Der von mir geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde am 1. Dezember 2022 von der Gesellschafterversammlung festgestellt. In gleicher Sitzung wurde dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Durch Gesellschafterbeschluss wurden Zahlungen der Gesellschafter in 2022 von TEuro 1.854 in die Kapitalrücklage geleistet und zur Deckung des Fehlbetrages TEuro 1.832 aus der Kapitalrücklage entnommen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde am 1. Dezember 2022 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Steuerliche Verhältnisse
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Die Gesellschaft ist als Kapitalgesellschaft unbeschränkt steuerpflichtig.

Die letzte Lohnsteuerausprüfung des Finanzamtes Hildesheim fand am 24. Februar 2012 für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 statt. Es ergaben sich keine Steuernachforderungen.

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

1. Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt ein Solebad mit einer Saunalandschaft sowie ein Kurmittelhaus.

	31. Dezember 2022 Anzahl	31. Dezember 2021 Anzahl
Solebad		
Außenbecken (450 m ²)	1	1
Innenbecken (250 m ²)	1	1
Therapiebecken (48 m ²)	1	1
Kneippbecken (25 m ²)	1	1
Whirlpool	1	1
90° Sauna	1	1
60° Sauna	1	1
Dampfbadsauna	1	1
Erdsauna	1	1
Sechs-Eck-Saunablockhaus	1	1
Tauchbecken	2	2
Solarien	1	1
Massageräume	2	2
Kurmittelhaus		
Solewannen	2	2
Packungsliegen	7	7
Inhalationsräume	0	0
Moorwannen	2	2
Massageräume	8	8
Unterwassermassagewannen	1	3
Gymnastikräume/Physiotherapie	12	10
Solebewegungsbad	1	1
Wellnessräume	2	2
Fußpflegeraum	1	1

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

2. Wichtige Verträge

Im Pachtvertrag mit der Stadt Bad Salzdetfurth über die Grundstücke und Anlagen "Großer Kurpark" und "Mühlenwiese" wurde anstelle eines Pachtzinses vereinbart, dass die Geländeflächen und baulichen Anlagen einschließlich der Wege und gärtnerischen Anlagen durch die Gesellschaft zu unterhalten und instandzusetzen sind. Der Pachtvertrag wurde am 28. Februar 2005 anlässlich der Generalsanierung der Gradierwerke angepasst. Im Nachtrag vom 11. Oktober 2011 zum vorgenannten Pachtvertrag wurde die gepachtete Fläche durch Herausnahme von Flächen für die Stadt Bad Salzdetfurth verkleinert.

Erbbaurechtsverträge vom 13. September 1977 und 2. November 1979 mit der römisch-katholischen Pfarre Detfurth über Grundstücksflächen zur Errichtung eines Sole-, Frei- und Hallenbades und zur Erweiterung des Kurparks. Die Bestellung des Erbbaurechts erfolgte jeweils für die Zeit von 99 Jahren.

Vereinbarung mit der Stadt Bad Salzdetfurth und den Salze-Kliniken I und II über die Regelung der Erhebung der Kurbeiträge für Patienten der Kliniken. Die Vereinbarung wurde zum 1. Juli 2001 wirksam und hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2003. Sie verlängert sich automatisch, wenn nicht eine der Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende die Vereinbarung kündigt.

Wärmelieferungsvertrag vom 22./27. Juni 2012 mit einer Laufzeit von zwölf Jahren für das Solebad; Vertragspartner ist die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH. Wärmelieferant ist die Bioenergie Bunte GmbH & Co. KG, an der die Stadtwerke Bad Salzdetfurth GmbH mit 34 % beteiligt ist. Der Vertrag sieht keine Mindestabnahmeverpflichtung und bei Stillstandzeiten des Solebades keine Abnahmeverpflichtung der Wärmelieferung vor.

Der Gasliefervertrag für das Therapiezentrum ist für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2024 geschlossen.

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

In 2021 wurde mit der Gemeindewerke Oberhaching GmbH ein Vertrag als Folgevereinbarung über die Lieferung elektrischer Energie für das Solebad für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024 abgeschlossen. Ebenfalls wurde mit der E.ON Energie Deutschland GmbH ein Vertrag über die Lieferung elektrischer Energie für das Kurmittelhaus für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossen.

Im Übrigen wurden Verträge von wesentlicher Bedeutung, die die Gesellschaft über den Rahmen des im Geschäftsverkehr Üblichen hinaus verpflichten, nach mir erteilten Auskünften nicht abgeschlossen. Auch wurden solche Verträge nicht gekündigt, geändert oder durch Ablauf gegenstandslos.

3. Versicherungsschutz

Die Haftpflichtrisiken der Gesellschaft aus der Inanspruchnahme durch Dritte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen privatrechtlichen Inhalts wegen schuldhaft verursachter Personen-, Sach- oder der Vermögensschäden werden durch den Kommunalen Schadensausgleich Hannover gedeckt. Der Haftpflichtdeckungsschutz wird nicht durch Summen begrenzt.

Die Gebäude der Gesellschaft sind gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag und Explosion sowie gegen Leitungswasser- und Sturmschäden versichert. Für das Betriebs- und Geschäftsinventar besteht eine Feuer-, Leitungswasser- und Einbruchdiebstahlversicherung.

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Eine Übersicht über Art und Umfang der Versicherungen der Gesellschaft ist in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Objekt/Risiko	Sparte	Versicherer	Police Nr.	Versicherungssumme	Bemerkung
Gesellschaft und Mitarbeiter	Haftpflicht	KSA Hannover	4157	unbegrenzt	Personen-, Sach- u. Vermögensschäden
Gesellschaft und Mitarbeiter	Vermögenseigenschaden	GVV Kommunal Versicherung VvaG	420228	200.000,00	Vollversicherung, Ausschlussfrist 6 Jahre
Gesellschaft und Mitarbeiter	Vermögenseigenschaden	GVV Kommunal Versicherung VvaG	420228	300.000,00	Zusatzteilversicherung für Geschäftsführer u.a.
Geschäftsführer und Mitarbeiter	Straf-Rechtsschutz	Württ. Gemeinde Rechtsschutz Versicherung a.G.	V 59 004 537/270	500.000,00	Max. 250.000 Euro/Person
Gebäude, Inventar, Ertragsausf.	Inhalt Unterstraße 87	Gothaer	95 001 039 325	1.075.590,00	Elementarschäden, Selbstbet. max 5.000,00 Euro
	Inhalt Unterstraße 1	Gothaer	95 001 039 325	744.130,00	Elementarschäden, Selbstbet. max 5.000,00 Euro
	Gebäude Unterstraße 87	Gothaer	29 050 337 748	9.353.587,00	gleitender Neuwert Preisbasis 1914 incl. 4 Pavillions
	Gebäude Unterstraße 1	Gothaer	29 050 337 377	20.430.282,00	gleitender Neuwert Preisbasis 1914
	Betriebschließung Unterstraße	Gothaer	95 001 039 325	600.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie#
	Betriebschließung Solebad	Gothaer	95 001 039 325	600.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie#
	Ertragsausfall Unterstraße 87	Gothaer	95 001 039 325	902.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie#
	Ertragsausfall Solebad	Gothaer	95 001 039 325	2.278.000,00	Haftzeit 24 Monate Sonderregelung für Pandemie#

Technisch-wirtschaftliche Grundlagen
Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Objekt/Risiko	Sparte	Versicherer	Police Nr.	Versicherungssumme	Bemerkung
Kurmittelhaus und Solebad Fuhrpark	Glasversicherung	Gothaer	95 001 042 951	46.224,00	einschl. Solebad Pavillon
	Kraftfahrt	KSA Hannover	Diverse	unbegrenzt Zeitwert 50.000,00/100.000,00 40,00 3.000,00	Kfz-Haftpflicht Vollkasko Tod/Invalidität Tagegeld Gepäckschaden

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz**Fragenkreis 1 : Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung besteht nicht. Für die Geschäftsführung ist § 7 des Gesellschaftsvertrages maßgebend. Danach wurde vom Aufsichtsrat eine Geschäftsanweisung erlassen, die u.a. die allgemeine Vertretung des Geschäftsführers durch Handlungsbevollmächtigte und allgemeine Grundsätze für die Geschäftsführung regelt.

Die Aufgaben des Aufsichtsrates sind in den §§ 8 bis 10 des Gesellschaftsvertrages niedergelegt. Außerdem besteht für den Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung. Danach überwacht der Aufsichtsrat die Geschäftsführung und ist befugt, dieser Weisungen zu erteilen. Zu den wichtigsten Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen des Aufsichtsrates gehören u.a.:

- Zustimmung zum Wirtschaftsplan
- Vorbereitung der sonstigen Beschlüsse der Gesellschaftsversammlung
- Zustimmung zu folgenden Rechtshandlungen: Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und Rechten, Aufnahme von Darlehen, Führung eines Rechtsstreits, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschritten wird
- Zustimmung zur Festsetzung und Änderung der Gebühren für die abgegebenen Kurmittel

Die Aufgabenverteilung für den Aufsichtsrat und für die Geschäftsführung ist zweckmäßig und entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden, und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Geschäftsjahr 2022 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt, über die mir schriftliche Sitzungsprotokolle vorlagen. Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Der Geschäftsführer erhält seine Bezüge auf der Grundlage eines Dienstvertrages, der vom Aufsichtsrat beschlossen wird. Von den Aufstellungserleichterungen gemäß § 288 HGB für kleine Kapitalgesellschaften wurde zulässigerweise durch Verzicht von Angaben zu den für die Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Gesamtbezügen Gebrauch gemacht. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat sind zutreffend im Anhang angegeben.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die Gesellschaft verfügt über einen Organisationsplan, aus dem der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind. Sie sind im Risikomanagementhandbuch hinterlegt, das einer jährlichen Überprüfung unterliegt.

Die Aufbauorganisation in den kaufmännischen und technischen Abteilungen ist in Form eines "Organigramms" dargestellt. Für die Gesellschaft existieren zahlreiche Einzelregelungen für die kaufmännischen und technischen Abteilungen, die in Dienstanweisungen und Betriebsanweisungen schriftlich festgehalten sind.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Nach meinen Feststellungen wird den Regelungen entsprechend verfahren.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Vorkehrungen zur Korruptionsprävention sind durch die Aufbau- und Ablauforganisation gewährleistet. Im täglichen Arbeitsablauf sind entsprechende Arbeitsteilungen und Überwachungen vorhanden. Es wird insbesondere das Vier-Augen-Prinzip angewendet. (Siehe des Weiteren Ausführungen zu d). Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist insgesamt wenig korruptionsanfällig.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Auftragsvergaben und Auftragsabwicklungen werden grundsätzlich nach Rücksprache mit den Fachbereichen vom Geschäftsführer oder direkt durch die Fachabteilungen - jeweils in Zusammenarbeit mit der Leitung des Rechnungswesens, die für die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Liquidität richtig zeichnet - abgewickelt. Vergleichsangebote und Ausschreibungsunterlagen bei Lieferungen und Leistungen sowie Bauleistungen werden im Rechnungswesen vorgehalten. Die Einholung von Vergleichsangeboten gestaltet sich zunehmend schwierig, da nicht mehr alle Leistenden zur Abgabe entsprechender Angebote bereit sind.

Mir sind keine Anhaltspunkte bekannt, dass diese Regelungen nicht eingehalten wurden.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen ist organisatorisch im Sekretariat der Geschäftsführung angesiedelt.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen entspricht den in Kurbetrieben üblichen Rahmenbedingungen und entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens. Sachliche Zusammenhänge sind im Investitionsplan erkennbar, der Teil des Wirtschaftsplanes ist. Wesentliche Nachträge werden im Investitionsplan erkennbar dargestellt. Die einzelnen Planansätze können bei Bedarf untereinander ausgetauscht oder ersetzt werden.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden anhand der Monatsabschlüsse mit den Planansätzen im Finanz- und Erfolgsplan verglichen und systematisch untersucht. Beim Vermögens- und Erfolgsplan sowie der Stellenübersicht wird die Gegenüberstellung der Planansätze und der tatsächlichen Ergebnisse im Bericht unter Punkt 5. erläutert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Besucher im Solebad werden über eine Computer-Registrierkasse abgerechnet, über die ein Verkaufsprotokoll erstellt wird. Im Kurmittelhaus wird der Rezept- und Barverkauf von Kurmitteln EDV-gestützt über einen Personalcomputer abgerechnet.

Die Belege der Finanzbuchhaltung werden von der Gesellschaft kontiert und anschließend einem Steuerberater übergeben, der den Buchungsstoff erfasst und an das DATEV-Rechenzentrum weiterleitet. Nach der Bearbeitung werden die Konten, Belege und Saldenlisten bei der Gesellschaft abgelegt. Die Software verfügt über die aktuell gängigen Kontrollmechanismen und Arbeitshilfen.

Das Rechnungswesen ist zweckmäßig eingerichtet und entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Die Konten und Bücher werden ordentlich geführt; das Belegwesen ist geordnet.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Eine Übersicht über den jeweiligen Finanzstatus und die entsprechende Liquidität ist durch den Geschäftsführer bzw. durch das Rechnungswesen gewährleistet. Die Darlehensverläufe sind als Anlage zu diesem Bericht dargestellt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management, und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Das Cash-Management wird aufgrund der Betriebsgröße und der Personalausstattung von der Unternehmensleitung in Zusammenarbeit mit der Leitung des Rechnungswesens wahrgenommen. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten werden.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Umsätze im Solebad werden überwiegend bar erhoben und täglich abgerechnet. Im Kurmittelbereich erfolgen die Abrechnungen mit den Sozialversicherungsträgern zweimal monatlich. Ausstehende Forderungen werden effektiv eingezogen.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Aufgrund der Betriebsgröße werden Controllingaufgaben vom Rechnungswesen wahrgenommen. Es wird insbesondere die Budgetüberwachung der im Investitions- und Erfolgsplan enthaltenen Ansätze gewährleistet. Des Weiteren werden die Ergebnisentwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen analysiert. Nach meinen Feststellungen entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens.

- h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und hält keine wesentlichen Beteiligungen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Die Geschäftsführung hat ihr Risikofrüherkennungssystem in einem "Risikomanagement-Handbuch" dokumentiert. Es wurde ein ausführliches Risikokataster aufgestellt, das eine Bewertung der einzelnen Risiken nach Schadenshöhe, Eintrittswahrscheinlichkeit, Frühwarnsignalen und entsprechende Gegenmaßnahmen enthält. Eine Definition von Risikoindikatoren ist hierbei erfolgt. Die Beachtung ist den Mitarbeitern als kontinuierliche Aufgabe aufgegeben worden. Die gewonnenen Risikoinformationen werden hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schadenshöhe in regelmäßigen Abständen bewertet. Zur Senkung der Einzelrisiken wurden für die täglichen Arbeitsabläufe zahlreiche Dienst- und Betriebsanweisungen erlassen. Eine Überarbeitung des Risikomanagement-Handbuches ist im Berichtsjahr im Sinne einer Aktualisierung vorgenommen worden.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen aus und erfüllen ihren Zweck. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Die Maßnahmen zur Risikodefinition und -bewertung sind ausreichend dokumentiert; eine Übersicht ist im Risikomanagement-Handbuch enthalten.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die regelmäßige Durchführung einer Risikoinventur ist jährlich vorgesehen. Die Kontrolle des Risikomanagements ist durch die Besetzung eines Risiko-Beauftragten gewährleistet. Eine Darstellung der Risiken in Form eines so genannten "Risikoportfolios" ist erfolgt. Dazu wurden die wichtigsten Risiken in einer Schadenshöhe-Eintrittswahrscheinlichkeit-Matrix positioniert, so dass die Risikosituation des Unternehmens übersichtlich erkennbar ist.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert, und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Es wurden keine schriftlichen Vorgaben festgehalten, da entsprechende Finanzinstrumente nur noch in einem Fall zur Risikominimierung genutzt werden. Es handelt sich hier um einen Zinsswap. Dabei wurden auf Basis vorheriger intensiver Befassung die Verträge mit einem verlässlichen Partner abgeschlossen. Im Übrigen gelangen Finanzinstrumente nicht zum Einsatz.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Nein, das von der Kurbetriebsgesellschaft vereinbarte Swap-Geschäft mit der Sparkasse Hildesheim Goslar Peine AöR, Hildesheim, dient lediglich der Steuerung bzw. Begrenzung eines Zinsänderungsrisikos in Bezug auf die ebenfalls bei dieser Bank aufgenommenen Darlehen.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf:

- Erfassung der Geschäfte?
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse?
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung?
- Kontrolle der Geschäfte?

Die Gesellschaft setzt lediglich einen Zinsswap ein, sodass der Einsatz entsprechender Instrumentarien nicht erforderlich scheint.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte, und werden Konsequenzen auf Grund der Risikoentwicklung gezogen?

Siehe Fragenkreis 5 b). Es wird ausschließlich Hedging betrieben.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Siehe Fragenkreis 5 b). Entsprechende Arbeitsanweisungen erscheinen nicht erforderlich.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Siehe Fragenkreis 5 b). Die Geschäftsleitung ist über die Entwicklung der Darlehen und Swapgeschäfte informiert.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine selbstständige Organisationseinheit "Innenrevision" besteht nicht. Erforderliche verschiedene Kontrollen, wie Rechnungsprüfung, Budgetüberwachung, Überprüfung der Lohn- und Gehaltsüberweisungen u. ä. werden von der Abteilung Rechnungswesen wahrgenommen. Daneben werden Revisionsaufgaben auch vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hildesheim überwiegend im Kassen- und Personalbereich durchgeführt. Außerdem setzt sich das Rechnungsprüfungsamt kritisch mit dem Jahresabschluss der Gesellschaft auseinander.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Siehe Fragenkreis 6 a). Hinsichtlich des Rechnungsprüfungsamtes werden keine Interessenkonflikte gesehen.

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Siehe Fragenkreis 6 a). Neben einer Kassenprüfung wird auch der Jahresabschluss und das Zahlenwerk der Gesellschaft durch das Rechnungsprüfungsamt einer kritischen Durchsicht unterzogen.

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Siehe Fragenkreis 6 a). Eine Schwerpunktsetzung durch das Rechnungsprüfungsamt ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

- e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt, und um welche handelt es sich?**

Siehe Fragenkreis 6 a). Wesentliche Mängel sind gelegentlich der Prüfungshandlungen des Rechnungsprüfungsamtes nicht aufgedeckt worden.

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen, und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Siehe Fragenkreis 6 a). Wesentliche Feststellungen sind nicht getroffen worden.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsverordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Derartige Kreditgewährungen existieren nicht.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Alle geplanten Investitionen sind im Wirtschaftsplan enthalten. Der Finanzplan als Teil des Wirtschaftsplanes wird im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken der Investitionen sorgfältig geplant und im Aufsichtsrat erörtert. Dies gilt auch für etwaige Nachträge.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Entsprechende Unterlagen über Vergleichsangebote oder über Ausschreibungen werden in ausreichendem Umfang aufgrund der Betriebsgröße in der Finanzbuchhaltung geführt und verwaltet. Sie werden zum Teil durch die beratenden Architekten und Ingenieure erläutert, sind hinsichtlich der Preisermittlung ausreichend und erlauben ein Urteil über die Angemessenheit des Preises.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Es besteht eine laufende Überwachung der Investitionstätigkeit, aus der Abweichungen vom Planansatz ersichtlich werden. Auf dieser Basis werden ggf. entsprechende Nachträge zum Wirtschaftsplan veranlasst. Es erfolgt eine Gesamtabrechnung jedes Wirtschaftsplanes, um mögliche Budgetüberschüsse oder Budgetunterdeckungen festzustellen und in kommenden Wirtschaftsplänen zu verrechnen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Nach meinen Feststellungen haben sich keine wesentlichen Überschreitungen der Planansätze ergeben.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Derartige Anhaltspunkte habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt. Es bestehen lediglich zwei Leasingverträge für zwei PKWs.

Fragenkreis 9: Vergaberegungen**a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegungen (z.B. VOB, VOL, VOF, Eu-Regelungen) ergeben?**

Die Gesellschaft beachtet bei Auftragsvergaben grundsätzlich die Schwellenwerte nach Vergabe-Verordnung. Im Übrigen wird der Schwellenwert nach dem niedersächsischen Landesvergabegesetz für öffentliche Ausschreibungen beachtet. Technische Anforderungen oder zeitlich drängende nicht planbare Maßnahmen können unter Umständen eine abweichende Vorgehensweise erfordern. Die Auftragsvergaben werden i.d.R. schriftlich dokumentiert. Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegungen haben sich nicht ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden bei der Vergabe von Investitionsaufträgen und anderer Aufträge - soweit möglich - mehrere Anbieter zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Hier gelten die Wertgrenzen entsprechend. Die Aufnahme in die Bieterliste erfolgt nach den Erfordernissen der Vergabeentscheidung. Maßgeblich sind in erster Linie Preise, Fachkenntnis, Erfahrungen aus früheren Vergaben sowie örtliche und technische Gegebenheiten. Die endgültige Vergabeentscheidung orientiert sich an wirtschaftlichen Belangen.

In der jüngeren Vergangenheit gestaltet sich die Einholung von Vergleichsangeboten zunehmend schwierig, da immer mehr Anbieter die Abgabe solcher Angebote ablehnen oder bei Nichtberücksichtigung bei der Vergabe eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Gesellschaft ablehnen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

In den im Geschäftsjahr 2022 stattgefundenen vier Aufsichtsratssitzungen wurde u.a. Folgendes beraten bzw. beschlossen:

- Wirtschaftsplan 2022
- Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Stellvertretung
- Kreditprolongation
- Sachstand zu größeren Investitions- und Instandhaltungsprojekten, Investitionsbedarfe
- Neuorganisation der Reinigungsleistungen im Solebad
- Anpassung der Eintrittspreise im Solebad und der Preise sonstiger Leistungen
- Überarbeitung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung
- Information über die Machbarkeiststudie zum Solebad
- Informationen über die Geschäftsentwicklung
- Jahresabschluss 2021

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die mir vorliegenden Protokolle vermitteln dem Aufsichtsrat zutreffende Einblicke in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und in die wichtigsten Unternehmensbereiche.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Aufsichtsrat wurde nach den mir vorliegenden Protokollen zeitnah über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Ungewöhnliche bzw. risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäfte oder erkennbare Fehldispositionen habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Besondere Berichtswünsche wurden auskunftsgemäß nicht geäußert.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Derartige Anhaltspunkte liegen nicht vor.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Es besteht eine Vermögensschaden-Eigenversicherung für Organe und leitende Angestellte. Der Aufsichtsrat ist über die Versicherungskonditionen informiert.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte sind nicht bekannt.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen in wesentlichem Umfang habe ich bei meiner Prüfung nicht festgestellt.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Auffallend hohe oder niedrige Bestände sind nicht vorhanden.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH

Bad Salzdetfurth

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind durch Eigenkapital und Darlehen finanziert. Zum Bilanzstichtag besteht eine Überdeckung der langfristig verfügbaren Mittel über das langfristig gebundene Vermögen in Höhe von TEuro 1.158 (Vorjahr Überdeckung TEuro 1.161). Die Eigenkapitalquote beträgt 35,4 %.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Für die Gesellschaft besteht keine Konzernbindung.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Gesellschaft hat Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag von den Gesellschaftern erhalten. Außerdem bestehen Bürgschaften der Gesellschafter für die von der Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH aufgenommenen Bankdarlehen. Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen Auflagen wurden nicht festgestellt.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigeren Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft liegt mit 35,4 % oberhalb der des Vorjahres von 32,3 %. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt TEuro 1.948 zum 31. Dezember 2022. Vor dem Hintergrund des im Geschäftsjahr realisierten Jahresfehlbetrags von TEuro 1.734 sowie des prognostizierten Jahresfehlbetrags für das Wirtschaftsjahr 2023 von TEUR 1.799 ist erkennbar, dass diese Eigenkapitalausstattung nicht mehr ausreicht, um als Verlustdeckungspotential für die kommenden Jahresfehlbeträge zu dienen. Die Eigenkapitalausstattung sollte daher weiterhin im Fokus der Betrachtung liegen.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdettfurth mbH

Bad Salzdettfurth

zum

31. Dezember 2022

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresfehlbetrag soll wie im Vorjahr im Verhältnis der Geschäftsanteile der Gesellschafter - unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen auf den Jahresfehlbetrag - aus der Kapitalrücklage entnommen werden.

Dieser Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar, da noch ein ausreichender Bestand in der Kapitalrücklage vorhanden ist.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Es besteht keine Konzernbindung und Segmentierung.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Die generelle Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft lässt in gewöhnlichen Wirtschaftsjahren Jahresfehlbeträge erwarten. Im Berichtsjahr haben die zusätzlichen Belastungen durch die einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie abgenommen, wodurch eine Verbesserung der Ertragslage eintrat. So musste im Vorjahr das Solebad für nicht unwesentliche Teile des Jahres geschlossen werden, was zu signifikanten Umsatzeinbußen geführt hat. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern und anderen Leistungen im Solebad haben daher spürbar zugenommen. Insgesamt ist der Fehlbetrag daher gesunken.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Es sind keine Konzessionsabgaben zu leisten.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

Fragenkreis 15: Verlust bringende Geschäfte und ihre Ursachen**a) Gab es Verlust bringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Die Verluste sind aufgabenbedingt und nur teilweise durch Preisanpassungen oder Einsparungen bei den Aufwendungen beeinflussbar; hierbei ist zu beachten, dass die Konsolidierungsmaßnahmen für den Aufwandsbereich bereits weitestgehend ausgeschöpft sind. Dies gilt sowohl für die durch die Gesundheitspolitik beeinflusste Kurmittelsparte als auch für das Solebad. (Siehe Fragenkreis 14 b). Preisanpassungen im Bereich der Eintrittsgelder für das Solebad und die Wellnessleistungen sind vorgeschlagen und vom Aufsichtsrat auch beschlossen worden. Negative Ergebniseinflüsse lagen im Berichtsjahr insbesondere auch durch hohe Instandhaltungserfordernisse der Liegenschaften und die allgemeinen inflationsbedingten Preissteigerungen vor.

Der Jahresfehlbetrag 2022 von TEuro 1.734 unterschreitet den im Wirtschaftspland enthaltenen Ansatz von TEuro 1.934 als Zielvorgabe der Gesellschafter um TEuro 200. In früheren Jahren vor Eintritt der Corona-Krise war die Verlustdeckung von der Gesellschaft auf einen Maximalbetrag von TEuro 1.327 begrenzt worden. Dieser erscheint vor dem Hintergrund aktueller Erlös- und Kostenentwicklungen nicht mehr sachgerecht, da das strukturelle Defizit nunmehr diesen Betrag deutlich überschreitet. Zu berücksichtigen sind hier auch die von der KBG zu tragenden Preissteigerungen, insbesondere im Bereich der Energieversorgung und des Personals.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Durch Kostenkontrolle und Konsolidierungsbemühungen der Geschäftsführung wurden die Kostensteigerungen begrenzt. Der Personalaufwand erhöhte sich auf Grund einer Tarifierpassung von 1,80 % zum 1. April 2022 und durch eine Ausweitung des Personalbestands um TEuro 196. Grundsätzlich ist allerdings die Personalkostenintensität bei Kurbetrieben verhältnismäßig hoch, da diese als Dienstleistungsunternehmen - wie in der Branche üblich - in starkem Maße durch Personalaufwendungen belastet sind. Bei der KBG kommt erschwerend hinzu, dass die Betriebsstätten Solebad und Kurmittelhaus weit auseinander liegen und Synergieeffekte daher nicht in ausreichendem Maße genutzt werden können. Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass die in den Vorjahren in erheblichem Umfang durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen zu einer nachhaltigen Kostensenkung beigetragen haben, wobei die Möglichkeiten der Kostenreduzierung weitestgehend ausgeschöpft sein dürften. Künftige weitere Kostensteigerungen sind inflationsbedingt in allen Bereichen erwartbar.

Die Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Grundsätzlich sind Jahresfehlbeträge in Kureinrichtungen aufgabenbedingt. Im Übrigen wird die Höhe des Jahresfehlbetrages erheblich durch restriktive gesundheitspolitische Maßnahmen mit negativen Auswirkungen auf die Kurmittelerlöse sowie durch steigende Personalaufwendungen aufgrund tariflicher Aufbesserungen und erheblicher Energiekosten bestimmt. Außerdem wird der Besucherstrom im Solebad maßgeblich durch die Witterung und durch die allgemeine konjunkturelle Entwicklung - die ein restriktives Verhalten bei den Solebadgästen auslöst - beeinflusst.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**Bad Salzdetfurth**

zum

31. Dezember 2022

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Die betrieblichen Aufwendungen werden weiter im Hinblick auf Einsparpotential beobachtet. Zusätzlich wird der Markt an Gesundheitsleistungen laufend hinsichtlich möglicher ertragbringender Erweiterungen des Leistungsspektrums beobachtet. Dies gilt insbesondere für die an Selbstzahler zu erbringenden Leistungen. Es bestehen weiterhin Überlegungen, nicht genutzte Teile des Kurmittelhauses einer ertragbringenden Verwendung zuzuführen. Allerdings steht dies unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit möglicher Umbauarbeiten. Die weiterhin sparsame Personalausstattung und die Erhaltung einer leistungsstarken Belegschaft stehen weiterhin im Fokus der betrieblichen Konsolidierungsmaßnahmen.

Um eine gute Kundenansprache zu gewährleisten, werden zur Information auch die gängigen Social-Media-Kanäle genutzt. Die Eintrittspreisgestaltung folgt den Erfordernissen der möglichst weitgehenden Deckung der Aufwendungen.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Bericht

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Bad Salzdetfurth

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022
und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2022

Auftrag: DEE00100573.1.1



Inhaltsverzeichnis

Seite

Abkürzungsverzeichnis.....	4
A. Prüfungsauftrag.....	5
I. Prüfungsauftrag.....	5
II. Bestätigung der Unabhängigkeit	6
B. Grundsätzliche Feststellungen.....	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	7
II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks.....	10
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	14
I. Gegenstand der Prüfung	14
II. Art und Umfang der Prüfung.....	14
D. Feststellungen zur Rechnungslegung.....	17
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	17
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen.....	17
2. Jahresabschluss	17
3. Lagebericht	18
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	32
F. Schlussbemerkung.....	33

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

<p>Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.</p>

Abkürzungsverzeichnis

BHKW	Blockheizkraftwerk
DSD	Duales System Deutschland
DSD GmbH	Duales System Deutschland GmbH, Köln
EigBetrVO (Nds)	Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen Niedersachsen (Eigenbetriebsverordnung)
FTZ	Feuerwehrtechnische Zentrale
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KG	Kommanditgesellschaft
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (kurz: Kreislaufwirtschaftsgesetz)
LVP	Leichtverpackungen („gelber Sack“)
NAbfG	Niedersächsisches Abfallgesetz
NKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKomZG	Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit
PreZero	PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover
PPK	Papier, Pappe, Kartonagen
PS	Prüfungsstandard des IDW
Remondis	Remondis GmbH & Co. KG, Kiel
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RZH	Recyclingzentrum Heinde
TVA	Thermische Verwertungsanlage
TvöD-E	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Entsorgung
VgV	Vergabeordnung
VOB	Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen
ZAH	Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

A. Prüfungsauftrag

I. Prüfungsauftrag

1. Der Geschäftsführer des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth,
(im Folgenden kurz "ZAH" oder "Zweckverband" genannt)

erteilte uns im Einvernehmen mit dem RPA des Landkreises Hildesheim den Auftrag, den **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und den **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr auf der Grundlage von § 157 NKomVG i.V.m. § 30 EigBetrVO (Nds) gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

2. Der Verband ist ein Zweckverband nach dem NKomZG und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und den Jahresabschluss sind gemäß § 16 NKomZG und § 17 der Verbandsordnung die Vorschriften der EigBetrVO (Nds) zu beachten. Danach ist der Verband verpflichtet, einen Jahresabschluss gemäß § 5 EigBetrVO (Nds) i.V.m. §§ 20 ff. EigBetrVO (Nds) nach den Vorschriften für **große Kapitalgesellschaften** sowie einen Lagebericht gemäß § 24 EigBetrVO (Nds) aufzustellen und nach § 317 HGB prüfen zu lassen.
3. Die Beschlüsse über den Jahresabschluss, die Entlastung des Verbandsausschusses und der Geschäftsführung und die Verwendung des Jahresergebnisses sowie die Mitteilung über den Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des RPA des Landkreises Hildesheim sind gemäß § 36 Abs. 1 EigBetrVO (Nds) ortsüblich bekannt zu machen. Nach Bekanntmachung sind der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des RPA an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 36 Abs. 2 EigBetrVO (Nds)). Über weitere Möglichkeiten der Veröffentlichung verweisen wir auf § 36 Abs. 3 und 4 EigBetrVO (Nds).
4. Der Prüfungsauftrag erstreckte sich auch auf die Berücksichtigung von § 30 EigBetrVO (Nds) und die Sachverhalte des **§ 53 HGrG**. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt E.
5. Für die **Durchführung des Auftrags** und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 vereinbart.
6. Über Art und Umfang sowie über das **Ergebnis unserer Prüfung** erstatten wir diesen Bericht nach den Grundsätzen des IDW PS 450 n.F. (10.2021), dem der von uns geprüfte Jahresabschluss sowie der geprüfte Lagebericht als Anlagen beigefügt sind. Dieser Bericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

7. Über die **rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Grundlagen** des Verbandes berichten wir in Anlage IV.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

8. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

9. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage der ZAH durch die gesetzlichen Vertreter (siehe Anlage I) dar:

Einleitend stellt der Geschäftsführer die Geschäftstätigkeit des ZAH sowie die rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen dar. Im Folgenden werden der Geschäftsverlauf, die Leistungsindikatoren, die Ertragslage, die Vermögens- und Finanzlage unter Nennung von Kennzahlen sowie die Investitionen und deren Finanzierung dargestellt. Nach den Aussagen zum Personal werden die Maßnahmen für den Umweltschutz beschrieben. Abschließend geht der Geschäftsführer auf das Risikomanagement, die Chancen und Risiken sowie die künftige Entwicklung des ZAH ein.

10. Zum **Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage** macht der Geschäftsführer folgende wesentliche Aussagen:

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben das Wirtschaftsjahr spürbar beeinflusst durch gestiegene Energiepreise, gestiegener Preise für Kraft- und Schmierstoffe sowie einer Verstärkung der seit der Corona-Pandemie bestehenden Lieferengpässe.

Die von den Verbandsmitgliedern auferlegte Geschäftstätigkeit konnte trotz der Lieferengpässe jederzeit voll erfüllt werden.

Zu den finanziellen **Leistungsindikatoren** berichtet der Geschäftsführer, dass statt des geplanten negativen Ergebnisses aus der Geschäftstätigkeit von T€ 732 ein positives Ergebnis von T€ 97 erzielt wurde. Dabei standen den um T€ 1.097 über dem Planansatz liegenden Umsatzerlösen und den um T€ 269 über Planansatz liegenden sonstigen betrieblichen Erträgen vornehmlich Mehraufwendungen bei den betrieblichen Aufwendungen (Personal- und sonstiger betrieblicher Aufwand) von T€ 462 gegenüber.

Bei der Beschreibung der Entwicklung der **Ertragslage** geht der Geschäftsführer zunächst auf das Ziel der zum 1. Januar 2018 vorgenommenen Gebührensenkungen für die Abfuhr der Restabfall- und Bioabfallbehälter ein. Im Folgenden werden die Veränderungen der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich mit den Vorjahreswerten dargestellt. Die Ertragslage des ZAH wird durch die unveränderten Gebührensätze bestimmt. Die sich für das Berichtsjahr aus der Gebührennachkalkulation ergebenden Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall wurden erstmals den Sonstigen Rückstellungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 97. Geplant war ein Jahresfehlbetrag von T€ 797.

Zur **Vermögens- und Finanzlage** sagt der Geschäftsführer aus, dass sich die Bilanzsumme um € 1,1 Mio auf € 38,5 Mio verringerte. Auf der Aktivseite beansprucht das Anlagevermögen 46,7 % (Vorjahr 46,5 %) der Bilanzsumme. Die Passivseite ist insbesondere durch die Sonstigen Rückstellungen (92,5 %, Vorjahr 92,0 %), die vor allem auf die Verpflichtungen zur Rekultivierung, Nachsorge und Altlastensanierung entfallen, geprägt. Den Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen waren im Rahmen der Gebührennachkalkulation 2021 T€ 1.268 zu entnehmen; im Rahmen der Gebührennachkalkulation 2022 erfolgte eine Buchung zu Gunsten der Umsatzerlöse. Das Eigenkapital macht 8,2 % (Vorjahr 4,5 %) der Bilanzsumme aus. Das langfristige Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel gedeckt.

11. Zu den **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung** werden folgende Aussagen getroffen:

Einleitend geht der Geschäftsführer in seiner Risikobetrachtung auf das Risikomanagement und die Instrumente der Risikoüberwachung und deren Steuerung ein. Dabei hebt er das zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken aufgebaute auditierte Qualifikationsmanagementsystem sowie das Datenschutzmanagementsystem hervor.

Der Geschäftsführer weist auf die unverändert bestehenden Unsicherheiten bezüglich der Besteuerung von hoheitlichen Leistungen aufgrund der Neuregelung des § 2b UStG hin. Die bisherige Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art führte bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts nur selten zur Umsatzsteuerpflicht. Künftig könnten durch den Wegfall der Koppelung beim ZAH Leistungen, die auf Basis öffentlich-rechtlicher Grundlage erbracht werden, umsatzsteuerpflichtig (ab 1. Januar 2025) werden.

Nach der Beschreibung der Risiken, die sich vor allem aus der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, der Gesetzgebung und Rechtsprechung, der Entwicklung der Abfallmengen, dem Verhalten der Gebührenpflichtigen sowie den Liquiditäts- und Vermögensrisiken zusammensetzen, wird als Fazit ausgesagt, dass zur Zeit keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

12. Zu der **zukünftigen Entwicklung** macht der Geschäftsführer folgende wesentliche Aussagen:

Vor dem Hintergrund, dass der ZAH ohne Gewinnerzielungsabsicht arbeitet und das NKAG zu beachten hat, wurden für das Wirtschaftsjahr 2023 keine weiteren Gebührenanpassungen in den Bereichen der Einsammlung des Restabfalls sowie des Bioabfalls vorgenommen. Für das Wirtschaftsjahr 2023 ist ein Jahresfehlbetrag von T€ 468 geplant.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 sind im Vermögensplan Investitionen von € 1,6 Mio vorgesehen. Die Investitionen sollen durch eigene Mittel finanziert werden.

13. Die Beurteilung der Lage des ZAH, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZAH, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

14. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 24. Oktober 2023 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen

Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt,

sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

15. Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie bestimmte Personenhandelsgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB), den weiteren rechtsformspezifischen und landesrechtlichen Vorschriften der EigBetrVO (Nds) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Verbandsordnung (§ 19) aufgestellte **Jahresabschluss** unter Einbeziehung der Buchführung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022, bestehend aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang und der **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen einer Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der EigBetrVO (Nds) und der Verbandsordnung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.
16. Der Prüfungsauftrag erstreckte sich auch auf die Sachverhalte des **§ 30 EigBetrVO (Nds)**. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Prüfungsstandard „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ (IDW PS 720) beachtet.
17. Die Beurteilung der Angemessenheit des **Versicherungsschutzes** des Zweckverbandes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war gleichfalls nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrags zur Jahresabschlussprüfung.

II. Art und Umfang der Prüfung

18. **Ausgangspunkt** unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021.

19. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung** beachtet. Die Abschlussprüfung erstreckt sich nach § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.
20. Hinsichtlich der wesentlichen Elemente unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes verweisen wir auf den Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ in unserem Bestätigungsvermerk (vgl. Abschnitt B „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks“).
21. Ergänzend geben wir folgende Erläuterungen zu unserem **Prüfungsvorgehen**: Ausgehend von der Identifikation und Beurteilung der inhärenten Risiken für den Jahresabschluss und Lagebericht haben wir uns zunächst ein Verständnis vom rechnungslegungsrelevanten internen Kontrollsystem des ZAH verschafft.

Auf dieser Basis haben wir die Risiken festgestellt, die zu wesentlichen Falschdarstellungen in der Rechnungslegung führen können und dies bei der Bestimmung unseres weiteren Prüfungsvorgehens berücksichtigt. Im Prüfungsprogramm wurden die Schwerpunkte sowie der zeitliche Ablauf unserer Prüfung und die Zusammensetzung des Prüfungsteams inklusive des Einsatzes von Spezialisten festgelegt.

22. Nachfolgend geben wir einen Überblick zu den von uns bei der Jahresabschlussprüfung gesetzten **Prüfungsschwerpunkten**:

- Bilanzierung und Bewertung des Anlagevermögens
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Bewertung der Rückstellungen
- Umsatzerlöse

23. Ausgehend von unserem Verständnis des rechnungslegungsrelevanten Kontrollsystems haben wir in den Bereichen, in denen die Unternehmensleitung angemessene **interne Kontrollen** zur Begrenzung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen eingerichtet hat, Funktionsprüfungen durchgeführt, um uns von der kontinuierlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen.

Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der bei dem Zweckverband eingerichteten internen Kontrollen von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials und der zusätzlichen Angaben im Jahresabschluss und Lagebericht ausgehen konnten, haben wir anschließend aussagebezogene Prüfungshandlungen, d.h. analytische Prüfungshandlungen, Einzelfallprüfungen oder eine

Kombination von beidem vorgenommen. Einzelfallprüfungen wurden bei wirksamen Kontrollen auf ein nach prüferischem Ermessen notwendiges Maß reduziert.

Der überwiegende Teil der Abschlussposten wurde mit einer Kombination aus Funktionsprüfungen und aussagebezogenen Prüfungshandlungen geprüft.

Sofern wir keine Funktionsprüfungen vorgesehen haben oder nicht von wirksamen Kontrollen ausgehen konnten, haben wir im Wesentlichen aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt.

24. Im Rahmen der Einzelfallprüfungen von Abschlussposten des Zweckverbandes haben wir folgende Unterlagen eingesehen:

- Liefer- und Leistungsverträge,
- Planungsunterlagen
- sonstige Geschäftsunterlagen.

25. Weiterhin haben wir folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Einholung und Auswertung von Rechtsanwaltsbestätigungen im Hinblick auf die Erfassung möglicher Risiken aus bestehenden oder schwebenden Rechtsstreitigkeiten.
- Einholung von Steuerberaterbestätigungen für die Prüfung der steuerlichen Verhältnisse und Risiken.
- Zur Prüfung der geschäftlichen Beziehungen mit Kreditinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2022 Bankbestätigungen zukommen lassen.
- Bei der Prüfung der Altersteilzeitverpflichtungen haben uns versicherungsmathematische **Gutachten von unabhängigen Sachverständigen** vorgelegen, deren Ergebnisse wir nutzen konnten.

26. An der Inventur der körperlichen Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen.

27. Von den gesetzlichen Vertretern und den von ihnen beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die gesetzlichen Vertreter haben uns die berufsübliche schriftliche **Vollständigkeitserklärung** zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erteilt.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

28. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.
29. Bei der Gegenüberstellung der im **Wirtschaftsplan** (Planungsrechnung) vorgesehenen Planansätze mit den Ist-Zahlen des Wirtschaftsjahres haben wir keine Abweichungen festgestellt, über die der Geschäftsführer den Verbandsausschuss nicht informiert hat. Im Übrigen verweisen wir auf den Lagebericht (Anlage I).

2. Jahresabschluss

30. Im Jahresabschluss des ZAH bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 wurden die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der rechtsformspezifischen und landesrechtlichen Vorschriften der EigBetrVO (Nds) , die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die ergänzenden Bestimmungen der Verbandsordnung in allen wesentlichen Belangen beachtet.
31. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen eingehalten. Der Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 20 ff. EigBetrVO (Nds) und den dazu erlassenen Mustern aufgestellt; die Gliederungsvorschriften (Muster 1 bis 5) wurden, soweit diese beim ZAH zu beachten sind, beachtet. Der Ausweis ist nach den Vorschriften der EigBetrVO (Nds) und den ergänzenden Bestimmungen des HGB für große Kapitalgesellschaften in allen wesentlichen Belangen vorschriftsmäßig erfolgt.
32. Das zu beachtende Formblatt für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist um den Posten „Aufwendungen für die Deponienachorgeverpflichtungen und Altlastensanierung“ erweitert. Des Weiteren wurde zwischen den Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ und „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ das Zwischenergebnis „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ eingefügt.

33. Der **Anhang** entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben im Anhang sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend.

3. Lagebericht

34. Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen gemäß § 24 EigBetrVO (Nds).

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

35. Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes.
36. Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses gehen wir nachfolgend pflichtgemäß auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen und den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben, ein (§ 321 Abs. 2 Satz 4 HGB).

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

37. Die Zugänge zu den entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenständen** und zu den **Sachanlagen** werden mit den aktivierungspflichtigen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. In den Zugängen zu den Sachanlagen sind aktivierte Eigenleistungen von T€ 4 enthalten. Bei den Abschreibungen auf bewegliche Vermögensgegenstände kommt aufgrund der Vorschriften des NKAG - soweit nicht außerplanmäßige Ursachen vorliegen - grundsätzlich die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Den Abschreibungssätzen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zugrunde. Zugänge zu den geringwertigen Vermögensgegenständen mit Anschaffungskosten bis zu € 800,00 werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Im Berichtsjahr erfolgte bei den Zugängen zum Fuhrpark eine Verlängerung der Nutzungsdauer von acht auf neun Jahre.
38. Bei der Dotierung der **Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen** waren zwei (Vorjahr ein) Mitarbeiter einzubeziehen, die von der Möglichkeit der Inanspruchnahme dieser gesetzlichen Regelung Gebrauch (Blockmodell) gemacht hat. Bei der Berechnung der Rückstellungen wurde ein durchschnittlicher Rechnungszinssatz von 0,43 % p.a. (Vorjahr 0,30 % p.a.) sowie unverändert ein Gehaltstrend von 2,0 % p.a. berücksichtigt.

39. Der ZAH hat Rückstellungen für **Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen** sowie für **Altlastensanierung** von insgesamt T€ 33.024 (Vorjahr T€ 33.369) gebildet. Die Verpflichtungen ergeben sich aus den Vorschriften des Abfallgesetzes, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Abfallgesetz (Deponieverordnung), dem KrWG sowie aus den Planfeststellungsbeschlüssen.
40. Der Anteil der **Rekultivierungsverpflichtungen** an der Rückstellung betrifft die Oberflächenabdichtung des Deponiefeldes Hoersten-West auf der Zentraldeponie Heinde, dessen Gesamtkosten durch den ZAH auf der Grundlage von Erfahrungen aus in der Vergangenheit vorgenommenen Abdichtungsmaßnahmen auf T€ 4.000 geschätzt wurden. Die Rückstellung war seit 2007 in voller Höhe angesammelt und wurde mit Beginn der Rekultivierungsarbeiten planmäßig verbraucht. Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro die Angemessenheit der Rückstellung für die noch erforderlichen Rekultivierungsmaßnahmen überprüft. Aus dieser Kostenermittlung ergab sich ein Bedarf für die ausstehenden Rekultivierungsarbeiten von T€ 2.500. Aufgrund der unverändert geringen Ablagerungsmengen wurde die Restnutzungsdauer des Deponiefeldes im Jahr 2019 bis 2025 (davor in 2014 bis 2020) verlängert. Im Wirtschaftsjahr 2021 erfolgte eine weitere Verlängerung der Laufzeit bis zum Jahr 2035. Die Rückstellung ist zum 31. Dezember 2022 unter Berücksichtigung der notwendigen Zuführung aus der Abzinsung mit T€ 2.755 dotiert. Der Berechnung zum 31. Dezember 2022 lagen Rechnungszinssätze zwischen 0,43 % und 1,40 % und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a zugrunde.
41. Die **Nachsorgeverpflichtungen** betreffen zum 31. Dezember 2022 mit T€ 18.744 (Vorjahr T€ 18.945) Aufwendungen für die Deponie Heinde, die überwiegend nach der Schließung anfallen werden. Aufgrund der im Wirtschaftsjahr 2021 vorgenommenen Verlängerung des Ablagezeitraums bis 2035 verlängert sich der Zeitraum für die Nachsorgeverpflichtungen bis zum Jahr 2070. Der Berechnung zum 31. Dezember 2022 lagen Rechnungszinssätze zwischen 0,43 % und 1,54 % und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a zugrunde. Der ZAH geht davon aus, dass die endgültige Schließung der Deponie nach Abschluss der Rekultivierungsmaßnahmen des Deponiekörpers Hoersten-West erfolgen wird und hat eine Mindestdauer des Nachsorgezeitraums von 30 Jahren angenommen. Die Annahme stützt sich auf § 44 Abs. 1 KrWG, die Vorschriften der EG-Deponierungsrichtlinie sowie § 12 Abs. 4 Nr. 3 NAbfG. Nach verbandseigenen Berechnungen wird von Nachsorgeaufwendungen nach der Stilllegung von mindestens T€ 288 p.a. (insbesondere für die Sickerwasserklärung) ausgegangen.
42. Die Bewertung der **Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge** ist in besonderem Maße dadurch beeinflusst, dass Annahmen über zukünftige Entwicklungen, die sich zum Teil über mehrere Jahrzehnte erstrecken, getroffen werden müssen. Zur Bestimmung der Höhe der Verpflichtungen greift der ZAH im Wesentlichen auf unternehmenseigene Erfahrungswerte zurück. Trotz sorgfältiger Methoden zur Ermittlung der erwarteten Aufwendungen können sich in Zukunft aufgrund abweichender Kostenentwicklungen und technologischer Neuerungen erhebliche Einflüsse auf die Höhe der Verpflichtungen ergeben.

III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Erläuterungen zur Vermögens- und Finanzlage (Bilanz)

43. In der nachfolgenden Übersicht sind die Bilanzzahlen nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten gruppenweise zusammengefasst.

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	17.803	46,2	18.204	46,0	-401
Finanzanlagen	203	0,5	203	0,5	0
Langfristig gebundenes Vermögen	18.006	46,7	18.407	46,5	-401
Vorräte	213	0,6	113	0,3	100
Kurzfristige Forderungen und Abgrenzungen	1.999	5,2	2.292	5,8	-293
Flüssige Mittel	18.309	47,5	18.777	47,4	-468
Kurzfristig gebundenes Vermögen	20.521	53,3	21.182	53,5	-661
	38.527	100,0	39.589	100,0	-1.062
Passiva					
Eigenkapital	3.141	8,2	1.776	4,5	1.365
Langfristige Rückstellungen	33.024	85,7	33.369	84,3	-345
Langfristig verfügbare Mittel	36.165	93,9	35.145	88,8	1.020
Steuerrückstellungen	76	0,2	61	0,1	15
Kurzfristige Rückstellungen	1.304	3,4	3.039	7,7	-1.735
Kurzfristige Verbindlichkeiten	982	2,5	1.344	3,4	-362
Kurzfristige Schulden	2.362	6,1	4.444	11,2	-2.082
	38.527	100,0	39.589	100,0	-1.062

44. Der Bilanzaufbau ist bei einer unter Vorjahresniveau liegenden Bilanzsumme geordnet. Zum Eigenkapital ist zu bemerken, dass die Gebühren nach dem NKAG erhoben werden und danach im Jahresergebnis enthaltene Gebührenüberschüsse bzw. -unterdeckungen in den künftigen Gebührenbedarfsrechnungen (innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung) zu berücksichtigen sind.
45. Die Gegenüberstellung von langfristig gebundenem Vermögen (T€ 18.006) und langfristig verfügbaren Mitteln (T€ 36.165) zeigt eine Überdeckung. Der Grundsatz, nach dem das langfristig gebundene Vermögen langfristig finanziert sein soll, war erfüllt. Die **Zahlungsfähigkeit** war während des Berichtsjahres und bis zum Abschluss unserer Prüfung jederzeit gegeben.
46. Den Investitionen in entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** von T€ 2.524 standen planmäßige Abschreibungen von insgesamt T€ 2.829 sowie Buchwertabgänge von T€ 96 gegenüber, so dass sich die Restbuchwerte der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen um T€ 401 verringerten. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau verringerte sich zum Bilanzstichtag von T€ 696 auf T€ 370.

47. Die Restbuchwerte zeigen folgende Entwicklung:

	2022	2021
	T€	T€
Anschaffungswerte		
Stand 01.01.	74.005	73.535
Zugänge	2.524	1.854
Umbuchungen	± 575	± 693
Abgänge	368	1.384
Stand 31.12.	76.161	74.005
Abschreibungen		
Stand 01.01.	55.801	54.322
Zugang planmäßige Abschreibungen	2.829	2.850
Abgänge	272	1.371
Stand 31.12.	58.358	55.801
	17.803	18.204

Von den **Anlagenzugängen** entfallen auf den Fuhrpark T€ 1.512 sowie auf die Beschaffung von Abfallbehältern und Containern T€ 283. Des Weiteren sind in den Zugängen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau von T€ 346 enthalten, die im Wesentlichen auf die Anschaffung von Fahrzeugen entfallen.

Aus der Veräußerung von vollabgeschriebenen **Anlagengegenständen** wurden Erlöse von T€ 17 erzielt, zudem erfolgt in Höhe von T€ 96 eine Ausbuchung von Planungskosten.

48. Unter den **Finanzanlagen** werden die Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH (T€ 3) sowie die Kommanditeinlage in die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG (T€ 200) ausgewiesen.
49. Die **Vorräte** setzen sich vor allem aus den Beständen an Betriebs- und Schmierstoffen sowie Abfall- und Wertstoffsäcken zusammen.
50. Von den kurzfristigen **Forderungen und Abgrenzungen** entfallen T€ 1.129 (Vorjahr T€ 1.598) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, T€ 47 (Vorjahr T€ 13) auf Forderungen an Verbandsmitglieder, T€ 715 (Vorjahr T€ 461) auf sonstige Vermögensgegenstände sowie T€ 108 (Vorjahr T€ 219) auf Abgrenzungen für bereits geleistete Zahlungen für das Folgejahr.

51. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Anlieferung von Abfällen auf der Zentraldeponie	703	693
Veranlagung von Abfallbeseitigungsgebühren	374	418
Gutschriften aus Lieferungen und Leistungen	173	687
Übrige	84	38
	1.334	1.836
Einzelwertberichtigungen	187	220
Pauschalwertberichtigungen	18	18
	1.129	1.598

Von den erhaltenen **Gutschriften aus Lieferungen und Leistungen** entfallen T€ 110 (Vorjahr T€ 626) auf Remondis für die Verwertung des Altpapiers für die den Monat Dezember 2022 (Vorjahr November und Dezember 2021).

52. Die **Forderungen an die Verbandsmitglieder** bestehen ausschließlich aus erbrachten Lieferungen und Leistungen. Auf die Stadt Hildesheim entfallen T€ 34 (Vorjahr T€ 5) sowie auf den Landkreis Hildesheim T€ 13 (Vorjahr T€ 8).

53. Die **sonstigen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Forderungen an das Finanzamt		
Umsatzsteuer	398	167
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag	44	44
	442	211
Sparkassen Immobilienverwaltung GmbH; Werkwohnhäuser	268	245
Übrige	5	5
	715	461

54. Die **Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen vorausbezahlte Versicherungsprämien (T€ 33; Vorjahr T€ 129) sowie mit T€ 30 (Vorjahr T€ 30) bereits gezahlte Mieten und Erbbauzinsen.

55. Zu der Bestandsveränderung der **flüssigen Mittel** verweisen wir auf die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederte Kapitalflussrechnung.

56. Das **Eigenkapital** erhöhte sich durch den Jahresüberschuss von T€ 97 sowie durch die Umbuchungen in die Gewinnrücklagen von insgesamt T€ 1.268. Die Gebührenunterdeckungen des Jahres 2021 im Bereich Restmüll von T€ 212 sowie im Bereich Bioabfall von T€ 1.056, die im Gewinnvortrag bzw. Jahresfehlbetrag 2021 enthalten waren, waren gegen die Gebührenüberdeckungen, deren Ausweis unter den Sonstigen Rückstellungen erfolgt, zu buchen. Da die Gebührenachkalkulation für das Jahr 2022 abweichend zum Vorjahr bereits abgeschlossen ist, wurden die sich ergebenden

Gebührenunterdeckungen 2022 der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der jeweiligen Umsatzerlöse gebucht.

57. Die **Steuerrückstellungen** von T€ 76 (Vorjahr T€ 61) waren für die positiven Ergebnisse aus den gewerblichen Tätigkeiten des ZAH zu dotieren.
58. Die Entwicklung der **sonstigen Rückstellungen**, aufgeteilt in **langfristige** und **kurzfristige Rückstellungen**, zeigt folgende Entwicklung:

	01.01.2022	Inanspruchnahme	Auflösung	Ab-/Aufzinsung	Zuführung	Umbuchung	31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen	21.684	167	55	41	0	-4	21.499
Altlastensanierung	11.685	107	57	0	0	4	11.525
Langfristige Rückstellungen	33.369	274	112	41	0	0	33.024
Gebührenüberdeckung	2.615	541	0	0	0	-1.268	806
Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen	267	267	0	0	269	0	269
Altersteilzeit	70	50	0	0	37	0	57
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	57	49	0	0	53	0	61
Übrige Rückstellungen	30	0	0	0	80	0	110
Kurzfristige Rückstellungen	3.039	907	0	0	439	-1.268	1.303
	36.408	1.181	112	41	439	-1.268	34.327

59. Unter den **langfristigen Rückstellungen** sind die getroffenen Vorsorgen für die Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie für die Sanierung der Altdeponien von Landkreis und Stadt Hildesheim zusammengefasst. Zu den Bewertungsmethoden verweisen wir auf Abschnitt D.II sowie auf den Anhang (Anlage II).
60. Von den zum 31. Dezember 2021 dotierten **kurzfristigen Rückstellungen** wurden T€ 907 durch Inanspruchnahmen verbraucht. Von den zum Bilanzstichtag dotierten Rückstellungen entfallen T€ 326 (Vorjahr T€ 337) auf Verpflichtungen gegenüber dem Personal.
61. Unter den **kurzfristigen Verbindlichkeiten** sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (T€ 868; Vorjahr T€ 1.146), gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 26; Vorjahr T€ 89) sowie die sonstigen Verbindlichkeiten (T€ 88; Vorjahr T€ 109) zusammengefasst.

62. Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betreffen:

	31.12.2022
	T€
Enertec Hameln GmbH, Hameln	151
Wilhelm Hoyer GmbH & Co. KG, Hohenhameln	103
Zöller-Kipper GmbH, Mainz	86
ZAG GmbH, Hannover	76
Übrige (im Einzelfall unter T€ 70)	452
	868

63. Die **Verbindlichkeiten gegenüber den Verbandsmitgliedern** von T€ 26 (Vorjahr T€ 89) entfallen mit T€ 17 (Vorjahr T€ 8) auf Leistungen der Verbandsmitglieder für die Altlastensanierung sowie mit T€ 1 (Vorjahr T€ 8) auf die an den Landkreis Hildesheim abzuführende Abwasserabgabe.

64. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten mit T€ 45 (Vorjahr T€ 108) noch abzuführende Umsatzsteuer sowie mit T€ 44 (Vorjahr T€ 1) kreditorische Debitoren.

65. Die nachfolgende Übersicht zeigt die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gegliederte **Kapitalflussrechnung**.

	2022	2021
	T€	T€
Jahresergebnis	97	-558
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.829	2.850
Verluste (+) (Vorjahr Gewinne (-)) aus Abgängen des Anlagevermögens	79	-85
Cash flow (einnahmewirksames Ergebnis)	3.005	2.207
Abnahme (Vorjahr Zunahme) der sonstigen Rückstellungen	-797	1.598
Abnahme (Vorjahr Zunahme) der Forderungen und anderer Aktiva, die nicht der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind	293	-68
Abnahme der Verbindlichkeiten, die nicht der Investitionstätigkeit zuzuordnen sind	-362	-517
Mittelzufluss /-abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.139	3.220
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-2.524	-1.854
Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	17	98
Auszahlungen (Vorjahr Einzahlungen) für den Aufbau der Anlagenvorräte	-100	4
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-2.607	-1.752
Veränderung des Bestandes der flüssigen Mittel	-468	1.468
Bestand der flüssigen Mittel am Anfang der Periode	18.777	17.309
Bestand der flüssigen Mittel am Ende der Periode	18.309	18.777

66. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit reichte nicht aus, um die benötigten Mittel für die Investitionen zu decken. Der Bestand an flüssigen Mittel nahm um T€ 468 auf T€ 18.309 ab. Mittelzu- oder -abflüsse aus der Finanzierungstätigkeit waren nicht zu berücksichtigen.

2. Analyse der Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

67. In der folgenden Aufstellung haben wir die Erträge und Aufwendungen nach der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengestellt. Die sonstigen Steuern haben wir den betrieblichen Aufwendungen zugeordnet.

	2022		2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	28.485	97,8	29.049	98,3	-564
Andere aktivierte Eigenleistungen	4	0,0	1	0,0	3
Sonstige betriebliche Erträge	631	2,2	494	1,7	137
Betriebliche Erträge	29.120	100,0	29.544	100,0	-424
Materialaufwand	13.639	46,9	13.487	45,7	152
Personalaufwand	10.402	35,7	9.919	33,6	483
Abschreibungen auf Anlagevermögen	2.829	9,7	2.850	9,6	-21
Aufwendungen für Deponienachsorge und Altlastensanierung	0	0,0	2.534	8,6	-2.534
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.045	7,0	1.754	5,9	291
Sonstige Steuern	68	0,2	89	0,3	-21
Betriebliche Aufwendungen	28.983	99,5	30.633	103,7	-1.650
Betriebsergebnis	137	0,5	-1.089	-3,7	1.226
Beteiligungserträge	16	0,1	16	0,1	0
Zinserträge	0	0,0	577	1,9	-577
Zinsaufwendungen	41	0,2	1	0,0	40
Finanzergebnis (Ertragssaldo)	-25	-0,1	592	2,0	-617
Ergebnis der Geschäftstätigkeit	112	0,4	-497	-1,7	609
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-15	-0,1	-61	-0,2	46
Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag)	97	0,3	-558	-1,9	655

68. Die **Ertragslage** ist durch die deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses gekennzeichnet. Statt des geplanten Jahresfehlbetrages von T€ 797 schließt das Wirtschaftsjahr mit einem Jahresüberschuss von T€ 97. Zu bemerken ist, dass der ursprünglich vorgesehene Jahresfehlbetrag bewusst geplant war, um unter Beachtung des NKAG die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren abzubauen. Um diese Ziele zu erreichen, wurden zum 1. Januar 2018 im Bereich Restabfallbehälter sowie im Bereich der Bioabfallbehälter Gebührensenkungen vorgenommen.

69. Die **Umsatzerlöse** entfallen auf folgende Bereiche:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Gebühren Restabfallbehälter	12.897	12.340	557
Gebühren Bioabfallbehälter	6.015	5.671	344
Deponiegebühren und -entgelte	1.918	2.211	-293
Erlöse aus Gebühren und Entgelten für Anlieferungen an Wertstoffhöfe	539	550	-11
Erlöse aus Anlieferungen zum Kompostwerk	203	279	-76
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	103	145	-42
Gebühren für Schadstoffentsorgung	35	56	-21
Erträge aus Gebühren und Entgelten	21.710	21.252	458
Erlöse aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.457	4.252	-795
Verkaufserlöse Wertstoffe	2.406	2.658	-252
Erlöse aus der Abfuhr von Containern und Müllbehältern	298	334	-36
Erlöse aus der Fäkalabfuhr und Kanalreinigung	204	212	-8
Erlöse aus Energieverkauf	162	97	65
Mieten und Pachten	135	86	49
Erlöse aus Sickerwasserklärungen für Dritte	61	130	-69
Übrige	52	28	24
	28.485	29.049	-564

70. Bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebühren resultiert die Zunahme der Erträge aus den **Gebühren für Restabfallbehälter** insbesondere aus der im Jahresdurchschnitt um 500 auf 88.154 gestiegenen Anzahl der veranlagten Restabfallbehälter. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend festhalten, ihre Behälter auf ein kleineres Volumen umzustellen bzw. die Anzahl der Leerungen zu reduzieren. Die sich aus der Gebühreennachkalkulation für das Jahr 2022 ergebende Gebührenunterdeckung im Bereich Restmüll von T€ 276 wurde der unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellung für Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht.
71. Der Anstieg der Umsatzerlöse aus den **Gebühren für die Bioabfallbehälter** resultiert - bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebühren - vor allem durch die gestiegene Anzahl der im Jahresdurchschnitt veranlagten Behälter um 639 auf 62.311 Behälter. Die sich aus der Gebühreennachkalkulation für das Jahr 2022 ergebende Gebührenunterdeckung im Bereich Bioabfall von T€ 265 wurde der unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Rückstellung für Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht.
72. Die Erlöse aus **Deponiegebühren und -entgelten** haben sich vornehmlich mengenbedingt verringert, des Weiteren wirkten sich niedrige periodenfremde Effekte aus (T€ 42, Vorjahr T€ 137).
73. Im Berichtsjahr haben sich die **Erlöse aus der gewerblichen Tätigkeit im Rahmen des DSD** deutlich von T€ 4.252 auf T€ 3.457 verringert. Aufgrund dessen, dass die Systemanbieter seit Beginn des Wirtschaftsjahres die körperliche Herausgabe ihres Anteils der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK

verlangen, nahmen die Erlöse aus der Verwertung des Altpapiers deutlich ab. Dem ZAH werden seitens der Systemanbieter lediglich noch die entstandenen Kosten für die Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung und Abrechnung vergütet.

74. Von den **Erlösen aus Wertstoffsammlungen** entfallen auf die Sammlung und Vermarktung der Fraktion PPK insgesamt T€ 1.792 (Vorjahr T€ 2.192). Die Abnahme der Erlöse um T€ 400 ist sowohl mengen- als auch preisbedingt. Aus der Sammlung und Verwertung des Elektroschrotts wurden Erlöse von T€ 206 (Vorjahr T€ 236) sowie aus der Schrottverwertung von T€ 181 (Vorjahr T€ 230) erzielt. Gegenläufige positive Effekte ergaben sich aus der Veräußerung von Altholz in Höhe von T€ 227.
75. Die Erträge aus **Mieten und Pachten** erzielt der ZAH vor allem aus der Vermietung von Werkswohnungen und dazugehörigen Garagen sowie den Pachterträgen für die Fläche „Windpark“.
76. Die **Erlöse aus der Sickerwasserklärung** resultieren aus der Annahme und Reinigung von Sickerwasser anderer öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger.
77. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** lassen sich wie folgt aufgliedern:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Versicherungserstattungen	288	221	67
Auflösung von Rückstellungen	113	54	59
Erstattung Energiepreispauschale	60	0	60
Auflösung von Wertberichtigungen	55	12	43
Mahn- und Vollstreckungsgebühren	24	24	0
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	17	98	-81
Übrige	74	85	-11
	631	494	137

78. Den gestiegenen **Versicherungserstattungen** stehen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ebenfalls höhere Aufwendungen für die Schadensbeseitigung gegenüber.
79. Der **Materialaufwand** nahm um T€ 152 zu. Während sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um T€ 1.023 erhöhten, nahmen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um T€ 871 ab.

80. Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** und für **bezogene Waren** betreffen:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Kraft- und Schmierstoffe	1.916	1.313	603
Reifen und Ersatzteile für den Fuhrpark	617	486	131
Restabfall- und Biosäcke	268	27	241
Wasser, Energie und Brennstoffe	151	120	31
Dienst- und Schutzkleidung	125	162	-37
Übrige	205	151	54
	3.282	2.259	1.023

81. Die Aufwendungen für **Kraft- und Schmierstoffe** nahmen vornehmlich aufgrund gestiegener Dieselpreise zu.

82. Sowohl die Aufwendungen für **Ersatzteile des Fuhrparks** (T€ 445; Vorjahr T€ 357), als auch die Aufwendungen für **Reifen** (T€ 172; Vorjahr T€ 128) haben zugenommen.

83. Der ZAH hat im Berichtsjahr einen Teil der benötigten „**gelben Säcke**“ selbst beschafft. Einerseits hat der ZAH die „gelben Säcke“ für die Abfuhr der LVP - die eigentlich Remondis beisteuert - aufgrund von Lieferengpässen beschafft, andererseits werden „gelbe Säcke“ für die Übergangsphase der Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023 benötigt.

84. Unter den **übrigen Aufwendungen** sind vor allem die Aufwendungen für den Laborbedarf (T€ 28; Vorjahr T€ 31), die Beschaffung von Werkzeugen und Ersatzteilen sowie der Materialeinsatz für die Unterhaltung der technischen Anlagen auf der Deponie erfasst.

85. Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** beinhalten:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Aufwendungen für die Verbrennung von Abfällen	3.960	4.184	-224
Aufwendungen Kompostwerk	2.189	2.443	-254
Fremdpersonal	1.060	868	192
Sortierung und Verwertung von Sperrmüll, Holz und Baustellenabfall	877	1.236	-359
Aufwendungen für den Fuhrpark	654	609	45
Unterhaltung betrieblicher Anlagen und Gebäude	436	372	64
Sortierung und Vermarktung von Altpapier	359	587	-228
Mieten, Pachten, Erbbauzins und Raumkosten	326	444	-118
Reifen- und Schadstoffentsorgung	267	267	0
Miete und Reinigung von Schutzkleidung	182	158	24
Abwasserabgabe	8	8	0
Übrige	39	52	-13
	10.357	11.228	-871

86. Die Aufwendungen für die **Verbrennung von Abfällen** nahmen mengenbedingt ab. Die Anlieferungsmenge liegt mit 54.062 t (Vorjahr 57.478 t) unter Vorjahresniveau.
87. Die Abnahme der Aufwendungen für die Verwertung des Bioabfalls im **Kompostwerk** resultiert aus dem Rückgang der angelieferten Mengen.
88. Zur Deckung der urlaubs- und krankheitsbedingten Abwesenheiten der beim ZAH beschäftigten Mitarbeiter, für die Abfuhr der gelben Säcke und des Altpapiers sowie weiterer Dienstleistungen setzt der ZAH unverändert **Personal von Fremdarbeitsfirmen** ein.
89. Mit der Sortierung und Verwertung des im Rahmen der **Sperrmüllsammlung** durch den ZAH eingesammelten Sperrmülls ist die Firma PreZero beauftragt. Die Aufwendungen beliefen sich auf T€ 420 (Vorjahr T€ 402). Des Weiteren fielen im Wesentlichen Aufwendungen für die Lieferung von **Baustellenabfällen** von T€ 304 (Vorjahr T€ 376) sowie für die Verwertung von **A III und A IV Holz** von T€ 93 (Vorjahr T€ 391) an.
90. Von den Aufwendungen für den **Fuhrpark** entfallen im Wesentlichen T€ 186 (Vorjahr T€ 186) auf Leasinggebühren, T€ 147 (Vorjahr T€ 154) auf Gebühren für die Untersuchung der Fahrzeuge und die Nutzung von mautpflichtigen Straßen, T€ 135 (Vorjahr T€ 87) auf bezogene Reparaturleistungen sowie T€ 127 (Vorjahr T€ 131) auf die GPS-Ortung der Fahrzeuge.
91. Die Aufwendungen für die **Unterhaltung betrieblicher Anlagen und Gebäude** entfallen auf Betriebsgebäude, Außenanlagen, die Deponie, die Sickerwasserkläranlage, die Wertstoffhöfe sowie von Anlagen und Maschinen.
92. Der **Personalaufwand** teilt sich wie folgt auf:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	8.138	7.722	416
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.264	2.197	67
	10.402	9.919	483

93. Der Personalaufwand enthält die tariflichen Bezüge, die sozialen Abgaben und die Aufwendungen für die Altersversorgung für die beim ZAH beschäftigten Mitarbeiter. Im Jahresdurchschnitt waren 191 (Vorjahr 188) Personen beim ZAH beschäftigt. Die Zunahme des Personalaufwands ist vornehmlich auf den Anstieg der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl, auf die tarifliche Anhebung der Bezüge zum 1. April 2022 um 1,8 % sowie auf weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der gelben Tonne, der Auszahlung der Energiekostenpauschale sowie zusätzlicher Arbeitgeberleistungen zurückzuführen; gegenläufig wirkten sich geringere Personalarückstellungen aus.

94. Die nahezu auf Vorjahresniveau liegenden **Abschreibungen** beanspruchen 9,7 % (Vorjahr 9,6 %) der gesunkenen betrieblichen Erträge.
95. Die Aufwendungen für die **Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung des Vorjahres** entfielen auf die Zuführungen zu den Rückstellungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen auf der Deponie Heinde. Weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für die Altlastensanierung waren aufgrund der Beschlüsse des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung nicht zu dotieren.
96. Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen:

	2022	2021	Veränderung
	T€	T€	T€
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	316	248	68
Versicherungen und Beiträge	284	277	7
Schadensfälle	278	223	55
EDV-Bedarf	212	200	12
Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlusskosten	194	210	-16
Porto, Telefon etc.	193	185	8
Reinigung	136	110	26
Ausbuchung von Planungskosten	96	12	84
Bürobedarf, Literatur	74	61	13
Forderungsausfälle, Restschuldbefreiungen, Vollstreckungsgebühren	59	42	17
Übrige	203	185	18
	2.045	1.753	292

97. Die Zunahme der Aufwendungen für **Öffentlichkeitsarbeit und Werbung** resultiert aus der Einführung der „Gelben Tonne“ zum 1. Januar 2023.
98. Den Aufwendungen für **Schadensfälle** aus dem laufenden Betrieb stehen unter den sonstigen betrieblichen Erträgen Versicherungserstattungen von T€ 288 (Vorjahr T€ 221) gegenüber.
99. **Sonstige Steuern** fallen für die Kraftfahrzeuge (T€ 50; Vorjahr T€ 46), die Grundsteuern mit T€ 18 (Vorjahr T€ 18) an. Im Vorjahr waren zudem in Höhe von T€ 25 Umsatzsteuernachzahlungen enthalten.
100. Nach Verrechnung der betrieblichen Erträge mit den betrieblichen Aufwendungen verblieb ein positives **Betriebsergebnis** von T€ 137.
101. Das Finanzergebnis setzt sich aus **Beteiligungserträgen** von T€ 16 (Vorjahr T€ 16) sowie den **Zinsaufwendungen** von T€ 41 (Vorjahr T€ 1) zusammen. Die **Zinserträge** des Vorjahres von T€ 577 resultierten vollständig aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen.
102. Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschläge sowie Gewerbesteuer.

103. Zu dem verbleibenden **Jahresüberschuss** von T€ 97 ist anzumerken, dass in den Sparten, in denen Gebühren nach dem NKAG veranlagt werden, keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt wird. Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen sind innerhalb von drei Jahren nach Beschlussfassung in den Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen.

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

104. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Verbandsordnung, geführt worden sind.
105. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage III (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 und des Lageberichts für dieses Wirtschaftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. unter „Wiedergabe des Bestätigungsvermerks“ enthalten.

Hannover, den 24. Oktober 2023

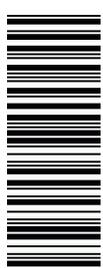
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

 digitally
signed by

Thorsten Wesch
Wirtschaftsprüfer

 digitally
signed by

ppa. Lasse Neubert
Wirtschaftsprüfer



Anlagen

Anlagenverzeichnis	Seite
I Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022.....	1
II Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2022.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022.....	5
3. Anhang für das Wirtschaftsjahr 2022.....	7
Entwicklung des Anlagevermögens.....	21
III Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG.....	1
IV Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse.....	1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022

I. Allgemeines

Der Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) für das Wirtschaftsjahr 2022 wurde gemäß § 24 Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen (EigBetrVO Nds) aufgestellt. Danach ist der Lagebericht gemäß § 289 HGB aufzustellen und um Maßnahmen mit besonderer Bedeutung für den Umweltschutz zu ergänzen.

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAH erfolgt auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Satzungsgemäß werden hierbei die Vorschriften der EigBetrVO Nds beachtet.

II. Unternehmen und rechtliche Rahmenbedingungen

Der ZAH nimmt für seine Verbandsmitglieder Stadt Hildesheim und Landkreis Hildesheim die Aufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger seit dem 1. Januar 1994 wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, Befördern sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls, die Schaffung von Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.

Die Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzept wurde am 09.05.2022 dem Verbandsausschuss vorgestellt. Aufgrund der Vielzahl an neuen Gesetzesänderungen, die noch einfließen, konnte das Konzept noch nicht abschließend behandelt werden.

Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt.

Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. mittelfristig sind die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen auszugleichen.

III. Rahmenbedingungen zur Abfuhr, Entsorgung und Verwertung von Abfällen

Das Verbandsgebiet umfasst 12 Gemeinden und Samtgemeinden sowie sechs Städte im Landkreis Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim, in denen insgesamt ca. 278.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben (Stand 31.12.2022).

Der Verband betreibt im Entsorgungsgebiet eine Hausmülldeponie (Zentraldeponie Heinde), auf der auch die entsprechenden Einrichtungen zur Sickerwasserklärung, Deponiegas erfassung, zur Annahme und Zwischenlagerung von Schadstoffen sowie eine Müllumschlagstation und ein Recyclingzentrum betrieben werden. Das Deponiefeld Hoersten-West verfügt über eine Basisdichtung, so dass hier unverändert Abfälle abgelagert werden können. Die Rekultivierungsmaßnahmen für zwei sogenannte Altkörper auf der Zentraldeponie sind bereits abgeschlossen. Das noch zur Verfügung stehende Deponiefeld wurde bereits teilabgedeckt. Durch diese Maßnahmen wird der Niederschlagswassereintrag in die Deponiekörper verringert und führt dauerhaft zu einer rückläufigen zu reinigenden Sickerwassermenge.

Für die Selbstanlieferung von Kleinmengen aus privater Herkunft hat der ZAH fünf Wertstoffhöfe (Alfeld, Elze, Hildesheim, Lamspringe, Sarstedt) errichtet. Ferner steht den Bürgern ein Kleinanlieferplatz im Eingangsbereich der Zentraldeponie für die Anlieferung zur Verfügung.

Des Weiteren werden zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostwerk im Entsorgungsgebiet durch Dritte betrieben.

Neben den erforderlichen Geräten und Fahrzeugen für den Betrieb der Zentraldeponie unterhält der ZAH zur Einsammlung der gemischten Siedlungsabfälle und des Sperrmülls, der biologisch abbaubaren Abfälle (Bioabfall) sowie der Wertstoffe am Betriebsstandort in Groß Dungen einen umfangreichen Fuhrpark. Für die Abfuhr von Fäkalien sowie die Spülung von Kanalnetzen in den Gemeinden und Städten des Landkreises hält der ZAH entsprechend seiner satzungsgemäßen Aufgaben auch entsprechend ausgestattete Spezialfahrzeuge vor. Für die Betankung aller Fahrzeuge und Maschinen unterhält der ZAH zwei eigene Betriebstankstellen auf dem Betriebshof in Groß-Dungen und auf dem Gelände der Zentraldeponie Heinde.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und des nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehenden Ablagerungsvolumens auf der Zentraldeponie werden die gemischten Siedlungsabfälle und sonstigen brennbaren Abfälle seit 1998 der thermischen Verwertung zugeführt. Die in 2022 vom ZAH angelieferte Menge zur Verbrennungsanlage mit 54.062 t (Vorjahr 57.478 t) nahm im Vergleich zum Vorjahr ab. Auf der Zentraldeponie wurden 397 t (Vorjahr 539 t) abgelagert. Weitere 130 t (Vorjahr 136 t) wurden zur Fremddeponierung abgegeben.

Die vor allem aus der Abfuhr der Restmülltonnen stammenden Siedlungsabfälle aus privater Herkunft von rd. 41.400 t blieben um rd. 2.000 t hinter dem Aufkommen des Vorjahres zurück.

Der ZAH nutzt eine auf dem Deponiegelände vorhandene Recyclinghalle und -fläche (kurz: RZH) als Umschlag- und Zwischenlagerfläche für Bauschutt, Baustellenabfälle, A III und A IV Holz, für stoffgleiche Nichtverpackungen (Kunststoffe), für Sperrmüll, für Dachpappe, für Straßenaufbruch, für Grünschnitt und seit Anfang 2022 für die Sortierung und Bereitstellung von Altpapier und -pappe sowie Kartonagen (PPK) für die Systemanbieter.

Nach europaweiter Ausschreibung wird der aus der haushaltsnahen Abfuhr stammende Sperrmüll seit dem 1. April 2018 bei der Tönsmeier Entsorgung Niedersachsen GmbH & Co. KG, Hannover, jetzt PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover, behandelt und stofflich verwertet. Die Anlieferung des Sperrmülls und die Bereitstellung zum Abtransport nach Hannover findet im RZH statt. Diesen Vertrag hat der ZAH im Juni 2022 gekündigt. Nach erfolgter Ausschreibung hat PreZero den Zuschlag erhalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Mai 2023 bis 30. April 2025.

Der auf den Wertstoffhöfen angelieferte Sperrmüll wird von den Mitarbeitern des ZAH stofflich getrennt. Die enthaltenen Holzmengen werden einer gesonderten Verwertung, getrennt nach A III und A IV Holz, zugeführt. Bei der Vermarktung des Altholzes führt der ZAH aufgrund der stark wechselnden Verwertungspreise quartalsweise eine Angebotsabfrage durch.

Die Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), das die Erfassung von Elektroaltgeräten regelt, erfolgt seit 2007 problemlos. Die kostenlose Rücknahme der Geräte erfolgt über die Wertstoffhöfe sowie im Zuge der haushaltsnahen Sperrmüllentsorgung. Der ZAH führt seit 2007 die Eigenvermarktung der „weißen Ware“ sowie seit 2008 für Kleingeräte und der Bildschirmgeräte durch. Die weiteren Elektrogruppen werden durch Fremdfirmen entsorgt.

Die über die Abfuhr der Biotonnen sowie die kostenfreien Baum- und Strauchschnittaktionen gesammelten Mengen von insgesamt 31.250 t (Vorjahr: 35.692 t) wurden zur biologischen Verwertung an das Kompostwerk der Bioenergiezentrum Hildesheim GmbH, Hildesheim, übergeben.

Die Sammlung der Fraktion PPK führt der ZAH unverändert in eigener Regie durch. Durch die Einführung der Altpapier-Tonne sowie die auf den Wertstoffinseln und Wertstoffhöfen zur Verfügung gestellten Depotcontainer haben die Bürger die Möglichkeit, Altpapier kostenfrei zu entsorgen. Die im Wirtschaftsjahr 2022 gesammelte Menge blieb mit 18.593 t (Vorjahr 20.126 t) hinter der Menge des Vorjahres zurück. Seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 machen die Systemanbieter von ihrem Recht auf die körperliche Herausgabe der ihnen zustehenden Anteile an dem PPK-Aufkommen Gebrauch.

Als Vertragspartner der Remondis GmbH & Co. KG, Kiel, (Remondis) sammelt und transportiert der ZAH in Stadt und Landkreis Hildesheim die „gelben Säcke“. Seit Anfang 2020 erfolgt die Sammlung in einem zweiwöchentlichen Turnus (davor im vierwöchentlichen Rhythmus). Die transportierte Tonnage in 2022 mit 8.610 t (Vorjahr 8.967 t) lag unter Vorjahresniveau.

Anzumerken ist, dass die Verteilung der von Remondis beschafften Säcke an die Haushalte dem ZAH obliegt.

Die Aufgaben der Sammlung und Verwertung von Altglas werden derzeit von Remondis, durchgeführt. Das Altglas wird im Bringsystem über das sogenannte Iglosystem auf den Wertstoffinseln sowie auf den Wertstoffhöfen erfasst.

Darüber hinaus ist der ZAH in die Sanierungsmaßnahmen der sogenannten Altlasten des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim sowie die Nachsorgemaßnahmen für zwei ehemalige Hausmülldeponien des Landkreises (Lechstedt, Doershelf) eingebunden. Der ZAH hat bis zum Wirtschaftsjahr 2018 einen Lenkungszuschlag auf die Abfallgebühren erhoben und diesen einer zweckgebundenen Rückstellung zugeführt. Hieraus erstattet der ZAH dem Landkreis und der Stadt ihre jährlich verauslagten Aufwendungen. Die Erhebung des Lenkungszuschlags ist durch die Beschlüsse des Verbandsausschusses vom 28. Oktober 2019 und der Verbandsversammlung vom 18. Dezember 2019 bis auf weiteres ausgesetzt. Durch die Übernahme der Sickerwasserklärung sowie von Überwachungstätigkeiten werden die Verbandsmitglieder bei der Überwachung der Altlasten durch den ZAH unterstützt.

IV. Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2022

Von der seit Anfang 2020 bestehenden Corona-Pandemie war auch der ZAH betroffen. Aufgrund der Lockerung der Infektionsregeln konnten die damit verbundenen Einschränkungen im Jahr 2022 stufenweise wieder aufgehoben werden. So wurde u.a. die im Jahr 2020 eingeführte Entzerrung der Müllfahrzeugbelegschaft beendet. Statt zwei Müllwerkern und einem Fahrer wurden seinerzeit alle Touren nur noch mit einem Müllwerker besetzt, so dass eine Abstandsregelung im Fahrerhaus gegeben war.

Wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergaben sich durch den seit 24. Februar 2022 bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der damit einhergehenden Energiekrise. Insbesondere der deutliche Preisanstieg für die Beschaffung von Kraft- und Schmierstoffen sowie von Energie führte zu weitaus höheren Aufwendungen.

Die seit der Corona-Pandemie bestehenden Lieferengpässe haben sich durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiter verstärkt. Vereinzelt Ersatzteile für Müllfahrzeuge konnten nur mit erheblichem Aufwand und Recherchen beschafft werden, andere Lieferteile konnten gar nicht geliefert werden, so dass einige Müllfahrzeuge nicht eingesetzt werden können. Auch die Beschaffung der für die Abfuhr der LVP benötigten „gelben Säcke“, die eigentlich Remondis obliegt, konnte nur mit zusätzlichem Aufwand sichergestellt werden.

Trotz der Lieferengpässe konnte sichergestellt werden, dass die dem ZAH von den Verbandsmitgliedern in § 4 der Verbandsordnung auferlegte Geschäftstätigkeit jederzeit voll erfüllt werden konnte.

Der Transport der Abfälle mit eigenem Personal und geleasteten Fahrzeugen zur thermischen Verwertung nach Hameln verlief ebenso reibungslos wie die Wahrnehmung der Aufgaben zur Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen, der Sammlung und des Transportes der „Gelben Säcke“ sowie die Erfassung und Verwertung im Rahmen des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes. Anzumerken ist, dass die wöchentliche Leerungshäufigkeit der auf den Wertstoffinseln bereitgestellten PPK-Container verdoppelt wurde. Ursache ist weiterhin der erhöhte Volumenverbrauch durch den stark gestiegenen Anteil der Kartonagen.

Seit 1. Januar 2015 ist die Biotonne oder die Selbstkompostierung gesetzlich vorgeschrieben. Der ZAH macht von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch, die Eigenkompostierung der Grundstückseigentümer vor Ort zu überprüfen. Der Anschlussgrad der Biotonnen hat sich seither weiter erhöht.

1. Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen in der Abfallentsorgung wird das Geschäft im Wesentlichen durch finanzielle Leistungsindikatoren auf Basis des Wirtschaftsplanes gesteuert. Diese umfassen vor allem die Größen „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ und „Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit“. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die finanziellen Leistungsindikatoren durch die Vorschriften des NKAG sowie die satzungsgemäße Aufgabenstellung, ohne Gewinnerzielungsabsicht zu wirtschaften, stark reglementiert sind.

Statt des im Wirtschaftsplan 2022 prognostizierten negativen Ergebnisses aus der Geschäftstätigkeit von T€ 732 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 97 erwirtschaftet.

Die geplanten Umsatzerlöse von T€ 27.389 wurden um T€ 1.097 übertroffen. Dabei überstiegen die Gebühren und Entgelte aus dem hoheitlichen Bereich die Planansätze im Saldo um T€ 847 und im Bereich der sonstigen Umsatzerlöse im Saldo um T€ 250. Auch bei den sonstigen betrieblichen Erträgen liegen die erzielten Erträge um T€ 269 über dem Planansatz.

Bei den betrieblichen Aufwendungen fielen gegenüber der Planung im Saldo Mehraufwendungen von T€ 462 an. Bei dem Personalaufwand (T€ +366), den Abschreibungen (T€ +4) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +404) wurden die Planansätze überschritten. Der Materialaufwand blieb dagegen um T€ 312 hinter dem Planansatz zurück.

Bei dem Materialaufwand standen den über den Planansätzen liegenden Aufwendungen für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Waren von T€ 873 geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen von T€ 1.185 gegenüber. Durch die im Rahmen der Energiekrise gestiegenen Preise fielen gegenüber dem Planansatz um T€ 490 höhere Aufwendungen für Treibstoffe an. Für die Beschaffung von Wertstoffsäcken fielen nicht geplante Aufwendungen von T€ 245 an. Bei den bezogenen Leistungen blieben insbesondere die Aufwendungen für die

Verwertung von A III und A IV Holz (T€ -335), für die Sortierung und Vermarktung von Altpapier (T€ -241), für die Behandlung der Bioabfälle (T€ -171), für die Sortierung von Sperrmüll und die Verwertung von Baustellenabfällen (T€ -136) sowie der Aufwand für Leiharbeiter (T€ -140) hinter den veranschlagten Aufwendungen zurück.

Der Personalaufwand überstieg den veranschlagten Planansatz von T€ 10.035 um T€ 366. Neben der tariflichen Erhöhung führten hier vor allem die ganzjährigen Auswirkungen für die Neueinstellungen aus dem Vorjahr und die nicht geplanten Aufwendungen für Neueinstellungen im Berichtsjahr, für die Auszahlung der Energiekostenpauschale (T€ 60) sowie der Gewährung der Personalnebenleistung (T€ 42) zu dem Mehraufwand. Des Weiteren fielen nicht geplante Aufwendungen für die Erfassung der Datensätze zur Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023 von T€ 63 an. Dagegen stand der geplanten Zunahme der Personalrückstellungen um T€ 50 eine Abnahme von T€ 10 gegenüber.

Von den überplanmäßigen Aufwendungen für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +404) entfallen vor allem T€ 118 auf den Aufwand für Schadenfälle, T€ 96 auf periodenfremde Aufwendungen sowie T€ 91 auf Öffentlichkeitsarbeit.

Statt des geplanten negativen Finanzergebnisses von T€ 30 wurde ein negatives Ergebnis von T€ 25 erzielt. Die Beteiligungserträge überstiegen den Planansatz von T€ 10 um T€ 6. Dem geplanten Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellung für Rekultivierungsverpflichtungen von T€ 40 standen Aufwendungen von T€ 41 gegenüber.

Dem Jahresüberschuss von T€ 97 (Planansatz: Jahresfehlbetrag T€ 797) und den Abschreibungen von T€ 2.829 (Planansatz: T€ 2.825) standen die im Saldo um T€ 345 (Planansatz: Abnahme T€ 539) rückläufigen langfristigen Rückstellungen gegenüber. Der sich hieraus ergebende Cash Flow von T€ 2.581 hat den Planansatz von T€ 1.489 deutlich übertroffen.

Beim Betrieb sämtlicher Anlagen gelten hohe Arbeits-, Umwelt- und Gesundheitsstandards, um Unfallgefahren zu reduzieren und arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden. Hierzu finden regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen, Sicherheitsbelehrungen sowie Kontrollen mit dem Ziel statt, die Gesamtzahl aller Unfälle und die Gesundheitsgefährdungen zu senken.

2. Ertragslage

Bei der Entwicklung der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass die Gebührensätze in den Bereichen der Einsammlung des Restabfalls sowie des Bioabfalls zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt wurden. Ziel der Gebührensenkungen ist, die Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren gemäß den Vorschriften des NKAG abzubauen bzw. nicht weiter ansteigen zu lassen.

Statt des geplanten Jahresfehlbetrags von T€ 797 schließt das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 97. Hierin enthalten ist der Jahresüberschuss aus der Vermarktung von Elektrizität aus dem BHKW von T€ 74 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 30) sowie der Jahresverlust aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems von T€ 53 (Vorjahr: Jahresüberschuss von T€ 1.080).

Die Ertragslage ist somit weiterhin durch die unveränderten Gebührensätze geprägt. Dabei ist zu beachten, dass sich die aus der Gebührennachkalkulation 2022 ergebenden Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall erstmals durch entsprechende Entnahmen aus den sonstigen Rückstellungen zu Gunsten der Umsatzerlöse ausgeglichen wurden.

Im Vorjahr konnten insbesondere durch den deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse, die sich aus der Laufzeitverlängerung der Deponie Heinde resultierenden Aufwendungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen unter Einbeziehung der sich aus der Abzinsung ergebenden Zinserträge kompensiert werden.

Die Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um € 0,6 Mio auf € 28,5 Mio. Sie werden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems, Erlösen aus Kanalreinigungen und der Fäkalienbeseitigung, der Containerabfuhr, sonstigen Verkaufserlösen sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2022	2021
	T€	T€
Restabfallgebühren	12.897	12.340
Bioabfallgebühren	6.015	5.671
Deponiegebühren und -entgelte	1.918	2.211
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	539	550
Selbstanlieferer Kompostwerk	203	279
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	103	145
Schadstoffentsorgung	35	56
	21.710	21.252

Die Zunahme der Erträge aus **Restabfallgebühren** resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 500 auf 88.154 gestiegenen Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur

Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Mio m³ auf 289,8 Mio m³. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 276 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen zu Gunsten der Erträge aus den Restabfallgebühren ausgeglichen.

Auch die Zunahme der Erträge aus **Bioabfallgebühren** ist bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen durch die im Durchschnitt um 639 auf 62.311 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter verursacht. Das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen nahm um 2,1 Mio m³ auf 148,0 Mio m³ zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 265 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen zu Gunsten der Erträge aus den Bioabfallgebühren ausgeglichen.

Von der Abnahme der Erlöse aus **Deponiegebühren und -entgelten** um T€ 293 entfallen T€ 42 (Vorjahr T€ 137) auf periodenfremde Erträge.

Die leicht rückläufigen Erträge aus den Anlieferungen zu den **Wertstoffhöfen** resultieren bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen und nahezu unveränderten Entgelten aus den geringeren Anlieferungsmengen.

Die Abnahme der Erlöse aus den **Selbstanlieferungen zum Kompostwerk** resultiert aus rückläufigen Anlieferungen. Rückläufige Erträge waren auch aus der Abgabe von **Restabfall- und Biosäcken** sowie bei den Erträgen aus der **Schadstoffentsorgung** zu verzeichnen.

Dem **Gebührenaufkommen** standen folgende **Abfallmengen** gegenüber:

	2022	2021
	Tonnage	Tonnage
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.556	45.836
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	967	1.689
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.937	3.304
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	382	490
Gartenabfälle	71	66
Produktionsspezifische Abfälle	1.680	1.726
Sonstige	5.465	10.141
	55.058	63.252
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	28.110	31.757
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.139	3.935
	86.307	98.944

Angaben zu den sonstigen Umsatzerlösen

	2022	2021
	T€	T€
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.457	4.252
Verkaufserlöse Wertstoffe	2.406	2.658
Erlöse Containerabfuhr	298	334
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	204	212
Erlöse aus Energieverkauf	162	97
Mieten und Pachten	135	86
Sickerwasserklärungen	61	130
Übrige	53	28
	6.776	7.797

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo um T€ 795. Die Erstattungen der Systemanbieter verringerten sich um T€ 819. Ausgewirkt hat sich insbesondere, dass die Systemanbieter seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK verlangen. Hierdurch nahmen die Erlöse aus der Verwertung des Altpapiers um T€ 937 ab. Die Systemanbieter erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung, Abrechnung) ihrer Anteile T€ 102. Die Nebenentgelte und sonstigen Erstattungen nahmen um T€ 16 zu. Die Erträge für die Einsammlung der „gelben Säcke“ und die sonstigen Erstattungen erhöhten sich um T€ 24.

Von den rückläufigen Verkaufserlösen aus Wertstoffen entfallen auf T€ 1.792 (Vorjahr T€ 2.192) auf die Vermarktung von Altpapier. Auch die Erträge aus der Verwertung von Elektro- und Metallschrott von T€ 387 (Vorjahr T€ 466) blieben hinter dem Vorjahreswert zurück. Aus der Verwertung von A III und A IV Holz wurden erstmals Erträge von T€ 227 erzielt.

Bei der leichten Abnahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung standen den um T€ 35 auf T€ 145 gesunkenen Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim gestiegene Erträge aus der Fäkalienabfuhr gegenüber.

Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Bei einer gegenüber dem Vorjahr geringeren ausgespeisten Menge beruht die Zunahme der Erlöse auf gestiegenen Vermarktungspreisen.

Die Erträge aus Mieten und Pachten werden im Wesentlichen aus der Vermietung von Werkwohnungen sowie der Verpachtung von Grundstücken erzielt.

Die Erlöse aus der Sickerwasserklärung werden aus der Annahme von Sickerwasser anderer öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger erzielt.

In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 9), Provisionen aus Werbung mit T€ 14 (Vorjahr T€ 13) sowie periodenfremde Erträge von T€ 3 (Vorjahr T€ 5) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** nahmen um T€ 137 auf T€ 631 zu. Ausgewirkt haben sich die Erstattungen der an die Mitarbeiter ausgezahlten Energiepreispauschalen mit T€ 60 sowie erhaltene Zuschüsse Dritter mit T€ 14. Des Weiteren fielen vor allem die Versicherungserstattungen von T€ 288 (Vorjahr T€ 221), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 113 (Vorjahr T€ 54) sowie aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit T€ 55 (Vorjahr T€ 12) höher aus. Rückläufig waren die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 17 (Vorjahr T€ 98) sowie die Personalkostenerstattungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 65). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten.

Unter Einbeziehung der **anderen aktivierten Eigenleistungen** verringerten sich die **betrieblichen Erträge** um € 0,4 Mio auf € 29,1 Mio.

Der **Betriebsaufwand** nahm im Saldo um € 1,6 Mio auf € 28,9 Mio ab. Dabei ist zu beachten, dass der Betriebsaufwand im Vorjahr durch die Aufwendungen für Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen mit T€ 2.534 belastet war. Höhere Aufwendungen fielen für den Materialaufwand mit T€ 152, für den Personalaufwand mit T€ 483 sowie für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit T€ 292 an. Die Abschreibungen blieben mit T€ 21 unter dem Vorjahreswert.

Bei der Zunahme des **Materialaufwands** standen den um T€ 1.023 gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um T€ 871 geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber. Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und bezogenen Waren fielen insbesondere höhere Aufwendungen für Treibstoffe und die Unterhaltung des Fuhrparks (T€ +736) sowie für die Beschaffung von Wertstoffsäcken (T€ +245) an. An der Abnahme der Aufwendungen für die bezogenen Leistungen waren die durch geringere Anlieferungsmengen rückläufigen Aufwendungen zur Bio-Kompostanlage (T€ -254) und zur thermischen Verwertung der Restabfälle (T€ -224) beteiligt. Durch die erstmals erzielten Erstattungen fielen die Aufwendungen für die Verwertung von Altholz um T€ 298 niedriger aus. Die Aufwendungen für die Sortierung und Vermarktung des Altpapiers verringerten sich durch die rückläufige Tonnage sowie die körperliche Herausgabe der den Systemanbietern zustehenden PPK-Anteile um T€ 205. Mehraufwendungen fielen vor allem für den Einsatz von Leiharbeitern (T€ +157) an.

Der Anstieg beim **Personalaufwand** um T€ 483 war außer der tariflich zu gewährenden Steigerung zum 1. April 2022 um 1,8 % durch personelle Veränderungen, die Erfassung der Datensätze zur Einführung der gelben Tonne zum 1. Januar 2023 (T€ 63), die Auszahlung der

Energiekostenpauschale (T€ 60) sowie die Gewährung von zusätzlichen Arbeitgeberleistungen (T€ 42) verursacht.

Aufwendungen für Deponienachsorge- und Rekultivierungsverpflichtungen fielen im Berichtsjahr nicht an. Die hier im Vorjahr gebuchten Aufwendungen von insgesamt T€ 2.534 betrafen die Deponie Heinde und resultieren aus der Verlängerung des Ablagerungszeitraums des Deponiekörpers Hoersten-West auf das Jahr 2035. Durch Beschluss des Verbandsausschusses und der Verbandsversammlung sind weitere Zuführungen zu den Rückstellungen für **Altlastensanierungen** seit dem Wirtschaftsjahr 2019 bis auf weiteres ausgesetzt.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** nahmen im Saldo um T€ 292 auf T€ 2.045 zu. Höhere Aufwendungen fielen insbesondere für Schadensfälle (T€ +55) sowie für Öffentlichkeitsarbeit (T€ +50) an. Des Weiteren sind hier periodenfremde Aufwendungen von T€ 96 enthalten.

Die Erträge aus **Beteiligungen** von T€ 16 bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. **Zinserträge** wurden im Berichtsjahr nicht erzielt. Die im Vorjahr erzielten Zinserträge von T€ 577 entfielen aufgrund der Laufzeitverlängerung der Deponie Heinde auf die Abzinsung von langfristigen Rückstellungen. Für den **Zinsaufwand** aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen im Berichtsjahr T€ 41 (Vorjahr T€ 1) an. Das positive Finanzergebnis aus dem Vorjahr von T€ 592 kehrte sich in ein negatives Ergebnis von T€ 25 um.

Von den **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** entfallen T€ 5 (Vorjahr T€ 45) auf Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie T€ 10 (Vorjahr T€ 16) auf Gewerbesteuer.

Die **sonstigen Steuern** (T€ 68; Vorjahr T€ 89) entfallen auf Grund- und Kraftfahrzeugsteuer. Im Vorjahr waren hier Umsatzsteuern für Vorjahre mit T€ 25 enthalten.

3. Vermögens- und Finanzlage

Gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag nahm die Bilanzsumme um € 1,1 Mio auf € 38,5 Mio ab.

Das Anlagevermögen von € 18,0 Mio (Vorjahr € 18,4 Mio) nimmt 46,7 % (Vorjahr 46,5 %) der rückläufigen Bilanzsumme ein. Hiervon entfallen € 8,0 Mio (Vorjahr € 8,2 Mio) auf Grundstücke und Bauten sowie € 8,9 Mio (Vorjahr € 8,6 Mio) auf Fahrzeuge und Abfallbehälter. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau nahm um € 0,3 Mio auf € 0,4 Mio ab.

Unter den Finanzanlagen werden die in 2010 erworbene Beteiligung am Stammkapital der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die geleistete Kommanditeinlage (T€ 200) im Rahmen der Beteiligung an der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth, gezeigt.

Das Umlaufvermögen und die aktiven Abgrenzungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 661 auf T€ 21.520. Von der Abnahme entfallen T€ 467 auf die flüssigen Mittel, deren Bestand sich auf T€ 18.309 verminderte. Den im Saldo um T€ 181 rückläufigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie den um T€ 111 niedrigeren Abgrenzungen standen um T€ 100 gestiegene Bestände an Vorräten gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Wirtschaftsjahres gegeben.

Das bilanzielle **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
I. Freie Rücklage	494	494
II. Gewinnvortrag	2.550	1.840
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	-558
	3.141	1.776

Die in dem **Gewinnvortrag** bzw. in dem Jahresfehlbetrag des Vorjahres enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll (T€ 212) und Bioabfall (T€ 1.056) waren gegen die in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren zu buchen. Gebührenüberdeckungen sind nach den Vorschriften des NKAG in die Gebührennachkalkulation bzw. die künftigen Gebührenbedarfsermittlungen einzubeziehen. Dem Charakter nach stellen sie somit eine ungewisse Verbindlichkeit gegenüber den Gebührenpflichtigen dar.

Durch den Jahresüberschuss ergibt sich zum Bilanzstichtag unter Einbeziehung der freien Rücklage und des Gewinnvortrages ein Eigenkapital von € 3,1 Mio. Der Anteil des Eigenkapitals an der rückläufigen Bilanzsumme verbesserte sich von 4,5 % auf 8,2 %. Zu bemerken ist, dass die sich aus den Gebührennachkalkulationen für 2022 aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall ergebenden Gebührenunterdeckungen bereits den sonstigen Rückstellungen entnommen wurden und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht sind.

Die **Steuerrückstellungen** waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKW für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren.

Von den **sonstigen Rückstellungen**, die 92,5 % (Vorjahr 92,0 %) der geringeren Bilanzsumme beanspruchen, entfallen auf die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Heinde T€ 21.499 (Vorjahr T€ 21.684) sowie auf die Rückstellungen für Altlastensanierungen in Stadt und Landkreis Hildesheim T€ 11.525 (Vorjahr T€ 11.685). Zuführungen zu diesen Verpflichtungen (Vorjahr T€ 2.534) fielen im Wirtschaftsjahr 2022 nicht an. Inanspruchnahmen und ertragswirksame Auflösungen waren mit zusammen T€ 387 (Vorjahr T€ 355) zu berücksichtigen. Des Weiteren fielen im Berichtsjahr Aufwendungen aus der Aufzinsung von T€ 41 (Vorjahr Erträge aus der Abzinsung von T€ 577) an. Durch die Umbuchung der im Gewinnvortrag enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus dem

Vorjahresergebnis waren den Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen T€ 1.268 zu entnehmen. Ferner waren die sich aus der Gebührennachkalkulation 2022 ergebenden Gebührenunterdeckungen zu Gunsten der Umsatzerlöse zu buchen. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, zwei (Vorjahr eine) Altersteilzeitverpflichtungen, ausstehende Abrechnungen sowie für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2022	2021
	T€	T€
Stand 01.01.	36.408	32.257
laufende Zuführungen	439	2.880
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021 (Vorjahr Umbuchung Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren)	-1.268	2.615
Aufzinsung (Vorjahr Abzinsung) von langfristigen Rückstellungen	41	-577
Inanspruchnahmen	-1.180	-713
Auflösungen	-113	-54
Stand 31.12.	34.327	36.408

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen mit T€ 868 um T€ 278 unter dem Vorjahreswert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern nahmen um T€ 63 auf T€ 26 ab und die sonstigen Verbindlichkeiten verringerten sich um T€ 21 auf T€ 88.

4. Investitionen und Substanzerhaltung

Von den Investitionen (T€ 2.524) im Wirtschaftsjahr 2022 entfielen T€ 19 auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie T€ 2.505 auf Sachanlagen. Bei den beweglichen Sachanlagen bildeten die Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen im Bereich des Fuhrparks mit T€ 1.512 und die Beschaffung von Abfall-, Papier- und Umleerbehältern sowie von Containern mit T€ 283 die Schwerpunkte. Des Weiteren sind hier die Investitionen in die Außenanlagen mit T€ 197, in Betriebsanlagen mit T€ 152 sowie die geleisteten Anzahlungen für Beschaffungen im Bereich des Fahrparks mit T€ 307 zu nennen.

Die Investitionen konnten vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Anlagevermögen ist unter Einbeziehung der langfristig zur Verfügung stehenden Rückstellungen für Rekultivierungs- und Deponienachsorgeverpflichtungen sowie für die Altlastensanierung vollständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

V. Mitarbeiter

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienst-Entsorgung (TVöD-E) gebunden.

Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2022	31.12.2021
Belegschaft im Verwaltungsbereich	23	20
gewerblichen Bereich	168	168
sowie Auszubildende	1	3
	192	191

Anzumerken ist, dass mit sieben (Vorjahr fünf) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit fünf (Vorjahr neun) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden.

Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie geringfügig Beschäftigte an den Wochenenden auf den Wertstoffhöfen.

Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür anfallenden Aufwendungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" ausgewiesen.

VI. Maßnahmen von besonderer Bedeutung für den Umweltschutz

Der ZAH betreibt ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem, mittels welchem auch die Ziele zum nachhaltigen Schutz der Umwelt erreicht werden sollen.

In technischer Hinsicht werden betriebliche Umweltauswirkungen durch das Betreiben von Anlagen und Einrichtungen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf ein Mindestmaß verringert. Gleichzeitig soll ein hohes Maß an Anlagenverfügbarkeit und Effizienz für einen reibungslosen Betrieb der Anlagen erreicht werden. Die in gesetzlichen Vorschriften und Genehmigungen enthaltenen Forderungen werden eingehalten. Übertroffen werden die Forderungen deutlich bei der Unterschreitung der genehmigten Schadstofffracht des geklärten Sickerwassers in die Vorflut. Höchste Priorität genießen dabei der störungsfreie wirtschaftliche Betrieb der Sickerwasserkläranlage und die umweltfreundliche Behandlung und Einleitung des geklärten Sickerwassers in die Vorflut.

Zur Ermittlung zielgerichteter Klimaschutzmaßnahmen hat der ZAH mit der Firma FaktorPlus GreenTechnology GmbH, Celle, eine erste Grundlagenermittlung und Bestandsaufnahme aller Standorte und Einrichtungen durchgeführt. Der parallel dazu gestellte Förderantrag beim Projektträger Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich, wurde im April 2021 genehmigt und im

Jahr 2022 bewilligt. Im Anschluss steht ein weiteres Förderprojekt, welches die Einführung eines permanenten Energiemanagementsystems vorsieht, um eine stets aktuelle Datenlage zu erhalten, die als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dient und parallel getroffene Maßnahmen und deren Auswirkungen dokumentiert.

Die Reduzierung von CO₂-Emissionen steht auf der Agenda des ZAH für die nächsten Jahre und wird sich durch die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele („Klimaschutzprogramm 2030“) zukünftig jährlich immer stärker monetär auswirken. Die Identifikation der CO₂-Quellen beim ZAH ist maßgeblich durch seine Hauptaufgaben als kommunaler Entsorger definiert. Der Fuhrpark steht hier emissions- wie kostentechnisch im Fokus. Dieses stellt sich in der CO₂-Bilanz aufgrund der mit herkömmlichem Kraftstoff betriebenen Müllfahrzeuge durch den Dieserverbrauch dar. Mit ca. 93 % zeigt sich der Dieserverbrauch als größte CO₂-Quelle, was gleichzeitig die höchsten Einsparpotenziale für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen verspricht. Die verbleibenden 7 % entfallen auf Strom, Gas und Heizöl. Durch den 2021/2022 vollzogenen Wechsel von Heizöl zur Gasheizung am Standort in Groß Dünge konnte eine klimarelevante Verbesserung herbeigeführt werden.

Zur Nutzung des lokal vorhandenen Deponiegases wird auf der Zentraldeponie Heinde ein Blockheizkraftwerk (BHKW) genutzt. Der aus der Vergasung erzeugte Strom sowie die erzeugte Wärme aus dem BHKW werden für die Strom- und Wärmeversorgung der Sickerwasserkläranlage verwendet. Darüber hinaus gehende Strommengen werden in das Stromnetz der Avacon Netz GmbH, Helmstedt, eingespeist.

Wie bereits beschrieben ist aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziele zukünftig mit jährlich weiter steigenden Kraftstoff- und Energiekosten zu rechnen. Durch das eingeführte Klimareporting verfügt der ZAH über eine solide Faktenbasis und kann zukünftig Entscheidungen besser planen, da sie nun messbar sind. Da es derzeit noch keine marktreife technische Lösung für ein alternatives Antriebssystem für Müllfahrzeuge gibt, muss hier parallel die stetige Weiterentwicklung der alternativen Antriebstechnologien beobachtet werden. Dabei muss auch die Betankungs- und Wartungsinfrastruktur berücksichtigt werden.

Ein Teil der Deponiefläche in Heinde sowie die Dachfläche der dortigen Umschlaghalle wird bereits durch Photovoltaik-Technik genutzt. Das Areal bietet, allein durch seine Größe, jedoch erhebliches Potential für der weiteren Ausbau dieser Technologie.

Die Verwendung des so erzeugten Stroms könnte zukünftig zum einen für die unmittelbare Energieversorgung des Standorts Heinde, und zum anderen darüber hinaus zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort beitragen. Die schrittweise Substitution von Dieselmotoren durch Wasserstoff betriebene Fahrzeuge könnte zu erheblichen CO₂-Emissionseinsparungen führen. Der ZAH hat Ende 2022 einen weiteren Förderantrag für eine Machbarkeitsstudie „alternativer Antriebe“ des Fuhrparks, gestellt. Ziel ist es für den ZAH die unterschiedlichen Antriebsarten bei

schweren Nutzfahrzeugen zu durchleuchten, entsprechende Empfehlungen auszusprechen und die Infrastruktur hierzu auszuwählen.

VII. Risikomanagement

Die Tätigkeiten des ZAH sind untrennbar mit Risiken verbunden, die sich nicht nur aus dem laufenden Geschäftsbetrieb ergeben, sondern sich auch durch Änderungen der Rechtslage, technologische Neuerungen oder durch ein geändertes konjunkturelles Umfeld ergeben können.

Das eingerichtete Risikomanagement, in dem die Unternehmensplanung, das Berichtswesen, die Richtlinien und Organisationsanweisungen strategisch zusammengeführt sind, wurde im Wirtschaftsjahr 2022 fortgeschrieben. Durch die Gesamtstrategie wird sichergestellt, dass Risiken frühzeitig erkannt werden und gezielt gegengesteuert werden kann.

Die Geschäftsführung und die weiteren Leitungsebenen überwachen gemeinsam die möglichen Risiken des Verbandes. Unterjährige Controllingprozesse dienen als Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung. Im Verbandsausschuss werden im Rahmen der Berichtspflichten regelmäßig – und bei Bedarf – Berichte abgegeben.

Zur Minimierung von Betriebs- und Vertragsrisiken ist ein auditiertes Qualitätsmanagementsystem eingerichtet. Der Verband ist seit 1999 nach DIN ISO 9001 als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zertifiziert.

VIII. Chancen und Risiken

Der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere dienen dabei neben organisatorischen Vorkehrungen wie Organisationsanweisungen, Mitarbeiterschulungen, Notfallmaßnahmen und Rufbereitschaft, auch technische Vorkehrungen. Zur Optimierung der Betriebs- und Prozessabläufe besteht ein auditiertes Qualifikationsmanagementsystem als Entsorgungsfachbetrieb (nach EfbV) gemäß §§ 56 und 57 KrWG. Das kombinierte externe jährlich durchzuführende Wiederholungs- und Überwachungsaudit zur Überprüfung der Zertifizierung des ZAH gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Dezember 2022 erneut erfolgreich bestanden. Damit ist die qualifizierte Leistung des ZAH in allen Bereichen auf sehr hohem Niveau bestätigt. Dieses Niveau konnte nur auf der Grundlage der Qualifikation und des Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin erhalten werden.

Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Software und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen

können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Die seit dem Wirtschaftsjahr 2019 durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzniveaus wurden auch 2022 fortgesetzt. Nach dem Jahresbericht des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben. Um die stetig steigenden Anforderungen im Datenschutzrecht zu erfüllen, hat der ZAH Ende 2019/Anfang 2020 in Zusammenarbeit mit einem externen IT-Unternehmen eine zusätzliche Firewall zur Sicherung aller internen Personendaten eingerichtet. Gerade hinsichtlich der aktuellen Hackeranschläge in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen ist es das Bestreben des ZAH eine aktuelle und professionelle Datensicherung vorzuweisen.

Unsicherheiten bestehen unverändert hinsichtlich einer Besteuerung von hoheitlichen Leistungen. Hierzu gehört auch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) aus dem Jahr 2015. Durch die Koppelung der Besteuerung an die Körperschaftsteuer und das Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art waren juristische Personen des öffentlichen Rechts (JPdöR), zu denen auch der ZAH gehört, bisher nur in wenigen Fällen umsatzsteuerpflichtig. Durch die Neuregelung des § 2b UStG und die Streichung des § 2 Abs. 3 UStG wurde diese Koppelung aufgehoben. JPdöR sollen damit marktrelevante, privatrechtliche Leistungen nach den gleichen Grundsätzen erbringen wie andere Marktteilnehmer. Auch Leistungen die nach öffentlich-rechtlicher Grundlage (z.B. Satzung und/oder Verwaltungsakt) erbracht werden, jedoch keinem generellen Marktausschluss unterliegen, können künftig einer Besteuerung unterliegen. Der Gesetzgeber hatte mit dem ebenfalls neu eingeführten § 27 Abs. 22 UStG die Möglichkeit eröffnet, durch eine einmalige, gegenüber dem Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 abzugebende Erklärung zur Beibehaltung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der Fassung vom 31. Dezember 2015 zu optieren. Die Erklärung war einmalig für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen abzugeben. Da nicht alle Probleme und offenen Fragen der kommunalen Ebene geklärt werden konnten, gab es bereits im Jahr 2019 vermehrt Bestrebungen den Übergangszeitraum zu verlängern. Diesem Wunsch wurde durch das Corona-Steuerhilfegesetz und der Einführung des § 27 Abs. 22a UStG entsprochen und die Optionsfrist wurde bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Jahressteuergesetz 2022 hat die Bundesregierung die nochmalige Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31. Dezember 2024 vorgeschlagen und der Bundesrat hat am 16.12.2022 der Änderung zugestimmt. Der ZAH hat daher von dieser Optionsfrist wiederum Gebrauch gemacht.

Auch die Novellierung des KrWG birgt Risiken hinsichtlich des Zugriffs auf Abfallströme (z.B. Einführung einer zusätzlichen Wertstofffassung) sowie der Zulässigkeit von gewerblichen Sammlungen. Das angekündigte Wertstoffgesetz wurde abgelehnt, stattdessen wurde die bis zum 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das Verpackungsgesetz (VerpackG) zum 1. Januar 2019 ersetzt.

Marktrisiken bestehen hinsichtlich der Entwicklung der Abfallmengen. Öffentliche Entsorgungsträger sind nach § 20 Abs. 1 KrWG zur Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und zur Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen verpflichtet. Von der Entsorgungspflicht ausgenommen sind dagegen Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen. Da immer mehr Abfälle aus Industrie und Gewerbe nicht dem ZAH angedient werden, sondern direkt einer Verwertung zugeführt werden, sind die durch den ZAH zu entsorgenden Abfallmengen grundsätzlich rückläufig. Hiervon betroffen sind der Containerdienst sowie die Finanzierung der hohen Fixkosten und Vorhaltekosten in der Abfallentsorgung. Der ZAH versucht durch Flexibilität und „Abfallentsorgung aus einer Hand“ Kunden zu binden und einem weiteren Rückgang im Bereich der Abfälle aus Industrie und Gewerbe entgegenzuwirken.

Unkalkulierbar und somit risikobehaftet bleibt auch die Menge der zu entsorgenden Abfälle über die Abfallbehälter. Der Trend zu kleineren Behältergrößen und/oder geringerer Leerungshäufigkeit bleibt weiterhin ungebrochen. Des Weiteren kann sich eine rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahlen im Verbandsgebiet auf die Abfallmengen aus privater Herkunft auswirken. Hier gilt es seitens des ZAH, ein starkes Augenmerk bei den anstehenden Verlängerungen bzw. Neuvergaben der mit Dritten bestehenden Entsorgungsverträge und deren Mengen zu richten.

Der ZAH ist auch seit dem 1. Januar 2020 wieder als Subunternehmer für die Einsammlung des "gelben Sackes" in Stadt und Landkreis Hildesheim tätig. Nach einer europaweiten Ausschreibung für die Jahre 2020 und 2022 hat sich der ZAH wiederum erfolgreich gemeinsam mit der Firma Remondis beteiligt und den Zuschlag erhalten. Seit dem Wirtschaftsjahr 2020 erfolgt die Abfuhr alle 14 Tage und nicht mehr im vierwöchentlichen Rhythmus. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus.

Die PPK-Sammlung (direkte Auftragsbeziehung des DSD zum ZAH) wird unverändert durchgeführt. Um hier weitere Mengeneffekte zu erzielen und auch den Markteintritt privater Entsorger zu verhindern, bietet der ZAH neben dem Depotcontainersystem seit 2008 eine kostenlose haushaltsnahe Altpapiertonne an. Der ZAH ist in diesem Marktsegment somit gut positioniert. Von dem in der Vergangenheit bestehenden Risiko zur körperlichen Herausgabe des Papieranteils durch das neue VerpackG an die Systembetreiber wurde bis zum Jahr 2021 kein Gebrauch gemacht. Die Systemanbieter machen aufgrund der für sie besseren Vermarktungslage seit dem Jahr 2022 von der körperlichen Herausgabe der Fraktion PPK Gebrauch. Für die Abwicklung entstehen dem ZAH neben dem höheren Verwaltungsaufwand zusätzliche Kosten für Wiegen, Sortierung, Zwischenlagerung und Verladung im RZH.

Dem Risiko von Forderungsausfällen begegnet der ZAH durch ein eingerichtetes Mahnwesen. Fruchtlöse Mahnungen werden an die Creditreform AG, Neuss, sowie die Vollstreckungsbehörden der Verbandsmitglieder zur weiteren Verfolgung übergeben.

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken ist eine vorausschauende und umfangreiche Finanzplanung eingerichtet.

Den Vermögensrisiken wird durch eine ständige Überwachung und ggf. erforderliche Anpassung bei den bestehenden Versicherungen begegnet.

Zur Vermeidung von Ausfallrisiken bei Geldanlagen werden ausschließlich einlagengesicherte Anlagen auf Spar- oder Tagesgeldkonten bei Kreditinstituten vorgenommen.

Um den Risiken aus einer möglichen erneuten pandemischen Lage und den damit verbundenen Einschränkungen auf den Betriebsablauf zu begegnen, hat der ZAH für alle Bereiche in Absprache mit dem Betriebsarzt und dem Personalrat die erforderlichen Hygieneanweisungen erstellt. Für den Fall, dass Mitarbeiter des ZAH erkranken bzw. von häuslicher Quarantäne betroffen sind, wurde für die Abfallentsorgung ein Stufenplan erstellt, in dem je nach Gewichtung die Abfuhr der einzelnen Abfallfraktionen geregelt ist. Des Weiteren bestehen Notfallpläne für die personelle Besetzung der Fahrzeuge und in der Verwaltung.

Die Risiken aus den operativen Tätigkeiten des ZAH haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Weder die Betrachtung der Einzelrisiken noch die Einschätzung der Gesamtrisiken lassen aus heutiger Sicht Risiken erkennen, dass diese den Fortbestand des ZAH gefährden könnten.

IX. Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2023 und zur künftigen Entwicklung

Im Wirtschaftsplan 2023 sind Investitionen von insgesamt € 1,6 Mio vorgesehen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Ersatzbeschaffungen im Bereich des Fuhrparks mit € 1,2 Mio sowie im Bereich der Container und Behälter mit € 0,2 Mio. Die Investitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Für Rekultivierungsmaßnahmen und Nachsorgeverpflichtungen auf der Zentraldeponie Heinde sowie die Altlastensanierungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim wird ein Rückstellungsverbrauch von insgesamt T€ 470 erwartet. Zuführungen zu diesen Rückstellungen sind in dem 2021 aufgestellten Wirtschaftsplan 2023 nicht geplant. Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums für das Deponiefeld Hörsten-West werden Zuführungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Rekultivierungs- und für Nachsorgeverpflichtungen von insgesamt T€ 131 erwartet.

Gemäß § 18 der Verbandssatzung sowie unter Beachtung des NKAG arbeitet der Verband ohne Gewinnerzielungsabsicht, d.h. dass die aus den gebührenpflichtigen Bereichen erzielten Gebührenüberdeckungen und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb von drei Jahren auszugleichen sind. Um diesem Ziel gerecht zu werden, wurden die Gebühren in den Bereichen Restabfall und Biotonnen zuletzt zum 1. Januar 2018 gesenkt und bleiben auch für das

Wirtschaftsjahr 2023 unverändert. In dem genehmigten Wirtschaftsplan 2023 ist ein positives „Ergebnis der Geschäftstätigkeit“ (Leistungsindikator) von T€ 58 und Jahresfehlbetrag von T€ 468 veranschlagt.

Dem erwarteten Jahresfehlbetrag sowie der geplanten Abnahme der langfristigen Rückstellungen von T€ 470 stehen geplante Abschreibungen von T€ 2.794 gegenüber, so dass ein Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 1.856 erwartet wird.

Wesentliche Auswirkungen auf die im Wirtschaftsplan 2023 veranschlagten Einnahmen werden durch dem seit dem 24. Februar 2022 bestehenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht erwartet. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den geplanten Ausgaben zeichnet sich zur Zeit ab, dass insbesondere der Preisanstieg für die Beschaffung von Kraftstoffen sowie von Energie zu höheren Aufwendungen führen wird. Des Weiteren wird der Tarifabschluss für die Beschäftigten zu einem Anstieg des Personalaufwands führen. Ob sich die seit der Corona-Pandemie und durch den Krieg bestehenden Lieferengpässe noch weiter verstärken bleibt abzuwarten.

Das Thema Wertstofftonne ist spätestens seit Vorliegen des Arbeitsentwurfs zum KrWG im Frühjahr 2010 in aller Munde. Nach der Neuordnung des KrWG Anfang 2012 sollte die Einführung der einheitlichen Wertstofffassung bis 2015 als politisches Ziel des Bundesumweltministeriums angestrebt werden. Hierzu bestand erheblicher Diskussionsbedarf, da die einheitliche Erfassung von DSD-Anteilen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (StNVP) weiterhin noch nicht geregelt war. Das von der Bundesregierung für Mitte 2015 angekündigte Wertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Stattdessen wurde die bis 31. Dezember 2018 bestehende Verpackungsverordnung durch das VerpackG zum 1. Januar 2019 ersetzt. Dabei sollen aber auch hier die DSD-Verkaufsverpackungen und die stoffgleichen Nichtverpackungen nicht einheitlich, sondern weiterhin getrennt entsorgt werden. Die allgemeine Marktsituation wird parallel hierzu beobachtet. Die Umstellung vom gelben Sack auf ein Tonnensystem ab 2023 ist vom Verbandsausschuss des ZAH im Mai 2021 politisch beschlossen worden. Im Rahmen der Vorbereitung für die Ausschreibung der Einsammlung der LVP für die Jahre 2023 bis 2025 haben die Systemanbieter der Einführung der „Gelben Tonne“ im Gebiet des Landkreises Hildesheim und der Stadt Hildesheim nach dem Zurückziehen des Klageverfahrens zugestimmt. Die Beschaffung der gelben Tonnen sowie deren Erstauslieferung an die Grundstückseigentümer obliegt den beauftragten Unternehmen. Dieses sind im Landkreis die Fa. Remondis, in der Stadt die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover. Mit beiden Firmen konnte sich der ZAH insoweit einigen, dass die Leerung der Gelben Tonnen über den ZAH erfolgt. Für die Ermittlung des Tonnenbedarfs hat der ZAH die Grundstückseigentümer mit Versand der Gebührenbescheide für das Wirtschaftsjahr 2022 aufgefordert das von ihnen gewünschte Tonnenvolumen (120 l, 240 l bzw. 1,1 m³) bis zum 31. August 2022 anzumelden. Da die Grundstückseigentümer dieser Aufforderung nur schleppend bzw. noch gar nicht nachgekommen sind, hat sich die Auslieferung

der Gelben Tonnen durch die beauftragten Firmen verzögert. In der Übergangszeit sammelt der ZAH unverändert auch die Gelben Säcke ein. Der Abholung der gelben Tonne erfolgt seit dem 1. Januar 2023 nur noch im vierwöchentlichen Rhythmus.

Ob Anpassungen der Gebühren ab 2024 erforderlich werden, hängt einerseits von der Entwicklung des Gebührenaufkommens und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung der zu behandelnden Abfallmengen sowie andererseits von der weiteren Entwicklung der Marktpreise für die Papierverwertung sowie der betrieblichen Aufwendungen ab. Insbesondere aus der Einführung der Bepreisung von CO₂-Emissionen zum 1. Januar 2024 auf die thermische Abfallbehandlung und auf Dieselkraftstoffe sowie die Erhöhung der Maut sind deutlich höhere Aufwendungen zu erwarten. Des Weiteren werden die Tarifsteigerungen zu steigendem Personalaufwand führen. Weitere gefestigte Prognosen können erst nach Abschluss der Gebührenvorkalkulation für das Wirtschaftsjahr 2024 getroffen werden.

Wie bereits angedeutet, werden an der Entwicklung des Marktes Abfallwirtschaft keine signifikanten Änderungen eintreten, die eine gesicherte Wettbewerbsposition einräumen. Die unsichere Entwicklung auf dem Entsorgungsmarkt bleibt auch in Zukunft ein betriebliches Risiko. Der Markt ist gekennzeichnet durch eine dynamische Akteursstruktur, fortschreitende Weiterentwicklung innovativer Technologien und Dienstleistungen, die demografische Entwicklung und weitere Internationalisierung. Dieses erfordert von den Marktteilnehmern hohe Flexibilität. Die vorhandene Infrastruktur am Standort ist wesentliche Voraussetzung, um an der Marktentwicklung positiv zu partizipieren.

Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAH nach § 20 KrWG ab 1. Januar 2025 verpflichtet die in seinem Gebiet in privaten Haushalten angefallenen und überlassenen Textilabfälle getrennt zu sammeln. Zur Vorbereitung auf diese neue Aufgabe hat der ZAH Anfang 2023 die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet mit der Bitte angeschrieben, ihm mitzuteilen welche Firmen bzw. Institutionen mit ihrer Genehmigung die Art der Sammlung der Textilabfälle durchführen.

Der ZAH wird große Anstrengungen unternehmen, um die Kundenbindung weiter zu verstärken. Des Weiteren ist daran zu arbeiten, das hohe Maß an Kundenzufriedenheit weiter auszubauen.

Bad Salzdetfurth, den 30. Juni 2023

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Krüger', written over the printed name.

Krüger
Geschäftsführer

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022**

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth
Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVSEITE	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. EDV-Programme und Lizenzen	58.831,00	142.344,00
2. Geleistete Anzahlungen	29.750,00	29.750,00
	<u>88.581,00</u>	<u>172.094,00</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten		
a) Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5.371.198,58	5.578.522,58
b) Außenanlagen	1.846.779,00	1.855.617,00
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	7.025,66	7.025,66
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	735.400,10	735.400,10
4. Technische Anlagen	310.068,50	342.903,50
5. Anlagen der Abfallbeseitigung		
a) Fahrzeuge	7.234.225,00	6.898.448,00
b) Abfallbehälter	1.631.997,00	1.680.176,00
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4 und 5 gehören	0,00	0,00
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	207.886,00	238.461,00
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	370.090,03	695.668,09
	<u>17.714.669,87</u>	<u>18.032.221,93</u>
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	203.125,00	203.125,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	85.318,57	77.832,67
2. Waren	127.543,64	35.599,00
	<u>212.862,21</u>	<u>113.431,67</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 90,03)	1.128.952,97	1.598.480,48
2. Forderungen an Verbandsmitglieder (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 0,00)	47.158,69	13.082,49
3. Sonstige Vermögensgegenstände, (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00; Vorjahr € 0,00)	714.853,29	460.703,06
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	18.308.614,81	18.776.488,39
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>108.038,61</u>	<u>218.988,23</u>
	<u>38.526.856,45</u>	<u>39.588.615,25</u>

	31.12.2022 €	PASSIVSEITE 31.12.2021 €
A. Eigenkapital		
I. Rücklagen		
1. Freie Rücklage	493.608,13	493.608,13
II. Gewinnvortrag		
	2.549.790,67	1.839.805,90
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		
	97.386,97	-557.637,91
	<u>3.140.785,77</u>	<u>1.775.776,12</u>
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	76.533,00	61.150,00
2. Sonstige Rückstellungen	34.327.323,63	36.408.355,92
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	868.082,94	1.145.547,08
2. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern, davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	25.736,46	89.228,78
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon	88.394,65	108.557,35
a) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)		
b) aus Steuern € 44.808,95 (Vorjahr: € 107.710,80)		
c) im Rahmen sozialer Sicherheit € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)		
	<u>38.526.856,45</u>	<u>39.588.615,25</u>

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	28.485.548,32	29.048.812,43
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	4.066,24	1.123,75
3. Sonstige betriebliche Erträge	630.753,64	493.823,28
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.281.640,61	2.258.724,31
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.357.153,23	11.228.099,70
	13.638.793,84	13.486.824,01
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.138.029,50	7.721.649,86
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 525.083,87; Vorjahr € 501.595,22	2.263.620,56	2.197.398,78
	10.401.650,06	9.919.048,64
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.828.933,02	2.850.068,20
7. Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung	0,00	2.534.245,43
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.044.839,76	1.753.162,73
9. Erträge aus Beteiligungen	16.000,00	16.000,00
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus der Abzinsung von Rückstellungen € 0,00; Vorjahr € 577.022,54	0,00	577.022,54
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 41.205,75; Vorjahr € 258,00	41.205,75	994,00
12. Ergebnis der Geschäftstätigkeit	180.945,77	-407.561,01
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.383,00	61.150,00
14. Ergebnis nach Steuern	165.562,77	-468.711,01
15. Sonstige Steuern	68.175,80	88.926,90
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97.386,97	-557.637,91

Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim, Bad Salzdetfurth

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2022

I. Angaben zu Form und Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2022, das dem Kalenderjahr entspricht, wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen (EigBetrVO Nds) unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Für die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden die vorgeschriebenen Formblätter gemäß § 26 EigBetrVO Nds verwendet. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist unverändert um den Posten "Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen und Altlastensanierung" erweitert.

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Bilanzierung und Bewertung sowie Ausweis

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten und die **Sachanlagen** zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten zuzüglich Nebenkosten angesetzt. Soweit die Anlagenzugänge im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit im Rahmen des Dualen Systems stehen, werden die Anschaffungskosten um die Umsatzsteuer gekürzt. Die aktivierten Eigenleistungen des Personals für Bauplanungs- und Überwachungsarbeiten sind mit einem Durchschnittsstundensatz der Mitarbeiter bewertet. Die Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände wird nach der betriebsgewöhnlichen Nutzung bzw. in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen festgelegt. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurde die Nutzungsdauer bei den Zugängen zum Fuhrpark von acht auf neun Jahre verlängert. Abschreibungen auf das bewegliche Anlagevermögen werden entsprechend dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) ausschließlich linear vorgenommen. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis € 800,00 werden voll abgeschrieben.

Die unter den **Finanzanlagen** aktivierten Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungskosten bzw. mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind unter Berücksichtigung von Ausfallrisiken zum Nennwert bilanziert. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge durch Pauschalwertberichtigung sowie Einzelwertberichtigungen vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr € 90,03) bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Die **flüssigen Mittel** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen. Sie sind mit ihrem Nennwert bilanziert.

Die in dem **Verlustvortrag** aus dem Vorjahr enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll (T€ -212) und Bioabfall (T€ -1.056) waren gegen die in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren zu buchen. Nach den Vorschriften des NKAG sind Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen in die Gebührennachkalkulation bzw. die künftigen Gebührenbedarfsermittlungen einzubeziehen. Gebührenüberdeckungen haben den Charakter einer ungewissen Verbindlichkeit gegenüber den Gebührenpflichtigen. Zu beachten ist, dass nach dem vollständigen Verbrauch der Gebührenüberdeckungen verbleibende Gebührenunterdeckungen nicht als Forderung an die Gebührenpflichtigen ausgewiesen werden dürfen.

Der **Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2022** enthält erstmals keine Gebührenüber- bzw. -unterdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Ausnahme der Rückstellung für Archivierung abgezinst, zukünftige Preissteigerungen sind prognostiziert.

Aus den Rückstellungen für die Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall wurden im Berichtsjahr erstmals die sich aus den entsprechenden Gebührennachkalkulationen ergebenden Gebührenunterdeckungen zu Gunsten der Umsatzerlöse umgebucht.

Die zum 31. Dezember 2022 bestehenden Rückstellungen für die Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurde nach Maßgabe des Blockmodells für zwei Mitarbeiter gebildet; sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen. Die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtung zum 31. Dezember 2022 erfolgte unter Zugrundelegung eines mittleren Rechnungszinssatzes von 0,43 % p.a. (Vorjahr 0,30 % p.a.), eines Gehaltstrends von unverändert 2,0 % p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

Bei den Rückstellungen für die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Heinde sowie für die Sanierung der Altlasten von Stadt und Landkreis Hildesheim waren aufgrund der zum 1. Januar 2010 erstmals anzuwendenden Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) Neuberechnungen durchzuführen.

Für das noch in Betrieb befindliche Deponiefeld „Hörsten-West“ wurde im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für die Jahre 2022 bis 2025 im Jahr 2021 eine Verlängerung des Ablagerungszeitraums von 2025 auf das Jahr 2035 durchgeführt. Bei der Bewertung dieser Rückstellung wurden Rechnungszinssätze von 0,43 % p.a. bis 1,40 % p.a. (Vorjahr 0,30 % p.a. bis 1,35 % p.a.) sowie einer erwarteten Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a. angesetzt. Zuführungen zu der Rückstellung fielen im Jahr 2022 (im Vorjahr aufgrund der Laufzeitverlängerung T€ 605) nicht an. Aus der gebotenen Aufzinsung ergaben sich T€ 15 (Vorjahr Abzinsung von T€ 514). Der Bestand der Rückstellung hat sich auf T€ 2.755 (Vorjahr T€ 2.740) erhöht.

Durch die im Jahr 2021 vorgenommene Verlängerung des Ablagerungszeitraums verlängerte sich bei der Rückstellung für die Nachsorgeverpflichtungen der Zentraldeponie Heinde der Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2070. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Neuberechnung des jährlichen Mittelbedarfs durchgeführt. Bei der Bewertung der Rückstellung wurden Rechnungszinssätze von 0,43 % p.a. bis 1,54% p.a. (Vorjahr Rechnungszinssätze 0,30 % p.a. bis 1,43 % p.a.) und ein Trend für die Preissteigerung von unverändert 2,0 % p.a. angesetzt. Der Wertansatz der bisher dotierten Rückstellung für die Nachsorgeverpflichtungen hat sich durch den Saldo aus Inanspruchnahmen (T€ 171), Auflösung (T€ 55) sowie der gebotenen Aufzinsung (T€ 26) von € 18,9 Mio auf € 18,7 Mio verringert.

Bei den Rückstellungen für die Altlasten standen dem Verbrauch von T€ 160 (Vorjahr T€ 172) aufgrund des Beschlusses des Verbandsausschusses vom 28. Oktober 2019 über die Aussetzung der Erhebung des Lenkungszuschlags auf die Gebühren ab dem Wirtschaftsjahr 2019 keine Zuführungen gegenüber. Zu bemerken ist, dass die möglichen Rückstellungszuführungen nach dem NAbfG bzw. der Regelung in der Verbandssatzung durch den Beschluss des Verbandsausschusses aus dem Jahr 1997 auch in der Vergangenheit nicht voll ausgeschöpft wurden.

Die **Verbindlichkeiten** sind zu ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

2. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens gemäß den Formblättern zur EigBetrVO Nds wird im Anlagennachweis als Anlage zum Anhang dargestellt. Die spezifischen Besonderheiten der Abfallwirtschaft wurden dabei entsprechend berücksichtigt.

Wesentliche Änderungen im Bestand der zum ZAH gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte haben sich nicht ergeben. Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und des Ausnutzungsgrades der wichtigsten Anlagen ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. Die unter den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen erfassten Bestände der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau verringerten sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag im Saldo um T€ 326 auf T€ 400.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen entfallen auf die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, und die Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth.

- Am Stammkapital (T€ 25) der Verwaltungs GmbH ist der ZAH mit 25 % beteiligt. Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 1 (Vorjahr Jahresüberschuss von T€ 1) abgeschlossen.
- An der Photovoltaik-Park Heinde/Lechstedt GmbH & Co. KG besteht eine Kommanditeinlage von T€ 200. Dies entspricht einer Beteiligung von 15,6 %. Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 219 (Vorjahr T€ 89) abgeschlossen. Der auf den ZAH entfallende Gewinnanteil beträgt T€ 34 (Vorjahr Gewinnanteil T€ 14). Nach Berücksichtigung der Gewinnausschüttung von T€ 16 (Vorjahr T€ 16) wird auf dem Verrechnungskonto des ZAH ein positiver Bestand von T€ 49 (Vorjahr T€ 31) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhalten Forderungen gegen Selbstanlieferer (T€ 704; Vorjahr T€ 693), Forderungen aus der Veranlagung und dem Einzug von Abfallbeseitigungsgebühren (T€ 328; Vorjahr T€ 418), Forderungen aus Gutschriften aus Lieferungen (T€ 173; Vorjahr T€ 687) sowie sonstige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 129; Vorjahr T€ 38). Von dem Bestand der Forderungen wurden Einzel- und Pauschalwertberichtigungen abgesetzt.

Von den ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen bestehenden Forderungen an Verbandsmitglieder entfallen T€ 12 (Vorjahr T€ 8) auf den Landkreis Hildesheim sowie T€ 35 (Vorjahr T€ 5) auf die Stadt Hildesheim.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche für die Jahre 2020 bis 2022 (T€ 442; Vorjahr T€ 211) sowie Forderungen an die Hausverwaltung der Werkwohnungen (T€ 268; Vorjahr T€ 245) ausgewiesen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält vor allem zum 31. Dezember 2022 im Voraus gezahlte Versicherungsprämien von T€ 30 (Vorjahr T€ 129), Erbbauzins und Mieten von T€ 29 (Vorjahr T€ 30), Wartungsleistungen von T€ 21 (Vorjahr T€ 26), bereits bezahlte Lizenzen von T€ 17 (Vorjahr T€ 18), Mieten und Leasing für Geräte T€ 1 (Vorjahr T€ 9) sowie Mautgebühren von unverändert T€ 5.

Das **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
I. Freie Rücklage	494	494
II. Gewinnvortrag	2.550	1.840
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	-558
	3.141	1.776

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres war auf neue Rechnung vorzutragen. Die in dem Jahresfehlbetrag enthaltenen Gebührenunterdeckungen aus den Bereichen Restmüll (T€ 212) und Bioabfall T€ 1.056 waren in die sonstigen Rückstellungen umzubuchen. Zu bemerken ist, dass die in dem Jahresfehlbetrag enthaltenen Gebührenüberdeckungen nach den Vorschriften des NKAG in die künftigen Gebührenbedarfsermittlungen einzubeziehen sind und somit den sonstigen Rückstellungen zuzuordnen sind.

In dem Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2022 sind die sich aus den Gebührenerkalkulationen für die Bereiche Restmüll und Bioabfall ergebenden Gebührenunterdeckungen nicht enthalten. Diese wurden den in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Gebührenüberdeckungen entnommen und zu Gunsten der Umsatzerlöse gebucht.

Die **Steuerrückstellungen** waren für die gewerbliche Tätigkeit aus der Ausspeisung und Vermarktung von Strom aus dem BHKW für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie für Gewerbesteuer zu dotieren.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** werden die Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen (T€ 21.499; Vorjahr T€ 21.684) sowie für Altlastensanierungen (T€ 11.525; Vorjahr T€ 11.685) erfasst. Zuführungen zu diesen Verpflichtungen (Vorjahr T€ 2.534) sowie waren nicht zu berücksichtigen. Für Inanspruchnahmen und ertragswirksame Entnahmen fielen T€ 387 (Vorjahr T€ 354) an. Den Aufwendungen aus der Abzinsung von T€ 41 standen im Vorjahr Erträge aus der Abzinsung von T€ 577 gegenüber. Die Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen aus den Bereichen Restmüll und Bioabfall verringerten sich durch die Umbuchung aus dem Jahresfehlbetrag des Vorjahres sowie durch die sich aus den Nachkalkulationen für das Wirtschaftsjahr 2022 ergebenden Gebührenunterdeckungen um insgesamt T€ 1.808 auf T€ 807. Weitere Rückstellungen waren für Urlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter, zwei (Vorjahr: eine) Altersteilzeitverpflichtungen, für die Buchführungs- und Jahresabschlusskosten, ausstehende Abrechnungen sowie die Archivierung von Geschäftsunterlagen zu berücksichtigen.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	2022	2021
	T€	T€
Stand 01.01.	36.408	32.257
laufende Zuführungen	439	2.880
Umbuchung Gebührenunterdeckungen aus 2021 (Vorjahr Umbuchung Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren)	-1.268	2.615
Aufzinsung (Vorjahr Abzinsung) von langfristigen Rückstellungen	41	-577
Inanspruchnahmen	-1.180	-713
Auflösungen	-113	-54
Stand 31.12.	34.327	36.408

Durch die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer aufgrund des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 04.11.1966 i.d.F. vom 09.10.1998 ergibt sich eine mittelbare Pensionsverpflichtung gemäß Art. 28 EGHGB. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmer nach Maßgabe des § 4 des Versorgungs-TV bei der Versorgungskasse des Bundes und der Länder (VBL) zu versichern. Aufgrund des Finanzierungsverfahrens der VBL (sog. Anwartschaftsdeckungsverfahren) ergibt sich aus handelsrechtlicher Sicht eine Unterdeckung der bestehenden Verpflichtung. Eine Aussage über die Höhe des auf den Verband entfallenden, nicht durch Kassenmittel der VBL gedeckten Anteils der Unterdeckung kann nach derzeitigem Informationsstand nicht getroffen werden. Die Tarifvertragsparteien haben sich Anfang 2001 auf eine Reform der Zusatzversorgung und auf ein neues Betriebsrentensystem verständigt. Mit der Vereinbarung der Tarifvertragsparteien wurde das bisherige System der Gesamtversorgung mit Ablauf des 31. Dezember geschlossen und durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells ersetzt. Der Umlagesatz zur VBL wurde zuletzt zum 1. Juli 2018 auf 8,26 % erhöht. Hiervon trägt der Arbeitgeber unverändert 6,45 %-Punkte. Im Wirtschaftsjahr 2022 waren Beiträge von T€ 525 (Vorjahr T€ 502) an die VBL zu leisten.

Die **Verbindlichkeiten** (Vorjahreswerte in Klammern) haben folgende Restlaufzeiten:

	Insgesamt	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	868 (1.146)	868 (1.146)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern	26 (89)	26 (89)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	88 (109)	88 (109)	0 (0)	0 (0)
	982 (1.860)	982 (1.860)	0 (0)	0 (0)

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern entfallen T€ 25 (Vorjahr T€ 89) auf den Landkreis Hildesheim sowie T€ 1 (Vorjahr T€ 0) auf die Stadt Hildesheim.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus noch abzuführender Umsatzsteuer (T€ 45; Vorjahr T€ 108) sowie die kreditorischen Debitoren (T€ 43; Vorjahr T€ 1) ausgewiesen.

3. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die unter den **Umsatzerlösen** erfassten Erträge aus den Leistungen des Verbandes enthalten im Wesentlichen die Gebühren aus der Abfuhr von Müllbehältern und Biotonnen, aus der Abfallbeseitigung für Selbstanlieferer und für die Containerabfuhr sowie die Gebühren aus den Selbstanlieferungen an das Kompostwerk. Des Weiteren sind hier die Erträge aus Wertstoffsammlungen, der Fäkalschlammabfuhr und Kanalreinigungen, der Reinigung von Deponiesickerwasser für öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger, dem Verkauf von Papier, Metallschrott, Altholz, Energie (Strom) sowie aus Mieten und Pachten zu nennen.

Der Zweckverband nimmt für die Verbandsmitglieder die Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaften seit dem 1. Januar 1994 wahr. Im Berichtsjahr war die Abfallentsorgungssatzung in der Fassung der 12. Änderungssatzung gültig.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfall- und Bioabfallbehälter, für Sonderleistungen der Abfallentsorgung (wie die Abfuhr von Abfallcontainern und die Selbstanlieferung von Abfällen) sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Sonstige Leistungen werden nach der jeweils gültigen Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten bzw. der Entgeltliste berechnet. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden vom ZAH durchgeführt.

Angaben zu den Umsatzerlösen aus Gebühren und Entgelten

	2022	2021
	T€	T€
Restabfallgebühren	12.897	12.340
Bioabfallgebühren	6.015	5.671
Deponiegebühren und -entgelte	1.918	2.211
Selbstanlieferer zu den Wertstoffhöfen	539	550
Selbstanlieferer Kompostwerk	203	279
Gebühren für Restabfall- und Biosäcke	103	145
Schadstoffentsorgung	35	56
	21.710	21.252

Die Zunahme der Erträge aus **Restabfallgebühren** resultiert bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen aus der im Jahresdurchschnitt um 500 auf 88.154 gestiegenen

Anzahl der zu leerenden Behälter. Das den Grundstückseigentümern und Gewerbebetrieben zur Verfügung gestellte Behältervolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Mio m³ auf 289,8 Mio m³. Zu bemerken ist, dass die Gebührenpflichtigen unverändert an dem Trend zur Umstellung der Abfallbehälter auf ein kleineres Volumen sowie auf die Umstellung einer geringeren Leerungshäufigkeit festhalten. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 276 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Auch die Zunahme der Erträge aus **Bioabfallgebühren** ist bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Gebührensätzen durch die im Durchschnitt um 639 auf 62.311 gestiegene Anzahl der zu leerenden Behälter verursacht. Das den Grundstückseigentümern zur Verfügung stehende Behältervolumen nahm um 2,1 Mio m³ auf 148,0 Mio m³ zu. Die sich aus der Nachkalkulation 2022 ergebende Gebührenunterdeckung von T€ 265 wurde durch eine entsprechende Entnahme aus der Rückstellung für Gebührenüberdeckungen ausgeglichen.

Von den im Wesentlichen durch rückläufige Anlieferungen um T€ 293 geringeren Erlösen aus **Deponiegebühren und -entgelten** entfallen T€ 42 (Vorjahr T€ 137) auf periodenfremde Erträge.

Die Erträge aus den Anlieferungen zu den **Wertstoffhöfen** blieben im Saldo um T€ 11 hinter dem Vorjahreswert zurück. Zu bemerken ist, dass die Gebührensätze und die Entgelte nahezu unverändert blieben.

Der Rückgang der Erlöse aus den **Selbstanlieferungen zum Kompostwerk** beruht auf rückläufigen Anlieferungen. Auch die Erträge aus der Abgabe von **Restabfall- und Biosäcken** sowie aus der **Schadstoffentsorgung** verringerten sich.

Dem Gebührenaufkommen standen folgende **Abfallmengen** gegenüber:

	2022	2021
	Tonnage	Tonnage
Abfallart		
Gemischte Siedlungsabfälle	43.556	45.836
Gemischte Materialien (brennbare Abfälle)	967	1.689
Bau- und Abbruchabfälle, Steine und Beton	2.937	3.304
Abfälle aus der Wasseraufbereitung	382	490
Gartenabfälle	71	66
Produktionsspezifische Abfälle	1.680	1.726
Sonstige	5.465	10.141
	55.058	63.252
An das Kompostwerk gelieferte Mengen		
aus der Biotonnenabfuhr und Sonderaktionen	28.110	31.757
durch Selbstanlieferer (incl. Container ZAH)	3.139	3.935
	86.307	98.944

Angaben zu den sonstigen Umsatzerlösen

	2022	2021
	T€	T€
Erstattungen aus gewerblichen Tätigkeiten im Rahmen des DSD	3.457	4.252
Verkaufserlöse Wertstoffe	2.406	2.658
Erlöse Containerabfuhr	298	334
Erlöse Kanalreinigung und Fäkalienbeseitigung	204	212
Erlöse aus Energieverkauf	162	97
Mieten und Pachten	135	86
Sickerwasserklärungen	61	130
Übrige	53	28
	6.776	7.797

Die Erstattungen aus den Tätigkeiten im Rahmen des Dualen Systems verringerten sich im Saldo T€ 795. Die Erstattungen der Systemanbieter verringerten sich um T€ 819. Ausgewirkt hat sich insbesondere, dass die Systemanbieter seit Beginn des Wirtschaftsjahres 2022 die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK verlangen. Hierdurch nahmen die Erlöse aus der Verwertung des Altpapiers um T€ 937 ab. Die Systemanbieter erstatteten dem ZAH für die Bereitstellung (Zwischenlagerung, Sortierung, Wiegung, Abrechnung) ihrer Anteile T€ 102. Die Nebenentgelte und sonstigen Erstattungen nahmen um T€ 16 zu. Die Erträge für die Einsammlung der „gelben Säcke“ und die sonstigen Erstattungen erhöhten sich um T€ 24.

Von den rückläufigen Verkaufserlösen aus Wertstoffen entfallen T€ 1.792 (Vorjahr T€ 2.192) auf die Vermarktung von Altpapier. Neben der gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Tonnage wirkte sich hier insbesondere der Rückgang der Vermarktungspreise aus. Auch aus der Verwertung von Elektro- und Metallschrott wurden geringere Erlöse von T€ 387 (Vorjahr T€ 466) erzielt. Gegenüber dem Vorjahr wurden Erlöse aus der Veräußerung von A III und A IV Holz von T€ 227 erzielt.

Die Abnahme der Erlöse aus der Kanalreinigung und der Fäkalienbeseitigung resultiert aus den um T€ 35 auf T€ 145 geringeren Erlösen aus Generalspülungen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Hildesheim, denen gestiegene Erträge aus der Fäkalienabfuhr gegenüberstanden.

Die Erlöse aus dem Energieverkauf entfallen auf den im BHKW erzeugten Strom. Bei einer gegenüber dem Vorjahr geringeren ausgespeisten Menge beruht die Zunahme der Erlöse auf gestiegenen Vermarktungspreisen.

In den übrigen Umsatzerlösen sind vor allem Erträge aus Sonderleistungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 9), Provisionen aus Werbung mit T€ 14 (Vorjahr T€ 13) sowie periodenfremde Erträge von T€ 3 (Vorjahr T€ 5) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** nahmen um T€ 137 auf T€ 631 zu. Ausgewirkt haben sich die Erstattung der Energiepreispauschale mit T€ 60 sowie erhaltene Zuschüsse Dritter mit T€ 14. Des Weiteren fielen vor allem die Versicherungserstattungen von T€ 288 (Vorjahr T€ 221), die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit T€ 113 (Vorjahr T€ 54) sowie aus der Auflösung von Wertberichtigungen mit T€ 55 (Vorjahr T€ 12) höher aus. Rückläufig waren die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit T€ 17 (Vorjahr T€ 98) sowie die Personalkostenerstattungen mit T€ 36 (Vorjahr T€ 65). Ferner sind hier Erträge aus Mahn- und Vollstreckungsgebühren enthalten. In dem Posten sind periodenfremde Erträge von T€ 113 (Vorjahr T€ 54) enthalten.

Dem Rückgang der betrieblichen Erträge auf € 29,1 Mio (Vorjahr € 29,5 Mio) stand eine Abnahme der betrieblichen Aufwendungen auf € 28,9 Mio (Vorjahr € 30,5 Mio) gegenüber.

Von den betrieblichen Aufwendungen entfallen € 13,6 Mio auf den Materialaufwand, € 10,4 Mio auf den Personalaufwand, € 2,8 Mio auf Abschreibungen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen sowie € 2,0 Mio auf sonstige betriebliche Aufwendungen. Aufwendungen aus den Zuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen (Vorjahr € 2,5 Mio) fielen im Wirtschaftsjahr 2022 nicht an.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind aperiodischen Aufwendungen von T€ 96 enthalten.

Der **Personalaufwand** und die **Entwicklung der Belegschaft** zeigen folgendes Bild:

	2022	2021
	T€	T€
Bezüge	7.912	7.683
Aushilfslöhne	123	114
Zehrgelder	59	59
Sonstige Leistungen (Fahrradleasing)	42	0
Lohnsteuer	13	12
Veränderung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	-13	-30
Veränderung der Rückstellungen für Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen	2	-116
	8.138	7.722
Soziale Abgaben	1.704	1.653
Altersversorgung	525	502
Gemeinde-Unfall-Versicherungsverband	34	37
Ausgleichsabgabe Schwerbehinderte	0	4
Beihilfen	1	1
	2.264	2.197
	10.402	9.919

Die Bezüge der Beschäftigten sind seit 1. Oktober 2005 an den Tarifvertrag öffentliche Dienstleistungsversorgung (TVöD-E) gebunden.

Die Belegschaft entwickelte sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag wie folgt:

	31.12.2022	31.12.2021
Belegschaft im		
Verwaltungsbereich	23	20
gewerblichen Bereich	168	168
sowie Auszubildende	1	3
	192	191

Anzumerken ist, dass mit sieben (Vorjahr fünf) Beschäftigten im Verwaltungsbereich sowie mit fünf (Vorjahr neun) Mitarbeitern im gewerblichen Bereich Teilzeitverträge bestanden.

Der ZAH beschäftigt darüber hinaus in Ferienzeiten Aushilfen (Studenten und Schüler) sowie an Wochenenden geringfügig Beschäftigte auf den Wertstoffhöfen.

Neben den eigenen Beschäftigten werden für die Erfüllung der Aufgaben unverändert Mitarbeiter von Arbeitsvermittlungsfirmen eingesetzt. Die hierfür angefallenen Aufwendungen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in dem Posten "Materialaufwand" erfasst.

Das **Finanzergebnis** enthält Beteiligungserträge von T€ 16 (Vorjahr T€ 16). Ertragswirksame Zinsen aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen fielen nicht an (Vorjahr T€ 577). Für Zinsen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen waren T€ 41 (Vorjahr T€ 1) zu erfassen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** enthalten Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer.

Von den **sonstigen Steuern** entfallen T€ 50 (Vorjahr T€ 46) auf Kraftfahrzeugsteuer sowie T€ 18 (Vorjahr T€ 18) auf Grundsteuer. Im Vorjahr waren hier mit T€ 25 Umsatzsteuernachzahlungen für Vorjahre enthalten.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von € 97.386,97. Der Geschäftsführer schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen. Über die vorgeschlagene Behandlung des Jahresergebnisses hat die Verbandsversammlung noch zu beschließen.

IV. Nachtragsbericht

Die seit der Corona-Pandemie sowie dem seit 24. Februar 2022 von Russland geführten Angriffskrieg gegen die Ukraine bestehenden Lieferengpässe sind zum aktuellen Zeitpunkt weiterhin zu verzeichnen. Vereinzelt Ersatzteile für Müllfahrzeuge können unverändert nur mit

erheblichem Aufwand und Recherchen beschafft werden, andere Teile können gar nicht geliefert werden, so dass einige Müllfahrzeuge temporär nicht eingesetzt werden können. Durch den Einsatz von Reservefahrzeugen konnte sichergestellt werden, dass der ZAH seine Gesamtleistungen bisher weiter erbringen konnte.

Wesentliche Auswirkungen durch den bestehenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, auf die im Wirtschaftsplan 2023 veranschlagten Einnahmen haben sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht ergeben. Allerdings könnten möglicherweise durch die Einkommensverluste der Gebührenpflichtigen sowie der Gewerbetreibenden vermehrt Forderungsausfälle auftreten, die zu höheren Wertberichtigungen führen. Bei den veranschlagten Ausgaben zeichnet sich ab, dass insbesondere der deutliche Preisanstieg für die Beschaffung von Kraftstoffen sowie von Energie zu höheren Aufwendungen führen wird.

Der ZAH ist für die Jahre 2023 bis 2025 als Subunternehmer für die Fa. RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover, in der Stadt Hildesheim und für die Fa. Remondis im Landkreis Hildesheim mit der Leerung der zum 1. Januar 2023 eingeführten gelben Tonne (bis 2022 Einsammlung der gelben Säcke für die Fa. Remondis in der Stadt Hildesheim und im Landkreis Hildesheim) beauftragt. Neben den hieraus zu erzielenden Erträgen wirkt sich diese Beauftragung bei den Planungen der Auslastung der einzusetzenden personellen und materiellen Ressourcen positiv aus.

Die Systemanbieter des Dualen Systems machen auch im Wirtschaftsjahr 2023 von ihrem Anspruch auf die körperliche Herausgabe ihres Anteils an der vom ZAH gesammelten Fraktion PPK Gebrauch. Ob die im Wirtschaftsplan 2023 geplanten Erträge erzielt werden können, oder ob Erträge auf dem Niveau des Wirtschaftsjahres 2022 erzielt werden, bleibt abzuwarten.

Abzuwarten bleibt auch, ob durch die zur Zeit rückläufigen Preise für die Vermarktung des Altpapiers die veranschlagten Erträge erzielt werden können.

Bei dem veranschlagten Personalaufwand zeichnet sich ab, dass insbesondere der Tarifabschluss für die Jahre 2023 und 2024 zu höheren Aufwendungen führen wird.

Nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgekommen, über die im Hinblick auf den Jahresabschluss 2022 besonders zu berichten wäre.

V. Ergänzende Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Verpflichtungen aus allgemeinen Miet- und Wartungsverträgen sowie aus Erbbauzinsen von z.Z. T€ 762 p.a. bestehen finanzielle Verpflichtungen für geleaste Fahrzeuge sowie für Sattelaufleger bis Dezember 2027 von insgesamt T€ 1.436.

2. Abschlussprüferhonorar

Das Honorar des Abschlussprüfers entfällt ausschließlich auf die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 und wurde mit T€ 22,5 veranschlagt.

3. Angaben zu Organen

Dem **Verbandsausschuss** gehören folgende Mitglieder an:

Vertreter des Landkreises

- Egbert Homeister, Dipl.-Ing. Maschinenbau, Vorsitzender
- Dirk Bettels, Unternehmer
- Dr. Thomas Bruns, Landwirt
- Ramon Herbst, Rechtsanwalt
- Karl-Heinz Hodur, Buch- und Offsetdrucker im Ruhestand
- Andrea Prell, Gesundheits- und Krankenpflegerin
- Dr. Susanne Weber, Chemikerin
- Evelyn Witt, Diplom-Sonderpädagogin

Vertreter der Kreisverwaltung

- Evelin Wißmann, 1. Kreisrätin
- Klaus Rosemann, Kreisverwaltungsdirektor, Dezernent, Dezernat 1

Vertreter der Stadt

- Dennis Münter, Geschäftsführer, stellvertretender Vorsitzender
- Jörg Bredtschneider, Ingenieur
- Tim Bellgart, Student
- Michael Brinkop, Bankkaufmann
- Vincenzo Calvanico, Gastronom
- Marcus Krettek, Rektor
- Susanne Philipps, Rentnerin
- Andrea Stühmeier, Verwaltungsangestellte (Diakonie)

Vertreter der Stadtverwaltung

- Andrea Döring, Stadtbaurätin
- Ulf Behnel, Finanzdezernent (ab 24.01.2023)
- Ansgar Gerlach, Bereichsleiter Umwelt (bis 23.01.2023)

Die Vertreter/Vertreterinnen des Rats der Stadt Hildesheim bzw. des Kreistages des Landkreises Hildesheim werden vom Rat bzw. Kreistag gewählt. Im Falle ihrer Verhinderung werden sie durch namentlich benannte Stellvertreter vertreten. Die Stellvertreter können sich untereinander vertreten.

Den Mitgliedern des Verbandsausschusses wurden im Wirtschaftsjahr 2022 Sitzungsgelder und Entschädigungen von insgesamt € 759,30 gewährt.

Zum **Geschäftsführer** des Verbandes ist seit 1. Januar 2011 Herr Jens Krüger ernannt.

Die Bezüge des Geschäftsführers beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2022 auf T€ 99.

4. Angaben zum Personal

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte der Verband 190 Mitarbeiter, davon 167 im gewerblichen Bereich sowie 23 im Verwaltungsbereich. Ferner bestand mit einem Mitarbeiter ein Ausbildungsvertrag.

Bad Salzdetfurth, den 30. Juni 2023


Krüger
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens

Anlagennachweis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim für das Wirtschaftsjahr 2022

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2022	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2022
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. EDV-Programme und Lizenzen	1.180.390,35	18.897,76	0,00	0,00	1.199.288,11
2. Geleistete Anzahlungen	29.750,00	0,00	0,00	0,00	29.750,00
Summe I.	1.210.140,35	18.897,76	0,00	0,00	1.229.038,11
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten					
1.1. mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	15.278.744,04	151.586,59	0,00	14.927,19	15.445.257,82
1.2. mit Außenanlagen	23.548.964,51	196.567,35	0,00	0,00	23.745.531,86
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	291.779,20	0,00	0,00	0,00	291.779,20
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	2.880.988,42	0,00	0,00	0,00	2.880.988,42
4. Technische Anlagen					
4.1. Betriebsanlagen	3.298.994,05	0,00	0,00	0,00	3.298.994,05
4.2. Rohrleitungen	600.581,31	0,00	0,00	0,00	600.581,31
5. Anlagen der Abfallbeseitigung					
5.1. Fahrzeuge					
5.1.1. Fahrzeuge Abfalleinsammlung	16.275.197,07	1.460.372,16	272.053,28	575.298,29	18.038.814,24
5.1.2. Deponiefahrzeuge	1.481.692,72	0,00	0,00	0,00	1.481.692,72
5.1.3. Fäkal- und Saugfahrzeuge	642.767,77	0,00	0,00	0,00	642.767,77
5.1.4. Sonstige Fahrzeuge	119.344,67	51.463,59	0,00	0,00	170.808,26
5.2. Abfallbehälter	6.573.401,86	282.697,31	0,00	0,00	6.856.099,17
6. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 4 und 5 gehören	66.311,38	0,00	0,00	0,00	66.311,38
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.040.619,25	16.562,97	0,00	-14.927,19	1.042.255,03
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	695.668,09	345.794,35	96.074,12	-575.298,29	370.090,03
Summe II.	72.795.054,34	2.505.044,32	368.127,40	0,00	74.931.971,26
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	203.125,00	0,00	0,00	0,00	203.125,00
Summe I. bis III.	74.208.319,69	2.523.942,08	368.127,40	0,00	76.364.134,37

Abschreibungen					Restbuchwerte	Restbuchwerte
01.01.2022	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
€	€	€	€	€	€	€
1.038.046,35 0,00	102.410,76 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	1.140.457,11 0,00	58.831,00 29.750,00	142.344,00 29.750,00
1.038.046,35	102.410,76	0,00	0,00	1.140.457,11	88.581,00	172.094,00
9.710.917,46 21.702.964,51	358.910,59 205.405,35	0,00 0,00	4.231,19 0,00	10.074.059,24 21.908.369,86	5.371.198,58 1.837.162,00	5.567.826,58 1.846.000,00
284.753,54	0,00	0,00	0,00	284.753,54	7.025,66	7.025,66
2.145.588,32	0,00	0,00	0,00	2.145.588,32	735.400,10	735.400,10
2.956.091,05 600.580,81	32.835,00 0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	2.988.926,05 600.580,81	310.068,00 0,50	342.903,00 0,50
10.250.110,07 719.682,72 560.286,77 90.474,67 4.893.225,86	1.561.926,45 127.878,00 49.490,00 12.062,59 330.876,31	272.053,28 0,00 0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00 0,00 0,00	11.539.983,24 847.560,72 609.776,77 102.537,26 5.224.102,17	6.498.831,00 634.132,00 32.991,00 68.271,00 1.631.997,00	6.025.087,00 762.010,00 82.481,00 28.870,00 1.680.176,00
66.311,38	0,00	0,00	0,00	66.311,38	0,00	0,00
781.845,25 0,00	47.137,97 0,00	0,00 0,00	-4.231,19 0,00	824.752,03 0,00	217.503,00 370.090,03	258.774,00 695.668,09
54.762.832,41	2.726.522,26	272.053,28	0,00	57.217.301,39	17.714.669,87	18.032.221,93
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	203.125,00	203.125,00
55.800.878,76	2.828.933,02	272.053,28	0,00	58.357.758,50	18.006.375,87	18.407.440,93

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Geschäftsordnungen und Geschäftsverteilungspläne sowie darüber hinausgehende schriftliche Weisungen des Verbandsausschusses zur Organisation des Geschäfts bestanden für das Wirtschaftsjahr 2022 nicht.

Da nur ein Geschäftsführer bestellt ist, ist ein Geschäftsverteilungsplan nicht erforderlich. Die Entscheidungsbefugnisse des Verbandsgeschäftsführers, des Verbandsausschusses und der Verbandversammlung sind detailliert in der Verbandsordnung geregelt.

Die sachgerechte Einbindung des Überwachungsorgans in die Entscheidungsprozesse ist im Wesentlichen durch die Sitzungen des Verbandsausschusses mit entsprechender Berichterstattung des Geschäftsführers gegeben.

Wir konnten feststellen, dass nach den in der Verbandsordnung bestehenden Organisationsvorschriften verfahren wird und Aufgabenverteilung und Anweisungsbefugnisse sachgerecht geregelt sind.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fanden zwei ordentliche Sitzung des Verbandsausschusses sowie eine Verbandversammlung statt. Niederschriften wurden erstellt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

In Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien ist der Geschäftsführer nicht tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung des Geschäftsführers ist im Anhang angegeben. Die den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Verbandsausschusses gewährten Sitzungsgelder und Entschädigungen sind im Anhang in einer Summe angegeben. Eine Aufteilung nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizregelung ist nicht erforderlich, da derartige Regelungen weder für den Geschäftsführer noch für die Mitglieder des Verbandsausschusses bestehen.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Es existiert ein Organisationsplan, aus dem der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind. Er wird, wenn erforderlich an die sich ergebenden Bedürfnisse angepasst.

Zuständigkeiten ergeben sich darüber hinaus aus den schriftlich fixierten Unterschriftsberechtigungen sowie den ablauforganisatorischen Arbeits- und Dienstanweisungen. Diese werden bei Bedarf und im Rahmen der Prüfung Dritter (Wiederholungs-Audit Entsorgungsfachbetrieb) überprüft und falls erforderlich angepasst.

Nach den aufgestellten Regeln wird nach unserer Prüfung verfahren. Insgesamt entspricht die Organisation den Bedürfnissen des ZAH.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Anhaltspunkte dafür, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Die Geschäftsführung ist in sämtliche betriebliche Abläufe eingebunden. Eine monatliche Kontrolle erfolgt durch betriebswirtschaftliche Auswertungen. Des Weiteren sind die Rechnungsprüfungsämter der Stadt und des Landkreises Hildesheim in wesentliche Auftragsvergaben eingebunden.

Eine schriftliche Anordnung, in der die Annahme von Belohnungen oder Geschenken durch die Beschäftigten des ZAH geregelt sind, liegt vor. Neu eingestellten Mitarbeitern wird die Anordnung bei Arbeitsaufnahme ausgehändigt und ist von diesen zu unterschreiben. Darüber hinaus haben die Vorgesetzten dafür Sorge zu tragen, dass die Mitarbeiter in regelmäßigen Abständen über die Verpflichtungen belehrt werden. Allen Beschäftigten ist spätestens am Anfang des IV. Quartals eines jeden

Jahres die Anordnung zur Kenntnis vorzulegen oder auszuhändigen. Die Kenntnisnahme oder Erhalt der Anordnung ist durch Unterschrift zu bestätigen.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Für einzelne Entscheidungsprozesse sind Richtlinien und Dienstanweisungen erlassen worden, nach denen auch verfahren wird. Regelungen dieser Art bestehen insbesondere für die Auftragsvergabe und Bestellungen, das Personalwesen, die Rechnungsprüfung, den Zahlungsverkehr und das Rechnungswesen. Die Entscheidungen obliegen der Geschäftsleitung und müssen in Übereinstimmung mit dem genehmigten Wirtschaftsplan getroffen werden. Darüber hinaus enthält § 12 der Verbandsordnung einen Katalog von Rechtsgeschäften, die durch den Verbandsausschuss zu genehmigen sind. Ferner bestehen Richtlinien zur Nutzung von Mobiltelefonen und EDV-Geräten.

Auftragsvergaben sind ab einer bestimmten Wertgrenze den Rechnungsprüfungämtern der Stadt und des Landkreises Hildesheim zur Prüfung vorzulegen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vorgaben für wesentliche Entscheidungsprozesse nicht eingehalten wurden.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge werden nach einem Aktenplan ordnungsgemäß verwaltet. Die Vertragsausfertigungen befinden sich beim Geschäftsführer, der auskunftsgemäß auch eine ordnungsgemäße Fristenüberwachung sicherstellt. Für laufende Geschäfte befindet sich eine Vertragsausfertigung zudem in der jeweils zuständigen Abteilung des ZAH.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Grundlage für das Planungswesen ist der nach den landesrechtlichen Vorschriften jährlich aufzustellende Wirtschaftsplan, der aus dem Erfolgs-, Vermögens-, Finanz- und Investitionsplan sowie einem Stellenplan besteht. In einer mittelfristigen Planungsrechnung für das laufende und die vier folgenden Wirtschaftsjahre ist sowohl die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes als auch die Erfolgsentwicklung dargelegt. In der Investitionsplanung werden Projekte übergreifend berücksichtigt und dargestellt, so dass bei den einzelnen Projekten ein Zu-

sammenhang mit vorhergehenden und nachfolgenden Perioden erkennbar ist. Ferner werden Gebührennachkalkulationen für das abgelaufene Wirtschaftsjahr sowie Gebührenbedarfsberechnungen für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr aufgestellt.

Der Wirtschaftsplan sowie die Gebührenbedarfsberechnungen werden

- dem Verbandsausschuss zur Beratung und Zustimmung,
- dem Finanzausschuss der Stadt Hildesheim zur Beschlussfassung,
- dem Ausschuss Umwelt und dem Kreisausschuss des Landkreises Hildesheim zur Beschlussfassung,
- dem Rat der Stadt Hildesheim und dem Kreistag des Landkreises Hildesheim zur Beschlussfassung vorgelegt

und abschließend zur Genehmigung an die Verbandsversammlung weitergeleitet.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Zweckverbandes.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden im Rahmen der monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen untersucht und analysiert. Darüber hinaus erfolgt quartalsweise eine Berichterstattung, die dem Beteiligungsmanagement der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Hildesheim vorgelegt wird.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den branchenspezifischen Anforderungen. Der ZAH verfügt über eine betriebszweigbezogene Kostenstellen- und Kostenartenrechnung. Eine detaillierte Kostenträgerrechnung liegt vor. Die Ergebnisse werden u.a. bei den Gebührennachkalkulationen, den Gebührenbedarfsberechnungen, Entgeltkalkulationen und sonstigen Planrechnungen berücksichtigt.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die regelmäßige Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung sowie das Cash-Management obliegen dem Geschäftsführer in Abstimmung mit dem Rechnungswesen. Die regelmäßige Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung sind gewährleistet.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu Frage 3d).

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Erhebungszeitraum der Gebühren für die Rest- und Bioabfallbehälter ist das Kalenderjahr. Es werden zwei Abschlagszahlungen (1. April und 1. Oktober) in angemessener Höhe erhoben. Die Gebühren für Sonderleistungen und für die Selbstanlieferung werden mit der Inanspruchnahme der Leistung bzw. mit der Anlieferung fällig. Die Abrechnung sonstiger Lieferungen und Leistungen erfolgt nach Leistungserbringung.

Im Rechnungswesen wird die Rückzahlung gewährter Kredite geprüft. Kredite an Kunden werden nur in Form von offenen Forderungen gewährt. Ein strukturiertes IT-gestütztes Mahnwesen ist eingerichtet. Danach werden überfällige Forderungen regelmäßig angemahnt und nach erfolgloser Mahnung auch unter Einbeziehung der Creditreform AG an die Vollstreckungsabteilung der Stadt Hildesheim bzw. des Landkreises Hildesheim übergeben.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Ein separates Controlling besteht nicht. Die Aufgaben des Controllings werden im Wesentlichen durch die Geschäftsführung auf der Grundlage der monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen vorgenommen. Hierzu gehören insbesondere das Finanz-Controlling, die Überwachung der Kosten- und Planungsrechnungen (Wirtschaftsplan) sowie die Gebührenkalkulation und -abrechnung.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Es bestehen Kontrollinstrumente zur Steuerung und Überwachung von Unternehmen, an denen der ZAH beteiligt ist.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem, welches bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkennt, ist eingerichtet. Die Aufgaben des Risikomanagements werden durch den Geschäftsführer wahrgenommen. Das im Rahmen der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb aufgebaute und auditierte Qualitätsmanagementsystem trägt zu einer Minimierung von Betriebsrisiken bei. Den möglichen Risiken aus der beim ZAH eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Daten-

nutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingerichtete Datenschutzmanagement.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Nach unserer Auffassung sind die Maßnahmen der Geschäftsführung unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit und Größe des ZAH grundsätzlich geeignet, bestehende und künftige Risiken zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten sowie risikobezogene Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten. Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt wurden.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 4a).

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Es finden kontinuierliche und systematische Abstimmungen und Anpassungen statt.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse

- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Derartige Geschäfte werden nach unseren Prüfungsfeststellungen und den uns erteilten Auskünften nicht durchgeführt; Regelungen sind daher entbehrlich.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eine innerbetriebliche Institution, die im Auftrag der Geschäftsleitung die Einhaltung von Regelungen innerhalb der Organisation überwacht, ist aufgrund der Größe des ZAH nicht eingerichtet. Mittels geeigneter Aufbau- und Ablaufkontrollen, die durch Arbeitsanweisungen geregelt sind, bestehen im Verband entsprechende Kontrollen.

In Teilbereichen werden die Aufgaben der internen Revision durch die Rechnungsprüfungsämter der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim wahrgenommen. Diese prüfen laufend die Einhaltung von VOL-/VgV-Vergaben und führen zudem in unregelmäßigen Abständen Schwerpunktprüfungen durch. Im Berichtsjahr wurden bis auf eine unvermutete Kassenprüfung durch das RPA des Landkreises Hildesheim keine Schwerpunktprüfungen vorgenommen.

Nach dem uns vorliegenden Prüfbericht haben sich keine wesentlichen Feststellungen ergeben.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Die Frage ist nicht einschlägig, da keine interne Revision existiert.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Die nach § 12 Verbandsordnung für bestimmte Maßnahmen erforderlichen Zustimmungen wurden eingeholt.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Kreditgewährungen an den Verbandsgeschäftsführer oder Mitglieder des Verbandsausschusses liegen nicht vor.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Ein solches Vorgehen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Uns sind keine Anhaltspunkte bekannt geworden, von denen man auf ungesetzliche oder gegen die internen Festlegungen des ZAH verstoßende Geschäfte hätte schließen können.

Vertragliche Beziehungen zu den Kunden liegen sowohl auf der Grundlage von privatrechtlichen Vertragsbedingungen als auch öffentlich-rechtlicher Satzungen (Verwaltungsrecht, Gebührenrecht) vor. Die öffentlich-rechtlichen Satzungen werden jährlich bzw. bei Bedarf den erforderlichen Veränderungen angepasst. Die vertraglichen Beziehungen befinden sich in Einklang mit der Rechtslage.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Alle durchzuführenden Investitionen werden von der Geschäftsführung in einer Investitionsübersicht zusammengefasst und in den jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplan eingestellt. Der Wirtschaftsplan wird den Organen des Verbandes zur Beschlussfassung vorgelegt. Für die geplanten Investitionen werden grundsätzlich Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt, die die oben genannten Punkte berücksichtigen.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Wir haben keine Kenntnisse darüber erlangt, dass Unterlagen und Erhebungen, die als Grundlage zur Prüfung der Angemessenheit des Preises dienen, nicht ausreichend waren. Grundstücke und Beteiligungen wurden im Berichtsjahr weder erworben noch veräußert.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die geplanten Investitionen werden fortlaufend überwacht. Abweichungen zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan werden untersucht.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Bei den im Wirtschaftsjahr 2022 abgeschlossenen Investitionen ergaben sich keine wesentlichen Überschreitungen.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Anhaltspunkte für solche Gestaltungen liegen nicht vor. Die genehmigte Kreditlinie wurde nicht ausgeschöpft.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VgV, EU-Regelungen) ergeben?**

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegulungen haben wir nicht festgestellt.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Vor der Vergabe größerer Investitions- und anderer Aufträge werden - soweit nicht technische Belange oder andere Erfordernisse Abweichungen begründen - mehrere Angebote eingeholt. Im Bedarfsfall werden nach Einholung von Vergleichsangeboten Kapitalaufnahmen sowie Geldanlagen getätigt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Nach den vorliegenden Niederschriften und Sitzungsvorlagen hat der Geschäftsführer dem Verbandsausschuss über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung und über den Gang der Geschäfte informiert.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Unseres Erachtens vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des ZAH.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Ausweislich der uns vorliegenden Protokolle unterrichtete die Geschäftsführung den Verbandsausschuss über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen sind uns nicht bekannt geworden.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Ein entsprechendes Verlangen des Verbandsausschusses lag im Wirtschaftsjahr 2022 nicht vor.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Es liegen uns keine Anhaltspunkte dafür vor.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung liegt vor. Ein angemessener Selbstbehalt ist nicht vereinbart. Auskunftsgemäß wurde der Abschluss der Versicherung mit den Vertretern der Verbandsmitglieder erörtert.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Interessenkonflikte festgestellt.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen in größerem Umfang haben wir nicht festgestellt.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Die Vermögensbestände sind weder auffallend hoch noch niedrig. Den flüssigen Mitteln von T€ 18.309, die zum Bilanzstichtag 47,5 % der gesunkenen Bilanzsumme ausmachen, stehen langfristige Rückstellungen von T€ 33.024 gegenüber.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Stille Reserven könnten im Anlagevermögen gegeben sein, vornehmlich bei Grundstücken und Gebäuden. Weitergehende Aussagen sind nur im Rahmen umfangreicher Analysen (Wertgutachten) möglich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Nach den Verhältnissen zum 31. Dezember 2022 stehen dem Anlagevermögen von T€ 18.006 ein Eigenkapital von T€ 3.141 sowie ein langfristiges Fremdkapital in Form von Rückstellungen von T€ 33.024 gegenüber. Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt mangels Konzernbindung.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der ZAH hat im Berichtsjahr Fördermittel in Höhe von T€ 14 von der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft GmbH, Berlin für das Projekt „Fokusberatung Klimaschutz; Grundlagenermittlung“ erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung ist zu berücksichtigen, dass der ZAH gemäß § 4 der Verbandsordnung im Bereich der Abfallwirtschaft hoheitliche Aufgaben ohne Gewinnerzielungsabsicht erfüllt. Abfallgebühren werden nach dem NKAG erhoben. Danach soll das veranschlagte Gebührenaufkommen die Kosten decken. Nach dem NKAG sollen Gebührenerüberschüsse bzw. -unterdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung durch eine entsprechende Gebührekalkulation ausgeglichen werden. Entstehende Kosten, die nicht auf die Gebührenpflichtigen umgelegt werden dürfen, werden aus sonstigen Finanzmitteln des ZAH getragen. Wenn die Einnahmen trotz Ausschöpfung aller zumutbaren Möglichkeiten der Einnahmenschaffung nicht ausreichen, sind die Ausgaben durch Umlagen der Verbandsmitglieder zu decken. Die Eigenkapitalausstattung besteht aus der freien Rücklage, dem Gewinnvortrag und dem Jahresergebnis. Finanzierungsprobleme bestehen nicht.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der ZAH veranschlagt in seinem hoheitlichen Aufgabengebiet Gebühren gemäß dem NKAG. Aufgrund dieser Regelung schließen die Wirtschaftsjahre somit mittelfristig mit ausgeglichenen Ergebnissen. Eine Ausschüttungspolitik ist daher entbehrlich. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist entsprechend den obigen Erläuterungen als angemessen zu beurteilen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 97. Wesentliche Geschäftsbereiche des ZAH sind außer den hoheitlichen Tätigkeiten im Bereich der Abfallwirtschaft die Tätigkeiten im Rahmen des DSD als sogenannter Betrieb gewerblicher Art (BgA).

Das Betriebsergebnis des ZAH setzt sich wie folgt zusammen:

	2022	2021
	T€	T€
Restmüll vor Gebührenaussgleich	-276	-212
Gebührenaussgleich Restmüll	276	0
Ergebnis Restmüll nach Gebührenaussgleich	0	-212
Biomüll vor Gebührenaussgleich	-265	-1.056
Gebührenaussgleich Biomüll	265	0
Ergebnis Biomüll nach Gebührenaussgleich	0	-1.056
Selbstanlieferer	180	-348
Gebührenbereiche (NKAG)	180	-1.616
gewerbliche Tätigkeiten im Rahmen des DSD und Betrieb des BHKW	21	1.110
Hilfs- und Nebenbetriebe (Saldo)	-31	-50
Neutrales Ergebnis (Saldo)	-73	-2
	97	-558

Das Ergebnis aus den Hilfs- und Nebenbetrieben setzt sich aus dem Saldo der Ergebnisse aus dem Containerdienst, aus der Fäkalabfuhr und Kanalreinigung, aus Werbung sowie aus der Vermietung von Werkwohnungen zusammen.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt. Zu beachten ist, dass die Ergebnisse der Gebühreennachkalkulation 2022 für die Bereiche Restmüll und Bioabfall erstmals durch Inanspruchnahmen der Rückstellungen für Gebührenüberdeckungen zu Gunsten der Umsatzerlöse berücksichtigt wurden.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte dafür, dass Leistungsbeziehungen mit den Verbandsmitgliedern nicht zu angemessenen Konditionen vorgenommen werden, haben wir nicht festgestellt. Kreditbeziehungen mit den Verbandsmitgliedern liegen nicht vor.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Konzessionsabgaben hat der ZAH nicht zu erwirtschaften.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Verlustbringende Einzelgeschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, haben wir nicht festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Die Entgelte für Leistungen, die der ZAH aufgrund privatrechtlicher Verpflichtungen erbringt, wurden zuletzt zum 1. Januar 2022 angepasst. Vor dem Hintergrund, dass der ZAH die vorhandenen Gebührenüberdeckungen gemäß dem NKAG in seinen Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen hat, waren keine weiteren Maßnahmen erforderlich.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Der ZAH schließt das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Aufgrund des NKAG sind die in Vorjahren erzielten Gebührenüber- und -unterdeckungen nach Feststellung innerhalb der nächsten drei Jahre nach Beschlussfassung in den Gebührenkalkulationen zu berücksichtigen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die in 2018 vorgenommenen Gebührensenkungen im Restabfall- sowie im Bioabfallbereich auch für das Wirtschaftsjahr 2023 beibehalten. Für das Wirtschaftsjahr 2023 wird mit einem Jahresfehlbetrag von T€ 468 gerechnet. Die Gebührensätze in den anderen Bereichen sowie die Entgelte für Leistungen, die der ZAH aufgrund privatrechtlicher Verpflichtungen erbringt, bleiben im Wirtschaftsjahr 2023 weitestgehend unverändert.

Der ZAH strebt im Hinblick auf den sich verschärfenden Wettbewerb in der Abfallwirtschaft vor allem eine kostenbewusste Geschäftspolitik, wettbewerbsfähige Preise und Gebühren sowie eine stetige Verbesserung und Erweiterung der Serviceleistungen an.

Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Grundlagen

I. Rechtliche Grundlagen

Name	Zweckverband Abfallwirtschaft Hildesheim
Sitz	Bad Salzdetfurth
Rechtsform	Zweckverband nach dem NKomZG. Die Wirtschaftsführung hat gemäß Verbandsordnung nach den Vorschriften der EigBetrVO (Nds) zu erfolgen.
Gründung und Verbandsmitglieder	1. Januar 1994; Verbandsmitglieder: Landkreis Hildesheim und die Stadt Hildesheim
Verbandsordnung	Gültig in der Fassung vom 22. Dezember 2015; die Verbandsordnung trat am 23. Dezember 2015 in Kraft.
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	Die Verbandsmitglieder haben den ZAH nicht mit Stammkapital ausgestattet; es besteht eine freie Rücklage von T€ 494.
Organe	<p>Organe des ZAH sind die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuss und die Verbandsgeschäftsführung.</p> <p>Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim.</p> <p>Der Verbandsausschuss besteht aus: acht Ratsmitgliedern der Stadt Hildesheim, acht Kreistagsabgeordneten des Landkreises Hildesheim sowie aus jeweils zwei vom Hauptverwaltungsbeamten der vertretenen kommunalen Körperschaften zu bestimmenden Vertretern der Verwaltung des jeweiligen Verbandsmitglieds. Die Mitglieder des Verbandsausschusses sind im Anhang (Anlage II) namentlich genannt.</p> <p>Verbandsgeschäftsführer ist seit dem 1. Januar 2011 Herr Jens Krüger.</p>
Gegenstand des Verbandes	Gemäß § 4 der Verbandsordnung nimmt der ZAH für die beiden Verbandsmitglieder sämtliche Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaften wahr. Hierzu zählen insbesondere das Einsammeln, die Beförderung sowie die Verwertung und Entsorgung des im Verbandsgebiet anfallenden Abfalls und Wertstoffe, die Schaffung von

	<p>Einrichtungen zur Verwertung von Abfällen aus Gewerbe und Haushaltungen sowie die Abfallberatung.</p> <p>Insgesamt entsorgt der ZAH im Verbandsgebiet 18 Gemeinden, Samtgemeinden und Städte des Landkreises Hildesheim sowie die Stadt Hildesheim. Der ZAH unterhält eine Deponie der Klasse II (Zentraldeponie Heinde), eine Umschlaghalle, ein Recyclingzentrum (Halle und Freifläche), eine Schadstoffhalle, eine Sickerwasserkläranlage sowie fünf Recyclinghöfe und im Eingangsbereich der Zentraldeponie einen Kleinanliefererplatz. Zwei Bauschuttdeponien und ein Kompostierungswerk werden von Dritten betrieben.</p> <p>Ferner führt der ZAH als Subunternehmer für Dritte im Rahmen des Dualen Systems (DSD) die Erfassung und Sammlung der Leichtverpackungen sowie Verteilung der notwendigen Wertstoffsäcke durch.</p>
Satzung über die Abfallentsorgung	Seit 1. Januar 2019 ist die 12. Änderungssatzung in Kraft.
Satzung über die Abfallgebühren	Die im Wirtschaftsjahr 2022 gültige Abfallgebührensatzung trat zum 1. Januar 2018 in Kraft.

II. Steuerliche Grundlagen

Finanzamt	Hildesheim-Alfeld
Steuernummer	30/210/08358
Steuererklärungen	<p>Bis einschließlich 2020 wurden die Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen sowie die Umsatzsteuermeldungen abgegeben und veranlagt. Für 2021 steht die Veranlagung noch aus.</p> <p>Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger sind mit ihrem hoheitlichen Bereich steuerbefreit. Sie sind aber wirtschaftlich tätig (Betrieb gewerblicher Art (BgA), wenn sie aufgrund von privatrechtlichen Vereinbarungen Aufgaben im Rahmen des in § 6 Abs. 3 Satz 1 VerpackV bezeichneten Systems durchführen (OFD Hannover, KSt-Kartei vom 21. April 1995).</p> <p>Dies hat zur Folge, dass der ZAH der Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer unterliegt, soweit er Leistungen im Rahmen des DSD erbringt. Sofern eine direkte Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung mittels der mit dem Finanzamt bzw. der im Rahmen der Betriebsprüfungen bisher abgestimmten Verteilungsschlüssel.</p> <p>Im Berichtsjahr wurde aus den Tätigkeiten im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art im Saldo ein Jahresüberschuss erzielt. Alle Steuern wurden von dem mit der Jahresabschlussstellung beauftragten</p>

	Steuerberatungsbüro berechnet. Die Steuererklärungen für 2022 sind in Vorbereitung.
Betriebsprüfung	Die letzte steuerliche Außenprüfung führte das Finanzamt für Großbetriebsprüfungen Göttingen von Dezember 2020 bis März 2021 für die Veranlagungsjahre 2015 bis einschließlich 2018 für die Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer durch. Über die im Bericht vom 5. Mai 2021 getroffenen Prüfungsfeststellungen wurde Übereinstimmung erzielt. Die Steuerbescheide sind eingegangen.
Lohnsteueraußenprüfung	Die letzte Lohnsteueraußenprüfung führte das Finanzamt Hameln vom 18. Dezember 2019 bis 27. Januar 2020 durch. Der Prüfungszeitraum umfasste die Kalenderjahre 2016 bis 2019. Die Nachzahlung von T€ 2 ist im Jahresabschluss 2019 berücksichtigt. Über die Prüfungsfeststellungen wurde Übereinstimmung erzielt.

III. Vorjahresabschluss

Nach der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2021 durch den Verbandsausschuss am 15. November 2022 hat die Versammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021 am 20. Dezember 2022 festgestellt. Der Jahresfehlbetrag war auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsführung und dem Verbandsausschuss wurde Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss wurde am 23. Januar 2023 im Amtsblatt des Landkreises Hildesheim bekannt gemacht. Er lag im Anschluss an die Veröffentlichung in den Geschäftsräumen des Verbandes zur Einsichtnahme aus.

IV. Beteiligungen

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen entfallen auf die Photovoltaik-Park Heinde/Lehstedt Verwaltungs GmbH, Bad Salzdetfurth, sowie die Photovoltaik-Park Heinde/Lehstedt GmbH & Co. KG, Bad Salzdetfurth.

Am Stammkapital (T€ 25) der Verwaltungs GmbH ist der ZAH mit 25 % beteiligt. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 1 (Vorjahr T€ 1).

An der Photovoltaik-Park Heinde/Lehstedt GmbH & Co. KG besteht eine Kommanditeinlage von T€ 200. Dies entspricht einer Beteiligung von 15,6 %. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von T€ 219 (Vorjahr Jahresüberschuss T€ 89). Der auf den ZAH entfallende Gewinnanteil beträgt T€ 34 (Vorjahr Gewinnanteil T€ 14).

V. Versicherungsschutz

Der Versicherungsschutz umfasst u.a. Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Wasser-, Elementar-, Schlüssel- und Elektronikversicherungen, die D&O-Versicherung sowie die Umlagen für die Kraftfahrzeug-, Unfall- und Haftpflichtversicherung. Darüber hinaus hat der ZAH zur Risikoeindämmung eine Cyberversicherung abgeschlossen. Eine Übersicht über Art und Umfang der Versicherungen liegt vor.

VI. Datenschutz und IT-Sicherheit

Der ZAH hat im Wirtschaftsjahr 2015 einen externen Datenschutzbeauftragten mit der Erstellung der Verfahrensdokumentation beauftragt.

Den möglichen Risiken aus der eingerichteten IT-Struktur bzw. aus der genutzten Soft- und Hardware, die insbesondere durch unzureichende Schutzmaßnahmen gegen unerlaubte Datennutzung durch Dritte, Virenschutz, Datenverlust oder durch veraltete Anlagen entstehen können, begegnet der ZAH durch das eingeführte Datenschutzmanagement. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um das Datenschutzniveau an die im Mai 2018 in Kraft getretene Europäische Datenschutz-Grundverordnung und an das neue Bundesdatenschutzgesetz anzupassen und weiter zu verbessern. Nach dem Jahresbericht 2022 des extern beauftragten Datenschutzbeauftragten wurden Verstöße gegen den Datenschutz nicht festgestellt. Auch gab es keine besonderen Risiken des Datenschutzes, die Einschränkungen für das informationelle Selbstbestimmungsrecht oder anknüpfende Persönlichkeitsrechte der Betroffenen bedeutet haben.

VII. Wichtige Verträge und Vereinbarungen

1. Verträge und Vereinbarungen mit dem Landkreis Hildesheim

Verlängerung des Untermietvertrages ab 1. Januar 2013 für die Nutzung von Teilen der „Feuerwehrtechnischen Zentrale“ (kurz: FTZ) mit dem **Landkreis Hildesheim**. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren (bis 1. Januar 2033) und kann 24 Monate vor Ablauf gekündigt werden.

2. Weitere Verträge des ZAH

- Seit 2018 wird der Restabfall nach der europaweiten Ausschreibung in 2016 in der thermischen Restabfallbehandlungsanlage der **Enertec GmbH, Hameln**, verwertet. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2025.
- Vertrag mit der **PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover**, über die Annahme und stoffliche und thermische Verwertung von Baustellenabfall des vom ZAH erfassten Baustellenabfalls aus dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Hildesheim. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2024.
- Vertrag mit der **PreZero Service Mitte GmbH & Co. KG, Hannover**, über die Annahme, Sortierung und Verwertung des Sperrmülls aus dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Hildesheim. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2025.

- Vertrag mit der **Tönsmeier Entsorgung Niedersachsen GmbH & Co. KG Bietergemeinschaft Bioenergiezentrum Hildesheim, Hildesheim**, über die Annahme und Behandlung des Bioabfalls. Der Vertrag trat am 1. Januar 2018 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024.
- Vereinbarungen mit der **Remondis GmbH & Co. KG, Kiel**, über die Erbringung von Logistikleistungen (Einsammlung von LVP) für die Stadt und den Landkreis Hildesheim. Remondis hat im Rahmen des Vergabeverfahrens der Duales System Deutschland AG, Köln, (DSD) den Auftrag erhalten, die Entsorgung von Leichtverpackungen für die Stadt und den Landkreis Hildesheim zu übernehmen und hat als Subunternehmer den ZAH mit der Erfassung und Anlieferung der Mengen an Leichtverpackungen sowie der Verteilung der notwendigen Säcke beauftragt. Dieser Vertrag hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019. Auch für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 war der ZAH weiterhin mit der Einsammlung beauftragt. An der Ausschreibung für die Jahre 2023 bis 2025 hat sich Remondis und der ZAH beteiligt und den Zuschlag für das Gebiet des Landkreises Hildesheim erhalten. Den Zuschlag für das Gebiet der Stadt Hildesheim hat **RMG Rohstoffmanagement GmbH, Hannover** erhalten. Der ZAH ist im Gebiet der Stadt Hildesheim mit der Leerung der gelben Tonnen ab 1. Januar 2023 beauftragt.
- Mit der **Avacon AG, Helmstedt**, hat der Verband am 7. November 1997/24. November 1997 einen Deponiegasliefer- und -verwertungsvertrag sowie einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Der Deponiegasliefer- und -verwertungsvertrag trat mit Unterzeichnung in Kraft und endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Vertragspartner Einvernehmen darüber erzielen, dass eine wirtschaftliche Gasnutzung über den installierten Gasmotor nicht mehr möglich ist. Im Zuge des Einbaus eines neuen BHKW mit verbesserter Effizienz wurde mit der **Avacon Natur GmbH, Sarstedt**, im November 2017 ein neuer Dienstleistungs- und Pachtvertrag geschlossen. Der Vertrag ist im April 2023 ausgelaufen. Der ZAH hat das BHKW von Avacon Natur GmbH, Sarstedt, käuflich erworben.
- Vertrag mit der **Lammetal-Werkstätten Lamspringe GmbH, Lamspringe**, über die Errichtung und den Betrieb eines Wertstoffhofes im Rahmen des "Modellversuchs Wertstoffhof" im Zweckverbandsgebiet vom 29. Juni 1995. Der Vertrag trat am 22. November 1995 in Kraft. Gemäß dem 1. Nachtragsvertrag vom 1. Februar 1998 verlängerte sich der Vertrag bisher um jeweils ein weiteres Jahr, da er nicht sechs Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wurde.
- Für den Wertstoffhof Sarstedt wurde am 9. Juni 1995 ein Pachtvertrag zwischen der **Stadt Sarstedt** und dem ZAH geschlossen. Der Vertrag verlängert sich stillschweigend um ein Jahr, wenn er nicht bis zum 1. Juli eines Pachtjahres schriftlich gekündigt wird.
- Für den Wertstoffhof Alfeld hat der Verband eine Teilfläche eines Grundstückes von der **Firma von Koss GmbH & Co. KG, Alfeld**, gepachtet. Der Pachtvertrag vom 30. September 1998 trat zum 1. Oktober 1998 in Kraft und hatte zunächst eine Laufzeit von einem Jahr. Durch Beschluss des Verbandsausschusses vom 10. Juli 2000 wurde das Betreiben des Wertstoffhofes zur Dauereinrichtung erklärt. Der Insolvenzverwalter der Firma **Koss GmbH & Co. KG** hat das Grundstück an die **Erich Wurzel GmbH & Co. KG, Elze**, veräußert. Der Pachtvertrag wurde ebenfalls übernommen, allerdings wurde der Erich Wurzel GmbH & Co. KG ein einmaliges Sonderkündigungsrecht zum 31. Dezember 2009 eingeräumt, welches nicht genutzt wurde.
- Im Jahr 2003 wurden mit der **Stadt Elze** Verhandlungen über die Errichtung eines Wertstoffhofes aufgenommen. Seine Inbetriebnahme erfolgte im Juni 2005. Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 wurde mit der Stadt Elze ein Pachtvertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr geschlossen. Er verlängerte sich bisher jeweils um ein weiteres Jahr, da er nicht bis zum 1. Januar eines jeden Pachtjahres gekündigt wurde.

- Vertrag mit der **R.S.W Media, Hildesheim**, über die planmäßige Vermarktung von Werbeflächen an den Entsorgungsfahrzeugen des Verbandes. Der Vertrag trat zum 1. Oktober 1999 in Kraft und hatte eine Laufzeit von zwei Jahren. Er verlängerte sich bisher jeweils um zwei Jahre, da er nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wurde.
- Vereinbarung mit der **Stadtentwässerung Hildesheim (SEHi)** ab dem 1. Juli 2015 zum Betrieb eines gemeinsamen Bürgerbüros in Hildesheim. Die Laufzeit ist gekoppelt mit dem Gewerberaummietvertrag zwischen der Sparkasse Hildesheim und der SEHi: Laufzeit ab 1. Juli 2015, Dauer fünf Jahre bis zum 30. Juni 2020. Dem Mieter wird eine Verlängerungsoption von zweimal fünf Jahren eingeräumt mit einer Anmeldefrist von 12 Monaten. Auch die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate. Von der ersten Verlängerungsoption wurde Gebrauch gemacht.
- Mit **Bettina Brüggmann, Bürodienstleistungen, Groß Düngen**, wurde am 15. Januar 2002 ein Vertrag zur Überprüfung, Eingabe und Kontrolle der Finanzbuchhaltung (einschließlich Anlagen-, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung) abgeschlossen. Beide Parteien sind berechtigt, den Vertrag zum Quartalsende mit einer achtwöchigen Frist zu kündigen.
- Zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der elektrotechnischen Anlagen hat der ZAH mit der **Firma Elektro Sander, Heinde**, am 5. August 1997 eine Vereinbarung abgeschlossen. Aufgrund der Komplexität aller Anlagenteile der verschiedenen Einrichtungen des ZAH sind ein umfassendes Wissen und eine schnelle Verfügbarkeit erforderlich, um mögliche Umweltschäden zu verhindern. Der Vertrag läuft unbefristet und kann mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden.
- In den Bereichen der **IT-Datensicherung und -pflege** sowie für die **Archivierung** bestehen diverse Dienstleistungs- sowie Wartungsverträge.

Im Übrigen wurden laut Auskunft weitere Verträge von wesentlicher Bedeutung weder neu abgeschlossen noch geändert, gekündigt oder vertragsgemäß beendet. Auch standen Verträge, die über den Rahmen der laufenden Betriebsführung hinausgehen, nicht kurz vor einem Abschluss oder Auslaufen.

VIII. Prüfungen anderer Stellen

Die Prüfung von Auftragsvergaben nach VgV werden durch das **RPA der Stadt Hildesheim** und die Prüfungen nach VOB durch das **RPA des Landkreises Hildesheim** durchgeführt.

Das **RPA des Landkreises Hildesheim** führte im November 2022 eine unvermutete Prüfung der Kas sen durch. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich aus dem vorliegenden Prüfungsbericht nicht.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufwertigungen. Weitere Aufwertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerstattung verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.



Bericht

über die Prüfung

des Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2021

der

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Marie-Wagenknecht-Straße 3
31134 Hildesheim

KRAUSE & KOLLEGEN

Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

-1274-

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag	1
2. Grundsätzliche Feststellungen	3
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	3
2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB	4
2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	4
2.2.2 Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung	4
2.2.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen	4
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	6
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
4.1.2 Jahresabschluss	8
4.1.3 Lagebericht	9
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen	9
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	9
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	10
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur	10
4.3.2 Ertragslage	11
5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	12
6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	13
Anlagen	
Bilanz zum 31. Dezember 2021	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021	
Anhang	
Lagebericht	
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	
Rechtliche Verhältnisse und wirtschaftliche Grundlagen	
Steuerliche Verhältnisse	
Umfassendere Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses	
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	

1. Prüfungsauftrag

Auftragsgemäß haben wir zusätzlich einen Erläuterungsteil erstellt, der diesem Bericht als Anlage beigefügt ist. Der Erläuterungsteil enthält Aufgliederungen und Hinweise zu den einzelnen Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 unter Angabe der jeweiligen Vorjahreszahlen.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt 5.

Die Gesellschaft erfüllt zum 31. Dezember 2021 die Merkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a Abs. 1 HGB. Gleichwohl ist die Gesellschaft aufgrund der Vorschriften der §§ 157 und 158 NKomVG, der §§ 29 bis 32 EigBetrVO Nds. in Verbindung mit § 16 des Gesellschaftsvertrags zur Durchführung einer Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts und der Buchführung verpflichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben. Dem uns erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319a, 319b HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 20 ff. unserer Berufssatzung entgegen.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten September bis November 2022 in unserem Büro in Hildesheim durchgeführt. Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss 2021, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 3) und Anhang (Anlage 4), sowie den geprüften Lagebericht 2021 (Anlage 5) und eine Aufstellung der rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse (Anlage 6) beigefügt.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V., Düsseldorf, (IDW) erstellt.

Unserem Auftrag liegen die als Anlage 10 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zu Grunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend zur Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Geschäftsführung Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Geschäftsführung sowie den sonstigen geprüften Unterlagen heben wir folgende Aspekte hervor, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

Die Gesellschaft unterliegt aufgrund ihrer grundsätzlichen Ausrichtung und der gesellschaftsvertraglichen Finanzierungsbasis nur geringen Risiken.

Aufgrund ihrer Aufgabenstellung ist die Gesellschaft nicht gewinnorientiert.

Die Gesellschaft wird ihre Rolle als Initiator und Koordinator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen.

Wir sind zu der Einschätzung gelangt, dass die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht zutreffend sind. Die Darstellung der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands sowie der Chancen und Risiken, halten wir insgesamt für plausibel.

2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB

2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir als Abschlussprüfer über bei Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine derartigen Tatsachen festgestellt.

2.2.2 Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft tragen für die in der Rechnungslegung der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH enthaltenen Aussagen und die uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben die Verantwortung. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, die Aussagen in der Rechnungslegung sowie die vorgelegten Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Unter gesetzlichen Vorschriften i.S.d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sind die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder Lageberichts geltenden Rechnungslegungsgrundsätze i.S.d. § 317 Abs. 1 Satz 2 HGB zu verstehen. Zu den Rechnungslegungsgrundsätzen gehören alle für die Rechnungslegung geltenden Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ggf. einschlägiger Normen des Gesellschaftsvertrags.

Die Prüfung ist unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 157, 158 NKomVG, des § 29 EigBetrVO Nds. sowie der §§ 316 ff. HGB und der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung erfolgt. Die Prüfungshandlungen sind, soweit sie nicht im Prüfungsbericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die gegen die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorschriften und Rechnungslegungsgrundsätze sprechen.

2.2.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher und gesellschaftsvertraglicher Regelungen gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den geprüften Jahresabschluss ergeben oder als die Nichtbeachtung solcher Regelungen erfahrungsgemäß Risiken zur Folge haben kann, denen im Lagebericht Rechnung zu tragen ist.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die gegen die Einhaltung entsprechender Regelungen sprechen.

Unsere Abschlussprüfung erstreckt sich darüber hinaus nicht auf Feststellungen, ob vom geprüften Unternehmen alle Vorschriften beispielsweise des Steuerrechts, des Sozialversicherungs- und Arbeitsrechts, des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sowie Preisvorschriften, Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts, Verbraucherschutzbestimmungen, Umweltschutzbestimmungen und dergleichen eingehalten worden sind.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Die Verantwortung für die Rechnungslegung und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben trägt die Geschäftsführung. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss oder auf den Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung beachteten wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG), die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO) sowie die landesrechtlichen Vorschriften, insbesondere die §§ 157, 158 NkomVG und § 29 EigBetVO Nds.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, IDW Prüfungsstandards sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehörte nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

Die nachfolgende Darstellung und Beschreibung von Prüfungsumfang und Prüfungsvorgehen ist so angelegt, dass es dem Aufsichtsgremium möglich ist, daraus Konsequenzen für die eigene Überwachungsaufgabe zu ziehen.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 26.10.2021 festgestellt.

Im Rahmen der Prüfungsplanung haben wir uns einen Überblick über die Geschäftstätigkeit, das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie deren Rechnungswesen verschafft und eine analytische Durchsicht des Jahresabschlusses vorgenommen sowie den Gesellschaftsvertrag und Gesellschafterbeschlüsse eingesehen. Die Prüfungsstrategie wurde von uns nach den hierbei gewonnenen Erkenntnissen unter Beachtung der internen Kontrollsituation der Gesellschaft festgelegt. Das interne Kontrollsystem der Gesellschaft haben wir untersucht, soweit es für eine ordnungsgemäße Rechnungslegung von Bedeutung ist. Das interne Kontrollsystem in seiner Gesamtheit war nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

Gegenstand unserer Prüfung waren auch die zukunftsbezogenen Angaben im Lagebericht.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Stichproben überzeugt.

Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden erbeten, sofern derartige Vorgänge vorlagen.

Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßen Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise wurden erbracht. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von uns eingeholten Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle der Gesellschaft sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange der Gesellschaft ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist geordnet, sodass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

Die Buchführung wird IT-gestützt unter Verwendung von Haufe Lexware durch die Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH durchgeführt. Die Sicherheit der für die Zwecke der IT-gestützten Rechnungslegung verarbeiteten Daten ist gewährleistet.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurden alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie die Normen des Gesellschaftsvertrags beachtet.

Wegen einer den Jahresabschluss betreffenden Erweiterung der Abschlussprüfung auf Grund zusätzlicher Beauftragung berichten wir nachstehend auch über das Ergebnis dieser Prüfung.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB. Die Berichterstattung im Anhang wurde durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und im gesetzlich vorgeschriebenen Umfang ausgeführt.

4.1.3 Lagebericht

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir stellen fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Unsere Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

4.2.2 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Grundsätzlich sind nach § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB die gewählten Bewertungsmethoden beizubehalten. Für die gesamte Rechnungslegung einschließlich der Ausübung von Ansatzwahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen gilt das Willkürverbot.

Nach § 284 Abs. 2 Nr. 3 HGB sind Durchbrechungen der Ansatz- und Bewertungsstetigkeit im Anhang anzugeben, zu begründen und die Auswirkungen zu erläutern.

Der Anhang enthält dazu keine berichtspflichtigen Angaben, da solche Sachverhalte nicht vorlagen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEuro für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2020.

	Bilanz zum 31.12.2021		Bilanz zum 31.12.2020		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
AKTIVA						
Sachanlagen	9,2	2,9	13,8	5,3	-4,6	-33,3
Sonstige Vermögensgegenstände	75,9	24,1	0,0	0,0	75,9	-
Flüssige Mittel/Wertpapiere	225,7	71,8	242,9	93,4	-17,2	-7,1
Rechnungsabgrenzungsposten	3,5	1,1	3,5	1,3	0,0	0,0
Summe Aktiva	314,3	100,0	260,2	100,0	54,1	20,8

	Bilanz zum 31.12.2021		Bilanz zum 31.12.2020		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
PASSIVA						
Eigenkapital	282,8	90,0	234,6	90,2	48,2	20,5
Rückstellungen	11,0	3,5	11,0	4,2	0,0	0,0
Lieferverbindlichkeiten	20,0	6,4	13,6	5,2	6,4	47,1
Sonstige Verbindlichkeiten	0,6	0,2	1,0	0,4	-0,4	-40,0
Summe Passiva	314,3	100,0	260,2	100,0	54,1	20,8

Rundungsbedingte Differenz	-0,1	0,0
----------------------------	------	-----

4.3.2 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2021 und 2020 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	01.01. bis 31.12.2021		01.01. bis 31.12.2020		Änderung ggü. dem Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	150,0	100,0	137,0	100,0	13,0	9,5
+ Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	2,2	1,6	-2,2	-100,0
= Rohergebnis	150,0	100,0	139,2	101,6	10,8	7,8
- Personalaufwand	2,3	1,5	1,3	0,9	1,0	76,9
- Abschreibungen	12,7	8,5	4,9	3,6	7,8	159,2
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	86,9	57,9	147,0	107,3	-60,1	-40,9
= Betriebsergebnis	-48,1	-32,1	-14,0	-10,2	-62,1	-443,6
= Jahresergebnis	48,1	32,1	-14,0	-10,2	62,1	443,6

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der als Anlage beigefügten Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720 - Fragenkatalogs zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses

Prüfungsurteil zum Jahresabschluss

Wir haben den Jahresabschluss der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der dort dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz HGB erklären wir, dass nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 vermittelt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil zum Jahresabschluss

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Zusätzliche Informationen

Entsprechend § 29 EigBetrVo wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Über Feststellungen nach § 53 HGrG sowie Gewährung von Beihilfen nach Art. 107 AEUV wird berichtet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsorgans für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Angaben ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, sofern einschlägig, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzugeben sowie dafür, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Angaben ist, und einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Angabe stets aufdeckt. Falsche Angaben können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Angaben im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Angaben nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Angaben bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss oder im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung des Lageberichts

Prüfungsurteil zum Lagebericht

Wir haben den Lagebericht der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für das Geschäftsjahr vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Lageberichts geführt.

Grundlage für das Prüfungsurteil zum Lagebericht

Wir haben unsere Prüfung des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichtsprüfung durchgeführt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsorgans für den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um angemessene und ausreichende Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Gesellschafterversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, und einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Lagebericht beinhaltet.

Im Rahmen einer Abschlussprüfung prüfen wir den Lagebericht in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichtsprüfung.

In diesem Zusammenhang heben wir hervor:

- Die Prüfung des Lageberichts ist in die Prüfung des Jahresabschlusses integriert.
- Wir gewinnen ein Verständnis von den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen (Systemen), um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme) abzugeben.
- Wir führen Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis angemessener und ausreichender Prü

fungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die Vertretbarkeit dieser Annahmen sowie die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen werden.

Wir geben zu den einzelnen Angaben im Lagebericht ebenfalls kein eigenständiges Prüfungsurteil ab, sondern ein Prüfungsurteil zum Lagebericht als Ganzes.

Hildesheim, den 30. November 2022



Krause

(Krause)

Wirtschaftsprüfer

Anlagen

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		25.000,00	25.000,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Warenzeichen sowie Lizenzen an solchen Rechten und Warenzeichen		209.620,76	223.582,04
		48.148,23	13.961,28-
II. Sachanlagen		282.768,99	234.620,76
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen			
Summe Anlagevermögen		11.000,00	11.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.952,99		13.569,11
1. sonstige Vermögensgegenstände	550,62		982,38
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		20.503,61	
Summe Umlaufvermögen			
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>314.272,60</u>	<u>260.172,25</u>

Anhang

für das Geschäftsjahr 2021

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB und § 42 GmbHG aufgestellt. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassenkriterien des § 267a Abs. 1 HGB eine Kleinstkapitalgesellschaft, hat aber gemäß § 157 und 158 NVKomG, der §§ 20 bis 24 EigBetrVO Nds. i. V. m. § 16 des Gesellschaftsvertrags eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung, einen Anhang und einen Lagebericht aufzustellen.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§ 52 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 8 und 16 AO).

Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die gesetzlich vorgeschriebenen Vermerke zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ausschließlich im Anhang geführt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterung zur Bilanz

Das Gezeichnete Kapital (Stammkapital) beträgt 25.000,00 EURO und ist vollständig eingezahlt.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten.

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

IV. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft firmiert unter Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH. Sie hat ihren Sitz in Hildesheim und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hildesheim unter HRB 204502 eingetragen.

Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist Herr Martin Komander, Northeim.

Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2020 wurde am festgestellt.

Von der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB über die Angabe der Gesamtbezüge der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans wird Gebrauch gemacht.

Hildesheim, den 30.11.2022

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH



(Komander)
Geschäftsführer

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2021 bis 31.12.2021

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	150.000,00	137.030,32
2. Gesamtleistung	150.000,00	137.030,32
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	2.155,50
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	0,00	52,19
	0,00	2.207,69
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.290,49	1.310,38
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12.673,93	4.938,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Raumkosten	0,00	29,70
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	5.992,95	4.732,95
c) Fahrzeugkosten	128,80	42,47
d) Werbe- und Reisekosten	3.325,81	15.141,07
e) verschiedene betriebliche Kosten	77.439,79	126.004,72
f) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	1.000,00
	86.887,35	146.950,91
7. Ergebnis nach Steuern	48.148,23	13.961,28-
8. Jahresüberschuss	48.148,23	13.961,28-

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2021

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH

Allgemeines

Seit dem Juni 2019 arbeitet die gemeinnützige Gesellschaft als Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH für den Bereich des Landkreises Hildesheim und seine Mitgliedskommunen.

Während des laufenden Geschäftsjahres hat die Klimaschutzagentur und deren neutrale Kooperationspartner die Corona Pandemie trotz des Aufbaus neutraler Alternativen stark getroffen. Bestehende Beratungsangebote von bundesweiten bzw. landesweiten Kooperationspartnern konnten nicht mehr wie gewohnt durchgeführt werden. Aufgrund dieser unvorhersehbaren pandemischen Entwicklungen sind finanzielle Rückstände innerhalb der Klimaschutzagentur entstanden. Beratungsangebote der Energieberater konnten nicht wie gewohnt durchgeführt werden.

Online-Alternativangebote mussten entwickelt werden, dabei standen Kreativität und Gesundheitsschutz im Vordergrund. Die Mitarbeitenden sind teilweise aus der gewohnten Arbeitsstruktur ins homeoffice gegangen und die Projektplanung musste damit neu justiert werden. Geplante Informationsveranstaltungen oder der Klimaschutzbeirat konnte in Präsenz auf Grund der Pandemiebedingungen nicht durchgeführt werden

Die Geschäftstätigkeit der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH wird aktuell mit zwei Vollzeitäquivalenten umgesetzt. Das Personal ist beim Landkreis Hildesheim angestellt und in die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH abgeordnet.

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie die Sensibilisierung und neutrale Beratung der regionalen Bevölkerung, der regionalen Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften hinsichtlich des Klimaschutzes, der damit einhergehenden Energieeinsparung und -effizienz sowie des Einsatzes Erneuerbarer Energien wird weiterhin verfolgt. Die Relevanz und die Notwendigkeit der Klimaschutzaktivitäten werden im politischen und gesellschaftlichen Handeln immer mehr deutlich. Unterschiedlichste Gruppen aus der Zivilgesellschaft wenden sich an die gemeinnützige Klimaschutzagentur.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Unternehmensgegenstand verfolgt unmittelbar einen gemeinwohlorientierten und selbstlosen Zweck. Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt nicht vor.

Das Hauptgeschäftsfeld bilden die Projektinitiierung und Umsetzung, Informations- und Beratungsangebote sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Die umfangreichen Aufgaben der Organisationsform werden weiterhin diese Aufgabenfelder bedienen.

Aufgrund ihrer speziellen Ausrichtung und Aufgabenstellung ist die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH nur im geringen Maße üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Das Aufsichtsgremium ist die *Gesellschafterversammlung*, bestehend aus einem Gesellschafter. Die operative Leitung erfolgt über einen Geschäftsführer. Des Weiteren berät ein politisches Gremium mit Vertretern aus dem Kreistag, der *Gesellschafterrat*, die Geschäftsführung und unterstützt die Arbeit der Klimaschutzagentur. Ebenfalls mit beratender Funktion der Geschäftsführung ist das offene Fachgremium, der *Klimaschutzbeirat*, eingerichtet, um allen im Klimaschutz tätigen Akteuren (Kommunen, Wissenschaftlichen Einrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, Kreditinstituten, Kammern und Verbänden etc.) ein Beteiligungsforum zu bieten. Der angeschlossene Förderverein dient weiterhin beiden Landkreisen und ist ein verbindendes Element für die Klimaschutzbemühungen in den Landkreisen Hildesheim und Peine.

Ertragslage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH generiert aus ihrer operativen Tätigkeit heraus keine Umsätze und somit auch keine Erträge. Die Umsetzung von Klimaschutzprojekten wird durch die Einlage vom Landkreis Hildesheim gedeckt.

Im Rahmen einzelner Projekte werden zudem finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unterstützer/Kooperationspartner, wie der Klimaschutz und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), erworben. Als unterstützende Organisation hat die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH einen eigenen eigenständigen Förderverein. Diese Gelder kommen der Projektfinanzierung der o.g. Projektschwerpunkte der gGmbH im Landkreis Hildesheim als auch im Landkreis Peine anteilig zu Gute.

Finanzlage

Die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH befindet sich in einer sehr stabilen Finanzlage.

Vermögenslage

Die Klimaschutzagentur ist liquide und verfügt zum 31. Dezember 2021 über ein nennenswertes Umlaufvermögen in Höhe von 302 TEUR, davon 226 TEUR flüssige Mittel.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens haben, liegen nicht vor. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten einige Projekte nicht durchgeführt werden. Die-Vor-Ort-Beratungen bei Interessierten wurden teilweise eingestellt.

Risikobericht

Auf Grund der oben beschriebenen Aktivitäten und der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftspolitik unterliegt die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH geringen Risiken. Operationelle Risiken werden durch interne Prozesse und die Zusammenarbeit mit Fachfirmen auf ein übliches Maß reduziert. Die Agentur ist nur im geringen Umfang üblichen Marktrisiken ausgesetzt.

Prognose

Künftig wird die Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH in ihrer etablierten Organisationsform die Rolle als Initiator und Organisator bei der Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten im Landkreis Hildesheim weiter ausbauen.

Schwerpunktmäßig werden weiterhin Projekte im Handlungsfeld „Energieeffiziente Wohngebäude“ angestrebt. In Planung befinden sich zudem Angebote, die den Themenbereichen „Mobilität“, „Umweltbildung“ und „Energieeffizienten Unternehmen“ zugeordnet werden können. Die „Landwirtschaftsthematik“ hat eine Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen hervorgerufen.

Das Team der Klimaschutzagentur möchte das Bewusstsein für klimaschützende und nachhaltige Handeln und einen ressourcenschonenden Umgang stärken. Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig die regionalen Strukturen sind.

Als verbindendes Element wird weiterhin der gemeinsame Förderverein aktiv bleiben.

Hildesheim, den 30.11.2022

Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH



(Martin Komander)

Geschäftsführer

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, einen Geschäftsverteilungsplan bzw. schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans bestehen aufgrund der aktuellen Größe der Klimaschutzagentur nicht. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens. Der Gesellschafter wird in regelmäßigen Abständen mündlich und schriftlich von der Geschäftsführung informiert.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Geschäftsjahr 2021 fanden regelmäßig Gesellschafterversammlungen statt. Der Klimaschutzbeirat tagte in 2021 nicht. Die Sitzung des Gesellschafterrates tagte auch in 2021.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

- keine -

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Eine Angabe der Geschäftsführerbezüge im Anhang erfolgt unter Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein schriftlich fixierter Organisationsplan liegt nicht vor, erscheint aufgrund der Größe und Struktur des Unternehmens allerdings nicht zwingend erforderlich.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

entfällt; siehe Antwort zu Fragenkreis 2 Buchstabe a) vorstehend

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Aufgrund der überschaubaren Größe des Unternehmens sind keine besonderen Vorkehrungen getroffen worden.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Bestehen aufgrund der überschaubaren Größe des Unternehmens nicht.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es haben sich keine gegenteiligen Feststellungen ergeben. Die Verträge werden archiviert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft und beruht im Wesentlichen auf dem Rechnungswesen. Der Wirtschaftspland 2021 wurde im Rahmen der Gesellschafterversammlung vorgestellt und ordnungsmäßig beschlossen.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es wird eine Plan-Ist-Analyse durchgeführt.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht den Anforderungen des Unternehmens. Eine Kostenrechnung ist nicht eingerichtet, ist jedoch aufgrund der überschaubaren wirtschaftlichen Verhältnisse auch nicht erforderlich.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Kredite wurden nicht aufgenommen. Die Liquiditätskontrolle erfolgt anhand der Bankauszüge.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Abrechnungen erfolgen weitgehend nur an die Muttergesellschaft. Lediglich werden im Rahmen eines Projektes finanzielle Kostenbeteiligungen regionaler Unterstützer/Kooperationspartner eingeworben. Die Einrichtung eines gesonderten Mahnwesens ist daher nicht erforderlich.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es besteht kein eigenständiges Controlling. Dies ist jedoch aufgrund der Größe und Struktur des Unternehmens nicht erforderlich. Die Gesellschafter werden in regelmäßigen Abständen informiert.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Tochterunternehmen und Beteiligungen bestehen nicht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein spezielles Risikofrüherkennungssystem besteht nicht und erscheint aufgrund der überschaubaren Größe der Gesellschaft auch nicht erforderlich.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

entfällt, siehe Antwort 4a

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

entfällt, siehe Antwort 4a

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

entfällt, siehe Antwort 4a

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate wurden von der Gesellschaft im Berichtsjahr nicht eingesetzt.

- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

entfällt, siehe Antwort 5a

- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf Erfassung der Geschäfte, Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse, Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung und Kontrolle der Geschäfte?

entfällt, siehe Antwort 5a

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienenden Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

entfällt, siehe Antwort 5a

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

entfällt, siehe Antwort 5a

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

entfällt, siehe Antwort 5a

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/ Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/ Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Bei der Gesellschaft ist keine interne Revision eingerichtet. Die Finanzbuchhaltung der Klimaschutzagentur ist an einen externen Dienstleister, die wito GmbH, ausgelagert.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Anhaltspunkte, dass vorherige Zustimmungen des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden sind, haben sich nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen durchgeführt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

nein

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja, es ergaben sich keine Abweichungen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

nein

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es wurden keine Leasingverträge abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

nein

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

ja

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Berichterstattung erfolgt im Rahmen der Gesellschafterversammlung von der Geschäftsführung an den Gesellschafter. Der Gesellschafterrat sowie der Klimaschutzbeirat werden i.d.R. regelmäßigen Abständen informiert.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und in die wichtigsten Unternehmensbereiche?

ja

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen liegen nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Besondere Anforderungen sind nicht gestellt worden.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

entfällt

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung wurde abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

entfällt

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

nein

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

nein

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

nein

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Siehe Bericht Seite 9. Investitionsverpflichtungen bestehen nicht.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Es bestehen keine Konzernstrukturen. Es wurden keine Kredite aufgenommen.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft wird in vollem Umfang durch Zuschüsse der öffentlichen Hand (Gesellschafter) finanziert. Anhaltspunkte, dass Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber nicht beachtet wurden, bestehen nicht.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

nein

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Ja, das Ergebnis wird entsprechend den Bewilligungen vorgetragen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten zusammen?

Eine Segmentberichterstattung ist nicht erforderlich.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

nein

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

nein

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

entfällt

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Einzelne verlustbringende Geschäfte wurden nicht festgestellt.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Besondere Maßnahmen wurden nicht ergriffen und waren nicht erforderlich.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

entfällt

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

entfällt

Rechtliche Verhältnisse und wirtschaftliche Grundlagen

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH	
Rechtsform:	gGmbH	
Sitz:	Hildesheim	
Anschrift:	Marie-Wagenknecht-Straße 3 31134 Hildesheim	
Gesellschaftsvertrag:	vom 08.07.2015, in der Fassung vom 07.06.2019	
Handelsregistereintragung:	AG Hildesheim HRB 204502	
Dauer der Gesellschaft:	auf unbestimmte Zeit	
Gegenstand des Unternehmens:	Öffentlichkeit und sonstige Aufklärungsmaßnahmen, die einen nachhaltigen Beitrag zum Umweltschutz und dem damit verbundenen Klimaschutz leisten. Weitere sich daraus ergebende Aktivitäten.	
Geschäftsjahr:	1. Januar bis 31. Dezember	
Stammkapital:	Landkreis Hildesheim	<u>25.000,00 €</u>
Geschäftsführung	Martin Komander, Northeim einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.	

Gesellschafterversammlung

Der Geschäftsführung wurde gleichzeitig für das vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 laufende Geschäftsjahr Entlastung erteilt.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021 wurde die Sozietät Krause & Kollegen, Hildesheim gewählt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde gemäß § 325, 326 Abs. 2 HGB hinterlegt.

Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist gemeinnützig durch Förderung von Wissenschaft und Forschung, Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz (§ 52 Abs. 1 und Abs. 2, Satz 1, Nr. 1, 8 und 16 AO).

Sie ist deshalb von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreit.

Umsatzsteuerpflichtige Umsätze werden nicht ausgeführt.

Erläuterungsteil

Umfassendere Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Zu den wesentlichen Posten des Jahresabschlusses werden nachfolgend zur Verbesserung der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Aufgliederungen und Erläuterungen gegeben, soweit entsprechende Angaben im Anhang nicht enthalten sind. Soweit Erläuterungen gleich lautend bei mehreren Posten derselben Gruppe zu wiederholen wären, werden diese zur Erleichterung der Lesbarkeit des Berichts diesen vorangestellt.

Bilanz zum 31.12.2021

Die Bilanz zum 31.12.2021 ist diesem Bericht als Anlage beigefügt und schließt mit einer Summe von Euro 314.272,60 (31.12.2020: Euro 260.172,25) ab.

A. Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden in einer EDV-gestützten Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß nachgewiesen.

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagenspiegel im Anhang zum Jahresabschluss (Anlage 2).

Da im Anlagenspiegel die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens ausgehend von den ursprünglichen Anschaffungskosten sowie die Entwicklung der kumulierten Abschreibungen dargestellt sind, wird bei der Erläuterung der Abschlusspositionen die Darstellung auf die Entwicklung der Buchwerte beschränkt.

Die Bewertung des Anlagevermögens ist im Anhang dargestellt.

Abschreibungen werden grundsätzlich nach den steuerlich zulässigen höchsten Abschreibungssätzen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden grundsätzlich im Jahr ihrer Anschaffung vollständig abgeschrieben.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. **entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten**

	<u>Euro</u>	<u>3,00</u>
(31.12.2020: Euro		3,00)

Summe Immaterielle Vermögensgegenstände

	<u>Euro</u>	<u>3,00</u>
(31.12.2020: Euro		3,00)

II. Sachanlagen

1. **andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

	<u>Euro</u>	<u>9.207,00</u>
(31.12.2020: Euro		13.752,00)

Summe Sachanlagen

	<u>Euro</u>	<u>9.207,00</u>
(31.12.2020: Euro		13.752,00)

Summe Anlagevermögen

	<u>Euro</u>	<u>9.210,00</u>
(31.12.2020: Euro		13.755,00)

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

1. **sonstige Vermögensgegenstände**

	<u>Euro</u>	<u>75.865,43</u>
(31.12.2020: Euro		0,00)

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2021</u>	<u>31.12.2020</u>
	Euro	Euro
Sonstige Vermögensgegenstände	75.000,00	0,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	<u>865,43</u>	<u>0,00</u>
	<u>75.865,43</u>	<u>0,00</u>

II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Euro 225.716,17
(31.12.2020: Euro 242.936,25)

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2021</u> Euro	<u>31.12.2020</u> Euro
Bank	<u>225.716,17</u>	<u>242.936,25</u>
	<u>225.716,17</u>	<u>242.936,25</u>

Summe Umlaufvermögen

Euro 301.581,60
(31.12.2020: Euro 242.936,25)

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Euro 3.481,00
(31.12.2020: Euro 3.481,00)

Summe Aktiva

Euro 314.272,60
(31.12.2020: Euro 260.172,25)

A. Eigenkapital**I. Gezeichnetes Kapital****Euro 25.000,00**

(31.12.2020: Euro 25.000,00)

Ausgewiesen ist das Stammkapital der Klimaschutzagentur Landkreis Hildesheim gGmbH zum Nennbetrag gemäß § 42 Absatz 1 GmbHG.

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Gezeichnetes Kapital	<u>25.000,00</u>	<u>25.000,00</u>
	<u>25.000,00</u>	<u>25.000,00</u>

II. Gewinnvortrag**Euro 209.620,76**

(31.12.2020: Euro 223.582,04)

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Gewinnvortrag vor Verwendung	<u>209.620,76</u>	<u>223.582,04</u>
	<u>209.620,76</u>	<u>223.582,04</u>

III. Jahresüberschuss**Euro 48.148,23**

(31.12.2020: Euro -13.961,28)

Summe Eigenkapital**Euro 282.768,99**

(31.12.2020: Euro 234.620,76)

B. Rückstellungen**1. sonstige Rückstellungen****Euro 11.000,00**

(31.12.2020: Euro 11.000,00)

	31.12.2021 <u>Euro</u>	31.12.2020 <u>Euro</u>
Sonstige Rückstellungen	2.000,00	2.000,00
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	<u>9.000,00</u>	<u>9.000,00</u>
	<u>11.000,00</u>	<u>11.000,00</u>

Die Sonstigen Rückstellungen betreffen die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Kosten für Buchführung und Jahresabschluss.

C. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen****Euro 19.952,99**

(31.12.2020: Euro 13.569,11)

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 19.952,99
(Euro 13.569,11)

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2021 Euro	31.12.2020 Euro
Verbindlichkeiten L+L ohne Kontokorrent	<u>19.952,99</u>	<u>13.569,11</u>
	<u>19.952,99</u>	<u>13.569,11</u>

2. sonstige Verbindlichkeiten**Euro 550,62**

(31.12.2020: Euro 982,38)

- davon aus Steuern Euro 550,62 (Euro 0,00)

- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 550,62
(Euro 982,38)

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2021 Euro	31.12.2020 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	982,38
Verbindlichk. Lohn- und Kirchensteuer	<u>550,62</u>	<u>0,00</u>
	<u>550,62</u>	<u>982,38</u>

Summe Passiva**Euro 314.272,60**

(31.12.2020: Euro 260.172,25)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2021

Die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021 weist einen Jahresüberschuss von Euro 48.148,23 (2020: Euro -13.961,28) aus.

Gemäß § 265 Abs. 2 HGB werden in der Gewinn- und Verlustrechnung zu jedem Posten der entsprechende Vorjahreswert gegenübergestellt.

1. Umsatzerlöse **Euro 150.000,00**
(2020: Euro 137.030,32)

	<u>2021</u> <u>Euro</u>	<u>2020</u> <u>Euro</u>
Zuwendungen	<u>150.000,00</u>	<u>137.030,32</u>
	<u>150.000,00</u>	<u>137.030,32</u>

Bei den Zuwendungen handelt es sich um die vertraglichen Zuschüsse der Gesellschafterin Landkreis Hildesheim.

2. Gesamtleistung **Euro 150.000,00**
(2020: Euro 137.030,32)

3. sonstige betriebliche Erträge

a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen **Euro 0,00**
(2020: Euro 2.155,50)

	<u>2021</u> <u>Euro</u>	<u>2020</u> <u>Euro</u>
Erträge Auflösung von Rückstellungen	<u>0,00</u>	<u>2.155,50</u>
	<u>0,00</u>	<u>2.155,50</u>

b) übrige sonstige betriebliche Erträge **Euro 0,00**
(2020: Euro 52,19)

	<u>2021</u> <u>Euro</u>	<u>2020</u> <u>Euro</u>
Periodenfremde Erträge	<u>0,00</u>	<u>52,19</u>
	<u>0,00</u>	<u>52,19</u>

4. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter	Euro <u>2.290,49</u>
	(2020: Euro 1.310,38)

Die Löhne und Gehälter setzen sich wie folgt zusammen:

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Löhne	1.739,87	0,00
Pauschale Steuer auf sonstige Bezüge	550,62	0,00
Pauschale Steuer für Minijobber	0,00	670,38
Löhne für Minijobs	<u>0,00</u>	<u>640,00</u>
	<u>2.290,49</u>	<u>1.310,38</u>

5. Abschreibungen

a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	Euro <u>12.673,93</u>
	(2020: Euro 4.938,00)

Der Posten Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Abschreibungen auf Sachanlagen	<u>12.673,93</u>	<u>4.938,00</u>
	<u>12.673,93</u>	<u>4.938,00</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

a) Raumkosten	Euro <u>0,00</u>
	(2020: Euro 29,70)

Der Posten Raumkosten setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Raumkosten	<u>0,00</u>	<u>29,70</u>
	<u>0,00</u>	<u>29,70</u>

b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	Euro <u>5.992,95</u>
	(2020: Euro 4.732,95)

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Versicherungen	3.477,95	3.477,95
Beiträge	<u>2.515,00</u>	<u>1.255,00</u>
	<u>5.992,95</u>	<u>4.732,95</u>
c) Fahrzeugkosten	<u>Euro 128,80</u>	<u>Euro 42,47</u>
	(2020: Euro	42,47)

Der Posten Fahrzeugkosten setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Fahrzeugkosten	128,80	0,00
Sonstige Kfz-Kosten	<u>0,00</u>	<u>42,47</u>
	<u>128,80</u>	<u>42,47</u>

d) Werbe- und Reisekosten	<u>Euro 3.325,81</u>	<u>Euro 15.141,07</u>
	(2020: Euro	15.141,07)

Der Posten Werbe- und Reisekosten setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 <u>Euro</u>	2020 <u>Euro</u>
Werbekosten	3.151,84	13.671,42
Repräsentationskosten	126,63	237,42
Aufmerksamkeiten	0,00	1.106,13
Reisekosten Arbeitnehmer	47,34	22,06
Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	<u>0,00</u>	<u>104,04</u>
	<u>3.325,81</u>	<u>15.141,07</u>

Die Werbekosten beinhalten im Wesentlichen den Druck von Informationsmaterial (Flyern und Broschüren).

e) verschiedene betriebliche Kosten

Euro 77.439,79

(2020: Euro 126.004,72)

Der Posten verschiedene betriebliche Kosten setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2021</u> <u>Euro</u>	<u>2020</u> <u>Euro</u>
Fremdleistungen und Fremdarbeiten	36.272,57	73.134,47
Mietleasing bewegl. WG Betriebsausstatt.	16.076,90	0,00
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	6.592,60	6.000,00
Buchführungskosten	5.408,00	2.000,00
Abschluss- und Prüfungskosten	4.201,65	4.200,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.697,35	1.869,64
Bürobedarf	1.738,23	1.973,86
Rechts- und Beratungskosten	1.011,50	1.670,40
Sonstiger Betriebsbedarf	850,37	1.962,16
Telefax und Internetkosten	630,98	561,47
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	583,02	739,84
Nebenkosten des Geldverkehrs	354,50	448,35
Porto	12,00	20,00
Telefon	10,12	559,40
Mieten für Einrichtungen bewegliche WG	<u>0,00</u>	<u>30.865,13</u>
	<u>77.439,79</u>	<u>126.004,72</u>

Die Mietkosten für Einrichtungen fielen gegenüber dem Landkreis Hildesheim an und betreffen die Jahre 2019 und 2020. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Beteiligungen an Gemeinschaftsaktionen mit anderen Institutionen. Die Fremdleistungen umfassen die Abrechnungen von beauftragten selbständigen Energieberatern.

f) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen

Euro 0,00

(2020: Euro 1.000,00)

Der Posten übrige sonstige betriebliche Aufwendungen setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2021</u> <u>Euro</u>	<u>2020</u> <u>Euro</u>
Zuwendg.Spenden wissensch./kult. Zweck	<u>0,00</u>	<u>1.000,00</u>
	<u>0,00</u>	<u>1.000,00</u>

7. Ergebnis nach Steuern	<u>Euro 48.148,23</u> (2020: Euro -13.961,28)
8. Jahresüberschuss	<u>Euro 48.148,23</u> (2020: Euro -13.961,28)

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Bestätigungsvermerk

**kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH,
Hildesheim**

Jahresabschluss zum 31.12.2022
Lagebericht

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim, - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH, Hildesheim, für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 geprüft. Die übrigen Teile des Geschäftsberichts mit Ausnahme des geprüften Abschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts mit Ausnahme des geprüften Abschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 15.06.2023

GdW Revision Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



Cammann
vereidigter Buchprüfer



Viemann
Wirtschaftsprüfer

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	26.119.113,28		24.649.767,52
b) aus Verkauf von Grundstücken	3.054.985,00		317.960,00
c) aus Betreuungstätigkeit	170.985,05		169.492,91
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>967.314,19</u>	30.312.397,52	<u>661.632,84</u>
2. Verminderung (-) oder Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		3.842.406,35	5.179.186,38
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		22.762,08	24.442,56
4. Sonstige betriebliche Erträge		1.258.197,96	631.001,66
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	13.554.873,64		12.194.116,79
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	5.834.457,96		5.301.832,39
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	<u>534.765,77</u>	19.924.097,37	<u>232.780,35</u>
Rohergebnis		15.511.666,54	13.904.754,34
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.369.381,46		2.281.390,67
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 152.881,03 EUR (Vorjahr: 187.128,05 EUR)	<u>577.781,44</u>	2.947.162,90	<u>608.467,07</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.290.201,52	4.239.594,83
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.331.579,84	1.062.677,95
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7,84	15,60
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Zinsanteil aus der Aufzinsung von Rückstellungen 121.284,78 EUR (Vorjahr: 301.727,01 EUR)		<u>2.263.746,50</u>	<u>2.311.431,39</u>
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		103.253,37	8.470,18
12. Ergebnis nach Steuern		4.575.730,25	3.392.737,85
13. Sonstige Steuern		<u>2.707,15</u>	7.809,31
14. Jahresüberschuss		4.573.023,10	3.384.928,54
15. Gewinnvortrag		309.308,81	492.380,27
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen		<u>-4.300.000,00</u>	<u>-3.300.000,00</u>
17. Bilanzgewinn		582.331,91	577.308,81

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

**kwg Kreiswohnbauengesellschaft Hildesheim mbH, Kaiserstr. 15,
31134 Hildesheim
Handelsregister Hildesheim HRB 102**

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2022 wurde nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Dabei wurden die einschlägigen gesetzlichen Regelungen für Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages ebenso wie die Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses für Wohnungsunternehmen (FormblattVO) in der jeweils gültigen Fassung beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde entsprechend dem § 275 Abs. 2 HGB wiederum nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

B. ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

1. Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und, soweit sie der Abnutzung unterliegen, abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden linear mit 20 % bzw. 33 % und für jährlich aktualisierte Nutzungsrechte mit 100 %, im Jahr des Zugangs jeweils zeitanteilig, vorgenommen.

Das Sachanlagevermögen wurde grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten wurden auf der Grundlage der Einzelkosten und angemessener Teile der Gemeinkosten ermittelt. Die aktivierten Eigenleistungen umfassen Architekten- sowie Verwaltungsleistungen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht aktiviert. Nachträgliche Herstellungskosten werden grundsätzlich auf die Restnutzungsdauer der Gebäude verteilt.

Die im Geschäftsjahr 2008 im Rahmen der Verschmelzung übernommenen Immobilienbestände wurden zu Zeitwerten angesetzt.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten werden linear über die Restnutzungsdauer unter Zugrundelegung einer Gesamtnutzungsdauer von 50 - 80 Jahren abgeschrieben. Auf Grund von Modernisierungsmaßnahmen im Geschäftsjahr wurde die Restnutzungsdauer bei 7 Objekten zwischen 10 und 21 Jahren erhöht. Betriebsvorrichtungen werden linear über eine Gesamtnutzungsdauer von 10 bis 14 Jahren abgeschrieben.

Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten werden, sofern sie nicht bereits voll abgeschrieben sind, linear über die Restnutzungsdauer unter Zugrundelegung einer

Gesamtnutzungsdauer von 10 bis 80 Jahren, Außenanlagen mit 10 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten abgeschrieben.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird linear unter Zugrundelegung einer Gesamtnutzungsdauer von 3 bis 13 Jahren abgeschrieben.

Bewegliche geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 800,00 EUR werden in Anlehnung an § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Anteile an beteiligten Unternehmen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Ausleihungen werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Erhaltene Zuschüsse werden mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten der jeweiligen Objekte verrechnet.

2. Umlaufvermögen

Grundstücke ohne Bauten und Bauvorbereitungskosten wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten beziehungsweise mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Die Herstellungskosten wurden auf Grundlage der Fremdkosten ermittelt.

Die unfertigen Leistungen umfassen mit Mietern und Dritten abzurechnende Betriebs- und Heizkosten (Aufwendungen für fremdbezogene Lieferungen und Leistungen sowie eigene Leistungen für die Hauswarttätigkeit). Falls erforderlich werden die unfertigen Leistungen auf Grund von Leerständen wertberichtigt. Die anderen Vorräte wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Dabei wurde als Verbrauchsfolgeverfahren für die Heizmaterialien die Fifo-Methode angewendet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Erkennbaren Risiken beim Vorratsvermögen und bei den Forderungen wurde durch Abschreibungen bzw. der Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Flüssige Mittel werden zum Nennwert bzw. Nominalbetrag angesetzt.

3. Rückstellungen

Die Höhe der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wird auf der Grundlage der „Richttafeln 2018 G“ von Heubeck berechnet. Als Bewertungsmethode wird die „Projizierte Einmalbeitragsmethode“ verwendet. Für laufende Pensionen und unverfallbare Anwartschaften Ausgeschiedener werden nach versicherungsmathematischen Verfahren die Barwerte, für andere Anwartschaften die Teilwerte ermittelt. Dabei sind zur Ermittlung des Erfüllungsbetrages erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen in Höhe von 2 % sowie der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzins der vergangenen 10 Jahre für eine Laufzeit von 15 Jahren in Höhe von 1,78 % zum 31.12.2022 zu Grunde gelegt worden.

Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Bauinstandhaltung (Aufwandsrückstellungen) wurden beibehalten und werden in zukünftigen Geschäftsjahren bestimmungsgemäß verbraucht.

Die Sonstigen Rückstellungen beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Ihre Bewertung erfolgte nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des künftigen Erfüllungsbetrages.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem der Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Dies betrifft Rückstellungen für Schönheitsreparaturen, Rückstellungen für Altersteilzeit, Rückstellungen für noch anfallende Baukosten und für Gewährleistung an verkauften Objekten. Rückstellungen mit einer Laufzeit unter einem Jahr werden nicht abgezinst.

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Der Ansatz erfolgte zum Nennwert. Der Abgrenzungsposten resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf von Mietforderungen. Die in der Miete enthaltenen Finanzierungskosten in Höhe von 5.058.435 EUR wurden an die finanzierenden Kreditinstitute abgetreten.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Anlagenspiegel dargestellt:

Anlagenpiegel für 2022

Bilanzposten	Anschaffungskosten						Abschreibungen/Tilgungen						Buchwerte	
	01.01.2022		31.12.2022		01.01.2022		31.12.2022		01.01.2022		31.12.2022		31.12.2022	31.12.2021
	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Entgeltlich erworbene Werte und Lizenzen	344.884,95	12.151,18	28.779,27	0,00	328.256,86	0,00	175.673,37	54.571,03	28.779,27	0,00	201.465,13	126.791,73	169.211,68	
	344.884,95	12.151,18	28.779,27	0,00	328.256,86	0,00	175.673,37	54.571,03	28.779,27	0,00	201.465,13	126.791,73	169.211,68	
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	224.338.012,42	2.875.004,77	165.731,14	2.478.872,53	229.526.158,58	0,00	79.059.780,25	3.747.990,44	29.148,15	0,00	82.778.622,54	146.747.536,04	145.278.232,17	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	17.230.622,07	233.606,01	0,00	0,00	17.464.228,08	0,00	6.542.815,56	399.192,69	0,00	0,00	6.942.008,25	10.522.219,83	10.687.806,51	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	302.463,63	0,00	0,00	0,00	302.463,63	0,00	38.562,90	0,00	0,00	0,00	38.562,90	263.900,73	263.900,73	
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	937.396,32	52.872,41	34.811,97	955.456,76	0,00	604.764,05	88.447,36	34.811,97	0,00	668.399,44	297.057,32	332.632,27		
5. Anlagen im Bau	11.895.749,48	8.231.903,30	1.248.000,00 ¹⁾	-2.442.211,99	16.437.440,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.437.440,79	11.895.749,48	
6. Bauvorbereitungskosten	210.980,85	175.774,07	0,00	-36.660,54	350.094,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	350.094,38	210.980,85	
7. Geleistete Anzahlungen	4.094,53	0,00	0,00	4.094,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.094,53	4.094,53	
III. Finanzanlagen	254.919.319,30	11.569.160,56	1.448.543,11	0,00	265.039.936,75	0,00	86.245.922,76	4.235.630,49	63.960,12	0,00	90.417.593,13	174.622.343,62	168.673.396,54	
Beteiligungen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00	
	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00	
Anlagevermögen insgesamt	255.314.204,25	11.581.311,74	1.477.322,38	0,00	265.418.193,61	0,00	86.421.598,13	4.290.201,52	92.739,39	0,00	90.619.058,26	174.799.135,35	168.892.608,12	

¹⁾ aus Baukostenzuschüssen

Der Posten „**Unfertige Leistungen**“ enthält die noch nicht abgerechneten Betriebskosten mit Mietern in Höhe von 6.904.697,46 EUR. Die Vorräte beinhalten Heizmaterialien (Heizöl und Pellets) in Höhe von 653.533,37 EUR.

Als Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** Forderungen aus Teilschulderlass mit 576.300,00 EUR sowie aus der Instandhaltungsrücklage für eine Tiefgaragengemeinschaft mit 9.619,88 EUR (Vorjahr: 7.466,39 EUR) ausgewiesen. Alle übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind, wie im Vorjahr, innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen aus Vermietung betragen 3.592,08 EUR.

Rücklagenspiegel:

	Gesellschaftsvertragliche Rücklage EUR	Bauerneuerungsrücklage EUR	Andere Gewinnrücklagen EUR
Bestand am 01.01.2022	3.328.790,00	39.781.000,00	4.552.782,94
Einstellung in 2022 gemäß Beschluss des Aufsichtsrates vom 15.06.2023	<u>0,00</u>	<u>4.300.000,00</u>	<u>0,00</u>
Bestand am 31.12.2022	<u>3.328.790,00</u>	<u>44.081.000,00</u>	<u>4.552.782,94</u>

Die in den Vorjahren unter Beachtung der Stellungnahme „Rückstellung für Bauinstandhaltung von Wohngebäuden“ des Wohnungswirtschaftlichen Fachausschusses (WFA 1/1990) des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) gebildeten **Rückstellungen für Bauinstandhaltung** (Aufwandsrückstellungen) werden gemäß der Übergangsregelung (Art. 67 Abs. 3 EGHGB) fortgeführt. Die Aufwandsrückstellungen werden voraussichtlich bis Ende des Geschäftsjahres 2025 vollständig verbraucht sein.

Im Posten „**Sonstige Rückstellungen**“ sind folgende Rückstellungen mit einem nicht unerheblichen Umfang enthalten: Rückstellungen für öffentliche-rechtliche/vertragliche Verpflichtung i. H. v. 267,3 TEUR und Rückstellungen für Schönheitsreparaturen i. H. v. 173,6 TEUR.

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten entsprechend der Laufzeit sowie der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, die durch Grundpfandrechte gesichert sind, ergeben sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel:

Verbindlichkeitspiegel für 2022

Verbindlichkeiten	Insgesamt EUR	Davon				Art der Sicherung
		Restlaufzeit			gesichert EUR	
		unter 1Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr:)	104.138.738,98 98.132.948,18	4.757.538,90 5.043.776,99	30.664.790,44 25.568.264,82	68.716.409,64 67.520.906,37	104.138.738,98 98.128.339,42	GPR
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern (Vorjahr:)	4.509.136,42 4.516.904,42	19.672,07 9.321,10	37.094,74 37.528,35	4.452.369,61 4.470.054,97	4.475.404,61 4.482.271,43	GPR
Erhaltene Anzahlungen (Vorjahr:)	17.058.858,72 11.071.978,55	17.058.858,72 8.271.426,05	0,00 2.800.552,50			
Verbindlichkeiten aus Vermietung (Vorjahr:)	4.356.011,37 4.120.324,02	389.622,69 295.438,89	3.966.388,68 3.824.885,13		3.966.388,68 3.824.885,13	BÜR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr:)	4.061.840,39 3.452.779,76	3.933.375,17 3.157.422,20	110.756,19 285.893,56	17.709,03 9.464,00		
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr:)	43.377,88 80.949,49	43.377,88 80.949,49				
SUMME (Vorjahr:)	134.167.963,76 121.375.884,42	26.202.445,43 16.858.334,72	34.779.030,05 32.517.124,36	73.186.488,28 72.000.425,34	112.580.532,27 106.435.495,98	

GPR = Grundpfandrecht
BÜR = Bankbürgschaft

Gewinn- und Verlustrechnung

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende wesentliche periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

Erträge

EUR

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 48.510,11

Aufwendungen

- Abschreibungen auf Mietforderungen 107.894,19

Die unter den **Personalaufwendungen** enthaltenen Auflösungen zur Rückstellung für Pensionen wurden um den nach BilMoG unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen auszuweisenden Zinsanteil von 120.159,00 EUR gekürzt.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 181.543,00 EUR. Gemäß § 253 Abs. 6 HGB ist der Unterschiedsbetrag für Ausschüttungen gesperrt.

D. SONSTIGE ANGABEN

I. Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer

Neben dem Geschäftsführer waren während des Geschäftsjahres im Durchschnitt folgende Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahreswerte in Klammern):

	Vollbeschäftigte	Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	18,75 (18,75)	10,25 (8,00)
Technische Mitarbeiter	6,00 (6,00)	-
Hauswarte	4,00 (5,00)	-
Auszubildende	6,50 (6,50)	-

II. Bezüge von Organmitgliedern

Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 29.431,40 EUR.

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung und ihre Angehörigen wurden im Geschäftsjahr 2022 62.650,01 EUR gezahlt. Für künftige Zahlungsverpflichtungen bestehen für diese Personengruppe Pensionsrückstellungen in Höhe von 484.120,00 EUR.

III. Bezüge der Geschäftsführung

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

IV. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern

Zum 31. Dezember 2022 bestehen folgende, in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesene Forderungen und Verbindlichkeiten:

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
Forderungen		
- Forderungen aus Vermietung	0,00	292,32
- Sonstige Vermögensgegenstände	462.771,88	3,548,10
Verbindlichkeiten		
- Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	500.229,85	507.864,91
- erhaltene Anzahlungen	536.004,88	424.738,38
- Verbindlichkeiten aus Vermietung	146.791,32	91.464,75
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.891,93	26.333,62

V. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die kwg Kreiswohnbau-Gesellschaft Hildesheim mbH ist an der ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG zu 50% beteiligt. Für das Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 56.458,78 EUR.

Es bestehen Zahlungsverpflichtungen aus beauftragten Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 11.036.663,11 EUR.

Für Erbbaurechtsverträge mit einer Restlaufzeit von 36 bis 98 Jahren wurden im Geschäftsjahr Erbbauzinsen in Höhe von 83.211,67 EUR gezahlt.

VI. Bilanzgewinn

	EUR
Jahresüberschuss 2022	4.573.023,10
Gewinnvortrag aus 2021	309.308,81
Einstellung in Gewinnrücklagen	<u>- 4.300.000,00</u>
Bilanzgewinn 2022	<u><u>582.331,91</u></u>

VII. Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, aus dem Bilanzgewinn i. H. v. 582.331,91 EUR zum 20.07.2023 als Gewinnanteil 268.000,00 EUR auszuschütten und 314.331,91 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

VIII. Nachtragsbericht

Die Gesellschafterversammlung vom 12.07.2022 hat die Erhöhung des Stammkapitals um 14.300 EUR auf 6.671.880 EUR beschlossen. Der neue Geschäftsanteil wird von der Gemeinde Hohenhameln übernommen. Die Zahlung des Einlagepreises i. H. v. 542.000 EUR erfolgte am 06.01.2023.

Die Erhöhung des Stammkapitals wurde am 26.01.2023 in Handelsregister eingetragen.

IX. Tätigkeit der Organe

Die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung haben alle ihnen nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Sachverhalte beraten und, soweit erforderlich, hierzu Beschlüsse gefasst.

X. Gesellschafter

Landkreis Hildesheim	EUR	3.889.620,00
Stadt Sarstedt	EUR	946.410,00
Gemeinde Nordstemmen	EUR	534.820,00
Stadt Bockenem	EUR	349.220,00
Gemeinde Harsum	EUR	309.340,00
Stadt Bad Salzdetfurth	EUR	255.650,00
Gemeinde Diekholzen	EUR	166.170,00
Gemeinde Söhlde	EUR	125.270,00
Gemeinde Giesen	EUR	18.410,00
Gemeinde Algermissen	EUR	12.280,00
Stadt Alfeld	EUR	11.800,00
Gemeinde Schellerten	EUR	10.230,00
Gemeinde Holle	EUR	7.160,00
Stadt Gronau	EUR	4.600,00
Gemeinde Freden	EUR	3.800,00
Stadt Elze	EUR	3.600,00
Gemeinde Lamspringe	EUR	3.000,00
Gemeinde Sibbesse	EUR	2.200,00
Flecken Duingen	EUR	1.900,00
Samtgemeinde Leinebergland	EUR	1.200,00
Flecken Eime	EUR	<u>900,00</u>
	EUR	<u>6.657.580,00</u>

XI. Aufsichtsrat

Bernd Lynack, Vorsitzender	Landrat	
Holger Schröter-Mallohn, stellv. Vorsitzender	Lehrer i. R.	Kreistagsmitglied, Nordstemmen
Fabian von Berg	Bürgermeister Schellerten	
Ute Bertram	Bankfachwirtin	Kreistagsmitglied, Alfeld
Bernd Beushausen	Bürgermeister, Alfeld	
Rainer Block	Bürgermeister, Bockenem	
Christel Brede	Sparkassenbetriebswirtin	Kreistagsmitglied, Sarstedt
Heike Brennecke	Bürgermeisterin, Sarstedt	
Andre Ceglarek	Bankbetriebswirt	Kreistagsmitglied, Sibbesse
Marc Ehrig	Bankfachwirt	Kreistagsmitglied, Harsum
Björn Gryschka	Bürgermeister, Bad Salzdetfurth	
Pascal Kubat	Bildungsreferent	Kreistagsmitglied, Hildesheim
Marcel Litfin	Bürgermeister, Harsum	
Heinrich Machtens	Dipl. Ing. Agr. / Landwirt	Kreistagsmitglied, Harsum
Werner Preissner	kaufm. Angestellter	Kreistagsmitglied, Algermissen
Volker Senftleben	Bürgermeister, Samtgemeinde Leinebergland	
Dr. Susanne Weber	Chemikerin	Kreistagsmitglied, Schellerten

XII. Geschäftsführung

Alleinvertretungsberechtigter
Geschäftsführer

Matthias Kaufmann, Bad Salzdetfurth
Dipl.-Ing. Architekt
Dipl. Wohnungs- und Immobilienwirt (FWI)

Einzelprokurist

Ralf Iggena, Hildesheim

Gesamthandlungsbevollmächtigte

Carolin Bettels, Bad Salzdetfurth
Stefan Mai, Hildesheim
Ralf Oelkers, Hildesheim
Gerold Schäfer, Schellerten
Marc Thoma, Laatzen

XIII. Organisation

Verwaltung:

Kaiserstraße 15, 31134 Hildesheim
Telefon: 05121/976-0
Telefax: 05121/976-66
Internet: <http://www.kwg-hi.de>
E-Mail: info@kwg-hi.de

Kundencenter Alfeld:

Kalandstraße 3, 31061 Alfeld
Telefon: 05181/9118-0
Telefax: 05181/9118-33

Kundencenter Sarstedt:

Lönsstraße 4, 31157 Sarstedt
Telefon: 05066/7051-0
Telefax: 05066/7051-29

Hildesheim, den 15.06.2023

kwg Kreiswohnbauengesellschaft Hildesheim mbH
Die Geschäftsführung
Matthias Kaufmann



**Lagebericht
für das
Geschäftsjahr 2022**

Allgemeinwirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftliche Entwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 vor allem geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, zu denen extreme Energiepreiserhöhungen zählten. Hinzu kamen dadurch verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise für weitere Güter wie beispielsweise Nahrungsmittel und Baustoffe sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten.

Im Frühjahr 2022 wurden fast alle Corona-Schutzmaßnahmen aufgehoben. Dies trug zunächst zur Erholung der deutschen Wirtschaft bei. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine Ende Februar und den in der Folge extrem steigenden Energiepreisen wurde der Aufschwung gebremst. Lieferengpässe und stark anziehende Einfuhr- und Erzeugerpreise erschwerten die Lage weiter. Die Inflationsrate stieg so hoch wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. In der Folge kam die konjunkturelle Erholung Deutschlands ins Stocken. Im Jahresmittel 2022 war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,9 % höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie, war das BIP preisbereinigt um 0,7 % höher. Die deutsche Wirtschaft hat sich damit weiter vom tiefen Einbruch im ersten Corona-Krisenjahr erholt und das Vorkrisenniveau erstmals wieder übertroffen.



Die derzeitige konjunkturelle Entwicklung ist mit hohen Risiken behaftet: Im Krieg in der Ukraine gibt es keine Anzeichen für eine schnelle Lösung. Die Bemühungen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Russischen Föderation zu trennen, dauern an. Dies belastet sowohl die russische Wirtschaft als auch die aller EU-Mitgliedstaaten. Eine langfristige Unterbrechung der Erdgaslieferungen aus Russland

werden die Erdgaspreise vermutlich weiter in die Höhe treiben, aber zumindest auf einem hohen Niveau halten.

Weiterhin besteht das Risiko, dass die inflationären Tendenzen noch länger anhalten. Zwar wird für die kommenden beiden Jahre eine Abkühlung der Inflation prognostiziert, doch könnten weitere Schocks bei den Energie- und Lebensmittelpreisen die Gesamtinflation länger hochhalten. Dies könnte sich auch auf die Kerninflation auswirken und somit eine restriktivere geldpolitische Reaktion rechtfertigen.

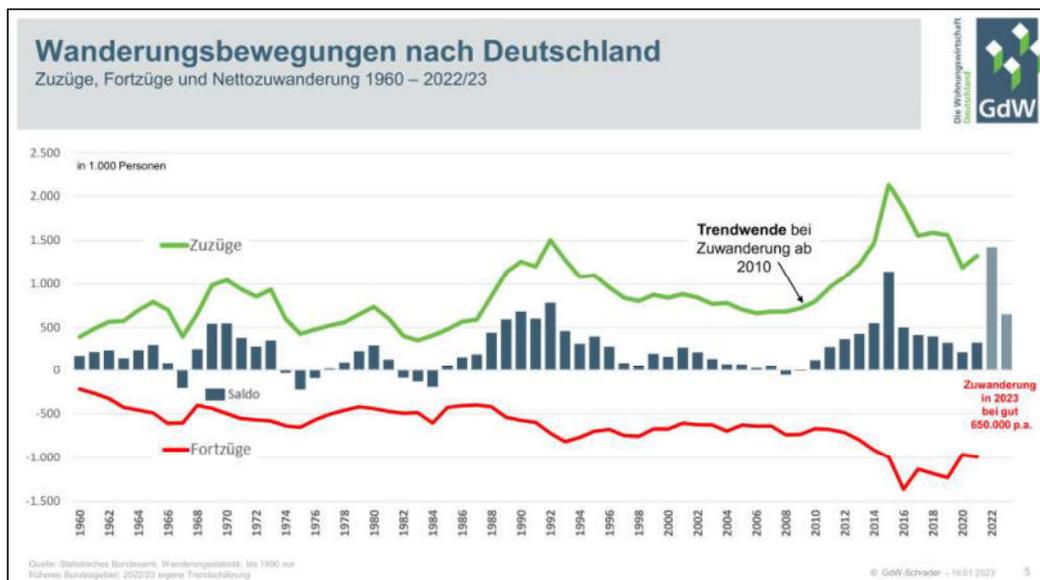
Der hohe Preisauftrieb wird die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte sinken lassen und damit die Konsumkonjunktur abkühlen. Erst gegen Jahresende 2023 dürften die Einkommen wieder stärker zulegen als die Preise. Hohe Tarifabschlüsse dürften dann sowohl die Kaufkraft als auch die Lohnkosten merklich steigern. Die Nachfragen nach Waren und Dienstleistungen, die in den Jahren 2023/2024 auch durch die breit angelegten staatlichen Entlastungsmaßnahmen gestützt werden, dürften dann wieder auf einen Wachstumskurs zurückkehren.

Bevölkerungsentwicklung

Das Jahr 2022 war durch eine starke Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine geprägt. Nach vorläufiger Schätzung des Statistischen Bundesamtes kamen 1,42 Millionen bis 1,45 Millionen Personen mehr nach Deutschland als ins Ausland fortgezogen sind. Damit war die Nettozuwanderung 2022 über viermal so hoch wie im Vorjahr (2021: 329.163) und so hoch wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1950. Neben der starken Zuwanderung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine hat aber auch die Zuwanderung von Menschen aus anderen Regionen zugenommen. Aufgrund der fortdauernden Kriegssituation in der Ukraine ist auch im laufenden Jahr mit einer im historischen Vergleich eher hohen Nettozuwanderung von rund 650.000 Personen zu rechnen.

Trotz der hohen Nettozuwanderung ist der Fachkräftemangel in Deutschland immer mehr zum flächendeckenden Problem geworden, der nahezu alle Wirtschaftsbereiche und Regionen betrifft. So ermittelte das ifo-Institut im Rahmen seiner Konjunkturumfragen im Juli 2022, dass bei knapp 50 % der Unternehmen in Deutschland die Geschäftstätigkeit vom Fachkräftemangel behindert wird. Das waren erheblich mehr als noch ein Quartal zuvor (43,6 %) und so viele wie noch nie seit Beginn der Befragung.

Langfristig gesehen zeigt der Verlauf, dass sich der Fachkräftemangel seit 2009 deutlich erhöht hat. Zwischen 2009 und 2011 stieg der Indikator von ca. 10 % auf knapp 20 % sichtlich an. Im April 2018 erreichte der Indikator einen zwischenzeitlichen Höchststand von 36,2 % der mittlerweile deutlich übertroffen ist. Angesichts des demografischen Wandels dürfte Arbeitskräfteknappheit auch in Zukunft eine große Herausforderung für die deutsche Wirtschaft darstellen.



Beschäftigung

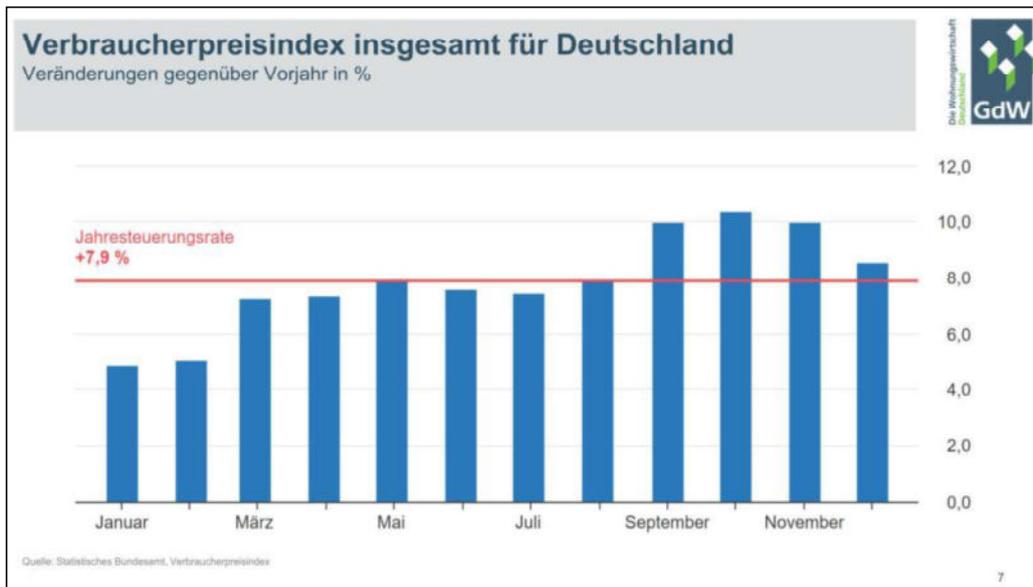
Die Anzahl der Erwerbstätigen ist gestiegen. Die Entwicklung und Vorausschau zeigt die nachfolgende Tabelle.

Arbeitsmarkt	2019	2020	2021	2022	2023
Erwerbstätige in Tsd. (Jahresdurchschnitt)	45.277	44.915	44.980	45.569	45.660
Veränderung in % gegenüber Vorjahr	0,9	-0,8	0,1	1,3	0,2
Arbeitslose in Tsd. (Jahresdurchschnitt)	2.267	2.695	2.613	2.418	2.530
... Arbeitslosenquote*	5,0	5,9	5,7	5,3	5,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.1; 2022 erste vorläufige Ergebnisse; Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf; Werte für 2023 Schätzung nach Instituten und Bundesregierung Ende 2022/Anfang 2023

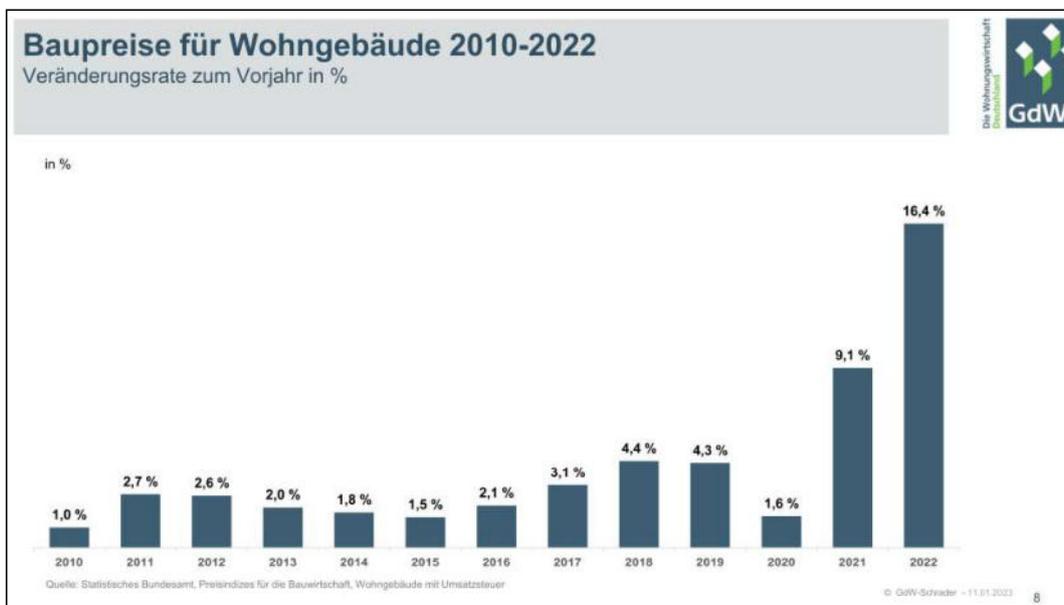
Verbraucherpreise für das Wohnen und Bauen

Sowohl die allgemeinen Lebenshaltungskosten als auch die Baupreise haben im Laufe des Jahres 2022 hohe Steigerungsraten verzeichnet. Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) zum Vorjahresmonat – erreichte im Oktober 2022 mit 10,4 % einen historischen Höchststand im wiedervereinigtem Deutschland. Zum Jahresende schwächte sich die Preissteigerung leicht ab, blieb aber auf einem sehr hohen Stand. Im Jahresmittel haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland um 7,9 % erhöht. Die historisch hohe Jahresteuerrate wurde vor allem von den extremen Preisanstiegen für Energieprodukte und Nahrungsmittel seit Beginn des Kriegs in der Ukraine getrieben. Im Jahr 2021 hatte die Inflation noch bei 3,1 % gelegen.



Die Nettokaltmieten verteuerten sich 2022 nur um 1,8 % und dämpften, gerade auch aufgrund ihres bedeutsamen Anteils an den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die Gesamtteuerung spürbar. Steigende Energiepreise belasten die Haushalte immer weiter, so stiegen die Preise für Strom, Gas und andere Brennstoffe (Haushaltsenergie) um 39,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland sind im November 2022 um 16,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen. Im Jahresmittel lag die Preissteigerung nur leicht niedriger bei 16,4 %. Dies ist der höchste Anstieg der Baupreise seit Beginn der Zeitreihe 1950. Bereits im Jahr 2021 hatte der Preisauftrieb mit 9,1 % ein lange nicht mehr gemessenes Niveau erreicht.



Die Baukonjunktur wurde aufgrund von Preissteigerungen bei Baumaterialien und Baupreisen, die durch den anhaltenden Krieg in der Ukraine noch deutlich verstärkt wurden, sowie durch steigende Zinsen und verschlechterte Finanzierungsbedingungen bei weiter anhaltendem

Fachkräftemangel auf Abwärtskurs geschickt. Die Bauinvestitionen waren 2022 erstmals seit sechs Jahren wieder rückläufig und sanken um 1,6 %.

Im Wohnungsbau hat die Bundesregierung nach mehreren abrupten Förderstopps mit anschließenden deutlichen Verschärfungen der Förderbedingungen die Förderanforderungen im Laufe des Jahres erheblich verschlechtert und zudem das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Wohnungsbauförderung untergraben. Dies dürfte im Zusammenspiel mit dem deutlich ungünstigeren Finanzierungsumfeld und den hohen Preisen maßgeblich zu den hohen Stornierungs-raten im Wohnbau beigetragen haben, die seit der zweiten Jahreshälfte 2022 zu beobachten waren.

Zinsentwicklung am Kapitalmarkt

Die Zinsen für werthaltig dinglich gesicherte Darlehen sind im Berichtsjahr 2022 stark gestiegen. Im laufenden Geschäftsjahr 2023 ist eine Prognose des Zinsmarktes schwierig, allerdings ist vielen Experten nach für den Bereich der 10- und 30-jährigen Zinsbindung von gleich bleibenden Zinsen auf hohem Niveau auszugehen.

Effektivzinssätze (Quelle: Wohnungspolitische Informationen (wi)/ Dr. Klein Firmenkunden AG):

Zinsbindung	Mrz. 2023	Dez. 2022	Dez. 2021	Dez. 2020
10 Jahre	3,33 %	3,39 %	0,80 %	0,44 %
30 Jahre	3,91 %	3,78 %	1,41 %	1,09 %

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Regionaler Arbeitsmarkt

Im Landkreis Hildesheim gab es im Dezember 2022 9.960 Arbeitslose. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent. (Vergleich 2021: 8.902 = 6,0 Prozent). Die Arbeitslosenquote Hildesheims liegt nunmehr 1,3 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt.

Regionaler Wohnungsmarkt

Mietwohnungsmarkt

Die Entwicklung der Mieten in unserer Region wird jährlich durch das Katasteramt untersucht. Für den Grundstücksmarktbericht lagen dafür 2.500 Vergleichsmieten verschiedener Quellen aus den Jahren 2021-2022 vor, wobei eine differenzierte Untersuchung auf Basis des Zustandes und der Ausstattung mangels vorliegender Informationen nicht erfolgen konnte. Auch stammt ein Großteil der Daten von den gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und damit tendenziell preiswerten Vermietern.

Für den Landkreis Hildesheim ist die Mietentwicklung insgesamt als leicht steigend zu beurteilen. Dabei kommt es in einzelnen Marktsegmenten zu Preissteigerungen, in anderen zu Preisrückgängen. Insgesamt lässt sich eine moderate Steigerung in unterschiedlichen Ausprägungen erkennen.

Das Qualitätsbewusstsein der privaten Kunden ist weiterhin hoch, sodass sich nicht modernisierte Wohnungen kaum noch vermieten lassen. Die Nachfrage nach kleinen Wohnungen lässt sich im gesamten Geschäftsgebiet nach wie vor als gut bezeichnen.

In diesem Jahr wurde die Gruppierung der Auswertung der durchschnittlichen Mieten je m² ohne Betriebs- u. Heizkosten seitens des Gutachterausschusses verändert. Ein direkter Vergleich mit den Werten des Vorjahres ist somit nicht möglich.

Entwicklung der durchschnittlichen Mieten je m² ohne Betriebs- u. Heizkosten im Arbeitsgebiet der kwg 2022 (Quelle: Grundstücksmarktbericht 2022):

Wohnfläche	bis 50	51 bis 75	76 bis 100	über 100
Marktbericht	2022	2022	2022	2022
Stadt/Gemeinde Hildesheim	6,65	6,20	6,40	7,45
Bad Salzdetfurth	5,55	5,75	5,75	6,55
Sarstedt	6,15	6,10	6,35	
Alfeld	6,05	5,70	5,45	
Elze	6,30	6,05		
Gronau	6,50	5,70	5,95	
Bockenem	5,95	5,50	5,30	
Algermissen, Diekholzen Giesen, Harsum, Lamspringe, Nordstemmen, Schellerten	5,95	5,95	5,95	4,65
Duingen, Freden, Holle, Sibbesse, Söhlde	5,40	5,50	5,00	

Deutlich ist, dass es sich bei der Region Hildesheim um eine sehr heterogene Region handelt. Insgesamt lässt sich auch an der Mietentwicklung und an der Leerstandssituation das Nord/Süd-Gefälle beobachten, was die kwg auch beim Vermietungserfolg ihres eigenen Wohnungsbestandes festgestellt hat.

Eine weitere Erkenntnis aus der Entwicklung am Mietwohnungsmarkt ist, dass das Baujahr des Gebäudes bei der Mietpreisfindung zunehmend eine geringere Rolle spielt. Die Preisentwicklung wird im Wesentlichen durch die Lage, Zuschnitt und die Ausstattung bestimmt. ¹

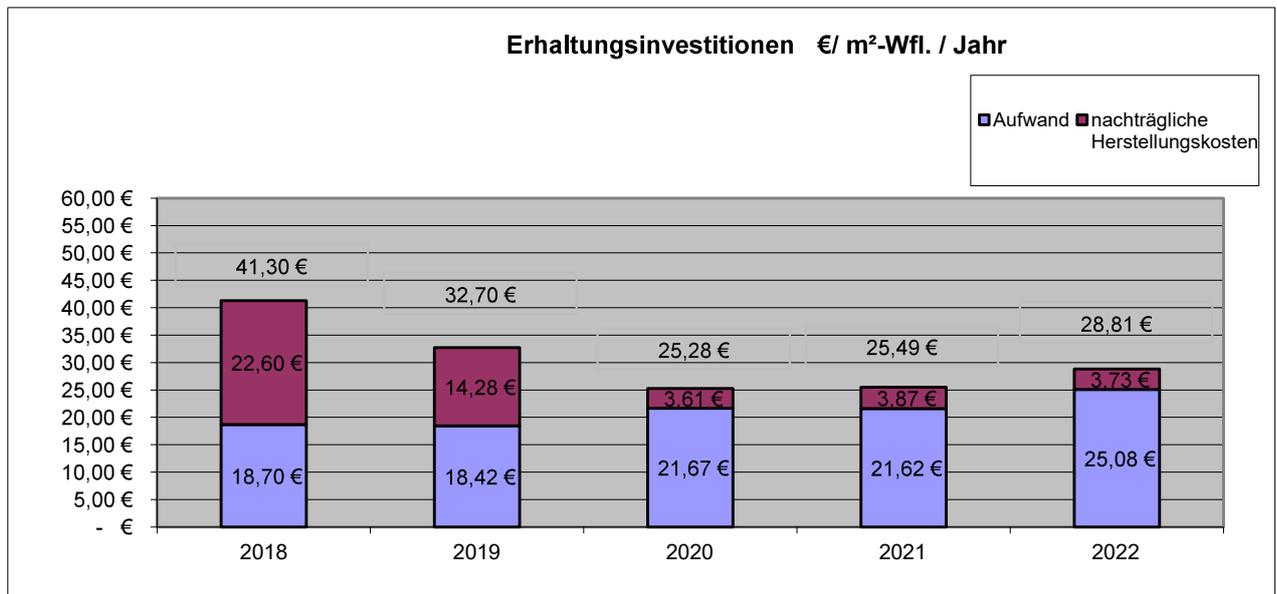
Entwicklung des Unternehmens

Modernisierung, Instandhaltung und Bestandserneuerung

Das Programm zur Bestandserhaltung wurde auch im Jahr 2022 planmäßig zugunsten des Neubaus reduziert. Bei den durchgeführten Maßnahmen wurde ein besonderes Augenmerk auf eine zeitgemäße Ausstattung, eine hohe Energieeffizienz und heutigen Wohnerefordernissen entsprechende Grundrisse gelegt. Den Schwerpunkt bilden dabei die Modernisierung von Bädern und Küchen und die Zentralisierung von Heizungsanlagen. Auch wurden erneut Vorstellbalkone angebaut. Bei allen Modernisierungsmaßnahmen liegt ein besonderes Augenmerk auf barrierearmen und damit „demografiefesten“ Gesichtspunkten.

Die kwg hat ein Programm zur Beseitigung von Barrieren auf dem Weg in die Wohnung gestartet. Bereits jetzt sind zirka 750 Wohnungen barrierearm oder barrierearm erreichbar. Ziel ist es zunächst insgesamt 1.000 Wohnungen (ca. 25 Prozent des Gesamtbestandes der kwg) barrierearm umzubauen bzw. erreichbar zu machen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei neben dem Neubau auf den Bauten, bei denen sich dieses mit geringen Kosten je Wohneinheit umsetzen lässt.

Die Gesamtinvestition für Modernisierung und Instandhaltung betragen im Berichtsjahr rd. 7.335.000 EUR (Vorjahr: rd. 6.450.000 EUR).



¹ Quelle für diesen Absatz: Gutachterausschuss für Grundstückswerte Hameln-Hannover, interaktiver Web-Visualisierungen Grundstücksmarktbericht 2022

Wesentliche Modernisierungsmaßnahmen im Immobilienbestand während des Geschäftsjahres 2022

Ort	WE	TEUR
<u>Alfeld</u>		
Ziegelmasch 12	4	254,4
Ziegelmasch 14	6	95,8
Jahnstraße 4	6	105,5
Jahnstraße 3	6	99,4
Jahnstraße 3a	6	302,5
<ul style="list-style-type: none"> - Heizungszentralisierung - Wärmeschutzverglasung - Einbau von Wasserzählern 		
Winzenburger Straße 18	6	20,5
Winzenburger Straße 19	6	20,5
<ul style="list-style-type: none"> - Dämmung DG-Decke 		
<u>Harsum</u>		
Sandkampweg 7	6	177,1
<ul style="list-style-type: none"> - Anbau von Balkonen - Fassadenanstrich - Dachumdeckung - Dämmung DG-Decke 		
<u>Schellerten</u>		
Farmser Straße 23	6	205,1
<ul style="list-style-type: none"> - Anbau von Balkonen - Fassadenanstrich - Dachumdeckung - Dämmung DG-Decke 		
Rathausstraße 1a-1c	24	193,5
<ul style="list-style-type: none"> - Wärmeschutzverglasung - Erneuerung der Haustür - Erneuerung Briefkasten- und Klingelanlage 		

Hoheneggelsen

Kniepenburg 3	5	180,6
- Anbau von Balkonen		
- Fassadenanstrich		
- Dachumdeckung		
- Dämmung DG-Decke		
Im Galgenfeld 17+19+21	18	327,4
Scherwippweg 3	10	164,3
- Heizungszentralisierung		
- Wärmeschutzverglasung		
- Erneuerung der Haustür		
- Erneuerung Briefkasten- und Klingelanlage		

Söhle

Bockmühlenstraße 10	6	213,0
Bockmühlenstraße 12	9	303,0
Bockmühlenstraße 14	8	288,2
- Anbau von Balkonen		
- Dachumdeckung		
- Dämmung DG-Decke		
- Wärmeschutzverglasung		
- Erneuerung der Haustür		

Neubautätigkeit und Ankäufe 2022

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende fertiggestellte Bauvorhaben:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen	Einstellplätze
			Tiefgarage (TG) Carport (CP)	
Burgstraße 20A, Gronau (Leine)	14		7 CP	16
Am Wasserturm 1, Hasede	10		6	7
	24		13	23

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende noch nicht abgeschlossene Neubauvorhaben:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen	Einstellplätze
			Tiefgarage (TG) Carport (CP)	
Ostend, Hildesheim	68 (18 ö.g.)	1	63 TG	
Bleekstraße 11/13, Sarstedt	48 ö.g.			48
Bahnhofsstraße 8, Alfeld	17(10 ö.g.)			26
RVZ Walter-Gropius-Ring 14d-h, Alfeld	16	1		41
	149	2	63	115

*ö.g.= davon öffentlich gefördert, d.h. preis und belegungsgebunden

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende abgeschlossene Neubauvorhaben für Dritte im Rahmen des Bauträgergeschäftes:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen	Einstellplätze
			Tiefgarage (TG) Carport (CP)	
Mühlenstraße 23, Hildesheim	12		12 TG	

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende noch nicht abgeschlossene Neubauvorhaben für Dritte im Rahmen des Bauträgergeschäftes:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen	Einstellplätze
			Tiefgarage (TG) Carport (CP)	
Ostend, Hildesheim	28		28 TG	

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende Grundstücksankäufe:

Grundstück
Walter-Gropius-Ring 14d-h, Alfeld

Im Geschäftsjahr 2022 gab es folgende Verkäufe:

Bauvorhaben	Wohneinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen Tiefgarage (TG) Carport (CP)	Einstellplätze
RH Am Sonnenkamp 17c, Sarstedt	1			

Hausbewirtschaftung

Wohnungsbestand

Am 31.12.2022 bewirtschaftete die Gesellschaft folgende Objekte:

Mietwohnungen	4.121
Gewerbe	54
Büros	3
Fernheizwerke	2
Schulen	1
Rettungswachen	3
Garagen (davon 10 eigengenutzte Garagen) verwaltete Wohnungen und gewerbl. Einheiten in 70 Eigentümergeb. und 35 Miethäusern	729
	<u>757</u>
zusammen	<u>5.670</u>

Die Mietwohnungen verteilen sich wie folgt:

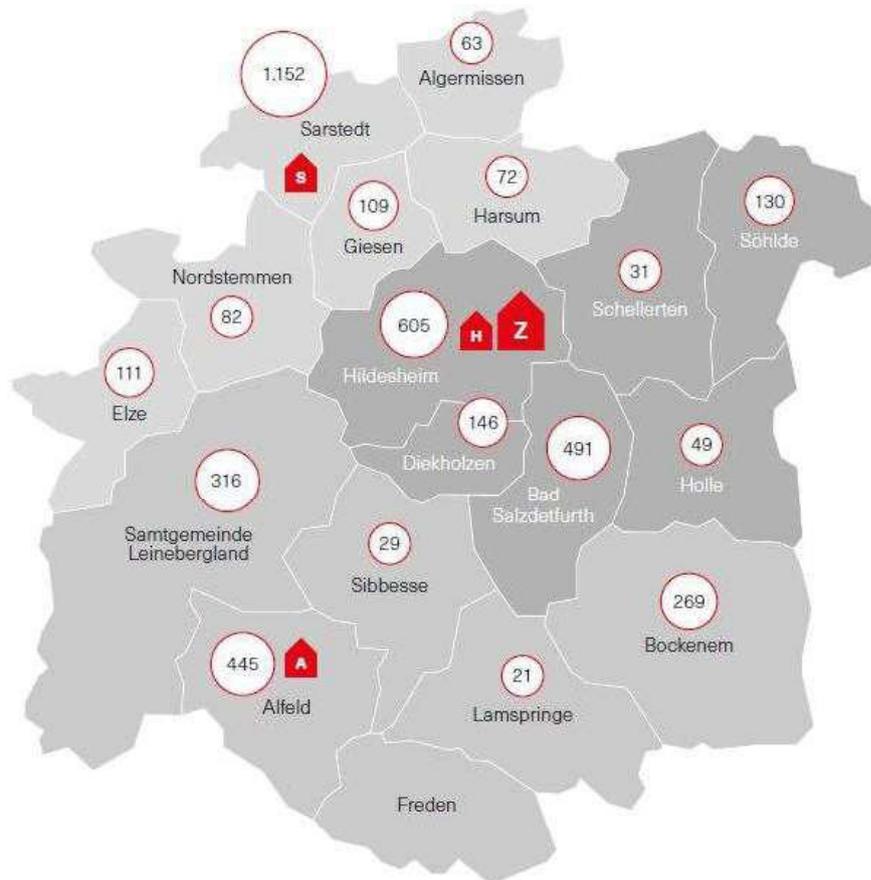
Landkreis Hildesheim		
Sarstedt	1.152	
Bad Salzdetfurth	491	
Alfeld	445	
SG Leinebergland	316	
Bockenem	269	
Diekholzen	146	
Söhlde	130	
Elze	111	
Giesen	109	
Nordstemmen	82	
Harsum	72	
Algermissen	63	
Holle	49	
Schellerten	31	
Sibbesse	29	
Lamspringe	<u>21</u>	<u>3.516</u>
Stadt Hildesheim		<u>605</u>
		<u>4.121</u>

Der Wohnungsbestand hat sich zum Stichtag 31.12.2022 gegenüber dem Vorjahr um 23 Wohnungen erhöht.

Die Veränderung stellt sich wie folgt dar:

Mietwohnungsbestand am 31.12.2021:	4.098 WE
- Verkauf	1 WE
+ Neubau/Ankauf	24 WE
Mietwohnungsbestand am 31.12.2022:	<u>4.121 WE</u>

Per 31.12.2022 sind vom Mietwohnungsbestand der kwg 249 WE (Vorjahr 362 WE) öffentlich gefördert, d.h. belegungs- und/oder preisgebunden.



Z Zentrale

Geschäftsführung, Rechnungswesen, Zentrale Dienste, Verkauf, Neubau / Projektmanagement

A Kundencenter Alfeld

Zuständig für Alfeld, Samtgemeinde Leinebergland, Bockenem, Lamspringe, Sibbesse, Elze

H Kundencenter Hildesheim

Zuständig für Hildesheim, Diekholzen, Bad Salzdetfurth, Holle, Schellerten, Söhle

S Kundencenter Sarstedt

Zuständig für Sarstedt, Giesen, Algermissen, Harsum, Nordstemmen

Vermietung

Der durchschnittliche Leerstand ist im Berichtsjahr 2022 mit Ø 46 nicht vermieteten Wohnungen geringer als im Vorjahr (Ø 61 nicht vermietete Wohnungen). Für 2023 wird hier allerdings eine moderate Steigerung erwartet, da die Vollvermietung eines derartig großen Neubaus im Ostend eine Zeit in Anspruch nimmt.

Im Kundencenter Alfeld standen im Dezember 2022 18 WE (Vorjahr 16 WE), im Kundencenter Sarstedt 11 WE (Vorjahr 33 WE) und Kundencenter Hildesheim 7 WE (Vorjahr 17 WE) leer.

Die Leerstandsquote zum Ende des Berichtsjahres beträgt somit 0,9 Prozent und liegt damit 0,7 Prozentpunkte unter dem Wert von Ende 2021. Dieses Ergebnis ist als Vollvermietung zu betrachten. Der nicht vorhandene Leerstand in einigen Orten deutet bereits auf einen deutlichen Nachfrageüberhang hin.

	Dez. 2018	Dez. 2019	Dez. 2020	Dez. 2021	Dez. 2022	März 2023
Wohnungsbestand	3.991	4.005	4.028	4.098	4.121	4.121
nicht vermietete Wohnungen (davon bis zu 3 Monate) in % des Wohnungsbestandes	86 (56) 2,2 %	68 (44) 1,9 %	72 (60) 1,8 %	66 (52) 1,6 %	36 (21) 0,9 %	48 (34) 1,2 %
Mieterfluktuation in % des Wohnungsbestandes	2018 457 11,5 %	2019 451 11,3 %	2020 439 10,9 %	2021 461 11,3 %	2022 439 10,7 %	

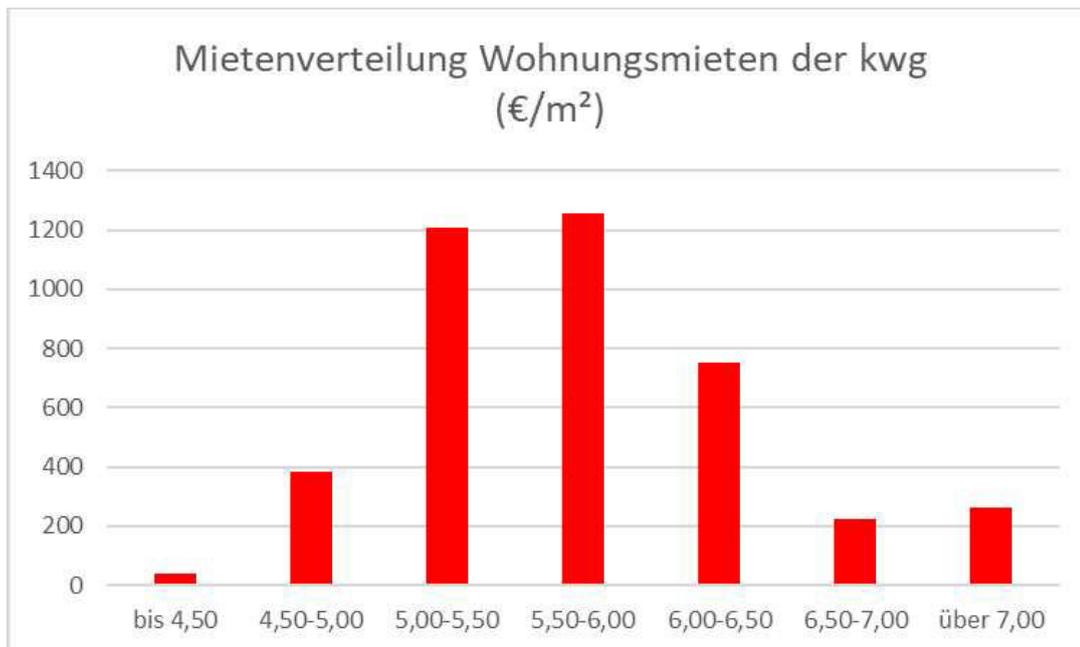
Von den derzeit (März 2023) 48 nicht vermieteten Wohnungen:

- sind im Angebot 39 WE
- befinden sich in Gebäuden, die umfangreich modernisiert werden sollen 8 WE
- befinden sich in Gebäuden die abgerissen und neu bebaut werden sollen 1 WE
- sollen verkauft werden 0 WE

Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnungsmieten zum 31.12. des Jahres stellt sich wie folgt dar:

	2018 €/ m ²	2019 €/ m ²	2020 €/ m ²	2021 €/ m ²	2022 €/ m ²
Wohnungsmieten	5,27	5,38	5,48	5,66	5,81

Die Sollmieten sind im Jahr 2022 unternehmensweit um 0,15 €/m² gestiegen, d.h. um 2,3 %. Damit liegt die Mietsteigerung leicht oberhalb der durchschnittlichen Steigerung der Wohnungsmieten von 1,9 %, dieses resultiert aus der umfangreichen Neubau- und Modernisierungstätigkeit.



Die Mieten der kwg per 31.12.2022 bewegen sich aber weiterhin auf einem moderaten Niveau. Ca. 40 % der Wohnungen liegen im Preisniveau unter 5,50 €/m². 70 % sind im Preis niedriger als 6,00 €/m². Im Vergleich liegt die Miete für niedrige Einkommen der im Rahmen der Wohnraumförderung in Niedersachsen bei 5,60-5,80 €/m². Diese Zahlen verdeutlichen, dass die kwg den Unternehmensauftrag zur Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum erfüllt.

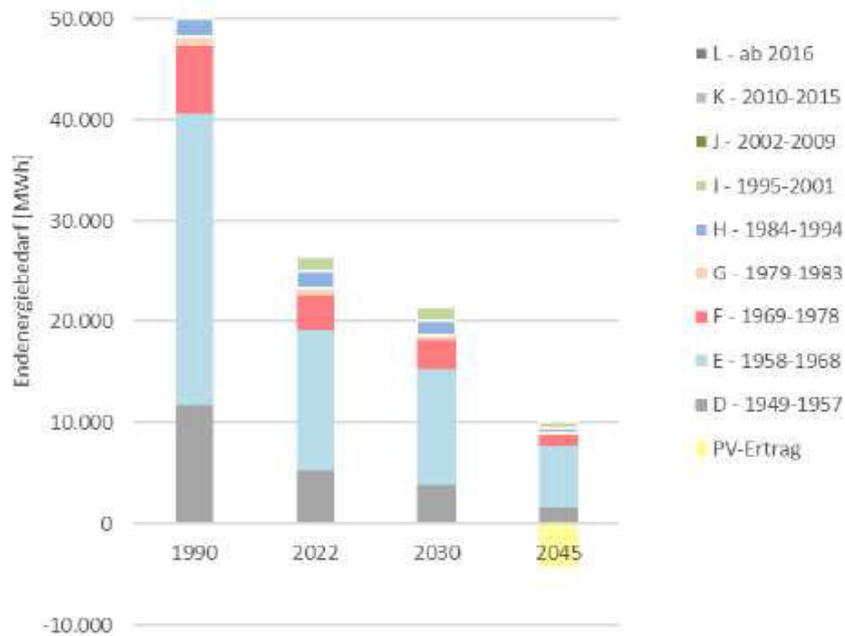
Klimaschutz und CO₂

Die kwg bekennt sich zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und verfolgt das Ziel, die eigenen Klimaschutzaktivitäten strategisch an den bestehenden Zielen der Bundesregierung auszurichten. Zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestandes bei der kwg wurde in 2022 eine Klimaschutzstrategie auf Grundlage eines CO₂ Pfades entwickelt.

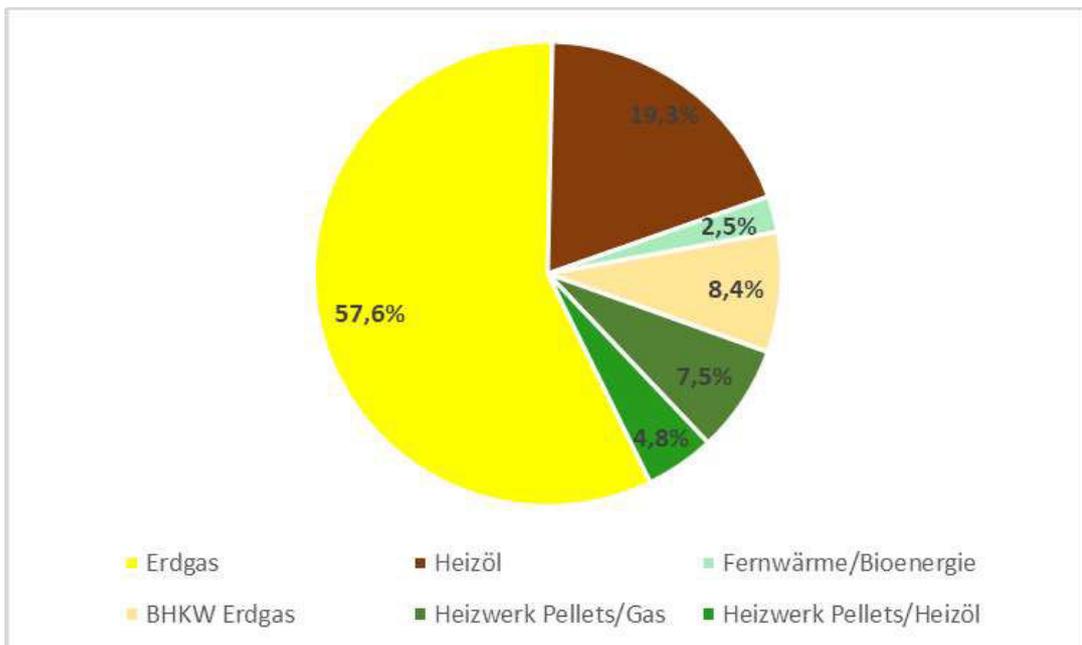
Diese Klimaschutzstrategie ist somit eine wichtige Grundlage, um entsprechende Aktivitäten und Maßnahmen für die Dekarbonisierung des Gebäudebestands bis 2045 zu entwickeln.

Durch die seit 30 Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Einsparung von Energie ist ein überwiegender Teil der kwg-Bestände aktuell als teilsaniert zu bewerten. Die Untersuchung hat auch ergeben, dass die wesentliche Aufgabe im Bereich des Klimaschutzes die Umstellung der Energieerzeugung in Richtung der Klimaneutralität ist, da die Potentiale bei der Dämmung bereits relativ weitgehend abgearbeitet sind.

So wurden die CO₂-Emissionen im Jahr 2022 um 55 % gegenüber dem Jahr 1990 reduziert. Dieses zeigt auch die nachfolgende Grafik. Des Weiteren werden die Ziele der Jahre 2030 und 2045 dargestellt.



Die nachfolgende Grafik zeigt auch den Versorgungsmix der Wärmebereitstellung der kwg bezogen auf die Wohnfläche.



Derzeit erfolgt mehr als die Hälfte der Wärmeversorgung über Gas. Aber auch ca. 25 % der Bestände werden bereits von Heizwerken, welche zumindest teilweise mit erneuerbaren Energien betrieben werden, versorgt.

Um kontinuierlich bewerten zu können, ob die Zielmarke Klimaneutralität erreicht wird oder es möglicherweise Abweichungen vom Zielpfad gibt, ist vorgesehen, ein Monitoring zum Thema CO² Emissionen im Unternehmen zu implementieren.

Weitere Tätigkeiten

Die GKHi Gesellschaft für kommunale Immobilien im Landkreis Hildesheim mbH wurde als Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit gegründet. So kann die kwg ihre Kenntnisse aus der Gebäudewirtschaft und der Bau- und Planungstätigkeit zum Wohl Ihrer Gesellschafter anwenden. Neben der Geschäftsbesorgung für die Gesellschaft entwickelt und realisiert die kwg kommunale Projekte für die Gesellschafter der GKHi durch Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben / Projektsteuerung. Die Tätigkeit für die GKHi hat im Jahr 2022 auf Grund der Vielzahl von Projekten deutlich zugenommen. Hier wurden Betreuungserlöse i. H.v. 352 T€ (Vorjahr: 257 T€) erzielt.

Die ProjektBau Hildesheim GmbH & Co. OHG als 55 % Beteiligung der kwg unterstützt gemeinsam mit der gbg Immobilien GmbH Stadt und Landkreis Hildesheim bei ihren gemeinsamen Aufgaben, hier übernimmt die kwg die technische Geschäftsführung.

Umsatzerlöse

Entwicklung des Umsatzes der kwg

	2022	2021
	Mio.	Mio.
	EUR	EUR
Hausbewirtschaftung	26,12	24,65
Verkauf von Grundstücken	3,05	0,32
Betreuungstätigkeit	0,17	0,17
aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,97	0,66
Insgesamt	30,31	25,80

Die Mietumsätze der Hausbewirtschaftung in 2022 sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Steigerung resultiert u. a. durch Mietsteigerungen nach Modernisierungen und der Fertigstellung der Neubauvorhaben. Des Weiteren wurden die Mieten der Neubauobjekte aus dem Jahr 2021 nun ganzjährig erzielt. Die Umsatzsteigerung im Bereich des Verkaufes von Grundstücken resultiert aus Verkäufen aus dem Bauvorhaben Mühlenstraße 23 in Hildesheim.

Mietverluste

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Erlösschmälerungen Mieten und Umlagen	311	382
Abschreibungen auf Mietforderungen	108	75
Veränderung der Wertberichtigung	29	-33
Insgesamt	448	424

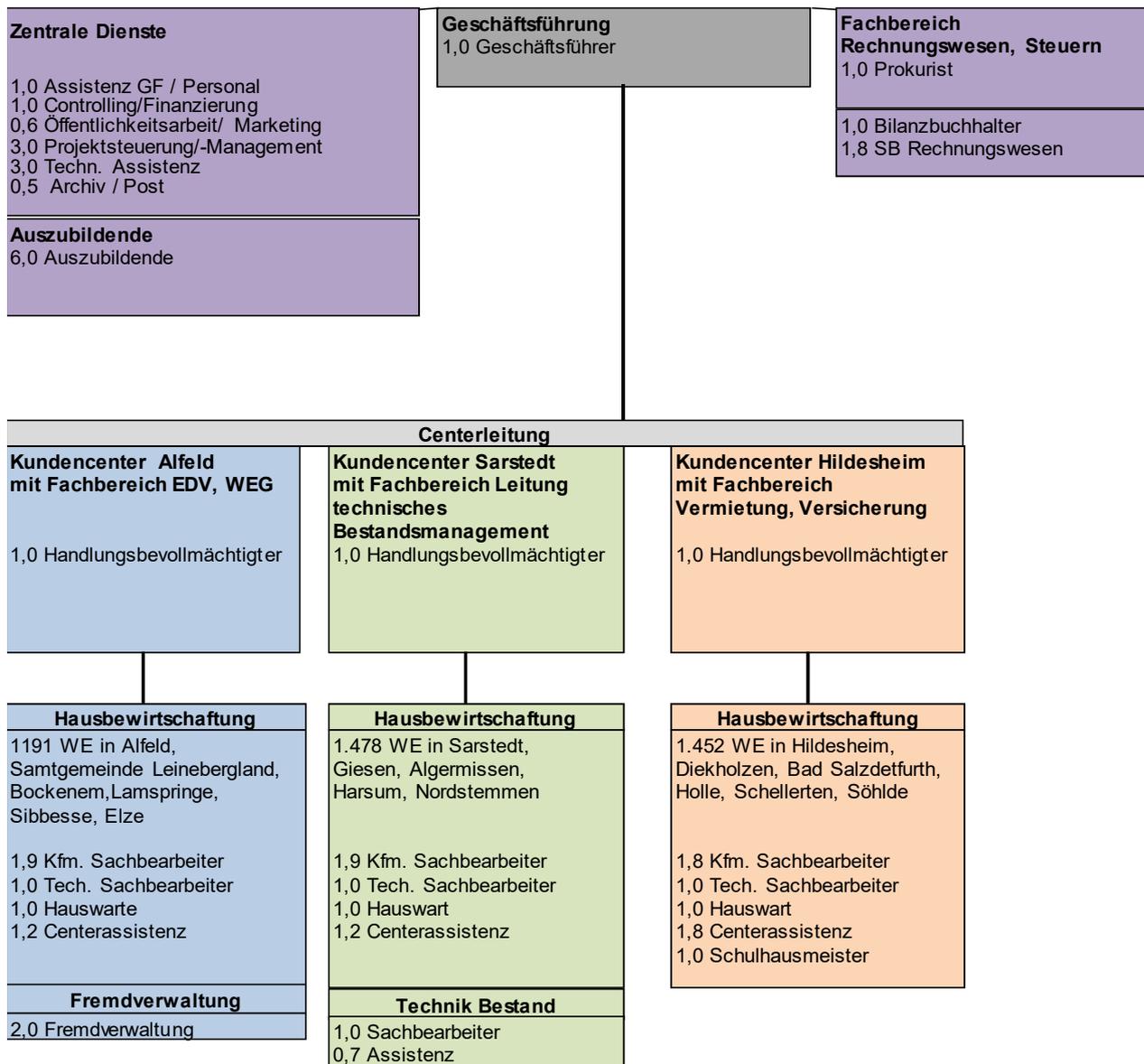
Die Anstrengungen zur Senkung des Leerstandes und die Professionalisierung im Bereich des Mahn- und Klagewesens tragen zum Unternehmenserfolg bei. Dieses gilt auch für die systematische Prüfung der dauerhaften Zahlungsfähigkeit der Kunden und ihrer Bonität, die langfristig zu einer Reduzierung der Abschreibung auf Mietforderungen beiträgt.

Betriebsorganisation

Organisation

Die kundenorientierte Betriebsorganisation der kwg Hildesheim mbH ist im Geschäftsjahr von der Struktur unverändert geblieben. Weiterhin betreibt die kwg drei regionale Kundencenter. In seinem Kundencenter findet der Kunde der kwg alles, was für ihn wichtig ist. Nur die internen und zentralen Bereiche ohne direkte Relevanz für den Kunden sind in der Zentrale in Hildesheim konzentriert.

Organigramm der kwg



Personal

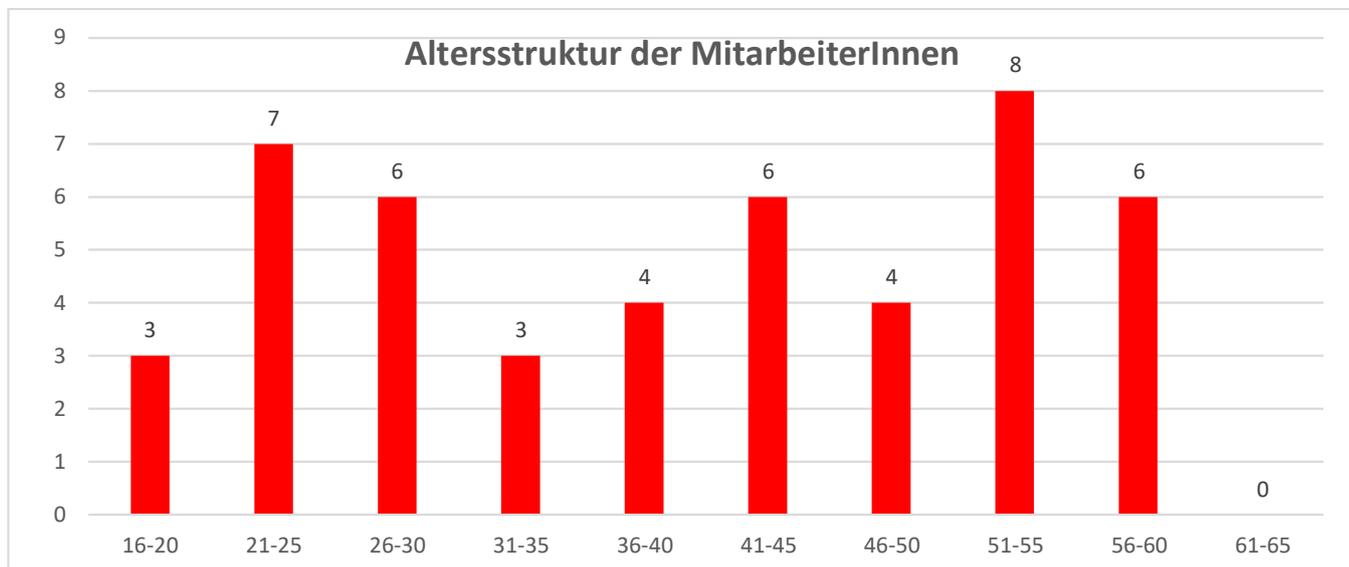
Die Geschäftsführung erwartet weiterhin, dass aufgrund der demographischen Entwicklung, insbesondere im Südkreis, der Druck von Seiten des Marktes zunehmen wird. Dieser Entwicklung möchte das Unternehmen auch zukünftig mit einem verbesserten Service- und Beratungsangebot vor Ort begegnen. Ziel ist es, die Immobilien nachhaltig und mit hoher Qualität zu bewirtschaften. Dazu ist eine qualifizierte und motivierte Belegschaft das entscheidende Instrument.

Dieses Instrument wird durch verschiedene Bausteine hinterlegt:

- Die kwg arbeitet ständig daran, die fachliche und persönliche Qualifikation der Mitarbeiter zu verbessern. So bildet die kwg seit Jahren mit sechs Auszubildenden deutlich über den eigenen Bedarf aus und kann ihren Personalbedarf qualitativ hochwertig aus eigenem Potential bedienen. Im Rahmen der Ausbildung bietet die Breite der Tätigkeit des Unternehmens die Möglichkeit, umfangreiches Wissen und Praxiserfahrung aus verschiedensten Bereichen rund um die Immobilie zu vermitteln. Die kwg bietet den Auszubildenden außerdem die Möglichkeit über ein Praktikum Erfahrungen im Ausland zu sammeln. 2022 haben zwei Auszubildende ihre Ausbildung erfolgreich vor der IHK Hannover abgeschlossen. Zur Nachwuchsgewinnung wird zunehmend auch der Kontakt zu potentiellen Bewerbern in Schulen und bei Auszubildendenmessen gesucht.
- Auch in externe und interne Fort- und Weiterbildung wurde permanent investiert. Mitarbeiter/innen haben Zugang zum Weiterbildungsangebot des vdw Niedersachsen / Bremen und nehmen dort an Weiterbildungsveranstaltungen teil.
- Wichtig ist auch die Gewinnung von Führungskräften in der Zukunft. Zum Erkennen von Potentialen werden hier mit den Auszubildenden Potentialanalysen/Development-Center durchgeführt. Die kwg setzt zur weiteren Qualifikation auf die GdW Ausbildungsreihen zur Qualifikation von Führungsnachwuchs mit dem Immobilienfachwirt, dem Bachelor of Arts (B.A.) Real Estate und dem Master of Arts (M.A.) Real Estate Management. Eine Mitarbeiterin befindet sich im Studium zum B.A. Real Estate.
- Des Weiteren befinden sich zwei Mitarbeiter in der Fortbildung zum Immobilienfachwirt.
- Wichtig ist auch der Wissenstransfer innerhalb des Unternehmens, der durch regelmäßige Dienstbesprechungen auf Mitarbeiter- und Führungskräfteebene sichergestellt wird. So ist sichergestellt, dass im Unternehmen vorhandenes Know-how weitergegeben wird.

Mit all diesen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter als wesentlicher Erfolgsfaktor des Unternehmens eingeordnet, qualifiziert und weiterentwickelt werden.

Die Verteilung der Altersgruppen in der Belegschaft des Unternehmens ist sehr gleichmäßig, sodass das Unternehmen demographisch sehr gut aufgestellt ist, dieses zeigt auch die nachfolgende Grafik.



Risiken durch das überproportionale altersbedingte Ausscheiden besonders qualifizierter Mitarbeiter und den damit verbundenen Verlust von Know-how sind nicht zu befürchten. Die Anstrengungen der vergangenen Jahre in den Bereichen Ausbildung und Qualifizierung machen sich positiv bemerkbar.

Verwaltung

Die Verwaltungskosten haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt verändert:

	2022 TEUR	2021 TEUR
Personalkosten ohne Altersversorgung	2.369	2.281
Sozialabgaben und Altersversorgung	588	608
sächliche Verwaltungskosten	973	808
Insgesamt	3.930	3.697

Die Steigerung des Personalaufwandes resultiert im Wesentlichen auf tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Vermögenslage der Gesellschaft

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich am 31.12.2022 wie folgt dar:

Vermögensstruktur

	2022		2021	
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %
Anlagevermögen	174.799	84,37	168.893	88,57
Umlaufvermögen	32.372	15,63	21.797	11,43
Bilanzsumme	207.171	100,00	190.690	100,00

Kapitalstruktur

	2022		2021	
	TEUR	Anteil in %	TEUR	Anteil in %
Eigenkapital	64.754	31,26	60.449	31,70
Fremdkapital	139.260	67,22	126.809	66,50
Rechnungsabgrenzungsposten	3.157	1,52	3.432	1,80
Bilanzsumme	207.171	100,00	190.690	100,00

Die Bilanzsumme und das Anlagevermögen der Gesellschaft sind kräftig gestiegen. Der Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus der starken Neubautätigkeit und der Aktivierung von Modernisierungen und Objektankäufen. Gegenläufig wirken Abschreibungen und Objektverkäufe. Die Eigenkapitalquote ist durch die Aufnahme von Fremdkapital leicht gesunken.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung wurde nach DRS21 erstellt.

	2022
	TEUR
Finanzmittelbestand zum 01.01.	6.363,2
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	12.083,6
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-11.239,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>4.913,3</u>
Finanzmittelbestand zum 31.12.	<u>12.121,1</u>

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultiert daraus, dass die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen die Einzahlungen aus dem Verkauf von Gegenständen des Sachanlagevermögens überstiegen. Der stichtagsbezogene Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich, nach Sparten gegliedert, wie folgt entwickelt:

	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Hausbewirtschaftung	3.457,2	3.912,6	-455,4
Bautätigkeit/ Modernisierung			
Anlagevermögen	-114,9	-187,9	73,0
Verkaufstätigkeit	439,9	-489,9	929,8
Betreuungstätigkeit	19,1	34,6	-15,5
Sonstige ordentliche Geschäftstätigkeit	196,0	117,5	78,5
Betriebsergebnis	3.997,3	3.386,9	610,4
Finanzergebnis	-2,8	-14,8	12,0
Neutrales Ergebnis	681,8	21,3	660,5
Jahresergebnis vor Steuern von Ein- kommen und Ertrag	4.676,3	3.393,4	1.282,9
Steuern von Einkom- men und Ertrag	-103,3	-8,5	-94,8
Jahresüberschuss	4.573,0	3.384,9	1.118,1

Das reduzierte Ergebnis Hausbewirtschaftung resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungsaufwendungen im Jahr 2022. Der Verlust aus der Bautätigkeit im Anlagevermögen ist geprägt von verrechneten Verwaltungskosten. Der Gewinn aus der Verkaufstätigkeit ergibt sich aus Verkaufserlösen im Bauträgergeschäft. Das Ergebnis der Betreuungstätigkeit ist weiterhin positiv.

Das Ergebnis der sonstigen ordentlichen Geschäftstätigkeit ist auf gestiegene Umsatzerlöse aus der Projektsteuerung zurückzuführen. Das neutrale Ergebnis ist geprägt durch BAFA-Zuschüsse für energetische Sanierungsmaßnahmen sowie Grundstücksverkäufe des Anlagevermögens.

Die wesentlichen Kennzahlen, die für die Unternehmensentwicklung von Bedeutung sind, fasst die folgende Tabelle zusammen:

	Ist 2022 TEUR	Plan 2022 TEUR	Ist 2021 TEUR
Umsatzerlöse aus Mieten	19.474	19.257	18.490
Instandhaltungsaufwendungen	6.391	6.420	5.471
Zinsaufwendungen	2.264	2.534	2.311
Jahresüberschuss	4.573	4.212	3.385

Der im Vergleich zur Planung höhere Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus höheren Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung und geringeren Zinsaufwendungen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens beurteilen wir positiv.

Kennzahlen

	2022	2021	2020	Betriebsvergleich 2021*
	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²
Durchschnittliche Verschuldung	393	372	348	383

Die durchschnittliche Verschuldung in EUR je m² bezieht sich auf die Wohnfläche von Mietwohnungen zuzüglich der Nutzfläche von Gewerbeobjekten.

	2022	2021	2020	Betriebsvergleich 2021*
	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²	rd. EUR/m ²
Durchschnittlicher Gebäude- und Grundstücksbuchwerte	569	565	543	497

Der durchschnittliche Gebäude- und Grundstücksbuchwert in EUR je m² ermittelt sich aus den Gebäude- und Grundstücksbuchwerten im Verhältnis zu den Wohn- und Nutzflächen der eigenen Einheiten.

	2022	2021	2020	Betriebsvergleich 2021*
Mietenmultiplikator	8,08	8,44	8,31	7,61

Der Mietenmultiplikator zeigt das Verhältnis von Anlagevermögen zu Sollmieten (Wohnen und Gewerbe).

	2022	2021	2020	Betriebsvergleich 2021*
	(%)	(%)	(%)	(%)
Eigenkapitalrentabilität vor Ertragssteuern	7,06	5,61	6,13	7,29

Die Eigenkapitalrentabilität vor Ertragssteuern zeigt das Verhältnis des Jahresergebnisses zum eingesetzten Eigenkapital.

*Der Betriebsvergleich der niedersächsischen Wohnungsunternehmen (ohne Genossenschaften) vergleicht Wohnungsunternehmen der Größe zwischen 3001 und 6000 Wohneinheiten an ihren betriebswirtschaftlichen Kennzahlen

Risiko- und Chancenbericht

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Unser Risikomanagementsystem erfasst das Controlling und regelmäßige interne Berichterstattung. Es ist darauf ausgerichtet, die dauerhafte Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Dazu werden in verschiedenen Beobachtungsbereichen Risikoindikatoren ermittelt und bewertet.

Zum internen Kontrollsystem gehören auch Regelungen zur Compliance. Neben den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind unternehmensinterne Richtlinien und Anweisungen Bestandteil des Compliance Management Systems. Unser Risikomanagement- als auch Compliance Management System werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Aufgrund der aktuellen Marktlage besteht derzeit nur ein geringes Leerstandsrisiko. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann dieses Risiko langfristig ansteigen. Dagegen ist die momentane Investitionstätigkeit unserer Gesellschaft in der Bestandserneuerung (Neubau und Modernisierung) auf eine marktgerechte Anpassung des Wohnungsbestandes für die Zukunft gerichtet. Wesentliche Tätigkeitsfelder sind dabei Maßnahmen zur Einsparung von Energie (Wärmedämmung und Erneuerung von Heizungsanlagen), Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnwertes sowie Maßnahmen zur Anpassung des Wohnungsbestandes an die demographische Entwicklung, d. h. die Beseitigung von Barrieren in und zu den Wohnungen. Im Bereich des Neubaus hat die kwg mit der Produktlinien ARGENTUM und kwg Comfort Produkte entwickelt, welche den Veränderungen am Wohnungsmarkt durch den demographischen Wandel Rechnung trägt.

Im Vorfeld von Investitionen werden regelmäßig Markt- und Standortanalysen durchgeführt, um die langfristige und nachhaltige Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen (Restlaufzeiten von 2-30 Jahren), die dinglich gesichert sind. Ein Zinsänderungsrisiko besteht im Wesentlichen im Hinblick auf zukünftige Refinanzierungen auslaufender Kredite. Aufgrund der in der Vergangenheit niedrigen Zinsen auch im langfristigen Bereich bestand die Strategie darin, die Darlehen bis zum Ende der Zinsbindungsfrist zurückgezahlt zu haben. Darlehen mit Zinsänderungsrisiko, d.h. mit Restvaluta am Ende der Zinsbindung, machen inzwischen mit nur noch 19 % einen geringen Teil des Darlehensportfolios der kwg aus. Darüber hinaus verfügt die kwg für weitere Investitionsmaßnahmen für ausreichende Beleihungsreserven.

Wesentliche Risiken aus Zahlungsstromschwankungen und Liquiditätsrisiken sind aufgrund regelmäßiger Mieteinzahlungen nicht erkennbar. Die Mieteinnahmen sind durch die Nutzungs- und Mietverträge gesichert. Preisänderungsrisiken bestehen im Rahmen der Investitionen in den Bestand und Neubautätigkeiten bei den Baukosten, die stetig steigen. Das Kostensteigerungsrisiko wird durch einen Kostenaufschlag bereits in der Planungsphase der Investitionen und durch ein Projektcontrolling minimiert. Regelmäßig wird mit den Bauvorhaben erst begonnen, wenn die wesentlichen Gewerke vergabereif sind.

Der abweichend vom Kerngeschäft betriebene Geschäftsbereich Verwaltung von Fremdbesitz hat aufgrund seines derzeit geringen Umfangs für das Risikomanagement nur eine untergeordnete Bedeutung.

Zur Verbesserung der Einkaufskonditionen werden regelmäßig Strom- und Gaskonditionen ausgeschrieben und im Sinne einer Kostensicherheit für zwei bis drei Jahre festgeschrieben. Die erzielten Ergebnisse reduzieren die Kosten für die Mieter der kwg spürbar und stellen einen Wettbewerbsvorteil dar. Allerdings werden für die kommenden Ausschreibungen erhebliche Kostensteigerungen erwartet.

Mit dem Auslaufen von Energielieferungsverträgen müssen Wohnungsunternehmen und ihre Mieter mit einem ganz deutlichen Preisanstieg und damit mit einem entsprechenden Anstieg der zu leistenden Vorauszahlungen an die Versorgungsunternehmen rechnen. Die Vorauszahlungen, die i. d. R. zunächst von den Wohnungsunternehmen vorfinanziert werden müssen, können unter Umständen zu Liquiditätsengpässen führen. Zudem könnte durch die deutlich erhöhte Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter (insbesondere Einzelpersonen- und Alleinerziehendenhaushalte in großen Wohnungen) übersteigen. Hieraus können Erlösausfälle resultieren. Gleichzeitig vermindern die so erhöhte Bruttowarmmiete und die inflationsbedingten Steigerungen der allgemeinen Lebenshaltungskosten den Spielraum für künftige Mieterhöhungen.

Die aktuelle Zinsentwicklung, die stark gestiegenen Preise am Bau sowie die negative Entwicklung der energetischen Bundesförderkulisse werden für die Zukunft den Neubau deutlich erschweren.

Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Davon umfasst sind auch kurzfristige Maßnahmen zur Optimierung der Betriebsführung der Heizungsanlagen. Im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Energiesektor zeigt sich, dass der Pfad zu einer nachhaltigen Transformation der Wirtschaft derzeit überdacht werden muss. Infolgedessen wird die kwg ihre Klimastrategie überarbeiten bzw. anpassen.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor bzw. die Wohnungswirtschaft stellen ganz erhebliche Herausforderungen auch für unser Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. Es wurde bereits eine Bestandsaufnahme der Objekte zur Ermittlung der derzeitigen CO₂-Emissionen durchgeführt. Im Weiteren ist eine sukzessive Erarbeitung einer unternehmenseigenen Klimaschutzstrategie, ausgerichtet an den technisch- wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen und baurechtlichen Vorgaben, vorgesehen. Etwaigen Kosten- und Vermietungsrisiken gilt es dabei zu begegnen.

Auf Grund der konsequenten Modernisierungsstrategie der vergangenen Jahre, ist der überwiegende Teil der kwg-Gebäude als saniert zu bewerten. Lediglich ein geringer Teil ist unsaniert. So weisen die Bauteile Dächer/oberste Geschosdecke einen Sanierungsgrad von 87 %, Fassaden einen Sanierungsgrad von 91 % und Fenster einen Sanierungsgrad von 80 % auf. Nur noch vereinzelt müssen umfangreiche Modernisierungen an der Gebäudehülle durchgeführt werden. Der Fokus zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 liegt auf der Optimierung und Anpassung der Energie- und Wärmeversorgung der Objekte. Da diese Maßnahmen den Großteil des Bestandes betreffen und die Kosten nicht abzusehen sind, ist dieses als ein nicht unerhebliches Risiko zu betrachten.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Auch für die Zukunft erwarten wir eine günstige Vermietungssituation mit punktuell leicht steigenden Mieten und zusätzlichen notwendigen Neubauwohnungen. Zusätzliche Wohnungsverkäufe sind derzeit nicht geplant.

Weitere Chancen werden bei Wirtschaftlichkeit durch Neubau wie auch energetische Modernisierungen und die Herstellung nachfragegerechter, d. h. vor allem demografiefester Grundrisse im Altbaubestand gesehen. Eine wesentliche Aufgabe der kwg bleibt dabei, den Bewohnern zu ermöglichen, so lange selbstbestimmt wie möglich zu leben. Die Bezahlbarkeit bildet aufgrund der erwarteten niedrigen Einkommen bei den älteren Menschen als einzige wachsende Bevölkerungsgruppe ein wesentliches Qualitätsmerkmal.

Neben baulichen Maßnahmen wird es eine vordringliche Aufgabe bleiben, stabile Nachbarschaften zu schaffen und zu erhalten. Neben den technischen Gesichtspunkten muss das Unternehmen dabei auch den sozialen Aspekten gerecht werden.

Die persönliche Betreuung der Mieter vor Ort ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Um hierfür entsprechend Raum zu schaffen, wurden systematisch Organisationsabläufe hinterfragt und, soweit sinnvoll, vereinfacht bzw. gestrafft. Auch die Qualifikation des Personals spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Dieser kontinuierliche Prozess wird auch für die Zukunft ein wesentliches Merkmal zur Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen sein.

Zusammenfassend sind keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken erkennbar, die zu einer ungünstigen Entwicklung im Unternehmen mit negativer Beeinflussung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen könnten.

Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Leerstand zu rechnen. Die Ausfallrisiken aus Leerstandsverlusten und Forderungsausfällen sind insgesamt als gering einzuschätzen, darüber hinaus wird ihnen durch eine aktualisierte Portfolioanalyse Rechnung getragen.

Für 2023 rechnen wir mit Mieterträgen von 20.174 TEUR, Instandhaltungsaufwendungen von 6.716 TEUR, sowie Zinsaufwendungen von 2.627 TEUR. Die Geschäftsführung erwartet einen Jahresüberschuss für das Jahr 2023 in Höhe von 2.749 TEUR.

Die Phase der hohen Neubautätigkeit der kwg im Bereich des Anlagevermögens wird langsam reduziert. Weiterhin soll das Portfolio gezielt nachfrageorientiert entwickelt werden. Die Finanzierung dieser Neubaumaßnahmen sollte durch entsprechende Eigenkapitalanteile unterlegt sein, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten.

Quantitative Angaben zum weiteren Einfluss des Ukraine-Kriegs auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht verlässlich möglich. Ebenfalls schwer vorhersehbar ist die weitere Entwicklung der Inflation und des Zinsniveaus. Der hohe Grad der Unsicherheit kann zu negativen Abweichungen bei einzelnen Kennzahlen führen.

Hildesheim, den 15.06.2023

kwg Kreiswohnbaugesellschaft Hildesheim mbH
Die Geschäftsführung
Matthias Kaufmann

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Matthias Kaufmann', with a small checkmark at the end.

**Haushaltssicherungskonzept
für das Haushaltsjahr
2024
und den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung
2025-2027**

Inhalt

I. Gesetzliche Grundlagen

II. Ausgangslage und Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung

- II. 1 Steuern und ähnliche Abgaben
- II. 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- II. 3 Auflösungserträge aus Sonderposten
- II. 4 sonstige Transfererträge
- II. 5 öffentlich-rechtliche Entgelte
- II. 6 privatrechtliche Entgelte
- II. 7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- II. 8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge
- II. 9 sonstige ordentliche Erträge
- II. 10 Personalaufwendungen
- II. 11 Versorgungsaufwendungen
- II. 12 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- II. 13 Abschreibungen
- II. 14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen
- II. 15 Transferaufwendungen
- II. 16 sonstige ordentliche Aufwendungen

III. Beseitigung der Fehlentwicklung

IV. Vermeidung von Fehlbeträgen in künftigen Jahren

- IV. 1 Aufgabenkritik
- IV. 2 Kennzahlenvergleiche
- IV. 3 Interkommunale Zusammenarbeit
- IV. 4 Veräußerung von Anlagevermögen
 - a) Grundvermögen
 - b) Beteiligungen
- IV. 5 Personalkostenreduzierung
- IV. 6 Optimierung des Sozialhaushaltes
- IV. 7 Einnahmeverbesserungen
- IV. 8 Festschreibung der Sachkosten (Budget 50 und 60)
- IV. 9 Steuerung der Investitionstätigkeit
- IV. 10 Begrenzung der Freiwilligen Ausgaben (Budget 20)
- IV. 11 Dezernatsspezifische Maßnahmen

Anlagen

- 1 Tatsächliche Einsparung der Personalkosten
 - a) Berechnung
 - b) Erläuterung
- 2 Rahmenregelung für die Teilnahme an Kennzahlenvergleichen des NLT beim Landkreis Hildesheim
- 3 Ausweitungen Haushaltssicherungskonzept - Budget 20 und Budget 50
- 4 Ausweitungen Haushaltssicherungskonzept - Erwerb von beweglichen Vermögen
- 5 Übersicht Haushaltssicherungskonzept 2024 - vorgesehene Maßnahmen
- 6 Übersicht Haushaltssicherungskonzept 2024 - nicht auf Gesetz beruhende Leistungen (Budget 20)
- 7 Übersicht Haushaltssicherungsbericht 2024

- 8 Interfraktionelle Arbeitsgruppe Bauinvestitionen – Abschlussbericht (Stand: HSK 2023*)
- 9 Interfraktionelle Arbeitsgruppe Bauinvestitionen – Maßnahmenliste (Stand: HSK 2023*)

* Erläuterung im Text (IV. 9)

I. Gesetzliche Grundlagen

Das Haushaltssicherungskonzept (HSK) des Landkreises Hildesheim wurde bislang und wird weiterhin auf der Grundlage des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2000 weitergeführt.

Das Ministerium für Inneres und Sport (MI) hat die „Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten und -berichten“ (RdErl. d. MI v. 17.09.2019) neu erlassen. Dies macht eine laufende inhaltliche Überprüfung, Überarbeitung und Anpassung des HSK erforderlich.

Gemäß § 110 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) haben die Kommunen ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Voraussetzung dafür ist insbesondere, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune nach § 23 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) gewährleistet ist, Fehlbeträge nach § 24 KomHKVO abgebaut werden und eine Überschuldung nach § 110 Abs. 7 NKomVG vermieden wird.

Nach § 110 Abs. 8 NKomVG hat die Kommune ein HSK aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann oder eine Überschuldung abgebaut oder eine drohende Überschuldung abgewendet werden muss.

Im HSK gemäß § 110 Abs. 8 NKomVG sind die Ausgangslage, die Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung und deren vorgesehene Beseitigung zu beschreiben. Dazu gehören insbesondere auch Aussagen, wie das Entstehen neuer Fehlbeträge in zukünftigen Jahren vermieden werden kann.

Das HSK soll die schnellstmögliche Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs gewährleisten.

Zielsetzung ist es, den Haushaltsausgleich innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wieder zu erreichen und den Abbau von Fehlbeträgen aus Vorjahren innerhalb der vorgesehenen Frist von sechs Jahren (§ 24 Abs. 2 KomHKVO) sicherzustellen.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde im Jahr 2020 der § 182 „Sonderregelungen für epidemische Lagen“ neu in das NKomVG aufgenommen. Nach § 182 Abs. 4 Nr. 3 NKomVG kann die Vertretung beschließen, dass in dem/den betreffenden Haushaltsjahr/Haushaltsjahren und in den beiden Folgejahren ein HSK nicht aufgestellt wird, soweit wegen der festgestellten epidemischen Lage der Haushaltsausgleich nicht erreicht, eine Überschuldung nicht abgebaut oder eine drohende Überschuldung nicht abgewendet werden kann.

Im Jahr 2022 wurde der § 182 NKomVG wegen des Krieges in der Ukraine erweitert. In § 182 Abs. 5 NKomVG heißt es „Zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine für die kommunale Haushaltswirtschaft ist Absatz 4 bis zum 30. Juni 2024 entsprechend anzuwenden.“

II. Ausgangslage und Ursachen der entstandenen Fehlentwicklung

Auch wenn es gelungen ist, dass der Kreishaushalt in den letzten Jahren mehrheitlich Jahresüberschüsse erwirtschaften konnte und sämtliche Fehlbeträge aus Vorjahren mit dem Jahresabschluss 2019 abgebaut werden konnten, zeigt das geplante Rechnungsergebnis des Jahres 2024 sowie die Finanzplanung der Jahre 2025 bis 2027 eine negative Prognose für die Zukunft.

Nach den vorläufigen Jahresrechnungen ist davon auszugehen, dass auch in den Jahren 2020 und 2021 positive Jahresergebnisse erwirtschaftet werden konnten. Für das Jahr 2022 muss, auch wenn derzeit gegenüber der Planung ein geringeres Defizit erwartet wird, von einem negativen Jahresergebnis ausgegangen werden. Unter Beachtung der vorläufigen Jahresergebnisse wird damit gerechnet, dass

zum Ende des Jahres 2022 Überschüsse in Höhe von rd. 18,1 Mio. € vorliegen werden. Für den Jahresabschluss 2023 wird derzeit ein gegenüber der Planung geringeres Defizit (rd. 14,5 Mio. €) erwartet als der veranschlagte Fehlbedarf von rd. 27,9 Mio. €. Grund für dieses Defizit sind insbesondere die Auswirkungen des Ukrainekrieges und die Preissteigerung auf dem Energiemarkt sowie die Inflation. Hinzu kommen die noch immer anhaltenden Auswirkungen der Corona-Lage.

Der Ergebnishaushalt 2024 des Landkreises Hildesheim weist bei Erträgen von rd. 669,7 Mio. € und Aufwendungen von rd. 701,6 Mio. € ein Defizit von rd. 31,9 Mio. € aus. Die abzudeckenden Fehlbeträge bis einschließlich des Jahres 2018 (rd. 0,7 Mio. €) des Landkreises Hildesheim konnten unter Einbeziehung des Überschusses (rd. 7,4 Mio. €) des letzten beschlossenen Jahresabschlusses 2019 ausgeglichen werden.

Die signifikante Höhe des aktuell nach den Planwerten erwarteten negativen Ergebnisses für das Jahr 2024 wird, wie das zu erwartende Defizit für 2023, mit den bereits o.g. Faktoren und Gegebenheiten begründet. Finanzielle Auswirkungen werden insbesondere in den Bereichen Personalkosten, ÖPNV sowie Jugend- und Sozial erwartet.

Für die Jahre 2025 bis 2027 weist die Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung Fehlbeträge von rund 31,4 Mio. €, 32 Mio. € und 34,3 Mio. € auf.

Da ein Haushaltsausgleich 2024 nach derzeitigem Erkenntnisstand und der vorliegenden Entwicklung auch für die Folgejahre nicht abzusehen ist und eine Überschussrücklage, aus der der Fehlbedarf in Summe abgedeckt werden könnte, derzeit nicht besteht, muss als Folge deshalb ein entsprechendes HSK gem. § 110 Abs. 8 NKomVG aufgestellt werden. Bei der Erstellung des HSK für das Haushaltsjahr 2024 wurde besonders darauf geachtet, dass die Anforderungen der Hinweise zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten und -berichten erfüllt sowie die in der Begründung enthaltenen Ausführungen zum HSK der Haushaltsgenehmigung 2023 beachtet werden. Aufgrund der vorhandenen Möglichkeiten konnte eine vollständige Umsetzung nicht erfolgen. Selbstverständlich wird weiterhin angestrebt, mit zukünftigen HSK einen Haushaltsausgleich zu erreichen und zu sichern. Gleiches gilt für die weiteren Vorgaben eines HSK.

Seitens des Landkreises Hildesheim war es nicht möglich, das Angebot des MI in der Haushaltsgenehmigung 2023, Abstimmung im Vorfeld bezüglich der Aufstellung des nächsten HSK, in Anspruch zu nehmen. Sofern weiterhin dieses Angebot besteht, ist eine Inanspruchnahme geplant. Inhaltlich konzentriert sich die Haushaltssicherung noch im Wesentlichen auf die Fortschreibung der bisherigen Konsolidierungsvorgaben bzw. das HSK in seiner bisherigen Form.

Von der Inanspruchnahme der Sonderregelungen für epidemische Lagen und Folgen des Krieges gem. § 182 Abs. 4 Nr. 3 und Abs. 5 NKomVG wurde verzichtet. Der für das Jahr 2024 erwartete Fehlbedarf ergibt sich zwar auch, aber nicht ausschließlich aus unmittelbar mit den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges zusammenhängenden Mindererträgen bzw. Mehraufwendungen.

Gegenüber der Haushaltsplanung des Vorjahres ergeben sich auf Grundlage des Ergebnisgliederungscodes folgende wesentliche Ansatzveränderungen:

II. 1 Steuern und ähnliche Abgaben

- 5.979.200 €

Im Bereich des Rechtsamtes entfällt der Landeszuschuss (Mehrbelastungsausgleich § 5 Nds. AG SGB II) entsprechend.

II. 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen + 17.340.300 €

Im Bereich des Zentralhaushaltes wird u.a. bei der Kreisumlage mit höheren Beträgen von rd. 22,8 Mio. € und bei den Schlüsselzuweisungen mit höheren Beträgen von rd. 1,8 Mio. € gerechnet. Diese Mehrerträge werden durch Mindererträge u.a. im Bereich des Rechtsamtes aufgrund eines geringeren Bundeszuschusses bei den lfd. Leistungen für Unterkunft und Heizung von rd. 8,9 Mio. € verringert.

II. 3 Auflösungserträge aus Sonderposten - 168.900 €

Im Bereich der Investitionstätigkeit wird mit einem entsprechenden Minderertrag gerechnet.

II. 4 sonstige Transfererträge + 410.600 €

In den Bereichen des Jugendamtes -Erziehungshilfe- und des Amtes für Familie werden bei der Heimpflege bzw. beim Unterhaltsvorschuss -Rückgriff- Mehrerträge erwartet.

II. 5 öffentlich-rechtliche Entgelte + 114.900 €

In den Produkten Fahrerlaubnisse und Fahrgastbeförderung sowie Rettungsdienst wird in den Bereichen Verwaltungsgebühren sowie Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte mit entsprechenden Mehrerträgen gerechnet.

II. 6 privatrechtliche Entgelte - 117.900 €

Aufgrund geänderter Abrechnungsverfahren wird mit Mindererträgen gerechnet.

II. 7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen - 1.097.300 €

In den Bereichen der Ämter für Migration, Integration und Demographie sowie für Familie wird für die Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge sowie beim Wohngeld mit geringeren Erstattungen von rd. 15,5 Mio. € und rd. 8,2 Mio. € gerechnet. Diese Mindererträge werden u.a. in den Bereichen der Ämter für Teilhabe und Rehabilitation, für Soziales und Senior*innen sowie für Migration, Integration und Demographie bei der Abrechnung nach dem SGB IX und dem SGB XII sowie den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch höhere Erstattungen von rd. 19,7 Mio. € verringert.

II. 8 Zinsen und ähnliche Finanzerträge - 211.700 €

Grundsätzlich wird mit einem gleichbleibenden Zinsniveau gerechnet. Es wird davon ausgegangen, dass bei der Dividende Kreiswohnbau Hildesheim und dem Gewinnanteil Sparkasse Hildesheim entsprechende Mindererträge erzielt werden.

II. 9 sonstige ordentliche Erträge + 462.000 €

Hauptsächlich im Bereich des Ordnungsamtes wird mit höheren Erträgen bei den Bußgeldern gerechnet.

II. 10 Personalaufwendungen + 5.476.800 €

Dieser voraussichtliche Mehraufwand ergibt sich insbesondere aus Besoldungs- und Tariferhöhungen sowie Stellenneu- und -wiederbesetzungen. Hinzu kommen kalkulatorische Anpassungen der Beiträge u.a. zur Versorgungskasse, der gesetzlichen Sozialversicherung sowie der Versorgungsrückstellungen.

II. 11 Versorgungsaufwendungen

0 €

Die Veranschlagung der Aufwendungen für passive Bedienstete erfolgt bei Aufwendungen für aktives Personal.

II. 12 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- 12.690.800 €

Ein Minderaufwand von rd. 17 Mio. € wird im Bereich Unterkünfte für Flüchtlinge sowie von rd. 1,3 Mio. € bei der Unterhaltung der Gebäude und Kreisstraßen erwartet. Dieser Minderaufwand wird u.a. durch Mehraufwand in den Bereichen Asylunterkünften von rd. 2,7 Mio. €, Umbau Mietobjekte von rd. 0,7 Mio. € und Ausschreibung Rettungsdienst von rd. 0,3 Mio. € verringert.

II. 13 Abschreibungen

- 132.700 €

Im Bereich der Investitionstätigkeit wird mit einem entsprechenden Minderaufwand gerechnet.

II. 14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

+ 1.100.000 €

Es erfolgte eine Anpassung an die aktuelle Zinslage am Kreditmarkt bzw. an den aktuellen Kreditbedarf.

II. 15 Transferaufwendungen

+ 11.813.000 €

In den Bereichen Ausgleichsleistung ÖPNV (6 Mio. €), Abrechnung nach dem SGB IX (rd. 3,7 Mio. €), Förderung der Erziehung in der Familie (rd. 3,4 Mio. €), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (rd. 3 Mio. €) und Abrechnung nach dem SGB XII (rd. 2,2 Mio. €), werden Mehraufwendungen erwartet. Diese Mehraufwendungen werden u.a. durch Minderaufwendungen im Bereich Wohngeld (rd. 8,2 Mio. €) verringert.

II. 16 sonstige ordentliche Aufwendungen

+ 9.185.700 €

Es wird mit einem Mehraufwand u.a. in den Bereichen Abrechnung nach dem SGB IX (rd. 9,5 Mio. €), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (rd. 5,4 Mio. €), Abrechnung nach dem SGB XII (rd. 4,4 Mio. €), Digitalisierung der Schulen -Finanzvertrag- (rd. 1,3 Mio. €) und Projektarbeit - Modernisierung der IT-Infrastruktur- (1 Mio. €) gerechnet. Im Bereich Leistungen für Unterkunft und Heizung wird von einem Minderaufwand i.H.v. rd. 14,3 Mio. € ausgegangen.

III. Beseitigung der Fehlentwicklung

Der Landkreis Hildesheim setzt sich entsprechend der Kommunalverfassung die Wiedererlangung und dauerhafte Gewährleistung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreishaushalts zum Ziel, soweit dies in seinem Verantwortungs- und Beeinflussungsbereich liegt.

Dies soll durch folgende Teilziele erreicht werden:

- a) Oberstes Ziel ist es, durch die Fortschreibung des HSK sicherzustellen, dass bei angenommener durchschnittlicher Konjunkturlage keine neuen Fehlbeträge aufgebaut werden. Dieses Ziel konnte bzw. wird wahrscheinlich der Landkreis Hildesheim erreichen, wie die Überschüsse der Jahresabschlüsse 2017 bis voraussichtlich 2021 belegen.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 sind folgende Regelungen beabsichtigt:

- Die Festsetzungen des HSK 2023 werden auch für das Jahr 2024 festgeschrieben.

- Die fortlaufende regelmäßige Überprüfung der Gebühren zur Ertragsverbesserung wird festgeschrieben. Alle Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten wurden im Jahr 2023 aufgefordert, die Entgeltsatzungen zu überprüfen, den aktuellen Sachstand mitzuteilen und die sich aus der Gebührenüberprüfung ergebenden Ertragsverbesserungen für das Jahr 2023 ff. zu übermitteln.
 - Das Kreditmanagement überprüft regelmäßig, dass entweder die Renditen des realisierbaren Anlagevermögens den Beteiligungs-/Vermögenswert angemessen verzinsen oder anderenfalls das Vermögen veräußert und zur Ablösung von Liquiditätskrediten bzw. Krediten genutzt wird. Die aktuelle jährliche Zinsbelastung ist für Liquiditätskredite mit rd. 0,13 Mio. € und für Kredite mit 5 Mio. € veranschlagt.
 - Von den Ämtern erkanntes Einsparpotenzial im Aufgabenspektrum des Landkreises, in seiner Verwaltungsorganisation, den Geschäftsprozessen, der Geschäftsausstattung, im Anlagevermögen und im Personalbestand wird in geeigneten Fällen im Rahmen der von Politik und Verwaltungsleitung festgelegten zentralen Vorgaben realisiert.
 - Ein hausweiter Stellenabbau ist aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 17.12.2009 nicht vorgesehen. Im Rahmen der kontinuierlichen Aufgabenkritik erkanntes Einsparpotenzial im personellen Bereich wird im Einzelfall nach erfolgter Organisationsüberprüfung dem Kreistag vorgelegt.
- b) Zudem hat der Landkreis den Abbau der aufsummierten Fehlbeträge aus Vorjahren mit dem Jahresabschluss 2019 erreicht.
- c) Als letzter Schritt muss sichergestellt werden, dass der Landkreis dauerhaft nicht mehr Ressourcen verbraucht als er erwirtschaftet. Da nach der derzeitigen Planung sowohl im aktuellen Haushaltsjahr als auch im Finanzplanungszeitraum Defizite erwartet werden, ist in den nächsten Jahren erneut mit einem Anstieg der Fehlbeträge zu rechnen. Darüber hinaus empfiehlt es sich Maßnahmen zu entwickeln, um kommende Konjunkturerinbrüche abzumildern, Risiken aus unterlassener Hoch- und Tiefbauunterhaltung oder steigenden Zinsen begegnen zu können und politische Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen.
- d) Gegenüber dem Land wird weiterhin eine sachgerechte kommunale Finanzausstattung im Rahmen einer Finanzreform eingefordert. Bei der Übertragung neuer Aufgaben ist die Beachtung des Konnexitätsprinzips (Art. 57 Abs. 4 Niedersächsische Verfassung) zu überprüfen und ggf. geltend zu machen. Insbesondere im Bereich der Kindertagesbetreuung sind die seitens des Landes erhaltenen Finanzmittel unzureichend.

Die doppischen Fehlbeträge konnten bis heute nicht komplett abgebaut werden. Zudem ist zukünftig wieder mit einem Anstieg der Fehlbeträge zu rechnen. Somit bleibt der politische Gestaltungsspielraum des Landkreises Hildesheim weiterhin massiv eingeschränkt. Daher gilt es, verstärkt darauf hinzuwirken, kommunale Schwerpunkte bzw. zukunftsrelevante Aufgaben auch langfristig finanzieren zu können, um z.B. auf den Gebieten Bildung, Jugend- und Sozialpolitik, Wirtschaftsförderung und Nahverkehr wieder gestalterisch wirken zu können. Dieses liegt auch im Interesse der kreisangehörigen Kommunen, die dem Landkreis in einer nicht trennbaren Gemeinschaft verbunden und auf die gemeindeübergreifende Aufgabenerfüllung des Landkreises zwingend angewiesen sind. Aus diesen Gründen haben die Wiederherstellung und dauerhafte Gewährleistung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises oberste Priorität bei allen Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

Klar ist, dass dies ein langwieriger und schwieriger Prozess ist. Er muss aber vom allgemeinen Grundsatz geprägt sein, nicht mehr Geld für kommunale Leistungen auszugeben, als es die Einnahmesituation

zulässt. Auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu leben, indem man auf jetzt notwendige Einschränkungen verzichtet, ist nicht vertretbar.

Die Ziele sollen unter Beachtung folgender Grundsätze verfolgt werden:

- a) Bund und Land sind gefordert, den Kommunen eine dauerhaft angemessene Finanzausstattung im Rahmen einer Finanzreform zur Verfügung zu stellen (z.B. durch NFAG-Zuweisungen, Kostenübernahmen oder Aufgabenreduzierung).
- b) Wer den Landkreis zu neuen Aufgaben oder Ausgaben verpflichtet, ist für die Finanzierung verantwortlich. Bei der Übertragung neuer Aufgaben durch das Land ist die Beachtung des Konnexitätsprinzips (Art. 57 Abs. 4 Niedersächsische Verfassung) zu überprüfen und ggf. geltend zu machen.
- c) Die Verwaltung soll bedarfsorientiert, wirtschaftlich, transparent und dabei möglichst qualitativ hochwertig arbeiten.
- d) Festlegungen sollen sich vorrangig auf das konsumtive Verhalten beziehen.
- e) Die zu treffenden Maßnahmen sollen sozialverträglich sein. Insbesondere betriebsbedingte Kündigungen mit dem Ziel der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses sollen nicht ausgesprochen werden.
- f) Alle Finanzentlastungen dienen vorrangig der Haushaltssicherung.
- g) Leistungen (auch aus gesetzlichen Verpflichtungen), die über dem gesetzlich vorgeschriebenen Standard liegen, sind grundsätzlich abzubauen, wobei jedoch die spezifischen Bedingungen und die Ziele des Landkreises berücksichtigt werden müssen. Höhere Standards beschließt der Kreistag.
- h) Die Rationalisierungspotentiale im Bereich der freiwilligen Leistungen sind auszuschöpfen.
- i) Die Übernahme neuer Aufgaben sowie eine qualitative oder quantitative Ausweitung von Aufgaben dürfen nur erfolgen, wenn dazu eine Rechtsverpflichtung besteht oder dadurch kostendeckende Mehreinnahmen bzw. Einsparungen erzielt werden. Rückzüge aus Aufgabenfeldern müssen zuvor in ihrer Folgewirkung überprüft werden.
- j) Bei den Gebühren und Entgelten für kommunale Dienstleistungen soll regelmäßig eine Überprüfung und ggf. Anpassung unter Abwägung einer möglichst gleichmäßigen Belastung der Bürger und der Wahrung sozialer Belange erfolgen.
- k) Soweit Maßnahmen die Interessen der Gemeinden betreffen, sind diese zuvor anzuhören.
- l) Die gesetzten (Konsolidierungs)ziele sollen auch durch größere Anreize und Eigenverantwortung der Dezernate, Ämter sowie der Mitarbeiter*innen erreicht werden. Dazu sollen neue Möglichkeiten erprobt und realisiert werden.

Die notwendigen Maßnahmen werden konkret und verbindlich beschrieben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt, die Umsetzungsmethode und das bezifferte Konsolidierungsvolumen jeder Einzelmaßnahme werden benannt. Hier ist die intensive Mitarbeit der einzelnen Dezernate sowie übrigen Organisationseinheiten zwingende Voraussetzung.

Nach dem Runderlass sind bei HSK, die den Haushaltsausgleich zum Ziel haben, auf der Aufwandsseite alle nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen detailliert aufzulisten, kritisch auf ihre Erforderlichkeit hin zu überprüfen und ggf. konsequent zu reduzieren.

Auch bei pflichtigen Verwaltungsaufgaben ist zu prüfen, ob die Quantität und Qualität der Aufgabenwahrnehmung noch gerechtfertigt und ob ggf. Aufwandssenkungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften möglich sind.

Aufwandserhöhungen im Bereich der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen sind einzeln darzustellen und zu begründen.

Alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung werden überprüft. Hierbei sind insbesondere die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung nach § 111 NKomVG zu beachten. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Angemessenheit der Benutzungsgebühren zu prüfen.

Sofern die Aufwandssenkungen und die anderen Ertragssteigerungen in ihrer Gesamtwirkung nicht ausreichen, um den Haushaltsausgleich wiederherzustellen, ist auch eine Erhöhung des Umlageaufkommens zu prüfen.

Der Landkreis Hildesheim hat auch in den Jahren, in denen er nicht dazu nach § 110 Abs. 8 NKomVG verpflichtet war, ein HSK erstellt. Auch im Jahr 2023 wurde von der Möglichkeit nach § 182 Abs. 4 Nr. 3 und Abs. 5 NKomVG auf die Aufstellung des HSK aufgrund der epidemischen Lage und Folgen des Krieges zu verzichten, kein Gebrauch gemacht. Zudem stehen nicht alle haushaltsrelevanten negativen Veränderungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges. Für das Haushaltsjahr 2024 hat sich der Landkreis Hildesheim dazu entschieden, die Möglichkeit, auf die Aufstellung eines HSK zu verzichten, nicht in Anspruch zu nehmen, da nicht alle erwarteten Fehlbeträge unmittelbar bzw. mittelbar mit der Corona-Pandemie und den Folgen des Ukrainekrieges verbunden sind. Zudem ist es aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und angesichts der hohen Unsicherheiten bzgl. zukünftiger finanzwirtschaftlicher Entwicklungen ratsam, sämtliche Erträge/Einzahlungen bzw. Aufwendungen/Auszahlungen zu überprüfen und mit Blick auf nachfolgende Generationen ein besonderes Augenmerk auf die Sparsamkeit zu legen.

Dies macht deutlich, dass das Thema Haushaltssicherung beim Landkreis Hildesheim immer mehr an Bedeutung gewinnt. Auch in der Genehmigung der Haushaltssatzung 2023 hat das MI die Ausweitung der Haushaltskonsolidierung dringend empfohlen.

Die ursprünglichen Mittelanmeldungen der Ämter des Landkreises Hildesheim für den Haushalt 2024 ergaben insgesamt einen Fehlbedarf von rd. 57,1 Mio. €.

Dieser Fehlbedarf wurde in der Haushaltsklausur der Verwaltungsführung für die Haushaltsplanung 2024 durch Anwendung von in der Praxis langjährig bewährten Prozessen um rd. 6,2 Mio. € reduziert. Diese Prozesse sind nicht rein innerhalb der Einflussmöglichkeiten des Landkreises Hildesheim liegend und hausinterne Vorgaben der Verwaltungsführung.

Zu diesem reduzierten Fehlbedarf von rd. 50,9 Mio. € wurde weiterhin in dieser Haushaltsklausur über die üblichen Veränderungen im Haushaltsaufstellungsverfahren (u.a. Prüfung Plausibilität und Einhaltung haushaltsrechtlicher Vorgaben) hinaus, eine weitergehende kritische Betrachtung der Haushaltsansätze, mit dem Ziel das Plandefizit zu reduzieren, besprochen.

Bezüglich der Haushaltssicherung wurde entschieden, dass die Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen Reduzierungen der Aufwendungen um rd. 13 Mio. € (Budgets 10 um 5 % und Budgets 50 um 10 %) vorzunehmen haben. Dies führt zu einer weiteren Reduzierung des Fehlbedarfes auf rd. 37,9 Mio. €.

Durch Beschluss des Kreistages am 07.12.2023 wurde der Kreisumlagehebesatz um 2 Prozentpunkte erhöht (rd. 8,2 Mio. €) und verringert den Fehlbedarf auf rd. 29,7 Mio. €.

Weitere Beschlüsse des Kreistages am 07.12.2023 erhöhen den Fehlbedarf um rd. 2,2 Mio. €. Trotz angespannter Haushaltslage sind Hilfsangebote, gerade in diesen Zeiten, für die schwächsten

Mitglieder der Gesellschaft besonders wichtig und erfordern einen entsprechenden Beitrag des Landkreises. Hierzu ist eine Abwägung zwischen finanzieller Verantwortung und sozial notwendigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln notwendig.

Der aktuelle Haushaltsplan 2024 prognostiziert einen Fehlbedarf im Ergebnishaushalt in Höhe von rd. 31,9 Mio. €.

Im Mai 2023 wurden mit Schreiben zur Aufstellung des Haushaltes 2024 sowie Fortschreibung von Finanzplanung und Investitionsprogramm alle Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten aufgefordert, Vorschläge zur Haushaltssicherung vorzulegen. Über die tabellarisch aufgelisteten Einsparmöglichkeiten soll die interfraktionelle „Arbeitsgruppe Haushaltssicherung“ beraten und entscheiden.

Alle Dezernate, Ämter und Organisationseinheiten wurden im August 2023 aufgefordert eine Auflistung der freiwilligen Leistungen und Mitgliedsbeiträge auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen.

Dennoch wird es sowohl mit den bestehenden als auch mit neuen Maßnahmen zur Haushaltssicherung nicht möglich sein, einen Haushaltsausgleich im laufenden Jahr zu erreichen. Ebenso wenig kann eine Aussage dazu getroffen werden, wann ein Haushaltsausgleich möglich sein wird noch kann gesagt werden, wann eventuell bestehende Fehlbeträge vollständig abgebaut sind.

Eine Kompensation eines solchen Defizits mit Haushaltssicherungsmaßnahmen ist gerade unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen und den damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen sowie den äußerst unsicheren Plandaten für die Zukunft schlichtweg nicht möglich.

Die vorgesehenen Konsolidierungsbeiträge und eine Auflistung aller nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen (Budget 20) sowie Aufwandserhöhungen in diesem Bereich sind im Rahmen der „Übersicht Haushaltssicherungskonzept 2024“ als Anlage 5 bzw. 6 beigefügt.

Die zusammenfassende Darstellung der Konsolidierungsbeiträge der vergangenen Jahre und der Stand der Umsetzung dieser Maßnahmen, sind der „Übersicht Haushaltssicherungsbericht 2024“ (siehe Anlage 7) zu entnehmen.

IV. Vermeidung von Fehlbeträgen in künftigen Jahren

Maßnahmen sollen in ihrer Wirkung grundsätzlich auf Dauer angelegt sein. Aber auch einmalige Maßnahmen wirken durch die Verringerung des aufgelaufenen Vorjahresfehlbetrags und somit durch die Verringerung der Zinslast dauerhaft auf den Ergebnishaushalt und sind ebenso vorzusehen.

Derzeit beträgt die Höhe des aufgelaufenen Defizits zum Ende des Finanzplanungszeitraumes voraussichtlich (in Tausend €):

Verbliebene Vorjahresfehlbeträge einschl. Jahresabschluss 2018	697
Jahresüberschuss 2019 gemäß Jahresabschluss	7.413
Jahresüberschuss 2020 gemäß vorl. Rechnungsergebnis	12.952
Jahresüberschuss 2021 gemäß vorl. Rechnungsergebnis	20
Jahresfehlbedarf 2022 gemäß vorl. Rechnungsergebnis	1.580
Jahresfehlbedarf 2023 gemäß Ansatz Ergebnishaushalt	27.885
Jahresfehlbedarf 2024 gemäß Ansatz Ergebnishaushalt	31.884
Jahresfehlbedarf 2025 gemäß Finanzplanung	31.437

Jahresfehlbedarf 2026 gemäß Finanzplanung	31.995
Jahresfehlbedarf 2027 gemäß Finanzplanung	34.254
Konsolidierungsbedarf:	139.347

IV. 1 Prozessmanagement

Das Instrument der Aufgabenkritik sollte ursprünglich beim Landkreis zukünftig wieder mehr in den Fokus rücken. Zunächst intern und möglicherweise auch mit externer Unterstützung sollten hier mögliche Einsparpotentiale ermittelt und konsequent umgesetzt werden.

Für den Bereich Geschäftsprozessoptimierung wurde zudem im Personal- und Organisationsamt im Jahr 2020 eine neue Stelle geschaffen.

Das Personal- und Organisationsamt (Amt 101) war aufgefordert, bis zum 31.03.2023 ein Konzept zur Geschäftsprozessoptimierung und Aufgabenkritik vorzulegen, mit dem ausgegebenen Ziel, durch dessen Umsetzung in einem ersten Schritt Einsparungen von rd. 500.000 € bei den Personal- und Sachkosten zu generieren.

Der Landkreis Hildesheim sollte im Rahmen der Aufgabenkritik und der Geschäftsprozessoptimierung an die Herausforderungen der nächsten Jahre angepasst und handlungsfähig für die Zukunft gemacht werden.

Mit Zustimmung des Landrates und unter Einbindung der Politik erfolgt, statt einer klassischen Aufgabenkritik, die Einführung und Umsetzung eines Prozessmanagements beim Landkreis. Die Geschäftsprozessoptimierung wird als ständige Aufgabe implementiert. Während der Prozessaufnahme erfolgt eine Zweck- und Vollzugskritik (Bestandteile einer klassischen Aufgabenkritik). Durch die Einführung eines Prozessmanagements soll erreicht werden, Verwaltungsabläufe bereichsübergreifend und transparent darzustellen. Es beinhaltet die Identifizierung, Dokumentation, Analyse und langfristige sowie wiederkehrende Verbesserung von Prozessen, um Effizienz, Qualität und Kundenzufriedenheit zu steigern. Weiterhin können Schnittstellen, Ressourcenbedarfe und Risikopotenziale identifiziert werden. Es sollen auch die Ziele der langfristigen Entlastung des Haushalts u.a. durch die Optimierung von Arbeitsabläufen oder den Einsatz von digitalen Lösungen und die Sicherstellung einer zukunftsfähigen Verwaltung erreicht werden.

Die Vorlage des Konzeptes zur Geschäftsprozessoptimierung und Aufgabenkritik erfolgt nicht, weil im Hinblick auf eine zeitnahe Einführung, Umsetzung und Akzeptanz des Prozessmanagements und den notwendigen personellen Ressourcen es als nicht zielführend erachtet wird. Der Fokus einer klassischen Aufgabenkritik würde auf dem zumeist politisch geprägten freiwilligen Bereich liegen. Dagegen liegt der Fokus des Prozessmanagements auf dem pflichtigen Aufgabenbereich. Hauptsächlich hieraus lassen sich die o.g. Ziele ableiten und erreichen.

Zustimmungen des Landrates zum Phasenmodell zur Einführung und Umsetzung des Prozessmanagements sowie zur Durchführung des Pilotprojektes im Amt 101 wurden erteilt.

IV. 2 Kennzahlenvergleiche

Durch Beteiligung an Vergleichsringen für bestimmte Aufgaben und Vergleiche mit anderen Landkreisen soll weiteres Einsparpotential aufgezeigt werden. Näheres ist in der hierzu erlassenen Rahmenregelung des Landkreises Hildesheim für die Teilnahme an Kennzahlenvergleichen des NLT geregelt.

IV. 3 Interkommunale Zusammenarbeit

Der Landkreis Hildesheim strebt mit allen geeigneten Partnern, insbesondere mit den Städten Hildesheim und Alfeld (Leine), aber auch mit den übrigen kreisangehörigen Gemeinden, verbindliche Vereinbarungen über Aufgabenbündelungen an.

Die Verwaltungen sollen auf allen dafür geeigneten Gebieten mit dem Ziel verhandeln, durch Synergieeffekte zu beiderseitigen Einsparungen zu gelangen. Ziel muss es u.a. auch sein, kostenintensives Fachpersonal gemeinsam vorzuhalten.

Der Landkreis schafft die erforderlichen Grundlagen für diese Zusammenarbeit, um die Möglichkeiten des Nds. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit zu nutzen.

Einsparpotentiale können in diesem Bereich immer erst dann beziffert werden, wenn konkrete Kooperationsvorhaben in Vorbereitung sind.

Mit kreisangehörigen Kommunen, insbesondere mit den Städten Hildesheim und Alfeld (Leine), sind bereits verschiedene Vereinbarungen geschlossen worden.

Eine im Oktober 2023 erfolgte Abfrage bei allen Dezernaten, Ämtern und Organisationseinheiten bezüglich vorhandener oder angestrebter interkommunaler Zusammenarbeit sowie daraus voraussichtlich erzielter Einsparungen ergab folgende Rückmeldungen:

- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik mit allen kreisangehörigen Kommunen
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Vergabebereich mit zehn kreisangehörigen Kommunen
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Wahrnehmung der örtlichen Prüfung (Rechnungsprüfung) mit der Stadt Alfeld
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit in den Bereichen ruhender Verkehr und Sprengstoffgesetz mit den Städten Hildesheim und Alfeld
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Leitstellen mit der Stadt Hildesheim
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Telenotfallmedizin mit der Stadt Hildesheim und dem Landkreis Goslar
- Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Umweltmaßnahmen mit allen kreisangehörigen Kommunen

Es wird mit der Stadt Salzgitter im Bereich Leitstellen, mit interessierten kreisangehörigen Kommunen im Bereich Bodenschutz und mit der Stadt Hildesheim im Bereich Jugend und Soziales eine interkommunale Zusammenarbeit angestrebt.

Erzielte bzw. voraussichtliche Einsparungen ergeben sich auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik im Bereich der Sachkosten und in den Bereichen ruhender Verkehr sowie Sprengstoffgesetz bei den Personalkosten. Die interkommunale Zusammenarbeit im Vergabebereich unterliegt dem Kostendeckungsprinzip und ist für den Landkreis grundsätzlich kostenneutral. Im Bereich der Wahrnehmung der örtlichen Prüfung werden keine Einsparungen erzielt. Einsparungen im Bereich Telenotfallmedizin sind nicht zu erwarten, da die Abrechnung der Einsätze direkt mit den Krankenkassen erfolgt. Insgesamt können die Einsparungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden.

In einer internen Arbeitsgruppe der Verwaltungsführungen von Stadt und Landkreis Hildesheim werden derzeit weitere Zusammenarbeitsformen geprüft.

IV. 4 Veräußerung von Anlagevermögen

Das Beteiligungs- und Vermögensmanagement wacht darüber, dass entweder die Renditen den Beteiligungs-/Vermögenswert angemessen verzinsen oder das Vermögen zur Ablösung von Krediten genutzt wird.

Die Veräußerung von Vermögen ist durchzuführen, wenn das Vermögen zur Erfüllung der Aufgaben des Landkreises in absehbarer Zeit nicht erforderlich ist (siehe § 125 Abs.1 NKomVG).

IV. 4a) Grundvermögen

Durch das Amt 304 (Gebäudewirtschaft) erfolgt seit Beginn der Haushaltskonsolidierung eine regelmäßige Überprüfung, welche größeren Objekte voraussichtlich nicht mehr benötigt werden. Diese Überprüfung wird fortlaufend weitergeführt. Entscheidungsvorschläge werden dem Kreistag/Kreisausschuss vorgelegt. Erzielte finanzielle Vorteile werden dem Dezernat 3 / Amt 304 zugerechnet.

⇒ **Verkauf des Grundstückes Leintor 17 in Gronau**

Am 15.05.2019 hat der Kreisausschuss den Verkauf für 1,1 Mio. € an die Firma VSP Holding beschlossen. Der Kaufvertrag wurde unter der Voraussetzung der Erteilung einer Baugenehmigung abgeschlossen und in enger Abstimmung mit der Samtgemeinde Leinebergland, zuständig für das notwendige Planungsrecht, war die Abwicklung des Kaufvertrages für das Jahr 2022 geplant. Die für 2022 geplante Umsetzung des Verkaufes verzögert sich bis voraussichtlich 2024 aufgrund von Problemen bei der Erteilung der Baugenehmigung wegen eines schützenswerten Biotopes auf dem Grundstück. Der Erlös aus dem Verkauf wird im Haushalt 2024 als investive Einnahme berücksichtigt.

⇒ **Verkauf des Grundstückes und des Gebäudes Kallenberg 20 in Lamspringe**

Im Rahmen der Flüchtlingskrise wurde das Gebäude von Ende 2015 bis Ende 2017 als Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber genutzt. In 2018 und 2019 wurde das Basement als Ausweichquartier für den evangelischen Kindergarten genutzt. Das Erdgeschoss dient seit 2018 als Möbellager für Amt 913. Der linke Anbau wird von der gemeinnützigen Kleiderkammer der Kirche genutzt. Die durchgeführten Verkaufsaktivitäten erbrachten kein befriedigendes Ergebnis. Im Jahr 2022 fanden Überlegungen, statt die Liegenschaft im Rahmen der Ukraine Krise wieder als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Im Sommer 2023 wurde das Objekt durch Mittel aus der Bauunterhaltung zur dauerhaften Nutzung als Flüchtlingsunterkunft ertüchtigt. Ein Verkauf ist auf absehbare Zeit nicht mehr vorgesehen.

IV. 4b) Beteiligungen

Der Landkreis geht weiterhin grundsätzlich davon aus, dass die Beteiligung an Unternehmen, die mit Überschüssen in den jeweiligen Wirtschaftsjahren für die Unternehmen abschließen, zu Dividendenausschüttungen an den Landkreis führen.

⇒ **Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth mbH**

Die Beteiligung des Landkreises Hildesheim an der Kurbetriebsgesellschaft mbH Bad Salzdetfurth steht nicht in Zweifel. Gutachtlich sind die Bedeutung und Wertschöpfung für die Region durch die Existenz und Aufstellung dieses Unternehmens nachgewiesen.

Die bestehende Verlustabdeckung durch beide Gesellschafter war grundsätzlich konstant, jedoch hatte die Gesellschaft zunächst mit den Folgen der Corona-Pandemie und nunmehr mit der darauffolgenden Energiekrise aufgrund des Ukrainekrieges zu kämpfen.

Die seit 2017 bestehende Tarifgleitklausel versetzt den Kurbetrieb in die Lage, die Tarifanpassungen nicht selbst erwirtschaften zu müssen. Erhöhungen der jährlichen Grundbeträge werden nur bei sog. Notlagen zugelassen. So ist eine Aufstockung der Verlustabdeckung für 2020 aufgrund der durch die Corona-Pandemie verursachten Einnahmeausfälle nach zeitweisen Schließungen des Solebades in Höhe von 225.000 € (Anteil Landkreis) vorgenommen worden. Insgesamt wurde im Jahr 2021 nach erfolgter Abrechnung eine Verlustabdeckung in Höhe von 1.002.123 € vom Landkreis Hildesheim an die Kurbetriebsgesellschaft mbH gezahlt. Im Jahr 2022 erfolgten Zahlungen in Höhe von 986.340 €. Für das Jahr 2023 ist aufgrund der eingetretenen Energiekrise zu erwartenden erheblichen Betriebskostensteigerungen sowie der gestiegenen Personalkosten auch weiterhin mit einer erhöhten notwendigen Verlustabdeckung zu rechnen, der Ansatz für das Haushaltsjahr 2023 beträgt 1.071.000 €. Eine Anforderung der zusätzlichen Beträge erfolgt durch den Kurbetrieb vereinbarungsgemäß nur in Höhe des tatsächlichen Bedarfes.

Nach umfangreichen erforderlichen Hochwassersanierungen, die im Bereich des Solebades im Jahr 2018 noch eine Sanierung des Außenbeckens mit entsprechender Schließzeit erforderlich machten, konnte der gesamte Betrieb ab Mitte des Jahres 2018 wieder geöffnet werden. Die gestellten Förderanträge wurden mit einer Förderquote von 80 % bewilligt und ausgezahlt. Ferner ist eine Sanierung des Kurmittelhauses/des Therapiezentrums mit einem Investitionsvolumen von max. 1.000.000 € geplant. Für den entsprechenden Kredit benötigt die Kurbetriebsgesellschaft eine sog. Ausfallbürgschaft. Mit Beschluss vom 23.06.2021 hat der Kreistag des Landkreises Hildesheim diese Bürgschaft unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften nach dem Kommunalverfassungsgesetz mit einer Höhe von 408.000 € bewilligt. Das Genehmigungsverfahren beim zuständigen Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ruht weiterhin, da sich die Baumaßnahme zeitlich verzögert und in diesem Zuge geprüft wird, ob und inwieweit die Bürgschaft noch benötigt wird.

Dies geschieht insbesondere auch im Hinblick darauf, dass in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf die Standfestigkeit des nunmehr über 40 Jahre alten Solebades zu legen ist. Die jährlich durchgeführten Betonsanierungsarbeiten haben sich dabei positiv auf die Lebensdauer des Solebades ausgewirkt. Trotzdem ist diese auch für das Bad endlich. Nach Aussage des durch die Gesellschaft beauftragten Architekten liegt die unbedenkliche Lebensdauer in einem Zeitraum von 5-8 Jahren. Somit sind die Gesellschafter vom Geschäftsführer dahingehend sensibilisiert worden, sich Gedanken zu machen, wie es in den kommenden Jahren speziell mit dem Solebad weitergehen soll. Seitens der Geschäftsführung der Gesellschaft werden die Gesellschaftervertreter unterjährig und zeitnah über alle wesentlichen wirtschaftlichen Veränderungen des Unternehmens unterrichtet. Aktuell wurde von der Geschäftsführung eine Studie in Auftrag gegeben, die verschiedene Szenarien hinsichtlich der Zukunft des Solebades darlegt. Mit der Auswertung und Umsetzbarkeit der Ergebnisse dieser Studie befasst sich derzeit der Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Ergänzend zu den Festlegungen hinsichtlich der absoluten Höhe der Zuschusszahlung hat der Kreistag in seiner Sitzung am 07.12.2009 beschlossen, die Verlustabdeckungsquote (aktuell 51% Landkreis Hildesheim und 49% Stadt Bad Salzdetfurth) nicht zu Lasten des Landkreises zu erhöhen, sondern diese vielmehr zu reduzieren, sobald die Haushaltslage der Stadt Bad Salzdetfurth dies zulässt. Ein aktueller Vergleich der Haushaltssituation beider Gebietskörperschaften kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Anpassung derzeit nicht angezeigt ist. Die Kreisverwaltung

aktualisiert diese Betrachtungen regelmäßig. Aufgrund der oben beschriebenen Situation ist vielmehr mit weiterhin steigenden Zahlungen in die Verlustabdeckung zu rechnen.

Insbesondere bei den Energie-, aber auch den Personalkosten wird es im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Lage in den kommenden Jahren voraussichtlich zu erheblichen Kostensteigerungen kommen, die die Gesellschaft in keinem Fall selbst kompensieren kann. Obwohl der Landkreis Hildesheim als Mehrheitsgesellschafter bemüht ist, den Zuschussbetrag so gering wie möglich zu halten, wird sich nach dem derzeitigen Stand aufgrund der beschriebenen Situation eine Reduzierung der Zahlungen in die Verlustabdeckung als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung daher voraussichtlich nicht realisieren lassen.

⇒ Theater für Niedersachsen gGmbH

Das aus dem bisherigen Stadttheater Hildesheim und der Landesbühne Hannover hervorgegangene Theater für Niedersachsen (TfN) nahm den Spielbetrieb zum 01.09.2007 auf. Zum Ende des Jahres 2014 ist der Gesellschafter Landesbühne Hannover aus dem TfN ausgeschieden. Die frei gewordenen Gesellschaftsanteile hat die TfN GmbH übernommen.

Der Abschluss einer neuen Ziel- und Leistungsvereinbarung für den Zeitraum ab 2018 mit dem Land Niedersachsen war Gegenstand der Verhandlungen im Jahr 2018. Nach Abschluss derselben ist eine Fortschreibung der Budgetvereinbarungen mit den Gesellschaftern Stadt und Landkreis Hildesheim erfolgt. In den Vereinbarungen wurde bisher auch festgelegt, dass das Land und die beiden Gesellschafter anteilig für ihre Zuschüsse die Tarifierhöhungen des öffentlichen Dienstes übernehmen, dies wurde entsprechend beibehalten, um auch ab 2019 dem TfN die notwendige Planungssicherheit zu gewährleisten. Diese Vereinbarung ist zum Jahresende 2023 ausgelaufen. Die Gespräche über eine Verlängerung und eine Wiedereinführung der anteiligen Übernahme der Tarifsteigerungen sowie eine Anhebung der Sockel betragen laufen derzeit.

Entsprechend den zuvor genannten Vereinbarungen und nach Vorlage des Abrufplanes ist für das Haushaltsjahr 2023 ein Zuschuss des Landkreises Hildesheim an das TfN in Höhe von 3.950.000 € vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2024 ist ein Ansatz in Höhe von 4.350.000 € festgelegt, der endgültige Betrag steht erst nach Vorlage des Abrufplanes fest.

Der Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2023/2024 ist von massiven Kostenaufwüchsen in nahezu allen Bereichen gekennzeichnet. Im Personalaufwand sind diese durch die deutliche Anhebung der Mindestgage sowie die Anhebung des Mindestlohns hervorgerufen. Hinzu tritt die anstehende Tarifierhöhung im Bereich des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen, die noch nicht in voller Höhe eingeplant war. Die Höhe des Materialaufwandes wird stark von der Energiekrise beeinflusst. Durch die Inflation ergeben sich Steigerungen im Bereich der Energiekosten, der Kraftstoffe, der Rohstoffe und auch der zugekauften Dienstleistungen. Weiterhin zeichnet sich kurz bzw. mittelfristig ein Instandhaltungs- und Sanierungsbedarf ab, der erheblichen finanziellen Aufwand verursachen wird.

Die Zahlen hinsichtlich der Zuschauerresonanz liegen weiterhin etwa 20 % unter denen vor der Pandemie. Insbesondere der Rückgewinn von Abonnentinnen steht im Fokus des kommenden Geschäftsjahres der Gesellschaft.

Für die Spielzeit 2022/2023 zeichnete sich insbesondere wegen der Auswirkungen der Anhebung des Mindestlohns bzw. der Mindestgage sowie der Tarifierhöhungen der damit verbundenen erheblichen Steigerung der Personalkosten bereits jetzt ein deutlich höheres Defizit ab als geplant. Voraussichtlich ist hinsichtlich der Gesellschafter mit einer Zuschusssteigerung in Höhe von mindestens je 400.000 € zu rechnen. Entsprechende Mittel wurden im Haushaltsplan für das Jahr 2024 veranschlagt. Dieser Betrag wird sich evtl. noch nach oben korrigieren, da die Kalkulation

bereits zu einem frühen Zeitraum erfolgte und daher evtl. die aktuellen Entwicklungen noch nicht berücksichtigt.

Für die Zeit der mittelfristigen Finanzplanung sind nach jetzigem Kenntnisstand weitere erhebliche Defizite in ähnlichen Größenordnungen zu erwarten, so dass die derzeit noch bestehende Rücklage der Gesellschaft aufgezehrt wird.

Aufgrund dieser beschriebenen Situation ist daher nicht mit einer Reduzierung sondern, wie bereits ausgeführt mit einer Steigerung der erforderlichen Zuschüsse zu rechnen. Im Hinblick darauf suchen Gesellschafter und Gesellschaft gemeinsam nach möglichen Sparpotenzialen.

⇒ Avacon AG / Überlandwerk Leinetal GmbH

Die Beteiligungen an den Energieversorgungsunternehmen sind zum 01.01.2005 in die Landkreis Hildesheim Holding GmbH ausgegliedert worden.

Die wesentlichen Einnahmen der Landkreis Hildesheim Holding GmbH sind die Ausschüttungen der Avacon AG und der Überlandwerk Leinetal GmbH. Im Wirtschaftsjahr 2023 belaufen sich diese Einnahmen auf 988.365,80 € (Avacon AG 742.443,30 € und Überlandwerk Leinetal GmbH 245.922,50 €).

Die Dividendenerträge dienen weiterhin vorrangig der Finanzierung der Erwachsenenbildung durch die Volkshochschule Hildesheim gGmbH im Landkreis.

Unabhängig davon wird die Verwaltung permanent die Rahmenbedingungen (Zinsentwicklung, Ausschüttungspolitik der Unternehmen, steuerliche Aspekte) beobachten und die zuvor beschriebene Initiierung einer Neuausrichtung vorantreiben, um ggf. zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung über die Verwendung der Dividenden vorzubereiten.

⇒ Kreiswohnbau Hildesheim GmbH

Zum 01.01.2008 erfolgte die Verschmelzung der KWG Alfeld und der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH zur Kreiswohnbau Hildesheim GmbH, was die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens gestärkt hat. Auch für weitere Schritte, wie z.B. einen Anteilsverkauf oder eine Zusammenführung mit weiteren Wohnungsunternehmen, bietet eine fusionierte Gesellschaft strategisch die besten Voraussetzungen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Weder ist aufgrund der aktuellen Marktlage noch der erwarteten Entwicklung mit nennenswertem Widerstand zu rechnen. Die Ausfallrisiken aus Leerstandsverlusten und Forderungsausfällen sind insgesamt als gering einzuschätzen, darüber hinaus wird ihnen durch eine aktualisierte Portfolioanalyse Rechnung getragen.

Die Phase der hohen Neubautätigkeit der kwg im Bereich des Anlagevermögens wird langsam reduziert. Weiterhin soll das Portfolio gezielt nachfrageorientiert entwickelt werden. Die Finanzierung dieser Neubaumaßnahmen sollte durch entsprechende Eigenkapitalanteile unterlegt sein, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen sollten.

Schwer vorhersehbar ist die weitere Entwicklung der Inflation und des Zinsniveaus sowie der Auswirkungen des Ukrainekrieges.

Die Kreiswohnbau Hildesheim GmbH legt weiterhin im Rahmen des Programmes zur Bestandserhaltung ein besonderes Augenmerk auf eine zeitgemäße Ausstattung, eine hohe Energieeffizienz und den heutigen Wohnerfordernissen entsprechende Grundrisse gelegt wurde.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft ein Programm zur Beseitigung von Barrieren fortgesetzt und so weiter eine Vielzahl Wohnungen barrierefrei bzw. barrierefrei erreichbar umgestaltet. Die Tätigkeit der Gesellschaft war auch im Bereich der Neubauinvestitionen erneut wesentlich.

Im Haushaltsjahr 2023 erfolgte die Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2022. Für den Haushalt des Jahres 2024 ist ebenfalls wieder eine reguläre Gewinnbeteiligung aus dem Geschäftsjahr 2023 vorgesehen. Der Landkreis Hildesheim hat als Mehrheitsgesellschafter, um einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts des Landkreises zu leisten, versucht zu erreichen, dass die Ausschüttung der Dividende für das Jahr 2022 um 100.000 € erhöht wird. Dies ist aufgrund einer fehlenden Mehrheit in der Gesellschafterversammlung nicht gelungen. Für die Zukunft werden die Bestrebungen, eine Steigerung der Dividendenzahlungen zwar weiterhin bestehen bleiben. Im Hinblick auf die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für diese Entscheidung und die entsprechenden Mehrheitserfordernisse sowie unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage scheint die Erreichung dieses Ziels mehr als fraglich.

⇒ Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 30.06.2008 beschlossen, die Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH gemeinsam mit dem Bildungsträger LABORA gGmbH zu gründen. In der Folge wurden die Jugendeinrichtungen „Haus Berlin“ in Hohegeiß sowie „Windmühle Marienrode“ in Hildesheim zum symbolischen Kaufpreis von jeweils 1 € an die Gesellschaft veräußert; zugleich wurde ein Personalgestellungsvertrag geschlossen. Die Finanz- und Zielsteuerung erfolgt seitdem durch eine Budgetvereinbarung, welche eine Zuschusszahlung des Landkreises an die Erreichung von Zielvorgaben hinsichtlich der Zahl der Übernachtungen, des maximalen Übernachtungspreises sowie durchzuführender Kundenbefragungen knüpft.

Der Zuschussbedarf konnte gegenüber der letzten Auswertung durch die Kosten-Leistungs-Rechnung des Landkreises aus dem Jahr 2006 von rd. 240.000 € auf jeweils 206.403 € für die Jahre 2010 und 2011, auf 199.500 € für 2012 und 2013 bzw. 225.750 € in 2014 (Mehraufwand 2014 wegen Übertragung der Leitung des Jugendhofes Schönberg an die Betriebsgesellschaft) gesenkt werden. Seit dem Jahr 2015 beträgt der jährliche Betriebskostenzuschuss wieder 199.500 €. Er ist in den entsprechenden Wirtschaftsplanrechnungen des Unternehmens auch in dieser Höhe zunächst weiter vorgesehen und notwendig. Die Leistungen des Unternehmens sind konstant.

Durch die rechtlichen Vorgaben zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnten die Jugendeinrichtungen in den Jahren 2020, 2021 und auch teilweise im Jahr 2022 entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt genutzt werden. Die hierdurch entstandenen Ausfälle bei den Nutzungsentgelten konnten nachweislich durch die Betriebsgesellschaft nicht in vollem Umfang aufgefangen werden, so dass nach einem entsprechenden Kreistagsbeschluss eine Zuschusserhöhung für 2020 in Höhe von 375.000 € zur Verfügung gestellt wurde. Hiervon wurde ein Betrag in Höhe von 300.000 € abgerufen. Für das Jahr 2021 war wegen der weiterhin zu erwartenden Einnahmeausfälle eine Zuschusserhöhung um 283.000 € vorgesehen. Durch Ausschöpfung sämtlicher Maßnahmen und Möglichkeiten, wie insbesondere Beantragung von Kurzarbeitergeld und Fördermitteln, hat die Geschäftsführung dazu beigetragen, die Verluste so gering wie möglich zu halten. Dadurch wurde erreicht, dass ein Abruf der für das Jahr 2021 in den Haushalt des Landkreises Hildesheim eingestellten 283.000 € nicht mehr notwendig war. Es wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Die anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zwar auch im Jahr 2022 erheblich belastet, jedoch war seitens des Landkreises Hildesheim nur die Zahlung des regulären Zuschusses in Höhe von 199.500 € erforderlich. Entsprechendes gilt für das Jahr 2023.

Für das Jahr 2024 ist es erforderlich zusätzlich zum regulären Zuschuss in Höhe von 199.500 € eine Zuschusserhöhung zum Defizitausgleich und für Instandhaltungsmaßnahmen an den baulichen Anlagen der Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH in Höhe von 280.000 € zur Verfügung zu stellen. Zur Deckung dieses zusätzlichen Aufwandes wurde die gebildete Rückstellung (283.000 €) in Höhe von 280.000 € aufgelöst.

Risiken aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden systematisch und permanent beobachtet bewertet und an die verantwortlichen Entscheidungsträger berichtet. Die regelmäßige Berichterstattung an die Gremien der Gesellschaft ist ein weiteres Element des permanenten Risikomanagements. Die dazu eingesetzten Steuerungs- und Kontrollsysteme werden sukzessive weiterentwickelt. Insbesondere der Budgetplanung Prozess sowie die monatlichen Berichte für die einzelnen Standorte stehen dabei im Fokus.

Durch die Vereinbarungen mit dem Landkreis Hildesheim und die Beantragung von Bundes- und Landesmitteln sowie die sonstigen Förderungen zur Eindämmung der finanziellen Auswirkungen der Pandemie können bestandsgefährdende Risiken, insbesondere die Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung der Gesellschaft abgewendet werden. Die Risikolage ist somit als beherrschbar zu beurteilen. Der Ausbau der Digitalisierung in den Verwaltungsbereichen soll auch weiterhin gefördert und der Optimierungsprozess im Bereich Belegungsplanung sowie Schnittstellenmanagement zu anderen Anwendungen fortgeführt werden.

Um eine bessere Positionierung am Markt zu erreichen, sind seitens der Gesellschaft flankierende Marketingmaßnahmen (Anzeigen, Flyer, Mailingaktionen an potentielle Kunden etc.) geplant.

Auch weiterhin werden zukünftig notwendige und damit kostenwirksame Reparaturen an den Gebäuden und den Objektbereichen "Haus Berlin" (Brandschutz, öffentliche Sicherheit, Außenanlagen, Fassade), am Jugendhof Schönberg (Blockhütten und Ferienwohnungen) und der Mühle Marienrode (Standicherheit der Bockwindmühle) geplant und umgesetzt. Für einen Teil der notwendigen Maßnahmen werden, soweit möglich, angemessene Rückstellungen gebildet. Zur weiteren strategischen Ausrichtung der Betriebsgesellschaft ist in 2020 ein Konzept für alle Standorte inklusive einer strategischen Instandhaltungsplanung aller Einrichtungen/Objekte entwickelt worden. Durch die Maßnahmen und die strategische Konzeptentwicklung werden die nachhaltige Nutzung der Standorte/Gebäude/Anlagen und damit die Umsetzung des Satzungszwecks auch künftig sichergestellt.

Zwar wird das finanzielle Risiko als beherrschbar angegeben, jedoch ist auch die Betriebsgesellschaft Jugendeinrichtungen gGmbH von der Energiekrise betroffen, ebenso von Personalkostensteigerungen. Es ist daher sowohl mittel- als auch langfristig nicht absehbar, dass mit einer Reduzierung des Zuschusses durch den Landkreis Hildesheim zu rechnen ist. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung des Zuschusses aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen, insbesondere im Personal- und Energiebereich, erforderlich sein wird.

⇒ Regionalverkehr Hildesheim GmbH (RVHi)

Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Hildesheim erfolgt auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDA) zwischen der RVHi und dem Landkreis Hildesheim. Dieser wurde zum 01.01.2014 geschlossen und ist zum 31.12.2023 ausgelaufen.

Er sieht EU-rechtskonform die Zahlung eines Ausgleichsbetrages für erbrachte Leistungen vor, welcher jährlich im Nachhinein abzurechnen ist. Für den Haushalt 2023 waren insgesamt Mittel von rund 9 Mio. € eingeplant.

Die starken Steigerungen des ÖDA Ausgleichsbetrages beruhen auf der Übernahme von zusätzlicher Linien und aufgrund erheblicher Betriebskostensteigerungen, insbesondere bei Kraftstoffen sowie den Personalkosten.

Im Zuge des neuen ÖDA-Vertrages findet eine Umstellung der Abrechnungssystematik vom Netto- zum Bruttoprinzip hin statt.

Bei einem Bruttovertrag liegt das Erlörisiko nicht beim Verkehrsunternehmen, sondern beim Landkreis. Dies eröffnet dem Landkreis weitere Spielräume, zum Beispiel bei künftigen Angebotsänderungen oder der Vorgabe von Qualitätsanforderungen. Weiterhin bietet der Brutto-Vertrag eine höhere Flexibilität. Während der Laufzeit des bisherigen ÖDA waren zahlreiche Vertragsänderungen/Ergänzungen erforderlich, zum Beispiel zur Integration von anderen Linienverkehren, Einführung neuer Tarifangebote und der neuen Angebotsform Mobil@leine sowie für die Ausgleichszahlungen des „Corona-Rettungsschirms“.

Sofern vergleichbare Änderungen/Ergänzungen künftig erforderlich sein sollten, wovon angesichts der dynamischen Entwicklung im ÖPNV auszugehen ist, sind sie im Rahmen des Brutto-Vertrages rechtlich einfacher umsetzbar, da entsprechende Instrumente im Brutto-Vertrag bereits enthalten sind.

Für das Haushaltsjahr 2024 sind insgesamt 15 Mio. € für den ÖDA Ausgleichsbetrag veranschlagt. Die Veranschlagung erfolgt aufgrund der Berechnung eines Fachgutachters im Zuge der Vertragsverhandlungen zum neuen ÖDA. Es ist aufgrund der Energiekrise trotz des enormen Anstiegs auch weiterhin mit steigenden Personal- und Betriebskosten, insbesondere bei Kraftstoffen, und als Folge davon mit erheblich steigenden Ausgleichszahlungen zu rechnen. Insgesamt stellt sich die Situation dar, dass wegen der Energiekrise eine Kalkulation des zu erwartenden Zuschussbedarfs weiterhin schwierig ist.

Im Hinblick auf die dargestellte Situation ist davon auszugehen, dass sich weder kurz-, mittel- noch langfristig Reduzierungen beim Zuschussbedarf für den ÖDA ergeben werden. Vielmehr ist aufgrund der Gesamtsituation im Hinblick auf die Energiekrise und steigende Personal- und Betriebskosten auch hier mit einem weiter steigenden Zuschussbedarf zu rechnen.

⇒ Volkshochschule Hildesheim gGmbH

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2004 die Fusion der Kreisvolkshochschule mit der Hildesheimer Volkshochschule e.V. beschlossen. Hiernach erfolgt die Wahrnehmung des operativen Geschäfts der Erwachsenenbildung in Stadt und Landkreis Hildesheim durch die Volkshochschule Hildesheim gGmbH. Ziel der Fusion ist die Optimierung der Weiterbildungsstrukturen in Stadt und Landkreis Hildesheim bei einer gleichzeitigen Stärkung des Angebotes für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die ihren Wohnsitz im „ländlichen Raum“ haben. Gesellschafter der Volkshochschule Hildesheim gGmbH sind jeweils zu 50% die Landkreis Hildesheim Holding GmbH sowie der Hildesheimer Volkshochschule e.V..

Gem. eines Beschlusses des Kreistages sollen die Gesellschaftsanteile des Hildesheimer Volkshochschule e.V. von der Stadt Hildesheim und vom Landkreis Hildesheim erworben werden. Entsprechend den bereits vorliegenden Vertragsentwürfen wird die Stadt Hildesheim in dem Fall einen Anteil in Höhe von 26 % und der Landkreis Hildesheim einen Anteil in Höhe von 24 % des Anteils des Hildesheimer Volkshochschule e. V. erwerben.

Die Vertragsentwürfe sind abschließend ausverhandelt und wurden den politischen Gremien zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt. Sofern es zum Abschluss der Verträge kommt, wären

dann neue Gesellschafter der Volksschule Hildesheim gGmbH die Landkreis Hildesheim Holding GmbH, der Landkreis Hildesheim und die Stadt Hildesheim.

Nach den entsprechenden Gremienbeschlüssen, jedoch vor Abschluss der im Raum stehenden Verträge, müsste jedoch wiederum eine diesbezügliche Auskunft beim Finanzamt Hildesheim/Alfeld eingeholt und eine Anzeige des Anteilerwerbs beim Nds. Innenministerium vorgenommen werden.

Sämtliche Verhandlungen werden steuerrechtlich und anwaltlich begleitet.

Zur Finanzierung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH und der damit verbundenen Zielerwartung seitens der Landkreis Hildesheim Holding GmbH werden Budgetvereinbarungen geschlossen. Nach aktuellem Stand zahlt die Landkreis Hildesheim Holding GmbH entsprechend dieser Vereinbarung im Jahr 2023 einen Betrag in Höhe von 1.175.000 € an die Volkshochschule gGmbH. Derzeit ist davon auszugehen, dass im Jahr 2024 mindestens der gleiche Betrag fällig wird. Die Höhe der weiteren Zuschusszahlungen durch die Landkreis Hildesheim Holding GmbH insgesamt richtet sich nach dem Abschluss der Verträge und der sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen.

IV. 5 Personalkostenreduzierung

Zielvorgabe für die in den Jahren 2008 bis 2010 durchgeführte Vollzugskritik und Prozessoptimierung waren Personalkosteneinsparungen in Höhe von 15 %. Tarifänderungen, altersbedingte strukturelle Veränderungen, Beihilfezahlungen, Beiträge zur Versorgungskasse und Krankenkassenbeiträge blieben davon unberührt. In den Stellenplänen wurden entsprechende überplanmäßig geführte Stellen bzw. kw-Vermerke ausgewiesen. Tatsächliche Personalkosteneinsparungen ließen sich aufgrund der Selbstverpflichtung des Landkreises zu einem sozialverträglichen Personalabbau nur in Grenzen der regelmäßigen natürlichen Fluktuation und somit oftmals erst in späteren Jahren realisieren.

In seiner Sitzung am 07.12.2009 hat der Kreistag folgenden Grundsatzbeschluss gefasst:

„Nach Erreichen der durch das aktuelle Haushaltssicherungskonzept vorgegebenen Personalkostenreduzierungen in Höhe von insgesamt 15 Prozent soll kein weiterer Stellenabbau erfolgen. Mögliche Stellenreduzierungen dürfen darüber hinaus nur erfolgen, wenn diese infolge einer vorangegangenen Organisationsuntersuchung für erforderlich und gesamtpersonalwirtschaftlich für vertretbar erachtet werden. Die Entscheidung über weitere Stellenreduzierungen obliegt dem Kreistag.“

In seiner Sitzung am 19.03.2012 hat der Kreistag ergänzend den Beschluss gefasst, dass weitere Einsparungen, insbesondere im Personalbereich, nur auf Grundlage von Organisationsuntersuchungen umgesetzt werden.

Die Verwaltung ist weiterhin beauftragt,

- a) erkannte Einsparpotentiale im Personalbereich vorzuschlagen (dauernde Aufgabe jeder Organisationseinheit),
- b) neue Aufgaben grundsätzlich mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen,
- c) die Stellen im Sinne einer zukunftstauglichen Verwaltungsorganisation regelmäßig zu überprüfen und ggf. neu auszurichten. Die Mitarbeiter*innen sind an den Planungen zu beteiligen.

Seit dem Jahr 2018 werden in regelmäßigen zeitlichen Abständen Personalberichte erstellt.

Der aktuelle Personalbericht 2023 wurde vorgelegt und stellt einerseits eine Bestandsaufnahme dar und zeigt andererseits die Weichenstellungen für die Personalbedarfsplanung auf. Zudem bietet der Personalbericht eine Basis für zukünftige Steuerungsmaßnahmen.

Für den Stellenplan 2023 besteht eine stellenneutrale Regelung. Zusätzlich neu beantragten Stellen müssen ausgleichende Maßnahmen entgegengestellt werden. Damit konnte erreicht werden, dass der Entwurf des Stellenplanes 2023 lediglich 2,74 zusätzliche Stellen(Anteile) enthält.

Aufgrund erkannter Einsparpotenziale im Personalbereich konnten für den Stellenplan 2024 insgesamt 33,17 Stellen zur Streichung vorgeschlagen werden. Da im Gegenzug jedoch auch neue Aufgaben wahrzunehmen bzw. in vielen Bereichen Fallzahlensteigerungen zu verzeichnen sind, mussten insgesamt 51,25 Stellen zusätzlich eingerichtet werden. Dies hat zu einer Ausweitung des Stellenplans 2024 in Höhe von 18,08 Stellen geführt.

IV. 6 Optimierung des Sozialhaushaltes

Die Entwicklung der Kreisfinanzen wird auf der Aufwandsseite geprägt durch den Sozialhaushalt, einschließlich der Grundsicherungs- und Jugendhilfeleistungen. Inzwischen wird mehr als jeder zweite Euro für die Soziale Sicherung ausgegeben.

Obwohl bundesgesetzliche Erfordernisse dem Gestaltungsspielraum enge Grenzen setzen, gibt es noch zumutbare Einsparmöglichkeiten. Voraussetzung ist das konsequente Aufnehmen und Anwenden der vorhandenen Steuerungsinstrumente. Näheres ist unter IV. 11 (Dezernatsspezifische Maßnahmen) geregelt.

IV. 7 Ertragsverbesserungen

Alle Erträge sind in angemessenen Abständen dahingehend zu überprüfen, ob eine Anpassung ihres Bemessungsmaßstabes unter Berücksichtigung der laufenden allgemeinen Kostensteigerungen und der Erfordernisse der Haushaltssicherung als angebracht erscheint. Die Erträge sind vollständig und rechtzeitig im Rahmen der geltenden Vorschriften zu erheben.

IV. 8 Festschreibung der Sachkosten (Budgets 50 und 60)

Auf die bisherige gemeinsame Deckelung der Budgets 50 und 60 wird seit dem Jahr 2019 verzichtet. Nunmehr wird das Budget 60 individuell betrachtet.

Die derzeitigen Änderungen des HSK durch Ausweitungen im Budget 50 sind im Haushaltsplan 2024 beim HSK 2024 als Anlage 3 aufgeführt.

Eine Überarbeitung der Budgetregeln wird weiterhin angestrebt.

IV. 9 Steuerung der Investitionstätigkeit

Um Kreditaufnahmen weitgehend zu vermeiden und damit den Anstieg der Schuldendienstleistungen zu beschränken, sind im investiven Bereich grundsätzlich nur die Mittel zur endgültigen Finanzierung der in den vorhergehenden Haushaltsjahren veranschlagten Maßnahmen, mit deren Ausführung bereits begonnen wurde sowie der in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen.

Der Erwerb von beweglichem Sachvermögen und die Förderung Dritter durch aktivierbare Zuwendungen sind im Rahmen der in Abschnitt IV. 11 ausgewiesenen dezernatsspezifischen Regelungen zulässig.

Darüber hinaus sollen nur Auszahlungen veranschlagt werden,

- die zur Erfüllung gesetzlicher bzw. bestehender vertraglicher oder ähnlicher Verpflichtungen erforderlich sind,

- die zur Erhaltung und Fortführung bestehender und zu erhaltender Einrichtungen unabweisbar sind,
- die zur Durchführung von bereits jetzt bestehenden Beschlüssen des Kreisausschusses/ Kreistages erforderlich sind,
- die zur Erfüllung der Ausgleichsfunktionen nach § 3 Abs. 2 NKomVG zwingend erforderlich sind,
- die durch entsprechende Einzahlungen oder Minderauszahlungen an anderer Stelle gedeckt werden bzw. deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist,
- die Investitionen Dritter in erheblichen Umfang auslösen, wenn dies mittelfristig zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landkreises führt (Kosten-Nutzen-Analyse) oder
- die der Kreistag beschlossen hat und die erforderlich sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landkreises zu fördern und die gleichzeitig Kosteneinsparungen insbesondere im Sozialhilfereich erwarten lassen (Kosten-Nutzen-Analyse).

Ergänzend dazu hat der Kreistag in seiner Sitzung am 10.12.2012 folgenden Beschluss gefasst:

„Die vom Kreistag gebildeten Ausschüsse werden entsprechend ihrer Zuständigkeit im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen umfassend über den Mittelbedarf der zwingend notwendigen Investitionsmaßnahmen unterrichtet. Das Ergebnis der vorherigen Prüfung wird in einer besonderen Vorlage begründet.“

Um der im Rahmen der Genehmigung zur Haushaltssatzung 2023 seitens des MI wiederholt geäußerten Forderung gerecht zu werden, zukünftige Investitionen und Investitionsmaßnahmen auf das zwingend Notwendige zu beschränken und entsprechende Priorisierungen vorzunehmen, wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe „Bauinvestitionen“ aus Politik und Verwaltung gebildet. Der Abschlussbericht und die Maßnahmenliste dieser Arbeitsgruppe wurden vom Kreistag im Rahmen der Vorlage Nr. 347/XIX „Haushalt 2023; Festlegung eines Investitionskorridors für Hochbaumaßnahmen für die nächsten zehn Jahre“ beschlossen und sind als Anlagen 8 und 9 beigefügt.

Aufgrund der Mitte des Jahres 2023 erfolgten Umorganisation des Amtes 304 und einer zeitgleich stattfindenden intensiven Betrachtung des Gebäudezustandes war eine realistische Fortschreibung der Bauinvestitionsliste nicht möglich. Diese Liste soll im Laufe des Jahres 2024 bzw. dann spätestens zum Haushalt 2025 überarbeitet werden.

IV. 10 Begrenzung der freiwilligen Aufwendungen (Budget 20)

Die freiwilligen Aufwendungen sind in der Summe des Zuschussbedarfes bis auf weiteres grundsätzlich festgeschrieben.

Eine Ausweitung des Zuschussbedarfes ist nur in folgenden Fällen zulässig:

- wenn das HSK im konkreten Einzelfall eine besondere Regelung trifft (z.B. für die Zuschüsse für Heimatpflege),
- für Aufwendungen, die der Finanzierung von Personalkosten Dritter dienen, in Höhe der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes und zur Abdeckung unabweisbarer Erhöhungen von pflichtigen Personalkostenumlagen (z.B. Personalkostenumlage an den GUV) oder
- für Zuwendungen aus dem Budget 20 an Einrichtungen des Sozial-, Jugend- oder Gesundheitsbereiches zur Zeit jährlich um 2,8 % (bis Haushaltsjahr 2019 2,3 % / Haushaltsjahre 2020 bis 2022 2,79 %) zum Ausgleich tariflich bedingter Personalkostensteigerungen und von Steigerungen bei den erforderlichen Sachkosten.

Die derzeitigen Änderungen des HSK durch Ausweitungen im Budget 20 sind im Haushaltsplan 2024 beim HSK 2024 als Anlage 3 aufgeführt.

Die freiwilligen Aufwendungen (Budget 20) sind mit den pauschalierten Sachkosten (Budget 50) innerhalb der einzelnen Dezernate gegenseitig deckungsfähig. Entscheidungen hierüber fällt der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer Einschätzung durch die Dezernatsleitung.

IV. 11 Dezernatsspezifische Maßnahmen

❖ Dezernat II – Erste Kreisrätin

- Verwaltungsgebühren Erteilung von Fahrerlaubnissen; Produkt 122-007
Jährliche Überprüfung der Gebühren und Neufestsetzung/Anhebung unter Berücksichtigung der Personalkosten- und Preissteigerungen.
- Benutzungsentgelte Feuerwehrtechnische Zentrale; Produkt 126-004
Jährliche Überprüfung der Entgeltsätze und neue Festsetzung unter Berücksichtigung der Personalkosten- und Preissteigerungen.
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Produkt 547-001
Eine Projektförderung ist bei einer entsprechenden Gegenfinanzierung möglich.
Strukturelle Verbesserungen sind erwünscht, dürfen jedoch insgesamt nicht zu einer Nettomehrbelastung des Landkreises führen.
Für die RVHi gilt die Sonderregelung der lfd. Nr. IV. 4b) (Beteiligungen).
- Beschaffungen (Erwerb von beweglichem Sachvermögen)
Für die Beschaffungen steht dem Amt 205 in den Haushaltsjahren 2000 bis 2024 ein jährlicher Höchstbetrag von 175.800 € zur Verfügung. Mittelumschichtungen zwischen den Jahren sind aus besonderen Gründen möglich. Dabei muss die Gesamtsumme 2000 bis 2024 eingehalten werden.

❖ Dezernat 1 – Finanzen, Digitalisierung und Innere Dienste

- Entgelt für EDV-Drittanwender; Produkt 111-005
Die Entgelte für Drittanwender sind seit 1994 alle 2 Jahre zu überprüfen und ggf. anzupassen.
- Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
Der Landkreis wird über die Trägerversammlung des Jobcenters versuchen, bei den Kosten der Unterkunft weitere kostendämpfende Effekte zu erzielen. Durch
 - Optimierung der Arbeit des Jobcenters,
 - gesteigerte Anstrengungen bei den Arbeitsvermittlungen auf dem ersten Arbeitsmarkt,
 - stärkere Missbrauchsbekämpfung.

Das vorhandene Controlling zur Überwachung der Effizienz der Aufgabenwahrnehmung sowie die Überwachung und Plausibilitätsprüfung der Zahlungen des Landkreises an die Bundesagentur sind zu optimieren.

Die Priorität der Jobcenter-Leistungen ist klar auf die Arbeitsvermittlung auszurichten.

❖ Dezernat 3 – Bildung, Kultur und Bau

- Benutzungsentgelte für nichtschulische Nutzung
Überprüfung der Entgeltsätze alle 3 Jahre ab 1995 und neue Festsetzung unter Berücksichtigung der Personalkosten- und Preissteigerungen.

- Entgelte für Sporthallennutzung
Überprüfung und Anpassung der Entgeltsätze alle 3 Jahre ab 1998.
- Schülerbeförderung; Produkt 241-001
Eine Kostenausweitung ist nicht zulässig für Bereiche, die über den gesetzlichen Mindeststandard der Aufgabenerfüllung hinausgehen.
Eine Projektförderung ist aber bei einer entsprechenden Gegenfinanzierung möglich.
- Reinigungsdienst
Bislang war festgelegt, dass keine Neueinstellungen erfolgen, sondern freiwerdende Stellen bei entsprechendem Bedarf für private Reinigungsunternehmen ausgeschrieben werden.
Durch Beschluss des Kreistages vom 12.02.2015 wurde diese Regelung beendet. Der Kreistag hat nunmehr folgenden Beschluss gefasst: Es „... werden 4,3366 Stellen für Raumpfleger*innen der Entgeltgruppe EG 1 TVöD eingerichtet. Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, eine Rekommunalisierung der Gebäudereinigung vorzubereiten.“
Im Rahmen der Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes als Versuch an der KGS Gronau und der OBS Sarstedt konnten Erkenntnisse gewonnen werden. Die dabei entstandenen Personalkosten betragen für das Jahr 2019 insgesamt 164.888 €. Zu berücksichtigen ist, dass bei der vorgenannten Summe eine Mitarbeiterin ganzjährig erkrankt war und somit keine Personalkosten für den Landkreis angefallen sind. Unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Personalkosten für eine Reinigungskraft nach EG 1 TVöD von ca. 16.170 € p.a., würden sich die Reinigungskosten insgesamt auf 181.058 € belaufen. Für das Jahr 2024 wird mit Ausgaben in ähnlicher Größenordnung zuzüglich der Tarifanpassung gerechnet.
- Mietwertüberprüfung
Für die Wohnungen und Wohnhäuser soll zukünftig alle 3 Jahre nach der letzten Überprüfung eine Mietwertüberprüfung durchgeführt und hieraus eine mögliche Mieterhöhung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften vorgenommen werden. Die Pachten und die Mieten für Büroräume sollen - soweit vertraglich zulässig - mindestens alle 3 Jahre angepasst werden.
- Zuschüsse für Heimatpflege; Produkt 281-001; "Unser Dorf hat Zukunft"
Ab dem Jahr 2002 ist in jedem dritten Jahr (zuletzt 2023) eine Ausweitung um 15.000 € zulässig. Die nächste Ausweitung des Zuschusses im 3-Jahres-Rhythmus findet 2026 statt.
- Beschaffungen (Erwerb von beweglichem Vermögen)
Für die Beschaffungen stehen im Dezernat 3 in den Haushaltsjahren 2000 bis 2024 jährliche Höchstbeträge von 603.200 € für den Bereich Schulen und von 48.300 € für das übrige Dezernat 3 zur Verfügung. Mittelumschichtungen zwischen den Jahren sind aus besonderen Gründen möglich. Dabei muss die Gesamtsumme 2000 bis 2024 eingehalten werden.

❖ **Dezernat 4 - Jugend, Soziales und Integration**

- Aktivierbare Zuwendungen
Für die folgenden Förderungen ist in den Haushaltsjahren 2000 bis 2024 ein jährlicher Betrag von 132.300 € zulässig. Mittelumschichtungen zwischen den Jahren sind aus besonderen Gründen möglich. Dabei muss die Gesamtsumme 2000 bis 2024 eingehalten werden.

Für die einzelnen Verwendungszwecke werden folgende Höchstbeträge festgelegt:

Zuweisungen an Gemeinden für Jugendheime sowie an freie Träger für Jugendarbeit und Jugendheime	60.000 € p.a.
Sportförderung	72.300 € p.a.

Einsparungen bei den Personalkosten 2001 bis 2023

- über Personalabbau erzielte Netto-Einsparungen in den einzelnen Jahren, die dauerhaft wirken

2001	562.699	}	siehe Erläuterung Nr. 4
2002	122.815		
2003	509.416		
2004	360.659		
2005	743.797		
2006	111.206		
2007	669.220		
2008	676.840		
2009	424.250		
2010	421.224		
2011	-378.865		
2012	524.750		
2013	145.386	}	siehe Erläuterungen Nr. 4 u. 7
2014	-292.772		siehe Erläuterung Nr. 4
2015	151.863		siehe Erläuterung Nr. 4
2016	209.519		siehe Erläuterung Nr. 4
2017	527.819		siehe Erläuterung Nr. 4
2018	785.374		siehe Erläuterung Nr. 4
2019	318.553		siehe Erläuterung Nr. 4
2020	-1.100.924		siehe Erläuterung Nr. 4
2021	-1.112.466		siehe Erläuterung Nr. 4
2022	-1.655.132		siehe Erläuterung Nr. 4
2023	-1.291.342		siehe Erläuterung Nr. 4
gesamt	1.433.892		

- über Strukturveränderung

Verbeamtung ca.: **272.135** siehe Erläuterung Nr. 5

- über Einsparungen beim Reinigungsdienst

	durch Privatisierung	780.000	siehe Erläuterung Nr. 6
	durch Veränderung der Reinigungsfläche	136.200	siehe Erläuterung Nr. 6
	Summe pro Jahr	916.200	

Dauerhafte jährliche Einsparung gegenüber Haushaltsjahr 2001	=	2.622.227 €
---	----------	--------------------

Erläuterungen

zu den Personalkosteneinsparungen seit 2001

1. Im Rahmen der Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes 2002 wurden die Leistungen des Landkreises kritisch beleuchtet (Potenzialanalyse 2002). Dies führte zu Konsolidierungsvorschlägen mit einem Volumen i.H.v. 2,6 Mio. €. Hiervon entfielen ca. 1,472 Mio. € auf die Einsparung von Personalkosten (= Anhaltswert).
2. Die unter Nr. 1 erwarteten Einsparungen der Personalkosten verteilen sich auf die einzelnen Jahre von 2001 bis 2006. Für die Jahre 2001/2002 (in der Potenzialanalyse als Jahr 2002 zusammengefasst) wurde eine Einsparung von insgesamt 686.500 € erwartet.
3. Mit dem Konsolidierungskonzept 2003 wurden die bereits mit der Potenzialanalyse 2002 beschlossenen Personalkosteneinsparungen, die für die Jahre 2003 bis 2006 auf 785.500 € beziffert wurden, durch eine pauschale Einsparvorgabe bei den Personalkosten bis zum Jahr 2006 auf 1,8 Mio. € aufgestockt (siehe Konsolidierungskonzept 2003 Ziffer II 7, Seite 4). Die Konsolidierungsvorgabe für Personalkosteneinsparungen wurde insoweit noch-mals um rd. 1 Mio. € erhöht. Zur konkreten Umsetzung dient die Richtlinie des Vorstandes zum Personalkostenabbau (siehe u.a. Anlage C des Konsolidierungskonzeptes 2004).
4. Die durch Personalabbau erreichten Einsparungen von Personalkosten ab 2001 wurden nach folgendem Berechnungsschema entwickelt:

Die tatsächlichen Ein- und Austritte wurden zugrunde gelegt.

Berechnet wurden die Personalkosten anhand eines Beispielmonats, der mit dem Faktor 12,85 bei tariflich Beschäftigten bzw. 12 bei Beamten/-innen multipliziert wurde.

Folgende Personengruppen wurden nicht berücksichtigt:

- Tariflich Beschäftigte, die in die Beurlaubung gingen oder aus einer zurückgekehrt sind
- ABM-Kräfte
- Reinigungskräfte
- Praktikanten/-innen
- Ehrenamtlich Tätige
- Fleischbeschauer
- Mitarbeiter/-innen, deren Eintritt und Austritt innerhalb eines Jahres stattfanden
- Mitarbeiter/-innen in Langzeiturlaub / in befristeter Rente
- Kreisjugendring
- Auszubildende, Anwärter/-innen
- Beschäftigte des Jobcenters (ehemals ARGE)
- Die in 2020 und 2021 befristet eingestellten Unterstützungskräfte (Amt 409) zur Bekämpfung der Pandemie sowie zwei befristet eingestellte Mitarbeiter für das Sammelimpfzentrum Lager: die Personalkosten wurden als außerordentlicher Aufwand gebucht.
- Ab 2022 wird der Personalaufwand für die Unterstützungskräfte in 409 im Budget 40 gebucht. Alle Unterstützungskräfte, die während des laufenden Jahres ausgetreten sind, wurden nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für die befristet eingestellten Beschäftigten im Sammelimpfzentrum. Die Arbeitsverträge endeten in 2022.
- Die Unterstützungskräfte, deren Arbeitsvertrag über den 31.12.2022 hinaus fortbesteht, wurden in die Berechnung einbezogen.

5. Im Rahmen der Potenzialanalyse 2002 wurde als Konsolidierungsmaßnahme die Verbeamtung von tariflich Beschäftigten bei gleichzeitiger Verringerung des Umlagebeitrages an die Versorgungskasse beschlossen (siehe Konsolidierungskonzept 2002, Anlage C, Seiten 1.8-1.9). Grundsätzlich wurde je verbeamteter Stelle ein Einsparpotenzial unterstellt, da Arbeitgeber-Anteile zur Sozialversicherung eingespart werden können. Bis Ende 2013 wurden 10 Personen verbeamtet (Einsparung insgesamt = 179.900 €). Eine weitere Verbeamtung im Jahr 2013 führt zu einer dauerhaften Verringerung des Umlagebeitrags von jährlich 21.850 €. Seit Einführung der Doppik im Jahre 2010 werden die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen im Ergebnishaushalt dargestellt. Unter Berücksichtigung dieser Positionen lässt sich eine Wirtschaftlichkeit von Verbeamtungen nur im Einzelfall nachweisen.

In 2020 wurden erneut zwei Beschäftigte verbeamtet. Unter Berücksichtigung aller Arbeitgeberkosten ergibt sich eine jährliche Einsparung von 7.700 € für eine Vollzeitstelle und 7.400 € für eine Teilzeitstelle (50%).

In 2021 wurden weitere drei Beschäftigte verbeamtet. Die Ersparnis für zwei Vollzeitstellen beträgt unter Berücksichtigung aller Arbeitgeberkosten insgesamt 31.000 € und eine 75%-Stelle 12.000 €.

In 2022 gab es keine Verbeamtung.

In 2023 wurden drei Beschäftigte verbeamtet. Für eine Vollzeitstelle unter Berücksichtigung aller Arbeitgeberkosten ergibt sich eine jährliche Einsparung von 12.285 €. Zwei Beschäftigte sollten ursprünglich direkt im Beamtenverhältnis eingestellt werden. Die Verbeamtung erfolgte hier nachträglich nach Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen. Die Wirtschaftlichkeit wurde insofern nicht geprüft.

6. Durch Privatisierung des Reinigungsdienstes sowie durch eine (geringfügige) Veränderung der Reinigungsfläche können Personalkosten eingespart werden.

Der Personalkosteneinsparung durch die Reduzierung von Stellen der Reinigungskräfte stehen allerdings zusätzliche Sachkosten durch die Fremdvergabe der Reinigung gegenüber. Von Oktober 2002 bis Ende 2018 wurden 104 Stellen durch Privatisierung eingespart; je privatisierter Stelle kann von einer mittleren Einsparung i.H.v. ca. 7.500 € ausgegangen werden (= insgesamt 780.000 €).

Im Jahr 2021 sind 5 Reinigungskräfte, im Jahr 2022 sind 2 Reinigungskräfte und im Jahr 2023 sind 2 Reinigungskräfte aus dem Reinigungsdienst ausgeschieden (Rentenbeginn), so dass eine Einsparung bei den Personalkosten in Höhe von insgesamt 15.180 €, 4.200 € und 9.000 € erzielt werden konnte. Allerdings wurde die Reinigungsfläche dieser ausgeschiedenen Reinigungskräfte durch die Gestellung von Aushilfsreinigungskräften aus dem Dienstleistungsbereich gedeckt. Diese Deckung verursachte Personalkosten von 20.100 €, 9.889 € sowie 16.670 € und hat zur Folge, dass sich daraus eine jährliche Mehrausgabe bei den Personalkosten in Höhe von insgesamt 4.920 €, 5.689 € und 7.670 € ergibt.

Von Oktober 2002 bis 2018 entfielen weitere 12 Stellen durch den Wegfall von Reinigungsflächen bzw. Einsparbemühungen des Amtes „Gebäudewirtschaft“, ohne dass hierfür Fremdreinigungsleistungen anfallen. Daraus ergibt sich eine Ersparnis von derzeit ca. 18.000 € pro Stelle und Jahr (= 216.000 €). Andererseits wurden wegen der Vergrößerung von Reinigungsflächen ab 2013 insgesamt 2 und ab 2014 3 Stellen fremdvergeben, während in 2015 im Saldo 0,9 Fremdreinigungsstellen entfielen, kamen 2017 nochmal 3,5 Stellen hinzu (7,6 x 10.500 €/Jahr = 79.800 €), so dass sich durch Veränderung der Reinigungsfläche insgesamt jährliche Einsparungen von 136.200 € ergeben.

Für 2021 ergeben sich aufgrund der zusätzlichen Reinigungsfläche durch die Container beim Gesundheitsamt, bei der Zulassungsstelle und der OBS Söhle sowie den Verwaltungsgebäuden Butterborn und Braunschweigerstraße Mehrausgaben in Höhe von 39.408 €.

In 2022 hat sich durch den Wegfall der Reinigungsfläche des Containers Sachsenring eine Ersparnis in Höhe von 5.077 € und durch die zusätzliche Reinigungsfläche der Jugendhilfestation Elze eine Mehrausgabe in Höhe von 2.439 € ergeben. Daraus verbleibt eine jährliche Einsparung bei den Personalkosten in Höhe von 2.638 €.

Für 2023 ergibt sich aufgrund der zusätzlichen Reinigungsfläche durch das Straßenverkehrsamt, Bavenstedter Str. 50 in Hildesheim eine Mehrausgabe in Höhe von 5.893 €.

Insgesamt liegt für das Jahr 2023 bei den Personalkosten im Reinigungsdienst eine Mehrausgabe in Höhe von 13.563 € vor.

7. Die Aufgaben der Jugendhilfe wurden ab dem Jahr 2013 von der Stadt Hildesheim auf den Landkreis Hildesheim zurück übertragen, da durch die Nutzung von Synergieeffekten und einheitlichen Standards diese Organisationsform „auf Sicht“ kostengünstiger sein soll als die Erstattung der Jugendhilfekosten seitens des Landkreises bei einer Aufgabenwahrnehmung durch die Stadt Hildesheim. Die Personalkosten für das gleichzeitig durch den Landkreis übernommene Personal des bisherigen städtischen Jugendamtes (2013 = 1.587.652 €) blieben daher bei der Ermittlung der im Haushaltsjahr 2013 erzielten Personalkosteneinsparungen unberücksichtigt.

Rahmenregelung für die Teilnahme an Kennzahlenvergleichen des NLT beim Landkreis Hildesheim

Der Landkreis Hildesheim stellt für die Teilnahme an den Kennzahlenvergleichen des NLT nachfolgende Rahmenregelung auf.

A. Allgemeine Regelungen

1. Mit der Teilnahme an Kennzahlenvergleichen strebt der Landkreis Hildesheim eine Verbesserung seiner Dienstleistungen an. Insbesondere sollen durch den Erfahrungsaustausch mit anderen, bestehende Schwachstellen aufgedeckt und Verbesserungspotential genutzt werden.
2. Die Teilnahme an den Kennzahlenvergleichen des NLT ist Pflicht. Hierbei werden eine Vergleichbarkeit und die Richtigkeit der ermittelten Zahlenwerte der Abschlussergebnisse aus den Kennzahlenvergleichen vorausgesetzt. Über Ausnahmen entscheidet der Landrat.
3. Die Fachdienste und Organisationseinheiten haben bereits im Vorfeld bei der Erarbeitung von neuen Kennzahlensets mitzuwirken.
4. Die „Allgemeinen Grundsätze des Benchmarking bei den niedersächsischen Landkreisen und der Region Hannover“ sind Bestandteil dieser Rahmenregelungen und damit zu beachten.
5. Für jeden Kennzahlenvergleich werden intern von den Fachdiensten/Organisationseinheiten in Zusammenarbeit mit der OE 911, dem FD 106 und dem jeweiligen Dezernatscontrolling ein bis drei Kennzahlen zur Information und Steuerung durch die Dezernate bzw. den Landrat festgelegt. Sie sollen die Grundlage für die Produktziele bilden.

B. Bericht für den Landrat

1. Anhand der festgelegten Kennzahlen ist innerhalb einer Frist von einem Monat nach Erhalt des Protokolls der Analysesitzung von den Fachdiensten/Organisationseinheiten ein Bericht zu erstellen.
2. Der Bericht soll insbesondere beinhalten
 - ⇒ Stand des Landkreises Hildesheim innerhalb des Vergleichs
 - ⇒ Interne Entwicklung der letzten Jahre
 - ⇒ Darlegung von erkannten Schwachstellen
 - ⇒ Aufzeigen von Verbesserungspotential einschließlich der daraus resultierenden Auswirkungen
 - ⇒ Aufzeigen von Maßnahmen zur Erreichung einer Verbesserung (z.B. Qualität, Auftragserfüllung, Wirtschaftlichkeit, Mitarbeiter-/Kundenzufriedenheit)

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag 8.30 Uhr - 15.00 Uhr
Dienstag bis Freitag 8.30 Uhr - 12.00 Uhr

Fax Hildesheim (0 51 21) 309 - 2000
Fax Alfeld (0 51 81) 704 - 235
Internet www.landkreishildesheim.de

Sparkasse Hildesheim 1 614 (BLZ 259 501 30)
Postbank Hannover 76 45 - 302 (BLZ 250 100 30)

3. Der Bericht ist über den Dezernenten dem Landrat zuzuleiten. Zweitausfertigungen der Berichte erhalten die OE 911 und der FD 106.

C. Zuständigkeiten

1. Die OE 911 ist verantwortlich für die zentrale Koordination der NLT-Kennzahlenvergleiche. Bei Vergleichsringsen, für die der Landkreis Hildesheim die Federführung inne hat bzw. Teilvergleichsringsprecher ist, ist die OE 911 für die Organisation und die Durchführung der Analysesitzungen zuständig.
2. Die an den Vergleichen teilnehmenden Fachdienste/Organisationseinheiten sind zuständig für die
 - ⇒ Erfassung der für den Vergleich erforderlichen Daten bis zum vereinbarten Termin.
 - ⇒ Auswertung/Beurteilung der Daten vor einer Analysesitzung.
 - ⇒ inhaltliche Vorbereitung von Analysesitzungen bei Vergleichsringsen, bei denen der Landkreis Hildesheim Vergleichsringsprecher (Federführung) oder Teilvergleichsringsprecher ist.Die Fachdienste/Organisationseinheiten haben an den jeweiligen Analysesitzungen teilzunehmen.

Jeder Kennzahlenvergleich wird von der OE 911 in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten/Organisationseinheiten begleitet.

D. Inkrafttreten

Diese Rahmenregelungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Rahmenregelungen vom 10.04.2003 treten mit sofortiger Wirkung außer Kraft.


Wegner

Anlage
Grundsätze des Benchmarking bei den niedersächsischen Landkreisen und der Region Hannover

Ausweitungen Haushaltssicherungskonzept 2024

Budget 20									
Betrag	insgesamt/ jährlich	Beginn:	Zeitraum	Kosten- stelle	Teil- haushalt	Grund	durch:		
3.300 €	insgesamt	2024	2024	1-00	1	Projekt Fördermittelberatung Vertragsabschluss	Entscheidung Landrat		
90.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Einsatz Deutschlandticket	Beschluss Kreistag		
40.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Fachkräftemanagement	Beschluss Kreistag		
20.000 €	insgesamt	2024	3 Jahre	3-01	3	Fortführung Musikmobil	Beschluss Kreistag		
20.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Umweltbildung im Schulbiologiezentrum	Beschluss Kreistag		
20.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Radio Tonkuhle	Beschluss Kreistag		
10.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Pilotprojekt: Prävention gegen Mobbing in Schulen	Beschluss Kreistag		
10.000 €	insgesamt	2024	2024	3-01	3	Hygieneartikel in allen weiterführenden Schulen	Beschluss Kreistag		
750.000 €	insgesamt	2024	2024	3-02	3	Programm "Wohnraumaktivierung"	Beschluss Kreistag		
15.000 €	jährlich	2024	dauerhaft	3-02	3	Baukulturdienst Weser-Leine	Beschluss Kreisbauschuss		
15.000 €	insgesamt	2024	2024	4-00	4	Gesundheitsregion Hildesheim	Beschluss Kreistag		
25.000 €	insgesamt	2024	2024	4-03	4	Sozialfonds	Beschluss Kreistag		
20.000 €	insgesamt	2024	2024	4-03	4	Runder Tisch Kinderarmut	Beschluss Kreistag		
20.000 €	insgesamt	2024	2024	4-03	4	Frauenhaus	Beschluss Kreistag		
1.000 €	insgesamt	2024	2024	4-03	4	Komm e.V.	Beschluss Kreistag		
120.000 €	jährlich	2024	dauerhaft	4-06	4	"Produktionsschule" Labora	Entscheidung Kämmerer		
13.000 €	insgesamt	2024	2024	4-06	4	Ombudsstelle	Beschluss Kreistag		
69.200 €	jährlich	2024	dauerhaft	4-07	4	Projekt Rucksack Kita und Griffbereit	Beschluss Kreistag		
25.000 €	insgesamt	2024	2024	4-07	4	Schulstartpaket	Beschluss Kreistag		
21.800 €	jährlich	2024	dauerhaft	4-07	4	Notfallbetreuung	Beschluss Kreistag		
19.100 €	insgesamt	2024	2024	4-07	4	Jugendwerkstatt Alfeld	Beschluss Kreistag		
15.000 €	insgesamt	2024	2024	4-07	4	Wahl Jugendparlament	Beschluss Kreistag		
10.000 €	insgesamt	2024	2024	4-07	4	Familienzentrum	Entscheidung Landrat		
11.235.100 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Unterkinffe Ukraine-Flüchtlinge	Beschluss Kreistag		
2.692.400 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Sicherheitsdienst und Betreuungsleistungen Asyl	Entscheidung Kämmerer		
250.000 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Flüchtlingssozialarbeit: Ausgestaltung der Richtlinien	Beschluss Kreistag		
100.000 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Flüchtlingssozialarbeit: Betreuung von Flüchtlingen	Beschluss Kreistag		
60.000 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Stadttellern	Beschluss Kreistag		
50.000 €	insgesamt	2024	2024	9-13	4	Sprachkurse für Geflüchtete	Beschluss Kreistag		
50.000 €	insgesamt	2024	2024	4-09	I	Evaluation PIAF	Beschluss Kreistag		
43.000 €	jährlich	2024	2 Jahre	4-09	I	Suchtberatung STEP	Beschluss Kreistag		
8.000 €	jährlich	2024	3 Jahre	4-09	I	Zuschuss Suchtberatung Caritas	Beschluss Kreistag		
1.000 €	insgesamt	2024	2024	4-09	I	Aids-Hilfe	Beschluss Kreistag		
100.000 €	insgesamt	2024	2024	2-05	II	Zuschuss Katastrophenschutz	Beschluss Kreistag		
79.000 €	insgesamt	2024	2024	2-05	II	Sonderplan Stromausfall	Beschluss Kreistag		
197.600 €	insgesamt	2024	2024	2-08	II	Anpassung Verbandsbeitrag Hochwasserschutzverband	Beschluss Kreistag		
50.000 €	insgesamt	2024	2024	2-08	II	Bodenschutzkonzept	Beschluss Kreistag		
150.000 €	jährlich	2024	2 Jahre	9-09	II	Kofinanzierung Leader-Region	Beschluss Kreistag		
36.000 €	jährlich	2024	dauerhaft	9-09	II	Kooperationsvereinbarung Hildesheim Marketing	Beschluss Kreistag		
6.000.000 €	insgesamt	2024	2024	ZHH	ZHH	Kostensteigerungen Regionalverkehr Hildesheim aufgrund ÖDA Vertrag	Beschluss Kreistag		
400.000 €	insgesamt	2024	2024	ZHH	ZHH	Zuschuss Personal- und Betriebskostensteigerungen Theater für Niedersachsen	Entscheidung Kämmerer		
65.000 €	insgesamt	2024	2024	ZHH	ZHH	Umweltbildung Klimaschutzagentur	Beschluss Kreistag		
51.000 €	insgesamt	2024	2024	ZHH	ZHH	Verlustdeckung Personal- und Betriebskostensteigerungen Kurbetriebsgesellschaft Bad Salzdetfurth	Entscheidung Kämmerer		
Budget 50									
Betrag	insgesamt/ jährlich	Beginn:	Zeitraum	Kosten- stelle	Teil- haushalt	Grund	durch:		
570.000 €	insgesamt	2024	2024	3-04	1	Mieterausbau für das Veterinäramt und Stabsraum Katastrophenschutz	Entscheidung Kämmerer		
130.000 €	insgesamt	2024	2024	3-04	1	Mieterausbau für zusätzliche erforderliche Arbeitsplätze im Straßenverkehrsamt	Entscheidung Kämmerer		
20.000 €	insgesamt	2024	2024	2-06	II	Umgang Straßenverkehrsamt	Entscheidung Kämmerer		

Haushaltssicherungskonzept 2024

		neue, bisher nicht veranschlagte, Investitionen		
Betrag	Kostenstelle	Teilhaushalt	Grund	
1.000.000 €	1-1Proj	THH 1	Digitalisierung der Verwaltung	
18.000 €	1-06	THH 1	Software Vollstreckungsbehörde - eAkte	
1.846.000 €	3-04	THH 1	GVFG - K 522 Kanalbrücke Löhnde - Wätzum (Stichkanal)	
250.000 €	3-04	THH 1	Alfeld, RS Erweiterung	
200.000 €	3-04	THH 1	Groß Düngen FTZ Energetische Sanierung	
280.000 €	3-01	THH 3	BBS Werner-von-Siemens-Schule - CNC Fräsmaschine	
36.000 €	3-01	THH 3	BBS Alfeld - Erneuerung Informatikraum	
4.500 €	4-00	THH 4	Lizenz Dezernat 4 - JUBB Datenblatt	
25.000 €	4-02	THH 4	Schnittstelle Lämmkomm - Lissa	
20.000 €	4-02	THH 4	Schnittstelleneinrichtung Lämmkomm - Lissa - enaio	
50.000 €	4-03	THH 4	Zuschuss Michaelis-Hospiz	
1.079.000 €	4-07	THH 4	Hildesheim Kreishaus - Errichtung Betriebskrippe	
17.000 €	4-07	THH 4	7 Lizenzen ElterngeldDigital und Krankenkassenmodul elina	
4.000 €	4-07	THH 4	2 Lizenzen KDO-Software für Beistandschaften und Vormundschaften	
30.000 €	9-13	THH 4	Software - OZG Aufenthaltstitel Efa Nachnutzung	
8.000 €	9-13	THH 4	Lizenzen Software Xausländer	
40.000 €	4-09	THH I	Ersatzbeschaffung Zahnarztstuhl	
6.000 €	4-09	THH I	Beschaffung eines Sehtestgeräts	
250.000 €	2-03	THH II	Investitionskostenzuschuss Tierschutz Hildesheim und Umgebung e.V.	
56.000 €	2-03	THH II	ASP Schutzzaun	
40.000 €	2-03	THH II	ASP Container für Freiprobung erlegter Wildschweine	
25.000 €	2-03	THH II	Einrichtung einer Wildsammelstelle	
24.500 €	2-03	THH II	EDV-Ausstattung - Lebensmittelüberwachung	
96.000 €	2-04	THH II	Eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage	
170.000 €	2-05	THH II	Mannschaftszelte beheizbar - 10 Stück - Versorgungszug	
150.000 €	2-05	THH II	Kommandowagen (Kdow) für Brandabschnittsleiter (BAL)	
150.000 €	2-05	THH II	Umrüstsatz für GW-L Unimog incl. Material - Vegetationsbrandbekämpfung	
150.000 €	2-05	THH II	Erstausrüstung neuer Stabsraum	
120.000 €	2-05	THH II	Führungskraftwagen (FüKW) / Mannschaftstransportwagen (MTW) ABC-Zug	
90.000 €	2-05	THH II	Medizinische Datenverarbeitung - MedDV Pads	
38.000 €	2-05	THH II	Optimierung Funkausstattung TEL	
15.000 €	2-05	THH II	Austauschkassette für Schlauchwagen	

Übersicht Haushaltssicherungskonzept 2024

Gesamtübersicht über die vorgesehenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzepts und Ihre Auswirkungen auf das Gesamtergebnis:

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Haushaltsjahr	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt
							Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3	Planjahr +4 ²⁾	Planjahr +5 ³⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I.	Erträge/ Einzahlungen											
1	Beschluss Kreistag: Erhöhung des Kreisumlagebesatzes um 2 Prozentpunkte	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	07.12.2023	erfolgt	226.547.000	8.291.600						8.291.600
	Gesamt					8.291.600	0	0	0			8.291.600
II.	Aufwendungen/ Auszahlungen											
1	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4452-0009 Erst. Stadt HI. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	erfolgt	10.000.000	749.200						749.200
2	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	311-601 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. - üb. Tr.-	16.08.2023	erfolgt	5.862.000	251.700						251.700
3	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leist.beteiligung Umsetz. der Grd.sich. Arb.such.	16.08.2023	erfolgt	56.803.000	1.398.200						1.398.200
4	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	16.08.2023	erfolgt	6.977.200	465.000						465.000
5	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX / 4452-0009 Erst. Stadt HI. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	erfolgt	15.989.800	227.200						227.200
6	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	314-501 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 78 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen üb.Tr.-	16.08.2023	erfolgt	28.156.100	1.578.600						1.578.600
7	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	16.08.2023	erfolgt	169.600	8.500						8.500
8	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0009 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIN	16.08.2023	erfolgt	9.476.200	2.517.100						2.517.100
9	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0012 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - HIS	16.08.2023	erfolgt	4.585.800	1.000.000						1.000.000
10	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0005 Förderung von Kindertagesstätten	16.08.2023	erfolgt	43.000.000	2.306.200						2.306.200
11	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4452-0009 Erst. Stadt HI. Transferleist. (Finanzvertrag)	16.08.2023	erfolgt	394.200	100.000						100.000
12	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4212-0003 Leistungen bei Straßenschäden	16.08.2023	erfolgt	255.000	37.400						37.400
13	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 10 um 5%	547-001 Nahverkehrsplanung / 4317-0000 Zuschüsse an private Unternehmen	16.08.2023	erfolgt	2.111.100	200						200
14	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	11.800	300						300
15	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	9.000	8.500						8.500
16	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-002 Zentrale Personaldienstleistungen / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	5.100	2.200						2.200
17	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	6.200	3.200						3.200

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt	
						Haushaltsjahr	Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3	Planjahr +4 ²⁾		Planjahr +5 ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
18	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	12.500	2.500						2.500
19	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4431-0014 Bücher und Fachschriften- allg-	16.08.2023	erfolgt	4.900	2.900						2.900
20	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4441-0004 Leistungen für Schadensfälle	16.08.2023	erfolgt	10.200	6.200						6.200
21	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-006 Kassenwesen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	56.900	3.000						3.000
22	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-007 Finanzen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	5.200	1.800						1.800
23	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	683.300	200.000						200.000
24	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-015 Kreistag und seine Ausschüsse / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	9.300	400						400
25	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-017 Verwaltungsführung LR / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	6.700	200						200
26	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-017 Verwaltungsführung LR / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	10.100	3.000						3.000
27	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	4.500	100						100
28	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4271-0012 Aufwendungen für Projekte	16.08.2023	erfolgt	5.700	600						600
29	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-018 Gleichstellung von Mann und Frau / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.000	600						600
30	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	7.000	100						100
31	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-019 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.000	1.000						1.000
32	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	7.400	200						200
33	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	200	200						200
34	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	1.300	200						200
35	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	400	400						400
36	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-020 Prüfung und Beratung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	15.300	3.000						3.000
37	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-021 Personalvertretung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	6.600	200						200
38	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-022 Recht / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.800	1.500						1.500

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Haushaltsjahr	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt
							Planjahr + 1	Planjahr + 2	Planjahr + 3	Planjahr + 4 ²⁾	Planjahr + 5 ²⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
39	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-023 Kommunalaufsicht / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	3.700	100						100
40	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-023 Kommunalaufsicht / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	2.500	800						800
41	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-024 Kreistagsangelegenheiten / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	3.700	100						100
42	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-024 Kreistagsangelegenheiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.500	1.800						1.800
43	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	7.900	200						200
44	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.700	1.500						1.500
45	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-025 Organisation / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	6.200	2.200						2.200
46	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	500	400						400
47	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.800	900						900
48	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	111-028 Verwaltungsführung EKR / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	3.100	100						100
49	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	3.600	1.000						1.000
50	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	121-001 Wahlen und Einwohnerbeteiligung / 4291-0013 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	4.000	4.000						4.000
51	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-001 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	51.600	8.300						8.300
52	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-002 Ordnungsangelegenheiten / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	247.600	40.200						35.800
53	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-002 Ordnungsangelegenheiten / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	14.100	400						400
54	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	22.200	12.800						12.800
55	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-003 Ausländerangelegenheiten, Standesamtsaufsicht / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	12.000	400						400
56	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	5.200	800						800
57	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	32.700	6.100						6.100
58	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	8.400	300						300
59	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	17.600	7.100						7.100

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Haushaltsjahr	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt
							Planjahr + 1	Planjahr + 2	Planjahr + 3	Planjahr + 4 ²⁾	Planjahr + 5 ²⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
60	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	4.500	4.000						4.000
61	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-005 KFZ-Zulassungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	18.300	600						600
62	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-006 Verkehrssicherung und -lenkung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	14.300	8.000						2.000
63	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-007 Fahrerlaubnis und Fahrgastbeförderung / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	13.800	7.600						5.500
64	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPSyChG / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	2.800	100						100
65	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-008 Schutzmaßnahmen nach dem NPSyChG / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	5.000	1.000						1.000
66	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	4.100	1.000						1.000
67	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	16.000	2.600						2.600
68	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	122-009 Wasserwirtschaft / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	6.200	400						400
69	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	126-003 Brandschutz (Amt 205) / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	52.100	7.600						7.600
70	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	126-004 Feuerwehrentechnische Zentrale / 4261-0002 Dienst- und Schutzrüstung (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	20.000	5.000						5.000
71	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	128-001 Katastrophenschutz / 4251-0000 Haltung von Fahrzeugen	16.08.2023	erfolgt	33.700	8.400						8.400
72	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	128-001 Katastrophenschutz / 4341-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	11.800	300						300
73	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	212-001 Schulverwaltung Hauptschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	4.900	3.100						3.100
74	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	215-001 Schulverwaltung Realschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.200	4.400						4.400
75	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	216-001 Schulverwaltung Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	41.000	26.300						26.300
76	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	216-002 Gebäudewirtschaft Kombinierte Haupt- und Realschulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	718.500	200.000						200.000
77	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	217-001 Schulverwaltung Gymnasien / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	40.100	26.500						26.500
78	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	681.600	500.000						500.000
79	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	218-001 Schulverwaltung Gesamtschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	19.300	14.500						14.500
80	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	221-001 Schulverwaltung Förderschulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	11.300	4.800						4.800

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt	
						Haushaltsjahr	Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3	Planjahr +4 ²⁾		Planjahr +5 ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
81	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen / 4271-0005 Pauschale Lehrmittel	16.08.2023	erfolgt	43.200	8.100						8.100
82	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-001 Schulverwaltung berufliche Schulen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	54.400	36.400						3.300
83	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.08.2023	erfolgt	2.027.800	724.800						524.800
84	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	242-001 Ausbildungsförderung / Gerichts- und ähnliche Kosten	16.08.2023	erfolgt	1.000	300						300
85	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	12.600	9.800						1.500
86	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	19.800	600						600
87	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	251-001 Kreisarchiv / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	5.500	1.000						1.000
88	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	281-001 Kulturbüro / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	2.300	900						900
89	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	58.000	16.300						5.500
90	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	311-901 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt 403) / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	21.500	700						100
91	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	312-901 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Amt 908) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	1.600	500						500
92	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	28.000	14.000						14.000
93	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	314-901 Verwaltung der Eingliederungshilfe / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	23.700	800						800
94	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	341-001 Unterhaltsvorschuss / 4271-0001 Aufw. für Spezial-Luk (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	22.500	10.000						10.000
95	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	346-001 Wohngeld / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	9.000	4.300						4.300
96	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	8.300	3.300						3.300
97	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	66.400	25.400						25.400
98	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	26.700	1.000						1.000
99	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-004 Präventionsmaßnahme PIAF [®] (Amt 406) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	6.000	2.000						2.000
100	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	28.700	13.400						13.400
101	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.200	2.700						2.700

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt	
						Haushaltsjahr	Planjahr +1	Planjahr +2	Planjahr +3	Planjahr +4 ²⁾		Planjahr +5 ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
102	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-007 Beistandschaft, Amtpflegschaft und -vormundschaft/ 4271-0001 Aufw. für Spezial-luk (Budget 50)	16.08.2023	erfolgt	14.000	2.800						2.800
103	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	363-007 Beistandschaft, Amtpflegschaft und -vormundschaft/ 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	13.800	1.200						1.200
104	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	367-001 Erziehungsberatung / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	16.200	5.000						5.000
105	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	16.800	300						300
106	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	15.000	4.000						4.000
107	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	8.000	200						200
108	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	4.400	2.400						2.400
109	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-002 Infektions- und Strahlenschutz / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	25.000	7.000						7.000
110	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	25.200	500						500
111	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	1.000	200						200
112	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-003 Kinder- und Jugendgesundheit / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	15.000	4.000						4.000
113	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	12.500	300						300
114	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-004 Ärztliche/zahnärztliche Untersuchungen und Beratungen / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	3.000	1.000						1.000
115	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	4.000	100						100
116	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF* (Amt 409) / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	2.300	100						100
117	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF* (Amt 409) / 4221-0000 Unterhaltung des beweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	1.000	200						200
118	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	414-006 Präventionsmaßnahme PIAF* (Amt 409) / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	8.000	3.000						3.000
119	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	511-002 Raumplanung / 4261-0001 Fortbildung	16.08.2023	erfolgt	1.200	800						800
120	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	511-002 Raumplanung / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	1.200	100						100
121	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	521-001 Bauliche Anlagen / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	16.600	13.700						800
122	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	521-001 Bauliche Anlagen / 4241-0001 Heizung und Beleuchtung	16.08.2023	erfolgt	13.400	400						400

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Bezugsgröße ¹⁾ - EUR -	Haushaltsjahr	Finanzielle Auswirkungen (in EUR)					Gesamt
							Planjahr + 1	Planjahr + 2	Planjahr + 3	Planjahr + 4 ²⁾	Planjahr + 5 ²⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
123	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	538-201 Abwasser / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	5.000	1.500						1.500
124	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	542-001 Kreisstraßen und Radwege / 4212-0000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	16.08.2023	erfolgt	2.061.100	356.500						356.500
125	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4431-0000 Geschäftsaufwendungen	16.08.2023	erfolgt	7.000	1.500						1.500
126	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-001 Bodenschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	1.300	800						800
127	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-002 Umweltschutz / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	16.08.2023	erfolgt	1.300	800						800
128	Einsparvorgabe Verwaltungsführung: Reduzierung der Aufwendungen im Budget 50 um 10%	561-002 Umweltschutz / 4317-0001 Umweltpreis	16.08.2023	erfolgt	1.500	1.500						1.500
129	Beschluss Kreistag: Reduzierung der Aufwendungen	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemwerb. (Budget 20)	07.12.2023	erfolgt	300.000	50.000						50.000
	Gesamt					13.133.500	0	0	0	0	0	13.133.500
	Gesamttergebnis ohne die im Haushaltsplan zu veranschlagenden Haushaltssicherungsmaßnahmen					-53.309.000	0	0	0	0	0	
	Gesamttergebnis mit dem im Haushaltsplan zu veranschlagenden Haushaltssicherungsmaßnahmen					-31.883.900	0	0	0	0	0	

¹⁾ Bezugsgröße: ist der bisher vorgesehene Haushaltsansatz; erheblich vom Rechnungsergebnis ab, kann als Bezugsgröße das Ergebnis der Jahresrechnung des Vorjahres verwendet werden.

²⁾ Die Angaben sind erforderlich, wenn über das Haushaltssicherungskonzept der Abbau von Fehlbeträgen aus Vorjahren gemäß § 24 Abs. 2 KommKVO sichergestellt wird.

Übersicht Haushaltssicherungskonzept 2024
Gesamtübersicht über die nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen (Budget 20):

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungstelle (Produkt/Konto)	Vorjahr -EUR-	Haushaltsjahr -EUR-	Veränderung 2023/2024 -EUR-	Begründung
1	Einungen für Badenreite	3	4	5	6	7
2	Durchführung Öffentlichkeitsarbeit	11-002 Zentrale Personalienleistungen/ 4271-0006 Einungen für Badenreite	1.800	1.800	0	
3	Zuschüsse an Fraktionen	11-003 Zentrale Dienste und Betrieb. Gesundheitsmanagement/ 4271-0007 Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen	10.000	0	-10.000	Haushaltsneutrale Verschiebung nach Kostenstelle 9-00
4	Zuschüsse an Fraktionen	11-016 Fraktionen/ 4458-0001 Zuschüsse an Fraktionen - Sozialw.-	19.400	19.400	0	
5	Durchführung Öffentlichkeitsarbeit	11-016 Fraktionen/ 4458-0002 Zuschüsse an Fraktionen - Personalw.-	671.500	698.400	26.900	Tarifabschluss (gültig bis einschließlich 31.12.2024) und Nichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des KT
6	Vertriebsregion	11-037 Verwaltungsführung LR/ 4271-0007 Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen	0	10.000	10.000	Haushaltsneutrale Verschiebung von Kostenstelle 1-03
7	Metropolenregion	11-037 Verwaltungsführung LR/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	20.000	0	-20.000	Kündigung des Vertrages zur Mietopferregion
8	Verwaltungsführung Landrat	11-037 Verwaltungsführung LR/ 4429-0003 Vermögensmanagement-Landrat-	5.700	5.700	0	
9	Gleichstellung	11-038 Gleichstellung von Mann und Frau/ 4318-0001 Ford. E.rmination/ Frauenspez.Projekte	27.000	27.000	0	
10	Öffentlichkeitsarbeit	11-039 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit/ 4271-0008 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	600	600	0	
11	Öffentlichkeitsarbeit, Imagebefragung	11-039 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit/ 4271-0011 Repräsentation/ Öffentlichk. leitsarbeit	11.600	4.000	-7.600	-7.600 einmalig 2023 Neue Kurztimb
12	Beratung von Kommunen	11-023 Kommunalfürsicht/ 3482-0012 Erst- von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	-7.000	-7.000	0	
13	Ausführung Sitzungsdienst	11-024 Kreisratssabingleistungen/ 4271-0000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	3.600	3.600	0	
14	Unterstützung Ehrenamt. Tätigkeit	11-024 Kreisratssabingleistungen/ 4318-0022 Zuschüsse z.Ford. v. soz. Einrichtungen	9.800	10.600	800	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
15	Ehrenamtskarte	11-026 Bürgerschaftliches Engagement/ 4318-0033 Ehrenamtskarte	7.000	7.000	0	
16	Migrationsberatung - Zuweisungen vom Land	11-027 Integration und Demokratie/ 3141-0000 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	35.000	35.000	0	
17	Beruchussung Migrationsberatung	11-027 Integration und Demokratie/ 4291-0020 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 20)	250.800	410.800	160.000	Kosten für Sicherheitsdienst und Betreuungslösungen für Objekte
18	Beruchussung Migrationsberatung	11-027 Integration und Demokratie/ 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	770.000	750.000	-20.000	+100.000 einmalig 2024 Flüchtlingssozialarbeit Antrag 464/XX; +60.000 einmalig 2024 Statistischem Antrag 465/XX; -70.000 einmalig 2023 Migrationsarbeit zur Förderinitiative Kofmanzeuung Antrag 173/XX und Antrag 218/XX Punkt A8/1; -250.000 einmalig 2023 Flüchtlingssozialarbeit Antrag 218/XX Punkt A8/1; +250.000 einmalig 2024 Flüchtlingssozialarbeit Antrag 463/XX; +50.000 einmalig 2024 Sprachkurse für Geflüchtete Antrag 466/XX
19	Projekt Fördermittelberatung	11-029 Projekte im Bereich III/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	20.300	0	-20.300	Haushaltsneutrale Verschiebung nach Kostenstelle 1-00
20	Gesundheitsregion Hildesheim	11-032 Sozialplanung/ 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	0	-13.000	-13.000	Haushaltsneutrale Verschiebung von Kostenstelle 4-09 (Antrag 402/XX)
21	Projekt Fördermittelberatung	11-032 Sozialplanung/ 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	0	15.000	15.000	Haushaltsneutrale Verschiebung von Kostenstelle 4-09 (Antrag 402/XX)
22	Projekt Fördermittelberatung	11-033 Kommunalförderung/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	0	23.600	23.600	Haushaltsneutrale Verschiebung von Kostenstelle 9-20; + 3.000 einmalig 2024 Vertragsabschluss bis 31.12.2024 mit der Fa. Dieter Meyer Consulting GmbH (MICON)
23	Mitgliedsrat Tierchutzvereine	122-004 Veterinärwesen und Verbraucherschutz/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	1.100	1.100	0	
24	Kreisverkehrswach	122-006 Verkehrssicherung und -lenkung/ 4318-0002 Zuschüsse an Kreisverkehrswach	1.500	1.500	0	
25	Gewässerverbesserung - Zuweisungen vom	122-009 Wasserwirtschaft/ 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	-135.000	-135.000	0	Haushaltsneutral-Umsetzung der Projekte
26	Gewässerverbesserung	122-009 Wasserwirtschaft/ 3143-0002 Zw. für lif. Zwecke von Zweckverband (Budget 20)	-15.000	-125.000	-110.000	Haushaltsneutral-Umsetzung der Projekte
27	Gewässerverbesserung	122-009 Wasserwirtschaft/ 4291-0011 Ökologische Gewässerverbesserung (Budget 20)	150.000	1.250.000	1.100.000	Haushaltsneutral-Umsetzung der Projekte
28	Hochwasserverband Innerste	122-009 Wasserwirtschaft/ 4429-0010 Mitgliedsbeitrag Hochwasserverband Innerste	420.400	618.000	197.600	Anpassung des Verbandsbeitrages 2024 an die Haushaltsentwicklung lt. Mitteilung des Hochwasserverbands Innerste vom 21.09.2023
29	Konzept Fließgewässerentwicklung und ökologischen Hochwasserschutz	122-009 Wasserwirtschaft/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	20.000	0	-20.000	Einmaliger Ansatz 2023
30	Grundwasserstation im Bereich Kall und Sah	122-009 Wasserwirtschaft/ 4431-0052 Aufw. für Untere u. Güterchen (Budget 20)	20.000	0	-20.000	Einmaliger Ansatz 2023
31	Psychosoziale Notfallversorgung	126-003 Brandschutz (Amt 205)/ 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	0	30.000	30.000	Haushaltsneutral aus Mitteln der Feuerwehrtsteuer
32	Brandschutz	126-003 Brandschutz (Amt 205)/ 4318-0032 Zuschuss Kreisligandfeuerwehr	2.000	2.000	0	
33	Feuerwehrbedarfplan	126-003 Brandschutz (Amt 205)/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	30.000	0	-30.000	-30.000 einmalig 2023 Feuerwehrbedarfplan
34	Psychosoziale Notfallversorgung	126-003 Brandschutz (Amt 205)/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	0	30.000	30.000	Haushaltsneutral
35	Durchführung Beratungsdienst	127-001 Beratungsdienst/ 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	10.700	10.700	0	
36	Durchführung Beratungsdienst	127-001 Beratungsdienst/ 4317-0008 Zuschüsse an private Unternehmen	10.700	10.700	0	
37	Zuschuss Katastrophenschutzorganisationen	128-001 Katastrophenschutz/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	200.000	200.000	0	
38	Sonderschulplan "Stromausfall"	128-001 Katastrophenschutz/ 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	75.000	75.000	0	
39	Anschaffung/Montage Spezialfahrze	231-001 Schulverwaltung, berufliche Schulen/ 4271-0054 Aufw. für Speziall.u.k (Budget 20)	30.000	30.000	0	75.000 einmalig 2023 Sonderplan "Stromausfall"; -79.000 einmalig 2024 Erstellung eines Sonderschutzplans Stromausfall; Beauftragung der Module F-3
40	Projekt Schulverbesserung	241-001 Schulverbesserung/ 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	910.000	1.000.000	90.000	+90.000 einmalig 2024 Anpassung aufgrund Rechnungsergebnis des Schuljahres 2022/2023; Vorlage 479-1
41	Prüfung: Intervention gegen Mobbing in Schulen; Hygieneartikel weiterführende Schulen	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4271-0071 Aufw. für Projekte (budget 20)	210.000	2.000	-198.000	+190.000 Verschiebung nach Budget 60 beim Projektcharakter mehr; +10.000 einmalig 2024 Mobbing in Schulen Antrag 448/XX; +10.000 einmalig 2024 Hygieneartikel Antrag 450/XX
42	Mitgliedsprüfung Ganztagschulen und Fachlehrermanagement	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	2.000	52.000	50.000	+50.000 einmalig 2024 Fachlehrermanagement Antrag 422/XX
43	Implementierung des Explor Elements im Landes	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	50.000	50.000	0	
44	Zuweisungen für Schulinfrastruktur	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4318-0005 Zweis. f. Schulinfrastruktur	1.200	1.200	0	
45	Internationale Schulbegleitung	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4318-0007 Internationale Schulbegleitung	12.000	12.000	0	
46	Zuschuss für bio. Schulgärten und Umweltausbildung	243-001 Sonstige schulische Aufgaben/ 4318-0009 Zuschüsse für bio. Schulgärten	4.000	24.000	20.000	+20.000 einmalig 2024 Umweltausbildung Antrag 447/XX
47	Theater für niedersächsischen (TIN)	261-001 Theater/ 4315-0001 Zuschüsse an Theater für Niedersachsen	3.950.000	4.350.000	400.000	Personal- und Betriebskostensteigerungen
48	Kulturverbandsplanung	281-001 Kulturbüro/ 4271-0040 Kulturverbandsplanung	65.000	65.000	0	
49	Kunst- und Kulturpreis	281-001 Kulturbüro/ 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	20.000	30.000	10.000	+10.000 (einmalige Kürzung 2023)
50	Kulturbüro	281-001 Kulturbüro/ 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	100.000	100.000	0	
51	Musikbüro	281-001 Kulturbüro/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	40.000	40.000	0	
52	Projektstruktur für denq und Radio Tonkulte	281-001 Kulturbüro/ 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	100.000	120.000	20.000	+20.000 Einmalig 2024 Radio Tonkulte Antrag 421/XX

53	Unser Dorf hat Zukunft	281-001 Kulturbüro / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	18.000	3.000	-15.000	einmalig 2023 "Unser Dorf hat Zukunft" alle 3 Jahre
54	Internationale Beziehungen	281-001 Kulturbüro / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	2.800	2.800	0	
55	Mitgliedsbeiträge	281-001 Kulturbüro / 4429-0011 Mitgliedsbeiträge (Budget 20)	12.000	12.000	0	
56	Zuschuss Vereine und Verbände	311-001 Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4318-0021 Zuschuss für soziale Projekte	3.000	3.000	0	
57	Runder Tisch Kinderarmut	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	0	20.000	+20.000	einmalig 2024 Runder Tisch Kinderarmut Antrag 431/MX
58	Sozialfonds Region Hildesheim	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4318-0022 Zuschüsse an übrige Bereiche	94.500	90.500	-4.000	
59	Zuschuss Vereine und Verbände	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4318-0023 Zusch. v. Ford. v. soz. Einrichtungen	6.500	7.000	500	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
60	Zuschuss Vereine und Verbände	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4318-0023 Zusch. v. Ford. v. Schuldnerberat.	167.800	181.200	13.400	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
61	Mitgliedsbeiträge	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4429-0011 Mitgliedsbeiträge (Budget 20)	800	800	0	
62	Durchführung Pflegekonferenzen	311-001 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 403) / 4431-0049 Pflege- und Betreuungsforum (Budget 20)	10.000	10.000	0	
63	Schulsozialarbeit	311-003 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 407) / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	25.000	25.000	0	
64	Fachstelle Inklusion	311-003 Verwaltung der Sozialhilfe (Amt. 407) / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	8.000	8.000	0	
65	Präventionsmaßnahmen für ältere Menschen im öffentlichen Raum	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 3144-0002 Zuw. für Zwecke von gesetzl. Sozialversicherungen	-90.000	-90.000	0	
66	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4271-0004 Unterstützung des beweglichen Vermögens (Budget 20)	5.000	3.000	-2.000	Anpassung Ansatz an tatsächliche Ausgabestruktur
67	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4272-0004 Inwertigungswert, Vermögensgegenst. (Budget 20)	5.000	5.000	0	
68	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4231-0005 Mieten für Gerate (Budget 20)	300	300	0	
69	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4231-0008 Fortbildung (Budget 20)	4.000	2.000	-2.000	Anpassung Ansatz an tatsächliche Ausgabestruktur
70	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4271-0005 Zusammenbau ehrenamtlich Tätigen	2.000	2.000	0	
71	Präventionsmaßnahmen für ältere Menschen im öffentlichen Raum	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	30.000	30.000	0	
72	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	1.000	1.000	0	
73	Förderung von sozialen Einrichtungen	315-201 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen / 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	4.000	4.000	0	
74	Unterbringung	315-202 Unterkünfte für Pflüchtlinge / 3481-0000 Ersatzleistungen vom Land	-5.131.200	-2.005.000	3.131.200	Keine Informationen über Zahlungen vom Land oder Bund für 2024
75	Vereinbarung Kommunen	315-202 Unterkünfte für Pflüchtlinge / 3482-0002 Ers. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	-3.729.900	-3.729.900	-3.575.100	Für 2024 gibt es derzeit noch keine neue Regelung zur Verrechnung des Defizits. Ersatzleistung bis bisheriger vorz. Regelung mit Gemeinden wird eingepreist.
76	Zobezentr	315-202 Unterkünfte für Pflüchtlinge / 3485-0000 Ersatzleistungen von sonst. öffentl. Sonderrechnungen	-18.375.500	-2.405.000	15.970.500	Rechnung zum Jahresergebnis
77	Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine	315-202 Unterkünfte für Pflüchtlinge / 4291-0020 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 20)	28.245.000	11.235.100	-17.009.900	Aufwand Asyl, Verschiebung nach Produkt 111-027 und Produkt 311-001
78	Sich- und Energiekostenzuschüsse	315-601 Andere soziale Einrichtungen / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	30.000	0	-30.000	Einmaliger Ansatz in 2023 (Tafeln und Essensausgaben)
79	Zuschuss Kinder- und Frauenschutzhaus	315-601 Andere soziale Einrichtungen / 4318-0013 Zuschüsse Frauen- u. Kinderschutzhäus	72.400	99.200	26.800	+20.000 einmalig 2024 Frauenhaus Antrag 443/MX und jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK sowie Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
80	Zuschuss Vereine und Verbände	343-001 Aufgaben nach dem Betreuungsrat / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	24.800	26.500	1.700	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
81	Kindertagespflege- Erstattungen vom Land	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 3481-0006 Erst. aus Landesprogramm Familien mit Zukunft	-1.380.800	-130.000	1.250.800	Verschlebung nach Budget 10 (besondere Finanzhilfe (Kinder Tagespflege))
82	Kindertagespflege- Erstattungen vom Land	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 3481-0006 Erst. aus Landesprogramm Familien mit Zukunft	-120.100	-120.100	0	"Rucksack und Griffbereit"
83	Kindertagespflege- Erstattungen vom Land	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 3481-0006 Erst. aus Landesprogramm Familien mit Zukunft	-187.200	-233.100	-45.900	"Rucksack und Griffbereit"
84	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4431-0028 Zuweisungen an Gemeinden (Familien servicebüro)	1.360.000	0	-1.360.000	Verschlebung nach Kita-Förderung
85	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4312-0008 Zuweisungen an Gemeinden (Familien servicebüro)	30.000	30.000	0	
86	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	0	10.000	10.000	+10.000 einmalig 2024 Familienzentrum Antrag 429/MX
87	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	91.000	91.000	0	
88	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	252.100	321.300	69.200	"Rucksack und Griffbereit"
89	Kindertagespflege	361-001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	10.000	10.000	0	
90	Programm "Startklar in die Zukunft"	362-003 Jugendberbeit / 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	-40.000	0	40.000	Einmaliger Ansatz 2023 (Programm "Startklar in die Zukunft")
91	Jugendberbeit	362-003 Jugendberbeit / 3211-0004 Kostenbeitr. Aufw. ersatz. Kosteners. (Budget 20)	-7.000	-7.000	0	
92	Jugendberbeit	362-003 Jugendberbeit / 4271-0042 Veransch. im Rahmen der Maßnahmeh.	7.300	7.300	0	
93	Jugendparlament und Kinder- und Jugendforum	362-003 Jugendberbeit / 4271-0042 Aufw. für Projekte (Budget 20)	0	30.000	30.000	+15.000 Verschlebung Ansatz, +15.000 einmalig 2024 Wahl
94	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemwerts. (Budget 20)	20.000	20.000	0	
95	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemwerts. (Budget 20)	30.000	0	-30.000	Einmaliger Ansatz 2023 (Programm "Startklar in die Zukunft")
96	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4318-0011 Zus. f. d. Unterbringung u. Bewerhung (Gemeinden)	13.000	13.000	0	
97	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4318-0016 Zusch. an übrige Bereiche	10.000	0	-10.000	Einmaliger Ansatz 2023 (Programm "Startklar in die Zukunft")
98	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4318-0016 Zusch. an übrige Bereiche	101.700	101.700	0	
99	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4318-0017 Zusch. an übrige Bereiche	67.400	67.400	0	
100	Jugendberbeit	362-001 Jugendberbeit / 4318-0031 Zusch. f. d. Unterbr. u. Sanierung (Erbe Träger)	3.700	3.700	0	
101	Projekte PACE und Inkl. Club	363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherische Kinder- und Jugendberbeit / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	45.500	45.500	0	
102	Projekte PACE und Inkl. Club	363-001 Jugendsozialarbeit, Erzieherische Kinder- und Jugendberbeit / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	18.700	18.700	0	
103	Erziehungsstellen - Zuweisungen vom Land	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	-121.000	-121.000	0	400 + 18.700 einmalig 2023 Antrag 218/MX Punkt A27/1 -> 19.100 einmalig 2024 Antrag 427/MX
104	Projekt "Willkommen im Leben"	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4271-0049 Projekt, Willkommen im Leben	75.000	75.000	0	
105	Interkommunale Kooperation und Information im Kinderschutz	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4271-0049 Sachaufw. koordinierungsstelle KIG	10.000	10.000	0	
106	Zuschuss Vereine und Verbände	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4318-0020 Hilfsberät. "Gewalt gegen Kinder"	115.000	115.000	0	
107	Umbauschritt	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	130.000	122.000	-8.000	Ende 31.10.2024
108	Mitgliedsbeiträge	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4429-0011 Mitgliedsbeiträge (Budget 20)	3.700	3.700	0	
109	Produktionskosten/ Labora	363-006 Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	0	120.000	120.000	Haushaltsneutrale Verschiebung vom Budget 10
110	Vermögensbetreuung Vereine	365-007 Bekanntheit, Anspiegelschicht und -vormittelschicht / 4438-0000 Ersatzleistungen an übrige Bereiche	55.000	55.000	0	
111	Kinder Tagesbetreuung - Zuweisungen vom Land	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	-3.882.300	-3.882.300	0	
112	Notfallbetreuung für Kinder	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 3321-0000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	0	-3.000	-3.000	Einrichtung, Vorlage 433/MX
113	Notfallbetreuung für Kinder	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4271-0066 Besondere Verw. - und Betriebsaufw. (Budget 20)	0	18.000	18.000	Einrichtung, Vorlage 433/MX
114	Kinder Tagesbetreuung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4291-0012 Qualifizierung (Budget 20)	230.100	230.100	0	

115	Kindertagesbetreuung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	970.000	970.000	0	970.000	0	
116	Kindererziehbetreuung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	2.682.200	2.682.200	0	2.682.200	0	
117	Nonfallbetreuung für Kinder	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 421-0003 Aufw. für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit (Budget 20)	0	0	3.800	3.800	0	Einrichtung; Vorlage 433/XX
118	Kreisübergreifende Jugendberufshilfen	366-001 Kreisübergreifende Jugendberufshilfen / 4317-0006 Zuschuss Betriebsgesellschaft Jugendberufshilfen	199.500	199.500	0	199.500	0	
119	Erziehungsberatung	367-001 Erziehungsberatung / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	304.700	304.700	0	304.700	0	
120	Zuschüsse an Verbände und Vereine	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	4.000	4.000	0	4.000	0	
121	Zuschüsse an Verbände und Vereine	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4318-0022 Zuschüsse z. Förd. v. soz. Einrichtungen	8.900	8.900	0	8.900	0	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
122	Zuschüsse an Verbände und Vereine	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4318-0025 Zusch. an Sportvereine u. d. Psychiatrie	383.700	383.700	0	383.700	0	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
123	Zuschüsse an Verbände und Vereine	412-001 Sozialpsychiatrischer Dienst / 4318-0026 Zusch. an Sportvereine u. d. Psychiatrie	13.600	13.600	0	13.600	0	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
124	Freizeitliche, Heilpädagogische	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	48.800	48.800	0	48.800	0	Jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
125	Zuschüsse AIDS-Hilfe	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4318-0027 Suchtosterzuschuss AIDS-Hilfe	7.200	7.200	0	7.200	0	+1.000 einmalig 2024 AIDS-Hilfe-Antrag 441/XX; jährliche Steigerung um 2,8 % gem. HSK und Sicherheitszuschlag von 5 % für Nachverhandlungen
126	PAF	414-006 Präventionsmaßnahmen PAF* (Antr. 409) / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	50.000	50.000	0	50.000	0	Einmaliger Ansatz 2023
127	PAF	414-006 Präventionsmaßnahmen PAF* (Antr. 409) / 431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	0	50.000	0	50.000	0	+50.000 einmalig 2024 Antrag 445/XX
128	Veranstaltung	418-001 Kurierbüro Bad Salzdetfurth / 4315-0002 Veranstaltung	1.071.000	1.071.000	0	1.071.000	0	Personal- und Betriebskostensteigerungen
129	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 3482-0012 Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	-7.700	-7.700	0	-7.700	0	
130	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 4271-0006 Besondere Verw.- und Betriebsaufw. (Budget 20)	10.500	10.500	0	10.500	0	
131	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 4312-0011 Zw. f. d. Unterhaltung u. Sanierung (Gemeinden)	62.300	62.300	0	62.300	0	
132	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 4318-0028 Zuschüsse an Kreisverband	70.500	70.500	0	70.500	0	
133	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 4318-0031 Zusch. f. d. Umkehr u. Sanierung (freie Träger)	25.000	25.000	0	25.000	0	
134	Sportförderung	421-001 Sportförderung / 4441-0002 Unfallversicherung	7.900	7.900	0	7.900	0	
135	Radverkehrskonzept	511-002 Raumplanung / 4222-0004 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst. (Budget 20)	25.000	25.000	0	25.000	0	
136	Radverkehrskonzept	511-002 Raumplanung / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	0	10.000	0	10.000	0	+10.000 (einmalige Kürzung 2023)
137	Radverkehrskonzept	511-002 Raumplanung / 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	0	40.000	0	40.000	0	+40.000 (einmalige Kürzung 2023)
138	Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	250.000	250.000	0	250.000	0	
139	Regionsoverbund Leinebergland	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	90.000	90.000	0	90.000	0	Einmaliger Ansatz 2023
140	Wohnraumakquise	522-001 Wohnraumförderung / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	0	250.000	0	250.000	0	+750.000 einmalig 2024 Wohnraumförderung Antrag 430/XX
141	Baukulturdienst Weser-Leine	523-001 Baukulturdienst und -pflege / 4315-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	0	15.000	0	15.000	0	15.000 € überhaufte Baukulturdienst Weser-Leine Antrag 230/XX
142	Projektorient. Modellpflege	547-001 Naturverknüpfung / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemverb. (Budget 20)	25.000	25.000	0	25.000	0	-25.000 Einmaliger Ansatz 2023
143	DPNV	547-002 Regionaler Verkehrsverbund / 4315-0004 Ausgleichsleistung ÖPNV	9.000.000	15.000.000	0	6.000.000	6.000.000	Erwartete Kostensteigerungen (Personal- und Betriebskosten) Vorlage 429/XX
144	Mobilitätszentrale	547-003 Mobilitätszentrale / 3141-0008 Zuweisungen vom Land (Budget 20)	0	-400.800	0	-400.800	0	Erstmaliger Ansatz
145	Mobilitätszentrale	547-003 Mobilitätszentrale / 3482-0006 Erstattung von Stadt Hildesheim	0	-56.000	0	-56.000	0	Erstmaliger Ansatz
146	Mobilitätszentrale	547-003 Mobilitätszentrale / 4315-0000 Zuschüsse verb. Unternehmen, Sondernerm., Betriegl.	0	456.800	0	456.800	0	Erstmaliger Ansatz
147	Vernachlässigt	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 3411-0002 Mieten und Pachten (Budget 20)	0	-300	0	-300	0	Haushaltsneutral
148	Ehrenamtlicher Naturschutz	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 3488-0002 Erstattung Förderung Naturschutz-freiw.	-3.700	-3.700	0	-3.700	0	
149	Ehrenamtlicher Naturschutz	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 3488-0003 Erstattung einmündl. Naturschutz	-500	-500	0	-500	0	
150	Ehrenamtlicher Naturschutz	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4231-0003 Mieten und Pachten für Grundstücke	200	500	0	300	0	Haushaltsneutral
151	Zuschuss Vereine und Verbände	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4271-0032 Förderung Naturschutz-freiw.	277.000	167.000	0	110.000	0	Verringerung um einmalige Ansätze 2023 und Verschiebung nach ehrenamtlicher Naturschutz
152	Zuschuss Paul-Fendt-Stiftung	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4318-0030 Zuschüsse an Paul-Fendt-Stiftung	10.000	10.000	0	10.000	0	
153	Ehrenamtlicher Naturschutz	554-001 Naturschutz und Landschaftspflege / 4318-0030 Zuschüsse für ehrenamtliche Naturschutzarbeit	5.000	15.000	0	10.000	0	Verschiebung von Zuschuss Vereinen und Verbänden
154	Bodenschutzbindungs ELSA	561-001 Bodenschutz / 4429-0011 Mitgeltbeiträge (Budget 20)	1.300	1.300	0	1.300	0	
155	Projektorient. "Todeschutz im ländlichen Raum"	561-001 Bodenschutz / 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	25.000	50.000	0	25.000	0	-25.000 einmaliger Ansatz 2023; +50.000 einmalig 2024 Bodenschutzkonzept Antrag 456/XX
156	Ehrenamtlicher Naturschutz	561-002 Umweltschutz / 3482-0012 Erst. von Gemeinden u. Gemeindeverb. (Budget 20)	-1.000	-1.000	0	-1.000	0	
157	Planung und Erhalt Innersie-Radweg	561-002 Umweltschutz / 4271-0068 Innersie-Radweg	3.000	3.000	0	3.000	0	
158	Klimaschutzagentur und Stromsparmack	561-003 Klimaschutz / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	150.000	150.000	0	150.000	0	Einmaliger Ansatz 2023
159	Potentialanalyse für Energieformen Wind, Sonne und Bioenergie	561-003 Klimaschutz / 4431-0049 Planungs- und Beratungsaufwand (Budget 20)	50.000	50.000	0	50.000	0	Einmaliger Ansatz 2023
160	Gesellschaft für kommunale Immobilien mbH	573-001 Sperrkasse, KwG, GRH / 4457-0000 Erstattungen an private Unternehmen	5.300	5.300	0	5.300	0	Erwarteter jährlicher Beitrag; endgültig erst nach Sperrabrechnung
161	Projekte	573-002 Klimaschutzagentur / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	300.000	215.000	0	85.000	0	Verringerung lt. KT-Beschluss; +65.000 einmalig 2024 Umweltbildung Klimaschutzagentur Antrag 455/XX
162	Kulturtourismus	575-001 Kulturtourismus / 4318-0000 Zuschüsse an übrige Bereiche	35.000	35.000	0	35.000	0	
163	Tourismus	575-002 Tourismus / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	5.000	5.000	0	5.000	0	
164	Regionale Entwicklung (nicht Produkt 51.003)	575-002 Tourismus / 4317-0011 Zuschüsse an private Unternehmen (Budget 20)	24.000	60.000	0	36.000	0	Erhöhung Kooperationsvereinbarung mit der Hildesheim Marketing GmbH
Gesamt			22.657.100	31.138.300	8.481.200	18.044.200 Euro	49.182.500 Euro	31.138.300 Euro

nachrichtlich:
geplante Erträge 2024:
geplante Aufwendungen 2024:
Zuschussbedarf Budget 20 (geplant) 2024:

Übersicht Haushaltssicherungsbericht

A. Zusammenfassende Darstellung der Konsolidierungserträge aus den Haushaltssicherungskonzepten

Haushaltsjahr	Gesamtkonsolidierungsertrag laut Haushaltssicherungskonzept	Gesamtkonsolidierungsertrag im Haushaltssicherungsbericht	Abweichung (+/-) -EUR -	nachrichtlich: Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung ¹⁾
1	-EUR -	-EUR -	0	5
2021	5.000.000	3	4	20.001,81
2022	6.000.000	5.570.000	-430.000,00	Vorläufige: -1.579.986,73
2023	14.075.800	13.575.800	-500.000,00	Vorläufige: -14.514.882,80

¹⁾ Gegebenenfalls vorläufige Rechnungsergebnisse angeben.

B. Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus den Haushaltssicherungskonzepten der Haushaltsjahre 2021 bis 2023.

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	Buchungsstelle (Produkt/Konto)	Vorgesehener Umsetzungszeitpunkt	Umsetzung	Konsolidierungsbetrag laut Haushaltssicherungskonzept ¹⁾ -EUR -	Erreichter Konsolidierungsbetrag ²⁾ -EUR -	Gründe (Stichtag, Karte), warum die Maßnahme nicht durchgeführt wurde oder sich die finanziellen Auswirkungen verändert haben
1	2	3	4	5	6	7	
Haushalt 2022							
1	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
Haushalt 2023							
2	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0000 Bußgelder (ohne Verkehrs-DWV)	03.08.2022	erfolgt	16.500	16.500	
3	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0003 Bußgelder fließender Verkehr	03.08.2022	erfolgt	50.000	50.000	
4	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0004 Bußgelder Stadt Hildesheim	03.08.2022	erfolgt	50.000	50.000	
5	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0009 Bußgelder fließender Verkehr - H. Alfelder Str.	03.08.2022	erfolgt	10.000	10.000	
6	Vorgabe Verwaltungsführung	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0010 Bußgelder fließender Verkehr-Standard Godenau	03.08.2022	erfolgt	30.000	30.000	
7	Vorgabe Verwaltungsführung	122-006 Verkehrssteuerung und -lenkung / 3311-0000 Verwaltungsgebühren	03.08.2022	erfolgt	138.000	138.000	
8	Vorgabe Verwaltungsführung	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 3481-0000 Erstattungen vom Land	03.08.2022	erfolgt	768.600	768.600	
9	Vorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3111-0000 Schlusszuweisungen vom Land	03.08.2022	erfolgt	1.900.000	1.900.000	
10	Vorgabe Verwaltungsführung	611-001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen / 3182-1000 Kreisumlage	03.08.2022	erfolgt	3.000.000	3.000.000	
11	Verwaltung: Mehrettrag Bußgelder aufgrund durchgängigen Betrieb der Messanlage	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0008 Bußgelder fließender Verkehr - Heyersum u. Bethel	08.12.2022	erfolgt	130.000	130.000	
12	Verwaltung: Mehrettrag Bußgelder aufgrund zusätzlicher Installation einer Geschwindigkeitsüberwachung und durchgängigen Betrieb der Messanlage	122-002 Ordnungswidrigkeiten / 3561-0022 Bußgelder Reichlich Hi/Kennedydamm	08.12.2022	erfolgt	70.000	70.000	
Haushalt 2021							
13	Verwaltung: Festgeschriebene regelmäßige Überprüfung der Verwaltungsgebühren	122-007 Fahrerlaubnis und Fahrgabebeförderung / 3311-0000 Verwaltungsgebühren	08.12.2022	erfolgt	15.000	15.000	
14	Verwaltung: Erhöhung Gewinnanteil und Dividende auf und Gewinnentwicklung	573-001 Sparkasse, KwG, GK/H / 3651-0001 Gewinnanteil Sparkasse Hildesheim / 3651-0004 Dividende Kreiswohnbau Hildesheim	08.12.2022	erfolgt	200.000	200.000	
II. Aufwendungen/Auszahlungen					6.878.100	6.878.100	
Haushalt 2021							
1	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0009 Aufw. für Projektarbeit	10.12.2020	erfolgt	4.100	4.100	
2	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-002 Zentrale Personalleistungen / 4261-0004 Ausbildung	10.12.2020	erfolgt	4.900	4.900	
3	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-002 Zentrale Personalleistungen / 4261-0007 Fortbildung Bedienstete-Allg.	10.12.2020	erfolgt	4.800	4.800	
4	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-003 Zentrale Dienste und Betrieb, Gesundheitsmanagement / 4291-0010 Sicherheitsdienst	10.12.2020	erfolgt	8.300	8.300	
5	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-005 IuK / 4222-0000 Erwerb geringwert. Vermögensgegenst.	10.12.2020	erfolgt	12.900	12.900	
6	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-006 Kasenwesen / 4431-0041 Fortkosten Kreiskasse	10.12.2020	erfolgt	1.700	1.700	
7	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
8	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	800	800	
9	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
10	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
11	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	4.700	4.700	
12	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	9.000	9.000	
13	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.800	2.800	
14	Globale Minderausgabe HfB/Egl/Entsch. 2021	111-009 Gebäudewirtschaft, Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.300	1.300	

87	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	2.400	2.400	
88	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	221-002 Gebäudewirtschaft Förderschulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	400	400	
89	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	1.100	1.100	
90	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
91	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
92	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
93	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
94	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	100	100	
95	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	300	300	
96	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0002 Versicherungen und Abgaben	10.12.2020	erfolgt	200	200	
97	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	8.900	8.900	
98	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	4.100	4.100	
99	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.600	3.600	
100	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	6.600	6.600	
101	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	3.700	3.700	
102	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	900	900	
103	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.900	1.900	
104	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4241-0003 Aufw. für Fremdreinigung	10.12.2020	erfolgt	1.000	1.000	
105	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	243-001 Sonstige schulische Aufgaben / 4441-0002 Unfallversicherung	10.12.2020	erfolgt	100.000	100.000	
106	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	311-601 Grundbesitz im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üb.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	308.600	308.600	
107	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	311-801 Hilfe zur Pflege (PSG II) / 4332-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. -üb.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	263.000	263.000	
108	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leistungsbeteiligung Umsetz. der Grd.sch. Arb.such.	10.12.2020	erfolgt	603.600	603.600	
109	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	312-101 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4452-0010 Erst. Stadt th. Verwaltungskosten (Finanzvertrag)	10.12.2020	erfolgt	185.600	185.600	
110	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	314-001 Kostenzeiterfassung § 113 Abs. 2 Nr. 2 IV im. § 78 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen -üb.Tr.-	10.12.2020	erfolgt	1.247.300	1.247.300	
111	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	341-001 Unterhaltsvorschuss / 4339-0000 Sonstige soziale Leistungen	10.12.2020	erfolgt	206.000	206.000	
112	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-002 Förderung der Erziehung in der Familie / 4332-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen i.E.	10.12.2020	erfolgt	90.000	90.000	
113	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0008 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Nord	10.12.2020	erfolgt	9.000	9.000	
114	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0009 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - NW	10.12.2020	erfolgt	243.000	243.000	
115	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0010 Soziale Leist. an nat. Personen i.E. - Ost	10.12.2020	erfolgt	20.000	20.000	
116	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0020 Soziale Leistungen f. UMA i.E.	10.12.2020	erfolgt	110.000	110.000	
117	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-003 Hilfen zur Erziehung / 4332-0031 Soziale Leistungen f. ehemalige UMA (voll) i.E.	10.12.2020	erfolgt	20.000	20.000	
118	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0008 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Nord	10.12.2020	erfolgt	30.000	30.000	
119	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0009 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - NW	10.12.2020	erfolgt	60.000	60.000	
120	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0010 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Ost	10.12.2020	erfolgt	40.000	40.000	
121	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	363-005 Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII / 4331-0011 Soziale Leist. an nat. Personen a.E. - Süd	10.12.2020	erfolgt	40.000	40.000	
122	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	414-005 Weitere Maßnahmen der Gesundheitspflege / 4291-0009 Aufw. für sonstige Dienstleistungen (Budget 60)	10.12.2020	erfolgt	5.900	5.900	
123	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	523-001 Bauminstanz und -pflege / 4431-0042 Honorar Architektbüro	10.12.2020	erfolgt	2.300	2.300	
124	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	523-001 Bauminstanz und -pflege / 4431-0042 Honorar Architektbüro	10.12.2020	erfolgt	10.000	10.000	
125	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	537-101 Tierkörperbeseitigung / 4315-0002 Zuweisungen an Zweckverbände und dergl.	10.12.2020	erfolgt	3.000	3.000	
126	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	542-001 Kreisrätern und Ratweige / 4212-0003 Leistungen bei Strafsärfällen	10.12.2020	erfolgt	25.000	25.000	
127	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	612-001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / 4517-0000 Zinsaufw. an Kreditinstitute	10.12.2020	erfolgt	60.200	60.200	
128	Globale Minderausgabe HHBelegtitelbeschluss 2021	Diverse	10.12.2020	erfolgt	1.000.000	1.000.000	
129	Haushalt 2022						
129	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	561-003 Klimaschutz / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemwerb. (Budget 20)	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
130	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuweisungen an Gemeinden u. Gemwerb. (Budget 20)	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
131	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0009 Aufw. für Projektarbeit	10.02.2022	erfolgt	10.000	10.000	
132	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	111-001 Projekte im Dezernat 1 / 4431-0011 Beratungs- und Moderationsaufw.	10.02.2022	erfolgt	10.000	10.000	
133	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	111-003 Zentrale Dienste und betriebl. Gesundheitsmanagement / 4261-0007 Fortbildung Bedienstete - allg.-	10.02.2022	erfolgt	50.000	50.000	
134	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	312-101 Leistungen für Unterkunft und Heizung (Amt 908) / 4461-0000 Leistungsbeteiligung Umsetz. der Grd.sch. Arb.such.	10.02.2022	nicht erfolgt	430.000	0	Nicht durchgeführt aufgrund Rechtskreiswechsel der Vertriebenen aus der Ukraine in das SGB II.
135	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	111-009 Gebäudewirtschaft Verwaltungsgebäude und Sonstige / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	nicht erfolgt	50.000	50.000	Nicht durchgeführt aufgrund erhöhter Bauunterhaltung beim Kreibhaus Hildesheim und der Außenstelle Alfeld. Kompensationsbeitrag durch Minderaufwand beim Produkt 1111-009 / Konto 4231-0004 realisiert.
136	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	erfolgt	25.000	25.000	
137	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.02.2022	erfolgt	175.000	175.000	
138	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	241-001 Schülerbeförderung / 4429-0002 Schülerbeförderung	10.02.2022	erfolgt	250.000	250.000	
139	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	313-001 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz / 4331-0000 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E.	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
140	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	542-002 Regionalverkehr Hildesheim / 4315-0004 Ausgleichleistung ÖPNV	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
141	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0005 Förderung von Kindertagesstätten	10.02.2022	erfolgt	1.070.000	1.070.000	
142	Ensp.vorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0006 Förderung Kitas	10.02.2022	erfolgt	397.000	397.000	

143	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0007 Förderung Horte	10.02.2022	nicht erfolgt	137.000	137.000	Nicht durchgeführt aufgrund höherer Forderung als geplant. Kompensationsbetrag durch Minderaufwand beim Produkt 365-001/ Konto 4312-0005 realisiert.
144	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung / 4312-0009 Ford. KiTa, Krippen, Horte Stadt HI (Finanzverr.)	10.02.2022	erfolgt	896.000	896.000	Nicht durchgeführt aufgrund höherer Forderung als geplant. Kompensationsbetrag durch Minderaufwand beim Produkt 365-001/ Konto 4312-0005 realisiert.
145	Kürzung Personalkosten Einsparvorgabe Vwführung	Diverse	10.02.2022	erfolgt	500.000	500.000	
146	Beschluss Kreistag	111-029 Projekte im Dezemat II / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	24.03.2022	erfolgt	400.000	400.000	
Haushalt 2023							
147	Einsparvorgabe Verwaltungsführung - Personal -	Diverse	03.08.2022	erfolgt	2.000.000	2.000.000	
148	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	217-002 Gebäudewirtschaft Gymnasien / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	03.08.2022	erfolgt	400.000	400.000	
149	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	231-002 Gebäudewirtschaft berufliche Schulen / 4211-0000 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	03.08.2022	erfolgt	100.000	100.000	
150	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-010 Zahlungen Abrechnung nach dem SGB IX / 4452-0009 Erst. Stadt HI, Transferleist. (Finanzvertrag)	03.08.2022	erfolgt	1.930.500	1.930.500	
151	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-001 Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen - üB Tr-	03.08.2022	erfolgt	299.300	299.300	
152	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	314-001 Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 IV m. S 75 SGB IX / 4339-0002 Sonstige soziale Leistungen - üB Tr-	03.08.2022	erfolgt	537.300	537.300	
153	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	311-601 Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / 4331-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen a.E. - üB Tr-	03.08.2022	erfolgt	143.100	143.100	
154	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	311-801 Hilfe zur Pflege (PSG III) / 4332-0002 Soziale Leistungen an nat. Personen i.E. - üB Tr-	03.08.2022	erfolgt	120.300	120.300	
155	Einsparvorgabe Verwaltungsführung - Jugendamt -	Diverse	03.08.2022	erfolgt	46.200	46.200	
156	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0006 Förderung von Kindertagesstätten	03.08.2022	erfolgt	826.000	826.000	
157	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0007 Förderung Krippen	03.08.2022	erfolgt	306.000	306.000	
158	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0007 Förderung Horte	03.08.2022	erfolgt	106.000	106.000	
159	Einsparvorgabe Verwaltungsführung	365-001 Sicherstellung der Kindertagesbetreuung (407) / 4312-0009 Ford. KiTa, Krippen, Horte Stadt HI (Finanzverr.)	03.08.2022	erfolgt	762.000	762.000	
160	Verwaltung: Einsparung Druckkosten für Haushaltspläne aufw und Bereitstellung nur als PDF-Dokument	111-007 Finanzen / 4231-0001 Mieten für Geräte / 4451-0000 Geschäftsaufwendungen	08.12.2022	erfolgt	1.000	1.000	
161	Verwaltung: Einsparung u. a. technische Betreuung, Fahrtkosten, Raummiete und Bestuhlung aufw und Wegfall	111-024 Kreistagsabteilungsstellen / 4271-0000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	
162	Verwaltung: Einsparung Mittelprojektorföderung aufgrund Ansatzkürzung beim Kunst- und Kulturpreis	281-001 Kulturbüro / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	
163	Verwaltung: Einsparung Druck- und Agenturleistungen für Flyer aufw und Ansatzreicherung beim Radverkehr	511-002 Raumplanung / 4271-0071 Aufw. für Projekte (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	10.000	10.000	
164	Verwaltung: Einsparung Gutachterkosten aufgrund Ansatzreicherung beim Radverkehr	511-002 Raumplanung / 4431-0045 Geschäftsaufwendungen (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	40.000	40.000	
165	Verwaltung: Einsparung Mittelprojektorföderung aufgrund Ansatzkürzung	511-003 Regionale Entwicklung/Neuer Zusammenhalt / 4312-0010 Zuwendungen an Gemeinden u. Gemverh. (Budget 20)	08.12.2022	erfolgt	50.000	50.000	
166	Verwaltung: Einsparung durch Umsetzung des Konzeptes zur Geschäftsprozessoptimierung und Aufgabenkritik	Diverse	08.12.2022	2024	500.000	0	geplanter Konsolidierungsbeitrag i.H.v. 500.000 € für das Jahr 2024 erfolgt nicht; dieses Konzept wird nicht vorgelegt, sondern ein Prozessmanagement eingeführt und umgesetzt
Gesamt					18.697.700	17.767.700	

¹⁾ Zusammenfassung der laut Haushalts sicherungskonzept durch die jeweilige Maßnahme bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung zu erzielenden Teilbeträge.

²⁾ Nachweis der durch die jeweilige Maßnahme im Berichtszeitraum erreichten finanziellen Auswirkungen (Teilbetrag zu Tabelle A Spalte 3 Gesamt).

1. Ausgangslage

Im Zusammenhang mit der Beauftragung des Neubauprojektes Gymnasium Sarstedt wurde durch den Kreistag festgestellt, dass der Gesamtrahmen zukünftiger Bauinvestitionen zu überprüfen und mit eindeutigen Prioritäten zu versehen sei (Beschluss vom 23.06.2022 zur Vorlage 225/XIX Nr. 3):

„Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Verwaltung und Politik gemeinsam eine Bewertung aller anstehenden Bauprojekte vornehmen.

Ziel ist es, Investitionen auf das Notwendigste zu begrenzen. Hierzu sind Umfang, Prioritäten und zeitliche Umsetzungen zu überprüfen. Hier müssen die weiteren Maßnahmen beraten und vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten festgelegt werden. Dabei muss die Bestandssanierung der landkreiseigenen Schulen, insbesondere der berufsbildenden Schulen, den Schwerpunkt der weiteren Baumaßnahmen bilden.“

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde nach intensiver Befassung mit den Maßnahmenübersichten übereinstimmend festgestellt, dass die Liegenschaften des Landkreises Hildesheim in den nächsten zehn Jahren einen unabwiesbaren Investitionsbedarf zum Erhalt und zur energetischen Sanierung in Höhe von mindestens 280 Mio. Euro aufweisen.

Der Großteil der Kreisliegenschaften weist teils erhebliche Brandschutzmängel auf und befindet sich in einem schlechten Bauzustand. Zusätzlich werden die meisten Kreisliegenschaften mit Erdgas beheizt und weisen einen unzureichenden Wärmeschutz auf. Allein zur Begrenzung des Anstiegs der Energiekosten sind erheblicher Modernisierungsaufwendungen notwendig. Die Räumlichkeiten in den Schulen entsprechen in vielen Fällen auch nicht mehr den Anforderungen an einen modernen Unterricht.

Das Investitionsvolumen von 280 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren ist durch den Landkreis Hildesheim finanziell jedoch nicht zu bewältigen. Der bestehende Investitionsbedarf ist wiederum nicht von der Hand zu weisen. Der Landkreis Hildesheim erwartet, dass Landes- und Bundesregierung entsprechende Förderprogramme zur Sanierung des kommunalen Gebäudebestandes auflegen. Aus Sicht der Arbeitsgruppe ist die notwendige Umstellung auf erneuerbare Energien und der Erhalt des Gebäudebestandes nur mit erheblichen Förderungen von Bund und Land zu realisieren.

Seitens der Arbeitsgruppe wurde eine abstrakte Betrachtung der Probleme als unzureichend und unwirtschaftlich angesehen. Für jedes Gebäude soll eine vollumfängliche Betrachtung des Handlungsbedarfes stattfinden. Entsprechende Planungen sind aufzustellen. Priorisiert werden soll dabei die Sanierung des Gebäudebestandes. Neubauten sollen nur im Ausnahmefall stattfinden. (Aufstellung von Gebäudezukunftskonzepten).

2. Lösungsansatz

Mit diesem Abschlussbericht stellt die Arbeitsgruppe fest, dass der bestehende Investitionsstau insbesondere aber der durch den Klimawandel und extrem steigende Energiekosten eingetretene Handlungsbedarf eine Reduzierung der Hochbauinvestitionen nicht zulässt.

Andererseits kann die aus einer bedarfsgerechten Finanzierung der Handlungsbedarfe entstehende zusätzliche Verschuldung nicht vertreten werden.

Der tatsächliche Investitionsbedarf kann vom Landkreis Hildesheim aus eigener Finanzkraft nicht befriedigt werden. Es ist ein Appell an Bund und Land zu richten, die Kommunen bei der Bewältigung der Energiewende im Immobilienbereich nachhaltig zu unterstützen.

Als maßgebliche eigene Initiative des Landkreises soll der in den letzten Haushaltsjahren entwickelte Investitionskorridor von regelmäßig ca. 13 Mio. Euro jährlich trotz der bestehenden Haushaltsrisiken bewusst weiterentwickelt werden. Es wird angestrebt für die nächsten zehn Jahre ab 2024 Eigenmittel für Hochbauinvestitionen von jährlich durchschnittlich 16 Mio. Euro bereitzustellen. Bereits eingegangene Verpflichtungen bleiben bei der Entwicklung der jährlichen Ansätze außer Betracht. Die Aufteilung dieser Mittel innerhalb der einzelnen Jahre bleibt flexibel. Die in der Anlage zum Abschlussbericht aufgeführten Maßnahmen können sich im Ergebnis der weiteren Planungen zeitlich und inhaltlich im Rahmen der unten aufgeführten Kriterien verschieben.

Ein geringeres Investitionsvolumen wird bei seriöser Planung den Notwendigkeiten nicht gerecht. Die schon absehbaren unabweisbaren Investitionsbedarfe u.a. im Bereich der beruflichen Schulen werden auch bei Aufstockung des Investitionskorridors nur mit zeitlicher Verzögerung bedient werden können.

Die Investitionslücke bis zum tatsächlich notwendigen Umfang von deutlich über 20 Mio. Euro jährlich soll über die massive Einwerbung von Fördermitteln so weit wie möglich geschlossen werden.

Die Verwaltung ist aufgefordert, die vorbereitenden Planungen zur Feststellung des konkreten Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs der Gebäude des Landkreises in 2023 unverzüglich aufzunehmen.

Dabei soll für sämtliche Maßnahmen das Ziel verfolgt werden, ein Maximum an Fördermitteln einzuwerben. Maßnahmen für die eine Förderung erwirkt werden kann, sind stets vorrangig weiter zu bearbeiten und in die Haushalts- und Finanzplanung einzustellen.

Die Verwaltung soll in Abstimmung mit dem Kreistag darüber hinaus sämtliche Planungen auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit prüfen und in der Regel nach folgender Rangfolge bearbeiten:

- a. Maßnahmen der Gefahrenabwehr
(z.B. Brandschutz, Hygiene, sonstige Belange der Verkehrssicherheit)
- b. Zwingende Maßnahmen zur Gewährleistung der vorgeschriebenen Betriebsfähigkeit
(z.B. nicht betrieblich kompensierbare Raumdefizite in den Schulen, Herstellung der Barrierefreiheit)
- c. Maßnahmen zur energetische Sanierung und Modernisierung soweit sie finanziell gefördert werden und mit der Förderung eine nachhaltige Entlastung des Kreishaushaltes erzielt wird
- d. Sonstige Maßnahmen zur energetische Sanierung und Modernisierung
- e. Sonstige Vorhaben

Es ist sicherzustellen, dass notwendige Investitionen jeweils im Kontext aller am jeweiligen Standort sinnvollen Maßnahmen, im Sinne einer ganzheitlichen, langfristigen und nachhaltigen Umsetzung betrachtet werden. Die Arbeitsgruppe ist sich bewusst, dass auch eine moderate Ausweitung des Investitionskorridors zu der steigenden Nettoneuverschuldung des Landkreises beitragen wird. Im Rahmen der generationengerechten, nachhaltigen Haushaltswirtschaft muss dies in Kauf genommen werden, um den Gebäudebestand an die drängenden gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen anzupassen und erwartbaren Haushaltsbelastungen an anderer Stelle (Energiekosten) zu begegnen.

Dieser Abschlussbericht wird Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Hildesheim.

Ausdrücklich unbetrachtet bleiben die weiteren Investitionsmaßnahmen des Landkreises Hildesheim.

Anlagen:

- Übersichtsliste alle Maßnahmen
- Haushaltsanmeldungen 2023 einschl. Maßnahmenbeschreibung (Werden in der AK Sitzung vorgestellt)

Ant 304 - Investitionsbedarfe 2023 - 2032

Planungsentwurf Amt 304 - Stand 24.11.2022																
Objekt-Nr.	Beschreibung	Gruppierung	Kostenträger	voraussichtliche Gesamtkosten	Mitteilmeldung 2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	Beginn Maßnahme	Ende Maßnahme
01	Alfeld Krebshaus Herstellung Barrierefreiheit und Modernisierung	1	111-009-0103	1.100.000,00	300.000,00	400.000,00	400.000,00								2023	2025
01	Alfeld Krebshaus Sanierung	2	111-009-0103	7.100.000,00	1.100.000,00	1.100.000,00	2.500.000,00	2.500.000,00	1.000.000,00						2023	2027
11	Alfeld HS Schule Modernisierung/Energetische Sanierung	3	212-002-1103	12.300.000,00						500.000,00	1.500.000,00	4.400.000,00	4.400.000,00	1.500.000,00	2024	2027
11	Alfeld HS Sporthalle Modernisierung/Energetische Sanierung	3	212-002-1103	2.900.000,00							100.000,00	1.300.000,00	1.300.000,00	200.000,00	2024	2027
12	Alfeld RS Erweiterung	2	216-002-1103	2.500.000,00		250.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	250.000,00						2024	2027
13	Alfeld GYM Schule Modernisierung/Energetische Sanierung	3	217-002-1303	23.400.000,00								800.000,00	5.000.000,00	15.000.000,00	2020	2023
13	Alfeld GYM Sporthalle Modernisierung/Energetische Sanierung	3	217-002-1313	4.500.000,00		1.500.000,00	1.300.000,00	900.000,00				100.000,00	1.000.000,00	3.000.000,00	2022	2026
15	Alfeld BBS Umsetz.Brandchutzk.3-7.BA	1	231-002-1503	6.550.000,00	1.450.000,00	1.500.000,00									2022	2026
16	KIP II Bad Salzlederfurth IGS - Bankosten Bannell D	1	218-002-1603	3.570.000,00	1.200.000,00										2021	2024
16	Bad Salzlederfurth IGS - Außenanlagen	1	218-002-1603	1.805.000,00	905.000,00	900.000,00									2023	2024
16	Bad Salzlederfurth IGS Energetische Sanierung	3	216-002-1603	10.530.000,00							530.000,00	2.500.000,00	3.000.000,00	4.000.000,00	2023	2023
25	KIP II Harsum OBS - Neubau Mensa-	1	216-002-2503	2.800.000,00	600.000,00										2018	2023
25	Harsum OBS Bestandsumbau	1	216-002-2503	1.000.000,00			500.000,00	500.000,00							2025	2026
26	Hildesheim BBS - WWS, Rarhaus, Sanierung und Umbau	2	231-002-2603	13.900.000,00		900.000,00	4.000.000,00	4.000.000,00							2024	2028
28	Hildesheim vorsorglicher Grunderwerb Arrondierung BBSen	1	231-002-2803	500.000,00	500.000,00										2023	2023
28	Hildesheim BBS Steuerwald Umsetzung Brandschutzkonzept	1	231-002-2803	3.500.000,00	3.500.000,00										2023	2023
28	Hildesheim BBS Umgestaltung BBS	1	231-002-2803	1.500.000,00		1.500.000,00									2024	2024
28	Hildesheim BBS Umgestaltung BBS	1	231-002-2803	65.075.000,00	75.000,00	2.500.000,00	5.500.000,00	7.000.000,00	12.000.000,00	16.000.000,00	15.000.000,00	7.000.000,00			2023	2026
30	Hildesheim FS Holztechnik Energetische Sanierung	1	231-002-3003	5.100.000,00	300.000,00	2.500.000,00	2.000.000,00	300.000,00							2022	2026
31	Hildesheim Michaelschule - Erweiterung	1	217-002-3103	16.000.000,00		8.000.000,00	8.000.000,00								2019	2025
31	Hildesheim Michaelschule Ersatzneubau Aulatrakt	2	217-002-3103	7.000.000,00			3.500.000,00	3.500.000,00							2024	2026
32	Hildesheim GYM Himmelschur - Maßn. Vorbeug. Brandschutz-	1	217-002-3203	2.590.000,00	800.000,00	400.000,00									2018	2024
32	Hildesheim GYM Himmelschur Ersatzbau Sporthalle	1	217-002-3243	6.500.000,00	500.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00							2023	2026
35	Nordstemmen OBS - Umsetz. Brandschutzk. -	1	216-002-3503	3.059.000,00	850.000,00	300.000,00									2015	2024
35	Nordstemmen OBS Erweiterung	2	216-002-3503	4.500.000,00			500.000,00	1.500.000,00	2.000.000,00	500.000,00					2025	2028
39	Sarstedt, Gymnasium - Neubau -	1	217-002-3903	45.508.000,00	1.200.000,00	100.000,00									2019	2025
39	Sarstedt, GYM Sanierung Sporthalle	2	217-002-3903	3.800.000,00			500.000,00	2.800.000,00	500.000,00						2025	2027
40	Sarstedt, FOS Modernisierung Schulgebäude	1	221-002-4003	500.000,00	250.000,00										2021	2023
42	Sohlde OBS Schule Modernisierung/Energetische Sanierung	3	216-002-4203	12.600.000,00						600.000,00	1.200.000,00	3.400.000,00	6.000.000,00	1.400.000,00	2028	2032
42	Sohlde OBS Sporthalle Modernisierung/Energetische Sanierung	3	216-002-4213	2.800.000,00							200.000,00	1.000.000,00	1.400.000,00	200.000,00	2029	2032
65	Bad Salzlederfurth, FTZ Grundwasserbrunnen	1	126-002-6503	150.000,00	50.000,00										2019	2023
65	Bad Salzlederfurth, FTZ Neubau Fahrzeughalle/Umbau Bestandshalle	1	126-002-6503	750.000,00	650.000,00	100.000,00									2022	2024
98	Hildesheim BBS Neubau Sportanlage	2	231-002	9.000.000,00											2022	2024
98	Massnahmenübergreifende Planungsmittel	1	216-002	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	150.000,00	2023	2028
99	Photovoltaikanlagen	1	216-002	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	2023	2028
		Summen		284.387.000,00	13.530.000,00	22.850.000,00	76.014.000,00	26.400.000,00	20.150.000,00	19.000.000,00	19.430.000,00	24.900.000,00	26.500.000,00	26.200.000,00		

Werte		Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	Summe von	
Zeilen beschriftun		voraussichtliche	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	Summe von
		Gesamtkosten	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032
Beendigung aktueller Projekte	1	165.057.000,00	19.100.000,00	64.014.000,00	11.100.000,00	12.400.000,00	16.400.000,00	15.400.000,00	7.400.000,00	400.000,00	400.000,00
Erforderliche neue Baumaßnahmen	2	47.800.000,00	2.250.000,00	12.000.000,00	15.300.000,00	7.750.000,00	1.500.000,00	500.000,00	4.000.000,00	4.000.000,00	500.000,00
Modernisierung/Energetische Sanierung	3	69.030.000,00					1.100.000,00	3.530.000,00	13.500.000,00	22.100.000,00	25.300.000,00
Gesamtergebnis		281.887.000,00	21.350.000,00	76.014.000,00	26.400.000,00	20.150.000,00	19.000.000,00	19.430.000,00	24.900.000,00	26.500.000,00	26.200.000,00

Bemerkungen:

- Wiederherstellungswerte mit Baupreisindex des Statistischen Bundesamtes aus Februar 2022 ermittelt
- die Energetischen Sanierungen sind in Phasen verteilt worden, bis 2032 (Phase 1) sind von insgesamt voraussichtlich dafür erforderlichen 480.700.000€ bereits 170.010.000€ in diese Planung eingeflossen
- für energetische Sanierungen werden wahrscheinlich erhebliche EU-, Bundes- oder Landesfördermittel zur Verfügung stehen. Da die Fördermöglichkeiten noch nicht feststehen hier nicht berücksichtigt
- Kursiv aufgeführte Maßnahmen sind noch nicht in der Finanzplanung des Haushalts 2023 enthalten, da noch keine notwendige Planreife vorliegt